Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG-Projekt "Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus"

Der Vortrupp

Halbmonatsschrift für das Deutschtum unserer Zeit

1918

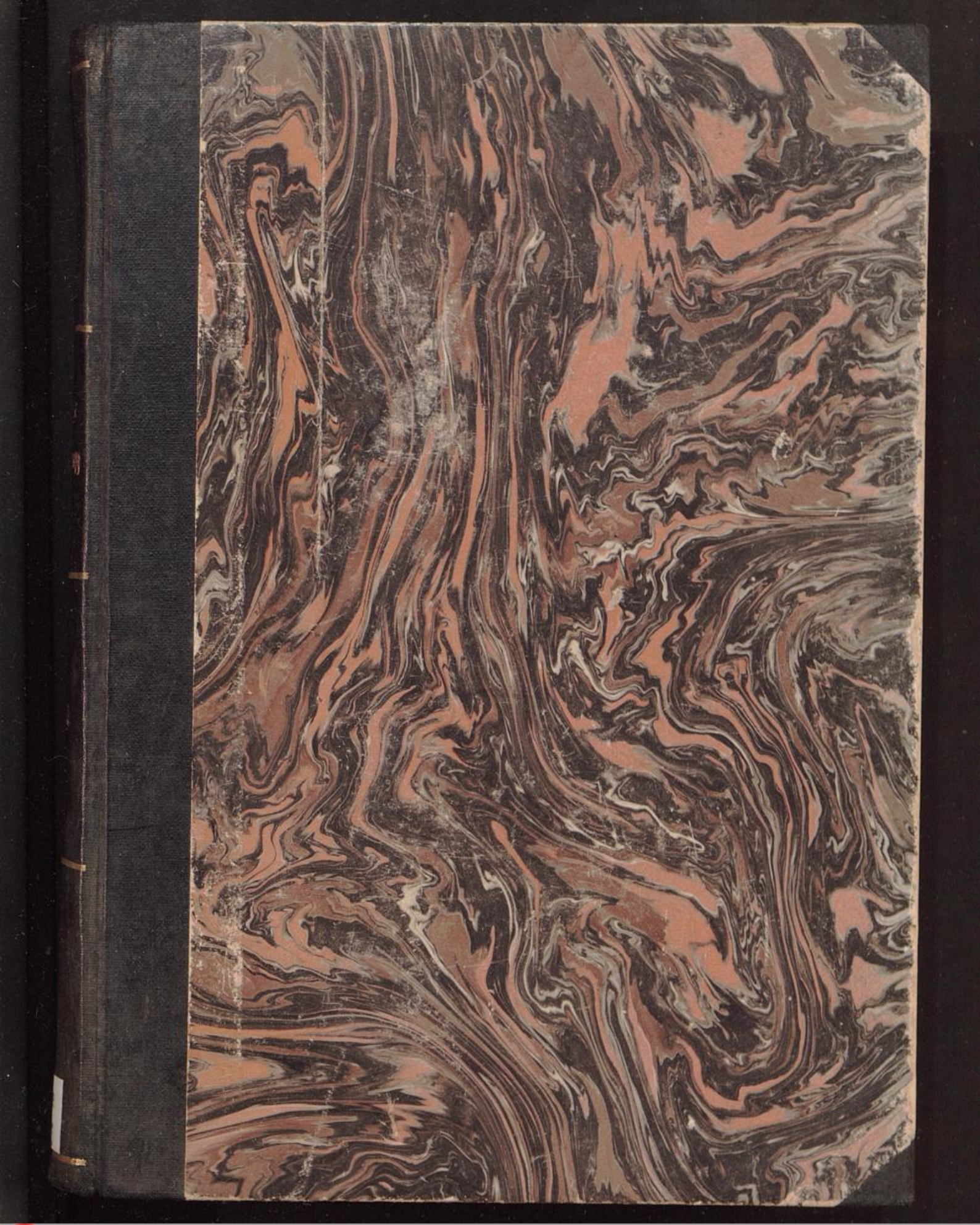
1918

urn:nbn:de:gbv:46:1-13624

Visual Library



Staats- und
Universitätsbibliothek Bremen
DFG



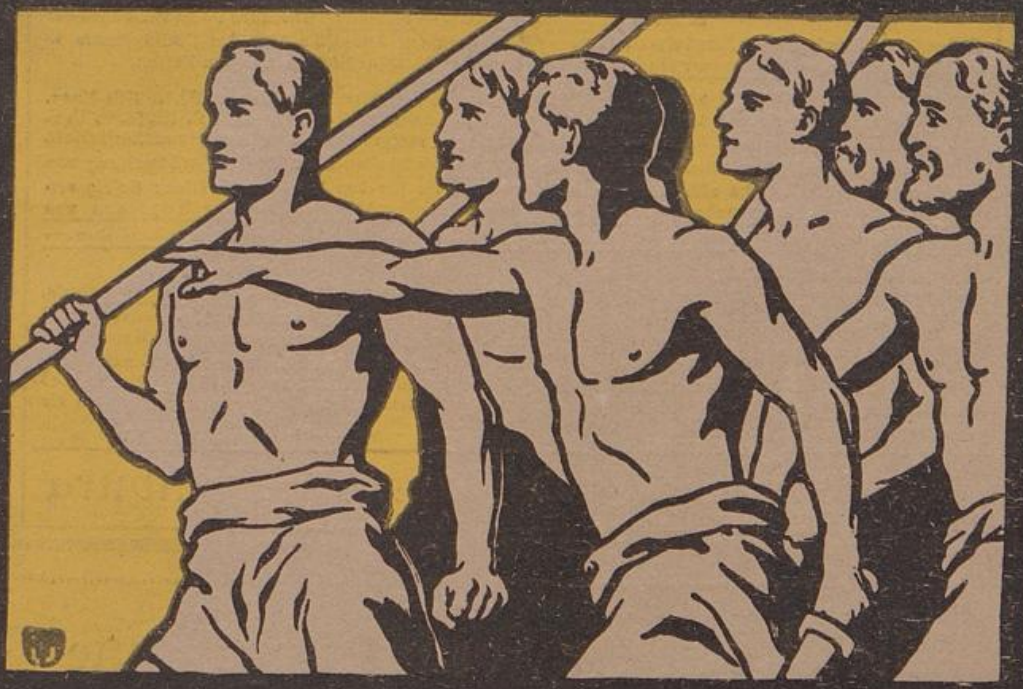
Staats- und
Universitätsbibliothek Bremen
DFG

IX. c. 3720.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

7. Jahrgang Nr 1. 1. Januar 1918

Der Vortrupp



Halbmonatsschrift
für das Deutschtum unsrer Zeit
Herausgegeben von
Dr. jur. Hermann M. Popert, Hamburg

Inhalt:

Fidelis, Die Geheimurkunden. S. 1.

Ponickau, Der Geist des § 11. S. 8.

Hammer, Volksfeste. S. 13.

Was andre sagen. Der Winter. S. 17.

Rund um uns: Damaschkes Geschichte der Nationalökonomie. — Bücherverzeichnis. S. 19.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg.
Bezugspreis: Jährlich M. 8.—, vierteljährlich M. 2.— (ohne Zustellungsgebühr), Streifband-Übersendungen

Verlag von Alfred Janssen, Hamburg
Einzelnummer 40 Pf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

Halbmonatsschrift für das Deutschtum unsrer Zeit

Erscheint: Jährlich 24 mal, am 1. und 16. jedes Monats. Beilagen: „Vortrupp-Jugend" 12 mal im Jahr; „Mitteilungen des Deutschen Vortrupp-Bundes" ebenfalls 12 mal im Jahr.

Bezugspreis: Jährl. M. 8.—, viertelj. M. 2.— (ohne Zustellungsgebühr), Einzelnr. 40 Pf. Streifbandsendungen in Deutschland und nach Österreich-Ungarn 10 Mark, nach dem Auslande 11 Mark. — Bestellungen bei allen Buchhandlungen und Postanstalten, sowie unmittelbar beim Verlage. — Zahlungen auf Konto Nr. 1852 des Postscheckamts in Hamburg erbeten. — Probenummern unentgeltlich durch alle Buchhandlungen und den Verlag.

Anzeigen: Die gespaltene Zwergzeile 80 Pf. (unter Klein. Anz. 60 Pf.). Mit Ausn. der Vorzugsseiten 1/1 S. M. 120.—, 1/2 S. M. 65.—, 1/4 S. M. 36.—, 1/8 S. M. 20.—. Bei Wiederholungen entspr. Abzug laut Anzeigenauskunftsblatt.

Die Anzeigen erscheinen unter voller Verantwortlichkeit des Verlages, der sich die Zurückweisung von Anzeigen vorbehält, die ihm nicht geeignet erscheinen oder die für den Anzeigenden keinen Erfolg versprechen. Anzeigen gemeinschädlichen Inhaltes, besonders unsittliche Anzeigen und Empfehlungen alkoholhaltiger Getränke (Sekt, Wein, Bier, Trinkbranntwein) werden nicht aufgenommen.

Allgemeine Bestimmungen: Anschrift für die Schriftleitung und den Verlag des „Vortrupp": Hamburg, Spitalerstraße 12. Eine Verantwortung für Zusendungen irgendwelcher Art, die nicht erbeten waren, kann nicht übernommen werden. — Unverlangte Drucksachen und Schriftstücke können nur zurückgesandt werden, wenn Freimarken beilagen. — Nachdruck aus dem „Vortrupp" ist von Verlag und Schriftleitung bei voller Quellenangabe gestattet, das Gesetz verlangt aber außerdem in jedem Falle die besondere Einwilligung des Verfassers.

Verlag von Alfred Jansen, Hamburg

Die Arbeit der Fortbildungsschule an der männlichen Jugend

Dargestellt von

K. F. Thomae

Schulrat für das Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen in Hamburg

Preis 75 Pfennig

Der sachkundige Verfasser beleuchtet in der kleinen, aber gründlichen Schrift die hohen Aufgaben, die die Pflichtfortbildungsschule für die männliche Jugend jetzt und mehr noch in kommenden Friedenszeiten an ihr zu erfüllen haben wird.

Die Schrift hat weit über den Bereich des gewerblichen Unterrichtswesens hinaus ein hervorragendes Interesse für alle Kreise, die sich die Jugendförderung aus Pflicht oder Neigung angelegen sein lassen.

Georg Westermann / Verlag / Hamburg

Braunschweig / Berlin

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

Halbmonatsschrift für das Deutschtum unsrer Zeit

Herausgegeben von
Dr. jur. Hermann M. Popert

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. phil. R. Kraut

7. Jahrgang 1918

STADT-BIBLIOTHEK BREMEN

Hamburg
Verlag von Alfred Janssen

Fe 4123-7

Universität Bremen
Bibliothek

Fe 4123 -7

Staats- und
Universitätsbibliothek Bremen

Inhalt.

Übersicht über die einzelnen Nummern.

Seite

Nr. 1 (1. Januarheft 18).

Fidelis, Die Geheimurkunden . . 1
Ponickau, Der Geist des § 11 . . 8
Hammer, Volksfeste 13
Was andre sagen. Der Winter. . 17
Rund um uns: Damaschkes Geschichte der Nationalökonomie. — Bücherverzeichnis 19

Nr. 2 (2. Januarheft 18).

Fidelis, Prinz Max 21
Borosini, Das Fletschern und die Volksernährung einst und jetzt . 29
Tepp, Unterrichtsstunden des Rhythmus 34
Rund um uns: Volksbund für Freiheit und Vaterland. — Unsere Schachspalte. — Bücherverzeichnis 39

Nr. 3 (1. Februarheft 18).

Fidelis, Freiheit und Vaterland . 41
Potthoff, Schützengraben und Werkstatt 47
Offe, Der Aufstieg der Begabten. I 49
Lafrenz, Luft und Licht 51
Was andre sagen 55
Rund um uns: Der Mistkäfer. — Aus einem Feldpostbriefe. — Die Innerlichkeit als Lebensmacht . 57

Nr. 4 (2. Februarheft 18).

Rolffs, Völkerrecht und Menschlichkeit 61
Corbach, Rechtsfriede 71
Offe, Der Aufstieg der Begabten. II 73
Was andre sagen 77
Rund um uns: Zum 18. Februar. — Ehrgefühl oder Eitelkeit? 77

Nr. 5 (1. Märzheft 18).

Fidelis, „Zum ewigen Frieden". 81
Offe, Der Aufstieg der Begabten. III 91
Müller-Holm, Die Furcht vor der englischen Sprache 94
Was andre sagen 96

Seite

Rund um uns: Überzeugungen und Interessen. — Elternsprechstunden. — „Adams Großvater". — Nutzt jedes Fleckchen Boden aus! — Bücherverzeichnis 97
Mitteilungen des Deutschen Vortrupp-Bundes Nr. 1.

Nr. 6 (2. Märzheft 18).

Fidelis, Luftreinigung 101
Lafrenz, Sommerzeit 111
Klatt, Die Natur in Stifters Dichtung 116
Rund um uns: „Postdirektor N. nebst 78 Beamten." — Bücherverzeichnis 120

Nr. 7 (1. Aprilheft 18).

Fidelis, Der Ostfriede 121
Hartmann, Die neue preußische Prüfungsordnung für das Lehramt an höheren Schulen und die Hygiene 129
Tepp, Der neue Volkstanz 134
Was andre sagen 137
Rund um uns: Deutsche Frauenkleidung. — Grundsätzliches zur Alkoholfrage. — Bücherverzeichnis 138

Nr. 8 (2. Aprilheft 18).

Hartmann, Eine englische Verurteilung der Kriegspolitik Englands 141
Martell, Kriegsblindenfürsorge . . 148
Potthoff, Zuchthäusler! 152
Müller-Holm, Die Textilnot . . . 154
Rund um uns: Protestantismus und Völkerfriede. — Menschen von morgen. — Gemüseknappheit und ihre Beseitigung 158

Nr. 9 (1. Maiheft 18).

Fidelis, Lebende Vergangenheit . 161
Battmer, Zeichen der Zeit . . . 171
Scharrelmann, Briefe an eine Mutter. I. 174

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Seite

Rund um uns: Der Spaten. — Das Bilderbuch Gottes. — Die Bierbrauer in der Kriegszeit. — Bücherverzeichnis 176
An unsre Leser 180

Nr. 10 (2. Maiheft 18).

Fidelis, Solf 181
Müller-Holm, Haben wir zuviel Statistik? 190
Scharrelmann, Briefe an eine Mutter. 2. 193
Rund um uns: Künstler und Bürger. — Anbauzwang. — Sommerzeit. — Wie's gemacht wird. — Amerika, du hast es besser als unser Kontinent 196
Mitteilungen des Deutschen Vortrupp-Bundes Nr. 2.

Nr. 11 (1. Juniheft 18).

Fidelis, Erdöl 201
Müller-Holm, Schulpolitik im Dienste der Landwirtschaft . . . 208
Jackisch, Zur Siedelungs- und Heimstättenfrage 213
Was andre sagen 218
Rund um uns: † Christian Schneehagen. — † Dr. A. Stellmacher. — Bücherverzeichnis 219

Nr. 12 (2. Juniheft 18).

Fidelis, Die Brille Amerikas . . 221
Hartmann, Die deutsche Westmark in neutraler Beurteilung. . . . 230
Potthoff, Steuerflucht ist Fahnenflucht 233
Dirks, Getränkesteuern 235
Scharrelmann, Briefe an eine Mutter. 3. 238

Nr. 13 (1. Juliheft 18).

Fidelis, Vorgeschichte 241
Häfker, Vom „Kulturfilm" . . . 252
Scharrelmann, Briefe an eine Mutter. 4. 256
Rund um uns: 9. Deutscher Abstinententag. „Rauschgetränke?!" . 259

Nr. 14 (2. Juliheft 18).

Hammer, Werdet Führer Eurem Volke 261
Prehn-Dewitz, Teuerung. 269
Uderstädt, Die Zukunft der deutschen Webeindustrie 274
Rund um uns: Peter Rosegger †. — Die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung. — Helmut Harringa. — Druckfehlerberichtigung. — Bücherverzeichnis 276
Mitteilungen des Deutschen Vortrupp-Bundes Nr. 3.

Nr. 15 (1. Augustheft 18).

Fidelis, Graf Hertlings Außenprogramm 281
Prehn-Dewitz, Das kommende Wohnungselend 291
Rund um uns: Zum Brennesselanbau. — Deutscher Reichstag, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/18. — Eine deutsche Esperantotagung. — Fünfundzwanzig Jahre praktischer Bodenreform-Arbeit. — „Zuchthäusler." — Das Läutewerk. — Der neue Volkstanz. — Bücherverzeichnis. 295

Nr. 16 (2. Augustheft 18).

Bäumer, Wiederaufbau und Frauenfrage 301
Scharrelmann, Briefe an eine Mutter. 5. 304
Buchkritik. Walther Rathenau. — Von kommenden Dingen . . . 308
Rund um uns: Alkoholische Legendenbildung. — Freilandbriefe, ein festgefügter Weg zu sofortiger und weiterhin dauernder Freilandschaffung. — Volkserziehung im Lazarett. — „Zivilcourage". — Druckfehlerberichtigung. — Bücherverzeichnis 314

Nr. 17 (1. Septemberheft 18).

Fidelis, Aus der „Eiche" 321
Dost, Arbeitsreform nach dem Kriege 330
Zeiler, Familienbeihilfen für die Gesamtbevölkerung 335
Was andre sagen 338
Rund um uns: Naturschutz an Eisenbahndämmen. — Bücherverzeichnis 339

Nr. 18 (2. Septemberheft 18).

Grote, Wirtschaftskrieg 341
Müller, Die Zukunftsaufgaben der Volksbildung im Heere 352
Scharrelmann, Briefe an eine Mutter. 6. 357
Rund um uns: Der 9. Deutsche Abstinententag 360

Nr. 19 (1. Oktoberheft 18).

Grote, Wirtschaftsfrieden 361
Biernatzki, Das Schicksal und du selbst! I 371

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Seite

Rund um uns: Von der Bewertung der Menschen. — Vom Arbeitsfelde der Alkoholgegner 377

Nr. 20 (2. Oktoberheft 18).

Fidelis, Auf dem rechten Wege . 381
Biernatzki, Das Schicksal und du selbst II 389
Rund um uns: Weltgeschichte. — Die Kriegstagung der deutschen Abstinenten. — Die Fragen der Bodenreform. — Unsere Muttersprache. 1. 397
Mitteilungen des Deutschen Vortrupp-Bundes Nr. 4.

Nr. 21 (1. Novemberheft 18).

Fidelis, Erzbergers Grundgedanken 401
Biernatzki, Das Schicksal und du selbst! III u. IV. 411
Scharrelmann, Briefe an eine Mutter. 2. 417
Was andre sagen 419
Rund um uns: Laß Zeit hingehen! 419

Nr. 22 (2. Novemberheft 18).

Fidelis, Justitia fundamentum regnorum 421
Tichauer, Einheit und Einigung der Lebensreformbestrebungen . . . 429

Seite

Biernatzki, Das Schicksal und du selbst! V. 432
Rund um uns: Schon auf Morgenröten grüßt die neue Zeit. — „Die menschliche Fortpflanzung, ihre Gesundung und Veredelung". — Mutterschaft 435

Nr. 23 (1. Dezemberheft 18).

Popert, Fidelis. 441
An Deutschlands Jugend 459
Hildebrand, Landwirtschaftslehre für Stadtkinder 460
Rund um uns: Th. Gläß: Zur Neubelebung des Fichteschen Erziehungsgedankens 464
Popert, An alle Leser des „Vortrupp". 466

Nr. 24 (2. Dezemberheft 18).

Popert, Unsre Ziele und Wege . . 469
Sickel, Häusliche Feste und Feiern 481
Tiefenbrunner, Paul Ernst. . . . 484
Alt und Neu: Der weiße Rosenbusch von Paul Ernst 487
Rund um uns: Der „Vortrupp" und der Antisemitismus. — Randbemerkungen zur Alkoholfrage. — Bei drohender Hungersnot. — Die Landsiedlung von Kriegerwitwen. — „An Deutschlands Jugend." — Neue Bücher und Schriften. . . 494

Sach- und Überschriften-Verzeichnis.

(Die im Verzeichnis aufgeführten Überschriften sind mit einem * versehen.)

Abstinententag 259 (13), 360 (18), 398f. (20).
*„Adams Großvater" 99f. (5).
Alkoholfrage 8ff. (1), 77ff. (4), 139f. (7), 171ff. (9), 179f. (9), 200 (10), 235ff. (12), 259f. (13), 314ff. (16), 360 (18), 379f. (19), 398f. (20), 464ff. (23), 496ff. (24).
*Alkoholische Legendenbildung 314ff. (16).
Amerika als Feind 221ff. (12).
*„Amerika, du hast es besser als unser Kontinent" 200 (10).
Amerikaheft der „Eiche" 321ff. (17).
*An alle Leser des „Vortrupp" 466ff. (23), 500 (24).
*Anbauzwang 198 (10).
*An Deutschlands Jugend 459ff. (23), 500 (24).
Antisemitismus 494ff. (24).
*Arbeitsreform nach dem Kriege 330ff. (17).
*Auf dem rechten Wege 381ff. (20).
Aufstieg der Tüchtigen 339 (17).
*Aus der „Eiche" 321ff. (17).
*Aus einem Feldpostbriefe 57f. (3).

Bei drohender Hungersnot 498f. (24).
Bevölkerungspolitik 335ff. (17).
Bodenreform 19f. (1), 297f. (15), 399f. (20).
Brennesselbau 274ff. (14).
*Briefe an eine Mutter 1 174ff. (9), 2 193ff. (10), 3 238ff. (12), 4 256ff. (13), 5 304ff. (16), 6 357ff. (18), 7 417ff. (21).
Bukarester Friede 201ff. (11).

*†Christian Schneehagen 219 (11).

*Damaschkes Geschichte der Nationalökonomie 19f. (1).

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

*Das Bilderbuch Gottes 177ff. (9).
*Das Fletschern und die Volksernährung von einst und jetzt 29ff. (2).
*Das kommende Wohnungselend 291ff. (15).
*Das Läutewerk 299f. (15).
*Das Schicksal und du selbst! I 371ff. (19), II 389ff. (20), III und IV 411ff. (21), V 432ff. (22).
*Der Aufstieg der Begabten I 49ff. (3), II 73ff. (4), III 91ff. (5).
*Der 9. Deutsche Abstinententag 360(18).
*Der Geist des § 11 8ff. (1).
*Der Mistkäfer 57 (3).
*Der neue Volkstanz 134ff. (7), 300 (15).
*Der Ostfriede 121ff. (7).
*Der Spaten 176f. (9).
*Der Tag der Vernunft 218f. (11).
*Der „Vortrupp" und der Antisemitismus 494ff. (24).
*Der weiße Rosenbusch 487ff. (24).
*Der Wille zum Verständigungsfrieden 96f. (5).
*Deutsche Frauenkleidung 138f. (7).
*9. Deutscher Abstinententag 259 (13).
*Deutscher Reichstag, 13. Legislaturperiode, II. Sezession 1914/18 296 (15).
*Die Bierbrauer in der Kriegszeit 179f. (9).
*Die Brille Amerikas 221ff. (12).
*Die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung 278ff. (14).
*Die deutsche Westmark in neutraler Beurteilung 230ff. (12).
*Die Fragen der Bodenreform 399f.(20).
*Die Furcht vor der englischen Sprache 94ff. (5).
*Die Geheimurkunden 1ff. (1).
*Die Innerlichkeit als Lebensmacht 58ff. (3).
*Die Kriegstagung der deutschen Abstinenten 398f. (20).
*Die Landsiedlung von Kriegerwitwen 499f. (24).
*„Die menschliche Fortpflanzung, ihre Gesundung und Veredelung" 437f. (22).
*Die Natur in Stifters Dichtung 116ff. (6).
*Die neue preußische Prüfungsordnung für das Lehramt an höheren Schulen und die Hygiene 129ff. (7).
*Die Textilnot 154ff. (8).
*Die Zukunft der deutschen Webe-Industrie 274ff. (14).
*Die Zukunftsaufgaben der Volksbildung im Heere 352ff. (18).
*† Dr. phil. A. Stellmacher 220 (11).
*Druckfehlerberichtigung 280 (14), 320 (16).
*Ehrgefühl oder Eitelkeit? 78ff. (4).
*Eine deutsche Esperantotagung 296f. (15).
*Eine englische Verurteilung der Kriegspolitik Englands 141ff. (8).
*Einheit und Einigung der Lebensreformbestrebungen 429ff. (22).
*Elternsprechstunden 99 (5).
*Erdöl 201ff. (11).
*Erzbergers Grundgedanken 401 (21).
Erziehung und Unterricht 34ff. (2), 49ff. (3), 73ff. (4), 91ff. (5), 99 (5), 129ff. (7), 134ff. (7), 174ff. (9), 193ff. (10), 208ff. (11), 238ff. (12), 256ff. (13), 304ff. (16), 339 (17), 357ff. (18), 417ff. (21).
Esperanto 296f. (15).
Ewiger Friede 81ff. (5), 397f. (20).

*Familienbeihilfen für die Gesamtbevölkerung 335ff. (17).
*Fidelis 442ff. (23).
Fletschern 29ff. (2).
Frauenfrage 171ff. (9), 301ff. (16), 479 (24), 497 (24).
Frauenkleidung 138f. (7).
*Freiheit und Vaterland! 41ff. (3).
Freilandbriefe, ein festgefügter Weg zu sofortiger und weiterhin dauernder Freilandschaffung 316ff. (16).
*Fünfundzwanzig Jahre praktischer Bodenreform-Arbeit 297f. (15).

Garten- und Landbau 100 (5), 159f. (8), 198 (10), 208ff. (11), 460ff. (23), 498f. (24).
Gemeindebestimmungsrecht 497 (24).
*Gemüseknappheit und ihre Beseitigung 159f. (8).
*Getränkesteuern 235ff. (12).
*Graf Hertlings Außenprogramm 281ff. (15).
*Grundsätzliches zur Alkoholfrage 139f. (7).

*Haben wir zuviel Statistik? 190ff. (10).
*Häusliche Feste und Feiern 481ff. (24).
Heimstätten 213ff. (11), 316ff. (16).
*Helmut Harringa 280 (14).

Jugendbewegung 78 (4), 261ff. (14), 459f. (23), 464ff. (23).
*Justitia fundamentum regnorum 422ff. (22).

Kinderhandel 296 (15).
Kinematographie 252ff. (13).
Kolonialfragen 181ff. (10).
*Kriegsblindenfürsorge 148ff. (8).

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kriegsziele 1ff. (1), 101ff. (6).
*Künstler und Bürger 196f. (10).

*Landwirtschaftslehre für Stadtkinder 460ff. (23).
*Laß Zeit hingehen! 419f. (21).
*Lebende Vergangenheit 161ff. (9).
*Luftreinigung 101ff. (6).
*Luft und Licht 51ff. (3).

Mammonismus 55f. (3), 59 (3).
*Menschen von morgen 158f. (8).
*Mutterschaft 439ff. (22).

*Naturschutz an Eisenbahndämmen 339f. (17).
*Niedergang der Wirtschaftsmoral 55ff. (3).
*Nutzt jedes Fleckchen Boden aus! 100(5).

*Paul Ernst 484ff. (24).
Pazifismus 445ff. (23), 471ff. (24), 497 (24).
*Peter Rosegger † 276ff. (14).
Philosophie 371ff. (19), 389ff. (20), 411ff. (21), 432ff. (22), 464ff. (23).
*„Postdirektor N. nebst 78 Beamten" 120 (6).
*Prinz Max 21ff. (2).
*Protestantismus und Völkerfriede 158 (8).

*Randbemerkungen zur Alkoholfrage 496ff. (24).
*„Rauschgetränke?!" 259f. (13).
Realpolitik 98 (5), 441ff. (23).
*Rechtsfriede 71ff. (4).
Rhythmus 34ff. (2).

Schleichhandel 152ff. (8), 298f. (15).
*Schnapsrüben 77 (4).
*Schon auf Morgenröten grüßt die neue Zeit 435ff. (22).
Schopenhauergesellschaft 371 (19), 433 (22).
*Schulpolitik im Dienste der Landwirtschaft 208ff. (11).
*Schützengraben und Werkstatt 47ff. (3).
Sexuelle Frage 436ff. (22).
Siedelung 213ff. (11), 316ff. (16), 498f. (24).
*Solf 181ff. (10).
*Sommerzeit 111ff. (6), 198f. (10).
*Sonntagsgedanken 419 (21).
Sport 17f. (1).
Sprachliches 299f. (15), 400 (20), 499f. (24).
Staatsgerichtshof 421ff. (22).
Statistik 190ff. (10).
*Steuerflucht ist Fahnenflucht 233ff. (12).
Taylor-System 330ff. (17).
*Teuerung 269ff. (14).
Textilfragen 154ff. (8), 274ff. (14).
*Th. Gläß: Zur Neubelebung der Fichteschen Erziehungsgedankens 464ff. (23).

U-Bootkrieg 137f. (7), 454 (23).
Übergangs- und Friedenswirtschaft 47ff. (3), 301ff. (16), 308ff. (16), 341ff. (18), 361ff. (19).
*Überzeugungen und Interessen 97f. (5).
*Unsere Muttersprache 400 (20).
*Unsre Ziele und Wege 469ff. (24).
*Unterrichtsstunden des Rhythmus 34ff. (2).

Vaterlandspartei 101ff. (6), 120 (6), 199f. (10), 281ff. (15), 423f. (22).
Verständigungsfriede 41ff. (3), 96f. (5), 381ff. (20).
*Völkerrecht und Menschlichkeit 61ff. (4).
Völkerverständigung 21ff. (2), 158 (8), 401ff. (21).
Volksbildung im Heer 352ff. (18).
*Volksbund für Freiheit und Vaterland 39f. (2).
Volksernährung 29ff. (2).
*Volkserziehung im Lazarett 318ff. (16).
*Volksfeste 13ff. (1).
Volkstanz 134ff. (7), 300 (15).
Volksunterhaltung 13ff. (1).
*Vom Arbeitsfelde der Alkoholgegner 379f. (19).
*Vom „Kulturfilm" 252ff. (13).
*Von der Bewertung der Menschen 377ff. (19).
*Vorgeschichte 241ff. (13).

*Walther Rathenau. — Von kommenden Dingen 308ff. (16).
*War es richtig, die scharfe Form des U-Boot-Krieges bis zum 1. Februar 1917 hinauszuschieben? 137f. (7).
*Weltgeschichte 397. (20).
*Werdet Führer Eurem Volke! 261ff. (14).
*Wiederaufbau und Frauenfrage 301ff. (16).
*Wie's gemacht wird! 199f. (10).
Wintersport 17f. (1).
*Wir Schneeläufer, unsere Zeit und — die andern 17f. (1).
*Wirtschaftsfrieden 361ff. (19).
*Wirtschaftskrieg 341ff. (18).
Wirtschaftsmoral 55f. (3).
Wohnungsnot 291ff. (15).

*Zeichen der Zeit 171ff. (9)
Zeitung der 10. Armee Nr. 400 vom 28. 10. 17 S. 77 (4).
*„Zivilcourage" 320 (16).

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
DFG

*Zuchthäusler! 152ff. (8), 298f. (15).
*Zum Brennesselanbau 295 (15).
*„Zum ewigen Frieden" 81ff. (5).
*Zum 18. Februar 77f. (4).
*Zur Siedelungs- und Heimstättenfrage 213ff. (11).

Namen-Verzeichnis.

Aichberger Rose 318ff. (16).
Asmussen, Georg 77f. (4)

Battmer, Grete 138f. (7), 171ff. (9), 397f. (20), 439ff. (22).
Bäumer, Gertrud 301ff. (16).
Biernatzki, Reinhart 371ff. (19), 389ff. (20), 411ff. (21), 432ff. (22), 464ff. (23).
Bonn, Julius 221ff. (12).
Borosini, Dr August v. 29ff. (2).
Bultmann, Pastor 198f. (10).

Christen, Dr 436ff. (22).
Corbach, Otto 71ff. (4).

Dirks, D. 235ff. (12).
Dost, Otto 330ff. (17).

Ebert, Klara 438ff. (22).
Ebhardt, Melanie 177ff. (9).
Ernst, Paul 484ff. (24).

Felden, Emil 158f. (8).
Feldstab, G. 320 (16).
Fichte, Joh. Gottlieb 464ff. (23).
Fidelis 1ff. (1), 21ff. (2), 41ff. (3), 81ff. (5), 101ff. (6), 121ff. (7), 161ff. (9), 181ff. (10), 201ff. (11) 221ff. (12), 241ff. (13), 281ff. (15), 321ff. (17), 381ff. (20), 401ff. (21), 421ff. (22).

Gerlach, Hans 100 (5), 159f. (8).
Gläß, Th. 464ff. (23).
Goldschmit, Bruno 99f. (5), 298f. (15).
Grote, Ludwig 341ff. (18), 361ff. (19).

Häfker, Hermann 252ff. (13).
Hähnel, Franziskus 219 (11), 297f. (15), 398f. (20).
Hammann, Otto 161ff. (9).
Hammer, Walter 13ff. (1), 261ff. (14).
Hartmann, K. A. Martin 129ff. (7), 141ff. (8), 230ff. (12), 437f. (22).
Hildebrand, Gerhard 460ff. (23).

Jackisch, Otto 213ff. (11).
Johannsen, Sophie 435f. (22).

Kant 81ff. (5), 371ff. (19), 389ff. (20), 411ff (21), 432ff. (22),
Klatt, Dr Georg 116ff. (6).
Kluge, Walther 198 (10).
Köppen, W. 158f. (8).
Kranold, Herman 295 (15).
Kraut, Dr R. 77f. (4).
Kutter, Hermann 58ff. (3), 177ff. (9).

Lafrenz, Dr P. 51ff. (3), 111ff. (6), 199 (10).
Lenkeit, Kurt 78ff. (4).
Lohmann, Wilhelmine 58ff. (3).

Martell, Dr P. 148ff. (8).
Morel, Edmund D. 141ff. (8).
Müller, Fritz 57 (3).
Müller-Holm, Ernst 94ff. (5), 154ff. (8), 190ff. (10), 208ff. (11).
Müller, Georg 352ff. (18).

Offe, Hans 49ff. (3), 73ff. (4), 91ff. (5), 99 (5), 278ff. (14).

Platzer, Martin 196f. (10), 276ff. (14).
Ponickau, Dr Richard 8ff. (1), 314ff. (16), 379f. (19).
Popert, Hermann 441ff. (23), 466f. (23), 469ff. (24), 494 (24), 500 (24).
Potthoff, Dr Heinz 47ff. (3), 152ff. (8), 233ff. (12), 299 (15).
Prehn-Dewitz, H. 269ff. (14), 291ff. (15).

Rolffs, Lic. 61ff. (4).
Rußwurm, Carl 316ff. (16).

Salzbrenner, Franz 296f. (15).
Scharrelmann, Heinrich 174ff. (9), 193ff. (10), 238ff. (12), 256ff. (13), 304ff. (16), 357ff. (18), 377ff. (19), 417ff. (21), 419f. (21).
Schneider, M. Friedel 498f. (24).
Schoenberner, F. 19f. (1).
Sickel, Paul 97f. (5), 481ff. (24).
Sönnichsen, Andreas 176f. (9).
Stifter Adalbert 116ff. (6).

Tepp, Max 34ff. (2), 134ff. (7), 300 (15).
Thieß, Georg 339f. (17).
Tichauer, Dr. jur. Theodor 429ff. (22).
Tiefenbrunner, H. 484ff. (24).
Treitschke 473 (24).

Uderstädt, Dr E. R. 274ff. (14).

Vortrupp 39f. (2), 120 (6), 158 (8), 179f. (9), 220 (11), 259 (13), 280 (14), 320 (16), 360 (18), 498 (24), 500 (24).
Vorwerk, Dr. jur. H. 308ff. (16).

Wanderer, O. 139f. (7).
Weber, E. 400 (20), 499 (24).

Zeiler, A. 335ff. (17).

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 1 1. Januarheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Die Geheimurkunden.

Berlin, den 7. Dezember 1917.

Lenin und Trotzki haben eine Anzahl von Geheimurkunden aus den Archiven der bisherigen russischen Regierung veröffentlicht. Es ist wichtig, sich ein klares Bild darüber zu machen, was diese Geheimurkunden sind und was sie enthalten. Das ist nicht ganz leicht: Denn in unseren Tageszeitungen erscheinen sie vereinzelt, in unregelmäßigen Zwischenräumen und naturgemäß untermischt mit andern Nachrichten, die die Aufmerksamkeit ablenken. Dazu kommt, daß sie in einem schleppenden und unübersichtlichen Stil gehalten sind; wahrscheinlich ist das schon in der Ursprache der Fall, jedenfalls aber tritt es in der deutschen Übersetzung so stark hervor, daß man fast jede Einzelheit mehrmals lesen muß, wenn man sie klar in sich aufnehmen will.

Dieser Aufsatz will eine leichtverständliche Übersicht über die bisher veröffentlichten Geheimurkunden geben.

Was die Geheimurkunden sind.

Heute, am 7. Dezember, sind 23 veröffentlicht. Davon ist, als für jetzt völlig bedeutungslos, auszuscheiden ein „Schema zu einem Vertrag mit Deutschland" aus dem Jahre 1909, die Arbeit eines unbekannten Urhebers, von der wir nur wissen, daß sie einmal dem Zaren vorgelesen worden ist, daß sie aber den deutschen amtlichen Stellen gänzlich unbekannt geblieben ist. Unter den verbleibenden 22 Geheimurkunden sind: 1 Geheimvertrag (der mit Italien), ferner 16 geheime Telegramme, die entweder von dem russischen Minister des Äußeren — also unter dem Zaren von Sasonow (den zeitweise Pokrowski vertrat), unter Kerenski von Tereschtschenko — an diplomatische Vertreter Rußlands im Auslande gesandt worden sind oder umgekehrt; dann 5 geheime diplomatische Berichte, von denen 2 „Information" betitelt sind. Die älteste dieser 22 Geheimurkunden stammt vom 5. März 1915, die jüngste vom 17. Oktober 1917. Sie sind also sämtlich während des Weltkrieges entstanden, teils unter der Herrschaft des Zaren, teils unter der Kerenskis.

Was die Geheimurkunden enthalten.

Diese bisher bekannten Geheimurkunden enthalten nichts über Vereinbarungen, die etwa zwischen unsern Feinden vor dem Beginne des Weltkrieges

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

geschlossen sein mögen. Was diese Geheimurkunden ersichtlich machen, sind Kriegsziele, die die Machthaber der feindlichen Länder während des Weltkrieges gehegt und Verhandlungen und Vereinbarungen, die sie während des Weltkrieges untereinander gepflogen und getroffen haben.

Kriegsziele.

Kriegsziele Rußlands (das ist also: des Rußlands des Zaren und Kerenskis). Das Rußland des Zaren und Kerenskis nahm für sich volle Freiheit in Anspruch, seine Grenzen gegen Deutschland und Österreich zu bestimmen. Das Rußland des Zaren und Kerenskis verlangte ferner: die Stadt Konstantinopel, die westlichen Küsten des Bosporus bis zum Samraia-Fluß und zu einem später näher zu bestimmenden Punkte am Ismid-Sund. Es verlangte drittens die Inseln im Marmara-Meer und die Inseln Imbros und Tenedos. In Persien wollte es die Städte Ispahan und Jesdan haben und eine Vergrößerung seiner „Interessensphäre". Auch in Afghanistan wollte es sich ausdehnen, und wollte ferner aus dem Gebiete der jetzigen asiatischen Türkei herausreißen: Erzerum, Trapezunt, Wan und Bitlis, sowie das Territorium Süd-Turkestan. Es verlangte, daß das Verbot, die Aalands-Inseln zu befestigen, aufgehoben werde, wünschte die Verdrängung der Deutschen vom chinesischen Markte und wollte unbedingt verhindern, daß Polens Zukunft von irgend jemandem anders kontrolliert werde, als von der russischen Regierung selbst.

Kriegsziele Frankreichs: Frankreich verlangt volle Freiheit, mit England zusammen Deutschlands Westgrenzen zu bestimmen. Jedenfalls fordert dabei Frankreich dies: Rückgabe Elsaß-Lothringens und Abtretung der Eisen- und Kohlengruben-Gegenden im Saargebiet; außerdem sollen alle deutschen Gebiete am linken Rheinufer von Deutschland getrennt und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland befreit werden — aus diesen Gebieten soll ein freier neutraler Staat gebildet werden, der übrigens bis zum Friedensschluß durch russische Truppen besetzt werden soll. — Ferner rechnet Frankreich auf eine Ausdehnung der französischen Kolonien in Afrika auf Kosten Deutschlands.

Kriegsziele Englands: England verlangt die Freiheit, mit Frankreich zusammen Deutschlands Westgrenze zu bestimmen. England fordert den südlichen Teil von Mesopotamien mit Bagdad. Es verlangt die Häfen Haifa und Akka in Syrien. England will (in Übereinstimmung mit Frankreich) aus Palästina einen besondern Staat mit eigener Regierung machen, deren Wesen und Art von England, Frankreich und Rußland gemeinsam festgestellt werden soll. Alexandrette soll Freihafen werden. Auch die arabischen Gebiete sollen von der Türkei abgetrennt und zu einem selbständigen Staate oder auch Staatenbunde umgeformt werden. In Persien soll die Zone, die seit dem Übereinkommen Englands mit Rußland vom Jahre 1907 neutral ist, fürderhin zur Interessensphäre Englands gehören. Wird Konstantinopel russisch, so soll es Freihafen sein für Waren, die weder von Rußland kommen, noch nach Rußland gehen; auch soll die Durchfahrt von Handelsschiffen durch die Dardanellen frei sein (beides wird auch von Frankreich gefordert). Auch England rechnet auf Vergrößerung seiner afrikanischen Kolonien auf Kosten Deutschlands.

Kriegsziele Italiens: Italien will erobern: Zum ersten das Trentino. Zweitens das ganze südliche Tirol bis zu dessen „natürlicher Grenze", das soll nämlich der Brenner sein. Zum dritten die Stadt Triest mit Umgebung. Viertens die Grafschaft Görz und Gradiska. Fünftens ganz Istrien bis Quarnero, dazu die istrischen Inseln und Luffio. Sechstens die kleineren Inseln Plavniod, Unie, Cacki, Doli, Palazzolo, St. Pietro, Dienembi, Asmello und Genica.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Zum siebenten die ganze Provinz Dalmatien, aber nicht nur in ihrem gegenwärtigen Umfange, sondern sowohl nach Norden wie nach Süden wesentlich erweitert, dazu alle Inseln im Norden und Westen der dalmatinischen Küste. Achtens: Valona nebst der Insel Sasseno und einem Gebiete, das hinreichend groß ist, um die Erwerbung Valonas militärisch zu sichern. Neuntens alle Inseln des Dodekanes, die Italien im Laufe des Weltkrieges besetzt hat. Zehntens rechnet Italien auf Ausdehnung seiner afrikanischen Kolonien in Eritrea, Somaliland, Libyen und in den Gebieten, die an Frankreichs und Englands Kolonien angrenzen.

Kriegsziele Rumäniens: Rumänien fordert: die Bukowina und ganz Transsylvanien.

Sämtliche Mitglieder der Entente (Rußland natürlich nur, solange es das Rußland des Zaren und Kerenskis war) erwarten, wie der Artikel 11 des Vertrages mit Italien zeigt, eine Kriegsentschädigung.

Verhandlungen und Vereinbarungen.

Was die Forderung Frankreichs angeht, deutsches Land im Westen abzureißen, so hat sich Ende Januar 1917 der, damals noch herrschende, Zar mit dieser Forderung gegenüber dem Vertreter Frankreichs mündlich und persönlich „im Prinzip" einverstanden erklärt. Die russische Regierung hat dementsprechend der französischen Regierung vorgeschlagen, durch einen Notenwechsel ein formelles Übereinkommen über diesen Punkt zu treffen, hat aber zugleich gefordert, daß dabei auch Rußlands Anspruch, seine Grenzen gegen Deutschland und Österreich nach seinem Belieben feststellen zu können, gleich berücksichtigt werde. Dieses Übereinkommen muß dann im Februar 1917 abgeschlossen worden sein, denn am 24. September 1917 spricht der damalige russische Minister des Äußern, Tereschtschenko, von dem „Februarabkommen betreffend die Ostgrenzen Frankreichs" und erwähnt in Beziehung darauf den „Notenaustausch". — — Anlangend Konstantinopel und die Dardanellen, so hat Rußland zuerst am 4. März 1915 seine Wünsche den Botschaftern Englands und Frankreichs zur Kenntnis gebracht. Am 13. März 1915 hat Frankreich erklärt, es habe für diese Wünsche alles Wohlwollen, falls nur auch England einverstanden sei. Unmittelbar darauf ist aber bei der russischen Regierung auch schon das schriftliche Einverständnis Englands eingegangen dazu, daß Konstantinopel und die Dardanellen in den von Rußland angegebenen Grenzen russisch werden sollen: England hat sich dabei nur ausbedungen, daß seine wirtschaftlichen Interessen gesichert werden sollten, und daß sich Rußland gegenüber dem politischen Bestreben Englands auf andern Gebieten unbedingt wohlwollend verhalte. Am 9. März 1916 spricht der damalige russische Minister des Äußern Sasonow in einem Geheimtelegramm von dem betreffenden Abkommen Rußlands mit England und mit Frankreich als bestehend. — — Wegen der Gebiete, die Rußland und England aus der kleinasiatischen Türkei herausreißen wollen, ist am 21. Februar 1917 zwischen diesen beiden Mächten und Frankreich ein Abkommen abgeschlossen worden. — — Es hat den Anschein, daß der Wunsch Rußlands nach der Erlaubnis, die Alandsinseln befestigen zu dürfen, von Frankreich in dem bereits genannten Februarabkommen von 1917 bewilligt worden ist. Rußlands Wünsche betreffend Polen und den chinesischen Markt sind im Jahre 1916 auf einer Ententekonferenz vorgetragen worden.

Alle obengenannten Forderungen Italiens sind ihm von England und Frankreich in dem am 20. April 1915 zu London abgeschlossenen Vertrage, der als eine der Geheimurkunden vorliegt, voll und fest zugesagt worden. Über die Vorgeschichte dieses Vertrages wird aus den Geheimurkunden das Folgende offenbar:

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die Entente hat schon beim Kriegsausbruch versucht, Italien vom Dreibund zu lösen und auf ihre Seite zu ziehen. Diese Versuche scheiterten jedoch an dem Einflusse des Fürsten Bülow in Rom, der den Umschlag Italiens um nicht weniger als ein halbes Jahr aufhalten konnte. Erst in der zweiten Hälfte des Februar 1915 bestand wieder eine Möglichkeit, Italien zum Anschluß an die Entente zu bringen. Damals aber hielt die russische Regierung diesen Anschluß Italiens gar nicht für so „unbedingt notwendig für die Sache der Alliierten". Sasonow äußerte die Befürchtung, wenn nun noch eine vierte europäische Großmacht in die Entente einträte, dann würden die Verhältnisse der Bundesgenossen untereinander zu kompliziert. Er widersetzte sich dem Anschlusse Italiens nicht ganz, aber er meinte doch, die Initiative dazu müßte auf jeden Fall von Italien selbst ausgehen. Der italienische Botschafter ergriff dann auch die Initiative, und zwar in London Mitte Februar 1915, wo die Verhandlungen begannen. So einfach war die Sache aber nicht, und zwar einmal deshalb, weil es Fürst Bülows Anstrengungen gelang, die Regierung Österreichs-Ungarns zu Zugeständnissen an Italien zu vermögen, und dann auch, weil es eine Reihe von Interessen gab, die Rußland und Frankreich gemeinsam gegen Italien verteidigen mußten. „Rußland und Frankreich sahen", so heißt es wörtlich, „die Forderungen Italiens als übertrieben an"; beide fanden, daß Italien zu viel haben wolle von der Ostküste des Adriatischen Meeres, wobei Frankreich an den Süden und Rußland an den Norden dieser Küste dachte. Sechs volle Wochen wurde an diesen Dingen herumverhandelt. Sasonow verteidigte gegen Italien auf das bestimmteste die Interessen der Südslawen an der Adriaküste; insbesondere müsse, so forderte er, Serbien den sicheren Zugang zu einem Hafen haben; es gelang Sasonow, „Schritt für Schritt" die Ansprüche Italiens „zurückzuschrauben", die es auf einen größeren Küstenstreifen und darauf machte, daß die Gebiete, die Sasonow an Serbien geben wollte, neutralisiert würden. Jetzt verlangten aber die militärischen Befehlshaber der Entente wegen verschiedener Kriegsereignisse immer dringender, daß Italien ohne Aufschub auf seiten der Entente militärisch auftrete. Sasonow, dem, so heißt es wörtlich, der „Wunsch der Bundesgenossen nach Unterzeichnung der Konvention mit Italien nicht sonderlich angelegen war", begann, neue Forderungen zu stellen, die möglichst schnelles aktives militärisches Eingreifen Italiens verlangten. Auch gelang es ihm noch, Italien zu einigen weiteren Zugeständnissen zugunsten Serbiens und Montenegros zu veranlassen. Am 26. April 1915 wurde der Vertrag dann unterzeichnet. Er legt übrigens in seinem Artikel 2 Italien von vornherein die Verpflichtung auf, gegen alle mit der Entente im Kriege stehenden Mächte, also auch gegen Deutschland, Krieg zu führen.

Wie an Italien, so hat die Entente auch an Rumänien dessen, oben wiedergegebene, Landforderungen fest zugesagt, und zwar im August 1916. Innerlich stand übrigens Rußland auch zu diesen Versprechungen an Rumänien recht eigenartig. In einem Geheimtelegramm nennt Sasonow sie „Lockmittel". Und ein Geheimbericht zeigt das folgende nette Bild: Rußlands militärische Leitung hatte es zunächst für vorteilhafter gehalten, wenn Rumänien neutral bliebe, als wenn es eingriffe; erst später ließ sie sich von ihren Verbündeten überzeugen, daß das Eingreifen Rumäniens den entscheidenden Schlag gegen Österreich und damit das Nahen des Kriegsendes bedeuten werde. Daraufhin wurde dann das Abkommen unterzeichnet. Rußlands politische Leitung fand nun aber, daß Rumänien damit viel zu viel erhalte, weil sich nämlich Rumäniens Verpflichtungen darauf beschränkten, den Krieg ausschließlich an Österreich-Ungarn zu erklären und ihn nur in Transsylvanien zu führen. Als nun Rumänien sehr bald nach seinem Eintritte in den Krieg unter den Schlägen Deutschlands, Österreich-Ungarns

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und Bulgariens zusammenbrach, und als damit die Erfüllung der an Rumänien gemachten Zusicherungen offenbar aussichtslos wurde, fand die damalige politische Leitung Rußlands, das sei gar nicht so übel: Denn wenn die Dinge sich so entwickelt hätten, daß Rumänien das ihm zugesagte Land wirklich erhalten hätte, dann wäre es ein sehr starker Balkanstaat mit annähernd 13 Millionen Einwohnern geworden. Dieser große Staat wäre aber in der Zukunft gegenüber Rußland schwerlich freundschaftlich gesinnt gewesen; und zwar besonders auch darum, weil dieser Staat, so heißt es wörtlich, „angesichts des überwiegend romanischen Charakters seiner Bevölkerung unter der starken politischen Einwirkung Italiens und Frankreichs gestanden haben würde". Deshalb würde der Staat Großrumänien auf dem Balkan versucht haben, dem Einflusse Rußlands entgegenzuwirken, und außerdem würde er versucht haben, den Russen Bessarabien abzunehmen. Da es sich nun aber, so meinte Rußlands damalige politische Leitung weiter, recht gut so gefügt habe, daß diese „Großmachtspläne Rumäniens" zusammengebrochen seien, so müsse Rußland diesen Umstand ausnützen, um die „gezwungenen Bande", die Rumänien an Rußland knüpften, möglichst zu festigen. Es müsse Rumänien gegen eine endgültige Zerschmetterung schützen. Denn „wenn uns [Russen] auch die Bildung mächtiger Staaten auf dem Balkan nicht vorteilhaft ist, so ist auch die völlige Vernichtung oder Schwächung der bestehenden politischen Organismen für uns ebensowenig vorteilhaft".

Das sind also die Verhandlungen und Vereinbarungen über die oben bezeichneten Kriegsziele Rußlands, Frankreichs, Englands, Italiens und Rumäniens. Die Geheimurkunden enthalten aber auch noch Zeugnisse über Verhandlungen, die andere Dinge betreffen: Da sind zum Beispiel Mitteilungen über die Versuche der Entente, Griechenland in den Krieg hineinzuziehen. Schon am 22. November 1914 hat die Entente an Griechenland den südlichen Teil Albaniens (mit Ausnahme Valonas) versprochen, falls Griechenland den Serben sofort zur Hilfe komme. Der damalige griechische Ministerpräsident Venizelos wollte das aber nur tun, wenn Rumänien garantiere, daß dann nicht etwa Bulgarien die Griechen überfalle; diese Garantie gab Rumänien nicht. Am 12. Januar 1915 versprach dann England den Griechen wichtige Gebietserwerbungen an der Küste Kleinasiens, falls Griechenland den Serben zu Hilfe komme, wenn Deutschland die aufs neue angreife. Die Griechen, vertreten durch Venizelos, stellten eine ganze Reihe von Bedingungen. Die Verhandlungen wurden dadurch unterbrochen, daß Venizelos am 21. Februar 1915 zurücktrat, doch nahm am 9. März 1916 ein anderes griechisches Ministerium seinerseits die Verhandlungen wieder auf. Jetzt forderte die Entente sofortiges Auftreten Griechenlands gegen die Türkei und versprach als Belohnung ein Stück türkisches Gebiet (das Wilajet Aidin), aber nur, wenn Griechenland sofort eingreife. Das griechische Ministerium, das Kabinett Gunaris, war bereit, verlangte aber, die Entente solle ihm die „territoriale Integrität Griechenlands unter Einschluß des nördlichen Epirus und der Inseln" formell garantieren. Als die Entente diese Garantie binnen eines Monats nicht leistete, erklärte das Kabinett Gunaris, Griechenland wolle nun weiter neutral bleiben.

Manches Wichtige erhellt aus den Geheimurkunden auch über das Verhältnis der Ententegenossen unter sich: Da erschienen Anfang Oktober 1917 die Botschafter Frankreichs, Englands und Italiens gleichzeitig bei Kerenski und teilten ihm mit, ihre Länder hätten nun doch Befürchtungen bekommen, ob Rußland noch widerstandskräftig genug sei und den Krieg fortsetzen könne. Die öffentliche Meinung in ihren Ländern fordere von den Regierungen Angaben darüber, was diese Rußland an „materieller Hilfe" gewährt hätten. Damit die drei Regierungen die öffentliche Meinung ihrer Länder beruhigen und wieder zuversichtlich machen könnten, müsse die russische Regierung „durch die Tat ihre

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Entschlossenheit zeigen". Sie müsse alle Mittel anwenden, um die Disziplin wieder herzustellen, um der Armee einen wirklichen Kriegergeist einzuflößen, und um es zu sichern, daß der Regierungsapparat vor und hinter der Front regelmäßig arbeite. Die drei Botschafter drückten die Hoffnung aus, die russische Regierung werde diese Aufgabe erfüllen und sich „somit" der Unterstützung der Bundesgenossen „versichern". Aus Kerenskis Erwiderung ist das Wichtigste dies: Er werde dafür sorgen, daß dieser Schritt der drei Botschafter von der öffentlichen Meinung Rußlands nicht so ausgelegt werde, daß er Unwillen gegen England, Frankreich und Italien errege. Wenn Rußland jetzt in so schwieriger Lage sei, so hänge das sehr erheblich mit der Erbschaft zusammen, die es von dem alten Regime übernommen habe; dieses alte Regime (also der Zarismus) habe doch nun aber seinerzeit in England, Frankreich und Italien ein Vertrauen und eine Unterstützung genossen, „die vielleicht seinen Verdiensten nicht entsprochen hätten". Um die Kampffähigkeit der russischen Armee wieder aufzurichten, geschähe alles Nötige. Wenn etwa die Bundesgenossen schwankend darin werden sollten, die russische Armee mit Kriegsbedürfnissen zu versehen, so könne das sehr gefährliche Folgen haben: die würden eintreten nach zwei bis drei Monaten. Übrigens sei „Rußland immer noch eine Großmacht". — — Diese Stimmung der West-Entente gegen Rußland nach dessen erster Revolution zeigt auch ein Geheimtelegramm des russischen Generals Sankewitsch aus Paris an den russischen Kriegsminister. Sankewitsch stellt das Folgende fest: Seit der ersten russischen Revolution hat sich Frankreichs Verhalten gegen Rußland wesentlich geändert. Denn die — wie Sankewitsch sagt, „zeitweilige" — Schwächung der militärischen Hilfe Rußlands hat Frankreich und England gezwungen, die Hauptlast der militärischen Operationen zu übernehmen. Das aber ist ihnen ungelegen aus Erwägungen für die Zukunft. Die Offensive der Engländer und Franzosen im April 1917 ist ein Mißerfolg gewesen; die französische Regierung brauchte für diesen Mißerfolg eine Rechtfertigung vor ihrem Lande, und sie versucht diese Rechtfertigung dadurch, daß sie jetzt von der Parlamentstribüne herab die Dinge in Rußland besonders scharf beurteilt. Jetzt verkleinern Frankreichs Regierung und Frankreichs Presse hartnäckig die Kriegsarbeit Rußlands, damit suchen sie die offenkundige Kriegsmüdigkeit in Frankreich zu bekämpfen. Sankewitsch hat versucht, die französische Öffentlichkeit durch die französische Presse darüber aufzuklären, wie stark die Streitkräfte des Vierbundes an der russischen Front sind, und wie sie gruppiert sind, um so darzutun, daß Rußland alles getan hat, was es konnte. Aber die meisten französischen Zeitungen — haben die Veröffentlichung abgelehnt. Auch die Rolle der russischen Vertreter wird jetzt in Frankreich offenkundig verkleinert: Rußlands militärische Vertreter sind weder zu den Besprechungen zugezogen worden, die die Beteiligung der Amerikaner am Kriege und die entsprechende Verteilung der Mittel und Kräfte betrafen, noch auch zu den Besprechungen über das weitere Schicksal der Saloniki-Armee; alles dies wurde von den Franzosen, Engländern und Amerikanern allein beraten. Engländer und Franzosen bearbeiteten gemeinsam „die Frage betreffend das militärische Geheimnis"; Rußlands militärische Vertreter wurden zu diesen Arbeiten nicht nur nicht zugezogen, sondern erhielten nicht einmal Kunde davon. Und ganz ebenso ging es diesen militärischen Vertretern Rußlands, als Engländer und Franzosen, gemeinsam und völlig unter sich, die neuen Leitsätze über die strategischen Aufgaben der französischen Front ausarbeiteten. — — Angesichts der Offensive Deutschlands und Österreichs gegen Italien bittet dessen Regierung am 31. Oktober 1917, Rußland möge doch an seiner Front, wenn auch nicht eine wirkliche Offensive, so doch eine „Demonstration" unternehmen. Das werde ja zwar nicht zu größeren militärischen Ergebnissen führen, aber

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

doch auf jeden Fall eine ernste politische Bedeutung haben, besonders in Italien. Der russische Botschafter in Rom, der die Bitte übermittelt, fügt hinzu, Italien habe bisher alle seine Hoffnungen fast ausschließlich auf Rußland gesetzt. — — Als der deutsche Angriff auf Ösel und Dagö droht, telegraphiert die russische Regierung am 22. Oktober 1917 nach London, ob nicht die englische Flotte die Lage der Russen in der Ostsee erleichtern könne, indem sie die deutschen Flottenkräfte nach der Nordsee ziehe. Die englische Antwort geht aber dahin, das sei gegenwärtig „für die englische Flotte faktisch unmöglich". Und der russische Vertreter in London fügt hinzu: „Die gegenwärtigen Verhältnisse unterscheiden sich wesentlich von denjenigen, welche es ermöglichten, die deutsche Flotte zum Kampf herauszufordern."

Über das Verhältnis der Entente zu den Neutralen ergeben die Geheimurkunden dies: Das Rußland des Zaren stand, wie ein Geheimtelegramm Sasonows vom 9. März 1916 ausspricht, auf dem Standpunkte: Rußland müsse danach streben, Schweden davon abzuhalten, feindlich gegen Rußland aufzutreten; falls es aber nicht gelingen sollte, einem Kriege mit Schweden vorzubeugen, so müsse Rußland rechtzeitig an Maßnahmen denken, Norwegen auf Rußlands Seite zu bringen. — — Was übrigens Schweden angeht, so ist ein Geheimtelegramm des russischen Gesandten in Stockholm an die russische Regierung vom 18. August 1917 vorhanden, das den schwedischen Entente-Freund Branting in einem anscheinend eigenartigen Lichte erscheinen läßt: Nach diesem Telegramm ist Branting darüber, daß die Ententeregierungen ihren Sozialisten die Pässe für Stockholm verweigert haben, zunächst sehr aufgebracht gewesen. Allmählich aber hat er sich beruhigt. Und dann hat Branting mit dem russischen Gesandten in Stockholm eine, wie dieser ausdrücklich telegraphiert, „private und streng geheime" Konferenz abgehalten, wo Branting gesagt hat: „Wenn Kerenski, ohne die Konferenzidee selbst zu verwerfen, erklären würde, er halte sie augenblicklich für ungeeignet, so würde sich das holländisch-skandinavische Komitee dem unterwerfen." Der russische Gesandte endet aber sein Telegramm mit diesen Worten: „Wenn Sie sich dieser Nachricht zu bedienen wünschen, bitte ich, daß deren Quelle geheim gehalten wird, um Branting nicht in schlechtes Licht zu bringen und uns einer wertvollen Quelle zu berauben." — — Das Aufsehenerregendste, was die Geheimurkunden über die Stellung der Entente zu Neutralen enthüllen, ist aber der 15. Artikel des im übrigen bereits oben behandelten Entente-Vertrages mit Italien. Da übernehmen Frankreich, England und Rußland die folgende Verpflichtung: Der heilige Stuhl soll gehindert werden, irgendwelche diplomatischen Schritte zu unternehmen, wodurch ein Friedensschluß erreicht oder Fragen geregelt werden könnten, die mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängen. Italien soll das besorgen, und Frankreich, England und Rußland werden Italien darin unterstützen.

Endlich wirft ein Geheimtelegramm Tereschtschenkos an den russischen Geschäftsträger in Paris vom 24. September 1917 eine interessante Beleuchtung auf die ganze Geheimurkunden-Veröffentlichung selbst. Der damalige französische Ministerpräsident Ribot hatte in der französischen Kammer sehr ungeschickte Erklärungen über das Vorhandensein der Geheimurkunden gemacht. Nun wurde überall deren Veröffentlichung gefordert. Um aus der üblen Lage herauszukommen, ließ Ribot der russischen Regierung durch den französischen Geschäftsträger in Petersburg den folgenden Schwindel vorschlagen: Rußland solle doch einfach die vor dem Kriege abgeschlossenen Verträge, also die Militärkonventionen zwischen Rußland und Frankreich, veröffentlichen. Tereschtschenko, damals Rußlands Außenminister, erwiderte, diese Verträge seien ja schon

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

allgemein bekannt, und wenn man sie als die Geheimurkunden veröffentliche, dann werde kein Mensch das verstehen, und es würde nur neue Forderungen auf Veröffentlichung der eigentlichen Geheimurkunden geben. Nun sei es ja allerdings so, daß England, Frankreich und Italien die Veröffentlichung dieser wirklichen Geheimurkunden, und besonders der Verträge mit Rumänien und Italien, für unzulässig hielten. Rußland beabsichtige nun nicht, Frankreich in dieser Sache Schwierigkeiten zu machen und „Ribot in eine noch peinlichere Lage zu versetzen". Der russische Geschäftsträger solle aber der französischen Regierung offiziell erklären, daß Rußland (also schon das Rußland Kerenskis) für seinen Teil nichts dagegen habe, daß sämtliche vor dem Kriege und während des Krieges geschlossenen Abkommen veröffentlicht würden.

Fast alle aus den Geheimurkunden ersichtlichen Kriegsziele der Entente wären nur erreichbar nach völliger Zerschmetterung Deutschlands und seiner Bundesgenossen. Nun ist es das Wesen dieses Krieges, des Krieges zwischen zwei Koalitionen von noch nie dagewesener Größe, daß keine Partei die gesamte andere Partei völlig zerschmettern kann. Die Staatsmänner der Entente, die diese Wahrheit, die sich jedem Nüchternen aufdrängt, nicht sehen wollen, oder nicht sehen können, und die daher Kriegsziele aufstellen, die mit dieser Wahrheit nicht vereinbar sind, erscheinen uns als bösartige Narren oder als große Kinder; besonders auch spielen sie verbrecherisch Hazard mit Gut und Blut ihrer eigenen Volksgenossen.

Daß Geister dieser Art während des ganzen Krieges in Deutschland und im ganzen Vierbunde nicht zur Macht kommen konnten — während sie in der Entente mit Ausnahme Rußlands bis heute herrschen — das ist eines der stärksten Zeichen der großen Gesundheit unsrer Zustände und eine der stärksten Gewähren dafür, daß unsre Politik keinen Mißerfolg erleiden wird.

Und noch eins: Man hört wohl bei uns die Meinung vertreten: nun ja, wirklich hegen könne man solche Zerschmetterungskriegsziele natürlich nicht; aber man solle sie jedenfalls aufstellen. Denn dann glaube doch der Feind, d a ß wir sie hegten, und das halte der Feind dann für ein Zeichen von Kraft. Dadurch werde seine Friedensgeneigtheit größer, und außerdem stärke man so für die kommenden Friedensverhandlungen die Stellung unsrer Unterhändler, die sich dann den Feinden gegenüber darauf berufen könnten, was das hinter ihnen stehende deutsche Volk eigentlich alles wolle. — Jetzt können wir ja die Probe auf dies Exempel machen: Halten wir es etwa für ein Zeichen von Kraft, wenn der Feind solche Zerschmetterungsziele hegt? Nein, wie schon gesagt, wir halten es für ein Zeichen von Narrheit. Und w i r sagen: „Ja, solange drüben solche Narrheit herrscht und solchen Unsinn als Kriegsziel fordert, kann eben leider noch kein Friede werden."

F i d e l i s.

Der Geist des § 11.

Aus Bayern tönen laute Klagen ins Reich hinaus. Nicht genug, daß die drei stellvertretenden Generalkommandos den verantwortlichen Leitern der Brauereien verboten haben, bis zum 1. Januar 1918 mehr als ein Sechstel der ihnen von der bayerischen Landesgetreidestelle zugewiesenen Gerstenmenge zur Erzeugung von Bier oder bierähnlichen Getränken zu verwenden — übrigens ein Verbot, das keineswegs alkoholfeindlichen Neigungen entsprungen ist, sondern einfach als

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schutzmaßregel gegen einen vorzeitigen Verbrauch jener Menge angesehen werden muß —, nicht genug, daß mit der Zusammenlegung von Brauereien Ernst gemacht werden soll, um Arbeitskräfte und Kohlen zu sparen, sowie Metall freizubekommen, ist nun auch das längst Befürchtete Tatsache geworden: Der Bundesrat hat das Gerstenkontingent für das Reich auf 10, für Bayern auf 15 v. H. des Friedensbetrags festgesetzt, trotz der energischen Bemühungen der Brauer um eine größere Menge, trotz der Anstrengungen der bayerischen Regierung, auch nur die von der Presse als unzulänglich erklärten 20 v. H. durchzusetzen. Vergeblich hat sie auf die „besonderen Bedürfnisse" Bayerns und auf die Stimmung der Bevölkerung hingewiesen. Die Mehrheit des Bundesrats, der noch im vorigen Jahre 25, für Bayern sogar noch 10 v. H. mehr bewilligt hatte, hat mit Rücksicht auf die stärkere Inanspruchnahme der ohnedies nicht viel mehr als die Hälfte des sonstigen Durchschnitts betragenden Gerstenvorräte für die Zivilbevölkerung und den Heeresbedarf seine Bedenken gegen die bayerische Forderung nicht überwinden können, hart geschmiedet durch die wuchtigen Hammerschläge der Not, wie ehedem der thüringische Landgraf durch die des wackeren Schmiedes von Ruhla.

Also nur 15 v. H., noch nicht die Hälfte des vorjährigen Betrags! Und diese Menge, die dem Urbayern zum Lachen oder besser zum Weinen gering erscheinen muß, kann auch nicht wie bisher vermehrt werden, weder durch Zufuhren aus neutralen Ländern, noch durch Aufkauf nichtablieferungspflichtiger Gerste, da ja die Reichsgetreidestelle ihre Hand auf die gesamte Gerstenernte, und nicht wie früher nur auf einen Teil, gelegt hat. Was soll aber nunmehr aus den Alten und Kranken werden, zu deren Stärkung ein Münchner Blatt im Oktober ein höherprozentiges Bier dringend verlangte? Was aus der übrigen Bevölkerung (soweit sie sich nicht wie die Rüstungs- und Erntearbeiter besonderer Fürsorge erfreut), in der weite Kreise schon längst ihre im Frieden erworbene Rundung eingebüßt haben und immer mehr „zusammengefallen" sind, wie dasselbe Blatt bedauernd feststellte?

Alle diese Klagen und Besorgnisse entbehren nicht eines komischen Einschlags und zwar nicht nur für den, der alles Geschehen von der Warte weiser Gelassenheit zu betrachten gewöhnt ist, sondern sicherlich auch für recht viele andere außerhalb der weißblauen Grenzpfähle, wahrscheinlich auch für nicht wenige Biertrinker, die sich schon längst auf weit größere Entbehrungen haben einstellen müssen, als ihre bayerischen Leidensgefährten. Daß die dem völligen Verzicht sich allmählich bedenklich nähernde Beschränkung eines von früher Jugend an gewohnten und lieb gewordenen Genusses recht vielen bierfrohen Bayern das jetzt ohnehin nicht leichte Dasein noch schwerer gestaltet, sei zugestanden. Aber wie eine Frage, die inmitten des furchtbarsten und blutigsten aller Völkerkämpfe, in einer Zeit, wo auf der Wage des Schicksals Sein und Nichtsein unseres Vaterlandes liegen, schlechterdings nicht in den Brennpunkt unseres Erlebens gerückt werden dürfte, Veranlassung zu teilweise geradezu leidenschaftlichen Erörterungen geben kann, ist nur schwer zu verstehen. Man kann die Erregung ohne Erschütterung seines Glaubens an den Opfersinn der süddeutschen Volksgenossen nur dann erträglich finden, wenn man annehmen muß, daß ihrer Ansicht nach für sie ein lebenswichtiges Interesse auf dem Spiele steht.

So ist es denn auch in der Tat. Der Glaube an die Unentbehrlichkeit des Bieres ist nirgends so festgewurzelt wie in Bayern, er herrscht unumschränkt anscheinend in den obersten Kreisen ebenso wie in den untersten. Nur dann, aber auch nur dann, kann man es ja verständlich finden, daß sich die Regierung für die Erhöhung des Braukontingents so entschieden eingesetzt hat, andere Gründe, etwa steuerpolitische, würden ihr Vorgehen nimmermehr gerechtfertigt haben.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Einstmals standen die regierenden Kreise in Bayern freilich ganz anders zum Bier. Wie ein Märchen aus alten Zeiten mutet die Nachricht an, daß bayerische Herzöge im Jahre 1542 den Ausschank von Bier auf dem Lande für unnötig erklärt haben, weil es bekannt sei, „daß nichts ehrlichs, löblichs noch guts, sondern nur alle Laster, Schand und Übel daraus erfolgt", und daß fünfundzwanzig Jahre später in Bayern das weiße Weizenbier verboten worden ist, mit einer Begründung, wie sie besser auch die Alkoholgegner von heute nicht geben könnten: teils weil zu viel Weizen verbraucht werde, teils weil es ein unnützes Getränk sei, das weder nähre, noch Kraft gebe, sondern nur zum Trinken reize.

Freilich 350 Jahre sind eine lange Zeit, während der sich in den Volksanschauungen tiefgreifende Wandlungen vollziehen können. Wie tiefgreifend, davon zeugt die heutige Wertung des Bieres. Und da der feste Glaube, mag er auch irrig sein, dem Gläubigen tiefinnere Befriedigung gewährt, so liegt in der Zwangslage, in die sich die bierfreudige Bevölkerung Bayerns versetzt sieht, eine gewisse Tragik, an der man nicht mit einem Achselzucken oder billigem Spott vorübergehen darf. Gewiß, ein Märchen ist die jetzt in allen Tonarten erklingende Behauptung (die mittelbar übrigens für die verantwortlichen Stellen einen Vorwurf bedeutet), im Biere erfahre die Gerste ihre beste Ausnutzung, und ein Irrtum ist der Glaube, daß der Alkohol ein echter Kraftspender sei. Das wissen die ganz genau, von denen Höchstleistungen auf körperlichen und geistigen Gebieten verlangt werden oder die sie sich selbst abfordern, das sagt mit Nachdruck die darob von den Vorkämpfern der Andersgläubigen befehdete Kriegs-Sanitäts-Ordnung, das bezeugen auch Feldpostbriefe, deren Zahl größer ist, als es den Verfechtern alkoholischer Interessen lieb sein dürfte. Und noch sind nicht zwei Jahre über den Veröffentlichungen der amerikanischen Forscher Benedikt und Dodge hingegangen, die eine Verschlechterung und Verlangsamung der Nerven- und Seelentätigkeit unter dem Einfluß schon geringer Alkoholmengen nachwiesen, da kommt aus dem pharmakologischen Institut der Universität Greifswald als Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen eine neue Anschuldigung des Alkohols: daß er schon in der geringen Menge von 10 g, in leichtem Rheinwein, Kognak, namentlich aber leichtem Biere, die Fähigkeit, Rot und Grün zu unterscheiden, verringere: ein Menetekel für alle, von deren ungeschwächtem Farbsinn oft das Leben von Hunderten abhängt, besonders für Eisenbahnbeamte.

Gewiß, das ist alles ganz sicher und wahr, und vieles andere dazu; ich versage es mir, die bekannte Leporelloliste der Alkoholsünden noch weiter herunterzulesen. Aber das Volk glaubt nun einmal das Gegenteil, es ist fest davon überzeugt, daß ohne Alkohol unser tapferes Heer keine Heldentaten vollbringen kann, daß die Rüstungsarbeiter nicht durchhalten, die Landarbeiter nicht die Ernte zu bergen vermögen. Ungehört verhallen in dem alkoholischen Dunstkreis der Brauereien selbst die eindringlichen Mahnungen eines Dr. Heim an die Erntearbeiter, und unbeachtet bleiben die Ergebnisse jahrzehntelanger Forscherarbeit der bekannten Münchner Gelehrten von Gruber und Kraepelin. Propheten sind auch sie, die nichts oder nur wenig gelten in ihrem Vaterlande.

Auch im weiteren deutschen Vaterlande nicht, wennschon sich hier das Verlangen nach dem Rauschtrank nicht in so leidenschaftlichen Formen äußert wie dort. Man fügt sich da leichter und fordert zunächst nur die Sicherstellung des Heeresbedarfs. Denn daran halten auch jetzt noch weite Teile des deutschen Volkes fest: für unser Heer ist der Alkohol, in erster Linie das Bier, ein unabweisbares Bedürfnis. Deshalb wird es wohl auch kaum der selbstsüchtigste Trinker bemängeln, daß bis Juli 1917 nicht weniger als rund 15 Millionen Hektoliter Bier ins Feld gewandert sind. Und doch, ein Irrtum ist auch die Behauptung von der Unentbehrlichkeit des Bieres. Man lese nur Briefe von drau-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ßen, die das bestätigen; es gibt deren genug. Hier im Auszuge nur zwei aus neuester Zeit.

Ein Leutnant schreibt am 19. August 1917:

„Noch immer wird hier die Truppe mit braunem Wasser beglückt. Dabei ist ihre Begeisterung dafür gleich Null. Neulich hörte ich, wie ein Feldwebel mehr deutlich als zart zum Biertrinken drängelte, aber ohne Erfolg. Er drohte damit, es würde eben in Zukunft nichts mehr geben, wenn nicht mindestens 25 Liter gekauft würden. Darauf meldeten sich 2 Mann von mehr als 30. Und ein anderer klagte mir, das Bier würde sauer, ganze Fässer verdürben, weil die Leute nichts kauften."

Am 9. November d. J. schreibt ein Soldat:

„Unsere Abteilung hat eine Kantine, in der es natürlich stets Bier gibt. Nun haben wir a l l e großes Verlangen nach Obst, das leider käuflich wegen Beschlagnahme nicht zu haben ist. Da wurde nun vor kurzem unserem Zahlmeister angeboten, 5 Zentner g u t e Ä p f e l zu billigem Preise zum Verkauf in der Kantine zu erwerben. Aber der Herr Zahlmeister war durch nichts, auch durch Zureden des Kantinenpersonals nicht, zu bewegen, davon Gebrauch zu machen; er erklärte, da könnten die Mannschaften krank werden, und kaufte für das Feld wieder — ‚das gute Riebeckbier'."

Die Briefe bedürfen keiner Erläuterung, sie sprechen für sich selbst. Wie weit die darin geschilderte Stimmung draußen verbreitet ist, weiß ich natürlich nicht. Aber das ist wohl ganz sicher, daß die überwiegende Mehrheit der Biertrinker daheim sich nach der goldenen Zeit des nur durch die Beschaffenheit des Geldbeutels und des Magens bestimmten Genusses zurücksehnt und es mit Freude begrüßen würde, wenn der weit über die Grenzen der akademischen Welt hinaus bekannte und beliebte § 11, der sich so herrisch mitten hinein in die Reihe der mit komischer Wichtigtuerei durch das Reich des Gambrinus stolzierenden Bierrechtsparagraphen drängt, auch jetzt noch möglichst unangefochten bliebe, wenn auch zunächst in der weniger brutalen, industriell gefärbten Fassung: „Es wird weiter gebraut".

Täuschen wir uns nicht: der Krieg hat zwar den Genuß beschränkt, aber nicht das Verlangen danach, und das Reichsgericht hat nur zu recht, wenn es, ohne damit allerdings ein Werturteil fällen zu wollen, das Bier als Gegenstand des täglichen Bedarfs bezeichnet. Aus diesem tatsächlich vorhandenen Zustand ziehen aber die Brauindustriellen begreiflicherweise die ihnen zusagenden Schlüsse. Für sie ist das Vorhandensein des Bedürfnisses schon der untrügliche Beweis seiner Notwendigkeit, der Kampf der Alkoholgegner dementsprechend ein törichtes, weil aussichtsloses Beginnen, ein lästerliches Anstürmen gegen ein Naturgesetz. Und die große Masse des Volkes, die nicht daran denkt, daß das Bedürfnis nach Rauschgetränken oft erst künstlich erzeugt und mit allen Mitteln der Technik und Reklame unterhalten und gesteigert wird, bekennt sich gleichfalls zu dem bestechenden Trugschluß, der dem Menschen in der Lebewelt eine beschämende Rolle zuweist; auch für sie ist die Notwendigkeit der ewigen Fortdauer eines allerdings uralten Zustandes zu einer Art von Glaubenssatz geworden, an dem sie um so inbrünstiger festhält, je mehr er der ihr angeborenen oder anerzogenen Neigung entspricht. Mit geradezu unheimlicher Gewalt zieht ja die Massensuggestion selbst die in ihren Bann, die durch sie am meisten leiden müssen.

Noch ist unvergessen die harte Zeit des letztjährigen Winters, wo die Kartoffel vom Tische verschwand, wo das Brot sich streckte und reckte, ohne doch sein altes Gewicht behalten zu können, und wo die Kohlrübe ihre Glanzzeit erlebte. Da gab es des Jammerns und Klagens genug, und auch — des Hungerns. Aber Millionen und aber Millionen sahen in naiver Gedankenlosigkeit zu, wie ebenso

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gedankenlos eine Minderheit mit gewohnter Selbstverständlichkeit und unbehelligt vom Arm der Obrigkeit ihnen das Brot weg—trank, das ihren und ihrer Kinder Hunger gestillt hätte. Und manche Mutter mag da Ähnliches durchlebt haben, wie jene, von deren Kummer erst unlängst ein junger Soldat berichtete. „Ein Erlebnis", so schrieb er, „kann ich nicht vergessen. Als ich mich in W. anmeldete, wartete im gleichen Raume eine junge Frau, die mit Tränen um Zuweisung von Grieß für ihr kleines Kind bettelte, dem sie keinerlei andere Nahrung geben konnte, — in der ganzen Stadt war nichts zu bekommen, aber Bier in jedem Winkel!!"

Bier in jedem Winkel und nirgends ein Gramm Nahrung für ein hungerndes Kind! Welch bittere Ironie des Lebens und welch tiefe Tragik zugleich liegt in diesem Gegensatze! Aber die schneidende Schärfe dieses Gegensatzes mag wohl nur der wackere Soldat empfunden haben, der so helläugig in die Wirklichkeit sah, nicht aber das junge Weib. Denn unberührt vom Vernichtungswillen des Kriegs lebt weiter der unselige Geist des § 11 und legt eine Binde vor das geistige Auge der Massen, die ihnen den Blick in die krasse Wirklichkeit verwehrt und sie des Unrechts der Bierkartenlosigkeit nicht bewußt werden läßt, der Geist, der mehr und mehr von unserem Volke Besitz ergriffen hat, wirksam unterstützt von dem sich schnell mehrenden Volkswohlstand und dem allmählich ins Riesenhafte wachsenden Alkoholkapital.

Diesen Geist gilt es mit aller Kraft zu bekämpfen, und an diesem Kampfe sollte jeder teilnehmen, der den Aufstieg unseres Volkes will, nicht seinen Abstieg. Denn groß ist die Schuld, die sein Konto belastet. Er ist der Erzeuger und Nährvater einer der Hauptpestbeulen am Volkskörper, des Alkoholismus, und mitschuldig ist er an zahllosen Übeln, die das Volk nach unten zu zerren drohen, in Zukunft vielleicht noch mehr als bisher. Denn so wahr es ist, daß der Krieg unserer Volksgesundheit ein glänzendes Zeugnis ausgestellt und den bündigen Beweis geliefert hat, daß alle jene Übel noch nicht in die Tiefe gedrungen sind, so wahr ist es doch auch, daß der Volkskörper aus tausend und aber tausend Wunden blutet, die schnell und gründlich nur dann geheilt werden können, wenn kräftige Mittel angewendet und alle Schädlinge mit ängstlicher Sorgsamkeit ferngehalten werden. Das hat man auch längst erkannt, und der Erkenntnis folgt allerorten und in allen Volksschichten mehr und mehr der Wille zur hilfreichen Tat. Kampf gegen Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose, Kampf gegen Geburtenrückgang und Säuglingssterblichkeit, Kampf gegen Wohnungselend und gegen die unheilvolle Verkoppelung der Geselligkeit mit dem Alkohol durch die allgemeine Gründung alkohol- und nikotinfreier Volkshäuser, sowie gegen viele andere Nöte, das ist die Losung der Zeit*).

Sie bedeutet zugleich auch den Kampf gegen den Geist des § 11. Aber nur den mittelbaren, an einen Frontalangriff gegen ihn wagen sich nur wenige heran. Drum triumphiert er auch weiter und spottet selbstsicher und im Vertrauen auf die werktätige Hilfe der verbündeten Mächte der Anstrengungen der Wenigen, deren materielle Kraft zurzeit noch gering ist. Und doch war die Aussicht auf einen wirklichen Erfolg noch niemals so günstig, wie in dieser Zeit der Not. Der Verzicht auf gewohnte Genüsse, auf liebgewordene Bedürfnisse einer friedlichen Zeit ist längst schon ein Bestandteil des Lebensprogramms geworden, und ein neuer Verzicht hätte kaum etwas anderes bedeutet als die Vermehrung einer Vielheit um Eins. Dem Alkoholkapital aber hätte die Verneinung des Rechtes

*) Eben jetzt erscheint der Aufruf des großh. badischen Landeswohnungsinspektors **Dr.** Kampffmeyer zur Gründung eines deutschen Volkshausbundes, der die ernsteste Beachtung aller Lebensreformer verdient.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

auf einen unbeschränkten Genuß durch die verantwortlichen Stellen eine Waffe aus der Hand geschlagen, die ihm schon jetzt einen Vorteil über die Gegner sichert, und deren es sich später noch oft mit der ihm eigenen Gewandtheit bedienen wird. Freilich hätte es nicht beim bloßen Verbote bleiben dürfen, das zwar dem Rechtsgefühl Genüge getan, im übrigen aber dem Alkohol zu einer unverdienten Märtyrerkrone verholfen hätte. Ein großzügiger Aufklärungsfeldzug in der Presse, wie er wiederholt schon mit gutem Erfolg unternommen worden ist, mit geschickter Begründung, die den Dingen die richtige Bezeichnung gibt, Weiß weiß und Schwarz schwarz nennt, der hätte mit großer Wahrscheinlichkeit jetzt Wunder gewirkt. Er ist ausgeblieben und wird wohl auch weiterhin ausbleiben. Warum? Weil die maßgebenden Kreise selbst unter der Herrschaft des Alkoholaberglaubens stehen! Weil die Rücksicht auf die Stimmung der Trinkenden und — Verdienenden es fordert, auf die Stimmung einer Minderheit!

Es ist nicht anders: das Ende des Krieges wird auch das Ende der so noch nie dagewesenen und auch kaum je wiederkehrenden Möglichkeit sein, gegen den inneren Erbfeind des deutschen Volkes einen vielleicht entscheidenden Schlag zu führen. Der Kampf wird weitergehen wie bisher; führen wird ihn vorerst wieder ein Häuflein, mühevoll und mit zunächst wenig sichtbarem Erfolg, aber in der Gewißheit des kommenden Sieges. Denn letzten Endes entscheidet doch immer die Logik der Tatsachen und die Macht eines großen Gedankens.

Dr. Richard Ponickau.

Volksfeste.

Ungeachtet aller Standesunterschiede fand man sich früher zu gemeinsamen Festen zusammen. Damit aber scheint es nun ein für allemal ein Ende genommen zu haben; nur hier und da hat sich noch ein schwacher Abglanz der früheren Volksfeste erhalten können. Durch unsere moderne Wirtschaftsweise wurden die Klassengegensätze ungeheuer verschärft. Ein Unternehmer unserer Tage steht seinen Arbeitern meist fremd gegenüber. Dagegen durfte sich einst der Handwerksgesell zur Familie seines Meisters zählen. Man arbeitete zusammen und feierte auch Feste gemeinsam. Auch der Verkehr des Meisters mit seiner Kundschaft war vertraulicher, seine Arbeit hatte einen persönlichen Wert, der unserer Maschinenarbeit abgeht. Man fühlte sich als Mitglied einer großen Familie, als Glied der großen Dorfgemeinde. So hat uns unsere industrielle Kultur, die uns reich werden ließ an äußeren Gütern, viel an inneren Werten geraubt; mit den früheren Volksfesten, die alle Schichten der Bevölkerung zu lustigem Festtreiben zusammenführte, ist ein schönes Stück Volkspoesie dahingegangen.

Unsere Maschinenkultur ist aber auch noch in anderer Hinsicht am Niedergange unserer Volksfeste schuldig. Die Errungenschaften der Technik haben auf den Kirmessen eine mißbräuchliche Verwendung erfahren; zu allerhand geisttötendem und geschmackverderbendem Zeitvertreib haben sie herhalten müssen. Kinematographen und Riesenradaumaschinen verrohten das einstmals so harmlos fröhliche Kirmestreiben. Mit der Zeit war kein Ort abgelegen genug, um vor der auch in unserem Falle wieder mehr schlechten als guten Großstadtkultur bewahrt zu bleiben. Oft mag es uns sogar scheinen, als habe man die Fähigkeit zu harmloser herzlicher Fröhlichkeit schon ganz eingebüßt.

Für den, der sich für eine Neugestaltung unserer Volksfeste einsetzen will, fragt es sich nun zuerst, ob es sich empfiehlt, unsere heutigen Volksfeste aufzubessern und in ihrem In-sich-selbst-Verfaulen aufzuhalten, oder ob diese unverbesserlich sind, ob man statt jenes wahrscheinlich vergeblichen, kraftvergeudenden

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Versuchs besser von vornherein nach ganz neuen Formen des Festefeierns streben soll. Diese Frage läßt sich eigentlich nur beantworten, wenn man einen kurzen geschichtlichen Rückblick nicht scheut. Aus ihm ergeben sich dann auch mancherlei Anhaltspunkte über die wahrscheinliche zukünftige Entwicklung der Jahrmärkte, Volks- und Schützenfeste.

Zweifellos ist das Bedürfnis nach Freude heute beträchtlich größer, als zu unserer Väter Zeiten. Zwar hat es auf den ersten rückschauenden Blick den Anschein, als seien unsere Vorfahren weit festesfreudiger gewesen, als wir heute. Sie hatten viel mehr Festtage. Aber man tut sicher keinen Fehlschluß, wenn man aus der eintönigeren Beschäftigung des modernen Menschen ein vermehrtes Bedürfnis nach Erholung und Freude ableitet. Und diese Vermutung wird durch den zunächst vielleicht unbeachteten Umstand bestätigt, daß die Gelegenheit zum Feiern, die sich heute in den mannigfachen Vergnügungslokalen bietet, in stets noch steigendem Maße stark benutzt wird. Alle Tage wird dem modernen Menschen in Theatern und Varietés, in Gartenwirtschaften und Konzerthäusern ein Fest bereitet. Wobei hier gar nicht untersucht zu werden braucht, ob all diese Gelegenheiten wirklich der Erholung und Mehrung der Lebensfreude dienen. Jedenfalls gab es früher noch keine Vergnügungslokale in unserem Sinne. Und deshalb wird man es begreiflich finden, daß unsere Altvordern jede sich bietende Gelegenheit gerne benutzten, um sich ein Fest zu bereiten.

Ein Hauptbestandteil früherer Volksfeste war neben der sich in greller Bemalung und buntem Bänderschmuck äußernden geradezu südländischen Farbenfreudigkeit eine schlichte Musik. Als die Leierkästen noch nicht lärmten, da durchzogen Musikbanden das Land, die überall gern gesehen und gehört wurden und neben der heimatlichen Dorfmusik bei den Volksfesten aufzuspielen hatten. Aber man fand auch einzelne Musikanten, die mit Fiedel und Zupfgeige, mit Ziehharmonika und Klarinette zum Tanz aufspielten, auf der Landstraße auch wohl selbst nach ihren eigenen Weisen tanzten. Und dann hat man früher gesungen, was die Wandervögel wieder aufgefrischt haben: hellklingende Volksweisen voll quälender Sehnsucht. Aber die Gassenhauer traten immer mehr an die Stelle der Volkslieder, gemeine Schlager voll von zotigen Anrempelungen verdrängten die zwar oft auch recht derben Scherzlieder. Das Festsingen, das man heute hier und da nur noch am Martinstage kennt, war früher eine unter der ganzen Jugend und fast zu allen Festen weitverbreitete Sitte. Am Pfingstmorgen, zu Nikolaus und Neujahr wurde gesungen. Andere Feste wieder wurden durch Schmausereien oder dadurch gefeiert, daß man große Feuer auf den Bergen anzündete. In erster Linie müssen da die Osterfeuer genannt werden, daneben auch noch die Fastnachts- und Martinsfeuer. Ein besonders buntes Treiben entfaltete sich stets am Johannistage. Mit Blumen und Bändern geschmückt sang und spielte man und tanzte fröhlich um die Johannisfeuer. Ähnlich wie die Wandervögel Sonnenwende feiern.

Unsere heutigen Volksfeste haben sich meist aus den Schützenfesten und Jahrmärkten heraus entwickelt.

Die Schützenfeste trugen früher vorzugsweise einen ernsten Charakter, der sich mit der Zeit fast ganz verloren hat. Die Schützengesellschaften vereinigten früher fast alle wehrfähigen Männer unter ihrer Fahne. Der beste Schütze wurde Schützenkönig, was früher eine hohe Würde bedeutete. Mit dem Aufkommen der stehenden Heere verloren die Schützengesellschaften an Bedeutung. Kriegervereine traten an ihre Stelle.

Die Kirmessen waren entweder zunächst solche Schützenfeste oder Jahrmärkte, auf denen fast völlige Gewerbefreiheit herrschte, während diese sonst durch Zunftprivilegien sehr eingeschränkt war. Man konnte auf diesen Krammärkten alles

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

mögliche kaufen. Sie nahmen etwa die Stellung unserer heutigen Warenhäuser ein. Immer mehr traten daneben auch Marktschreier, Gaukler, Seiltänzer und Bärentreiber auf und zwar schließlich in solchem Maße, daß man sich gezwungen sah, die Kirmessen in unserm Sinne von den Krammärkten zu trennen. Diese wurden allmählich überflüssig und hörten ganz auf, als die Beschränkung des Handelsgewerbes aufgehoben wurde und sie dadurch ihre Daseinsberechtigung verloren hatten.

Was gab es nun eigentlich auf den alten Volksfesten zu sehen und zu hören? Die Kirmesleute von ehemals waren durchweg Originale. Oft waren die Zuckerzeughändler von der Muse geküßt und suchten durch primitive Reimereien Käufer anzulocken. „Massa, massa, Honig", riefen die türkischen Honigverkäufer, während sie an ihrem Klumpen türkischen Honigs herumhackten. Der „kleine billige Türke" verkaufte Fruchtbonbons. In überaus belustigender Weise besorgte dieser kleine Mann mit dem roten Fez auf dem Kopfe das Einpacken der süßen Herrlichkeiten. Hastig griff er wohl zwanzigmal nach den Fruchtbonbons, die in vielerlei Farben auf Nickeltabletts ausgestellt waren. Aber er ergriff immer nur wenige, um sie in die Tüte zu stecken. Scheinbar noch einige Hände voll Süßigkeiten hinzufügend, wiederholte er dieses Kunststück nach dem Wiegen. Dabei lächelte er immer so verschmitzt und behandelte seine Kundschaft so höflich, daß er gute Geschäfte machte. Für die Freude, die er bereitete, zahlte man gerne etwas mit. Um noch einer dritten Art von Zuckerbäckern zu gedenken, mag auf jene Honigküchler hingewiesen sein, die ihre Erzeugnisse verlosten. Ein großes Schnurrad zeigte an, wem etwa ein großes Honigkuchenherz oder ein Kuchenmann oder sonst welches Gebäck zufiel. Da stand dann der dicke Konditor in weißer Jacke und weißer Kappe, hielt auf einem weißen Bogen einen Kuchen und rief hoch von einer Kiste herab in das gespannt aufhorchende Volk: „Dieser hochfeine leckere Kuchen fällt auf die Nummer, fällt auf die Nummer, Nummer — — 312!"

Besonders herzliche Heiterkeit lösten immer jene Buden aus, in denen man mit Holzbällen nach drollig ausgeputzten Holzköpfen warf, um große Zylinderhüte von ihnen herunterpurzeln zu sehen. Diese Köpfe waren auf Rümpfen befestigt, die — wohl 8—10 auf der Reihe — andauernd in wiegender Bewegung gehalten wurden. Machte schon dieses bedächtige Kopfschütteln an und für sich einen überaus belustigenden Eindruck, so erkletterte die allgemeine Heiterkeit einen Höhepunkt, wenn nach mehreren vergeblichen Versuchen ein Hut herunterpurzelte: „Immer runter mit dem Bibbi!"

Auf den Kirmessen von ehemals gab es mancherlei „Theater". Lebensgroße Puppen spielten im „Puppentheater". Auf recht drastische Weise suchte man das Interesse des Publikums wachzurufen. So führte man ein Stück auf: „Dr. Fausts Leben, Taten und Höllenfahrt". Alles wurde dabei mit grobschlächtigen Mitteln, recht laut und möglichst grell gemacht. Die Höllenfahrt ließ man beispielsweise unter einem regelrechten Feuerregen vor sich gehen. Zur Belustigung der Kinder gabs „Kasperletheater". Grotesk gekleidete Puppen wurden von unsichtbarer Hand auf der Brüstung einer kleinen, in Kopfhöhe aufgebauten Bühne bewegt. Die sonderbaren Heldentaten dieser Puppen ergötzten Jung und Alt. Da prügelte Kasperle seine Frau, schimpfte den Polizisten aus, oder schlug gar mit einem Holzhammer, der oft größer war als er selbst, seinen Widersacher tot. Alles harmlose Vorgänge, die aber doch stets den frohen Beifall eines bescheidenen Publikums fanden.

Kurz mag noch auf einige weitere Besucher früherer Kirmessen aufmerksam gemacht sein. Sie annähernd vollständig hier aufzuführen, würde natürlich zu weit führen. Da gab es allerhand Possenreißer, Artisten und Akrobaten. Da konnte man ein Äffchen finden, das auf einem Podium saß, ein rotes Käppchen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

auf den Kopf setzte, Becken schlug wie ein Musiker, Nüsse auffing und aufknackte, grüßte und winkte. Da konnte man Seiltänzer über ein den ganzen Kirmesplatz überspannendes Seil balancieren sehen. Auch andere halsbrecherische Kunststücke an Ringen und Trapezen wurden hier ausgeführt. Auch ein Zirkus war oft anzutreffen. Ihm fehlte allerdings die gleißende Pracht der heutigen Großbetriebe. Da gab es neben dem elenden fahrenden Volk selbst nur noch einige abgemagerte Gäule, eine Trompete und eine dicke Trommel. Eine ärmliche Garderobe zeugte von großem Elend. Solche Zirkusse haben sich vereinzelt noch bis in unsere Tage hinein erhalten. Allerdings kommen sie heute noch viel weniger als früher auf ihre Kosten. Denn die Großbetriebe und namentlich die Kinematographen haben ihnen mit ihrer Überfülle von Licht und Spektakel allen Rahm von der Milch geschöpft.

Mit dem Aufkommen des Karussells hat das Verderben eigentlich seinen Lauf begonnen. Zunächst nur selbstgebaute Spielzeuge der Kinder, haben sich diese Karussells allmählich zu überlaut spektakelnden Maschinenbetrieben entwickelt. Natürlicherweise fanden sich zeitig geschäftskluge Leute, welche die Freude der Jugend an diesen Karussells ausnutzten. Die ersten Karussells zeigten Ähnlichkeit mit einem großen Wagenrad, an dessen Peripherie kleine Sessel, später auch Schweine, Pferde und andere Tiere hingen. Zwischen den Speichen, oben in der Höhe des Karussells, setzte ein Mann den Apparat in Bewegung. Später verlegte man den Drehpunkt nach unten, dicht an den Boden, und ließ das Karussell von einem Pferde ziehen. Während eine Drehorgel dabei spielte, saß die Jugend auf den Holzpferden und stach während der Fahrt nach Ringen, die man etwas abseits der Fahrbahn anbrachte. Soweit konnte man sich das Vergnügen noch gefallen lassen. Dann aber kamen Karussells mit Dampfbetrieb auf, und da war es mit dem harmlosen Vergnügen zu Ende. Aber noch schlimmer wurde es, als die Karussells mit elektrischer Kraft bewegt wurden und ebenfalls die Orgeln, die dann mit dem regelmäßigen Gefauch einer Lokomotive loslegten ...

Wenn man nun berücksichtigt, daß unsere Kirmesleute nicht versäumen werden, unserem auf Sensationen versessenen Großstadtpublikum stets die neuesten Errungenschaften der Technik, die neuesten „Attraktionen" zugute kommen zu lassen, dann muß man zu dem Schlusse kommen, daß es ein vergebliches Bemühen, eine Kraftvergeudung ist, diese Volksfeste zu veredeln. Dieser Kirmesrummel muß begraben und durch etwas von Grund auf Neues ersetzt werden.

Unsere städtischen und staatlichen Behörden sollten zu der Einsicht kommen, daß sie verpflichtet sind, hier zu helfen. Das ist auch eine wichtige Aufgabe für die Zeit nach dem Kriege! Denn nicht zu unrecht wird behauptet, daß Freude dem Menschen zu seiner Gesundheit nicht minder notwendig ist, als die Nahrung. Wir müssen eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit darin sehen, daß nach all der Trübsal und all dem Jammer wieder Freude in die Welt kommt, und zwar eine Lebenslust und Schaffenskraft mehrende, herzliche Freude, wie sie gerade die Volksfeste unserer Vorfahren hervorgebracht haben. In Italien ließen es sich kleine Dörfer 10—20 000 Mark kosten, um dem Volke ein Fest zu bereiten. Daran sollte man sich bei uns ein Beispiel nehmen.

Manches Fest der Alten ließe sich auffrischen, wenn es auch unmöglich ist, jene eingangs geschilderten Dorfidyllen wieder hervorzuzaubern. Solch beschauliches Kleinstadtleben aus der Zeit, da der Großvater die Großmutter nahm, läßt sich nicht mehr harmonisch in das geschäftige Hasten unserer Zeit, unserer Industriestädte einpassen. Die neuen Feste müßten eine zeitgemäße Umgestaltung der alten Formen darstellen, müßten andererseits aber doch entschieden davor bewahrt bleiben, sich den Niederungen unseres modernen Jahrmarkttrubels zu nähern.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Das erfreulichste wäre es aber, wenn es gelingen wollte, etwas ganz und gar Neues zu schaffen. Anfänge dazu sind bereits aus dem Wandervogel herausgewachsen. Die Freideutschen Gemeinschaften waren vor dem Kriege eifrig neugestaltend am Werke, einen Gegensatz zu dem vom Alkohol inspirierten Rummel zu schaffen. Die Freideutsche Jugend — in dieses Wortes ursprünglichster so vielversprechender Bedeutung — hat erkannt, daß solche Feste unbedingt alk hol- und nikotinfrei gefeiert werden müssen. Denn stärkende Freude braucht unser Volk und nicht schwächenden Rausch.

Mit den neuen Formen des Volksfestes wendet man sich am besten an die Jugend. Man suche zunächst Richtlinien zu gewinnen, indem man im Verein mit den Wandervögeln, den Wehrtemplern und verwandten Gemeinschaften Versuche im Kleinen macht, um Feste in größerem Stile, vielleicht alljährlich im Mai oder Oktober zu wiederholen.

Ein schon vor dem Kriege von einer Ortsgruppe des Vortrupp-Bundes gemachter Vorschlag kann als gut gelungen bezeichnet werden. Vom guten Alten nahm man die schönen alten Volkslieder, die von Wandervögeln zur Geige, Klampfe (Gitarre) und Laute gesungen wurden: stimmungsvolle Maienlieder und kräftige Landsknechtsweisen und namentlich auch Scherzlieder. Künstlerisch gestaltete Bauerntänze und Reigen wurden gegen den bloßen Vergnügungstanz, vor allem gegen die damals noch üblichen gemeinen Schiebetänze gestellt. Kasperletheater gab es. Auch ein Schwank von Hans Sachs wurde gespielt, und in einem Zirkus gab es „ungeahnte Attraktionen". Neues und Altes, Selbsterfundenes und vom Wandervogel-Bundestag in Frankfurt Mitgebrachtes: Affenpark, Maschinenmenschen und dergleichen.

Walter Hammer.

Was andre sagen

Der Winter. Amtliche Zeitschrift des deutschen und des österreichischen Skiverbandes. Verlag von Walter Schmidkunz in München. 11. Jg. 1. Heft.

Wir Schneeläufer, unsere Zeit und — die andern. Von Ferd. Keyfel.

„Freude und Sehnsucht nach unseren Heimatbergen und unserem flinken Sport ist der Unterton all der vielen Grüße, mit denen unsere Kameraden vom Deutschen und Österreichischen Ski-Verband ihren wohlverdienten Urlaub künden. Die Ahnungslosen, sie denken nicht an das Gespenst, das seine Krallen reckt nach dem Einzigen, das bisher noch bezugschein- und kartenfrei erstrebt werden konnte: Schnee, Bergeinsamkeit, Gesundheit und stilles Glück. Unser Wintersport ist in Gefahr, sowohl durch Reiseverbot als durch Mißgunst der großen Masse.

Sollte es wirklich nicht möglich sein, daß man im vierten Kriegswinter ein Einsehen hat und Verständnis dafür gewinnt, daß Wintersport und zumal Schneelaufen im Kriege kein Ärgernis erregendes Treiben ist?! Wenn die große Masse der Falschberichteten, Unvernünftigen und Urteilslosen nur ein klein wenig guten Willens sein wollte, dann blieben gar viele hitzige Köpfe, spitze Worte und sinnlose Hetzereien erspart. Daran, daß irgendein Nörgler nicht Schneelaufen gelernt hat und nunmehr seine sonntäglichen Stammtischbequemlichkeiten nicht mehr erfüllt sieht, daran trägt doch wahrlich nicht der Schneeläufer Schuld, der die Woche über gerne seinen Magen und seine Vorgesetzten knurren hört, wenn er

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nur am Sonntage seinen Sonnentag auskosten kann.

. . . . Den Vielen, die von den Fronten zurück zum neuerdings beschränkten Heimatsurlaub eilen, darf es nie und nimmer verwehrt werden, ihre wahrste Heimat, wo sie die köstlichsten Stunden verlebten, wieder aufzusuchen. Ein Wandern und Gleiten in winterlicher Vergeinsamkeit haben alle jene zu fordern, die nach langen Tagen schweren Schmerzenlagers und Siechtums endlich wieder des Lebens Pulsschlag verspüren. Doch auch die große Zahl derer, die der vaterländische Dienst in Garnison und Heimat hält, gleichviel ob in Uniform oder in Zivil, hat Anspruch auf vernünftig betriebene Leibesübung, auf Wintersport. Zur Jugenderziehung in Wehrkraft-, Jungsturm- und Wandervögelvereinen tritt man mit lauten Worten und begeisterten Schriften für die ‚weiße Sache' ein, aber auf ‚Ertüchtigung' — so lautet doch das schöne Wort — haben wir alle ein Anrecht. Alle die Gründe, die seit Jahren dem Wintersport seine Berechtigung geben, haben sich nicht verringert, im Gegenteil das Moment psychischer und physischer Erholung und Gesundung, Muskelübung, Nerven- und Seelenübung tritt durch den Krieg nur in verschärftem Maße in den Vordergrund.

. . . Gegen den Drang, mit zweifelhaften Reizmitteln die Nerven zu betäuben, sind ein paar Schneeschuhe die stärksten Waffen. Draußen auf blinkender Flur werden die verzerrten und erschlafften Gesichtszüge, die leblosen Augen und zusammengekrampften Muskeln, alle diese typischen Merkmale einer kriegszeitlichen, seelischen Aufregung und Überreizung einer wunderbaren Reinigung und Erlösung zugeführt.

Die Menschen durch Unterbindung des Wintersportes jetzt einzuschließen in die Enge des wüsten Alltags hieße sie der Anschauung der Welt berauben, jener Welt, die, aus den Fugen geraten, künftighin ganzer Männer bedarf, sie wieder einzurenken. Und wenn mir jemand erwidert: in solch ernsten, entsagungspflichtigen Kriegstagen seien die Freuden des Wintersportes — nebenbei gesagt: des edelsten Naturgenusses — ein Vergehen am Geiste der Zeit, dann fordere ich gerechte Richter. Welche Lustbarkeiten sind berechtigter: die mühseligen, selbsterkämpften Freuden, die uns eine Schneeschuhfahrt zu sonnenglitzerndem Gipfelkreuz bereitet oder jener Freudentaumel, erzeugt durch künstliches Lebenselixier und gemachte ‚Stimmung', wie er in allen Kabaretts, Kinos und Tingeltangeln reichlicher denn je verabreicht wird? Mit allen möglichen und unmöglichen Vernunftsgründen werden wir bearbeitet, uns mit der Einschränkung oder gar mit der Einstellung des Wintersportes abzufinden, — und andernorts sieht man den bedenklichsten moralischen und realistischen Schiebereien Tür und Tor geöffnet. Wer Kriegsgewinn einstreicht und seinem leiblichen Wohle zuliebe keine Kosten scheut, braucht sich wahrlich nicht zu entrüsten, wenn ein Schneeläufer seine letzte Hose und sein einziges Paar Bergstiefel zerreißt. Daß die Schneeläufer sich brav und bescheiden in jegliche erschwerte Umstände fügen, diesen Beweis von Selbsterziehung haben wir bei den Reiseeinschränkungen des vergangenen Winters geliefert, niemals sind unvernünftige oder gar rohe Übergriffe vorgekommen. . . . ." — Guter Wille und vernünftiges Zusammenarbeiten wird auch hier den rechten Weg und . . . die Kohlen finden.

Die Wege, die der Schneeläufer einsam zieht, führen weit hinaus aus der Welt niederer Instinkte und unwürdiger Lustbarkeit. Ja, Freude, ‚schöner Götterfunken', wollen wir bei unserem Tun nicht leugnen, doch suchen wir jene hehre Freude, wie sie uns die Überwindung von Schwierigkeiten und Gefahren schafft, Freude der Bewegung, Freude, seine eigene Kraft an fremdem Widerstand zu messen. . . . ."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Rund um uns

Damaschkes Geschichte der Nationalökonomie. Adolf Damaschke hat soeben bei Gustav Fischer in Jena den 1. Band der 9. Auflage seiner Geschichte der Nationalökonomie erscheinen lassen. Wir benutzen die Gelegenheit, auf das gehaltvolle Werk von neuem hinzuweisen. Bekanntlich hat man es hier keineswegs mit einem schweren, trockenen wissenschaftlichen Buch zu tun. Theoretische Erörterungen können zwar nicht ganz fehlen. Aber die Belebung der Darstellung durch Beispiele macht die Lektüre des Werkes ungemein unterhaltend. Natürlich sieht der Verfasser die Geschichte vom Standpunkt des Bodenreformers. Darum fehlt keinem Abschnitt die Verbindung mit der Bodenfrage. Aber auch das ist interessant zu sehen, wie sich von überall her die Beziehungen zu dieser grundlegenden Gegenwartsfrage finden. Als Probe mag einiges berichtet werden über ein heute besonders brennendes Problem, das auch gerade den Vortrupp-Lesern naheliegt: die Bevölkerungsfrage.

Schon einmal hat ein ungeheurer Krieg die Bevölkerung Deutschlands in langen Gebieten in bedenklicher Weise verringert, so daß es notwendig wurde, auf Mittel zu sinnen, die entvölkerten Landesteile zu neuer Blüte zu bringen. Das war im 17. Jahrhundert nach dem Dreißigjährigen Kriege. Auch in unseren Tagen ist Bevölkerungspolitik ein Problem, an dem viele ernste Menschen arbeiten. Da ist es von Wert, einmal festzustellen, was für Mittel man in damaliger Zeit ergriff. Man lernt dabei, daß es nichts Neues unter der Sonne gibt. Wir finden Maßnahmen zur Förderung der Gesundheitspflege, Erleichterungen für Eheschließungen, Siedlungs- und Wohnungspolitik. Da lesen wir in Seckendorffs 1656 erschienenem „Teutschen Fürstenstaat" . . . . „was zur erhaltung der auf die welt kommenden jugend, in den gesetzen und ordnungen vieler länder und fürstenthümer geordnet zu finden, zum exempel: . . . von erhaltung reines wassers, und guter lufft, durch sauberung der gassen und höfe, von verschaffung tüchtiger nahrungsmittel, und vermeidung dessen, was diß falls der gesundheit zuwider, als sonderlich untüchtigen fleischverkaufs, übelgebacknen brods, (!) verfälschten, nichtswürdigen geträncks . . ." In Frankreich wurde Steuerfreiheit bis zum 26. Lebensjahr bewilligt für solche, die vor dem 20. Jahre oder innerhalb desselben heirateten. Bei jeder Ziehung einer von Friedrich dem Großen eingeführten Lotterie sollte fünfzig armen Mädchen eine Aussteuer von 50 Talern ausgezahlt werden. Kinderprämien gab es natürlich auch, aber die Ansprüche an die Zeugungswilligkeit waren damals größer als heute. Colbert bestimmte für Frankreich: „Jeder Hausvater, der aus rechtmäßiger Ehe zehn lebendige Kinder hat, die sich nicht dem geistlichen Stand widmen, soll von allen Steuern und Lasten ganz frei bleiben. Diese Freiheit soll auch haben, der zwölf Kinder gehabt hat, die in des Königs Kriegsdiensten gestorben sind." Auch die Vielweiberei, der es ja auch in unserer Zeit nicht an Verteidigern und sogar Befürwortern fehlt, ist damals erwogen worden. Was die Siedlungspolitik angeht, so forderte der kurländische Kabinettsdirektor Theodor Ludwig Lau „Errichtung neuer Städte und Colonien: Einräumung verfallener Häuser und wüster Huben: Gerechte Regulierung der Arenden und Hauß-Miethen." In Österreich forderte Fürst Starhemberg den Staatsrat auf, „daß Modalitäten aufzufinden sein möchten, wie allerorten Häuser angebaut werden könnten; denn

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

eben diese abgehen, umb die populositaet auszubreiten, umb so mehr, als in jenen orthen, wo nicht genugsames Holtz vorhanden, diese ein namhaftes kosten, und dadurch sowohl Obrigkeiten, als die Leuthe selbst solche zu erbauen abgeschrecket werden".

Ein anderes ebenfalls besonders fesselndes Kapitel ist der Abschnitt über die Manufakturen. Die Fürsten im 18. Jahrhundert wetteiferten darin, die Manufakturen zu fördern, um einen großen Absatz im Ausland zu haben. Vor allem sollte nun billig produziert werden. So kam es zur Beförderung der Kinderarbeit! Unter anderm wurde auch bestimmt, „Gesellen, welche sich an den der Arbeit bestimmten Tagen dieser entziehen, sollen mit Gefängnis bei Wass r und Brot das erstemal 3 Tage, im Wiederholungsfall 14 Tage bestraft werden. Bei hartnäckiger Fortsetzung eines solchen Mißbrauchs wird der Geselle auf vier Wochen zum Zuchthaus abgeliefert und ihm sein Lehrbrief abgenommen". Einfuhrverbote für ausländische Waren wurden natürlich auch in großem Umfang erlassen. Es war aber nicht immer leicht, die einzelnen Manufakturen gleicherweise zu fördern. Das führte dann oft zu wirklich erheiternden Bestimmungen. So erhob die preußische Trauerordnung vom Jahre 1716 Einspruch gegen das lange Tragen von Trauerkleidung, weil dadurch der Verkauf farbiger Stoffe Schaden litt. Bis zum Jahre 1795 durfte in Preußen niemand Holzpantinen tragen, weil das der Ledermanufaktur schädlich war. Sogar Halseisen und Gefängnis stellte Friedrich Wilhelm 1. denen in Aussicht, die mit Holzpantinen gesehen würden, ja das ganze Dorf, in dem das vorkam, mußte mit leiden, indem es 200 Dukaten an die Rekrutenkasse zahlte!

Beispiele aus anderen interessanten Kapiteln ließen sich natürlich leicht anfügen. Der Abschnitt über die Berufstätigkeit der Frau im Mittelalter z. B. ist sehr lehrreich und wird vielen völlig Neues bieten. Für den, der mit Bodenreformfragen schon etwas vertraut ist, wird die Behandlung der Physiokraten, der Vorläufer der Bodenreformer in Frankreich vor dem Ausbruch der großen Revolution, auch sehr anregend sein.

So kann jedem, der sein Wissen erweitern will und doch nicht die Möglichkeit hat, sich durch große wissenschaftliche Werke durchzuarbeiten, dies Buch zur Anschaffung warm empfohlen werden. Aber auch als Vorstufe zu wissenschaftlicher Arbeit wird es vielen willkommen sein. Der Preis des 1. Bandes beträgt M. 5.50, das Buch ist in jedem Buchladen und auch unmittelbar von der Geschäftsstelle des Bundes deutscher Bodenreformer, Berlin, Lessingstr. 11, zu beziehen. F. Schoenberner.

Neue Bücher und Schriften

An dieser Stelle werden nur solche Werke aufgezählt, die der Schriftleitung nach der einen oder andern Richtung hin besonders empfehlenswert erscheinen.

Kosmos-Kalender für das Jahr 1918. Abreißkalender. Franckhsche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Naumann, Friedrich: Der deutsche Volksstaat. Schriften zur inneren Politik, herausgegeben von Wilhelm Heile u. Walther Schotte, Heft 1. M 1.20. Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe"), G.m.b.H., Berlin-Schöneberg.

Poeck, Wilhelm: Trina Groots Vermächtnis Roman aus der Hamburger Ebmarsch. J. Engelhorn Nachf., Stuttgart.

Löns, Hermann: Die Häuser von Ohlenhof. Der Roman eines Dorfes. Adolf Sponholtz, Verlag, G. m. b. H.

(Für unangefordert eingesandte Bücher übernimmt die Schriftleitung d. „Vortrupp" keine Verantwortung.)

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut. Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen. Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 2 2. Januarheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Prinz Max.

Berlin, den 3. Januar 1918.

Am 12. Dezember 1917 sprach man sich im Preußischen Abgeordnetenhause über die „Vaterlandspartei" aus. Dabei rief der Redner der Hochkonservativen, der für die „Vaterlandspartei" redete, der deutschen Regierung zu: „Lesen Sie die Reden von Clemenceau und Lloyd George. Das ist die Tonart, wie man ein Volk zum Siegeswillen aufpeitscht." Der Redner klagte die deutsche Regierung an, sie habe eine Unterlassungssünde begangen, weil sie das deutsche Volk nicht ebenso behandelt habe. — Der größte Teil der Deutschen wird finden, daß die deutsche Regierung recht gehabt hat, wenn sie bisher nicht im Sinne dieser Aufforderung gehandelt hat, und daß sie recht hat, wenn sie diese Aufforderung auch weiterhin nicht befolgt: Wenn sich das französische und gegenwärtig auch das englische Volk wie Fleischerhunde behandeln lassen, die ihr Herr „aufpeitscht", damit sie ordentlich anpacken, so ist das die Sache dieser beiden Völker. Kämen dagegen, was ja glücklicherweise undenkbar ist, bei uns Leute von der Wesensart Clemenceaus oder Lloyd Georges an die Regierung, und wollten die dann versuchen, nach dem Rezept ihrer französischen und englischen Vorbilder zu verfahren, so würden sie nicht erreichen, daß das deutsche Volk „aufgepeitscht", sondern lediglich, daß sie selbst schleunigst „erledigt" würden. Wirken doch auf deutsche Ohren Reden, wie Clemenceau sie hält, lediglich wie das heisere Gebrüll einer Bestie, und Worte, wie Lloyd George sie macht, nur wie das Gewieher eines Narren (womit natürlich die riesige Tatkraft und die bewunderungswürdige Organisationsgabe des Walisers nicht herabgesetzt werden sollen).

Dagegen sprach ein Deutscher auf deutsche Art zu Deutschen, als in der zweiten Dezemberhälfte des Jahres 1917 Prinz Max, der Badische Thronfolger und Präsident der Ersten Badischen Kammer, zur Eröffnung dieser Kammer das Wort nahm. Die Rede enthält zwei Teile. Als ersten Teil das, was Prinz Max selbst die „Tatbestandsaufnahme" der Lage nennt. Als zweiten Teil dann die Folgerungen, die Prinz Max aus dieser „Tatbestandsaufnahme" zieht. Von diesem zweiten Teil der Rede des Prinzen Max soll heute hier gesprochen werden. Prinz Max folgert aus der „Tatbestandsaufnahme" eine doppelte Pflicht: Einmal

„daß wir unsre ganzen nationalen Kräfte zusammenraffen für den schweren Kampf, der uns noch bevorsteht",

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und zweitens

„daß wir zugleich danach streben, Klarheit zu schaffen, mit welcher Gesinnung wir im Gegensatz zu den feindlichen Regierungen an die Ordnung der Dinge heranzutreten entschlossen sind".

Über diese Gesinnung, also über das, was Prinz Max im Gegensatz zu der, einem Verständigungsfrieden feindlichen, völkermörderischen Gesinnung der Clemenceau, Lloyd George und Genossen als die deutsche Gesinnung fühlt, spricht er sich dann in einer Reihe von Sätzen aus. Zu fast allen dieser Sätze ist manches auszuführen:

„Wollen wir diese Klarheit schaffen, so dürfen wir allerdings nicht den Kampf der Meinungen in Deutschland scheuen. Das wäre ein falscher und trügerischer Burgfriede, wollte man die auch im Kriege unvermeidlichen Auseinandersetzungen zwischen den entgegengesetzten Weltanschauungen abdämpfen und in die Heimlichkeit verbannen."

Man hört ja oft ein Stöhnen, das so klingt: „Wie schrecklich, daß auch während des Krieges die innerpolitischen Kämpfe nicht aufhören. Müssen denn ausgerechnet, während unsre Truppen vor dem Feinde stehen, Wahlrechtsfragen und dergleichen erörtert werden?" Irrtum: Das wäre kein mündiges und kein gesundes Volk, das es jahrelang ertrüge, einen innerpolitischen Schlaf zu schlafen, oder vielmehr noch richtiger ausgedrückt: sich geistig chloroformieren zu lassen. Daß es dem deutschen Volke möglich ist, zugleich mit der Riesenanstrengung nach außen noch drinnen den Kampf gegen überlebte politische Formen zu führen, gerade das ist erst das Zeichen seiner ganz unerschöpflichen Kraft und Gesundheit. Selbst jetzt ist übrigens infolge von mancherlei Dingen, die mit dem Kriege zusammenhängen, noch Vieles „in die Heimlichkeit verbannt, was in die Öffentlichkeit gehörte —, viel mehr als gut ist".

„Der echte Burgfriede aber fordert, daß Menschen nicht miteinander rechten in einem verachtenden und verhetzenden Geiste. Wir wissen, meine Herren, daß das mit gutem Willen durchgeführt werden kann. Als am 1. August 1914 unser Kaiser das befreiende Wort sprechen konnte: Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche, da war unstreitig ein Höhepunkt deutscher Geschichte erreicht. Hinter uns lag jahrzehntelanges Elend der Verhetzung. Mit tiefem Schmerz haben wir das gleiche Schauspiel jetzt wieder erleben müssen, daß Deutsche sich mit denselben vergifteten Waffen bekämpft haben, wie vor dem Kriege."

Davon, wie derartige Waffen geführt werden — von Deutschen gegen Deutsche —, habe ich in meinen politischen Aufsätzen im „Vortrupp" ja oft zu berichten gehabt. Besonders in den Aufsätzen „Unbillige Anklage" vom 1. März 1917, „‚Landesverräter'" vom 1. September 1917, „Kritik" vom 16. November 1917. Inzwischen ist manches Neue von derselben Art dazu gekommen:

Nach wie vor vergeht buchstäblich kein Tag, wo nicht die „Deutsche Tageszeitung" mindestens einmal die Behauptung in ihren Leserkreis schleudert, der von der Mehrheit des Deutschen Reichstages erstrebte Friede sei ein „Hungerfriede", diese Mehrheit selbst sei eine „Hungerfriedensmehrheit", und die Friedenskundgebung des Deutschen Reichstages vom 19. Juli sei eine „Hungerfriedensresolution". Daß das wahr sei, kann aber niemand glauben, der sich überhaupt mit Politik beschäftigt: Kein Friede ist ein „Hungerfriede", in dem wir gute Handelsverträge erhalten, die uns eine ausreichende Rohstoffversorgung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach Friedensschluß ermöglichen; daß

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die Reichstagsmehrheit keinen andern Frieden schließen will, als einen, der diese Voraussetzungen wahrt, das steht mit aller wünschenswerten Deutlichkeit im dritten Absatze der Kundgebung vom 19. Juli. Und zu allem Überfluß hat es der damalige Reichskanzler Dr. Michaelis in der Reichstagssitzung vom 9. Oktober noch einmal öffentlich hervorgehoben. — — Dieselbe „Deutsche Tageszeitung" nennt in der Morgenausgabe vom 15. Dezember 1917 die Deutsche Regierung, „dieses unglaubliche Wesen, welches sich Regierung nennt".

Dann bringt die Abendausgabe der „Deutschen Tageszeitung" vom 19. Dezember 1917 an sehr auffallender Stelle ein Gedicht, betitelt „Abrechnung". Es ist ein Angriff gegen die Reichstagsmehrheit und gegen sämtliche Deutsche, die deren politischen Standpunkt teilen. Dieses Gedicht ist so: Die Stellung der Reichstagsmehrheit und ihrer Anhänger wird genannt die „Schmach im Haus". Die Reichstagsmehrheit und ihre Anhänger sind nach diesem Gedichte ein „Schwatzvolk", das Deutschlands kämpfenden Truppen einen „Schlag in den Rücken" versetzt habe. Die Reichstagsmehrheit und ihre Anhänger werden weiter genannt „ohne Art und Ehr" und angeredet „Ihr raffendes Gezücht". Weiter wird ihnen vorgeworfen, sie hätten „Geist und Gut" gefälscht, sowie „Wert und Tand höhnisch gemengt". Sodann wird gesagt, es gebe „kein Heiligtum, das unbeschmutzt aus ihren Händen gesunken wäre". Auch, sie hätten Flanderns Boden „längst verkauft". Nicht minder, sie hätten „mit frecher Hand Empörung und Verrat geschirmt". Ebenso: sie hätten „in Volkes höchster Not die Macht gestohlen"; das Gedicht redet sie dementsprechend an „Erpresser ihr!". Endlich wird behauptet, die Reichstagsmehrheit und ihre Anhänger „sprächen von Freiheit und Menschlichkeit, meinten aber das gelbe Gold", und sie machten Deutschlands kämpfende Truppen „heimatlos im eigenen Vaterland". Ich brauche wohl nicht erst zu betonen, daß ich nicht etwa daran denke, dieses „Gedicht" als poetische Leistung ernst zu nehmen; die soll es aber ja auch gar nicht vorstellen, sondern es soll eine, durch die Versform besonders wirksam gemachte Hetzerei sein, und als solche ist es sehr ernst zu nehmen.

Gegenüber diesen Leistungen der „Deutschen Tageszeitung" bleiben die „Alldeutschen Blätter", das amtliche Organ des „Alldeutschen Verbandes", keineswegs zurück: daß sie ihre bekannte ansprechende Tonart gegen den Bahnbrecher der ethischen Politik, Bethmann Hollweg, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amte beibehalten, ist ja selbstverständlich: in ihrer Nr. 48 vom 24. November 1917 nennen sie ihn „den Verderber des Reichs und den Verschleuderer der Kronrechte". — In ihrer Nr. 52 vom 22. Dezember 1917 wird behauptet, daß die deutschen Arbeiterführer „für alles eintreten, was unsres Vaterlandes Wohl zuwider ist". Und in einer einzigen ihrer Nummern, in der Nr. 46 vom 10. November 1917, findet man alles das Folgende gehäuft zusammen: Zunächst wird der Reichskanzler Graf Hertling so begrüßt (und zwar auch in den „Alldeutschen Blättern" selbst in gesperrtem Druck:) „Schuldbeladen, wie vor ihm kein Kanzler, nähert er sich der Wilhelmstraße... und den Einzug erkauft er sich mit einer politischen Todsünde, die ihn zu trauriger Erinnerung unsterblich machen wird." Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr Dr. v. Kühlmann, kommt nicht wesentlich besser weg: „Es will schon etwas heißen, wenn — nach dem Urteil dieser Zuständigsten — kein deutscher Diplomat in London so wenig ernst genommen wurde, wie der jetzige Staatssekretär des Äußeren und Anwärter auf die Kanzlerschaft —, aber vielleicht empfiehlt ihn gerade das bei den wesensverwandten Größen der Reichstagsmehrheit." Und nun erst diese Reichstagsmehrheit selbst: „In der Tat, was im Oktober dieses Jahres von den nach der Herrschaft greifenden Volksverführern verschiedener Richtung an Charakterlosigkeit,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hintertreppenpolitik, Volksvergessenheit geleistet wurde, ist ohne Beispiel in der Geschichte des jungen Reiches und wird an Verderblichkeit nur von dem Treiben der ihr gesinnungsverwandten Presse erreicht." Von drei Führern der Reichstagsmehrheit heißt es: „Es genügt, ihre Namen zu nennen, um zu wissen, daß sie ihre Rolle im politischen Hexensabbat dieser Woche mit wollüstiger Freude gespielt haben." Was die Reichstagsmehrheit will, ist nach dieser Nummer der „Alldeutschen Blätter" Dies: „Das Sieg-Volk soll um den Preis seiner Opfer betrogen werden." Der Gipfel des Kampfes mit derartigen Waffen wird in dieser Nummer der „Alldeutschen Blätter" erreicht durch die Schmähung: „Das Verhalten der Reichstagsmehrheit beurteilt man hier draußen [an der Nordostfront] einmütig als einen Treubruch gegen die Leistungen und Leiden der Frontkämpfer, ‚der gleich hinter den Treubruch Italiens zu stellen ist'".

Dann eine Angelegenheit gleicher Art aus dem Universitätsleben. An verschiedenen Hochschulen, so in München, Jena, Danzig, hat die „Vaterlandspartei" studentische Ortsgruppen gegründet. Für den, der meinen Aufsatz „Kritik" im „Vortrupp" vom 16. November 1917 gelesen hat, brauche ich nicht erst zu betonen, daß die Studenten, die diesen Ortsgruppen beigetreten sind, sich meiner Meinung nach auf einem falschen politischen Wege befinden; aber das ändert nichts daran, daß sie mit diesem Beitritt ein ihnen zustehendes Recht ausgeübt haben. Dasselbe Recht wollten nun auch Studenten ausüben, die der entgegengesetzten politischen Überzeugung sind. Sie traten zunächst in Heidelberg zusammen unter Führung des Studenten Ernst Toller. Sie verfaßten einen Aufruf, der einen der „Vaterlandspartei" entgegengesetzten politischen Standpunkt vertritt, und der sich außerdem zu denselben Grundsätzen bekennt, die in Bethmann Hollwegs Novemberrede von 1916, in den Reden Kühlmanns und Czernins, sowie in der amtlichen deutschen Antwort auf die Papstnote ausgesprochen worden sind. Der Aufruf sollte erst an die Öffentlichkeit gehen, nachdem ihn die gleichgesinnten Studierenden aller deutschen Hochschulen unterzeichnet hätten. Durch den Vertrauensbruch eines Universitätsprofessors kam er jedoch früher in die Öffentlichkeit. Und nun begann gegen die Studenten, die das gleiche Recht für sich in Anspruch genommen hatten, wie die studentischen Gruppen der „Vaterlandspartei", das folgende bezeichnende Treiben. Um dieses Treiben richtig zu würdigen, muß man sich stets Dies gegenwärtig halten: Gegnerschaft gegen die „Vaterlandspartei" bedeutet ja lediglich, daß man das Opfern deutscher Menschen für ein Hasardspiel ablehnt, das um eine deutsche Schutzherrschaft über Belgien gehen soll und um eine Kriegsentschädigung, die, selbst wenn erlangbar, noch mehr Kriegsaufwand erfordern würde, als sie wieder einbringen könnte. — Verhältnismäßig harmlos war noch die Erklärung des „Ausschusses der Heidelberger Studenten", der sich gegen Toller und dessen Freunde erklärte, weil „die Heidelberger Studentenschaft von jeher auf strengnationalem Boden gestanden und die Teilnahme an dem Streite politischer Parteien abgelehnt habe". Wenn der Ausschuß der Heidelberger Studentenschaft demnach behaupten will, daß Gegner der „Vaterlandspartei" nicht auf „nationalem Boden" stehen können, so kennt er anscheinend von der „Vaterlandspartei" nichts weiter als den Namen. Und wenn er für Studenten politische Neutralität wünscht, so übersieht er dabei mindestens, daß ja dieser Wunsch unerfüllbar geworden war, sobald es einmal studentische Ortsgruppen der „Vaterlandspartei" gab. Doch, wie gesagt, das war Alles harmlos. Dagegen schrie die „Deutsche Tageszeitung" die Unterzeichner des Aufrufes an als „unklare Köpfe ohne geschichtliche und politische Bildung" und erzählte ihrem Leserkreise, die Unterzeichner „bekundeten einen erschreckenden Mangel an vaterländischem Empfinden". Völlig wild wurde dann die studentische Gruppe der deutschen Vaterlandspartei in Jena, die ihre

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gegner folgendermaßen bewarf: „Gerne würden wir annehmen, daß die Heidelberger Kundgebung auf Tatsachenblindheit, geschichtlicher Verständnislosigkeit und weltflüchtiger Schwärmerei beruht. Wir bedauern tief, daß keine dieser Annahmen hinreicht. Nein! Diese Heidelberger Kundgebung stammt aus feindseliger Verkennung deutscher Größe. Ihre Urheber bekunden eine Gesinnung, die eines deutschen Studenten unwürdig ist." Vielleicht noch schlimmer ist es, daß sich in Göttingen dann eine allgemeine Studentenversammlung dazu gebrauchen ließ, einen Beschluß des folgenden Inhaltes zu fassen: Dieser Beschluß richtete sich gegen diejenigen Göttinger Kommilitonen, die auf dem gleichen Standpunkte stehen wie Ernst Toller und seine Mitarbeiter. Der Beschluß beschuldigte sie, daß sie sich „nicht scheuten, in Zeiten der höchsten Not, des erbitterten Ringens um die Existenz unsres Vaterlandes, Zwietracht und Uneinigkeit im Innern zu säen und unser Vaterland dem Auslande gegenüber bloßzustellen". Alles in allem: Gewisse Drahtzieher arbeiten offenbar daraufhin, daß diejenigen deutschen Studenten moralisch vogelfrei gemacht werden sollen, die sich der Herrschaft der „Vaterlandspartei" und deren überspannten Kriegszielforderungen nicht fügen wollen, und die sich an der Verbitterung, die die „Vaterlandspartei" in unser politisches Leben getragen hat, nicht mitschuldig machen wollen. Es steht zu hoffen, daß der Student Ernst Toller, der die Führung der Nackensteifen übernommen hat, der Rechte ist, um die Sache durchzuführen. Er braucht dazu vor allem die Eigenschaft, die Fürst Bülow als notwendig bezeichnet hat für jeden Menschen, der in Deutschland in der Öffentlichkeit wirken will: Er muß „in der Drecklinie stehen können". Bisher sieht es so aus, als ob er die Kraft dazu hat. Sehr würdig ist besonders auch die Erwiderung, die er für sich und seine Mitarbeiter den Anwürfen entgegengestellt hat; der Schluß dieser Erwiderung lautet so: „Gerade die von uns, die im Felde den Krieg erlebt haben, fühlen sich doppelt verpflichtet, ihren Weg unbeirrt zu gehen. Wir wissen, daß wir unsern Brüdern draußen den wahren Dienst leisten. Auch wir lieben Deutschland, nur auf andere Weise und mit höheren Ansprüchen — auch an uns."

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Sivkovich ist von Beruf Oberlehrer an einem Lehrerseminar in Mecklenburg. Er hat bei der siebenten Kriegsanleihe seine Arbeitskraft für Werbereden zur Verfügung gestellt. Dabei hat er auch seine politischen Auffassungen ausgesprochen, die sich mit denen der Reichstagsmehrheit, und also auch der Reichsregierung, decken. Daraufhin haben seine politischen Gegner im Mecklenburgischen Landtag, den sie vollkommen beherrschen, einen Beschluß durchgedrückt, der „baldmöglichste Entfernung des Oberlehrers Sivkovich aus seinem Amte durch Disziplinarverfahren oder Pensionierung mit vollem Gehalt" verlangt.

Es ist charakteristisch, daß „Waffen", wie sie hier gezeichnet worden sind, seien es Worte oder Taten, stets nur von der einen Seite angewendet werden. Ich habe sorgfältig gesucht, ob ich nicht auch bei der Gegenpartei Entsprechendes finden könne: ich habe nichts gefunden.

Prinz Max fährt fort:

> „Aber die Erinnerung an das große befreiende Gemeinschaftsgefühl der ersten Kriegsmonate fordert uns heute mit aller Eindringlichkeit auf, das Kaiserwort zu erneuern und es so zu fassen, wie es verstanden sein will: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche."

Diese Aufforderung besteht allerdings in aller Eindringlichkeit. Hoffen wir, daß auch die sie nunmehr hören werden, die, wie ersichtlich, bisher durchaus taub gegen sie gewesen sind.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

„Eine furchtbare Verantwortung ruht heute auf denen, die die Geschicke der Völker zu lenken haben."

Danken wir Deutschen Gott, daß die deutschen Staatsmänner dieser Verantwortung stets bewußt gewesen sind und noch sind. Daß sie es sind, trotz aller der bekannten Versuche, sie zu einer Politik des Hasardspiels zu drängen. Gedenken wir dabei vor allem Bethmann Hollwegs, an dessen zähem Willen der Ansturm dieser Dränger sich ein für allemal gebrochen hat, wenn auch Bethmann Hollweg selbst im Siege erlegen ist. Seien wir Deutschen stolz darauf, daß die Clemenceau und Lloyd George wohl in Frankreich und England zur Macht kommen können, aber nicht bei uns.

„An dieser Last haben alle mitzutragen, die daheim mit wachen Sinnen und brennenden Herzen den Krieg miterleben."

Ja, und darum gilt heute mehr als je Carlyles Wort, daß jeder, der eine Feder führt, sie erst dreimal in sein Gewissen tauchen soll, ehe er sie in die Tinte taucht.

„Überall horchen heute die heilenden Kräfte aufeinander hin, überall wird man des Moratoriums der Bergpredigt müde. Die Menschheit sehnt sich nach seiner Kündigung noch ehe der Krieg endet. Der eben verstorbene Christ, Sir William Byles, der diese furchtbaren Worte von dem ‚Moratorium', das heißt der Außerkraftsetzung, der Bergpredigt sprach, dachte dabei nicht an die unvermeidlichen Schrecken, die auf dem Schlachtfelde geschehen, sondern an die heidnische Sinnesart, zu der sich so viele geistig hervorragende Männer aller Länder während des Krieges fast mit Stolz bekannten. Es ist nötig, daß noch während des Krieges eine Abkehr von dieser Kriegsverrohung stattfindet ..."

Die Stellen der Bergpredigt, von denen Prinz Max hier spricht, lauten ja so: „Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen. — Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen. — Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen." Prinz Max hat also die Überzeugung — und es ist ihm zu danken, daß er sie ausgesprochen hat —, daß der Welt und jedem einzelnen Volke in der Welt nur geholfen werden kann, wenn die praktischen Forderungen der christlichen Ethik, wie besonders die Bergpredigt sie ausspricht, beginnen, auch die Beziehungen der Völker zueinander zu beherrschen.

In dem herrlichen Buche „Der Heilige" von Conrad Ferdinand Meyer findet sich eine Stelle, die einen besonders feinen Beweis für die scharfe Weltbeobachtung des Dichters gibt: König Heinrich II. von England will Thomas Beckett, der früher sein Kanzler war, und den er jetzt zum Erzbischof von Canterbury gemacht hat, zu einer politischen Maßnahme veranlassen. Thomas Beckett sagt, er wolle sich erst in dem Evangelium Rat holen, „bei Ihm, an dem keine Ungerechtigkeit erfunden wurde". Und da geschieht dies: „So spricht kein Bischof!" rief Herr Heinrich in ehrlicher Entrüstung, „so redet nur ein böser Ketzer! Das hochheilige Evangelienbuch gehört auf eine perlengestickte Altardecke und hat nichts zu tun mit dem Weltwesen und der Wirklichkeit der Dinge". In allen Ländern Europas hat es immer gegeben und gibt es heute noch gewisse sehr einflußreiche Personen, Personenkreise und neuerdings auch Zeitungen, die sich für sehr christlich und besonders für die berufenen Wächter des reinen Glaubens halten. Sobald aber einmal die Forderung erhoben wird, die gerade ihnen, so sollte man meinen, selbstverständlich sein müßte: die Forderung nämlich, daß die Grundgebote des Christentums nun auch wirklich Anwendung finden sollen auf alle Gebiete des

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

praktischen Lebens und insbesondere auf die Politik — ja dann geben sie stets jene Antwort Heinrichs II. von England an Thomas Becket. Unter diesem Gesichtspunkte lese man zum Beispiel einmal den Aufsatz „Kriegs- oder Friedens-Weihnachten?" in der „Deutschen Tageszeitung" vom letzten Weihnachtsabend.

Die Hoffnung der Menschheit, und jedes einzelnen Volkes in der Menschheit, kann jetzt nur sein, daß sich an die Stelle dieser Art von Christentum, das sich vor seinen eigenen Konsequenzen fürchtet, das Christentum setzen möge, das Prinz Max von Baden will. Ein Anlauf dazu ist gemacht in der Papstnote, in der deutschen Antwort darauf, nicht minder aber in der bekannten Erklärung der sechs evangelischen Pfarrer Berlins*).

Prinz Max beklagt, daß es in allen Ländern Männer gibt, die sich während des Krieges fast mit Stolz zu einer heidnischen Sinnesart bekannt haben. Was unser Vaterland angeht, so möge man dazu das erste Heft der Hohohmschen Schriftenreihe „Die Volksaufklärung" lesen, nämlich die Schrift „Hammer oder Kreuz" des Berliner Pfarrers Lic. Karl Aner**).

> „In dem Aufruf der ‚Auskunfts- und Hilfsstelle für Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland' befindet sich der Satz: ‚Auch im Kriege ist die Feindesliebe das Zeichen Derer, die dem Herrn die Treue halten'. Ich möchte gern dieses Wort dahin ergänzen: Es ist auch das Zeichen Derer, die Deutschland die Treue halten."

Prinz Max zeigt hier den Weg, wie der deutsche Patriotismus zu vertiefen ist: Wenn man einen Aufsatz der englischen Northcliffe-Presse gelesen hat oder des französischen Kriegshetzers Hervé, und wenn man dann unmittelbar darauf gewisse, sich als besonders patriotisch gebende, Preßerzeugnisse in deutscher Sprache liest, dann fragt man sich oft ganz verzweifelt: „Ja, wo ist denn da eigentlich der Unterschied?; abgesehen von der verschiedenen Sprache ist das ja ganz dasselbe!" Prinz Max weist uns aber darauf hin, daß es die besondere Aufgabe Deutschlands in der Welt ist, vor allen andern Völkern die Grundgedanken des praktischen Christentums in die Welt zu tragen, und damit die Grundlage zu schaffen für einen Zustand, der besser ist als der, worin wir heute leben. So daß das Wort: „Und es mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen" einen greifbaren Inhalt bekommt.

> „Man hat behauptet, Haß sei notwendig zur energischen Fortsetzung des Krieges. Die Antwort hierauf hat eine deutsche Fürstin gegeben: ‚Die Liebe zum Vaterland reicht aus, um das Beste herzugeben'."

Meine Leser werden sich noch erinnern, daß ein Medizinalrat Dr. W. Fuchs in einer Schrift, die im Januar 1914, vor dem Kriege, erschienen ist, wörtlich gefordert hat: Erziehung zum Haß! Erziehung zur Hochachtung des Hasses! Erziehung zur Liebe zum Haß! Organisation des Hasses***). Von solchem Geiste und nicht minder von dem des Lissauerschen „Haßgesanges" scheidet sich Prinz Max reinlich und ein für allemal. Er lehnt das rein Negative ab, weil das wertlos ist, und bekennt sich mit jener deutschen Fürstin zum Positiven, als zu dem, was allein Werte schafft. Es ist gut, daß nun einmal von so hoch stehender Stelle das ausgesprochen wird, was Viele der Besten im Volk

---

*) Von uns abgedruckt auf Seite 653/54 im „Vortrupp" Nr. 21 vom 1. November 1917.

**) Erschienen im Verlage von Eugen Diederichs in Jena.

***) Siehe den Aufsatz des Verfassers „Baumgartens Flugschrift" in Nr. 9 vom 1. Mai 1917. „Vortrupp".

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

längst gefühlt haben. Man wird sich noch des Wortes erinnern, das ein höherer deutscher Offizier zu Björn Björnson sprach: „Man hat hier draußen Andres zu tun, als zu hassen." Und man wird an jene Postkarte eines Rittmeisters vom westlichen Kriegsschauplatze aus dem Januar 1915 denken, in der es hieß: „Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß, vom Kriegsbeginn abgesehen, Haß und Verachtung nicht an der Front, sondern ausschließlich daheim zu finden sind. Wir hier vorn tun unsre Pflicht und achten den Feind, der sie auch erfüllt." Man wird nicht vergessen, daß schon etwa um dieselbe Zeit Fritz Lienhard sang: „Sprecht nicht soviel von Haß, sprecht von Stolz; die Eiche, nicht die Tollkirsche ist unser Holz*)."

> „Macht allein kann uns die Stellung in der Welt nicht sichern, die uns nach unsrer Auffassung gebührt. Das Schwert kann die moralischen Widerstände nicht niederreißen, die sich gegen uns erhoben haben. Soll die Welt sich mit der Größe unsrer Macht versöhnen, so muß sie fühlen, daß hinter unsrer Kraft ein Weltgewissen steht."

Als Pilatus das Wort vernahm „Wer aus der Wahrheit ist, der höret meine Stimme", antwortete er: „Was ist Wahrheit?". Als die „Deutsche Tageszeitung" das Wort vom „Weltgewissen" hörte, schrieb sie (in der Abendausgabe vom 21. Dezember 1917) „Prinz Max von Baden bediente sich u. a. auch der Wendung vom ‚Weltgewissen', hat aber leider vergessen, eine Bestimmung dieses Begriffs zu geben und ihn so verständlich zu machen, was er ohne eine Begriffsbestimmung nicht ist. Sollten die liberalen Blätter, welche die Rede des Prinzen mit schwärmender Begeisterung lobten, hier andrer Ansicht sein, so wären wir ihnen ungemein dankbar für eine präzise Erläuterung dessen, was sie unter ‚Weltgewissen' verstehen." Nehmen wir diese Frage als ernsthaft gemeint, unterstellen wir also, daß die „Deutsche Tageszeitung" wirklich nicht weiß, was unter „Weltgewissen" zu verstehen ist. Und geben wir ihr also die von ihr gewünschte „präzise Erläuterung": Das Wort „Welt" bedeutet nach dem Sprachgebrauche entweder das Universum oder auch nur die Erde oder auch die Gesamtheit der Völker der Erde; in diesem Falle trifft die dritte Bedeutung zu. Das Wort „Gewissen" bedeutet das Bewußtsein von Recht und Unrecht. Das „Weltgewissen" ist demnach das Bewußtsein von Recht und Unrecht, soweit dieses Bewußtsein den Völkern der Erde gemeinsam ist. Worauf die „Deutsche Tageszeitung" vermutlich die Doktorfrage stellen wird, ob damit alle Völker der Erde ohne Ausnahme gemeint seien, auch Neger und Papuas? Die Antwort lautet: „Möglicherweise, aber es kommt darauf nicht an. Denn bei den Völkern, die eine Bedeutung in der Politik haben, ist ein solches gemeinsames Bewußtsein von Recht und Unrecht jedenfalls vorhanden." Dieses Bewußtsein hat die Eigentümlichkeit, daß es sich mit dem Fortschreiten der Zeiten vorwärts entwickelt, genau so, wie sich das Bewußtsein des Einzelmenschen von Recht und Unrecht mit seinem Aufwachsen vorwärts entwickelt. Die Forderungen dieses „Weltgewissens" sind also heute andere, und zwar weitergehende, als in vergangenen Tagen: In frühester Zeit hat das Weltgewissen auch den Kannibalismus nicht verworfen. Im Altertum duldete es noch Kindesaussetzung, Gefangenentötung und Gefangenenversklavung. Im Mittelalter hielt es noch die Verbrennung von „Hexen" und „Ketzern" und hielt

*) Die Schriftleitung des „Vortrupp" legt Wert darauf, festzustellen, daß wir schon in Nr. 3 des Jahrganges 1915 gesagt haben: „Wir glauben aber — das muß klar ausgesprochen werden —, daß bei dem unbedingten Völkerhaß ... nichts Gutes, besonders nichts Gutes für unser deutsches Volk — herauskommt.
„Vortrupp".

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

es noch Religionskriege für recht. Bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein duldete es noch die Negersklaverei. All dies hat es allmählich verwerfen gelernt, stets in langem Ringen und gegen den verzweifelten Widerstand rückständiger Menschen (und neuerdings auch rückständiger „Tageszeitungen") in allen Völkern. Jetzt, auf das ungeheuerste vorwärts getrieben durch die noch nie erlebte Erschütterung dieses Weltkrieges, erhebt das Weltgewissen die Forderung, daß Wege zu suchen sind, wie „künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten" kann. Das Weltgewissen sprach aus dem Munde des Papstes, als er in seiner Note diese Forderung stellte, und es sprach aus dem Munde der deutschen Reichsregierung, als sie sich in ihrer Antwortnote zu dieser Forderung bekannte. Wenn Prinz Max sagt „Die Welt muß fühlen, daß hinter unsrer Kraft ein Weltgewissen steht", so heißt das also: „Die Welt muß fühlen, daß wir gesonnen sind, unsre Kraft so anzuwenden, daß die Forderungen des Weltgewissens, die es heute, in seiner jetzigen Entwicklung, stellt, erfüllt werden."

> „Um dieser Forderung zu genügen, brauchen wir nur die Pforten unsres innersten Wesens aufzutun, denn durch die ganze deutsche Geistesgeschichte leuchtet das Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit. Dieses Zeichen soll Deutschland getrost auf seine Fahnen schreiben. In diesem Zeichen werden wir siegen."

Das deutsche Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit leuchtet auch durch diesen Krieg. Es strahlt aus Bethmann Hollwegs Novemberrede von 1916, aus der Deutschen Tat vom 12. Dezember 1916, aus dem Kaiserbrief, der sie vorbereitete, mit dem wundervollen Worte darin von dem „Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz hat für seine und die feindlichen Menschen". Und es spricht aus Kühlmanns Reden und nun auch nicht zum wenigsten aus dieser Rede des Badischen Prinzen Max.

Wie schon angedeutet: die „Deutsche Tageszeitung" mag die Rede gar nicht, sie gibt ihr (am 21. Dezember 1917 abends) die Zensur: „Sie hat uns den Eindruck einer Weltfremdheit gemacht." In der größten Tageszeitung aber, über die die eigentlichen Alldeutschen verfügen — sie nennt sich „Deutsche Zeitung" —, wird mit deutlichem Seitenblick auf den Prinzen Max von einem „armseligen politischen Träumer, einem trüben Wolkenwandler" gesprochen, und dazu wird das Wort geprägt „F o r t m i t d e m W e l t g e w i s s e n!"

Fidelis.

Das Fletschern und die Volksernährung von einst und jetzt.

Die Grundlage der Volksnahrung bildete noch vor 50 Jahren in weitaus dem größten Teile Deutschlands: grobes Brot und Kartoffeln nebst den der Jahreszeit entsprechenden Gemüsen und Obstsorten. Die Kost bot wenig Abwechslung, und Fleisch kam nur selten außer an Sonntagen oder bei festlichen Anlässen auf den Tisch.

Mit der V e r b e s s e r u n g der Lebenshaltung und damit im Zusammenhang der Kochkunst hat sich nun manches geändert. An Stelle des früher auch in den Städten allgemein üblichen Bauernbrotes unserer Vorväter bevorzugt man heute*) das an Nährsalzen arme, aber aus s c h ö n e m w e i ß e n M e h l

*) Das heißt: vor dem Kriege; und n a c h dem Kriege wird es voraussichtlich nicht viel anders sein.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hergestellte Weißbrot, das früher nur für die Wohlhabenden gebacken wurde. Der Reis wird feinpoliert verlangt. Ihm gehen deshalb ebenfalls wichtige Nährkräfte verloren. An Stelle der ursprünglichen Nahrung, wie sie die Natur dem Menschen bietet, macht sich heute das durch Fabrikationsverfahren verkünstelte und das Ersatz-Nahrungsmittel breit. Ja, es ist schon so weit gekommen, daß bei uns die Bauern ihre wertvollen Erzeugnisse dem Städter verkaufen und sich selbst für teures Geld die auch beim kleinsten Bauernkrämer erhältlichen minderwertigen Fabriknährstoffe erstehen, deren volltönende Namen und gefällige Packung sie besticht. Wenn heute die Bäuerin eine kräftige (?) Suppe kochen will, so braucht sie nur einen der vielen Arten Suppenwürfel in kochendes Wasser zu werfen, und die leckere Suppe ist fertig. Anstatt sich frische Gemüse zu kaufen, deren Zubereitung in der Küche soviel Arbeit macht, kauft man sich Konserven, am liebsten solche, die nur aufgewärmt zu werden brauchen. Ich erwähne nur nebenbei, daß die meisten Hausfrauen und auch die Konservenfabriken die Gemüse durch Abbrühen entwerten. Die Brühe mit den unendlich wertvollen Nährsalzen wird fortgegossen, die dampfende Schüssel birgt nur den kümmerlichen Rest dieser Nährkräfte.

Was mir aber am betrüblichsten erscheint, ist die immer größer gewordene Vorliebe des Volkes für tierische Nahrung. Vor etwa 50 Jahren kam auf den Kopf der Bevölkerung bei uns vielleicht 20 Kilo Fleisch, Fisch und Geflügel im Jahre. Kurz vor dem Kriege stand Deutschland mit einem Verbrauch von 55 Kilo Fleisch auf den Kopf in der Welt an erster Stelle und konnte sich des zweifelhaften Ruhmes freuen, in dieser Hinsicht selbst die Engländer überboten zu haben. Bedenkt man, daß in diesen Zahlen auch die Säuglinge, kleinen Kinder, Greise und die vielen armen Leute mit inbegriffen sind, die sich der Teuerung wegen gar kein Fleisch — oder höchstens für den Vater solches — kaufen konnten, so kann man sich davon einen Begriff machen, wie in Deutschland vor dem Kriege gelebt worden ist. Nur dieser zwang unser Volk, die nunmehr eingebürgerte Vorliebe für die Fleischkost aufzugeben, aber die Beurteilung der Güte einer Mahlzeit erfolgt auch heute noch danach, ob es viel oder wenig oder gar kein Fleisch gegeben hat. Wir alle wissen, daß schon vor dem Kriege die Fleischnot an der Tagesordnung war, und daß dieses Schlagwort immer und immer wieder während der Kriegsjahre das Volk in Angst und Sorge versetzt und den Regierungen nicht wenig Schwierigkeiten bereitet hat. Es würde mich hier zu weit führen, den Gründen dieser früher gar nicht vorhandenen Überschätzung des Wertes tierischer Nahrung nachzugehen. Tatsache ist, daß heute kein Arbeiter darüber im Zweifel ist, daß er ohne Fleisch einfach nicht die nötige Kraft zur Arbeit aufbringen kann. Manche Arbeitersfrau darbt aus diesem Grunde lieber mit ihrer Familie, um dem Vater sein Fleisch geben zu können. Hier ist eine großzügige Aufklärung des Volkes dringend geboten. Allerdings wird es nicht leicht sein, gegen eingewurzelte Vorurteile anzukämpfen. Ferner gilt es nicht allein durch Volksküchenkurse die schmackhafte Zubereitung einer fleischarmen oder fleischlosen kräftigen Kost zu zeigen. Es muß auch seitens der Regierung und der Gemeinden für die billige Beschaffungsmöglichkeit von Gemüse und Obst gesorgt und der durch den Lebensmittelwucher und Kettenhandel entstandenen Preistreiberei auch nach dem Kriege gründlich zu Leibe gegangen werden. Es muß wieder so weit kommen, daß jeder deutsche Arbeiter und Kleinbeamte, und wenn er eine noch so kinderreiche Familie hat, mit den Seinigen ohne Nahrungssorgen leben kann. Für die Besitzenden aber ist der Krieg ein guter Lehrmeister gewesen, indem er der Völlerei ein Ende bereitet hat. Die Ärzte können es bestätigen, daß in diesen Kreisen der Gesundheitszustand nie besser gewesen ist, als in den letzten beiden Jahren. Dies sollte auch dem Arbeiter zu denken geben. Die Fran-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zosen hatten schon vor 100 Jahren ein auf die Völlerei bezügliches Sprichwort, es lautet: „Das Gabelfrühstück tötet den einen Teil von Paris und das Diner den anderen."

Hiermit soll aber nicht einer rein pflanzlichen Ernährung das Wort geredet sein, die für die meisten Menschen heute noch eine zu große Entbehrung bedeuten würde. Nur vor der Überschätzung des Fleisches als Nahrungsmittel sei gewarnt und eine vernünftige Einschränkung empfohlen. Wenn grobes Brot (ähnlich dem vor dem Kriege in Deutschland hergestellten Soldatenbrot) und die Kartoffel wieder die Grundlage der Volksnahrung wird, wenn die dicken Getreidesuppen erneut zu Ehren kommen (diese Zeilen beziehen sich ja auch auf die Zeit nach dem Kriege), dann wird es auch Fleisch genug für alle im Volke geben, die es nicht missen mögen. Die Kinder verschone man damit. Die Volksaufklärung würde unvollständig sein, wenn man nicht auch auf die Überhandnahme starken Salzens und Pfefferns (Pfeffererſatz!) aufmerksam machen wollte. — Das Ergebnis all dieser aufgezählten „Küchensünden" ist unsere heutige gesalzene und gepfefferte Volks-, Kriegs- und Feldküchenkost, die an die menschlichen Nieren viel zu große Anforderungen stellt. Durch die starke Würzung und durch Bevorzugung der Fleischkost ist außerdem das Trinken größerer Flüssigkeitsmengen zum Essen dem Körper Bedürfnis geworden.

Aber nicht nur die Zusammensetzung der Volksnahrung hat sich geändert. Mit der „Verbesserung" (?) der Volksküche wurde auch die Vorbereitung der Speisen für den Tisch eine wesentlich andere.

Bei Durchsicht der Speisekarte irgendeiner Gaststätte oder der Aufzeichnungen einer Hausfrau über die täglich aufgesetzten Speisen, ferner besonders der Tageslisten der Volks- und Kriegsküchen, ergibt sich ohne weiteres, daß unsere heutige Kost vorwiegend breiiger oder flüssiger Art ist. Und selbst dann, wenn trockne und feste Nahrung auf den Tisch kommt, geschieht dies mit Zugabe von Tunken und Brühen, mit Butter und Fett oder in deren Ermanglung von Fruchtmus, Brotaufstrich usw. Das heißt, man ist bestrebt, den Bissen auf diese Weise möglichst schlüpfrig, also leicht schlingbar zu machen. Gelingt dies dennoch nicht ganz, so hilft man sich, indem man ihn mit Flüssigkeit hinunterspült. Man sehe sich einmal die Eßgewohnheiten seiner Mitmenschen daraufhin an, und man wird die Richtigkeit des eben Gesagten bestätigt finden. Die kurze Zeit, die sich der Kulturmensch nur zum Essen gönnt oder gönnen kann, begünstigt natürlich diese Eßgewohnheiten nur noch mehr.

Die früher übliche grobe zähe Kost wurde dagegen viel langsamer gegessen, weil sie gründlich gekaut werden mußte. Selbst in seine dicke Suppe schnitt sich der Bauer tüchtig Brot hinein. Daher wurde der alte, von vielen Ärzten der Vorzeit als die Grundlage aller Gesundheitsregeln anerkannte Spruch: „Gut gekaut ist halb verdaut" ganz von selbst befolgt. Durch gutes Kauen wurde, wie das Volk wohl wußte, die Verdauung erleichtert und gefördert und damit Verdauungsstörungen und deren Folgen vermieden. Die Erfahrung hatte dem Volke gezeigt, daß ein auch im Alter lückenloses Gebiß und eine auch in späten Jahren ungetrübte Gesundheit dem Wohlbegüterten viel seltener beschieden ist als dem kärglich Lebenden.

Bei der heute üblichen Zubereitung unserer Kost ist das Kauen nun ziemlich überflüssig geworden, ja, eine gute Hausfrau setzt ihren Stolz darein, die Speisen möglichst mundgerecht auf den Tisch zu bringen. Was braucht es da noch des Wortes: „Gut gekaut ist halb verdaut." Die Nahrung ist ja schon so gut wie vorgekaut, also herunter damit, je schneller desto besser. Daß hier der Volksgesundheit ebenfalls unwiederbringlicher Schaden getan wird, soll im Folgenden erörtert werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß, wenn die Nahrung leicht geschlungen werden kann, die Zähne ihrer Arbeit sich entwöhnen und mangels stärkerer Durchblutung ihrer Wurzeln, die durch den Kaukt angeregt wird, der Zahnfäulnis leicht zum Opfer fallen. Ich erwähne nur nebenbei, daß bei dieser Zahnerkrankung auch der Kalkmangel eine Rolle spielt (kalkarmes Trinkwasser der Großstadtwasserleitungen, Entwertung der Gemüse durch Abbrühen, Weißbrot).

Infolge des Mangels an Mundarbeit beim Essen ist auch die Durchblutung der großen Munddrüsen vermindert, deren Saft (der Mundspeichel) wichtige Verdauungseigenschaften besitzt. Wird dieser Saft, wie dies beim Schlingen der Fall ist, beinahe völlig aus der Kette der Verdauungsvorgänge ausgeschaltet, so muß folgerichtig der ganze Verdauungsvorgang in Bahnen gelenkt werden, die naturwidrig, mithin gesundheitsschädlich sind. Magen und Darm sind gezwungen sich dieser vom Menschen beliebten Änderung anzupassen. So muß beispielsweise der Saft der Bauchspeicheldrüse die Arbeit der Munddrüsen mit besorgen. Diese verkümmern, während jene sich vergrößern muß. Mit dem Schlingen hängt der Heißhunger zusammen, der auch dann stürmisch Befriedigung heischt, wenn die vorhergehende Mahlzeit den Magen noch gar nicht völlig verlassen hat. Die meisten Menschen sind ja der Meinung, daß ihnen eine Mahlzeit bald nach deren Einnahme Kraft und Leistungsfähigkeit verleihe und bedenken nicht, daß die zur Verdauung nötige Blutmenge, die, nebenbei gesagt, sehr beträchtlich ist, dem Körper Arbeit abfordert und vor allem das Herz belastet. Sie vergeuden ihre Kräfte, indem sie mit vollem Magen an ihre Arbeit gehen. Kein Wunder, wenn die täglich überlastete Arbeitsmaschine frühzeitig in Unordnung kommt und so den Besitzer um die Früchte seiner Lebensarbeit bringt. Das Schlingen bedingt ferner, daß die in der jetzigen Kriegszeit zur Verfügung stehende, an sich kaum genügende Nahrungsmenge noch dazu vom Körper schlecht ausgenutzt wird und zum nicht geringen Teil in fauligem Zustand wieder den Körper verlassen muß. Es wird einer späteren wissenschaftlichen Nachprüfung vorbehalten sein, die großen Schäden festzustellen, die hierdurch der Gesundheit erwachsen. Für uns aber ist es schon genügend, zu wissen, daß durch das Schlingen Nahrung vergeudet wird in einer Zeit, in der nicht das mindeste ungenützt bleiben darf.

Vor etwa 25 Jahren trat nun der Amerikaner Horace Fletcher mit der Lehre an die Öffentlichkeit, daß die Nahrung dem Menschen nur dann wirklichen Nutzen gewähre, wenn sie durch gründliche Verarbeitung im Munde für die weitere Verdauung vorbereitet sei. Er wies darauf hin, wie wichtig eine solche Mundarbeit vor allem für breiige und flüssige Nahrung sei. Fletcher wußte, wovon er sprach, und ließ sich durch die zunächst ablehnende Haltung der Wissenschaft nicht beirren. War er doch durch die Annahme dieser sorgfältigen Eßweise von jahrelangem Leiden befreit worden, von dem er bei den ersten Ärzten Europas und in den berühmtesten Bädern vergeblich Heilung gesucht hatte. Fletcher stellte sein nicht unbedeutendes Vermögen in den Dienst der guten Sache und brachte es dahin, daß heute Tausende seiner Anhänger in der Welt zu finden sind, von denen wohl die meisten ebenso wie er durch dieses einfache Heilmittel sich wieder gesund und leistungsfähig gemacht haben. Auch die Anhänger Fletchers unter den Ärzten sind in steter Zunahme begriffen. — Diese sorgfältige Eßweise hat man „Fletschern" genannt, ähnlich wie man das Turnen nach dem System von J. P. Müller „Müllern" nennt. In Anbetracht der Tatsache, daß schon vor mehr als 400 Jahren deutsche Ärzte dem sorgfältigen Essen das Wort geredet haben, ist in der letzten Zeit in den Tagesblättern oft darüber geschrieben worden, daß man doch anstatt „fletschern" lieber das gute alte deutsche Wort „kauen" gebrauchen sollte. Der Grund, weshalb ich (und schon vor mir, ohne daß ich davon wußte.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Doktor Dick in Basel) das sorgfältige Essen nach Fletcher mit „Fletschern" bezeichnete, war einfach der, daß Kauen noch nicht Fletschern bedeutet. Kauen tut man eben nur, was gekaut werden muß, gefletschert, d. h. gründlich durchspeichelt soll aber eben auch die breiige und flüssige Nahrung werden. Sagt man den Leuten „kaut Eure Suppe oder Milch", dann lachen sie einen aus, wenn auch das Durchspeicheln durch ganz ähnliche Mundbewegungen bewirkt werden mag. Ferner hat das Wort Fletschern nichts Fremdländisches an sich, wie vielfach behauptet wurde. Fletcher ist ein alter deutschschweizer Name und hat ferner den Vorteil, daß er die Neugierde reizt. Schließlich wollte ich Fletcher auch bei uns durch die Prägung des Wortes „Fletschern" ein Denkmal setzen, denn es ist mir hauptsächlich durch seine Unterstützung möglich gewesen, für das Fletschern in Deutschland die Werbetrommel zu schlagen. Für diejenigen, die ein anderes Wort gebrauchen möchten, habe ich die Ausdrücke: Vermunden, Ausmunden oder Durchmunden vorzuschlagen.

Hauptsache ist, daß sorgfältiges Essen Gemeingut wird; wie man es dann nennen will, ist nebensächlich. Hier sollte der in Deutschland so beliebte Wortstreit um der Sache willen schweigen, denn es handelt sich um das Wohl und Wehe unseres Volkes.

Fletchers Lehren gipfeln kurz in Folgendem:

Alle, auch die breiige und flüssige, Nahrung muß im Munde gründlich verarbeitet werden. Dies bedeutet aber nicht, daß der Mensch sich zum Wiederkäuer ausbilden soll. Auch ist es falsch, jeden Bissen einer bestimmten Anzahl von Kaubewegungen zu unterwerfen oder gar nach der Uhr zu kauen. Es genügt, wie gesagt, daß die Nahrung gut zerkleinert und mit Speichel gemischt in den Magen kommt. Alles übrige ist vom Übel und bewirkt höchstens, daß das Essen langweilig und das Fletschern bald wieder aufgegeben wird. Ferner ist das Trinken während und bald nach dem Essen möglichst einzuschränken. Es bewirkt eine unnötige Erschwerung der Verdauung durch Verdünnung der Verdauungssäfte. Ganz besonders schädlich ist das Hinunterspülen halb zerkauter Bissen durch Getränke. Auf gute Stimmung beim Essen legt Fletcher besonderen Wert.

Mit dem Fletschern kann nicht früh genug begonnen werden. Schon der Säugling, der nicht das Glück hat, an der Mutter Brust zu liegen, die sich dem Kinde erst durch Saugarbeit erschließt, muß dazu angehalten werden seine Milch aus der Flasche langsam zu trinken. Dies erreicht man durch kleine Sauger öffnung, die ständig nachzusehen ist. Ein Milchsauger, aus dem die Milch schnell tropfend rinnt, ist unbrauchbar und das Geld, das für einen neuen erspart wird, wandert über kurz oder lang in die Apotheke. Eine Säuglingsmahlzeit sollte mindestens 15 Minuten dauern. Kleine Kinder kann man zu langsamem Essen veranlassen, indem man ihnen recht kleine Löffel (Mokkalöffel) gibt. Ältere Kinder halte man durch gutes Beispiel und kleine Geschenke zum sorgfältigen Essen an. Besonders zwinge man nie ein Kind, etwas zu essen oder aufzuessen. Der kindliche Magen weiß genau, wann er genug hat, und wir sollten der Natur nicht ins Handwerk pfuschen.

Von größter Bedeutung wird das Fletschern für die werdende Mutter, die dadurch nicht nur dem Kinde zu bester Entwicklung verhilft, sondern dafür auch durch beschwerdefreie Schwangerschaft und leichte Entbindung belohnt wird.

Durch das Fletschern verliert man von selbst die Lust am Trinken. Vor allem starke alkoholische Getränke werden bald gemieden. Ebenso büßt das Rauchen seinen Reiz ein. Es wird ja Leute geben, denen dies als Nachteil erscheint. Sie müssen dann eben bei ihrer alten Lebensweise bleiben,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sollten jedoch, wenn sie ihre Kinder lieb haben, diesen die Lehren Fletchers nicht vorenthalten*).

Das Fletschern bewirkt ferner eine viel bessere Ausnutzung der Nahrung und eine schnellere und länger anhaltende Sättigung. Heißhunger verschwindet völlig, und es werden viele Kräfte im Körper, die bisher unnützer Verdauungsarbeit dienten, für andere Zwecke frei. Gesteigertes Wohlbefinden und vermehrte Leistungsfähigkeit sind die in die Augen springenden Folgen.

Von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist die durch das Fletschern bedingte Möglichkeit, mit weit geringeren Nahrungsmengen als bisher völlig auszukommen. So haben die Befolger dieser Lehren, wie aus Dutzenden von mir vorliegenden Briefen hervorgeht, viel weniger als andere unter der jetzigen Kriegsknappheit zu leiden gehabt, eben weil sie das wenige ganz nutzbar machen konnten.

Daß auch an der Front das Fletschern gut durchführbar ist, erhellt aus zahlreichen Zuschriften von Offizieren und Mannschaften. Gerade unsere Feldkost und die Kriegs- und Volksküchenkost muß unbedingt gefletschert werden, wenn sie auf die Dauer genügen soll.

Des Einzelnen und der Familie Gesundheit ist heute keine Privatangelegenheit mehr. Unser Volk muß sich wieder kräftigen und gesund machen, um den Kampf ums Dasein erfolgreich auch nach dem Kriege führen zu können. Durch Befolgung der hier gegebenen einfachen Lebensregeln nützt man aber nicht nur sich selbst und den Seinen, sondern wer fletschert, der hilft auch durchhalten!!

Dr. August v. Borosini.

Unterrichtsstunden des Rhythmus.

I.

Eine bunte Blumenwiese. Überall Gruppen spielender, sich tummelnder Kinder!

Dort haben sich zehn bis zwölf zum Ringelreihen gefaßt und gehen im Kreise um die schönste Blume der Wiese. Sie schwingen die Hände zum Himmel, sie hüpfen vor Freuden, legen den Kopf in den Nacken und werfen den Wolken Grüße zu. Sie lachen dem Wind ins Gesicht und lassen ihn mit ihren flachsweißen Sonnenhaaren spielen. Sie gehen dann wieder behutsam im Kreise verträumt für sich hin und merken auf die Blumen zu ihren Füßen. Was hat dieser schwingende Kreis alles zu erzählen! Ja, sie sprechen nicht mit Zungen! Das Liedchen, das sie singen, macht es auch nicht! Nein, sie erzählen mit Armen und Beinen, mit dem Kopf und mit der atmenden Brust.

Die Arme erzählen von Verlangen, mit den Wolken durch die Welt zu jagen, der straffe Hals und der in den Nacken geworfene Kopf erzählen von der jauchzenden Freude des Lebens, die jugendliche Brust atmet Sehnsucht; die Bewegungen der Schenkel und Füße verbinden sich rhythmisch mit denen des Rumpfes zu Jauchzen und aufkeimendem Leben. Wenn der Körper sich spannt wie der Bogen eines Trojaners, so nickt der Kopf über die Schulter den Füßen zu; wenn

*) Ich verweise auf meine folgenden Schriften: Die Eßsucht und ihre Bekämpfung (5. Auflage, Holze u. Pahl, Dresden), Das Fletschern u. die Magenfrage (2. verm. Aufl. ebenda), Was sollen wir essen? (ebenda), Wie ich mich mit 60 Jahren wieder jung machte (Demme in Leipzig).

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der Körper sich träumend dem Boden zuneigt, dann streifen die Zehen liebkosend die Blumenkronen. Die jungen straffen Schenkel führen im rhythmischen Zu- und Abneigen ein Zwiegespräch mit dem Leib, mit der Brust und mit dem Kopf. Nur ein ruhender Punkt ist in dem lebhaften Bewegungs- und Gebärdengespräch der Glieder: der Hüftgürtel, das Gehirn der Bewegungen.

Die Kinder *denken* mit den Hüften. Schulter- und Hüftgürtel sind die Ruhe- und Ausgangspunkte in all der rhythmischen Bewegung. Aber zwischen beiden ist wieder ein Zwiegespräch, so schön wie zwischen Mutter und Kind. Es ist ein ewiges Nachahmen zwischen Hüften und Schultern. Die Bewegungen der Schultern sind ein Abbild der Bewegungen des Hüftgürtels, wie das Kind ein Abbild der Mutter ist. Wenn die Hüften die Schenkel mit Energie zum zielbewußten Lauf spannen, dann hebt der Schultergürtel den Brustkorb, der tief den Energie schaffenden Atem einsaugt und für den Lauf aufspeichert; er streckt die Arme zurück, strafft den Hals nach vorn, so daß der Körper einen Pfeil darstellt und im Laufe die Luft gut zerteilt. — — —
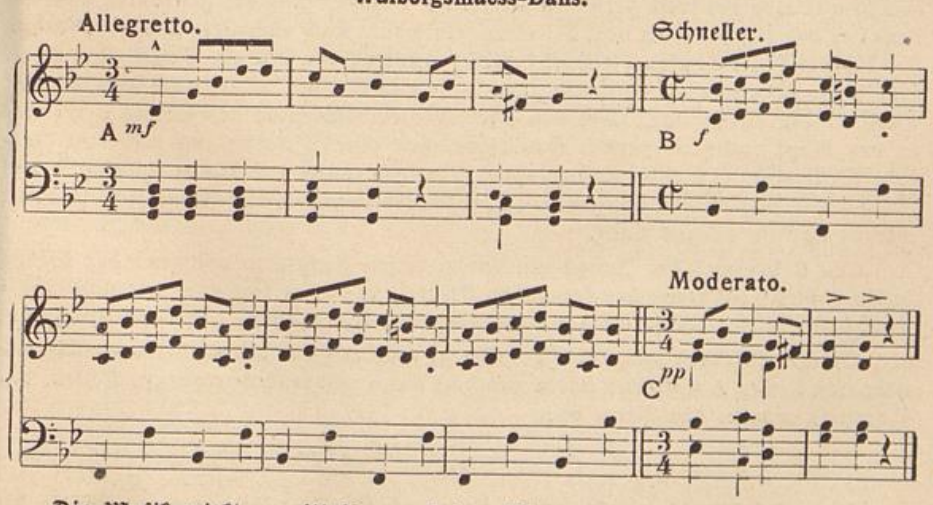
Geh zu den Kindern und lerne die Sprache, dessen Gehirn die Hüften und dessen Ganglion die Schultern sind, auf daß du mit den Kindern reden kannst, in *ihren* Worten, in *ihrer* Sprache der Gebärden und Bewegungen: Dann wirst du jenes Land schauen und dir erobern, das Land des Rhythmus!

II.

Wir sind in unserm großen Saal. Ich sitze am Flügel und blättere in meinen Noten. Meine Jungen sind mit Bocksprungen beschäftigt, wobei sich einer von ihnen selbst als Bock aufstellt. Dann spiele ich eine unserer Laufübungen. Meine Jungen lassen vom Bocksprungen ab und setzen sich in Lauf, in den oft ein Sprung und eine Wendung eingeflochten wird. Dieser Lauf ist ständiges körperliches und geistiges Arbeiten und Denken: Schon die Verbindung mit der Musik fordert Arbeit, und zwar der sensorischen wie auch der motorischen Nerven; dazu kommt aber noch das Durchdenken der Körperbewegung an sich, das bewußte Verteilen der Kräfte, die bewußte Lenkung des Energieflusses bis in die arbeitenden Muskel.

Nach dieser einleitenden Übung spiele ich ein neues Stück:

Walborgsmaess-Dans.



Die Musik wirkt unmittelbar auf den Körper der Jungen. Einige hören die Melodie gar nicht zu Ende, sondern stehen mit ihrem Körper sofort im Bann

des Rhythmus. Sie, die Vertreter des motorischen Reaktionstypus, gehen bei **A** mit langsamen, gemessenen Schritten, haben die Arme abgespreizt, als horchen sie, als wollen sie mit den möglichst weit in den Raum gestreckten Armen, Händen und Fingern die Schallwellen abfangen, oder wenden auch wohl Kopf und Rumpf nach rückwärts, als suchen sie eine rückwärtige Verbindung, eine Fühlung mit einem rückhaltigen Schutz. Beim Teil **B** laufen sie mit schnellen kleinen Schritten zielbewußt. Bei **C** beginnt wieder die Bewegung von **A**.

Ich spiele die Melodie zum zweiten Male. Jetzt machen alle mit. Ich sehe, wie jeder Einzelne an der Bewegung arbeitet, wie er sie bis ins feinste ausgestaltet, wie er jedem Muskel sein Kräftemaß zuteilt, wie er die Verbindung mit der Musik fester knüpft.

Die kleinsten Jungen denken mittels ihres Körpers folgende Geschichte: Ich habe etwas „ausgefressen" und schleiche mich vorsichtig weg (**A**). Plötzlich werde ich verfolgt, denn mein Streich ist entdeckt; ich renne „in gestrecktem Laufe" davon (**B**). Endlich komme ich meinem Verfolger außer Sicht, und ich schleiche vorsichtig um die Ecke, nach der Angst tief aufatmend (**C**).

Die größeren Jungen sehen von einem solchen Programm ab. Sie kennen nur rhythmische Bewegungsmomente (des Horchens, des Schleichens, des Erwartens, des Aufjubelns usw.) und fügen sie in logischer Verknüpfung aneinander nach den Gesichtspunkten der Wiederholung, des Gegensatzes, der natürlichen Folge, der Spiegelung usw. Ihnen ist also die Anordnung, der logisch straffe Zug, das Durchdachte die Hauptsache.

Einem scheint das Spiel der Bewegungsmomente besonders gut gelungen zu sein; er bleibt in der Mitte des Saales stehen und ich spiele:

Der Junge beugt sich mit gekrümmten Knien tief nieder und schleicht in dieser Haltung vorwärts und sieht sich von Schritt zu Schritt vorsichtig, aber gespannt ausspähend, um. Die Arme sind abgespreizt, die Hände wenig gehoben. Der Finger zeigen einige zur Erde, andere nach oben, die äußeren zur Seite: die Finger horchen. Der ganze Körper horcht; er beugt sich, dehnt sich möglichst weit in den Raum, um jede Schallbewegung aufzunehmen. (In Stunden draußen haben wir in bezug auf das Horchen viel gelernt von stutzenden Hasen, Rehen, die aus dem Walde ins freie Feld hervortreten.) Beim Beginn des gestreckten Laufens beugt er den Körper weit vor, die Arme ein wenig nach rückwärts gestreckt, so daß der Körper beim Laufen die Luft besser durchschneidet, wie ein Vogel oder Pfeil im Fluge, oder wie ein Torpedo oder Boot das Wasser. Kurz nach dem Ablauf streckt er die Arme vor. Bei den Viertelnoten (**staccato**) des Teiles **B** wendet er den Kopf ruckweise zurück: Gewissermaßen eine Sichtfühlung mit dem Verfolger. Nach zwei Takten zielbewußten Rennens richtet der Junge sich auf, beugt sich wie bei Beginn des Laufes weit vor, die Arme zurückgestreckt und schießt dann wieder vor im eiligen Lauf.

Teil **C** beginnt der Junge mit einem tiefen Aufatmen während der beiden ersten Achtel. Während des folgenden Viertels atmet er tief aus, wie nach überstandener Angst. Während der letzten Noten wiederholt er den Atemrhythmus.

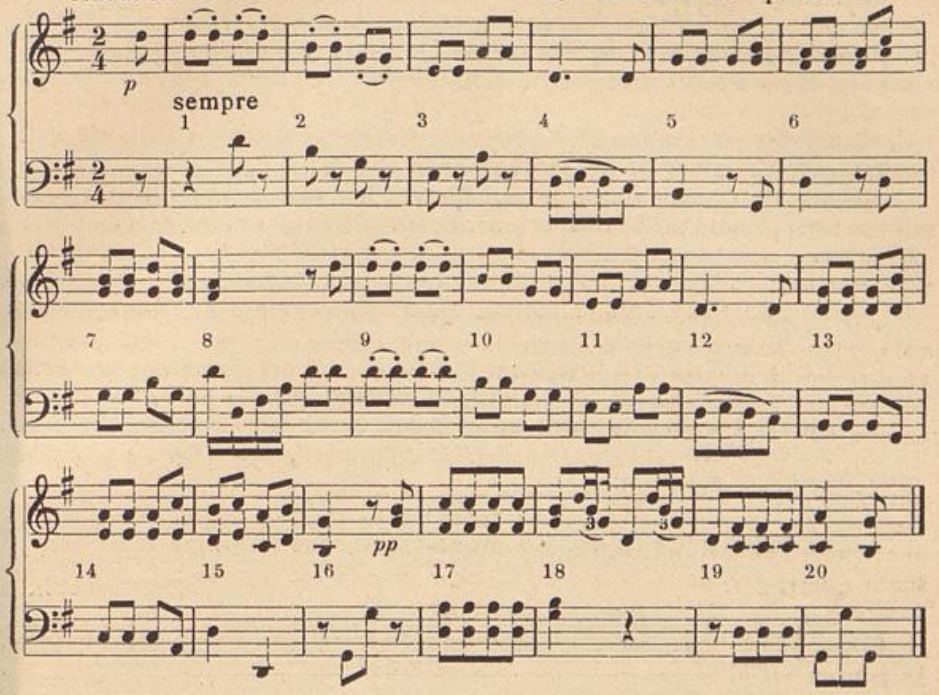
Bei der Wiederholung holt der Junge auch auf der ersten, betonten Viertelnote des Teiles **A** tief, tief Atem und hält dann während des ganzen Teiles, des Horchens wegen, den Atem an. —

III.

Darauf spiele ich ein Andante, dessen rhythmische Bewegungsmomente die Jungen schon Stunden und Tage vorher beschäftigt:

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Andante. L. v. Beethoven. Op. 52. Nr. 8.



Während alle Jungen mit den rhythmischen Momenten kämpfen und kein Gesamtgebilde von straffer Verbindung finden, legt sich ein Junge auf die Erde, als läge er auf einer Wiese zwischen Gras und Blumen und träumt in den Himmel. Während der ersten Takte treten die andern Jungen zurück, als sie merken, daß jener sich zu einer einheitlichen Rhythmenfolge durchgerungen hat.

Die ersten vier Takte vergehen in ruhigen Atemrhythmen. Tiefes Einatmen (1); Ausatmen (Takt 2 und Takt 3 halb); schwaches Einatmen (Takt 3 letzte Hälfte); Ausatmen (Takt 4). Dabei hat der Junge die Hände flach auf den Boden gelegt, bei jeder Energieladung (Einatmung) stützen sich die Hände auf den Boden.

Dann hebt er die Arme empor (5), breitet sie zur Seite aus (6) und beugt die Ellenbogen, so daß die Hände mit den Fingerspitzen den Schädel hinter den Ohren berühren; Handflächen nach vorn.

Während der ersten beiden Achtel von Takt 7 führt er die Ellenbogen vor der Brust zusammen; während der letzten beiden Achtel, beim Aufschwung der musikalischen Linie, führt er die Ellenbogen bis auf den Boden auseinander und atmet tief und kurz (Dauer $^1/_8$) ein, worauf beim Niedergang der musikalischen Linie völlige Entspannung eintritt (8).

Auf das letzte Achtel des 8. Taktes legt der Junge sich auf die linke Seite, stützt die rechte Hand auf den Boden links vom Körper, während die linke Hand hinter dem Kopf bleibt. Während des 9. Taktes hebt der Oberkörper sich unter Stützhilfe des rechten Armes höher und höher empor. Das Emporkommen steigert sich im Rhythmus. Es ist ein märchenhaftes Erstauntsein über die Umgebung in den Bewegungen des Jungen. Die Verwunderung steigt, je höher sich der Oberkörper aufrichtet, je mehr sich der Gesichtskreis erweitert. Kann ein Junge mit Worten seine Empfindungen beim Schauen von Neuland zum Ausdruck bringen? Hier kann er es; dazu in einer Weise, die glücklich macht!

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Kopf liegt in der offenen Hand des linken Armes, der sich mit den Ellenbogen auf den Boden stützt; der Körper liegt auf der Hüfte. Der Junge zieht das linke Bein etwas an, hebt sich dann höher und höher, nimmt die Linke vom Nacken und legt den linken Unterarm auf den Boden, sich auf den Oberarm stützend (Takt 9—12).

Der Junge reckt den Oberkörper hinaus und sieht sich jetzt verwundert, horchend, beschauend und entdeckend um (Takt 13—16). Dabei stützt er sich zuletzt ganz auf die Arme, die er nach rückwärts zurückgestellt hat wie zwei Strebepfeiler; der Junge sitzt und hat den Oberkörper so weit zurückgelegt, wie es die stützenden Arme erlauben.
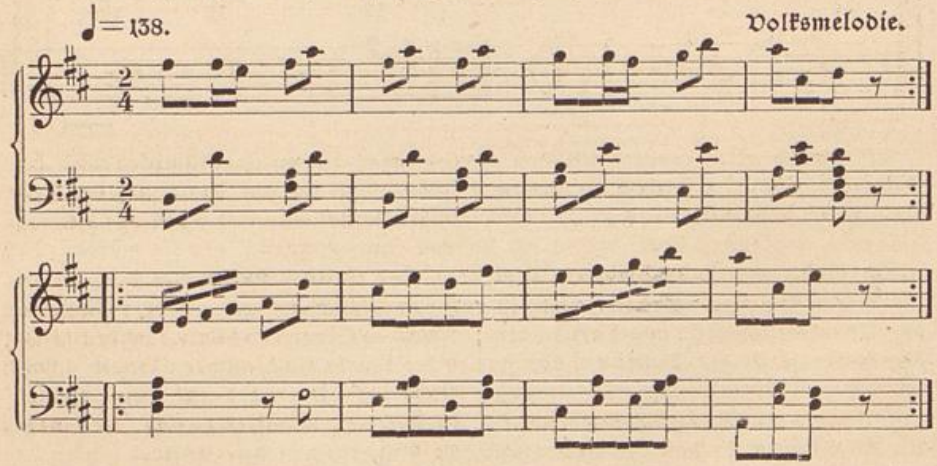
Bei Takt 17 läßt der Junge sich ins Gras zurücksinken, kugelt sich während der ersten Triole von Takt 18 auf den Bauch und während der zweiten wieder auf den Rücken.

Während Takt 19 holt der Junge tief Atem nach der Spannung des Erlebnisses, und atmet bei Takt 20 langsam erschlaffend aus. — —

Ich spiele das Andante nicht noch einmal, damit kein Kopieren stattfinden kann, kein Einwirken der Starken auf die Schwachen. Die Wirkung soll allein vom Rhythmus ausgehen.

IV.

Statt dessen spiele ich ein scherzhaftes Spiel, das leicht und lustig ist:



Das spielen die Jungen so: Ein Baum, ein Pfahl, eine Laterne. Rundherum spielen die Jungen „Kriegen" oder Haschen. Zwei Jungen, deren einer den anderen haschen will, stehen sich gegenüber, zwischen ihnen der Baum, der von einem Jungen, einem Stuhl oder sonstwas dargestellt wird. Die Füße stehen weit auseinander, die Knie sind ein wenig gebeugt, die Hände vielleicht darauf gelegt; einer von beiden stemmt die Hände auch vielleicht an den Baum. Nach dem Rhythmus der Melodie necken die beiden einander, indem sie einmal links und einmal rechts um den Baum gucken und den Anschein erwecken, als wollten sie rechts oder links um den Baum davonlaufen. Dieses Necken spielen die Jungen in hundert Spielarten.

Beim Einsetzen der aufwärts laufenden Sechzehntel rennt der zu haschende Junge davon, der Häscher hinterher. Während des letzten Taktes springt der zu haschende Junge mit einer halben Wendung herum, nimmt wieder die Neckstellung mit auf die Knie gelegten Händen ein und läßt den Häscher herankommen. Der ist schon da! Sich duckend und ausweichend rennt der zu fangende Junge

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

während des Sechzehntellaufs (Takt 5) dem Häscher unter den „fangenden" Armen hindurch. Beim letzten Takt kriegt der Häscher das Opfer beim Kragen. — Das erfrischt und gibt Erholung!

* * *

Während der ganzen Zeit der Übungen steht einer oder der andere an der Tafelwand und schreibt einen Rhythmus der Melodie in Noten auf, oder stellt Bewegungen graphisch gewissermaßen im Grundriß dar, oder zeichnet einen der sich bewegenden Jungen skizzenhaft.

So liegen in den Unterrichtsstunden nie Kräfte brach, sie lösen einander nur ab.

Aus den vorliegenden Unterrichtsstudien mag jeder die Art unserer Arbeit ermessen. Nun helfe jeder mit, daß dem Rhythmus das Arbeitsfeld zugewiesen wird, das ihm gebührt, nicht nur auf dem Gebiet der Pädagogik, sondern auch auf dem Felde der täglichen Berufsarbeit, wo der Rhythmus auf die Arbeit selbst belebend oder in den Erholungs- und Ruhestunden als Gegengewicht wirken kann.

Max Tepp.

Rund um uns

Volksbund für Freiheit und Vaterland*)!

Aufruf!

Ein starkes und freies Reich, in dem unsere Kinder sicher wohnen sollen, ist uns in mannigfachen Kundgebungen der Regierung als unsere deutsche Zukunft bezeichnet worden.

Nur diese Losung vermag unser Volk wahrhaft zu einigen. Äußere und innere Freiheit, äußere und innere Kraft hängen zusammen. Nur ein Volk, in dem für die freie und verantwortungsfreudige Mitarbeit aller Schichten und Stände am Staatswesen Raum geschaffen wird, ist machtvoll nach außen. Innerer Neuaufbau und äußere Kraftentfaltung der Nation sind nicht zu trennen. Das verkennen alle, welche diese Neuordnung verschieben zu dürfen glauben, statt sie unmittelbar und lebendig aus dem Kriege selbst geboren werden zu lassen, wie dereinst auch unser Reich mitten im Kriege geboren wurde.

Der vierte Kriegswinter heischt diese Forderungen lauter als je. Gebieterischer als jemals verlangt er den inneren Zusammenschluß der Nation. Vor allem rechnen wir dazu: klare Einheit zwischen Reichsleitung und Volksvertretung.

Im Einzelnen bedürfen wir erstens angesichts des heute noch nicht gebrochenen Vernichtungswillens unserer Feinde einer äußersten Zusammenfassung unserer Kräfte, bis jener Vernichtungswille gebrochen ist; zweitens der sofortigen innerpolitischen Neuordnung, eines freiheitlichen Ausbaues unserer staatlichen Einrichtungen durch gemeinsame Arbeit aller Volkskreise, um so die Kraft des Volkes zu stärken, die Freudigkeit zu steigern, einer reformwilligen Regierung die Stütze eines festen Volkswillens zu geben und die notwendigen Folgerungen aus dem Wesen des modernen Staates zu ziehen,

*) Vgl. Vortrupp 1917 Nr. 22, S. 666 (Schlußabsatz des Leitaufsatzes "Kritik" von Fidelis). Vortrupp.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die heute jede Nation im Zusammenhang ihrer Entwicklung ziehen muß; drittens einer klaren, von Volk und Regierung getragenen Außenpolitik, die einen dauernden Frieden anstrebt, Rohstoffbezug und Handelsabsatz sichert und Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker auf den Boden der Sittlichkeit und des Rechtes stellt.

Alle, die mit uns eines Sinnes sind, fordern wir auf, sich um uns zu scharen. Unter dem Zeichen von Vaterland und Freiheit ist ein deutscher Volksbund entstanden, der die innere und äußere Freiheit, Glück und Ansehen des Vaterlandes auf seine Fahne geschrieben hat. Wir sind keine Partei und kein parteiähnliches Gebilde. Wir wenden uns an alle von der Rechten bis zur Linken, die es ernst meinen mit der Zukunft des deutschen Volkes.

Diese Erklärung ist die Stimme des arbeitenden Volkes, das der Kern aller deutschen Tapferkeit und Zuversicht ist. Sie ist begleitet von der Zustimmung zahlreichster Vertreter aller anderen Stände, die nur in der Einigkeit mit dem großen und breiten Volke eine starke Politik für möglich halten.

Ein wahrhafter Volksbund sind wir, der aus dem ungebrochenen Lebenswillen des deutschen Volkes geboren wurde. Nur in der Vereinigung kluger Realpolitik und volkstümlich-freiheitlicher Staatsordnung erblicken wir die Grundlagen eines modernen Großstaates. Die Eingliederung dieses neuen Deutschland in eine Gemeinschaft der gegenseitig ihre Lebensnotwendigkeiten achtenden und anerkennenden Kulturstaaten ist eines unserer vornehmsten Ziele. Diese freie und zugleich starke Gesinnung soll unser Bund verbreiten. Wer mit uns arbeiten will, der sei willkommen!

Anmeldungen zum Beitritt Berlin W30, Nollendorferstr. 29/30, II. Jahresbeitrag mindestens 3 M.

Ausschuß des deutschen (christlich-nationalen) Arbeiterkongresses.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.
Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände.
Verband der deutschen Gewerkvereine (H.-D.).
Verband deutscher Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter.
Verband deutscher Handlungsgehilfen.
Verein der deutschen Kaufleute.

Unsere Schachspalte. Im Anschluß an den Aufsatz von Johannes Biernatzki in Nr. 16 des „Vortrupp" von 1916 „Volkstümliche Ausbreitung und Verdeutschung des Schach" ist von dem bekannten Fachmann Ernst Schütte bisher einmal monatlich im Anzeigenteil des „Vortrupp" eine Schachaufgabe gestellt worden. Wir haben damit vielen Vortrupp-Freunden eine besondere Freude bereitet. Um verschiedenen, jetzt geäußerten Wünschen zu entsprechen, werden wir im neuen Jahrgange die Schachspalte so umgestalten, daß sie zu einer Art Schachschule für alle diejenigen Freunde des Schachspiels wird, die zunächst nur die Anfangsgründe des Spiels erlernt haben. Das vorliegende Vortruppheft bringt die erste dieser neuen Schachaufgaben.

Vortrupp.

Neue Bücher und Schriften

An dieser Stelle werden nur solche Werke aufgezählt, die der Schriftleitung nach der einen oder andern Richtung hin besonders empfehlenswert erscheinen.

Grote, F. W.: Skizze der Geldtheorie eines Praktikers. Hamburger Börsenhalle G. m. b. H., Hamburg.

(Für unaufgefordert eingesandte Bücher übernimmt die Schriftleitung d. „Vortrupp" keine Verantwortung.)

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Jansen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 3 1. Februarheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Freiheit und Vaterland!

Berlin, den 23. Januar 1918.

Dem „Volksbunde für Freiheit und Vaterland" gehören bekanntlich an: Der Ausschuß des deutschen (christlich-nationalen) Arbeiterkongresses, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Dann die Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände, der Verband der deutschen Gewerkvereine (H.-D.), der Verband deutscher Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter. Endlich der Verband deutscher Handlungsgehilfen und der Verein der deutschen Kaufleute.

Am 8. Januar hat der Bund hier in Berlin im großen Saale des Preußischen Abgeordnetenhauses die erste öffentliche Kundgebung veranstaltet. Es sprachen: Geheimrat Prof. D. Troeltsch, ferner der Abgeordnete Legien, der der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist, drittens der Abgeordnete, Gewerkschaftssekretär Stegerwald. Diese drei Reden in Verbindung mit der Entschließung, die am Schlusse der Versammlung gefaßt ist, und mit dem ersten Aufruf des Bundes*) geben ein Bild der Gedankenwelt, die in dem Bunde körperhaft geworden ist. Dieses Bild möglichst klar herauszuarbeiten, ist die Aufgabe dieses Aufsatzes. Wie immer in solchen Fällen, bediene ich mich für die Darstellung der direkten Rede:

„Freiheit".

Was will das Wort „Freiheit" hier besagen?

Gemeint ist in erster Linie ein freies Wahlrecht für Preußen: der Bund fordert, daß das gleiche, direkte, geheime, allgemeine Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus schleunigst durchgeführt, und daß das Herrenhaus volkstümlich umgestaltet werde. Was das Wahlrecht angeht, so glaubt der Bund, daß die gegenwärtig zur Beratung stehende Regierungsvorlage im großen und ganzen das Richtige treffe.

Warum fordert der Bund diese Freiheit?

Antwort: Weil das Vaterland sie braucht. „Vaterland" bedeutet hier sowohl „Preußen" wie „Deutschland": die Wahlrechtsfrage ist der wich-

*) Von uns abgedruckt im zweiten Januarheft (Nr. 2 von 1918) auf S. 39/40.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tigste Punkt in der gegenwärtigen inneren Lage nicht bloß Preußens, sondern Deutschlands.

Preußen braucht diese Freiheit: Die staatliche Gemeinschaft unsrer Zeit, in Preußen wie in andern Staaten, ist aufgebaut auf allgemeiner Schulbildung, allgemeiner Wehrpflicht, öffentlicher Meinung und darauf, daß jeder Einzelne am Gesamtzustande des Staates bewußt Anteil nimmt: Ohne das kann die staatliche Gemeinschaft unsrer Zeit gar nicht bestehen. Darum verlangt sie aber auch unbedingt und unausweichlich, daß jeder Einzelne an der Bildung des politischen Willens des Staates mitbeteiligt sei. Und zwar hat die Erfahrung es als zweckmäßig erwiesen, zu dem Organe, an dessen Schöpfung jeder Einzelne gleichberechtigt mitwirkt, das „Abgeordnetenhaus" oder „Volkshaus" auszubilden. Diese Erfahrung muß sich jetzt auch Preußen zunutze machen. Es ist nicht etwa zu befürchten, daß dann eine Massenherrschaft entstünde: denn die andern Regierungsorgane bestehen ja daneben, und gerade in Preußen sind die von der stärksten geschichtlichen Kraft und Bedeutung. Das preußische Volk erkennt die unbedingte Notwendigkeit, daß auch in Preußen aus dem Staatsgedanken unsrer Zeit diese Folgerung gezogen werde. Es herrscht deswegen im preußischen Volke eine ungeheure, mühsam verhaltene Spannung; die sollte das gegenwärtige, aus dem Dreiklassen-Wahlrecht hervorgegangene, Parlament Preußens nicht durch Verschleppungsmanöver gegenüber der Regierungsvorlage „und Schlimmeres" zur Explosion bringen.

Das Reich braucht diese Freiheit nicht minder: Heute hat das Reich ein Wahlrecht, das dem Wahlrechte seines führenden Bundesstaates Preußen völlig entgegengesetzt ist. Das ist eine Unnatur, die bei allen möglichen Gelegenheiten hindert. Vor allem erzeugt sie eine sehr empfindliche Reibung zwischen der Reichsleitung und der preußischen Regierung. Und da nun diese Beiden eine gemeinsame Spitze in einer und derselben Person haben, die gleichzeitig Kanzler des Deutschen Reiches und Ministerpräsident von Preußen ist, so geht der Gegensatz durch diese Person mitten hindurch und nötigt sie zu den schwierigsten Balancierungskünsten: Erst nach Einführung des freien Wahlrechts in Preußen wird daher eine geradlinige Haltung der Reichsregierung möglich sein. Und erst von da ab wird ein wirklich fester Zusammenhang gewährleistet sein zwischen der nun nicht mehr durch Rücksicht auf ein Klassenwahlrecht gehemmten Reichsregierung und dem auf Grund allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählten Reichstage.

Das Reich braucht diese Freiheit besonders auch für seine auswärtige Politik: Diese auswärtige Politik hat nichts dringlicher nötig, als jenes völlige Zusammenstimmen der deutschen Regierung und der deutschen Volksvertretung. Denn eine Regierung, die sich offen und klar auf ihre Volksvertretung stützen kann, gewinnt ganz unermeßlich an Kraft und Ansehen vor dem Auslande. Die Millionen Menschen, die dann nachweislich hinter ihr stehen, verstärken nun die Stimme der Regierung um die Kraft ihrer eigenen Stimmen und verstärken die Wucht jeder Handlung der Regierung durch ihr eigenes Millionengewicht. Daher erscheint der Wille der Regierung von da an geradezu als der unzerbrechliche Wille eines stolzen und starken Volkes selbst. Wie die Dinge liegen, ist daher für uns das völlige Zusammenstimmen von Regierung und Volksvertretung geradezu eine Bedingung des möglichen Friedens. Der innere Neuaufbau und die äußere Kraftentfaltung der Nation sind für uns nicht zu trennen. Das besonders verkennen Alle, die glauben, sie dürften die innere Neuordnung, die Durchführung des freien Wahlrechts, verschieben bis nach dem Kriege: Wie die Sachen stehen, muß die vielmehr unmittel-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bar und lebendig aus dem Kriege selbst geboren werden, wie dereinst auch unser Reich mitten im Kriege geboren wurde.

„Vaterland".

Wie sollen nun Deutschlands Volk und seine Vertretung ihrer Mitverantwortung für die äußere Politik gerecht werden? Sie tragen ja diese Mitverantwortung auch jetzt schon, wenn auch, wie gezeigt, es ihnen leichter werden wird, sie auszuüben, wenn Preußen erst ein freies Wahlrecht hat. Antwort: Indem sie das Rechte erkennen und dann aus der rechten Erkenntnis das Rechte folgern.

Rechtes Erkennen.

Um was geht es jetzt nach außen? Unsre westlichen Gegner haben noch Vernichtungsabsichten. Gegen die können, solange sie andauern, Ehre, Freiheit und Zukunftsentwicklung unsres Volkes nur mit den Waffen gewahrt werden. Hier gibt es „keine Müdigkeit und keine Flauheit".

Aber alle Siege, die wir erfochten haben, können, auch wenn wir voraussetzen, daß wir noch die gewaltigsten möglichen Siege hinzuerfechten, für sich allein uns den Frieden nicht bringen, den wir brauchen. Denn der Gegenstand dieses Krieges ist für uns etwas viel Größeres, als das, was die Annexionisten sich darunter vorstellen, als da sind Siedlungsland im Osten, Schutzherrschaft über Belgien und dergleichen: Der Gegenstand dieses Krieges ist vielmehr die Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes, darunter aber ist in der Welt der Wirklichkeit zu verstehen: unsre Welthandelsstellung und unser Anteil an der Weltwirtschaft in Rohstoffbezug und Handelsabsatz. Von diesen unsern Lebensnotwendigkeiten, ohne die unser Siebzigmillionen-Volk einfach nicht bestehen kann, haben aber unsre Feinde auf Grund der Kriegslage einen großen Teil in ihrer Hand. Den ihnen rein militärisch wieder aus der Hand zu reißen, wäre nur dann möglich, wenn wir die ganze Welt besetzen und sämtliche Schlüsselpunkte des Welthandels, die heute England besitzt, in unsre Macht bringen könnten. Davon aber ist unter vernünftigen Männern überhaupt gar nicht zu reden; insbesondere erwarten auch unsre Fachleute etwas Derartiges von keinem einzigen unsrer technischen Mittel. Was wir in der Welt der Wirklichkeit an Besetzungen und Annexionen erlangen könnten, würde also immer viel zu wenig sein, um unsre erneute Welthandelsstellung und unsern erneuten Anteil an der Weltwirtschaft in Rohstoffbezug und Handelsabsatz zu erzwingen. Auch für uns Deutsche bleibt es dabei, daß die Wiederherstellung der Weltwirtschaft nur durch Verträge möglich ist, durch Verträge, aus denen der ehrliche Wille sprechen muß, einander das Leben, den Handel und die Rohstoffe zu gönnen. Unsre Siege — auch die etwa noch nötigen in der Zukunft, und mögen sie so groß sein, wie es in der Welt der Wirklichkeit nur immer möglich ist — können daher nichts weiter erreichen, brauchen aber auch nichts weiter zu erreichen, als daß sie unsre Feinde überhaupt erst wieder vertragswillig machen. Daraus folgt aber: dieser Krieg kann rein militärisch nicht beendet werden, sondern zu dieser Beendigung bedarf es in hohem Maße der richtigen Politik. Diese Erkenntnis als solche hat mit „Humanität" nichts zu tun: um sie als richtig zu begreifen, muß man nur die Lage sehen können wie sie ist. Und daher handelt es sich eben auch um keine bloß theoretische Erkenntnis, sondern um eine praktische Forderung der Lage. Mit „Bescheis-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

denheit" hat das gar nichts zu schaffen, und mit „Schwäche" und „Ermüdung" erst recht nichts; es gilt zu erfassen, wie das Selbstgefühl unsres Volkes unter den gegebenen Weltverhältnissen sich auswirken kann. Macht es denn auf irgendeinen ehrlichen Menschen bei uns den Eindruck der Schwäche, wenn sich in den Ländern unsrer Feinde Stimmen erheben, die die Weltlage aussprechen wie sie ist? Schwäche ist es vielmehr, wenn durch maßlose Forderungen Minen gegen die Regierungspolitik gelegt und dadurch immer neue Regierungskrisen hervorgerufen werden.

Rechtes Folgern.

Nach außen: Während wir bereit sein müssen, dem ausgesprochenen russischen Verständigungswillen sofort und gründlich entgegenzukommen, werden die zurzeit noch bestehenden Vernichtungsabsichten der Weststaaten voraussichtlich noch einen harten Kampf gegen sie nötig machen. Diese feindlichen Anschläge müssen wir mit äußerster Zusammenfassung und Anspannung aller Kräfte vereiteln.

Aber auch unser Kampf gegen die Weststaaten muß schließlich durch Verträge beendet werden, vor allem durch wirtschaftliche und koloniale Verträge. Gewaltsame Annexionen und ebenso Kriegsentschädigungen leisten uns da keineswegs das, was wir brauchen: sie erschweren es nur, den Vertragsfrieden so zu gestalten, wie wir ihn für unsre Welthandelsstellung und für Rohstoffbezug und Handelsabsatz nötig haben; sie schaffen zudem „unerlöste Gebiete", die durch Revanchekriege zu erlösen man immer wieder versuchen wird. Können wir — auf dem Wege von Kompensationen und Verschiebungen — militärische Grenzberechtigungen erlangen, um so besser: Aber der Wunsch danach darf nicht den Blick für die Hauptsache trüben, für die Wiederermöglichung unsrer Weltwirtschaft.

Im Endergebnis: Kein Verzichtfrieden, denn das ist wahrlich kein Verzicht, wenn der Friede darauf abgestellt wird, alles, was für die Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes wesentlich ist, zu sichern und zu entwickeln. Aber auch keinen Gewaltfrieden, der den Keim künftiger Kriege in sich birgt. Also ein Verständigungsfrieden, der Ehre, Leben und Entwicklung unsres Volkes sichert.

Dieser Verständigungsfriede aber, der so den freien Verkehr und den Handel der Völker sichert, muß dahin ausgebaut werden, daß er den Völkern auch die Gemeinschaft des Rechtes und der Sittlichkeit gewährleistet. Er soll eine Gemeinschaft der Staaten schaffen, damit die dann in Zukunft bereitwilliger als bisher gegenseitig ihre Lebensnotwendigkeiten achten und das durch Verhandlungen und Verständigung dartun. In diese Gemeinschaft der Kulturstaaten soll sich das neue Deutschland eingliedern; das ist eines der vornehmsten Ziele des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland". So soll der Friede, den der Bund will, ein Dauerfriede werden. Während dagegen der Annexionsfriede, den den „deutschen Frieden" zu nennen die Annexionisten sich anmaßen, gar kein wirklicher Friede sein würde, sondern nur ein zeitweiliger Waffenstillstand mit unerhörtem Rüstungszwang; ein Zustand, der uns alles andre bringen würde, nur nicht die ersehnte freiheitliche Entwicklung.

Nach innen: Ein Vertragsfriede ist nicht möglich ohne Vertragsgesinnung.

Es gibt ja eine politische Schule — ihre Vertreter in Deutschland kennen wir Alle —, die als einzige politische Lehre die Macht- und Gewalttheorie anerkennt;

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und die weiter lehrt, daß die einzige politische Weisheit kluger und welterfahrener Menschen das unbedingte Mißtrauen sei. Diese Lehre*) mag allenfalls einmal verwendbar gewesen sein für wesentlich agrarische Völker, die, ohne erhebliche Verkehrs- und Mitteilungsmittel, selbstgenügsam dahinlebten. Ein Staat unsrer Zeit dagegen, durch Lebensnotwendigkeiten und riesigen Verkehr unauflöslich verflochten in die Weltwirtschaft und überaus empfindlich nicht nur an seinen europäischen Grenzen, sondern auch in Afrika, Asien und Amerika, braucht zu seinem Bestehen neben den nötigen Machtsicherungen notwendig auch den Vertragswillen und das Vertrauen. Er kann nur leben, wenn seine Mitstaaten seine Würde und Freiheit moralisch anerkennen, und muß deshalb seinerseits auch ihnen gegenüber dasselbe tun. Wollten wir Deutschen uns dem entziehen, so könnte die dann entstehende Weltlage nur entweder ein erneutes Weltreich ergeben, das jedenfalls n i ch t Deutschland sein würde, oder aber den fortgesetzten Selbstmord aller Kulturvölker.

Also schon rein praktische Gründe genügen durchaus, um jene alleinseligmachende politische Lehre von der Macht- und Gewalttheorie als für unsre Zeit einfach unzweckmäßig zu verwerfen.

Aber jene Lehre ist zu verwerfen auch noch aus einem andern Grunde: Sie entspricht der Gesamtauffassung, daß der Kampf ums Dasein der einzige Hebel im Leben sei, und daß es demzufolge nur eine einzige Tugend gebe: hart zu sein und den Mitbewerber mitleidslos niederzukämpfen; diese Lehre ist in den letzten Jahren groß geworden im Anblick des immer verschärften Konkurrenzkampfes erst zwischen den Privatpersonen und dann zwischen den Staaten. Wer so denkt, der verirrt sich dann allerdings leicht in jene reine Gewalttheorie hinein, und zwar nicht nur für die äußere, sondern auch für die innere Politik: Es ist kein Zufall, daß die Annexionslüsternen so gut wie geschlossen der Reaktion angehören, die jedem Fortschritt in Deutschland hartnäckig widerstrebt. — Diese Gesamtauffassung ist nun aber im Grunde völlig heidnisch oder aber skeptisch und zynisch; mit der sittlichen Überzeugung und der religiösen Gedankenwelt, die in Wahrheit die jedes europäischen Landes sind, ist sie völlig unvereinbar. Diese Grundüberzeugung und diese wahre Gedankenwelt aller europäischen Völker haben schon in der Vergangenheit gegen jene Gewaltlehre protestiert. In der Zukunft, nach dem Kriege, wird dieser Protest noch viel schärfere Worte und Taten finden müssen, denn nur so wird es möglich sein — und auch so nur in tausend heißen Mühen — die Reste von Europas Moral und Religion, die beide der Krieg zertrümmert hat, wiederzubeleben und aufzubauen. Diese religiöse Grundauffassung Europas muß aber auch beim Friedensschluß schon mitsprechen, nämlich, wenn man die neuen Vertragssysteme schafft, die Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker auf den Boden der Sittlichkeit und des Rechts stellen und damit die Anarchie zwischen den Staaten beseitigen sollen. Zu dieser sittlichen Überzeugung und zu dieser religiösen Gedankenwelt Europas soll man sich daher offen und ehrlich bekennen, ungebeugt und ungebrochen durch die Zweifelsucht und den Gewaltsinn unsrer Zeit. Denn ohne sie wird es niemals einen Frieden, sondern nur Erschöpfungspausen geben.

Ich habe die große Leitlinie gezeichnet, die durch die Gedankenwelt des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland" führt. An ihr liegen die drei großen,

*) Sie ist es, die sich mit Vorliebe „Realpolitik" (in Anführungsstrichen) nennt.
Vortrupp.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

heute hier behandelten, Hauptziele des Bundes: Sofortige Durchführung des freien Wahlrechtes für Preußen, Verständigungsfriede, Beseitigung der Anarchie zwischen den Staaten.

Diese drei Hauptziele enthalten nicht alles, was der Bund fordert: Unter den noch übrigen Punkten scheint mir einer der wichtigsten die Forderung völliger Koalitionsfreiheit. Möge es dem Bunde gelingen, da vor allem etwas zu beseitigen, was nicht nur das Rechtsgefühl, sondern ebenso stark den gesunden Menschenverstand beleidigt: Wenn heute irgendwo im Deutschen Reiche gewerbliche Arbeiter ihrem Fabrikherrn mit oder ohne Angabe des Grundes erklären: „Wir streiken jetzt", so ist das — nach § 152 der Reichsgewerbeordnung — ihr gutes, gesetzlich gewährleistetes Recht. Wenn aber dieselben Arbeiter demselben Fabrikanten erklären: „Wir müssen die und die verbesserten Arbeits- oder Lohnbedingungen haben, wenn Du uns die nicht gewährst, dann werden wir genötigt sein, zu streiken", dann werden sie nach ständiger Rechtsprechung des Reichsgerichts, der alle deutschen Gerichte zu folgen praktisch gezwungen sind, wegen Erpressung bestraft. Sie haben also das Recht, durch sofortige warnungslose Erklärung des Streiks den Fabrikherrn möglicherweise zu ruinieren; wenn sie aber vernünftiger- und menschlicherweise rechtzeitig warnen, dann sind sie strafbare Erpresser. Es ist dringend nötig, daß diese Rechtsprechung des Reichsgerichts durch einen Zusatz zum Gesetze unmöglich gemacht werde.

Den Lesern meiner politischen Aufsätze im „Vortrupp" brauche ich nicht erst zu sagen, daß sich Ziele und Gedankenwelt des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland" mit den Zielen und Gedanken, die in meinen Aufsätzen seit deren Beginn im September 1916 vertreten werden, in allem Wesentlichen decken. So wünsche ich dem Bunde, daß er gedeihe, und daß er eine wirkliche Macht werden möge*). Dazu ist allerdings Eins erforderlich: daß von all den Millionen Menschen, die den in dem Bunde zusammengeschlossenen Verbänden angehören, womöglich alle, wenigstens aber die Mehreren ihre Mitgliedschaft im Bunde auch wirklich in ihr Bewußtsein und in ihre Tatbereitschaft aufnehmen. Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland" hat Gewaltiges unternommen, und weil er das, und nun gar in dieser Zeit, getan hat, schuldet er dem deutschen Volke sehr viel. Möge er des Wortes eingedenk sein: „Das Fähnlein ist gar leicht an den Mast gebunden, aber es kostet große Mühe, es mit Ehren wieder herunterzuholen."

Fidelis.

---

*) Diesem Wunsche schließen wir auch unsrerseits uns an und wiederholen nochmals, daß Anmeldungen zum Eintritt in den „Volksbund für Freiheit und Vaterland" zu richten sind nach Berlin W 30, Nollendorfstr. 29/30, und daß der Jahresbeitrag mindestens 3 Mark beträgt.

Vortrupp.

* * *

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schützengraben und Werkstatt.

Die wichtigste Aufgabe bei der Beendigung des Krieges, die auch in der Vorbereitung der Demobilmachung überall voransteht, ist die möglichst rasche und reibungslose Zurückführung der Millionen von Heeresangehörigen in das Wirtschaftsleben. Die Notwendigkeit ergibt sich sowohl aus dem Interesse der Einzelnen, die wieder Unterkunft, Erwerb und Beschäftigung brauchen, wie aus dem Gesamtinteresse, da Deutschland die schweren Schäden der Kriegsjahre nicht wieder ausgleichen, seinen Platz in der Weltwirtschaft nicht behaupten und wirtschaftlich nicht vorankommen kann, wenn nicht vom ersten Friedenstage an mit allen Kräften gearbeitet wird.

Dieser Einordnung stellen sich von seiten der Heeresangehörigen zwei Hemmnisse entgegen, die hoffentlich nur bei einem kleinen Teile der Entlassenen zutreffen, deren Bedeutung man aber nicht unterschätzen soll: Unlust zur Arbeit und Unfähigkeit zur Unterordnung unter die Betriebsregeln.

Es wäre menschlich verständlich und sachlich auch gar nicht unberechtigt, wenn die Kämpfer draußen, die seit Jahren die schwersten Strapazen und Gefahren bestehen, nach siegreicher Heimkehr zunächst einmal ausspannen, in einigen Wochen oder Monaten der Ruhe Körper und Geist erholen, den Nerven die alte Spannkraft wiedergewinnen möchten, um dann erst mit vollen Kräften wieder in die Erwerbsarbeit einzutreten. Mag sein, daß das Gesamtergebnis der Leistungen nach einiger Zeit gut würde, die Erholung sich bezahlt machte. Trotzdem werden wir nicht in der Lage sein, vielen Entlassenen diese wohlverdiente Ruhepause zu gönnen, weil wir möglichst rasch unsere Wirtschaft auf die neuen Friedensverhältnisse umstellen, die Verteilung der Arbeitskräfte auf die Betriebe möglichst endgültig vornehmen, die technischen und sozialen Bedingungen der Arbeit regeln und den Wettbewerb mit den anderen Nationen mit voller Kraft aufnehmen müssen. Außerdem besteht die Gefahr, daß diejenigen, die einige Ferienwochen zwischen Heeresdienst und Erwerbsarbeit legen, nachher die für sie geeigneten Posten besetzt finden oder gar, daß sie, durch Siegesfeiern, Stammtischheldentum oder anderes verführt, den Anschluß an die Arbeit verfehlen.

Da eine Reihe von Maßnahmen vorbereitet ist, die den Heeresangehörigen den Übergang erleichtern, sie während einer gewissen Dauer mit öffentlichen Mitteln unterstützen sollen, so ist zu erwägen, ob nicht als Gegenstück dazu auch irgendein Zwangsmittel erhalten (Hilfsdienstgesetz) oder neu geschaffen werden muß, das auf die hoffentlich geringe Minderheit, die dessen bedarf, einen gelinden Druck ausübt und dessen Bestehen allein schon genügen dürfte, die Zahl der Arbeitsunlustigen weiter zu mindern. Näheres darüber habe ich im ersten Hefte des 5. Jahrganges der Zeitschrift „Arbeitsrecht" ausgeführt (Januar 1918: „Demobilmachung und Arbeitsrecht").

Bedeutsamer vielleicht sind die Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn zahlreiche Angestellte und Arbeiter aus dem Felde heimkehren mit Auffassungen und Ansprüchen, die sich mit der geregelten Tätigkeit des Großbetriebes nicht vertragen. Wiederum menschlich begreiflich und sachlich nicht unberechtigt: Wer draußen an der Front Gesundheit und Leben eingesetzt, wer um der Anderen willen im Trommelfeuer standgehalten hat, der hat einen Anspruch darauf, daß die Daheimgebliebenen ihn mit größtem Respekt behandeln, sich in Bescheidenheit und Ehrfurcht vor seiner opferfreudigen Leistung beugen. Aber in der wirtschaftlichen Organisation wird sich das nicht durchführen lassen, da wird die alte Einordnung und Unterordnung wieder Platz greifen müssen. Und wenn Manche nach der straffen Disziplin der Heeresjahre nun das Bedürfnis nach Ungebundenheit haben, so wird ihnen auch bedeutet werden müssen, daß die deutsche

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wirtschaft einer durch und durch organisierten, geordneten Arbeit bedarf, die an Pünktlichkeit und Straffheit der militärischen wenig nachgeben kann. Wer sich aber durch die Jahre unregelmäßigen Feldlebens der gut geregelten Tätigkeit entwöhnt hat, der muß schnell wieder umlernen, wenn er ein voll nützliches Glied der deutschen Friedenswirtschaft werden will.

Schlagwortartig kann man es so ausdrücken: Die Helden von Verdun, von der Somme und von Flandern, die Eroberer Polens, Kurlands, Serbiens und Rumäniens sollen in gewerbliche Betriebe sich wieder einordnen, unterordnen und arbeiten, als wäre nichts geschehen. Das erfordert von ihnen ein hohes Maß von sozialer Erkenntnis und Entsagung. Es ist klar, daß es nicht von ihnen erwartet, geschweige denn gefordert werden kann, wenn nicht auch auf der Gegenseite die notwendigen Folgen aus den Verhältnissen gezogen werden.

Auch der Betrieb muß dem Erleben dieses Krieges Rechnung tragen. Seine Existenz, sein künftiger Ertrag, sie beruhen auf den Leistungen des Heeres, in dem die Arbeiter und Angestellten die überwiegende Mehrheit ausmachen. Darum muß er nicht nur seinen Arbeitern und Angestellten angemessene Arbeitsbedingungen, vor allem ausreichenden Lohn, zugestehen, sondern muß ihnen auch ein Mitbestimmungsrecht darüber einräumen. Der alte Herrenstandpunkt wird nicht mehr aufrecht zu erhalten sein; die einseitige Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch den Unternehmer wird den Siegern dieses Weltenringens gegenüber versagen; die Arbeiter verlangen die Gleichberechtigung beim Vertragsabschlusse.

Das gegebene Mittel dazu ist der Tarifvertrag, der einheitlich die Bedingungen des Arbeitsvertrages für alle in einem oder mehreren Betrieben Angestellten festlegt. Der Krieg hat eine erfreuliche Ausdehnung solcher Vereinbarungen gebracht; sie aufrecht zu erhalten und auf die noch nicht davon berührten Industriezweige auszudehnen, ist eine wichtige Aufgabe der Übergangswirtschaft.

Ein anderes Mittel zum gleichen Ziele ist der Arbeiterausschuß und der Angestelltenausschuß, der vor allem den Arbeitnehmern eine geordnete Vertretung in allen gemeinsamen Angelegenheiten schafft und ihnen das Sprachrohr gibt, dessen sie unbedingt bedürfen, wenn ihre Wünsche und Beschwerden nicht zu einer Gefahr für die störungslose Fortführung des Betriebes werden sollen. Auch hier hat der Krieg einen erfreulichen Fortschritt gebracht, indem das Hilfsdienstgesetz den Zwang zur Einrichtung von Ausschüssen in allen Betrieben mit mindestens 50 Arbeitnehmern ausgesprochen hat. Auch beim Erlöschen des Kriegsgesetzes sollte diese Vorschrift unbedingt aufrecht erhalten werden.

Der Gesetzgebung sind also zwei Aufgaben vorgezeichnet durch die zwei Bedürfnisse der Wirtschaft: Schaffung besserer Rechtsgrundlagen für die Tarifverträge und allgemeine Durchführung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in Großbetrieben. Eine Ergänzung liegt in dem angekündigten Gesetze über Arbeitskammern, die eine amtliche Vertretung der Arbeitnehmer bringen sollen; und die vor allem auch geeignet sind, die Maßnahmen zur friedlichen Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien des Arbeitsverhältnisses auszubauen.

Schließlich ist das Wichtigste die allgemeine Richtung der Gesetzgebung und Politik, die dem Grundsatze der Gleichberechtigung Aller vor dem Staate voll Rechnung tragen muß. Den wichtigsten Anfang dazu bildet die Verfassungsreform in Preußen. Wird sie ehrlich und folgerichtig durchgeführt, kommt dazu auch eine andere gesellschaftliche Stellung der verschiedenen sozialen Schichten gegeneinander, eine höhere Achtung vor jeder ehrlichen und nützlichen Arbeit,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dann werden die Millionen der aus dem Felde Heimkehrenden sich wohl und gleichberechtigt fühlen. Dann ist zu erwarten, daß sie sich in Erkenntnis der wirtschaftlichen Erfordernisse auch wieder in das Räderwerk der Arbeit einfügen werden, wie sie sich willig in die strenge Disziplin des Heeres eingefügt haben.

Dr. Heinz Potthoff.

Der Aufstieg der Begabten.

I.*)

Fast möchte es scheinen, als trüge der Eulen nach Athen, der heutzutage noch der Frage der Auslese und des Aufstiegs der Tüchtigen eine ausführliche innere Begründung voranschicken wollte. Was in den letzten Jahren vor dem Kriege vielen Einsichtigen als berechtigte Forderung erschien, hat der Krieg nahezu in den gefährlichen Bereich des Schlagwortes gezerrt: ein wahres Schulbeispiel für den Umschwung der öffentlichen Meinung in einer Angelegenheit, die nicht eigentlich zu den sogenannten „aktuellen Tagesfragen" gehört.

Unumstößlich sicher ist, daß es eines großen Ausmaßes von Überlegung und Erfahrung bedarf, diese brennende Zeitfrage allseitig und befriedigend zu lösen; nicht wenig sittliche Kraft wird zudem nötig sein, um das also Erkannte und Erprobte seinen Weg zielsicher durch das Grau des Alltags nehmen zu lassen. Damit ist schon gesagt, daß es mit dem guten Willen, der „Sympathieerklärung" unmöglich getan sein kann. Volle Klarheit über das Wesen und die Tragweite der Unterfragen, die sich aus unsrer Forderung ergeben, tut vor allem not; demnächst die Überwindung der mancherlei sachlichen wie persönlichen Schwierigkeiten, die sich gegenwärtig und wohl noch auf längere Zeit hinaus der praktischen Durchführung entgegenstellen.

Was bedeutet „Begabung" im obigen Zusammenhang? Der Deutsche zumal neigt dazu, die Beantwortung dieser grundlegenden Vorfrage mit mehr oder minder großer Ausschließlichkeit seiner Schule zu überlassen. Es muß aber nachdrücklich betont werden, daß es zum allermindesten zwei Hauptgruppen „Begabungen" gibt, deren letztere sich — jedenfalls bei dem heutigen Stande des Schulwesens — der gerechten Bewertung und Entwicklung im jugendlichen Alter im allgemeinen entzieht: Schulbegabung und Lebensbegabung.

Daß der jeweils vorhandene Grad der Schulbegabung unter Vernachlässigung der Frage nach der Lebensbegabung in zahllosen Einzelfällen über die spätere Laufbahn entscheidet, darf getrost als eins der gewichtigsten Hemmnisse für den Aufstieg, d. h. die richtige Zielsetzung Begabter, bezeichnet werden. Im Grunde handelt es sich um eine fast alltägliche Erfahrungstatsache: jeder weiß aus eigener Beobachtung und Lebenskenntnis von diesem oder jenem, der auf der Schule höchst kümmerliche Fortschritte machte, um beim Eintritt in irgendeinen praktischen Beruf sich wie umgewandelt zu erweisen. Nicht minder zahlreich, wenn auch weniger offenbar, sind die Fälle, in denen auf sehr tüchtige Schulleistungen höchst mäßige äußere Erfolge in den verschiedenartigsten Berufen folgten, nicht zuletzt in solchen mit gelehrter Vorbildung. Welcher Akademiker z. B. kennt nicht das Urbild des sorglos manches Semester verbummelnden, doch nicht mehr als mittelbegabten Studenten, der alsdann mit fast instinktiver Sicherheit sich den „Steckenpferden" der prüfenden Professoren ebenso wie den „positiven" Prüfungserfordernissen mimikryartig anzupassen weiß:

*) Der 2. und 3. Teil dieses Aufsatzes werden in den nächstfolgenden Heften des „Vortrupp" erscheinen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der sogenannte „Lebenskünstler". Und nun sein Gegenstück, der im Grunde geistig wie sittlich tiefer Veranlagte, dem vielleicht sein mitunter ins Faustische gesteigerter Drang nach Wissen und Erkennen schließlich den Sinn für die unmittelbaren Erfordernisse der Prüfung wie auch des späteren Berufslebens allmählich abhanden kommen läßt. Jener windet sich durch, kriecht, klatscht Beifall, dieser geht gerade aus, aufrecht, hängt seinen Mantel nicht nach dem Winde. Jener schneidet womöglich schon in den Prüfungen, sicher im Berufe selbst äußerlich günstig ab; dieser erreicht Ziele, die zum innern Wert seiner Anlagen im Mißverhältnis stehen. Jener wird als Beamter gewiß einmal Rat 2. oder 3., wo nicht 1. Klasse; dieser endet wahrscheinlich als kümmerlicher Winkeladvokat, Einjährigenpauker oder als leibhaftiger Hungerpastor.

Was wir der Einfachheit oder vielmehr der — Gedankenlosigkeit halber mit „Begabung" gemeinhin bezeichnen, stellt in vielfacher Hinsicht etwas außerordentlich Verschiedenartiges und Wechselvolles dar. Es hieße den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, würde hier auch nur eine flüchtige Skizze der häufigsten Begabungsformen nach Art und Zahl, Entwicklung und Bedeutung versucht werden. Aber unumgänglich nötig erscheint, wenigstens auf zwei allgemein wichtige Punkte hinzuweisen:

Einmal die Beziehungen zwischen Begabung und Leistung. Schon auf der Schule, mehr noch im Berufsleben, zeigen bekanntlich die höchst Befähigten keineswegs immer die höchsten Leistungen. Denn zur Intelligenz, zum wissenschaftlichen, künstlerischen, technischen und anderen Können muß hier wie dort verschiedenes Andere hinzukommen: Pflichtbewußtsein, Ausdauer, Fleiß, Anpassungsvermögen an neue Verhältnisse und andere menschliche Umgebung u. dgl. m. Mancher wird sagen, das seien Gemeinplätze. Allerdings! Aber unsere Zeit — und erst recht die Mehrzahl der Rufer im Streit um unsere Gesamtfrage — neigen offensichtlich zu einer Auffassung, die ganz vorwiegend und entschieden einseitig die intellektuelle Eignung zu den verschiedenartigsten Berufen im Auge hat und darüber die letzten Endes fast noch wichtigeren sittlich-persönlichen Anlagen über Gebühr vernachlässigt.

Es fragt sich zweitens, wer denn die Auslese der Begabten zu übernehmen hat. Es wäre zwar eine große Ungerechtigkeit, wollte man den allgemein bildenden Schulen alle und jede Berechtigung absprechen, gegebenenfalls in der einen oder anderen Weise eine nachhaltige Wirkung auf die Gestaltung des künftigen Lebensweges ihrer Zöglinge auszuüben. Aber nicht minder zweifellos steht bei näherem Zusehen fest, daß die Natur der Dinge einer solchen Auslese, soll sie überhaupt ausreichende innere Berechtigung haben, gewaltige Hindernisse in den Weg legt. Welcher noch so erfahrene und psychologisch geschulte, welt- und menschenkundige Lehrer darf sich anheischig machen, dem einen Schüler eine große Zukunft als Kaufmann oder als Kunstgewerbler zu prophezeien, in dem andern den „geborenen" Finanzminister oder Kanzelredner zu erblicken?! Es will sogar bedünken, als seien dergleichen Erwartungen, selbst in bezug auf das für jenen scheinbar Nächstliegende, den Lehrerberuf, nur mit starker Vorsicht aufzunehmen.

Nun hat man seit längerem begonnen, mit Hilfe der psychologischen Wissenschaft — unter dem Namen der „Jugendkunde" — Licht in das geheimnisvolle Dunkel der wachsenden Menschenseele und der keimenden Persönlichkeit zu bringen. Ich kann und will nicht entscheiden, ob die vielfach überschwenglich angepriesene „experimentelle Psychologie" oder Pädagogik in ferner Zukunft wirklich einmal vollwertige Leistungen im Sinne der frühzeitigen Erkenntnis von Begabungen zustande bringen wird. Jedoch muß an dieser Stelle

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

rückhaltlos ausgesprochen werden, daß die genannten, recht jugendlichen Wissensgebiete vorderhand besser täten, sich nach deutscher Art mit kritischem Sinn auf das Erreichbare zu besinnen, nicht aber Urteilslose zu überspannten Erwartungen zu verführen. Was die Jugendseele ihrem Beobachter nicht offenbaren *will*, das zwingt ihr kein noch so exakt arbeitender Professor ab — auch nicht „mit Hebeln und mit Schrauben". Besonnene und anerkannte Führer auf dem Gebiet der „experimentellen Pädagogik" geben denn auch zu, daß eine hinreichende Erkenntnis zum Zweck der Berufsberatung und ähnlicher Ziele *nur* erreicht werden kann durch das Zusammenwirken vieler verschiedenartiger Mittel. William Stern in Hamburg fordert in diesem Sinn „das Aufstellen von Individualitätslisten und ihre Verwertung; Sammlung charakteristischer Erzeugnisse jugendlicher Leistungen; Feststellung der psychologischen Grundsätze bei der Schulbahnberatung; Anordnung von Intelligenzprüfungen und Talentprüfungen in bestimmten oder allen Schulen der Stadt, Sorge für deren gleichmäßige Durchführung; Anlegung von Zensurenstatistiken; Beratung über Neuorganisationen — und schließlich: Leitung der psychologischen Ausbildung der Lehrer". — Da solche an sich notwendige Aufgaben über die Fähigkeit und die Arbeitskraft eines einzelnen Lehrers selbst im günstigsten Falle weit hinausgehen würden, wird folgerichtig die Forderung eines fachwissenschaftlich voll durchgebildeten Schulpsychologen (nach Vorbild des Schularztes) aufgestellt.

Im Bewußtsein der außerordentlichen und mannigfaltigen Schwierigkeiten des in Frage stehenden Teilproblems werden wir uns hüten, allzu leichtgläubig auf Propheten zu hören, die, mitunter sogar, wie der Chemieprofessor Ostwald, ihre auf völlig anderem Gebiete errungenen klangvollen Namen dazu benutzen, um der breitesten Öffentlichkeit billige Ratschläge zur planmäßigen Züchtung von Genies zu erteilen. Goethe wußte Ende der dreißiger Jahre seines Lebens noch nicht, ob er zur bildenden oder zur Dichtkunst den eigentlichen Beruf in sich trug; Alexander v. Humboldt wurde noch in seinen späteren Knabenjahren eher für wissenschaftlich schwach begabt, denn für genial befunden; dem 16jährigen Richard Wagner glaubte sein Musiklehrer eine besondere musikalische Beanlagung nicht zusprechen zu dürfen; der heranwachsende Emile Zola erhielt gar seine literarische Unfähigkeit auf dem Schulabgangszeugnis mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit bescheinigt. Und heute wittert alle Welt allerorten Talente und Genies: menschlich verständlich bei Ungebildeten und Urteilslosen. Welche Verantwortung aber bei denen liegt, die als Hochgebildete und gereifte Menschen ihrem Unwillen über nicht zu leugnende Schulschäden in einer mehr als unkritischen Form Luft machen, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Hans Offe.

Luft und Licht*).

Sind die neuzeitlichen Städte in bezug auf Wasserversorgung häufig besser gestellt, als das flache Land, so bietet die Zufuhr von Licht und Luft, den beiden weiteren Hauptmitteln jedes hygienischen Fortschrittes, ihnen stetig wachsende Schwierigkeiten. Die Einführung der Sommer-Zeit hat dem Städter kostenlos eine wesentliche Mehrung des Tageslichtes geschaffen: 150 helle Stunden, die er bisher verschlief, sind in die Zeit seines Wirkens verlegt, ebenso viele dunkle

*) Wir verweisen auf die vor einigen Jahren im „Vortrupp" (Jg. 1912, Nr. 13, S. 409 f.) wiedergegebenen Ausführungen, die *Alfred Lichtwark* damals über den gleichen Gegenstand veröffentlicht hatte. Vortrupp.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Stunden, die er wachte, dem Schlafe zugewiesen, Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit muß die Folge sein. Im Leben unseres Alltages hatten wir gedankenlos die Ausnutzung des Tageslichtes allzusehr mißachtet, die Einführung der Sommer-Zeit ist die bewußte Abkehr von dieser Saumseligkeit.

Der Großstädter verbringt den Arbeitstag zwischen vier Wänden. Auch wenn die Wolken fehlen, leuchtet ihm oft nur eine bleiche Ersatz-Sonne. Mit allen Mitteln müßte er dahin streben, das vorhandene wenige Sonnenlicht auf seinen Körper und in sein Haus zu lenken. Betrachtet man die Bepflanzung unserer Städte, so könnte man wähnen, daß ihre Bewohner an einem Übermaß von Sonnenlicht leiden. Alles ist abgestellt auf Erwirkung von Schatten! Die Baumreihen der Straßen werden meist gebildet aus Linden, Kastanien, Ulmen, gerade jenen Arten, welche die dichtesten Kronen tragen. Da die Bäume in Abständen von 10 bis 15 Schritten einander folgen, so wachsen ihre Zweige zusammen, sobald zwei Jahrzehnte verflossen sind. Nach wenigen weiteren Jahren bilden die Kronen ein einheitliches fortlaufendes Dach, das im Sommer kein Sonnenstrahl durchdringt. Über dem Straßendamm nähern die Bäume beider Seiten sich einander, so daß, wer einmal den Himmel sehen will, die Mitte des Dammes aufsuchen muß. Bei alter Bepflanzung erreichen sich die Kronen auch über dem Damme, und dann ist das Ideal des Schattenfreundes erreicht: Zu beiden Seiten die Mauern der Häuser, über ihm das mauergleiche schwarzgrünliche Baumdach; hier wandelt er in steter Kellerluft, wie in den Katakomben, sicher vor jedem Sonnenstrahl. Die Bäume nehmen einander Luft und Licht und bleiben krüppelnde Zwerge, keiner kann die ihm gegebenen Anlagen zur Schönheit entfalten. Das Gewirr der Kronen ist so dicht, daß kein Wind sie mehr zerzausen kann. Nur nach oben treiben sie lichtsüchtiges Grün, die untere Seite aber füllt sich mit dürrem Holz und muß in jedem Winter vom Gärtner gesäubert werden. Unter solchen Baumreihen kann pflanzliches Leben nicht fortkommen, alle mit vielem Gelde stets erneuten Versuche, durch Blumenrabatten farbige Wirkungen zu erzeugen, müssen aus Mangel an Luft und Licht kläglich scheitern. — In den Vor- und Hintergärten der städtischen Häuser ist der Verlauf meist ein ähnlicher. Der Gärtner setzt bei der Anlage vielerlei hinein, er will verdienen. Dann darf alles wachsen, was wachsen will und kann. Nach zehn Jahren ist der Garten wohnlich, nach zwanzig aber schon wird er übervoll. Unkenntnis und Mangel an Interesse oder Entschlußfähigkeit verhindern das Ausroden, ein Baum erstickt den andern, die wenigen übrigbleibenden töten alles, was unter ihnen grünen und blühen will, und in vielen der älteren kleinen Gärten sehen wir das Ende: Einige Kastanien oder Ulmen recken hoch oben ihre Kronen in die Luft, die Gartenfläche darunter aber ist schwarz und unwirtlich wie ein Hof, auf dem du keine Blume siehst.

Diese überdichten Baummassen nun drohen Verderben nicht nur den Blumen, sondern, was schlimmer, auch den Menschen. Im Winter, wenn das Laub fehlt, merken wir auch in der Stadt fast stets Luftbewegung, im Sommer aber bringt nur ein stärkerer Wind bei uns die Luft ins Kreisen, der leise Hauch, der durch die Straßen der Stadt, ihre Adern, fallen sollte, erstirbt an den Baummauern. In den Häusern läßt sich ein Durchzug nicht mehr erzielen, die Wände, der Hausrat werden feucht, Schimmelpilze erscheinen und die Vorbedingungen zu allerlei Erkrankungen sind gegeben.

Von Grund auf sollte unsere Bepflanzung geändert werden. Nicht auf Schatten, — auf Bewahrung von Licht und Luft ist sie abzustellen. Unsere Häuserreihen schon gewähren uns ein Übermaß des Schattens. Man entschlage sich der Furcht vor der Sonne! Im Sommer und Winter fahren wir auf Wochen in die Berge und an die See, um durch die Sonne dort neue Lebenskraft zu erlangen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Das Gedeihen der Gesamtheit wird gefördert, wenn wir zu Hause für den Alltag die Möglichkeit der Sonnenbestrahlung und freien Atems erweitern. Die Bäume sollten in den Straßen nicht 15, sondern 30 oder gar 40 Schritte voneinander entfernt stehen! Dann können Sonne und Wind hindurch und die Straßen, die Gärten, die Menschen erreichen. Die Bäume werden sich zu ansehnlichen Vertretern ihrer Art entwickeln und dem Auge eine Freude sein. Wind und Sonne kommen in unsere Fenster, frische Luft zieht durch Zimmer und Keller und führt die Krankheitskeime hinaus. Will man bei der Neupflanzung die Bäume näher zueinander stellen, so müssen doch, sobald die Kronen sich berühren, die Reihen gelichtet werden durch Entfernung jedes zweiten Baumes. So sollte man auch jetzt noch ältere Baumreihen zu entholzen sich entschließen, — manche Stadt gewönne köstlichen Heizstoff für viele Wochen. Empfindsame Gemüter freilich werden solch Beginnen als Naturverwüstung verurteilen. In Wahrheit ist es doch die echte Naturpflege, denn nun erst erhält der stehenbleibende Baum die ihm gebührende Freiheit zur Entwicklung, und das kommende Geschlecht hat an der Straße eine Reihe von Bäumen, die diesen Namen in Ehren tragen.

Man sollte aber ferner zur Straßenbepflanzung statt der dichtkronigen Bäume andere Arten wählen, deren lichtere Kronen für Sonne und Wind stets durchlässig bleiben, wie Pappeln, Akazien, Weiden. Schon ästhetische Erwägungen müßten dazu führen. Die gewohnte Bepflanzung wirkt viel zu einförmig durch Bevorzugung weniger Arten, in weitestem Maße ist nach Mannigfaltigkeit und anregender Abwechslung zu streben. Unsere Zeit der Nahrungsmittelknappheit gebietet ernstlich, zu prüfen, ob nicht die Straßen mit Obstbäumen gefaßt werden können. Sie lassen uns hinreichend Luft und Licht. Ihr Blütenkleid des Frühlings und der farbige Schmuck der herbstlichen Früchte würden dem Straßenbild eine lebhafte freundliche Note verleihen. Eine erkleckliche Obstmenge könnte die Großstadt erzeugen. Die eine Hälfte davon gehört der Jugend, deren Mütter sich freuen würden, am Tische einem etwas gedämpfteren Appetite zu begegnen, die andere Hälfte werden die Stadtväter gern den bedürftigen Bürgern zuwenden. —

Man muß auch mit dem Gedanken brechen, daß es nötig sei, jede neue Straße mit Baumreihen zu besetzen. Förderung unserer Gesundheit ist das oberste Ziel. Die mit hohen Häusern besetzten Straßen müssen möglichst frei erhalten bleiben, damit der Wind hindurchstreichen kann. Dies gilt vor allem von den west-östlichen Straßen; hier sind dem Winde tunlichst wenig Hindernisse entgegenzustellen, hier soll er kräftig pfeifen und so aus allen Nebenstraßen die verbrauchte Luft heraussaugen. Das löbliche Streben, unsere Steinmassen durch das Grün zu verdecken, kann vielfach besser dadurch sich betätigen, daß die Häuser selbst mit Efeu, wildem Wein und Ähnlichem berankt werden. Wird dann die Straße mit Akazien und Rosen besetzt, so können die kleinsten Vorgärten Blumenschmuck bringen, und der Gesamtanblick ist weit erfreulicher, als wenn eine ewig kränkelnde dichte Lindenreihe alles Leben unter sich tötet. An manchen Stellen trifft man schon derartige Straßen, es ist zu fordern, daß sie zur Regel werden in Stadtvierteln, deren Häuser mehr als zwei Geschosse hoch sind.

Führen wir so mehr Licht an unsere Häuser heran, so könnte auch im Innern der Gebäude mancherlei geschehen, um dort das Tageslicht besser auszunutzen. In der Großstadt ist es verwerflich, die Fenster mit schweren Gardinen zu verhängen. Der Italiener mag Grund haben, auf solche Weise von seinen Wohnzimmern die heiße Sonne fern zu halten, der deutschen Großstadtsonne darf der Weg in unsere Gemächer nicht erschwert werden. Wir müssen im Innern des Hauses dunklen Anstrich der Wände, auch der Decken und Fußböden, tunlichst meiden, ebenso dunkle Tapeten und Möbel. In Weiß sind zu halten Haus- und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wohnungsflur, die Lichthöfe und alle Außenwände, denen Fenster des eigenen oder des Nachbarhauses gegenüberliegen. Weißer Kalk kann manchen dunklen „Licht"hof zu einem Lichtträger machen. Es ist erfreulich, daß der moderne Architekt vielfach die Wände mit weißen Kacheln belegt, Gesetze und Bauordnungen sollten diese Übung aufs kräftigste unterstützen. So wird das Tageslicht in das Innere des Hauses getragen, manches hoffnungslos dunkle „Berliner" Zimmer erhellt. Verabsäumen wir die höchstmögliche Ausnutzung des Tageslichts, so vergeuden wir unverantwortlich einen vorhandenen Schatz. Der Krieg hat uns das Sparen wieder gelehrt, und noch wissen wir nicht, wie lange die Knappheit der Kohlenzufuhren anhalten, wie sehr sie etwa sich noch verstärken wird. Die Kohlenmenge, welche verwandt wird, um unterbelichtete Räume am Tage künstlich zu erhellen, ist bedeutend. Kann durch obige und ähnliche Mittel erreicht werden, daß das Licht der Sonne auch nur eine halbe Stunde länger als bisher zur Erhellung unserer Wohnung an jedem Tage ausgenutzt wird, so erspart der Einzelne im Jahre mehrere Mark; für die Bewohnerschaft eines großen Mietshauses geht die Ersparnis in die Hunderte, für das ganze Reich ist mit Millionen zu rechnen. Die natürliche Beleuchtung ist aber nicht nur die billigste, sondern auch die gesündeste, da sie nicht von dem in unseren Räumen vorhandenen Sauerstoff zehrt. Das künstliche Licht wird ferner immer nur einen unzulänglichen Notbehelf für Stunden bilden. Geben wir dem Hausinnern einen lichten Ton, so wird die dauernde Helle auch den Nachlässigsten zur Sauberkeit zwingen. Das Dunkel ist der beste Verbündete des Schmutzes, der Krankheit. Es gibt stets eine große Zahl solcher, für die der Schmutz, den sie nicht sehen, nicht vorhanden ist; auch sie werden, wenn der weiße Anstrich ihnen alle Winkel der Wohnung zeigt, beschämt zum Eimer und Besen greifen.

Noch immer finden sich in den Arbeitervierteln jeder Großstadt Wohnhöfe, die an allen Seiten fest umbaut sind, und bei denen ein Torweg in einer der Häuserreihen den einzigen Zugang zu allen Wohnungen bildet. In solchen Höfen kann niemals ein eigentlicher Zugwind entstehen. Nur gelegentlicher Sturm wird dort gründlich lüften, in der Regel aber ruht auf dem Hof und in den anstoßenden Wohnungen übler Dunst, der Nährboden für Krankheiten mancherlei Art. Um dem Winde Zutritt zu geben, wäre zu fordern, daß mindestens an einer Seite keine Häuserreihe oder doch höchstens einstöckige Häuser gebaut werden dürften, und daß in der entgegengesetzten Reihe jedenfalls ein Torweg angebracht würde: Stete Erneuerung der Luft im Hofe und in allen Wohnungen wäre verbürgt. —

In den Vororten der besser Bemittelten haben die letzten Jahrzehnte Haus-(auch Villen-)Viertel entstehen lassen, die ganz nach Art jener Wohnhöfe angelegt sind: Jedes Haus ist fest gegen das Nachbarhaus gebaut, der Hof ist ersetzt durch die zu den einzelnen Häusern gehörigen Gärten, der Ring der Häuser aber hat nirgends eine Lücke. Auch solchem Quartier fehlt die richtige Lüftung, zumal wenn in den Gärten dichter Baumbestand jede Bewegung der Luftt hindert. Naturgemäß erfolgt die Anlage des Ganzen meist ohne einheitlichen Plan, der einzelne Grundeigentümer nutzt seine Quadratmeter durch ausgiebigste Bebauung möglichst gewinnbringend aus, ohne um das Wohlbefinden der späteren Bewohner sich Sorgen zu machen. Die Hygiene müßte auch hier den Winden Schleusen öffnen, und Bauordnungen sollten vorschreiben, daß in der Mitte der Häuserreihen in Ost und West, tunlichst auch in Nord und Süd, eine Lücke von mindestens hundert Metern zu bleiben habe.

In der deutschen Stadt sind ost-westliche, hindernislose, durchreichende Hauptstraßen für die Lüftung der Stadt und die Gesundheit der Bewohner von höchstem Wert. In ihnen ist dauernde Bewegung der Luft. Für die Luftzufuhr in alle anderen Gassen sind sie die Schlagadern, deren richtige Arbeit alles be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dingt. Fegt durch sie der Wind, so reißt er aus allen anstoßenden Luftadern deren Inhalt mit sich, und in diese wiederum ergießt sich die verbrauchte Luft der weiteren Gassen, der Höfe, der Wohnungen, um fortgeschleudert zu werden.

So schafft naturgemäß die Bewegung in der Hauptstraße auch steten Luftwechsel in ferner liegenden Teilen der Stadt. Diese hochwichtige Eignung vorhandener günstig laufender Hauptstraßen wird nicht selten dadurch gehemmt, daß ihre Linie unterbrochen wird durch querliegende — meist öffentliche — größere Gebäude: Der hygienische Berater der Stadt wird bei gegebener Möglichkeit gern dahin wirken, daß solche Lüftungshindernisse beseitigt werden. Bei größeren Bauprojekten, Sanierungen u. dgl. wird es zuweilen ohne Beeinträchtigung wesentlicher anderer Interessen angängig sein, eine west-öst iche Hauptstraße, von der bisher getrennte Stücke vorhanden waren, zu schaffen durch Herstellung der fehlenden Verbindungen: Die Rücksicht auf die stete Durchlüftung der Stadt wird auch hier die Baupläne beeinflussen können. Handelt es sich gar um Erbauung einer Stadt oder eines Stadtteiles, so müßten die Luftverhältnisse mit nicht minderer Sorgfalt geprüft werden als die Wasserführung: Wie das Trinkwasser zu leiten ist, wie die Abwässer, das Telephon, Elektrizität, — das alles wird von vornherein auf das genaueste berechnet und unterliegt später dauernder Bewachung durch eine Schar von Beamten. Für das Gedeihen der Gemeinschaft aber sind Licht und Luft von unschätzbarem Wert. Ihrer Schaffung und Führung sollte in jedem Stadtwesen das gleiche Gewicht beigelegt, ihre Erhaltung zum Gegenstande dauernden eindringlichsten Studiums gemacht werden. Ein besonderes Amt müßte erstehen, einzig mit dieser Aufgabe betraut.

Dr. P. Lafrenz.

Was andre sagen

Die Hilfe. Herausgeber Dr. Friedrich Naumann, Berlin. Nr. 1 vom 3. Januar 1918.

Niedergang der Wirtschaftsmoral. Von Heinz Potthoff.

„Als ich im Anfange des Weltkrieges den Satz verfocht, daß in und an dieser Reiches- und Volkes-Not kein deutscher Bürger reicher werden dürfte, wurde die Forderung ziemlich allgemein als gänzlich ‚unhistorisch', als nicht ernst zu nehmen abgewiesen oder beiseite geschoben. Die drei letzten Jahre haben denn auch Vermögensverschiebungen ohne Beispiel gebracht. Und allmählich geht auch weiteren Kreisen die Erkenntnis auf, in welche ungeheuren Schwierigkeiten wir uns damit gebracht haben. . . . . Die Ausnutzung des Krieges als Konjunktur, die dem Zeitengeiste ins Gesicht schlägt, hat die Kosten der Lebenshaltung auf eine Höhe getrieben, deren Gefahren wir erst nach dem Rückströmen der Millionen Heeresangehöriger und nach Wiederaufnahme der Friedensarbeit voll spüren werden. Schon jetzt ist das Reich genötigt, nicht nur in ungeahntem Maße Unterstützungen zu zahlen, sondern ganz allgemein Zuschüsse zu den Warenpreisen (wie beim Fleische im letzten Frühjahre) und zu den Löhnen (wie im Baugewerbe) zu leisten und damit die Preisgestaltung zu fälschen. Alles das, weil man sich nicht traute, auf neuen Bahnen zu wandeln, auch vom Wirtschaftsleben eine grundsätzliche Anpassung an die Zeitbedürfnisse zu fordern und, wenn nötig, zu erzwingen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Noch schlimmer als die finanziellen Folgen der Kriegskonjunktur scheinen mir aber die sittlichen. Wir stehen vor einem Niedergange der allgemeinen Moral im Wirtschaftsleben, die in krassem Gegensatze zu dem Heldentum an der Front, zu der Opfer- und Hilfsbereitschaft in der Heimat ist; die den Vaterlandsfreund mit allerernstester Sorge erfüllen muß, und die wir nicht weiter wachsen lassen dürfen, wenn nicht die heimkehrenden Feldgrauen uns voll Verachtung anspucken sollen.

. . . . . .

... Die Mahnung des preußischen Handelsministers, daß der Krieg nicht als Konjunktur ausgenutzt werden dürfe, hat gar keinen Erfolg gehabt. Der Krieg wird allgemein als Konjunktur ausgenutzt. So allgemein, daß ein sehr achtbarer, anständiger Kaufmann die Bemerkung wagte: ‚Wer in diesem Kriege nicht reich wird, verdient nicht, ihn zu erleben.'

. . . . . .

. . . . Die Überfülle von sich übersteigenden, sich widersprechenden Vorschriften hat die unheilvolle Folge gehabt, daß der Respekt vor dem Gesetze ins Wanken gekommen ist. . . . . Gegenwärtig gibt es keinen Strafmündigen in Deutschland, der nicht auf Grund von Verstößen gegen Kriegsverordnungen ins Gefängnis gebracht werden könnte! Was ist das für ein Zustand! Das muß noch auf Jahrzehnte hinaus in den Frieden nachwirken.

Aber das Übel frißt weiter. Der Geist der Gewinnsucht, der das eigene Interesse rücksichtslos vor dem Gemeinwohl zur Geltung kommen läßt, bleibt durchaus nicht auf die Unternehmer in Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel beschränkt, sondern ergreift auch die anderen Kreise, die bisher nicht so ‚kapitalistisch' zu denken pflegten. Die Angestellten und Arbeiter sehen, was mit ihrer Arbeit verdient wird. Sie sehen auch, wie die Kriegsgewinne gemacht, mit welchen Mitteln dem Reiche die Millionen aus der Tasche gezogen werden — und sie folgen teilweise dem Beispiele ihrer ‚Vorgesetzten'. Nicht nur mit Lohnforderungen, sondern, was auch hier das Schlimmere ist, auch mit Benutzung von krummen Wegen.

. . . . . .

Wie ist eine Besserung möglich? Nicht durch neue Strafgesetze, die haben keine Wirkung mehr. Mir scheint das einzige Mittel das moralische zu sein — auch wenn durch die großen Versäumnisse dreier Jahre seine Wirkung äußerst herabgemindert ist. Aber der Umschwung muß von oben her ausgehen:

Wenn die führenden Männer des deutschen Wirtschaftslebens, die Präsidenten der amtlichen Vertretungen von Gewerbe, Handel und Landwirtschaft, die Vorsitzenden der großen Fachverbände und Kartelle, die Leiter der ersten Banken und Industriewerke das Beispiel geben, dann kann seine Befolgung erreicht werden. Aber auch nur dann! Wenn diese Männer gemeinsam sich aller Bereicherung durch den Krieg entäußern, auf künftigen Kriegsgewinn verzichten, die von ihnen geleiteten Unternehmen so einstellen, daß die Kriegskonjunktur nicht mehr als eine angemessene Friedensdividende bringt; wenn sie ferner erklären, daß sie jede weitergehende Ausbeutung des Reiches und der Mitbürger in der Kriegsnot für unsittlich halten und mit Wucherern (auch unbestraften) keinen Verkehr mehr pflegen wollen — wenn das geschieht, dann ist auch im vierten Jahre noch ein Umschwung der Wirtschaftsmoral zu dem möglich, was im ersten Kriegsjahre nötig und nicht allzu schwer gewesen wäre.

Sicher eine starke Zumutung! Aber was bedeutet sie gegenüber der selbstverständlichen Pflicht Aller, Leben und Gesundheit für das Vaterland hinzugeben! Ist das Vermögen und sein nicht einwandfrei erworbener Zuwachs wirklich immer noch so viel heiliger als der Mensch selbst? Sind alle großen Worte von Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit eben nur Worte, wenn es an den Geldbeutel geht? Oder wollen die führenden Männer nicht sehen, in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

welche Schwierigkeiten und Gefahren wir steuern? Aus ihnen gibt es nur zwei Auswege: von oben her, jetzt! oder von unten her, wenn die Millionen aus der Front zurückkehren und — hoffentlich — sich die empörenden Wirtschaftszustände der Heimat einfach nicht gefallen lassen."

Rund um uns

Der Mistkäfer. Ein Mistkäfer, dick und glänzend, kroch aus einem Frontgrab. Am Grabkreuz krabbelte er hoch. Unterwegs traf er einen Johanniskäfer.

„Wohin des Weges, junger Freund?" fragte er ihn begönnernd.

„Ich hörte, daß auf diesem Kreuz die Lösung eines großen Rätsels eingegraben ist."

„Welches Rätsels?"

„Des Rätsels, wofür die vielen Menschen jetzund sterben."

„Ha, das interessiert mich auch."

„Dich?" sagte der schlanke Johanniskäfer ein wenig ungläubig.

„Natürlich, meinst wohl, unsereiner hätte nichts fürs Geistige übrig? Es ist mir nie so gut gegangen wie in diesem großen Sterben, muß doch sehen, wem ich's zu verdanken habe."

Da krabbelten sie selbander längs des Kreuzes über Moos und Tränen, bis sie auf eine Inschrift stießen:

. . . starb fürs Vaterland . . .

Sie umwanderten das V, das a, das t.

„Na, begriffen, junger Freund?" fragte der Mistkäfer.

„Noch nicht, komm weiter."

„Ich muß sagen, daß der Weg ein wenig lang ist", brummte der Mistkäfer.

Die Käferbeine, die dicken und die dünnen, zogen die Schriftzüge des e, des r, des l nach.

„Ich hab jetzt genug, schnaufte der Dicke, „geh du weiter, ich will auf dich warten."

Unverdrossen zog der Johanniskäfer die Bahn des a entlang. Als er das n erwandert hatte, fiel die Nacht ein, aber unermüdlich beschrieb er seine Bahn auch um das letzte, was das Wort zu geben hatte. Da war es, daß es sein Körperchen durchsummte, wie von elektrischen Batterien, die geladen werden. Von unsichtbaren Kräften fühlte er den Leib geschwellt. Beschwingten Fußes fand er seinen Weg zurück. Den Mistkäfer sah er auf dem t eingeschlafen.

„Wach auf, ich hab's."

„Was ist denn?" sagte der Mistkäfer, verdrießlich die Augen reibend, „ich habe miserabel auf dem harten t geschlafen."

„Und ich habe mit dem weichen d des Rätsels Lösung doch erwandert."

„Na, wie heißt die Lösung also?"

„Vaterland."

„Vaterland — hem, ein wenig dunkel ist das Wort —"

„O, ich kann es dir erhellen von einer Kraft, die eben in mich floß — sieh."

Ein feines Knipsen. Das Johanniswürmchen glühte. Seltsam strahlte das Wort Vaterland vom Kreuze in die Nacht.

„Hast du es begriffen?" fragte der Johanniskäfer voll Erwartung.

„Selbstverständlich. Vaterland, das ist ganz einfach, was mich fett macht — ich glaube übrigens, es wird Zeit zum Frühstück."

Pustend kroch er abwärts. Der Johanniskäfer aber flog und wob leise seine Feuerkreise um das Wort.

Fritz Müller.

Aus einem Feldpostbriefe. (Zensiert.) „. . . Allzulange haben sich die Befürworter alldeutscher Kriegsziele als die Vertreter der Rechte und Meinung des mit der Waffe kämpfenden Volkes ausgegeben. Eine erste breite Bresche

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ist in diese Fiktion geschlagen worden durch die scharf antialldeutsche Erklärung des Bundes der Kriegsbeschädigten, die sich wie ein blutiger Hohn liest auf die unentwegten Leute, die vom Schreibtisch aus annektieren. Die Front hat bisher im allgemeinen zu dem heimischen Federkampf um die Kriegsziele geschwiegen und ist ex silentio kurzerhand von den Annexionisten aller Schattierungen für ihre Ziele in Anspruch genommen worden. Nun hat ja der Soldat in der Front weder Zeit noch Kraft, sich um den Kriegszielstreit der nichtverantwortlichen Heimatpolitiker zu kümmern. Er muß es auch der heimatlichen Aufklärung überlassen, die gefährlich alldeutsche Propaganda zu verfolgen und die Wege ihrer hinterhaltigen Taktik aufzudecken. Es ist aber hohe Zeit, daß das Heer zur reinlichen Scheidung der Geister das Wort ergreift. Wohlgemerkt, das Heer in der Kampflinie, nicht die militärisch organisierten Leute aus Gouvernement und Etappe, die allenthalben unter der Spitzmarke ‚Man schreibt uns aus dem Felde' in der Presse ihre Meinungen vorbringen, die meistens für den Frontsoldaten deutlich sichtbar das Zeichen ihrer Herkunft an der Stirne tragen. Freytag-Loringhoven, der stellvertretende Chef des Stabes, sagt in seinen wunderbar reichen, das geschichtliche Phänomen des deutschen Daseinskampfes tief erfassenden ‚Folgerungen aus dem Weltkriege', daß ‚Geist und Wesen dieses Krieges im Heere früher erkannt wurden als vielfach in der Heimat'. (S. 64.) Wohl ist es wahr, daß der, der seine Kraft an der des Gegners mißt, den rechten Maßstab gewinnen muß für das Verhältnis der gegeneinander ringenden Kräfte. Niemals mehr, als in der Wut der westlichen Schlachten des letzten Kriegsjahres fühlte und erkannte unser Heer die Riesenhaftigkeit der moralischen, physischen und materiellen Mittel, die ihm fast die ganze Staatenwelt des Erdballs entgegenwarf. Er begriff, daß wir uns verbluten würden, daß unsere Kräfte vor dem Ziel erlahmen müßten, wollten wir uns vermessen, gegen diese ganze Welt um die europäische Vormachtstellung, um die Weltherrschaft zu kämpfen. Es gibt keinen Zweifel: unser Volk in Waffen hält den Kampf aus zum Schutze der Heimat, zur Sicherung des Bestandes des Deutschen Reiches und Volkes'; er weiß, daß es dieses hohe Ziel erreichen wird, solange der Waffengang auch noch dauern mag. Es ist aber ebenso sicher, daß es, der einfache Soldat wie der Führer, in seiner erdrückenden Mehrheit für alldeutsche Annexionsziele zu kämpfen ablehnt, die einen in dem dunklen Gefühl, die andern in der bewußten Erkenntnis, daß dann eine Ära Generationen verzehrender, übernapoleonischer Kriege um die Weltherrschaft folgen müßte, in denen Deutschland der vereinigten Welt erliegen würde. Fragt die Kämpfer! Sie werden euch die Antwort nicht schuldig bleiben."

Die Innerlichkeit als Lebensmacht. Wir haben bisweilen das Glück, Menschen mit starker innerer Kraft zu begegnen, Menschen, die mit Ruhe und innerer Gelassenheit ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, alle Widerwärtigkeiten überwinden und von innen her eine Herrschaft über sich selbst und ihre Umgebung ausüben. In ihrem Herzen sprudelt ein Quell innerer Kraft, der nicht zu versiegen scheint. Alle äußeren Dinge machen weniger Eindruck auf sie, ihr Interesse geht zumeist auf das Geistige, von dem sie einen unversiegbaren Reichtum zu besitzen scheinen. Ihre Empfindungen sind stark, ihr Wille strebt hohen Zielen nach.

Wohl dem Menschen, dem es beschieden ist, solche Gefährten, deren Lebensmacht die Innerlichkeit ist, zu finden! Wohl ihm besonders, wenn er in sich selbst diesen reichen Lebensquell besitzt! Wohl dem Volke, dessen Reichtum Menschen solcher Innerlichkeit sind! —

Eine starke Anregung zur Pflege inneren Lebens geben uns die Schriften des Schweizers Hermann Kutter: „Sie müssen", „Wir Pfarrer" und vor allem das 1916 im Verlag von Eugen Diederichs erschienene Buch: „Reden an

die deutsche Nation", die es sich zur Aufgabe gemacht haben, den inneren geistigen Mächten m Volksleben die höchste Wertung zu geben, sie zu wekken und ihre unerschöpfliche Kraft als stärkste Lebensmacht des Einzelnen wie des Volkes hinzustellen. Bei allen innerlich gerichteten Menschen bedeutet daher die Beschäftigung mit diesen Schriften Genuß und Labsal und reiche innere Förderung besonders in der Gegenwart, da die materiellen Interessen einen so breiten Raum einnehmen, da der Materialismus weite Volkskreise beherrscht, da der Mammonismus immer weitere Kreise ziehen will und als starkes Entartungs- und Zersetzungsmittel in unserem Volksleben wirkt.

Heute, in unserem kapitalistischen Zeitalter, da das Werten nach dem Gelde das Ausschlaggebende werden will, da Geld Macht bedeutet und der Mammon seine Triumphe feiert, ist eine solche Mahnung, wie „Die Reden an die deutsche Nation" sie bieten, doppelt wertvoll und ein Horchen auf den Redner ein Gewinn für das Ganze. Wie deckt er die Schäden des Mammonismus auf, wenn er sagt: „Unser ganzes Kulturleben ist doch nichts anderes als ein Gebilde des Mammonismus. — Was Mammon heute nicht unter seine Fittiche nimmt, das kann nicht leben. — Es gibt keine auf eigener Kraft stehenden idealen Güter mehr. Was nicht eine einträgliche Stelle verspricht, das tut man nicht, das verfällt der allgemeinen Mißachtung. Die großen Geldmacher sind die Herren der Welt. — Der Mammonismus hat heute sogar längst alle staatlichen Schranken übersprungen und sich zu einer internationalen Macht ausgewachsen. — Das Werkzeug, das er sich geschmiedet hat, das ihm Bahn bricht durch alle Hindernisse hindurch, ist der Kapitalismus. Mit seiner Hilfe ist es ihm gelungen, sich die Welt in einer Weise zu unterwerfen, von der sich auch die geldgierigsten Welteroberer der vergangenen Zeit keine Vorstellung gemacht."

„Der Mammonismus verlangt eine rücksichtslose und skrupellose Machtpolitik seines Landes; denn je stärker dessen Regierung ist, desto größer erscheint ihm die Garantie für gewinnreiche Geschäfte. — Dabei schließt er alle moralischen Wertungen aus, denn seit wann dürfen Geldmenschen in dem Augenblicke, da sie Geschäfte machen, von Moral reden?" — „Hierin nun besteht gerade die furchtbare Gefahr, in der sich unsere Völker und Regierungen heute befinden, sie sind dicht vor dem Bankerott ihrer moralischen Widerstandskraft angelangt. — Es ist geradezu entsetzlich, was für eine Unmoral, Lasterhaftigkeit und Grundsatzlosigkeit weiteste Kreise unserer Gesellschaft ergriffen haben. — Unsere Großstädte waren vor dem Krieg Behausungen viehischer Laster . . Es hilft nichts, sich den Kopf zu zerbrechen über die Alkohol- und Prostitutionsfrage, die Trinker und Dirnen sind nicht die Hauptschuldigen. Nein, die sind's, die das Laster zu ihrem Profit ausbeuten, die, welche Geschäfte mit dem Alkohol und der Prostitution machen nd die, welche diese Geschäfte mit allerhand Vergünstigungen ausstatten, die Regierungen, die unter den Händen Mammons selbst willenlose Werkzeuge des Geschäfts geworden sind!" —

Dieser Mammonsgeist muß mit allen Mitteln bekämpft werden, ehe es zu spät ist, ehe er das ganze Volk mit seinem Gift durchdrungen hat. „Es gibt aber nur ein Mittel gegen ihn," sagt Kutter: „die Innerlichkeit als Lebensmacht". „Nur eines hilft: daß die Macht, die in uns ist, auch die Macht außer uns wird, und Gerechtigkeit, Wahrheit, Liebe zum Gesetz unseres Verkehrs werden." —

Liebe soll das Gesetz unseres Verkehrs, Liebe die Kraft unserer Regierung werden, Liebe die große Lebensmacht, die allein dauernd ein Volk emporzutragen vermag. Nur der starke Geist der Liebe, der mit unwiderstehlicher Macht aus dem Innern der Menschen hervorbricht, vermag es mit der Mammonsherrschaft aufzunehmen, das innere Leben, die von Gott erfüllte Menschenseel ist das starke Gegengewicht gegen den Mammon, denn das Innere ist das Leben,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nicht das Äußere. Nicht die Sachenkultur soll die Welt beherrschen, sondern die inneren Kräfte des Menschen. Die Menschenwirtschaft steht über der Dingwirtschaft, wie wir sie heute leider noch haben. Nicht Sachenkultur, sondern Geisteskultur beherrsche die Welt, denn die Seele ist das Leben, nicht das Ding.

In prophetischer Sprache wendet sich Kutter an das deutsche Volk, seine reichen Seelenkräfte sich nicht verschütten zu lassen durch Mammonsherrschaft, sondern sie als stärkste Macht im Staate zur Geltung zu bringen. „Keine Seele haben, das allein ruiniert einen Staat, die Seele ist seine Stärke — was nützt ein gesunder Leib ohne Seelenkraft?"

„Seele haben, heißt die Kriege unmöglich machen." „Ein Volk, das die Mächte des Guten in seine Politik aufgenommen hat, wird den Frieden auf Erden bringen." — Es wird einen neuen Umgang mit den Völkern suchen, es wird den guten Willen zum Prinzip seiner Politik machen. Es wird inne werden, daß Machtpolitik Irrwahn ist, daß die Liebe die größte Macht auf Erden ist und es keine Macht außer ihr gibt. Die Liebe, die das Gute beim Andern sieht, die Verständnis für Andere, Geduld mit Andern hat, sie wird unser Volk lehren, sein Leben von innen her aufzubauen, denn es gibt nur ein Gebiet, das des Geistes, der sich in den Dingen und über den Dingen das Reich seiner Herrschaft erbaut. So ist der Geist die stärkste Realität, und der Quell des Geistes ist Gott, der nicht irgendeine Staatsreligion, sondern die Wirklichkeit selbst ist.

Menschen, die diesen Quell der Kraft in sich zur Entfaltung bringen, die seine Macht nicht behindern, sind allein Förderer des Guten, sind allein Herrscher der Welt. So ist der gute Wille im Menschen nicht mehr irgendein Prinzip, sondern starke Seelenkraft, weltumstürzende, weltaufbauende Großmacht, das Leben selbst, im einzelnen wie im Volke.

Diese Weltauffassung stellt den Menschen, seine geistige und leibliche Entwicklung, die Gestaltung seiner inneren und äußeren Verhältnisse in den Vordergrund. Sie bedeutet eine Organisation nach dem Grundsatze der Menschlichkeit, der Nächstenliebe, sowohl innerhalb der einzelnen Völker, wie der Menschheit überhaupt. Die Leiden der Menschheit, durch den Mammonismus verursacht, schreien zum Himmel und rufen nach durchgreifender Hilfe, nach einer Umgestaltung der Verhältnisse, nach Grundsätzen der Menschlichkeit, eine Wirtschaft für die Menschen, nicht gegen sie, wie das jetzt der Fall ist. „Das ist", so sagt Kutter, „der mehr oder weniger versteckte Geist aller unserer sozialen Bestrebungen, Menschenkultur, nicht Sachenkultur, die Offenbarung der göttlichen Liebe in der Welt, daß der Staat selbst sich an die höhere Aufgabe der Menschlichkeit hingibt". So kommt Kutter an ein entweder oder, an die Frage: „Will der Staat heute die Menschen in eine Gemeinschaft der Liebe vereinigen, da Gerechtigkeit, Wahrheit, Herzlichkeit, Verständnis für einander, gegenseitige Förderung, Anerkennung, Schätzung der Seele Gesetz der Welt sein soll? Soll das Zusammenleben uns selbst oder soll es dem Gelde dienen?"

Und nach Beantwortung dieser Frage ist ein ganz neuer Lebenszweck gefunden: „Nicht mehr Selbstverwertung des Geldes, sondern Selbstwertung des Menschen." Nach diesem Grundsatz soll sich die Organisation der Völker aufbauen.

Und das alles geschieht von innen heraus durch die Macht des Geistes, die unwiderstehliche Seelenkraft derer, welche der Innerlichkeit als Lebensmacht Raum geben. Wohl unserem Volke, wenn sein Reichtum an solchen Menschen wächst, wenn es von der Innerlichkeit als Lebensmacht beherrscht wird! —

Wilhelmine Lohmann.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 4 2. Februarheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Völkerrecht und Menschlichkeit.

1.

Amerika ist in den europäischen Krieg eingetreten, angeblich um für Völkerrecht und Menschlichkeit zu streiten. Angeblich! In Wirklichkeit, um im Interesse seiner Geldmagnaten eine Niederlage der Entente zu verhindern. Aber dieses realpolitische Motiv tritt vielleicht selbst im Bewußtsein der leitenden Staatsmänner hinter dem idealistischen zurück; sicherlich tut es das im Bewußtsein der Bevölkerung, soweit sie von der Notwendigkeit des Krieges überzeugt ist; sie hätte sich nie durch die Rücksicht auf etwaige Verluste am Nationalvermögen für die Teilnahme an ihm bestimmen lassen; populär ist er nur als ein Kampf für Völkerrecht und Menschlichkeit. Dabei erscheinen Völkerrecht und Menschlichkeit vielfach als synonyme Begriffe. Das Völkerrecht gilt als Kodifikation der Gebote der Menschlichkeit, Menschlichkeit als ungeschriebenes Völkerrecht. Gerade durch die Verquickung beider Begriffe ist das Pathos bedingt, das die Amerikaner willig macht zu Opfern für eine Sache, die sie eigentlich nichts angeht. Und nicht nur die Amerikaner. Auch weite Kreise des englischen Volkes bestehen lediglich deswegen mit einer so erstaunlichen Zähigkeit auf der Fortführung des Krieges bis zur Niederwerfung Deutschlands, weil dieses durch seine zynische Mißachtung des Völkerrechts die Gebote der Menschlichkeit unter die Füße träte. Weil der deutsche Reichskanzler das Völkerrecht für einen „Fetzen Papier" erklärt haben soll, sieht man in dem deutschen Kaiser den Frevler an der Menschlichkeit, der gestürzt werden muß. In dieser Auffassung wird das Völkerrecht zu einer mythischen Größe, zu einem Götzen, der entsetzliche Blutopfer fordert. Es hat den Krieg nicht hindern können, aber es scheint ein Hindernis für den Frieden zu werden. Daher hat es mehr als theoretisches Interesse, das Verhältnis von Völkerrecht und Menschlichkeit klarzustellen.

Über das Wesen des Völkerrechts sind auch in Deutschland die Ansichten noch keineswegs geklärt. Die Erfahrungen, die man im Weltkrieg mit ihm gemacht hat, scheinen denen recht zu geben, die den Begriff des Völkerrechts für eine widerspruchsvolle Fiktion erklären. Sie machen für ihre Anschauung geltend, daß im Völkerrecht fehle, was zum Wesen alles Rechts gehöre: eine richterliche Zentralgewalt, um seine Forderungen zu erzwingen. Die Erzwingbarkeit der Rechtsordnung durch eine richterliche Zentralgewalt fehlt indes auch dem Kirchenrecht, ohne daß es deswegen als eine Fiktion zu behandeln wäre. Die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

physische Erzwingbarkeit gehört nicht zum Begriff des Rechts. Vielmehr ist „Recht die feste Form, in der menschliches soziales Wollen äußerlich in die Erscheinung tritt" (Niedner, Der Krieg und das Völkerrecht S. 6). So verstanden läßt sich der Rechtsbegriff sehr wohl auf die Beziehungen von Volk zu Volk anwenden, für die sich eine feste Form herausgebildet hat und immer wieder herausbilden muß. Wenn diese Form im Kriege versagt, so darf man daraus nicht schließen, daß es kein Völkerrecht gibt, sondern nur, daß Völkerrechtsbruch zum Wesen des Krieges gehört, ebenso wie etwa der Kontraktbruch zum Begriff des Streiks (s. Preuß. Jahrb. 1905. Aprilheft S. 161). Ja, der Krieg ist seinem Wesen nach nichts anderes als ein Bruch des Völkerrechts oder vielmehr dessen bewußte und konsequente Aufhebung. Das folgt ebenso aus dem Zweck des Krieges wie aus der Natur völkerrechtlicher Abmachungen.

2.

Das Völkerrecht ist ein internationales Gewohnheitsrecht, das sich auf der Basis materieller Interessen durch Staatsverträge und Konventionen gebildet hat (vgl. Wundt, Ethik² S. 671). Es regelt also den friedlichen Verkehr zwischen den Staaten und dient dem Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen; zugleich schützt es die einzelnen Staatsbürger im Ausland bei ihrer Erwerbstätigkeit. Seine Organe sind die Gesandtschaften und die Konsulate. Deren Einfluß und Wirksamkeit aber ist bedingt durch die Macht ihrer Staaten, d. h. durch ihre Wehrhaftigkeit. In ihr liegt schließlich die Garantie für die Aufrechterhaltung des Völkerrechts. Der Bruch des Völkerrechts wird verhindert durch das Risiko des Krieges. Je größer es ist, desto stärker ist die Sicherung gegen einen Völkerrechtsbruch. Sind aber die Kanonen die **ultima ratio** für die Aufrechterhaltung des Völkerrechts, so steht ihr Gebrauch notwendigerweise außerhalb der völkerrechtlichen Regelung. Montesquieu hat gesagt: „Das Völkerrecht ist auf dem Prinzip aufgebaut, daß die Völker sich im Frieden möglichst viel Gutes, im Kriege möglichst wenig Übles erweisen sollen." Wenn das richtig ist, so steht es im strikten Widerspruch zu dem Prinzip des Krieges. Denn das bedingt, daß die Völker sich möglichst viel Übles erweisen. Je furchtbarer seine Schädigungen und Schrecken sind und je größer demgemäß die Furcht vor ihm ist, um so stärker sind die Garantien für die Erhaltung des Friedens. Indem der Krieg einen Zustand völliger Rechtlosigkeit zwischen den kriegführenden Staaten herbeiführt, bei dem jeder sich von dem anderen jeder nur denkbaren Gewalttat zu versehen hat, steigert er die Verantwortung für jeden Bruch des Völkerrechts, der für den betreffenden Staat einen Krieg zur Folge haben kann, bis an die Grenze der Unerträglichkeit. Als Aufhebung des Völkerrechts in seinem ganzen Umfang erfüllt der Krieg am wirksamsten seinen Zweck, das Völkerrecht zu schützen. Unter diesem Gesichtspunkt hat man den zynisch-brutalen Ausspruch des früheren großbritannischen Seelord Admiral Fisher zu verstehen: „Das Wesen des Krieges ist Gewalttat. Mäßigung ist Dummheit. Schlage hart und schlage — wo du kannst." Damit ist in Widerspruch herausfordernder Form eine Wahrheit ausgedrückt, die bereitwillig bei uns anerkannt worden ist, als Hindenburg sie uns mit etwas anderen Worten sagte: „Mit Sentimentalität kann man keinen Krieg führen. Je unbarmherziger die Kriegführung, um so barmherziger ist sie in Wirklichkeit, denn um so eher bringt sie den Krieg zu Ende." (Nach einem Bericht des Berliner Korrespondenten der Wiener „Neuen Freien Presse". Hann. Kurier v. 20. Nov. 1914, Morgenausgabe.) Ist der Zweck des Krieges Vergewaltigung des Gegners, so können seine Mittel nicht durch Rechtsnormen beschränkt sein. Gewalt und Recht schließen sich aus.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

3.

Bindende völkerrechtliche Abmachungen über die Kriegführung sind also durch den Zweck des Krieges ausgeschlossen. Und nicht allein durch ihn, sondern schon durch die Art, wie sie allein zustande kommen können. Ratzenhofer erklärt: „Das Völkerrecht im Kriege entspringt nicht aus den Rechtsmeinungen der Menschheit, sondern aus der fortschreitenden Erkenntnis der Natur des Krieges." Die Natur des Krieges ist aber nicht etwas Sichgleichbleibendes, sie ist vielmehr etwas ungemein Wandelbares. Jeder neue Krieg findet unter veränderten Bedingungen und Verhältnissen statt und zeigt daher einen anderen Charakter als alle vorhergehenden. Die aus diesen gewonnene Erkenntnis der Natur des Krieges ist also beim Ausbruch eines neuen nicht mehr zureichend und das auf sie gegründete Völkerrecht veraltet. Die Fortschritte der Heeresorganisation, der Waffentechnik, der Volkswirtschaft, der Wissenschaft, z. B. der Chemie, stellen der Kriegführung der Zukunft Aufgaben und Probleme, die bei den jeweiligen völkerrechtlichen Abmachungen nicht berücksichtigt sein konnten. Diese sind also eigentlich im Augenblick ihrer Kodifizierung in erheblichem Umfang obsolet geworden.

Der Charakter des gegenwärtigen Krieges wird bestimmt durch die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bei sämtlichen kriegführenden Staaten in einem Umfang, wie er alle bisherigen Vorstellungen überschreitet. Dadurch sind die Völker in sehr viel höherem Grade an ihm beteiligt als in früheren Zeiten. Sein Ausgang hängt weit weniger vom Schlachtenglück ab, als von der gesamten physischen, wirtschaftlichen und moralischen Volkskraft. Sie zu lähmen ist gerade so wichtig, wie die Streitmacht zu vernichten. Während noch 1870 der Krieg nach der Proklamation König Wilhelms beim Einmarsch der deutschen Heere in Frankreich nur mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs geführt wurde, richten sich gegenwärtig die kriegerischen Unternehmungen gegen die gesamte physische, wirtschaftliche und moralische Volkskraft. Besonders England hat das Schwergewicht des Kampfes nach dieser Seite verschoben. Daß mit dieser Erweiterung des Kriegszweckes die Möglichkeit einer rechtlichen Regelung des Verhaltens im Kriege stark eingeschränkt ist, erkennt auch Niedner an (a. a. O. S. 16). Um Deutschlands physische Volkskraft zu schwächen, hat England seinen „Aushungerungskrieg" begonnen. Nach den bisher gültigen völkerrechtlichen Bestimmungen ließ er sich indes nicht durchführen. Es stand ihm das Blockaderecht und das Bannwarenrecht entgegen. England hat beides als veraltet und reformbedürftig bezeichnet und demgemäß außer Kraft gesetzt. Unter der Motivierung, daß eine effektive Blockade im Sinne des bisherigen Völkerrechts nicht durchführbar sei, hat es die ganze Nordsee in Blockadezustand erklärt und sich das Recht genommen, neutrale Schiffe auf offener See nach Bannware zu durchsuchen. Weiterhin hat es den Unterschied zwischen bedingter und unbedingter Bannware aufgehoben. Als unbedingte Bannware galt alles Kriegsmaterial, als bedingte alle Verpflegungs- und Bekleidungsgegenstände, die zur Befriedigung der Heeresbedürfnisse geeignet sind. Während diese bisher nur der Beschlagnahme unterlagen, wenn sie nachweislich für die feindliche Streitmacht bestimmt waren, hat England im gegenwärtigen Kriege diese Bedingungen als nicht mehr verbindlich angesehen. Denn einerseits ist bei der Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland der Unterschied zwischen Zivilbevölkerung und Streitmacht tatsächlich fließend, und damit kommen die für die erstere bestimmten Verpflegungs- und Bekleidungsgegenstände mittelbar auch der letzteren zugute, andererseits können bei dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft und Technik alle Rohprodukte zur Herstellung von Kriegsmaterial dienen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Durch die Unterbindung der Einfuhr von Rohstoffen wird mit der physischen zugleich die wirtschaftliche Volkskraft Deutschlands geschwächt. Gegen sie richten sich indes noch andere Maßnahmen: erstens die Lahmlegung des deutschen Überseehandels, sodann die Einziehung deutschen Privateigentums. Während der direkte Überseehandel Deutschlands größtenteils auf Grund des von England hartnäckig aufrecht erhaltenen Seebeuterechts, das übrigens lediglich das Recht des Stärkeren ist, unterbunden werden konnte, war die Lahmlegung der Ausfuhr über neutrale Länder nicht ohne Verletzung der völkerrechtlichen Bestimmungen zum Schutze der neutralen Schiffahrt möglich. Diese Bestimmungen setzen eben eine Kriegführung voraus, deren Zweck lediglich die Vernichtung der feindlichen Streitmacht, nicht aber die Schwächung der wirtschaftlichen Volkskraft ist. Sobald letztere als legitimer Kriegszweck anerkannt werden muß, durchkreuzen die Neutralen, die den Unterseehandel einer kriegführenden Macht vermitteln, die kriegerischen Unternehmungen der anderen. Sie sind also nicht mehr im strengen Sinne neutral, sondern begünstigen eine der kriegführenden Parteien, woraus allerdings folgt, daß bei einer derartigen Erweiterung des Kriegszweckes von strenger Neutralität überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Wer nicht für mich ist, der ist wider mich —, danach beurteilen die kriegführenden Staaten, beurteilt jedenfalls England die abseits stehenden Nationen. Ob eine andere Beurteilung überhaupt möglich ist? — Muß der Krieg zugleich als Wirtschaftskrieg geführt werden, so kann die Unantastbarkeit des Privateigentums, wie sie durch das bisherige Völkerrecht garantiert war, nicht mehr aufrecht erhalten bleiben. Denn das Privateigentum ist ein integrierender Bestandteil des Nationalvermögens; kommt es darauf an, die wirtschaftliche Volkskraft zu lähmen, so kann es nicht geschont werden. Das Seebeuterecht wird notwendig auch auf das Privateigentum zu Lande übertragen werden. Demgemäß ist man in Rußland, Frankreich und England mit der Beschlagnahme des Vermögens der feindlichen Staatsangehörigen vorgegangen, worauf Deutschland mit entsprechenden Vergeltungsmaßregeln geantwortet hat. Doch ist die durch dieses Vorgehen erzielte Schwächung der wirtschaftlichen Volkskraft der feindlichen Mächte weniger erheblich, als die mehr verhüllte Konfiskation des Privateigentums durch die Zahlungsverbote gegenüber dem feindlichen Ausland. In Konsequenz dieser Aufhebung privatrechtlicher Ansprüche würde die Beschlagnahme der Goldreserven der Zentralnotenbanken liegen; der privatrechtliche Charakter der deutschen Reichsbank würde kein Schutz dagegen sein, sobald unsere Feinde die Macht dazu hätten. Darüber kann man sich keiner Täuschung hingeben. Die Eroberung von Berlin, Paris, London oder Petersburg würde den Krieg beenden, wenn die Goldbestände der Zentralbanken dabei erobert würden.

Eine durch den Wirtschaftskrieg in Deutschland verursachte Hungersnot würde wahrscheinlich eine schwere Erschütterung unserer moralischen Volkskraft mit sich bringen. Sie würde wahrscheinlich die Einmütigkeit stören, innere Unruhen hervorrufen und eine höchst gefährliche Mutlosigkeit verbreiten. Wahrscheinlich — keineswegs notwendig. Gefangene englische Offiziere haben erklärt, eine durch den Tauchbootkrieg verursachte Hungersnot würde England keineswegs zum Frieden geneigt machen, sondern nur die Erbitterung des Volkes steigern. Eine ähnliche Wirkung wäre auch in Deutschland denkbar, wenn es gelänge, die vorhandenen Lebensmittel wirklich gerecht zu verteilen. Jedenfalls ist die moralische Volkskraft in hohem Maße unabhängig von physischen Einwirkungen und unberechenbar in ihren Reaktionen auf solche. Nach den Behauptungen englischer Zeitungen hätten die Zeppelin-Angriffe auf England der Rekrutierung wertvolle Unterstützung geleistet. Inwieweit das wahr ist, läßt sich nicht nachnachprüfen. Unwahrscheinlich ist es nicht. Die Hauptwaffe zur Schwächung der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

moralischen Widerstandsfähigkeit eines Volkes ist die Presse. Der von England mit erstaunlicher Geschicklichkeit und vollendeter Skrupellosigkeit ins Werk gesetzte Lügenfeldzug gegen Deutschland dient gewiß in erster Linie der Stimmungsmache im eigenen Lande; darüber hinaus verfolgt er aber bewußt oder unbewußt die Absicht, durch die Presse der neutralen Länder der deutschen Volksseele Zweifel an der Gerechtigkeit und am Siege der deutschen Sache zu suggerieren und dadurch die innere Widerstandskraft unseres Volkes zu lähmen. Diesem Feldzug stehen völkerrechtliche Abmachungen nicht entgegen.

Die Entwicklung seiner Waffentechnik hat Deutschland instand gesetzt, auf die feindlichen Anschläge gegen seine physische und wirtschaftliche Volkskraft durch den Unterseebootkrieg zu antworten. Dabei wird entgegen den bisher geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen das Leben der Schiffsbesatzungen gefährdet. Diese Gefährdung von Zivilpersonen wird von deutscher Seite damit gerechtfertigt, daß durch den englischen Aushungerungskrieg das Leben der gesamten deutschen Zivilbevölkerung gefährdet werde. Aber einer solchen Rechtfertigung würde es gar nicht bedürfen. Das Recht Deutschlands begründet sich darauf, daß die völkerrechtlichen Abmachungen auf den durch die Erfindung des Tauchbootes herbeigeführten Umschwung in der Seekriegführung noch keine Rücksicht nehmen und keiner Macht zugemutet werden kann, um einer auf frühere Verhältnisse zugeschnittenen Regelung internationaler Beziehungen willen auf die Überlegenheit zu verzichten, die ihr der Besitz einer neuen Waffe verleiht. Die völkerrechtlichen Bestimmungen sind eben einer stetigen Umwandlung und Korrektur durch die Entwicklung der Wirtschaft und der Wissenschaft der Völker unterworfen. Sobald man das eingesehen hat, wird man die billige Entrüstung über Völkerrechtsbrüche als völlig deplaciert empfinden. Sie sind in vielen Fällen eine politische Dummheit, häufiger aber noch eine militärische Notwendigkeit und nationale Pflicht. Admiral Fisher erklärte auf dem Friedenskongreß im Haag 1899, daß England, wenn es sein Wohl gebiete, sich den Teufel um völkerrechtliche Abmachungen scheren werde. Er hat damit, freilich wieder in zynisch-brutaler Form, ausgesprochen, was bisher für jeden Staat den stillschweigenden Vorbehalt bei allen völkerrechtlichen Abmachungen gebildet hat.

4.

Die pflichtmäßige Nichtachtung völkerrechtlicher Abmachungen gegenüber den Geboten des eigenen Staatswohls wird indes durch zwei Rücksichten beschränkt. Einmal durch die Rücksicht auf die Konsequenzen für die innerstaatlichen und internationalen Rechtsanschauungen. Sodann durch die Rücksicht auf die Rechte der Neutralen. Ersteres kommt besonders bei Maßnahmen gegen das Privateigentum in Betracht. Es ist sehr die Frage, ob die Erschütterung des internationalen Kreditwesens, die eine notwendige Folge der Außerkraftsetzung von Rechtstiteln deutscher und österreichischer Staatsangehöriger in den feindlichen Staaten sein muß, auch nur im entferntesten durch die Vorteile aufgewogen wird, die diese Staaten durch die mit derartigen Mitteln erreichte Schwächung der Finanzkraft ihrer Feinde gewinnen können. Bedenklicher noch ist vielleicht die Verwirrung ihrer eigenen innerstaatlichen Rechtsverhältnisse und der moralischen Begriffe ihrer Bevölkerung, die dadurch verursacht werden muß. Die Ausschreitungen des Pöbels der feindlichen Länder gegen deutsche und österreichische Firmen zeigen, wie gefährlich es für das Rechtsbewußtsein der Völker werden muß, wenn ihre Regierungen den Rechtsschutz des Privateigentums aufheben. Daß durch die Ansprüche der Geschädigten die Friedensverhandlungen, die ohnehin verwickelt genug sein werden, mit kaum lösbaren Schwierigkeiten belastet

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

werden, sei nur nebenher erwähnt. Darauf wird ein Staat wenig Rücksicht nehmen, der seines Sieges gewiß zu sein glaubt.

Überhaupt wird die Rücksicht auf die Konsequenzen für die innerstaatlichen und internationalen Rechtsverhältnisse bei der Frage der pflichtmäßigen Beachtung oder Nichtbeachtung völkerrechtlicher Bestimmung viel weniger ins Gewicht fallen als die Rücksicht auf die Rechte der Neutralen oder vielmehr auf ihren Willen und ihre Kraft, sie zur Geltung zu bringen. Für eine bereits in einen Krieg mit einem oder mehreren Gegnern verwickelte Macht ist das Kriegsrisiko gegenüber den Neutralen natürlich ein ungemein starkes Motiv, deren Interessen zu schonen und ihre völkerrechtlich begründeten Ansprüche zu achten. Auch aus Rücksicht auf die Rechte kleinerer und schwächerer Staaten wird sie auf militärische Vorteile verzichten, um diese Staaten sich nicht zu Feinden zu machen. Deren Feindschaft, aus der eine Großmacht sich unter normalen Verhältnissen wenig machen würde, kann für sie während eines Krieges höchst unbequem, ja verhängnisvoll werden. War Deutschland durch militärische Notwendigkeit gezwungen, die belgische Neutralität zu verletzen, so gebot ihm politische Klugheit, die Rechte der übrigen neutralen Kleinstaaten um so peinlicher zu achten. Und um den Konflikt mit Amerika zu vermeiden, hatte die deutsche Regierung die Pflicht, den Forderungen der nationalistisch erregten Volksstimmung zum Trotz auf die Anwendung ihrer wirksamsten Waffe gegen England zu verzichten, bis sich alle Versuche, auf anderen Wegen zum Frieden zu gelangen, als vergeblich erwiesen hatten. Die völkerrechtlichen Abmachungen sind also im Kriege wesentlich garantiert durch die Macht *der Neutralen*.

5.

Darum sind diejenigen Bestimmungen des Völkerrechts, durch deren Verletzung Rechte und Interessen neutraler Staaten nicht verletzt werden, lediglich in den guten Willen der Kriegführenden gestellt. Dahin gehören die Vorschriften der Genfer Konvention und des auf der 2. Haager Friedenskonferenz beschlossenen Abkommens „betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges". Als der deutsche Kaiser wegen der völkerrechtswidrigen Verwendung von Dumdumgeschossen seitens der Franzosen und Engländer bei dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in würdiger Form Protest erhob, erhielt er eine kühl reservierte Antwort; von Amerika aus sind keinerlei Schritte zum Schutz der Haager Abmachungen unternommen worden. Und doch nehmen die Völker gerade an derartigen Bestimmungen des Völkerrechts das lebhafteste Interesse. Gerade *ihre* Verletzung erregt die stärkste Entrüstung. Denn in ihnen sind gewisse sittliche Grundsätze kodifiziert, als deren Zusammenfassung nach populärer Anschauung das Völkerrecht gilt. Nach ihr sind die schriftlichen Verträge und Konventionen nur ein Teil des Völkerrechts und nicht einmal sein wichtigster. Dieses ist vielmehr, wie es auch Niedner (a. a. O. S. 7) definiert, ein internationales Gewohnheitsrecht, für das es nicht als wesentlich anzusehen ist, daß es kodifiziert ist. Demnach gäbe es also ein geschriebenes und ein ungeschriebenes Völkerrecht und wäre das erstere nur ein Ausschnitt des letzteren. Damit wird indes der Begriff „Völkerrecht" derartig erweitert, daß er sich mit Sittlichkeit oder Humanität deckt. Man verwischt aber die charakteristischen Merkmale des „Rechts", wenn man das gesamte sittliche Leben der Völker darunter befaßt, während das Recht in Wirklichkeit eine besondere Form davon ist. Man wird daher gut tun, unter Völkerrecht nur das in Staatsverträgen und Konventionen kodifizierte internationale Recht zu verstehen, die ungeschriebenen sittlichen Grundsätze aber, die im internationalen Verkehr Geltung und Achtung beanspruchen, unter einem anderen Begriff zusammenzufassen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

In seiner zweiten Note wegen Versenkung der Lusitania stützt Präsident Wilson seinen Einspruch gegen den deutschen Unterseebootkrieg nicht nur auf „die allgemein anerkannten Anschauungen des internationalen Rechts", sondern daneben auf „die Grundsätze der Menschlichkeit". Offenbar will er letztere als eine selbständige Instanz dem Völkerrecht überordnen: „Die Regierung der Vereinigten Staaten bemüht sich um etwas Größeres als bloße Eigentumsrechte und Handelsprivilegien, sie bemüht sich um nichts weniger Erhabenes und Heiliges als die Rechte der Menschlichkeit, durch deren Achtung sich jede Regierung ehrt und auf die keine Regierung im Interesse der in ihrer Obhut und Gewalt Befindlichen verzichten darf." Das Völkerrecht gilt ihm hiernach nicht als vollständige Kodifizierung dieser Rechte der Menschlichkeit. In der Sussex-Note wird die Einstellung des Unterseebootkrieges kategorisch ausschließlich im Namen der Menschlichkeit gefordert. In seinen weiteren Kundgebungen braucht Wilson Völkerrecht und Menschlichkeit als synonyme Begriffe, aber doch so, daß Menschlichkeit als der weitere und übergeordnete gilt. „Die Grundsätze der Menschlichkeit" sind eben nur zum Teil „Völkerrecht" geworden. In der Tat werden die Bestimmungen der Genfer Konvention, sowie der zweiten Haager Friedenskonferenz über „die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs" den Ansprüchen des menschlich sittlichen Gefühls keineswegs völlig gerecht. Beispielsweise war ein Verbot des Abwerfens von Bomben aus Luftfahrzeugen nicht durchzusetzen, obgleich dadurch die Kriegführung an Grausamkeit gegen die Zivilbevölkerung in einem Grade gesteigert wird, wie es sich durch den militärischen Wert solcher Operationen schwerlich rechtfertigen läßt. Noch stärker widerstrebt es dem sittlichen Gefühl, daß nicht die allerdings von Treitschke energisch verteidigte Verwendung farbiger Hilfsvölker in europäischen Kriegen verboten ist, die mehr als alles andere die Gebote der Menschlichkeit zuschanden macht. Das erscheint um so widerspruchsvoller, als die **communis opinio** sämtlicher Autoritäten des Völkerrechts, wie Hans Belius im Juli-Heft 1915 der Preuß. Jbb. (S. 71) nachgewiesen hat, ein solches Verbot fordert. Durch derartige Unstimmigkeiten wird auch Belius bewogen, neben das kodifizierte Völkerrecht „die ungeschriebenen Gebote der Humanität" zu stellen. Das wird immer so bleiben, auch wenn die ungeschriebenen Gebote der Menschlichkeit in wachsendem Umfange kodifiziertes Völkerrecht werden sollten. Immer wird die Entwicklung des Völkerrechts hinter der Entwicklung der Kriegsmethoden zurückbleiben und werden daher Verhältnisse sich ergeben, die sich nicht nach einer völkerrechtlichen Formel beurteilen lassen. Wird somit der Appell an die ungeschriebenen Gebote der Menschlichkeit trotz fortschreitender Kodifizierung niemals überflüssig werden, so erhebt sich die Frage, ob nicht ihre Kodifizierung überhaupt überflüssig ist. Eine vom Großen Generalstab 1902 herausgegebene Schrift „Kriegsgebrauch im Landkrieg" meint, die Ergebnisse der Haager Konferenzen hätten bloß moralische Autorität (s. Beer, Völkerrecht und Krieg S. 30). Das ist offenbar in dem Sinne zu verstehen, daß sie für den Kriegführenden nicht rechtsverbindlich sein können, sondern nur die Grundsätze formulieren, die auch für sie nach dem übereinstimmenden sittlichen Bewußtsein zivilisierter Völker maßgebend bleiben sollten. Sie sind im Grunde nichts weiter als ein Appell an die Menschlichkeit. Bestimmungen wie die der Genfer Konvention und der Haager Friedenskongresse betreffen Gegenstände, die sich der völkerrechtlichen Regelung entziehen. Sie liegen in einer anderen Sphäre und können nur insoweit Geltung beanspruchen, als die ungeschriebenen Gebote der Menschlichkeit auch für die Kriegführung maßgebend sein können.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

6.

Können sie es aber sein? Ist nicht der Krieg selbst ein Hohn auf alle Menschlichkeit? Der moderne Krieg mit seinen fürchterlichen Mordmaschinen mehr noch als die Kriege des „barbarischen" Mittelalters? Aus zahllosen mündlichen und schriftlichen Schilderungen von Kriegserlebnissen gewinnt man immer wieder den Eindruck: im Kriege sind die Gebote der Menschlichkeit suspendiert; es gibt nur ein Gebot: die militärische Notwendigkeit. Ihr alle anderen Rücksichten unterzuordnen, ist die oberste Pflicht jeder Heeresleitung. Ebenso wie etwa die Naturwissenschaft, die Technik, der Handel hat die Kriegskunst ihre immanenten Gesetze und muß grundsätzlich alle Normen ablehnen, die nicht aus ihrem eigenen Wesen und Zweck abgeleitet sind. So wenig die Naturwissenschaft sich ihre Aufgabe, die sinnliche Wirklichkeit mit Hilfe des Kausalitätsgesetzes zu erkennen, verrücken lassen darf durch eine durchaus achtungswerte Pietät vor ehrwürdigen religiösen Vorstellungen, so wenig kann die Kriegskunst ihre Methoden beeinflussen lassen durch ethische Normen, die ihren letzten Zweck, die Wehrkraft des Feindes so weit zu schwächen, daß er sich dem Willen des Siegers fügen muß, beeinträchtigen müßten. Die Grundsätze der Menschlichkeit können somit keine Beachtung finden, wenn sich die Kriegführenden dadurch militärisch schwächen würden.

Aber wie, wenn ihre Nichtbeachtung diese Wirkung hätte? Unter dem Einfluß der Kriegspsychose, wie sie besonders unter den aufregenden Nachrichten über den Franktireurkrieg in Belgien zum Ausbruch kam, haben nicht nur Poeten, es haben auch übrigens ernst zu nehmende Tagesschriftsteller eine von allen ethischen Skrupeln freie Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung empfohlen. Hätte indes die deutsche Heeresleitung ihren Truppen eine Verachtung aller Grundsätze der Menschlichkeit zugemutet, so hätte es bei den Offizieren Gewissensreaktionen gegeben, die häufig sich bis zu völligen nervösen Zusammenbrüchen gesteigert hätten; bei den Mannschaften aber wäre infolge solchen Wütens gegen die Zivilbevölkerung des schwer heimgesuchten Landes die Bestie zum Durchbruch gekommen, und die Bataillone hätten sich in zuchtlose Horden verwandelt, — beides zu schwerem Schaden für die Kampfkraft des Heeres.

Die militärische Notwendigkeit verbietet, bei der Anwendung der Gewaltmittel des Krieges gewisse Grenzen zu überschreiten, die durch die ungeschriebenen Gebote der Menschlichkeit gezogen sind. Es kann dem Gewissen der Soldaten nicht jede Gewalttat zugemutet werden. Wie weit solche Zumutungen gehen dürfen, richtet sich nach der Höhe der sittlichen Bildung eines Heeres. Truppen wie die deutschen, deren Gewissen sich unter dem Einfluß der ethischen Ideale des Christentums gebildet hat, werden durch die Verübung von Gewalttätigkeiten und Grausamkeiten stärker demoralisiert als Gurkhas und Senegalneger, Kosaken und Kirgisen. Was man diesen zumuten darf, würde deutsche Soldaten innerlich ruinieren und damit ihre Kampfkraft lähmen. Die ungeschriebenen Gesetze der Menschlichkeit haben zwar keine konstitutive, wohl aber regulative Bedeutung für die Kriegführung. Sie ziehen der Kriegführung bestimmte Grenzen, deren Beachtung auch eine militärische Notwendigkeit ist.

7.

Die militärischen Notwendigkeiten müssen sich den politischen unterordnen. Nach Clausewitz ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit veränderten Mitteln. Demgemäß müssen notwendig politische Absichten und Rücksichten die Methoden der Kriegführung beeinflussen. Politische Klugheit verbietet alle irgendwie vermeidbaren Gewalttätigkeiten gegen die Bevölkerung eines Landes, dessen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Einverleibung ein kriegführender Staat in Aussicht zu nehmen genötigt ist; sie würden eine Erbitterung schaffen, die der künftigen Regierung die größten Schwierigkeiten bereiten müßte. Politische Klugheit rät, auf die Neutralen Rücksicht zu nehmen, auf ihre öffentliche Meinung wie auf ihre Diplomatie, die um so stärker von der öffentlichen Meinung abhängt, je demokratischer die Regierungsform der Völker ist. Manche Kriegsnotwendigkeit erscheint den Neutralen ohnehin als Unmenschlichkeit, zumal die feindliche Presse selbstverständlich das stärkste Interesse daran hat, sie als solche zu brandmarken. Wie zu Unmenschlichkeiten gestempelte Kriegsnotwendigkeiten ausgenutzt werden, um die diplomatische Stellung einer kriegführenden Macht zu erschweren, hat Deutschland hinlänglich erfahren. Rücksichten der äußeren Politik nötigen also dazu, alle durch den Kriegszweck nicht unbedingt gebotenen Handlungen zu unterlassen, die als Verstöße wider die Menschlichkeit, wie sie von dem sittlichen Bewußtsein der Kulturvölker verstanden wird, empfunden werden müssen.

Allerdings geben sie nicht, wie für die Beachtung der völkerrechtlichen Bestimmungen, den Ausschlag; den Ausschlag geben vielmehr Rücksichten der inneren Politik, Rücksichten auf die Folgen des Krieges für die Volksmoral und den Volkscharakter. Einen Franktireurkrieg zu entfesseln, wird eine ihrer Verantwortung bewußte Regierung weniger wegen der entgegenstehenden völkerrechtlichen Abmachungen, als vielmehr wegen der verwüstenden Wirkungen für die Volksmoral sich hüten. Wirkt doch schon ein regulärer Krieg verrohend auf die Armee und durch sie auf das Volk; um so stärker, je länger er dauert. Eine Kriegführung, die bewußt und absichtlich die Gebote der Menschlichkeit mißachtet, ohne durch militärische Notwendigkeiten entschuldigt zu sein, entfesselt in den Soldaten Raubtierinstinkte oder erstickt doch die feineren ethischen Empfindungen des Kulturmenschen. Sie züchtet Verbrechernaturen und Unmenschen, die nach Beendigung des Krieges ein höchst gefährliches Ferment der Demoralisation bilden. Grausamkeit gegen wehrlose Feinde, Unbarmherzigkeit gegen Verwundete, Pietätlosigkeit gegen Tote rächt sich stets am eigenen Volkscharakter. Während der Winterschlacht in der Champagne wurde deutscherseits den Franzosen mehrfach ein Waffenstillstand angeboten zur Bestattung ihrer Toten und Bergung von Verwundeten, deren Wimmern den deutschen Soldaten unerträglich wurde, aber immer vergeblich. Derartige Vorkommnisse drängen Anton Fendrich das Urteil auf: „Ein Volk, das den Krieg führt mit solchem Mangel an Ehrfurcht vor dem Wunder des Lebens und dem Geheimnis des Todes, ist nicht nur ein schon besiegtes, sondern auch ein schon gerichtetes Volk." (Der Krieg I. Frankh, Stuttgart. S. 544.)

8.

Verbietet schon die militärische Notwendigkeit alle Handlungen, die blindem Rachedurst oder wildem Zerstörungstrieb entspringen, so können sich aus Rücksichten der äußeren und der inneren Politik auch solche Maßnahmen verbieten, die unter rein militärischem Gesichtspunkt zweckmäßig, wenn auch nicht notwendig erscheinen. Es kann nämlich sein, daß der unmittelbare militärische Gewinn in keinem Verhältnis steht zu dem mittelbaren Verlust an politischem Ansehen und moralischer Kraft. Die Russen haben 1915 durch die planmäßige Verwüstung und Austreibung der Bevölkerung der von ihnen geräumten Landesteile zweifellos den deutschen Vormarsch beträchtlich erschwert; aber dieser militärische Vorteil fiel nicht ins Gewicht gegenüber den innerpolitischen Schwierigkeiten, die sie sich selbst durch diese aller Menschlichkeit Hohn sprechende Maßregel bereitet haben. Die waren in diesem Falle nicht allzu schwer vorauszusehen; schon die Klugheit hätte gegen ein derartiges Vorgehen Einspruch erheben müssen, wenn die Menschlichkeit sich nicht Gehör verschaffen konnte. Es gibt aber Fälle, in denen die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

verderblichen Rückwirkungen militärisch zweckmäßiger Maßnahmen auf die Politik und die Volksmoral sich erst im Frieden, vielleicht gar nach einem Menschenalter, bemerkbar machen. Das vorauszusehen, geht über das Vermögen selbst des genialsten Menschenbeurteilers und Geschichtskenners hinaus. Eine ihrer Verantwortung sich voll bewußte Heeresleitung ist daher verpflichtet, Erwägungen militärischer Zweckmäßigkeit den ungeschriebenen Geboten der Menschlichkeit unterzuordnen. Letzte Entscheidungen können nicht nach einer teleologischen, sondern müssen nach einer imperativischen Ethik getroffen werden. Wenn die militärische Notwendigkeit nicht der Heeresleitung ihre Maßnahmen diktiert, so muß der kategorische Imperativ der Menschlichkeit ihre Entschließungen bestimmen.

9.

Die ungeschriebenen Gebote der Menschlichkeit behalten ihre Geltung also auch im Kriege, zum Unterschiede von den kodifizierten Bestimmungen des Völkerrechts, die durch den Krieg prinzipiell außer Kraft gesetzt werden. Aber während diese in gewissem Umfang tatsächlich aufrecht erhalten werden durch die Macht der Neutralen, kann die Beachtung der Gebote der Menschlichkeit in den seltensten Fällen durch physische Gewalt erzwungen, ihre Verletzung kaum je gesühnt werden. Für die Menschlichkeit in einen Krieg einzutreten, heißt sie durch Unmenschlichkeit schützen wollen. Wilson hatte die Kühnheit, zu behaupten: „Wir sind in diesen Krieg eingetreten, weil wir Diener der Menschlichkeit sind." Mit treffender Ironie bemerkt Naumann dazu: „Das klingt so edel, daß man daraufhin fast für möglich halten könnte, daß selbst die heiligen Engel aus ähnlichen Gründen nächstens mit Kanonen auf die Erde herniederkommen." Krieg führen mag man wegen Verletzung des Völkerrechts, das die Ehre und die Interessen der Staaten schützen soll, nicht wegen Mißachtung der Gebote der Menschlichkeit. Inwieweit sie Geltung haben, hängt von dem moralischen Niveau eines Volkes ab. Je höher seine Gemüts- und Gewissensbildung steht, um so strenger werden sie beobachtet werden. Die Achtung des Volkes vor sich selbst verbietet ihm, sie zu verletzen, selbst dann, wenn sittlich tiefer stehende Völker sich nicht an sie hielten. Das deutsche Volk hätte sich in seinen eigenen Augen erniedrigt, wenn es die Ausschreitungen des englischen, russischen und italienischen Pöbels gegen Leben und Eigentum deutscher Zivilisten oder die Grausamkeiten der Belgier und Franzosen gegen deutsche Verwundete durch entsprechende Vergeltungsmaßregeln hätte erwidern wollen. Repressalien sind anzuwenden gegen Verletzung völkerrechtlicher Abmachungen, falls deren Beachtung dadurch erzwungen werden kann. Handlungen gegen die Menschlichkeit können nur durch Verachtung gestraft, aber nicht durch gleiche Unmenschlichkeiten vergolten werden. Die deutsche Regierung hat es denn auch mehrfach ausdrücklich abgelehnt, die an deutschen Gefangenen und Verwundeten begangenen Unmenschlichkeiten durch unmenschliche Behandlung der in ihrer Gewalt befindlichen Angehörigen der schuldigen Staaten zu vergelten, während sie Vergeltungsmaßregeln angewandt hat, um eine dem Völkerrecht entsprechende Behandlung ihrer Untertanen durchzusetzen. Völkerrechtsbrüche gehören zum Wesen des Krieges; sie können wie etwa die Verletzung der formellen belgischen Neutralität einem Staate geradezu durch die Pflicht der Selbsterhaltung aufgedrängt werden. Frevel gegen die Menschlichkeit schänden die kriegführende Nation, die sich ihrer schuldig macht; sie bedeuten für diese einen unwiederbringlichen Verlust, selbst wenn sie den Krieg gewinnen sollte. Was hülfe es einem Volke, so es die ganze Welt gewönne und nähme Schaden an seiner Seele?

Durch das Völkerrecht wird das freie Spiel der schaffenden Volkskräfte im friedlichen Wettbewerb geregelt; durch die Menschlichkeit wird die rohe Gewalt

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zerstörender Volksleidenschaften im kriegerischen Machtstreit gebändigt. Das Völkerrecht ist ein Kunstprodukt der Diplomaten und Juristen, das beim Zusammenprall nationaler Lebensinteressen zerbricht; die Menschlichkeit ist eine sittliche Naturordnung, die auch im Chaos kriegerischer Leidenschaften sich immer wieder aufrichtet.

Lic. Ernst Rolffs.

Rechtsfriede.

Nur weltfremde Schwärmer konnten erwarten, daß der Geist des Burgfriedens, der im Sommer 1914 in allen Volkskreisen fast gleichmäßig auflebte und in uns allen das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu nie erlebter Kraft anspannte, den ganzen Krieg über währen, geschweige darüber hinaus dauernd unser gesamtes künftiges Gemeinschaftsleben regeln werde. Alles, was man vernünftigerweise von den Wirkungen jener großen Stimmung erwarten kann, besteht darin, daß die Erinnerung an sie sich immer wieder als ein wirksames Mittel erweisen möge, in unserem Volksleben moralische Kräfte zur Überwindung innerer Gegensätze und Reibungen auszulösen und dadurch alle gemeinnützigen Bestrebungen in einer Weise zu fördern, wie man es im Frieden aus anderen Ursachen für absehbare Zeit nicht zu hoffen wagen konnte. In diesem Sinne darf man vor allem damit rechnen, daß sich ein Sichversenken in das große Erlebnis des Burgfriedens immer wieder als ein Jung- und Gesundbrunnen für unser Rechtswesen erweisen wird, aus dem es die Kraft zur Anpassung an neue Zeitumstände und zu fruchtbarer Entwicklung schöpfen kann.

Soweit der Burgfriede jeweils Wirklichkeit war, erfüllte er gleichsam spielend, wie soviele andere, den meisten unerreichbar scheinenden Ideale, die Forderung des rechtlichen Güteverfahrens. Das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Volksgesamtheit war im Einzelnen so stark geworden, daß es allem Widerstreit zwischen subjektivem und objektivem Recht in ihm, soweit es sich um seine Beziehungen zu den Volksgenossen handelte, auslöschte. Insofern noch Meinungsverschiedenheiten über die Grenzen zwischen Einzelinteressen und Gesamtinteressen entstehen konnten, waren doch die Voraussetzungen dafür gegeben, daß man sie in gütlicher Aussprache überwand. Wo der Gedanke des Burgfriedens nicht von selbst zum Rechtsfrieden führte, half dann die Staatsgewalt vielfach nach; denn in großem Umfange war der Rechtsfriede im Innern eine notwendige Voraussetzung des Kampfes der Gesamtheit gegen die äußeren Feinde. Zahlreiche Rechtsstreitigkeiten wurden entweder unterdrückt oder für die Zeit nach Friedensschluß vertagt. So war es einfach selbstverständlich, daß alle diejenigen, die zum Heeresdienst oder später zum vaterländischen Hilfsdienst eingezogen wurden, zum mindesten für die Zeit des Krieges dem Arm der „Gerechtigkeit" entzogen waren. Eine wahre Sturmflut verheerend wirkender Prozesse muß nun infolgedessen gleich nach Friedensschluß losbrechen, wenn dagegen nicht beizeiten Schutzdämme aufgerichtet werden. Vor allem würden zahlreiche Angehörige des gewerblichen Mittelstandes jede Hoffnung aufgeben müssen, je wieder auf einen grünen Zweig zu gelangen, wenn man sie schonungslos dem Lauf der herkömmlichen Rechtsprechung preisgäbe. Viele von ihnen haben ihre Betriebe schließen müssen oder nur mit größter Mühe aufrecht erhalten können; sollen sie vollends der durch den Krieg sowieso stark geförderten Ausdehnung der Großbetriebe zum Opfer fallen? Mit Stundungen, Krediten, Geschäftsaufsichtsverfahren, gesetzmäßigem Erlaß von Prozenten der Schulden allein ist wenig ausgerichtet. Wirklich helfen kann nur ein Güteverfahren, das mit bestimmten Machtbefugnissen ausgerüstet wäre und in gewissem Umfange selbständige Entscheidungen treffen könnte.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die Bedingungen der Übergangswirtschaft werden uns also zwingen, in vielen Fällen Prozesse zu verhüten, indem wir durch ein Güteverfahren einen billigen Ausgleich der Vermögensinteressen der Parteien unter dem Gesichtswinkel der Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft des Schuldners schaffen. Daraus mag sich dann die Möglichkeit einer dauernden Verminderung der Prozesse ergeben. Aus dem Jahre 1883 sind an den Amts- und Landgerichten erster Instanz in Deutschland 1 066 721 Zivilprozesse verzeichnet (ohne Urkunden- und Wechselprozesse); aus dem Jahre 1901 1 990 397 und aus dem Jahre 1913 2 917 745. Dabei waren tätig im Jahre 1883 6955 Richter, im Jahre 1901 8072 Richter, im Jahre 1913 10 297 Richter, im Jahre 1915 sogar 13 024. Bis 1907 übertraf die Zahl der Richter die der Anwälte bedeutend. Am 1. Januar 1915 dagegen überragte die Zahl der Rechtsanwälte die der Richter um 2500! Dabei wuchs die deutsche Bevölkerung: von 45 234 061 Köpfen im Jahre 1880 auf 56 376 178 im Jahre 1900 und 67 300 000 im Jahre 1913. Man ersieht aus diesen Zahlen nicht nur, in wie raschem Tempo sich die Prozesse im Vergleich zur Bevölkerungszunahme vermehrten, sondern auch, wie stark infolgedessen die Zahl der Richter und besonders die der Rechtsanwälte anschwoll. Wenn wir neben den Prozeßrichter den Friedensrichter setzen, neben den ordentlichen Gerichten Friedensgerichte schaffen, so könnte fast aller Rechtskampf, bei dem der Streitgegenstand ganz geringfügig oder die Vollstreckung erheblich ungewiß ist oder der Gegner wirtschaftlich und sittlich schwer geschädigt wird, ohne daß dadurch der Kläger eine wirkliche Genugtuung erführe, vermieden werden. Die Schiedsämter müßten aus dem Volke herausgewachsene Gerichte darstellen, mit je einem Juristen an der Spitze und Laien aus allen Erwerbsständen als Beisitzern. Natürlich muß den Schiedsämtern auch die Gewalt zustehen, die Parteien zu laden. Das Güteverfahren sollte vorgeschrieben sein vor Prozeßbeginn in allen bürgerlichen Streitsachen, die vor die Amtsgerichte gehören, sowie in Landgerichtssachen, die vermögensrechtliche Streitigkeiten zwischen Ehegatten, Eltern und Kindern, Geschwistern, Geschwisterkindern und deren Ehegatten betreffen, ferner in Strafsachen, die auf Antrag zu verfolgen sind. Wenn eine nichtstreitige Erledigung durch Anerkenntnis, Verzicht, vergleichsweise Einigung oder Versäumnisurteil mißlingt, und der Streitwert nicht über 100 Mark beträgt oder nicht mehr streitig geblieben ist, so sollte die Gütestelle auch durch streitiges Urteil entscheiden dürfen.

Das Güteverfahren würde sich um so wirksamer erweisen, je mehr die Richter ihre Volksfremdheit, das Volk seine Rechtsfremdheit überwindet. Mit Recht betont **Dr.** Wolzendorff in den vom Oberlandesgerichtsrat Richardt Deinhardt in Jena herausgegebenen Beiträgen zur Neubelebung des Güteverfahrens „Deutscher Rechtsfriede“: „Die Idee des Güteverfahrens beruht auf dem Gedanken, daß für das staatliche und rechtliche Leben die Verteidigung des subjektiven Rechts ihre Bedeutung darin hat, daß sie zugleich Verteidigung der objektiven Rechtsordnung ist und eben deshalb in Form und Inhalt nach den Interessen dieser sich bestimmen lassen muß. Die Werbekraft jener Idee ist daher von der psychologischen Überzeugungskraft dieses Gedankens abhängig. Sie ist aber gesichert nur in dem spezifisch deutschen Staats- und Rechtsgedanken der Genossenschaftlichkeit, der dem Einzelnen Rechte gegenüber Volksgenossen und -Gesamtheit nur gibt als Korrelat seiner Pflichten ihnen gegenüber. Nur diese Grundauffassung von Staat und Recht kann das Bewußtsein der Notwendigkeit eines Verzichts auf rechtsstreitliche Verteidigung des eigenen Interesses nach Maßgabe des Gesamtinteresses zu solcher psychologischen Eindringlichkeit gedeihen lassen, daß die Ausnutzung schiedlicher Rechtsstreiterledigung seitens des Volkes tatsächlich gesichert wird. Den staatlichen und rechtlichen Gedanken der Genossenschaftlichkeit im Volke zu klarem Bewußtsein kommen zu lassen, ist daher Voraus-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

setzung für eine Verwirklichung des Ideals schiedlicher Rechtsstreiterledigung nicht nur in den Paragraphen der Rechtsordnung, sondern auch im Leben und Weben des sozialen Empfindens und Geschehens."

Das Problem des Güteverfahrens wächst sich auf diese Weise zu einem Problem der staatsbürgerlichen Erziehung aus. Das Recht reformieren, aber die Schule ziemlich unverändert lassen, heißt das Pferd am Schwanz aufzäumen. Die Schule muß damit beginnen, das gesamte Leben der Jugend zu beeinflussen, ihr Zusammenleben zu regeln, sie in genossenschaftlichem Fühlen, Denken und Handeln zu üben. Sie muß zugleich aufhören, über der Vergangenheit unseres Volkes und der Menschheit ihre Gegenwart zu vernachlässigen; denn nur das Verständnis für das gegenwärtige Leben kann den besonderen Rechtssinn entwickeln, auf den es heute ankommt, um sich ohne viel Reibungen durchzusetzen. Alle bisherigen genossenschaftlichen Bestrebungen krankten daran, daß es den Menschen, auf die sie angewiesen waren, an der Fähigkeit fehlte, sich aus freiem Antriebe, ohne Bevormundung oder Zwang den gemeinsamen Aufgaben in der ihren Kräften angemessenen Weise zu widmen. Erst wenn die Schule sich in eine wahrhaft soziale Anstalt verwandelt haben wird, können Bestrebungen wie die des rechtlichen Güteverfahrens leisten, was sich ihre Träger davon versprechen.

Otto Corbach.

Der Aufstieg der Begabten.

II.*)

Glücklicherweise liegt in der Losung „Freie Bahn dem Talent" neben den unvermeidlichen Mißverständnissen und schwächlichen Deutungen doch unleugbar ein Neues, Kräftigendes, das zudem durch die herbe Kriegsluft der letzten Jahre nur hat gewinnen können. Als großenteils unzutreffende Behauptung ist zwar das ehemals beliebte Gerede von der angeblichen „natürlichen" Auslese durch den Krieg erkannt worden; um so folgerichtiger wird alles nach dem Kriege darauf abzielen müssen, eine der menschlichen Gesamtveranlagung, den höchsten kulturellen, staatlichen, sittlichen und anderen Endzielen entsprechende Auslese zu schaffen kraft menschlicher Vernunft, der Erfahrung und des ehrlichen Willens. Solche Auslese muß notwendigerweise doppelt gerichtet sein: die nur Mittelbegabten oder gar die Minderbegabten dürfen nicht dasselbe Recht auf allgemeine Förderung erhalten wie die besonders Tüchtigen. Zurückkommen müssen wir von dem Übermaß der Allesgleichmacherei, mit der wir vor lauter Gerechtigkeit im Grunde ungerecht werden gegen den innerlich wertvollsten Teil unseres Volkes. „Der rechte Mann an die rechte Stelle!" Dieser Grundsatz bedeutet nun nicht mehr ein bloßes Ausschauhalten nach Begabungen, Talenten und Genies; noch weniger sollen künftig widrige Vermögensverhältnisse den hervorragend Befähigten abhalten, eine seinen Gaben entsprechende Stelle einzunehmen, oder endlich den Reichgeborenen, der „es nicht nötig hat", seine vielleicht sehr wertvollen Kräfte aus Trägheit oder Laune schlummern zu lassen. Vor allem aber müssen die Untüchtigen unbedingt zurückgehalten werden. Tatsächlich ist die große Zahl Unbegabter oder doch höchst mäßig Begabter in nicht wenigen Berufen geradezu der Hindernisgrund für den Auf-

*) Der erste der unter dieser Überschrift erscheinenden Aufsätze findet sich in Nr. 3 des „Vortrupp". Der nächste und letzte wird voraussichtlich in Nr. 5 veröffentlicht werden. Vortrupp.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

stieg der Begabten und die Entfaltung ihrer Gaben. Ich erinnere nur an die seltenen, wahrhaft gottbegnadeten Künstler, deren Leistungen nur zu oft unter dem Druck des heutigen Kunstschwindels unbeachtet bleiben. Gedacht sei ferner der zahllosen Beamten, deren Diensteifer durch die allzu vielen „Vordermänner", die vielfach vor ihnen aufrücken müssen, nicht gerade angespornt wird.

Unbedingt erforderlich ist eine Organisation: eine solche der Mittel, und nicht weniger die der Ziele, des lebenden Menschen, des Volksganzen. Wie die Dinge heute liegen, entscheidet wohl zumeist der reine Zufall. Ob einer auf dem Lande geboren und erzogen wurde — oder in der Stadt; ob er als zeichnerisch oder musikalisch, als technisch oder kaufmännisch einseitig Begabter die ehedem allein seligmachende (und auch jetzt noch praktisch vorherrschende) Gelegenheit einer humanistischen Vorbildung hatte — dies und viel Ähnliches bildet eine wichtige Teilfrage, ohne deren befriedigende Lösung und allseitige, folgerichtige Durchführung uns auch in Zukunft nicht wenige wertvolle Begabungen verloren gehen dürften. Denn es handelt sich ja keineswegs in erster Linie darum, daß dem Begabten persönlich zur Entfaltung und Verwendung seines Wissens, Könnens und Wollens verholfen werde; wie der Mensch nur unter Menschen seiner Bestimmung gerecht wird, so auch erfüllt sich die Begabung im tiefsten Grunde erst dadurch, daß sie dem Ganzen des Volkes zugute kommt, mag sich dies nun Kunst oder Wissenschaft nennen, Wirtschaft oder Technik, staatliches, soziales, religiöses Leben oder wie immer sonst.

Vorerst nun und auf sehr lange Zeit hinaus sind wir vor die Aufgabe gestellt, die natürlichen und die kulturellen Voraussetzungen des Aufstieges der Begabten, deren Nebenumstände und Folgeerscheinungen zu ergründen; dann heißt es, die Nutzanwendung ziehen, soweit das dem menschlichen Geist überhaupt gegeben ist. Wer näher prüft, wird gestehen, daß dieser Forschung so wenig ein natürlicher Abschluß in der Endlichkeit bevorsteht, wie irgendeiner Wissenschaft, richtig betrieben, jemals die Probleme ausgehen, oder einer Kunst die Gestaltungsmöglichkeiten.

Sollen nun alle mehr als durchschnittlichen Begabungen ohne weiteres und gleichsam selbstverständlich besondere Ausbildung und Förderung genießen? Keinesfalls! Geschähe das dennoch, so würde ein schon heute oft beklagtes Übel sich vollends einstellen: den „einfacheren" Berufen, insbesondere den werktätigen, würden die Tüchtigen, jedenfalls aber die geistig nennenswert Begabten, völlig fehlen. Das kann unmöglich ein wünschenswerter Zustand sein.

Endlich gilt es nachgerade zu betonen, daß unter gewissen, nicht seltenen Voraussetzungen das bloße Hineingeborenwerden in einen Stand oder Beruf immerhin die Erwägung nahe legt, ob der Betreffende zum eigenen wie zum allgemeinen Besten seinem Kreise nicht auch zeitlebens erhalten bleiben soll. Eingehende, mit wissenschaftlicher Strenge geführte Untersuchungen deuten darauf hin, daß die Sonderbegabungen für diese oder jene Berufstätigkeit doch nicht, wie mancher glaubt, völlig regellos hier und dort auftauchen. Nicht ohne tieferen Grund spricht man von Pastoren-, Offiziers-, Lehrer-, Gelehrten-, Kaufmanns-, Musikerfamilien usw.; zu dem also angeborenen „Keimgut" tritt das „Erbgut" der Umgebung und der frühen Gewöhnung.

Indes die Natur macht da oft scheinbar seltsame Sprünge; ihnen aufmerksam und willig folgen, ist Zeichen höchster menschlicher Einsicht und sittlicher Größe — nicht aber, die Natur von oben herab bevormunden. —

Welches sind nun die Mittel und Wege des Aufstiegs der Begabten? Ohne zunächst auf Besonderheiten einzelner Berufe oder Schulgattungen einzugehen, seien einige der wichtigsten leitenden Gesichtspunkte zusammengestellt, wie sie das Schlußwort des von Peter Petersen herausgegebenen

Sammelwerkes: „Der Aufstieg der Begabten" (Verlag B. G. Teubner, Leipzig 1916) aufführt:

„Es wird sich erstens darum handeln, auf dem Wege der Gesetzgebung oder der Verordnung gewisse äußere Schranken zu beseitigen. Vor allem kommt das Berechtigungswesen in Betracht, dem die erstickende Starrheit genommen werden muß.

Zweitens wird eine Umgestaltung der bestehenden Schulorganisationen im Sinne der Annäherung an das Ideal einer ‚nationalen Schule' erfolgen müssen. In dieser Forderung ist auch die des weiteren Ausbaues der Schulen für die werktätigen Berufe enthalten....

Diese äußeren organisatorischen Maßnahmen erhalten nur dann ihren vollen Wert, wenn zu ihnen drittens eine Umgestaltung und Ausgestaltung der Arbeitsmethoden im Unterricht tritt. Es gilt, in der Schule neben der Pflege der aufnehmenden, sammelnden Tätigkeit des jugendlichen Geistes, die ihren Wert auch in Zukunft behalten sollen, seine schaffenden Kräfte zu entwickeln im Sinne der ‚Arbeitsschule'.... Es gilt ferner, im Anschluß an die veränderte Auffassung des Unterrichtens und des Lernens auch das Wesen und den Maßstab der Prüfungen umzubilden. Es gilt, die psychologische Begabungsforschung weiter zu entwickeln und sie planmäßig in den Dienst der Schule zur Beratung des Schülers bei der Wahl der ‚Schulbahn', wie in den Dienst der schulentlassenenen Jugend zur Beratung bei der Berufswahl zu stellen. Es gilt endlich, die wissenschaftliche Pädagogik als Wissenschaft anzuerkennen und ihre Bedeutung für eine gesunde Schulpolitik wie für die praktische Erziehung zu würdigen...

Es bedarf eines vierten, etwas gewaltsamen Mittels, das ein sofortiges Eingreifen ermöglicht, das ist die Schaffung einer großen Nationalstiftung zur Förderung der Begabten....

Nicht darin kann das Ziel künftiger Schulreform bestehen, daß nun die Schulberechtigungen „abgebaut" werden, um endlich ganz zu verschwinden, denn neben unleugbaren Schäden besitzt diese Einrichtung recht ansehnliche Vorteile. Das ganze Streben ist vielmehr darauf zu richten: Auswege zu schaffen für hervorragend Befähigte, offenbare Ausnahmenaturen, Unbemittelte und andere vergleichbare Fälle. Man sollte sich gerade in Sachen der Berechtigungen hüten, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Darum heißt es, beizeiten „Reformen einzuführen, um Revolutionen zu verhüten". Hat sich die Mittelmäßigkeit in bedenklicher Weise das bisherige Berechtigungswesen zunutze gemacht, so folgt logischerweise, daß nun für die Andersgearteten Ziele und Wege erstrebt werden müssen, die ihrer Veranlagung am ehesten förderlich sind. Lehrreich ist ein kurzer Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung der Vorbedingungen zum Hochschulstudium: noch im 18. Jahrhundert und teilweise darüber hinaus eine fließende Grenze zwischen Hochschule und höherer Schule; sodann lange Jahrzehnte hindurch das „Gymnasialmonopol", dem erst durch die 1900 erfolgte Anerkennung der Gleichberechtigung der drei Hauptgattungen höherer Schulen ein gewisses Ende gemacht wurde. Im letzten Jahrzehnt endlich die Ausdehnung dieser Berechtigung auf Studienanstalten und Oberlyzeen. — Sind wir damit am Ende der Möglichkeiten einer Zulassung zu akademischen Studien? Hoffentlich nicht für immer! In Sachsen z. B. werden im Falle hervorragend bestandener Fachprüfungen Volksschullehrer als vollgültige Studierende zu bestimmten akademischen Prüfungen zugelassen. Gerade die Vorbedingung ganz besonders tüchtiger Leistungen scheint am ehesten einen wirksamen Ausgleich zu schaffen gegen das Bleigewicht der stets und meist eben noch

„genügenden" Mittelmäßigkeit, die sich aalglatt durch die Maschen der Versetzungs- und Prüfungsordnung hindurchzuwinden versteht. In der Tat verdiente der Grundgedanke jener sächsischen Einrichtung von seiten der maßgebenden Stellen rechte Beachtung im weitesten Bereich!

An zu großer Starrheit leidet im allgemeinen auch die Einjährigenberechtigung. Äußerst bezeichnend ist für sie der Zweisprachen-Dogmatismus, dem zuliebe z. B. die preußischen Mittelschulen eine zweite fremde Sprache als verbindlich in ihren Lehrplan aufnehmen mußten, während dessen ganze Anlage auf den Betrieb einer Fremdsprache eingestellt war. Ein Ansatz in der Richtung auf zeitgemäße Neuerungen der angedeuteten Art liegt bei einigen Arten Fachschulen vor, die auf dem Grundsatz enger Verbindung von Fachvorbildung mit einer entsprechenden höheren Allgemeinbildung aufgebaut sind, z. B. Landwirtschaftsschulen. Das schwerwiegende Hindernis für eine folgerichtige und möglichst weitgehende Anwendung dieses Gedankens auf andere Fachschulen ist und bleibt die dogmatische Befangenheit in den Anschauungen vom Wesen der „allgemeinen Bildung"; vor allem aber spielt eben jene starke Bevorzugung der fremden Sprachen hinein, denen nur die wenigsten der einseitig oder vorwiegend praktischen, künstlerischen, technischen und ähnlichen Begabungen gerecht zu werden vermögen. Tatsächlich geht die Absicht der Reformer nicht auf „eine Herabsetzung der Anforderungen, auch nicht auf einen Ersatz wertvoller allgemeiner Bildung durch banausisches Fachwissen und Fachkönnen, sondern auf eine gleichwertige Ausbildung, bei der die Berufsbildung in ihrer Bedeutung für die Entwicklung des Verstandes und des Charakters gebührend gewürdigt und nach der deutsch-sprachlichen und staatsbürgerlichen Seite hin ergänzt wird". —

Kaum eine zweite Bestrebung im Ganzen unseres öffentlichen Schulwesens nimmt gegenwärtig so sehr das Interesse weitester Kreise in Anspruch, wie diejenige, die Verbindungen zwischen den einzelnen Schulgattungen oder Schulstufen herstellen will. Es kann und soll an diesem Ort den unzähligen Erörterungen des Für und Wider der „Einheitsschule" nicht noch eine weitere hinzugefügt werden. Nur eins vergesse man bei diesem, im Grunde uralten Gedanken des großen Pädagogen Comenius (1592—1670) nicht: wird er folgerichtig zu Ende gedacht, dann muß sich seine Wirksamkeit bis in die höchsten Stufen des akademischen Unterrichts erstrecken. Im Vergleich zu den verhältnismäßig kleinen Unebenheiten beim Übergang aus der Volksschule in die Sexta (und selbst weiter hinauf) sind die nachgerade in bedrohlichem Grade angewachsenen Schwierigkeiten, die sich zwischen höherer Schule und Hochschule auftun, geradezu überwältigend groß. Das sei hier unumwunden und rückhaltlos festgestellt. Darum sollen natürlich die zum Teil sehr berechtigten bezüglichen Klagen der Volksschule keineswegs als gegenstandslos hingestellt werden; aber der klare Blick darf nicht ferner getrübt werden durch — ausgerechnet mitten im Weltkriege erfolgte — kategorische Sammelerklärungen der in ihrer olympischen Ruhe bedrohten Hochschullehrer.

Was die höheren Schulen im besonderen angeht, sind wir dem Ideal einer möglichst umfassenden Gerechtigkeit gegenüber den verschiedenen „Typen" von Begabungen in den letzten beiden Jahrzehnten zwar ein wenig nähergerückt; aber viel, sehr viel bleibt zu tun übrig. Beachtung verdienen neben den sogenannten Altonaer und Frankfurter Reformsystemen die im Laufe der letzten zehn Jahre mancherorten gemachten Versuche einer Durchführung der „Bewegungsfreiheit" auf der Oberstufe. Jedenfalls handelt es sich um ein eingestandenermaßen brauchbares Mittel, sowohl den berechtigten Sonderbedürfnissen einseitiger Naturen entgegenzukommen, wie auch, einen als ungeeignet erkannten Bildungsgang noch vor Abschluß der Schulstudien in naturgemäßere Bahnen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

überzuleiten. Ganz zweifellos ist das Urteil, das über angehende Primaner bezüglich der Veranlagung und Eignung gefällt werden kann, im Durchschnitt weit zutreffender als ein solches über den Sextaner, oder, wie an Reformschulen, über den Tertianer.

Hans Offe.

Was andre sagen

Hoyaer Zeitung. Nr. 263 vom Sonnabend, den 10. November 1917. 11. Jg.

Schnapsrüben.

„Seit einigen Wochen schon sind im diesseitigen Kreise Händler tätig, um die gesamte Steckrüben- und Stoppelrübenernte von den einzelnen Landwirten aufzukaufen. Geld spielt hierbei keine Rolle; die gesetzlichen Höchstpreise für beide Rübenarten werden unbedenklich oft um das Doppelte überschritten, um die Rüben für den Schnapsbrand, das ist nämlich des Pudels Kern, zu sichern. Durch die hohen Preise verlockt, geben auch noch viele Erzeuger ihre Rüben ab, mindern so den Futtervorrat für sich, wie nicht minder die Nahrungsmittel für die Allgemeinheit."

Zeitung der 10. Armee Nr. 400 vom 28. 10. 17. (Aus dem Berichte über das Sportfest eines Ref.-Korps am 21. 10. 17).

„. . . . daß es außerdem zum Abendbrot Frankfurter Würstchen und Semmel, dazu Gambrinus' edles Naß in ungehemmtem Maße gab: in diesen Zeiten der Lebensmittelknappheit ist es wohl am Platze, dies rühmlichst hervorzuheben. — Bis in die späten Abendstunden saßen die Leute urgemütlich in ausgelassenster Heiterkeit beisammen."

Rund um uns

Zum 18. Februar. Wir dürfen diesen Tag, an dem — vor nunmehr 25 Jahren — Georg Asmussen, damals ein in der Öffentlichkeit noch unbekannter Mann, sich in Flensburg in den Guttemplerorden aufnehmen ließ, den Geburtstag der modernen deutschen Abstinenzbewegung nennen. An diesem 18. Februar hatte die bis dahin in den engsten Grenzen, fast nur in den unteren Schichten der schleswigschen Bevölkerung arbeitende Guttemplerbewegung einen Mann gewonnen, der binnen kurzem ihr Führer werden und sie über mancherlei Klippen und Fährnisse hinweg zu raschen und dauernden Erfolgen leiten sollte. Unter Georg Asmussen ist der Guttemplerorden auf deutschem Gebiete aus dem Dunkel der mühseligen Anfangsarbeit ans helle Licht der öffentlichen Erörterung getreten. Asmussens beispielloser Energie und Organisationsfähigkeit, seinem in Rede und Schrift gleichermaßen überzeugenden Worte ist es zu danken, daß der Guttemplerorden von der Mitte der neunziger Jahre an sich rasch auszubreiten begann, in der Öffentlichkeit bekannt wurde und seitdem das starke Rück-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

grat einer auf modernen Grundsätzen beruhenden Abstinenzbewegung bildet. Wenn wir heute in Deutschland die radikalste Abstinenzbewegung der Welt haben, eine Bewegung, die auch den Genuß schwächerer alkoholischer Getränke ablehnt und daher imstande ist, dem eigentlichen deutschen Alkoholismus, dem Bier- und Stammtischtrunk, erfolgreich zu begegnen; so ist das letzten Endes Asmussens Verdienst.

Heute erscheint uns das alles, was einst in heißen Kämpfen und Mühen errungen wurde, so selbstverständlich. Heute ist die Abstinenzforderung in keiner Schicht unseres Volkes etwas Unbekanntes mehr. Mögen auch noch so viele Volksgenossen dieser Forderung widerstehen, mag die Trinkgewohnheit in vielen Kreisen noch eine geheiligte Sitte sein, an die man nicht rühren darf, völlig kann sich heute doch niemand mehr dem unmittelbaren oder mittelbaren Einflusse der Nüchternheitsbewegung entziehen. Wir beobachten das an tausend großen und kleinen Erscheinungen: Die Verherrlichung des Trunkes wird schon in weiten Kreisen nicht mehr kritiklos geduldet; auf den Wirtshaustischen herrscht nicht mehr unbeschränkt das alkoholische Getränk; es schwindet der Trunk bei der Arbeit; und vor allem die Jugend lernt mehr und mehr die Vorzüge alkoholfreier Geselligkeit und Arbeitsgemeinschaft schätzen. Hier und da — vornehmlich in studentischen und militärischen Kreisen — will die Trinksitte freilich nur langsam weichen, aber eine m o d e r n e Jugendvereinigung, die den Alkoholtrunk bei ihren Veranstaltungen fordert oder auch nur duldet, ist heute nahezu undenkbar.

Die vielen Scharen junger Wanderer und Wanderinnen, die man in der Friedenszeit Sommers und Winters die Stadt verlassen und fröhlich durch Wald und Feld streifen sah, waren dem Wirtshaus verlorene Gäste und lachten über Trunk und Bierphilistertum. Eine neue Welt: Versunken die Wünsche und Gedanken, von denen einst die pilgernden Scholaren und bummelnden Studenten erfüllt waren. Eine neue Jugend, die tieferen Problemen nachgeht, bisweilen vielleicht ein wenig verstiegen und über den Wolken wandelnd, im Kern aber gesund und in ihrer Mehrheit festen, guten Zielen zustrebend. Um die Bewegung freilich, die ihnen diese neue, freie Entwicklung erst ermöglicht, mühte und müht sich ein großer Teil der aufstrebenden Jugend nicht sonderlich mehr. Man spottet wohl gar ein wenig der „Nur-Abstinenzbewegung" und meint, man dürfe sich mit Selbstverständlichkeiten nicht mehr aufhalten; jetzt gehe es um größere und dringendere Dinge.

Wir wollen, die so denken und reden, deshalb nicht schelten; wollen uns freuen, daß das, was im Hinblick auf eine nicht ferne Vergangenheit keineswegs selbstverständlich ist, ihnen dennoch so erscheint, und wollen hoffen, daß es so bleibe. Aber damit es so bleibe, damit die neuzeitliche Jugend den eingeschlagenen Weg beibehalte, ist es gut, daß sie sich gelegentlich vergangener Zeit erinnere, daß sie einen Tag, wie den 18. Februar, nicht vorübergehen lasse, ohne derer zu gedenken, die gegen eine Welt von Vorurteilen kämpfen mußten, um der Nüchternheit eine Gasse zu bahnen, und deren Arbeit heute und künftig — auf lange, lange Zeit hinaus noch — dringend notwendig bleibt.

Und an ihn, den Schöpfer dieser Bewegung, denke die Jugend zuerst. Sie wird von dem jugendfrischen Sechziger mit dem geraden, gesunden Sinn, von seiner Festigkeit und kraftvollen Selbstbehauptung, von seiner Opferwilligkeit und aus seinen reichen, schöpferischen Gedanken Vieles und Wertvolles lernen können. Es naht ja eine Zeit, in der man, solcher Lehre mehr denn je bedarf. —

Wir beglückwünschen zum 18. Februar den Begründer der neuen deutschen Nüchternheitsbewegung. Wir beglückwünschen uns: unsere Jugend, unser Volk. Dr. R. Kraut.

Ehrgefühl oder Eitelkeit? Jeder hat wohl in unseren Tagen die Erfahrung gemacht, daß oft große Menschenmassen

von einer zahlenmäßigen Minderheit gelenkt, beherrscht und ihren Zwecken dienstbar gemacht werden. Unwillkürlich drängt sich uns da die Frage nach dem Grunde dieser Erscheinung auf. Welche Kräfte wirken mit, um die zahlenmäßige Unterlegenheit nicht nur auszugleichen, sondern der Minderheit sogar das Übergewicht zu verschaffen?

Meist wird der Grund darin liegen, daß die Minderheit in überragendem Maße mit körperlicher, geistiger und wirtschaftlicher Kraft, mit Gemeinsinn und Willensstärke ausgestattet ist. Oft aber gelingt es der Minderheit auch ohne diese natürlichen Vorzüge, nur durch geschickte und rücksichtslose Ausnutzung der Schwächen der Anderen über sie Herr zu werden. Eine der verhängnisvollsten, menschlichen Schwächen in dieser Richtung ist das falsche Ehrgefühl, die weitverbreitete Überschätzung der Meinung Anderer über uns und die übertriebene Rücksichtnahme bei all' unserem Tun und Lassen auf solche Meinungsäußerungen. Diese menschliche Schwäche bietet gewissenlosen Spekulanten eine Handhabe, um die Mitmenschen für ihre Zwecke auszunutzen. Sie lassen sie gleichsam an unsichtbaren Fäden, wie die Figuren im Kasperle-Theater, die wunderlichsten Purzelbäume schießen; ein frivoles Spiel, zu dem sich die Massen bei genügender Klarheit über Grundlagen und Wesen der Ehre wohl nicht hergeben würden.

Ehre bedeutet zunächst den inneren Wert eines Menschen (innere Ehre). Der Wert beruht auf den sittlichen, rechtlichen und sozialen Eigenschaften der Person. Er kann demnach von außen her weder vergrößert noch verkleinert werden, sondern ist vielmehr des Besitzers ureigenstes Werk und jeder Beeinflussung von außen her entzogen.

Man bezeichnet aber mit dem Worte „Ehre" auch das Ansehen, das jemand genießt, den Ruf, den jemand hat (äußere Ehre). In diesem Sinne ist die Ehre naturgemäß nicht nur von den schwächeren oder stärkeren Erkenntniskräften der lieben Mitmenschen, sondern auch von ihrem guten oder bösen Willen abhängig. Jeder hat wohl die Erfahrung gemacht, daß seine Nächsten in ganz anderer Tonart zu ihm persönlich als hinter seinem Rücken reden. Für den Wankelmut und die Bosheit der öffentlichen Meinung bietet die Geschichte zahlreiche Beispiele. Heute: Hosianna, morgen: kreuziget ihn. Die Ehre in diesem Sinne ist der Einwirkung des Besitzers so gut wie ganz entzogen und stellt sich als das dar, was den Anderen beliebt, aus ihm zu machen. Diese Ehre balanciert, wie Schopenhauer sagt, auf der Zungenspitze der Anderen und ist dementsprechend ständig in Gefahr, Schaden zu leiden.

Ehrgefühl ist das Bewußtsein dessen, was man seiner Ehre schuldig ist, und der Wille, der auf die Erhaltung der Ehre gerichtet ist. Je nachdem man unter Ehre den inneren Wert oder das Ansehen bei den Menschen versteht, sieht auch das Ehrgefühl verschieden aus.

Das Ehrgefühl, das auf den inneren Wert gerichtet ist, zeigt sich in dem ernsten Streben, unbekümmert um das Urteil der Welt, in allen Dingen das Rechte zu tun. Es ist unzertrennbar von Wahrhaftigkeit, freiwilliger Redlichkeit und Ehrlichkeit. Sein Besitz verleiht innere Festigkeit und Ruhe. Nur das Bestreben, diesen inneren Wert zu steigern, kann die Menschheit vorwärts bringen.

Das Ehrgefühl aber, das auf äußere Ehre gerichtet ist, steht häufig in krassem Widerspruch zur Wahrhaftigkeit und Redlichkeit. Es verlangt nach Bewunderung und Beifall. Der Besitzer dieses Ehrgefühls muß nicht nur bemüht sein, der Mitwelt im vorteilhaftesten Lichte zu erscheinen, sondern ihr womöglich von seiner Person einen noch größeren Wert vorzuspiegeln, als er tatsächlich besitzt. Ein solch armer Tropf, der zur Bewunderung seiner selbst erst durch die ihm von Anderen bezeigte Bewunderung gelangt, muß nach Orden und Ehrenzeichen, Beifall, Rang und Titel trachten und ist aufs schwerste betroffen, wenn ihm die heiß ersehnte Achtungsäußerung versagt wird.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wie mit Rang und Titel häufig recht greifbare reale Vorteile verbunden sind, z. B. erhöhtes Einkommen und Machtzuwachs, so wird auch sonst das Ehrenproblem dadurch kompliziert, daß oft in denselben Dingen Ehre und andere Güter vereinigt sind. Viele von diesen Gütern dienen recht wesentlich zu unserem Wohlbefinden und inneren Glück, so daß man das Streben nach ihnen als berechtigt und, soweit dadurch die Gebote der Sittlichkeit nicht verletzt werden, als gut anerkennen muß.

Soweit aber nur der äußere Schein, das Ansehen bei den Menschen der Gegenstand des Strebens ist, wird man bald die Erfahrung machen, daß ihr Besitz nicht die Befriedigung gewährt, die er zu verheißen schien. Das beleidigende Wort irgendeines Gesellen, die Anweisung eines niederen Platzes bei Tisch oder irgendeiner Aufstellung, können die ganze Herrlichkeit in einem Augenblicke zunichte machen. Man hat dann Ruhe und inneres Glück geopfert, ohne einen Gegenwert dafür zu erhalten. Nicht das Ehrgefühl, sondern die Eitelkeit ist die Triebfeder solchen Strebens; die Eitelkeit, diese verhängnisvolle menschliche Schwäche, welche die Menschen nach Seifenblasen und Luftgebilden jagen läßt und dabei blind gegen das macht, was zu ihrem Glücke wesentlich beiträgt.

Einen guten Prüfstein dafür, ob eine Handlung von dem Ehrgefühl oder der Eitelkeit eingegeben ist, haben wir in der Frage der Ehrlichkeit. Ohne Ehrlichkeit kein Ehrgefühl! Dagegen ist die Unehrlichkeit ein Wesensmerkmal der Eitelkeit.

In unseren Tagen zeigt sich vielfach das Streben, die Eitelkeit rege zu halten und mit dem Begriff des Ehrgefühls zu vermengen. „Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein", sagt Goethe. Weil die meisten Menschen keinen rechten Begriff von dem Wesen der Ehre hatten, deshalb konnten gewissenlose Spekulanten Schlagworte prägen und unter das Volk bringen, welche die Anschauungen vollends verwirrten. Gedankenlose Spießer überstürzten sich in dem Eifer, durch häufigen und lauten Gebrauch solcher Schlagworte ihre Gesinnungstüchtigkeit zu zeigen. Die Einsichtsvolleren aber wagten nicht, diesem Treiben entgegenzutreten, aus Furcht, ihr blanker Ehrenschild könnte dadurch einen Fleck bekommen.

So machte sich allmählich eine Unehrlichkeit breit, die neben sich keinen Raum mehr für das echte, wahre Ehrgefühl ließ, sondern seinen Platz der Eitelkeit einräumte. Wehe uns, wenn wir nicht bald wieder dem Geltung verschaffen, was wahren, inneren Wert besitzt! Wehe uns, wenn Verbrechen und Verblendung, Unehrlichkeit und Gedankenlosigkeit weiter so triumphieren wie bisher! Das ganze Gebäude muß dann einstürzen, weil das Fundament morsch und faul ist.

Doch neuerdings mehren sich die Anzeichen dafür, daß der Schein immer mehr schwindet und das Wahre sich allmählich durchringt. Hoffen wir, daß auch die großen Massen in nicht zu ferner Zeit von der Wahrheit des Dichterwortes durchdrungen werden:

Es kann die Ehre dieser Welt
dir keine Ehre geben.
Was dich in Wahrheit liebt und hält,
muß in Dir selber leben.
Das flücht'ge Lob, des Tages Ruhm
magst du dem Eitlen gönnen.
Das aber sei dein Heiligtum:
Vor dir bestehen können.

Kurt Lenkeit.

Neue Bücher und Schriften

Niebergall, Friedrich: Lebensinhalt. M. 5.—. Otto Reichel, Berlin.

(Für unaufgefordert eingesandte Bücher übernimmt die Schriftleitung d. „Vortrupp" keine Verantwortung.)

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Jansen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 5 1. Märzheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

„Zum ewigen Frieden."

Berlin, den 18. Februar 1918.

Als Bethmann Hollweg am 9. November 1916 seine große Rede im Hauptausschusse des Deutschen Reichstages gehalten hat, hat er einen Markstein der Weltgeschichte gesetzt, an dem kein Geschichtsforscher der Zukunft wird vorübergehen können. Damals sprach Deutschland durch den Mund eines seiner besten Söhne sein erstes großes amtliches Bekenntnis gegen die Anarchie zwischen den Völkern und für die zwischenstaatliche Rechtsordnung aus. Seitdem hat Deutschland dieses Bekenntnis immer aufs neue wiederholt: In dem Reichstagsbeschlusse vom 19. Juli 1917. In der deutschen Antwortnote an den Papst, die den Grundsatz übernimmt, „daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß", und die ein „verbindliches Schiedsverfahren für internationale Streitfragen" will. In den Reden Hertlings und v. Kühlmanns. Und nun vor drei Tagen erst wieder in der neuesten Rede des Prinzen Max von Baden, worin es wörtlich heißt: „Uns muß das Ziel leiten, das der Reichskanzler im November 1916 aufgenommen hat, das Ziel der Zusammenarbeit der Völker zur Verhinderung künftiger Kriege." — Treueste Unterstützung hat unser Reich dabei stets gefunden durch den Grafen Czernin, den Leiter der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns.

In dieser Sache, die trotz ihrer Gegner — insbesondere der Alldeutschen hüben und Clemenceaus drüben — die Sache unsrer Zeit ist, hat während des Krieges Deutschland (nebst dem Grafen Czernin) Besseres und Gründlicheres gewirkt, als irgendein andres Volk der Welt. Das ist da, wo es bekannt ist, eine der stärksten Waffen Deutschlands, für jetzt und nicht minder für die Zeit nach dem Kriege: unsre Feinde wissen sehr wohl, was sie tun, wenn sie Deutschlands Stellung zu diesen Dingen immer wieder zu verschleiern suchen. Darum scheint es mir gut, einen Gedanken näher zu begründen, den Friedrich Naumann in einer der letzten Reichstagssitzungen ausgesprochen hat, den Gedanken nämlich, daß wir Deutschen hier — gerade hier — ureigenstes deutsches Geistesgut besitzen. Das geschieht am wirkungsvollsten, wenn man darstellt, was der Mann, der widerspruchslos als der größte deutsche Denker und als der deutscheste unter den Denkern der Welt anerkannt ist: Immanuel Kant, darüber zu sagen gehabt hat. Das Hauptsächlichste davon hat er ja im Sommer 1795 in der Schrift „Zum ewigen Frieden" ausgesprochen. Für heute habe ich mir die Aufgabe gestellt, den wesentlichen Gedankeninhalt dieser Schrift Kants gemein-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

verständlich darzustellen; ich glaube, daß ich damit dazu helfe, eine der wichtigsten und wuchtigsten Geisteswaffen blank und handlich zu machen, die unser Vaterland besitzt. Denn edel ist der Stahl, woraus sie geschmiedet ist; blank und handlich aber muß sie erst gemacht werden, bevor sie in unsrer Zeit gebraucht werden kann: Wohl sind für den, der sich in die Schrift „Zum ewigen Frieden" hineinarbeitet, Kants Gedanken völlig eindeutig. Aber hineinarbeiten muß man sich, wobei der Ton auf „arbeiten" zu legen ist; die Schrift einfach zu „lesen" ist schlechthin unmöglich, sie erfordert tagelanges Durcharbeiten mit der Feder in der Hand. Der Stil ist schlechthin das Gegenteil dessen, was man flüssigen Stil nennt: jeden Augenblick stößt man auf Satzungeheuer von unübersehbarer Länge und unbeschreiblichen Windungen. Es kommen plötzliche Einschachtelungen, die nicht als solche gekennzeichnet sind und die daher erst nach langer Mühe als solche erkannt werden. Man stößt auf ermüdende Wiederholungen und andrerseits auf zerstreuende Abschweifungen. Mehrfach steht das Wichtigste nicht im Text, sondern in den Fußnoten. Und endlich ist das Ganze nicht als einheitlicher, logisch disponierter Gedankenaufbau angeordnet, sondern es ist in die äußerst bizarre Form eines Friedensvertrages der damaligen Zeit gegossen. Es beginnt mit fünf „Präliminarartikeln", denen drei „Definitivartikel" folgen; dann sind zwei „Zusätze" angehängt, von denen sich der zweite wieder „Geheimer Artikel" nennt. Und schließlich kommt noch ein „Anhang". — Aber, das sei nochmals hervorgehoben, wer sich durch diese unerfreuliche Schale mit festem Entschluß hindurcharbeitet, dem wird reichster Gewinn: nicht nur erkennt er, daß nahezu jeder der schwierigen Sätze die Hülle eines großen, edlen und zweckmäßigen Gedankens ist, sondern es bleibt ihm auch über den Sinn dieser Gedanken niemals irgendein Zweifel.

Was mir heute obliegt, ist nichts als dies: die Gedanken Kants in einer Fassung, die allgemeinverständlich ist, treu wiederzugeben, ohne jede Hinzufügung von Eigenem; eine reine Wiedergabe der Gedanken Kants liegt in meinem heutigen Aufsatze auch da vor, wo ich die direkte Rede ohne Anführungszeichen benutze. Berücksichtigt ist dabei auch das, was, in den Jahren 1784—1798 Kant sonst noch zu diesen Dingen geschrieben hat*).

Kant, der Philosoph, nimmt sich nicht nur stillschweigend, sondern ausdrücklich das Recht, als Philosoph, und gerade als Philosoph, über diese Dinge mitzusprechen. Er sagt darüber wörtlich (und diese Sätze gehören zu den wenigen der Schrift, die auf den ersten Blick durchsichtig sind):

> „Daß Könige philosophieren oder Philosophen Könige würden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen: weil der Besitz der Gewalt das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich verdirbt. Daß aber Könige oder königliche (sich selbst nach Gleichheitsgesetzen beherrschende) Völker die Klasse der Philosophen nicht schwinden oder verstummen, sondern öffentlich sprechen lassen, ist Beiden zu Beleuchtung ihres Geschäftes unentbehrlich."

Also, so verlangt Kant, soll der Staat die Philosophen

> „frei und öffentlich über die allgemeinen Maximen der Kriegsführung und Friedensstiftung reden lassen." —

Und nun wollen wir sehen, wie Kant mitspricht.

---

*) Ich benutze die von Karl Vorländer im Jahre 1914 im Verlage von Felix Meiner in Leipzig herausgegebene Ausgabe der Schrift „Zum ewigen Frieden", die auch jene Ergänzungen aus Kants übrigen Schriften enthält. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wie Kant die Erscheinung „Krieg" sieht.

Im Anfang ist unter allen Menschen, die nebeneinander leben, der Naturzustand gegeben. Dieser Naturzustand ist kein Friedenszustand, sondern ein Zustand des Krieges. Das gilt nicht nur von Menschen, sondern auch von Völkern: Im Naturzustande bedrohen sich nicht nur die Menschen, sondern auch die Völker schon durch die bloße Tatsache, daß sie nebeneinander leben, immerwährend mit Feindseligkeiten. In diesem Naturzustande herrscht ganz unbeschränkt eine gewisse, der menschlichen Natur eingewurzelte, Bösartigkeit. Es ist einer der wesentlichen Züge des Naturzustandes, daß zwischen Menschen, die in ihm leben, und ebenso zwischen Völkern, die in ihm leben, keine verbindlichen Gesetze bestehen, und daß kein Gerichtshof über ihnen steht. Menschen, die untereinander im Naturzustande leben, und ebenso Völker, die untereinander im Naturzustande leben, haben also keine Mittel, ihr Recht gegeneinander durch einen Prozeß zu verfolgen. Sie können ihr Recht vielmehr nur durch Gewalt behaupten. Unter Völkern, die miteinander im Naturzustande leben, ist daher der Krieg die Art, wodurch das eine sein Recht gegen das andre verfolgt.

In der Welt, in der wir heute leben, sind nun die einzelnen Menschen als solche aus dem Naturzustande herausgetreten und dafür in den bürgerlich-gesetzlichen Zustand eingetreten. In diesem bestehen zwischen ihnen verbindliche Gesetze und über ihnen Gerichte, so daß sie ihr Recht untereinander nicht mehr im Wege der Gewalt, sondern im Wege des Prozesses suchen. Dies ist geschehen durch die Errichtung der Staaten. Die Völker (oder Staaten) dagegen stehen untereinander heute noch in dem gesetzlosen Naturzustande, der ein Zustand des Krieges ist: Wenn auch nicht andauernd Feindseligkeiten zwischen ihnen herrschen, so bedrohen sie sich doch immerwährend mit Feindseligkeiten.

Wie Kant die Erscheinung „Krieg" wertet.

Kant macht da eine Entwicklung durch zu immer schärferer Beurteilung: Im Jahre 1786, in seiner Schrift „Mutmaßlicher Anfang der Menschengeschichte" erklärt er zwar auch schon, daß die größten Übel, die gesittete Völker drücken, vom Kriege kommen, und zwar ganz besonders von der andauernden Rüstung auf künftige Kriege. Aber hier macht er noch die eigenartige Einschränkung, ohne ihre andauernde Furcht vor Kriegen würden die Oberhäupter der Staaten ihre Untertanen zu sehr bedrücken. Im Jahre 1790 in seiner „Kritik der Urteilskraft" meint Kant, daß „selbst" der Krieg, wenn er mit Ordnung und Heiligachtung der bürgerlichen Rechte geführt werde, etwas Erhabenes an sich habe. Schon im Jahre 1793 in der Schrift „Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft" heißt aber der Krieg einfach „diese Geißel des menschlichen Geschlechts".

Nun das Jahr 1795 mit der Schrift „Zum ewigen Frieden" selbst: Da ist der Krieg nur noch „das traurige Notmittel im Naturzustande", um durch Gewalt sein Recht zu behaupten, weil da kein Gerichtshof vorhanden ist, der rechtskräftig urteilen könnte. Der immer noch andauernde Naturzustand unter den Völkern, der eben ein immerwährender Kriegszustand ist, ist ein „verworfener Zustand". Beifällig führt Kant den Ausspruch eines Griechen an: „Der Krieg ist darin schlimm, daß er mehr böse Leute macht, als er deren wegnimmt." Die Vernunft vom Throne der höchsten moralisch gesetzgebenden Gewalt herab verdammt den Krieg als Rechtsgang schlechterdings, macht dagegen den Friedenszustand zur unmittelbaren Pflicht. Vernunft macht dem Menschen zur Pflicht, den Weg zum ewigen Frieden zu gehen, nach Freiheitsgesetzen sollte er das tun. Kant versteht es wohl, daß die alten Israeliten nach einem erfochtenen Siege ihrem Gotte, der ja nur ein Stammesgott war, als dem „Herrn der Heerscharen" Lob-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gesänge darbrachten, aber er erklärt, daß, wenn auch heutzutage nach einer Schlacht das siegreiche Volk dasselbe tue, dies unvereinbar sei mit der moralischen Idee, die der heutige Mensch von Gott als dem Vater der Menschen habe. Und er fügt hinzu, es möchte wohl für ein Volk nicht unschicklich sein, wenn es beim Friedensschlusse außer dem Dankfeste für den Sieg auch einen Bußtag ausschreiben würde, um im Namen des Staates den Himmel um Gnade anzurufen für die große Versündigung, die das menschliche Geschlecht sich noch immer zuschulden kommen lasse: die Versündigung nämlich, daß die Völker der Erde sich im Verhältnis zueinander immer noch keiner gesetzlichen Verfassung fügen wollten, sondern lieber das barbarische Mittel des Krieges gebrauchten.

Diese Gesichtspunkte bleiben in Kants Geiste übrigens auch in den Jahren herrschend, die erst nach dem Erscheinen der Schrift „Zum ewigen Frieden" kommen. So sagt er im Jahre 1798 in der Schrift „Der Streit der Fakultäten", der Krieg sei dem Zwecke einer idealen Jugendbildung abträglich, erst mit der Beseitigung des Krieges werde wenigstens das Hindernis entfernt sein, das dem Menschengeschlechte den Weg zum Fortschritt sperre. Weiter nennt Kant in dieser Schrift den Krieg den Quell aller Übel und der Verderbnis der Sitten, den Zerstörer alles Guten und das größte Hindernis des Moralischen. Er nennt das Schlachten der Menschen im Kriege eine Umkehrung des Endzweckes der Schöpfung selbst. Und er macht sich endlich ein Wort des Philosophen Hume über den Krieg zu eigen, das schärfer ist als alles bisher Angeführte. Ich empfehle, es bei Kant selbst nachzulesen*).

Welche allgemeine Forderung Kant daraufhin aufstellt.

Kant bekennt: Die moralisch-praktische Vernunft in uns spricht ihr unwiderrufliches Veto aus: Es soll kein Krieg sein. Die Völker sollen aus dem Naturzustande herausgehen und einen gesetzlichen Zustand unter sich begründen. Jedes einzelne Volk kann und soll von jedem andern fordern, mit ihm in eine Verfassung zu treten, die der bürgerlichen ähnlich ist, und wo jedem Volke sein Recht gesichert werden kann. Die bisher bestehende Abneigung der Völker gegen diesen Schritt ist durchaus dasselbe wie die Anhänglichkeit der Wilden an ihre gesetzlose Freiheit, die sich lieber unaufhörlich balgen wollen, als sich einem gesetzlichen, von ihnen selbst zu begründenden Zwange zu unterwerfen, die mithin die tolle Freiheit der vernünftigen vorziehen. Was Kant dem noch hinzufügt, bitte ich nachzulesen in seiner Schrift selbst: es steht in der Ausgabe bei Vorländer auf Seite 17, Absatz 2. Aus diesem gesetzlosen Zustande der Wilden sollen also die Völker hinausgehen, und sie sollen in einen Völkerbund treten, wo jedem, auch dem kleinsten Staate, seine Sicherheit und seine Rechte gewährleistet sind: nämlich nicht durch seine eigene Macht oder seine eigene rechtliche Beurteilung, sondern allein von diesem großen Völkerbunde, von dessen vereinigter Macht und von dessen Entscheidung nach den Gesetzen des in ihm vereinigten Willens. Der „ewige Friede" ist mehr als ein bloß chimärischer Zweck; es ist Pflicht, auf ihn, der das höchste politische Gut ist, hinzuarbeiten.

Wie Kant diese allgemeine Forderung philosophisch begründet.

Kant betont immer wieder, daß der ewige Friede nicht bloß ein physisches Gut sei, sondern daß es Pflicht sei, ihn herbeizuführen. Es handelt sich hier, sagt Kant, nicht um eine bloße Kunstaufgabe für den Politiker, sondern um eine

*) In der Ausgabe von Vorländer steht es auf S. 74, im letzten Absatze. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sittliche Aufgabe. Die Sache muß nicht angefaßt werden als bloßes Problem der Staats-Klugheit, sondern als eine Angelegenheit der Staats-Weisheit. Würde man bloß die Maßstäbe der gewöhnlichen niederen Klugheit anlegen, so wäre die Sache technisch sehr verwickelt und das Ergebnis zudem ungewiß. Fragt man dagegen die Weisheit, so drängt sich die Lösung sozusagen von selbst auf. Dann gilt nämlich das Wort: Trachtet allererst nach dem Reiche der reinen praktischen Vernunft und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch euer Zweck (die Wohltat des ewigen Friedens) von selbst zufallen. Das bedeutet praktisch: So wie der einzelne Mensch, so muß auch jeder Staat den Grundsatz anerkennen: Handle so, daß du wollen kannst, der Grundsatz, nach dem du handelst, solle ein allgemeines Gesetz werden.

Auch der Staat darf also seine Handlungen nicht nach Vorteilen und Nachteilen einrichten, sondern nach der Rechtspflicht: Die Welt ist übrigens so eingerichtet, daß, je weniger jemand (Mensch oder Staat) bei seinem Handeln nach den Vorteilen fragt und je mehr er dies Handeln lediglich von den Grundsätzen der Moral abhängig macht, er tatsächlich desto größeren Vorteil — nicht nur sittlichen, sondern auch physischen Vorteil — zu haben pflegt. Die wahre Politik kann daher keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben; wenn sie das tut, und nur wenn sie das tut, so wird mancher Knoten entzwei gehauen, den aufzulösen der Politik ohne Moral unmöglich ist. Die wahre Politik muß den Mut haben, sich zu entscheiden: Sie kann auch nicht etwa hinter einem Mittelding von Recht und Nutzen herlaufen, sondern sie muß schlechtweg ihre Knie vor dem Rechte beugen, dann, aber nur dann, kann sie dafür auch hoffen, wenn auch langsam, zu einer Stufe zu gelangen, wo sie „beharrlich glänzen" wird. Wenn die Staatskunst nicht darauf ausgeht, zu erwirken, daß die Politik mit der Moral zusammenstimme, dann ist alle Klügelei der Staatskunst in Wahrheit nur Unweisheit und verschleierte Ungerechtigkeit. Am Ende gilt der Satz: Ehrlichkeit ist besser, denn alle Politik. So geht der Weg zur Herstellung des „ewigen Friedens". Wobei übrigens immer besonders zu betonen ist, daß es sich hier nicht etwa um „Philanthropie", sondern schlechtweg um das Recht handelt: Durchaus zu verwerfen ist eine Politik, die in diesen Dingen doppelzüngig mit dem Begriffe der „Menschenliebe" arbeitet. Solcher Politik ist es nämlich ein Leichtes, alles auf „Wohlwollen" abzustellen und sich mit dieser, ihrem Wesen nach nur bedingten, Pflicht in jedem Falle nach Gutdünken abzufinden. Es geht ja aber um ganz etwas andres, nämlich um das Recht der Menschen: und vor dem hat die Politik eben einfach ihre Knie zu beugen.

Ein jedes Volk nun aber, das darauf bestehen wollte, in dem heutigen Naturzustande zwischen den Völkern, das ist also in immerwährendem Kriegszustande, zu beharren, das beginge eine andauernde Verletzung der Rechte aller andern Völker: nämlich durch die Anmaßung, Richter in seiner eigenen Sache zu sein und andern Menschen keine Sicherheit wegen ihrer Güter lassen zu wollen als bloß seine eigene Willkür. Darum verlangt das Recht von jedem Volke, daß es aus diesem Naturzustande in den gesetzlichen Zustand zwischen den Völkern hinübergehe. Es ist nicht erst lange zu fragen, ob theoretisch der „ewige Friede" ein Ding oder ein Unding sei, sondern es ist Pflicht, auf alle Fälle so zu handeln, als ob er ein „Ding" sei. Es ist Pflicht, darauf hinzuwirken, ihn herbeizuführen und dem „heillosen Kriegführen", worauf, als auf ihren Hauptzweck, bisher alle Staaten ihre inneren Anstalten gerichtet haben, ein Ende zu machen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wie Kant seine allgemeine Forderung gegen Angriffe verteidigt.

Die Angreifer sind das Geschlecht, das Kant ironisch „die Praktiker" nennt. Es sind die „staatsklugen Männer", von denen Kant sagt, daß sie sich der Praxis rühmen, aber mit Praktiken umgehen: die Moral ist ihnen eine bloße Theorie*). Diese „Praktiker" lehren die trostlose Lehre: „Mag auch das Menschengeschlecht durch Moral, Recht und wahre Politik verpflichtet sein, das zu tun, was zum ewigen Frieden führt, und mag sich auch zu diesem Sollen noch das Können gesellen: an Einem wird es immer fehlen, nämlich daran, daß das Menschengeschlecht das, was es hiernach soll und kann, auch wolle. Wer, der die Gewalt in Händen hat, wird sich Gesetze vorschreiben lassen? Welcher Staat, der einmal in der Lage ist, daß er keine Gesetze über seinem Willen anzuerkennen braucht, wird sich darüber, wie er gegen andre Staaten sein Recht suchen soll, von dem Richterstuhl eines Völkerbundes abhängig machen? Zweifelt jemand daran, daß zu allen Zeiten ein Teil der Menschheit, sobald er sich einem andern Teile der Menschheit überlegen fühlt, diese Überlegenheit stets gebrauchen wird, um den Schwächeren zu berauben und womöglich zu beherrschen? Und zwar selbst dann, wenn der Schwächere ihm gar nicht im Wege ist."

Ja, sagt Kant, der Grundfehler, den diese „Praktiker" machen, ist aber der, daß sie eine ganz falsche Vorstellung von ihrer Erkenntnisfähigkeit haben. Gewiß, sie kennen einen ganzen Haufen Menschen, das bringen ihre Berufsgeschäfte so mit sich. Aber nun bilden sie sich ein, daß sie deshalb auch den Menschen kennten und wüßten, was aus ihm gemacht werden kann. Dazu aber gehört eben ein höherer Standpunkt der Beobachtung als die Praktiken, die ihr Leben ausfüllen, ihn ihnen gewähren. Ihnen steht nichts zu Gebote als eine Anzahl roher Einzelerfahrungen: über Grundsätze des Staatslebens nach Rechtsbegriffen urteilen, das können sie aber eben nicht. Sie klammern sich an jene Einzelerfahrungen und drücken sich an der Idee vorbei, und wenn sie nun, mit solchen Begriffen versehen, versuchen, sich an das Staatsrecht und an das Völkerrecht zu machen, so können sie das nur „mit dem Geiste der Schikane" tun.

Freilich, wenn es keine Freiheit und kein darauf begründetes moralisches Gesetz gibt, sondern alles was geschieht oder geschehen kann, bloßer Mechanismus ist, dann ist der Rechtsbegriff ein sachleerer Gedanke, und dann haben jene „Praktiker" recht. Dann sind die Menschen eben nichts weiter als lebende Maschinen, Maschinen, die, weil sie im Gegensatz zu andern Maschinen auch noch das Bewußtsein haben, daß sie nicht freie Wesen sind, sich selbst als die elendesten unter allen Weltwesen vorkommen müssen. Aber wie reimt sich, so fragt Kant, mit einer solchen Annahme die Tatsache, daß der Mensch die Achtung vor dem Begriffe „Recht" nun einmal schlechterdings nicht los werden kann? Auch die „Praktiker" entschließen sich ja nicht, das Wort „Recht" aus der Politik zu verbannen. Ja, selbst in der Kriegspolitik sprechen sie noch von „Recht", obwohl das auf diesem Gebiete tatsächlich ein Widerspruch in sich selbst ist: Denn der Naturzustand, dessen Ausdruck der Krieg ist, kennt eben seinem Wesen nach weder Gesetz noch Recht, weshalb es auch in Wahrheit sinnlos ist, wenn ein kriegführendes Volk von dem andern behauptet, es sei ein ungerechter Feind: zu erklären, wer von zwei Feinden recht und wer unrecht habe, das setzt ja schon einen Richterspruch voraus, der im Naturzustand eben nicht zu haben ist. Und der Sieg entscheidet nur darüber, wer die Gewalt, aber nicht darüber, wer recht hat. Aber immerhin, nicht einmal hier, wo der Begriff „Recht" sinnlos ist, bringt der Mensch es fertig,

*) Es ist dasselbe Geschlecht, das wir heute als die „Realpolitiker" (in Anführungszeichen) zu bezeichnen pflegen. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ihn nicht anzuwenden — ein Zeichen, wie unausweichlich Recht und Moral sich dem Bewußtsein des Menschen als unbedingt gebietende Gesetze aufdrängen. — So zeigt uns Kant, wie, im Gegensatze zu der trostlosen Lehre jener „Praktiker", der tiefste Wille der Menschheit in Wahrheit gerichtet ist.

In was für „verzweifelte Folgerungen" man übrigens unvermeidlich gerät, wenn man sich der Lehre jener „Praktiker" gefangen geben und dementsprechend nicht annehmen will, daß die „reinen Rechtsprinzipien", die die Organisierung der Völker verlangen, auch in der Welt der Wirklichkeit ausführbar seien, darüber spricht sich Kant ungemein deutlich aus: Dann reiben sich, so sagt er, die Völker untereinander auf, doch so, daß von dieser Rasse immer noch genug übrig bleibt, um dieses Spiel bis zu den entferntesten Zeiten nicht aufhören zu lassen: damit nämlich eine späte Nachkommenschaft an ihnen dereinst ein warnendes Beispiel sich nehmen könne. Wobei dann allerdings, sagt Kant, es unmöglich scheint, die Vorsehung deswegen zu rechtfertigen, daß sie einen solchen Schlag von verderbten Wesen, wie es die Menschen dann sind, überhaupt jemals auf Erden hat erscheinen lassen.

Worin Kant die Gewähr sieht, daß seiner allgemeinen Forderung Erfüllung werde.

„Das," sagt Kant, „was diese Gewähr leistet, ist nichts Geringeres als die große Künstlerin Natur."

Wohl hat diese den Krieg zunächst zu einem ganz bestimmten Zwecke auf den Menschen „gepfropft": nämlich um die Gattung Mensch durch das gegenseitige kriegerische Drängen der Völker über die ganze Erde zu verbreiten. Darum schätzen alle Völker, solange sie Wilde sind — für Wilde erachtet Kant auch noch die Europäer der Ritterzeiten — es für wertvoll, daß Krieg sei. Übrigens ist nach Kants Meinung auf diesen Stufen der Völkerentwicklung die Kriegsgefahr das Einzige, was den Despotismus der Gewalthaber mildern kann. Auf diesen Entwicklungsstufen behandelt die Natur die Menschengattung noch schlechtweg als „eine Tierklasse".

Aber mit der fortschreitenden Entwicklung ändert sich das. Mit ihr läßt die Natur gegenüber der ursprünglich dem Menschen eingewurzelten Bösartigkeit mehr und mehr eine, zwar von Anfang an vorhandene, aber zunächst schlummernde, moralische Anlage wachsen, die versucht, über jenes böse Prinzip im Menschen Meister zu werden. Von da ab beginnt der Rechtsbegriff, eine Macht zu sein. Und die Natur „will" unwiderstehlich, daß das Recht zuletzt die Obergewalt erhalte. Und zwar, um endlich ihre höchste Absicht zu erreichen, nämlich einen allgemeinen weltbürgerlichen Zustand der Menschheit als „den Schoß", worin alle ursprünglichen Anlagen der Menschengattung entwickelt werden können. Einen Zustand, wo kein menschliches Staatswesen dem andern mehr gewalttätig schaden und wo ein jedes seine Interessen nur so wahren kann, daß es sich ans Recht hält — wobei es dann aber auch mit Grund hoffen kann, daß seine Genossen ihm darin zu Hilfe kommen.

Die Natur „will", das heißt aber: sie tut es selbst, die Menschen mögen wollen oder nicht. Und zwar ist es eben die Zwietracht der Menschen, die die Natur benutzt, um unter ihnen, selbst wider ihren Willen, Eintracht emporkommen zu lassen: Der gesetzlose Naturzustand der Völker (in dem sie auch heute noch stehen) bedingt immer wiederholte Kriege und in den Zwischenpausen eine „überspannte und niemals nachlassende" Rüstung zum Kriege. Diese Rüstung wird immer schwerer, denn die Heere werden immer zahlreicher, die Arten der Waffen auch, und beides wird immer teurer. Was in den Pausen, die ein bewaffneter Friede ausfüllt, gespart wird, ist weniger als das, was dann der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nächste Krieg kostet. Die Erfindung der Staatsschulden, womit dieser Aufwand bestritten wird, ist ein sinnreiches Hilfsmittel, aber eins, das zuletzt sich selbst vernichtet. Und der Krieg selbst wird allmählich ein ganz künstliches, in seinem Ausgange für beide Parteien völlig unsicheres Unternehmen. So wird es denn schließlich der unvermeidliche Ausgang der Not sein, in die sich die Menschen durch den Krieg gegenseitig versetzen, daß die Staaten zu dem Entschlusse gezwungen werden, „ihre brutale Freiheit aufzugeben und in einer gesetzmäßigen Verfassung Ruhe und Sicherheit zu suchen". Sie werden es verzweifelt ungern tun, genau so ungern, wie einstmals der wilde Mensch sich in den Staatszwang bequemt hat. Aber sie werden es tun, weil sie müssen. Und das Ergebnis wird dadurch beschleunigt werden, daß alle Staaten der Erde durch Handel und Gewerbe allmählich so miteinander verkettet werden, daß jede Erschütterung eines Staates von allen Staaten gefühlt wird: Der Handelsgeist, der sich früher oder später jedes Volkes bemächtigt, kann mit dem Kriege zusammen nicht bestehen. So arbeitet — menschlichen Augen unbemerkt, aber beständig fortgehend — im Naturlaufe ein gutes Prinzip daran, sich im menschlichen Geschlecht eine Macht und ein Reich zu errichten, das den Sieg über das Böse behauptet und unter seiner Herrschaft der Welt einen ewigen Frieden zusichert. Es zeigt sich auch hier wieder das Naturgesetz, daß das moralische Böse sich selbst zuwider und zerstörend ist, und daß es so dem Prinzip des Guten, wenngleich durch langsame Fortschritte, Platz macht. Wohl arbeitet gegenwärtig die Menschengattung noch absichtlich an ihrer eigenen Zerstörung durch Kriege; aber die Natur hat die Menschen zu vernünftigen Geschöpfen gemacht, die immer an Kultur wachsen: So ist es berechtigt, von kommenden Jahrhunderten einen Glückseligkeitszustand der Menschheit zu erwarten, der nicht wieder rückgängig zu machen sein wird. Mag die Idee der Organisierung der Menschheit auch zunächst schwärmerisch erscheinen und zunächst verlacht worden sein: ihre Verwirklichung ist eben doch, kraft des Wirkens der Naturgesetze, der unvermeidliche Ausgang der Not.

Wie Kant seine allgemeine Forderung im einzelnen ausgestaltet.

Kants Einzelvorschläge zum „ewigen Frieden" haben einiges Gemeinsame, was vorwegzunehmen ist: Kant geht nämlich davon aus, daß die „Staatsklugheit" der reinen Machtpolitik in Wahrheit keine Staatsklugheit ist. Kant hält es weiter für die „eigentliche Aufgabe der Politik", dem Wunsche der Menschen nach Glückseligkeit gerecht zu werden*). Kant verkündet drittens, daß jede politische Handlung von vornherein das Brandmal des Unrechts trage, wenn sie aus Grundsätzen erwachsen ist, die es nicht vertragen würden, daß man sich öffentlich zu ihnen bekennte: dementsprechend verwirft Kant zum Beispiel das Spionenwesen sowohl für den Krieg wie für den Frieden. — Kant hält es zwar für verkehrt, Reformen verfrüht und mit Ungestüm herbeizuführen: man soll kein bestehendes, auch kein bestehendes verhältnismäßig schlechtes, Band innerhalb eines Staates oder zwischen Staaten zerreißen, ehe man einen besseren

*) Siehe den Anfang des Absatzes 3 auf S. 55 in der Ausgabe von Karl Vorländer: Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß sich Kant hier zu der Lehre von dem größtmöglichen Glücke der möglichst Vielen als dem Zwecke des Staates bekennt, also zu einem Grundsatze, den ein sehr bekannter Berliner Hochschullehrer in seinem, zu Beginn des Weltkrieges erschienenen Buche „Händler und Heldengeist" für „hundsföttisch" erklärte.
D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ersatz in Bereitschaft hat: Aber es ist immer noch besser, wenn man sich in solchen Dingen übereilt, als wenn man — unter dem Vorwande der „Praktiker", der Mensch sei des Guten im Sinne der Vernunftidee doch nicht fähig — bestehende Rechtswidrigkeiten beschönigt, nach besten Kräften das Besserwerden vereitelt und die Rechtsverletzung verewigt. Die Besserung *soll* durch Reformen herbeigeführt werden und nicht durch Revolutionen; treten aber Revolutionen auf — und es liegt im Laufe der Natur, daß sie nicht ausbleiben —, so werden weise Staatslenker die Revolution nicht mißbrauchen, um eine noch größere Unterdrückung zu beschönigen; sondern sie werden erkennen, daß in den Revolutionen eben die Natur nach gründlichen Reformen ruft und werden dementsprechend handeln.

Und nun zu Kants Einzelvorschlägen, wie er sie auf dieser gemeinsamen Grundlage zur Ausführung seiner allgemeinen Forderung macht: Um den Naturzustand zu beseitigen, der heute noch zwischen den Völkern herrscht und der, wie dargelegt, im Grundsatze der immerwährende Krieg ist, sollen die Völker der Erde einen *Friedensbund* schließen, der alle Kriege auf immer zu endigen sucht. Die wirksamste Form dieses Friedensbundes wäre der Zusammentritt der Völker zu einem Völker*staate* mit einer gemeinsamen obersten gesetzgebenden Gewalt. Kant glaubt aber, daß dies nicht der Weg sein wird, den die Staaten werden gehen wollen. Für das gegebene und schließlich auch genügende Ersatzmittel hält er einen Völker*bund* (Kant braucht außer diesem Worte auch das Fremdwort „Föderalism"). Der wesentliche Inhalt des Völkerbundes soll der sein, daß die Völker darin übereinkommen, „ihre Streitigkeiten auf zivile Art, gleichsam durch einen Prozeß, nicht auf barbarische (auf Art der Wilden), nämlich durch Krieg zu entscheiden". Der Völkerbund geht nicht darauf, daß irgendeiner der Staaten, die ihm beitreten, neue Macht hinzuerwerben solle, sondern lediglich darauf, daß jeder der beitretenden Staaten für sich und die andern Beitretenden die Freiheit erhalten und sichern will.

Zum Beitritte zu einem solchen Völkerbunde sind aber nur solche Staaten reif, die bereits in sich selbst ihre bürgerliche Verfassung bestmöglichst geordnet haben. — Kant verlangt, daß die Staaten, die sich zu dem „Föderalism" zusammentun und auf ihn das Völkerrecht gründen, *freie* Staaten sein sollen. Unter einem freien Staate versteht er einen Staat, wo der Regierung nur die ausführende Gewalt zusteht, wo dagegen die gesetzgebende Gewalt, von dieser ausführenden getrennt, „repräsentativ" ist, also von Volksvertretern ausgeübt wird. Eine solche Verfassung nennt Kant „republikanisch" und stellt dementsprechend die Forderung auf, „die bürgerliche Verfassung in jedem Staate solle republikanisch sein". Er versteht also unter „republikanisch" etwas andres, als was wir heute darunter verstehen, nämlich nicht eine bestimmte Staatsform, sondern eine bestimmte Regierungsart in einem Staate. Was die Staatsform angeht, so spricht Kant ausdrücklich aus, daß die von ihm geforderte republikanische Regierungsart am besten unter der Staatsform der Monarchie gedeihe. Er erklärt, daß an der Regierungsart dem Volke unendlich viel mehr gelegen sei als an der Staatsform. Zum Wesen der republikanischen Regierungsart gehört für Kant allerdings, daß die Staatsbürger selber (das bedeutet im Sinne seiner übrigen Ausführungen: durch ihre parlamentarischen Vertreter) das Recht haben, zu beschließen, ob Krieg sein solle oder nicht. Eine Verfassung, die eine solche Regierungsart vorschreibt, ist nach Kant die „ewige Norm" für alle bürgerliche Verfassung überhaupt und entfernt allen Krieg. Die Forderung, daß jeder Staat eine solche Verfassung einführe, ist, so lehrt Kant, nicht auf Klugheit, sondern auf Pflicht gegründet. Deshalb sind auch alle Einwände der „Praktiker", die, gestützt auf angebliche Naturnotwendigkeiten oder schlechte Erfahrungen aus der Ge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schichte, gegen diese Forderung an-„vernünfteln", nicht zu hören: Bei Anführung der angeblich schlechten Erfahrungen aus der Geschichte, sagt Kant, vergäßen diese „Praktiker" übrigens gewöhnlich, daß keine der sogenannten „Republiken" des Altertums ein repräsentatives System gekannt habe. Wohl ist diese Verfassung — die einzige, die dem Rechte der Menschen vollkommen angemessen ist — auch die, die am schwersten zu stiften und erst recht am schwersten zu erhalten ist. Aber auch hier kommt die Natur dem in der Vernunft begründeten Willen zu Hilfe: Auch hier benutzt sie dazu gerade die selbstsüchtigen Neigungen der Menschen: die hat sie so gestaltet, daß diese Neigungen, wenn sie in einer Menge von Menschen vorhanden sind, bei richtiger Organisation dieser Menge ihre zerstörenden Wirkungen gegenseitig aufheben. Und eine solche Organisation zu schaffen, das liegt im Vermögen der Menschen, ja, dieses Problem würde, so sagt Kant, selbst für ein Volk von Teufeln lösbar sein, wenn sie nur Verstand hätten: Es handelt sich hier eben nicht um eine moralische Besserung. Sondern nur darum, daß der richtige Mechanismus geschaffen werde, um den Widerstreit der unfriedlichen Gesinnungen in einem und demselben Volke so zu regeln, daß die Menschen, die diese Gesinnung hegen, sich gegenseitig selbst nötigen, im Interesse Aller sich in den Frieden der Gesetze zu begeben.

Wenn die Staaten der Erde den Völkerbund schließen, dann sollen sie nach Kants Willen zugleich die folgenden Grundsätze annehmen: Zunächst den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts eines jeden, kleinen oder großen, für sich bestehenden Staates. Denn ein Staat ist „nicht eine Habe, er ist eine Gesellschaft von Menschen, über die niemand anders als er selbst zu gebieten und zu disponieren hat". Dann den Grundsatz der Nichteinmischung: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staates gewalttätig einmischen". Ferner die allmähliche („mit der Zeit") Beseitigung der stehenden Heere; an deren Stelle sollen Milizen treten („ganz anders ist es mit der freiwilligen periodisch vorgenommenen Übung der Staatsbürger in Waffen bewandt, sich und ihr Vaterland dadurch gegen Angriffe von außen zu sichern.") Dann sollen diese Staaten darauf verzichten, Staatsschulden „in Beziehung auf äußere Staatshändel" zu machen; Staatsschulden sollen vielmehr nur noch „zum Behufe der Landesökonomie" zulässig sein. Endlich soll zwar unter den Angehörigen der durch den Völkerbund verbundenen Staaten der Erde ein „Weltbürgerrecht" bestehen; aber der Inhalt dieses Weltbürgerrechtes soll sich darauf beschränken, daß jeder Angehörige jedes Staates das Recht hat, den Boden jedes andern Staates zu besuchen und den Versuch zu machen, mit den Einwohnern in Verkehr zu kommen. Damit ist er noch kein Gast: um Gastrecht zu erwerben, dazu würde es in jedem Falle eines besonderen Vertrages bedürfen.

Den natürlichen Schluß dieses Aufsatzes müssen die Gedanken bilden, die Kant auch an den Schluß seiner Schrift „Zum ewigen Frieden" gestellt hat. Es sind diese Gedanken: Die Pflicht gebietet also, den heute noch bestehenden Zustand der Gesetzlosigkeit zwischen den Staaten der Erde in einen Zustand umzuwandeln, wo diese Staaten ein gemeinsames öffentliches Recht anerkennen. Und zugleich besteht begründete Hoffnung, daß jene Pflicht erfüllt, daß dieser Zustand eines öffentlichen zwischenstaatlichen Rechtes wirklich gemacht werden kann, obgleich nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Annäherung. Darum ist der e w i g e F r i e d e, der auf die bisherigen sogenannten „Friedensschlüsse" (fälschlich so genannt, denn sie waren eigentlich nur Waffenstillstände) folgt, keine leere Idee, sondern eine Aufgabe. Diese Aufgabe wird nach und nach gelöst werden: wir

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kommen ihrem Ziele — weil die Zeiten, in denen gleiche Fortschritte geschehen, hoffentlich immer kürzer werden — beständig näher,

Wozu dann noch der Satz tritt, den Kant, gleich als ob er ihn eigens für das mühselige und beladene Geschlecht des Weltkrieges geprägt habe, im Jahre 1798 im „Streit der Fakultäten" wörtlich so verkündet hat:

> „Die Nachwehen des gegenwärtigen Krieges aber können dem politischen Wahrsager das Geständnis einer nahe bevorstehenden Wendung des menschlichen Geschlechts zum Besseren abnötigen, das schon jetzt im Prospekt ist."

Fidelis.

Der Aufstieg der Begabten.

III.*)

Alle noch so gut gemeinten Mühen um die Auslese und den Aufstieg der Begabungen werden mit innerer Notwendigkeit ein Glücksspiel bleiben, alles bloße Suchen nach Talenten wird so lange unzureichend sein, als es nicht gelingt, womöglich jeden Einzelnen auf den ihm am meisten angemessenen Platz im Wirtschafts- und Gemeinschaftsleben des Volkes tatsächlich hinzuweisen. Wir stehen in diesem Punkte offenbar ganz am Anfang einer unabsehbaren Entwicklungsreihe; den Einzelnen vor dem in den meisten Fällen entscheidenden Lebensschritt gründlich und unparteiisch zu beraten, dem Volksganzen aber nach Möglichkeit eine zweckwidrige Verteilung (um nicht zu sagen Vergeudung) geistig-sittlicher und körperlicher Kräfte zu ersparen — dies Ziel wird erst dann befriedigend erreicht werden, wenn die Berufsberatung ständige und allgemeine Einrichtung wird.

Was vor dem Kriege an öffentlichen Berufsberatungen in Deutschland vorhanden war, erstreckte sich ganz vorwiegend auf die werktätigen Berufe und konnte schon um seiner spärlichen örtlichen Vertretung willen nur von vergleichsweise geringer Wirkung im Sinne einer allgemeinen und zweckmäßigen Auslese sein. Daneben traten ganz vereinzelte Versuche von Vertretern verschiedener (meist akademischer) Berufe hervor, in reiferen Schülern höherer Lehranstalten durch Vorträge ein erstes, vorbereitendes Verständnis für die besonderen Anforderungen und Aussichten dieser oder jener Laufbahn zu wecken. So segensreich derartige Aufklärungen nach vertrauenswürdigem Urteil sein mögen, so sind sie doch zweifellos nur ein kleines, wenn auch nicht unwichtiges Bruchstück dessen, was seitens der höheren Schulen für die Zukunft zu erwarten bleibt. Zum mindesten dürfte deren ständige und planmäßig auszubauende Fühlungnahme mit den verschiedenen Standesvereinen, mit Berufsberatungsstellen u. dgl. m. unabweisliche Pflicht sein.

Was im übrigen gerade die höheren Schulen, schließlich aber auch alle anderen Lehranstalten, selbsttätig leisten oder zum mindesten veranlassen sollten, ist die eingehende und frühzeitige Beschäftigung mit dem Gedanken an die künftige bestmögliche Verwendung ihrer Zöglinge in diesem oder jenem Berufe. Diese Forderung darf natürlich nicht etwa so aufgefaßt werden, als sollte womöglich eine neue, über das bisherige Berechtigungswesen hinausgehende Ära der Reglementierung eröffnet werden, sondern es gilt, verschiedene, bereits heute gepflegte Einrichtungen weiter auszugestalten; man denke z. B. an die mancherorten ver-

*) Die beiden ersten Teile dieses Aufsatzes befinden sich in Nr. 3 und 4 des „Vortrupp".

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

anstalteten Elternabende, namentlich aber an die Elternsprechstunden, denen die Schulbehörden aus guten Gründen neuerdings besonderen Wert beilegen. Was für ein Segen für alle Beteiligten von diesen und ähnlichen Einrichtungen ausgehen könnte unter der Voraussetzung allseitigen Entgegenkommens und Vertrauens, das ist kaum auszusagen. Wie aber die Dinge heute noch liegen und vermutlich auf lange Zeit hinaus liegen werden, siegen allermeist in Zweifelsfällen die materiellen Erwägungen der Berufswahl über die ideellen und persönlichen, und Augenblicksvorteile werden nur zu oft erkauft mit dem Gefühl lebenslänglichen Unbefriedigtseins oder unfruchtbarer Reue.

Was weiterhin die verschiedenen Möglichkeiten des Aufstiegs innerhalb der einzelnen Berufsarten angeht, so kann im Rahmen dieser Ausführungen nur einiges herausgegriffen werden, was mehr grundsätzliche Bedeutung besitzt oder ein besonderes Interesse für weitere Kreise in Anspruch nehmen darf. — Wenn im ersten Teile von den naturgemäß engen Grenzen die Rede war, in denen ein bestimmender Einfluß der Schule auf Art und Gestaltung der Berufslaufbahn sich zu bewegen hat, so werden wir nunmehr daraus den Schluß ziehen und fordern müssen, daß es künftig noch mehr als Pflicht der Berufe und ihrer gegebenen Vertreter zu gelten haben wird, bei der Auslese und dem Aufstieg Begabter im Sinne der Förderung des Allgemeinwohls tätig zu sein. Verhehlen wir uns nicht, daß manches in dieser Beziehung im argen liegt, ja, nach menschlichem Ermessen nur noch ärger zu werden droht! Unendlich viel ist bereits geredet und geschrieben worden über die Bevorzugung des Adels in der Staatsverwaltung, in der Diplomatie und im Offizierskorps. Wieviel an diesen Vorwürfen gegenwärtig noch zu Recht besteht, bleibe dahingestellt. Von weit größerer Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung will es aber scheinen, daß wir seit Jahren auf dem besten Wege sind, an die Stelle jener Geburtsaristokratie, sicherlich aber neben sie, die Geldaristokratie unbedenklich treten zu lassen. In den beteiligten Kreisen der richterlichen Beamten, der Philologen und Anderer wird z. B. die auffällig häufige Besetzung leitender Stellen durch vermögende Berufsangehörige längst als offenes Geheimnis angesehen, vielleicht sogar als eine Art unentrinnbares Schicksal. Nicht für jeden gleich verständlich ist es ferner, daß sich der Staat so manchen besonders hoffnungsvollen Berufsanwärter entgehen läßt, den das Bewußtsein stark ausgeprägter Selbständigkeit oder voll entwickeltes Verantwortlichkeitsgefühl, nicht selten auch die allzu lange Wartezeit, vom Staatsdienst grundsätzlich fernhält.

Das freischaffende Leben vieler anderer Berufe läßt sich nicht in enge Schablonen fassen; darum wird je und je in allen kaufmännischen Berufen jedes Eingreifen von außen mit engumgrenzten Bestimmungen sich von selbst verbieten. Hier ist jeder seines Glückes Schmied. Hier ist auch die ohnehin in deutschen Landen oft überschätzte theoretische Schulbildung jeglicher Form am wenigsten ausschlaggebend für tüchtige Leistungen, für geschäftliches und gesellschaftliches Emporkommen. Gerade die mehr oder weniger angeborenen Eigenschaften des schnellen Überblickens und der Entschlußkraft, Talent zur Organisation und Anpassung an die jeweils gegebenen Verhältnisse lassen sich auf keiner Schule lehren, am wenigsten auf unseren allgemein bildenden Lehranstalten.

Daß die Erziehung und Ausbildung der Handwerker unter dem zersetzenden Einfluß modernen Lebens besonders kraftvollen und reichbegabten Naturen viel Anziehendes bietet, wird schwerlich jemand behaupten. Und doch warten gerade dieser Berufsgruppen besonders schwierige Zukunftsaufgaben! Wie soll das deutsche Handwerk aller Arten und Grade, zumal im Auslande, den vielberufenen Anspruch auf recht eigentliche „Qualitätsarbeit" voll befrie-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

digen, wenn sich nicht manches sehr bald zum Besseren wendet?! Aus solcherlei Erwägungen fordern denn auch genaue Kenner, daß namentlich die Besserbegabten unter den jungen Handwerkern möglichst frühzeitig geeigneten Fachunterricht erhalten; daneben wird ein planmäßiger Handfertigkeitsunterricht an allen Volksschulen für notwendig erachtet.

Der Aufstieg der Befähigten in Technik und Industrie ist in ganz außerordentlicher Weise an das Vorhandensein ausgezeichneter geistiger Fähigkeiten und wertvoller Charaktereigenschaften geknüpft. Keine Gruppe von Berufen dürfte so sehr wie eben jene den Nachteil davon haben, wenn nach dem Kriege das vielbeklagte Hindrängen zu allen Berufen mit vorwiegend gelehrter Bildung nicht endlich aufhören sollte. Leitende Stellen erfordern, je nachdem, hervorragende organisatorische, künstlerische oder wissenschaftliche Befähigung, nicht selten auch ein großes Ausmaß zweier oder aller drei der genannten. Die Unterführer aber, auch die „gehobenen" Stellen der gelernten Facharbeiter, bedürfen schon im Interesse unseres Wettbewerbes auf dem Weltmarkt neben manchen anderen Dingen der eingehendsten technischen Kenntnisse des Materials und seiner Bearbeitung. Das starke Hinüber und Herüber zwischen Theorie und Praxis auf diesem Gesamtgebiet legt die Frage nahe, ob zum allgemeinen Besten nicht von der Öffentlichkeit mehr Anreize für fachbegabte Naturen zu schaffen sind, so vor allem weitere Fachschulen, die, an die Volksschule anknüpfend, neben den unmittelbaren Berufserfordernissen eine wenn auch bescheidene höhere Allgemeinbildung, und damit den leichteren Zugang zu erstrebenswerten und geachteten Stellungen, ermöglichen.

Wenn für irgendwelche Berufskreise Ersprießliches im Sinne der Förderung Begabter getan werden kann, so sind es die Künstler. Mit jeder, von angeblichen Künstlern hergestellten Schundpostkarte, die du kaufst, unterstützest du die selbstüberhebliche Mittelmäßigkeit der allzuvielen „Talentierten"; mit jedem Reklamekonzert, das wer weiß welcher „konservatorisch gebildete" Musiklehrer veranstaltet, bereicherst du gegebenenfalls — die Konzertagentur; und der wahren Kunst und ihren Jüngern, zu denen sie sich übers Grab hinaus bekennt, wäre besser gedient, wenn Hunderte von Denkmälern nie geschaffen worden wären. Das Bedenklichste bei all diesem gernegroßen Kunstgetue ist die Entfremdung von dem unmittelbaren Fühlen und Empfinden des Volkes. Die Meinung hervorragender Künstler geht denn auch dahin: nur dann sichern wir unserer Kunst einen Nachwuchs aus den Besten, wenn wir die Kunst volkstümlich machen. Wo die Kunst lebendiger Ausdruck des Volksgemütes ist, da „steigen die Begabten von selber auf".

Wenig verschlägt im übrigen der Hinweis auf die vielen „Umgesattelten", die es trotz allem zu hervorragenden Leistungen, zu Ansehen und Anerkennung gebracht haben, und bei denen nach der landläufigen Auffassung gerade der äußere Widerstand der Menschen und der Dinge die eigene Kraft entwickelt haben soll. Derartiges wird es unter allen Umständen in aller Zukunft geben; denn wo Menschen sind, gibt es auch Unvollkommenheiten, Halbheiten und Irrtümer; und Leben ohne Reize und Spannungen ist ein Unding. Man müßte aber von mehr als kindlicher Glaubensseligkeit sein, wollte man wähnen, daß mehr Organisation und Unbefangenheit in Sachen des Aufstiegs der Begabten eine schematische Zweck- und Zielsetzung für den Einzelnen bedeutet, oder gar eine amerikanerhaft anmutende „Rationalisierung" des Daseins, nämlich eine trostlose Verödung des persönlichen Lebens und Verbannung aller Dinge des Gemüts und Gefühls. Ein solch voreiliges Urteil kann nur da aufkommen, wo die Menschennatur in ihren geheimnisvollen Tiefen völlig verkannt wird. Denn wie

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kein Blatt am Baume dem andern in allen Stücken gleicht, so auch keine Menschenblüte der andern, noch ein geschichtlicher Zeitraum, ein Staat, ein Volk dem andern.

Hans Offe.

Die Furcht vor der englischen Sprache.

Bei den Engländern, deren Selbstbewußtsein man sich nicht groß genug vorstellen kann, begegnet man nicht selten der Meinung, daß der Tag nicht fern sei, wo die ganze Welt englisch sein werde, nicht allein durch die Macht ihrer Kriegsschiffe und ihres Geldes, sondern vor allem durch ihre überlegene Kultur und Sprache. Ganz zuversichtlich sagte ein Engländer einige Jahre vor dem Kriege: „Wenn die französische Sprache nichts mehr sein wird als eine Schriftsprache, eine Sprache der Literatur, wird dann nicht die englische Sprache die Universalsprache der zukünftigen Zeit sein? Dank seiner kolonialen Ausdehnung ist England unsterblich."

Das Schlimme bei diesen Tiraden ist nur, daß es bei uns Leute gibt, denen es für ihre Zwecke paßt, denselben Ton anzuschlagen, um uns gruselig zu machen. „Was bedeutet es nicht, daß es jetzt bald 300 Millionen englisch redender Menschen gibt?" rief Treitschke schon vor 25 Jahren voll Besorgnis aus.

Auch Dernburg, der zwar jene phantastischen 300 Millionen fallen läßt, denkt in diesem Punkte fast ebenso pessimistisch. „In der Mitte des 18. Jahrhunderts", so schrieb er 1907, „gab es nur 9 Millionen Engländer und 20 Millionen Deutschredende, heute stehen 135 Englischredenden etwa 75 Millionen Deutschredende gegenüber, weil England in seinen Kolonien nicht nur den Überschuß seines eigenen Volkstums erhielt, sondern auch die europäische, insbesondere deutsche Auswanderung sich assimilierte."

Die Zahlen, die Dernburg gibt, können unmöglich stimmen. Um nicht allzu sehr in die Breite zu gehen, will ich nur die auf die Gegenwart bezüglichen prüfen. Da finden wir zunächst, daß es 1907 sicher weit mehr als 75 Millionen Deutschredende gab. Denn allein im Deutschen Reich lebten ungefähr 60 Mill. Menschen, und wenn es auch nicht lauter Deutsche waren, so sprachen sie doch fast ausnahmslos deutsch, wenigstens als zweite Sprache neben ihrer Muttersprache. In Österreich-Ungarn konnte man, da dort viele Slawen zweisprachig sind, gewiß 25 Mill. Deutschredende zählen. Dazu kamen noch viele Millionen in der Schweiz, in Rußland, in Nord- und Südamerika, in allen Ländern der Erde. Allein in der Nordamerikanischen Union gab es ungefähr 10 Mill. Deutsche. So kommen wir schon auf 100—110 Mill. Deutschredende. Wie Dernburg auf 75 Mill. kommt, ist mir unerklärlich.

Die Liste ist aber noch nicht vollständig. Es gibt außer den Deutschen noch ungefähr 10 Mill. Holländer und Vlamen. Sie haben zwar ihre besondere, nicht-deutsche Schriftsprache, aber diese steht dem Deutschen, wenigstens dem Plattdeutschen, so nahe, daß sie von jedem Niederdeutschen fast ohne Schwierigkeit verstanden werden kann, mit einiger Mühe auch von jedem Süddeutschen. Ein Freund von mir hat ein holländisches Buch, das ihm wegen seiner Fachstudien wichtig war, ohne weiteres übersetzen können, obgleich er nie zuvor mit der holländischen Sprache zu tun gehabt hatte.

Es leben ferner in Polen, Galizien, Rußland, Rumänien und neuerdings namentlich in den Vereinigten Staaten viele Juden (etwa 10 Mill.), die fast alle das Deutsche als einzige oder doch als zweite Sprache gebrauchen, da ihre Vorfahren aus Deutschland eingewandert sind. Zwar ist ihr Deutsch sehr ver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dorben. Aber es gibt ihnen doch die Möglichkeit, ohne zu große Mühe das reine Schriftdeutsch zu lernen. Alle osteuropäischen Juden, soweit sie überhaupt Bildungsziele haben, betrachten Deutschland, nicht Rußland, Polen oder Rumänien, als ihre geistige Heimat, und nicht wenige der Besten unter ihnen sind seit 50 Jahren im Deutschtum aufgegangen und werden auch fernerhin darin aufgehen. Jedenfalls bedeuten diese deutschsprechenden Juden viel mehr als jene Barbaren Afrikas und Polynesiens, die das von der Sprache Shakespeares und Byrons ziemlich abweichende Niggerenglisch sprechen.

Damit komme ich auf den Hauptpunkt. Man kann nämlich nicht so ohne weiteres Sprachgemeinschaft und Interessengemeinschaft gleichsetzen. Dernburg und andere tun so, als wenn alle Englischsprechenden Englischgesinnte wären und die Macht Englands verstärkten. Das ist ganz falsch. Man denke nur an die vielen Irländer, allein in Amerika vielleicht 10 Millionen, die zwar alle Englisch sprechen und deren Bemühungen, das Irische wieder zum Leben zu erwecken, bis jetzt wenigstens sehr wenig Erfolg gehabt haben, die aber trotzdem dem Engländertum mit unversöhnlichem Haß gegenüberstehen. Zugehörigkeit zu einer Sprache ist noch lange nicht Zugehörigkeit zu einer Nation. Von den 135 Mill. Englischsprechenden Dernburgs gehören mehr als die Hälfte der Nordamerikanischen Union an. Die Nordamerikaner sind aber keine Engländer, wenn sie auch augenblicklich mit England Hand in Hand gehen. Man muß daran festhalten, daß englische und amerikanische Interessen grundverschieden sind, und daß die heutige Freundschaft ganz gut wieder einem scharfen Gegensatz Platz machen kann, vielleicht eher als wir denken.

Damit soll nicht behauptet werden, daß Sprachgemeinschaft eine gleichgültige Sache sei. Wer neben seiner Muttersprache nur das Englische kennt, der wird durch die englische Literatur, durch englische Zeitungen, durch persönlichen Verkehr mit Engländern notwendig beeinflußt und kann leicht ganz ins englische Fahrwasser geraten. Deshalb wäre es ganz gut, daß wir, um ein Gegengewicht zu schaffen, auf möglichste Verbreitung unsrer Sprache dächten. Es fragt sich nur, mit welchen Mitteln. Geeignet für diesen Zweck sind nicht Gewaltmaßregeln, die nur Erbitterung erwecken und das Gegenteil bewirken, sondern allein die stille Arbeit unsrer Kultur, die Leistungen unsrer Literatur und Wissenschaft. Durch diese zwingen wir die Gebildeten in allen Ländern, sich mit uns, mit unsrer Sprache, unsern Einrichtungen und Zuständen zu befassen. Und nur auf die Gebildeten kommt es an, wenn wir moralische Eroberungen machen wollen. Welche Sprache die Maoris in Neuseeland oder die Botokuden sprechen, ob Deutsch, Englisch, Spanisch oder allein ihre heimische Mundart, das kann uns gänzlich gleichgültig sein. Aber daß die führenden Geister in allen Kulturvölkern uns näher treten, indem sie Deutsch lernen, das ist allerdings sehr wünschenswert.

Und da haben wir die besten Aussichten. Vor kurzem brachte eine Hamburger Zeitung eine Mitteilung über die Sprache der wissenschaftlichen Dissertationen, die in den 10 Jahren 1904—13 an der finnischen Universität Helsingfors eingeliefert sind. Die Zahl der Dissertationen betrug 258. Nur 52 hatten sich der finnischen Muttersprache bedient, nur 57 der zweiten Kultursprache Finnlands, des Schwedischen. Hingegen fast die Hälfte, 122, hatten deutsch geschrieben. Die übrigen 27 verteilten sich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Lateinisch, Russisch.

Das ist ein sehr bedeutungsvoller Sieg über das Engländertum. Es liegt darin die Anerkennung, daß die deutsche Wissenschaft noch ihren Platz in der Welt behauptet. Wenn wir klug sind, suchen wir diesen Vorteil auszunutzen. Es könnte mit der Zeit dahin kommen, daß alle kleinen Kulturvölker unsre Sprache als Schriftsprache für den wissenschaftlichen Verkehr verwenden. So hat im

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Altertum das kleine Hellas der halben damals bekannten Welt seine Sprache aufgenötigt, nicht durch Gewalt, sondern allein durch die innere Überlegenheit seiner Kultur. Auch Deutschland war schon einmal weiter, als es heute ist, namentlich Dänemark war ums Jahr 1800 kulturell eine deutsche Provinz.

Natürlich bedarf es zu solchen moralischen Eroberungen großer Vorsicht, eines überaus taktvollen Auftretens. Durch Großsprecherei, durch Drohungen und Geprahl werden die vielen kleinen Völker, die Rumänen, die Litauer, die Esten, die Skandinavier usw. nicht für unsre Sache gewonnen, sondern nur durch ruhige Sachlichkeit. Daß die Alldeutschen zur Ruhe verwiesen werden, ist die erste Vorbedingung.

Wenn wir sonst noch etwas tun können, so ist es dies, daß wir unsre Sprache von allerlei häßlichen Auswüchsen reinigen, gegen die wir bisher allzu nachsichtig gewesen sind. Ich denke da z. B. an den abscheulichen Mißbrauch, der neuerdings mit den zusammengesetzten Wörtern getrieben wird. Wörter wie wohnsitzunterstützungsberechtigt, Baugewerksberufsgenossenschaft, volksfortbildungsschulpflichtig, Wasserflugzeugwettbewerb usw., die man heute in den Zeitungen täglich lesen kann und deren sich sogar Behörden ungescheut bedienen, vermindern Schönheit und Ansehen unsrer Sprache. Und auch sonst gibt es, namentlich in der schönen Literatur, in der Lyrik, im Roman, sehr viel Häßliches, Geschraubtes, Unnatürliches zu beseitigen, womit sobald wie möglich der Anfang gemacht werden sollte.

Ernst Müller-Holm.

Was andre sagen

Deutscher Wille. Herausgeber: Dr. Ferdinand Avenarius, Dresden. 31. Jg. 1. Dezemberheft 1917.

Der Wille zum Verständigungsfrieden. Von A. Bonus.

„. . . . . .

In irgendeiner englischen Zeitung war vor kurzem ausgeführt, daß die politischen Parteien in Deutschland, da sie nie zur Verantwortung berufen werden, auch nie Gelegenheit hatten, ein lebendiges Gefühl der Verantwortung zu entwickeln. Es wird in England mit dieser Eigentümlichkeit unsrer Parteiverhältnisse gerechnet. Man erwartet davon den inneren Zusammenbruch. In der Tat, unsre Parteien spekulieren mit politischen Interessen à la baisse und à la hausse wie nur irgendein Privatkapitalist mit Geld. Unsre Hausse-Spekulanten machen ungescheut das Vaterland zur Parteiparole und suchen die Gegner zu einer von ihnen gar nicht gewollten Baisse-Spekulation zu treiben, um sie dadurch um die Volksgunst zu bringen . . . .

. . . . . .

. . . . Es gibt unter uns Leute, die zu Anfang des Krieges sich in Annexionen und Weltherrschaftgedanken berauschten und jetzt in unbegründeter Enttäuschung und Mutlosigkeit womöglich noch zuzahlen möchten. Aber mit solchem Treiben hat der Gedanke vom Verständigungsfrieden nichts zu tun. Er ist völlig unabhängig von Sieg oder Niederlage oder von der Größe des Sieges. Je größer der Sieg ist, desto entgegenkommender höchstens wird eine weise Politik unsrer Meinung nach beim Friedensschluß sein müssen — und sein können. Annexionen sind

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Garantien für das Wiederaufleben des Krieges, nicht für den Frieden.

Unser Wille zu einem Verständigungsfrieden wurzelt nicht in irgendeiner Enttäuschung, sondern in unsrer ganzen vierzigjährigen Friedenspolitik, in der Stimmung vom 4. August 1914, in unsern besten Zukunftshoffnungen, — in der Seele unsres friedliebenden Volkes. . . . . ."

Rund um uns

Überzeugungen und Interessen. Walther Rathenau meint in seinem bekannten Buche „Von den kommenden Dingen", es sei heute „nichts schwerer zu finden als ein Mensch, dessen Überzeugung und Ideal sich nicht mit seinen Interessen deckt"; der Mensch sei überhaupt allgemein zum Interessenten geworden.

Es liegt in diesen Worten eine tiefe, und für unsere Zeit recht beschämende Wahrheit. Daß unsere Überzeugungen von unseren wirtschaftlichen Interessen unabhängig sein sollen, ist wohl den meisten Menschen ganz unverständlich. Wie töricht scheint es, gegen seine Interessen zu handeln! Wenn ich Grundbesitzer bin, so ist es doch selbstverständlich, daß ich die Bodenreform bekämpfe. Bin ich unverheiratet, wie könnte ich da für eine Junggesellensteuer eintreten? Und wie kann man jemandem, der eine reiche Erbschaft zu erwarten hat, zumuten, daß er für eine Einschränkung des geltenden Erbrechts eintritt? Er würde sich ja ins eigene Fleisch schneiden. Der brave Mann denkt an sich selbst — zuerst.

Man kann vielleicht aus solchen Anschauungen dem Einzelnen gar keinen so schweren Vorwurf machen; denn die meisten folgen stets dem Geiste der Zeit, und der kennt heute nichts Höheres als das wirtschaftliche Interesse. Nun können freilich Ansichten und Grundsätze auch aus den Interessen hervorgehen und mit der Persönlichkeit des Menschen ungemein fest verwachsen. Solange man aber die Interessen, wie es gegenwärtig geschieht, fast ausschließlich im materiell-wirtschaftlichen und sogar kraß egoistischen Sinne versteht, sind sie nur ein ganz minderwertiger Überzeugungs*ersatz*, über dessen Gemeinschädlichkeit kein Zweifel herrschen kann.

Wie allgemein sich die egoistische Auffassung eingebürgert hat, ergibt sich aus der Tatsache, daß selbst in unserem Rechtsleben der Begriff der „berechtigten Interessen" (§ 193 des St.G.B.) nur als Eigeninteressen ausgelegt wird, während man ethische und soziale Bedürfnisse der Allgemeinheit nicht als solche anerkennt. — Wer einwerfen wollte, daß meine Überzeugungen doch mit meinen Interessen übereinstimmen müßten, würde dadurch zeigen, daß er überhaupt nicht weiß, was echte Überzeugungen sind. Der Begriff scheint eben wie so mancher andere dem allgemeinen Bewußtsein mehr und mehr entschwunden zu sein. Märtyrer der Überzeugung gibt es kaum noch; vielleicht in der Stille hier und da; in der Öffentlichkeit würden sie als Narren gelten.

Die wahre Überzeugung wurzelt in der Tiefe der sittlichen Persönlichkeit. Sie entwickelt sich auf Grund individueller Anlage als reife Frucht der eigenen Lebenserfahrung und des Nachdenkens darüber. Leicht ist es ja in unserer Zeit mit ihren vielen sich widerstreitenden Interessen und Forderungen nicht, zu einer festen persönlichen Überzeugung zu gelangen; und gerade innerlich reiche und empfängliche Naturen mögen dabei

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

größere Schwierigkeiten haben als einfache, begrenzte und rasch entschlossene Gemüter. Wer sich aber einmal zu einer selbständigen, von innen heraus gewachsenen Lebensanschauung durchgerungen hat, für den ist sie so mit seinem ganzen Wesen eins geworden, daß sie aufzugeben soviel hieße wie die Vernichtung seines geistigen Menschen. Ihre Kraft aber beruht eben darin, daß sie von äußeren Rücksichten unabhängig ist. Tiefe Überzeugungen machen daher innerlich mächtige, freie, aufrechte und aufrichtige Charaktere, die gewiß leicht einmal anstoßen und irren können, denen man aber niemals seine Achtung versagen wird. Nehmen wir dagegen den Mann der Interessen. Er ist gewandt und schmiegsam, weiß sich äußeren Verhältnissen anzupassen, günstige Umstände auszunutzen, ist mit einem Worte der kluge Weltmensch. Gewiß sind auch das schätzenswerte Eigenschaften, wenn es sich nur darum handelt, es in der Welt zu etwas zu bringen. Aber freie, gerade, innerlich kraftvolle Persönlichkeiten bauen sich auf ihnen nicht auf. Wer mit der Fähigkeit, sich den äußeren Lebensumständen anzupassen, nicht auch richtunggebende Überzeugungen vereinigt, wird zum charakterlosen Streber und zum Sklaven seiner Interessen.

Wo die innere Überzeugungskraft fehlt, werden natürlich fremde Ansichten und Meinungen bereitwillig übernommen. Das ist bequem und erfordert kein eigenes Nachdenken. Diesem Bedürfnis kommt nun die Presse in weitestem Maße entgegen. Jeden Tag bringt uns die Zeitung fertige Überzeugungen, die mit der suggestiven Gewalt alles Gedruckten auf uns wirken. So erfahren wir, was wir von diesem oder jenem Gesetzesentwurf zu halten haben, oder welche Art des Wahlrechts die einzig richtige ist. Und damit wir nicht in beunruhigenden Zweifel kommen, hüten wir uns wohl, noch eine andere Zeitung zu lesen. Wenn doch die Leser wüßten, wie die Urteile der Presse zustande kommen, wie sie durchaus berechnete Erzeugnisse ganz bestimmter Interessenkreise sind, die durch das nötige Kapital imstande sind, Tausenden von ahnungslosen Menschen ihre Ansichten aufzudrängen. Uns fehlt vielfach der berechtigte Stolz eigener tiefgewurzelter Grundsätze, die allen mehr zufälligen Interessen überlegen sind. Deshalb unterliegen wir so leicht fremden Einflüssen.

Wenn es so den Einzelnen an selbständiger Überzeugungskraft fehlt, ist es nicht verwunderlich, daß auch die Gesamtheit, seien es Gruppen oder auch das Volk als Ganzes, in ihren Gedanken- und Willensrichtungen schwankt. Nicht nur in unseren von steter Aufregung durchwühlten Tagen! Auch schon vor dem Kriege wurde es beklagt, daß wir eine zielbewußte öffentliche Meinung oder, wie man besser sagt, eine feste Volksüberzeugung nicht besaßen. Entweder blieb sie bei wichtigen Angelegenheiten gleichgültig oder bewies sich als in hohem Maße unsicher. Dasselbe Gepräge zeigte dann auch unsere Politik, einschließlich der äußeren. Denn die Politik der Regierenden oder der Parteiführer steht in inniger Wechselwirkung mit der öffentlichen Meinung. Eine sichere Führung der politischen Geschäfte wirkt festigend auf die Volksüberzeugung, während umgekehrt wieder die Leitung der Staatsangelegenheiten ungemein erleichtert wird, wenn sie sich auf eine zuverlässige Volksstimmung stützen kann. Was man Realpolitik nennt, ist vielfach nichts anderes als Interessenpolitik, die sich nur durch die jeweiligen Umstände bestimmen läßt und augenblicklichen Zwecken anzupassen weiß, aber der festen, unbeirrten Richtung entbehrt, und daher nicht den Eindruck der Kraft, sondern den zaghafter Versuche macht. Doch wie bei einzelnen Menschen, so gilt es auch beim Staate: nur wo das Handeln aus inneren leitenden Grundsätzen, aus Lebensüberzeugungen hervorgeht, hat es die nötige Stoß- und Wirkungskraft, die auch dem Gegner Achtung einflößt.

Paul Sickel.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Elternsprechstunden. Vorbeugen ist leichter als Heilen. In voller Wertschätzung dieser Erkenntnis sind unsere Schulbehörden — wie auch einzelne Schulen aus eigenem Antriebe — seit Jahren bemüht, das für eine wirklich erfolgreiche Erziehungs- und Bildungsarbeit unbedingt erforderliche Einvernehmen und Zusammenarbeiten von Schule und Elternhaus zu wecken und zu fördern. So entstanden bereits vor längerer Zeit die sogenannten Elternabende, die gewiß vielerorten segensreich gewirkt haben.

Diente diese Einrichtung mehr der Erörterung der großen Leitlinien häuslicher und Schulerziehungs- und Bildungsfragen, so fehlte doch immer noch die regelmäßige Gelegenheit, in persönlichen Angelegenheiten der Schüler und der Eltern mit der Schule Fühlung zu nehmen. Wenn solche Sprechstunden auch in manchen Orten seit langem Brauch waren, so deuten doch sichere Anzeichen darauf hin, daß die Praxis dem Ideal — oder vielmehr der zugrunde liegenden Idee — keineswegs immer entsprach. Vor etwa 2 Jahren hat man besonders in Preußen diesen Elternsprechstunden mehr Aufmerksamkeit zugewandt und ihr keine geringe Wichtigkeit beigelegt. Um so nötiger erscheint es, auf einige Hauptpunkte hinzuweisen, ohne deren allgemeine Beachtung die eigentlichen Ziele und Zwecke der Elternsprechstunden schwerlich in befriedigendem Maße erreicht werden dürften.

1. Elternsprechstunden sind keine außerordentliche Leistung der Schule, sondern gehören zu den amtlichen Obliegenheiten der Lehrkräfte; darum ist es dringend geboten, das Vorurteil aufzugeben, als sei deren Benutzung eine „Belästigung" der Schule.

2. Elternsprechstunden sind unter den gegebenen Verhältnissen eine unbedingte innere Notwendigkeit. Durch sie erfährt der Lehrer in zahllosen Einzelfällen von persönlichen Verhältnissen der Schüler, die er ohne sie oft kaum ahnen, geschweige denn richtig bewerten kann. Dazu rechnen z. B. Mitteilungen — oft solche vertraulicher Art — über eigentümliche Familienverhältnisse, über körperliche oder geistig-sittliche Anlagen des Kindes u. dgl. m. Es liegt auf der Hand, daß namentlich der Klassenlehrer, mehr oder weniger aber auch sämtliche übrigen Lehrkräfte, durch derartige Gelegenheiten zu persönlicher Rücksprache erst in die Lage versetzt werden, der berechtigten Eigenart der ihm Anvertrauten voll zu entsprechen.

3. Elternsprechstunden können nur dann recht wirksam sein, wenn sie rechtzeitig benutzt werden. Als „rechtzeitig" ist im allgemeinen die Zeit alsbald nach dem ersten Zeugnis des jeweiligen Schuljahres anzusehen; mitunter wird aber auch dieser Zeitpunkt als reichlich spät zu gelten haben. Grundverkehrt ist es jedenfalls in der großen Mehrzahl der Fälle, so lange zu warten, bis eine bestimmte Veranlassung — nahezu stets: eine betrübliche — zwingt, von der Elternsprechstunde Gebrauch zu machen, z. B. die in Aussicht stehende Nichtversetzung, eine schwere Schulstrafe oder ähnliches. Nicht selten ist es alsdann zu spät, um für Abhilfe mit einiger Aussicht auf Erfolg Sorge zu tragen. Vorbeugen ist leichter als Heilen.

Hans Offe.

„Adams Großvater". Weit entfernt, das was nach meinem Geschmack ist, gleich allen anderen Menschen aufzunötigen, möchte ich doch mit einem Buche eine Ausnahme machen, das mir dieser Tage auf den Schreibtisch geflogen kam. Der Verfasser ist der Arzt und Dichter Adam Karillon in Weinheim an der Bergstraße, ein geborener Hesse. Der Titel des Buches gibt bereits den Inhalt zu erkennen: Adams Großvater soll hier aus Dichtung und Wahrheit des Enkels wieder erstehen, und dieses Bild sollte sehr beachtet werden. Aus mehr als einem Grunde. Zunächst freue ich mich immer, wenn einer uns etwas von seinem

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Großvater zu erzählen weiß, denn leider wissen die meisten Enkel im lieben deutschen Vaterlande herzlich wenig von ihren Großvätern. Sodann aber ist uns die Zeit, da die heutigen Großväter an Jahren (Karillon steht im 65. Lebensjahr) von den ihrigen berichten, geschichtlich und kulturell ungemein lehrreich.

Wir sehen am alten starken Bauerntum den Wurm der neuen Zeit nagen und erleben den traurigen Zusammenbruch eines blühenden Bauernhofes durch die Schuld des verlotterten Jungbauern, und doch nicht allein durch seine Schuld, vielmehr auch durch andere Menschen, in deren Kreis unter Anderm das Alkoholkapital eine bedenkliche Rolle spielt. Gerade die Schilderung dieser verhängnisvollen Macht ist dem Dichter besonders gut gelungen. Dürfte der „Vortrupp" noch im alten Umfang erscheinen, würde ich den Abdruck eines der fesselndsten Abschnitte unter „Alt und Neu" vorschlagen. So wolle man sich mit diesem kurzen Hinweis begnügen. — Das Buch ist in der trefflichen „Sammlung von Werken zeitgenössischer Schriftsteller" bei G. Grote in Berlin erschienen und 344 Seiten stark. Der Preis beträgt 4.— Mk. (geheftet), gebunden 5.50 Mk.

Bruno Goldschmit.

Nutzt jedes Fleckchen Boden aus! Der Reichsverband für den deutschen Gartenbau wendet sich in einem Aufruf an alle Bevölkerungskreise in Stadt und Land, um jeden, der wenig oder viel Grund und Boden als Eigentum oder in Pacht besitzt und einen Spaten regieren kann, zur Erzeugung von Nahrungsmitteln zu bewegen:

„Die deutsche Landwirtschaft hat während der vier Kriegsjahre ihr Menschenmögliches getan. Die Zeitumstände erfordern es jedoch gebieterisch, daß, nicht nur die gesamten Erwerbs-, sondern auch alle staatlichen, königlichen städtischen, Anstalts- und Privatgärtnereien, sowie die große Zahl der gärtnerischen Liebhaber alle Kräfte in der gleichen Richtung in Bewegung setzen. Noch werden bei weitem nicht alle Flächen, die zum Anbau von Gemüse und Feldfrüchten geeignet sind, sachgemäß bebaut. Hier muß Wandel geschaffen werden! Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, und wer nicht wenigstens von dem kleinen Fleckchen vaterländischen Bodens, das ihm zur Verfügung steht, Früchte für den eigenen Bedarf heranzieht, sollte in seinen Lebensmittelbezügen gekürzt werden. Erfreulich zu beobachten ist es, daß immer mehr Zier- und Blumengärtnereien ihre Betriebe auf den Anbau von Nahrungsmitteln eingestellt haben, und daß in den Gewächshäusern und Frühbeeten schon heute alle Vorbereitungen getroffen werden, um für die kommende Frühjahrsbestellung das erforderliche Saat- und Pflanzengut heranzuziehen.

Jeder der bewährten Meister im Gartenbau und der lernbegierige Schüler tue seine Pflicht!"

Klingt dieser Aufruf nicht wie eine Mahnung zur Anwendung der Kleingartenreform? Mögen diese Zeilen weiteste Verbreitung finden und alle Stadtverwaltungen davon überzeugen, daß eine solche Reform (die im „Vortrupp", Jg. 1917, 1. Novemberheft, schon einmal eingehend besprochen worden ist) dringend nottut. Es handelt sich um die Sicherstellung unsrer Volksernährung!

Hans Gerlach.

Neue Bücher und Schriften

Bonn, Prof. Dr. M. J.: Amerika als Feind. M. 2.—. Georg Müller, München.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 6 2. Märzheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Luftreinigung.

Berlin, den 9. März 1918.

Am 25. Februar hat die Reichsregierung eine Reinigungsarbeit getan, die notwendig geworden war:

Im Deutschen Reiche bestehen heute zwei, polar entgegengesetzte, Anschauungen über die äußeren und inneren Angelegenheiten des Reiches.

Der eine Pol tritt am deutlichsten hervor in dem „Volksbunde für Freiheit und Vaterland". Der vertritt in der äußeren Politik dieselben Gedanken wie die Reichstagsmehrheit, in der inneren Politik die Grundsätze der Kaiserlichen Osterbotschaft von 1917 und des Königlichen Erlasses vom 11. Juli 1917.

In der äußeren Politik ist der Standpunkt dieser: Das Deutsche Reich muß unversehrt bleiben in Europa und über See, außerdem muß unsre Welthandelsstellung gesichert werden und unser Anteil an der Weltwirtschaft in Rohstoffbezug und Handelsabsatz. Sobald ein Friede zu erlangen ist, der das gewährt, soll er so schnell wie möglich geschlossen werden. Anzustreben ist ferner die Beseitigung der Anarchie zwischen den Staaten durch Bildung einer zwischenstaatlichen Organisation.

In der inneren Politik fordert dieser Standpunkt vor allem das gleiche, direkte, geheime, allgemeine Wahlrecht für Preußen.

Der andre Pol zeigt sich, was die äußere Politik angeht, zunächst in der „Vaterlandspartei": Diese will auch dann keinen Frieden, wenn Dasein und volle Entwicklungsfreiheit unsres Vaterlandes in der angegebenen Weise gesichert sind. Ihre Parole ist vielmehr: „Kein Friede ohne deutsche Schutzherrschaft über Belgien." Noch weiter geht der „Alldeutsche Verband" (dessen Abgrenzung gegen die „Vaterlandspartei" übrigens im wirklichen Leben durchaus flüssig ist: die Mitglieder und die Wortführer beider Verbände sind sehr häufig dieselben Personen). Der „Alldeutsche Verband" fordert nämlich verbandsamtlich außerdem noch, daß Deutschland die nordfranzösische Küste am Kanal bis etwa zur Mündung der Somme gewinnen soll, ferner entsprechendes Hinterland dieser Küste, sowie auch die Festungslinie Verdun—Belfort. Dabei sollen die in diesen Gebieten vorhandenen wirtschaftlichen Machtmittel, einschließlich des größeren und mittleren ländlichen Besitzes, in deutsche Hand überführt werden; die Eigen-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tümer sollen durch Frankreich entschädigt und übernommen werden. Gleichermaßen soll in Belgien mit den Unternehmungen und Besitzungen „der französisch gesinnten und verwelschten Oberschicht" verfahren werden. Übrigens stellt der „Alldeutsche Verband" seine ganze verbandsamtliche Kraft auch noch hinter das, was ich hier am 1. Juli 1917 unter dem Kennworte „Lehmanns Kriegsziele" behandelt habe, Kriegsziele, die der alldeutsche Verlag J. F. Lehmann in München in seiner Broschüre „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden" vertritt, und die noch wieder unendlich viel weiter gehen, als die „verbandsamtlichen" Ziele. Danach darf nicht Friede gemacht werden, bevor nicht unter Anderm die Engländer aus dem Mittelmeer vertrieben, die Aktien des Suezkanals in unsern Händen sind, bevor uns England einen Teil seiner Kriegsflotte abgetreten hat und unsre europäischen Feinde ihre halbe Handelsflotte uns ausgeliefert haben. (Das sind nur Proben von „Lehmanns Kriegszielen", das ganze von mir übersichtlich geordnete Verzeichnis findet sich in meinem soeben genannten Aufsatze vom 1. Juli 1917.)

Außerdem wollen weder die „Vaterlandspartei", noch auch der „Alldeutsche Verband", noch endlich der vom „Alldeutschen Verband" mit aller Kraft gestützte Lehmann, Frieden machen, bevor wir eine Kriegsentschädigung haben. Die „Vaterlandspartei" beschränkt sich dabei auf die Parole „Kein Friede ohne handgreifliche Kriegsentschädigung", während „Lehmanns Kriegsziele" für uns und unsre Bundesgenossen zusammen mehr als 350 Milliarden Mark verlangen. — Immer wieder haben diese Kreise der Besorgnis Ausdruck gegeben, es könne ein Friede geschlossen werden, ohne daß ihre Forderungen erfüllt wären. Noch am 12. Oktober 1917 (nach mehr als drei vollen Kriegsjahren!) forderte ein hochoffizieller Aufruf der „Vaterlandspartei" wörtlich: „Gegen englische Friedensfühler müssen wir hart sein." Und die Lehmannsche Broschüre, vom „Alldeutschen Verbande" in riesigen Massen verbreitet, warnte ausdrücklich davor, das Friedensangebot der Feinde, von dem sie, am 20. März 1917, verkündete, es könne „über Nacht kommen", anzunehmen; erst müsse England auf „die Knie niedergerungen" sein und sich Lehmanns Frieden diktieren lassen — ein Ereignis, dessen Eintritt Lehmann unter Berufung auf den Mann, der jetzt der erste Vorsitzende der „Vaterlandspartei ist", auf den 31. Juli 1917 festsetzte. — Den Gedanken der zwischenstaatlichen Organisation verfolgt diese gesamte Richtung je nachdem mit Hohn oder mit Haß.

In der inneren Politik bedeutet die hier in Frage kommende Geistesrichtung vor allem den Kampf gegen das vom Könige von Preußen zugesagte freie Wahlrecht in Preußen, sowie überhaupt gegen eine freiere Gestaltung der inneren deutschen Dinge, besonders in Preußen. In der inneren Politik kristallisiert sich diese Richtung hauptsächlich in den Hochkonservativen (den sogenannten „Deutschkonservativen") sowie in einem Teil der Nationalliberalen. In der Praxis handelt es sich dabei in großem Maße um dieselben Personen, die im „Alldeutschen Verbande" und besonders in der „Vaterlandspartei" organisiert sind, wie denn auch die Hochkonservativen und der bezeichnete Teil der Nationalliberalen in der Außenpolitik wohl ohne Ausnahme auf dem Standpunkt der Alldeutschen oder mindestens der „Vaterlandspartei" stehen. Es ist eben, wie ich hier schon im ersten Februarheft hervorhob, kein Zufall, daß die Annexionslüsternen so gut wie geschlossen der Reaktion angehören, die jedem Fortschritt in Deutschland hartnäckig widerstrebt: Es handelt sich um Menschen, die nach außen wie nach innen nur in den Gedankengängen der reinen Gewalttheorie denken können; daß sowohl der „Alldeutsche Verband" wie auch die „Vaterlandspartei" offiziell erklären, sie seien innerpolitisch neutral, ist gegenüber den Tatsachen ohne Bedeutung. Übrigens hat vor kurzem ein Vorstandsmitglied

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

des „Alldeutschen Verbandes“ zum innerpolitischen Kampfe aufgefordert und dabei erklärt, in diesem Kampfe sei der „Alldeutsche Verband“ die Artillerie, der Schäfersche Ausschuß die technische Truppe, die „Vaterlandspartei“ aber die Infanterie. Und der alldeutsche Agitator v. Below in Freiburg hat kürzlich unzweideutig anerkannt, die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen sei den alldeutschen Wünschen schädlich. Einzelverbände der „Vaterlandspartei“ haben sich (wie ich hier am 16. November bereits dargelegt habe) mit aller Deutlichkeit zu der Arbeit gegen die Erfüllung des königlichen Wahlrechtsversprechens bekannt und in dieser Beziehung zum Kampfe gegen den „inneren Feind“ aufgerufen.

Wie den Lesern meiner politischen Aufsätze im „Vortrupp“ bekannt ist, nehmen diese Aufsätze (in Übereinstimmung mit der Reichstagsmehrheit, mit dem „Volksbunde für Freiheit und Vaterland“, sowie mit dem königlichen Erlasse vom 11. Juli 1917) den ersten der beiden dargelegten Standpunkte ein. Vergegenwärtigen wir uns kurz, wodurch sich das Weltbild, dem dieser Standpunkt entspricht, unterscheidet von dem Weltbilde der Gegner: dem Weltbilde der „Vaterlandspartei“, des „Alldeutschen Verbandes“ und der „Deutschkonservativen“.

In der äußeren Politik: Selbst wenn wir die Kriegsziele des „Alldeutschen Verbandes“ und der „Vaterlandspartei“ für wünschenswert halten würden, so erschiene uns doch ihre Erreichbarkeit als so unwahrscheinlich, daß wir es schon rein politisch für ein unverantwortliches Hasardspiel halten würden, um dieser Ziele willen den Krieg über den Augenblick hinaus fortzusetzen, wo die Unversehrtheit der deutschen Grenzen in Europa und über See, und wo die Sicherung der deutschen Welthandelsstellung erreicht sind. Wir halten dies Hasardspiel für um so weniger aussichtsreich, als es zweifellos gegen den Willen des größten Teiles des deutschen Volkes gespielt werden müßte, und als es (daran kann jetzt niemand mehr zweifeln, der sich nicht selbst künstlich blind macht) ohne unsre Bundesgenossen gespielt werden müßte. Der ungemein bedenkliche Charakter dieses Hasardspiels wird besonders deutlich da, wo nach dem Willen des „Alldeutschen Verbandes“ und auch der „Vaterlandspartei“ dieses Hasardspiel um eine Kriegsentschädigung gespielt werden soll: Deutschlands monatliche Kriegskosten betrugen schon im November 1917 dreiundeinehalbe Milliarde Mark; sie steigen ständig. Nach dem Willen der „Alldeutschen“ und auch der „Vaterlandspartei“ soll ja nun diese Aufwendung noch, Gott weiß wie lange, zu dem Zwecke fortgesetzt werden, um schließlich einen Anspruch auf eine Geldsumme zu erhalten. Und zwar trotzdem niemand prophezeien kann, wie hoch die Geldsumme dann sein wird, ja ob sie auch nur entfernt die Kosten der um ihretwillen veranstalteten Kriegsverlängerung erreichen wird, und ob die Schuldner dann noch zahlungsfähig sein werden. Die nicht selten vorgebrachte Beweisführung, jedenfalls Nordamerika sei ein zahlungsfähiger Schuldner für diese Kriegsentschädigung, ist völlig kindlich, weil schlechthin kein Mittel gegeben ist, Nordamerika zu zwingen, uns auch nur den Wert eines Pfennigs zu entrichten. Und weil ferner der mit jener Beweisführung manchmal verbundene Gedanke, Nordamerika werde, aus Bundestreue oder Menschlichkeit oder was sonst, ein etwa völlig niedergeworfenes Frankreich gewissermaßen „auslösen“, möglicherweise einem Mondbewohner anstehen könnte, aber nicht einem Bürger dieser Erde. — Wenn Dem gegenüber immer wieder gefragt wird: Ja, wie soll es denn finanziell werden, wenn wir unsre Lasten selbst tragen? so ist darauf einfach zu antworten: Daß uns der Krieg geldlich sehr schwer schädigt, und zwar durch jeden

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Tag, den er länger dauert, immer mehr, das ist eben ein Verhängnis, das die Tatsache des Krieges, den ja die „Alldeutschen" bei seinem Ausbruche als „ersehnt" bezeichnet haben, mit sich bringt. Wir lehnen es ab, zum Zwecke der Beseitigung dieses Verhängnisses ein Hasardspiel zu spielen, das für den unendlich wahrscheinlichen Fall, daß es nichts einbringt, das Verhängnis zum völligen Ruin gestalten muß.

Selbst wenn wir ferner die Kriegsziele des „Alldeutschen Verbandes" und der „Vaterlandspartei" für an sich wünschenswert und außerdem auch noch für erreichbar halten würden, so würden wir es dennoch ablehnen, dafür deutsches Blut zu opfern, und nun gar die Massen deutschen Blutes, die es kosten würde, wenn (nach Sicherung der Unversehrtheit und der Welthandelsstellung des Deutschen Reiches) der Krieg für die Ziele des „Alldeutschen Verbandes" oder der „Vaterlandspartei" noch fortgesetzt würde: Selbst vom „realpolitischen" (in Anführungszeichen!) Standpunkte aus müßte diese Ablehnung gerechtfertigt erscheinen: Schon Moltke hat bekannt, hunderttausend Menschen seien mehr wert als eine Provinz. Entscheidend für uns ist aber die Weltanschauung: Daß Unversehrtheit und Entwicklungsfreiheit des Deutschen Reiches heute noch durch Kämpfe geschützt werden müssen, entspringt aus dem bisher bestehenden Zustande der Anarchie zwischen den Staaten, für diesen Zustand sind wir Deutschen nicht verantwortlich; wenn also dieser durch die Dinge gegebene Zwang, Dasein und Entwicklungsfreiheit Deutschlands zu schützen, jetzt Opfer an Menschenblut, und besonders an deutschem Blut verlangt, so ist das eine grause Notwendigkeit, die jenseits deutscher Verantwortung steht. Aber für weitergehende politische Vorteile deutsches Blut zu opfern, das wäre Sache nicht mehr des Zwanges der Dinge, sondern des freien Entschlusses. Und den lehnt unser Gewissen eben ab. Als am 3. Februar 1917 der Vorsitzende des „Alldeutschen Verbandes" öffentlich ausrief: „Wir können Gott auf den Knien danken, daß unser Friedensangebot zurückgewiesen ist", da glaubte der „Alldeutsche Verband" der Entrüstung über dieses Wort mit einer Ausführung begegnen zu können, die darauf hinaus kam, dieser „Dank" entspringe doch nur politischen Gesichtspunkten. Ja gewiß, wenn es um politische Vorteile geht, dann ist, wie ich hier schon einmal ausgeführt habe, dieser Richtung der deutsche Mensch eben nur eine Schachfigur in ihrem Spiel: wenn eine zerbricht, nun, sie ist schnell ersetzt. In Frankreich, wo, was bei uns, Gott sei Dank, nicht der Fall ist, dieselbe Richtung bekanntlich die Herrschaft hat, hat einer ihrer Wortführer vor einigen Monaten gemeint, was denn schließlich auf die „paar hunderttausend Tonnen lebender Substanz" ankomme. Diese Weltanschauuung lehnen wir eben auf das allerschärfste ab und bekennen uns mit Bethmann Hollweg zu dem „ernsten Bewußtsein der Heiligkeit des Lebens, das uns von einer höheren Macht geschenkt wurde, und das nicht leichtsinnig zerstört werden darf". Und auch zu Kants grundlegender Anschauung, daß der Mensch niemals als bloßes Mittel für die Zwecke Andrer gewertet und benutzt werden darf.

Endlich aber halten wir die Kriegsziele des „Alldeutschen Verbandes" und der „Vaterlandspartei" auch gar nicht einmal für wünschenswert: Wenn wir nicht die ganze Welt völlig unterwerfen können (und das erwartet ja auch die „Vaterlandspartei" und wohl selbst der „Alldeutsche Verband" nicht), dann würden die Folgen der Verwirklichung ihrer Kriegsziele lediglich diese sein: Festes Zusammenschweißen der feindlichen Koalition, die sonst nach allen Erfahrungen der Geschichte den Krieg nicht überdauern wird, erneutes furchtbares Wettrüsten, endlose Revanchekriege.

Was dann noch unser Streben auf Beseitigung der Anarchie zwischen den Völkern und für zwischenstaatliche Organisation angeht, ein Streben, das seit dem 9. November 1916 auch ein amtliches Ziel der deutschen Reichsregierung ist,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

so stehen wir auch da auf den Schultern Kants, wie mein Aufsatz im ersten Märzheft dieses Jahres eingehend zeigt; und wir sind im übrigen der Überzeugung, daß, wenn dieses Streben erfolglos bleiben würde, eine Zukunft vor uns stünde, die alle Völker Europas, auch das deutsche, mit Vernichtung bedrohte*).

In der inneren Politik erwarten wir von der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen nicht etwa das Paradies auf Erden. Auf die Mängel, die auch dieses Wahlrecht hat, ist hier am 1. April 1917 hingewiesen worden. Aber wir haben die Überzeugung, daß das Wahlrecht eines Staates den im Innern dieses Staates herrschenden tatsächlichen Machtverhältnissen entsprechen muß. „Macht" aber bedeutet, wie hier schon früher ausgeführt ist, die Geister der Menschen kommandieren können. Nun, diejenigen, denen das Dreiklassen-Wahlrecht in Preußen zum Vorteile gereicht, haben zwar Jahrhunderte lang die Geister der preußischen Menschen kommandieren können, aber nach der heutigen Beschaffenheit dieser Geister können sie das jetzt eben nicht mehr. Den heutigen Machtverhältnissen, wie sie sich aus der heutigen Beschaffenheit der Geister der preußischen Menschen ergeben, entspricht nichts Andres mehr, als das allgemeine gleiche Wahlrecht. Jede andre Form ist zu eng geworden für den Willen, der heute Millionen preußischer Geister gemeinsam beseelt. Diesem Willen trotzen, heißt: die Gefahr heraufbeschwören, daß die Form des Staates gesprengt werde. — Übrigens sollte es eigentlich keinen Deutschen und keinen Preußen geben, der nicht wenigstens von einem Gesichtspunkte aus Freude darüber empfände, daß den Massen in Preußen die Wahlrechtsfrage heute (trotz allen Hohnes, der das Gegenteil zu glauben vorgibt) noch wichtiger ist, als die Ernährungsfrage: es gilt also doch auch für unser Volk, „daß der Mensch nicht vom Brote allein lebt". Daß das allgemeine gleiche Wahlrecht eine andauernde Hebung der Volksbildung verlangt, wenn es ein Segen werden soll, ist sicher: Kein Schaden, daß es so ist.

Keiner, der sehend ist, kann daran zweifeln, daß die überwältigende Mehrzahl des deutschen Volkes diese Politik nach außen und nach innen will. Hinsichtlich der Wahlrechtsfrage für Preußen habe ich das nie bestreiten hören; und was die äußere Politik angeht, so könnten jeden, der angesichts der Abstimmung im Reichstage vom 19. Juli 1917 da etwa noch Zweifel gehegt hätte, die Reichstagsnachwahlen von Kamenz und die von Coblenz-St. Goar belehren.

Ebensowenig hat jemals einer, der ernsthaft politisch arbeitet, bezweifelt, daß diese Politik auch die der Reichsleitung ist: Er braucht ja nur daran zu denken, wie das Ministerium Hertling geworden ist, und an die deutsche Antwort auf die Papstnote. Oder an die wilden Angriffe der „Alldeutschen Blätter" gegen Hertling und Kühlmann.

Aber dem eigentlichen Volke — aller Stände —, dem Beruf oder Dienst auch heute zu ernsthafter politischer Arbeit keine Zeit lassen, und das sich auch heute auf ein kurzes Lesen der Zeitungen beschränken muß, dem waren Zweifel erwachsen und aus den Zweifeln Sorgen. Woraus diese Zweifel und Sorgen entstanden waren, das ist dem Beobachter nicht unklar. Alles, was er sieht, zu sagen, ist heute verwehrt; was gesagt werden kann, ist Dies: Was stutzig machte, das war die Tatsache, daß im öffentlichen Kampfe der Meinungen in Deutschland die „Alldeutschen" und die „Vaterlandspartei" so ziemlich taten, was sie wollten; daß aber ihre Gegner, obgleich die überwältigende Masse des Volkes

*) Vgl. dazu meinen Aufsatz „Der Lohn der Opfer" im Vortrupp vom 1. Dezember 1916. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

darstellend und obschon in Übereinstimmung mit allen Beschlüssen der deutschen Volksvertretung und allen amtlichen Maßnahmen der deutschen Regierung, dennoch gegenüber den Angriffen der „Alldeutschen" und der „Vaterlandspartei" oft so gut wie vogelfrei und dazu noch in der Abwehr gehemmt waren:

Der normale Zeitungsleser weiß, daß immer noch außerordentlich scharfe behördliche Möglichkeiten bestehen, der Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit Schranken zu setzen; er weiß insbesondere, daß laut einer offiziellen Bekanntmachung, die noch unter Helfferich erfolgte, ein allgemeines Zensurverbot gegen alle Gehässigkeiten in politischen Äußerungen besteht. Aber er sieht zum Beispiel, daß die hochkonservative „Deutsche Tageszeitung", nächste Bundesgenossin der „Alldeutschen" und der „Vaterlandspartei", ungehemmt fast in jeder ihrer Nummern die Mehrheit des Reichstags als „Hungerfriedensmehrheit" bewerfen kann (was nicht nur eine Gehässigkeit, sondern eine bewußte Unwahrheit ist, wie unter Anderm der dritte Absatz der Friedenskundgebung des deutschen Reichstages unzweideutig dartut). Er sieht weiter, daß überhaupt die Redner und die Presse der alldeutschen und vaterlandsparteilichen Richtung andauernd ganze Kübel, gefüllt nicht nur mit Gehässigkeiten, sondern mit noch wesentlich wohlriechenderem Inhalte, über ihre Gegner ausgießen können, ohne daß ihnen irgend etwas passiert: Belege dafür finden sich haufenweise unter Anderm in meinen Aufsätzen „Landesverräter", „Kritik", „Prinz Max" (1. September, 16. November, zweites Januarheft). Jede der niemals abreißenden Zensurdebatten im Reichstage oder im Hauptausschusse vermehrt das Material. Der normale Zeitungsleser sieht also, daß man unter Anderm die verfassungsmäßige Vertretung des deutschen Volkes öffentlich „Landesverräter" schimpfen und als „Erpresser" anschreien und von ihr behaupten kann, sie wolle das deutsche Volk „um den Lohn seiner Opfer betrügen". Er sieht, daß die „Pommersche Tagespost", eines der wildesten Organe alldeutscher Richtung, in Nr. 322 einen der besten Söhne Deutschlands, den früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, in der wüstesten Weise öffentlich mit Dreck (es gibt keinen anderen Ausdruck) bewerfen und ein Verfahren wegen Landesverrates gegen ihn verlangen kann. Er sieht, wie Studenten, die, nachdem studentische Vereine der „Vaterlandspartei" gegründet worden waren, auf Grund des gleichen Rechtes einen studentischen Verein der entgegengesetzten Richtung gründen wollten, von Behörden, die mehr als bloße Lokalbehörden waren, in einer Weise gemaßregelt worden sind, die niemand für möglich halten würde, wenn diese Maßregelungen nicht im Hauptausschusse des deutschen Reichstages unbestritten der Öffentlichkeit unterbreitet worden wären. Und er sieht endlich dies Alles gipfeln in dem folgenden, schlechthin ungeheuerlichen Vorgange: Auf der Berliner Tagung des „Bundes der Landwirte" (der an sich durchaus daseinsberechtigten Interessenvertretung des zurzeit wichtigsten deutschen Gewerbes, die aber politisch völlig unter dem Einfluß der „Alldeutschen" steht) begeht am 18. Februar 1918 einer der Hauptredner öffentlich Dies: Einmal beschimpft dieser Redner die Friedensentschließung des deutschen Reichstages als die „niederträchtige Friedensresolution vom 19. Juli". Zweitens aber schleudert er (indem er sich nach verschiedenen andern Anrempeleien gegen Bethmann Hollweg über das, was unter Bethmann Hollweg „nach innen geschehen ist", erregt) nach dem Berichte des dem „Bunde der Landwirte" nächststehenden Preßorgans selbst, nämlich der „Deutschen Tageszeitung", wörtlich das Folgende in die Öffentlichkeit:

> „Der Kanzler, der das eines Tages wieder in Ordnung bringt, auf den wird wohl geschossen werden, und wenn auf ihn nicht geschossen wird, taugt er nichts; es kommt bloß darauf an, daß er selber auch schießt."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Was heißt Das? Was unter Bethmann Hollweg „nach innen geschehen ist," das ist vor allem die Vorbereitung des allgemeinen gleichen Wahlrechts bis zu dessen fester Zusicherung durch die Krone. Wer, im Sinne jenes Hauptredners vom „Bunde der Landwirte", das „wieder in Ordnung bringt", der beseitigt also diese Grundlagen des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen wieder, oder auch: er schafft dieses Wahlrecht wieder ab, wenn es, wie anzunehmen, inzwischen eingeführt ist. Und das soll also der von jenem Hauptredner des „Bundes der Landwirte" ersehnte künftige Kanzler so machen, daß dabei auf ihn geschossen wird: Wenn er solche Schießerei durch sein Verhalten nicht provoziert, dann „taugt er nichts"; aber er muß auch „wieder schießen", mit andern Worten durch das Militär auf das Volk schießen lassen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß diese öffentliche Verlautbarung jenes Hauptredners vom „Bunde der Landwirte" (wozu die Versammlung dieses Bundes Bravo gerufen hat) so zu beurteilen ist, daß hier der Redner „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt hat". Das konnte also jemand machen, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt wurde, hier in Berlin am 18. Februar 1918!

Nun wissen aber von hundert normalen deutschen Männern, die die Dinge der Öffentlichkeit nur aus ihrer normalen Zeitungslektüre kennen, neunundneunzig nicht, daß die Reichsleitung diese Dinge nicht beeinflussen kann. Daß mithin hieraus ein Schluß auf die politische Stellung der Reichsleitung schlechthin nicht zulässig ist. Und so waren eben (nicht bei den politisch Wissenden, aber doch bei den großen Massen) tatsächlich Zweifel entstanden, Zweifel dieser Art: Steht die Reichsleitung am Ende doch irgendwie unter dem Einfluß der „Vaterlandspartei" oder der „Alldeutschen"? Oder wenn nicht, ist sie dann am Ende nicht stark genug, ihnen zu wehren? Besteht demnach irgendwie vielleicht doch Gefahr, daß hinaus über das, was wir alle wollen — nämlich Deutschlands volle Unversehrtheit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit —, im Interesse des von „Alldeutschen" und „Vaterlandspartei" gewollten Hasardspieles ein endloser Krieg geführt wird? Ein endloser Krieg um Ziele, die selbst wenn sie, was sie nicht sind, erreichbar wären, doch nur Quellen weiterer endloser Kriege sein würden? So daß dann alle die unendlichen deutschen Opfer letzten Endes umsonst gebracht wären? Daß solche Stimmungen bestanden (und es wäre ein Unrecht am Vaterlande und gegen die Regierung, wollte man es verschweigen, daß sie in weiten Kreisen bestanden haben), das war nichts weniger als gleichgültig. Man denke an den Streik: Staatssekretär Wallraf nimmt ja an, der Streik sei ursprünglich durch ausländische Hetzer entfesselt worden, aber — das darf ausgesprochen werden — ohne jene Stimmung wäre es diesen ausländischen Hetzern kaum je gelungen, eine immerhin beachtliche Anzahl deutscher Arbeiter in eine nicht nur so verbrecherische, sondern auch so bodenlose Dummheit hineinzuhetzen und längere Zeit darin zu erhalten, wie in diesen, zweifellos zur Kriegsverlängerung geeigneten Streik. Ohne jene Stimmung wäre es ferner kaum denkbar, daß die „Unabhängigen Sozialdemokraten", obwohl sie in ihrem Ablehnungskoller tatsächlich gegen alles gestimmt haben, was dem deutschen Volke Fortschritt, Frieden und Freiheit bringen konnte — unter Anderm g e g e n die Friedensentschließung, g e g e n die Aufhebung der politischen Zensur und jüngstens ausgerechnet g e g e n den Frieden mit der Ukraine — an Einfluß tatsächlich wachsen. — Solches entspringt aber eben der Befürchtung, der Krieg könnte schließlich doch verlängert werden für das von den „Alldeutschen" und der „Vaterlandspartei" gewollte Hasardspiel.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wer aber die politischen Dinge kannte und daher solchen Zweifeln und solcher Stimmung unzugänglich war, den quälte doch eine andre Sorge: Würde nicht vielleicht die Regierung den richtigen Augenblick für ein wirklich klares Bekenntnis verpassen? Und sich so zwischen zwei Stühle setzen? Denn Farbe bekannt mußte werden, rechtzeitig und unzweideutig: auf beiden Beinen hinken konnte man nicht. Schon um deswillen nicht, weil die Kriegshetzer im feindlichen Auslande alle bisherige Friedensarbeit unsrer Regierung immer wieder dadurch um einen erheblichen Teil ihrer Wirkung hatten bringen können, daß sie auf die Kriegszielkundgebungen der „Alldeutschen" und der „Vaterlandspartei" hinwiesen und ihre Völker glauben machten, das sei die wahre Meinung der leitenden Männer Deutschlands, alles Andre sei nur Maske.

Wohl war ein Teil der Sorgen schon zerstreut worden, als am 12. Februar Graf Hertling den Präsidenten des Preußischen Abgeordnetenhauses eigens zu sich bat, um ihm mitzuteilen, Graf Hertlings Wille, die Wahlreform mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zustande zu bringen, sei unverändert; Graf Hertling müsse Wert darauf legen, daß hieran kein Zweifel aufkomme. Den Rest der Sorgen und Zweifel hat dann der 25. Februar weggefegt: Durch die Reden Hertlings und v. Payers, zwei Reden verschieden im Stil und Temperament, aber gerade darum eine auf das stärkste wirkende Einheit bildend.

Reichskanzler Graf Hertling: Seine Rede steht unter dem Leitgedanken von dem „verbrecherischen Wahnsinn des Eroberungskrieges". Er wendet das Wort ausdrücklich auf unsre Feinde an, wenn sie immer noch nicht in Verhandlungen eintreten wollen; daß er aber nicht gewillt ist, unsre eigene Politik unter einen andern Leitgedanken zu stellen, zeigen seine Worte:

> „Unser Kriegsziel ist von Anfang an die Verteidigung des Vaterlandes gewesen, die Aufrechterhaltung unserer territorialen Integrität und die Freiheit unserer wirtschaftlichen Entwickelung nach allen Richtungen hin. Unsere Kriegsführung, auch wo sie aggressiv vorgehen muß, ist ihrem Ziele nach defensiv."

Das ist also genau das Kriegszielprogramm des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland". Die Feinde, sagt dann Graf Hertling weiter, mit denen wir Frieden schließen, müssen und wollen wir zu unsern Freunden in der Zukunft machen. Graf Hertling stellt sich, genau wie Bethmann Hollweg das am 9. November 1916 getan hat, voll auf den Boden der Gesinnung Kants:

> „Ein Völkerbund, der auf Gerechtigkeit und gegenseitige selbstlose Anerkennung aufgebaut wäre, ein Zustand der Menschlichkeit, in dem mit allen Resten früherer Barbarei der Krieg völlig verschwunden wäre, und es keine blutigen Opfer, keine Selbstzerfleischung der Völker, keine Zerstörung mühsam erworbener Kulturwerte mehr gäbe, es wäre ein Ziel, aufs Innigste zu wünschen."

Graf Hertling würde es freudig begrüßen, „wenn ein unparteiisches Schiedsgericht bestünde", und er würde „gern dazu mithelfen, einen solchen idealen Zustand herbeizuführen".

Damit die vorauszusehenden (und inzwischen teilweise bereits eingetretenen) Versuche der zurzeit leitenden Staatsmänner unsrer westlichen Feinde, die deutschen Operationen im Osten gegen die Wirkung dieses Programms auszuspielen, von vornherein in ihrer Unehrlichkeit offenbar werden, erklärt Graf Hertling: „Wir denken nicht daran, uns etwa in Estland oder Livland festzu-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

setzen." Gegenüber Kurland und Litauen gilt es, ihnen Organe ihrer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu schaffen oder die schon im Aufbau begriffenen Organe dieser Art zu stärken. Polen soll ein selbständiger Staat werden, ein Staat mit ungehemmter Entfaltung seiner nationalen Kultur.

Das sind Worte, die gute Worte sind. Aber denen fügt Graf Hertling noch andre Worte hinzu, und die sind Taten: Am 11. Februar hatte Wilson in einer Rede an den Kongreß vier allgemeine „Grundsätze" aufgestellt, von denen er erklärte, ein allgemeiner Friede, auf solcher Grundlage errichtet, könne sofort besprochen werden. Graf Hertling hat diese Grundsätze glatt angenommen und ausdrücklich hinzugefügt:

„Ich erkläre somit mit dem Präsidenten Wilson, daß ein allgemeiner Friede auf solchen Grundlagen erörtert werden kann."

Und dann endlich das wirklich befreiende Wort der deutschen Regierung über Belgien: Wohl ist ja Belgien unser wichtigstes Faustpfand, ein Faustpfand, das wir dringend brauchen, vor Allem, um in irgendwie absehbarer Zeit Das wieder einlösen zu können, was unsre Gegner von uns in Händen haben: nämlich unsre Kolonien, unsern freien Außenhandel und überhaupt unsre wirtschaftliche Freiheit, sowie den größten Teil des asiatischen Reiches unsres türkischen Bundesgenossen. Aber wer, wie die „Vaterlandspartei", aus Belgien mehr machen will als ein beim Ende des Krieges auszutauschendes Faustpfand, nämlich ein auch nach dem Kriege der deutschen „Schutzmacht" unterworfenes Land, der predigt einen Krieg von noch vielen Jahren. Denn nicht oft genug kann es wiederholt werden: Genau so, wie Elsaß-Lothringen der eine Punkt ist, über den Deutschland nicht verhandeln wird, solange es nicht so zerschmettert wäre, daß die Feinde ebensogut seine Auflösung von ihm erzwingen könnten, genau so gut ist umgekehrt die völlige Unabhängigkeit Belgiens vom Deutschen Reiche der eine Punkt, über den England nicht verhandeln wird, solange es nicht so zerschmettert wäre, daß man ebensogut die Abtretung Indiens und die Auflösung des britischen Weltreiches von ihm verlangen könne. In jener Frage gibt es in Deutschland eine einheitliche Front, die von Heydebrand bis zu Haase reicht, in dieser Frage besteht in England eine gleiche Einigkeit von Carson bis Macdonald. Darum war es wirklich eine Tat, als Graf Hertling am 25. Februar erklärt hat,

„daß wir nicht daran denken, Belgien zu behalten, den belgischen Staat zu einem Bestandteil des Deutschen Reiches zu machen".

Nach allen diesen Erklärungen, ganz besonders nach der letztgenannten, hat Graf Hertling das Recht erworben, im Schlusse seiner Rede auszusprechen, daß, wenn unsre westlichen Feinde noch immer nicht verhandeln wollen, so daß es dann noch zu den weiteren Kämpfen im Westen kommen muß — daß dann das Blut der Gefallenen, die Qual der Verstümmelten, alle Not und alles Leid der Völker, über die Häupter derer kommen wird, die sich hartnäckig weigern, den Stimmen der Vernunft und der Menschlichkeit Gehör zu geben. Das sind dann aber die Häupter der heute leitenden Staatsmänner der Westmächte. — Wenn es irgend etwas gibt, was in besonderem Maße „deutsch" ist, dann ist es das Verantwortlichkeitsgefühl: so furchtbare Menschenopfer, wie sie notwendig sein werden, wenn der Großkampf an der Westfront wieder entbrennen muß, so furchtbare Opfer will, kraft dieses deutschen Verantwortlichkeitsgefühls, die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes nur verantworten, wenn sie notwendig sind, um Dasein und Entwicklungsfreiheit des Deutschen Reiches zu schützen; nicht aber für die Ziele der „Vaterlandspartei" oder gar der „Alldeutschen". Und dieses deutsche Verantwortlichkeitsgefühl besteht natürlich in erster Linie gegenüber

den deutschen Menschenleben, umfaßt aber danach auch die feindlichen Menschenleben (zumal es ja nicht eigener Wille, sondern der Zwang der derzeitigen Gewalthaber der Entente ist, der die Krieger der Westmächte gegen uns in den Kampf peitscht). Das hat der Abgeordnete Fehrenbach am 22. Februar in ergreifenden Worten im Reichstage ausgesprochen; und schon im Oktober 1916 hatte unser Kaiser das Gleiche verkündet in dem wunderschönen Worte von dem „Herrscher, der ein Gewissen hat, und sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz hat für seine und die feindlichen Menschen". — Seit Graf Hertlings Rede vom 25. Februar 1918 weiß jeder Mensch in Deutschland, der sich auch nur im geringsten um die Dinge kümmert, die jetzt unser aller Schicksal sind: Wenn die Opfer für neue große Kämpfe im Westen noch notwendig werden, dann werden sie nicht für die Ziele der „Vaterlandspartei" oder gar der „Alldeutschen" gebracht, sondern nur um deswillen, weil die zurzeit leitenden Staatsmänner der Westmächte dem Deutschen Reiche Dasein und volle Entwicklungsfreiheit noch nicht gönnen wollen: Graf Hertling ist am 25. Februar 1918 der Sprecher des deutschen Gewissens gewesen.

Und nun der Vizekanzler v. Payer: Ich glaube, nach dessen Rede haben Millionen Deutsche erleichtert ausgerufen: Gott sei Dank! Ich kann nur wiederholen: Gar nicht hoch genug kann die Gefahr eingeschätzt werden, die dadurch entstanden war, daß — trotz aller scharfen Gesetze und Verordnungen — „deutschkonservative" Preßorgane wie die „Deutsche Tageszeitung" und die „Pommersche Tagespost", daß ferner „Alldeutsche" und „Vaterlandspartei", einfach keine Grenzen mehr kannten in ihren Anwürfen gegen ihre Gegner. Da ist es denn ein Segen, der ebenfalls nicht hoch genug zu bewerten ist, daß nun endlich einmal von der deutschen Regierung, vom deutschen Vizekanzler aus, dieses disziplinlose Treiben so gekennzeichnet worden ist, wie es das verdient. Ein Segen, daß endlich einmal von Regierungswegen ausgesprochen worden ist, daß Burgfriedensbrüche der „äußersten Rechten" genau so schädlich sind und genau so unsre Kriegführung beeinträchtigen, wie Burgfriedensbrüche, die von der „äußersten Linken" begangen werden. Ein Segen insbesondre, daß jener unerhörte Vorgang auf der Tagung des „Bundes der Landwirte" von Regierungswegen niedriger gehängt worden und, wenn auch in ungemein maßvoller Weise, als das bezeichnet worden ist, was er ist. Diejenigen im deutschen Reichstage, die sich durch die Rede des Vizekanzlers getroffen fühlten, haben in ihrer hilflosen Wut etwas aufgeführt, was der freikonservative Abgeordnete Freiherr v. Zedlitz eine „würdelose Lärmszene" und „einer staatserhaltenden Partei nicht würdig" genannt hat. Ein Beweis mehr, wie richtig der Vizekanzler v. Payer gezielt und wie gut er getroffen hat. — Nicht vergessen darf und soll werden, daß sich v. Payer zu Beginn seiner Rede ausdrücklich zu Bethmann Hollweg und dessen großzügigem Vertrauen in das ganze deutsche Volk bekannt hat: Die Stellung zu Bethmann Hollweg, dem Bahnbrecher der ethischen Politik, scheidet auch heute noch zwei Klassen von Geistern: Es ist nicht wunderbar, daß jener Redner vom „Bunde der Landwirte", der mit dem deutschen Bürgerkriege spielt, ein wütender Feind Bethmann Hollwegs ist; wer sich zu Bethmann Hollweg bekennt, mit dem sind und aus dem sprechen die besten Kräfte des deutschen Volkes.

Ja, am 25. Februar 1918 hat die Reichsregierung eine Reinigungsarbeit vollbracht, die höchst notwendig geworden war. Jetzt ist kein Zweifel mehr möglich, für niemanden mehr, was die deutsche Regierung nach außen und nach innen will. Und es ist voll zu unterschreiben, was Hans Delbrück am 1. März in Martin Hobohms „Deutscher Korrespondenz" ausgesprochen hat:

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

„In der Sache aber kann es ein Zurück nicht mehr geben. Die Reden des Kanzlers und des Vizekanzlers haben der Regierung ein Gepräge verliehen, das sich nicht mehr zerstören läßt. Kein Kompromiß ist mehr denkbar. Wer sich der Regierung Hertling-Payer auf dem nunmehr gezeigten Wege nicht anschließen will, dem bleibt nur noch übrig, es zu einer inneren Krisis zu treiben, um sie zu stürzen. Wer wagt es, die Verantwortung für eine solche Tat heute auf sich zu nehmen? Ich habe das Vertrauen zu der Kraft der vaterländischen Gesinnung des deutschen Volkes, daß es nicht viele sein werden ..."

Fidelis.

Sommerzeit.

Die Frage, ob die Zeitneuerung die von ihren Befürwortern an sie geknüpften Erwartungen erfüllt hat, wird mit Sicherheit in bejahendem Sinne noch nicht beantwortet werden können. Die Erfahrung zweier Sommer gewährt keine hinreichend breite Grundlage für ein abschließendes Urteil, auch sind bislang noch nicht einmal die Ergebnisse der im Vorjahre angeordneten behördlichen Beobachtungen zusammengestellt und wissenschaftlich verarbeitet. Gerade die verflossenen beiden Sommer werden zu einer Urteilsbildung sich wenig eignen, zunächst wegen der durch den Krieg hervorgerufenen Unregelmäßigkeit unserer ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse, dann auch, weil beide Sommer in mehrfacher Beziehung starke meteorologische Anomalien boten. Eine vor längerer Zeit verbreitete amtliche Mitteilung besagt trotzdem:

„Die Sommerzeit hat sich im Vorjahre bewährt und insbesondere die erwarteten Ersparnisse an künstlicher Beleuchtung gebracht."

Diese Auslassung entstammt vermutlich dem Reichsamt des Innern und wird zugunsten der Neuerung schwer ins Gewicht fallen. Die gegen die Sommerzeit anfangs erhobenen Einwendungen beginnen denn auch nachzulassen.

Aus den Kreisen der Lehrerschaft kommen einander widersprechende Urteile. Der Bezirksschulrat in Wien vertritt die Ansicht, daß dort besondere Wirkungen der Sommerzeit nach irgendeiner Richtung hin im Schulbetriebe sich nicht fühlbar gemacht haben. Die preußischen Oberpräsidenten haben berichtet, daß man in den städtischen Schulen mit der Sommerzeit überwiegend gute Erfahrungen gemacht, während die Landschulen und die der kleinen Städte die Wiederholung nicht wünschen: auf dem Lande werde der Schulbeginn allzusehr verfrüht, weil dort schon bisher im Sommer der Unterricht eine Stunde eher als in der Stadt angefangen habe. — Einzelne Lehrer klagen, daß die Kinder des Morgens unausgeschlafen in die Schule kämen.

Man wird solcher Beobachtung erhebliche Zweifel entgegenbringen dürfen. Warum sollte denn die Sommerzeit eine Schlafkürzung herbeiführen? Die Stunde, die am Morgen dem Schlafe genommen wird, setzt man am Abend ihm doch hinzu! Die Kinder, so heißt es, werden am Abend von ihren Müttern im Sommer um dieselbe Zeit ins Bett gesteckt wie früher — also um 10 Uhr statt um 9 —, weil sie im Tageslicht nicht einschlafen können, daher der Verlust einer Stunde Schlaf! Vereinzelt wird es solch unverständige Mütter geben, dann ist es aber dringend geboten, diesen Unverstand zu bekämpfen. Können die Kinder des Morgens schlafen, bis die Sonne hoch am Himmel steht, so wird auch am Abend die Tageshelle ihren Schlaf nicht beeinträchtigen. Man befrage doch die große Zahl derer, die ein Mittagsschläfchen sich leisten können, ob die Helle sie hindert, zur gewohnten Stunde in Schlummer zu versinken. Unsere Kleinsten schlafen stets auch am Tage und von den größeren Kindern mußten auch bisher im Juni und Juli schon

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

viele am Abend bei Tageslicht zu Bett; deshalb wird es jetzt auch im Mai und August gehen. Wenn die Mutter dem Kinde ernstlich sagt, daß es einschlafen kann, so wird das Kind schon gehorchen. Nachsichtigere Mütter mögen beim Zubettbringen der Kinder das Schlafzimmer durch Vorhänge verdunkeln, — kann dann noch das Einschlafen verweigert werden? Im übrigen glaube ich nicht, daß in den letzten beiden Sommern eine verbreitete Übung, die Kinder nach der Uhr später als sonst ins Bett zu stecken, bestanden hat. Ich habe die Straße genau beobachtet und nicht gefunden, daß nun abends um 9 oder um 10 Uhr mehr Kinder auf der Straße waren, als man sonst dort sah. In unserm Hause gehen wir um 11 Uhr zu Bett, und dabei ist es auch am 1. Mai vorigen Jahres verblieben; von niemandem habe ich gehört, daß er während der verflossenen Sommerzeit die Stunde des Schlafengehens von 11 auf 12 Uhr nachts verlegt hätte.

Einzelne deutsche Lehrer wollen gar beobachtet haben, daß bei ihren Schülern die Sommerzeit erhöhtes Hungergefühl ausgelöst habe, so daß außer dem ersten und dem zweiten Frühstück vor dem Mittagessen noch eine neue Mahlzeit habe eingeschoben werden müssen (man beachte: drei Mahlzeiten vor dem Mittagessen! Was sagt England?). Wenn infolge der Neuerung das Volk sich eine Stunde länger als bisher im Tageslicht betätigt, so wird vermutlich ein — im jetzigen Kriege unerwünschtes — Bedürfnis nach vermehrter Nahrungszufuhr die Folge sein. Ist es denn aber denkbar, daß diese Wirkung schon nach wenigen Monaten auftritt? Dann würden ja die Hoffnungen der Sommerzeitfreunde auf Hebung der Körperkraft des ganzen Volkes mit ungeahnter Geschwindigkeit sich erfüllen. Ich fürchte, jenes verstärkte Hungergefühl hat andere Ursachen. Ist es am 2. Mai vorigen Jahres plötzlich aufgetreten? Ist es am 1. Oktober wieder geschwunden? Hat es seither im Winter sich überhaupt nicht wieder gezeigt? Auch viele meiner erwachsenen Freunde klagen darüber, daß im Winter wie im Sommer das Gefühl rechter Sättigung ihnen kaum noch bekannt sei. Bewährte Ärzte vermuten, daß diese Magenstörungen nicht von der Sonne herrühren, sondern in dunkler Wechselbeziehung stehen zu Blockade und U-Bootskrieg.

Auffällig erscheint, daß gerade die Landwirtschaft der Sommerzeit Widerstand entgegensetzt. Tatsache ist doch, daß auf dem Lande, namentlich in Norddeutschland (übrigens auch in England), schon lange die Übung weit verbreitet war, bei Beginn des Sommers die Uhr eine halbe oder eine volle Stunde vorzuschieben und im Herbst sie zurückzustellen, und daß gerade diese Übung den Gedanken der — allgemeinen — Sommerzeit angeregt hat. Die Einwendungen der Landleute sind bisher nirgends eingehend dargelegt worden, so daß eine genaue Nachprüfung nicht möglich ist. Der Landmann richtet seinen Arbeitsbeginn nach Sonne und Wetter ein, er nutzt das Tageslicht im allgemeinen in tunlichst weitem Umfange aus, ohne daß er zum Frühaufstehen der künstlichen Hilfe einer Uhrumstellung bedarf. Ungelegenheiten mögen ihm da entstehen, wo er nach der Uhr zu richten sich gewöhnt hat und nun bei Sommeruhr in einzelnen Monaten des Morgens in die Dunkelheit gerät. Sollten aber diese nicht meist dadurch sich erledigen lassen, daß er in diesen Monaten unter Beibehaltung der Sommeruhr eine Stunde „später" aufzustehen sich entschließt? Ich habe den schwarzen Verdacht, daß die Einwendungen des Landmanns in der Hauptsache von seiner ausgesprochenen Neigung herrühren, am Gewohnten festzuhalten: Von Jugend an ist der Bauer Fritz im Mai und August um 5 Uhr aufgestanden, wie es auch sein Vater tat, — nun soll er um 6 Uhr aufstehen? „Nein, so etwas gibt's nicht! Was sollen die Leute sagen von solchem Langschläfer! Darauf läßt der Fritz sich nicht ein!" — Als berechtigt anzuerkennen ist nur der Widerspruch jener Landleute, welche mittels der Eisenbahn die Großstädte mit Milch versorgen: sie werden in mehreren Monaten genötigt, die Kühe

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

des Morgens im Dunkel zu melken, und dies wird zumal beim jetzigen Mangel an Petroleum häufig kaum ausführbar sein. Die Fahrpläne der deutschen Eisenbahnen haben aber im letzten Sommer bereits in erheblichem Umfange durch geeignete Verlegung der Züge in den Morgenstunden dieser Beschwerde abgeholfen. Weitere Anpassung steht in Aussicht. Der an Belästigung verbleibende Rest muß dann, wie manches andere, im Interesse des Ganzen ertragen werden; der hieran beteiligte Kreis der Landleute ist überdies nur ein kleiner Teil der Gesamtzahl.

Staunen faßt uns, wenn wir lesen, was der Magistrat der Stadt Wien auf das Debetkonto der Sommerzeit verbucht. Das Wiener Fremdenblatt vom 18. Februar vorigen Jahres bringt einen Auszug aus einem Berichte, den der Magistrat über seine Erfahrungen mit der Neuerung erstattet hat, und darin liest man:

> Die Erfahrungen, welche die Gemeinde Wien aus Anlaß der Einführung der Sommerzeit in ihrer Privatwirtschaft bezüglich des Erträgnisses ihrer Betriebe gemacht hat, waren keine günstigen. Die städtischen Gaswerke weisen einen Mindererertrag von 400 000 Kronen infolge verringerten Gasverbrauches auf. Die städtischen Elektrizitätswerke erleiden einen Ausfall am Reingewinn aus der Abgabe von elektrischer Energie zu Beleuchtungszwecken von 1 300 000 Kronen und erwarten infolge der Beibehaltung der Sommerzeit unter normalen Zeitverhältnissen eine Steigerung dieses Entganges bis zu 2 Millionen Kronen.

Die böse Sommerzeit! Das klingt, als ob Magistrat und Bürgerschaft sich fremd gegenüberständen, als ob der erstere die Aufgabe hätte, an den Bürgern zu verdienen! Der Magistrat ist aber doch nur Organ der Bürger; was dem Magistrat entgeht, bleibt in den Taschen der Bürger. Der Bericht verdiente also folgende Fassung:

> Glänzender Erfolg der Sommerzeit! Der Magistrat stellt mit Freuden fest, daß die Neuerung den Bewohnern Wiens eine Ersparnis von 2 Millionen Kronen gebracht hat. Das Kohlenquantum dieses Wertes, welches ohne die Sommerzeit im verflossenen Jahre zur Erzeugung von Gas und Elektrizität verbraucht wäre, hat nun im Winter uns zu Wärme und Licht verholfen. Die vorhandene Kohlennot hätte sich sicherlich ins Unerträgliche gesteigert, wenn nicht rechtzeitig von der Sommerzeit diese Hilfe uns gekommen wäre.

Allein an Gas und Elektrizität ersparte Wien in fünf Sommermonaten 2 Millionen Kronen! Die Zahl gibt einen Anhalt zur Schätzung des Minderverbrauchs an Kohle und sonstigen Heiz- und Beleuchtungsmitteln, der für die Gesamtheit durch die Neuerung eingetreten ist. Welch dringenden Anlaß wir haben zur äußersten Schonung unserer Kohlenvorräte, fühlen wir gerade in den jetzigen Monaten wieder nur allzusehr!

Gar seltsam klingt auch eine Abhandlung „Gegen die Sommerzeit", welche im letzten Frühjahr von der Schweizer Meteorologischen Zentralanstalt in der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlicht wurde*). Sie klagt:

> So mancher wünscht sich jetzt die richtige Sommerzeit; dieweil steht erst die andere vor der Tür und macht schon mehr als nötig Lärm. Mit einem riesenschweren Sack voll Silberlingen — 10 000 000 Franken — winkt uns die Zürcher Handelskammer, sobald bei uns die falsche „Sommerzeit" einmal ins volle Wirken tritt. Gegen diesen Trumpf ist leider schwierig aufzukommen. Aber man darf doch mit Recht fragen: Wo steckt der volkswirt-

*) Die Schweiz hatte 1916 die Sommerzeit abgelehnt, führte sie aber 1917 ein.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schaftliche Nutzen jener Millionen, was leisten sie für das öffentliche Wohl? Unsere kleinen und großen elektrischen Zentralen werden vor allem die Geschädigten sein, gerade zur Sommerzeit, wo sie ohnehin schon klagen. Die paar Batzen, die der Einzelne in seinem Familienkreis an Lichtverbrauch erspart, fallen kaum in Betracht.

Wo nun uns der Schuh drückt wegen der neuen Zeitverschiebung, das mag ganz kurz Erwähnung finden, denn die Sommerzeit bringt unserm Beruf gar schwere Verlegenheit. Willkürliche Zeitverschiebungen sind ein Kind der Neuzeit. Das Bestreben war von alters her darauf gerichtet, die wahre Zeit so scharf wie möglich festzulegen. Für uns im meteorologischen Dienst gilt dies noch ganz besonders, denn der Gang der meisten Witterungselemente richtet sich ja ausschließlich nach der wahren Sonnenzeit. Ein erster Bruch geschah nun allerdings vor 23 Jahren: mit dem 1. Juni 1894 wurde die mitteleuropäische Zeit eingeführt. Das durfte bei unserem meteorologischen Beobachtungssystem nicht geschehen; denn für dieses war die Beibehaltung der alten Beobachtungstermine, 7 Uhr, 1 Uhr und 9 Uhr Berner Zeit, einfach geboten, da ja der Gang der meteorologischen Elemente in direktem Zusammenhang mit dem Stand der Sonne steht.

Und nun kommt die Sommerzeit. Wir in der lieben Schweiz rechnen dann nach derselben Zeit, wie die Rumänen, Türken, Ägypter und Britisch-Südafrikaner. Der neue Mittag käme auf 1/2 11 Uhr vormittags der alten richtigen Berner Zeit zu stehen! Unsere früheren Beobachtungstermine sind jetzt um eine volle Stunde später anzusetzen, d. h. um 1/2 9 morgens, 1/2 3 nachmittags und 1/2 11 abends nach Sommerzeit. Viele unserer fleißigen Beobachter sind Lehrer, Beamte, Angestellte in Geschäften, und ihre tägliche Berufstätigkeit wickelt sich fern von der meteorologischen Station ab. Wie sollen diese nunmehr zu jenen ihnen sehr unbequem gelegenen Zeitpunkten den Pflichten als Verwalter des Beobachtungspostens weiterhin richtig genügen können? Man wird danach wohl begreiflich finden, daß wir nicht unsere freudige Zustimmung zum Sommerzeit-Experiment geben können! . . .

Alle Achtung vor den finanziellen Fähigkeiten der Zentralanstalt, welche die zu ersparenden 10 Millionen leichthin als Summe von „ein Paar Batzen" bezeichnen kann! Was diese Ersparnis „für das öffentliche Wohl leistet?" Nun, jene Summe stellt den Minderverbrauch an Kohle dar, und die vielen Verhandlungen der Schweiz mit den Mittelmächten und mit England haben zur Genüge gezeigt, welches Lebensinteresse die Schweiz an der Kohle hat. Das Tabaksmonopol mit seiner Riesenorganisation soll dem Bund einen Ertrag von 20 Millionen Franken bringen, — da darf man, um die Hälfte zu erlangen, wohl jedem Bürger zumuten, einmal seine Uhr um eine Stunde vorzurücken. Daß aber von einem ernsten Manne die vermeintlichen Unbequemlichkeiten, welche einem Paar Dutzend meteorologischen Beobachtern durch die Sommerzeit drohen, zum Hauptgrund genommen werden können, um die Sommerzeit zu verwerfen, zeigt doch, wie sehr Befangenheit das gerade Urteil trüben kann. Für die Gesamtheit, das ganze Schweizervolk, werden von der Maßnahme tiefgehende wirtschaftliche und soziale Besserungen erhofft, — die Tatsache, daß 20 Wetterbeobachter ihren Spaziergang zur Station um 1/2 9 statt um 1/2 10 Uhr machen müssen, genügt, um alles abzulehnen! Das Ganze ist ein treffliches Beispiel dafür, mit welchen Scheingründen die Sommerzeit bekämpft worden ist.

In einer Zeitung fand sich kürzlich die Philippika eines Sommerzeitgegners, welche in dem zornigen Schlußsatze gipfelte:

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

„Es muß doch als höchst sonderbar empfunden werden, wenn im Sommer abends um 9 Uhr die Sonne noch scheint."

Der Einsender hatte nicht bedacht, daß am Ende des Juni auch nach alter Uhr die Sonne kurz vor 9 Uhr abends noch am Himmel steht. Aber in der Tat, dies „Empfinden des höchst Sonderbaren" wird bei den meisten Gegnern der Sommerzeit der Urgrund sein, aus dem ihre Feindschaft gegen die Neuerung erwächst. Letztere erfordert nicht nur ein Umstellen der Uhren, sondern in gewissem Maße auch ein solches des inneren Menschen, und es fällt nun einmal Vielen schwer, die Bahnen des Gewohnten zu verlassen. Der Hans auf seinem Schneidertisch hat im Mai stets zwischen 10 und 11 Uhr die Sonne über dem Dach des Nachbarn erscheinen sehen, plötzlich steht sie dort schon um 9 Uhr und nötigt ihn, vom Fenster wegzurücken, — was Wunder, daß er sich darüber empört? Nun gar auf dem Lande! Der Bauer war es von Jugend an gewohnt, daß beim Essen um 12 Uhr die Sonne durchs große Fenster auf den Tisch schien — jetzt ist sie um dieselbe Zeit schon beim kleinen Fenster ums Eck angelangt —, das kann nicht mit rechten Dingen zugehen! „Vadder, is de Sünn denn ganz ut Rand und Band?" — „Nee, Mudding, dat hebbt de Stadtlüüd daan, de Minschheit ward woll jümmer narrscher!"

Die bislang gegen die Sommerzeit erhobenen Einwendungen sind nicht überzeugend. Ihnen gegenüber stehen Kundgebungen des Beifalls aus weiten Kreisen. Die „Soziale Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände" (300 000 Mitglieder) erklärt in einem an den preußischen Handelsminister im Herbst 1916 erstatteten Gutachten: „Die Wirkung der eingeführten Sommerzeit wurde überall als gut und besonders in gesundheitlicher Beziehung als vorteilhaft empfunden. Auch für die Jugendpflege verspricht sich die Arbeitsgemeinschaft viel Nutzen von der Sommerzeit. Sie empfiehlt deshalb, vom 1. April bis 30. September die Sommerzeit anzuordnen." — Aus dem Bericht des „Bayrischen Verbands zum Schutze für Handel und Gewerbe":

> Der Verband stellt mit größter Befriedigung fest, daß die Einführung der Sommerzeit in allen Kreisen des Handels und Gewerbes begeisterte Zustimmung gefunden hat. Neben der bedeutenden Einsparung an Spesen für Schaufensterbeleuchtung, künstliche Erhellung der Kontore und Werkstätten wird besonders die Ausnutzung des Tageslichts nach Arbeitsschluß zu Zwecken der Erholung von den Unternehmern und Angestellten als eine große Wohltat empfunden. Die Sommerzeit hat in den weitesten Kreisen eine Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit hervorgebracht und wird sicherlich bei ihrer dauernden Einführung auf die Volksgesundheit von segensreicher Wirkung sein. Handel und Gewerbe erwarten mit aller Bestimmtheit, daß die Sommerzeit stets zur Einführung gelangt und daß sie für die Folge jeweils am 1. April in Kraft tritt.

Für dauernde Beibehaltung der Sommerzeit, mit Beginn vom 1. April, haben ferner sich ausgesprochen die Bingener Handelskammer, Hamburger und Leipziger Gewerbekammer, die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin. Die Hamburger Gewerbekammer wünscht schon behördliche Erwägungen darüber, ob etwa auch während des Winters die Vorverlegung der Stunden durchzuführen sei. In dem Berliner Gutachten heißt es: „Überall hat man sich schnell in die Zeitverschiebung eingelebt. Die Angestellten und Arbeiter in Groß-Berlin sind mit der Neuordnung gleichfalls zufrieden. Der geringe Verbrauch von künstlichen Leuchtmitteln wird überall als ein Vorteil betrachtet." Am entschiedensten werden die Vorzüge der Neuerung hervorgehoben in dem Urteil der Leipziger Gewerbekammer:

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

„Die Vorverlegung der Stunden hat allgemeine Zustimmung hervorgerufen. Außer der wesentlichen Ersparnis an Beleuchtungsmitteln wird auch vom gesundheitlichen Standpunkte aus die Neueinrichtung als förderlich empfunden, und zwar sowohl im Hinblick darauf, daß die Tätigkeit bei vollem Tageslicht wesentlich erleichtert und das menschliche Auge der mit der Tätigkeit bei künstlichem Licht verbundenen Anstrengung enthoben wird, als auch, weil nach dem Geschäftsschluß eine Stunde bei Tageslicht gewonnen worden ist, die der Erholung im Freien und in der Natur dienen kann. Der Umstand der erleichterten Tätigkeit bei Tageslicht ist für viele Handwerker und Gewerbetreibende von erheblicher Bedeutung. Die verschiedenen Erwerbskreise haben sich offenbar gern an die erfolgte Vorverlegung der Stunden gewöhnt. Bei der Mehrheit der in Betracht kommenden Erwerbskreise besteht sogar der Wunsch auf Beibehaltung der Vorverlegung der Stunden für die Dauer des ganzen Jahres, weil eine Rückverlegung für die Winterzeit und erneute Vorverlegung für den Sommer als störend für das Verkehrs- und Erwerbsleben empfunden würde. Soweit dann während der kürzesten Tage des Winters eine Mehrbenutzung künstlichen Lichts in den Frühstunden nötig werden würde, ist durch die frühere Beendigung des Tagewerks am Abend Ausgleich zu erwarten. Die Gewerbekammer hat deshalb die Vorverlegung der Stunden für das ganze Jahr und die Ausgestaltung dieser Maßregel zu einer dauernden Einrichtung befürwortet."

Dies sind Erfahrungen großer Volksteile, die ernste Beachtung beanspruchen können. Man wird jedenfalls das Eine aus ihnen herleiten dürfen, daß die Neuerung einen Anspruch hat auf eine billige Probezeit. Diese muß auf zehn, mindestens aber auf fünf Jahre bemessen werden, erst dann kann das abschließende Urteil über Wert oder Unwert der Sommerzeit ergehen.

Dr. P. Lafrenz.

Die Natur in Stifters Dichtung.

Wir müssen den Dichtern dafür Dank wissen, wenn sie Schönheit in unser Leben bringen; doppelt haben wir uns zu freuen, wenn ihre Werke uns durch ihren Inhalt bereichern, indem sie uns Antwort geben auf Fragen, die unser Inneres bewegen. Können wir Adalbert Stifter zu diesen Dichtern zählen? Unbestritten ist sein Ruhm als Schilderer der Landschaft. Ihm ist besonders eine Fähigkeit eigen: die der sorgfältigen, treuen Beobachtung. Der verderblichste Fehler des schlechten Beobachters, die Natur lediglich als Umweg zu seinem geliebten Ich anzusehen, ist ihm völlig fremd. Die Gegenständlichkeit, die er sein höchstes Kunstideal nennt, übt er selber unablässig. Dennoch wird seine Schilderung niemals trocken-wissenschaftlich. Er versteht es, sich ganz in die Erscheinung zu versenken und tief hineinzuschauen in die Seele der Dinge. Diese Seele der Dinge redet aus seinen Schilderungen mit vernehmlicher Sprache. „Immer abendlicher rauschten die Wasser der Pernitz", so lesen wir einmal, und an einer anderen Stelle heißt es, als der Winter naht: „... und alles war ruhig, gleichsam ergeben lauschend, daß es einschneie."

Von Stifters Menschendarstellung soll hier im besonderen nicht die Rede sein; und doch dürfen wir in diesem Zusammenhange nicht ganz daran vorübergehen. Stifters Menschen hängen immer mit der Natur zusammen, ja vielfach sind sie ganz und gar aus der Natur hervorgegangen. Dafür ist der Heideknabe im „Heidedorfe" ebensosehr ein Beispiel wie der alte Gregor im „Hochwald".

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Manchmal gibt er den Menschen symbolisierend eine entsprechende Landschaft zum Hintergrunde, so dem menschenscheuen Einsiedler im „Hagestolz" und der Brigitta in der gleichnamigen Erzählung.

Stifters Liebe zur Natur gestaltet sich in ihm zu einer Naturfrömmigkeit, ich möchte sagen, zu einer Naturseligkeit. Der Friede der Natur breitet über die Menschen, die so ganz mit ihr verwachsen sind, eine glückliche Heiterkeit aus, die schließlich durch nichts mehr getrübt werden kann. Diese Anschauung verkörpert vielleicht am schönsten Viktors Pflegemutter im „Hagestolz".

Gibt so die Natur dem innerlich gesunden Menschen eine immerwährende Bestätigung seines Glückes, so kann sie für die kranke Seele zu einer Heilerin und Helferin werden. So findet z. B. in der „Mappe meines Urgroßvaters" der junge Doktor Heilung für seinen Liebesschmerz in der ländlichen Einsamkeit. Es ist bemerkenswert, wie oft uns geschildert wird, daß die Menschen die Stadt verlassen und sich dem Landleben ergeben. Dies bietet dem Dichter immer von neuem Gelegenheit, in breiter, bisweilen allzu breiter Darstellung das Landleben zu schildern. Daß dies mehr ist als eine bloße Zufälligkeit, das geht, wenn man etwa daran zweifelte, aus manchen Worten des Dichters hervor. „Das ganze Land ist reizend, und es ist gut da zu wohnen, wenn man von den Menschen kommt, wo sie ein wenig zu dicht aneinander sind, und wenn man für die Kräfte seines Wesens Tätigkeit mitbringt." Diese Anschauung, dächte ich, müßte heute bei manchem auf Verständnis treffen, heute, wo die Stadtverdrossenheit sich so vielfach bemerkbar macht und anderseits die Tätigkeit des Landmannes in ihrem Werte neu erkannt wird.

Stifter ist der Natur mit inniger Liebe zugetan. Aber diese Liebe findet eine noch tiefere Befriedigung als im bloßen Anschauen und Genießen der Natur in der Tätigkeit, in der Arbeit an der Natur. Diese Arbeit stellt einen viel innigeren Zusammenhang zwischen dem Menschen und der Natur her als der ästhetische Naturgenuß. Zudem sind es bedeutende Kulturwerte, die in der Tätigkeit des Ackerbaues ruhen. „Wie schön und ursprünglich ist die Bestimmung des Landmannes, wenn er sie versteht und veredelt. In ihrer Einfalt, Mannigfaltigkeit, in dem ersten Zusammenleben mit der Natur, die leidenschaftslos ist, grenzt sie zunächst an die Sage vom Paradiese." Der innige Zusammenhang des Ackerbauers mit dem Boden, mit allen elementaren Vorgängen in der Natur, vor allem der Umstand, daß er nicht aus irgendeinem Überflusse heraus sich der Natur genießend zuwendet, sondern daß er sich in einer harten Abhängigkeit von dieser befindet, das ist das Bedeutungsvolle. Nur so kommt es zu einem vollen Zusammenwachsen von Mensch und Natur, und nur auf diesem Boden kann jenes religiöse Naturgefühl erwachsen, das unseren Großstädtern völlig abgeht. Dieses religiöse Gefühl der Natur gegenüber als die wahre, urgesunde Grundlage jeder wie immer gestalteten Kultur dem gesamten Volke zu bewahren, ist eine Aufgabe von höchster Wichtigkeit. Nun können wir freilich nicht alle Bauern sein. Aber darauf müssen wir bedacht sein, daß eine hinlängliche Anzahl von Volksgenossen dieser Tätigkeit erhalten bleibt; sie sollen die eigentlichen Pfleger jener Werte bleiben und sollen sie als Mittler an alle anderen weitergeben, die nicht in der unmittelbaren Berührung mit dem Acker leben können: so wird dem ganzen Volke der Zusammenhang mit der Natur und damit die Quelle aller seelischen Gesundheit erhalten bleiben. Welche äußere Bedeutung die Landwirtschaft für unser Volk hat, dafür hat uns ja der Krieg in einer unsanften Weise die Augen geöffnet. Die vielfältige Beschäftigung mit den verschiedenen Fragen der Landwirtschaft, noch mehr vielleicht die persönliche Berührung mit den Landleuten, zu denen die Städter durch die Not hingeführt wurden, haben hoffentlich in recht Vielen auch eine Ahnung von dem

inneren Werte der Landwirtschaft geweckt. Verschiedene Umstände haben auch während des Krieges erfreulicherweise den in der letzten Zeit erwachten Gedanken kräftig gefördert, daß wir nach einem Abbau unserer Großstädte streben und recht vielen Volksgenossen die Ansiedlung auf dem Lande mit allen Mitteln erleichtern müssen. Das ist eine Erscheinung, die gegenüber so vielem Ungesunden, das uns verzweifelt in die Zukunft blicken lassen möchte, neue Hoffnung auf die Gesundung unseres Volkes gibt.

Dem Dichter aber, der diesen uns lebhaft bewegenden Gedanken einen so beredten Ausdruck verliehen hat, der nicht müde wird, dem Landleben immer wieder ein Loblied zu singen, dem es dabei immer auch darum zu tun ist, die Kulturwerte dieses Lebenskreises herauszuheben und ins Licht zu setzen, dem sollten wir doch heute eine liebevolle Beachtung schenken. Tätigkeit, — das ist ihm Inhalt und Ziel des Lebens, und die Arbeit, die der Landmann leistet, erscheint ihm als die schönste Tätigkeit, sie ist ihm gleichsam Symbol für alle menschliche Tätigkeit. Mit seiner Tätigkeit dient der Einzelne seinem Mitmenschen, anderseits fördert er dadurch auch seine eigenen Ziele, indem er seinen Kräften zu einer Auswirkung verhilft.

Die Natur pflegt die treue Hingabe an sie aufs schönste zu belohnen: sie beschenkt den Menschen mit der Fähigkeit, das Natürliche zu erkennen und zu lieben. Diese Wirkung hat auch Stifter an sich erlebt. Er spricht immer wieder voll Liebe von den einfachen Speisen. Vor der notwendigsten Nahrung, dem Brote, hat er geradezu eine Ehrfurcht, ein Gefühl, das durchaus natürlich ist, das freilich der Städter, dem der riesige Apparat des Welthandels vor dem Kriege alles auf den Tisch bescherte, ohne daß er nach Herkunft und Herstellungsart fragte, längst verloren hat. Möchten wir doch in diesem Punkte für recht lange Zeit umlernen! Stifter aber kann uns dabei ein Helfer sein. „Die ruhige Verbrauchung und Erzeugung (des Getreides) zieht eine unermeßliche Kette durch die Menschheit in den Jahrhunderten und Jahrtausenden.... Den Wert dieser Pflanzen kann keiner vollständig ermessen, als der sie pflegt." So sind wir alle durch unsere wichtigste Nahrung mit der Erde verbunden; es kommt nur auf uns an, diese Verbindung lebendig zu erhalten. Bringen wir es fertig, diese Verbindung zu lösen, so wird eine unheilvolle Entwurzelung für alle Zeiten die Folge sein; „Kultur" bedeutet nicht umsonst ursprünglich nichts anderes als „Ackerbau".

Neben dem Brote umfaßt Stifter auch das Wasser und die Luft, gleich jenem unentbehrlich zum Leben, mit ehrfurchtsvoller Liebe. „Und ist wohl etwas außer der Luft, das mit größerem Adel in unser Wesen eingeht als das Wasser? Soll nicht nur das Reinste und Edelste sich mit uns vereinigen? Sollte dies nicht gerade in den gesundheitverderbenden Städten sein...?" Alles Gesunde, alles Natürliche findet in Stifter einen Freund, vor allem die einfache, naturgemäße Lebensweise. Wir können aus Stifter keinen Abstinenzanhänger machen, und doch ist es nicht zu übersehen, daß im „Hagestolz" der junge Viktor, dieses Urbild der äußeren Gesundheit und inneren Reinheit, den Wein, der ihm angeboten wird, verschmäht und erklärt, er habe bisher immer Wasser getrunken und wolle dabei bleiben. In dieser Erzählung wird ja dem Streben nach körperlicher und seelischer Tüchtigkeit ganz nachdrücklich das Wort geredet. Viktor unternimmt widerwillig eine Reise zu seinem Oheim, der ihm unbekannt ist. Er legt den ganzen Weg zu Fuß zurück, denn das ist der ausdrückliche Wunsch seines Oheims. Was dem Neffen und uns zunächst als eine unverständliche Schrulle erscheint, hat seinen guten Sinn. Der alte Sonderling hegt in sich das Ideal hoher körperlicher Stärke und zäher Willenskraft. Er glaubt, sein Neffe wachse in dem Hause seiner Pflegemutter in Weichlichkeit und Verzärtelung auf,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

er aber will ihm den Weg zur Entfaltung seiner Kräfte weisen. Diesem Ziele soll bereits die Gebirgswanderung dienen, diesen Gedanken soll ihm auch sein Aufenthalt bei dem Oheim näherbringen. So lebt in dem wunderlichen alten Manne ein Erzieherwille, der mit Bewußtheit den höchsten Zielen nachstrebt. Für Viktors Plan, ein Staatsamt zu übernehmen, hat er nur Spott: dies werde ihm nur langsam die Seele aus dem Leibe fressen. Er soll ein volles Menschentum erlangen; das aber kann er nach des Alten Meinung nur, wenn er sich in der freien Natur betätigt, die alle Kräfte des Menschen anspannt; darum setzt er ihn in den Stand, — Landwirt zu werden. Wir sehen, wie eng Stifters Vorliebe für das Landleben mit seinen höchsten Anschauungen über den Sinn und die Ziele des Menschenlebens verflochten ist.

Seinem Preise des Landlebens weiß der Dichter noch einen voll klingenden Ton einzufügen. Nur auf dem Lande findet der Mensch recht eigentlich eine Heimat. Wie vertraut tönt uns heute dieser Gedanke entgegen. Nur in dem, der auf eigener Scholle lebt, kann ein wahres Heimatgefühl wachsen. „Wir sind von diesem Eigentume umringt wie von einem Freunde, der nie wankt und nicht die Treue bricht." Immer wieder erhebt Stifter seine Stimme zum Lobe der Heimat. Ihm selber war es vergönnt, in einer wahren Heimat groß zu werden, er hat das Glück kennen gelernt, nicht nur mit Feld und Wald, mit Wiese und Bach, die seine Umgebung bildeten, sondern auch mit dem Elternhause, mit all seinem Urväterhausrat, all seinem Gerümpel aufs innigste zu verwachsen, und das hat ihm einen Grund unter die Füße gebaut, auf dem er sein ganzes Leben fest gestanden hat, uns Städtern zum Neide, die der Zufall aus einer Mietswohnung in die andere schleudert. „Darum hat der Großstädter, der stets erneuert, keine Heimat, und der Bauerssohn, wenn er Großstädter geworden ist, hegt die heimliche, sanft schmerzende Rückliebe an ein altes, schlechtes Haus, wo die Bretter, Pfähle und Truhen seiner Voreltern standen und stehen."

Aber nicht in den toten Dingen erschöpft sich das Wesen der Heimat, ihre Seele ist die Familie. Im „Nachsommer", dem reifen Werke seiner späteren Kunst, geht er dem Leben der Familie seines Helden aufs liebevollste nach und schildert lauter Dinge, die, äußerlich unbedeutend, die zarten, aber festen Fäden erkennen lassen, die die Glieder der Familie aneinanderbinden. Es ist kein Zufall, daß Stifter diesen Dingen so breiten Raum gewährt: ihnen kommt innerhalb des ganzen Romans, der nichts anderes als ein Bildungsroman ist, die höchste Bedeutung zu. Für den Dichter ist in der Familie der Mittelpunkt alles tieferen Strebens nach Bildung — das Wort in einem innerlicheren Sinne verstanden als gewöhnlich — gegeben. „Die Familie ist es, die unseren Zeiten nottut, sie tut mehr not als Kunst und Wissenschaft, als Verkehr, Handel, Aufschwung, Fortschritt, oder wie alles heißt, was begehrenswert erscheint." „Auf der Familie ruht die Kunst, die Wissenschaft, der menschliche Fortschritt, der Staat."

Wir sehen, wie die Anschauungen, die Stifter von der Natur hat, uns sacht hinüberführen in das Gebiet des Menschlichen, Sittlichen, wie dieses ganz und gar auf dem Grunde des Natürlichen ruht. Zeigt sich uns hier schon in Umrissen ein Bild der sittlichen Würde des Dichters, so gewinnt dies aufs Schönste Leben und Fülle, wenn wir uns der anderen Seite seiner Kunst nähern, der Menschengestaltung.

St.-R. Dr. Georg Klatt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Rund um uns

„Postdirektor N. nebst 78 Beamten." Diese Eintragung (siehe den Aufsatz „Kritik" unseres politischen Mitarbeiters in Nr. 22 vom 16. November 1917) hat sich nicht auf der Veröffentlichung einer Beitrittsliste zur „Vaterlandspartei" gefunden, sondern auf der Veröffentlichung eines — schon vor der Gründung der „Vaterlandspartei" erlassenen — Aufrufes einer anderen schlesischen Vereinigung. Das unseren Lesern mitzuteilen, bittet uns der Schlesische Landesverein der „Vaterlandspartei". Wie weitere Ermittlungen ergeben haben, hat jene andere Vereinigung, die den Aufruf erlassen hat, genau so gegen die Reichstagsmehrheit gearbeitet, wie die „Vaterlandspartei" das tut. Und auch in diesem Falle hat ein amtlicher Vorgesetzter die von ihm abhängigen Unterbeamten moralisch gezwungen, sich an der Agitation gegen die Reichstagsmehrheit zu beteiligen: denn Herr Postdirektor N. hat den Aufruf, nachdem er selbst ihn unterschrieben hatte, in den Diensträumen des ihm unterstellten Postamtes unter den dort beschäftigten Beamten umlaufen lassen und den Aufruf dann wieder an sich genommen. **Vortrupp.**

Neue Bücher und Schriften

An dieser Stelle werden nur solche Werke aufgezählt, die der Schriftleitung nach der einen oder andern Richtung hin besonders empfehlenswert erscheinen.

Dürerbund-Flugschriften.

Nr. 168: Greyerz, Dr. O. von: Deutsche Sprache in der Schweiz. 40 Pf.

Nr. 169: Popp, Dr. Josef: Der kunstwissenschaftliche Unterricht, insbesondere auf den Hochschulen und Kunstschulen. 30 Pf.

Nr. 170: Högg, E.: Helden-Ehrung. 60 Pf. Verlag Georg D. W. Gallwey, München.

Der kleine Rosengarten: Volkslieder von Hermann Löns, zur Laute gesungen von Fritz Jöde. Geb. M. 3.—. Eugen Diederichs, Jena.

Delbrück, Hans: Wider den Kleinglauben. Eine Auseinandersetzung mit der deutschen Vaterlandspartei. Eugen Diederichs, Jena.

Weber, Prof. Max: Wahlrecht und Demokratie in Deutschland. Schriften zur inneren Politik. Heft 2. M. 1.20. Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe") G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

Stapel, Wilhelm: Volksbürgerliche Erziehung. M. 2.—. Eugen Diederichs, Jena.

Bojarzin, Otto: August von Goethes Heidelberger Studentenjahre. M. 2.—. Julius Zwißler, Wolfenbüttel.

Kutter, Hermann: Das Bilderbuch Gottes. M. 7.50; geb. 9.—. Kober, C. F. Spittlers Nachf., Basel.

Foerster, Karl: Vom Blütengarten der Zukunft. M. 4.—. Furche-Verlag, Berlin.

Stubbe, Pastor Dr. Chr.: Luther und der Trunk. 40 Pf. Neuland-Verlag, Hamburg.

Lubahn, Johannes: Im Gericht. Nachdenkliche Geschichten für das deutsche Volk. M. 1.50. Neuland-Verlag, Hamburg.

(Für unaufgefordert eingesandte Bücher übernimmt die Schriftleitung d. „Vortrupp" keine Verantwortung.)

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 7 1. Aprilheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Der Ostfriede.

Berlin, den 17. März 1918.

Aus unserm Friedensvertrage mit Groß-Rußland, abgeschlossen zu Brest-Litowsk, ergeben sich, was die deutschen Bedingungen angeht, als die wichtigsten unter den auf die Dauer berechneten Regelungen die folgenden:

Deutschland verzichtet auf eine Kriegsentschädigung.

Sämtliche russische Randvölker erhalten das Selbstbestimmungsrecht, kraft dessen sie sich auch von Groß-Rußland loslösen können. Diese Randvölker sind von Norden nach Süden: Finnland, Estland, Livland, Kurland, Litauen, Polen, die Ukraine, die kaukasischen Bezirke: Erdehan, Kars, Batum.

Für einen Teil dieser Randvölker erhält dieses Selbstbestimmungsrecht die folgende Klausel: Es darf nicht ausgeübt werden im Sinne eines Anschlusses an Groß-Rußland; es muß ausgeübt werden „im Benehmen" mit Deutschland und Österreich-Ungarn. Die Randvölker mit so „verklausuliertem Selbstbestimmungsrecht" sind: Kurland, vermehrt um das livländische Riga und um die estländischen Inseln im rigaischen Meerbusen, sowie ferner Litauen und Polen. —

Daß Finnland und die Ukraine ihr Selbstbestimmungsrecht bereits dahin ausgeübt haben, daß jedes von ihnen ein selbständiger Staat sein will, ist bekannt.

In Deutschland bestehen nun Meinungsverschiedenheiten darüber, ob dieser unser Friedensvertrag mit Groß-Rußland in Einklang stehe mit der Friedensentschließung des Deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917, auf deren Boden ja bekanntlich auch die Regierung des Grafen Hertling steht. Hinsichtlich unsrer Friedensverträge mit Finnland und mit der Ukraine werden solche Zweifel von keiner Seite bei uns erhoben; gegenüber dem Friedensvertrage von Brest-Litowsk dagegen wird dessen Übereinstimmung mit jener Reichstagsentschließung sogar von zwei entgegengesetzten Seiten bestritten. Einmal hat das der Abgeordnete Stresemann getan, der Führer des annexionistischen Teiles der Nationalliberalen: er hat auf einer Sitzung des Zentralvorstandes seiner Partei triumphierend verkündet, dieser Friedensschluß sei ein Erfolg der Politik seiner Gesinnungsgenossen, einer Politik, die eingegeben gewesen sei von dem Bestreben, die Regierung und die Mehrheitsparteien von der Entschließung des 19. Juli 1917 „fortzureißen". Dann hat, von einem schlechthin entgegengesetzten politischen Standpunkte aus, am 27. Februar im Deutschen Reichstage auch der „unab-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hängige" Sozialdemokrat Haase behauptet, der Friedensvertrag von Brest-Litowsk sei mit der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 unvereinbar; und — was mir wesentlich wichtiger scheint —: wie aus der Presse ersichtlich ist, nehmen eine Anzahl Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, also der Anhänger Scheidemanns, den gleichen Standpunkt ein. Der Abgeordnete Erzberger dagegen, bekanntlich einer der „Väter" der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917, hat im Reichstage, unmittelbar nach jener eben erwähnten Rede Haases, wörtlich erklärt, der mit Groß-Rußland abgeschlossene Friede liege „vollständig im Rahmen" des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli 1917.

Die Leser meiner politischen Aufsätze im „Vortrupp" wissen, daß diese Aufsätze unzweideutig für die Friedensentschließung des Deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917 eintreten. Für den Verfasser dieser Aufsätze, und vielleicht auch für deren Leser, ist es daher von Interesse, zu prüfen, wie sich der Friede von Brest-Litowsk und die Entschließung vom 19. Juli 1917 zueinander verhalten. Dieses Interesse wird möglicherweise dadurch vergrößert, daß sich aus dem Ergebnis, zu dem meine Prüfung gelangt, eine Anzahl recht praktischer Folgerungen ergeben.

In der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 lauten die Stellen, auf die es hier ankommt*), so:

> „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar ....
>
> Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern."

Was diesem Programm nach der Meinung Stresemann-Haase in dem Friedensvertrage von Brest-Litowsk widersprechen soll, das ist die Verklausulierung, die auf dem Selbstbestimmungsrechte Kurlands (nebst dessen oben genannten Vermehrungen), sowie Litauens und Polens liegt. In dieser Verklausulierung, also in dem Verbote, sich an Groß-Rußland anzuschließen, und in dem Gebote, das Selbstbestimmungsrecht „im Benehmen" mit Deutschland und Österreich-Ungarn auszuüben, soll, wenn auch keine „erzwungene Gebietserweiterung" durch Deutschland, so doch eine „politische Vergewaltigung" Groß-Rußlands liegen; die aber sei auch der „dauernden Versöhnung der Völker", und der „Schaffung internationaler Rechtsorganisationen" nicht dienlich.

Bei unsrer Untersuchung muß als grundlegender Gesichtspunkt dieser festgestellt werden: Aus der Friedensentschließung des Deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917 und aus ihrer Annahme durch die deutsche Regierung haben *nicht etwa* die damals mit uns im Kriege befindlichen Staaten Rechte erworben gegenüber der deutschen Volksvertretung und der deutschen Regierung, sondern solche Rechte hat einzig *und allein* das deutsche Volk selbst erworben:

Was die Wirkung der Entschließung vom 19. Juli 1917 gegenüber dem feindlichen Auslande angeht, so gab die Entschließung — genau wie die Deutsche Tat vom 12. Dezember 1916 — den feindlichen Staaten lediglich eine *Gelegenheit*, Rechte zu erwerben. Sie gab diese Gelegenheit natürlich in der Absicht, womöglich zu erreichen, daß die feindlichen Staaten davon Gebrauch machen sollten. Und weiter in der Absicht, diejenigen Strömungen in den feindlichen Ländern zu stärken, die die Benutzung solcher Gelegenheiten wollten. Aber jeden-

*) Die vollständige Entschließung findet sich abgedruckt in meinem Aufsatze „Landesverräter" im „Vortrupp" vom 1. September 1917. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

falls: Damit einer der uns feindlichen Staaten diese Rechte erwerbe, mußte zunächst auch er erklären und diese Erklärung durch sein Verhalten als ehrlich gemeint bekräftigen, daß auch er uns gegenüber nicht nur auf jede erzwungene Gebietserwerbung, sondern auch auf jede politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigung verzichte; wie ich hier schon am 1. September 1917 in meiner ersten Würdigung der Reichstagsentschließung hervorgehoben habe: es „ist natürlich wesentlich, daß die deutsche Absage an die Eroberungspolitik nur unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit gilt". Weshalb denn auch der beliebte Vorwurf gegen die Reichstagsentschließung, sie gebe unsern Feinden einen Freibrief, den Krieg ohne Risiko ins Endlose zu verlängern, ganz unsinnig ist. Auch Graf Czernin, einer der stärksten Verfechter der Grundgedanken, die zu dem Reichstagsbeschluß geführt haben, hat das ja hervorgehoben. Das aber, was danach geschehen mußte, damit einer der uns feindlichen Staaten Rechte aus der Reichstagsentschließung erwerbe, hat keiner von ihnen getan; insbesondere hat die bolschewistische Regierung Rußlands noch während der Friedensverhandlungen das Gegenteil getan, indem sie durch andauernde Versuche, in das deutsche Heer und in die deutsche Zivilbevölkerung die Revolution hineinzutragen und gleichzeitig bis zum Gelingen dieser Versuche die Friedensverhandlungen zu verschleppen es unternahm, Deutschland politisch zu vergewaltigen. Also Rechte Rußlands aus dem Reichstagsbeschlusse vom 19. Juli 1917 hat es niemals gegeben, ebensowenig wie Rechte andrer feindlicher Staaten aus jenem Beschlusse. Und deshalb hat bei unsrer Untersuchung die Erwägung, ob durch den Friedensvertrag in Brest-Litowsk etwa solche Rechte Rußlands verletzt seien — mit dieser Erwägung hat anscheinend Haase operieren wollen —, völlig auszuscheiden. Rechte dagegen hat aus der Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 allerdings erworben das deutsche Volk selbst, und zwar Rechte gegenüber seiner Volksvertretung und gegenüber der Regierung, die ja durch zwei Reichskanzler, darunter den jetzt im Amte befindlichen Grafen Hertling, die Entschließung angenommen und sie als Grundlage ihrer ganzen auswärtigen Politik bezeichnet hat. Das erste dieser Rechte des deutschen Volkes geht dahin, daß die deutsche Regierung den Krieg beende und kein weiteres deutsches Blut opfere, sobald ein Friede zu erlangen ist, der uns Dies gewährt: Das Deutsche Reich muß unversehrt bleiben in Europa und über See. Außerdem muß unsre Welthandelsstellung gesichert werden und unser Anteil an der Weltwirtschaft in Rohstoffbezug und Handelsabsatz. Sobald die Gegner bereit sind, uns Das zu bewilligen, darf der Krieg nicht fortgesetzt werden, und darf nicht weiteres deutsches Blut geopfert werden zum Zwecke eines Hasardspiels um Annexionen, Kriegsentschädigungen oder um sonstige Vergewaltigungen eines Gegners: darauf hat das deutsche Volk ein Recht kraft der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917. Das zweite Recht des deutschen Volkes aus derselben Entschließung geht dahin, daß jeder Friede mit einem unsrer Feinde so abgeschlossen werde, daß er, soweit irgend möglich, der dauernden Versöhnung der Völker diene, also nicht den Keim zu Revanchekriegen in sich trage. Und das dritte Recht des deutschen Volkes aus dem Reichstagsbeschluß ist Dies, daß jeder Friede mit einem unsrer Feinde so abgeschlossen werde, daß er sich brauchen läßt als Teil der Grundlage einer zwischenstaatlichen Organisation. — Daß dem deutschen Volke solche Rechte ganz ausdrücklich gesichert wurden, das war unbedingt nötig geworden angesichts der andauernden Versuche der Alldeutschen und verwandter Bestrebungen — Bestrebungen, die sich später zu der „Vaterlandspartei" zusammengeschlossen haben —, die Regierung auf eine Politik des Hasardspieles um Annexionen und Kriegsentschädigungen, und damit auch auf eine Zukunft endloser Revanchekriege, festzulegen. Und vor Allem angesichts der furchtbaren Mißstimmung, die diese

Agitation der Alldeutschen und ihrer Verwandten in sehr weiten Schichten unsres Volkes hervorgerufen hat. Da stellte eben die Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 und ihre Annahme durch die Regierung die klare, beruhigende Erklärung dar, das deutsche Volk solle sicher sein, daß für das von den Alldeutschen und ihren Verwandten gewollte Hasardspiel um Annexionen und Kriegsentschädigung in diesem Kriege kein deutsches Blut geopfert und daß um solcher alldeutschen Kriegsziele willen keine künftigen Revanchekriege heraufbeschworen werden sollen.

Diese Rechte des deutschen Volkes aus der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 haben für den Normalfall der Entwicklung die folgende praktische Bedeutung: Die Unversehrtheit des Deutschen Reiches in Europa und über See, eine gesicherte Welthandelsstellung und den uns zukommenden Anteil an der Weltwirtschaft in Rohstoffbezug und Handelsabsatz wollten uns am 19. Juli 1917 die Feinde noch nicht zugestehen (und die West-Entente will es noch nicht). Durch unsre großen Waffenerfolge werden wir, wenn die, was höchst wahrscheinlich ist, stetig bleiben, gegenüber jedem unsrer Feinde einen Punkt erreichen, wo dieser Feind jene deutschen Forderungen, aber noch nicht mehr, zugesteht. Ob wir diesen Feind dann noch weiter zurückwälzen werden bis an einen weiteren Punkt, wo er auch die Ziele der Alldeutschen und ihrer Verwandten zu bewilligen bereit wäre, ist völlig ungewiß. Gewiß ist aber, daß im normalen Lauf der Dinge zwischen jenem ersten und diesem zweiten Punkte noch lange Zeiten weiteren Krieges und unermeßliche Ströme deutschen Blutes liegen würden. Die Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 und ihre Annahme durch die deutsche Regierung gibt, wie gezeigt, dem deutschen Volke den Anspruch, daß zum Friedenmachen bereits der erste Punkt ergriffen und festgehalten werde, daß also unsre Regierung Frieden schließe mit jedem Gegner, den die deutschen Waffen bis auf den ersten Punkt zurückgewälzt haben — und daß mit dem Friedenmachen nicht etwa gewartet werde bis zu dem höchst unsicheren zweiten Punkt.

Im Verhältnis zu Rußland hat nun aber die Entwicklung nicht diesen normalen Lauf genommen. Bei Rußland ist es vielmehr nicht einmal nötig gewesen, es auch nur bis auf den bezeichneten ersten Punkt zurückzuwälzen. Vielmehr ist Rußland schon vorher ganz plötzlich völlig zusammengebrochen, wie ein Ringer, den mitten im Ringen ein Schlaganfall niederwirft. Der Zusammenbruch in diesem Maße war unvorhergesehen und unvorhersehbar; wie denn ja auch der größte lebende deutsche Mann noch vor wenigen Tagen wörtlich ausgesprochen hat: „Die Größe des Zusammenbruchs Rußlands übersteigt jede Erwartung. Ich selbst habe wohl an eine Revolution geglaubt, etwa in der Form der Revolution von 1905. Daß der Niederbruch aber einen so weltgeschichtlichen Verlauf nehmen würde, habe ich nicht erwartet und nicht in Rechnung gestellt." Der Vergleich mit dem Schlaganfall trifft bis ins letzte zu: Wohl ist das Ende Rußlands beschleunigt worden durch den Kampf, wie das ja auch bei dem Ringer der Fall sein würde; aber die Grundursache liegt in der schlagflüssigen Veranlagung. Genau genommen handelt es sich übrigens um eine Reihe von Schlaganfällen: Den letzten hätte Rußland vermeiden können, wenn es bereits nach dem ersten durch eine „schleunigst durchgeführte außenpolitische Bettruhe"*) Gesundung gesucht hätte. — Es ist daher, soweit Rußland für sich

*) Dieses ungemein treffende Bild entnehme ich dem politischen Leitaufsatze der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 6. März abends, betitelt „Ein Nachwort zu Brest-Litowsk", einem Aufsatze, den ich nach Inhalt und Form für sehr bemerkenswert halte, der außerdem nach seinem Platze in der „Norddeut-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

allein in Betracht kommt, der bezeichnete „erste Punkt" der Normalentwicklung übersprungen worden: Rußland ist urplötzlich in eine Lage versetzt worden, die noch weit hinter sogar dem „zweiten Punkte" liegt, in eine Lage, wo es sich überhaupt gegen gar keine Bedingung mehr hätte wehren können. (Ich halte es für denkbar, daß es mit Frankreich und Italien, wo jetzt ebenfalls Anzeichen einer „schlagflüssigen Veranlagung" aufzutauchen scheinen, ebenso oder ähnlich gehen wird; bei unsern gefährlichsten Gegnern dagegen, nämlich bei England und Nordamerika, die beide ganz gewiß keine schlagflüssige Konstitution haben, erachte ich irgendeine Entwicklung dieser Art für ausgeschlossen, zumal ich es auch für einen Wahn halte, daß England etwa durch Einwirkung von außen her einen plötzlichen Erstickungstod erleiden sollte — von Nordamerika gar nicht zu reden.)

Gerade bei der vom Normalfalle abweichenden, Entwicklung, die die Dinge hinsichtlich Rußlands genommen haben, zeigt sich nun, was es praktisch ausmacht, daß Derjenige, der aus der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 Rechte erworben hat, nicht das feindliche Ausland ist, sondern das deutsche Volk: Denn hätte jener Reichstagsbeschluß Rechte für das feindliche Ausland erzeugt, dann könnte man allenfalls sagen, die Tatsache der endgültigen Abgliederung Kurlands (nebst dessen Vermehrungen), sowie Litauens und Polens verstieße gegen die Rechte Groß-Rußlands aus der Entschließung vom 19. Juli und damit gegen diese Entschließung selbst — „allenfalls", könnte man das sagen, denn möglicherweise kämen dann als Berechtigte aus der Reichstagsentschließung gar nicht Groß-Rußland sondern vielmehr Kurland, Litauen und Polen selbst in Betracht, da ja das alte Rußland vom 19. Juli 1917 gar nicht mehr besteht, sondern sich in Partikel, unter andern in die Randstaaten aufgelöst hat. — Nun hat ja aber eben die Friedensentschließung keine Rechte für das Ausland, insbesondere für Rußland erzeugt, sondern nur die drei oben aufgezählten Rechte für das deutsche Volk. Und das erste dieser Rechte, dahingehend, daß nicht durch „vergewaltigende" Kriegsziele der Krieg verlängert werde, war, was Groß-Rußland angeht, gegenstandslos geworden: Groß-Rußland war ja infolge des erlittenen „Schlaganfalles" in die Lage versetzt worden, daß es selbst dann sofortigen Frieden hätte machen müssen, wenn Deutschland die größten Annexionen und die gewaltigste Kriegsentschädigung von ihm verlangt hätte. Selbst solche deutschen Friedensbedingungen hätten angesichts des russischen „Schlaganfalles" den Krieg nicht mehr verlängern können, geschweige denn die deutschen Friedensbedingungen, wie sie tatsächlich gestellt worden sind: völliger Verzicht auf Kriegsentschädigung und Abgliederungen, die keine Annexionen sind. — Es bleiben aber noch das zweite und das dritte Recht des deutschen Volkes aus dem Beschlusse vom 19. Juli 1917, die Rechte darauf, daß ein Friedensschluß in diesem Weltkriege womöglich die Gefahr künftiger Revanchekriege vermeide, und daß ein jeder dieser Friedensschlüsse brauchbar sei als ein Teil der Grundlage einer künftigen gemeinsamen Organisation der Völker: Anlangend dies Letztere, so darf man sagen, daß der Friede von Brest-Litowsk, falls er an sich haltbar ist, die Aussichten für eine solche Völkerorganisation nicht verschlechtert, sondern verbessert: Das alte russische Reich, in seiner ungeheuerlichen Ausdehnung von der deutschen Grenze bis zum Stillen Ozean, dieses Reich, das, ob zaristisch ob bolschewistisch oder sonstwie regiert, europäischer Art immer fremd war, wäre für das Bestehen einer Friedensorganisation der Völker stets eine Gefahr geblieben. Die abgelösten Randstaaten dagegen eignen sich nach Volksart und Umfang ganz

---

schen Allgemeinen Zeitung" vermutlich die Auffassung der deutschen Regierung wiedergibt. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vortrefflich zu Gliedern einer solchen Organisation, und das eigentliche Rußland in seinem verkleinerten Zustande paßt jedenfalls weit besser hinein, als früher das russische Riesenreich. Und so hat der Friede von Brest-Litowsk die Aussichten für die zwischenstaatliche Organisation nicht verschlechtert, sondern verbessert — vorausgesetzt eben, daß er hält: daß er mit andern Worten auch das Recht des deutschen Volkes aus dem Reichstagsbeschlusse vom 19. Juli 1917 darauf erfüllt, daß aus diesem Frieden keine Revanchekriege entspringen. — Ja, wie steht es damit? Es ist bekanntlich bestritten, ob die Natur des Groß-Russen überhaupt zu Revanchegedanken neigt; Rohrbach, nach dem Urteil weiter Kreise kein ganz schlechter Kenner Rußlands, schreibt dem Großrussen bekanntlich diese Eigenschaft nicht zu. Hat er sie aber doch, und hat er sie stark genug, um den Friedenstrieb aufzuwiegen, der nach diesem Kriege, jedenfalls zunächst, elementar durch alle weißen Völker gehen wird, so hat er ihn auch ohne die Abgliederungen infolge der einfachen Tatsache einer so zerschmetternden Niederlage: wie auch wohl niemand daran zweifelt, daß die im Jahre 1871 erfolgte Zurücknahme Elsaß-Lothringens durch Deutschland nicht der Grund sondern der Vorwand für das Revanchestreben der Franzosen war. Dann möchte das gewaltige Weniger an Macht, das das jetzige „Groß-Rußland" gegenüber dem alten russischen Reich darstellt, eher ein Grund sein, die russische Revanchelust zu hemmen, vorausgesetzt daß — und damit komme ich zu dem wichtigsten Punkte meines ganzen heutigen Aufsatzes — eine etwaige Revanchelust Groß-Rußlands keine Stütze findet in den jetzt abgegliederten Randstaaten selbst. Sind und bleiben diese Randvölker selbst zufrieden mit dem neugeschaffenen Zustande, dann werden sie ein Schwergewicht bilden, das alle etwaigen großrussischen Revanchegelüste von vornherein erdrückt; sind sie nicht zufrieden, oder bleiben sie es nicht, dann werden sie umgekehrt das Gewicht sein, das das Uhrwerk großrussischer Revanche in Gang setzt. Welcher von beiden Fällen eintreten soll, das zu bestimmen liegt in der deutschen Hand: Daß wir Deutschen mit diesen Randvölkern im Geiste der Friedensentschließung vom 19. Juli 1917 verfahren, so daß sie, die Randvölker, sich nicht vergewaltigt fühlen, darauf kommt es an. Wir Deutschen müssen verhindern, daß es im Osten so werde, wie es nach 1871 im Westen wurde, wo die französischen Revancheprediger in immerhin beträchtlichen Teilen der Bevölkerung Elsaß-Lothringens eine Stütze und in der Stimmung dieser Teile einen Vorwand ihrer Hetzerei fanden. Der Ostfriede so, wie er jetzt vorliegt, ist für uns Deutsche ein Rohstoff, aus dem wir erst das machen müssen, was wir brauchen; was aus diesem Rohstoff wird, hängt ausschließlich von unserm eigenen Verhalten zu den Randvölkern ab. Dieser Umstand: ob wir die Randvölker zu unsern Freunden oder zu unsern Feinden machen, wird darüber entscheiden, ob der Friede zu Brest-Litowsk der Beginn werden wird unsrer dauernden Versöhnung mit dem Osten, und damit auch ein brauchbares Glied in einer künftigen Friedensorganisation der Völker, oder aber eine Quelle unaufhörlicher Revanchekriege. —

Ich will möglichst deutlich sagen, was Das meines Erachtens für die Praxis bedeutet:

Zum Ersten: Wir dürfen aus den Abgliederungen, die der Friedensvertrag von Brest-Litowsk bestimmt, unter keinen Umständen erzwungene Gebietserwerbungen für Deutschland machen. Weder in offener noch in versteckter Form. Das darf insbesondere auch nicht etwa geschehen um — deutscher oder österreichischer — dynastischer Interessen willen. Was aus den abgegliederten Randstaaten auf die Dauer wird, das darf nur bestimmt werden durch die ehrliche, mit allen nötigen Gewähren versehene, Selbstbestimmung dieser Randstaaten, wie damit ja bei Finnland und der Ukraine ein guter Anfang gemacht ist. —

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Diese Warnung gilt ganz besonders hinsichtlich Kurlands, Livlands und Estlands. Wir dürfen nun einmal nicht vergessen: diese Länder, die baltischen Länder, sind nicht deutsch, sie haben nur eine deutsche Oberschicht, die, besonders in den Städten, eine hohe deutsche Kultur entwickelt hat, die aber nur einen ganz kleinen Teil der Bevölkerung dieser Länder darstellt. Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß wir Deutschen diese baltische deutsche Kultur nach besten Kräften schützen*); aber für ebenso selbstverständlich, daß diesem Interesse, so groß es ist, und so warm es uns das Herz macht, das Interesse des Deutschen Reiches selbst vorangeht. Darum sind auch alle Beschlüsse, die jetzt aus den baltischen Ländern kommen, so erfreulich ihr Inhalt auch für uns Deutsche sein mag, stets mit aller Nüchternheit daraufhin zu prüfen, ob sie den wirklichen Willen der Gesamtbevölkerung der baltischen Länder wiedergeben; ohne Das könnte es gar leicht eintreten, daß wir auf solche Beschlüsse bauen, um eines Tages zu entdecken, daß wir tatsächlich auf Sand gebaut haben, der vom Strome des Weltgeschehens wieder weggerissen wird. Deshalb ist es besonders gut, daß auf den Beschluß des kurländischen Landesrates vom 8. März 1918 Deutschland zwar die Freiheit und die Unabhängigkeit Kurlands anerkannt, sich im übrigen aber noch in keiner Weise gebunden und besonders auch erklärt hat, die kurländische Verfassung müsse „eine Landesvertretung auf breiter Grundlage vorsehen". Daß die Frage, wer von den Einwohnern der baltischen Provinzen an der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts teilnehmen kann, besonders schwierig und nicht einfach mit der Formel des allgemeinen, gleichen Stimmrechts zu lösen ist, weiß ich: Die Zahl Derjenigen unter den nichtdeutschen Balten, die weder lesen noch schreiben können, ist bekanntlich sehr groß. Und ob man von einem politischen Willen solcher „Analphabeten" ernsthaft sprechen kann, scheint mir zweifelhaft, zumal es leider nicht zweifelhaft ist, daß ihre Stimmen eine leichte Beute Derer werden können, die geneigt sind, Geld oder auch Schnaps dafür zu bezahlen — was Beides Agenten der Entente gern bieten werden. Jedenfalls aber kann gerechterweise die Stimme eines Analphabeten der Stimme eines Einwohners, der lesen und schreiben kann — mag der Deutscher oder Nichtdeutscher sein — nicht gleichgewertet werden. Also es wird noch eingehender Arbeit bedürfen, um festzustellen, wie die Ausübung der baltischen Selbstbestimmungsrechte praktisch aussehen soll: aber so muß sie jedenfalls aussehen, daß es nicht nachher heißen kann, in Wahrheit habe hier niemand anders gestimmt, als die kleine deutsche Oberschicht. Denn was so erzielt wäre, das könnte sich eben im Gange des Weltgeschehens dann doch nicht halten: die baltischen Länder kämen sich „vergewaltigt" vor, würden die Stützen, vielleicht sogar erst die Väter, großrussischer Revanchegedanken, und das Deutsche Reich hätte den Schaden davon. Für selbstverständlich halte ich es auch, daß, aus dem gleichen Grunde, die endgültige Ausübung des Selbstbestimmungsrechts insbesondere durch Estland und Livland erst erfolgen darf, nachdem die Besetzung dieser beiden baltischen Länder durch die deutsche Polizeimacht, eine Besetzung, die der Friede von Brest-Litowsk ja vorsieht, aufgehört haben wird: Zweifellos haben auch Estland und Livland die Möglichkeit, ihr Selbstbestimmungsrecht sogar dahin auszuüben, daß sie sich in irgendeiner Form freiwillig an das Deutsche Reich anschließen: Aber ein solcher oder auch ein andrer Beschluß nützt dem Deutschen Reiche nur dann etwas, wenn er völlig frei von dem Verdachte bleibt, daß die deutsche Polizeibesatzung

*) Der „Vortrupp" glaubt bei dieser Gelegenheit seinerseits daran erinnern zu dürfen, daß das Eintreten für die Rechte und die Kultur der deutschen Balten (und auch der Finnen) seit der Gründung des „Vortrupp" einer unsrer Programmpunkte ist.
Vortrupp.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ihn beeinflußt haben könnte, und wenn er weiter als richtiges Bild des Willens der gesamten Bevölkerung gelten kann, soweit die eben nach ihren Bildungsverhältnissen eines ernsthaften politischen Willens fähig ist. — Es ist ein großer Segen, daß mit Bestimmtheit versichert werden kann, daß der Reichskanzler Graf Hertling niemals für irgendeine offene oder versteckte Annexions- oder Vergewaltigungs-Politik gegen die Randvölker zu haben sein würde. Abgesehen von Anderm, geht das aus seiner Reichstagsrede vom 25. Februar deutlich hervor.

Dann ein Zweites, und darauf kommt es nicht weniger an: Es gilt, diejenigen Länder und Völker im Osten, die sich kraft ihrer Selbstbestimmung, in dieser oder jener Form, dauernd unter unsern politischen Einfluß stellen werden, auch innerlich an uns Deutsche zu fesseln. Wobei wir bedenken sollen, daß der Mensch nicht vom Brote allein lebt. Wir haben es ja jetzt dort im Osten viel leichter, die Seelen der Menschen zu gewinnen, als wir es nach 1871 in Elsaß-Lothringen hatten, wo in beträchtlichen Teilen der Bevölkerung eine eingewurzelte Sympathie für Frankreich festsaß: eine ähnlich mächtige Zuneigung zu Groß-Rußland dürfte in den abgegliederten Ländern im Osten nicht vorhanden sein. Aber wir sollen uns diese günstige Anfangslage auch nicht gleich wieder verderben. Wir Deutschen sollen es hier endlich einmal verstehen, moralische Eroberungen zu machen. Auf „altpreußisch" geht es wirklich nicht; wir müssen begreifen, daß zwar Friedrich Wilhelm I. ein sehr großer Mann war, ohne dessen Stock es heute wahrscheinlich weder ein Preußen noch ein Deutsches Reich gäbe, daß aber seine Methoden in unsrer Zeit nicht mehr den politischen Erfolg für sich haben. Daß Krieg und Politik verschiedene Dinge sind, und daß die Art, ein militärisches Unternehmen anzufassen, im Kriege vortrefflich sein kann, während man oft mit ganz derselben Art im Frieden den politischen Wagen in den Schlamm fährt. Daß der Kasernenhofton unter Umständen gar kein verächtliches Ding ist — auf dem Exerzierplatze, gegenüber (ganz jungen) Rekruten —, daß aber die Staatskunst im Frieden, allgemeiner Erfahrung nach, andrer Ausdrucksformen bedarf. Denken wir jetzt für den Osten einmal daran, wie uns der Nordgermane Björn Björnson in dem Buche, das er während des Krieges für uns schrieb*), gewarnt hat vor dem „Ton, vor dem Europa Angst hat", vor dem „Geist, der voll Verehrung für seine eigene ‚Schneidigkeit' im Unteroffizierston jede politische und soziale Lebensrichtung zur Ordnung ruft, die sich seinem Kommando nicht gehorsam zeigt". — In der Praxis: Um Gottes willen keinen Rückfall in Köllersche Methoden nordschleswigschen Angedenkens! Sondern ernstes Besinnen auf das vortreffliche Wort, das im letzten Oktober in Würzburg gesprochen ist: „Wir rüsten zu einem neuen Kampf mit England, zu einem Kampf ... um die Sympathie der Völker, um die Seele der Welt! Denn bisher hat England verstanden die ganze Welt zum Freund zu gewinnen, und wir haben die ganze Welt als Freund verloren. Das soll anders werden." Es tut zum Beispiel für die Aufgaben, die unser im Osten warten, dringend not, daß wir uns fragen: Wie hat England es denn angefangen, daß sich die Buren Südafrikas, wenige Jahre nach erbittertem Kampfe gegen England, jetzt als Glied des britischen Reiches so wohl fühlen, daß ihre überwältigende Masse gar nicht daran denkt, von England wieder fort zu wollen. Das Zaubermittel, womit England Das erreicht hat, war die freie Verfassung, die der führende englische Liberale Campbell-Bannerman (gegen heftigen Widerspruch der „Heydebrands" und „Westarps" in England) an Südafrika gab. Hätte sich England damals von dem Geiste leiten lassen, den die „Alldeutschen Blätter" von 1913 auf Seite 282 so

*) Näheres darüber s. in meinem Aufsatze „Björnsons Deutschland-Buch" im „Vortrupp" vom 16. Mai 1917. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gefaßt haben: „Nur Irrungen der Übergangszeit konnten die Sieger so verblenden, daß sie sich verpflichtet glaubten, den Unterworfenen Anteil an jenen Herrenrechten (den politischen Rechten) zu gewähren" — hätte England sich von diesem Geiste leiten lassen, die Buren wären in diesem Weltkriege nicht Englands treue Gefolgsleute gewesen. Durch das Verhältnis Englands zu den nichtenglischen weißen Einwohnern seines Weltreiches zieht sich ein politischer Meistergedanke, dem das Wort „The Britisher" entspricht. Der „Britisher" ist kein „Englishman", und England verlangt nicht von ihm, daß er es werde; er bleibt in Sprache und Kultur Bure oder was er sonst ist. Aber politisch fühlt er sich auf Gedeih und Verderb mit dem britischen Reiche verbunden. Lernen wir Deutschen daraus: Versteifen wir uns nicht darauf, aus Esten, Letten und Polen Deutsche zu machen, wo uns nicht freier Wille dazu entgegenkommt — aber erfüllen wir sie alle mit dem lebendigen Gedanken und Gefühl, daß sie deutsche „Reichsgenossen" sind. Deutsche „Reichsgenossen"! — die deutsche Weltgeltung bedarf ihrer, wie der britische Reichsgedanke den „Britisher" braucht. Und gelingt es uns, im Osten diesen Typus zu schaffen, dann wäre jeder etwaige Gedanke Groß-Rußlands an Revanchekrieg von vornherein eitel.

Fidelis.

Die neue preußische Prüfungsordnung für das Lehramt an höheren Schulen und die Hygiene.

Bei der unlängst in Berlin abgehaltenen Generalversammlung des Deutschen Vereins für Volkshygiene bedauerte der mitanwesende Ministerialdirektor Prof. M. Kirchner u. a., daß die Lehren der Hygiene noch so wenig in das Volk eingedrungen seien. Worauf bei der dann einsetzenden Aussprache ein seit Jahren für die gesundheitliche Aufklärung des Volkes tätiger Arzt, Dr. Karl Bornstein, seinerseits beklagte, daß die Lehren der Hygiene noch so wenig in die Reihen der Behörden eingedrungen seien, und zur Begründung seiner Klage wies er vor allem darauf hin, daß man noch immer beträchtliche Mengen eines so wertvollen Nahrungsmittels, wie es die Gerste ist, nicht dem darbenden Volke, sondern dem Braukapitale zur Herstellung eines Getränkes überweise, das für die Volksernährung ernstlich gar nicht in Betracht kommen könne. Zweifellos hatten beide Redner mit ihren Klagen recht, nur darf man sich billig darüber wundern, daß gerade an den führenden Stellen die für die Zukunft unseres Volkes so überaus wichtigen Lehren der Hygiene auch heute noch so wenig praktische Würdigung finden.

Einen neuen Beweis dafür liefert die unlängst erschienene preußische Prüfungsordnung für das Lehramt an höheren Schulen, die mit dem 1. April d. J. in Kraft getreten ist. Es soll ja bereitwillig anerkannt werden, daß sie in mancher Hinsicht einen Fortschritt gegen früher bedeutet, in einer Beziehung aber muß sie freilich von vornherein als durchaus veraltet bezeichnet werden: sie hat keinerlei Vorkehrung dafür getroffen, daß die künftigen Lehrer der höheren Schulen sich während ihres akademischen Studiums mit der Wissenschaft beschäftigen, die für das erfolgreiche Wirken jedes Lehrers von der größten Bedeutung ist, mit Hygiene. Als allgemein verbindliches Fach für alle Kandidaten wird in der wissenschaftlichen Prüfung Philosophie verlangt, und dazu zwei Hauptfächer sowie ein Nebenfach. An Stelle des Nebenfaches kann der Kandidat ein sogenanntes Zusatzfach angeben, und zwar hat er da die Wahl zwischen folgenden Fächern: 1. Philosophische Propädeutik, 2. Pädagogik, 3. angewandter

Mathematik, 4. Mineralogie und Geologie, 5. klassischer Archäologie, 6. Geschichte der Kunst des Mittelalters und der Neuzeit, 7. vergleichender Sprachwissenschaft, 8. Polnisch, 9. Dänisch, 10. Russisch, 11. Spanisch, 12. Italienisch, 13. Türkisch, 14. Zeichnen, 15. Gesang, 16. Turnen. Rein sachlich betrachtet, hätte Hygiene als allgemein verbindliches Fach neben Philosophie gestellt werden müssen, und das hätte dann eine wirklich harmonische Berücksichtigung der Rechte des Geistes und des Körpers ergeben. Wenn man aber davon eine allzu große Belastung der Kandidaten befürchtete, so würde eben eine angemessene Entlastung auf seiten der Anforderungen im Fachwissen ins Auge zu fassen sein, denn was hülfe aller geistige Fortschritt, der auf Kosten der Gesundheit erzielt wird? Zum mindesten aber, wenn die Gleichbewertung von Hygiene und Philosophie mit den Anschauungen der jetzt maßgebenden Schulmänner nicht zu vereinigen war, hätte der Hygiene doch ein bescheidener Platz unter den sogenannten Zusatzfächern gegönnt werden sollen, wodurch wenigstens für die allmähliche Heranbildung einer gewissen Anzahl von hygienisch unterrichteten Lehrern gesorgt worden wäre, und das Vorhandensein einer Anzahl solcher Männer in einem Lehrerkollegium ist zweifellos unendlich wichtiger und wertvoller für die Schule als das Vorhandensein einiger Kenner des Polnischen oder Türkischen.

Um nicht ungerecht zu erscheinen, muß allerdings bemerkt werden, daß die Hygiene in der zweijährigen pädagogischen Unterweisung, die nach der wissenschaftlichen Prüfung stattfindet, eine Stelle gefunden hat, insofern unter den zehn Abteilungen der Stoffgebiete, die unter Leitung des Direktors oder eines beauftragten Lehrers in den wöchentlichen Sitzungen zu behandeln sind, auch die „Gesundheitspflege der Schüler" mit erwähnt wird. Aber freilich kann eine solche Einrichtung unmöglich als ausreichend angesehen werden, um ein allgemeines hygienisches Interesse bei den künftigen Lehrern zu begründen, denn die Ausführung dieser Bestimmung wird immer von der persönlichen Stellung des betreffenden Direktors oder seines Vertreters abhängen, und bei der bis jetzt im höheren Lehrerstande noch fast allgemein vorherrschenden Geringschätzung der Hygiene ist als sicher anzunehmen, daß man sich an den meisten Stellen nur rein äußerlich mit der Bestimmung in § 5 der Ordnung für die praktische Ausbildung der Kandidaten abfinden wird. Gerade aus neuester Zeit ist doch sehr bezeichnend, daß von den hervorragenden praktischen Schulmännern, denen der Entwurf der neuen Ordnung zur Begutachtung vorgelegen hat, nichts zur Beseitigung des in Rede stehenden Fehlers getan oder erreicht worden ist. Das stimmt ja aber auch durchaus zu dem Zustande, wie er vor dem Kriege bekannt war. Unter den Vortragsgegenständen, die auf den Versammlungen akademisch gebildeter Lehrer geboten wurden, stieß man nur ganz vereinzelt auf eins aus dem Gebiete der Schulhygiene. Im großen Deutschen Vereine für Schulgesundheitspflege war die Zahl der akademisch gebildeten Schulmänner immer nur bescheiden; schulhygienische Kongresse und Versammlungen wurden von Angehörigen des höheren Lehrerstandes nur wenig besucht, in den Lehrerbibliotheken der höheren Schulen war Schulhygiene meist ein Stiefkind. Auch die Universitätsvorlesungen über diese Wissenschaft wurden und werden nur wenig von Studierenden des höheren Lehramts besucht, das ist ein offenes Geheimnis. Allerdings wurde auf der 2. Tagung des Vereinsverbandes akademisch gebildeter Lehrer 1906 in Eisenach fast einstimmig eine Entschließung angenommen, die die Schulhygiene als einen notwendigen Bestandteil in der Vorbildung der Kandidaten des höheren Lehramts anerkannte — ich war damals selbst Berichterstatter —, aber das war doch vorwiegend nur eine theoretische Anerkennung, die weniger aus innerer Begeisterung für die Sache ausgesprochen wurde, als

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vielmehr, weil die Gründe, die für die Entschließung geltend gemacht wurden, nicht wohl bekämpft werden konnten, ohne das Ansehen des ganzen Standes vor der Öffentlichkeit schwer zu gefährden. Ebensowenig darf man die Wirksamkeit hygienischer Verordnungen überschätzen, wie sie manchmal von den Oberbehörden an die Schulen ergangen sind. Wenn der Gegenstand der Verordnung bei der Lehrerschaft nicht eine innere Empfänglichkeit findet, stellt sie in der Regel nur eine Bereicherung des Aktenschrankes dar. So gibt es z. B. für das Königreich Sachsen eine ausführliche schulhygienische Generalverordnung von 1873, die in der Fachliteratur mit Hochachtung zitiert wird und die das auch verdient. Aber wie viele der darin enthaltenen Bestimmungen sind doch rein auf dem Papiere stehen geblieben!

Wenn man andererseits manchmal sagt, daß die Schulhygiene vor allem eine Geldfrage sei, so verbirgt sich dahinter oft nur die Abneigung, der Frage überhaupt näher zu treten, abgesehen davon, daß der ganze Satz nur sehr bedingt richtig ist. Gewiß kann man für Geld manche Verbesserungen in der Schuleinrichtung einführen, aber doch hilft alles Geld der Welt nichts, wenn nicht bei der vor allem wichtigen Stelle, bei der Lehrerschaft selbst, die klare und zum Handeln treibende Überzeugung vorhanden ist, daß es sich bei der Schulgesundheitspflege um eine für das Wohl und Wehe unseres Volkes überaus wichtige Aufgabe handelt. Selbst ein mit allen neuzeitlichen Errungenschaften ausgestatteter Schulpalast könnte die darin unterrichtete Jugend nicht vor der Annahme fehlerhafter, ungesunder Gewohnheiten schützen, wenn die Lehrerschaft nicht wüßte, worauf es gesundheitlich ankommt und die Jugend dementsprechend lehrte und gewöhnte.

Auch die Schularzteinrichtung, so wichtig sie auch an sich ist, kann den hygienisch gebildeten Lehrer niemals ersetzen, selbst wenn sie allgemein eingeführt wäre, was ja noch gar nicht der Fall ist. Der Schularzt, der seine Tätigkeit in der Regel nur im Nebenamte ausübt, kommt nur ausnahmsweise in die Schule; er kann eine nähere Kenntnis der Schüler und ihrer Eigenart meistens gar nicht haben, er hat auch nicht immer die pädagogischen Eigenschaften, die zu einer wirksamen Beeinflussung der Jugend gehören. Der Lehrer dagegen steht in beständiger Berührung mit den Schülern, er beobachtet sie täglich stundenlang, er weiß, wie er sie zu nehmen hat, und er kann, wenn er selbst hygienisch gebildet ist, die Schüler mannigfach aufklären und warnen, wo immer sich eine Gelegenheit bietet. Wenn 1908 der deutsche Ärztetag in Danzig die hygienische Belehrung der Schüler höherer Lehranstalten ausschließlich für den Arzt in Anspruch nahm, so war dies ein sachlich nicht begründeter und außerdem ganz unausführbarer Beschluß. Der gegebene und natürliche Gesundheitslehrer der Jugend wird immer der Lehrer sein, der das unmittelbarste Interesse daran hat, daß seine Schüler ihre geistige Leistungsfähigkeit auf der Grundlage eines gesunden Körpers entwickeln. Das gilt natürlich nicht nur für die Vertreter der Naturwissenschaft, denen manche vielleicht geneigt sind, die Hygiene als besonderes Gebiet zuzuweisen, sondern für die Lehrer irgendwelcher Fächer, denn die Gesundheit ist ein allgemeines Gut, und jeder Lehrer soll sich als der berufene Gesundheitsberater und Gesundheitswächter der ihm anvertrauten Jugend fühlen. Leider stehen wir in dieser Hinsicht mit unserem einseitigen Intellektualismus noch nicht auf der Höhe. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind zwar jetzt unser Feind, aber trotzdem darf es doch ausgesprochen werden, daß man dort einen richtigeren Standpunkt in bezug auf die Gesundheitslehre einnimmt. Denn dort hat man den engen Zusammenhang zwischen Körper und Geist nicht nur theoretisch erkannt, sondern auch praktisch die richtigen Folgerungen daraus gezogen, indem man von jedem Lehrer einer höheren Schule, gleichviel welche

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Fächer er lehrt, einen Befähigungsnachweis auch in Hygiene verlangt. Die natürliche Folge dieser Einrichtung ist eine weit größere Verbreitung der Lehren der Hygiene im Volke, als es bei uns der Fall ist.

Selbst den günstigsten Fall angenommen, daß die Gesundheitspflege künftig bei der praktischen Ausbildung der Lehramtskandidaten überall mit Ernst in Angriff genommen würde, so käme diese Einwirkung doch viel zu spät, denn dann hätte man ja das kostbare und besonders empfängliche Lebensalter des akademischen Studiums, die Zeit etwa vom 19. bis 24. Jahre, für die Erweckung des so wichtigen hygienischen Interesses ganz ungenützt verstreichen lassen, man hätte nichts getan, um die besonders in dieser Zeit drohende Gefahr der Annahme unhygienischer Lebensgewohnheiten zu bekämpfen, die dem Lehrer später ein Hindernis werden können, seinen Schülern ein gutes hygienisches Vorbild zu sein. Wie kommt es denn zum Beispiel, daß selbst heute, wo die immer mehr sich ausbreitende Zigarettenseuche ein wirklicher hygienischer Notstand unserer Jugend geworden ist, so viele unserer Lehrer es noch immer verantworten zu können glauben, wenn sie im Schulhause oder auf dem Schulwege Tabak rauchen und dadurch selbst, ohne es zu wollen und zu ahnen, die jetzt auf die Jugend wirkende Massensuggestion noch weiter verstärken?

In der Tat kann der künftige Lehrer das Studium der Hygiene gar nicht früh genug beginnen, weil es nicht nur der Gesundheit seiner späteren Schüler, sondern auch seiner eigenen Gesundheit zugute kommt, weil er dann viel eher selbst zu einer einwandfreien hygienischen Lebensführung gelangt, die die unentbehrliche Grundlage für erfolgreiche Berufsausübung im reifen Mannesalter ist. Fehlt es nicht an dieser Einsicht gerade im Kreise unserer Studenten noch gar sehr? Wir vertreten bei uns den Grundsatz der akademischen Freiheit und legen Wert darauf, ihn auch weiter aufrecht zu halten, aber wir müssen doch zugestehen, daß nicht wenige hoffnungsvolle junge Leute infolge der gesundheitsmörderischen Gewohnheiten, die sie im Zeichen der akademischen Freiheit annehmen, entweder zugrunde gehen oder doch wenigstens mehr oder weniger schweren Schaden an Leib und Seele erleiden. Nur zu viele Studenten treten, wie die Nervenärzte sagen, mit dem sogenannten „Universitätsknacks" in das bürgerliche Leben und sind dadurch nicht wenig behindert.

Das geht auch die künftige Lehrerschaft sehr nahe an. Bekanntlich ist der Beruf des akademisch gebildeten Lehrers kein leichter. Bei den Beteiligten selbst ist vielfach die Meinung verbreitet, daß er in besonderem Maße ungesund sei, und man hat ihn sogar manchmal als „männermordend" bezeichnet. Mag das auch übertrieben und jedenfalls objektiv nicht zu erweisen sein, so steht doch auf der unanfechtbaren Grundlage der Gothaer Lebensversicherungsstatistik fest, aus der die Majestät der großen Zahl spricht, daß gewisse Todesursachen bei den akademisch gebildeten Lehrern viel häufiger auftreten als bei anderen Ständen, und zwar sind das besonders drei Gruppen von Ursachen: 1. Herzkrankheiten, 2. Magenkrankheiten, 3. Nerven- und Gehirnkrankheiten. Hier muß also schon der Studierende des höheren Lehramts drei Hauptfeinde seines erwählten Berufes erkennen lernen, vor denen er sich von vornherein zu hüten hat, und schon der Student wird gut tun, sein Leben praktisch so einzurichten, daß er nicht einmal selbst zur Vergrößerung der schon so ungünstigen Gothaer Zahlen beiträgt. Wer schon als junger Mensch sein Herz, seinen Magen, seine Nerven durch mangelnde Hygiene schädigt — und dazu gehört bei uns besonders die noch weit verbreitete Sorglosigkeit gegenüber Alkohol und Nikotin —, der wird später die zweifellos beträchtlichen Strapazen des Lehrerberufs viel drückender empfinden als andere und wird Gefahr laufen, ihnen vor der Zeit zu erliegen. Darum ist es so außerordentlich wichtig, daß der Nachwuchs des höheren Lehrer-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

standes nicht erst im 25. Lebensjahre anfängt, sich mit den Lehren der Hygiene bekannt zu machen, sondern gleich von Anfang seines akademischen Studiums an.

Ein großer Philosoph des 18. Jahrhunderts hat einmal das Wort niedergeschrieben: „Schade, daß man dann sterben muß, wenn man angefangen hat, einzusehen, wie man hätte leben sollen!" Für ein solches Bekenntnis, das aus einer Zeit stammt, wo es noch keine Wissenschaft der Hygiene gab, sollte heutzutage kein Raum mehr sein, jedenfalls nicht bei berufsmäßigen Erziehern. Früher war es verzeihlich, wenn die Menschen gesundheitlich erst dann zur Einsicht kamen, wenn sie sich selbst aus Unkenntnis unheilbaren Schaden zugefügt hatten. Jetzt aber gibt es, schon seit etwa einem Menschenalter, eine reich entwickelte, auf naturwissenschaftlicher Grundlage ruhende hygienische Wissenschaft, insbesondere eine bei allen Kulturvölkern von ausgezeichneten Forschern angebaute Schulhygiene — ich nenne für das deutsche Sprachgebiet nur die Arbeiten eines Mannes wie Leo Burgerstein.

Mit dem Geiste dieser Wissenschaft den jungen Lehrernachwuchs zu erfüllen, das ist heute mehr als jemals eine nationale Aufgabe, denn nach den ungeheueren Verlusten dieses Krieges zwingt uns schon die einfache Pflicht der Selbsterhaltung, die uns in der Jugend zur Verfügung stehende Volkskraft möglichst unverkümmert zur Entfaltung zu bringen. Wenn diese Gedanken sich verwirklichen, werden sich einmal zwischen Lehrer und Schüler, zwischen Schule und Haus ganz andere Bande der Sympathie knüpfen, als sie zurzeit im allgemeinen bestehen. Ein Blick in die moderne Literatur lehrt ja leider, wie wenig freundlich die öffentliche Meinung in Deutschland zur höheren Schule steht, und das hängt nicht unwesentlich mit der einseitig intellektualistischen Richtung zusammen, in der die höhere Lehrerschaft sich bis jetzt vorwiegend bewegt hat. Wenn die Familien aber einmal inne werden, daß die Lehrer ihrer Söhne nicht nur für deren geistige Fortschritte sorgen, sondern auch auf ihr leibliches Wohl bedacht sind, werden sie allmählich ein ganz anderes inneres Verhältnis zur Schule gewinnen. Und die Lehrer ihrerseits werden in der Kenntnis der Hygiene ein äußerst heilsames Gegengewicht gegen die Überspannung der geistigen Anforderungen finden, sie werden dadurch wirksam vor der Gefahr geschützt sein, ihre Schüler als rein geistige Wesen zu behandeln, und das wird zur Vertiefung ihrer ganzen Berufsauffassung dienen.

Wenn ich hier von mir selbst sprechen darf, so kann ich sagen, daß das Studium der Hygiene, zu dem ich leider erst in reifem Mannesalter kam, trotz seines späten Beginns doch von bestimmendem Einfluß auf die Ausgestaltung meiner ganzen Berufsanschauung geworden ist. Ich war ja auch schon vorher für meinen Lehrerberuf begeistert, aber im Vordergrund meines Interesses stand doch zunächst nicht die werdende Persönlichkeit des Schülers, sondern das Fach, das ich zu unterrichten hatte. Erst unter dem Einflusse des Studiums der Hygiene, das mich mächtig packte, habe ich gelernt, mich aus der fachpartikularistischen Berufsauffassung zur erzieherischen empor zu arbeiten, und ich weiß, was ich dadurch an innerer Befriedigung gewonnen habe. Durch meine eigene Erfahrung ist mir klar geworden, daß das Hygienestudium eines der wirksamsten Mittel ist, um den künftigen Lehrer von vornherein auf das Ziel einer die geistige und körperliche Ausbildung möglichst harmonisch umfassenden Berufsauffassung hinzuführen, und die Erreichung dieses Zieles kann gar nicht früh genug in Angriff genommen werden. Leider hat die preußische Unterrichtsverwaltung die ganz einzige Gelegenheit zur Anbahnung eines großen hygienischen Fortschritts, die ihr die Neuordnung der Vorbereitung auf das höhere Lehramt bot, ungenutzt vorübergehen lassen, so daß nun auch die neuen Lehrergenerationen wieder mit einer einseitigen Ausrüstung in ihren Beruf eintreten werden. Man kann nur

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hoffen, daß wenigstens die anderen Bundesstaaten den in Preußen begangenen Fehler nicht wiederholen, sondern mit der Verwirklichung der alten Forderung „Mens sana in corpore sano" endlich einmal Ernst machen werden, die zu oft nur das Dasein einer schönen, besonders für Festtage geeigneten Stilblüte geführt hat. An keiner anderen Stelle jedenfalls kann der Hebel so erfolgreich angesetzt werden, wie bei der Neuordnung der für die Ausbildung des Lehrernachwuchses gültigen Richtlinien.

K. A. Martin Hartmann.

Der neue Volkstanz*).

Wenn Blitze durch die Nacht jagen, wenn Donner und Sturm drohende Stimmen annehmen, wenn Menschen sterben und im Gedenken Anderer weiter leben, wenn Krankheit in wunderbarer, zitternder Genesungswonne erstirbt, dann steht der Naturmensch ohne Willen da, dann sieht er sich einem Großen gegenüber, das ihn zerschmettern und das ihm Kraft verleihen kann. Diesem Großen gegenüber kannten die Menschen keinen Willen, sondern nur rückhaltlose Hingabe: Religion. Dieses Große, — war es die Sonne, war es der Mond, hatte es die Gestalt eines Stieres, eines Holzklotzes, eines Fisches, — kannte nicht die Sprache der Menschen, oder den Menschen schien die banale Menschensprache nicht heilig und nicht eindringlich genug, um einer Gottheit gegenüber angewandt zu werden. Deshalb war die Zwiesprache der Menschen mit der Gottheit die an Kraft gewaltigste, die an Klarheit durchsichtigste, die an Erleben reichste, die wärmste und zarteste: diese Zwiesprache war der Tanz. Der zornig funkelnde Blitz, der nach seinem grellen Schein die Augen umnachtet, zwingt den Menschen mit unmittelbarer Kraft zu Boden, — der tote Freund, der ihm in der Nacht erscheint, ruft ihn in die Sternennacht hinaus und läßt ihn mit den sich zum Himmel reckenden Händen suchen, — die unschuldige Hilflosigkeit eines neugeborenen Kindes läßt die Hände selig zurückzucken, die wohl berühren möchten, aber nicht wagen, aus Furcht etwas zu zerbrechen, — die überstandene Todesgefahr läßt ihn mit dem Atem, mit Brust und Armen danken: tanzen.

In unserer Zeit des Worts ist solche Sprache der Bewegung verschollen. Der tanzende Mensch wird nicht mehr verstanden. Dennoch liegen unsere höchsten Werte jenseit des Worts; das Wort ist nur zu oft außerstande, Brücken von Mensch zu Mensch zu schlagen; es bewegen sich Welten aneinander vorbei, ohne daß sie einander nahe kommen.

Wenn wir in uns den Tanz wieder lebendig werden lassen wollen, müssen wir ihm dieselbe Voraussetzung schaffen, die ihn in alter Zeit in den Menschen zu so mächtigem Erleben erhob.

Diese Voraussetzung, dieser Boden ist das freie Walten der im Menschen wachsenden Kräfte, die Ausschaltung des Willens.

In der Urzeit, wo aus Donner und Blitz, aus Lawinen und Bergstürzen, Gottheiten zu den Menschen sprachen, kannten die Menschen die vollständige Aufgabe des Willens, die die Religion bedeutet. Damals offenbarte sich den Menschen der Rhythmus. Sie sprachen zu ihren Göttern durch heiligere Mittel als Sprache und Schrift, nämlich durch Tanz und Musik, wovon der Tanz wohl das Ursprünglichere ist. Im Tanz lag der Menschen Mensch- und Gottsein. Aus dem Tanz entstand die Musik. Das, was das Erleben des Tanzes ausmachte,

*) Über praktische Arbeit auf diesem Gebiete vgl. Max Tepp: Der Frühling! Neue Volkstänze. Verlag: Eugen Diederichs, Jena.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

was der Inhalt des Erlebens war, sollte durch Musikrhythmen festgehalten werden. Beim spätern Hören dieser Musik konnten sich die Menschen dann ihr einstiges Erleben wieder wachrufen, um sich davon erwärmen zu lassen. In der Entwicklungsreihe dieser Tanzlieder und Tanzmusik liegen die Melodien unserer Kinderreihenspiele und Volkstänze.

An Kindern habe ich es erleben können, daß diese Melodien rhythmische Kräfte wecken können, und auch umgekehrt, daß die Kinder nach eigenen rhythmischen Erlebnissen Melodien schufen, die den religiösen Tanzmelodien ähnlich waren.

Die Religion ist eine Erzieherin zum besseren Menschen. Wenn der Tanz nun religiöse Kraft besaß, so war er somit ein wichtiges Erziehungsmoment für das Volk, für die Völker. In uns, in unserer eigenen Menschgestaltung wiederholt sich in schnellerem Tempo die ganze Entwicklung eines Volkes. Das beweist z. B. auch die augenfällige Übereinstimmung von Kinderzeichnungen mit Zeichnungen wilder Naturvölker. Wir dürfen deshalb weder bei der Erziehung unserer Kinder noch bei unserer eigenen Ichgestaltung an den rhythmischen Erziehungsmomenten vorübergehen.

Dunkel und unbewußt wurde diese Forderung lange erkannt. Volkstänze wurden hervorgesucht und nach der überlieferten Weise und mit den überlieferten Formen „einstudiert"; die Wandervogelbewegung suchte das alte Volkslied, überhaupt vergangene Gebräuche hervor. Es war ein Irrtum dabei. Das hervorgesuchte Alte ging nicht ins Leben über und konnte es auch nicht. Volkstanz, Volkslied und Wanderung waren und blieben ein Sonntagsvergnügen. Man war nämlich dem „Alten" nicht auf den Grund, nicht an die Wurzel gegangen. Die Erzeugnisse einer anderen Zeit (Volkstanz des 16. Jahrhunderts, Volkslied des 17. Jahrhunderts, Kleidung des 15. Jahrhunderts) können unsere Zeit nicht ändern. Was uns not tut, sind nicht vollbrachte fertige Erzeugnisse, sondern neue Kräfte, die neue Erzeugnisse hervorbringen.

Unsere Arbeit heißt deshalb: die Kräfte in uns zu wecken, die in alter Zeit Volkstanz, Volkslied und dergleichen geschaffen haben; ob wir zu ähnlichen Ergebnissen wie überliefertem Volkstanz und -lied kommen, ist vielleicht wahrscheinlich, aber durchaus nicht notwendig. Jedenfalls aber kommen wir weiter, auf eine höhere Stufe, bleiben nicht in der Entwicklung stehen.

Die rhythmischen Kräfte sind wohl ohne Ausnahme in jedem Menschen vorhanden; sie werden nur durch unsern Willen (zu kleinlicher Zivilisation, Scheinkultur usw.) zurückgehalten. Sobald man in einer gesitteten Straße einen kleinen Trablauf anschlägt, sehen sich die Bürger um, wie nach einem Diebe, oder einem dem Irrenhaus Entsprungenen. Der Freudenluftsprung ist das einzige, was der Wille an rhythmischer Kraftäußerung dann und wann einmal zuläßt, oft allerdings zur Beschämung dessen, mit dem die Kräfte durchgingen.

Sowie wir den Willen sprengen, haben wir einen neuen Volkstanz. Bei den Kindern ist der Wille, dies Hemmnis der Kräfte, noch nicht vorhanden, und sieh: da tanzen sie auch schon um ein Feuer im Kreise, da springen sie zwei und zwei einen geraden Weg entlang, dort hüpfen sie vor und halb wieder zurück, um den Weg lang zu machen, dort laufen, dort springen, dort gehen sie; sie gehen steif oder schwungvoll, schleichend oder offen, horchend oder entschlossen, tastend oder geradeaus, vorsichtig oder ohne Sorge. Die Kräfte, die einen Volkstanz schaffen, sind demnach in unseren Kindern gelöst, frei — nicht gehemmt. Es braucht nur jemand zu kommen, der die Rhythmen, die sich wahllos und kunstlos den Kindern offenbaren, zu einem Kunstwerk zusammenstellt, — dann haben wir einen Volkstanz. Vielleicht ist unter jenen, die sich zu diesem Tanz zusammentun, sogar ein Musiker, und er schafft eine Volks-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tanzmelodie dazu, die in jenen weiterklingt und sie den Tanz immer wieder körperlich und seelisch erleben läßt. Dann hat unsere Zeit beides geschaffen: erstens den neuen Volkstanz und zweitens zu dem neuen Volkstanz eine neue Volkstanzmelodie. Damit ist nicht gesagt, daß wir zur Erneuerung des Volkstanzes Kinder sein müssen. Aber an den Kindern nur können wir es erleben, daß auch unsere Zeit tanzschöpferisch und vor allem volkstanzschöpferisch sein kann.

Der neue Volkstanz wird natürlich wie der alte von einem Einzelnen geschaffen; dieser Einzelne aber schafft ihn aus den Rhythmen, die das Volk in der Gesamtheit zurzeit erlebt.

Ehe wir zu dieser Art der Tanzerneuerung kommen (aus dem Erleben zum Rhythmus, vom Rhythmus zum Tanz), müssen wir uns noch an die Volksmelodien halten, die wohl im Ursprung dazu gedient haben, uns ein rhythmisches Erlebnis ins körperliche und seelische Gedächtnis zurückzurufen, also einen einmal erlebten Tanz wieder in dem Menschen lebendig werden zu lassen, die einen ganz bestimmten Tanz wieder auslösten, wieder hervorzauberten. Zu diesen Volksmelodien suchen wir jetzt allerdings nicht in anderen Quellen, Geschichtswerken, kirchlichen Tanzverboten usw. nach den Formen des dazugehörigen Tanzes, sondern wir lassen die Melodien das sein, was sie sein sollten, die Wiedererwecker eines Tanzes. Wir lassen sie in uns klingen, die rhythmischen Kräfte erwecken, und wir werden die Freude haben, daß die rhythmischen Kräfte, einmal geweckt, zur Entfaltung, zur Betätigung drängen. Aus den sich so hervordrängenden Rhythmen der Allgemeinheit schafft der Künstler ein Gebilde, nach seinem Willen, nach den ewigen Gesetzen der Kunst: den Tanz. Im Rahmen dieses von dem Einen geschaffenen Tanzes erscheinen den Tanzenden ihre eigenen Rhythmen verschmolzen mit denen anderer, verkettet mit denen dritter, denen vierter gegenübergestellt: sie leben jetzt nicht nur im Rhythmus, sondern mit dem Rhythmus im Kunstwerk, im Volkskunstwerk.

Ob diese Schöpfer des neuen Volkstanzes hinter ihrem Kunstwerk verschwinden, ob ihre Namen vergessen werden wie in alter Zeit, oder ob sie mit ihrer Persönlichkeit hinter ihren Schöpfungen stehen bleiben, weiß ich nicht, scheint mir aber auch nicht wissenswert zu sein. Jedenfalls werden die so geschaffenen Volkstänze im Volke leben. Allerdings dürfen diese Volkstänze nur in den Formen geschrieben werden, nicht in Rhythmen, das heißt: es muß nur die künstlerische Absicht gekündet werden, die zwischen den Rhythmen walten soll, nur die Art angezeigt werden, wie die Rhythmen verbunden, gelöst, gegenübergestellt, wiederholt werden sollen.

Es erwachsen also zwei Aufgaben, eine für das Volk, eine für den Volkstanzschöpfer.

Für das Volk: befreit und pflegt in euch die rhythmischen Kräfte, helft euch zum Erleben von Rhythmen!

Für den Tanzschöpfer: ordne diese Rhythmen, die Volksrhythmen zu Kunstwerken!

Max Tepp.

* * *

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Was andre sagen

Die Hilfe. Herausgeber Dr. Friedrich Naumann, Berlin. Nr. 5 vom 31. Januar 1918.

War es richtig, die scharfe Form des U-Boot-Krieges bis zum 1. Februar 1917 hinauszuschieben? Von Vizeadmiral a. D. Dr. K. Galster.

„... Als am 1. Februar 1917 infolge Beschlusses der obersten Heeresleitung der scharfe U-Boot-Krieg von neuem aufgenommen wurde, lagen die Verhältnisse sowohl politisch wie militärisch ganz bedeutend günstiger als in den beiden vorhergehenden Jahren. Die Gefahr der Feindschaft Nordamerikas konnte eher in den Kauf genommen und mit einem schnelleren durchschlagenderen Erfolge des U-Boot-Krieges als früher gerechnet werden. Denn:

1. Durch die schnelle, kräftige Niederwerfung Rumäniens im Herbst 1916 nach Übernahme der Heeresleitung durch Hindenburg und Ludendorff war für die kleineren neutralen Staaten in der Nachbarschaft Deutschlands, wie Holland, Dänemark, Schweiz, Norwegen, ein abschreckendes Beispiel geschaffen worden, sich den Ententemächten anzuschließen. Diese Wirkung ließ sich, als der Eintritt in den scharfen U-Boot-Krieg es nötig machte, durch entsprechende Aufstellung von Truppenmassen verstärken, die infolge der guten Kriegslage im Osten freigemacht werden konnten. Der Bildung einer neutralen Liga, um den Frieden im Sinne der Entente zu erzwingen, konnte so vorgebeugt werden.

2. In Nordamerika war über den „Lusitania"-Fall Gras gewachsen und gegen England infolge von Übergriffen eine Mißstimmung entstanden. Das Ansehen Englands war durch den Fehlschlag des Dardanellen- und Saloniki-Unternehmens gesunken. Dadurch, daß die Vereinigten Staaten der am 4. Mai 1916 ausgesprochenen Erwartung Deutschlands, England zur Einschränkung seiner völkerrechtswidrigen Blockadepolitik zu nötigen, während einer Zeit von 9 Monaten nicht entsprochen hatten, traf Nordamerika eine Unterlassungsschuld, wenn Deutschland als Repressalie den scharfen U-Boot-Krieg erneut zur Anwendung brachte. Infolge aller dieser Verhältnisse durfte gehofft werden, daß der Übertritt Nordamerikas zu unseren Feinden hinausgezögert würde, was einen Vorteil für uns bedeutete.

3. Das deutsche Friedensangebot war im Dezember 1916 vorausgegangen und schroff abgelehnt worden. Die Anwendung des scharfen U-Boot-Krieges erhielt dadurch eine neue moralische Stütze. Bei der großen Übermacht der Feinde an Menschen und der Unangreifbarkeit Großbritanniens als Insel war der scharfe U-Boot-Krieg schließlich das einzige Mittel, England willfährig zu einem ehrenvollen Frieden zu machen und die Menge der Blutopfer auf das geringste Maß zu beschränken. Der Feind, der den Frieden ablehnte und die neutralen Mächte, die sich nicht rührten, um einen Druck zur Beendigung des Krieges auszuüben, und große Kriegsgewinne durch ihre Handelsschiffahrt und Produktion machten, hatten es nunmehr ihrem eigenen Verhalten zuzuschreiben, wenn schonungslos die U-Boot-Waffe in den Sperrgebieten angewendet wurde, um den Frieden zu erzwingen.

4. Infolge einer schlechten Weltgetreideernte versprach die Aufnahme des scharfen U-Boot-Krieges im Februar 1917 besonders wirksam zu werden; es durfte auf die Schaffung einer Notlage in England gehofft werden. Eine vorhergehende Versorgung mit Getreide war nur in mäßigen Grenzen erfolgt und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die gute Ernte von 1916 nicht ausgenutzt worden, weil der Glaube Wurzel gefaßt hatte, daß Deutschland mit Rücksicht auf Amerika die Eröffnung eines scharfen U-Boot-Krieges nicht wagen würde.

5. Die Zahl der deutschen U-Boote war inzwischen gewachsen und der Neubau stärker als früher in Angriff genommen worden. Angaben hierüber können während des Krieges nicht gemacht werden. Beim ersten und zweiten Versuch, den U-Boot-Krieg scharf zu führen, lag der Tatbestand vor, daß auf der Westseite Großbritanniens, um die Schiffahrt abzuschneiden, für eine Längenausdehnung von etwa 600 Seemeilen nur zwei oder drei Boote in Tätigkeit waren. Wenn nun auch unsere U-Boote auf dieser Längenausdehnung so aufgestellt waren, daß sie die am meisten befahrenen Teile, die Wege zu den Haupthäfen, bedrohten, so ist doch klar, daß nicht nur nachts, sondern auch am hellen Tage ein sehr bedeutender Teil des Verkehrs ungefährdet ein- und ausgehen konnte. . . . . ."

Rund um uns

Deutsche Frauenkleidung. Luft und Licht wurden in einem der letzten Hefte des „Vortrupp" für die Wohnung gefordert; Luft und Licht müssen in weitestgehendem Maße auch für den Körper gefordert werden, will man dem heranwachsenden Geschlecht eine hemmungslose, gedeihliche und harmonische Entwicklung ermöglichen, und will man den eigenen Körper stark und widerstandsfähig gegen alle Unbill des Lebens machen. Wie aber tragen unsere Frauen in ihrer Kleidung dieser Forderung Rechnung? Etwa durch die Verwendung viel zu schwerer, undurchlässiger Stoffe, durch das Tragen zu engen Schuhwerks, das durchaus keine Rücksicht auf die ursprüngliche Form des Fußes nimmt, oder gar durch die Einschnürung des Körpers durch das Korsett? Wie sollen da Luft und Licht Zutritt zur Haut bekommen, wie kann Pettenkofers Ausspruch Wirklichkeit werden: „Unsere Haut ist dazu bestimmt, immer von der Luft überflossen zu werden"? Wie können sich die inneren Organe in einem eingeschnürten Körper ungehindert entwickeln, und wie können sich die Frauen ihrer Pflicht in vollem Umfange bewußt sein: „Die Frau ist mit ihrem Körper der Gesamtheit verantwortlich; der mißhandelte mütterliche Organismus mach die Frau untauglich zum Austragen, Gebären und Nähren kräftiger Kinder"? Eine Entschuldigung wollen wir auch heute noch für die Mehrzahl der falschgekleideten Frauen gelten lassen: sie wissen es nicht besser, und ihr Schönheitsempfinden ist durch generationenlange Überlieferung verbildet und bewegt sich noch in durchaus falschen Bahnen, oder sie sind in ihrem Urteil noch zu unsicher, um den persönlichen Geschmack entscheiden zu lassen, und um die Verantwortung für eine durchgreifende Reform ihrer und ihrer Kinder Kleidung auf sich nehmen zu können.

Aufklärung tut also not. Und diesem Bedürfnis kommt ein kleines Heft entgegen, das der Verband für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur unter dem Titel „Deutsche Frauenkleidung" herausgegeben hat*). Dieses Heft, dem die obigen Zitate entnommen sind,

*) „Deutsche Frauenkleidung", Handbuch mit 160 Abbildungen. Herausgegeben vom Verband für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur (82 Seiten Großquart). Karlsruhe 1918. Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei. Preis M. 2.50.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

stellt einen guten Berater dar für alle, die mithelfen wollen an der Aufklärung über die Schädigungen falscher Kleidung in gesundheitlicher, schönheitlicher und sittlicher Beziehung, oder die zunächst für sich selbst Klarheit und Sicherheit im persönlichen Urteil erlangen wollen und gleichzeitig praktische Anleitung zur Herstellung einer zweckmäßigen, schönen Kleidung finden. Das Heft bringt gewissermaßen Vorbilder deutscher Frauenkleidung, die leicht der Mode und dem persönlichen Geschmack und Erfindungsgeist entsprechend verändert und ausgeschmückt werden können. In einer Reihe klargefaßter, scharfumrissener Aufsätze werden die Gebiete Kleidung — Gesundheit — Schönheit, Körperpflege, praktische Winke für die Herstellung der Kleidung, Reise-, Turn-, Sport-, Berufs- und Kinderkleidung u. a. m. behandelt und durch zahlreiche Abbildungen ergänzt. Ein besonders willkommenes Kapitel wird die Beratung in der Umänderung der Korsetttracht in naturgemäße, schöne Kleidung sein, die durchaus nicht so schwierig und kostspielig ist, wie vielfach zur Entschuldigung eingewandt wird.

Aufklärung kann hier viel helfen, und zwar nicht nur Aufklärung der Frau, sondern auch des Mannes, der ganz unbestritten entscheidenden Einfluß auf die Art der Frau, sich zu kleiden, ausübt. Wenn der Mann nur erst klar die Schädigungen der widernatürlichen Frauenkleidung für die kommenden Geschlechter erkannt hat, wenn sein Auge nur erst künstlerisch genügend geschult ist, um das Häßliche des verbildeten, verkümmerten Frauenkörpers unter der äußeren Hülle zu sehen und zu verabscheuen, dann werden wir einen großen Schritt vorwärts gemacht haben in der Entwicklung zur natürlichen, schönen, zweckmäßigen Kleidung! Mögen beide, Männer und Frauen, zum Nachdenken und Handeln gebracht werden durch Goethes Ausspruch, der sich in dem Heft als Leitwort zu dem Abschnitt über Kleidung — Gesundheit — Schönheit findet: „Die Hauptsache ist immer, daß die Rasse rein und der Mensch nicht seine verstümmelnde Hand angelegt hat. Ein Pferd, dem Schweif und Mähne abgeschnitten, ein Hund mit zugestutzten Ohren, ein Baum, dem man die mächtigsten Zweige genommen und das übrige kugelförmig geschnitzelt hat, und über alles eine Jungfrau, deren Leib von Jugend auf durch Schnürbrüste verdorben und entstellt worden, alles dies sind Dinge, von denen sich der gute Geschmack abwendet, und die bloß in dem Schönheitskatechismus der Philister ihre Stelle haben."

Grete Battmer.

Grundsätzliches zur Alkoholfrage. Es ist den gründlichen Bekämpfern der Alkohol-Trinksitte, den Abstinenten, ganz nötig und nützlich, von Zeit zu Zeit das Arsenal der jeweils angesammelten Beweismittel für die Stichhaltigkeit ihrer Sache im Geiste neuester Erkenntnisse und Zeitströmungen einmal ganz kühl und kritisch zu überschauen. Nicht als ob ich an der Festigkeit und Berechtigung ihrer Schlußfolgerung, der Abstinenz, im geringsten zweifelte! Die steht bei allen wohl unterrichteten, folgerecht denkenden, gesund empfindenden und gutwilligen Menschen fest wie granitnes Urgestein. Auch die stärkste Einbuße an Menge und Brauchbarkeit der Alkohol-Tatsachen würde daran nichts ändern. Um ein Beispiel zu nennen: was würde denn an der moralischen Schlußfolgerung geändert, wenn einer „beweisen" könnte, die so jammervoll beredten Zahlen der Alkoholfrage seien etwa 20% „zu hoch", oder das Tränenmeer der Alkoholschäden sei etwa um ein Drittel kleiner? Nicht das Geringste würde sich in der (für den Kenner bindenden) sittlichen Forderung ändern. Nein, etwas ganz anderes meine ich: Wir müssen die Rüstkammer der Beweg- und Beweisgründe der Abstinenten durch fleißiges Nachprüfen und durch Ausschalten alles irgendwie Minderwertigen, Zweifelhaften, nicht ganz Feststehenden dauernd „auf der Höhe" anspruchsvoller sonstiger deutscher Lehrgebiete halten. Auch in bezug auf Be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

scheidenheit in Ton und Inhalt unseres Schrifttums. Eine bestimmte Gruppe gerade recht wertvoller Menschen, die eine außergewöhnliche Abneigung gegen jeden Schatten „tendenziöser" Übertreibung haben, bekommt dann Achtung vor der nun erst recht unentrinnbaren Wucht der Enthaltsamkeits-Beweisführung. Beim geradlinigen Menschen folgt dann der Anerkennung auch die Nachachtung durch die Tat.

Das im Mimir-Verlag (in Stuttgart) erschienene Büchlein von Dr. med. Ernst Neumann, „Grundsätzliches zur Alkoholfrage" (0,75 M.) stellt eine solche kritisch gesichtete Beweisführung dar. Der Verfasser verwirft nicht etwa alte Begründungen, sondern er führt einfach nur solche an, die Weißglut an Kritik vertragen, die schlackenlos sind, die ohne Trübung sind durch den bekannten Eifererwillen: „Wie schien mir's schwarz, und schwärzt's noch gar, mir's immer doch nicht schwarz g'nug war." Vornehme Beweisführung ist das, weise Mäßigung im Aufbau der Pyramide, deren Spitze ja doch gar nichts anderes sein kann, als das „Nein" des folgerichtigen Alkoholgegners, also des Abstinenten. Das ist das Wesen der Neumannschen Schrift. Zum Teil ganz eigenartig neu und vertieft ist dabei die Erbringung der Beweispunkte, besonders in der letzten Hälfte. Fein ist auch die kulturhistorische Betrachtung der Enthaltsamkeitsforderung. (Beiläufig: Wer schreibt endlich das Buch „Kulturgeschichte der Lebensreform"? Am 12. Februar 1915 fiel ein noch junger Professor an der Somme, der hatte es vor und hatte auch das Zeug dazu, Dr. Albert Klein-Albrecht aus Gießen; mit ihm sank viel Hoffnung dahin für Festigung, Vertiefung und Fortschritt unserer Sache.) Der öftere warmherzige Anruf des guten Willens im edel gearteten Menschen macht es für „noch nicht" abstinente Leser „verdammt" schwer, abzulehnen. Eine „Hic Rhodus . . ."-Schrift! So manche psychologische Feinheit macht die Lesung zum Genuß. Es ist in Wirklichkeit scharf, dies kleine Werkchen. Doch tritt diese Schärfe so wenig grell, schroff und ätzend in Erscheinung, daß sie nicht Feinde macht. Darum aber überwältigt sie so leicht. Man wird unwillkürlich wieder daran erinnert, daß im Weltgeschehen wirklich stark bewegende Gedanken so oft „auf Taubenfüßen" kommen.

Stoße sich ja kein Kleinlicher daran, daß der Verfasser an gewissen Stellen ganz ruhig und parteilos dem Alkohol gibt, was des Alkohols ist: Erleichterung der gewöhnlichen Geselligkeit, Hebung gedrückter Gemütslage, Wohlgeschmack mancher Weine u. a. m. Es wäre ja beinahe schade, wenn das Rauschgift nicht auch empfehlende, gewinnende, nützliche Eigenschaften hätte. Der Kampf gegen die Trinksitte würde dann manches Reizes entbehren. Ja, segnen wir vielmehr die „Mäßigkeit" und alles „Mäßige"! Denn es ist uns Stürmern ein ewiger Stachel auf dem Wege über das Mittelmäßige hinaus, zur Reinheit und Vollkommenheit, zu dem, „was wir werden sollen".

Ernst Neumanns Büchlein ist eine gute Waffe.

O. Wanderer.

Neue Bücher und Schriften

An dieser Stelle werden nur solche Werke aufgezählt, die der Schriftleitung nach der einen oder andern Richtung hin besonders empfehlenswert erscheinen.

Um Freiheit und Vaterland. Erste Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland. Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G., Gotha.

(Für unaufgefordert eingesandte Bücher übernimmt die Schriftleitung d. „Vortrupp" keine Verantwortung.)

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 8 2. Aprilheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Eine englische Verurteilung der Kriegspolitik Englands.

(Edmund D. Morel: **Truth and the War. London, The National Labour Press Ltd. 1916. XXIII and 320 S.**)

Wer die noch immer hochgehende Flut von Haß und Verleumdung ansieht, die sich aus der feindlichen Presse — nicht nur geduldet, sondern geradezu bewußt gefördert von den maßgebenden Staatsmännern — über Deutschland ergießt, dem muß sich die Frage aufdrängen, ob wir es wohl jemals erleben werden, daß sich zwischen uns und den Westmächten wieder ein gesitteter Verkehr anbahnt, ein geistiger Austausch, wie er früher stattfand, und es ist gewiß begreiflich, wenn mancher geneigt ist, diese Frage zu verneinen. Und doch ist der jetzige Zustand viel zu künstlich, steht viel zu sehr im Widerspruch mit der menschlichen Natur, als daß er sich zu einer Dauererscheinung auswachsen könnte*). Man darf hier vor allem nicht übersehen, daß die Haltung der feindlichen Presse uns gegenüber nichts weniger als frei ist, sondern wesentlich auf dem Machtgebote der jetzt noch am Ruder befindlichen Staatslenker beruht, die darin das wirksamste Mittel zur Aufpeitschung der Kriegsleidenschaft und zur Befestigung ihrer eigenen Stellung sehen. Erst unlängst hat ein englischer Politiker in öffentlicher Versammlung erklären können, daß die wahre Stimmung Englands infolge der Unebelung der englischen Presse außerhalb Englands so gut wie unbekannt sei. Wenn das schon für England gilt, so für Frankreich in noch viel höherem Maße, da hier, im Lande der seit Jahrhunderten zentralisierten Verwaltung, die Zensur noch eine ganz andere Macht ausübt. Die Zeit dürfte aber doch nicht mehr fern sein, wo das von Haß aufgetürmte Lügengebäude in sich selbst zusammenbricht, und gewichtige Anfänge dazu liegen ja bereits vor. Mögen wir auch jetzt noch

*) So urteilt auch Hans Vorbein in der eben erschienenen ausgezeichneten Schrift: Auslandsstudien und neusprachlicher Unterricht im Lichte des Weltkrieges. Quelle u. Meyer, Leipzig 1918, S. 80: „Wenn der Haß sich ausgetobt hat, wird mit psychologischer Notwendigkeit eine allgemeine Entspannung des Gefühllebens eintreten, und das Bedürfnis nach Geltung der gewaltsam unterdrückten edleren Triebe muß ganz von selbst dahinführen, daß die durch die Herrschaft der blinden Masse so lange zum Schweigen gebrachte Minderheit der Verständigen und Weitsichtigen wieder zu Worte kommt."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

den feindlichen Völkern als Hunnen oder Barbaren erscheinen, so rückt doch die Zeit näher, wo die vielen hunderttausend Kriegsgefangenen, die mehrere Jahre bei uns gelebt haben und ganz genau wissen, daß das in der feindlichen Presse von uns gezeichnete Bild ein Zerrbild ist, wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sein werden. Aus ihren Reihen jedenfalls werden gewichtige Stimmen erstehen, deren Zeugnis niemand unterdrücken kann. Die vielen in der „Gazette des Ardennes" teils mit, teils ohne Namen erschienenen Briefe französischer Kriegsgefangenen lassen die zukünftige Bedeutung dieser Quelle schon jetzt ahnen. Was England angeht, so kann trotz der tönenden Reden Lloyd Georges kein Zweifel darüber bestehen, daß die Friedensströmung, die dort unter der Oberfläche arbeitet, neuerdings bedeutend erstarkt ist. Von den zahlreichen Friedensversammlungen, die dort stattgefunden haben — für den letzten Sonntag vor Weihnachten waren etwa 3000 angesagt —, meldet Reuter uns ja höchstens solche, die gewaltsam auseinandergesprengt worden sind, und auf dem Umweg über Amerika hat man schon erfahren, daß Nachrichten über die englische Friedensbewegung von den Behörden planmäßig unterdrückt werden. Läßt man jetzt doch sogar Geheimpolizisten in das einstmals fast wie heilig betrachtete englische Haus eindringen, um Friedensflugschriften aufzuspüren, die schon in Millionen von Exemplaren verbreitet sind. Daß diese Propaganda nicht vergeblich gewesen ist, erhellt schon aus der einen Tatsache, daß eine Friedensdenkschrift, die im Juli 1916 an die englische Regierung eingereicht wurde, nur 50 000 Unterschriften trug, während eine neue Eingabe dieser Art, vom August 1917, die unter Anderm auch auf die Friedensentschließung des deutschen Reichstags vom 19. Juli Bezug nahm, rund 200 000 Unterschriften trug und dazu noch die Unterschriften von Arbeiterverbänden mit etwa einer Million Mitglieder.

Zu den Engländern nun, die während des Krieges am tatkräftigsten im Sinne eines vernünftigen Verständigungsfriedens gewirkt haben, gehört in erster Linie Edmund D. Morel, und in dem allmählichen Erstarken der Friedensströmung dort darf man ein gutes Stück seines Einflusses sehen. Augenblicklich ist er ja mundtot, denn Anfang September 1917 wurde er wegen des Versuches, mehrere seiner Schriften in das Ausland zu versenden, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er jetzt verbüßt. Da es sich dabei besonders um das im Sommer 1916 erschienene Buch „Truth and the War" (Die Wahrheit und der Krieg) handelt, das von der englischen Regierung unter Ausfuhrverbot gestellt war, so dürfte es gerade für Deutsche, denen man seinen Inhalt vorenthalten möchte, nicht ohne Interesse sein, nähere Kenntnis davon zu erlangen.

Zuvor aber ein kurzes Wort über den Verfasser. Schon vor dem Kriege war er ein angesehener politischer Schriftsteller, und zwar behandelte er da besonders das Verhältnis der europäischen Politik zu Afrika. Er hat lange Jahre in Westafrika gelebt, namentlich im Kongogebiet, und dort reichlich Gelegenheit gehabt, die gewinngierige und rohe Ausbeutungspolitik der belgischen Verwaltung im ehemaligen Kongofreistaat an der Quelle zu studieren. Was er über die Kongogreuel festgestellt und veröffentlicht hat, in seinem Werke „King Leopold's Rule in Afrika" 1904, und besonders in dem vielgelesenen Buche „Red Rubber: The Story of the Rubber Slave Trade in the Congo" 1908, fand empörten Widerhall innerhalb und außerhalb Englands und wurde Anlaß zur Gründung der „Reform Congo Association", deren Schriftführer er war. Durch seine Arbeit in Westafrika erwarb er sich allgemeines Ansehen als Kenner der dortigen Verhältnisse, und so wurde er 1912 vom Kolonialminister Harcourt zum Mitglied des Königlichen westafrikanischen Ausschusses ernannt. Kurz vorher hatte die zweite Marokkokrisis gespielt, über der es beinahe zum Kriege kam, und dieser Frage ist das Buch gewidmet, das er einige Monate nach Ab-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schluß des deutsch-französischen Marokkoabkommens unter dem Titel: „Morocco and Diplomacy" herausgab, später, während des Krieges, noch einmal unter dem Titel: „Ten Years of secret Diplomacy". Das gute Recht Deutschlands in der Marokkofrage erkennt Morel hier rückhaltlos an, auf Grund einer sorgfältigen Prüfung des diplomatischen Beweismateriales, und nicht minder offen kennzeichnet er die in dieser Frage betätigte Hinterhaltigkeit der französischen und englischen Politik gegenüber Deutschland. Sehr bezeichnend für den Geist des Buches ist die ihm vorgedruckte Widmung: „Dieses Buch ist denen gewidmet, die da glauben, daß die Herstellung freundlicherer Beziehungen zwischen England und Deutschland wesentlich ist für das Glück und die Wohlfahrt beider Völker und die Aufrechterhaltung des Weltfriedens, sowie denen, die überzeugt sind, daß die Übernahme staatlicher Verpflichtungen gegen fremde Mächte durch geheime, dem englischen Volke vorenthaltene Abmachungen eine Bedrohung der Sicherheit des Staates und einen Verrat am Vertrauen der Nation bedeutet." Was Morel hier über das Verhältnis der zwei Länder sagt, hat er in der ganzen Zeit seit seiner Rückkehr aus Afrika bis zum Kriege unentwegt vertreten. Obwohl Sohn eines französischen Vaters und einer englischen Mutter, also aus einer echten Entente cordiale hervorgegangen, hat er doch immer angelegentlichst im Sinne einer Annäherung Frankreichs an Deutschland gewirkt, weil er darin das beste Interesse Frankreichs sah. Mit Leo Tolstoy war er der Überzeugung, daß das französisch-russische Bündnis für Frankreich Unheil bedeute, und zugleich hielt er es für eine durchaus kurzsichtige Politik Englands, einer Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland auf Kosten des letzteren im Wege zu stehen. Leben und leben lassen, das erschien ihm als der richtige Leitsatz auch für das Verhältnis zwischen England und Deutschland, und als die einzig wirksame Waffe gegen den deutschen Wettbewerb erkannte er erhöhte Tüchtigkeit an. Von solcher Auffassung aus war er ganz der Mann, um auch während des Krieges gegen die Entstellungen Front zu machen, in denen der größte Teil der englischen Presse gegen alles was deutsch heißt, schwelgt. Das hat er immer und immer wieder in den Aufsätzen getan, die er seit der ersten Zeit des Krieges in der sozialistischen Monatsschrift „The Labour Leader" hat erscheinen lassen, worin er seinen Landsleuten das Haltlose der in England fast allgemein geglaubten Anklage nachzuweisen sucht, daß Deutschland die alleinige Schuld und Verantwortung für den Ausbruch des Krieges trage. Diese Aufsätze des „Labour Leader" haben den Verfasser zu einem der bestgehaßten und meistgeschmähten Männer Englands gemacht, und weil man seine darin niedergelegten Anschauungen oft in böswillig entstellter Form wiedergab, hat er sie gesammelt und mit einer Anzahl neuer Aufsätze in Buchform unter dem obigen Titel herausgegeben. Was er darin über die englische Politik zu schreiben wagt, weicht so stark von dem ab, was die englischen Zeitungen dem Volke Tag für Tag bieten, daß man danach wohl den Haß begreift, den er durch seine Anschauungen über sich heraufbeschwor, obwohl er doch nur im Sinne des englischen Historikers Ph. Price den Standpunkt vertritt, daß alle Mächte eine gleiche Verantwortung an der Entstehung des Krieges zu tragen haben. Jedenfalls bedeutet das von ihm beigebrachte Tatsachenmaterial so ganz überwiegend eine Entlastung Deutschlands und Belastung seiner Feinde, daß er dem englischen Durchschnittsleser als ein arger politischer Ketzer erscheinen muß, dessen Verurteilung gewiß in den weitesten Kreisen mit ungeheuchelter Genugtuung aufgenommen worden ist.

Da es nicht möglich ist, in dem zur Verfügung stehenden Rahmen auf alle die Themata einzugehen, die Morel behandelt, so will ich hier nur einige solcher Punkte herausgreifen, die für uns von besonderem Interesse sind, und dazu gehören namentlich seine Ausführungen über die englische Geheimdiplo-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

matie in den Jahren vor dem Kriege. Darauf kommt er immer von neuem wieder zurück, weil er hier eine der wichtigsten Ursachen für die Entstehung des Weltkrieges sieht. Diese Frage hat ja neuerdings das allerbrennendste Interesse gewonnen, seitdem die jetzt in Petersburg am Ruder befindlichen Bolschewiki durch Veröffentlichung der zwischen Rußland und seinen Bundesgenossen abgeschlossenen Geheimverträge einen völligen Bruch mit den bisherigen diplomatischen Gepflogenheiten vollzogen haben. Daß dies vom jüngsten Rußland gegebene Beispiel schon nach außen zu wirken beginnt, war erst kürzlich aus den Enthüllungen zu sehen, die der frühere rumänische Außenminister und konservative Parteiführer Alexander Marghiloman über den letzten unter König Carol in Sinaja abgehaltenen Kronrat machte, während dessen, wie er sagte, das Original des rumänisch-österreichischen Bundesvertrages auf dem Tische gelegen habe. Dabei bezeichnete es Marghiloman als außerordentlich, ganz im Geiste der jetzigen russischen Auffassung, daß nur drei Personen im Kronrate Kenntnis des Vertrages gehabt hätten, der doch den Hauptpunkt der Besprechungen bildete. „Das darf nie wieder geschehen", fügte er hinzu. „Das Bündnis Rumäniens mit den Mittelmächten, das jetzt aufs neue wieder geschlossen werden muß, darf nicht mehr mit einem solchen Schleier des Geheimnisses umkleidet sein, daß die meisten sogar an seinem Bestehen zweifeln, wie das bei uns schließlich vor dem Kriege der Fall war. Es muß ein Bündnis sein von Volk zu Volk". Hierher gehört auch die Tatsache, daß der allgemeine französische Arbeiterbund am 26. Dezember 1917 in Clermont-Ferrand mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung gegen die Geheimdiplomatie annahm. Wir stehen also hier vor einer stark anschwellenden Strömung zugunsten einer Demokratisierung der auswärtigen Politik, einer Strömung, zu deren ersten Vertretern Morel gehört. Er ist in der Tat einer der ersten, der die Geheimdiplomatie als eine hinter dem Rücken der Völker über deren Schicksal entscheidende Einrichtung grundsätzlich bekämpft und verworfen hat, und es würde gar nichts Überraschendes sein, wenn von seinen Schriften aus unmittelbare Verbindungsfäden zu dem Vorgehen der russischen Machthaber nachweisbar wären.

Morel, der durch seine langjährige Beschäftigung mit afrikanischer Politik viel Gelegenheit gehabt hat, hinter die Kulissen des diplomatischen Getriebes zu sehen, legt in seinem Buche dar, wie die auswärtige Politik Englands im wesentlichen von zwölf Persönlichkeiten gemacht wird: dem Außenminister, den drei Unterstaatssekretären und den acht Botschaftern. In der Theorie habe das Parlament natürlich auch über den auswärtigen Dienst die Kontrolle, aber praktisch sei sie so gut wie gar nicht vorhanden. Das Parlament habe keine Möglichkeit, die Verträge oder Abmachungen zu prüfen und zu erörtern, die das Auswärtige Amt mit anderen Staaten geschlossen hat, und das Auswärtige Amt könne das englische Volk auf Verträge und Abmachungen festlegen, die möglicherweise die Verwendung der bewaffneten Macht bedingen, ohne der Nation durch das Parlament auch nur eine Mitteilung darüber zu machen. Dabei handle es sich für die Nation um Krieg oder Frieden, um Sein oder Nichtsein. Nicht ein Heim gebe es in England, nicht eine Familie, nicht eine einzige Person, weder Mann noch Frau oder Kind, deren Interessen, deren Leben und Zukunft nicht auf das stärkste durch die Führung der auswärtigen Politik beeinflußt würde. Die Entwicklung der Sozialpolitik, die Besserung des Loses der breiten Massen könne auf Jahre hinaus durch einen Krieg beeinflußt werden, und Krieg oder Frieden hänge wesentlich von der auswärtigen Politik ab. Und nicht bloß die Interessen des gegenwärtigen Geschlechtes stünden dabei auf dem Spiele, sondern ebenso würden auch die kommenden Geschlechter auf das stärkste durch die Besonderheiten und die Gedankenrichtungen der genannten Persönlichkeiten be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einflußt. Inmitten des demokratischen Englands sei das Auswärtige Amt eine geradezu autokratische Einrichtung geworden, die hinter dem Rücken der Nation im geheimen arbeite und durch das Mittel einer beeinflußten Presse die öffentliche Meinung im Sinne ihrer Pläne modele, ja, in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege, wo der demokratische Gedanke in England so große Fortschritte gemacht habe, sei das Auswärtige Amt noch viel autokratischer geworden als früher. Als Grund für die Ausschaltung des Parlaments aus der Kontrolle der auswärtigen Politik habe man die Notwendigkeit bezeichnet, diese Politik dem Parteistreit zu entrücken, und unter dem Banne dieser Theorie, die von den hochadligen Herren des auswärtigen Dienstes mehr in ihrem eigenen Interesse als in dem des Volkes vertreten werde, habe das Parlament geradezu verlernt, sich mit auswärtiger Politik zu befassen und Einfluß darauf zu nehmen, und das sei für die Nation zum Verhängnis geworden. Morel ist auf das tiefste davon überzeugt, daß es zum Weltkriege gar nicht gekommen wäre, wenn England eine wirksame parlamentarische Kontrolle über die auswärtige Politik gehabt hätte. Den Beweis dafür liefert er in zwei besonders lehrreichen Kapiteln seines Buches, betitelt: „Verrat an der Nation", die hier wohl eine ausdrückliche Hervorhebung verdienen.

Bekanntlich hat E. Grey am 3. August 1914 im Unterhause die Enthüllung gemacht, daß seit 1906 der Generalstab und der Marinestab Englands und Frankreichs zum Zwecke eines eventuellen Zusammenwirkens regelmäßige gemeinsame Beratungen abgehalten hätten. Von dieser mit Frankreich getroffenen Abmachung hat damals das englische Gesamtministerium keine Kenntnis erlangt, natürlich auch nicht das Parlament, sondern außer dem Außenminister nur der Ministerpräsident und der Kriegsminister; erst $5^1/_2$ Jahre später ist dem Gesamtministerium darüber eine Mitteilung gemacht worden. Doch scheinen in diesem über die Berechtigung des Abkommens doch Bedenken laut geworden zu sein, denn am 22. November 1912 richtete E. Grey an den französischen Botschafter den außeramtlichen Brief, von dessen Dasein das Unterhaus auch am 3. August 1914 erfuhr, und in dem ausgesprochen war, daß die gemeinsamen Beratungen der beiderseitigen Stäbe für keine der zwei Regierungen die Verpflichtung einer bewaffneten Unterstützung bedingten. In demselben Sinne erklärte auch der Ministerpräsident am 10. und 24. März 1913 und am 28. April und 11. Juni 1914 im Unterhause, daß für England keine Verpflichtung bestehe, im Falle eines europäischen Krieges Truppen nach dem Festlande zu werfen. Mit Recht macht Morel inbezug auf das Geheimabkommen von 1906 geltend, daß durch die Abmachung, wenn sie auch nicht niedergeschrieben wurde, doch England in gefährlicher Weise an Frankreich gebunden sei, und, infolge von dessen Bundesverhältnis zu Rußland, auch eine Verpflichtung gegen diesen Staat entstand. Da aber nur drei Minister von den Abmachungen wußten und diese ihre übrigen Amtsgenossen darüber absichtlich im Dunkeln hielten, geschah es, daß diese als nicht Eingeweihte in ihren öffentlichen Reden die deutsch-englischen Beziehungen in sehr günstigem Lichte darstellten, und die eingeweihten Minister selbst sprachen öffentlich ganz in demselben Sinne und führten damit die öffentliche Meinung geradezu irre. Ja, der Kriegsminister Lord Haldane setzte damals sogar eine Abminderung des Heeresbudgets ins Werk, die zu einer Einschränkung sowohl der Artillerie als der Infanterie führte. Was aber der Gipfel der Unaufrichtigkeit war: im Sommer 1912 schickte die englische Regierung sogar Lord Haldane zu freundschaftlichen Besprechungen nach Berlin, denselben Mann also, der als Kriegsminister die geheimen, gegen Deutschland gerichteten Beratungen mit Frankreich zu beaufsichtigen hatte, und der Ministerpräsident Asquith hatte die eiserne Stirn, trotz des Mißlingens der Unterhand-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

lungen am 25. Juli im Unterhause zu erklären: „Es freut mich, sagen zu können, daß unsere Beziehungen zu dem großen Deutschen Reiche zurzeit Beziehungen der Freundschaft und des guten Willens sind und sicherlich auch weiterhin so bleiben werden. Lord Haldane hat im Frühjahr einen Besuch in Berlin abgestattet; er bahnte Unterredungen und einen Gedankenaustausch an, der seitdem auf beiden Seiten im Geiste voller Offenheit und Freundschaft fortgesetzt worden ist." Das sagte derselbe Asquith, der zwei Jahre später, am 3. Oktober 1914, mit dem Tone tiefster sittlicher Entrüstung im Unterhause die damaligen Neutralitätsvorschläge Deutschlands als eine Art Schurkerei hinzustellen beliebte. Morel hat ganz recht, wenn er sagt, daß die deutsch-englischen Verhandlungen nur deshalb von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt waren, weil die englische Neutralität seit 1906 überhaupt nicht mehr vorhanden war. Das konnte die englische Regierung öffentlich damals freilich nicht aussprechen, weil die liberale Partei unter einer solchen Belastungsprobe sicher auseinandergeborsten wäre. Daher die berechnete Zweideutigkeit, die der Außenwelt Sand in die Augen streuen sollte. Daher unternahm es sogar Lord Haldane, augenscheinlich im Auftrage der Regierung, trotz der inzwischen bedeutend gesteigerten Gefahr eines Kriegsausbruchs, den von Lord Roberts eröffneten Feldzug für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht planmäßig zu bekämpfen, obwohl diese doch das war, was England in seiner damaligen Lage dringend brauchte. Man hat diese Haltung der englischen Regierung wohl nur so zu erklären, daß sie sich damals noch in der Hoffnung wiegte, den kommenden Krieg in der Hauptsache mit fremden Truppen führen zu können. Die ganze Zweideutigkeit der englischen Politik prägt sich ja auch deutlich genug in den diplomatischen Noten E. Greys während der kritischen Wochen vor Ausbruch des Krieges aus. Zwar fließt ihm das Wort Friede oft genug aus der Feder, aber in Wirklichkeit unternimmt er doch nichts Ernstliches für die Erhaltung des Friedens, weder in Paris noch in Petersburg noch in Belgrad, weil er eben von vornherein an den Zweibund gefesselt war. Wenn man an den Tugendmantel denkt, in den die englische Regierung ihre damalige Haltung zu hüllen liebt, so kann man sich leicht vorstellen, wie die Morelschen Nachweise auf sie gewirkt haben mögen, aber sie sind eben alle so sachlich und wohlbegründet, daß mit Vernunftgründen dagegen nicht anzukämpfen ist.

Ebenso schlagend widerlegt Morel die volkstümliche englische, von der Regierung selbst mit Hochdruck bis in die allerneueste Zeit verbreitete Legende, der zufolge England um Belgiens willen in den Krieg eingetreten wäre. Aus den amtlichen Äußerungen der englischen Regierung weist er nach, daß der Krieg schon am 2. August beschlossene Sache war, und daß in der darüber am 3. August nachmittags dem Unterhaus gemachten Mitteilung E. Greys noch gar keine Rede von Belgien war. Erst am Abende dieses Tages erhielt Grey die Nachricht von dem bevorstehenden deutschen Einmarsche in Belgien und benutzte nun, zweifellos sehr geschickt, diese Wendung, um dem schon beschlossenen und bereits am 2. August vom Führer der unionistischen Partei gutgeheißenen Kriege einen volkstümlichen Hintergrund zu geben und so auch die überseeischen Dominien zur bewaffneten Unterstützung Englands fortzureißen. Die offene Klarlegung, die Morel seinen Landsleuten über das angebliche belgische Motiv der englischen Kriegserklärung gibt, ist ihm um so mehr zugute zu halten, als er in bezug auf unseren Einmarsch in Belgien die allgemeine englische Auffassung teilt, das heißt ihn vom moralischen Standpunkte aus verurteilt, obwohl er andererseits zugibt, daß er angesichts des Zweifrontenkrieges für Deutschland eine militärische Notwendigkeit war. Zugleich aber erhebt er hierbei gegen die englische Regierung den schweren Vorwurf, daß sie nichts getan habe, um Belgien rechtzeitig vor

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der drohenden Gefahr zu retten; das wäre aber nach seiner Ansicht sehr wohl möglich gewesen, wenn sie schon während der Julikrisis eine Erklärung des Inhalts erlassen hätte, daß sie jeden Versuch, von welcher Seite er auch kommen möge, die belgische Neutralität anzutasten, mit Waffengewalt zurückweisen würde. Freilich mußte von einem solchen Schritte wieder die geheime Bindung an Frankreich zurückhalten, und so findet Morel auch hier eine Bestätigung seiner Theorie von der Verwerflichkeit der Geheimdiplomatie.

Noch eine in mehreren Aufsätzen von Morel gegebene Darlegung verdient in diesem Zusammenhange besondere Berücksichtigung, die eingehende Widerlegung nämlich der von den englischen Machthabern leider erfolgreich in die Welt gesetzten Verleumdung, daß Deutschland seit 40 Jahren den jetzigen Krieg geplant und sich in großem Stile darauf vorbereitet habe. Morel setzt hier auseinander, daß das Deutsche Reich seit seiner Gründung ein wirkliches Element des Friedens in Europa gewesen ist, daß es keinen Krieg gegen seine Nachbarn geführt, und daß insbesondere Kaiser Wilhelm II. ein starkes Bollwerk des Weltfriedens gewesen ist. Wenn Deutschland Frankreich hätte unschädlich machen wollen, würde es diese Absicht in den Zeiten, wo seine militärische Überlegenheit unbestreitbar war, mit den besten Aussichten haben ausführen können, sei es 1887, oder 1902 oder 1905. Den bündigen Beweis aber dafür, daß Deutschland die ihm von den englischen Staatslenkern untergeschobenen Weltherrschaftsgelüste nicht gehabt hat, findet Morel in einer genauen Zusammenstellung der Heeres- und Marinebudgets der zwei Mächtegruppen in den zehn Jahren vor dem Kriege. Er weist da zahlenmäßig nach, daß Frankreich und Rußland in dem genannten Jahrzehnt über drei Milliarden Mark mehr für Heeresaufwand ausgegeben haben als Deutschland und Österreich-Ungarn zusammen, und daß dieses Verhältnis sich im zweiten Jahrfünft der genannten Periode sogar noch schärfer ausprägt, indem nämlich Frankreich und Rußland in der Zeit von 1909 bis 1914 alljährlich etwa 400 Millionen Mark mehr für Heereszwecke verausgabten als Deutschland und Österreich-Ungarn. Zu ähnlichem Ergebnis kommt Morel bei einem genauen Vergleiche der Marinebudgets der zwei Mächtegruppen (in den Jahren 1905—1914 hatten Frankreich und Rußland fast anderthalb Milliarden Mark mehr aufgewandt als Deutschland und Österreich-Ungarn). So gibt er unumwunden zu, daß Deutschland alle Ursache hatte, sich militärisch durch seine Nachbarn bedroht zu fühlen und seine Maßnahmen dementsprechend zu treffen, zumal Frankreich im Jahre 1913, unter starkem Drucke Rußlands und unter geradezu leidenschaftlicher Parteinahme der „Times", nach schweren inneren Kämpfen von der zweijährigen Wehrpflicht zur dreijährigen überging. In Verbindung damit kann es sich Morel nicht versagen, das klassische Zeugnis Lloyd Georges anzuführen, der noch am 1. Januar 1914 in der „Daily Chronicle" erklärte, wie er das schon 1908 getan hatte, daß eine starke Rüstung für das Deutsche Reich in seiner bedrohten Lage geradezu Lebensbedingung sei.

Das Gesagte mag genügen, um das große Interesse darzulegen, das Morels Buch auch für deutsche Leser bietet. Es enthält gewiß nicht die ganze Wahrheit über die Entstehung des Weltkrieges — sie wird erst kommenden Geschlechtern enthüllt werden —, aber doch einen äußerst wertvollen Beitrag dazu, der ein beredtes Zeugnis für den Bürgermut und den Scharfblick des Verfassers ablegt. Morels Wahlspruch ist nicht: Right or wrong, my country! Er sagt dafür vielmehr: "My country may be right or wrong! if right, to be kept right; if wrong, to be set right!" In diesem Sinne schreibt er unbeirrt durch den Dunst von Haß und Leidenschaft, den die jetzigen Machthaber über das englische Volk gelegt

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

haben. Kein Zweifel aber, daß seine Tätigkeit den jetzt drüben sich langsam vollziehenden Wandel der Geister wirksam vorbereitet hat, mag auch England zurzeit noch nicht für den Frieden reif sein.

K. A. Martin Hartmann.

Kriegsblindenfürsorge.

Von allem Tragischen, das der Weltkrieg in tausendfacher Gestalt vor unsern Augen entrollt hat, wird der Kriegsblinde in seiner beklagenswerten Hilflosigkeit für immer das erschütterndste Moment dieses gewaltigen Völkerringens bleiben. Es gibt keinen Deutschen, der nicht rückhaltlos die Pflicht des Vaterlandes zu reicher Hilfe für unsre erblindeten Krieger anerkennt. Mag auch staatliche und private Hilfe hier schon Treffliches geleistet haben, die gesetzmäßige Großzügigkeit fehlt noch; sie muß der Friedenszeit vorbehalten bleiben. Der hilfreiche Drang Vieler, diesen der Blindheit verfallenen unglücklichen Soldaten um jeden Preis zu helfen, hat in der Kriegsblindenfürsorge eine gewisse Zersplitterung gezeitigt, die zu beheben eine Aufgabe der Zukunft sein muß.

Schon immer hat die Blindheit in Kriegen eine unheilvolle Rolle gespielt. So trat in den napoleonischen Kriegen die ägyptische Augenkrankheit verheerend auf und verurteilte mehrere Tausend zur Blindheit. Nach der Schlacht bei Abukir bevölkerten in wenigen Monaten mehr als 3000 augenkranke Soldaten die Hospitäler, und als das französische Heer nach Europa zurückkehrte, schleppte es die ansteckende, furchtbare ägyptische Augenkrankheit mit ein. Besonders in Belgien setzte sich damals diese Augenkrankheit fest, und es erblindeten dort um 1834 in wenigen Jahren 4000 Personen ganz und etwa 10 000 Personen einseitig. Die Befürchtung, daß auch im Weltkriege diese Augenkrankheit verheerend auftreten würde, hat sich zum Glück nicht bestätigt. Dagegen sind Erblindungen durch Geschosse im Weltkriege wider Erwarten in verhältnismäßig großer Zahl eingetreten. Diese Erscheinung hängt unzweifelhaft mit dem im Weltkriege vorherrschenden System des Schützengrabens zusammen, das zu besonders zahlreichen Kopfverletzungen Anlaß gab. Es sind in diesem Kriege auch Erblindungen eingetreten, die nicht unmittelbare Verletzungen der Sehnerven zur Ursache hatten. So beobachtete Prof. Dr. H. Schmidt Erblindungen, die lediglich durch den Luftdruck eines dicht an den Augen vorbeifliegenden Geschosses verursacht wurden. Der starke Luftdruck preßte das Auge plötzlich zusammen, so daß die Häute am hinteren Pol zerrissen, wodurch die Sehkraft zerstört wurde. Von der Benutzung künstlicher Augen, die natürlich mit dem Sehvermögen nichts zu tun haben, machen viele Blinde Gebrauch, besonders jüngere, da hierdurch die Entstellung des Gesichts behoben wird. Früher waren derartige Glasaugen in wirklicher Vollkommenheit nur in Paris zu haben, gegenwärtig werden solche Glasaugen in künstlerischer Vollendung in Thüringen hergestellt. Der Preis beläuft sich auf 10—20 Mark.

Für den Kriegsblinden steht natürlich die Frage nach seiner wirtschaftlichen Zukunft weitaus im Vordergrund. Das Gefühl des Verlassenseins darf nicht bei ihm aufkommen; es gilt, ihn wieder zu einem schaffenden Mitglied der Gesellschaft zu machen, und dahin führen verschiedene Wege. Die staatliche Fürsorge, soweit sie geldlicher Natur ist, billigt dem kriegsblinden Gemeinen eine Mindestrente von 1350—1400 Mark jährlich zu. Diese Rente besteht aus der Kriegszulage, der Verstümmelungszulage und der Erwerbsbeschädigungsrente. Bei den meisten Arbeitern kommt außerdem noch die Invalidenrente hinzu. Wirtschaftlich nicht minder wichtig als die staatliche Unterstützung ist für den Kriegsblinden die Für-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sorge und Beratung in der Berufsfrage, die ihn von allen Dingen am meisten beschäftigt. Wird es und wie wird es dem Kriegsblinden gelingen, sich eine wirtschaftlich erträgliche Zukunft zu schaffen? Besonders kriegsblinde Familienväter werden vielfach mit großer Sorge an die Zukunft denken. Aber glücklicherweise fehlt es nicht an hilfsbereiten Händen, die den Weg zu erfolgreicher Arbeit weisen. Nicht immer wird es notwendig sein, die Kriegsblinden erst die Lehrstätte einer Blindenanstalt durchlaufen zu lassen, vielmehr liegen aus der Industrie Beispiele vor, die in glücklicher Weise zeigen, daß der Kriegsblinde bestimmte industrielle Arbeiten, die ihm einen guten Verdienst sichern und ihn dem belebenden Umkreise einer Arbeitsstätte wieder einfügen, sehr gut ausführen und übernehmen kann. Das ist für die Aufrüttelung der oft verzagten Lebensgeister von unschätzbarem Werte.

Ein erfreuliches Beispiel erfolgreicher Blindenarbeit bietet das Kleinbauwerk der Siemens-Schuckertwerke in Berlin, wo es durch sachgemäßes Vorgehen gelungen ist, einer größeren Zahl von Kriegsblinden den Wiedereintritt in das industrielle Leben unter Gewährung eines angemessenen Verdienstes zu sichern. Um den Kriegsblinden von vornherein Enttäuschungen zu ersparen, entschloß sich das Kleinbauwerk im Jahre 1915 zunächst, mit bürgerlichen Blinden aus den öffentlichen Blindenanstalten Versuche zu unternehmen. Erst als diese Versuche günstige Ergebnisse lieferten, ging man dazu über, Kriegsblinde aufzunehmen. Inzwischen ist es nach den Angaben des Direktors Perls gelungen, eine ganze Reihe von Arbeiten, die mit der Massenherstellung von Installationsmaterialien zusammenhängen, durch Kriegsblinde ausführen zu lassen. Aus der Fülle dieser erfolgreichen Blindenarbeit sei nur einiges herausgegriffen. Soweit Handarbeit, also unter Ausschluß jeglicher Maschinen, in Betracht kommt, sind zu nennen: Arbeiten mit Lochlehren oder Rachenlehren, Prüfen der Gewindehülsen von Sicherungen und Schmelzstöpseln, das Einschrauben von Bolzen in Gewindeteile, Packen von Schmelzstöpseln in Normalpackungen, Montieren von Kontaktböcken auf Schieferplatten. Auch akustische Prüfarbeiten haben die Kriegsblinden erfolgreich ausgeführt.

Es ist weiter gelungen, den Kriegsblinden an kleinen motorischen Maschinen Arbeiten zuzuweisen, die ebenfalls zufriedenstellend bewältigt wurden. Hierhin gehört das Einziehen von Schrauben in Schalter, Fassungen und Schalenhalter, das Einstecken von Metallteilen in Klemmen, das konische Ausweiten von kleinen Hülsen und das Entgraten und Polieren von Zünderteilen. Diese Erfolge ermutigten, den Kriegsblinden auch größere Maschinen zu überlassen. Besonders erfolgreich ließen sich Arbeiten an der Gewindeschneidemaschine durchführen. Desgleichen konnten die Kriegsblinden eine ganze Reihe von Arbeiten an der Bohrmaschine leisten, ferner konnte die Stempelpresse zum Einpressen von Aufschriften für die Blindenarbeit dienstbar gemacht werden. Auch die Friktionsspindelpresse bot den Kriegsblinden die Möglichkeit zur Betätigung. Hier konnte Biege- und Prägearbeit geleistet werden. Auch mit andern Pressen, wie der Tellerpresse oder Exzenterpresse konnten einzelne Arbeitsprozesse von Blinden geleistet werden. An der Drehbank war es möglich, das Abdrehen von Zünderteilen und die Abnahme des Grates den Blinden zu überlassen.

Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß die Beschäftigung Blinder vom Unternehmer immer eine gewisse Nachsicht fordert, aber wenn es je eine vaterländische Ehrenpflicht gegeben hat, so ist es die Beschäftigung von Kriegsblinden. Besonders auf die Großindustrie als die Trägerin des Großkapitals wird man die Hoffnung setzen dürfen, daß sie sich dieser ehrenvollen Aufgabe der Blindenbeschäftigung nicht entziehen wird. Übrigens lassen die bisherigen Erfahrungen durchaus den Schluß zu, daß beide Teile, Blinde und Unternehmer,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dabei wirtschaftlich ihre Rechnung finden. Wünschenswert scheint es, daß für die Kriegsblinden besonders geeignete Arbeitsräume geschaffen werden. Wo in einem solchen Fall ein Neubau die beste Lösung bietet, sollte man billigerweise dem Unternehmer einen einmaligen staatlichen Baukostenzuschuß gewähren, wenn er seine Bereitwilligkeit zur ständigen Blindenbeschäftigung ausspricht.

In dem Siemens-Kleinbauwerk wurden im Jahre 1917 etwa 26 Kriegsblinde, sowie 10 männliche und 7 weibliche Pfleglinge der Berliner Städtischen Blindenanstalt beschäftigt. Während der Lazarettzeit betrug für die Kriegsblinden die Arbeitszeit 6 Stunden, später $8^1/_2$ Stunden. Im allgemeinen wird bei der Handarbeit ein geringerer Verdienst erzielt, so daß die Maschinenarbeit von den Blinden bevorzugt wird. Sämtliche Arbeiten werden im Stücklohn vergeben, die Blinden konnten einen Durchschnittsverdienst von 60 Pf. in der Stunde erreichen. Es ist klar, daß die Maschinenarbeit gewisse Gefahren für den Blinden einschließt; hier wird noch manche Schutzvorrichtung gegen Unfälle erforderlich werden, wenn auch der Kriegsblinde diesen drohenden Gefahren gefühlsmäßig gut zu begegnen weiß. Berufene Kräfte sind bereits in dieser Richtung an der Arbeit. Die Berufsgenossenschaften und Gewerbeinspektionen widmen der Frage ihre volle Aufmerksamkeit, so daß hier geeignete Schutzvorrichtungen schnell geschaffen werden dürften. In dem Siemenswerke ist den Kriegsblinden im gemeinsamen Arbeiterspeisesaal auch ein besonderer Raum angewiesen worden, wo die Blinden mit ihren Führern das Mittagessen zusammen einnehmen. Während der Lazarettzeit wurde die Führung durch Kriegsbeschädigte, die ebenfalls auf dem Siemenswerk tätig sind, besorgt, nach der Entlassung aus dem Militärverhältnis muß für private Führung gesorgt werden, die meist von weiblichen Kräften wahrgenommen wird.

So wünschenswert es ist, die Kriegsblinden einer geregelten Berufstätigkeit zuzuführen, so dringend erforderlich ist es, dem Blinden auch wieder die wichtigsten kulturellen Errungenschaften zu vermitteln, nämlich ihm Schreiben und Lesen wieder möglich zu machen. Die Blindenschrift ist alt und stellt keine durch den Weltkrieg entwickelte Errungenschaft dar. Man kann zwei Arten von Blindenschrift unterscheiden: erstens die durch erhaben gepreßte große lateinische Buchstaben dargestellte Schrift, in der es zahlreiche Lesebücher gibt, und ferner die sogenannte Brailleschrift, die Anfang des vorigen Jahrhunderts der blinde Franzose Braille erfand. Die Braille-Blindenschrift kann man als eine Art Stenographie betrachten, da für jeden Buchstaben hervorgepreßte Punkte in bestimmter Stellung benutzt werden. Durch Betasten mit den Fingern vermag der Blinde völlig einwandfrei diese gepreßten Punkte oder Buchstaben der Blindenschrift zu lesen. Die Braillesche Punktschrift wurde auf dem Blindenlehrerkongreß 1879 zu Berlin für fast alle Kulturstaaten angenommen, so daß sie heute die herrschende Blindenschrift ist. Fast in jeder Blindenanstalt finden sich Büchereien dieser Art, und man zählt neben der Bibel mehr als 100 000 Werke der Literatur in Blindenschrift. Auch musikalische Werke sind für Blinde vorhanden. Sowohl die Kgl. Blindenanstalt Berlin-Steglitz, wie die Hamburger Blindenanstalt besitzen bedeutende Blindenbibliotheken. Hervorragend ist die deutsche Zentralbibliothek für Blinde in Leipzig, Parkstraße 2. Zum Schreiben der Brailleschen Punktschrift benutzt man eine besondere Tafel, die mit der Schiefertafel der Kinder gewisse Ähnlichkeit hat. Mit Hilfe von einem besonders gebauten Messinglineal und einem Metallstift punktiert der Blinde das Papier. Geübte Blinde erlangen eine außerordentliche Schnelligkeit im Schreiben dieser Punktschrift. Zum Schreiben an Sehende hat man für Blinde besonders geeignete Schreibmaschinen gebaut. Die Tasten haben erhabene Buchstaben. Ebenso ist es gelungen, viele Unterhaltungsspiele dem Blinden zu erschließen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

So gibt es Spielkarten, die durch Einstiche auf der Rückseite gekennzeichnet sind. Auch das Dominospiel ist für Blinde gut verwendbar. Beim Schachspiel erhöht man die schwarzen Felder der Bretter. Jedes Feld besitzt in der Mitte eine Vertiefung, in welche die mit Zapfen versehenen Schachfiguren hineinpassen. Merkwürdig ist, daß sich unter den Blinden einige ausgezeichnete Kegler befinden. Die Feststellung der Zeit mittels der Uhr macht dem Blinden keine Schwierigkeiten, da man besondere Uhren für Blinde mit erhabenen Ziffern hat. Für das Zurechtfinden des Blinden ist ein Spazierstock von gutem Nutzen, im Zimmer pflegen bestimmt gelegte Läufer gute Dienste zu leisten; auch angelernte Hunde erweisen sich als brauchbare Führer. Nur das Essen bereitet gewisse Schwierigkeiten, hier wird es meist einer helfenden Hand bedürfen, welche die Speisen geschnitten vorbereitet. Musikalische Betätigung ist dem Blinden auf einer ganzen Reihe von Instrumenten möglich. Es kann dem Blinden die Pflege der Hausmusik nur dringend empfohlen werden. Man hat vielfach geraten, Blinde zu Berufsmusikern, Organisten oder Klavierstimmern auszubilden. Diese Berufe sind jedenfalls für Blinde nur dann zu empfehlen, wenn eine ungewöhnliche musikalische Begabung vorliegt, da sonst die Erwerbsaussichten ungenügend sind. Die „Deutsche Gesellschaft für künstlerische Volkserziehung" verfügt über bedeutende Mittel zur musikalischen Ausbildung Kriegsblinder; doch kommen nur solche in Betracht, die eine „geniale Begabung" erkennen lassen. Die Zahl dieser Kriegsblinden kann also nur sehr klein sein.

Die bisher von den Blinden meist in Blindenanstalten ausgeübten handwerksmäßigen Berufe, wie Korbmacherei, Bürstenmacherei, Seilerei, Flechtarbeiten und Mattenherstellung erfordern eine mehrjährige Lehrzeit, daher wird es für Kriegsblinde immer vorteilhaft sein, tunlichst dem alten, angestammten Beruf treu zu bleiben, soweit dies irgend durchführbar ist. Gelegentlich sind von Blinden auch akademische Berufe ausgefüllt worden, so ist in Hamburg ein blinder Oberlehrer und Volksschullehrer und an der Universität Halle ein Professor der Mathematik tätig. Trotz dieser Beispiele wird man aber den Schulbetrieb für den Blinden nicht als geeignet bezeichnen können, denn dem blinden Lehrer fehlt für die Überwachung der Kinder die wichtigste Waffe, das Augenlicht; so wird die Disziplin immer auf schwachen Füßen stehen.

Die Privatwohltätigkeit hat sich der Kriegsblinden in anerkennenswerter Weise angenommen, manche Träne ist gebannt und manche Zukunft mit dem Licht der Hoffnung erhellt worden. Die bedeutendste Sammlung ist durch einen Ausschuß zur Unterstützung erblindeter Krieger zustande gebracht worden, ferner wurde 1914 durch den Grafen Lotho v. Hochberg eine „Kriegsblindenstiftung" begründet. Mit dem Nachweise von Blindenarbeit beschäftigt sich die Patriotische Gesellschaft in Hamburg. Daneben gibt es eine ganze Reihe von Kriegsblindenheimen. Erwähnt sei das der Frau Geh. Hofbaurat v. Ihne in Berlin. Schöne Erfolge und Fortschritte hat auch der „Reichsdeutsche Blindenverband" in Berlin erzielt, der ein Blinden-Erholungsheim in Binz auf Rügen, ein Blinden-Erholungs- und Ausbildungsheim in Wernigerode im Harz und das Kriegsblindenerholungsheim in Herrmannshof im Riesengebirge begründet hat. Der Reichsdeutsche Blindenverband bietet den Kriegsblinden in seinen Erholungsheimen die Möglichkeit, gegen einen geringen Tagespreis in schöner Wald- oder Seegegend die Nerven zu stärken und neue Kräfte zu sammeln. Der Verband hat auch eine Werkstatt für die Korb- und Bürstenmacherei eingerichtet, für welche Direktor Bauer von der Provinzial-Blindenanstalt in Halle einen erfahrenen blinden Korb- und Bürstenmacher als Lehrmeister zur Verfügung stellte. Gleichzeitig lieferte die Blindenanstalt auch das Rohmaterial zu

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

mäßigen Preisen. Auch Maschinenschreiben wird gelehrt, wobei man sich auch des Diktaphons bedient. Die Schriftstücke werden dem Blinden durch die phonographische Walze wiedergegeben. Die Schreibmaschinenarbeit in Verbindung mit dem Diktaphon hat sich für Blinde sehr gut bewährt. So stellen die Blinden-Erholungsheime eine soziale Wohltat dar, die jede Unterstützung verdienten. Segensreich wirkt auch der Verein der blinden Akademiker Deutschlands; als gleiche Schöpfung dieser Art ist auch die von Prof. Bielschowsky geleitete Studienanstalt für blinde Akademiker in Marburg zu erwähnen, die zur dortigen Universität nahe Beziehungen unterhält. Für den blinden Akademiker hat sich zu seiner geistigen Betätigung die Schreibmaschine als ganz besonders nützlich erwiesen.

Zum Schluß sei noch auf die viel erörterte Frage hingewiesen, ob die Errichtung großer, gewissermaßen asylartiger Blindenhäuser wünschenswert und zweckdienlich sei. Daß derartige Blindenkasernen dem Blinden Vorteile gewähren können, ist nicht in Abrede zu stellen. Dennoch haben Versuche mit Zivilblinden meist zu einem Fehlschlag geführt. Erklärlicherweise zieht es der Blinde vor, im Kreise seiner Angehörigen zu leben, mit denen seine Vergangenheit verwebt und verwachsen ist. Es liegen Äußerungen von Blinden vor, denen eine schlechte Hauspflege immer noch lieber als eine gute Anstaltspflege ist. Daher muß der Plan zur Errichtung großer Blindenhäuser reiflich erwogen werden.

Dr. P. Martell.

Zuchthäusler!

In deutschen Universitätsstädten war es oft ein scherzhafter Anblick, wenn gegen einen auf der Mensur „geklappten" Studenten der Staatsanwalt mit dem Gesichte voller Schmisse Strafantrag wegen verbotenen Zweikampfes stellte und ein an Schmissen nicht ärmerer Richter mit strenger Amtsmiene das Urteil auf Grund des Strafgesetzbuches verkündete. Weniger scherzhaft war es zu sehen, daß infolge einer heuchlerischen Prüderie, die den Schein einer Bekämpfung der gewerbsmäßigen Unzucht aufrecht erhält, alle Stadtverwaltungen sich des Verbrechens der Kuppelei schuldig machen. Sollen wir jetzt einen Gipfel dieses Widerspruches zwischen Schein und Wirklichkeit, zwischen Gesetz und Moral in der Lebensmittelfrage erleben?

Die neue Bundesratsverfügung gegen den Schleichhandel bringt eine ganz erhebliche Verschärfung der Strafandrohungen. Wer gewerbsmäßig öffentlich bewirtschaftete Gegenstände des täglichen Bedarfs verbotswidrig aufkauft, wird infamiert mit Strafen, wie sie bisher nur gegen schwerste Verbrechen — und gegen streikende Arbeiter (§ 153 Gew.-Ordn.) vorgesehen waren. Es m u ß auf Gefängnis erkannt werden, bei Rückfall auf Zuchthaus. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ist im ersten Falle zulässige, im Rückfalle notwendige Nebenstrafe. Außerdem sind Geldstrafen bis zu einer halben Million neben der Freiheitsstrafe zu verhängen.

Wenn Strafgesetze die Volksmoral heben und den Wirtschaftsverkehr regeln können, dann müssen diese Drohungen gegen Schleichhändler helfen — zum mindesten die Überversorgung der wohlhabenden Bürger auf andere Bahnen drängen und den allzugefährlichen Zwischenhandel ausschalten. Aber den Wissenden beschleicht ein Zweifel, ob selbst dieses und nicht nur eine weitere Steigerung der Preise durch die Gefahrsteigerung erreicht wird. Der Bezug von Nah-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

rungsmitteln usw. neben den zugeteilten Rationen ist zu allgemein, die Benutzung des Schleichhandels trotz aller Verfehmung zu beliebt, als daß sich eine schnelle Umkehr erhoffen ließe. Die Reichsregierung hat zu lange mit dem allgemeinen Vorgehen gegen die Ausnutzung der Kriegskonjunktur gezögert. Und alle amtlichen wie privaten Vertretungen der großen Erwerbsstände haben hier versagt. Der Appell an das Moralische ist versäumt in der Zeit der großen Begeisterung, der Opferbereitschaft. Ich fürchte, daß sein Ersatz durch die Zuchthausdrohung nicht wirken wird.

Immerhin muß das Mögliche versucht werden. Denn der Schleichhandel ist ein Krebsschaden. Aber man muß sich klar sein, daß die Strafparagraphen allein wenig nützen können. Von Zeit zu Zeit las man in den Zeitungen von einer Gerichtsverhandlung, in der ein überführter Schleichhändler auf die Frage nach seinen Abnehmern grinste: „O mei, da könnte ich das ganze Gericht benennen!" Soll das so bleiben? Soll der Staatsanwalt mit sittlicher Entrüstung gegen den verwerflichen Verbrecher donnern, während die Richter sich mühsam das Lachen verkneifen, weil sie wissen, aus welcher Quelle die Frau Staatsanwalt ihre Vorräte bezieht? Soll der Richter den Mann ins Zuchthaus schicken, den er noch am Tage vorher für erwünschte Dienste bezahlt hat? Oder sollen wir gar erleben, daß die Beziehungen des Sträflings zum Vertreter des Rechtes als mildernder Umstand wirken? !

— Der Respekt vor den Gesetzen ist durch ihr Übermaß, ihre Steigerung bis zur Unerfüllbarkeit, ihre Nichteinhaltung durch die berufenen Hüter ganz bedenklich geschwunden. Die Unantastbarkeit des deutschen Beamtentums hat im Kriege einen bedenklichen Stoß erlitten. Volle drei Kriegsjahre hindurch habe ich mit meiner Familie streng nach den Vorschriften gelebt, bis ich mich überzeugte, daß es nur zu meinem Schaden, ohne Nutzen für die Gesamtheit war, weil die wenigen Braven gar keinen Einfluß mehr auf die allgemeinen Verkehrssitten ausüben konnten. Seitdem sündige ich in ganz bescheidenem Maße mit und behaupte, daß es im ganzen Reiche keinen strafmündigen Menschen gibt, der nicht Dutzende von Malen gegen Strafgesetze verstößt, der nicht wegen Verfehlungen gegen die Regelung der Unterhaltsversorgung ins Gefängnis gebracht werden könnte.

Dieser Zustand ist furchtbar; er wird noch lange nach dem Friedensschlusse seine bösen Wirkungen üben. Er darf nicht ins Krasse gesteigert werden dadurch, daß nun auch der Respekt vor dem Zuchthause schwindet. In der üblen Gründerzeit nach 1871 verkehrten in den Salons der sogenannten feinsten Gesellschaft Leute, von denen man offen erzählte, daß sie mit dem Ärmel das Zuchthaus gestreift hätten. Sollen wir diesen Zustand jetzt schon im Kriege bekommen? — Ob dies Zuchthausgesetz richtig ist, mag dahingestellt bleiben; es ist da, deswegen muß es durchgeführt werden und muß seine Wirkungen auf die öffentliche Moral haben.

Dazu gehört vor allem, daß es richtig und rücksichtslos durchgeführt wird. Nicht gegen arme, kleine Sünder, die wegen einiger Mark Verdienst ihrer Seelen Seligkeit riskieren, sondern gegen die Großen, die sich systematisch am Kriege bereichern. Dazu gehört vor allem aber, daß alle anständigen Leute jede Teilnahme an dem Verbrechen ablehnen. Wäre das bisher geschehen, so wäre es niemals zu solchen Auswüchsen des Schwarzhandels und zu solcher kümmerlichen amtlichen Versorgung gekommen. Aber solange das Publikum sich dazu drängt, das Doppelte und Dreifache, ja Fünf- und Zehnfache des gesetzlichen Höchstpreises zu zahlen, so lange muß der Höchstpreis wirkungslos bleiben und werden sich

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

immer wieder Leute finden, die zwischen den wuchernden Erzeugern und den wucherfördernden Verbrauchern vermitteln.

Dazu gehört ferner, daß die einflußreichsten Männer der produzierenden Stände endlich mit dem ganzen Gewichte ihrer Person sich gegen den Wucher und Schleichhandel werfen. Das ist bisher nicht geschehen, deshalb sind alle Mahnungen der Behörden erfolglos geblieben. Wenn die Landwirte ihre Pflicht erfüllten und voll ablieferten, was ihnen vom Gesetze auferlegt ist, so könnte gar nicht ein so umfangreiches Nebengeschäft blühen. Wenn die verarbeitenden Gewerbe nicht mogelten, erst recht nicht. Man vergesse dabei nicht, daß den Erzeugern eine Selbstversorgung zugebilligt ist, die das den Städtern gewährte Quantum etwa um das Doppelte übertrifft, daß auf dem Lande die Leute wie im Frieden leben, in Fett, Fleisch, Eiern und Mehl schwimmen; vergesse aber auch nicht, daß Arbeiter, die durch einige Feiertage die genügende Versorgung des kriegführenden Deutschland gefährdet haben sollen, wegen Landesverrates zu schwersten Strafen verurteilt worden sind.

Alle Bemühungen sind vergeblich, solange nicht die großen Unternehmungen auf die Versorgung durch den Schleichhandel verzichten. Denn sie treiben am stärksten die Preise, sie stützen und unterhalten verbotenen Handel und Wucher — alles auf Kosten des deutschen Volkes, das nachher die unsinnig gesteigerten Kriegskosten aufbringen muß. Das geschieht unter den Augen der Regierung; und muß geschehen, solange nicht die amtliche Versorgung ausreichend ist. Denn nicht nur die Rüstungsarbeiter, sondern auch die Ärzte werden darüber einig sein, daß ohne Zulagen die anstrengende Industriearbeit auf die Dauer nicht geleistet werden kann.

Wir stecken hier in einem der vielen Zirkel unserer Mißstände: die Versorgung auf Schleichwegen ist unentbehrlich, solange die amtliche Versorgung nicht einigermaßen ausreichend und gleichmäßig ist. Die amtliche Versorgung aber kann nur ausreichend sein, wenn sie die Gesamtheit der vorhandenen Vorräte erfaßt. Über diesen Zusammenhang muß man sich klar sein und — mit voller Entschiedenheit nach einer Seite sich wenden. Das Zuchthausgesetz ist eine solche Entscheidung. Entweder es wird jetzt von allen Behörden und vom Publikum ernst genommen und durchgeführt. Dann kann es den Anfang einer Besserung unserer Zustände bringen. Oder es wird mißachtet, so wie die bisherigen Gesetze von Privaten und Beamten vielfach mißachtet sind. Dann verschlimmert es unsere Zustände bedenklich. Denn es führt dazu, daß man Zuchthäuslern die Hand drückt — weil man an ihren Verbrechen mehr oder minder beteiligt ist, daraus Nutzen gezogen hat. Ein letzter sittlicher Aufruf an die Gesamtheit!

Dr. Heinz Potthoff.

Die Textilnot.

Daß die Menschheit dem Hungertode entgegengehe, da mit ihrer Vermehrung der Anbau von Nahrungsstoffen nicht Schritt halten könne, das haben uns die Malthusianer seit mehr als hundert Jahren unaufhörlich vorgeredet. Zwar harrt heute noch der größte Teil der Erde, darunter gerade die fruchtbarsten Länder, des Anbaues; zwar gibt es selbst in den am dichtesten bevölkerten Ländern noch immer ungeheure Strecken, die gar nicht oder doch längst nicht intensiv genug ausgenutzt werden; zwar ist für den Notfall das Meer noch da, dessen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Nahrungsstoffe (nicht nur Fische und andere Tiere, sondern auch Pflanzen, die als Dünger verwendbar sind) schier unerschöpflich scheinen; auch will der Mangel trotz einer beispiellosen Vermehrung der Menschheit immer noch nicht eintreten, im Gegenteil scheint die Ernährung in der letzten Zeit, soweit die Statistik hier ein Urteil gestattet, eher etwas reichlicher geworden zu sein — aber alles das hindert die Malthusianer nicht, ihre Kassandrarufe zu erheben.

Bisweilen bekommen wir eine neue Variante des alten Liedes zu hören. Statt mit dem Hunger droht man uns mit dem Mangel an Kleidungsstoffen. Von vornherein verspricht diese Programmnummer nicht allzu zugkräftig zu werden. Denn das Kleidungsbedürfnis ist nicht entfernt so dringend wie das Nahrungsbedürfnis. Der Ruf nach Brot ist uralt, daß sich aber jemals Menschen aus Angst und Verzweiflung erhoben hätten, weil sie nicht genug hatten, um ihre Blöße zu bedecken, davon weiß die Geschichte nichts.

In der „Neuen Zeit" ist es, wo ein sozialdemokratischer Schriftsteller, L. Quessel, vor einiger Zeit seiner Sorge wegen der Textilnot Ausdruck gab. Der mächtig angewachsene Verbrauch von Gewebstoffen hat einen solchen Eindruck auf ihn gemacht, daß er darin sogar den eigentlichen, nicht auf der Oberfläche liegenden Grund des jetzigen Weltkrieges zu sehen glaubt. Von da ist nur ein Schritt bis zu der Erklärung, daß der Angriff berechtigt gewesen sei, denn Not kennt kein Gebot. Übrigens ist Quessel nicht der einzige Sozialdemokrat, der einen solchen Standpunkt vertritt und aus der angeblichen Not die Berechtigung zu den schlimmsten Gewaltmaßregeln herleitet. Schon einige Zeit vor dem Kriege lehrte Schippel, daß wir gegenüber den unzivilisierten Völkern nur das Recht des Stärkern zu beachten hätten. Der „anschwellende Massenbedarf" rechtfertigt nach seiner Meinung jedes Mittel. Er sagt, so gut sich die Arbeiter gegen die Kapitalisten ihrer Haut wehren, ebensogut dürften sie auch die niedern Völker zwingen, für sie zu produzieren. Als ob es dasselbe wäre, sich seiner Haut zu wehren und Andere auszubeuten! Die Afrikaner und Südseeinsulaner sollen dafür büßen, daß die Europäer — doch nur wegen verkehrter wirtschaftlicher oder politischer Einrichtungen, also aus eigener Schuld — nicht wissen, wie sie sich ernähren sollen. Wirklich eine seltsame Art von Humanität!

Um aber auf Quessel und die von ihm entdeckte Textilnot zurückzukommen so hat er zwar recht, wenn er einen sehr gesteigerten Verbrauch von Gewebestoffen feststellt. Aber Verbrauch ist noch lange nicht dasselbe wie Bedürfnis. Dieser Verbrauch ist großenteils Luxus und nur dadurch veranlaßt, daß die Kleidungsstoffe, im Gegensatz zu den Nahrungsmitteln, in den letzten Jahrzehnten nicht teurer, vielmehr erheblich billiger geworden waren.

Andere weisen sorgend auf die Verteuerung der Baumwolle hin. Dernburg z. B. berechnete einige Jahre vor dem Kriege, daß Deutschland für diesen Stoff 150—200 Millionen mehr zu bezahlen habe als zehn Jahre zuvor. Das wären, die Richtigkeit seiner Berechnung vorausgesetzt, ungefähr $2^1/_2$—3 M. mehr auf den Kopf der Bevölkerung. Nun, wenn ein Liter Milch oder ein Ei um ein paar Pfennige teurer werden, so ist das jedenfalls eine zehnmal größere Kalamität, ich habe aber nie gehört, daß die Vertreter des Welthandels sich darum sonderlich gegrämt oder politische Vorkehrungen verlangt hätten.

Gesetzt aber, es treten ernstliche Schwierigkeiten ein, gesetzt, es entsteht, was sogar sehr wahrscheinlich ist, nach dem Kriege eine große Knappheit an Gewebstoffen, so brauchen wir noch lange nicht zu verzagen, sondern wir werden dann einfach auf unsere heimischen Hilfsquellen zurückgreifen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Baumwolle freilich können wir nicht bauen, und auch die Möglichkeit, aus Vorderasien welche zu beziehen, will ich hier, weil sie unsicher ist, ganz außer Augen lassen. Daß dagegen Flachs und Hanf bei uns vorzüglich gedeihen, weiß jedes Kind. Warum nun sind diese Pflanzen in den letzten Jahrzehnten fast ganz aus unserer Landwirtschaft verschwunden? Genau aus demselben Grunde, weshalb auch Raps und andere Pflanzen so sehr zurückgegangen sind. Der deutsche Boden kann immer noch Flachs und Hanf tragen, aber die Konkurrenz der ausländischen Gewebe, der Baumwolle, Jute, Sisalagave, hat diese blühenden Kulturen vernichtet. Hätte man ihnen nur einen geringen Teil des Schutzes zugewandt, der dem Körnerbau gewidmet worden ist, so stünden wir heute günstiger da. Doch noch ist es nicht zu spät, das Versäumte nachzuholen.

Vor dem Kriege wäre man ausgelacht worden, wenn man auf die Brennessel verwiesen hätte. Der Krieg aber hat Manchem die Augen geöffnet, hat gezeigt, welche ungehobenen Schätze unser Boden birgt. Wir wissen jetzt aus dem Munde der berufensten Fachleute, daß die Verwertung jener anspruchslosen Pflanze durchaus nicht von der Hand zu weisen ist. Nachdem mehrere in früheren Jahren versuchte Herstellungsweisen sich als zu kostspielig erwiesen haben, scheint im Jahre 1914 der Wiener Universitätsprofessor Oswald Richter ein Verfahren entdeckt zu haben, das den besten Erfolg verspricht. Bisher hat man nur wildwachsende Nesseln verwandt, die wenig Nesselwerg lieferten. „Eine planmäßig durchgeführte Nesselkultur wird zweifellos höhere Ertragsziffern ergeben, denn einzelne bessere Partien liefern bereits heute über 30% Nesselwerg"*). Für den Anbau der Nessel ist auch wichtig, daß die Blätter sowie die bei der Verarbeitung abfallenden Teilchen als Nebenprodukte ein zuckerhaltiges Futtermittel und einen vorzüglichen Rohstoff für Papier ergeben. Es ist geradezu erstaunlich, daß man einer solchen Pflanze nicht längst die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt hat.

Auch die Torffaser läßt sich als Gewebstoff verwerten. Ein Wiener Industrieller hat daraus einen Stoff hergestellt, der sich für Teppiche, Decken, besonders für Verbandwatte, vorzüglich eignet. Da 5% des deutschen Bodens aus Torf bestehen, so brauchen wir vorläufig wegen des Mangels an Textilstoffen uns keine grauen Haare wachsen zu lassen, und ganz gewiß brauchen wir deswegen keinen Krieg anzufangen.

Während Deutschland noch vor wenigen Jahrzehnten eine blühende Schafzucht hatte und Wolle in Menge erzeugte, ist dieser Gewerbezweig jetzt verfallen, gewiß in erster Linie infolge der vernichtenden australischen Konkurrenz. Denn daß mit einem Male für die Schafe keine Weide mehr da sein sollte, wo noch unendliche Flächen dürren Landes unbebaut liegen und diesen anspruchslosen Tieren Futter gewähren könnten, wird niemand glauben. Man denke nur an die Gebirgsgegenden, die sich für Ackerbau sehr schlecht, als Schafweide dagegen vortrefflich eignen. Auch in der Lüneburger Heide, die einst wegen ihrer Heidschnucken berühmt war, ist die Schafzucht in bedauerlichem Maße zurückgegangen. Das soll mit Rücksicht auf die Bienen geschehen sein, denen die Schafe die Heideblüten wegfressen. Aber könnte man nicht gewisse Strecken den Schafen versperren? Wenn man bedenkt, welche ungeheuren Heideflächen auch jetzt noch, nachdem so viel Land angebaut worden ist, übrig sind, so sollte man meinen, daß für Schafe wie für Bienen noch Platz genug vorhanden ist. Ein anderes Bedenken wiegt schwerer. Die Schafzucht ist nicht so leicht, wie sie aussieht, es gehört dazu ein fester Stamm erfahrene Schäfer. Der ist jetzt größtenteils

*) Arthur Weiß, Ersatzstoffe der Textilindustrie (Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung, 1915, Heft 2, S. 102 ff.).

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ausgestorben, und so wird man, nachdem der Schade einmal geschehen ist, nicht im Handumdrehen wieder eine Schafzucht ins Leben rufen können. Hier sieht man, wie unklug man gehandelt hat, als man um eines augenblicklichen Vorteils wegen jenes blühende Gewerbe schonungslos der ausländischen Konkurrenz auslieferte. Wollzölle wären uns vielleicht nötiger gewesen als Kornzölle.

Aber sind wir denn wegen der Wolle ausschließlich auf die Schafe angewiesen? Wir haben in Deutschland Millionen von Hunden, darunter viele langhaarige. Schwerlich werden alle ihre Haare verwertet, und gewiß ist, daß man durch Zuchtwahl sie bald dazu bringen könnte, mehr und bessere Wolle zu geben. Arthur Weiß schlägt sogar vor, die Menschenhaare zu verwerten.

Ein ausgezeichneter Wärmestoff ist ferner Papier. Lange vor dem Kriege, der es als solchen zu Ehren gebracht hat, gab es Leute, die sich Papierstreifen in die Stiefel legten, um sich zu wärmen. In Norwegen pflegten Skiläufer sich zum Schutze gegen die Kälte mit Zeitungen zu umwickeln. Heute hat man bei uns angefangen, kleingeschnittenes Papier als Füllung von Decken und Mänteln zu verwenden. Man sieht, hier gibt es noch unendliche Möglichkeiten.

Ich will gern zugeben, daß trotz all diesen Ersatzstoffen eine gewisse Knappheit, zumal im Anfang, sich nicht vermeiden lassen wird. Aber von einer wirklichen Not zu sprechen haben wir auf keinen Fall das Recht, weil, wie schon gesagt, der Textilverbrauch großenteils Luxus ist.

Daß man sich satt ißt, ist notwendig, auch daß man schmackhafte Speisen genießt, ist bis zu einem gewissen Grade berechtigt. Daß man aber mit Gardinen die Fenster völlig verhängt und sich dadurch sein Zimmer verdunkelt, ist weiter nichts als eine Modenarrheit. Nicht viel vernünftiger ist der Gebrauch leinener Tischtücher, da ein Wachstuch, das jedesmal nach der Benutzung abgewischt wird, viel sauberer ist und jedenfalls besser aussieht als ein mit Speise- und Getränkeflecken gemustertes Leinentuch. Gestärkte Wäsche, auf der man den kleinsten Rußflecken sieht und die man kaum einen ganzen Tag tragen kann, ist auch kein unabweisbares Bedürfnis, hingegen ist sie eine Quälerei für den Träger und nicht ohne Gefahr für die Gesundheit. Und so könnten unsere Hausfrauen und Modejünger noch manches opfern. Gegen die Entbehrungen, die uns der Krieg tragen gelehrt hat, wiegen alle diese Opfer federleicht.

Aber man kann noch weiter gehen. Auch unsere Hüte und Mützen sind meist nichts weiter als Mode. Das Altertum kannte sie nicht, Griechen und Römer gingen in der Regel barhaupt, höchstens gegen die Sonnenglut schützte man sich durch Hüte. Ebenso trugen die sächsischen Krieger im 10. Jahrhundert, wie uns eine gleichzeitige Quelle mitteilt, Strohhüte, sonst kannte auch das deutsche Altertum die Kopfbedeckung kaum, weder bei Männern noch bei Frauen. Sie ist in der Tat fast ausschließlich als Schmuck, nicht als Kleidung zu betrachten, zumal bei den Frauen, die ja schon ihre natürliche Kopfbedeckung tragen.

In den letzten Jahren hat man angefangen einzusehen, daß sie nicht nur entbehrlich, sondern daß das Barhauptgehen auch gesünder ist. Man sieht jetzt wenigstens hier und da schon Knaben, nicht nur bei Wanderungen, sondern auch in der Stadt, ohne Mütze gehen. Und ebenso kann man wahrnehmen, wie Frauen aus dem Mittelstande sich mehr und mehr des lästigen und überaus kostspieligen Schmucks entwöhnen. Solche Bestrebungen sollte man mit allen Mitteln fördern. Unsere Großeltern hielten auch die Nachtmütze für ein notwendiges Kleidungsstück, heute verlangt niemand mehr nach dieser verweichlichenden Mode.

Schränkt man den Luxusverbrauch ein, so wird es gewiß bei Ausnutzung aller Hilfsquellen an Gewebstoffen für dringende Zwecke nicht fehlen. Es wird im Frieden nicht nötig sein, den Gebrauch von Hemden, Strümpfen und Winter-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

überziehern künstlich zu unterbinden, wie das jetzt, im Drange des Krieges, unvermeidlich war. Die Textilnot braucht uns so wenig zu beunruhigen wie die sonstigen malthusianischen Flausen. Sie kann aber in der Politik eine gefährliche Rolle spielen, und deshalb ist es nötig, beizeiten auf ihre Nichtigkeit hinzuweisen.

Ernst Müller-Holm.

Rund um uns

Protestantismus und Völkerfriede. Unter dieser Überschrift hatten wir in Nr. 21 des vorigen Jahrganges eine Erklärung veröffentlicht, die von einer Reihe angesehener Berliner Geistlicher ausging. Diese Geistlichen hatten sich in ihrer Kundgebung für einen Frieden der Verständigung und eine ehrlich zu erstrebende Versöhnung der Völker ausgesprochen. Die Erklärung endete mit den folgenden Worten:

„Wir fühlen angesichts dieses fürchterlichen Krieges die Gewissenspflicht, im Namen des Christentums fortan mit aller Entschiedenheit dahin zu streben, daß der Krieg als Mittel der Auseinandersetzung unter den Völkern aus der Welt verschwindet."

Dieser Erklärung, die inzwischen eine weite Verbreitung gefunden hat, haben sich zahlreiche Volksgenossen aus allen Schichten der Bevölkerung und allen kirchlichen Richtungen angeschlossen. Besonders bemerkenswert ist, daß auch im neutralen Auslande den Worten der Berliner Geistlichen lebhafte Zustimmung gezollt wird. So haben, wie wir der von Dr. Martin Hobohm herausgegebenen „Deutschen Korrespondenz" entnehmen, vor kurzem etwa 250 holländische Geistliche aus verschiedenen Kirchen sich zu einer Sympathiekundgebung vereinigt, die den folgenden Wortlaut hat:

„Mit großer Sympathie haben wir niederländischen Pfarrer aus verschiedenen Kirchengemeinschaften den Aufruf einiger unserer Berliner Amtsgenossen vernommen.

Wir sind mit ihnen der Überzeugung, daß Mißtrauen und Lüge die Annäherung der Völker verhindern. Doch zweifeln wir nicht, daß viele in den mit Deutschland kriegführenden Ländern die ihnen hingestreckte Bruderhand bereitwillig ergreifen werden.

Das Streben dieser Berliner Pfarrer beweist uns, daß aller Verwirrung des sittlichen Urteils zum Trotz die Grundsätze des Evangeliums sich geltend machen.

Wenn jene jetzt als ihre Meinung es aussprechen, daß der Krieg als Mittel zur Streitschlichtung unter den Völkern verschwinden müsse, so rufen wir ihnen von Herzen zu: Brüder, ihr könnt in eurem Streben auf uns rechnen! Euer Wort hat in unseren Herzen warmen Widerklang gefunden!"

Vortrupp.

Menschen von morgen. In seinem neuesten Roman*), der auf einem Lloyddampfer und in Hamburg spielt, läßt uns der bekannte Bremer Schriftsteller Emil Felden einen Blick in die Zukunft nach Einführung der von Josef Popper

*) Menschen von morgen. Von Emil Felden. Verlag von Oldenburg & Co., Leipzig 1918.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vorgeschlagenen Reform (vgl. Vortrupp 1917, S. 488) der Gesellschaft tun. Ein junger Hamburger Kaufmann, der ein Jahrzehnt nach dem Ende des großen Krieges aus dem Ausland zurückkehrt, findet hier alles verändert durch die Einführung der Minimum-Institution, gegen die sich sein Unternehmergeist und seine Ichsucht auflehnen. Das gibt nun Anlaß zur anschaulichen Schilderung vieler Züge und Folgen der wirtschaftlichen Umwälzung, die dem Leser in diesem Gewande ungleich gefälliger und klarer nahe tritt, als in Paragraphen und statistischen Zahlen. Anders als Bellamy, der die neuen Menschen in möglichst rosigem Lichte malt, zeigt Felden mit Recht, daß menschliche Leidenschaft und Leichtsinn dadurch nicht aus der Welt geschafft werden; ja, er läßt sie so reichlich sich austoben, daß wir namentlich dem Helden etwas sympathischere Züge gewünscht hätten. Aber er zeigt gleichzeitig, wie die Gerechtigkeit der Reform in einfachen Gemütern Zufriedenheit und in edleren Seelen warme Begeisterung schafft.

W. Köppen.

Gemüseknappheit und ihre Beseitigung. Die Gemüseversorgung unserer Großstädte erfolgt zum größten Teil durch die Gemüsegärtnereien ihrer Vororte und des benachbarten Landgebietes. Es sind meist kleinere bis mittelgroße Betriebe, die durch intensive Bodenbearbeitung mit dem Spaten, sowie durch sachgemäße mehrmalige Fruchtfolge Höchsterträge erzielen. Neben dem Besitzer selbst ist seine ganze Familie, Frau und Kinder, in den Gemüsekulturen von früh bis spät tätig. Gut ausgebaute Verkehrsgelegenheiten sorgen für die tägliche, regelmäßige Gemüsezufuhr zum Großstadtmarkt.

Außer diesen eigentlichen Gemüsegärtnereien gibt es noch Gemüsegroßkulturen auf dem Lande (landwirtschaftlicher Gemüsebau), die ihre Erzeugnisse waggonweise in die Großstädte brachten.

In Friedenszeiten war somit nirgends in den deutschen Großstädten eine Gemüseknappheit zu bemerken. Mit Ausbruch des Krieges änderte sich jedoch das Bild wesentlich, die ständig zunehmende Gemüseknappheit wurde teilweise sogar zu einer Gemüsenot.

Zunächst wurden den Gemüsebaubetrieben mit Kriegsausbruch durch die Einberufung der wehrfähigen Männer die geschulten und besten Arbeitskräfte genommen, gleichzeitig trat durch den Frontdienst der Pferde ein Düngermangel ein, der sich vorerst besonders beim Frühgemüsebau (der „Gemüsetreiberei") bemerkbar machte. Mit der Länge des Krieges kam es durch den Rückgang des Viehbestandes zur wahren Düngernot. Zu diesen Mißständen gesellt sich in letzter Zeit noch der Saatgutmangel; mit immer größeren Schwierigkeiten haben alle Gemüsebaubetriebe, ob Klein- oder Großbetriebe, zu kämpfen; dabei wächst ständig die Nachfrage nach Gemüse, denn mit der Fleischrationierung steigert sich von Monat zu Monat der Gemüsebedarf.

Diente früher bei dem überwiegenden Teile der Großstadtbevölkerung das Gemüse nur als Beigabe zu den Mahlzeiten, so wurde es nun zum Hauptnahrungsmittel des Volkes; und es wird infolgedessen jetzt überall an der Hebung des Gemüsebaues gearbeitet.

Der Mangel an Arbeitskräften wird teilweise durch Kriegsgefangene, ferner durch die Heranziehung der Schuljugend zur Gartenarbeit beseitigt, dagegen ist die Düngernot und der Saatgutmangel augenblicklich nur schwer zu beheben. Bei der Gemüseversorgung der Großstädte wirken dann noch infolge der militärischen Überlastung der Bahnen die schlechten Beförderungsmöglichkeiten erschwerend auf die Beschickung des Gemüsemarktes. Daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Gemüseversorgung der Großstädter oft viel zu wünschen übrig läßt, ist also nur zu erklärlich. Jedoch nicht den Erzeugern, sondern lediglich den Zeitumständen ist die Schuld daran beizumessen.

Selbsthilfe des Großstädters, organisierter Kleingartenbau (Kleingarten-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

reform) vermag nur noch einen weiteren Ausgleich herbeizuführen.

Vollständig irrig wäre es, wollte man sich dem Glauben hingeben, daß mit Beendigung des Krieges die Gemüseknappheit aufhörte. Ich möchte eher das Gegenteil behaupten und die Hebung des Gemüsebaues deshalb als eine der wichtigsten Kulturaufgaben der nahen Zukunft bezeichnen. Es muß vor allen Dingen darauf hingewirkt werden, daß die Zahl der Gemüseerzeuger im richtigen Verhältnis zur Zahl der Gemüseverbraucher gebracht wird.

Die wirtschaftliche Umgruppierung unserer Arbeitskräfte nach dem Kriege (Übergangswirtschaft) bietet hierzu eine willkommene Gelegenheit. Man bedenke, daß unzählige industrielle Werke wegen Mangel an Rohstoffen vorerst vollständig still liegen; die Arbeitskräfte dieser Betriebe sollten unbedingt dem Gemüsebau zugeführt werden, soweit sie sich dazu eignen. Erleichternd für eine derartige Umgruppierung ist die Tatsache, daß draußen jeder mit dem Spaten zu arbeiten gelernt hat. Auch unsere Landwirte sollten viel mehr zum landwirtschaftlichen Feldgemüsebau erzogen werden. An den landwirtschaftlichen Winterschulen sollte ebenso wie der Obstbau der Gemüsebau ein besonderes Hauptlehrfach bilden. Ferner sollten die Städte selbst, wie es ja bereits teilweise, z. B. in Cöln, geschieht, ihre Güter dem Gemüsebau erschließen.

Vergegenwärtigt man sich, daß der Gemüsebedarf in den nächsten Jahren, vielleicht immer, sich in der heutigen Höhe hält (denn die Fleischrationierung und wahrscheinlich auch eine durch den Krieg erlernte Abneigung gegen starken Fleischgenuß wird noch lange bestehen bleiben), so kann man die Bedeutung einer vermehrten Gemüseerzeugung ermessen.

Neben dem gewerbsmäßigen Gemüsebau bedarf aber auch die gärtnerische Tätigkeit des Volkes nach dieser Richtung hin der Förderung und Unterstützung, denn es ist eine unumstößliche Wahrheit geworden, daß die Lebensmittelfrage dort am leichtesten zu lösen ist, wo jeder die wichtigsten Lebensmittel selbst erzeugt. Mit meiner Arbeit „Kleingartenreform" in Nr. 21 Jahrgang 1917 des „Vortrupp" habe ich den rechten Weg dazu gewiesen.

Die praktische Lösung der Kriegerheimstättenfrage bringt uns diesem Ziele näher, wenn dabei der Grundsatz betont wird: Jedem Haus ein Garten, groß genug, um seine Bewohner hinreichend mit Gartenerzeugnissen zu versehen. Der gleiche Grundgedanke sollte auch bei der Hebung der Kleinwohnungsnot durch Errichtung von Ein- und Zweifamilienhäusern mit Garten befolgt werden.

Der springende Punkt beim Gemüsebau selbst ist die Dünger- und Saatgutfrage.

Die Düngernot wird nach dem Kriege bald gehoben sein, zumal dann, wenn sich endlich unsere Großstädter dazu bequemen, nicht wie bisher alle Auswurfstoffe durch Wasserspülung in die Flüsse zu leiten, sondern Trockenanlagen zur Herstellung von Trockendünger zu errichten. Lehr- und Versuchsgärten, der breiten Öffentlichkeit zugänglich, müssen in Zukunft der praktischen Düngerlehre dienen.

Wird fernerhin die Saatgutgewinnung durch den Staat unterstützt und gefördert, dann sind alle Bedingungen zur Beseitigung der Gemüseknappheit gegeben.

Während bisher in kaum übersehbaren Bestimmungen und Verordnungen sich die Behörden in Reich und Einzelstaaten bemühen, die Ernährungsfrage zu regeln, ist letzhin das einzige Mittel, das zum Ziele führt, selbsttätig zuzugreifen und Nahrung zu schaffen.

Hans Gerlach.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Jansen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 9 1. Maiheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Lebende Vergangenheit.

Berlin, den 14. April 1918.

Otto Hammann, der am 1. April 1917 als Ministerialdirektor und Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes aus dem Dienste des Reiches schied, ist sehr enger Mitarbeiter und ganz naher Vertrauter der vier Reichskanzler Caprivi, Hohenlohe, Bülow und Bethmann Hollweg gewesen. Hammann hat jetzt den Teil seiner Erinnerungen, der die Zeit umfaßt, wo Caprivi und Hohenlohe Kanzler des Reiches waren, der Öffentlichkeit vorgelegt. Er hat das in einem Buche getan, das bei Reimar Hobbing in Berlin erschienen ist, und das den Titel trägt „Der neue Kurs" (so wurde ja die Politik bezeichnet, die nach Bismarcks Abgang Kaiser Wilhelm II. und seine Ratgeber einschlugen).

Hammanns Buch soll man lesen. Nicht zum wenigsten wegen der Grundgesinnung, von der es getragen ist und von der besonders die folgenden Worte Hammanns Zeugnis ablegen:

> „Das Schwert kann Menschen töten, aber nicht das moralische Gewissen."
>
> „Von allen Lehren, die uns der Weltkrieg hinterläßt, ist dies die wichtigste: Stärkung der gesamten Kraft des Volkes nach außen, keine Verhetzung von Volksteilen gegeneinander, sondern Achtung jeder ehrlichen Gesinnung im inneren Meinungsstreit, ‚Nachgiebigkeit bei großem Willen' nennt's der Genius der Einigkeit in des Epimenides Erwachen."
>
> „Wer mag da jetzt und später beim Aufbau alles dessen, was der Krieg zerstört hat, noch an Umsturz von oben denken? Oder sollte wieder, wie vor hundert Jahren, eine Periode der Reaktion möglich sein? Alle Voraussetzungen fehlen."

Man soll Hammanns Buch aber auch um deswillen lesen, weil es uns l e b e n d e V e r g a n g e n h e i t zeigt — und vielfach erst erschließt: „lebende" Vergangenheit insofern, als die Dinge, die Hammann vor uns wieder auferstehen läßt, fortwirken in dem, was wir jetzt durchleben:

Es sind viele Fragen, die Hammanns Buch beantwortet; einige will ich als Beispiel herausheben: Weshalb ging Bismarck? Wie hat sich die Organisation des Auswärtigen Amtes entwickelt? Wie arbeitet dieses Amt mit der Presse? Wie haben sich die drei großen Welt-Telegraphenbureaus von Wolff, Reuter und Havas miteinander und gegeneinander entwickelt? Was für ein Mensch war der Geheimrat v. Holstein, der für Deutschlands auswärtige Politik so lange den

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ausschlag gegeben hat? Wie war das mit dem „Kladderadatsch" und den „drei Männern im feurigen Ofen"? Wie ist der Alldeutsche Verband entstanden? Welchen Anfang nahm Karl Peters? Was wars mit der „Waldersee-Versammlung"? Was mit Stöckers „Scheiterhaufen-Brief"? Was dachte sich das Deutsche Reich dabei, als es nach dem Frieden von Schimonoseki im Bunde mit Frankreich und Rußland dem siegreichen Japan in den Arm fiel? Wer hat die „Krüger-Depesche" veranlaßt? Wann und wie oft hat uns England ein Bündnis angeboten? Wann trat der Wendepunkt in der deutschen Politik ein, wo sich der Weg zum Weltkrieg hinwendete?

In einem Falle aber will ich nicht nur eine Frage wiedergeben, die sich für den Leser des Hammannschen Buches erhebt, sondern auch die Antwort herausarbeiten, die sich aus dem Buche ergibt: Was dünket euch um Leo v. Caprivi, der vom 20. März 1890 bis zum 26. Oktober 1894 des Reiches zweiter Kanzler war? Was dünket euch um diesen Mann, den die „Alldeutschen" und ihre Verwandten so hart schmähen?

Wer das ganze Buch Hammanns durcharbeitet — das Buch eines Mannes, der die Dinge miterlebt hat so nah und so vollständig wie wenige —, der kann diese Frage beantworten. Dem ersteht ein sehr klares Bild des zweiten Kanzlers; dieses Bild in seinen Hauptzügen will ich heute zeichnen.

„Caprivi", so sagt Hammann, „war mit Leib und Seele Soldat." „Die Nachfolge des Fürsten Bismarck übernahm er trotz der klaren Erkenntnis, daß er es als Staatsmann niemals seinem großen Vorgänger gleichtun werde, einfach, weil es so befohlen war." Er übernahm etwas furchtbar Drückendes.

Furchtbar drückend zunächst einfach darum, weil er eben der Nachfolger Bismarcks war, und weil daher sein Schicksal das war, für das er selbst in einer Unterredung mit Hammann das Wort geprägt hat: „Ich kann ja immer nur im Schatten des großen Mannes stehen." Und das drückte nun noch viel stärker, weil Bismarck im Groll geschieden war, weil deshalb eine Kluft klaffte zwischen ihm und dem Kaiser, dessen erster Ratgeber Caprivi war. Um unter solchem Druck überhaupt vorwärts schreiten zu können, mußte sich Caprivi von Anfang an feste Geleise bauen, die er nie verließ, wo es sich um das Verhältnis zu seinem großen Vorgänger handelte. Diese Geleise zeichnet Hammann so: „Der Kaiser hat von einem unbestreitbaren Rechte Gebrauch gemacht, als er den Fürsten Bismarck entließ. Von einem Streit zwischen dem Kaiser und dem gewesenen Kanzler kann daher keine Rede sein. Erhebt dieser trotzdem gegen jenen die Streitaxt, so ist er im Unrechte. Als oberster Diener des Kaisers ist der neue Kanzler zur Abwehr von Angriffen bestellt unter möglichster Wahrung der Grenzen, die durch die außerordentlichen Verdienste des Fürsten um Kaiser und Reich gezogen sind. Selbst von seinem erfahrenen, weisen Rat Gebrauch zu machen, ist ausgeschlossen, solange Bismarck in öffentlichem Kampf gegen das neue Regiment verharrt, und würde auch ohnedies zur Verrückung der Kompetenzen und Verwirrung der Begriffe führen." Diese selbstgesetzten Richtlinien hat Caprivi niemals verlassen, und sie haben ihn — mit der Ausnahme des einen schweren Mißgriffs in der Depesche an den Kaiserlichen Botschafter in Wien vom 9. Juni 1892 — richtig geleitet, so daß er in seinem Amte leben und wirken konnte; wenn auch sein Schicksal das blieb, für das Hammann das Wort gefunden hat: „Ein gefesselter Krieger, der standhaft sein Martyrium trägt."

Und dieses Martyrium war um so schwerer, und die Last, die Caprivi in seiner Amtspflicht übernommen hatte, drückte um so furchtbarer, weil die Umwelt, in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die er trat, als er Kanzler wurde, und in der und mit der er arbeiten mußte, durch den vulkanischen Zorn des geschiedenen Riesen so unheimlich zerklüftet war. Wer sich einen Begriff davon machen will, w i e zerklüftet sie war, der muß bedenken, daß es Behörden genug gab, deren Beamtenkörper bewußt gegen Caprivi arbeiteten, wobei denn bei den unteren Organen der Geist des Widerwillens gegen den „Neuen Kurs" und den neuen Kanzler die wildesten Formen annahm.

Eine solche Behörde war zum Beispiel das Königliche Polizeipräsidium in Berlin: Da hatte dessen politische Abteilung vom Ende der achtziger Jahre bis 1893 einen Agenten, den Journalisten Ernst Schumann; er nannte sich auch Normann oder Normann-Schumann oder Dr. Mund, oder wie es ihm sonst einfiel. Dieser Schumann verdiente sich sein Geld auch damit, daß er, ungenannt, für Blätter des Inlandes und des Auslandes höchst merkwürdige Aufsätze schrieb, besonders auch Aufsätze gegen den Kaiser, gegen Caprivi und die andern Männer des „Neuen Kurses". In den Jahren 1890/91 betrieb er das in der Saalezeitung, übrigens, wie Bismarck erklärt hat, in enger Verbindung mit dem Grafen Waldersee. Dann sprang Schumanns Treiben auf Zeitungen in Paris und in Brüssel über; die drei Pariser Blätter „Gaulois", „Lanterne", „Eclair" brachten in einem einzigen Monat aus seiner Feder die folgenden Nachrichten: Der Kaiser habe in einem Wutanfall seinen Bruder töten wollen, bei seinem Anblick sei die Kaiserin in Ohnmacht gefallen. Der Kaiser leide an Krebs im Bein und an Tuberkulose im Gehirn: in seinem Wahn bilde er sich ein, man wolle ihn mit Kochscher Lymphe vergiften. Auf einer Seefahrt habe der Kaiser nachts Alarm schlagen lassen und dann auf dem Verdeck als Oberpriester, mit einer schwarzweißen Mitra bedeckt, ein phantastisches Schauspiel aufgeführt, wobei er schließlich mit Offizieren und Matrosen in eine Schlägerei geraten sei. Die Geldzustände des Kaiserlichen Hofes seien völlig zerrüttet; um sie zu bessern, werde eine Kronanleihe geplant. Der Chef des Kaiserlichen Zivilkabinetts, Herr v. Lucanus, treibe ein gewinnreiches Geschäft mit Titeln und Orden, während sich der Kaiserliche Generaladjutant Graf Wedel an der Schloßlotterie bereichere. Der Reichskanzler Caprivi selbst endlich habe beim Zusammenbruch eines Bankhauses 400 000 Mark verloren — es wisse aber kein Mensch, wie er zu einem solchen Vermögen gekommen sei. Später ging die Sache ähnlich so im „New York Herald" weiter. — Entlarvt wurde Schumann erst, als er sich längst im Auslande in Sicherheit befand; solange er in Deutschland war, schützte ihn seine Stellung bei der politischen Polizei vor Entdeckung. Und das ging beispielsweise so zu: Während er noch die Saalezeitung mit seinen Hetzereien bediente, erbot sich einmal ein Redakteur dieser Zeitung, dem wohl bei der Sache übel geworden war, an Caprivi mitzuteilen, wer der Verfasser der Berliner Sensationsnachrichten sei. Der Redakteur tat das in einem Briefe, den er an den Staatssekretär v. Bötticher schrieb. Caprivi, dem Bötticher den Brief überlieferte, gab den Brief zu weiteren Nachforschungen an die Stelle weiter, die ordnungsmäßig weitere Nachforschungen anzustellen hatte, nämlich an — die politische Polizei. Und wen beauftragt die nun mit der Vornahme der Nachforschungen? Ausgerechnet ihren Agenten, Herrn Normann-Schumann. Und als nun der Redakteur der Saalezeitung auf Caprivis Aufforderung nach Berlin kommt, wo ihn Caprivis militärischer Adjutant auf dem Anhalter Bahnhof erwarten soll, damit er dem gleich seine Mitteilung mache, — da wird der Redakteur, sobald er den Bahnsteig betreten hat, schon vorher von Herrn Normann-Schumann abgefangen, der ihn so in Angst setzt, daß er Caprivis Adjutanten den Namen des Verfassers nun nicht mehr nennt!

Um das Bild dieses Sumpfes, durch den Caprivi waten mußte, vollständig

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zu machen, muß man auch noch das Gebaren des v. Lützow hinzunehmen, eines weiteren Agenten der politischen Polizei, ein Gebaren, das zwar seine giftigen Blüten erst unter Caprivis Nachfolger, dem Fürsten Hohenlohe, voll entfaltete, das aber zu den Schlinggewächsen gehört, durch deren Dickicht sich auch Caprivi hindurchhauen mußte. v. Lützow hatte die Spezialität, die Behörden untereinander zu verhetzen. Zwei Fälle sind besonders gefährlich geworden: Da erschien in den „Münchener Neuesten Nachrichten" ein aus Berlin datiertes Telegramm, das den Inhalt einer streng geheimen Beratung des Preußischen Staatsministeriums wiedergab; es war zustande gekommen auf Grund eines Berichtes des bayrischen Militärbevollmächtigten in Berlin. Dieses Telegramm war, seines Inhaltes wegen, dem preußischen Kriegsminister sehr unbequem. v. Lützow benutzte nun die Gelegenheit, um den Kriegsminister mit dem Minister des Innern zu verhetzen: Er berichtete — durch Vermittlung seines Vorgesetzten, des Kommissars v. Tausch — dem Kriegsminister, der Verfasser der Depesche sei ein Beamter des Königlichen Literarischen Bureaus, das dem Minister des Innern unterstand. Zum Beweise dieser Beschuldigung legte v. Lützow (durch Vermittlung des v. Tausch) dem Kriegsminister eine Quittung des angeblich schuldigen Beamten vor, die aber v. Lützow selbst gefälscht hatte, woran übrigens v. Tausch schon damals, als er dem Kriegsminister die Quittung gab, gar nicht zweifelte. Ein Jahr später machte dann v. Lützow den Versuch, das Auswärtige Amt mit dem Hofmarschallamt zu verhetzen. Er schrieb in der „Welt am Montag" zwei Aufsätze, die den Oberhofmarschall beschuldigten, er habe — im englischen Interesse und unter englischen Einflüssen — den Bericht über eine Tischrede des Zaren in Breslau gefälscht. Und als dann nach dem Verfasser oder den Hintermännern dieser Beleidigung gegen den Oberhofmarschall gefahndet wird, erhält v. Lützow selbst, in seiner Eigenschaft als Agent der politischen Polizei, den Auftrag, die Nachforschungen vorzunehmen (genau wie Normann-Schumann in dem schon geschilderten Falle!). Und da berichtet er denn — auch diesmal durch Vermittlung seines Vorgesetzten v. Tausch —, der Angriff gegen den Oberhofmarschall gehe aus von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, oder von einem der unter diesem dienenden höheren Beamten.

Aber der Mann, der unter diese Last trat, der war, wenn auch kein Riese wie sein Vorgänger, so doch kein kleiner Mann. Bismarck selbst hat ihn so beurteilt: „Caprivi ist ein Mann von beträchtlicher Intelligenz und mannigfachem Wissen; den neuen Posten hat er nicht aus irgendwelchem persönlichen Ehrgeiz, sondern aus loyalem Pflichtgefühl übernommen, er besitzt einen klaren Kopf, bedeutende Arbeitskraft und ist ein vollendeter Gentleman." Danach überrascht es nicht mehr, wenn Caprivi seinem Mitarbeiter und Vertrauten Hammann erscheint als: „ein ganzer Mann mit überlegener Willens- und Überzeugungskraft", und wenn Hammann weiter von ihm bekundet: „Nichts entmutigte ihn, jede Enttäuschung machte seine Ausdauer zäher" und „Sein einfaches, aufrechtes, offenes Wesen mußte jeden, der ihm nähertrat, für ihn einnehmen." Gegenüber der bereits genannten, von Normann-Schumann erfundenen, Verleumdung, Caprivi habe ein Vermögen dunkler Herkunft besessen, das er dann bei einem Bankkrach wieder verloren habe — gegenüber dieser Verleumdung, die sich dann auch der „Bund der Landwirte" zu eigen machte, durfte Caprivi schlicht und einfach die Wahrheit hinstellen, die so aussah: „Ich habe, seit ich Hauptmann war, von meinem Gehalt gelebt, habe alle meine Pferde von meinem Gehalt bezahlt, und bin stolz darauf gewesen, als armer Offizier mich anständig durchzuschlagen." Als er entlassen war, war seine letzte Bitte an Hammann diese: Hammann möge

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

allen Einfluß aufbieten, damit sich die Zeitungen, die Caprivi freundlich gesinnt waren, nicht etwa gegen den Kaiser kehrten, sondern damit sie vielmehr als tieferen Grund dieser Kanzlerkrisis den Gegensatz ansähen, der zwischen Caprivi und dem preußischen Ministerpräsidenten Grafen Botho v. Eulenburg*) bestand. „Sachlich, vornehm, sich selbst getreu bis zum Ende!" sagt Hammann dazu.

Caprivi war ja nun kein gelernter Politiker, sondern Soldat; ihn behinderte daher Das, was, wie Hammann meint, die meisten Generäle behindern wird, wenn sie von ihrem eigensten Bezirk auf das politische Gebiet geraten: daß sie leicht geneigt sein werden, der strengen Abgrenzung der Zuständigkeiten, dem Einordnen aller Aufgaben in Fächer und Kasten, mehr Wert beizumessen, als der Kunst der Menschenhandlung. Aber er sah die Dinge richtig und hatte gesunde politische Gedanken, von denen ich die folgenden hervorheben will: Vor allem erkannte er von vornherein, daß es für ihn heißen würde, die ihm auferlegte geschichtliche Aufgabe völlig verkennen, wenn er etwa unternehmen wollte, Bismarck zu kopieren; wie klar er darin sah, zeigt das Wort, das er im Rückblick auf seine Kanzlerschaft gesprochen hat: „Meine Aufgabe ist es gewesen, die Nation nach der vorangegangenen Epoche großer Männer und Taten in ein Alltagsdasein zurückzuführen." Aber diese richtige Selbsteinschätzung im Vergleiche mit Bismarcks Riesenhaftigkeit hielt ihn andrerseits auch nicht ab, da, wo seine Überzeugung ihm sagte, daß Bismarck einmal geirrt habe, andre Wege einzuschlagen. Bismarck hatte zum Beispiel das Folgende vorgeschrieben: Wenn der Leiter einer Reichsbehörde einen Hilfsarbeiter einberufen wollte, der bestimmt war, später in die Stelle eines vortragenden Rates einzurücken, dann mußte der Leiter der Reichsbehörde zuvor dem Fürsten Bismarck eine Darlegung darüber einreichen, wie die politische und wirtschaftliche Haltung des Kandidaten sei; und zwar verlangte Bismarck das auch da, wo es sich um ganz unpolitische Reichsbehörden handelte. Caprivi hob diesen Bismarckschen Erlaß auf und begründete das mit den Erfahrungen, die er als Chef der Admiralität gemacht habe: „Ich muß die Chefingenieure nehmen, wo ich sie finde, auch wenn es Sozialdemokraten sind; in den technischen Fächern nützt die politische Gesinnung nichts." — Caprivi hat den Nachteil erkannt, der dem System des öffentlichen Lebens unvermeidlich anhaftet, wie es im Deutschen Reiche zu seiner Zeit bestand und bis vor ganz kurzer Zeit weiter bestanden hat, dem Zustande nämlich, daß die Volksvertreter niemals die Aussicht hatten, selbst in die Regierung zu kommen, um dann durch Taten zu zeigen, was sie und ihre Theorien wert seien. Caprivi nannte dies das System des „halben Parlamentarismus" und urteilte darüber, es habe „den Nachteil, daß Führer wie Eugen Richter immer ‚Nein' sagen können, ohne die Gefahr zu laufen, sich in kurzer Zeit als Regierung abzuwirtschaften". — Zur Frage von Krieg und Frieden stand er so: „Wir wollen den Frieden erhalten, wenn uns das aber nicht gelingt, so wollen wir siegen." Präventivkriege wollte er dementsprechend nicht führen, auch nicht wegen der drückenden Rüstung. Und über Annexionen dachte er so: „Wir würden in Verlegenheit geraten, wenn wir undeutsche Menschen dem Deutschen Reiche einverleiben wollten." — Gewisse agrarische Kreise haben ihn, den „Mann ohne Ar und Halm", mit Vorliebe so dargestellt, als habe er beschränkten Blickes nicht begriffen, was die Landwirtschaft für den Staat bedeute. W i e falsch das ist, und wie genial Caprivi die Verhältnisse vorausgesehen hat, die ein etwaiger künftiger Krieg für Deutschlands Er-

*) In der letzten Zeit der Kanzlerschaft Caprivis waren ausnahmsweise die Ämter des deutschen Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten getrennt. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nährungsverhältnisse mit sich bringen werde, zeigen die folgenden Stellen aus seiner Reichstagsrede vom 10. Dezember 1891:

„Ich bin der Überzeugung, daß wir eines Körnerbaues, der zur Not hinreicht, selbst die steigende Bevölkerung, wenn auch unter Beschränkungen, im Kriegsfall zu ernähren, gar nicht entbehren können. Das Dasein des Staates wird aufs Spiel gestellt, wenn er nicht imstande ist, von seinen eigenen Bezugsquellen zu leben.... Ich habe sagen hören: das ist eine übertriebene Ansicht; selbst wenn wir einen Krieg hätten zugleich gegen Frankreich und Rußland, es bleibt uns ja doch der Weg über die See offen; da sind neutrale Staaten, die werden das Korn bei uns einführen. Ich möchte das Wohl des Staates auf so unsichere Faktoren nicht stellen. Der Seehandel im Falle eines Krieges ist geregelt oder soll wenigstens geregelt sein durch die Pariser Konvention von 1856. Was aber dermaleinst, wenn ein Weltbrand kommt, die zur See mächtigen Staaten für Konterbande, für eine effektive Blockade erklären werden, das wollen wir einmal abwarten, und ich halte es für richtiger, daß Deutschland sich auf seine Landwirtschaft stützt, sie erhält, selbst wenn es nur mit Opfern geschehen kann, als daß es sich auf einen so unsicheren Kalkül über die Unterstützung durch Dritte im Kriegsfalle verläßt. Ich bin vielleicht durch meine Vergangenheit als Soldat und durch die Zeit, die ich in der Admiralität zugebracht habe, darauf angewiesen worden, solchen Fragen näherzutreten, und ich habe die Überzeugung nicht von heute. Mir ist es eine ganz unerschütterliche Überzeugung, daß in einem künftigen Kriege die Ernährung der Armeen und des Landes eine geradezu entscheidende Rolle spielen kann."

Und kraft seines gesunden Wesens und seiner gesunden politischen Gedanken ist es diesem Manne, der unter so ungeheuer schwerer Last einen überall unterhöhlten Weg zu gehen hatte, in seiner kurzen Amtszeit von vier Jahren gelungen, vier Dinge zu schaffen, deren keines wir jetzt entbehren könnten für den siegreichen Ausgang des Krieges. Darum sind aus allem was Hammanns Buch uns zeigt, diese vier Schöpfungen Caprivis vor andern lebende Vergangenheit. Es sind aber diese: Caprivi stählte uns die Rüstung zu Lande, er schuf uns ein Bollwerk zur See; er erhielt uns die Freundschaft draußen, er bewahrte uns die Einheit drinnen.

Die Rüstung zu Lande.

Wir verdanken Caprivi die Militärreform von 1893, nach Hammanns zutreffender Bezeichnung ein „unschätzbares Guthaben" für den Weltkrieg. Damals hatte Deutschland die militärische Überlegenheit in Europa tatsächlich verloren; das wußten aber nur die Fachleute, der normale Zeitungsleser hielt die inneren Einrichtungen unsres Heeres nach wie vor für unübertrefflich. Der Hauptmangel lag darin, daß die Anzahl der Friedensstämme zu gering war, daß daher bei einer Mobilmachung eine Zersetzung der Truppen eintreten mußte. Dann war die Friedensstärke des Heeres im Verhältnis zu der Friedensstärke unsrer schon damals ständig gegen uns rüstenden Nachbarn Frankreich und Rußland zu gering, und endlich war die Dienstzeit bei den Fußtruppen ungleich. Beseitigen ließen sich diese Schäden nach der Lage des Landes nur, wenn die Dienstzeit für die Fußtruppen vereinheitlicht, und zwar grundsätzlich verkürzt wurde:

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die Dienstzeit der Fußtruppen betrug ja damals meist, überflüssig lang, drei Jahre; von den zum dreijährigen Dienst Verpflichteten ward aber ein erheblicher Teil, die sogenannten „Dispositionsurlauber", schon nach zwei Jahren entlassen — und eine ganze Anzahl Fußtruppen, die „Ersatzreservisten", machten überhaupt nur ganz kurze, völlig unzureichend kurze, Übungen. Es galt nun, die Dienstzeit für die Fußtruppen ganz allgemein auf zwei Jahre festzusetzen, dann konnte man es erreichen, jährlich 60 000 Rekruten mehr einzustellen. Diese Reform durchzuführen, ist Caprivi durch die allergewaltigste Arbeit gelungen. Was von dieser Arbeit nach außen sichtbar geworden ist, das begann mit der großen Reichstagsrede vom 23. November 1892; sie zeigt vor allem eine durchaus richtige Voraussicht dessen, was ein künftiger Krieg, wenn er einmal käme, sein würde. Hammann schildert das Leitmotiv, das durch diese Rede klang, so: „Der nächste Krieg — er wird in seinen Leiden und politischen Folgen alle früheren Kriege übertreffen! Auch die Kriegführung wird eine andre sein. Es wird mehr als bisher auf Handlungen Einzelner ankommen, Handlungen Einzelner aber, die sich freiwillig in Massen zusammenfassen müssen." „Wenn wir," so sagte Caprivi in der Rede wörtlich, „an einen künftigen Krieg denken, müssen wir uns den mit zwei Fronten denken, und zwar nicht als Ausnahme, sondern als den wahrscheinlichen Fall." — Dann tat Caprivi ganz persönlich eine wahre Riesenarbeit in der Kommission, an die der Reichstag die Vorlage zunächst verwies. Und als darauf Kommission und Reichstag die Vorlage dennoch ablehnten — unter einem Riesenjubel der Presse in Paris, wo die Zeitung „Patrie" daraufhin das Deutsche Reich bereits angegriffen, geschlagen und verkleinert sah —, da gelang es Caprivi nach Auflösung des Reichstages, in einem gewaltigen Wahlkampfe eine Mehrheit für seine Vorlage zu erzielen, so daß sie in dem neugewählten Reichstage durchging. Die organisatorische Grundlage der Militärreform Caprivis von 1893 ist bis zum Weltkriege dauernd brauchbar geblieben; „hier", so sagt Hammann, „hat der zweite Kanzler eine Tat vollbracht, die ihm die Nation heute noch und heute erst recht zu danken hat"*).

Das Bollwerk zur See.

Caprivi hat uns Helgoland erworben, den Felsen, der die Mündungen von Elbe und Weser beherrscht; die Feste, ohne deren Besitz wir diesen Krieg nicht hätten durchführen können. Er erwarb es in der ausdrücklich erklärten Absicht,

*) Zur Zeit Caprivis lag der Gedanke, man müsse versuchen, die Sicherheit des Vaterlandes nicht sowohl durch Rüstungsvermehrung als durch Organisierung einer Gesellschaft der Völker zu erlangen, noch durchaus unterhalb des Horizontes, der das damals praktisch Mögliche und sogar das damals in der Öffentlichkeit überhaupt Erörterte umschrieb: die erste Haager Konferenz tagte ja erst 1899. Heute, nach Bethmann Hollwegs Reichstagsrede vom 9. November 1916, nach Deutschlands Antwort auf die Papstnote und nach Graf Hertlings Reichstagsrede vom 25. Februar 1918, gehört ja dieser Gedanke zu den politischen Ideen, die nie wieder verschwinden können. Aber selbst heute scheint es ja, als könne dieser Gedanke erst durch das Tor der Wirklichkeit schreiten, nachdem der bestialische Clemenceau Europas Fluch, nämlich den Wahn der Franzosen, sie könnten Elsaß-Lothringen aus dem Leibe des Deutschen Reiches herausreißen, im Blute seiner eigenen, von ihm sinnlos aufgeopferten Landsleute erstickt haben wird. Zu Caprivis Zeiten war dieser französische Wahn noch in frischer Blüte. Für Caprivi war eine andre Sicherung Deutschlands als durch Rüstungsvermehrung weder denkbar noch möglich. D. Verf.

für den Fall eines Krieges feindlichen Flotten einen Stützpunkt zu nehmen, die Verteidigung der deutschen Meere und der Nordseeküsten zu erleichtern, eine feindliche Blockade zu erschweren. Er erwarb es durch den sogenannten „Sansibar-Vertrag" vom Jahre 1890, der den Engländern als Entgelt für Helgoland die Insel (n i c h t die Küste) Sansibar gab. Wohl sind damals — „mit Ausnahme einiger praktischer Köpfe in der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft", wie Hammann feststellt — alle kolonialpolitischen Kreise von heller Entrüstung ergriffen worden über den „schmählichen Handel", bei dem angeblich der Schlüssel zu ganz Afrika hergegeben worden sei für den „Hosenknopf" Helgoland, obwohl, nebenbei gesagt, der Vertrag die deutsche Stellung auf dem afrikanischen Festlande noch wesentlich verbesserte. Wohl trat auch Fürst Bismarck in seinem Organ, den „Hamburger Nachrichten", wenn auch ohne große Schärfe, diesen Gegnern des Vertrages bei. Aber heute wissen wir, daß in jener Sache Caprivi recht hatte und Bismarck unrecht: In diesem Weltkriege hätten wir die Insel Sansibar nicht eine Woche lang behaupten können, und ohne Helgoland wäre der Seekrieg, und damit wohl der Krieg überhaupt, von Anfang an für uns verloren gewesen. — Es ist nicht allgemein bekannt, aber wert gewußt zu werden, daß es die Gegner dieses Vertrages, dessen Wirkungen uns jetzt das Reich gerettet haben, gewesen sind, die zum „Alldeutschen Verbande" — damals hieß er „Allgemeiner Deutscher Verband" — zusammengetreten sind.

D i e F r e u n d e s h a n d d r a u ß e n.

Der Dreibundvertrag verpflichtete bekanntlich das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn, sich wechselseitig zu helfen, falls Rußland eines dieser beiden Reiche angreife. Nun hat Fürst Bismarck im Jahre 1887 mit Rußland einen Geheimvertrag geschlossen, von dem später unter dem Namen „der russische Rückversicherungsvertrag" viel die Rede gewesen ist. Dieser Rückversicherungsvertrag lief ganz kurz nach Caprivis Amtsantritt ab, falls er nicht erneuert wurde, und Caprivi hat ihn nicht erneuert. Caprivi ist, nachdem auf Veranlassung des Fürsten Bismarck die Sache in die Öffentlichkeit gekommen war, wegen dieses Verzichtes viel und scharf angegriffen worden. Die Darlegungen Hammanns, wie schon hervorgehoben, eines Mannes, der die Dinge auf das allergenaueste kennt, geben aber durchaus denen recht, die jene Angriffe auf Caprivi nicht gebilligt haben: Aus Hammanns Ausführungen gewinnt man durchaus die Überzeugung, daß Caprivi recht gehabt hat, wenn er dafür hielt, der Rückversicherungsvertrag müsse aufgehoben werden: Weil ein Bekanntwerden dieses Vertrages (ein Geschehnis, womit stets gerechnet werden mußte), den Dreibund gesprengt haben würde. Weil es tatsächlich so lag, wie Geheimrat v. Holstein es derb ausgedrückt hat: „Wenns herauskommt, sind wir als falsche Kerle blamiert." Der Rückversicherungsvertrag hatte mindestens d e n Inhalt, daß sich Deutschland und Rußland wechselseitig verpflichteten, neutral zu bleiben, falls eines von ihnen von dritter Seite angegriffen würde — das hat Fürst Bismarck am 24. Oktober 1896 in den „Hamburger Nachrichten" in die Öffentlichkeit gebracht. Schon diese Verpflichtung konnte angesichts des Dreibundvertrages das Deutsche Reich in eine recht schwierige Lage bringen: bekanntlich behauptet bei einem modernen Kriege ausnahmslos jede Partei, der Angreifer sei der Gegner. Wenn nun ein russisch-österreichischer Krieg ausbrach, und wenn dann Österreich-Ungarn mit der Behauptung, Rußland sei der Angreifer, auf Grund des Dreibundvertrages Deutschlands Hilfe verlangte — wenn dann aber etwa Deutschland fand, „der Angreifer ist Österreich-Ungarn" und dementsprechend auf Grund des Rückversicherungsvertrages neutral blieb? Und wie schon dann, wenn der Rückversiche-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

rungsvertrag bekannt wurde und alle Welt wußte, daß Österreich-Ungarn im Ernstfalle vor solcher Lage stehen könne? Aber Das ist noch nicht Alles. Hammann untersucht die Frage, ob der Rückversicherungsvertrag nicht noch mehr enthielt, als das, was im Oktober 1896 in den „Hamburger Nachrichten" gestanden hat. Und Hammann kommt zu dem Ergebnis, daß allerdings noch mehr in dem Rückversicherungsvertrage gestanden hat, nämlich noch weitere Zusicherungen von deutscher Seite: Hammann nimmt an, daß Deutschland in seinem Rückversicherungsvertrage Rußland die deutsche Neutralität selbst für den Fall zugesagt habe, daß Rußland Bulgarien militärisch besetze, auf Konstantinopel marschiere und dadurch notwendigerweise einen Krieg mit Österreich-Ungarn provoziere. Darüber, daß solche Verpflichtungen Deutschlands mit dem Dreibundvertrage unvereinbar gewesen wären, ist ein Zweifel nicht wohl möglich. — Man durfte, das hebt Hammann hervor, allerdings dem Fürsten Bismarck, dem „diplomatischen Genie wie es in Jahrhunderten einmal vorkommt" (so hat ihn Caprivi genannt), wohl zutrauen, daß er dieses „Spiel mit fünf Kugeln" — fünf, denn auch Italien und Rumänien waren in das Bismarcksche Versicherungssystem mit eingeschlossen — hätte spielen können. Daß er insbesondere einen Krieg zwischen Rußland und Österreich-Ungarn unter allen Umständen hätte verhindern können, so daß der Konflikt zwischen Dreibundvertrag und Rückversicherungsvertrag nicht brennend geworden wäre. Caprivi aber durfte dieses Spiel nicht weiter spielen, wenn er nicht das Bündnis mit Österreich-Ungarn und damit Deutschlands Zukunft gefährden wollte. Kann es doch sogar sein, daß selbst Bismarck sich zu viel zugetraut hat, als er sich auf dieses Spiel einließ: Für ihn lag — das geht aus wiederholten Äußerungen von ihm hervor — die Gewähr für den Wert des Rückversicherungsvertrages letzten Endes in dem festen Glauben, daß er, Bismarck, das volle persönliche Vertrauen des russischen Zaren besitze. Dem gegenüber wog es ihm „federleicht", wenn Rußland das Deutschtum in den Ostseeprovinzen unterdrückte, mit Frankreich anbändelte, ja selbst Truppen gegen die österreichischen und deutschen Grenzen vorschob. Aber in diesem Glauben hat sich Bismarck tatsächlich getäuscht: nach zwei völlig feststehenden Äußerungen, die Zar Alexander III. im Sommer 1890 gegenüber Caprivi und gegenüber Hohenlohe getan hat, hat der Zar dem ersten Kanzler niemals ehrlich vertraut.

Die Einheit drinnen.

Am 25. Juni 1894 ermordete der italienische Anarchist Caserio den Präsidenten der französischen Republik Sadi Carnot. In den andern Ländern Europas, namentlich in den romanischen, zog man daraus die Folgerung, man solle den Anarchismus international bekämpfen. In Deutschland aber forderten weite und einflußreiche Kreise, vor allem die „Hamburger Nachrichten", das Organ des Fürsten Bismarck, erneuerte Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokraten mit ihrem „anarchistischen Anhängsel". Die ganzen Konservativen arbeiteten in dieser Richtung, große nationalliberale Kreise ebenso. Man wußte allerdings, daß der Reichstag für solche Ausnahmegesetze nie zu haben sein würde, aber, so sagten diese Leute: „Dann löst man den Reichstag eben auf, einmal, zweimal. Und wenn dann, was wir allerdings voraussehen, auch der erste und auch der zweite neue Reichstag für die Ausnahmegesetze nicht zu haben sind, und wenn dann ja allerdings eine dritte Auflösung nach der Reichsverfassung nicht zulässig ist — dann wird eben die Verfassung gebrochen und ein Staatsstreich gemacht":

Ganz öffentlich wurde zum Beispiel vorgeschlagen, der Kaiser solle den Bundesrat veranlassen, auf drei Jahre die gesetzgebende Gewalt allein an sich

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zu nehmen. Oder aber: die deutschen Fürsten sollten sich zu einem neuen Bunde auf eine Stunde vereinigen, um in dieser Stunde das allgemeine gleiche Wahlrecht zu beseitigen, damit man dann von einem, mit beschränktem Wahlrecht gewählten, Reichstage jedes Ausnahmegesetz erlangen könne, das man haben wollte. Und Hammann deutet an, daß dem Kaiser „von einzelnen Vertrauten und von hohen Stellen" „mündlich und in Denkschriften" noch ganz andere „Ratschläge" „zur Bannung der Revolution von unten" gegeben worden sind. — Caprivi war für dergleichen Dinge nicht zu haben. Er erkannte wie die Sache lag: „Die Regierung kann niederhalten, niederschlagen, damit ist die Sache aber nicht gemacht, die Schäden, vor denen wir stehen, müssen von innen heraus geheilt werden. Er sah, daß die Gefahren, die inneren und äußeren Gefahren, die es mit sich bringen müsse, wenn man das geltende Wahlrecht durch einen Staatsstreich beseitige, viel größer seien als alle Gefahren, die etwa gegenwärtig vorhanden seien. Kraft seiner aufrechten Natur beirrte es ihn nicht, als ihm Fürst Bismarck in den „Hamburger Nachrichten" Mangel an Entschlossenheit vorwerfen ließ. Es gelang ihm, auch alle übrigen preußischen Minister — mit Ausnahme des Ministerpräsidenten Botho v. Eulenburg — von der Richtigkeit seines Standpunktes zu überzeugen, wie denn auch sein Nachfolger Fürst Hohenlohe in diesen seinen Bahnen geblieben ist. — Für möglich, für förderlich, aber auch für ausreichend hielt Caprivi einige Maßregeln, die keine Ausnahmegesetze bilden, sondern auf dem Boden der allgemeinen Gleichheit vor dem Gesetze bleiben sollten: Für das Reich war er bereit, dem Reichstage die sogenannte „kleine Umsturzvorlage" vorzulegen, durch die es besonders schärfer als bisher bestraft werden sollte, wenn jemand gemeingefährliche Vergehen öffentlich verherrlichte, oder wenn jemand Religion, Monarchie, Familie, Ehe und Eigentum beschimpfte, oder wenn er endlich Personen des Soldatenstandes aufforderte, den Gehorsam zu verweigern. Und für Preußen war Caprivi bereit, das Vereins- und Versammlungsrecht dadurch zu verschärfen, daß es der Polizei erleichtert würde, Versammlungen und Vereine aufzulösen. Daß Weitergehendes ohne die allergrößten Gefahren für den Staat nicht versucht werden dürfe, war Caprivi klar: Einmal angesichts der völligen Zerfahrenheit, die auch unter den bürgerlichen Parteien in der Anschauung über diese Dinge herrschte. Und mehr noch vielleicht angesichts einer von Caprivi ebenso klar erkannten inneren Unmöglichkeit: Man konnte nicht wieder, wie in den Zeiten des Sozialistengesetzes, anfangen mit den verhaßten Spitzeleien der Polizei. Man konnte nicht mehr das, was im Heere eine Tugend ist, für ein verderbliches Laster erklären, wenn es in den Arbeitervereinen gepflegt wurde: die Kameradschaft. Man konnte nicht wieder das freie Wort in Parlament und Presse unterdrücken. Alles das wäre bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein als unerträglich empfunden worden und auf den heftigsten Widerstand gestoßen. Wie richtig Caprivi diese Dinge beurteilt hat, das zeigte sich, als sein Nachfolger Hohenlohe, der die Pläne zu der „kleinen Umsturzvorlage" und zur Verschärfung des preußischen Vereins- und Versammlungsrechtes von ihm übernommen hatte, vom Reichstage und vom Preußischen Abgeordnetenhause nicht einmal die Annahme dieser Gesetze erlangen konnte. Was geschähen wäre, wenn Caprivi nicht der feste Mann ohne Menschenfurcht gewesen wäre, der er tatsächlich war, und wenn er nicht kraft dieser Eigenschaften alle Keime zu Ausnahmegesetzen von vornherein zertreten hätte, das hat sein Nachfolger Hohenlohe hart, aber wahr in die Worte gefaßt:

„Konflikt mit dem Reichstage führt zu Auflösung und zu Neuwahlen, die zu einer Niederlage der Regierung. Abermalige Auflösung und

Staatsstreich führten zum Konflikt mit den verbündeten Regierungen, zu Bürgerkrieg, zu Auflösung des Deutschen Reiches. Denn das Ausland wird nicht ruhig bleiben und sich einmischen, wenigstens Frankreich."

Davor hat uns Caprivis Festigkeit bewahrt; sie hat das Reich auf dem Wege erhalten, auf dem in der Stunde der höchsten Gefahr der Geist vom 4. August 1914 aufsprang, und das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche."

Vielleicht ist es mir gelungen, einige Dankbare für Caprivis Andenken zu gewinnen, und einige Leser für Otto Hammanns Buch zu werben.

Fidelis.

Zeichen der Zeit.

In einer Erfurter Zeitung vom 8. März d. J. können wir den folgenden Bericht über eine Versammlung der Stadtverordneten lesen:

Der Deutsche Bund abstinenter Frauenvereine richtet an die städtische Behörde ein Gesuch dahingehend, daß die während des Krieges eingegangenen Schankwirtschaften nach Friedensschluß nicht wieder eröffnet werden dürften; ferner sollen neue Konzessionen innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Beendigung des Krieges nicht erteilt werden. Dagegen solle die Stadt die Errichtung alkoholfreier Schankstätten unterstützen. — Der Vorsteher schlägt vor, das Gesuch dem Magistrat zur Rückäußerung zu überweisen, denn es sei gewiß interessant, dessen Ansicht in dieser Angelegenheit zu hören. Stadtv. Doebber beantragt Übergang zur Tagesordnung. Wenn wir erst so weit sind, daß wir uns von Frauen regieren lassen, dann sei es schlimm genug. Wohin das führe, habe man im Ausland gesehen. (Vielfaches: Sehr richtig!) — Dem Antrag Doebber wird mit großer Mehrheit zugestimmt.

Dieser Bericht reizt zum Nachdenken, denn er ist in zweifacher Beziehung kennzeichnend: einmal für die Auffassung, die eine noch immer sehr große Anzahl von Männern — und zwar in leitenden Ämtern — von der Alkoholfrage hat, zum andern für ihre Auffassung der Frauenfrage.

Warum reichen die Frauen Gesuche bei der Stadtverordnetenversammlung ein? Tun sie es aus Eitelkeit, um sich bemerkbar zu machen? Tun sie es aus Herrschergelüsten, um Einfluß auf die Männergeschäfte zu gewinnen? Nichts von alledem. Sie handeln ganz einfach unter dem Zwange ihrer Erkenntnis, die in manchen Dingen der der Männer um Pferdelängen voraus ist. Diese Frauen haben erkannt, wie verderblich der Alkohol Körper und Seele des Menschen beeinflußt und wie wohltuend die Ausschaltung einer Anzahl von Schankstätten, wenn auch nur unter dem Zwange der Verhältnisse, schon jetzt auf die Allgemeinheit eingewirkt hat. Das ihnen eingeborene Gefühl der Mütterlichkeit, dieses Gefühl, durch das sich die Frau immer vom Manne unterscheiden wird, läßt sie mit aller Macht dahin streben, den wohltuenden Einfluß der verminderten Versuchungsstätten für die Allgemeinheit nicht nur zu erhalten, sondern zu erweitern durch ihren Vorschlag, innerhalb der ersten fünf Jahre nach Beendigung des Krieges keine neuen Konzessionen zu erteilen. Sie wollen ihren Mitmenschen helfen, Körper und Seele gesund zu halten, sie wollen den Schwachen stützen und unzählige Familien vor Trübsal und Verfall bewahren; sie wissen längst, daß das Gift, das der Mensch mit dem alkoholischen Getränk in sich aufnehmen muß, den

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in geringem Maße wirklich vorhandenen Nährwert mehrfach getötet hat und ihn dadurch völlig wertlos und illusorisch macht, und, was augenblicklich vielleicht das Eindrucksvollste ist, sie arbeiten in klarer Erkenntnis für die Verwirklichung der Forderung, daß wir nach diesem furchtbarsten aller Kriege bis ins kleinste haushalten müssen mit der Volkskraft und dem Volksvermögen, daß auch kein Bruchteil davon vergeudet werden darf, daß aber der Alkohol erbarmungslos beides frißt und damit dem Staate unentbehrliche Kräfte auf ideellem und materiellem Gebiete entzieht. Die leitenden Kreise hätten also allen Anlaß, alle Bestrebungen zu fördern und zu schützen, die die Schädlinge, an denen der Volkskörper krankt, an der Wurzel packen und ausroden wollen.

Statt dessen kann in einer Stadtverordnetenversammlung, deren Mitglieder doch ganz gewiß ernst genommene, im Vaterlandsinteresse arbeitende Männer sein wollen, eine wohldurchdachte Eingabe von Frauen in einer Weise abgetan werden, wie es der Stadtverordnete Doebber unter lebhafter Zustimmung tat!

Wie ist ein solches Verhalten zu erklären? Zur Ehre der beteiligten Männer darf man doch wohl annehmen, daß sie nicht aus böser Absicht, sondern einfach aus mangelhafter Kenntnis der Tatsachen handelten. Eine Entschuldigung ist das allerdings nicht, denn Männer in leitenden Stellen haben die Pflicht, den Fortschritt und Forschungsergebnisse, die dem Allgemeinwohl zugute kommen müßten, nicht unbemerkt an sich vorübergehen zu lassen, sondern sie nach bestem Können der ihnen anvertrauten Bevölkerung dienstbar zu machen. Das taten die Erfurter Männer nicht. Die Erfurter Männer aber stellten in diesem Falle einen Typ dar (der in Königsberg und Bautzen anläßlich der gleichen Eingabe schon seine Bestätigung gefunden hat), und diese Feststellung führt uns zu einem wichtigen, grundlegenden Unterschied zwischen Mann und Frau: das Verantwortungsgefühl der Allgemeinheit gegenüber ist bei der Frau — wir reden natürlich immer nur von ernsthaften, denkenden Frauen — entschieden stärker ausgebildet als beim Manne. Während sich die Interessen des Mannes durchweg auf materiellem Gebiete bewegen, er im vorliegenden Falle also ohne weiteres den Gastwirt und das Brauereigewerbe zu schützen bestrebt ist, ist die Frau sich klar bewußt, daß die Pflichten der Allgemeinheit gegenüber auf sittlichem Gebiete liegen müssen, daß immer zuerst der Mensch selbst Gegenstand aller Sorge und Entschlüsse sein muß, ehe die Folie des Daseins, die materiellen Notwendigkeiten aller Art, berücksichtigt werden dürfen. Das bedeutet, auf die Eingabe der Erfurter Frauen angewendet, daß die Frau im Alkohol einen der stärksten Gefährder der aufsteigenden Entwicklungslinie sieht und deshalb in selbstverständlicher Folgerichtigkeit den Alkohol selbst als die Wurzel des Übels bekämpfen will, im Gegensatz zum Manne, der den Kampf bisher nur gegen die Folgeerscheinungen richtete und dabei die schädliche Wurzel unberührt weiter wuchern ließ. Die Frau ist sich bewußt, daß die Schuld am Unglück nicht nur die trifft, die es unmittelbar heraufbeschworen haben, sondern auch die, die untätig dabei stehen und den Ereignissen ihren, oft genug vermeidbaren, Lauf lassen. Den Menschen veredeln und höher führen und alles bekämpfen, was sich diesem Willen hindernd in den Weg legt: das ist die hohe Aufgabe, die die Frau der wahren Volksleitung zuweisen will.

Wie, Staatsorgane müssen stets nur praktischen Zielen folgen und dürfen sich nicht von ideellen Erwägungen leiten lassen? Für den Staat aber ist diese Forderung der Frauen letzten Endes wieder eine materielle oder praktische: ihm würde unschätzbarer Gewinn erwachsen aus der Hebung der Volksgesundheit (die sich aus der Einschränkung des Alkoholkonsums schon jetzt als natürliche Folge erwiesen hat), die ihm einerseits ungeheure Ausgaben für Kranken- und Irrenhäuser, Fürsorge- und Schwachsinnigenanstalten, Gefängnisse usw. ersparen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

würde, andererseits eine Vermehrung und Verbesserung der Geburten zur Folge hätte und die Arbeitskraft des Volkes bedeutend verstärken und länger erhalten würde. Also doppelter Gewinn, zu dem sich außerdem noch die Hebung des Volksvermögens gesellen würde, die gleichfalls dem Staate in erhöhten Steuerabgaben zugute käme.

So muß die Alkoholfrage mit Staatsaugen betrachtet werden. Wird sie nur erst einmal von diesem Gesichtspunkte aus beurteilt, so wird auch sofort die aufbauende Arbeit einsetzen, die die Frauen mit ihrer zweiten Forderung, die Errichtung alkoholfreier Schankstätten behördlicherseits zu unterstützen, anstreben. Eine Volksabstimmung würde schon heute die große Sehnsucht nach solchen Schankstätten, in denen gute, reine Fruchtsäfte und unvergorener Traubensaft neben Milch und Kaffee verabreicht werden, dartun. Es ist nur herzlich zu wünschen, daß der Protest, der inzwischen von den Erfurter Frauenvereinen bei der Stadtverordnetenversammlung eingegangen ist, der Anlaß zu recht ausgiebigen Besprechungen werden möchte, damit die so tief eingewurzelte Überzeugung von dem alleinseligmachenden Wert der alkoholhaltigen Getränke endlich einem besseren, höheren Wissen weiche! Es wird höchste Zeit, daß aus solcher Erkenntnis heraus der Alkohol mit der Energie bekämpft werde, die gegen ihn als einen der verderblichsten Volksfeinde aufgewendet werden muß!

Was meinte nun aber Herr Doebber mit seiner Äußerung über die Frauenarbeit im Ausland, mit der er zweifellos die ganze Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben verurteilen wollte? Er unterließ leider, dazu eine nähere Erläuterung zu geben, aber wir müssen wohl auch in diesem Falle Unkenntnis der Tatsachen vermuten und empfehlen deshalb ihm und seinen Gesinnungsgenossen das Studium der kleinen, lehrreichen Schrift „Was die Männer Finnlands zum Frauenstimmrecht sagen“: Die bestbekannten und -bewährten Männer Finnlands, auf deren Urteil gerade heute, angesichts der sich unter größter deutscher Anteilnahme vollziehenden inneren Entwicklung ihres Landes besonderer Wert gelegt werden darf, äußern sich übereinstimmend zu dem seit 1907 bestehenden Frauenstimmrecht in der Überzeugung, daß nicht Machtgelüste die Frauen zu ihrer Forderung trieben, sondern einfach der heiße Wunsch, mitzuarbeiten an der Entwicklung ihres Volkes, ihre weibliche Eigenart in den Dienst dieser Volksentwicklung zu stellen. Und getreu diesem Antrieb hat sich ihre praktische Mitarbeit bewährt: Gesetze zur Erweiterung des Mutterschutzes, der Säuglings- und Arbeiterinnenfürsorge, zur Bekämpfung des Alkoholismus und seines Schattens, der Prostitution, sind ihr Werk, und rückhaltlos erkennen die Männer den Wert dieser Neuerungen für das Volksganze an und betonen die Tatsache, daß sich das sittliche Niveau des gesamten öffentlichen Lebens seit der politischen Mitarbeit der Frauen bedeutend gehoben habe und niemand daran denke, auf diese wertvolle Unterstützung je wieder zu verzichten.

Es kann zudem nicht schaden, wenn deutsche Männer einmal von Geschlechtsgenossen, die aus Erfahrung sprechen, hören, daß es „eine Grille schwacher Männer“ sei, zu denken, das Wahlrecht könne störend auf die hausmütterlichen Pflichten der Frau einwirken; daß die nur in so großen Abständen notwendige Ausübung dieses Wahlrechts niemals der Grund sein könne, darüber Privatpflichten zu versäumen, ebensowenig wie sich je der Mann vorwerfen lassen würde, Pflichten im Beruf und in der Familie darüber zu vernachlässigen. Und endlich könne es durchaus nur nützen, wenn die Frau, die doch die Kinder zu lebenstüchtigen Menschen erziehen und dem Mann ein verständnisvoller Kamerad sein solle, ihre Kenntnisse im Studium des öffentlichen Lebens erweitere.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Übrigens urteilen die Männer aller Staaten, in denen die Frau das Wahlrecht bereits ausübt, genau in der gleichen Weise über ihre Erfahrungen.

In den Urteilen der finnischen Männer wird immer wieder hervorgehoben, daß gerade für Finlannd die Teilnahme der ganzen Nation an der Arbeit für das Volks- und Vaterlandswohl notwendig war, um das Land vor den russischen Übergriffen zu schützen, und um in der Not einig und arbeitsfreudig zusammenzustehen.

Ist diese Begründung nicht auch für unser Deutschland gerade jetzt angebracht? In dieser Zeit, wo es gilt, alle Kräfte zu sammeln und aufs äußerste anzuspannen, um den Nöten zu begegnen, die unser Volk jetzt und mehr noch in der Zeit nach dem Kriege bedrohen? In dieser Zeit, die wie keine andere je zuvor Ansprüche an ausgesprochen weibliche Fähigkeiten stellt? Wie kann eine ökonomisch denkende Regierung den größeren Teil ihrer Untertanen, der nach Betätigung geradezu lechzt, von ihren Rechten ausschalten und sich ihrer Mitarbeit entschlagen?

Die Frauen zeigen durch ihre freiwillige soziale Arbeit, welcher Art die Ziele sind, für die sie sich einsetzen, und deuten damit an, in welchen Bahnen sich ihre gesetzmäßige Teilnahme am öffentlichen Leben bewegen würde. Und gerade diese Art ihres Wirkens sollte endlich die alten Vorurteile beseitigen, damit gemeinsam an der heute selbstverständlichsten und höchsten Forderung, der körperlichen und sittlichen Kräftigung unseres Volkes in allen seinen Schichten, die sich ohne die Mitarbeit der Frauen, ohne die Dienstbarmachung ihrer sittlichen Kräfte und Fähigkeiten, garnicht restlos erfüllen läßt, erfolgreich gearbeitet werden kann.

Mit unermüdlicher Tatkraft und Zuversicht arbeiten die Frauen trotz aller Vorurteile und Anfeindungen für ihre Ziele und bewahren sich ihr Herz voll warmen Mitgefühls und tiefer Liebe für ihre hilfsbedürftigen Mitmenschen. Und leuchtend steht auch über diesem Kampf der Glaube: die Zeit schreitet vorwärts, einmal siegt doch das Gute in der Welt, das Licht über die Finsternis.

Grete Battmer.

Briefe an eine Mutter.

1.

Verehrte gnädige Frau!

Mit dem ersten Syringenduft, der mir in das offene Fenster strömte, flog mir Ihr liebenswürdiger Brief auf den Tisch; und lieblich, wie der Duft der Syringen, waren die Erinnerungen, die er in mir wachrief.

Wie unglaublich doch die Zeiten eilen! — Wars mir doch, als seien jene schönen Tage — waren sie nicht auch voller Syringenduft und liegen sie wirklich schon über 10 Jahre hinter uns? — erst jüngst verflossen. Tragen Sie immer noch so leuchtend rote Haarschleifen und blaßrote Rosen im Gürtel, gnädige Frau?

Doch was rede ich da! — Über zehn Jahre sind ja dahin, und sicherlich haben Sie seit Ihrer Verheiratung auch viel Mütterliches, Frauenhaftes angenommen. Das ist ja natürlich. Seit 8 Jahren sind Sie verheiratet und nun Mutter von drei prächtigen Kindern. —

Doch auch Ihnen hat dieser furchtbare Krieg den Gatten entrissen.

Das wissen Sie gar nicht, daß ich Ihren Heimgegangenen gekannt, gut gekannt und sehr schätzen gelernt habe? Wir trafen uns, wenn ich nicht irre,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

einmal in Berlin auf einem Kongreß, und ich habe damals einen sehr anregenden Abend in seiner Gesellschaft verlebt. Um so mehr begreife ich Ihren Schmerz, daß sein früher Tod Ihr schönes Familienleben zerrissen hat. Im Geiste drücke ich Ihnen freundschaftlich teilnehmend beide Hände.

Nun gehen Sie ganz in Ihren Mutterpflichten auf, leben nur Ihrem Kleeblatte und möchten die Kinder nach dem Vorbild Ihres verstorbenen Gatten zu lauteren, reinen Menschen erziehen, die ebenso ritterlich denken und empfinden wie er, und möchten alles das in ihnen wecken und pflanzen, was die Natur den Kleinen an Anlagen und Kräften mit auf den Weg gegeben hat.

Ich kann mir denken, daß Ihnen — eben weil Sie diese Aufgabe so ernst und gewissenhaft nehmen — auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten entgegentreten. Ob Sie nicht doch lieber die Kinder einem Landerziehungsheime anvertrauen, als selber die Verantwortung übernehmen sollen? Die Frage ist wirklich nicht so einfach zu beantworten. Beim besten Willen vermag ich aus der Ferne Ihnen in dieser wichtigsten Frage keinen anderen Rat zu geben als den: Fragen Sie sich selbst, gnädige Frau, ob Sie in sich die Kraft und Ausdauer verspüren, um den Kindern Vater u n d Mutter sein zu können. So überflüssig, wie man uns vielfach glauben machen möchte, ist ja der Mann in der Erziehung sicher nicht, doch zweifle ich nicht daran, daß eine tapfere Frau, die Kopf und Herz auf dem richtigen Flecke hat, auch in der Erziehung „ihren Mann stehen" wird.

Kennen Sie Gottfried Kellers wundervolle Erzählung „Frau Regel Amrain und ihr Jüngster"? — Ich bitte, lesen und genießen Sie diese Novelle, aus der ein fühlender Mensch mehr über Kindererziehung lernen kann als aus manchem dickleibigen Schmöker.

In der Erziehung — und damit verrate ich Ihnen einen meiner geheimsten Gedanken — kommt fast alles auf den Instinkt an. Entweder hat mans und kann mans, oder man hats und kanns nicht, und dann nützen einem auch die besten Ratschläge nichts. Die Frau aber, die im allgemeinen viel instinktsicherer handelt als der mehr verstandesmäßig sich entschließende und handelnde Mann, ist diesem gegenüber von vornherein im Vorteil. Liegt in dieser Instinktsicherheit der Frau vielleicht der Grund, weshalb unsere Mütter so schwer Belehrungen über Erziehungsfragen zugänglich sind? Überhaupt die Instinkte des Menschen! Ich halte sie für die ersten dumpfen Regungen unserer feinsten Seelenkräfte, die weit über den Machtbereich des Verstandes hinausreichen, und zweifle gar nicht, daß die Pflege und Entwicklung dieser Kräfte im Kinde eines der wichtigsten Kapitel der Zukunftspädagogik werden wird.

Nun, aus vergangener Zeit weiß ich doch, wie treffend Sie manchmal urteilten über Menschen und Dinge nur aus einem untrüglichen Empfinden heraus. Wenn Ihnen diese wertvolle Gabe inzwischen nicht abhanden gekommen ist — und warum sollte sie es! —, so haben Sie für Ihre große und schwere Aufgabe ja schon einen vorzüglichen Ratgeber in sich, der Sie nur selten im Stiche lassen wird.

Nur Ihr lebhaftes Temperament gilt es vielleicht ein wenig zu zügeln. Oder sind Sie heute im ganzen milder gestimmt und weniger entschieden als vor einem Jahrzehnt, wo Sie so manches Mal im Anerkennen oder Verdammen so goldig unbefangen und freimütig Ihre Meinung kundgaben?

Der schlimmste Fehler nämlich, den man in der Erziehung macht, ist, daß man zu rasch, zu temperamentvoll drein fährt, zu entschieden auftritt. Abwarten können, vertrauen auch auf die guten Instinkte des Kindes, die sich schließlich doch Bahn brechen, es beobachten und wieder beobachten, ehe man mit Bast und Gartenschere die jungen Pflanzen bindet und in Form schneidet — das

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ist und bleibt eines der Haupterfordernisse. Wohl soll das Herz heiß in Liebe zu den Kindern schlagen, wohl soll ein reiner und unbeugsamer Wille jede unserer Handbewegungen leiten, und doch gilt es ständig, das innere Feuer sorgfältig vor dem Kinde zu verbergen, die erzieherischen Absichten möglichst nie durchblicken zu lass n, um so dem Kinde die Illusion völliger Freiheit zu bewahren.

Und noch etwas kommt hinzu! — Wie stehen Sie innerlich, gnädige Frau? Wie ist Ihr Verhältnis zu Gott? — Wie indiskret! werden Sie denken, welch zudringliche Frage!

Ach, nicht mir bitte ich diese Frage zu beantworten, sondern sich selber. Glauben Sie mir, von den religiösen Anschauungen der Eltern hängt für die Kinder unendlich mehr ab, als man sich gewöhnlich träumen läßt. Die Art, wie wir über die letzten Dinge denken, der Inhalt unseres Glaubens wirkt ja bis in die nebensächlichsten und alltäglichsten Entschlüsse hinein. Unsere Art zu grüßen, unsere Manieren bei Tisch, unser Mienenspiel, unser Gang — alles wird letzten Endes gewandelt durch unsere religiösen Anschauungen. Daher bleiben diese ewig auch die wichtigste Angelegenheit für den Menschen.

Und meine Erfahrungen haben mich zudem gelehrt, daß das alte Wort „Bete und arbeite!" nirgendwo solch tiefe Berechtigung und allgemeine Gültigkeit hat, wie im Umgang mit Kindern, denn, wenn irgendwo, ist in der Erziehung alles an Gottes Segen gelegen. Auch der sorgfältigste Unterricht, auch die herzlichste Unterweisung dürfen immer nur hoffen, daß die ausgestreute Saat zum Segen für das Kind aufgehen möge. Mehr haben wir nämlich nie in der Hand. Auch unsere reinsten Absichten und die selbstloseste Arbeit an den Kindern ist und bleibt Pfuscherei, wenn ihr nicht der Segen aus der Höhe zuteil wird. Und der will erfleht werden. —

Darf ich Sie freundlichst bitten, diese knappen Andeutungen und Fingerzeige zu prüfen? Und wenn Sie sie geprüft haben — einerlei, ob Sie meinen Gedanken zustimmen können oder nicht — dann erst, gnädige Frau, entscheiden Sie für sich die Frage, ob Sie die Erziehung Ihres Kleeblattes selbst in die Hand nehmen wollen und dürfen, oder ob Sie Ihr Liebstes fremden Menschen anvertrauen wollen.

Wie Sie sich aber auch entscheiden mögen, mein Rat steht Ihnen gern immer zur Verfügung.

Mit einem herzlichen Dank für Ihr großes Vertrauen in alter Freundschaft

Ihr ergebenster

H. Scharrelmann.

Rund um uns

Der Spaten. Der Spaten klirrt und glänzt rings über die Erde.

Das Hungergespenst erhob sich und streckte seine drohende Hand gegen uns aus. Seine gierig brennenden Augen prachen: Ihr seid mein! Aber siehe: Ein Blinken und Blitzen wie von spiegelnden Waffen zückte über die Erde. Hunderttausend Spaten senkten sich in den Boden und gruben und gruben. Das Hungergespenst stand geblendet von all dem Blinken und konnte auf dem

gelockerten Boden nicht festen Fuß fassen. Das Klirren der Spaten hetzte es von Ort zu Ort; es wurde seines Erfolges unsicher, und wir lachten seiner drohenden Gebärden.

Und die Sonne prüfte die blinkenden Spaten. Das war ja Licht von ihrem Licht. Von hunderttausend Schultern glänzen in der Abendsonne die Spaten. Sahst du sie leuchten? Hörtest du, was sie mit der Sonne reden? Von Wachsen und Keimen, von Grünen und Blühen, von Hoffnung, Kraft und Mut. —

Draußen in Feindesland klirren und blinken vieltausend Spaten. Auch sie wollen es dem Tode abgewinnen. Brüllend und flammend schleudert er seine Wut gegen sie; Blut färbt ihre Furchen. Aber sie ruhen nicht und lassen sich nicht schrecken. Mag er ihre Furchen noch so oft zerstampfen, sie graben neue und drängen ihn weiter zurück. Sie glänzen nicht im Schein der Abendsonne und reden nicht von Grünen und Blühen. Nur das Feuer der Geschütze spiegelt sich in ihrem Blinken, und das Klirren der Waffen redet mit ihnen. Aber doch wissen auch sie vom Keimen und Werden; denn sie schaffen Raum den Andern, daß sie dem Leben dienen können. —

Und ein großer Spaten wühlt im Boden der Menschheit. Das Weltenschicksal hat ihn in seine Hand genommen, gräbt seine tiefen Furchen durch die ganze Welt und kehrt das Unterste zu oberst. Wie Wetterleuchten zuckt sein Blinken und Blitzen über die Erde; der Weltbrand flammt aus seinem Spiegel. Die Erde windet sich in tausend Wehen unser seinem Eisen. Ward je ein Boden so aufgewühlt? Weiß jemand, was für eine Saat aus diesen umgebrochenen Schollen sprießen wird? Noch wärmt keine Sonne den Acker, der Flammenschein der Vernichtung züchtet unheilvollen Samen daraus: Wucher und Selbstsucht, Haß und Lüge. Niemand kann ihren geilen Trieben wehren. Aber einst wird die Sonne aufgehen und den tief, tief aufgelockerten Boden erwärmen. Und wenn in ihrem Glanze die Schollen dampfen werden, dann wollen wir jäten, jäten, und dem guten Samen Raum schaffen. Welch ein Keimen wird in dem tief aufgelockerten Boden anheben! Schiene sie nur erst, die Friedenssonne, leuchtete sie nur erst von dem blinkenden Eisen der heimkehrenden Pflüger!

Der Spaten klirrt und blinkt rings über die Erde.

Andreas Sönnichsen.

Das Bilderbuch Gottes. Alles wahrhaft Wichtige läßt sich nicht errechnen. Das lehrt uns im höchsten Grade dieser Krieg, der alle Berechnung zuschanden gemacht hat. Regierte die Zahl, wir wären ja längst rettungslos unterlegen.

Wohl dem, dem heute das Wort noch etwas sagt „So ihr nicht werdet wie die Kindlein . . .“ Freilich sträuben wir klugen Menschen uns gegen nichts so sehr wie gerade hiergegen. Wir wollen durchaus nicht wie die Kindlein werden, sondern uns auf unsere eigene Weisheit verlassen. Und die menschliche Weisheit hat uns doch immer betrogen, hat uns eine Scheinkultur aufgebaut, die jetzt seit blutigen Jahren Stück für Stück mit Donnerkrachen zusammenbricht, hat die Menschheit in das furchtbarste Elend hineingebracht, das sie jemals gesehen hat. Wir wissen es ja von unseren verwundet aus der großen Offensive heimkehrenden Soldaten, daß da draußen das Grauen herrscht.

Jede Trostmöglichkeit liegt jetzt nur noch im Unsichtbaren. Aber da ist sie auch so nahe, daß wir mitten im großen Schmerz nur die Hand danach auszustrecken brauchen, um des Trostes teilhaftig zu werden.

Dank sei jedem, der ihn uns vermittelt. In seiner wahrhaft wunderbaren Weise ist das jetzt einem Manne gelungen, der aus dem neutralen Auslande dem Kriege mit blutendem Herzen zusieht — eine Gewähr dafür, daß sein Trost nicht billig ist. Es ist der durch seine „Reden an die deutsche Nation“*) bekannt ge-

*) Vgl. den Aufsatz „Die Innerlichkeit als Lebensmacht“ in Nr. 3 des „Vortrupp“. **Vortrupp.**

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wordene Züricher Pfarrer Hermann Kutter.

Er wendet sich in seinem Buche „Das Bilderbuch Gottes", das im Verlage von Kober, C. F. Spittlers Nachfolger, in Basel erschienen ist, nicht an die kriegführenden Völker, nicht an alle seine Landsleute, sondern nur an einen kleinen Kreis, an seine Konfirmanden, lauter junge Menschenkinder, etwa im 15. Lebensjahre. „So mit 15 Jahren", sagt er, „fängt man an, seine Augen und Ohren aufzusperren und sogar Gedanken zu haben." Und in seinem Vorwort betont er ausdrücklich: „An Kinder wollen die nachfolgenden Blätter gerichtet sein, und doch nicht nur an Kinder, sondern an d a s Kind, das wir alle, klein und groß, eigentlich sind ..."

Danach könnte mancher kluge Mensch meinen, dann ginge ihn dies „Bilderbuch Gottes für „Groß und Klein" garnichts an, und er wäre erhaben darüber; vielleicht wäre es gar ein süßliches, krampfhaft kindliches und dadurch kindisches Gerede, womit er seine Zeit nicht zu verlieren brauchte. All diesen klugen Leuten möchte ich sagen: Etwas Kernigeres, Eigenartigeres als dieses in blühend lebendiger, schweizerisch gefärbter, kräftiger deutscher Sprache geschriebene Buch ist mir selten in die Hände gekommen. Ich habe es in einem Zuge durchgelesen, was aber durchaus nicht nötig ist. Man hat vielmehr sicher noch mehr davon, wenn man jeden Tag in einer stillen Stunde einen Abschnitt liest; jeder steckt so voll von originellen und oft so wunderbar fröhlichen, zuversichtlichen Ideen, daß man schon einen Tag lang seine geistige Nahrung daraus ziehen kann. Gleich im ersten Abschnitt wird uns Paulus in einer so unmittelbaren, im schönsten Sinne des Wortes kindlichen Weise nahegebracht, daß man garnicht genug über die lebendige Gestalt des gewaltigen Mannes staunen kann. Ich muß gestehen, Paulus war mir bisher eigentlich nur ein schattenhafter Begriff, im besten Falle eine Riesengestalt, die mich in ihrer bedingungslosen Wucht fast mehr erschreckte als anzog. Jetzt zeigt uns Kutter diesen Mann in seiner ganzen Größe, aber zugleich in einer überzeugend naiven Weise sein Werden, seine Kindheit und Jugend, seine irdischen und menschlichen Voraussetzungen. Gewiß schaltet seine Phantasie hier ganz frei, aber auf Grund genauer Kenntnis der damaligen Zeit und mit einer erquickenden Anschaulichkeit. Daß hier wie überall ein bald leiser, bald sehr kräftiger, aber niemals boshafter Spott in die Darstellung hineinklingt, macht das Buch nur noch ergötzlicher.

Ganz wundervoll sind seine Beweise für den Humor Gottes, an dem wir sicherlich fast alle irre geworden sind, obwohl er sich hier und da selbst in ernsten Menschen unter dem Ungewitter dieses Krieges erhalten hat — und wo sollten sie ihn her haben, wenn nicht aus Gott als seine Ebenbilder?

Ja, als sein Ebenbild! Es zeugt sicher von großer Klugheit, vielleicht auch von großer Ernüchterung und Enttäuschung eines armen Menschenherzens, sich über die Anmaßung, daß wir das Ebenbild Gottes sein wollen, zu entrüsten. In Kutters Buch ist das eine selbstverständliche Voraussetzung. Wir sind Gott ähnlich, wie das Kind seinem Vater. Hier wie dort ein gewaltiger Unterschied der Vollkommenheit und doch die große Übereinstimmung, die völlige Ähnlichkeit in Antlitz und Gebärde.

Das ist es überhaupt, was wie ein himmlischer Trost durch das Kuttersche Buch klingt. Wir sind bei Gott zu Hause. Er ist wirklich unser Vater, und die ganze Menschheit ist der verlorene Sohn, dem er entgegenschaut, bereit, ihm den Siegelring seiner Gerechtigkeit und Gnade an den Finger zu stecken. Wer heute mit offenem Auge in die Welt sieht und feine Ohren hat, der weiß, daß die Sehnsucht des Vaters nach dem verlorenen Sohne nicht größer ist als die des verirrten Kindes nach dem Vaterhause. Die ganze Menschheit schreit ja nach Erlösung. In den Zeitungen freilich dürfen wir diesen Schrei nicht suchen. Die geben uns nicht

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

das wahre Bild unseres Volkes, geschweige das des Zustandes der kämpfenden Menschheit. Aber sonst spürt man diese Sehnsucht in jedem Wort und jeder Gebärde, und wäre sie noch so entstellt und verhüllt. Sie ist auf dem Grunde jedes Herzens vorhanden, sicher oft genug nur als ein undeutlich gespürtes Unbehagen, aber weder zu vertreiben noch wegzuleugnen. Es ist gar unheimatlich geworden auf der mit blutigem Wahnsinn geschlagenen Erde.

Kutter sagt im Vorwort: „Darum, weil das Kindliche unser eigentliches Wesen ist, das Lachen der Sinn unseres Lebens, nicht der Ernst, in den wir durch die Großmannssucht des eigenen Wissens von gut und böse hineingeraten sind, soll mein Buch eine kindliche Form haben, um auszudrücken, daß hinter dem Ernst und der Gewichtigkeit des Lebens etwas Ewig-Fröhliches ist, in dem wir zu Hause sind."

Ich möchte der Versuchung erliegen, einzelne Stellen des Buches besonders hervorzuheben, aber das wäre zwecklos. Um das Buch zu kennzeichnen und möglichst vielen Menschen Lust zu machen, es selbst zur Hand zu nehmen, will ich nur noch das Eine sagen:

Wer sich nicht für gar so klug hält und seine Klugheit schlechthin für sein höchstes Gut, — wer sich nur ein wenig Kindlichkeit, ein wenig blindes Vertrauen bewahrt hat, der vertiefe sich in das Bilderbuch Gottes. Und stößt er sich hier und da an der Form oder vielleicht auch einmal am Inhalt — denn es ist ein höchst eigenartiges Buch und keiner sogenannten frommen oder religionswissenschaftlichen Arbeit, die ich kenne, zu vergleichen —, der lese es doch ruhig weiter. Das letzte Ergebnis ist eine große Bereicherung, ein neuer Mut, die wundervolle Überzeugung, daß alles wahrhaft Wichtige so tröstlich einfach ist.

Melanie Ebhardt.

Die Bierbrauer in der Kriegszeit. Das in Stuttgart erscheinende „Neue Finanz- und Verlosungsblatt" bringt in seiner Nummer vom 1. März dieses Jahres einen ausführlichen Bericht des Dresdner Bankhauses Gebrüder Arnhold, der einen interessanten Einblick in die gegenwärtige Lage des Braugewerbes gewährt. Die kurzen Abschnitte, die wir weiter unten diesem Berichte entnehmen, zeigen aufs deutlichste, daß die Klagen der Alkoholindustrie über schlechte Zeiten nicht begründet sind, und daß trotz aller Beschränkung der den Brauereien gestatteten Herstellungsmengen die Brauindustrie den Krieg außerordentlich gut zu überstehen scheint. Der Bericht (und besonders der letzte der von uns zitierten Abschnitte) zeigt aber auch, daß selbst bei einem wesentlichen Rückgange des Braugewerbes die Anlagen der Industrie und die in ihr arbeitenden Menschen ohne allzu große Schwierigkeiten eine sehr viel nutzbringendere und segensreichere Verwendung finden können. Die den Abstinenten gegenüber oft vorgebrachten Einwände der Brauer, daß bei Rückgang des Braugewerbes unzählige Menschen brotlos würden und gewaltige Kapitalien verloren gingen, sind, wie der von uns angeführte Bericht aufs neue erweist, nicht stichhaltig.

Wir führen die folgenden Teile des erwähnten Berichtes an:

„. . . . . .

Im letztvergangenen Vierteljahr veröffentlichten die Mehrzahl der großen deutschen Brauereien ihre Jahresbilanzen und legten Bericht ab über das verflossene Geschäftsjahr. Von neuem geht aus diesen Übersichten hervor, daß die Industrie unerschüttert dasteht, und daß die gesunde finanzielle Grundlage keineswegs gelitten hat. . . . .

. . . . . .

Daß unter diesen Einwirkungen (Verteuerung der Rohstoffe, Beschränkung der Herstellungsmengen usw.) die Bierproduktion zurückgehen, der Absatz sich mindern mußte, ist leicht verständlich. Trotz aller dieser Hemmungen hat das deutsche Brauereigewerbe es im allgemeinen verstan-

den, ohne Schädigung seinen Platz im Wirtschaftsleben zu behaupten. Der Syndikus des deutschen Brauerbunds, Dr. Wolff, veröffentlichte vor einem halben Jahre verschiedene Berechnungen über die Lage im Brauereigewerbe. Er behandelt darin die Rentabilität der deutschen Aktienbrauereien im Wirtschaftsjahre 1915-16. Das Unternehmerkapital, worunter Aktienkapital und sichtbare Reserven zu verstehen sind, der 490 in Betracht kommenden Betriebe, stellt sich danach

auf 765 626 499 M. gegen
761 124 592 M. im Vorjahre,

die durchschnittliche Verzinsung ergibt 5,3 gegen 4,96%. Die von den Brauereien gemachten Vorträge betrugen 16,59 Mill. gegen 14,32 Mill. Mark im Vorjahre. Sowohl Rücklagen wie Vorträge haben eine Erhöhung erfahren. Die gleiche Entwicklung veranschaulichen die Abschlüsse der meisten Unternehmungen im Wirtschaftsjahr 1916/17.

Der Überschuß hat sich gegenüber dem letzten völligen Friedensjahre fast ausnahmslos gesteigert...

. . . . . .

Sehr ins Gewicht fällt die Ersparnis an Brausteuer, die sich bekanntlich nach dem verarbeiteten Malz richtet. Folgende Beispiele mögen dies beleuchten:

Steuern u. Abgaben in Mill. M:

	1912/13	1916/17
Schultheiß . . .	5,95	1,78
Patzenhofer . .	4,28	0,94
Löwenbrauerei.	1,008	0,17
Böhm. Brauhaus	1,06	0 22

. . . . . .

. . . . . .

Daneben ging eine Anzahl Brauereien dazu über, Limonaden oder ähnliche Getränke herzustellen. Andere versuchen, ihre Anlage auszunützen, indem sie sich der Trocknung von Gemüsen, Rüben, Obst, Kartoffeln, der Bereitung von Hafernährmitteln, von Kraftstroh u. ä. widmen. Durch diese Nebenerwerbe, die gleichzeitig der allgemeinen Volksernährung dienen, durch die Bierpreissteigerungen, Ersparung an Material, konnten die Brauereien einen Teil des sonstigen Ausfalls decken und ihre Finanzen auf erfreulicher Höhe erhalten."

Vortrupp.

Neue Bücher und Schriften

An dieser Stelle werden nur solche Werke aufgezählt, die der Schriftleitung nach der einen oder andern Richtung hin besonders empfehlenswert erscheinen.

Offe, Dr. Hans: Politische Weltkunde. Ein Beitrag zur Volksbildung. Mit Vorwort von Dr. Paul Rohrbach. Chr. H. Tauchnitz, Leipzig 1917. M. 2.50 (kart. M. 3.20).

(Für unaufgefordert eingesandte Bücher übernimmt die Schriftleitung d. „Vortrupp" keine Verantwortung.)

An unsre Leser.

Aus Anlaß verschiedener Anfragen unsrer Leser müssen wir nochmals betonen (vgl. Nr. 7 des „Vortrupp" von 1915), daß wir durch die bekannten Verhältnisse gehindert werden, eine Reihe Notizen und Aufsätze über die Alkoholfrage, insbesondere über den Trinkzwang, jetzt zu veröffentlichen. Sobald die Hinderungen wegfallen, also spätestens nach Kriegsende, werden wir die Sachen, unter denen sich verschiedene Feldpostbriefe befinden, zum Abdruck bringen.

Vortrupp.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Jansen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 10 2. Maiheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Solf.

Berlin, den 2. Mai 1918.

Es scheint mir von Interesse, ein Bild der Zukunft unsrer Kolonien zu zeichnen, wie sich dieses Bild dem berufensten Sachverständigen darstellt, den Deutschland hat: dem Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Dr. Solf. Dieses Bild gewinne ich aus systematischer Durcharbeitung der folgenden fünf öffentlichen Kundgebungen des Staatssekretärs: der Rede in der Berliner „Philharmonie" vom 21. Dezember 1917; dem Briefe von Anfang Januar 1918 an Dr. Grabowsky, den Herausgeber der Halbmonatsschrift „Das neue Deutschland"; der Ansprache von Anfang Februar 1918 auf der Jahrestagung der „Deutschen Evangelischen Missionshilfe"; der Rede in der Reichstagssitzung vom 27. Februar 1918; der Ansprache von Anfang März 1918 in der Abteilung Berlin der „Deutschen Kolonialgesellschaft". — Es handelt sich also heute um einen Bericht darüber, wie der Staatssekretär, unser berufenster Sachverständiger, die kolonialen Dinge des Reiches sieht; wie immer bei solchen Berichten bediene ich mich aber, um die Darstellung lebendiger zu machen, durchgängig der direkten Rede.

Was Solfs Grundanschauungen angeht, so bewegen sie sich durchaus in den Bahnen der ethischen Politik: genau wie Prinz Max von Baden seine politischen Ideen unter den obersten Gedanken des „Weltgewissens" stellt, so kennt Solf ein „internationales Gewissen" (als Forderung für die kommende Entwicklung). Er stellt weiter fest, daß es ein deutsches politisches Gewissen als bereits heute praktisch wirkende Macht gibt, für das gewisse „Postulate unsrer Weltanschauung" bestehen. Er kennt „Pflichten" der weißen Rasse gegen die Eingeborenen, er hält den „Friedensligagedanken" hoch — also den Gedanken, daß man versuchen müsse, die Anarchie zwischen den Staaten zu beseitigen (mit der selbstverständlichen Erklärung: Vorbedingung dafür, daß dieser Gedanke zu einem wirklichen Werkzeug des Friedens werden könne, sei die, daß die Völker gegenseitig ihre Lebensinteressen achteten). — Dieser ethische Grundzug der politischen Gedankenwelt Solfs zeigt sich auch in vielen Einzelheiten, die wir noch berühren werden. In dem kommenden Frieden sieht Solf einen Heilungsprozeß, der mit allen Krankheitsherden aufräumen wird.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

In diesem Heilungsprozeß aber wird die Sicherstellung der kolonialen Zukunft Deutschlands eine große Rolle spielen. Denn die Kolonialpolitik ist für Deutschland eine Lebensfrage und keine Luxusfrage; darüber sind sich unsre Feinde noch nicht genügend klar. Die Gründe, die Deutschland zwingen, seine Kolonialpolitik fortzusetzen, sind von dreierlei Art. Machtpolitische Gründe: Wir müssen einen Anteil an den Herrschaftsgebieten außerhalb Europas haben, wenn wir nicht gegenüber den Weltreichen, die sich immer mehr festigen, auf die Stufe der kleineren Mächte hinabgleiten wollen. Wir müssen auch durch eigenen Besitz, besonders in Afrika, der Gefahr vorbeugen, daß künftig gegen uns Krieg geführt werden kann mit Massenheeren niedriger Rassen, eine Gefahr, die uns der gegenwärtige Krieg besonders deutlich gemacht hat. — Wirtschaftliche Gründe: Wir müssen uns einen ausreichenden Anteil auch an denjenigen Rohstoffen sichern, die für unser Wirtschaftsleben unentbehrlich sind, die aber nur aus tropischen Gebieten zu beziehen sind. Denn auch, wenn es uns gelingt, im Friedensschluß die Drohung mit der Rohstoffsperre zu beseitigen, die unsre Feinde heute noch erheben, auch wenn wir also, worauf wir gewiß den größten Wert legen, nach dem Kriege auch in fremden Kolonien offene Tür und freien Handel finden werden, so bleiben wir damit allein doch dauernd auf die Gnade fremder Mächte angewiesen. — Kulturelle Gründe: Würde die Herrschaft, die die Kulturvölker über weite Gebiete Afrikas und der Südsee errichtet haben, zurückgezogen, so würde die eingeborene Bevölkerung Schaden erleiden und ins Chaos zurücksinken. Wir, die fortgeschrittenen Rassen, haben also schon aus diesem Grunde die Aufgabe, unsre Herrschaft in jenen Gebieten aufrecht zu erhalten, damit die dort einheimischen, zurückgebliebenen Menschen unter unsrer Führung allmählich höhere Stufen der geistigen und moralischen Entwicklung erreichen. Diese Aufgabe ist der ganzen Kulturmenschheit gestellt, an dieser Aufgabe teilzunehmen ist mithin Recht und Pflicht eines jeden der großen Kulturstaaten. Wir Deutschen wollen uns dieser Pflicht nicht entziehen und wollen uns dieses Recht nicht nehmen lassen; wir könnten es also nicht dulden, daß uns andre Staaten aus Eifersucht oder Mißgunst von dieser Mitarbeit fernhielten.

Damit wir Deutschen für die Fortführung unsrer Kolonialpolitik die richtige Grundlage gewinnen, stellt Solf das folgende koloniale Friedensziel auf: Daß zunächst die jetzige Kriegskarte nicht verewigt werden darf, das heißt, daß die deutschen Kolonien, die England besetzt hat, nicht in Englands Händen bleiben dürfen, ist selbstverständlich. Wir wollen unsre Schutzgebiete wiederhaben, und zwar nicht nur in Afrika, sondern auch in der Südsee. Ja, auch die Schutzgebiete in der Südsee: von manchen deutschen Seiten wird ja gewünscht, die preiszugeben, im Interesse eines „geschlossenen Kolonialbesitzes", aber einer solchen Politik des Verzichtes kann die Reichsregierung nicht das Wort reden. — Was nun aber speziell Afrika angeht, so genügt es hier nicht, wenn lediglich der „**status quo ante**" wieder hergestellt wird; das würde nicht ausreichen, um die internationalen Beziehungen dauernd zu beruhigen. Vielmehr müssen unsre afrikanischen Schutzgebiete zu einem Gebilde ausgestaltet werden, das wirklich widerstandsfähig und wirklich leistungsfähig ist. Das bedingt eine gewisse Neuverteilung Afrikas. Die wird besonders unsern Kolonien in Mittelafrika zugute zu kommen haben; es ist aber zu betonen, daß nicht etwa die Rede davon sein kann, als Entgelt dafür Südwestafrika aufzugeben. — Endlich muß der Friedensschluß die Gefahr beseitigen, die dem europäischen Frieden von einer Militarisierung Afrikas droht.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Insbesondere die „Neuverteilung" afrikanischer Gebiete ist, so lehrt Solf, nötig aus den folgenden Gründen: Was bis zum Ausbruch des Krieges vorlag, war eine reine Zufallsverteilung, bei deren Entstehung von einem organischen Werden nie die Rede gewesen ist. Da haben zum Beispiel gewisse Herrschaftsansprüche eine Rolle gespielt, die jetzt ganz und gar veraltet sind *). Und dann hat nicht selten einer der Staaten, die miteinander wettgelaufen sind um den Besitz afrikanischer Gebiete, einen Vorsprung lediglich dadurch erhalten, daß einer seiner Angehörigen es verstanden hat, mit einem eingeborenen Machthaber einen besonders geschickten Vertrag abzuschließen. Das macht gewiß der Kühnheit und dem politischen Instinkt eines solchen unternehmungslustigen weißen Unterhändlers alle Ehre; aber es bleibt doch ein rein zufälliges Ereignis. Und die so entstandene Zufallsverteilung entbehrt eben sehr erheblich der inneren Berechtigung.

Um diesen Zustand zu bessern, ist ja nun (aus philanthropischen Kreisen in England) der Vorschlag gemacht worden, man solle die gesamten europäischen Kolonien in Afrika unter eine gemeinsame internationale Herrschaft stellen. Es wird sich aber, so sagt Solf, bevor man den heute kriegführenden Mächten, ja dem ganzen heutigen Europa, die Erfüllung der ungeheuren Aufgabe zutrauen darf, überseeische Gebiete einträchtig und gemeinsam zu regieren — es wird sich, bevor man das darf, zunächst einmal in Europa selbst das internationale Gewissen in internationaler Praxis zu entwickeln und zu bewähren haben. Darum muß für den diesem Weltkriege folgenden Friedensschluß dieser Gedanke noch ausscheiden und die Besserung der bisherigen „Zufallsverteilung", das „Bild des neuen Afrika", eben im Wege einer Neuverteilung erreicht werden.

Das neue Afrika soll hervorgehen aus der im Friedensvertrage niederzulegenden Verständigung der beteiligten europäischen Staaten. Diese Verständigung muß aus der Erkenntnis erwachsen, daß, wie schon gesagt, die heutige Besitzverteilung in Afrika in keiner Weise dem kolonisatorischen Können und dem Kräfteverhältnis der beteiligten Völker entspricht. Wer aber einen dauernden Frieden, das bedeutet einen Frieden der gerechten Zufriedenstellung, will, der kann nicht wollen, daß eine solche Besitzverteilung in Afrika aufrecht erhalten werde; der muß vielmehr wollen, daß die Leistungsfähigkeit eines Staates, und zwar besonders seine Leistungsfähigkeit auf kulturellem Gebiete, den Maßstab für seine Beteiligung an der Herrschaft über Afrika gebe. Und zwar bedeutet hier kulturelle Leistungsfähigkeit vor allem auch, daß ein Volk durch sein bisheriges Verhalten bewiesen haben muß, daß es fähig ist, auch in den Farbigen die Menschheit zu achten, und daß es versteht, in diesem Geiste zu leiten und zu organisieren: die Verschiebung der bisherigen Zufallsgrenzen in Afrika soll keineswegs nur im Interesse Europas vorgenommen werden, sondern es soll dabei sehr entschieden gefragt werden: „Was fordert Europas und Afrikas gemeinsames Interesse?" — Eine Verständigung der beteiligten europäischen Staaten, die sich auf diesen unausweichlichen Wahrheiten aufbaut, muß es als für die Zukunft undurchführbar erkennen, daß Staaten Ländermassen in Afrika besitzen, die achtzigmal so groß sind, wie ihr europäisches Gebiet, Ländermassen, die sie gar nicht entwickeln können, und ganz gewiß nicht so, wie die Kulturmenschheit es erwarten muß; weil sie nämlich weder Menschen noch Mittel dafür haben. Eine Lage, in der sich Belgien, Frankreich und Portugal befinden, während das Deutsche Reich mit seiner riesigen Leistungsfähigkeit auf jedem und ganz besonders auch auf

*) Ich nehme an, daß Solf da vor allem an Portugal denkt. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kulturellem Gebiete, beschränkt ist auf viel kleinere, und zudem verstreute, afrikanische Besitzungen*).

Wenn danach der kommende Friedensschluß eine auf Verständigung beruhende Neuverteilung der afrikanischen Kolonien bringen muß, noch nicht aber ihre Internationalisierung, so liegt doch in der Forderung nach einer internationalen Kontrolle ein gesunder Grundgedanke: Denn nicht nur die Neuverteilung selbst soll von den beteiligten Staaten im Wege der Verständigung, also in gemeinschaftlicher Arbeit, geleistet werden, nein, für diese gemeinschaftliche Arbeit ist noch weiter in zwiefacher Richtung Raum und Bedürfnis: Einmal ist es durchaus möglich, die Herrschaft des einzelnen europäischen Staates über seine afrikanischen Kolonien dadurch in ihrer Einseitigkeit zu mildern, daß ihm gewisse Beschränkungen auferlegt werden, die ihn nötigen, in seinem afrikanischen Gebiete auch die Interessen der andern europäischen Staaten zu berücksichtigen. Und dann gibt es zweitens gewisse große Fragen, die das ganze Afrika angehen; es ist nötig, in diesen Fragen die Mitarbeit aller kolonisierenden Mächte Europas zu sichern und Richtlinien aufzustellen, nach denen sich diese Mitarbeit vollziehen soll.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, daß in beiden Richtungen die gemeinsame Arbeit nicht etwa etwas Neues ist, sondern nur die Fortführung von längst Begonnenem. Auch in der „Kongoakte", also in der Urkunde, die der letzten Aufteilung Afrikas zugrunde liegt, und die in Berlin unter dem maßgebenden Einflusse Bismarcks zustande gekommen ist, haben sich bereits die europäischen Schutzmächte im gegenseitigen Interesse Beschränkungen auferlegt: haben sich gegenseitig Handelsfreiheit in Zentralafrika zugesichert und Schiffahrtsfreiheit auf den Stromsystemen des Kongo und des Niger. Und von den großen Fragen, die ganz Afrika angehen, hat man in der Kongoakte die Bekämpfung des Sklavenhandels und die Neutralisierung des Kongobeckens international zu regeln gesucht; weitere Verträge zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sklaverei sind gefolgt, und ferner noch Verträge, worin sich die europäischen Mächte vereinigten, um das Liefern von Branntwein und von Feuerwaffen an die Eingeborenen Afrikas zu hindern. Deutschland hat an diesem großen System internationaler Verträge auf das ehrlichste mitgearbeitet, und gerade Deutschland hat für peinlichste Durchführung der getroffenen Abmachungen Sorge getragen: hat doch eben Deutschland einen Versuch gemacht, an der vereinbarten Neutralität des Kongobeckens auch während des Weltkrieges festzuhalten — daß das nicht gelungen ist, hat nur an dem Willen der Gegner gelegen.

Also diese Dinge unterlagen schon vor dem Weltkriege der gemeinsamen Arbeit der europäischen Kolonialmächte. Und weiteres gemeinsames Arbeiten war bereits geplant: Man wollte zum Beispiel große gemeinschaftliche Verkehrsstraßen schaffen, die durch die Besitzungen verschiedener europäischer Mächte hindurchführen sollten. Man wollte gefährliche afrikanische Volksseuchen, so die Schlafkrankheit, in gemeinsamer internationaler Regelung bekämpfen. Und Solf betont ausdrücklich, daß es nötig ist, auf dieser Bahn der internationalen Verträge fortzuschreiten, und zwar in beiden genannten Richtungen, daß weiter

*) Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß eine Neuverteilung afrikanischer Schutzgebiete auch ganz abgesehen davon, daß sie im Wege der Verständigung erfolgen soll nichts gemein hat mit Annexionen in Europa. Deren Wesen — und deren Gefährlichkeit für die Zukunft — liegt darin, daß Teile mündiger Völker gegen ihren Willen einem fremden Staatswesen angegliedert werden. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

noch Einrichtungen geschaffen werden müssen, die es gewährleisten, daß das Abgemachte auch wirklich gehalten wird. Solf verkennt garnicht, daß dieser Weg dann schließlich doch dazu führen kann, daß der Gedanke, die europäischen Kolonien in Afrika zu internationalisieren — also der Gedanke, den, wie gezeigt, Solf für die Zeit des Friedensschlusses als noch nicht ausgereift ansieht —, Wirklichkeit wird. Solf hat nichts dagegen: „Wenn", so sagt er wörtlich, „das in ein solches Vertragssystem einbezogene Gebiet dadurch in weiterer Zukunft allmählich den Charakter einer gemeinschaftlichen Kolonie der europäischen Staaten annehmen müßte, in der die Besitzer der Einzelgebiete zu Treuhändern der Gesamtorganisation werden, so kann die Aussicht auf eine derartige Entwicklung uns in der gekennzeichneten Haltung nicht wankend machen."

Solf betont mit größter Schärfe: Die Mission muß übernational bleiben; an diesem Grundsatze darf nicht gerüttelt werden. Und er erklärt, daß Deutschland nicht daran denkt, seine Kolonien gegen den fremden Handel abzusperren, wie es denn auch in seinen Schutzgebieten eine Benachteiligung fremder Personen und Waren gegenüber deutschen Personen und Waren bisher nicht gekannt hat — im Gegensatz zu Franzosen und Portugiesen.

Es ist schon gesagt worden, daß die europäische Kolonialpolitik im gemeinsamen Interesse Europas und Afrikas betrieben werden muß, daß jede europäische Kolonialmacht auch in den Farbigen die Menschheit achten soll; und daß der Umfang ihres Anspruches darauf, an dem europäischen Kolonialwerke beteiligt zu werden, sehr wesentlich mit danach zu bestimmen ist, wie sie dieser Forderung gerecht wird.

Die deutsche Auffassung insbesondere geht dahin, daß auch hinsichtlich der Eingeborenen der Satz Kants gilt, daß der Mensch niemals bloß ein Mittel sein darf, sondern immer zugleich auch Zweck sein muß: „die Eingeborenen haben ein Selbstzweckrecht". Daß wir uns dieser Kantischen Forderung fügen, das verlangt unser deutsches politisches Gewissen, das ist ein „Postulat unsrer Weltanschauung"; aber auch unser eigenes, richtig verstandenes, nationales Interesse fordert das: Denn wir, wie alle Europäer, können für alle unsre Unternehmungen in Afrika die schwarze Arbeitskraft nicht entbehren; darum ist es unser eigenes höchstes Interesse, daß sich die afrikanischen Volksstämme in unsern Kolonien gesund entwickeln. Nun besteht aber die größte Gefahr, daß nach diesem Kriege in allen europäischen Kolonien Afrikas mit der Menschenkraft der Eingeborenen Raubbau getrieben werde. Die Neigung wird sich ganz naturgemäß daraus ergeben, daß das durch den Weltkrieg erschöpfte Europa einen gewaltigen Hunger nach den Erzeugnissen der Tropen haben wird. Das wird Viele verführen, gewissenlose Ausbeutepolitik zu versuchen, die sich auf die natürlichen Schätze des Landes und eben auch auf die Kraft der schwarzen Menschen werfen wird. Und diese zweite Form des Raubbaues ist um so gefährlicher, als infolge von Stammeskämpfen, Hungersnöten, Seuchen, die in weiten Strecken Afrikas bisher immer wiedergekehrt sind, Afrika ohnehin dünn bevölkert ist.

In der Behandlung der Eingeborenen war Deutschland seit der Verwaltung des Reichskolonialamts durch Dernburg auf dem richtigen Wege. Die große Probe, die das dargetan hat, ist der Krieg gewesen: in allen unsern Kolonien sind die Eingeborenen zu uns gestanden, obwohl den meisten unter ihnen bewußt war, daß es nur galt, einen verlorenen Posten zu verteidigen. Es gehört zur Politik unsrer Feinde, diesen Tatbestand umzufälschen und mit „kultureller Geste" zu behaupten, die Deutschen seien grausam, sie hätten in ihren Kolonien gegenüber den Eingeborenen eine brutale Politik der Ausbeutung und der Ausrottung betrieben; die „Kulturnationen" könnten es daher vor ihrem Gewissen nicht ver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

antworten, wenn die Deutschen die Gelegenheit wiederfänden, ihre „scheußlichen Kolonisationsmethoden" praktisch zu betätigen. Viele englische, französische und sogar belgische Schreiber haben darüber geschrieben. Und dabei ist das alles weiter nichts als eine Wiederaufwärmung der Vorwürfe, die seinerzeit gegen König Leopold von Belgien und seine Kongoregierung vorlagen. Man hat jetzt sozusagen einfach die Schriften der gegen das belgische Regiment am Kongo gegründeten „Kongoliga" mit neuen Titeln versehen und in neue Einbände gebunden. Den Engländern insbesondere ist ganz genau bekannt, daß ihre Anklagen gegen unsre koloniale Vergangenheit auf trügerischem Boden stehen; Solf weiß speziell, wie Gouverneure von englischen Kolonien, mit denen er vor dem Kriege oft über Eingeborenenbehandlung gesprochen hat, über die deutsche Eingeborenenpolitik denken. Viele Engländer, die gegen unsre afrikanischen Truppen gekämpft haben, schämen sich, daß Landsleute von ihnen sich nicht scheuen, den tapferen Gegner mit Schmutz zu bewerfen. Wir Deutschen haben das größte Interesse daran, nach dem Kriege die gesamten von englischer Seite aufgestellten Behauptungen über „Greuel" in der deutschen Eingeborenenbehandlung einer internationalen Untersuchung und Aufklärung zu unterbreiten. Aber auch heute dürfen wir nicht stillhalten; wir sind es unsrer kämpfenden Truppe draußen schuldig, ihre Verleumder an den Pranger zu bringen. Umgekehrt liegt aber Stoff genug vor, für derartige Anklagen gegen die neue — das will sagen: gegen die seit Kriegsbeginn betriebene — englische Eingeborenenbehandlung in Englands Kolonien. Es handelt sich da um Ceylon, um Ostindien und um Singapore, wo überall während des Krieges ein furchtbares Blutregiment geherrscht hat; das Material ergibt sich aus englischen amtlichen Handlungen selbst und aus englischen Untersuchungen.

Es ist bereits gesagt worden, daß eines unsrer kolonialen Friedensziele dieses ist: die Gefahr zu bannen, die dem europäischen Frieden von einer Militarisierung Afrikas droht. Damit kommen wir zu einem Teile des soeben erörterten Problems der Eingeborenenbehandlung, der noch eine besondere Betrachtung verlangt: Für den zukünftigen Frieden Europas ist eine neue drohende Gefahr dadurch erwachsen, daß jetzt die Möglichkeit besteht, farbige Massenheere auf die Beine zu bringen. Und außerdem beeinträchtigt eine Militarisierung der Eingeborenen auch die Entwicklung der afrikanischen Kolonien selbst sehr schwer.

Diese Gefahren hat Europa Frankreich zu verdanken: Frankreich hat das große Kolonialreich, das es nach 1870 erreicht hat, von vornherein auch mit dem Ziele gegründet, es auch für Europa militärisch auszunutzen. Schon seit Jahren hatte Frankreich den Gedanken gepflegt, ja in dem Gedanken geradezu geschwelgt, seine eigenen Streitkräfte durch eine „schwarze Armee" zu ergänzen. Es hat zuerst mit — sogenannten — „freiwilligen" Anwerbungen gearbeitet, und es ist dann, als die nichts mehr nützten, bald zu Zwangsaushebungen in großem Stil geschritten. So hatte es sich schon vor dem Weltkriege in seinen afrikanischen Besitzungen ein stehendes Heer von rund 100 000 Mann geschaffen und konnte nach Ausbruch des Krieges Tausende von Eingeborenen auf die europäischen Kriegsschauplätze werfen. — England hat in seinen afrikanischen Kolonien stets starke Eingeborenentruppen gehabt (und in Ostindien noch viel stärkere). Auch England ist dabei ohne einen „gelinden Zwang" bei der Aushebung der Eingeborenen nicht ausgekommen. Den Gedanken allerdings, nach Frankreichs Muster solche Eingeborene in Europa gegen Europäer zu verwenden, hätte England früher mit Entrüstung von sich gewiesen. Jetzt im Weltkriege aber ist England darin den Franzosen erst schüchtern, dann immer stärker

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gefolgt, und es gibt jetzt in England eine Schule, die sich unbedingt zu der französischen Auffassung bekennt; ihr Sprecher ist Winston Churchill, von dem die Äußerung stammt: „Wir haben aus unsern Eingeborenen noch lange nicht genug Vorteil für den Krieg in Europa gezogen."

Demgegenüber hat sich Deutschland nicht nur niemals an der Militarisierung der Eingeborenen beteiligt, sondern Deutschland hat sogar versucht, ihr entgegenzuwirken: durch internationale Verschärfung der Beschränkungen, die die „Antisklavereiakte" gegen Waffeneinfuhr und Waffentragen der Eingeborenen in Afrika enthält. Darüber hinaus hat Deutschland es erwirkt, daß im Jahre 1908 eine internationale Konferenz, mit dem Ziele, die Einfuhr von Waffen und Munition in Afrika noch weiter zu beschränken, in Brüssel zusammentrat. Auf dieser Konferenz hat Deutschland die weitgehendsten Anträge gestellt; wer aber hat es zuwege gebracht, daß die Arbeiten der Konferenz scheiterten? Hauptsächlich Frankreich! — Dementsprechend hat Deutschland in Afrika niemals Truppen gehabt, die ausgebildet und ausgerüstet gewesen wären für einen Kampf mit weißen Mächten. Was Deutschland in Afrika an bewaffneter Macht hielt, das hatte lediglich die Aufgabe, für Ruhe und Ordnung unter den Eingeborenen zu sorgen, Aufstände von Eingeborenen zu unterdrücken und die Antisklavereibewegung zu unterstützen. Die ganze deutsche Schutztruppe — für das gesamte deutsch-afrikanische Kolonialreich mit seinen rund zwölf Millionen Einwohnern — zählte noch nicht ganz 4000 Mann, wozu etwa ebensoviele Polizisten kamen, die mehr Amtsdiener waren als Soldaten. Die Schutztruppe stand nur in Ostafrika und Kamerun. In Togo gab es lediglich Polizisten, und in Südwestafrika hatten wir weder Schutztruppen noch Polizisten, sondern nur etwa 1800 weiße deutsche Soldaten. Alle diese Truppen besaßen so gut wie gar keine Geschütze; von unsern Küstenstationen in Afrika hatte überhaupt keine einzige Artillerie, während England und Frankreich eine Reihe ihrer afrikanischen Häfen als vollständige Marinestationen ausgerüstet hatten: wir Deutschen hatten ja niemals daran gedacht, Afrika zum Kriegsschauplatz für Weiße zu machen. Ja, selbst nach Kriegsbeginn haben wir, fußend auf den Bestimmungen und noch mehr auf dem Geiste der „Kongoakte", versucht, Afrika zu neutralisieren. Wir haben das getan kraft der Überzeugung, die wir Deutschen von den Pflichten der weißen Rasse gegenüber den Eingeborenen haben, und kraft unsrer richtigen Würdigung der Stellung der weißen Rasse zur schwarzen Rasse. Belgien hatte sich Dem angeschlossen, und in dieser Beziehung wollte auch Frankreich anscheinend folgen; aber hier hat England abgelehnt: Für England war eben die Versuchung, seine militärische Überlegenheit in Afrika auszunutzen, stärker als sein kolonialpolitisches Verantwortungsgefühl; dann hat es Frankreich und Belgien wieder mitgerissen.

So haben unsre Feinde die Eingeborenen Afrikas militarisiert; so haben sie den Krieg nach Afrika getragen, und so haben sie sich ferner ein Eingeborenenheer von mehreren hunderttausend Mann auf die europäischen Kriegsschauplätze geholt. Deutschlands Programm dagegen ist das, das aus seiner Haltung vor und in dem Weltkriege eben deutlich erhellt: Keine Militarisierung in Afrika. Und daran hält die deutsche Regierung auch heute noch fest: das üble Beispiel vom Gegenteil, das unsre Feinde gegeben haben, finden wir lediglich abschreckend. Wir Deutschen sind zu haben für jede vertragsmäßige Einschränkung der militärischen Rüstungen in Ostafrika: selbstverständlich unter dem Gesichtspunkte „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten"; wir wollen nicht militarisieren, aber die Andern sollen es auch nicht dürfen.

Übrigens wird sich als das beste Mittel, der Militarisierung Afrikas vorzubeugen, die Neuverteilung afrikanischer Kolonialgebiete, wie Solf sie fordert,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

erweisen: Werden erst unsre heutigen Feinde damit zu rechnen haben, daß der deutsche Kolonialbesitz so groß ist, daß — falls militarisiert werden würde — die schwarze Armee Deutschlands ihrer eigenen die Wage halten könnte, dann würde ja eine Entsendung ihrer eigenen schwarzen Armee nach Europa ihre Kolonialgrenzen der schwarzen Armee Deutschlands öffnen. Sie könnten also schwarze Armeen, auch wenn sie sie hätten, nicht mehr in Europa verwenden. Und durch diese Erkenntnis wird ihr Interesse, überhaupt ein Eingeborenenheer aufzustellen, stark vermindert werden.

Wie schon gesagt: Das neue Afrika soll hervorgehen aus der im Friedensvertrage niederzulegenden Verständigung der beteiligten europäischen Staaten. Dafür, ob eine solche Verständigung möglich sein wird, kommt es ersichtlichermaßen im wesentlichen darauf an, wie sich England stellen wird. — Schon vor dem Kriege gab es in England zwei Richtungen. Die eine vertrat den Standpunkt: „England ist gesättigt und will eine allgemeine Weltberuhigung herbeiführen, dadurch daß es andre hochstrebende Völker zufriedenstellt." Die zweite Richtung dagegen sagte: „England ist nie gesättigt, bevor es eine lückenlose Weltherrschaft hat." Nun ist es klar, daß die Welt mit der ersten englischen Anschauung leben kann, mit der zweiten aber nicht.

Die zweite, die unerträgliche, englische Auffassung ist vor nicht langer Zeit sehr eingehend vertreten worden von dem General Smuts, burischem Südafrikaner und Mitglied des englischen Kriegskabinetts. Smuts will nicht mehr und nicht weniger als Dies: Deutschland als Kolonialmacht vernichten, genau so, wie Lloyd George Deutschland als Festlandsmacht vernichten will und Carson als Industriemacht. Bei seiner Begründung dieses merkwürdigen Programms spricht Smuts bezeichnenderweise nicht mehr, nach der sonst jetzt üblichen britischen Art, von den „Rechten der andern Nationen" und vollends nicht mehr von dem „Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen". Er argumentiert lediglich dahin: Deutschland müsse als Kolonialmacht vernichtet werden, um der „Sicherung des britischen Weltreiches" willen. Das liege einmal so, weil insbesondere Ostafrika zu den allerwertvollsten tropischen Kolonien gehöre: kein Teil Afrikas sei geeigneter für eine Großproduktion tropischer Rohstoffe. Man wisse ja nun jetzt, daß ohne eine überreichliche Versorgung mit tropischen Rohstoffen die modernen hochentwickelten Industrien unmöglich seien. Nun, und eine so wertvolle Kolonie dürfe natürlich England nicht an Deutschland zurückgeben. Mit andern Worten: Deutschland soll das einzige große Schöpfbecken nicht wiederhaben, das es für seine „moderne hochentwickelte Industrie" bisher gehabt hat. Außerdem aber, meint Smuts, brauche England die deutschen Kolonien, und besonders wiederum Ostafrika, als Bindeglied zwischen Südafrika, Ägypten und Indien. Es müsse eine eigene Landverbindung, insbesondere eine Eisenbahnverbindung, vom Südende Afrikas bis zum Nordende haben. Es ist ja eine köstliche Idee, daß der General Smuts aus der Herrlichkeit der deutschen Kolonien und aus ihrer bequemen Lage für eine große englische Überlandverbindung sozusagen ein ethisches Recht Englands folgern will, diese Länder zu behalten. Es kann übrigens sein, daß Smuts selbst fühlt, wie komisch das eigentlich ist. Denn schließlich kommt er doch noch mit so einer Art moralischer Begründung, die ausgerechnet dahin geht, wenn Deutschlands Kolonialmacht bleibe, dann sei zu befürchten, daß — die farbigen Stämme Afrikas militarisiert würden. Wie unehrlich das ist, ergibt sich aus dem, was hier heute über Deutschlands Stellung zu dieser Frage schon gesagt ist. Wenn Smuts, wie es wohl der Fall sein mag, eine Militarisierung Afrikas wirklich fürchtet, dann hätte er ja alle Veranlassung, gegen den oben

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

genannten Ausspruch seines Reichsgenossen Winston Churchill aufzutreten und sich dafür offen zu dem deutschen Standpunkt zu bekennen, wie er tatsächlich ist, anstatt ihn so zu verdrehen *).

Smuts stellt also eine englische „Monroedoktrin" für Afrika gegen uns auf, und hinter ihm stehen große Interessen und starke Leidenschaften großer Gruppen in England; hinter ihm steht auch die heutige britische Regierung des Lloyd George. Solange dieser Geist, solange diese kriegsvergnügte Boxergesinnung in England herrscht, können wir natürlich mit England zu keinem Frieden kommen, und ganz gewiß nicht zu der Verständigung über Afrika, die wir brauchen.

Aber es gibt in England auch gemäßigtere Stimmen, die verlangen, man solle den ganzen Komplex der Kolonialfragen der Beratung auf der späteren Friedenskonferenz vorbehalten. Es mehrt sich die Zahl der Engländer, die Zahl der aufrichtigen Träger des Friedensgedankens in England, die zu einer kolonialen Verständigung mit uns Deutschen nicht nur geneigt sind, sondern die eine solche Verständigung für eine Vorbedingung der Weltberuhigung halten. Diese Gegenströmungen gegen die allenglischen Strömungen gibt es. Und es hieße, in die Fehler unsrer Feinde verfallen, wenn wir so tun wollten, als sähen wir sie nicht. Der Friede und die nötige Verständigung über Afrika wird da sein, sobald diese Gegenströmung in England den Umschwung herbeigeführt hat, der die Boxer — Lloyd George, Smuts und Genossen — wegfegt. Wer einen solchen Umschwung nicht auch in England für möglich hält, einen Umschwung, der gleichzeitig, wie der entsprechende Umschwung in allen Ländern, eine Rückkehr zu dem besten Streben der Vergangenheit sein wird, den darf man für einen unverbesserlichen Pessimisten erklären. Vielmehr: dieser Umschwung muß und wird kommen, auch in England. Denn die Lloyd George, Smuts und Genossen können sich nur halten, solange das englische Volk ihnen noch glaubt, daß sie fähig seien, ihr Versprechen zu erfüllen, nämlich uns Deutschen militärisch niederzuringen und dem deutschen Volke einen englischen Frieden zu diktieren. Es ist möglich, daß wir noch lange kämpfen müssen**), bis alle Trugbilder im Geiste des englischen Volkes zusammengebrochen sind, auf die Lloyd George, Smuts und so weiter ihre Boxerpolitik aufbauen, aber diese Trugbilder werden zusammenbrechen. Unsre Waffen können und werden diesen Gesundungsprozeß im eng-

*) General Smuts ist Bure, daran wolle man sich erinnern! Nicht etwa, um ihn als „Verräter" zu verschreien; die Kinderei, diejenigen Buren, die, getreu ihrem mit England früher geschlossenen Friedensvertrage, in dem jetzigen Kriege zu England gestanden haben (Smuts, Botha und andre) „Verräter" zu nennen, ist leider von einer Anzahl deutscher Zeitungen begangen worden; diese Kinderei ist aber so kindisch, daß wir Derartiges Franzosen oder Italienern hätten überlassen sollen: Diese Buren sind ebensowenig „Verräter", wie französisch sprechende Lothringer oder dänische Nordschleswiger, die treu zu Deutschland stehen, „Verräter" sind. Aber aus zwei andern Gründen soll man die Haltung Smuts', Bothas und der überwältigenden Mehrzahl der Buren nicht vergessen: Einmal, damit allmählich unser ganzes Volk begreife, wie töricht und kritiklos die deutsche Burenbegeisterung war, die uns am liebsten schon Anfang 1896 um der schönen Augen der Buren willen in einen Krieg mit England gestürzt hätte. Und zweitens, damit wir (wie ich das hier schon im ersten Aprilheft gesagt habe) von den Engländern lernen, wie man Fremde, die dem eigenen Reiche eingegliedert oder angegliedert werden, behandeln soll, damit sie Freunde werden. Unser Problem gegenüber den nichtdeutschen Massen in den baltischen Provinzen! D. Verf.

**) Das sagte Solf am 21. Dezember 1917. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

lischen Volke beschleunigen, schließlich aber muß sich wie überall die Natur des Patienten selbst helfen. — Wir dürfen darauf vertrauen, daß die Gestalt des deutschen Afrikahelden Lettow-Vorbeck in den englischen Jahrbüchern dieses Krieges dereinst eine ebenso sagenhafte Größe haben wird wie in unsern deutschen.

Fidelis.

Haben wir zuviel Statistik?

Wir sind heute den älteren Zeiten voraus, wo man für gewöhnlich keine statistischen Erhebungen veranstaltete, wiewohl man sich oft die Bevölkerungsstatistik der Römer, aber auch die der mittelalterlichen Städte als viel zu gering vorstellt. Aber der Stolz darauf, wie herrlich weit wir's gebracht, ist hier nicht am Platze. Denn die Frage ist nicht, ob wir viel oder wenig Statistik haben, sondern ob wir so viel haben, wie wir brauchen. Der mittelalterliche Staat kam mit wenig Statistik aus, weil er kaum wirtschaftliche Aufgaben hatte, sondern diese den kleineren Verbänden überließ. Wie hätte dagegen ein Unternehmen wie unsre jetzige Kriegswirtschaft ohne umfassende statistische Grundlage auch nur versucht werden können?

Die Wahrheit ist, daß wir für die heutigen Aufgaben noch lange nicht genug Statistik haben, vor allem aber, daß auch mit der vorhandenen die Meisten nichts anfangen können. Erklärte doch kürzlich der Direktor des statistischen Amts in Schöneberg, Dr. R. Kuczynski, in der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung, daß an den argen Mißgriffen unsrer Kriegsernährung der Mangel an Verständnis für Zahlengrößen viel Schuld trage. Er führt Fälle an, daß Leute in den verantwortungsvollsten Stellungen sich grobe Rechenfehler zuschulden kommen lassen, während die Gesetzgeber es unter ihrer Würde zu halten scheinen, so gemeine Dinge wie statistische Zahlen nachzuprüfen.

„Daß mit den bloßen zufälligen Eindrücken, den systemlosen Erfahrungen nichts anzufangen ist, läßt sich leicht zeigen.

Bei klarem Frostwetter hört man oft die Bemerkung: Das ist mal ein gesundes Wetter. Die reine Luft, so glauben die meisten, tilge die Krankheitskeime. Aber das kalte, klare Wetter ist gerade das ungesündeste, wie die Statistik zeigt. Solch ein Frosttag sieht hübsch aus, stimmt heiter, und das ist wahrscheinlich der Grund jenes Vorurteils, das aber nichts weiter ist, als eben ein Vorurteil.

Von den Männern, die sich in den Kolonien niederlassen, glauben besonders junge Leute, sie seien durchweg voll des reinsten Idealismus. Getrieben von dem Wunsche, ihrer Heimat, der Menschheit zu dienen, gehen sie in die Einöde als Pioniere der Kultur. Solche Idealisten gibt es freilich. Daß dies aber nicht der Durchschnittstypus ist, zeigt die Kriminalstatistik mit unbarmherziger Deutlichkeit. 1912 wurden in Deutschland 580 000 Personen verurteilt, also kam eine Verurteilung auf 108 Personen. Hingegen in Deutsch-Ostafrika kam eine Strafsache auf 15 Weiße, in Kamerun auf 26, in Togo auf 9, in Südwestafrika auf 30, in Neuguinea auf 32, in Samoa auf 19, in Kiautschou auf 35. Jeder kann sich die Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reichs errechnen.

Wenden wir uns nun zur Geschichte. Die landläufige Geschichtschreibung ist ganz von fabelhaften Zahlen durchwuchert. Noch immer zieht Xerxes mit einem Millionenheer ins Feld, noch immer fallen auf den Catalaunischen Feldern Hunderttausende, vermehren sich die Kinder Israel in Ägypten von 70 Köpfen auf ein paar Millionen. Nicht viel besser steht es mit der neueren Geschichte.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

H. Delbrück in seiner Geschichte der Kriegskunst führt u. a. an, daß noch in neueren Darstellungen der Befreiungskriege zu lesen ist, die märkische Landwehr hätte in einem gewissen Gefecht 4000 Franzosen mit dem Kolben den Schädel eingeschlagen, während es in Wahrheit etwa 30 waren. Vielleicht das Tollste sind die Angaben über die Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges. Deutschland soll die Hälfte, ja drei Viertel und mehr seiner Bewohner verloren haben (denn auf ein paar Millionen kommt es den Darstellern nicht an), wogegen die ernsthafte Forschung heute überwiegend annimmt, der Rückgang der Bevölkerung sei nicht nennenswert gewesen. Es leuchtet ein, daß durch märchenhafte Zahlen wie diese die ganze Sachlage auf den Kopf gestellt wird und daß die Geschichte ihres Amtes, Klarheit in die Dinge zu bringen, auf diese Weise nicht walten kann.

Ein Beispiel möge dagegen zeigen, welche überraschenden Aufschlüsse die echte zahlenmäßige Betrachtung nicht selten gewährt. Um die Zustände zu schildern, die Napoleon I. bei seinem Regierungsantritt vorfand, führt ein Geschichtschreiber an, daß man durchschnittlich in jedem Departement Frankreichs über 30 000 Bettler zählte (in ganz Frankreich also 250 000), daß ferner in einem einzigen Departement noch 1801 90 Raubmorde vorfielen. Die Meisten lesen solche Zahlen, ohne sich viel dabei zu denken. Die Zahlen gewinnen erst Leben, wenn man bekannte Zustände zum Vergleich daneben hält. Wenn man, gestützt auf jene Angabe, die Zahl der jährlichen Raubmorde in Frankreich vor Napoleon auf etwa 6500 veranschlagt, so heißt das, daß von je 3800 Menschen einer einem Raubmorde zum Opfer fiel. Dagegen im Deutschen Reich betrug kürzlich die Zahl der Mörder überhaupt (nicht nur der Raubmörder) 94, also erst auf ungefähr 700 000 Menschen kam ein Mörder. Napoleon machte durch seine ausgezeichnete Verwaltung jenen entsetzlichen Zuständen in kurzer Zeit ein Ende.

Oder, um ein zweites Beispiel zu geben, wie wird uns die Erbärmlichkeit des **ancien régime** greifbar nahe gerückt, wenn wir lesen, daß der Sold und Unterhalt der Truppen 44 Millionen, die Gehälter der Offiziere aber 46 Millionen kosteten, daß der Hof weit über 100, zuzeiten fast 200 Millionen verschlang, wogegen für Brücken und Landstraßen 4, für öffentliche Bauten 2, für wissenschaftliche Anstalten 1 Million ausgegeben wurden. Zahlen wie diese sollte man im Unterricht verwerten, man sollte betrachtend bei ihnen verweilen. Das wäre nicht nur Geschichte, sondern auch Bürgerkunde.

Doch fehlt noch viel, daß für die Kenntnis der Gegenwart die statistischen Ergebnisse nach Gebühr ausgenutzt werden. Auch gibt uns auf manche wichtige Fragen die Statistik noch keine sichere Antwort. Die wichtigste von allen wäre wohl: bewegen wir uns in aufsteigender Linie, ist zu hoffen, daß Mangel und Elend, wenn wir wie bisher fortschreiten, in absehbarer Zeit schwinden werden? Hier spielt die Willkür eine große Rolle. Die Meisten neigen zum Optimismus. So verstieg sich einer unsrer ersten Gelehrten vor kurzem zu der Behauptung, es sei der sozialen Gesetzgebung gelungen, „das wirtschaftliche Elend fast vollständig auszurotten". Die einfachste Betrachtung zeigt doch, daß Arbeitslosigkeit, Überanstrengung in geradezu mörderischen Industriezweigen, Wirtschaftskrisen mit all ihren furchtbaren Erscheinungen noch zahllose Opfer fordern, daß ganze Bevölkerungsklassen noch dicht am Rande des Hungertodes stehen.

Aber ist nicht wenigstens in letzter Zeit eine Besserung eingetreten? Auch das ist keineswegs sicher.

Nehmen wir das Buch des Engländers W. J. Ashley, **The progress of the German working classes in the last quarter of a century (London 1904).** Da ist sorgsam alles zusammengetragen, was dafür spricht, daß unsre Arbeiter sich jetzt besser stehen als vor einigen Jahrzehnten. Doch scheinen mir wichtige Punkte

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nicht genug berücksichtigt zu sein. Daß die Löhne gestiegen sind, ist unleugbar, aber das will wenig besagen, solange man nicht genau weiß, um wieviel gleichzeitig die wichtigsten Lebensmittel aufgeschlagen sind. Ferner wenn Ashley glaubt, die Wohnungsverhältnisse hätten sich gebessert, so ist doch nicht zu vergessen, wieviel schwerer es heute, bei den riesig angewachsenen Städten, dem Stadtbewohner gemacht ist, ins Freie zu kommen und in gesunder Luft aufzuatmen.

Auch die Beweisführung Helfferichs (Deutschlands Volkswohlstand 1888 bis 1913) ist nicht überzeugend. Hier werden einige Dinge herausgegriffen, um an dem gesteigerten Verbrauch den vermehrten Wohlstand zu zeigen. Aber wenn vor 25 Jahren der Verbrauch an Baumwolle nur 4,19 kg auf den Kopf betrug, jetzt dagegen 7,56 kg, so folgt daraus noch nicht, wie Helfferich will, daß wir uns jetzt besser kleiden. Denn wir wissen ja noch nicht, ob auch der Verbrauch an Wolle und Leinen zugenommen oder wenigstens nicht abgenommen hat. So greift Helfferich auch einige Nahrungsmittel heraus, die jetzt mehr verzehrt werden als früher. Wie aber, wenn gleichzeitig, was sogar sehr wahrscheinlich ist, der Verbrauch von Milch, Eiern, Butter, Schmalz abgenommen haben sollte? Man vergißt zu oft, daß in der Statistik Beispiele nicht genügen, daß man nur durch restlose Erfassung des ganzen Stoffes zum Ziel kommt. In diesem Fall bliebe nichts übrig, als sämtliche wichtigeren Nahrungsmittel vorzunehmen.

Wo die wirtschaftliche Frage so unsicher liegt, würde es sich empfehlen, die Moralstatistik zu Hilfe zu nehmen. Man weiß z. B., daß die wirtschaftlichen Zustände die Zahl der Verbrechen beeinflussen. Je besser das Volk sich nährt, desto mehr nehmen die Verbrechen ab. Hätte Ashley das bedacht, er hätte vielleicht weniger zuversichtlich gesprochen. Denn wir sehen auf diesem Gebiet leider in Deutschland keine Besserung. 1882 kamen auf 100 000 Menschen 1086 Verurteilte. Diese Zahl stieg allmählich auf 1124 im Jahre 1891. Eine wirtschaftliche Krise ließ sie 1892 plötzlich auf 1202 emporschnellen, und bis 1895 schwoll sie auf 1249 an. Ungefähr auf dieser Höhe hielt sie sich bis 1899; 1900 sank sie auf 1198, stieg aber 1901 wieder auf die erschreckende Höhe von 1256, 1903 gar auf 1279, und sank in den folgenden Jahren nur ganz wenig und nicht ohne Rückfälle, ohne je wieder den niedrigen Stand der achtziger Jahre zu erreichen. 1911 betrug sie noch 1198. Diese Zunahme der Verbrechen spricht nicht gerade für Besserung der wirtschaftlichen Lage.

Ashley beruft sich auch auf die Verringerung der Sterblichkeit ungefähr seit 1896. Diese ist allerdings unleugbar, aber gerade hier sieht man, wie vorsichtig man bei der Deutung statistischer Tatsachen sein muß. Ist doch gleichzeitig, wie bekannt, auch die Geburtenziffer sehr stark zurückgegangen, und offenbar stehen beide Erscheinungen in ursächlichem Zusammenhang. Die Säuglinge haben eine besonders hohe Sterblichkeit. Wo es ihrer wenige gibt, da muß selbstverständlich die durchschnittliche Lebensdauer sich erhöhen. Dies ist also nur scheinbar ein günstiges, in Wirklichkeit vielmehr ein recht bedenkliches Anzeichen.

Ich hoffe gezeigt zu haben, wie wichtig die Statistik, daß aber andererseits sie nicht so einfach zu handhaben ist. Es bedarf noch einer gründlichen Schulung. Im Geschichts- und namentlich im Geographieunterricht sollte man den Zahlensinn wecken, nicht indem man Zahlen auswendig lernen läßt, sondern indem man mit ihnen umgehen lehrt. Auch der Rechenunterricht könnte der Statistik dienstbar gemacht werden, indem er seine Beispiele dem Leben entnimmt. Statt so weltfremder Aufgaben wie: 25,4 m kosten 18,65 M., wieviel kosten 162,6 m? — schlage ich beispielsweise vor:

In Hamburg wurden im Jahre 1912 23 062 Kinder geboren, wovon im ersten Jahre 2963 starben. In Westpreußen waren die entsprechenden Zahlen

61 463 und 11 756, in Waldeck 1495 und 98. Berechne für diese drei Gebiete die Säuglingssterblichkeit. (Es ergibt sich, daß Westpreußen, eine agrarische Gegend mit vorwiegendem Großgrundbesitz, dreimal so ungünstig dasteht wie Waldeck, wogegen Hamburg in der Mitte steht.)

Ähnliche Beispiele ließen sich, wenn man will, in Menge finden.

Die Schüler müssen aber auch angeleitet werden, selbst nach ihren Kräften sich als Statistiker zu betätigen, Schätzungen, Zählungen, Messungen von Menschen, Tieren, Pflanzen, Geldsummen, Raumgrößen anzustellen. Sehr lehrreich sind z. B. die statistischen Wetterbeobachtungen. Zahl der Regentage, nach Jahreszeiten geordnet, der Gewitter, der Schneefälle, der Hagelschauer; Beobachtung der Winde; mittlere Temperatur der einzelnen Monate. Hier ist auch der Ort, verbreitete Meinungen wie die vom Einfluß des Mondes auf das Wetter oder die Regel, daß auf einen heißen Sommer ein kalter Winter folge, statistisch zu prüfen. Möglichst genaue Resultate sind nicht erforderlich, die Hauptsache ist, daß das Interesse geweckt und eine erste Anleitung gegeben wird. Darauf können dann die Erwachsenen weiterbauen. Sorgfältige Haushaltsabrechnungen sind für die Wissenschaft unschätzbar und zur Aufhellung mancher noch dunkler Gebiete unentbehrlich. Aber auch dem Einzelnen sind sie wertvoll als eine Erziehung zur Sparsamkeit. Mancher würde doch vielleicht zur Einsicht kommen, wenn ihm zahlenmäßig klar würde, ein wie erschreckend großer Teil seines Einkommens durch Alkohol, Tabak und Kinobesuch verschlungen wird. Ich kannte jemanden, der beständig klagte, sein Einkommen gestatte ihm nicht, sich ein gutes Buch zu kaufen. Dabei trank er täglich ein paar Glas Bier und ließ die Zigarre den Tag über nicht ausgehen. Hätte er diese Ausgaben eingestellt, ja auch nur eingeschränkt, er hätte sich in wenigen Jahren eine stattliche Bücherei zulegen können.

Hat die Schule den Grund gelegt, so werden die Erwachsenen nachher ernsten statistischen Arbeiten nicht mehr gleichgültig und verständnislos gegenüberstehen. Freilich können auch die Statistiker selbst noch manches tun, um ihren Büchern mehr Eingang zu verschaffen, namentlich indem sie ihren Zahlenreihen einen lehrreichen Text beigeben, was jetzt nur selten geschieht. Ein Buch, das nur aus Zahlen besteht, wie das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches, ist nun einmal nicht nach jedermanns Geschmack, obgleich Naumann es das interessanteste Buch Deutschlands nennt.

Was ich sage, wird vielleicht Manchem neu und kühn erscheinen, aber eine neue Zeit braucht neue Kräfte. An dem schwierigen Werk des Wiederaufbaus, das unser harrt, wird auch der Statistik ihr Teil zufallen.

Ernst Müller-Holm.

Briefe an eine Mutter.

2.

Verehrte gnädige Frau!

Also doch! — Eigentlich habe ich es auch nicht anders erwartet und bin von Herzen froh darüber, daß Sie sich entschlossen haben, Ihr Kleeblatt bei sich zu behalten und die Erziehung der Kinder nicht in fremde Hand zu geben.

Innerlich müssen Sie doch im großen und ganzen die alte geblieben sein, Ihr Lebensmut und Ihr Schaffensdrang haben — Gott sei Dank! — noch nicht gelitten trotz des Schweren, das Sie schon durchgemacht haben. Und das ist es in erster Linie, was mich so froh macht.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die hübsche Amateurphotographie der Kinder habe ich lange anschauen müssen. Ihre Älteste sieht Ihrem verstorbenen Gatten sehr ähnlich, der Junge gleicht mehr Ihnen, gnädige Frau, und die Jüngste scheint Ihr vollständiges Ebenbild zu sein. So müssen Sie als Kind auch ausgeschaut haben!

Doch was mag das harte Leben diesen drei reizenden Kindern dereinst an Freud und Leid noch alles bescheren? Wohin mögen Anlagen und Lebensumstände ein jedes führen?

Welch furchtbare Verantwortung haben wir Erwachsenen der Jugend gegenüber, eine Verantwortung so riesengroß und erdenschwer, daß wir sie allein nicht tragen könnten. Doch das brauchen und sollen wir ja auch nicht, sind wir doch nur Säeleute, die ihren Samen ausstreuen. Sonnenschein und Regen des Schicksals erst bringen die Frucht zum Reifen. Die verborgene Liebe, die hinter den Dingen und Verhältnissen steht und sacht und fast unmerklich ein jedes Leben sorgsam behütet, wenn es sich ihr anvertraut, tut ja immer das Beste. Ihr fest und bewußt vertrauen und auf den stillen Segen von oben hoffen — ohne das möchte und könnte ich nicht an Kindern arbeiten.

Wie schön, daß wir gerade in diesem wichtigsten Punkte übereinstimmen! Mich hat die Zeit — um ehrlich zu sein — immer kleinmütiger gemacht. Manche schreckhaft bittere Erfahrung hat mir gezeigt, wie wenig die Erziehung manchmal ausrichtet. Doch gerade deswegen ist sie eine so ernste Angelegenheit.

In Ihrem Briefe sprechen Sie nach meiner Auffassung etwas zu zuversichtlich von Ihrem Einflusse auf die Kinder. Um Sie vor schmerzlichen Enttäuschungen zu bewahren, gnädige Frau, gestatten Sie mir, Ihren Optimismus ein wenig zu bremsen. Vergessen Sie doch nicht, daß Sie als Mutter nur ein Faktor unter vielen im Leben der Kinder sind. Es wird einmal auch zu Ihren schmerzlichen Erfahrungen gehören, daß Sie diesen Einfluß schwinden sehen. Was wirkt nicht alles schon von früher Jugend auf das Kind ein und erzieht daran herum. Verwandte und Bekannte, Schule und Lehrer, große und kleine Freunde, das alltägliche Leben mit seinen zahllosen Eindrücken, die eigenen Anlagen und Kräfte, Ererbtes und Erworbenes, Dienstboten und ganz fremde Menschen, mit denen das Kind zufällig in Berührung kommt — bewußt und unbewußt helfen alle diese Faktoren das Kind formen und bedingen sein Wachstum.

So strömen schädliche und segensreiche Einwirkungen auf den heranwachsenden Menschen ein, in bunter Fülle und unberechenbar in ihrer Macht.

Stellen Sie sich einen Nachen auf einem von zahllosen Wirbeln durchsetzten Strome vor, so haben Sie ein einigermaßen treffendes Bild für den Entwicklungsgang des Kindes.

Und wir können und dürfen nicht einmal alle schädlichen Einflüsse von den Kindern fernhalten! — Wir dürfen es nicht, weil nichts so sehr ihre Kräfte stählt wie Hemmnisse. Nur Versuchungen, denen das Kind nicht gewachsen ist, sind vom Übel. So müssen wir wohl oder übel unsere Kinder wagen. Die Erfahrung lehrt, daß zu sorgsam behütete am ehesten Schiffbruch leiden, körperlich, seelisch und geistig. Je ängstlicher man sein Kind vor allem Ungünstigen zu bewahren sucht, desto glatter läuft wohl zunächst seine Entwicklung, aber desto schwächer bleibt es auch innerlich. Es gibt nicht nur körperlich sondern auch moralisch verzärtelte Menschen.

So werden auch Sie, gnädige Frau, sich wohl oder übel Schranken auferlegen und sich bescheiden lernen müssen, indem Sie Ihren Einfluß nur als einen unter vielen werten lernen. Und doch muß ich Ihnen in einer anderen Richtung wieder Mut machen. Werfen Sie nicht müde das Gewehr in den Graben, wenn Ihr Einfluß einmal völlig versagen sollte. Ein ausdauernder, redlicher Wille muß seine guten Wirkungen haben.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Je mehr man sich klar zu werden versucht über die zahllosen Einflüsse auf das Kind und den Wirkungsbereich jedes einzelnen, desto verwirrender wird das Labyrinth des Lebens. Selbst dann, wenn die Entwicklung glatt und normal verläuft, keine gefahrdrohenden äußeren Klippen wahrzunehmen sind, können Sie nicht wissen und ermessen, welche Widerstände Ihnen heimlich aus den Untiefen der Kindesnatur selbst erwachsen werden.

Was ist der Mensch? Woher kommt er und weshalb lebt er? Setzt unser Leben wirklich erst mit der Geburt ein oder haben wir etwa schon vor unserem Dasein auf dieser Erde irgendwo existiert? Gibt es eine Präexistenz des Menschen, wie wir auf eine Fortsetzung des Lebens nach dem Tode hoffen? Und wenn es der Fall ist, welche Einflüsse mögen aus diesem Vorleben noch heute im Kinde nachwirken und sein Tun und Lassen mit bestimmen?

Ach, es gibt in der Seele unergründliche Tiefen, und so manches Mal steigen aus dieser unbewußten Tiefe Ursachen auf, gegen die man dann vergeblich ankämpft.

Doch erschrecken Sie nicht, gnädige Frau, nicht um Sie zaghaft zu machen und Ihren frischen, fröhlichen Willen zu hemmen, weise ich Sie auf diesen Punkt hin, nur wenig gekannte Schwierigkeiten möchte ich aufzeigen und Sie vor allzu großem Optimusmus bewahren.

Als Erzieher habe ich weniger schädliche Einflüsse anderer Menschen fürchten gelernt, als vielmehr die dunklen Abgründe in der Seele der Kinder selbst. Jenen ungebetenen Gästen, unseren unerwünschten Miterziehern können wir bewußt entgegenarbeiten, was aber von unten aufsteigt aus dem Unbewußten, das vermögen wir nur in den seltensten Fällen unschädlich zu machen. Blinde Klippen sind auch auf dem Meere des Lebens die gefährlichsten. Beim Menschen und seiner Entwicklung hört eben alle Mathematik auf. Seelische Impulse lassen sich immer nur sehr, sehr mangelhaft berechnen.

Aber wie wir mit hemmenden Einflüssen aus dem Unbewußten der Seele zu rechnen haben, so dürfen wir natürlich auch segensreiche Einflüsse von dort erwarten. Wie es Menschen gibt, die sauber bleiben, auch wenn sie knöcheltief durch den Schmutz gegangen sind, denen nichts anhaftet, die fest und sicher ihren Weg gehen, auch wenn er noch so holperig ist, so gibt es andere, denen alles anklebt, die über Strohhalme stolpern und selbst auf der glattesten Lebensbahn zu Fall kommen.

Doch vertrauen Sie zunächst getrost der Zukunft. Die gute Luft der Kinderstube, Familientradition, das gute Erbe von Vater und Mutter und die eigenen wertvollen Kräfte der Kinder — das alles kann in seiner desinfizierenden Wirkung ja gar nicht hoch genug geschätzt werden.

Glücklich, wer in eine reinlich denkende und empfindende Familie hineingeboren wurde!

Mit den herzlichsten Grüßen

Ihr

H. Scharrelmann.

* * *

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Rund um uns

Künstler und Bürger. Durch die Blätter geht die Meldung eines in München-Schwabing von Künstlerkreisen veranstalteten Kostümfestes, eines Verstoßes gegen den Ernst der Zeit, der mit Recht große Entrüstung hervorruft. Trotzdem könnte man an diesem Ereignis achtlos vorübergehen, denn wir haben jetzt unsere Gedanken auf wichtigere Dinge zu richten als auf solche Entgleisungen, offenbarte sich hierin nicht wieder der uralte Gegensatz zwischen Künstler und Bürger. Wiederum bewiesen die Künstler ein völliges Verkennen der bürgerlichen Welt und ihrer gewiß oft engen Anschauung, wiederum bedachten die Bürger nicht, daß die Künstler unter ganz anderen Lebensgesetzen stehen.

Unter Bürger im Gegensatz zum Künstler verstehe ich den, der in festen Lebensstellungen seinen gesicherten, wenn auch noch so kleinen Erwerb hat, der nichts anderes kennt als diesen Erwerb und den engen Umkreis seines Berufes. Ich verstehe darunter also eine innere Einstellung der Menschen, ungeachtet irgendwelcher Bildungsunterschiede; Vertreter dieses Bürgertums finden sich in allen Klassen. Sie sehen, mittelalterlichen Vorstellungen folgend, den Stand des Künstlers immer noch als etwas nicht ganz Ehrenhaftes an. Thomas Mann faßt in seiner autobiographischen Meisternovelle „Tonio Kröger" diese geringschätzige, halb mitleidige, halb gehässige Verachtung in erschütternde Worte, die um so ergreifender sind, als auch in ihm ein Tropfen dieses behäbigen, satten Bürgertums fließt, der Zwiespalt also in seinem Innern ausgekämpft wird. „Mein bürgerliches Gewissen ist es ja, was mich in allem Künstlertum, aller Außerordentlichkeit und allem Genie etwas tief Zweideutiges, tief Anrüchiges, tief Zweifelhaftes erblicken läßt ..." Die Tätigkeit des Künstlers erscheint dem Bürger als Spielerei; ein Buch kann man seiner Ansicht nach im Handumdrehen schreiben, beim Malen eines Bildes vergnüglich sein Butterbrot verspeisen. Dem Komponisten fliegen die Melodien, die Partituren seiner Orchesterwerke, im Schlafe zu. Von dem nervenzerrüttenden, aufreibenden Ringen des Schaffens, diesem erbitterten Kampfe zwischen Stoff und Gestaltung hat er keine Ahnung. Und im Grunde kann man ihm dieses Mißverstehen nicht einmal allzu stark verübeln, denn dem Kunstwerk soll man die Mühe des Werdens nicht anmerken. Frei, in göttlicher Leichtigkeit soll es schwebend leuchten als Krönung alles Lebens.

Der Bürger aber sieht in einem Kunstwerk nicht die Krönung, sondern einen Luxusgegenstand, ein Vergnügen, ein Spiel, trotzdem er bestimmt das Fehlen aller Kunst schmerzlichst vermissen würde. Ihm ist unerfindlich, wie die Künstler, die sich ihr ganzes Leben lang mit solchen Tändeleien abgeben, ihr Dasein also gewissermaßen mit Müßiggang verbringen, Anspruch auf Achtung und Anerkennung als vollwertige Arbeitsmenschen erheben können. Freilich wird ein Künstler nicht seine pedantisch genau geregelte Arbeitszeit haben, aber seine Arbeit ist gewiß nicht weniger anstrengend, ja sicher noch aufreibender als die der Bürger.

Der Künstler fühlt ständig den vollen Strom des Lebens in sich brausen, seiner feinempfindenden Seele wird alles deutlicher und schärfer bewußt, auf ihr lastet in Schmerz und Freude, was an anderen spurlos vorübergeht. Die Spannung der Gegensätze droht oft, ihn innerlich zu zersprengen. Und diese fortgesetzte Anstrengung, all der mannigfaltigen Ein-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

drücke Herr zu werden, sie zu einheitlichem Ausdruck zusammenzuschweißen, das ständige Hin- und Hergeworfensein zwischen der verzweifelten Erkenntnis menschlicher Ohnmacht und dem Gefühl der Gottähnlichkeit, den Triumphen der Schöpferwonnen, verlangt zwingend nach einer Erholung, nach einer Betäubung. Dieses Verlangen sucht dann hemmungslos die Verwirklichung, es bedenkt nicht Folgen und Eindruck bei Andersdenkenden, in ruhigeren Sphären Lebenden, und überschreitet leicht die Grenzen, da dem Künstler alles maßlos ist. In dieser Linie liegt das vielberedete Kostümfest, in ihr auch das, worüber der Bürger, oft mit innerem Recht, oft in Pharisäerhochmut, als Unsittlichkeit der Künstler sich zu entrüsten pflegt, das ihm als ein Hauptgrund für seine Verachtung dienen muß.

Die Verachtung aber ist gegenseitig. Der Künstler dünkt sich, im Bewußtsein seines reicheren Innenlebens, erhaben über den Stumpfsinn der Tretmühle, in der der Bürger fronen muß, er bedenkt nicht, daß ohne diese entsagungsvolle, dumpf und gleichmäßig verlaufende Arbeit sein Dasein unmöglich wäre. Er vergißt, daß auch in der Hingabe an einen engen kleinen Beruf eine gewisse sittliche Größe liegt, denn nicht auf den Beruf an sich kommt es an, sondern auf die Art, wie man ihn ausfüllt; er vergißt, daß die kleinherzige Moral, die oft in einer tiefen wahren Empfindung ihre Wurzel hat, durchaus nicht immer Heuchelei sein muß. Dazu kommt, daß selbst der stumpfsinnigste Bürokrat im Grunde noch höher zu werten ist, als so mancher Tagedieb, der den Namen Künstler mißbraucht, um wohl der Annehmlichkeiten des ungebundenen Lebens teilhaftig zu werden, von echtem künstlerischen Schaffen aber und den damit verbundenen Mühen und Qualen keine Ahnung hat.

An den Künstlern liegt es, diese schädlichen, schmarotzenden Elemente von sich fern zu halten. Nicht mehr mögen sie, absichtsvoll den Gegensatz betonend, dem Empfinden der Bürger einen Faustschlag nach dem andern versetzen. Sie mögen ihr Leben führen, wie es ihnen behagt und angemessen ist, sie sollen aber nicht genialisches Wesen mit Genie gleichsetzen. Sie sollen Achtung vor den bürgerlichen Berufen haben und deren Wert anerkennen.

Diese letzte Mahnung gilt auch für die Bürger. Künstlertum erscheine ihnen nicht mehr gleichbedeutend mit Müßiggang, Laster und Zigeunertum. Sie sollen die besonderen Gesetze, unter denen die Künstler stehen, begreifen und achten lernen, sie sollen vor allem auch die künstlerische Arbeit als solche schätzen und anerkennen. Wenn sie sich lösen von den Fesseln des Materialismus, nicht mehr nach äußeren Zeichen, wie Geld und Ehren, den Menschen abschätzen, sondern nach den inneren Werten, dann werden sie die seelische Kraft der Künstler bewundern und hochhalten.

Beide Stände sollen also von ihrem Hochmut lassen, der die Verachtung gebiert. Demut vor sich selber sollen sie gewinnen, bei allem Selbstbewußtsein des eigenen Wertes. Beide sollen in warmherziger Nächstenliebe den Andern in seiner Sphäre zu begreifen suchen, ihn achten und dadurch vielleicht lieben lernen. Dies erscheint mir nicht als Utopie, weil in dem jetzigen Hochmut sicher ein gut Teil Sehnsucht ruht. Einer strebt, wenn auch unbewußt vielleicht, nach dem Lebenskreise des Anderen, und sucht dies Wünschen in einem Abschließen zu verstecken. Der Künstler sehnt sich nach dem ruhigen, gesicherten, wohlanständigen Dasein des Bürgers, ohne zu wissen, daß dieser sich der Enge seines Lebens oft schmerzlich bewußt ist, der Bürger nach den Schöpferwonnen des Künstlers, denn er ahnt nicht, daß sie mit Qualen erkauft werden. Nicht fremd und feindlich sollen sie sich gegenüber stehen, sondern sich, wie es zur Renaissance und stets zu Zeiten der höchsten Blüte von Bürger- und Künstlertum der Fall war, gegenseitig durchdringen und dadurch eine Erhöhung des Lebens bewirken. Auch auf diesem Gebiete sei gegenüber dem seichten Materialismus den Kräften der Seele zum Siege verholfen!

Martin Platzer.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Anbauzwang. Es ist eine ebenso interessante wie bedauernswerte Tatsache, die der Abgeordnete Andrä im Sächsischen Landtag feststellen konnte, nämlich, daß sowohl im Deutschen Reiche als auch in Sachsen die Anbaufläche für Kartoffeln wesentlich zurückgegangen ist.

Noch interessanter aber dürfte es sein, dem Grund für diesen Rückgang nachzugehen. Sollte es etwa ein ähnlicher sein, wie ich ihn im Hannoverschen durch ein Erlebnis erfuhr? Ich war zufällig zur Zeit der Kartoffelbestandsaufnahme 1916 in einem kleinen Ackerbürgerflecken, wo die Zahl der für die Allgemeinversorgung zu liefernden Zentner festgesetzt wurde. Und da stellte sich die merkwürdige Tatsache heraus, daß diejenigen, die die meisten abgeben mußten, die Kleinbesitzer und Bauern waren, während im Verhältnis dazu die großen Güter und Domänen so gut wie nichts zu liefern brauchten, weil sie nichts hatten. Ja, sie wollten am liebsten noch haben. Wie das kam? Sie hatten an Kartoffeln so wenig wie möglich gebaut. Warum? Einmal, um einer Beschlagnahme aus dem Wege zu gehen, zum andern, weil ihnen der Preis nicht hoch genug war.

Ebenso interessant ist es aber, daß von Landleuten zur Hebung des Kartoffelanbaues eine staatliche Begünstigung, d. h. doch mit anderen Worten, eine weitere Erhöhung des Erzeugerpreises gefordert wird. Eine solche Forderung bedeutet aber wieder eine erhebliche Verteuerung der notwendigsten Nahrungsmittel für die minderbemittelten Kreise und eine vollkommen ungerechtfertigte Belastung der Verbraucher. Wir müssen uns gegen eine Verteuerung des Bedarfs wehren! Das ist keinesfalls der richtige Weg, die Kartoffelerträge zu steigern, das heißt doch die Not des Volkes ausnutzen. Nein, die Säumigen, die sich nicht der Verantwortung bewußt sind, die sie für Volk und Vaterland tragen — sie vergessen ganz, daß sie dafür dankbar sein sollten, daß ihnen ihr Acker nicht zerstampft und verwüstet wird! —, sollte man sehr scharf an ihre Pflichten gegen die Gesamtheit erinnern und von ihnen als Kriegsleistung den Anbauzwang fordern. Jeder Grundbesitzer, dessen bebaute Fläche die eines Ackers übersteigt, hat sowohl mit Kartoffeln als auch mit Brotfrucht einen bestimmten in Hundertteilen festzustellenden Teil seiner Fläche zu bebauen; das ist eine ebenso wichtige wie notwendige und klare Forderung, der sich niemand entziehen könnte. Denn nur dadurch wird die Volksernährung sicher gestellt, wie sie es sein muß. Der Anbauzwang ist im vergangenen Jahre in Hannover erprobt worden. Er ist eine ebenso zweckdienliche, wie durch die Verhältnisse gebotene Maßnahme, daß man im Interesse des Aushaltens nicht davor zurückscheuen sollte. Je eher, je besser! Auch das ist Kriegsdienst. Und so verhütet man am besten, daß der nötige Kartoffelanbau noch weiter zurückgeht.

Walther Kluge.

Sommerzeit.

I.

In Nr. 7 des „Vortrupp" war die Frage offen gelassen, weshalb man auf dem Lande gegen die Sommerzeit wäre. Nach Besprechung mit Landwirten kann ich Folgendes als Grund angeben: Am meisten drängt die Arbeit in der Erntezeit. Da kommt erst die Heuernte. Jeder trockene Tag muß aufs äußerste ausgenutzt werden, denn der nächste Tag kann schon Regen bringen und viel Verlust. Das Gesinde genügt dann nicht, Tagelöhner, Heuer-, Instleute müssen zu Hilfe genommen werden. Die arbeiten aber nur bis 7 Uhr abends. In Wirklichkeit ist es dann erst 6 Uhr. Der Bauer muß sie also vorzeitig aus der Arbeit entlassen. Der Städter denkt: O nein, da geht nichts verloren, hat er sie doch auch morgens eine Stunde eher angestellt. Fehlgeschossen! Das Heuen (Wenden des Grases) kann erst beginnen, wenn das Gras vom Tau trocken geworden ist. Das war früher günstigenfalls um 9 Uhr, jetzt erst um 10 Uhr, da leider die Sonne die „Sommerzeit„ nicht mit-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

macht. Der Tagelöhner kommt also eine Stunde später zum Heuen, ohne dafür am Abend eine Stunde länger zu arbeiten, und um „12 Uhr" will er sein Mittagbrot haben. Ähnlich liegt es bei der Getreideernte. Das Korn kann erst gemäht werden, wenn der Tau abgetrocknet ist, es geht also auch hier eine Stunde Erntearbeit verloren. In der Erntezeit aber ist jede verlorene Arbeitsstunde dem Bauern unersetzlich, zumal bei dem jetzigen Arbeitermangel. Er, das Kind und der Freund der Natur, fragen sich: Weshalb diese Unnatur, die Sonnenzeit nicht nach der Sonne zu richten? Weshalb nicht lieber die Schul-, Büro-, Fabrik- und Fahrplanzeit eine Stunde früher setzen? Ich fürchte, er fragt vergebens. Denn den lieben alten Schlendrian will man nicht als Grund angeben, und einen anderen hat man nicht. Oder doch? Dann sollte mir und manchem es lieb sein, ihn hier zu erfahren.

Pastor Bultmann.

II.

Die Ausführung von Herrn Pastor Bultmann ist nicht überzeugend. Die Notwendigkeit, während der Ernte auch jetzt die Arbeit um 7 Uhr abends abzubrechen, vermag ich nicht einzusehen. Zunächst wird bei weitem nicht überall mit Tagelöhnern geerntet, jenen Arbeitskräften aber, welche sich ihm ganz verdingen, schreibt doch der Landmann die Dauer der Arbeitszeit vor. Kann der Tagelöhner, der früher von 7 bis 7 Uhr zur Arbeit kam, nicht nunmehr von 8 bis 8 Uhr kommen? Kann er nicht, wenn es bei 7 Uhr bleiben soll, durch die Darlegung, daß es eigentlich erst 6 Uhr sei, zur Leistung von Überstunden beredet werden? Wenn man ihm entsprechende Bezahlung bietet, wird er sich bewegen lassen. Und seinem Verlangen, gerade um „12 Uhr" sein Mittagbrot zu erhalten, braucht doch auch nicht nachgegeben zu werden. Der Großstädter ißt vielfach um 6 Uhr zu „Mittag", ohne daß sein Wohlbefinden darunter leidet. Während der Ernte kann eben die Regelmäßigkeit der Essens- und der Ruhezeit nicht eingehalten werden, und es kommt vor, daß ausnahmsweise in der Erntezeit der Landmann sogar die ganze Nacht hindurch fährt, um bei künstlichem Licht das Korn hereinzuholen.

Der Grund der Uhrverschiebung wird darin liegen, daß man in ihr das einfachste Mittel erblickt, die Gesamtheit zu veranlassen, eine weitere Stunde ihres Wirkens in das Tageslicht und eine Stunde ihres Schlafes aus der Helle in das nächtliche Dunkel zu verlegen. Gewiß wäre es unschwer, die Schul-, Büro- und Fabrikzeiten eine Stunde früher zu setzen, damit würde man sicher weite Kreise erfassen, aber doch immer nur einen Teil der Gesamtheit, und ob der Rest freiwillig Folge leisten würde, bliebe fraglich. Deshalb der leise Zwang. Die Uhr als menschliches Werkzeug unterliegt unserem Willen und muß die „Zeit" zeigen, welche uns am zweckmäßigsten erscheint. Durch Einführung der mitteleuropäischen Zeit entfernte sie sich schon sehr weit von der örtlichen Sonnenzeit, — kann es uns bedrücken, jetzt diese Entfernung ein wenig zu vergrößern?! Die Unnatur der Uhr muß hingenommen werden, weil sie dem Zweck dient, die Unnatur unserer Lebensführung zu beseitigen.

Dr. P. Lafrenz.

Wie's gemacht wird! Uns wird von einem unserer Leser das Folgende berichtet:

Daß die Vaterlandspartei mit allen möglichen Mitteln versucht, Mitglieder zu gewinnen, ist längst bekannt, wenn es auch von gewisser Seite immer wieder abgeleugnet wird. Zwei Beispiele scheinen mir aber besonders köstlich zu sein, weshalb ich sie hierher setze. Ich bemerke gleich vorweg, daß mir diese beiden Beispiele, die sich in einer kleinen Stadt Mecklenburgs zugetragen haben, von durchaus glaubwürdiger Seite erzählt worden sind, ja in einem Falle sogar von der Geworbenen selbst.

1. Man schickt den Boten M. herum. Er kommt zu einer „kleinen" Frau, und es entspinnt sich folgendes Gespräch: „'n Dag" — „'n Dag." — „Nu schriew

man dinen Namen hier ok mit achter un giww mi 'ne Mark, denn hürst du dor ok mit tau." — „Wat sall dat denn?" — „Denn durt de Krieg nich so lang'n." — „Na, denn will ick ok man ünnerschriewen." Sprach's und tat's.

2. Ein älteres Fräulein W., die bereits viel für das Rote Kreuz gesammelt hat und dafür mit einer Ordensauszeichnung bedacht wurde, kommt zu Bekannten, ebenfalls älteren Fräuleins, und fordert zum Beitritt in die Vaterlandspartei auf. Dabei wird von den Zwecken und Zielen der Vaterlandspartei gar nicht geredet. Wie sie sonst Beiträge und Gaben für das Rote Kreuz oder sonstige wohltätige Zwecke holt, so holt sie sie jetzt für die Vaterlandspartei, als wenn es gar nicht anders sein könnte. Da sie nun aber in letzter Zeit verschiedentlich dort gewesen war, so sagt man ihr, daß man ihr diesmal nichts geben wolle. Darauf Fräulein W.: „Wat, nich mal 'ne Mark hewwt ji för jug Vaterland öwer?" (Ich möchte hier bemerken, daß in der betreffenden Stadt, wie wohl fast überall in Mecklenburg, auch in gut bürgerlichen Kreisen durchweg plattdeutsch gesprochen wird.) — „Du büst mi in letzter Tid würklich 'ne beten tau oft kamen. Föftig Penning will ick di noch gewen, mihr kriegst du dit Mal nich." Und sie wurde auch mit 50 Pfennigen in die Vaterlandspartei aufgenommen.

Man scheint sich überhaupt vorwiegend an allein stehende Frauen herangemacht zu haben, wie ich auch erfahren habe, daß die Mitglieder des Vaterländischen Frauenvereins dieser Stadt durchweg der Vaterlandspartei beigetreten sind. Lag es nicht für urteilslose Gemüter auch sehr nahe? Vaterländischer Frauenverein — Vaterlandspartei, das ist doch „ganz dasselbe". Und das tun gerade die Leute, die sonst den Frauen sowohl auf sozialem, wie auch auf kommunalem und erst recht auf politischem Gebiete jedes Recht auf Mitbetätigung absprechen.

J. H.

„Amerika, du hast es besser als unser Kontinent". Durch die Tagespresse ging jüngst eine Notiz (wir fanden sie im Hamburger Fremdenblatt vom 27. April d. J.); in der wird gesagt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine Kommission nach England gesandt habe, um zu untersuchen, ob hier nicht zu große Mengen des eingeführten Getreides zu Bier und Branntwein verarbeitet würden. „Uncle Sam", so bemerkt der Berichterstatter, „verspürt wenig Neigung, sich Getreide vom Mund abzusparen, nur damit John Bull es in Schnaps oder Bier verwandelt. Er wird ihn daher wahrscheinlich ersuchen, das künftig zu unterlassen und während der Dauer des Krieges auch ‚trocken' zu werden. Inzwischen hat er ihn einmal aufgefordert, den Verkauf alkoholischer Getränke an jedermann zu verbieten, der die Uniform der amerikanischen Armee oder Flotte trägt, gerade so wie das in den Vereinigten Staaten selbst der Fall ist. Amerika, so wird ihm bedeutet, hat keine Lust, seine Söhne auszubilden und 5000 Meilen weit zu versenden, nur damit sie in London und anderen englischen Städten durch Alkohol und Geschlechtskrankheiten unbrauchbar gemacht werden."

Neue Bücher und Schriften

An dieser Stelle werden nur solche Werke aufgezählt, die der Schriftleitung nach der einen oder andern Richtung hin besonders empfehlenswert erscheinen.

Landmann, Dr. med. F.: Grundfragen der Lebensreform. M. 2.—. Eden-Verlag, Oranienburg (Mark).

(Für unaufgefordert eingesandte Bücher übernimmt die Schriftleitung d. „Vortrupp" keine Verantwortung.)

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 11 1. Juniheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Erd-Öl.

Berlin, den 21. Mai 1918.

Politische große Kinder — wir haben viele davon in unserm militärisch so wunderbar ausgebildeten und politisch noch so völlig unerzogenen Volke, sie wissen nicht, daß gewisse Drahtzieher sie an ihren Drähten tanzen lassen wie Puppen; und gegenwärtig belieben die alldeutschen Drahtzieher, sie gegen den Staatssekretär v. Kühlmann anspringen und schreien zu lassen — also diese politischen großen Kinder stöhnen jetzt darüber, daß uns der Friedensschluß mit Rumänien „keine Kriegsentschädigung" gebracht habe. Da sei doch nun einmal ganz gewiß ein Fall gegeben gewesen, wo, angesichts der völligen Ohnmacht des zerschmetterten Feindes, die Forderung einer Kriegsentschädigung den Krieg sicher nicht verlängert haben würde! Und die Rumänen hätten doch wirklich eine „Strafe" verdient! Nein, was dieser Kühlmann bei dem Abschluß des Friedens zu Bukarest wieder alles versäumt habe!

Es wäre zu viel verlangt, daß solche politischen großen Kinder wissen sollten, wie vernichtend Bismarck über den verqueren Gedanken geurteilt hat, der Sieger im Machtstreit des Krieges habe irgendeine Möglichkeit, sich dem Besiegten gegenüber irgendwie in der Rolle des Strafenden zu fühlen (woraus ja auch folgen müßte, daß er sich in der Rolle des zu Bestrafenden fühlen müßte, wenn die Kriegsentscheidung umgekehrt gefallen wäre). — Und selbstverständlich wäre es erst recht zu viel verlangt, daß jene politischen großen Kinder sich einmal wirklich ernsthaft darüber belehren sollten, was wir denn nun eigentlich mit Rumänien abgemacht haben. Man kann ruhig hundert gegen eins wetten, daß sie von der ganzen Sache nichts weiter kennen, als das Schlagwort, Rumänien bezahle uns keine Kriegsentschädigung. Daß sie aber keine Ahnung davon haben, was der „rechtspolitische Zusatzvertrag" zum Friedensvertrage bedeutet, und wie zum Beispiel in dessen Artikel 6 Rumänien verpflichtet wird, alle Schäden zu ersetzen, die auf rumänischem Gebiet ein Deutscher durch militärische Maßnahmen irgendeiner der kriegführenden Mächte — also auch der Engländer und Franzosen — erlitten hat.

Vollends klar aber wird die ganze hirnlose Kläglichkeit solchen Gestöhnes und die ganze Bösartigkeit des Treibens, wodurch es erregt wird, Dem, der die gewaltigen wirtschaftlichen Gewinne betrachtet, die uns Rumänien im Frieden zu Bukarest hat zubilligen müssen. Einräumungen, die zwar nicht in einem Kriegs-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

entschädigungsparagraphen untergebracht sind, sondern in wirtschaftlichen Einzelverträgen, die aber laut Artikel 29 des Friedensvertrages von diesem einen wesentlichen Bestandteil bilden. Sintemalen es ernsthaften Staatsmännern nicht gerade darauf ankommt, riesige Vorteile, die sie für ihr eigenes Land zu erringen verstehen, in eine Form zu bringen, die den Gegner möglichst verletzt und möglichst lange Revanchegefühle in ihm wach hält.

Einen dieser Einzelverträge will ich heute versuchen, so darzustellen, daß sein Inhalt allgemein verständlich wird. Die Aufgabe ist nicht ganz einfach, denn solche wirtschaftlichen und geldlichen Dinge sind für die Darstellung spröde. Aber der Versuch ist lohnend, denn wenn es mir auch nur einigermaßen gelingt, einem größeren Kreise klar zu legen, was da für Deutschland erreicht ist, und mit welcher Umsicht und mit welch einer eindringenden und verwickelten Gedankenarbeit Das erreicht ist, — dann wird auch einem größeren Kreise die ganze Traurigkeit jener Hetzereien und Hetzer gegen den „entschädigungslosen" Frieden mit Rumänien einleuchtend geworden sein.

Ich will sprechen von unserm Erdöl-Abkommen mit Rumänien.

Der Gesamtsinn des Erdölabkommens ist nicht mehr und nicht weniger als Dies: Rumänien verzichtet zu Deutschlands Gunsten darauf, den wertvollsten rumänischen Nationalbesitz selbständig zu bewirtschaften; Deutschlands Wille wird schlechthin maßgebend dafür, wie das rumänische Erdöl erzeugt, wie es verarbeitet werden soll, und wie es — sei es als Rohöl, sei es als Verarbeitungsergebnis daraus — verwertet werden soll. Deutschland kann jetzt dafür sorgen, daß stets genau so viel rumänisches Erdöl erzeugt wird, wie es Deutschland paßt. Deutschland kann jetzt bestimmen, daß aus dem rumänischen Rohöl gerade die Erzeugnisse hergestellt werden, die die deutsche Wirtschaft braucht, und nicht mehr die, an denen die Rumänen am besten verdient hätten. Deutschland hat es drittens in der Hand, daß genau so viel rumänische Erdölerzeugnisse in Deutschland eingeführt werden, wie Deutschland haben will. Und deutsches Kapital endlich wird an Dem, was an Alledem verdient wird, den Löwenanteil haben.

Wie haben die deutschen Unterhändler die Aufgabe gelöst, alles Das zu erlangen?

Sie haben Das erreicht auf zwei verschiedenen Wegen: Der erste Weg führt durch die Zeit, die noch verstreichen wird, bis wir auch an der Westfront den Frieden errungen haben werden. Für diese Zeit behält einfach das Oberkommando des Besetzungsheeres in Rumänien das Recht, die Erzeugung, die Verarbeitung, die Beförderung und die Verteilung des rumänischen Erdöls durch militärische Befehle zu regeln. Das steht noch im Friedensvertrage selbst (in Artikel 20); das eigentliche Erdölabkommen bezieht sich erst auf den zweiten Weg, der da ansetzt, wo der Zeitpunkt des allgemeinen Friedens die Macht in Rumänien der einheimischen Zivilregierung wieder übergeben wird. Dieser zweite Weg sieht ganz anders aus, als der erste, ist aber nicht weniger zielsicher. Er läuft so: Die deutschen Unterhändler haben durch das Erdölabkommen zunächst eine riesige Organisation geschaffen, in der die ganze Erzeugung, Verarbeitung und Verwertung des rumänischen Rohöls und der Erzeugnisse daraus zusammengefaßt ist — und haben dann durch denselben Vertrag die Hebel dieser Organisation in Deutschlands Hand gebracht.

Die Organisation: Sie wird gebildet durch zwei große Gesellschaften, nämlich die „Ölländereien-Pachtgesellschaft" und die „Handelsmonopol-Gesellschaft".

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die Ölländereien-Pachtgesellschaft bestand schon; die Militärverwaltung der Vierbunds-Mächte hatte ihr bereits das Recht verliehen, auf einigen rumänischen Staatsländereien zu arbeiten. Jetzt erhält diese Pachtgesellschaft das Ausnutzungsrecht an den gesamten rumänischen Staatsländereien, und zwar nicht etwa nur in dem Gebiete, das die Vierbunds-Mächte jetzt besetzt haben, sondern auch in der unbesetzten Moldau; ausgenommen sind nur die (unbedeutenden) Landstücke, die der rumänische Staat bereits am 1. August 1914 verpachtet hatte. Auf diesen gesamten rumänischen Staatsländereien darf also die Pachtgesellschaft — und darf nur die Pachtgesellschaft — Erdöl (sowie Erdgas, Erdwachs, Asphalt und alle andern Bitumina) aufsuchen und gewinnen. Die Pachtgesellschaft hat dies Ausnutzungsrecht zunächst auf 30 Jahre gepachtet; es hängt aber ausschließlich von ihrem eigenen Willen ab, dieses Pachtrecht auf 60 und auch auf 90 Jahre zu verlängern: will sie das Pachtrecht 60 Jahre lang haben, so braucht sie das nur bis zum Ablaufe des 25. Vertragsjahres einseitig zu erklären — und will sie es sogar auf 90 Jahre haben, so genügt ebenfalls eine solche einseitige Erklärung von ihr, die bis zum Ablauf des 55. Vertragsjahres Zeit hat; die rumänische Regierung kann in beiden Fällen nichts daran ändern. Der Betrieb der Pachtgesellschaft wird dadurch erleichtert, daß eine Reihe von Vorschriften, wodurch Rumänien bisher die Arbeit an den Erdölunternehmungen hemmte, für ganz Rumänien aufgehoben wird: solche jetzt aufgehobenen Vorschriften verlangten zum Beispiel, daß Arbeiter oder Angestellte bestimmten Nationalitäten angehören mußten. Weder der rumänische Staat noch auch rumänische Gemeinden dürfen die Pachtgesellschaft durch besondere Abgaben oder Lasten benachteiligen. Die Pachtgesellschaft hat die Befugnis, ihre Rechte und auch ihre Pflichten teilweise auf Andre zu übertragen.

Mit der „Handelsmonopol-Gesellschaft" steht es so: Rumänien errichtet ein staatliches Monopol (das ist: ein alleiniges Handelsrecht des rumänischen Staates) für Rohöl und überträgt dann dieses Monopolrecht auf die genannte Gesellschaft. Infolgedessen muß jeder, der in Rumänien Rohöl erzeugt, Alles was er davon erzeugt, der Monopol-Gesellschaft zur Verfügung stellen. (Es sei denn, daß sein Erdölunternehmen weder von einer Eisenbahn noch auch von einer Röhrenleitung berührt wird.) Die Monopol-Gesellschaft ihrerseits ist verpflichtet, alles Dies ihr zur Verfügung gestellte Rohöl den Anbietern auch wirklich abzunehmen. — Die Aufgabe der Monopol-Gesellschaft ist es dann also, dafür zu sorgen, daß das rumänische Rohöl verarbeitet und verwertet werde, ein Arbeitskreis, in den ersichtlichermaßen auch die Beförderung und Lagerung von Rohöl und Erzeugnissen daraus fällt. Zur Erleichterung dieser Aufgabe ist der Gesellschaft eine ganz ungewöhnliche Machtbefugnis eingeräumt worden: Um jene Verarbeitung von Rohöl, jene Verwertung, Beförderung und Lagerung von Rohöl und Erzeugnissen daraus vornehmen zu können, dazu braucht man alle möglichen Anlagen, Einrichtungen und Betriebsmittel. Die sind naturgemäß in Rumänien in großer Zahl bereits vorhanden, haben aber ebenso naturgemäß auch schon ihre Eigentümer. Und es kann leicht so kommen, daß, wenn die Monopol-Gesellschaft jene Anlagen und Betriebsmittel zu benutzen wünscht, die Eigentümer dafür Preise und sonstige Bedingungen verlangen, die der Monopol-Gesellschaft nicht passen. Dann kann die Monopol-Gesellschaft vom rumänischen Staate verlangen, daß er einschreite und ihr die Anlagen, Einrichtungen und Betriebsmittel jenes Eigentümers zur Verfügung stelle, so daß dann der Eigentümer gezwungen ist, für die Monopol-Gesellschaft im Lohn zu arbeiten. Dazu kommt noch ein andres Recht der Monopol-Gesellschaft, das womöglich noch weiter geht: Die Monopol-Gesellschaft setzt die Preise, die sie für das Rohöl zahlt, jedes halbe Jahr selbstherrlich fest. Ein riesiges Macht-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

mittel, das seine Anwendungsbeschränkung ausschließlich darin findet, daß die Monopol-Gesellschaft ein natürliches Interesse daran hat, die Rohölerzeugung möglichst groß sein zu lassen, daß die Monopol-Gesellschaft also nicht so niedrige Preise für Rohöl festsetzen wird, daß sich die Erzeugung von Rohöl nicht mehr bezahlt macht. Niemand, auch die rumänische Regierung nicht, hat irgendeine Möglichkeit, der Monopol-Gesellschaft die Ausfuhr von Rohöl oder von Erzeugnissen daraus aus Rumänien zu verbieten oder zu erschweren. Umgekehrt aber besteht von vornherein ein unbedingtes Verbot, daß irgend jemand anders als die Monopol-Gesellschaft Rohöl oder Erzeugnisse daraus aus Rumänien ausführe; auch eingeführt kann Derartiges in Rumänien nur mit Genehmigung der Monopol-Gesellschaft werden, und dann nur gegen eine Erlaubnisgebühr, die zwar an den rumänischen Staat fällt, deren Höhe aber die Monopol-Gesellschaft festsetzt. Für jede Tonne Rohöl, die die Monopol-Gesellschaft aus Rumänien ausführt, zahlt sie an die rumänische Regierung eine Abgabe von 3,40 Lei, und für jede Tonne Erzeugnisse aus verarbeitetem Rohöl, die sie ausführt, eine Abgabe von 4 Lei; alle weiteren Abgaben und Steuern sind ausgeschlossen.

Jedermann kann ohne Mühe erkennen, daß die Ölländereien-Pachtgesellschaft und die Handelsmonopol-Gesellschaft zusammen eine Macht bilden, die die Ausbeutung des wertvollsten rumänischen Nationalbesitzes praktisch so gut wie lückenlos in der Hand hat.

Die Hebel aber dieser riesigen Machtorganisation liegen — das haben Deutschlands Unterhändler erwirkt — in Deutschlands Hand: Das ist erreicht worden durch einen ganz besonderen juristischen Aufbau beider Gesellschaften. Der Aufbau ist bei beiden der gleiche, obwohl die Pachtgesellschaft nach deutschem Rechte, die Monopolgesellschaft aber nach rumänischem Recht errichtet ist. Dem allerdings alle etwaigen Zähne und Klauen durch die Bestimmung ausgebrochen sind, daß gegenwärtiges rumänisches Recht nur Anwendung finden soll, soweit es den Bestimmungen des Erdölabkommens nicht widerspricht, und daß künftiges rumänisches Recht hier nur gelten soll, wenn es im Einverständnis Deutschlands und Österreich-Ungarns geschaffen worden ist. Der besondere juristische Aufbau, der Deutschland bei beiden Gesellschaften die Hebel in die Hand gibt, besteht darin, daß bei beiden Gesellschaften der zehnte Teil der Gesellschaftsanteile als „Vorzugsanteile" ausgesondert ist (der Rest heißt „Stammanteile"). Die „Vorzugsanteile" sind geldlich etwas sehr Bescheidenes: sie erhalten zwar eine Vorzugsdividende von 6%, sind aber am Gewinn sonst nicht beteiligt. Dafür aber hat jeder Vorzugsanteil das fünfzigfache Stimmrecht wie ein Stammanteil. Mit andern Worten: Das Stimmrecht, das die Inhaber der Vorzugsanteile zusammen haben, verhält sich zu dem Stimmrechte, das die Inhaber der Stammanteile zusammen haben, wie 500 : 90. Das aber bedeutet, daß die Macht in beiden Gesellschaften ausschließlich bei den Besitzern der Vorzugsanteile liegt, die Macht der Besitzer der Stammanteile ist gleich Null. Und die sämtlichen Vorzugsanteile übernimmt das Deutsche Reich, das damit alle Macht über beide Gesellschaften — und das ist, wie schon gezeigt, die volle Macht über Rumäniens wertvollsten Nationalbesitz — ausschließlich und ohne Einschränkung in seine Hand bekommt. Und zwar, ohne daß die geldlichen Mittel, die das Reich dafür aufwenden muß, besonders hoch wären: denn der Kapitalwert der Vorzugsanteile ist eben nicht besonders groß und ihr Preis daher nicht hoch. — Kleine Momente, die den ohnehin entscheidenden deutschen Einfluß noch verstärken, sind dann diese: Der Zeitpunkt, wo das Handelsmonopol in Kraft tritt, wird von der deutschen Regierung bestimmt; sie wird diesen Zeitpunkt spätestens drei Monate vor seinem Eintritt bekannt geben. — Die Pachtgesellschaft hat, solange noch nicht zwölf Monate

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nach dem allgemeinen Friedensschluß verflossen sind, das Recht, die Gesamtheit ihrer Rechte und Pflichten an eine andre Gesellschaft zu übertragen, die von der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung zu bezeichnen wäre: Und da nun die Pachtgesellschaft, in der ja Deutschland alle Macht in Händen hat, keine Übertragungserklärung abgeben kann, wenn Deutschland nicht will, so bedeutet diese Bestimmung, daß Deutschland sich gegebenenfalls eine Form der Ausnutzung der rumänischen Staatsländereien aussuchen kann, die ihm womöglich noch bequemer ist, als die Form der Ölländereien-Pachtgesellschaft. — Die deutsche Ausnutzungsmacht, die sich in der Pachtgesellschaft darstellt, wird endlich dadurch noch umfassender und ausschließlicher gemacht, daß eine Anzahl rumänischer Erdölunternehmungen, die im wesentlichen mit feindlichem (also englischem und französischem) Kapital arbeiten, und die jetzt unter deutsche Zwangsverwaltung gestellt sind, an eine Gesellschaft übertragen werden, die von der deutschen Regierung ins Leben gerufen worden ist. Damit dehnt sich also das ausschließliche deutsche Erdölgewinnungsrecht noch über die rumänischen Staatsländereien hinaus aus, die ja bereits von der Pachtgesellschaft beherrscht werden.

Was aber hülfe es schließlich dem Deutschen Reiche, wenn es die Hebel einer Maschine in der Hand hätte, die nicht betriebsfähig wäre? Diese Maschine aber kann nur dann gut laufen — das bedeutet: die Pachtgesellschaft und die Monopolgesellschaft können nur dann gedeihen — wenn genug Anreiz für das Privatkapital vorhanden ist, sich an beiden Gesellschaften zu beteiligen. Wie haben unsre Unterhändler das gesichert? Indem sie dafür gesorgt haben, daß in diesen beiden Gesellschaften, wenn auch deren Macht voll in der Hand des deutschen Staates liegt, der Gewinn im wesentlichen beim Privatkapital bleibt: Die Stammanteile, die ja allein gewinnberechtigt sind, während die machtverleihenden Vorzugsanteile vom Gewinne ausgeschlossen sind, — diese Stammanteile, die neun Zehntel des Kapitals beider Gesellschaften darstellen, sie sollen privaten Kapitalisten zum Erwerbe freistehen. Ein Viertel dieser Stammanteile soll zwar der rumänischen Regierung zum Bezuge angeboten werden, aber mit der Berechtigung für sie, auch dieses Viertel Privatleuten zu überlassen. Und nun ist anzunehmen, daß alle diese Stammanteile in sehr hohem Maße in die Hand von Deutschen kommen werden: Es liegt nämlich sehr nahe, daß die deutschen Privatgesellschaften, die sich vor dem Kriege an der rumänischen Erdölindustrie beteiligt haben — die „Steaua Romana" und die „Deutsche Erdöl-Aktien-Gesellschaft" — in erster Linie dazu berufen sein werden, das Kapital für die Stammanteile zu beschaffen. Diese deutschen Privatgesellschaften könnten zum Beispiel insbesondere diejenigen Stammanteile, die die rumänische Regierung zu vergeben haben wird, übernehmen als Bezahlung der Entschädigungsforderungen, die die Gesellschaften (wie oben dargelegt nach Artikel 6 des „rechtspolitischen Zusatzvertrages") gegen die rumänische Regierung haben; der Entschädigungsforderungen für die großen Schädigungen, die bekanntlich die englische Militärkommission den Werken der Gesellschaften zugefügt hat.

Durch die Möglichkeit, ein Viertel der Stammanteile entweder selbst zu behalten oder an Privatpersonen weiter zu geben, soll natürlich auch der rumänische Staat an dem Gedeihen der „Ölländereien-Pachtgesellschaft" und der „Handelsmonopol-Gesellschaft" interessiert werden. Darauf, daß ein solches rumänisches Interesse erweckt und dauernd erhalten werde, ist sehr sorgfältig Bedacht zu nehmen: Denn zu der Zeit, wo all die Bestimmungen des Erdölabkommens in Kraft treten, gibt es ja keine militärische Besetzung Rumäniens mehr; wir können also dann die Einhaltung dieser Bestimmungen nicht mehr militärisch von Rumänien

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

erzwingen und müssen daher ein eigenes Interesse Rumäniens an der Erfüllung dieser Bestimmungen schaffen. Dafür hat man auch noch weiteres getan: Einmal bekommt Rumänien von der Pachtgesellschaft eine „Redevenz", das bedeutet: Rumänien erhält von der Pachtgesellschaft einen Prozentsatz des Marktwertes zurückgezahlt, den das geförderte Rohöl nach Abzug des Eigenverbrauchs der Pachtgesellschaft ausmacht: nämlich in den ersten dreißig Jahren 8%, in den zweiten dreißig Jahren 9% und in den dritten dreißig Jahren 10%. — Und zwar muß die Pachtgesellschaft in den ersten 15 Jahren tatsächlich Ölbohrungen machen, aus deren Ertrag sich diese „Redevenz" dann ja ohne weiteres ergibt; vom 16. Jahre an besteht eine derartige Bohrverpflichtung allerdings nicht mehr, will die Pachtgesellschaft dann die Ölbohrungen einmal aussetzen, so wird die „Redevenz" nach dem durchschnittlichen Ergebnis jener Pflichtbohrungen in den ersten 15 Jahren errechnet. — Weiter ist der rumänische Staat bei der Pachtgesellschaft auch noch am Gewinne beteiligt; seine Gewinnbeteiligung beginnt, sobald die Pachtgesellschaft eine Dividende von 8% verteilt hat: von jeder Dividende der Pachtgesellschaft, die zwischen 8% und 15% liegt, erhält Rumänien den vierten Teil, und an höheren Dividenden der Pachtgesellschaft ist auch Rumäniens Anteil größer, so daß dieser rumänische Anteil bei ganz hohen Dividenden der Pachtgesellschaft die Hälfte erreichen kann. — Die Monopolgesellschaft muß für den Inlandsbedarf Rumäniens in der Weise sorgen, daß dieser Inlandsbedarf für die einzelnen Erdölerzeugnisse von Jahr zu Jahr im Einvernehmen mit der rumänischen Regierung von der Monopolgesellschaft festgesetzt wird. — Endlich ist dem ganzen Erdölabkommen ein sogenannter „Mantelparagraph" beigegeben. Der soll von den Rumänen als politisches Zugeständnis aufgefaßt werden. Er beruht auf der psychologischen Erfahrung, daß jemand sich in harte Zumutungen leichter und daher williger fügt, wenn ihm der Gedanke offen bleibt, die Sache könne schließlich vielleicht noch eine angenehmere Form bekommen. Deshalb bestimmt der Mantelparagraph, daß, unmittelbar nach Ratifizierung des Friedensvertrages, weitere Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits und Rumänien andererseits beginnen sollen. Dabei will man versuchen, ob man nicht vielleicht noch eine andre Form als das Handelsmonopol und die Handelsmonopol-Gesellschaft finden kann, um den rumänischen Erdölüberschuß dem Sieger zur Verfügung zu stellen. Falls aber der 1. Dezember 1918 verstreicht, ohne daß eine solche weitere Einigung stattgefunden hat, dann treten die Bestimmungen über das Handelsmonopol und die Handelsmonopolgesellschaften selbsttätig in Kraft. Deutschland hat es also völlig in der Hand, es bei dem Handelsmonopol und der Monopolgesellschaft zu belassen, indem es seine Zustimmung zu einer andern Abmachung verweigert. Diese Zustimmung wird Deutschland naturgemäß nur dann geben, wenn seine Interessen dadurch noch besser gewahrt werden, als durch das Handelsmonopol und die Handelsmonopolgesellschaft. Es handelt sich also bei diesem Mantelparagraphen lediglich um eine politische Höflichkeit gegen Rumänien, die von den deutschen Unterhändlern in sehr geschickter Weise eingeräumt ist, um den Rumänen die ganze Sache schmackhafter zu machen — eine Höflichkeit, die übrigens aber Deutschland eine Frist gibt, um seine Machtlage womöglich noch mehr zu verbessern.

Es war selbstverständlich, daß das Deutsche Reich dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen einen angemessenen Anteil an den Vorteilen gewährte, die das Erdölabkommen mit Rumänien dem Deutschen Reiche gibt. Nicht nur das Verhältnis zu Österreich-Ungarn macht Das nötig, sondern auch die geographische Lage Rumäniens zu Österreich-Ungarn. Die Abmachungen zwischen den beiden

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bundesgenossen haben Ähnlichkeit mit den Abmachungen, wie sie bei einem jeden Syndikatsvertrage vorkommen können:

Was die geldliche Seite der Sache angeht, so kann über diejenigen Stammteile beider Gesellschaften, die nicht Rumänien angeboten werden, Deutschland zu $^2/_3$ verfügen und Österreich-Ungarn zu $^1/_3$; da ja Rumänien ein Viertel der Stammanteile angeboten werden, so entfallen also im Endergebnis auf Deutschland die Hälfte und auf Österreich-Ungarn ein Viertel der gesamten Stammanteile (daß alle diese Stammanteile dazu bestimmt sind, in die Hände von Privatleuten zu kommen, ist bereits gesagt). Anlangend sodann die Machtfrage — die Macht ist ja in beiden Gesellschaften an den Besitz der Vorzugsanteile geknüpft —, so geht Deutschland nicht etwa so weit, einen Teil dieser Vorzugsanteile an Österreich-Ungarn zu übergeben. Deutschland behält vielmehr die ganzen Vorzugsanteile, und damit die ganze Macht über beide Gesellschaften, in der eigenen Hand; es verpflichtet sich nur, Österreich-Ungarn eine Art Kontrollrecht über die Ausübung eines Teiles dieser Macht einzuräumen. Nämlich: Einmal werden zwar in beiden Gesellschaften die Mitglieder des Aufsichtsrates oder Verwaltungsrates von den Besitzern der Vorzugsanteile, also vom Deutschen Reiche, ernannt; Deutschland verpflichtet sich aber, ein Drittel dieser Mitglieder aus Personen zu wählen, die die Regierung Österreich-Ungarns ernennt. Sodann: aus eben diesen Personen werden sowohl für die Pachtgesellschaft wie für die Monopolgesellschaft zwei Kommissare ernannt, einer für Österreich und einer für Ungarn. Mit diesen Kommissaren ist ins Benehmen zu treten vor allen Beschlüssen und Verfügungen, die für die österreichisch-ungarische Erdöl-Industrie von besonderer Wichtigkeit sind, sowie vor einigen andern besonders aufgeführten Beschlüssen. Aber: Durch die Ausübung dieses Schutzes für die Minderheitsrechte Österreich-Ungarns darf die Leitung der Geschäfte der beiden Gesellschaften niemals leiden oder auch nur eine Verzögerung erfahren. — — Österreich-Ungarn hat ein Recht darauf, ein Viertel der Ölmengen zu beziehen, die die Monopolgesellschaft zur Ausfuhr bringt.

Es ist etwas Gewaltiges, was Herr v. Kühlmann und seine Gehilfen vom Auswärtigen Amte, Ministerialdirektor Kriege und die Andern, hier für Deutschland geschaffen haben; das klare Verständnis dafür, wie gewaltig es ist, mögen noch einige Zahlen unterstützen:

Um Deutschlands Bedarf an Erdölerzeugnissen — Benzin, Petroleum, Treiböl, Schmieröl — zu decken, ist, nach dem Maße von 1913 berechnet, eine Rohölmenge erforderlich von jährlich 1 880 000 Tonnen. Davon bringt Deutschland selbst (teils im Elsaß, teils in Nordschleswig) nur 120 000 Tonnen hervor, die restlichen 1 760 000 Tonnen muß es einführen. Rumänien erzeugt nun im Jahre, ebenfalls auf 1913 berechnet, schon 1 900 000 Tonnen Rohöl, wovon es für sich selbst nur 600 000 Tonnen verbraucht. Rumänien behält also für die Ausfuhr 1 300 000 Tonnen jährlich. Nach Abzug des einen Viertels für Österreich-Ungarn ergeben sich mithin 975 000 Tonnen, die sich Deutschland vermöge seiner nunmehrigen absoluten Macht über die rumänische Erdölerzeugung und Erdölausfuhr jetzt jährlich zuführen kann. (Wobei ich noch ganz davon absehe, daß die rumänische Erzeugung von Erdöl, wenn erst deutsches System und deutsche Methoden die ganze rumänische Erdölindustrie durchtränkt haben werden, vermutlich noch erheblich steigen wird.) Rumänien wird also künftig, wenn wir wollen, unsern Einfuhrbedarf zu mehr als 55% decken. Vor dem Kriege hat es von diesem Bedarf gedeckt — nicht ganz 6% (nicht ganz sechs vom Hundert!); es lieferte uns nämlich nur 103 000 Tonnen Rohöl jährlich. Und Das, trotzdem an der rumänischen Erdölindustrie deutsches Kapital stärker beteiligt war, als

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

das Kapital irgendeines andern Landes, nämlich mit 120 Millionen Lei. Wir waren für unsre Erdöleinfuhr zu mehr als 50% von Nordamerika abhängig, was uns infolge der englischen Seesperre während des ganzen Krieges (der den Verbrauch von Leuchtöl zwar verminderte, aber einen ganz ungeheuren Mehrverbrauch an Erdölerzeugnissen zum Betriebe von Flugzeugen und Kraftwagen brachte) die größten Schwierigkeiten bereitete.

Jetzt ist diese Abhängigkeit von Nordamerika mit einem Schlage beseitigt. Und zu dieser riesigen Rohstoffsicherung von kaum auszudenkender Bedeutung treten dann noch die geldlichen Vorteile, die sich aus dem Betriebe der Pachtgesellschaft und der Monopolgesellschaft für Deutschlands Kapital ergeben werden.

Das hat der „entschädigungslose" Friede mit Rumänien Deutschland und den Deutschen gebracht! Und in andern Wirtschaftsverträgen, die ebenfalls einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrages von Bukarest bilden, steht noch mehr Derartiges.

Nun begreift man vielleicht, weshalb der Kanzler des Deutschen Reiches persönlich Herrn v. Kühlmann am Bahnhofe empfing, als der von Bukarest zurückkehrte.

Fidelis.

Schulpolitik im Dienste der Landwirtschaft.

Vor einigen Jahren äußerte Bernhard Shaw, dieser zielbewußte Sozialreformer, sich folgendermaßen über die Landwirtschaft: „Ich weiß, daß wir alle, besonders die in der Stadt wohnen, der Meinung sind, die Landwirtschaft sei ein edler Beruf, der Gesundheit und Freude und Kraft in sich birgt und die Erneuerung des Volkslebens. Meine Ansicht aber ist, daß sie ein unwürdiger, verkommener, empörender Beruf ist, und ich glaube, die Landwirtschaft in unserm Lande wird nie zur Blüte kommen, solange sie in den Händen der landwirtschaftlichen Klasse verbleibt. Ich glaube, unserm Lande wird die Gesundheit kommen von den Menschen, die in den Städten gewesen sind und nun wieder zum Lande zurückkehren."

Was Shaw hier im Hinblick auf die englische Landwirtschaft sagt, gilt im großen und ganzen auch von der deutschen. Denn nur dem Grade nach unterscheiden sich die beiden. Zwar ist in Deutschland die Landwirtschaft noch nicht so zur Nichtigkeit herabgedrückt wie in England, das fast ganz auf fremde Zufuhr angewiesen ist, und auch die Landleute stehen geistig höher als die englischen. Aber der Weg, den die Entwicklung bisher in beiden Ländern gegangen ist, ist der gleiche, beide sind auf abschüssiger Bahn. Und auch für uns kann die Rettung nur auf dem Wege kommen, den Shaw angibt: nicht von den ländlichen Kreisen, sondern von der Stadt her. Dies ist der Grundgedanke der bekannten Gartenstadtbewegung, deren Name freilich nicht gerade glücklich gewählt ist; er erweckt die Vorstellung einer Luxusspielerei, aber erstrebt werden vorwiegend nützliche Dinge. Einige Andeutungen der Aussichten, die für die Zukunft unseres Volkes hier liegen, hat mein unlängst im Vortrupp veröffentlichter Aufsatz „Landwirtschaftliche Möglichkeiten in der Stadt" gegeben*).

Diesmal soll das Problem von einer anderen Seite angegriffen werden. Wir wollen überlegen, wie die Behörde die riesigen Machtmittel, die ihr in der

*) Vgl. Vortrupp 1917 Nr. 18.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schule zur Verfügung stehen, für die Landwirtschaft nutzen kann. Vielleicht werden meine Forderungen Manchem zu radikal erscheinen. Aber ich verlange nur, was ohnehin im Interesse des körperlichen und geistigen Gedeihens unserer Schuljugend gefordert werden muß.

Die erste Forderung lautet: man verlege, wo es irgend geht, die Schulen aufs Land.

Man denke hier nicht an die in letzter Zeit erstandenen ländlichen Erziehungsheime. Internatschulen, in denen die Schüler wohnen und nur in den Ferien ihre Eltern zu sehen bekommen, verbieten sich, als allgemeine Einrichtung gedacht, nicht nur wegen der Kosten, sondern auch aus erziehlichen Gründen. Das Band der Familie darf nicht noch mehr gelockert werden, als es leider schon geschehen ist. Es muß dabei bleiben, daß die Kinder vor allem ihren Eltern gehören, ja man wird danach streben müssen, daß sie mehr als bisher die Arbeit der Eltern unterstützen.

Wenn auch auf dem Lande, sollen die Schulen doch so gelegen sein, daß sie bequem zu erreichen sind. Wird diese Bedingung innegehalten, so muß man zufrieden sein. Unsere Schulverwaltung aber hat bisher so getan, als wären elektrische Straßenbahnen, Vorortsbahnen, Fahrräder noch gar nicht vorhanden. Es läßt sich heute beim besten Willen kein Grund mehr entdecken, warum Schulen im Mittelpunkt der Großstadt liegen müssen. Kann doch jeder in kurzer Zeit und für wenig Geld die Schule erreichen, wenn sie auch 5 und mehr Kilometer entfernt ist.

Der städtische Boden ist teuer. Lärm und schlechte Dünste machen es oft unmöglich, bei offenem Fenster zu unterrichten. Wir haben kostspielige Schulpaläste errichten sehen, die sich nach wenigen Jahren, weil Hindernisse dieser Art auftauchten, als unbrauchbar erwiesen und mit schwerem Verlust umgebaut oder einem anderen Zweck gewidmet werden mußten.

Trotzdem werden immer noch Volksschulen nicht nur auf städtischem Grund, sondern sogar in verkehrsreichen Gegenden gebaut. Es herrscht der Aberglaube, die städtischen Volksschüler dürften nur einen Schulweg von ein paar Minuten machen. Und doch ist es an Realschulen etwas ganz Gewöhnliches, daß Kinder vom Lande hereinkommen, ja dies war bereits vor fünfzig Jahren der Fall, als an die heutigen Verkehrsmittel noch niemand dachte. Auch die Dorfkinder müssen doch zu Fuß und auf schlechten Wegen ganz andere Strecken zurücklegen.

Man baue also die Volksschulen, wenn auch nicht gerade auf dem Lande, so doch im Kreise um die Stadt herum. Wenn die Stadt einen Kreis mit einem Durchmesser von 10 Kilometern bildet, so hat kein Kind mehr als 5 Kilometer zurückzulegen, und das kann man sogar zur Not zu Fuß. Noch weniger Rücksicht braucht man bei den Realschülern zu nehmen. Hamburg z. B. könnte sehr gut seine sämtlichen Realschulen in seiner näheren ländlichen Umgebung, in Ohlsdorf, in Fuhlsbüttel, auf Waltershof oder in den Vierlanden haben. Nur für das vorschulpflichtige Alter (gesetzt, man läßt die Vorschulklassen bestehen) würden sich etwas näher gelegene Anstalten empfehlen.

Und wiederum einen Schritt weiter kann man bei den neunklassigen Anstalten, bei Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule gehen. Wenn deren obere Klassen, von Obersekunda an, besondere Anstalten bilden, eine Reform, die sich auch sonst aus vielen Gründen empfiehlt, wenn also diese Schulen nur noch Schüler von über 15 Jahren enthalten, so kann man diesen schon eine wirkliche kleine Reise zumuten, für die die Vorortsverbindungen nicht mehr ausreichen.

Das würde in vielen, vielleicht den meisten Fällen dazu führen, daß diese größeren Schüler auf dem Lande wohnen, statt täglich hinzufahren. Wäre aber

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

das ein Unglück? Der elterlichen Zucht beginnen die Jünglinge in diesen Jahren ohnehin zu entwachsen, und da schadet es ihnen nichts, wenn sie einmal in ganz andere Verhältnisse kommen. Zu dem Internat braucht man darum noch nicht seine Zuflucht zu nehmen, vielmehr wird man die jungen Leute bei zuverlässigen Leuten einmieten, wo sie die Familie wiederfinden.

Die Sache hätte aber noch einen Nebenvorteil. Manche Eltern, deren Vermögen es erlaubt, würden dadurch bewogen werden, sich auf dem Lande anzusiedeln. Die Sehnsucht nach dauerndem Landaufenthalt ist bei vielen Angehörigen der besitzenden Klassen ohnehin groß, und viele werden nur zurückgehalten durch die Rücksicht auf die Söhne, die eine höhere Schule besuchen und dadurch an die Stadt gefesselt sind. Ziehen aber Wohlhabende in größerer Zahl aufs Land, so folgen ihnen mit der Zeit auch Gewerbetreibende nach, und die Schule wird zuletzt der Mittelpunkt einer kleinen ländlichen Kulturstätte, deren Bewohner auch für gemeinsame Beschaffung von Bildungsmitteln, für eine kleine Bücherei, für Vorträge, Unterrichtskurse u. dgl. sorgen werden. Das wäre ein gut Stück weiter zur Verwirklichung der Gartenstadt.

Übrigens nicht nur das eigentliche platte Land, sondern auch Klein- und Mittelstädte eignen sich als Stätten für Schulen, wenn sie sich nur noch den halbländlichen Charakter bewahrt haben. Ja, vielleicht sind hier die Bildungsgelegenheiten noch mannigfaltiger als auf dem Dorfe. Namentlich Südwestdeutschland hat immer noch eine Unmenge von allerliebsten Städtchen, entzückend gelegen, reich an geschichtlichen Erinnerungen, wahre Schmuckkästchen an Kunst, mit schönen Brunnen, Kirchen, Rathäusern, Toren, und von der Industrie noch nicht verseucht. Man wird es kaum für möglich halten, daß in ihnen noch wirkliche gute Hausmusik gepflegt wird, wogegen die kunstmordenden Grammophone unbekannt sind; daß dort die Kinder noch höflich und bescheiden sind und einem nicht ihren Zigarettendampf unter die Nase paffen. Solche altmodische Fleckchen gibt es wirklich noch in unserem hochmodernen Deutschland. Als Stätten für höhere Schulen könnten sie noch eine wichtige Rolle spielen und zu verdienter Blüte gelangen.

Und die Lehrer? Nun, ich bin überzeugt, die meisten würden mit Freuden auf die Vorzüge der Großstadt verzichten und in eine nicht zu abgelegene Kleinstadt übersiedeln. Schon jetzt gibt es manche, die sich auf dem Lande niedergelassen haben und die zweimalige tägliche Eisenbahnfahrt von einer halben Stunde nicht scheuen. Gewiß hat auch die Großstadt ihren Nutzen, namentlich für jüngere Lehrer: Theater, Bibliotheken, Museen. Aber erstens braucht man wegen dieser Dinge nicht in der Stadt zu wohnen, es genügt, daß man alle paar Wochen hinkommt, und zweitens läßt sich manches in bescheidenem Maßstabe auf die Kleinstadt übertragen.

Wie verständig hat man gehandelt, als man Universitäten und neuerdings auch vielfach technische Lehranstalten in Kleinstädten anlegte, sowohl zum Nutzen der Schüler wie der Orte! Und warum könnten nicht Gymnasiasten ebensogut in einer Kleinstadt leben wie Baugewerksschüler und Seminaristen? Einige Unterrichtsfächer können auf dem Lande sogar mit viel mehr Erfolg betrieben werden. Das gilt nicht nur von der Naturgeschichte, sondern auch von der Erdkunde, vor allem aber natürlich von der Landwirtschaftskunde, die, wie ich hoffe, in unseren künftigen Lehrplänen nicht fehlen wird. Sodann der Unterricht im Freien, den viele Lehrer und Ärzte fordern, ist, soweit überhaupt, nur auf dem Lande durchführbar.

Wie großen Nutzen die Landwirtschaft von dieser Reform haben würde, ist unnötig auseinanderzusetzen. Ganz von selbst würde die Verachtung und die Unkenntnis, mit der viele Städter noch immer den ländlichen Arbeiten gegen-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

überstehen, verschwinden. Schon dadurch, daß auch Bauernsöhne neben den städtischen Knaben auf derselben Schulbank sitzen, würden die letzteren hundert Dinge lernen, auf die sie sonst nie verfallen wären. Bald würde jeder sich schämen, nicht mit einem Pferd umgehen zu können, und jeder würde wenigstens sein Beet beackern. Kinder und junge Leute lernen voneinander viel lieber und besser als von älteren.

Ich will hier nicht erst die Frage erörtern, ob und wie die Arbeitskraft der Schüler systematisch für das Land nutzbar gemacht werden soll. Das hängt von Ort und Zeit und näheren Umständen ab. Daß der entsetzliche Müßiggang der Kinder, der ihr schlimmster Fluch und eine der ernstlichsten Gefahren für die Zukunft ist, durch ihre Verpflanzung aufs Land sich wenigstens einschränken läßt, darf man wohl ohne zu großen Optimismus annehmen.

Nur auf weniges will ich hinweisen, um dem oft gehörten Einwand zu begegnen, die städtischen Knaben seien zu ungeschickt für ländliche Arbeiten.

Vielleicht die Hälfte aller ländlichen Arbeit ist Transportarbeit. Der Dünger soll aufs Feld gefahren, die Ernte soll eingebracht, die fertigen Erzeugnisse sollen der Stadt zugeführt werden, und was noch alles sonst! Nun aber lautet für den Transport die erste Bedingung: gute Wege. Wenn ein Knecht stundenlang auf einem grundlosen Sandweg sich mit seinen Ähren plagt, so versäumt er nicht nur die beste Arbeitszeit, auch Pferdekräfte werden über Gebühr verbraucht. Je schlechter die Wege, desto mehr Hafer muß verfüttert werden, desto weniger Boden für Brotkorn bleibt übrig. Gute Wege bauen heißt uns mit Brot versorgen.

Daraus ergibt sich ohne weiteres, wie nützlich die Arbeit der Stadtknaben sein kann. Das Wegenetz kann nie dicht genug, die Wege können nie gut genug sein. Die Arbeit ist, wenn nur Überanstrengung vermieden wird, kräftigend und gesundheitfördernd, und besondere Kunst gehört dazu nicht.

Eine andere Arbeit ist die Umpflanzung des Getreides. In Japan wird der Reis stets umgepflanzt. Das heißt, das Reiskorn wird erst zum Keimen gebracht, dann an einer warmen Stelle gesät, sorglich begossen, durch Schnüre, die über den Boden gespannt sind, vor den Vögeln geschützt. Nach 35—55 Tagen werden die jungen Pflanzen auf das freie Feld verpflanzt. Auf diese Weise erzielen die Japaner wenigstens viermal so hohe Reisernten wie in Nordamerika. Wir dagegen säen jetzt drei Viertel unserer Getreidepflanzen für die Schädlinge, vergeuden Boden, Arbeitskraft und Dünger. Denn gerade wie ein Mensch als Säugling von den meisten Gefahren bedroht ist, so auch die junge Pflanze. Es bedarf also für sie einer besonderen Pflege, der Säuglingspflege entsprechend. Schon wiederholt ist vorgeschlagen worden, das japanische Verfahren auf unsern Weizen und Roggen zu übertragen, aber immer erhebt sich bei landwirtschaftlichen Verbesserungen die leidige Frage: woher Arbeitskräfte nehmen? Die städtische Jugend hilft dieser Schwierigkeit ab. Man wird hoffentlich unseren Stadtjungen es zutrauen, junge Getreidepflanzen in Kästen zu ziehen. Die ländliche Routine ist hier unbrauchbar.

Aber haben die geplagten Schüler auch Zeit für Landarbeiten übrig?

Nun, zunächst weiß jeder Lehrer, daß die Jungen, so schrecklich sie auch überbürdet sind, doch immer noch ihre beste Zeit auf den Sport verwenden. Sport aber ist zumeist nur nötig als Gegengewicht gegen die Unnatur der großstädtischen Lebensweise; für Menschen, die fast den ganzen Tag im Freien sind und alle ihre Muskeln üben, ist er überflüssig. Statt dessen könnten die Knaben, da ihnen doch auch Spiel zu gönnen ist, ihre wirklichen Jugendspiele wieder aufnehmen. Dazu ist ja auf dem Lande überall die schönste Gelegenheit.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dann aber bin ich der Meinung, daß die tägliche Schulzeit ohne jede Gefahr eine bedeutende Einschränkung erfahren kann. Die Überfüllung der Klassen führt namentlich bei den kleineren Schülern dazu, daß der Lehrer einen viel zu großen Teil der Zeit auf allerlei Nebendinge, z. B. Nachsehen von Heften, in unproduktiver Weise vergeuden muß. Deshalb brauchen wir kleinere Klassen. Diese aber können wir erhalten, wenn wir die Schüler nicht 5—6 Stunden täglich in der Schule halten, sondern nur 3. Sie würden frischer sein, der Lehrer würde auf die einzelnen mehr Sorgfalt verwenden können, und sie würden in den 3 Stunden dasselbe lernen wie jetzt in 6, zumal wenn die häufigen Pausen, mit denen jetzt viel Zeit vertan wird, wegfallen, und wenn die Unterrichtsstunde, die allmählich auf 45 Minuten eingeschrumpft ist (offiziell, in der Praxis sind es meist noch weniger), wieder ihre alte Länge von 55 Minuten erhält. Auch die Ferien könnten eine bedeutende Einschränkung erfahren.

Ich bin ferner überzeugt, daß diejenigen Fächer, die in den mittleren und höheren Schulen jetzt die meiste Zeit beanspruchen, die sprachlichen, stark beschnitten werden müßten. Unser Ziel beim Sprachunterricht ist nämlich von sehr fragwürdigem Wert. Es geht, wenigstens bei den modernen Sprachen, auf Fertigkeit im Schreiben und Sprechen. Wir bilden junge Franzosen und Engländer. Dazu gehört sehr viel Drill, unausgesetzte grammatische Übungen, und wem nützt schließlich die ganze Sache? Man frage sich doch einmal, wie viele Menschen später in die Notwendigkeit kommen, sich im Französischen oder Englischen elegant und richtig, in schöngebauten Perioden, mit gewissenhafter Beobachtung aller sprachlichen Feinheiten, kurz wie ein französischer oder englischer Schriftsteller auszudrücken. Gewiß fast niemand, nicht einmal die Kaufleute, für diese genügt ein ganz enger Kreis von sprachlichen Formen. Nun erst die Aussprache, dies Steckenpferd der Neuphilologen! Nach streng wissenschaftlicher Methode wird Phonetik getrieben, damit nur um Gotteswillen kein Mensch dem Schüler den Deutschen anhört. Dieser wissenschaftliche Sport — anders kann man die Sache nicht nennen — ist noch viel unsinniger als die Mätzchen der klassischen Philologen, über die man sich jahrzehntelang entrüstet hat. Lauter Gouvernanten oder Oberkellner fürs Ausland heranzubilden ist doch nicht die Aufgabe der Schule.

Dagegen dringend nötig für jeden Gebildeten ist Lesefertigkeit in den fremden Sprachen, denn sonst steht er, wie auch sein späterer Beruf ist, jeden Augenblick vor einem Hindernis. Der Techniker, der Arzt, der Historiker, ja jeder gebildete Laie ist häufig gezwungen, ein Buch, einen Aufsatz, einen Zeitungsartikel nicht nur in französischer oder englischer, sondern sogar in italienischer, spanischer oder dänischer Sprache zu benutzen. Nun ist aber Lesefertigkeit viel schneller zu erlangen als Schreib- und Sprechfertigkeit, auch mit viel weniger Qual und Unlust. Gibt man jenes verkehrte Ziel auf, so kann man wenigstens die Hälfte der fremdsprachlichen Stunden sparen. Wer wirklich später einmal gezwungen ist, französisch oder englisch zu sprechen, der kann sich mittels der ihm durch reichliche Lektüre vertrauten Vokabeln leicht die nötige Sprechfähigkeit erwerben, und wenn seine Aussprache den Deutschen verrät oder er einmal ein unregelmäßiges Verb falsch konjugiert, so ist das nicht so schrecklich, wie die Neuphilologen meinen. Für Ausnahmefälle und Liebhabereien ist die Schule nicht da.

Es ließe sich auch sonst aus der Schule noch mancher Ballast entfernen, doch würde das hier zu weit führen.

Ich fürchte, da ich für kürzere Schulzeit eintrete, daß mir der Vorwurf der Bildungsfeindlichkeit nicht erspart bleiben werde. Aber in Wahrheit würde ich sogar eine Erweiterung des Pensums für die niederen Schulen mit Freuden begrüßen. Bei dem Dreistundentag steht in der Tat nichts im Wege, das schul-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

pflichtige Alter bis etwa zu 16 Jahren auszudehnen. Das wäre mehr als wünschenswert, weil zum Erfassen mancher Dinge eine gewisse Reife nicht zu entbehren ist, die sich erst mit den Jahren einstellt. Es gilt dies, wie ich wenigstens vermute, von manchen naturwissenschaftlichen Dingen, mit Bestimmtheit aber kann ich es von der Geschichte behaupten, wenn sie mehr sein soll als bloßer Anektodenkram oder ödes Auswendiglernen, wenn geschichtliche Bildung das Ziel ist.

Die tägliche Schulzeit für die mehr als 14jährigen braucht sogar nur zwei Stunden zu betragen. Denn hier handelt es sich nur um ganz wenige Fächer, eben um jene, die auf den niederen Stufen noch nicht mit Nutzen betrieben werden können. Dafür müssen hier freilich an den häuslichen Fleiß der Schüler höhere Ansprüche gestellt werden. Auch muß der Schule das Recht gewahrt werden, Schüler, die aus irgendeinem Grunde diesen Anforderungen nicht gewachsen sind, zu entfernen. Es sind nun einmal nicht alle Knaben in der Schule zu gebrauchen. Manchmal sind es sonst ganz tüchtige Menschen, die sich in der Praxis gut bewähren, sich aber in die Schulzucht nicht finden können. Daß man einen großen, vielleicht körperlich ganz besonders entwickelten Jungen, der nichts lernt, weil er nicht will oder kann, dennoch zwei Jahre länger in der Schule hält, den Lehrern, den Mitschülern und am meisten ihm selbst zur Plage, das wird niemand verantworten können.

Besuchen nun die 14—16jährigen nur zwei Stunden täglich die Schule, so können sie ganz gut daneben schon ihre Lehrzeit durchmachen. Die Lehrmeister würden sich ebensogut damit abfinden wie jetzt mit der Fortbildungsschule. Diese wäre dann natürlich überflüssig. Die Verbindung von Berufsarbeit und Schule würde beiden zugute kommen. Dafür sprechen interessante Beobachtungen, die man in England vor ungefähr 50 Jahren gemacht hat und die Marx — der nebenbei bemerkt sehr gesunde pädagogische Einsichten hatte — in seinem „Kapital" mitteilt. „Das System halber Arbeit und halber Schule", sagt er, „macht jede der beiden Beschäftigungen zur Ausruhung und Erholung von der anderen und folglich viel angemessener für das Kind als die unterbrochene Fortdauer einer von den beiden."

Das also wären die Reformen. Sie sind zu haben ohne Kosten, ohne Anlernung besonderer Kräfte. Wir brauchen nur zu wollen. Schwierigkeiten sind hier nur für den, der alles, was ist, für vernünftig hält. Aber in Wahrheit beruhen viele unserer Einrichtungen einfach auf dem Gesetz der Trägheit, passen längst nicht mehr zu den veränderten Umständen, und das gilt doppelt und dreifach für ein Gebiet, auf dem die Konkurrenz ausgeschaltet ist.

Ernst Müller-Holm.

Zur Siedelungs- und Heimstättenfrage.

Der Weltkrieg hat dem deutschen Volke nicht nur einen starken unmittelbaren Verlust an Menschen zugefügt, sondern bedeutet in seinen Folgen eine weitere Schwächung der gesamten Volkskraft. Diese Wirkungen bald und nachhaltig auszugleichen, ist eine Hauptaufgabe der Regierungen und aller Volkskreise. Es muß alles Mögliche geschehen, um die Aufzucht des deutschen Volksnachwuchses in der nächsten und ferneren Zukunft zu erleichtern und sicherzustellen. Erfreulicherweise herrscht dieser Notwendigkeit gegenüber allenthalben Einmütigkeit; nun gilt es, auch entschlossen und opferwillig die richtigen Wege zum erkannten Ziele einzuschlagen. Die Bevölkerungsfrage ist die Siedlungs-

frage in ihrer ganzen Ausdehnung. In Stadt und Land erhebt sich drohend das Gespenst der Wohnungsnot als Kriegsfolge. Seit fast 4 Jahren ist die Erstellung der jährlich etwa 200 000 notwendigen neuen Wohnungen für den Volkszuwachs unterblieben. Wenn auch mancher selbständige Haushalt durch Wegfall des Erhalters einging, so behalten doch die meisten Kriegswitwen und Invaliden ihre häusliche Selbständigkeit. Die zurückkehrenden Feldgrauen suchen mit Recht Ruhe, Frieden und Familienglück am eigenen Herde, wofür sie draußen Not und Kampf ertragen haben.

Zahlreiche Maßregeln sind bereits erwogen und in Angriff genommen worden, um der schon jetzt offensichtlichen Wohnungsnot entgegen zu wirken. Unter dem Druck der Lage ist man auch davor nicht zurückgeschreckt, die bisher für Wohnzwecke nicht erlaubten Boden- und Kellerräume vorübergehend zuzulassen. Eine bedenkliche Maßregel, wenn das Vermietungsgeschäft diese Einnahmeerhöhung bei Besitzwechsel in Kapitalwert umsetzen darf. Das muß unter allen Umständen verhindert werden!

Hören wir von Wohnungsnot, so denken wir zunächst an die Menschenanhäufungen der Städte und Industriebezirke, denn hier sind die Folgen des Übels am augenfälligsten. Tatsächlich liegt hier auch der Brennpunkt der Not, die zu bekämpfen ist. Doch beheben werden wir sie keineswegs nur durch Schaffen neuer Wohngelegenheiten in hergebrachter Weise. Die Not liegt tiefer und bestand schon vor dem Kriege für unser Volk. Die Großstädte und Menschenanhäufungen in den Industriemittelpunkten sind Verbrennungsherde unserer Volkskraft seit Jahrzehnten. Das Wachsen der Städte ging unaufhaltsam vorwärts, und die Stadt mit ihren Mietskasernen ist kinderfeindlich! Schon 1913 war gegen 1901 die Geburtenzahl in Deutschland um 200 000 jährlich gesunken. Dieser Rückgang geht vorwiegend auf Rechnung der großen Städte, die nur auf Kosten des Landes wachsen. Noch einige Zahlen:

Im Deutschen Reiche entfielen in den letzten Friedensjahren auf jede Ehe im Durchschnitt 3,68 Kinder; in den vorwiegend Landwirtschaft betreibenden Provinzen Westfalen, Posen, Ost- und Westpreußen erhob sich diese Zahl auf 4,74, um in den großen Städten bedeutend darunter zu bleiben. Im Staate Hamburg betrug sie 2,6, in Berlin sogar nur 1,9. Hieraus geht deutlich hervor, daß die großen Städte ohne die fortwährende Zuwanderung aus dem platten Lande in kürzester Zeit eine gewaltige Abnahme ihrer Einwohnerzahl erleiden müßten. — Auf je 1000 Frauen im Alter von 15—45 Jahren kamen in den Jahren von 1906—1910 im Deutschen Reiche durchschnittlich im Jahre 142,6 Geburten, in den Städten nur 117,6, auf dem platten Lande dagegen 168,2, also über 40 v. H. mehr. Obenan steht mit 213 Geburten der Regierungsbezirk Münster, wo ein kräftiger Bauernstand lebt; ganz unten Berlin mit 84 Geburten, also nur wenig mehr als ein Drittel der Münsterschen Zahl. 30 Jahre früher war die Geburtenziffer für Berlin noch 149, also höher als jetzt die Durchschnittsziffer im Deutschen Reiche. So sehr haben sich die Verhältnisse in der kurzen Zeit verschlechtert!

Deutschland hat in einem raschen Tempo den Weg vom Agrar- zum Industriestaat zurückgelegt. Noch im Jahre 1895 waren rund 35 v. H. aller Erwerbstätigen mit Land- und Forstwirtschaft beschäftigt; im Jahre 1913 ist diese Zahl auf 25, also fast um ein Drittel gesunken.

Das darf so nicht weiter gehen, wenn Deutschland trotz glänzender Siege nicht dem Verfall entgegen gehen soll.

Es tut not, daß mit klarer Erkenntnis das Übel an der Wurzel ausgerottet, Besserung „von Grund auf" geschaffen wird. Und tatsächlich kann nur „vom Grunde" Heilung kommen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Nur mit Lösung der Boden- und Siedlungsfragen sind die Bevölkerungsfragen zu bessern. Dem ungesunden Anwachsen der Großstädte gegenüber hilft nur das ableitende Verfahren: Schaffung ländlicher Siedlungsverhältnisse, die den Strom vom Lande in die Stadt zum Stillstande und möglichst zum Rückfluten bringen. So wird die befriedigende Gestaltung der Landsiedlung auch die städtische Wohnungsnot beheben. Deshalb müssen weder die guten Seiten der Städte noch die Industrie Schaden leiden, im Gegenteil — alles wird Nutzen haben, wenn der ganze Volkskörper von schwerem Krebsschaden befreit wird.

Als Lebenserneuerer wenden wir deshalb unser Streben der ländlichen Siedlungsfrage zu.

Die Hungerblockade hat ein jähes Erkennen gebracht, was uns die heimische Mutter Erde und ihre Bebauung wert sind! Möchten sich Mutter Erde und ihre Kinder nun wirklich auf immer finden und behalten. Vorläufig, unter der vollen Wucht der Kriegsnot, klafft allerdings ein tiefer Gegensatz zwischen dem Volke in der Stadt — die nur als Verbraucher sorgen — und der Bevölkerung des Landes, die als Erzeuger und Selbstversorger in allen Tonarten den Vorwurf der Selbstsucht und Begehrlichkeit hören müssen. In diesen Streit wollen wir uns im Rahmen dieser Betrachtung nicht mischen.

Der Familienvater, der in den Feierstunden mit der Familie seine paar Ar Laubenland bestellt, erkennt dankbar und freudig, welche unschätzbare Hilfe an Lebensmitteln ihm das kleine Stückchen Erde bietet. Die bitterste Not ist durch solche selbstgebaute Nahrung sicher aus dem Felde geschlagen. Wo aber gar jeder Häuslichkeit ein größeres Stück Land zur Verfügung steht, dort kann von Not im eigentlichen Sinne nicht mehr geredet werden, dort trifft nur noch Mangel zu an gewissen Erzeugnissen des Landes, deren Gebrauch in guten Friedenszeiten in der Regel im Übermaß zur Gewöhnung geworden war. Die Verwüstungen des Weltkrieges werden uns auf lange Jahre hinaus zwingen, unsere Lebensführung (zu unserem Heile) wieder einfacher zu gestalten. Über jeden Mangel erhaben ist der Kleinsiedler auf dem Lande, der so viel Land bewirtschaftet, daß er mit Abfällen und Grasertrag seine Milchziegen erhalten kann. Aber leider ist nur ein viel zu kleiner Teil des Volkes in solch glücklicher Lage, weil in erreichbarer Nähe der Städte und Industrieanlagen Nutz- und Gartenland zu erschwinglichen Preisen nicht zu haben ist. Die Verfügung darüber ist leider nicht in der richtigen Hand! Private Eigentümer, vielfach sogar reine Kapitalvereinigungen, haben zur Erzielung arbeitslosen Gewinnes dem Landbedarf vorgegriffen und geben nun den Boden nur zu Wucherpreisen ab.

Das flache Land leidet unter gleichen Verhältnissen durch privaten Großgrundbesitz.

Zahlreich sind die Nachweise geführt worden, daß auf den Flächen von früheren Großgütern, die zur bäuerlichen Kleinsiedlung aufgeteilt wurden, die Erträge an Bodenerzeugnissen jeder Art und die Viehbestände ganz erheblich gesteigert worden sind. Dieses geschah vielfach trotz gesteigertem Selbstverbrauches der Bebauer, deren Zahl natürlich bei bäuerlicher Besiedlung erheblich größer auf derselben Fläche geworden war. Und darin liegt ja der Hauptgewinn der bäuerlichen Siedlungsart, daß eine größere, gesündere, bodenständigere Bevölkerung zufrieden im Lande lebt und wirtschaftet.

Das Land ist kinderfreundlich, lebensbejahend! — Die Stadt ist kinderfeindlich, lebenvernichtend! — Auf dem Lande, bei dem Bauer auf eigener Scholle, ist eine reiche Kinderzahl gleichbedeutend mit wachsendem Wohlstand, Kinder sind heranwachsende Mitarbeiter, deren Erhaltung den Haushalt nur

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wenig mehr belastet. In der Stadtwohnung, losgelöst vom nährenden Boden, sind Kinder nur materielle Belastung, kostspielige Mitesser.

Aus dem gesunden Volksreichtum des Landes empfangen Gewerbe, Industrie, Handel, Verkehr und Verwaltung die besten Kräfte in reicher Fülle. Dem landbauenden Volksteil gebührt eine höhere soziale Wertung, als ihm bis vor dem Kriege eingeräumt wurde. Ihm müssen gute Schulen und wirtschaftlicher Aufstieg zu bäuerlicher Selbständigkeit geboten werden mit Anschluß an die höheren Schulen. Den Angehörigen anderer Berufsstände muß der Zusammenhang mit Mutter Erde durch Wohnen in gartenstädtischen Siedlungen, im Eigenheim mit Garten erhalten bleiben.

In dem Maße, wie die Städte sich zu Gartenstädten „auflockern", die Eigenerzeugung der Kleinsiedler und die Produktivität der bäuerlichen Wirtschaften zunimmt, können wir die für die heutigen Mietskasernengroßstädte als Versorger scheinbar nötigen Großgüter entbehren. Die ganze Umwandlung kann sich in gesunder Weise organisch entwickeln. Das fortschreitende landwirtschaftliche Genossenschaftswesen wird in ausreichender Weise an Stelle der Großgüter als Lieferanten treten. Als Lehrstätten, sowie außerdem im vorläufig dünn bevölkerten Osten, werden größere Güter noch lange bestehen bleiben, und unter den so geschaffenen neuen Verhältnissen wahrscheinlich ohne Leutenot besser wirtschaften können als bisher. Handwerk, Gewerbe und Industrie werden in einer großen, kaufkräftigen und bedarfreichen Landbevölkerung eine bessere und sicherere Abnehmerschaft finden als im Exporthandel. Die ganze Volkswirtschaft wird unter dem Zeichen einer hochentwickelten ländlichen Siedelung im Lande, die von volksnützlichen Gesichtspunkten geleitet wird, gesunder und sicherer sein und weniger Anlaß zu internationalen Verwicklungen geben.

Aber wir sehen im größten Teile des Vaterlandes *nicht* die bäuerliche Siedlungsart vorherrschen, sondern im Gegenteil eine Vermehrung der großen Güter vor sich gehen. Jetzt im Kriege haben sich die Generalkommandos genötigt gesehen, dem Aufkaufen und Zusammenlegen selbständiger Wirtschaften Hindernisse entgegenzustellen. Aber wirksame Maßregeln sind noch nicht ergangen; das allerwichtigste Volksgut — der Boden — blieb bisher der freien Verfügung Einzelner überlassen.

Die Staatsregierung zaudert in unbegreiflicher Weise, den der volksdienlichen Nutzung vorenthaltenen Boden, diese unentbehrliche, unvermehrbare Grundlage aller menschlichen Existenz, durch ein soziales Bodenrecht für das gesamte Volk zu beanspruchen oder zu sichern. Jeglichen Besitz an Sachgütern, das Produkt jeglicher Arbeit, ja Leben und Gesundheit fordert der Staat jetzt mit Recht von seinen Bürgern, aber das Gut, das alle Menschen zum Leben brauchen und mittelbar oder unmittelbar *haben müssen*, und das kein Einzelner geschaffen hat, den *Boden*, *den* läßt er in der Gewalt von Einzelnen oder, noch schlimmer, von Kapitalvereinigungen! Für den Güter- und Grundstückshandel sollten in erster Linie Höchstpreise aufgestellt werden.

Unter diesem falschen Bodenrecht leidet auch die vom preußischen Staate selbst betriebene sogenannte innere Kolonisation empfindlichst! Schon vor dem Kriege waren in der Ostmark keine Güter mehr zu Preisen zu bekommen, die die Aufteilung zu wirtschaftlichen, kleinbäuerlichen Anwesen (Rentengütern) gestatteten. Dem Staat als freien Käufer, der zur Erfüllung seiner Ziele Land haben mußte, verlangte der verschuldete Großgrundbesitz Phantasiepreise ab. Das in einseitiger Form eingesetzte Enteignungsrecht ist von der Regierung aus besonderen Gründen nicht angewendet worden. So drohte das Ansiedlungswerk in einigen Jahren völlig ins Stocken zu kommen, nachdem es vordem schon gegenüber den Notwendigkeiten nur geringen Umfang erreicht hatte.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die innere Kolonisation krankt an einem Grundübel: Der Siedlungsboden bleibt privates, frei verkäufliches Eigentum, denn die Kaufrente kann auf Antrag abgelöst werden. Das geschieht natürlich in weitgehendstem Maße, und die Rentengüter, für deren Einrichtung aus dem Steuersäckel aller Bürger nette Zuschüsse geleistet werden, bilden ein ebensolches Objekt des freien Schachers mit Gewinn, wie jeglicher andere bäuerliche Grundbesitz. Das haben leitende Persönlichkeiten von Ansiedlungsbehörden öffentlich bekundet (Frh. von Gayl u. A. auf dem Bundestage der deutschen Bodenreformer Posen 1912). Mit diesen Mißverhältnissen muß grundsätzlich gebrochen werden. „Heimstätten" braucht unser Volk wieder, um zu gesunden und zu erstarken. „Heimstätten" erblühen nicht auf mobilisiertem Boden, sondern nur auf besitzgebundenem Volksboden! Er muß dem freien Verkauf wie der Verpfändung und Verschuldung entzogen sein, und damit natürlich auch dem Zwangsverkauf wegen privater Verschuldung des Inhabers. Die Freizügigkeit in gesundem Umfange bleibt deshalb durchaus jedem Bürger gewahrt, denn Heimstätten ohne schwere Belastungen mit vorher daran gemachten Spekulationsgewinnen oder Schulden der Vorbesitzer, werden durch die Hand der Heimstättenämter jederzeit willig Abnehmer finden.

Der neue Entwurf eines Reichsgesetzes über das Heimstättenrecht, wie er dem vom Hauptausschuß in Berlin angestrebten Kriegerheimstättengesetz zugrunde gelegt werden soll, sieht vor, daß die Rentenschuld, gegen die allein das Heimstättenrecht am Boden erworben werden kann, dauernd und unablösbar ist. Das ist in der Wirkung Erbpacht. Schulden für Baulichkeiten und Verbesserungen, die ja vergänglich sind, müssen bis zu deren Entwertung getilgt werden*). Nur dann können wirkliche Heimstätten entstehen und ihren vollen Segen entfalten, wenn dem Boden die Wareneigenschaft genommen wird. Nur auf dieser Grundlage darf das deutsche Volk seine unabweisbare Forderung nach Heimstätten in Stadt und Land als erfüllt anerkennen. Jede andere Form, die die Verkäuflichkeit und Verschuldbarkeit des Bodens beibehalten will, ist ein Betrug, denn immer wird zu geeigneter Zeit die Selbstsucht den Menschen (und recht oft schuldlose Kinder, Witwen und Waisen) aus dem Paradies der Heimstätte ins Elend stoßen!

Um aber dem Übel, der bevölkerungsfeindlichen Wohnungs- und Wirtschaftsnot die Axt an die Wurzel zu legen, muß der gesamte Boden unter solches Heimstättenrecht gestellt, also in öffentliche Verwaltung gebracht werden. Das ist kein unklarer Kommunismus oder russischer Bolschewismus, sondern altes deutsches Bodenrecht. — Trennung des Bodens von anderen „Sachen". Das ist möglich ohne Härte und Ungerechtigkeit gegen die jetzigen — durch Zufall der Geburt oder Geldübermacht gewordenen — Bodeneigentümer. Wer auf „seinem" Boden „sitzt", soll bleiben können. Nach eigener Schätzung soll jeder Eigentümer (und damit alle Hypothekengläubiger) voll, durch besondere Reichsschuldscheine, entschädigt werden, für die der Staat die jeweilig geltende normale Verzinsung gewährleistet (s. Fußnote auf der vorigen Seite). Nur muß es dem Staate freistehen, vorläufig und auf unbegrenzte Zeit auf die Ablösung zu verzichten und inzwischen vom „Eigentümer" die entsprechende „Grundsteuer" von

*) Wegen der auch für Heimstätten unvermeidbaren Beleihung der Gebäude ist die Zinsfrage wichtig. Auch das Geldwesen bedarf dringend einer Reform, um die zweite Quelle arbeitslosen Einkommens außer der privaten Grundrente, den Zins, in gemeinnütziger Weise zu regeln. Silvio Gesell weist den Weg in seinem Werke: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld (Physiokratischer Verlag, Berlin-Lichterfelde 1916).

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der durch ihn selbst geschätzten Summe zu verlangen. Dieses Recht der Abwehr unbilliger Forderungen muß schon gegenüber gewissen „Volksfreunden" gelten!

In öffentliche Hand übernommen werden soll nur so viel Land, als eben beansprucht wird, für das also die Bodenrente durch Benutzer gesichert ist. Diese Bodenrente (die stets, wie auch jetzt, den Kapitalzins und die Verwaltungskosten decken wird) dient zur Verzinsung der Landablösungen und zu ihrer allmählichen Abtragung. Den Boden, den wir jetzt in Gestalt von Grund- und Hypothekenzins in 100 Jahren viermal (zu 4 v. H.) bezahlen, ohne ihn je zu erhalten, werden wir dann vollrechtlich für das Volk kaufen! Nachdem die Tilgung vollzogen ist, steht die volle Grundrente — wie es sich gehört — für diejenigen zur Verfügung oder Verwendung frei, die sie „erarbeiten", für das Volk, in erster Linie für die Mütter und Kinder, die den Reichtum der Nation darstellen.

So wollen und können wir in friedlicher, gerechter Weise „Freiland" schaffen, darauf das Volk alle Bedingungen findet, zwar nicht mühe- und arbeitslos, so doch sicher, gesund und lebensfreudig mit einer jugendfrohen, gern begrüßten Kinderschar zu leben!

* * *

Solange — ungeachtet dem Drängen der Einsichtigen — noch nicht allgemeine, gesetzgeberische Maßregeln in dieser Richtung geschehen, streben wir auf dem Wege genossenschaftlicher Selbsthilfe zukunftsfreudig dem Ziele entgegen. Wir erleben es in der Gegenwart handgreiflich: Die Sturm- und Stoßtrupps schlagen die Breschen für die nachrückende Hauptmacht!

Otto Jackisch,

Geschäftsführer der Obstbausiedlung Eden-Oranienburg und Vorsitzender des Deutschen Vereins Freiland E. V.

Was andre sagen

Die Hilfe. Herausgeber Dr. Friedrich Naumann, Berlin-Schöneberg. Nr. 18 vom 2. Mai 1918.

Der Tag der Vernunft. Von Friedrich Naumann.

„. . . . . .
. . . . Wo also ist die Vernunft? Existiert sie oder nicht?

Wir sind überzeugt, daß sie sich eines Tages melden wird, wissen nur nicht, ob es dann noch einen Zweck hat. Sie liegt im Gefühle der durchschnittlichen Menge aller kämpfenden Völker, die tapfer kämpfen, solange es nötig ist, sich dann aber eines Tages gegen die nutzlose Verlängerung sträuben. Bei uns in Deutschland hat man diesem gesunden Volksgefühle keine Hemmnisse auferlegt, trotz des Geschreies der Vaterlandspartei. Darin liegt der Hauptwert der viel besprochenen Friedensresolution, nicht in ihren Einzelheiten. Unsere Regierung hat es wagen können, mitten im militärischen Erfolge vernünftig zu sein und Friedensangebote zu machen. Das bleibt ein mächtiges Stück deutschen

Geistes: das Volk, von dessen Knechtsseligkeit die Welt da draußen redet, ist in großen Dingen freier als alle die anderen! Wir vertragen die praktische Vernunft. Es hilft aber nichts, sie allein zu haben, ehe auch die anderen Hauptvölker sich zu ihr wenden. Darin liegt das Peinliche, Anspannende dieser Zeitlage.

Indem wir auf den Tag der Vernunft warten, hören wir mit innerer Lust die Siegesnachrichten vom Westen, nicht als ob in ihnen die Vernichtung aller übrigen Mächte angekündigt sei, sondern weil sie zur Erziehung des Menschengeschlechtes gehören, damit es lerne, das verständige Leben von neuem zu beginnen. . . . . ."

Rund um uns

† **Christian Schneehagen.** Nun ist wieder ein lieber Mitarbeiter des „Vortrupp", unser allzeit so zukunftsfroher Christian Schneehagen, ein Opfer des furchtbaren Krieges geworden. Er stand zuletzt als Leutnant einer Minenwerferkompagnie im Felde. Neben uns wird von diesem neuen herben Verlust besonders auch die freideutsche Jugend betroffen, die mit ihm einen ihrer besten Vertreter und Führer verliert. Christian Schneehagens Name ist mit der Entstehung der freideutschen Jugend aufs engste verbunden. Als er noch Mitglied der Freischar in München war, hat er begeistert den Gedanken des Zusammenschlusses der lebensreformerischen Jugend aller Bünde anläßlich der Jahrhundertfeier 1913 verfolgt. Ihm ist in erster Linie das Zusammenkommen und die Organisation des Freideutschen Jugendtages auf dem Hohen Meißner am 11.—12. Oktober 1913 zu danken. Mit großer Umsicht und mit unermüdlichem Fleiße hatte er sich den vielen Vorbereitungsarbeiten unterzogen, die jene Tage in so reichem Maße erforderten. Die engste Zusammenarbeit mit dem jungen Freunde in den drei Monaten vor der Meißnertagung wird mir immer unvergeßlich sein. Mit großer Klarheit und starkem Willen wußte er die zahlreichen ihm übertragenen Aufgaben zu erledigen. Christian Schneehagen dachte damals an alles, was irgend zum Gelingen der großen Tagung führen mußte, und die vielen Schwierigkeiten, die sich ihm boten, hat er mit bewundernswerter Vermittlungskunst zu überwinden verstanden. Um in jenen Tagen die dafür Empfänglichen zur Schaffung einer neuen Männer- und Frauentracht anzuregen, gab er für den Freideutschen Jugendtag mit Lotte Frucht das sehr begehrte Büchlein „Unsere Kleidung" heraus. Da er mit allen Führern der zur Jugendbewegung unserer Zeit gehörenden Bünde persönlich in Fühlung stand, so ist es seinem Einwirken zu verdanken, daß ein so großer einheitlicher Zug durch die ganze freideutsche Jugend ging.

Wir hatten alle noch viel von unserem uns so früh entrissenen Freunde für die Zukunft erwartet; denn sein Einfluß auf die ihm nahestehenden Freundeskreise war groß. Er war der geborene Erzieher. Das hat er auch als Offizier im Felde seinen Kameraden gegenüber so oft bewiesen. In dieser Beziehung gilt für ihn, was Walter Flex in seinem Werke „Der Wanderer zwischen beiden Welten" seinen Freund Ernst Wurche sagen läßt: „Leutnantsdienst tun heißt seinen Leuten *vorleben*; das Vorsterben ist dann wohl einmal ein Teil davon."

Christian Schneehagen wird unter uns weiterleben, und viele werden ihm danken. **Franziskus Hähnel.**

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

† **Dr. phil. A. Stellmacher.** Unser Mitarbeiter Burchard von Schrenck hat im Verlage der Deutschen Großloge des J.O.G.T. in Hamburg eine kleine Schrift erscheinen lassen, in der er Leben, Wirken und Ende seines verstorbenen Freundes Dr. A. Stellmacher schildert.

Dr. Stellmacher, ein geborener Balte, hat in seiner Vaterstadt Riga eine sehr bedeutende Wirksamkeit als Schriftsteller und Schriftleiter einer Rigaischen Tageszeitung entfaltet. Er ist einer der kraftvollsten Vorkämpfer deutscher Gedanken und deutscher Art in den baltischen Ländern gewesen und hat unter anderem der von Elisabeth v. Grewingk in Riga eingeführten Abstinenzbewegung die wertvollsten Führerdienste geleistet. Sein tatkräftiges Eintreten für die Verbreitung deutscher Kultur hatte dem unermüdlichen Manne seit Beginn des Krieges schwere Verfolgungen und Leiden — lange Kerkerhaft und dadurch entstandene Krankheit — eingebracht. Schier Unglaubliches mußte er erdulden, bis er vor Jahresfrist seinen Leiden erlag.

Wir machen unsre Leser auf die Schrift von Burchard von Schrenck nicht nur wegen des sehr lesenswerten Inhaltes aufmerksam, sondern verfolgen damit einen besonderen Zweck: Der Ertrag des Büchleins, das nur 50 Pfennige kostet, ist für die Familie des Verstorbenen — er hinterläßt seine Frau mit fünf Kindern — bestimmt. Wir bitten daher alle unsre Freunde herzlichst, sich die Schrift anzuschaffen.

Der Titel der Schrift lautet: „† Dr. phil. A. Stellmacher in Riga, ein Opfer seiner deutschen Gesinnung."

Vortrupp.

* * *

Neue Bücher und Schriften

An dieser Stelle werden nur solche Werke aufgezählt, die der Schriftleitung nach der einen oder andern Richtung hin besonders empfehlenswert erscheinen.

Hobohm, Martin: Vaterlandspolitik. Heft 6 der Schriftenreihe. „Der Tag des Deutschen". M. 3.50. Eugen Diederichs, Jena.

Schrenck, Burchard von: † Dr. phil. A. Stellmacher in Riga, ein Opfer seiner deutschen Gesinnung. 50 Pf. Verlag Deutschlands Großloge II des J. O. G. T. Hamburg.

Sperling, Hauptmann: Von Heer und neuer Zeit. Uhlandsche Buchdruckerei, G. m. b. H., Stuttgart.

Ebhardt, Melanie: Unsterblichkeit. Gedichte. Egon Fleischel & Co., Berlin.

Schriften des Badischen Landeswohnungsvereins (Verlag der Braunschen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe i. B.).

Heft 10: Lewald, Dr. F.: Aufgaben und Ziele des Landeswohnungsvereins. 30 Pf.

Heft 11: Veith, W.: Ungeteilte Arbeits- und Schulzeit. 30 Pf.

Heft 13: v. Bodman Wiener, Kampffmeyer: Der badische Baubund und die Landeswohnungsstiftung. 50 Pf.

Heft 14: Die Wohnungsverhältnisse kinderreicher Familien in badischen Städten.

Keller, Peter: Sachsen-China. Ein kunsthistorischer Roman. Vita, Deutsches Verlagshaus, Berlin.

Silex, Prof. Dr. P.: Neue Wege in der Kriegsblindenfürsorge. 2. Aufl. S. Karger, Berlin.

(Für unaufgefordert eingesandte Bücher übernimmt die Schriftleitung d. „Vortrupp" keine Verantwortung.)

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Jansen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 12 2. Juniheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Die Brille Amerikas.

Berlin, den 8. Juni 1918.

Klare Erkenntnis der Geistesbeschaffenheit eines feindlichen Volkes befähigt zur richtigen militärischen und diplomatischen Behandlung dieses Volkes und ist daher ein Kriegsmittel. Sie kann nicht ersetzt werden durch Haß und Schmähungen. Deshalb ist es ein Zeichen eines unsern Feinden ungünstigen Zustandes, daß die Schimpferei „Boches" Gemeingut so ziemlich des ganzen französischen Volkes und die Schmähung „The Huns" Besitztum nicht unerheblicher Teile des englischen Volkes geworden ist. Während bei uns Deutschen die „Haßgesänge" in Versen und in Prosa, die Briefumschlag-Aufdrucke „Gott strafe England" und ähnliche Dummheiten, weil unsern Kriegszweck nicht fördernd, stets von dem allergrößten Teil unsres Volkes abgelehnt worden sind, und vollends heute kein Ernsthafter in unserm Volke von dergleichen mehr etwas wissen will.

Der klaren Erkenntnis der Geistesbeschaffenheit eines der uns feindlichen Völker will ein kleines Buch dienen, das im Verlage von Georg Müller (in München und Berlin) erschienen ist. Es führt den Titel „Amerika als Feind". Der Verfasser ist der Direktor der Münchner Handelshochschule und Professor an der Universität München, Dr. Moritz Julius Bonn. Professor Bonn ist vom 3. August 1914 bis zum 14. Februar 1917 in den Vereinigten Staaten anwesend gewesen, also vom Beginne des Weltkrieges bis nach dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen zwischen der Union und uns. Bonn hat innerhalb dieser Zeit drei Semester lang an den Universitäten Kalifornien, Wisconsin und Cornell Vorlesungen gehalten; er hat außerdem in den verschiedensten Landesteilen und vor den verschiedensten reinamerikanischen Kreisen in Wort und Schrift die deutsche Sache vertreten. Dabei hat er die Geistesbeschaffenheit der Nordamerikaner auf das genaueste kennen gelernt. Und zwar diese Geistesbeschaffenheit besonders in der Richtung, auf deren Kenntnis es für unsre Kriegszwecke gegenwärtig ankommt: nämlich den Standpunkt, von dem aus die Masse der Nordamerikaner Deutschlands Rolle im Weltkriege betrachtet. Die „Brille Amerikas", wie ich es nennen möchte. Diesen Standpunkt der Masse der Nordamerikaner führt nun Bonns kleines Buch deutschen Lesern vor. Deutschen Lesern: Denn der Zweck des Büchleins ist naturgemäß nicht, auf Amerikaner zu wirken und diesen zu zeigen, wie schief ihr Standpunkt zum großen Teile ist;

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

das hat Bonn da getan, wo es getan werden mußte: in Amerika vor amerikanischen Gegnern. Das Büchlein könnten ja auch der Sprachverschiedenheit wegen nur die wenigsten Amerikaner verstehen. Das kleine Buch soll vielmehr offensichtlich ein politisches Werkzeug für Deutsche sein, damit wir die Quellen der nordamerikanischen Massenstimmung und darin dann die Beweggründe der amerikanischen Politik erkennen. Und in diesem Zusammenhange war es unnütz, viel darüber zu reden, wie falsch diese amerikanischen Vorstellungen größtenteils sind — daß sie sehr falsch sind, sieht jeder Deutsche von selbst sehr schnell; hier kommt es nur darauf an, daß sie vorhanden sind. Denn, wie Bonn mit Recht sagt: „Vorstellungen, seien sie auch noch so irrig, wirken als Motive in der Politik genau so, wie die einwandfreiesten Tatsachen."

Ich habe niemals die fröhliche Leichtherzigkeit geteilt, mit der zum Beispiel in der „Deutschen Tageszeitung" die Gegnerschaft Nordamerikas aufgenommen worden ist. Vielmehr habe ich die Kriegserklärung Amerikas für das politisch weitaus bedeutungsvollste und ernsteste Ereignis gehalten, das seit der Kriegserklärung Englands geschehen ist: Und wäre es auch nur um der Stärkung des Kriegswillens Frankreichs und Englands willen; sowie um der Tatsache willen, die Bonn sehr zutreffend so beschreibt: daß wir mit Nordamerika als der stärksten, weil am wenigsten erschöpften Macht am Friedenstische werden rechnen müssen. — Für um so dankenswerter halte ich Bonns Arbeit. Einige besonders wichtige Gesichtspunkte aus ihr will ich, systematisch herausgearbeitet, heute darstellen:

Bonn schildert, wie gesagt, den Standpunkt der Masse der Amerikaner. Also die Gesamtheit der Gedanken und Empfindungen, aus der heraus diese Masse schließlich den Krieg gegen Deutschland gebilligt hat und weiter billigt. Nicht zu dieser Masse gehören die folgenden Bürger der Vereinigten Staaten: die Deutsch-Amerikaner, die Iren und die russischen Juden; deren Gefühle stehen ohne weiteres auf der deutschen Seite.

Bonn warnt zunächst dringend davor, den Kriegswillen der amerikanischen Masse anzusehen als geboren aus dem Gefühle einer Rassengemeinschaft oder sonstigen Gemeinschaft mit England. Er verkennt selbstverständlich nicht, daß erhebliche englische Einflüsse in der Union bestehen; er schildert diese Einflüsse und Träger recht genau, zeigt aber auch, wo ihre Grenzen sind. Er gelangt zu diesem Ergebnis:

> „Die Masse des amerikanischen Volkes, einschließlich der Amerikaner englischer Abstammung, sind nur für amerikanische Interessen, oder vermeintliche amerikanische Interessen, in Bewegung zu setzen. Die sentimentale Politik des „Hände über den Ozean Streckens" ist ausschließlich von einigen gesellschaftlichen Kletterern (**social climbers**) und von literarischen Snobs vertreten worden. Die Gesamtheit des Volkes ist immer dagegen gewesen. Es ist kein Zufall, daß ein Mann wie Roosevelt, der die Volksstimmung genau zu verfolgen versteht, in seinen Schriften gegen die „Bindestrich-Politiker" nicht nur gegen die Deutsch-Amerikaner, sondern auch gegen die Englandfreunde Front macht, die englische, nicht amerikanische Interessen vertreten. Rassenverwandtschaft und Sprachgemeinschaft hatten die Amerikaner nicht gehindert, zu einer Zeit Krieg mit England zu führen, wo sie wesentlich angelsächsischer waren, als sie heute sind. Sie werden nur Alliierte Englands werden, wenn sie glauben, daß amerikanische Interessen auf dem Spiel stehen."

Bonn hält übrigens auch die bei uns ziemlich verbreitete Meinung, die Vereinigten Staaten seien in den Krieg gegangen, um die Vorschüsse zu retten, die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sie der Entente gegeben hatten, für völlig verkehrt. Für den größten Teil jener Vorschüsse habe sich ja Amerika von Anfang an erstklassige Wertpapiere als Pfand geben lassen. — Der Kriegswillen der amerikanischen Masse wurzelt vielmehr in der folgenden Gesamtheit von Erscheinungen und Zuständen:

Zugrunde liegt ein Zug von gewaltiger Naivität: der Naivität von Menschen, denen es gut geht und die es sich daher leisten können, im täglichen Leben menschenfreundlich gesinnt zu sein. Einer Naivität, die ihrem Wesen nach mit einer sehr unbegrenzten Unwissenheit von den Dingen der wirklichen Welt, besonders der wirklichen politischen Welt, verbunden ist. — Insbesondere: Der Nordamerikaner hat bisher weitab von allen Kriegsereignissen gelebt. Hat (mit Ausnahme der Aristokratie des Südens) nie den Krieg im eigenen Lande gesehen. Er denkt daher unmilitärisch und ist nicht imstande zu begreifen, was der einmal ausgebrochene Krieg seinem Wesen nach bedeutet, daß er zum Beispiel auch gegen die Zivilbevölkerung des Landes, wo er tobt, nicht anders als hart sein kann. Wegen dieser kindlichen Unkenntnis des Wesens des Krieges brachten Vorgänge wie die Erschießung des Kapitäns Fryatt und der Miß Cavell*), dann die Erhebung einer Kriegskontribution in Belgien, die Amerikaner gegen uns auf. Da, abgesehen von den Russen, die Entente-Heere nicht auf deutsches Gebiet gekommen sind, so fehlte es an Vorgängen, die geeignet gewesen wären, die Sache anders herum zu sehen: Denn, es war nun einmal so, für das, was die Russen in Ostpreußen anstellten, interessierte sich der Durchschnittsamerikaner nicht: das war zu weit weg, und außerdem hatte man von den Kosaken schließlich nichts andres erwartet. — Diese Kindlichkeit begreift auch nicht, daß ein im Kriege befindlicher und von weiteren Kriegserklärungen bedrohter Staat rechtzeitig planen und schnell handeln muß: sie hat es als „politische Treulosigkeit" empfunden, daß sich das Deutsche Reich, das bereits mit der halben Welt im Kriege stand und dem, wenn es auch mit Nordamerika verhandelte, doch jede neue Wendung der Dinge auch noch dessen Kriegserklärung bringen konnte, sich für diesen Fall Mexikos Bundesgenossenschaft zu sichern suchte. Man hatte weiter drüben keine Ahnung davon, was es für ein Durcheinander geben würde, wenn die eine Partei der Kriegführenden ihre Friedensforderungen veröffentlichen und sie dadurch der Presse der ganzen Welt zur Bearbeitung und zur Verdrehung preisgeben würde; daher nahm man es Deutschland übel, daß es nach der Deutschen Tat vom 12. Dezember 1916 nicht auch noch gleich alle seine einzelnen Friedensbedingungen veröffentlichte. — Den Gipfel erreicht diese Kindlichkeit in der Auffassung, daß jeder amerikanische Bürger das Recht habe, überall hinzugehen, wo es ihm passe. Das hat dann zur Folge gehabt, daß, als die deutsche Regierung ehrlicherweise in amerikanischen Zeitungen die Warnung erließ, die Amerikaner möchten nicht gerade den munitionsbeladenen englischen Dampfer „Lusitania" zur Reise nach Europa benutzen — daß diese ehrliche Warnung als Beleidigung empfunden worden ist: denn das heiße eben jene Freiheit des amerikanischen Bürgers, überall hinzugehen, beschränken.

Durch den Hinzutritt dieser Naivität werden auch Charakterzüge unheilvoll, die an sich sehr sympathisch sind: Der Durchschnittsamerikaner haßt zum Beispiel das Blutvergießen. Daher hat die Deutsche Tat vom 12. Dezember 1916 an sich einen glänzenden Eindruck auf die amerikanische Öffentlichkeit gemacht und die ablehnende Antwort der Entente, die ja einfach darauf hinauskam, das Blut-

*) Die zahllosen Fälle, wo die Franzosen, Russen und Rumänen angebliche Spioninnen erschossen haben, hat das amerikanische Volk übrigens nie erfahren, da seine Presse ihm Das unterschlug. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vergießen müsse fortdauern, einen sehr schlechten Eindruck. Aber die Kindlichkeit der Gesamtauffassung führte nun zum Beispiel zu dem Folgenden: Die deutsche Seesperre durch die U-Boote war den Amerikanern verhaßt, da sie Menschenleben gefährde; daß die vorhergegangene englische Seesperre genau das Gleiche im allergrößten Maße tat, indem sie nämlich die Frauen und Kinder des ganzen deutschen Volkes bewußt der Gefahr des Verhungerns aussetzte, das bemerkte die amerikanische Naivität nicht. Die sah die Dinge etwa so: Die englische Seesperre werde gewiß einiges Unbehagen in Deutschland zur Folge haben und eine Herabsetzung der Nahrungsrationen bedingen. Das werde genügen, um in Deutschland Mißstimmung und eine Friedensbewegung zu erzeugen. Was hätten die dabei von den Deutschen zu ertragenden Leiden zu bedeuten im Verhältnis zu den Schrecken, die eine Riesenschlacht auch für Deutschland habe. Wenn es möglich sei, den fürchterlichen Krieg durch eine Blockade zu beenden, ohne daß erst Millionen von Menschen geopfert würden, so sei das doch recht zweckmäßig. So dachte die große Menge in Amerika. In der glaubte übrigens niemand, daß deutsche Frauen und Kinder gefährlichen Mangel litten. Wer das behauptete, dem wurden deutsche amtliche Veröffentlichungen entgegengehalten, worin geschildert wurde, wie praktisch die Maßregeln seien, womit Deutschland den Hungerkrieg erfolgreich bekämpfe. Es traf sich auch wirklich etwas unglücklich, daß zum Beispiel gerade zu der Zeit, wo ein Ausschuß amerikanischer Bürger zusammentrat, um nach Deutschland Milch zu versenden, damit die kleinen Kinder in Deutschland nicht verhungerten — daß gerade damals amtliche deutsche Statistiken erschienen, aus denen die Abnahme der Kindersterblichkeit in Deutschland hervorging.

Da ist ein andrer an sich sehr erfreulicher Zug in der amerikanischen Volksseele: Man glaubt fest an die Heiligkeit von Verträgen. Auf ihr ruht nach amerikanischer Auffassung das Zusammenleben der Menschen: Es herrscht Rousseaus Lehre, wonach schon der Staat durch den Gesellschaftsvertrag unter den einzelnen Menschen entstanden ist; und dieser Gesellschaftsvertrag hat nach amerikanischer Auffassung ein Stück von der Heiligkeit des „Bundes, den am Sinai Gott mit seinem auserwählten Volke schloß". Und nun ist, so glaubt der Amerikaner, ein Zusammenleben der Staaten in der Welt auch nur möglich, wenn von Staat zu Staat ähnliche Verträge geschlossen werden. Daß dieser Grundauffassung die Haltung Deutschlands auf der zweiten Haager Friedenskonferenz nicht lag, wird man auch als Deutscher mit Verständnis buchen können, um so mehr, als ja das Deutsche Reich die Bahnen jener Politik längst, und besonders seit Bethmann Hollwegs großer Rede vom 9. November 1916, als irrig erkannt und entschlossen verlassen hat. Eine unvermeidliche Folge dieses amerikanischen Grundgefühls, die man eben auch nur einfach buchen kann, ist sodann die Auffassung, Deutschland habe einen Fehler gemacht, als es im Juli 1914 Österreich-Ungarn nicht veranlaßt habe, die serbische Frage vor ein Schiedsgericht zu bringen. — — Nun aber tritt zu diesem an sich so achtenswerten Zuge des Volks der Union jene fürchterliche Naivität und macht ihn zu einem Unheil. Nämlich in Sachen Belgiens. Der Durchschnittsamerikaner war zu kindlich, um zu begreifen, daß es auch für den Staat einen Notstand geben könne, wo die unmittelbare Lebensgefahr Handlungen zu Recht macht, die ohne diese Lebensgefahr Unrecht wären. Wie das Gesetz jedes zivilisierten Staates Das im gleichen Falle auch dem Einzelnen zubilligt, und wie Bethmann Hollweg das in seinem „Kanzlerwort über Belgien" höchst zutreffend für den deutschen Staat in Anspruch genommen hat. Die amerikanische Naivität war eben auch hier nicht imstande, den wirklichen Zustand zu erkennen, der in der wirklichen politischen Welt bestand. Infolgedessen wurde Deutschland in der Auffassung des Durchschnittsamerikaners seit Beginn des Weltkrieges den Vorwurf nicht mehr los, es habe nicht nur die Neu-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tralität eines kleinen Staates mißachtet, sondern dabei auch noch einen von ihm selbst feierlich eingegangenen Staatsvertrag gebrochen. Diese naive Auffassung der Masse des amerikanischen Volkes in der belgischen Sache ist es gewesen, die Amerikas Beziehungen zu uns seit Beginn des Weltkrieges vergiftet hat. Man sprach drüben nun andauernd davon, so etwas werde Schule machen unter den Staaten; künftig werde jedes neutrale Land bedroht sein, wenn ein Großstaat nicht etwa mit ihm, sondern mit einem andern Lande in Konflikt komme. Diese, alles drüben durchdringende, amerikanische Auffassung der belgischen Frage hat die Gefühle des amerikanischen Volkes von Anfang an so sehr auf die Seite der Entente gebracht, daß gegen nichts, was die Entente tat, mehr wirksame Entrüstung aufkommen konnte: nicht einmal dagegen, daß die Entente etwas verletzte, was im politischen Katechismus Amerikas sonst ganz vornan steht: die Freiheit der Meere. Und als Italien und Rumänien ganz offensichtlich vertragsbrüchig wurden, und als Griechenlands Neutralität brutal verletzt wurde, da fand der Durchschnittsamerikaner eben, Deutschland habe den Vertragsbruch ja nun einmal in die Welt gebracht!

Ein so naives Volk lebt natürlich in seiner Masse auch in der verblüffendsten Unkenntnis über wichtige Punkte der geschichtlichen Entwicklung und der staatlichen Verhältnisse Europas und besonders auch Deutschlands. Um so mehr als sich der normale Amerikaner von jeher für auswärtige Politik ungemein wenig interessiert und sich dementsprechend wenig um sie gekümmert hat. Das Volk drüben weiß zum Beispiel nicht, daß der deutsche Bundesrat eine Versammlung der Bevollmächtigten der deutschen Einzelstaatsregierungen ist, hält ihn vielmehr für eine Art Oberhaus und fragt dann voll staunender Entrüstung, wie es möglich sei, daß die Mitglieder eines Oberhauses, also eines Parlamentes, nicht gewählt sondern ernannt werden! Man hat keine Ahnung von der Stellung und der Macht der wirklichen deutschen Parlamente, von denen man übrigens den Deutschen Reichstag und den Preußischen Landtag stets verwechselt. Für die einzige Stelle in Deutschland, die überhaupt irgend etwas zu sagen hat, hält der Durchschnittsamerikaner den Kaiser. Von dem glaubt er, daß er einfach alles in Deutschland mache, ihm schreibt man drüben geradezu geheimnisvolle Kräfte zu: die Masse der Amerikaner ist zum Beispiel überzeugt, daß der gewaltige Aufschwung des deutschen Außenhandels einfach „auf Befehl des Kaisers" erfolgt sei. Von einer der ganz charakteristischen Grundlagen des deutschen Staatswesens, von der Unabhängigkeit des deutschen Richterstandes, hat man keine Ahnung: man bildet sich ein, die deutschen Richter fällten ihre Urteile nicht nach Recht und Gesetz, sondern auf Befehl des Kaisers. Was insbesondere den Weltkrieg angeht, so ließ man sich aufbinden, man habe in Deutschland den Untergang der „Lusitania" mit dem ihn begleitenden Verlust an Menschenleben als nationalen Feiertag begangen; man fiel auf jede Entente-Lüge über „belgische Greuel" hinein und begann den Deutschen, den man bisher im allgemeinen als gutmütigen Menschen geschätzt hatte, für einen Hunnen und Barbaren zu halten, als den die Entente ihn abzeichnete. — — Alle diese Dinge vergrößerten die Abneigung gegen uns und die Zuneigung zu unsern Feinden. Wozu denn auch noch eine weitere Unkenntnis kam, nämlich die Unkenntnis über die tatsächlichen Machtverhältnisse: Die Masse der Amerikaner sah weiter nichts, als die Einwohnerzahl der gegeneinander kämpfenden Mächte. Gewohnt, alles nach Zahlen zu berechnen und zu messen, zweifelten sie daher nicht, daß die Mittelmächte verlieren müßten. „Und", sagt Bonn, „man hat in Amerika selten Sympathie mit dem Verlierer, denn Verlieren heißt in einem neuen Lande untüchtig sein."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ein Drittes kommt hinzu, ein Grundzug des amerikanischen Geistes, den man „scholastisch" nennen kann: Er entspringt einem Bildungsideal, das man von England übernommen hat, und das das Wissen über Denken stellt, Form über Gehalt und Glauben über Zweifel und Forschen. Der Amerikaner denkt formalistisch. Das gilt nicht nur im kirchlichen Leben, wo es drüben weniger auf innere Religiosität ankommt, als auf äußere Zugehörigkeit — das gilt insbesondere auch auf allen Gebieten der Rechtswissenschaft und der Rechtsanwendung. Und zwar namentlich auch, und da wird die Sache von Bedeutung für unsern Gegenstand, auf dem Gebiete des internationalen Rechts. Der Amerikaner, formalistisch wie er ist, erblickt in dem internationalen Rechte ein starres System, das restlos alles aufzeichnet, was rechtens ist, das alles verbietet, was es nicht ausdrücklich erlaubt. Er hat kein Verständnis dafür, daß, wenn während eines Krieges ganz neue Kriegsmittel auftauchen, an die bei der Ausbildung des bisher anerkannten internationalen Rechts überhaupt noch kein Mensch gedacht hat — daß dann diese bisherigen Regeln des internationalen Rechts einfach nicht mehr anwendbar sind. Vielmehr ist der Amerikaner grundsätzlich der Meinung, daß dann eben die neuen Kriegsmittel nicht angewendet werden dürfen. Zum Beispiel: „Die anerkannten Regeln des Krieges", so sagt der Durchschnittsamerikaner, „sind für Überseeboote gemacht. Unterseeboote sind keine Überseeboote, also gibt es keine Regeln des internationalen Rechts, die die Anwendung von Unterseebooten gestatten." Läßt sich nun aber der Gebrauch des neuen Kriegsmittels schlechthin nicht verhindern, so muß sich doch — so will der Durchschnittsamerikaner — dieser Gebrauch an die alten Regeln binden, obwohl die gar nicht für ihn gemacht sind und also auch nicht auf ihn passen können. Auf die Unterseeboote angewendet: Die amerikanische öffentliche Meinung konnte, vermöge ihres Formalismus, nicht begreifen, daß, da die Unterseeboote nun einmal angewendet wurden, die bisher anerkannten Regeln des internationalen Seekriegsrechtes einigermaßen abgeändert werden mußten. — Umgekehrt versteifte sich der amerikanische Formalismus auf die an sich nicht zu leugnende Tatsache, daß das internationale Recht es auch den Neutralen gestattet, den kriegführenden Parteien Kriegsmaterial, besonders Munition, zu liefern. Es sei zwar richtig, daß so, wie die Dinge im Weltkriege tatsächlich lägen, die Ausübung dieses Rechtes durch Amerika eine Benachteiligung Deutschlands sei. Aber das liege ja nicht an dem Willen Amerikas, das ebensogern auch an Deutschland Munition liefern würde, wenn Deutschland in der Lage wäre, solchen Lieferungen den Weg zu sich zu bahnen. Es sei nicht unneutral, wenn Nordamerika Deutschland einen Schaden zufüge, der nicht auf dem Willen Nordamerikas beruhe und übrigens gegen keine Vorschrift des internationalen Rechts verstoße. Dagegen wäre es eine unneutrale Handlung Nordamerikas gegen die Entente, wenn Nordamerika die einmal begonnene Munitionslieferung, die durch das internationale Recht zweifellos erlaubt sei, sperren würde: denn das würde dann doch eine Schädigung der Entente durch den Willen Nordamerikas sein.

Viertens glauben die Amerikaner, daß sie gegenüber dem deutschen Sozialismus die Sache des Individualismus (und damit der persönlichen Freiheit) vertreten. Sie halten Deutschland nicht für liberal genug und gleichzeitig für zu sozialistisch. — Sie geben ohne weiteres zu, daß Deutschland, was Organisation betrifft, der tüchtigste aller Staaten ist. Aber sie meinen, diese deutsche Organisation sei vor allem militärisch, ja sie sei so ziemlich in allen Dingen von dem besonderen preußischen Militarismus durchdrungen und abhängig. Nun besteht gegen den, so berichtet Bonn, in Nordamerika eine Abneigung schon seit dem Jahre 1848, wo viele seiner deutschen Gegner nach Amerika geflohen sind, von

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

denen keineswegs alle (wie Karl Schurz) später ihren Frieden mit ihm gemacht haben. Es ist auffallend, daß diese Abneigung lediglich gegen den „preußischen Militarismus" geht, nicht aber zum Beispiel gegen irgendwelche militärischen Dinge in Frankreich. Das liegt wieder einmal an seltsamen Vorstellungen, die sich der Durchschnittsamerikaner von den Dingen im Deutschen Reiche macht. Er glaubt zum Beispiel buchstäblich, wenn in Berlin eine Dame einem Offizier begegne, so müsse sie ihm ausweichen! Dann spielt in diesen Gedankengängen des Durchschnittsamerikaners die Angelegenheit Zabern eine ganz außerordentliche Rolle — wohl verstanden, ohne daß wohl irgendein Amerikaner imstande wäre, den wirklichen Verlauf dieser Angelegenheit zu schildern. Was man sich aber darunter vorstellt, genügt, um weithin den Wahn zu verbreiten, der deutsche Offizier maße sich an, rücksichtslos in die Angelegenheiten des deutschen bürgerlichen Lebens einzugreifen. In Summa stellt sich der Amerikaner vor, das deutsche Wehrsystem sei dem deutschen Volke gegen seinen Willen aufgezwungen und seine Durchführung liege in der Hand einer volksfeindlichen Kaste. — Der deutsche Militarismus in Verbindung mit dem sozialistischen Zuge des ganzen deutschen Lebens bedinge, daß in Deutschland — ganz im Gegensatz zu den Dingen in den Vereinigten Staaten — der Staat andauernd in das Leben des einzelnen Deutschen eingreife: In Deutschland werde der Einzelne fortwährend gezwungen. Das habe der Deutsche von Natur natürlich ebensowenig gern, wie irgendein anderer Mensch. Um dem Deutschen nun diese Dinge mundgerecht zu machen, ziehe man denen ein philosophisches Gewand an: eine vom Staate bezahlte Wissenschaft bringe den Deutschen die Lehre bei, daß der Einzelne nichts sei, die Gesamtheit alles. Diese Wissenschaft verhindere den Deutschen, selbständig zu denken, da ihn solches selbständige Denken zur Nachahmung der westlichen Demokratien führen würde. Man könne einen Deutschen nie dazu bringen, ein ehrliches Werturteil über die gegenwärtigen Einrichtungen Deutschlands abzugeben: ein Deutscher wage nämlich nicht, danach zu fragen, was an deutschen Einrichtungen gut und was daran schlecht sei, sondern er frage nur danach und dürfe nur danach fragen, was militärisch zweckmäßig sei. Der Deutsche bringe die militärische Unterordnung auch ins bürgerliche Leben hinein, wo sie zur Servilität werde; solche Servilität würden selbst die Reichstagsabgeordneten niemals los und wagten daher nicht, ihre parlamentarischen Rechte wirklich auszuüben.

Nun könnte ein Deutscher ja meinen, es möge ja sein, daß der Durchschnittsamerikaner so urteile; aber wenigstens die denkenden Amerikaner müßten doch einsehen, daß unser deutsches System so wesentliche Fehler vermeide, die dem amerikanischen System offensichtlich anhaften, daß die deutsche Überlegenheit klar sei. Aber, so berichtet Bonn, auch der nachdenkende Amerikaner bewegt sich da in ganz eigenartigen Gedankengängen: Natürlich weiß der denkende Amerikaner, daß Amerikas politische Organisation gegenwärtig durchaus mangelhaft ist, daß sein politisches Leben von den großen Geldleuten bedroht wird, daß die Verfassung oft mit Mitteln arbeiten muß, die technisch recht unvollkommen sind. Aber er erklärt, das amerikanische Volk könne das jeden Augenblick ändern und sich eine denkbar gute Ordnung seiner Verwaltung schaffen, sobald es das wolle. Es wolle das aber noch gar nicht, und zwar ausgesprochenermaßen darum nicht, weil es lieber eine weniger zweckmäßige staatliche Ordnung mit allen ihr eigenen Schäden zu ertragen wünsche, als Opfer an politischer und persönlicher Freiheit zu bringen. Jeder einzelne Amerikaner, sagt Bonn, lege vor allem Wert darauf, seine Kraft und seine Zeit ungehindert seinen eigenen Angelegenheiten widmen zu können. Sei er darin ungehindert, so biete ihm sein immer noch junges Land mit seinen gewaltigen Erwerbsmöglichkeiten genügende Gelegenheit, Vermögen zu erwerben und gesellschaftlich in die Höhe zu kommen. Darum

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

habe in Amerika niemand Bedürfnis nach Sozialpolitik. Die sei, so gibt der Amerikaner zu, natürlich nötig in einem Lande wie Deutschland, wo Millionen von Menschen dauernd der Arbeiterklasse angehörten. Aber, so sagt er weiter, nicht in Amerika, das bis jetzt gar keine Arbeiterklasse habe, wo vielmehr jeder selbständig werden könne. Warum Zeit und Arbeitskraft auf etwas verwenden, was man bei den weiträumigen Verhältnissen, in denen man lebe, jedenfalls vorläufig gar nicht nötig habe? Und warum ferner sich daran stoßen, daß man von den Geldfürsten oder den Stadtverwaltungen etwas ausgeplündert werde, wenn das alles in allem wesentlich billiger sei, als wenn man seine Geschäfte unterbreche, also Zeit und Geld opfern müsse, um straffe Ordnung in Verwaltung und Politik zu bringen. Deutschland solle sich doch nicht einbilden, daß seine straffe Organisation des Beamtentums und der Arbeiterfürsorge einer so ungemein vorzüglicheren Gesinnung ihr Dasein verdanke; es sei der Druck der so viel engeren Verhältnisse, der Das erzeuge. Sobald sich auch in Amerika der Spielraum verenge, werde man sich anzupassen wissen; Professor Bonns Beobachtungen gehen übrigens dahin, daß der Amerikaner Das tatsächlich fertig bringt.

Und nun wähnt die Masse des amerikanischen Volkes, die Deutschen, die von der Überlegenheit ihres, den Amerikanern so unsympathischen, Systems überzeugt seien, betrachteten es als ihr gutes Recht, dieses System andern Völkern mit Waffengewalt aufzudrängen. Die Amerikaner gründen diesen Glauben vor allem auf Bernhardis Buch und auf Treitschkes Schriften, denen sie dann höchst konfuserweise noch den Philosophen Nietzsche beigesellen. Die Amerikaner suchen den Beweis für die Richtigkeit ihres Glaubens aber auch noch anderswo. Bonn hat darüber die folgende Erfahrung gemacht:

> „Die deutsche Broschürenliteratur wurde emsig durchsucht und Schriften der Öffentlichkeit als Offenbarungen deutschen Lebens vorgeführt, die als Niederschlag aufgeregter Bierbankpolitiker in der Heimat so gut wie unbekannt waren. Keine Dummheit, die in Deutschland in den letzten zehn Jahren von einem aufgeregten Niemand ausgesprochen worden war, war zu unwichtig, um von den Gegnern wieder aufgetischt zu werden."

Ein neuer Beweis dafür, wie ernst die Gefahren für Deutschland sind, vor denen Professor Baumgarten in seiner Flugschrift, von der ich hier am 1. Mai 1917 eingehend gesprochen habe, warnt! Die Nordamerikaner befürchten insbesondere, Deutschland werde, um seinem System zum Siege zu verhelfen, eines Tages in Mittelamerika oder in Südamerika festen Fuß fassen und von dort die Vereinigten Staaten bedrohen. Deutschland könne das, sobald es das wolle. Und wo liege die Gewähr, daß ein Land, wo Bernhardi schreibe und Treitschke gelehrt habe, Das nicht wollen werde. Aus dieser Abneigung der Nordamerikaner gegen das deutsche System, verbunden mit der Angst davor, erklärt sich manches, was wir sonst nicht verstehen könnten. Zum Beispiel die Tatsache, daß selbst die englische Gewaltherrschaft in Irland während der irischen Revolution keine solche Entrüstung in Amerika bewirkt hat, wie das notgedrungene deutsche Vorgehen in Belgien. Der Nordamerikaner meint eben: Ja, bei den Engländern sei das eine tölpelhafte Ungeschicklichkeit, aber bei den Deutschen entspringe alles aus dem fürchterlichen System, das auch die Amerikaner bedrohe. — Und nun erscheint alles, was Deutschland immer tut, in diesem Lichte: Wenn zum Beispiel in der deutschen Note vom 31. Januar 1917 (die den verschärften U-Boot-Krieg ankündigte), gerade um Amerika entgegenzukommen, zugestanden wurde, es dürfe wöchentlich ein amerikanisches Schiff fahren, gezeichnet mit den amerikanischen Farben, — dann hieß es in Nordamerika: „Also nun will der preußische

Schutzmann uns vorschreiben, daß wir unsre Schiffe wie einen Barbierladenpfosten anstreichen sollen." Und die Wirkung gerade dieses Zugeständnisses war demgemäß die, daß sich Amerikas öffentliche Meinung tödlich beleidigt fühlte.

So war denn schließlich drüben die Auffassung herrschend geworden: Damit Deutschlands furchtbares System nicht die ganze Welt und schließlich auch uns Amerikaner beherrsche, haben wir nur die Wahl, entweder solange es noch Zeit ist, den Krieg dagegen aufzunehmen, oder aber — die gleiche Organisation auch bei uns einzuführen. Das Zweite wollen wir nicht, also bleibt nur das Erste. — — Aus alledem ergibt sich übrigens, wie Bonn auch noch ausdrücklich feststellt, daß während des ganzen Weltkrieges niemals ein Mensch in Amerika auf den Gedanken gekommen ist, Deutschlands Politik gegenüber Amerika sei schwächlich, ängstlich oder zu rücksichtsvoll. Vielmehr fürchtete man andauernd von Deutschland ein Streben nach der Weltherrschaft und bildete sich ein, Deutschland habe Amerika seit Beginn des Weltkrieges planmäßig gedemütigt. Genau dieselben Vorwürfe, die unsre „Alldeutschen" und ihre Verwandten gegen die deutsche Regierung erhoben wegen angeblicher Nachgiebigkeit gegen Nordamerika — genau dieselben Vorwürfe machten drüben dieselben Elemente der amerikanischen Regierung wegen zu großer Nachgiebigkeit gegen das Deutsche Reich.

Wozu dann endlich noch Das kommt, was Professor Bonn den „demokratischen Missionsfanatismus" der Nordamerikaner nennt. Es handelt sich dabei nicht etwa um demokratischen Imperialismus; dazu ist die demokratische Gesinnung der Mehrheit der Bevölkerung Nordamerikas zu ehrlich, sie fühlt tatsächlich nicht das Bedürfnis, andre Völker zu regieren. Sondern es handelt sich darum, daß vom amerikanischen Standpunkte aus überhaupt jede Monarchie als ein möglicher Feind angesehen wird. (Eine Geistesbeschaffenheit, die übrigens auch erklärt, warum die Vergewaltigung Griechenlands durch die Entente keinerlei Eindruck in Amerika gemacht hat: Den Amerikanern erscheinen jene Vorgänge als Kampf der griechischen Republikaner gegen die griechische Monarchie.) Und nun sehen die Nordamerikaner infolge der oben gezeichneten ganz konfusen Vorstellungen, die sie von den Verfassungszuständen Deutschlands haben, das Deutsche Reich nicht nur als eine Monarchie, sondern sogar als eine Autokratie an.

Dahingegen besteht aus dem gleichen Grunde in der nordamerikanischen Masse eine heiße Liebe und eine uneingeschränkte Bewunderung für das republikanische Frankreich, genährt noch durch die alten geschichtlichen Beziehungen beider Länder — eine Liebe und Bewunderung, die manchmal geradezu in Verzückung umschlägt. Weshalb denn auch Elsaß-Lothringen dem Durchschnittsamerikaner als französisches, von Deutschland unterdrücktes, Land gilt, wobei wiederum die Angelegenheit Zabern eine gewaltige Rolle spielt.

Als nun vollends die russische Revolution das, Millionen amerikanischer Bürger tief verhaßte, Zarentum gestürzt und auch Rußland zur Republik gemacht hatte, da wurde in ganz Nordamerika das Gefühl der politischen Kulturgemeinschaft mit der größten Masse der Entente übermächtig. Überall in der Welt, so hieß es nun drüben, sei jetzt die Demokratie zur Herrschaft gekommen, eine Ausnahme bilde nur Deutschland-Preußen. Amerika, die eigentliche Mutter dieser Demokratie, könne nicht abseits stehen, wenn der Entscheidungskampf gegen diese letzte Stütze des Despotismus in der Welt geführt werde. „So haben", sagt Bonn, „nicht materielle Interessen und nicht angelsächsische Rassengemeinschaft den letzten Ausschlag gegeben, es war der demokratische Taumel, der Amerika ergriffen hat und der kindlich naive Wunsch, uns die Segnungen der Demokratie zukommen zu lassen."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Mit dieser Darstellung ist der Inhalt des Bonnschen Werkchens keineswegs erschöpft. Bonn zieht da zum Beispiel auch noch die Folgerungen, die sich aus diesem geistigen Zustande Nordamerikas für die deutsche Politik ergeben. Und ferner enthält das kleine Buch außer dem Querschnitt, den ich herauszuarbeiten versucht habe, auch noch einen Längsschnitt: nämlich eine kurze, sehr übersichtliche, Darstellung der Entwicklung, die unsre Beziehungen zur Union durchlaufen haben vom Beginne des Weltkrieges bis zur Kriegserklärung Nordamerikas. Da findet man sehr Lesenswertes unter Anderm über die Haltung des Präsidenten Wilson und über die der Deutsch-Amerikaner.

Das alles wolle man bei Bonn selbst nachlesen; es ist der Mühe wert, sich sein Werkchen anzuschaffen.

Fidelis.

Die deutsche Westmark in neutraler Beurteilung.

Es ist ein tragisches Verhängnis, daß Ströme Blutes um den Besitz eines von der Natur so reich gesegneten und von einem so hervorragend tüchtigen Menschenschlage bewohnten Landes wie Elsaß-Lothringen fließen müssen, das an sich, wenn die Vernunft allein für die Beziehungen der Völker maßgebend wäre, der gegebene friedliche Vermittler der zwei Völker sein könnte, zwischen die die Natur es gestellt hat. Aber die Verschiedenheit des deutschen und des französischen Standpunktes über Elsaß-Lothringen ist so tiefgreifender Art, daß eine friedliche Einigung für die jetzt Lebenden ausgeschlossen erscheint.

Wir in Deutschland sagen, daß Elsaß-Lothringen jedenfalls im allergrößten Teile seines Gebietes uralter deutscher Besitz ist, der uns in der Zeit der Ohnmacht des alten Reiches verloren gegangen ist, den wir aber zur Sicherung vor neuen Angriffen mit Recht zurücknahmen, nachdem wir aus dem von Frankreich uns aufgedrängten Kriege als Sieger hervorgegangen waren. Das war ja auch 1871 die in den damaligen neutralen Staaten, namentlich in England, entschieden vorherrschende Anschauung.

Jenseits der Vogesen aber betrachtet man Frankreich infolge des Gebietsverlustes von 1871 als vergewaltigt und verstümmelt und erklärt es für einen Akt roher Gewalt, daß man ein Volk, ohne es zu befragen, aus seinem staatlichen Zusammenhange herausriß und einem Reiche einverleibte, von dem es nichts wissen wollte. Mit großer Feierlichkeit hat man unlängst in ganz Frankreich den 47. Jahrestag der Rechtsverwahrung begangen, die die elsaß-lothringischen Abgeordneten 1871 auf der Tribüne der Nationalversammlung von Bordeaux gegen die Lostrennung ihrer Heimat von Frankreich einlegten, hat aber freilich dabei ganz die Tatsache übersehen, daß dieselbe Nationalversammlung, trotz der Verwahrung eines Teiles ihrer Mitglieder, doch die Lostrennung durch ausdrücklichen Beschluß bestätigt hat. Nach dem modernen französischen Staatsrechte selbst, wie es in der berühmten Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 niedergelegt ist, ruht die Souveränität ausschließlich bei der Nation, die durch die Nationalversammlung vertreten wird, und nach Artikel 4 jener Erklärung hat kein einzelner Teil der Nation von sich aus das Recht, die Geschicke des Ganzen zu bestimmen.

Dabei soll gewiß nicht bestritten werden, daß eine unmittelbare Befragung der Elsaß-Lothringer im Jahre 1871 zugunsten Frankreichs ausgefallen wäre. Der große Realist Bismarck hat sich darüber zweifellos keiner Täuschung hingegeben, ihm genügte die Notwendigkeit der militärischen Sicherung des neuen Reiches als entscheidender Grund für die Zurücknahme der zwei Provinzen. Daß die fast zweihundertjährige Zugehörigkeit zu einem geschlosse-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nen Einheitsstaate wie Frankreich mit seiner ruhmvollen Geschichte und glänzenden Kultur bei den Elsaß-Lothringern, so kerndeutsch sie auch nach ihrer Abstammung waren, nicht im Sinne der Französierung gewirkt haben sollte, wird kein Kenner der Geschichte annehmen. Man kann aber andererseits wohl sagen: wenn einmal seit 1871 eine ebenso lange Zeit vergangen sein wird, wie sie den Franzosen zur Befestigung ihrer Herrschaft vergönnt gewesen ist, so würde eine Abstimmung nach etwa 190jähriger Verbindung des Landes mit dem Deutschen Reiche, also etwa im Jahre 2061, auch zweifellos zu einem Ergebnis im Sinne des Deutschtums führen.

Je weniger sich nun die zwei feindlichen Völker jetzt über Elsaß-Lothringen verständigen können, um so wertvoller ist es, unbefangene Neutrale darüber urteilen zu hören, und zwei solcher Stimmen liegen neuerdings vor, aus Holland und aus der Schweiz. In Amsterdam erschien unlängst bei C. L. van Langenhuysen ein ungemein interessantes Buch von J. C. van Gorkom, dessen Titel in deutscher Übersetzung lautet: „Wem kommt Elsaß-Lothringen zu?" und der Untertitel: „Wie hat das deutsche Volk Elsaß-Lothringen verloren und zurückgewonnen? Soll das deutsche Volk Elsaß-Lothringen aufgeben?"

Der sehr gut unterrichtete Verfasser behandelt seinen Gegenstand wesentlich unter historischen Gesichtspunkten. Er zeigt, wie Elsaß-Lothringen seit dem frühen Mittelalter her durch die Jahrhunderte hindurch im weit überwiegenden Teile seines Gebietes kerndeutsches Land gewesen ist, das in den Namen seiner Städte und Dörfer, seiner Fluren, Flüsse und Berge ebenso wie seiner Bewohner noch jetzt lebendige Zeugnisse seiner deutschen Besiedelung aufweist. Er verweist auf den ehrwürdigen Namen des Mannes, der am Eingange unserer althochdeutschen Literatur steht, des Weißenburger Benediktinermönches Otfried, auf den Straßburger Dominikaner Johannes Tauler, auf den Colmarschen Meister Martin Schongauer, auf Johann Geiler von Kaisersberg, auf Sebastian Brandt, Johann Fischart und so manche andere, an deren deutschem Wesen niemand zweifeln kann.

Er verschweigt nicht, daß die Franzosen seit ihrer Besitzergreifung des Landes manche moralische Eroberungen gemacht haben, besonders seit der großen Revolution und den Napoleonischen Kriegen, die viel zur Verbreitung französischer Anschauungen und Sympathien beigetragen haben, wozu dann später der Aufschwung Frankreichs unter Ludwig Philipp und Napoleon III. als weiterer Kitt hinzukam, während die lang andauernde politische Schwäche und Rückständigkeit des Deutschen Bundes selbstverständlich keinerlei Anziehungskraft auf französische Staatsbürger ausüben konnte. Der Umstand ferner, daß die Bevölkerung zu 75% katholisch war, mit einer im französischen Geiste gebildeten Geistlichkeit, die für die protestantische Vormacht Preußen, zumal unter der Wirkung des Kulturkampfes, keine zärtlichen Gefühle fassen konnte, mußte der geistigen Rückgewinnung des Volkes ebenso im Wege stehen wie die unter Napoleon III. zahlreich gegründeten und von französischen Ordensschwestern geleiteten Kleinkinderbewahranstalten, durch die der jüngste Nachwuchs von vornherein für französische Sprache und französische Anschauungen gewonnen wurde, der Nachwuchs, dessen männliche Angehörige jetzt im besten Lebensalter stehen. Hierher gehört auch die Tatsache, daß es bis in die neueste Zeit herein üblich war, die Erziehung der weiblichen katholischen Jugend in die Hände von meist französisch gesinnten Ordensschwestern zu legen, soweit die wohlhabenden Kreise ihre heranwachsenden Töchter nicht geradezu Erziehungsanstalten jenseits der Grenze anvertrauten, was auch für nicht wenige protestantische Familien der Reichslande bis in die letzte Zeit vor dem Kriege üblich war.

Kann man sich angesichts solcher Tatsachen wundern, daß die Rückgewinnung der Bevölkerung für das Deutschtum nicht wirklich befriedigende

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Fortschritte machte? van Gorkom führt eine noch im Jahre 1913 von einem reformierten Geistlichen verfaßte Schrift an, die betitelt war: „Deutschlands Unfähigkeit, das Elsaß zu entwelschen." Gleichwohl ist das Schlußergebnis des Verfassers dies, daß ein Rückfall der Reichslande an Frankreich für dieses selbst keineswegs eine Lösung sein würde, die ihm eine glückliche und gesicherte Zukunft verbürgen könnte: „Gerade dann", sagt er, „würde Frankreich alles zu fürchten haben. Ein so kräftig emporstrebendes Volk wie das deutsche, das in diesem Kriege eine so außerordentliche Kraft entwickelt hat, kann nicht vernichtet werden. Hätte das deutsche Heer es mit dem Frankreichs allein zu tun, so würde dieses, trotz seines hohen Kampfwertes und seiner tüchtigen Führung, schon längst geschlagen sein. Frankreich würde vom Fortbestehen der jetzigen Weltkoalition und ihren papierenen Verträgen abhängen, wie lange aber dauern Bundesgenossenschaften und Verträge? Das deutsche Volk würde sich beim Verluste der Reichslande nicht beruhigen."

Zu genau derselben Schlußfolgerung kommt eine an ganz anderer Stelle entstandene Schrift, die ein so namhafter Schweizer Schriftsteller wie Johannes Jegerlehner kürzlich in dem bekannten Verlage von Ferdinand Wyß in Bern unter dem Titel: „Neutrale in Elsaß-Lothringen" hat erscheinen lassen.

Das Büchlein enthält den fesselnd geschriebenen und mit reichem Tatsachenmaterial versehenen Bericht über eine Reise, die der Verfasser im Sommer 1917 mit anderen Kriegsberichterstattern verschiedener neutraler Staaten durch Elsaß-Lothringen unternommen hat, wobei sich ihm Gelegenheit bot, wertvolle Eindrücke über Land und Leute zu gewinnen. Was sich ihm bei seiner Fahrt im Verkehr mit den Einwohnern immer und immer wieder aufdrängt, das ist die kerndeutsche Art des Volksstammes, der ihn als Deutschschweizer geradezu anheimelt, so daß er sich mit den Leuten vielfach in alemannischer Mundart unterhält. In dem Vogesenstädtchen Rappoltsweiler versuchte er einmal, verschiedene der Bewohner französisch anzureden, bekam aber darauf entweder gar keine oder eine deutsche Antwort. „Avez-vous aussi un fils à la frontière?" fragte er einen alten Ortsbewohner, erhielt aber die gelassene Antwort: „Ich verstehe ganz gut französisch, aber hier in Rappoltsweiler sprechen wir deutsch." Aus allen Gesprächen mit den Leuten dort klang immer wieder heraus, man wolle bleiben, was man bisher gewesen sei, und wünsche nicht, daß wegen Elsaß-Lothringens ein Tropfen Blutes mehr vergossen werde.

Zusammenfassend schreibt der Verfasser am Schluß: „Gewiß gibt es heute noch im Elsaß sowohl wie in Lothringen französisch fühlende Bürger, auch solche, die schlankweg mit Frankreich sympathisieren. Ich sprach in Metz und anderen Orten mit Herren, von denen nahe Verwandte im französischen Heere dienen. Trotzdem sagten sie, sie wünschten um kein Gut der Welt, daß Elsaß-Lothringens wegen der Krieg verlängert würde. Unser Volk begehrte in seiner erdrückenden Mehrheit keinen Krieg. Es wollte den Ausbau einer staatsrechtlichen Stellung in seiner Zusammengehörigkeit zum Deutschen Reiche vollenden. In Elsaß stieß ich immer und immer wieder auf das Alemannentum, das auch den Deutschschweizer charakterisiert. Der Elsässer ist durchaus vom gleichen Schlag. Der Fachwerkbau des elsässischen Hauses, alle wesentlichen Bauwerke und Denkmäler der Kunst sind germanisch, wie unsere Bauernhöfe im Aargau und Emmental. Sprache und Lebensweise, ja auch der äußere Typus des Elsässers sind mancherorts dem Schweizer so gleich, daß ich die Leute in meinem Dialekt anredete. Würden die Reichslande französisch, so wäre die elsaß-lothringische Frage erst recht in die Welt hineingestellt, denn die Bewohner der deutschen Westmark sind vom Saft und Mark des großen deutschen Stammes."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Alles in allem genommen hat man den Jegerlehnerschen Bericht, ebenso wie das Buch van Gorkoms, weil von außenstehender, nicht reichsdeutscher Seite stammend, als wertvollen Beitrag zur Beurteilung der gegenwärtigen Verhältnisse in den Reichslanden anzusehen. Wer sich eine Meinung darüber bilden will, darf an ihnen nicht vorübergehen.

K. A. Martin Hartmann.

Steuerflucht ist Fahnenflucht.

Während die dem Reichstage vorgelegten elf Steuergesetze trotz alles Widerspruches des Reichsschatzsekretäres nur ein Flickwerk sind (allerdings eine Sammlung von Flicken für ein Riesenloch, aber trotzdem nur Flicken), nur ein Notbehelf, der eine Verschiebung der Neuordnung unserer Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen bis zum Frieden ermöglichen soll, ist der einzige mitvorgelegte Entwurf, der keine neue Abgabe bringt, von grundsätzlicher Bedeutung. Das „Gesetz gegen die Steuerflucht" schreibt vor, daß jeder Auswanderer noch fünf Jahre lang in Deutschland steuerpflichtig bleibt und als Sicherheit für die Erfüllung dieser Pflicht ein Fünftel seines Vermögens hinterlegen muß. Wichtiger fast als diese sicher nicht unnötige Maßnahme ist der Geist, der aus dem Gesetze spricht. Denn dieses stellt den Steuerflüchtigen auf eine Stufe mit dem Fahnenflüchtigen und spricht in der Begründung aus, daß „die Steuerpflicht jetzt mehr denn je zu den vornehmsten staatsbürgerlichen Pflichten gehört, deren Verletzung unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine besonders ehr- und vaterlandslose Gesinnung verrät". Der Lump, der sich durch Auswanderung seiner Teilnahme an der Deckung der gemeinsamen Kriegskosten und ihrer Nachwirkungen entzieht, soll daher nicht nur mit Gefängnis, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Geldstrafe bis zu 100 000 M. bestraft, sondern er kann auch nebst Familie aus dem Staatsverbande ausgestoßen werden. Eine sehr seltene Strafe, die der Verfehmung alter Zeit nahekommt: ausgeschieden von Heimat und Volk, abgeschnitten von Heimkehr und allen Rechtsbeziehungen zu Deutschland; unwürdig, den Namen eines Deutschen zu tragen!

Und wiederum, fast noch wichtiger als diese Strafandrohung und ihre Begründung ist die Nutzanwendung, die daraus gezogen werden muß. Denn verrät nur die Steuerflucht durch Auswanderung eine besonders ehr- und vaterlandslose Gesinnung? Ist nicht der Steuerbetrug im Lande noch viel schwerer zu beurteilen? Der skrupellose Bürger bleibt in der Heimat, genießt den Namen und die Rechte des deutschen Bürgers; genießt alle Früchte des schwer errungenen Sieges; gehört vielleicht zu denen, die wirtschaftlichen Vorteil aus der Kriegsnot oder den Siegesfolgen ziehen; zu denen, die in einer guten Konjunktur das Blut von Millionen Mitbürgern in Gold umzumünzen verstehen ... und er entzieht sich durch falsche Steuererklärung, durch Verheimlichung seines Einkommens und Vermögens den Pflichten, die seinen Vorteilen und seiner Zugehörigkeit zum deutschen Volke entspringen und entsprechen. Seine Drückebergerei ist nicht nur eine Versündigung am Staate, sondern auch an jedem einzelnen seiner Mitbürger. Denn die Lasten der Gesamtheit werden nicht dadurch geringer, daß einzelne Unanständige ihren Anteil nicht tragen wollen. Sondern was der Eine nicht zahlt, das muß der Andere zahlen; was der Eine zu wenig trägt, das belastet die Anderen über das ihnen zukommende Maß hinaus.

Bisher ist die Ehrlichkeit im Steuerzahlen eine sehr seltene Tugend. Auch Bürger, die Wert darauf legen, anständige Gesinnung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zu haben und zu betätigen, die im Geschäftsverkehr es weit von sich weisen würden, sich um einen Pfennig unberechtigt zu bereichern, machen sich gar kein Gewissen daraus, den Steuerfiskus zu betrügen. Da werden die Bestimmungen des Gesetzes so lange hin und her gewandt, bis sich ein Türchen findet, durch das ein Teil des Einkommens oder Vermögens ungesehen entschlüpfen kann. Da werden Abschreibungen gemacht, deren sachliche Begründung nur in der Steuerersparnis liegt; oder es wird bei Ein- und Ausfuhr geschmuggelt. Und wenn das nicht genügt, wird einfach gelogen. Man soll sich nicht scheuen, die Dinge gut deutsch beim rechten Namen zu nennen, auch wenn diese Sprache als eine „plump Prak" erscheint (um mit dem Lessingschen Glücksritter zu sprechen, dem die Übersetzung des **corriger la fortune** mit betrügen als „plump" erscheint). Auch das **corriger la déclaration** gegen Wortlaut und Sinn des Steuergesetzes ist ein Betrug und nichts weiter; ein Betrug gegen den Staat und gegen die Mitbürger, die für die Minderleistung des Betrügers aufkommen müssen.

Daß unsere Moral auf diesem Gebiete bisher allgemein so lax war, ist ein Nachklang aus der Zeit des Absolutismus, da der Staat eine Domäne des Fürsten war und der „Untertan" natürlich dem ihm fremden, oft feindlichen Fiskus möglichst wenig zu zahlen wünschte. Aber heute ist an Stelle der fürstlichen Domäne der Volksstaat getreten, der nichts ist als eine Organisation der Bürger; an Stelle des Untertanen der Staatsbürger, der seine eigene Sache schädigt, wenn er den „Fiskus", d. h. jetzt die Gesamtheit verkürzt. Wenn bis 1914 die Erkenntnis von der grundsätzlichen Wandlung in der Stellung jedes Einzelnen zum Staate noch nicht durchgedrungen ist, so müssen die Kriegsjahre diese Erkenntnis gebracht haben. Und wer sie nicht von sich aus hat, dem muß sie beigebracht werden; wer sie aber nicht haben *will*, dem muß sie aufgezwungen werden.

Die Lasten der Gesamtheit sind durch den Krieg so gewaltig geworden, daß keine Ungleichheit in der Durchführung der Gesetze mehr geduldet werden kann. Wenn die zu tilgenden und zu verzinsenden Schulden ein Viertel der Summe aller Vermögen des Volkes ausmachen, ist jede Drückebergerei eine Gemeinheit gegen den Nachbarn, der dadurch schwer geschädigt ist. Denn verzinst und getilgt *muß* werden. Und wenn es schon sehr schwer ist, die Gesetze so zu machen, daß die Lasten gerecht verteilt und die Abgaben nach dem Maße der Leistungsfähigkeit aufgebracht werden, so ist die steuerliche Gerechtigkeit unmöglich, wenn nicht die Sicherheit besteht, daß jeder auch den ihm zukommenden und vom Gesetze zudiktierten Anteil ehrlich trägt.

Deswegen wird die Gleichstellung der Steuerflucht mit der Fahnenflucht sich nicht auf die Auswanderer beschränken dürfen, sondern ganz allgemeine Anwendung finden müssen. Steuerpflicht ist das notwendige Gegenstück zur Wehrpflicht, ist neben dieser heute eine der vornehmsten Bürgerpflichten. Ihre Verletzung wird namentlich in den ersten Friedensjahren anzusehen sein wie eine Verletzung der Dienstpflicht im Kriege. Sie ist ein Gemeinverbrechen, das aus besonders „ehrloser und vaterlandsloser Gesinnung" hervorwächst und entsprechend gewertet werden muß.

Aber nicht nur vom Strafgesetze, durch die Staatsgewalt. Sondern auch von der *Sitte*, durch die *Gesellschaft*. Das ist sogar das Wichtigste. Denn die Moral ist viel rückständiger als das Gesetz, das schon allerlei scharfe Strafen gegen Steuerhinterziehung androht; und ohne gesellschaftliche Unterstützung wird das Gesetz niemals dem Übel steuern können. Der Steuerflüchtige muß von der Gesellschaft wie der Fahnenflüchtige behandelt, das heißt *geächtet* werden; sonst können wir das Problem einer Neuordnung der deutschen Staatswirtschaft nicht lösen. Diese Lösung aber bestimmt zugleich die Entwicklung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der deutschen Volkswirtschaft auf Jahrzehnte hinaus und damit das soziale Schicksal unserer Kinder — vielleicht auch der Enkel — um derentwillen wir diesen gewaltigsten und schwersten aller Kriege führen. Die Bedeutung einer neuen Steuermoral kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Sie ist der Prüfstein und zugleich der Eckstein der neuen Gesinnung, auf der eine neue soziale Ordnung des Staates sich aufbauen soll. Die Erziehungsarbeit ist dringend; denn schon zum dritten Male tritt der Schatzsekretär mit neuen Abgaben an uns heran; immer höher werden die geforderten Summen; und die Milliarden bisher sind ja nur ein kleines Vorspiel zu dem, was in kurzem kommen muß. Um unserer Kinder willen, um des Ertrages dieses blutigen Ringens willen ergeht an alle wirklich sozial-anständigen Bürger der Ruf: Helft, daß die Anderen auch ihre Steuern ehrlich und richtig bezahlen — müssen. Verurteilt und ächtet rücksichtslos den Drückeberger. Denn Steuerflucht fließt wie Fahnenflucht aus besonders ehrloser Gesinnung, ist Verrat an der Zukunft des Deutschen Reiches.

Dr. Heinz Potthoff.

Getränkesteuern.

Nach den ungeheuren Verwüstungen des Krieges auf allen Gebieten des Lebens wird eine Flut von Steuern über alle Völker kommen. Was das deutsche Volk in dieser Beziehung auf sich zu nehmen gezwungen sein wird, das wird viele Milliarden jährlich betragen. Mit Argusaugen spähen die Finanzminister umher, um für ihre Steuerzwecke geeignete Quellen zu entdecken. Es werden sicher nicht viele Dinge sein, die ihren scharfen Sinnen entgehen. Daß Luxusdinge, wie Getränke, als recht geeignete Steuerobjekte betrachtet werden, ist erklärlich. Es ist denn auch ein schönes Sümmchen, das unser Reichsschatzsekretär von diesen Dingen erwartet. Die verschiedenen Getränke sollen nach der neuen Steuervorlage folgende Summen ergeben: Der Branntwein 847 Millionen, das Bier 513, der Wein 105, die alkoholfreien Getränke 51, zusammen also die Kleinigkeit von 1516 Millionen Mark. Außerdem noch die Schaumweinsteuer. Der Branntweingroßhandel wird Alleinrecht des Staates, Monopol. Jeder Hektoliter reinen Alkohols soll dem Staate einen Reingewinn von 800 Mark verschaffen. Nimmt man an, daß ein Liter Alkohol 2 Liter Branntwein ergibt, so muß demnach ein Liter Branntwein dem Staate 4 Mark einbringen. Dazu kommen noch die Herstellungskosten, Unternehmergewinne usw., so daß der Verkaufspreis jedenfalls nicht so ganz klein ausfallen wird. Mit den gegenwärtigen „Wucherpreisen" wird er freilich nicht vergleichbar sein. —

Welche Wirkung dieser Preis auf den Verbrauch haben wird, ist nicht leicht zu sagen. Die Verbraucher sind sehr geduldige Menschen, die sicher gewillt sind, dem Staat ein recht großes Opfer für ihren Genuß zu bringen. Die gegenwärtigen Phantasiepreise sind geeignet, den Verbrauch auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Die kommenden Preise werden indessen wohl nicht viel mehr als ein Viertel der gegenwärtigen betragen. Der Übergang von den gegenwärtigen zu den kommenden Preisen wird sich demgemäß als eine gewaltige Verbilligung darstellen. Die Erfahrungen, die man in anderen Ländern in bezug auf die Wirkungen der Alkoholsteuern gemacht hat, lassen kaum die Hoffnung aufkommen, daß der Verbrauch wesentlich zurückgehen wird. In Schweden wurde die Branntweinsteuer in der Zeit von 1860 bis 1900 verdreifacht. Der Verbrauch sank nur von 9,76 auf 8,04 Liter auf den Kopf der Bevölkerung. Diesen Rückgang darf man wohl auf Rechnung der Nüchternheitsbewegung setzen. Frankreich

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

erhöhte seine Branntweinsteuer in einem Zeitraum von 70 Jahren von 55 auf 156 Fr. auf den Hektoliter. Der Verbrauch ist in der Zeit auf das Vierfache gestiegen. In Amerika versuchte man durch hohe Abgaben auf Schankrechte einen Rückgang im Verbrauch zu erreichen, doch ohne Erfolg. Eine eigentümliche Erscheinung war hierbei, daß die hohen Abgaben in Erwartung eines Rückgangs des Verbrauchs von den Abstinenten angeregt und verteidigt, während sie ebenso eifrig von den Alkoholinteressenten bekämpft wurden. Nach mehrjähriger Erfahrung mit den hohen Konzessionsabgaben waren die Rollen vertauscht: Die Alkoholfreunde verteidigten sie, während sie von den Abstinenten bekämpft wurden. Als Deutschland im Jahre 1909 die Branntweinsteuer erhöhte, beschlossen die Sozialdemokraten einen „Streik" gegen den Verbrauch dieser Ware. Nicht weil man weniger Alkohol wünschte, sondern weil man dem Staate die Steuer nicht gönnte. Daß der Verbrauch damals im Verlaufe weniger Monate um etwa $^1/_3$ zurückging, war nur eine Folge dieses Streiks, der eben auch nur vorübergehend war. — Selbstverständlich gibt es irgendwo eine Grenze dafür, was man für seinen Schnaps bezahlen will. Aber ich befürchte, daß diese Grenze sehr viel höher liegt. Die Erfahrung zeigt das.

Die Absicht mit dem Branntweinmonopol ist ja nun leider nur, die bodenlose Kasse des Staates zu füllen. Lediglich aus diesem Grunde wird nicht beabsichtigt, den Verbrauch herabzudrücken. Man ist mit der Steuer nur so hoch gegangen, wie man glaubt ohne Schaden für die Staatseinnahmen gehen zu können. Eine zu hohe Steuer würde kleine Einnahmen ergeben, weil der Verbrauch unterdrückt wird. Dem sucht man offenbar zu entgehen.

Von den Steuern auf Bier und Wein gilt im wesentlichen dasselbe, wie von der Branntweinsteuer: Man ist etwa bis an die Grenze des „Einträglichen" gegangen. Auf einen Unterschied möchte ich jedoch hinweisen: Während man beim Branntwein den reinen Alkohol besteuert, besteuert man beim Bier und beim Wein das Getränk ohne genügende Rücksicht auf den Alkoholgehalt. Ich befürchte, dies wird dahin führen, daß man Bier und Wein mit wesentlich höherem Alkoholgehalt herstellen wird, damit jeder noch verhältnismäßig billig zu „seinem Quantum" komme. Die Abstufung 6 Pf. für den Liter Einfachbier, 12 Pf. für normales Bier und 18 Pf. für Starkbier erscheint mir lange nicht genügend. Hier ist der Maßstab für die Besteuerung des Alkohols eben schwankend.

Die alkoholfreien Getränke werden verhältnismäßig hart mitgenommen. Mineralwässer sind etwa ebenso hoch besteuert, wie einfache Biere; Limonaden sehr viel höher. Der Staat will eben Geld. Und den Abstinenten bleibt ja immer noch das steuerfreie Wasser. Zum Glück das beste aller Getränke!

Für denkende Menschen ist es vollkommen klar, daß der Staat einen verkehrten Weg geht, wenn er versucht, seine Finanzen mit Hilfe des Alkoholverbrauchs zu verbessern. Die Alkoholsteuer hat ja nicht nur eine Einnahmeseite, sondern auch eine Ausgabeseite. Was der Alkohol dem Staate als Ursache von Krankheit, Armut und Verbrechen kostet, das müßte man billigerweise in Gegenrechnung stellen. Tut man das, so werden vernünftige Menschen unbedingt zu dem Ergebnis kommen, daß die Maßregeln des Staates dem Alkohol gegenüber notwendig das Ziel haben müßten, den Alkoholismus auszurotten.

Ein gesundes Volk, das nicht einen großen Teil seiner Einnahmen für Alkohol vergeudet, wird stark genug sein, auf andere Weise weit schwerere Lasten zu tragen.

Man sollte nur einmal den Versuch machen, die Spiritussteuer in einem Fonds zu sammeln, aus welchem alle Ausgaben bestritten würden, die die Trunksucht als Quelle von Armut, Krankheit und Verbrechen verursacht.

Dann würden dem Blödesten die Augen aufgehen!

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bevölkerungspolitik! Das ist ein Wort, das man in diesen Zeiten häufig hört. Das ist kein Wunder bei der ungeheuren Raubwirtschaft, die der Krieg bedeutet: Raubwirtschaft mit dem kostbarsten Gut eines Volkes, mit dem Menschenmaterial. Es ist ganz selbstverständlich, daß man an den Ersatz denken muß. Nach der ungeheuren Verschwendung von Menschenmaterial wird man gezwungen sein, Menschenökonomie zu treiben. Wollen wir aber Menschenökonomie treiben, so müssen wir danach streben, die große Quelle der Menschenverluste zu verstopfen, die ohne Zweifel in den geistigen Getränken liegt. Es herrscht viel Uneinigkeit über die Wirkungen des Alkohols. Aber daß der Branntweingenuß die Nachkommen schädigt und entartet, das wagt außer den Spritfabrikanten niemand zu leugnen. Der Alkoholismus gehört zu den Krankheiten, die nicht nur den Einzelnen treffen, sondern zugleich die Rasse. Ich will hier nur noch daran erinnern, in wie zahllosen Fällen Alkoholismus und Syphilis zusammengehören. Kein Wunder, daß man die Syphilis so scharf bekämpft. Sie trifft ja gerade die Gesundesten, die Lebenskräftigsten, die Stärksten unseres Volkes. Sie ist als Volkskrankheit weit gefährlicher als die Tuberkulose. Die Tuberkulose nimmt die Schwachen — die Syphilis aber die Starken.

Die Bekämpfung der Syphilis ohne gleichzeitige Bekämpfung des Alkohols ist ein Unding.

Will man wirklich ernstlich Bevölkerungspolitik treiben, so müßte man bei der Bearbeitung der zahllosen Steuergesetze es nicht unterlassen, sie von der Frage aus zu prüfen, wie sie bevölkerungspolitisch wirken. Mit anderen Worten, ob sie dazu dienen, ein gesundes Volk zu schaffen. Wir haben ja einen „Ausschuß für Bevölkerungspolitik". Wenn dieser Ausschuß wirklich seiner Aufgabe gewachsen ist, so müßte man vor allen Dingen ihm die Gesetze über Getränkesteuern zur Beratung übergeben.

Ungeheuer hat der Krieg unser Nationalvermögen angegriffen. Es wird schwer fallen, die riesigen Kriegsanleihen zu tilgen. Noch schwerer wird es sein, das vergeudete Material zu ersetzen. Aber die größten Werte eines Volkes stecken in den Menschen selbst.

Die Menschenverluste zu ersetzen wird die schwerste Aufgabe nach dem Kriege sein.

Der moderne Krieg bedeutet neben einem schweren zahlenmäßigen Verlust an Menschenleben zugleich einen noch viel schwereren Rückgang der Qualität des Menschenmaterials. Diese zu heben müßte daher vor allen Dingen das Ziel unserer Politik sein.

Bei den Getränkesteuern wäre eine günstige Gelegenheit dazu. Man lasse die alkoholfreien Getränke steuerfrei und lege dem Alkoholgehalt entsprechend hohe Steuern auf alle alkoholhaltigen Getränke. Man lasse die Steuern so hoch werden, daß ein gut Teil der Getränke, zum mindesten die stärksten Sorten, unterdrückt werden.

Nahrungsmittel müssen reichlich und billig werden. Volksgifte muß man unterdrücken.

Schon vor dem Kriege konnten sich unsere Sozialbiologen einer gewissen Verzagtheit über den körperlichen und ethischen Verfall unseres Volkes nicht erwehren. Nach diesem grauenhaften Kriege müssen ihre Bedenken sich ungemein gesteigert haben.

Die erste Pflicht demgegenüber ist es, daß wir uns der Tatsachen bewußt werden. Die zweite, daß wir sie mit allen Mitteln bekämpfen.

Die Getränkesteuern, wie sie von der Regierung vorgeschlagen sind, tragen diesem Gedanken keine Rechnung.

D. Dirks.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Briefe an eine Mutter.

3.

Sehr geehrte gnädige Frau!

Ihre Antwort hat mir eine rechte Freude gemacht. — Brachte mir Ihr voriger Brief das äußere Bild Ihrer Kinder, gibt mir der letzte dafür ein inneres, ein Bild der seelischen Eigenart und der besonderen Eigentümlichkeiten der Kinder. Wie gewissenhaft Sie sich doch bemühten, in die Seele der Kinder einzudringen! Glauben Sie nicht etwa, daß das für eine Mutter selbstverständlich ist; sehr oft lernen fremde Menschen rascher die Kinder kennen und beurteilen sie sicherer und richtiger als die eigenen Eltern, deren Urteil wohl durch den täglichen Umgang zu leicht abgestumpft wird.

Was Sie mir über die Besonderheiten jedes Ihrer Kleinen schreiben, ist gewiß alles sehr wichtig, aber vergessen Sie bitte über den besonderen Anlagen und Neigungen zunächst nicht die allgemein menschlichen. Der Fritz soll studieren, und Sie freuen sich schon, ihn in dem schönen Berufe Ihres verstorbenen Gatten dessen Werk fortsetzen zu sehen. Und Gertrud wollen Sie zu einer tüchtigen Hausfrau machen? — Gnädige Frau, diese mütterliche Vorausicht und Vorsorge macht Ihnen gewiß alle Ehre, aber — verzeihen Sie mein Bremsen! — sie kommt doch zu früh; denn es ist ja durchaus noch nicht sicher, daß die Kinder auch wirklich in das Fahrwasser einbiegen, das sie ihnen öffnen möchten. Überlassen Sie solche Pläne ruhig der Zukunft. Die Erziehungsziele, die Sie zunächst im Auge haben müssen, sind ganz andere.

Nicht etwa, daß ich Enttäuschungen für Sie befürchte, aber die Möglichkeit einer ganz andern Entwicklungsrichtung in Ihren Kindern ist doch nicht ausgeschlossen. Noch einmal: halten wir uns zunächst an die allgemein-menschlichen Anlagen der Kinder; die besonderen werden dadurch schon von selbst zu ihrem Rechte kommen. Wie in der Landwirtschaft muß auch in der Erziehung erst der Boden bereitet sein, ehe man mit dem Säen beginnen darf. Erst müssen aus den Kindern vollwertige Menschen geworden sein, ehe man ihnen einen Wirkungskreis aussuchen kann.

Die allgemeinen Anlagen des Menschen aber sind verschiedenartig. Ich will versuchen, die Aufgaben für die Erziehung nach dieser Richtung hin auf eine möglichst kurze Formel zu bringen.

Die Entwicklung ist nichts anderes als ein Kampf des Ichs mit der Umwelt, ein Kampf des Geistes mit der Materie und den tausend Kräften, die in ihr und durch sie zur Wirkung kommen.

Bitte, durchdenken Sie diesen Satz ein wenig. Ich hoffe, er wird Ihnen dann bedeutungsvoller erscheinen, als er es vielleicht auf den ersten Blick ist.

Von der Geburt bis zum Grabe wirkt die Welt auf den Menschen täglich und stündlich durch ungezählte Reize und Anregungen. Zur Welt gehören natürlich auch unsere lieben Mitmenschen. — Jeder Lichtstrahl und jede Farbe, die unser Auge treffen, jeder Ton, der ans Ohr dringt, reizt die Seele, zu den äußeren Erscheinungen der Welt Stellung zu nehmen. Bewußt oder unbewußt wirkt alles und jedes auf das Kind ein, das durch die fünf Sinne in seiner Seele zu der Welt in Beziehung tritt.

Wir haben uns natürlich längst an eine ständige Fülle von Eindrücken gewöhnt, und nur die auffälligsten wirken tiefer. Sie allein dringen in unser Bewußtsein, wir nehmen sie wahr.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dieses Wahrnehmen aber vollzieht sich schon tief in uns. Sehen und Hören mögen noch rein körperliche Vorgänge sein, mögen noch ausschließlich auf Nervenarbeit beruhen, das Wahrnehmen aber, d. h. das bewußte Erfassen eines Eindruckes, ist schon ein geistiger Prozeß. Bei der Wahrnehmung nimmt die Seele Stellung zu einem Reize, sie reagiert auf ihn durch die Aufmerksamkeit.

Bitte, verlieren Sie bei dieser etwas langatmigen Auseinandersetzung nicht die Geduld! Erst von einer klaren Erfassung des Verhältnisses zwischen Ich und Nicht-Ich können die großen Fragen der Erziehung erkannt und gelöst werden.

Mit der Aufmerksamkeit der Seele allein ists aber bei einer Wahrnehmung nicht getan. Ein zum Bewußtsein gelangter Eindruck löst in ihr ein Gefühl aus, ein angenehmes oder unangenehmes, ein Lust- oder Unlustgefühl. Solche alle Wahrnehmungen begleitenden Gefühle sind die ersten eigenen, oft nur halb bewußten Wirkungen der Umwelt auf die Psyche, aber nicht die einzigen. Die Seele tut mehr. Auch auf den Verstand wirken die Wahrnehmungen. Was wir wirklich wahrgenommen haben, d. h. was unsere Aufmerksamkeit nachhaltig erregte, weckt auch Fragen in der Seele. Sie fühlt sich gezwungen, sich mit dem Wahrgenommenen auseinanderzusetzen. Woher kommt das starke Licht? Warum donnert es? Wer ruft da? Was duftet hier? usw. — das sind Fragen, die — wieder häufig ganz unbewußt — in uns auftauchen. Ob wir solche Fragen sofort zu lösen imstande sind durch weitere Wahrnehmungen, durch Urteile und Schlüsse an den gemachten Beobachtungen ist zunächst gleichgültig. Vermag die Seele ihre Wahrnehmungen nicht sofort richtig zu erklären, speichert sie sie wenigstens im Gedächtnis auf und verwendet sie als Bausteine für ihre weitere, vertiefte Welterkenntnis.

Aus dieser Darlegung werden Sie ohne weiteres die ungemeine Wichtigkeit einer gesunden Entwicklung des Sinneslebens erkennen. Dadurch, daß wir das Kind zum richtigen Sehen und Hören und zu andauerndem sorgfältigen Beobachten anleiten, öffnen wir seine Seele immer weiter der Welt, machen es aufnahmefähiger und empfänglicher. Je sinnesfrischer aber und damit je aufnahmefreudiger das Kind ist, um so stärker reagiert es von sich aus auf die einströmenden Eindrücke. Eine reichere Erfassung der Welt schließt deshalb auch eine reichere Entfaltung aller in der Seele ruhenden Kräfte in sich.

Nur noch ein wenig Geduld, gnädige Frau, und Sie werden erkennen, warum ich Sie mit solchen abstrakten Dingen belästigen mußte.

Alles neu Wahrgenommene gibt der Seele Rätsel auf, die — unausgesprochen — die stärkste Anregung für den heranwachsenden Menschen bedeuten. Was hältst du von mir? Wer bin ich und was könnte ich für dich bedeuten? fragen alle neuen Dinge das Kind. Und die in sein Bewußtsein eingedrungenen natürlich erst recht.

So zwingt die Welt das Kind zu einer ständigen Stellungnahme zu den Erscheinungen. Wie der Sammler ein Mineral, das er noch nicht kennt und dessen Verwendung er noch nicht feststellen kann, für eine spätere genauere Untersuchung seiner Sammlung einverleibt, so sammeln wir täglich und stündlich Bilder (geistige Photographien) unserer aufgenommenen Eindrücke und speichern sie im Gedächtnis auf, um sie durch die Erinnerung bei passender Gelegenheit wieder ins Bewußtsein zurückzurufen und sie zu verwenden.

Diese von Lust- oder Unlustgefühlen begleitete schlichteste und anspruchloseste Weise, mit unsern Wahrnehmungen und Beobachtungen fertig zu werden, vollzieht sich schon in dem neugeborenen Kinde. Sie arbeitet oft ganz automatisch und stellt die primitivste Stufe des geistigen Wachstums dar.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

War nun aber ein Eindruck so stark (über die Gründe, warum derselbe Eindruck auf den einen Menschen stark, auf einen andern nur schwach oder gar nicht wirkt, wissen wir so gut wie nichts!), daß er die Seele nicht wieder losläßt, so beginnt der Verstand ein so energisches Fragen und Rätsellösen, daß der Mensch nicht eher wieder zur Ruhe kommt, als bis er eine Antwort gefunden hat. Doch da sind wir schon mitten in einen sehr verwickelten geistigen Vorgang geraten! Das Urteilen und Schließen setzt ein, alte Vorstellungen werden zur Klärung der Frage wieder ins Bewußtsein gehoben, die Beobachtungen werden verglichen und eingeordnet, usw., um über die Natur und die Bedeutung einer Wahrnehmung Klarheit zu verschaffen.

Und wenn gar weitergehende Schlüsse aus einer Beobachtung gezogen werden, dann ist die Seele produktiv, d. h. schöpferisch tätig geworden.

Auch diese komplizierte Tätigkeit setzt schon im frühesten Alter ein. Ein Kind, das seine Puppe zerreißt, um zu sehen, was in ihr steckt, tut ja im Prinzip dasselbe, was z. B. ein Naturforscher auch tut, der etwa den anatomischen Bau eines Tieres untersucht.

Viel reicher aber entfaltet sich die schöpferische Tätigkeit unter Mithilfe der Phantasie z. B. in den Spielen der Kinder. Wenn die Seele sich gänzlich loslöst von der Welt und ganz aus dem Schatze der aufgespeicherten Erinnerungen ein Stück Welt selbständig formt und belebt, dann ist im Kinde die ganze Psyche in Tätigkeit getreten. Alle inneren Kräfte arbeiten intensiv und unter Begleitung starker Lust- und Unlustgefühle, wenn das Kind spielt und im Spielen — schafft.

Schaffen aber allein ist leben; der schöpferische Mensch ist der am intensivsten das Leben erforschende und ausschöpfende. Erst er kommt zum höchsten Lebensgenuß, nämlich durch sein Werk, er erst lebt in seiner Arbeit, der er den Stempel seiner Eigenart aufdrückt. Nicht kämpfen schon ist leben, sondern erst das Überwinden aller Schwierigkeiten durch die schöpferische Idee.

Und zu dieser höchsten Lebensfreude durch Entwicklung der produktiven Kraft wollen wir auch die Kinder erziehen.

Nicht wahr, gnädige Frau, jetzt erkennen Sie schon ein wenig die große und lockende Aufgabe und sehen ein fernes Ziel, um dessentwegen es sich überhaupt erst verlohnt, sich mit den Kindern so viele Mühe zu geben?

Erlauben Sie mir, Ihnen zu helfen, Ihre Kinder zu schöpferischen Menschen zu machen, dann haben Sie ein klares höchstes Ziel vor Augen und brauchen sich auch nicht mehr zu sorgen um den besonderen Lebenskreis, in den das Schicksal Ihre Kleinen später einmal stellen wird. Doch über den Weg zu diesem Ziele später.

Mit den besten Wünschen

Ihr

H. Scharrelmann.

* * *

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 13 1. Juliheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Vorgeschichte.

Berlin, den 22. Juni 1918.

Über das Verhältnis zwischen Deutschland und England vor dem 4. August 1914 bestehen vielfach falsche oder unklare Vorstellungen. Die lassen sich jetzt klären an der Hand dreier Urkunden. Die erste ist das Buch Otto Hammanns „Der Neue Kurs", ein Werk, von dem hier, in meinem Aufsatze im ersten Maiheft, in anderm Zusammenhange bereits eingehend gesprochen worden ist. Die zweite der Urkunden ist eine Erklärung des Herrn v. Jagow, der vom Januar 1913 bis zum Januar 1916 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war, eine Erklärung, die in der, bekanntlich halbamtlichen, „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" am 23. März 1918 veröffentlicht worden ist. Die dritte Urkunde ist eine Ergänzung hierzu, die Herr v. Jagow einige Tage später gegenüber dem Hauptschriftleiter der „Münchener Neuesten Nachrichten" abgegeben hat, und die dann in dieser Zeitung sofort veröffentlicht worden ist. Die Tatsachen, die sich aus diesen drei Urkunden ergeben, will ich heute darstellen; die Unterlagen ergeben sich für die Zeit bis zum Jahre 1901 einschließlich meist aus dem Buche Hammanns, im übrigen aus den Erklärungen Jagows.

Vorher will ich noch kurz den Standpunkt zusammenfassen, den diese meine Aufsätze hinsichtlich unsers gegenwärtigen Verhältnisses zu England einnehmen:

Als praktischer Leitgedanke hierin zieht sich durch meine politischen Aufsätze im „Vortrupp" das Wort Bethmann Hollwegs vom 28. September 1916:

> „England ist unser selbstsüchtigster, hartnäckigster und erbittertster Feind. Ein Staatsmann, der sich scheute, gegen diesen Feind jedes taugliche und den Krieg wirklich abkürzende Kampfmittel zu gebrauchen, dieser Staatsmann verdiente, gehängt zu werden."

Außer an vielen andern Stellen meiner Aufsätze kommt das in besonderer Schärfe zum Ausdruck in den drei Nummern vom 16. Oktober 1916, und vom 16. Februar und 1. August 1917.

In Ausführung dieses Leitgedankens hat es dann hier, am 16. Oktober 1916 und am 16. Februar 1917 so geheißen:

> „Jeder sieht, daß England unser stärkster Feind ist und daß es außerdem die Kraftquelle für den Gesamtverband unsrer Gegner ist, ganz besonders die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

> Quelle von dessen Geldmitteln. Bräche England zusammen, so wären die Gegner alle erledigt*). Jeder sieht also, wie wünschenswert es für uns ist, daß England möglichst schwer und möglichst bald von uns getroffen werde ... Auch wer als Endziel eine „Verständigung" mit England will, ... muß klar sehen, daß sie um so eher kommt, je eher England durch möglichst harte Schläge, die wir ihm versetzen, dafür sehend gemacht wird, daß es in seinem Interesse liegt, daß wieder Friede werde."

Um diesen meinen Standpunkt in ein ganz anschauliches Bild zu kleiden, könnte man zum Beispiel sagen: Wäre es ausführbar, ganz London unter Gas zu setzen, und könnte man annehmen, damit dann den Krieg wirklich abzukürzen, so sollte man es tun.

Aber ich habe in meinen Aufsätzen hier gleichzeitig stets ebenso schroff betont, was diese Erkenntnis ist, und was sie nicht ist: Sie ist einfach ein Ergebnis politischer Überlegung dessen, was der heutige Tag von uns fordert, und insbesondere dessen, was das Wesen des einmal ausgebrochenen Krieges ist: Der nämlich keineswegs eine Art ritterlicher Sport ist, sondern reine, durch keinerlei Rücksichten beschränkte Gewalt, von dem englischen Admiral Fisher ganz richtig charakterisiert durch die Worte „**sink, burn and destroy**"**). Dagegen hat jene Erkenntnis gar nichts zu tun mit unklaren Haßgefühlen oder mit dem Wunsche, eine neue „Erbfeindschaft" hochzubringen, sie hält sich also weltenfern von dem Evangelium Lissauer-Reventlow. Solche Versuche halte ich vielmehr für geradezu verhängnisvoll: Denn auch nach diesem Kriege wird es zwar ein sehr mächtiges Deutschland, aber auch ein sehr mächtiges England geben, die nun einmal nebeneinander und miteinander werden leben müssen. Diese Überzeugung, die ich hier im Oktober 1916 und Februar 1917 aussprach, habe ich auch heute, und zwar unbeschadet meines Vertrauens auf den deutschen Sieg im Westen, dessen politische Folgen zwar sehr wohl die Vernichtung der Großmachtstellung Frankreichs sein kann, der aber schon aus geographischen Gründen nicht bewirken kann, daß das englische Imperium aufhört, eine Großmacht zu sein. Werden wir aber auch nach diesem Kriege neben und mit einem immer noch mächtigen England leben müssen, so ist nichts gemeingefährlicher als das Programm unsrer „punischen Krieger": also derer, die uns jetzt schon predigen, nach der Beendigung des Krieges müßten wir dann sofort auf den zweiten und vielleicht auch noch auf den dritten „punischen Krieg" mit England hinarbeiten, bis wir England das Schicksal Karthagos bereitet hätten. Sollten, was ich nicht hoffe, diese Art Priester der Erbfeindschaft bei uns dauernd hochkommen, so wäre jedenfalls jede Hoffnung vernichtet, daß dem gegenwärtigen Kriege für irgendein Land Europas, insbesondre für unser Vaterland, eine Zeit des Wiederaufbaus und des Gedeihens folgen könnte.

Alles das sind Tatsachen, die da sind, man mag sie mögen oder nicht. Ich habe keine Veranlassung zu verhehlen, daß ich ihr Dasein nicht für ein Unglück halte. Ich stehe durchaus auf dem Boden der Sätze, die man in Friedrich Naumanns „Hilfe" am 28. März 1918 auf Seite 146 fand, und von denen ich den achten und den zwölften hier hervorheben möchte; sie lauten:

> „Wer bürgt uns dafür, daß nicht schon in 50 Jahren — nein: schon in 20, vielleicht in 10 Jahren! — eine Konstellation eintritt, in der England und Deutschland gemeinsame Sache gegen einen gemeinsamen Feind machen müssen?"

---

*) Als ich das schrieb, hatte Nordamerika uns den Krieg noch nicht erklärt. D. Verf.

**) „Versenke, verbrenne und zerstöre." D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

„Schließlich sind Deutsche und Angelsachsen doch leibliche Brüder — der Rasse, der Sprache und der Religion nach. — Wenn ich sage (oder mir suggeriere): ‚Mein leiblicher Bruder ist das schlechteste Geschöpf der Erde' so ist dies auch für mich keine Ehre und kein Vorteil."

Übrigens befinde ich mich da sogar in der Gesellschaft der — „Alldeutschen Blätter" oder doch wenigstens einer Nummer derselben: In ihrer Sondernummer vom 3. August 1914 hieß es von uns und England: „Gemeinsames Blut, gemeinsame Ehrbegriffe, gemeinsame Gegner in Gestalt der Slawen."

Über die Vorgeschichte des 4. August 1914 lernen wir von Hammann und v. Jagow dies:

Bismarck hat Österreich-Ungarn und England für unsre natürlichen Bundesgenossen gehalten, weil beide gesättigte Staaten seien. Bismarck hat das nicht nur gedacht, sondern er hat es auch beurkundet, und zwar gegenüber den Engländern selbst, nämlich in einem Privatbriefe, den er am 22. November 1887 an den Premierminister Lord Salisbury geschrieben hat. Bismarck erkannte, wie schwer der europäische Friede durch Rußland gefährdet werde, wo Reaktion und Revolution gleicherweise ihr innerpolitisches Ziel durch Krieg nach außen zu erreichen suchten: auch das hat er in jenem Briefe an Lord Salisbury ausgesprochen. Der Angelpunkt der Bismarckschen Politik war das Bündnis mit Österreich-Ungarn; er wußte aber auch, wie sehr gerade Österreich-Ungarn durch Rußlands Orientpolitik bedroht war. Deshalb sorgte er dafür, daß im Jahre 1887 England mit Österreich-Ungarn (und Italien) Abreden traf, die auf die Wahrung der bestehenden Verhältnisse (des „Status quo") im Orient gingen. Damit wurde England in ein näheres Verhältnis zu dem mitteleuropäischen Bündnis gebracht und wurde zur Beteiligung an dessen Lasten herangezogen. Deutschland wurde entlastet: Denn nun hielt schon Österreich-Ungarn, weil durch Italien und England gestützt, Rußland die Wage. — Übrigens war Italiens Anschluß an das deutsch-österreichische Bündnis schon unter Englands Förderung geschehen; und wiederum liefen über Italien Fäden nach England. In welchem Maße Bismarck daran lag, die freundlichen Beziehungen zu England zu pflegen, das beweist die Veranlassung, in der Bismarck jenen Brief an Lord Salisbury schrieb: Es war Bismarck bekannt geworden, daß man in England aus irgendeinem Grunde Besorgnisse hegte, der damalige Prinz Wilhelm, unser jetziger Kaiser, hege Hinneigung zu Rußland. Sofort entschloß sich Bismarck zu dem (wie Hammann hervorhebt) ganz ungewöhnlichen Schritte, derartigen verkehrten Gerüchten in einem Privatbriefe an den englischen Premierminister entgegenzutreten. — Bei dieser Bismarckschen Pflege freundlicher Beziehungen zu England blieb es auch unter dem „neuen Kurse" der Caprivi und Hohenlohe, wobei es aber, wie Hammann betont, eine reine Legende ist, daß Caprivi einen „kopflosen Sturz in die Arme der englischen Politik gemacht hätte", daß unter seiner Kanzlerschaft englische Einflüsse am Berliner Hofe wirksam gewesen wären und dergleichen mehr; vielmehr sind weder Caprivi noch Hohenlohe in die Lage gekommen, die Pflege der freundlichen Beziehungen zu England durch Maßregeln zu betonen, die auch nur annähernd so energisch gewesen wären, wie jener Privatbrief Bismarcks an Lord Salisbury.*)

*) Mir fällt immer wieder auf, wie ähnlich die Mittel und Märchen sind, mit denen gegen Caprivi (den Erwerber Helgolands, ohne dessen Besitz wir diesen Weltkrieg nicht führen könnten) und gegen Bethmann Hollweg gehetzt worden ist. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Eine völlige Verkehrung dieser durch Bismarck gepflegten guten Beziehungen zwischen Deutschland und England ist eingetreten unter der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow. Wie Das gekommen ist, darüber erfahren wir sehr viel und sehr Interessantes aus dem Hammannschen Buche: Es wird ja vielfach angenommen, der tiefere Grund für diesen Wandel sei die bekannte „Krüger-Depesche" gewesen. Diese Annahme bezeichnet Hammann als ein Musterbeispiel bequemen und primitiven politischen Urteilens. (Übrigens tut Hammann dar, daß die „Krüger-Depesche" nicht etwa eine „impulsive Handlung" des Deutschen Kaisers, sondern, da sie unter Billigung des allein verantwortlichen Kanzlers verfaßt und abgeschickt worden ist, ein deutscher Regierungsakt war; die Art ihrer Wortfassung hält Hammann für einen politischen Fehler.) Wohl erzeugte die „Krüger-Depesche" im englischen Publikum und in der englischen Presse eine außerordentlich heftige Verstimmung gegen Deutschland, aber die Politik der englischen Regierung blieb davon durchaus unberührt. Ja, diese englische Regierung entschloß sich sogar zwei Jahre nach diesen Vorgängen zu dem Versuche, die deutsch-englischen Beziehungen noch wesentlich enger zu gestalten, als bisher. Im Jahre 1887 hatte Lord Salisbury es noch nicht für richtig gehalten, das Verhältnis zwischen Deutschland und England geradezu bundesartig gestalten zu lassen; Bismarck hatte nämlich, wie aus Hammanns Buch (Seite 192) hervorgeht, in jenem Briefe an Lord Salisbury Derartiges angeregt. Jetzt aber, im Jahre 1898, machten sich die klügsten und tätigsten Mitglieder des Kabinetts Salisbury, nämlich Lansdowne und Chamberlain, zu Trägern des Gedankens eines Bündnisses mit Deutschland, und Balfour und der Herzog von Devonshire schlossen sich ihnen an. Sie sahen, daß die deutsche Großmacht, die sich da entwickelte, eine Gefahr für das englische Weltimperium werden konnte, sie erkannten, daß das englische Schlagwort von Englands „glänzender Einsamkeit" („**splendid isolation**") hohl und taub geworden war. Sie hatten mit Besorgnis erlebt, daß das bündnislose England bei den letzten Veränderungen im fernen Osten nicht hatte verhindern können, daß Deutschland und Rußland die besten Plätze an der Sonne vorweg nahmen. Sie suchten daher ein bündnismäßiges Zusammengehen mit Deutschland, ein Zusammengehen auf der Grundlage, daß dem deutschen Unternehmungsgeiste und dem deutschen Streben, das aus der festländischen Enge nach außen drängte, koloniales Gebiet freigegeben werden sollte:

Im März 1898 wurde das erste vertrauliche Bündnisangebot Englands an Deutschland gemacht durch den Kolonialminister Chamberlain. Die deutsche Regierung — Fürst Hohenlohe war damals Reichskanzler, Herr v. Bülow schon Staatssekretär des Auswärtigen Amtes — hatte aber Bedenken, ob nicht ein solches Bündnisverhältnis mit England zur Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland führen könne, und regte deshalb an, man solle sich doch zunächst über Einzelfragen verständigen. Die Engländer waren auch d a f ü r zu haben, und nun folgten rasch hintereinander drei deutsch-englische Einzelverträge: Im Jahre 1898 ein Geheimvertrag, der die portugiesischen Kolonien in Afrika betraf; Deutschland und England einigten sich darüber, wie sie sich diese portugiesischen Kolonien teilen wollten, falls die portugiesische Regierung diese Kolonien veräußern wolle, ein Fall, der nahelag, da Portugal halb bankerott war. Im Jahre 1899 folgte der deutsch-englische Samoavertrag und im Jahre 1900 das deutsch-englische Yangtseabkommen. — Im Januar 1901 — Bülow war inzwischen Reichskanzler geworden — kam Englands zweites Bündnisangebot an Deutschland; der es übermittelte, war wiederum Chamberlain. Ein geheimes deutsch-englisches Abkommen über Marokko sollte es einleiten. Nicht nur das englische Kabinett als ganzes, sondern auch der Premierminister Lord Salisbury persönlich stand hinter diesem Gedanken, nachdem Salisbury seine frühere Hinneigung

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zu Frankreich überwunden hatte. Es sollte sich nicht etwa darum handeln, daß Deutschland sich verpflichten sollte, unter irgendwelchen Umständen angriffsweise gegen Rußland vorzugehen. Sondern nur um ein Verteidigungsbündnis, wobei Deutschland und England sich gegenseitig helfen sollten, falls eines von ihnen von zwei Gegnern angegriffen würde. — Als bald darauf, beim Ableben der Königin Viktoria, der deutsche Kaiser in England war, fanden auf dieser Grundlage Unterredungen statt mit Lord Salisbury und mit Lord Lansdowne als dem Minister des Auswärtigen. Dazu verhandelte in London Lansdowne auch mit dem deutschen Botschafter Grafen Hatzfeld, und in Berlin der englische Botschafter Lascelles mit unserm Auswärtigen Amte. Endlich fand, als dann, im August 1901, König Eduard von England in Deutschland war, zwischen ihm und unserm Kaiser eine Besprechung der Sache in Wilhelmshöhe statt. — Bei allen diesen Verhandlungen verlangte Deutschland, ein solcher schriftlicher Bündnisvertrag müsse von beiden englischen Parlamenten genehmigt werden; England war bereit, darauf einzugehen. — Der Sommer 1901 brachte dann noch eine englische Einzelanregung: Man solle gemeinsam vorgehen in Marokko, wo neue Unruhen ausgebrochen waren; Fürst Bülow befürchtete aber darin einen Versuch, Deutschland gegen Frankreich vorzuschieben, und lehnte ab. Die Verhandlungen über das Bündnis dauerten bis Weihnachten 1901. Dann schliefen sie ein; die englischen Staatsmänner gaben ihre Bemühungen als aussichtslos auf. Der Versuch, ein enges Einvernehmen zwischen der Weltmacht England und der stärksten Festlandmacht Deutschland zu schaffen, der Versuch, den, wie gezeigt, schon im Jahre 1887 Fürst Bismarck gemacht hatte, und den jetzt die Engländer wieder aufgenommen hatten, war wiederum mißlungen.

Wie war das gekommen? Hammann sieht einen der Hauptgründe in der „Volksstimmung" auf beiden Seiten. In Deutschland habe die Burenbegeisterung*) gerade damals höchste Wellen geschlagen — die Verhandlungen begannen ja, wie gezeigt, zwei Jahre nach der „Krüger-Depesche", und zwischen dem ersten und zweiten Bündnisangebot Englands lag der Burenkrieg. Diese Burenbegeisterung war, als während des Burenkrieges die deutsche Regierung es ablehnte, sich zu ihrem Werkzeug zu machen, besonders lärmend in Protesten der alldeutschen Presse aufgetreten; dieses Lärmen hatte wieder in der englischen Bevölkerung großen Grimm erzeugt**). Außerdem sei, so sagt Hammann, die im englischen Volke bestehende Handelseifersucht, die schon der eigentliche Grund der englischen Volkserregung nach der „Krüger-Depesche" gewesen sei, auch jetzt von erheblichster Bedeutung gewesen.

Immerhin wird man nicht zu glauben brauchen, daß sich Fürst Bülow damals von der Volksstimmung widerstandslos habe treiben lassen, man wird annehmen dürfen, daß auch er sich zu dem Grundsatze bekannt haben würde, den Jagow in seiner ersten Erklärung ausdrücklich aufgestellt hat: „Selbst Widerstände der öffentlichen Meinung im eigenen Lande dürfen von der Verfolgung des als richtig erkannten Weges nicht abhalten." Fürst Bülow hatte auch seine eigenen Gründe für seine Schwerhörigkeit gegen die immer wiederholten eng-

*) Die Quittung für diese Begeisterung, für dieses Musterbeispiel von kritikloser Verkennung der Menschen und Dinge, erhalten wir gegenwärtig von Botha, Smuts und der überwältigenden Mehrzahl der Buren überhaupt. Vgl. dazu die erste Fußnote auf Seite 189 im zweiten Maiheft des „Vortrupp". D. Verf.

**) Ich erinnere mich, daß damals in einem ziemlich weit rechtsstehenden deutschen Organ unsern Lärmern warnend und, wie mir scheint, prophetisch, Bismarcks Wort entgegengehalten wurde, daß jedes Volk einmal die Kosten zu bezahlen habe für die Fensterscheiben, die seine Presse einwerfe. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

lischen Anerbietungen: Einmal wünschte unsre Regierung, daß, wenn man ein Bündnis schließe, dieses auch auf Deutschlands Genossen im Dreibunde, Österreich-Ungarn und Italien, ausgedehnt werde; Lord Salisbury aber hatte eingewurzelte Bedenken dagegen, daß England Verpflichtungen übernähme für Staaten mit slawischen Volksteilen oder mit lateinischen Ansprüchen. Das war also ein Punkt, der das Eingehen Bülows auf Englands Vorschläge hemmte. Dann aber kam ein Irrtum hinzu, von dem Herr v. Holstein, der damals in unserm Auswärtigen Amte einen ganz maßgebenden Einfluß hatte, nicht abzubringen war: Englands leitendes Motiv bei den ganzen Annäherungsversuchen sei ausschließlich dies, die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu trüben. (Hammann gibt zwar zu, daß es möglich und wahrscheinlich sei, daß ein solcher Gedanke bei den englischen Staatsmännern im Hintergrunde geschlummert habe, betont aber mit aller Stärke — und er kennt aus seiner Amtstätigkeit diese Dinge genau —, der bestimmende Grund der sehr ernsten englischen Bündnisvorschläge sei die oben bereits bezeichnete Notwendigkeit für England gewesen, aus der Bündnislosigkeit herauszukommen.) Und nun bestand auch bei der damaligen deutschen Regierung, wie Hammann es ausdrückt, „ein übertriebener Respekt vor der die ganze westliche Welt täuschenden russischen Fassade." „Sonst", so sagt Hammann wörtlich, „wären die Verhandlungen wohl nicht im Sande verlaufen."

Die englischen Staatsmänner ihrerseits gaben ihren zäh verfolgten Plan erst auf — wie schon gesagt zu Weihnachten 1901 — nach den folgenden Geschehnissen: Den Engländern war in der Presse so ziemlich der ganzen Welt der Vorwurf gemacht worden, ihre Kriegführung in Südafrika sei außerordentlich hart gewesen. Der Kolonialminister Chamberlain, der Vater des Gedankens eines Bündnisses mit dem Deutschen Reiche, hielt daraufhin am 25. Oktober 1901 zu Edinburg eine Rede, worin er ausführte, daß seiner Meinung nach andre Völker in ihren Kriegen noch viel härter verfahren seien: die Russen im Kaukasus und in Polen, die Franzosen in Tongking, die Österreicher in Bosnien, die Deutschen 1870/71. Der Rechtfertigungsversuch war verfehlt, aber weder in Rußland noch in Frankreich noch in Österreich-Ungarn erzeugte er nennenswerte Erregung, in Deutschland dagegen „setzte", so sagt Hammann, „ein wütender Entrüstungssturm ein, der monatelang andauerte". Der hatte nun wieder auf die englische Stimmung eine solche Wirkung, daß Chamberlain nunmehr daran verzweifelte, die beiden englischen Parlamente dafür zu gewinnen, ihre Einwilligung zu einem deutsch-englischen Bündnisvertrag auszusprechen. Das war ja aber, wie schon gesagt, eine Grundbedingung, die die deutsche Regierung bei der ganzen Sache machte.

Zugleich mit dem zweiten englischen Bündnisangebot im Januar 1901 hatte Chamberlain den Deutschen klar und offen gesagt: „Sollte sich für uns Engländer der formelle Anschluß an Deutschland und den Dreibund als unmöglich erweisen, so sind wir gezwungen, ein Zusammengehen mit dem Zweibund, also mit Frankreich und Rußland, ins Auge zu fassen, selbst wenn wir dafür schwere Opfer bringen müssen." Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde diese Versicherung von den englischen Staatsmännern wiederholt. Herr v. Holstein mit seinem gewaltigen Einflusse auf die Politik der deutschen Regierung, erklärte das aber, wie Hammann berichtet — für „Schwindel und Bluff"; er hatte einmal den Glaubenssatz, daß „der englische Walfisch und der russische Bär niemals eine wirkliche Freundschaft miteinander eingehen könnten". Der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeld, der, weil an Ort und Stelle, die englischen Dinge genau kannte, warnte Herrn v. Holstein mehr als einmal; aber es war unmöglich, den von seiner vorgefaßten Meinung abzubringen. Die Dinge nahmen ihren Lauf: Sofort nachdem die Bündnisverhandlungen endgültig gescheitert

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

waren, zeigte sich, wie sehr Herr v. Holstein geirrt hatte; die Schwenkung der englischen Politik, die die englischen Staatsmänner als eine für diesen Fall für England bestehende Notwendigkeit uns angekündigt hatten, wurde nunmehr sofort eingeleitet durch den Abschluß eines Bündnisses mit Japan; zwei Jahre später folgte die englische Entente cordiale mit Frankreich.

Es ist also nicht die Krüger-Depesche gewesen, die England in das Lager unsrer Feinde geführt hat, sondern das Scheitern der englischen Bestrebungen, um die Jahrhundertwende zu einem Bündnis mit uns zu kommen.

Bethmann Hollweg mußte also eine Lage übernehmen, die durch die Politik seines Amtsvorgängers geschaffen worden war, und die es sehr möglich machte, England jederzeit in der Front unsrer Feinde zu sehen. Bethmann Hollweg sah die schwere Gefahr dieser Lage und hat deshalb, wie er in einer Reichstagsrede vom Herbst 1915 selbst hervorgehoben hat, „es immer wieder versucht, eine Verständigung mit England anzubahnen". Herr v. Jagow hat als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes darin entschlossen an Bethmann Hollwegs Seite gestanden. „Auch ich", so sagt Jagow, „habe eine Politik verfolgt, die auf eine Verständigung mit England hinzielte." Jagow erkannte, wie Bethmann Hollweg, daß ohne eine solche Verständigung Deutschlands Lage ungünstig war, weil so eine ungleiche Kräfteverteilung zwischen Deutschland und seinen Gegnern, zu Deutschlands Ungunsten, bestand, zumal der Dreibund, was Italien anging, nicht gefestigt war. Und nicht nur für erwünscht hielt Jagow eine deutsch-englische Annäherung, sondern er glaubte auch an eine Erreichbarkeit einer Verständigung über die Punkte, wo die Interessen beider Länder sich berührten oder sich kreuzten.

Das Ziel der deutsch-englischen Politik unter Bethmann Hollweg und Jagow war es also, eine freundliche Haltung Englands zum Dreibund zu erreichen und damit „die moralische Verlängerung des Dreibundes über den Kanal hinüber" wieder herzustellen, wie sie unter Bismarck bestanden hatte. Selbstverständlich blieb, genau wie unter Bismarck, das Bündnis mit Österreich-Ungarn der Angelpunkt unsrer Politik. Auch Jagow wußte Das, was Bismarck gewußt und im Jahre 1879 in einer Denkschrift festgelegt hatte: daß das Deutsche Reich es nie darauf ankommen lassen darf, auf dem europäischen Festlande zwischen Rußland und Frankreich, neben einem niedergeworfenen und von Deutschland im Stich gelassenen Österreich-Ungarn vereinsamt zurückzubleiben. Deshalb hätte auch Jagow nie daran gedacht, etwa Österreich-Ungarn für die ungewisse Freundschaft Englands preiszugeben; England sollte für uns nicht etwa an Stelle Österreich-Ungarns treten, sondern England sollte im Gegenteil zu einer Politik bewogen werden, die gerade Österreich-Ungarn im höchsten Maße zugute gekommen wäre. Österreich-Ungarns Großmachtstellung, deren Erhaltung, wie gesagt, für uns nach Jagows wie nach Bismarcks Auffassung ein höchstes Interesse bedeutet, war durch Rußlands Balkanpolitik bedroht; auch Jagow erkannte das, was im Jahre 1889 Bismarck zu Sir Charles Dilke geäußert hatte, daß nämlich die erste Störung des Friedens von Rußland ausgehen werde; und gegenüber dieser Bedrohung unsers Bundesgenossen Österreich-Ungarn durch Rußland konnten wir nun auf Italien nicht zählen. Gelang also die beabsichtigte Wiederherstellung der Beziehungen zu England, wie sie unter Bismarck bestanden hatten, dann wurden wir von der Notwendigkeit entbunden, gegebenenfalls (wie es ja im August 1914 tatsächlich unser Los geworden ist) allein gegen Rußland für Österreich-Ungarn in die Schranken zu treten. Es wäre eine uns ähnlich erleichternde und gleichzeitig Österreich-Ungarn ähnlich stärkende Wirkung eingetreten, wie sie die oben genannten Abreden erzeugt haben, deren Zustandekommen zwischen England, Österreich-Ungarn und Italien Bismarck im Jahre 1887 bewirkt hatte. Konnte sich der Bund zwischen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Deutschland und Österreich-Ungarn auch noch auf die Freundschaft mit England stützen, so bestand ein Friedensblock von unangreifbarer Festigkeit; auch die zunehmenden „Erlösungsbestrebungen" Italiens und Rumäniens wurden ihm gegenüber dann ohnmächtig. „Gegebenenfalls hätte", sagt Jagow, „der Dreibundvertrag sich etwas modifizieren lassen" und zielt damit offenbar auf Italien.

Jagow kennt natürlich sehr wohl die von den bekannten Leuten bei uns gern, oft und laut gepredigte Predigt, der ganze Versuch sei von Anfang an aussichtslos gewesen. Darauf entgegnet Jagow, der den Dingen ja etwas näher gestanden hat, als jene Prediger:

> „Daß England für die oben angedeutete Politik der Annäherung nie und nimmer zu haben gewesen wäre, ist eine These, die unsre einseitigen Anglophoben mit mehr Lungenkraft als Beweiskraft immer wieder verkündigen. Keine Politik ist so anpassungs- und wendungsfähig wie die englische. Das Intrigenspiel König Eduards war nicht von ewiger Geltung. Weiterblickende Staatsmänner als diejenigen, denen die Geschicke des englischen Reiches 1914 anvertraut waren — man denke an die beiden Pitt, an Disraeli, an Salisbury —, haben andre Anschauungen über die Orientierung Englands Deutschland und Rußland gegenüber vertreten. Auch nach dem Eintritt Deutschlands in die Weltpolitik blieb die Welt groß genug, um beiden Reichen und Völkern ihre Betätigung neben- und miteinander zu gestatten. Vorhandene Reibungsflächen ließen sich durch Ausgleiche zu beiderseitigem Vorteil glätten."

Und Dem fügt Jagow noch die ungemein treffende Bemerkung hinzu:

> „Bezeichnenderweise sind diejenigen Leute bei uns, die immer nur England als den Feind, den einzigen Feind, hinstellen, dieselben, die, um die Einkreisungsgefahr zu beschwören, mit dem gleichen Eifer die Anlehnung an Rußland als natürlichen Bundesgenossen, als starken Stützpunkt monarchischer Weltordnung, predigten. Weder die Veröffentlichungen über unsre Erfahrungen in Björkö, noch die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses, noch der schließliche Zusammenbruch des durch Panslawismus, Nihilismus und die Fäule seines Beamtentums zermorschten Zarenreichs scheinen sie eines Besseren belehrt zu haben."

Jagow kannte, als er Dies äußerte, noch gar nicht einmal die für unsre begeisterten Anhänger des Zarismus allerhärteste Enthüllung: die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichte Petersburger Geheimsitzung vom 21. Februar 1914, wo, also schon mehr als fünf Monate vor Beginn des Weltkrieges, unter ausdrücklicher Billigung des Zaren, beschlossen wurde, bei dem ersten günstigen Zufall einen allgemeinen europäischen Krieg zu entfesseln, damit Rußland Konstantinopel und die Meerengen erobern könne.

Jagow beschloß als Erstes eine Regelung derjenigen zwischen uns und England schwebenden Fragen zu versuchen, die Kleinasien und Mesopotamien, also die sogenannte Bagdadpolitik betrafen. Diese Dinge waren für Deutschland, so sagt Jagow, eine Angelegenheit seines Ansehens in der Welt geworden, also eine sogenannte „Prestigefrage", die als solche besonders leicht zum Konflikt mit England führen konnte. Und gleichzeitig wollte Jagow versuchen, die Verhandlungen zwischen Deutschland und England für den Fall einer etwaigen Veräußerung der portugiesischen Kolonien (Verhandlungen, über deren Beginn bereits oben gesprochen ist) endgültig zum Abschluß zu bringen. Waren diese beiden Dinge einmal erledigt, war vor Allem die gefährlichste Frage, diejenige, die Bagdad und die Bagdadbahn betraf, gut gelöst, dann wollte Jagow die noch weiter nötigen Verständigungspunkte in Angriff nehmen; zum Beispiel die ostasiatischen Fragen. Zwar bildete sich Jagow niemals ein, daß die Übereinkommen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

über Bagdad und über die portugiesischen Kolonien bewirken würden, daß nunmehr England in der europäischen Politik sofort einlenken würde. Ein solches Einlenken Englands sollte damit nur vorbereitet werden; und das durfte allerdings angenommen werden, daß besonders die Bagdadverständigung, wenn sie gelang, eine allgemeine vertrauensvollere Stimmung zwischen beiden Mächten schaffen würde. Daß der Weg zum Endziel auch dann noch weit war, hat Jagow gewußt; darüber, daß dieser weite Weg voll von Schwierigkeiten war, hat er sich keiner Täuschung hingegeben, Schwierigkeiten, die teilweise auch in Widerständen von Teilen der öffentlichen Meinung Deutschlands bestehen würden. Doch, wie schon erwähnt, Jagow hielt dafür, daß „Schwierigkeiten und selbst Widerstände der öffentlichen Meinung im eigenen Lande von der Verfolgung des als richtig erkannten Weges nicht abhalten dürfen".

Sobald es Jagow nach seinem Amtsantritte möglich war, nahm er also die Bagdadsache in die Hand. England kam entgegen. Im Juli 1914 war das Abkommen nahezu fertiggestellt. Die hauptsächlichsten Einräumungen an uns, zu denen England bereit war, waren diese: Alle wirtschaftlichen Fragen, die mit der Bagdadbahn in Verbindung standen, sollten im wesentlichen so geregelt werden, wie die „Deutsche Bank" es wünschte. Die Bahn sollte über Bagdad hinaus bis Basra verlängert werden, und damit unmittelbaren Anschluß an den Seeverkehr im Persischen Golf erhalten (zu dem Basra ähnliche Schiffahrtszugänge besitzt, wie Hamburg zur Nordsee; die Schiffahrt auf dem betreffenden Stromwege, den Schatt el Arab, sollte unter die Aufsicht einer internationalen Kommission gestellt werden). Die Engländer räumten weiter deutsche Beteiligungen an den zu errichtenden Hafenbauten in Basra ein und deutsche Rechte an der Schiffahrt auf dem Tigris, die bisher Monopol eines englischen Hauses war. Im Endergebnis wurde durch diese englischen Einräumungen ganz Mesopotamien bis Basra im wesentlichen deutschem Interesse unterworfen, ebenso das ganze Gebiet der Bagdadbahn und der anatolischen Eisenbahn*).

Noch schneller gelang es, über die Frage der portugiesischen Kolonien ins Reine zu kommen; da war die Einigung als solche schon im August 1913 hergestellt. Hier lag die Sache so: Es gab ein altes Bündnis zwischen England und Portugal, das aus dem 15. Jahrhundert stammte und zuletzt unter Karl II. von England erneuert worden war; England und Portugal verbürgten sich darin den gegenseitigen Besitzstand. Als nun aber, in dem Jahrzehnt vor der letzten Jahrhundertwende, Portugals Geldverhältnisse immer schlechter wurden, kam die portugiesische Regierung auf den Gedanken, die großen portugiesischen Besitzungen in Afrika, die richtig zu erschließen und sachgemäß zu verwalten sie weder Macht noch Mittel hatte, zu verkaufen und mit dem Kaufpreis Portugals Finanzen gesund zu machen. Deutschland und England wußten das beide und schlossen deshalb, wie schon oben erwähnt, im Jahre 1898 einen Geheimvertrag darüber, daß und wie sie im Falle eines solchen Verkaufs die portugiesischen Kolonien unter sich teilen wollten. Man kann nicht sagen, daß zwischen diesem Vertrage und dem genannten alten Bündnis Englands mit Portugal ein eigentlicher Konflikt bestand: denn wenn Portugal einen Teil seiner Besitzungen freiwillig verkaufte, so entfiel ja Englands Gewährleistung für diesen Teil des portugiesischen Besitzstandes von selbst und kraft Portugals eignen Willens. Deshalb

*) Den Inhalt des Bagdadabkommens und des Kolonialabkommens entnehme ich dem Abdruck der „Denkschrift des Fürsten Lichnowsky" in der „Deutschen Tageszeitung"; die Angaben des Fürsten Lichnowsky über diese Punkte sind unbestritten und haben als solche mit dem „Fall Lichnowsky" nichts zu tun.

D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kann man ebensowenig sagen, daß der sogenannte „Windsor-Vertrag", der dann auf Betreiben Portugals im Jahre 1899 zwischen Portugal und England abgeschlossen wurde, und der die alten, niemals außer Kraft gesetzten, Vereinbarungen aus dem 15. Jahrhundert nochmals bestätigte, in einem eigentlichen Gegensatz zu dem deutsch-englischen Vertrage von 1898 stand. — Die neuen Verhandlungen zwischen Deutschland und England, die bei Jagows Amtsantritt bereits im Gange waren und die er nun eifrig förderte, fanden also den Zustand vor, wie ihn jene Verträge: der alte Bündnisvertrag, der Geheimvertrag von 1898 und der Windsorvertrag geschaffen hatten; diese neuen deutsch-englischen Verhandlungen bezweckten, den Geheimvertrag von 1898 zugunsten Deutschlands umzugestalten und zu verbessern. Die englische Regierung war auch in dieser Sache entgegenkommend: Falls Portugal verkaufen würde, sollte Deutschland ganz Angola haben, von der Westküste bis zum 20. Grade östlicher Länge von Greenwich, womit dann eine gewaltige Vergrößerung von Deutsch-Südwest-Afrika und dessen unmittelbarer Anschluß an den Kongostaat geschaffen gewesen wären. Ferner wurde Deutschland der nördliche Teil von Mozambique zugesprochen, von dessen Nordgrenze bis zum Licungo; damit wurde Deutsch-Ostafrika vergrößert. Endlich erhielt Deutschland Anspruch auf die jetzt portugiesischen Inseln San Thome und Principe, die nördlich des Äquators vor der westafrikanischen Küste liegen, nicht weit von Kamerun, aber geographisch sogar eher zu Französisch-Kongo gehörend. — Und nun gab dieses neue Abkommen Deutschland gegenüber England auch noch das Recht, unter gewissen Umständen auf den ihm zugewiesenen Gebieten auch schon einzuschreiten, bevor Portugal sie verkaufen würde; die Voraussetzungen dafür waren so weit gefaßt, daß es Deutschland eigentlich ganz allein überlassen blieb, selbst zu bestimmen, wann die Voraussetzungen für sein Einschreiten gegeben seien*).

Wie schon gesagt, waren sich die englische und die deutsche Regierung bereits im August 1913 über den Inhalt des Kolonialvertrages einig. Und trotzdem war der Vertrag noch nicht unterzeichnet, als der Weltkrieg ausbrach. Wie erklärt sich das?

Die englische Regierung machte zur Bedingung ihres Unterzeichnens, daß sowohl dieser deutsch-englische Kolonialvertrag selbst, als auch der deutsch-englische Geheimvertrag von 1898, als auch der „Windsorvertrag" zwischen England und Portugal, veröffentlicht würden, spätestens ein Jahr nach der Unterzeichnung des Kolonialvertrages. England besitze sonst keine geheimen Verträge, und es sei gegen die in England bestehenden Grundsätze, bindende Abmachungen zu verheimlichen. — Die deutsche Regierung aber hielt es, gerade weil es, wie Jagow sagt, „einer der Hauptzwecke des Kolonialvertrages war, eine gute Atmosphäre zwischen uns und England zu schaffen", für erforderlich, mit der Veröffentlichung zu warten, bis auch der Bagdadvertrag unterzeichnet sei und gleichzeitig mitveröffentlicht werden könne. Denn wurden der deutsch-englische Kolonialvertrag und der portugiesisch-englische „Windsorvertrag" gleichzeitig veröffentlicht, so war es an sich sicher, daß, wie Jagow sagt, „bei unsrer damaligen inneren Lage" der „anglophobe" (das bedeutet: der den Gegensatz zu England grundsätzlich schürende) Teil unsrer Presse, und deren Gesinnungsgenossen im Reichstage, diese Veröffentlichung mit „heftigen Angriffen gegen das ‚perfide Albion'" begrüßten, daß sie ein „Geschrei über englische Heimtückischkeit" erhoben. Denn daß die Existenz des „Windsorvertrages", von unserm Standpunkte gesehen tatsächlich nichts weiter als ein „Schönheitsfehler" war, hätte diese Leute an solchem Gebaren nicht gehindert. — Kam es aber zu solchen Szenen

*) Auch hier gilt das in der Fußnote auf Seite 249 Gesagte. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

(und kam dann noch naturgemäß das entsprechende Echo aus England), dann war das Gegenteil von Dem erreicht, was das politische Ziel der deutschen Regierung war: die Stimmung zwischen Deutschland und England war dann nicht besser geworden, sondern schlechter. — Das alles konnte voraussichtlich vermieden werden, wenn man mit der Veröffentlichung des Kolonialvertrages so lange wartete, bis auch der Bagdadvertrag zur Mitveröffentlichung fertig war. Denn wenn die deutsche Öffentlichkeit auf einmal erfuhr, daß man sich mit England bereits über z w e i Dinge von derartiger Wichtigkeit geeinigt habe — und darunter über den Kardinalpunkt, die Bagdadfrage, und gerade hier so, daß für irgendein Einhaken der „Anglophoben" schlechthin keine Gelegenheit geboten war —, dann war die Wirkung naturgemäß so stark, daß die fraglichen Szenen in Presse und Reichstag wohl ausblieben und jedenfalls wirkungslos und ungefährlich waren.

„Es war"

sagt Jagow zusammenfassend,

„Rücksicht auf den Effekt des Abkommens, mit dem wir eine Besserung unserer Beziehungen zu England, aber keine neue Trübung zu erzielen wünschten, welches unser Zögern verursachte."

Im Juli 1914 war, wie schon bemerkt, auch der Bagdadvertrag ungefähr fertig, Alles stand dicht vor der Unterzeichnung und Veröffentlichung beider Verträge — und damit nach menschlicher Voraussicht vor dem Beginn eines dauernden Verstehens zwischen den beiden führenden Germanenstaaten. Das war dann der dauernde Friede für die ganze Erde — —

„Die ruhige Entwicklung wurde durch die Mordtat von Serajewo durchkreuzt",

sagt Jagow und findet dann die zutreffende Beurteilung des darauf folgenden Verhaltens Englands in den Worten

„und in der Schicksalsstunde des August 1914 zog die englische Regierung — statt den Frieden zu erhalten — es vor, sich dem Kriege gegen uns anzuschließen. Ob sie mit diesem Anschluß das Richtige getan hat, darüber mögen ihr wohl inzwischen ernste Zweifel gekommen sein! Jedenfalls hat sie an dem Blutvergießen in Europa ein erhebliches Teil der Schuld auf sich geladen."

Wobei dann aber Jagow noch gleichzeitig eine Legende zerstört, die zu den Lieblingswerkzeugen unsrer „punischen Krieger" gehört. Ich sage absichtlich: Jagow „z e r s t ö r t" die Legende, denn kraft seiner amtlichen Stellung zu Beginn des Krieges hat er in diesen Dingen das beste Wissen und ein maßgebendes Urteil. Er sagt:

„Ich will mir keineswegs die heute bei uns weitverbreitete Ansicht zu eigen machen, daß England alle Minen zum Ausbruch des Krieges gelegt habe; im Gegenteil, ich glaube an die F r i e d e n s l i e b e S i r E. G r e y s u n d a n s e i n e n e r n s t e n W u n s c h, z u e i n e r V e r s t ä n d i g u n g m i t u n s z u g e l a n g e n. Aber er hatte sich zu tief in die Netze der französisch-russischen Politik verwickeln lassen, er fand nicht mehr den Ausweg und hat — was er gekonnt hätte — den Weltkrieg nicht verhindert. Der Krieg war im englischen Volke auch nicht populär. Belgien mußte als Schlagwort dienen."

Damit endet die Darstellung der Tatsachen. Ein paar ganz kurze Meinungsäußerungen möchte ich anfügen:

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Anlangend die Politik des Fürsten Bülow (und des Herrn v. Holstein), so brauche ich kein Hehl daraus zu machen, daß ich das Nichteingehen auf das mehrmalige englische Bündnisangebot für einen Fehler und zwar für einen sehr schweren Fehler mit unendlich schweren Folgen halte. Eigentümlicherweise befinde ich mich in dieser Auffassung anscheinend in Übereinstimmung mit einem Aufsatze, den der meines Wissens alldeutsche Johannes Haller in den meines Wissens ebenfalls alldeutschen „Süddeutschen Monatsheften" im Januar 1917 veröffentlicht hat*).

Was dann weiter die Politik Jagows angeht, des obersten Helfers Bethmann Hollwegs bei dem Versuche, durch planmäßige Annäherung an England das drohende furchtbare Unheil abzuwenden, so versteht sich die vollste Zustimmung von selbst. Mit Bethmann Hollweg darf auch Jagow von dieser seiner Arbeit, die dem Vaterlande gedient hat, wenn Das je eine Arbeit getan hat, aus vollem Herzen sagen: „Ich danke Gott, daß ich es getan habe."

Schwer fällt der Gedanke aufs Herz, wie die Welt heute vielleicht aussehen würde, wenn die deutsche Regierung nicht die berechtigte Besorgnis wegen des Verhaltens Derer bei uns hätte hegen müssen, die Jagow „anglophob" nennt. Hätte ohne diese Besorgnis die Unterzeichnung und Veröffentlichung des Kolonialvertrages schon im Herbst 1913 geschehen können, wer weiß, ob das Bestehen dieses Vertrages nicht als ein so schweres Gewicht in der Wagschale des Friedens gelegen hätte, daß ihr Emporschnellen im August 1914 verhindert worden wäre?

Den Schluß meines Aufsatzes knüpfe ich wieder an seinen Anfang an, mit Jagows Worten:

„England hat die Sache unsrer Feinde zu der seinen gemacht. So soll es auch spüren, wie Deutschland sich seiner Feinde erwehrt."

Fidelis.

Vom „Kulturfilm".

Wir leben jetzt in einer geistig-sittlichen Trümmerwelt: Mars regiert die Stunde. Die Verhältnisse von heute sind nicht dauernd, die Begriffe, die unser öffentliches Leben zu beherrschen scheinen, nicht maßgebend, es führen — abgesehen von rein kriegerischen Dingen — nicht immer die Besten. Deshalb wäre es ebenso verfehlt, sich über augenblickliche Verhältnisse auf manchen inneren Gebieten zu erregen, wie ihnen ernsthaft entgegenzutreten. Das gilt auch für die Verfechter der Hebung des Lichtspielwesens. Das Bild hat sich seltsam verschoben. Die Kinofachblätter sind in Text- und Anzeigenteilen voll von Anpreisungen der höchsten Volksbildungs- und Erziehungsbestrebungen, und zusammen mit Denen, die das Wort der Stunde führen, mengen sie dem deutschen Volke die geistige Nahrung, die seine Seele läutern soll. Immer im Namen der erhabensten Menschheitszwecke und unterm Schilde bald der wichtigsten „demokratischen" Grundsätze, bald der Augenblicksgebote einer Ausnahmezeit feiert das kinematographische und das kinematographisch werden wollende Großkapital Triumphe, die es sich früher nicht hat träumen lassen. Sicher ist dabei nur eins: daß es nach dem Kriege auf diesem Gebiete keine Kleinen mehr geben wird, und daß die Geldburg der Großen unanrennbar errichtet sein wird. Man kann es als Tatsache aussprechen, daß sich Deutschland heute in Hörigkeit einiger großer deutscher Filmfirmen und einer noch größeren neutralen befindet, nach deren Wünschen sich seine Gesetze

*) Die Schriftleitung des „Vortrupp" hat auf meine Veranlassung das Wesentliche daraus in Nr. 12 von 1917 auf den Seiten 375 bis 379 abgedruckt.
D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und seine Verwaltungsmaßnahmen zu wandeln haben. Die „politische" Bedeutung des Rollbildes und seine Bedeutung für Stimmungsmache im Innern und draußen wird plötzlich — leider echt deutsch — ebenso überschätzt, wie sie einst unterschätzt wurde, und ist die Ursache der, trotz allem gegenteiligen Schein, völligen Zügellosigkeit des Geschäftswesens. Die Geschäftskinematographie ist heute der verhätschelte Liebling der Regierung und der maßgebenden Behörden. Beide behaupten, sich wohl dabei zu befinden; sicher ist, daß der Geschmack und die Kultur an dieser Befriedigung keinen Anteil haben. Die heutige „Kultur-" und „Hebungs"-Bewegung im Kinowesen hat mit wirklicher Kinohebung und ihren geistigen und sittlichen Zielen nichts zu tun.

Je wilder aber die Riesenmaschinen des Großgeldes hinter den Mauern für den Dienst Mammons arbeiten, desto lauter ertönt von der Rampe das Geschrei der Werber und ihrer Spaßmacher von der großen Volksbildungs- und Erziehungs-Bedeutung des Kinowesens. Ein Ausdruck dessen sind die „Kulturfilme", die zurzeit die Volksmengen mit Aufklärung überschütten. Deshalb folge ich gern dem Wunsche der Schriftleitung, mich einmal mit ihnen zu beschäftigen.

Das Durchblättern eines Heftes einer Fachzeitschrift zeigte mir, daß zurzeit nicht weniger als fünf oder sechs solcher Filme umlaufen, die sich mit dem Schicksale „verlorener Töchter" beschäftigen. Es sind (z. T. mit Auszügen aus ihrer Anpreisung):

„Verlorene Töchter", „der große Kultur- und Aufklärungsfilm gegen den Mädchenhandel", „Unsere Kulturfilm-Schöpfung": Max-Kahn-Film.

„Der Weg, der zur Verdammnis führt" („... Da der Titel ‚Der Weg nach Golgatha' im Zusammenhang mit dem Inhalt des Films zu religiös-sittlichen Bedenken Anlaß gegeben hat, haben wir uns entschlossen, die Benennung dieses großen Filmwerks, das zur Bekämpfung des Mädchenhandels dient, in ‚Der Weg, der zur Verdammnis führt' zu ändern ..."): Decla.

„Es werde Licht", Kulturfilm in 5 Akten (I. Teil, II. Teil, III. Teil, IV. Teil). Dazu:

„Das Tagebuch einer Verlorenen von einer Toten", herausgegeben von Margarethe Böhme. „Der Film schildert den Werdegang einer Gefallenen, ihr Scheiden aus dem Elternhause, in dem sie von der Stiefmutter schlecht behandelt wurde, und ihr tragisches Geschick, das sie bis zu ihrem Tode verfolgte. Schuldlos oder schuldig hat sie die Folgen ihres Fehltritts zu tragen, und so gibt die Darstellung in dem Film ein abschreckendes Beispiel und bringt seine Tendenz damit allein zur Geltung." Dazu:

„Dida Ibsens Geschichte, eine (!) Finale zum Tagebuch einer Verlorenen" von Margarethe Böhme. („Dieser Film wird alles bisher Gezeigte weit übertreffen.") Die letzten drei alle: Richard-Oswald-Film.

„Die Geißel der Menschheit", ein Kultur- und Aufklärungsfilm in 4 Akten nach Brieux' Drama und Schauspiel (!) „Die Schiffbrüchigen" usw.

Außerdem laufen noch eine Menge ähnlicher Sachen um. Meist steht hinter ihnen oder wenigstens hinter der „Aufführung" an diesem oder jenem Orte eine den betreffenden Kulturzielen dienende Gesellschaft, die man ernst zu nehmen pflegt. Ich weiß nicht, ob die Serie (!) „Liebe und Leben" (I. Film: „Die Seele des Kindes"), die „die Unterstützung des Kommandos der Schutztruppe hat", auch im allgemeinen oder besonderen Sinne hierzu gehört. Einen dieser Filme sah ich mir wissenschaftshalber an. Es war (nach der Ankündigung eines Bremer Theaters):

„Ein neuer Film im Dienste der Aufklärung. Mutterschutz!! Frauen und Mädchen! Ein bisher einzig dastehendes Filmwerk bringt ein Le-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bensbild voll packender Momente und führt zugleich die große Fürsorge des Bundes für Mutterschutz vor Augen:

Die Geächteten, Drama in 4 Akten."

Die Mitwirkung des Bundes für Mutterschutz wurde im Spieltitel hervorgehoben, auch eine Verfasserin angegeben. Inhalt:

Eine Schar Studenten kommt, jeder einzelne ein Mädchen im Arm, in bacchantischem Zuge an einen Kneiport. Ein Paar hat „ein Verhältnis". Der Student aber kommt mit einem nichts Gutes andeutenden Gesicht (das starke Äußerungen von Gehässigkeit unter dem anwesenden weiblichen Zuschauertum auslöst) und teilt mit, daß die Sache aus sein müsse. Das Mädchen läßt ihn ziehen, ohne ihm zu sagen, „wie es um sie steht". Von ihrem Vater, einem „braven" Tischlermeister, wird sie „natürlich" aus dem Hause geworfen, kommt planlos in ein Dorf gewandert und wird dort von einer saubern alten Frau ohne weiteres aufgefordert, da zu bleiben, „bis alles vorüber ist". Ein jetzt an den ehemaligen Liebhaber geschickter Brief erreicht ihn „zufällig" nicht. Die Mutter stirbt, das Kind wächst heran, wird „natürlich" von Kindern wie Erwachsenen im ganzen Dorfe gemieden wie die Pest und mit Hohn fortgelassen. Aus einer Stellung entlassen, weil sich der Sohn zu lebhaft für sie interessierte, kommt sie in die Großstadt. Hier scheint sie (die Handlung ist oft sehr unklar) in einer Pension als Stubenmädchen Unterkunft gefunden zu haben, wird aber wieder entlassen, da ihr Zustand sichtbar wird, damit sie nicht „die reinen Seelen der jungen Mädchen vergiftet" (höhnische Entrüstung des Parterres über die Pensionsinhaberin). Die „Großstadtluft" bewirkt „natürlich", daß sie „von Stufe zu Stufe" bis zur Verbrecherin sinkt. Daneben läuft aber Geschichte Nr. 2. Der Student, der einst ihre Mutter verführt hat, hat umgesattelt und ist Kaufmann geworden, und war als solcher nun fähig, reich zu heiraten und Kommerzienrat zu werden, auch sich noch weiter in seiner Herzenshärte zu befestigen. Er hat einen Sohn, der eine Malerin liebt; hier kommt aber „der 4. August 1914" (!) dazwischen. Die Malerin bemerkt ebenfalls Folgen; der Brief an den Geliebten kommt mit dem Vermerk „auf dem Felde der Ehre gefallen" zurück. Nach seinem Rate bittet sie den Vater Kommerzienrat um Hilfe — leider aber hat sie zufällig wieder nicht den geringsten „Beweis" für die Vaterschaft in Händen, und wird daher abgewiesen. Nun wird sie durch einen Anschlag auf den „Bund für Mutterschutz" aufmerksam, wird dort sehr wohltuend aufgenommen und durch seine Einrichtungen geführt. Hierhin will sie, befragt, „herzlich gern" wiederkommen (verständnisvolle Heiterkeit in der Zuschauerschaft). Ein Versuch der Vorsteherin, die Hilfe des Kommerzienrats zu gewinnen, scheitert an dessen „grundsätzlicher" Ablehnung. Dagegen kann sie der eines reizenden Kindes Genesenen berichten, daß sie für dieses die „Hinterbliebenenrente für Kinder im Kriege Gefallener" erreicht hat (!). Nun aber kommt eine Wendung. Der Kommerzienrat erkennt als Geschworener in einer Gerichtsverhandlung seine zur Verbrecherin gesunkene Tochter. Er sucht sie auf; es muß in der Wirtschaft, in der sie mit ihrem Zuhälter haust (sonst eine gute und echte Bilderfolge), sehr schlecht riechen, weshalb er sein „erwachtes Gewissen" auf die großartige Weise beschwichtigt, die im Film von alters her üblich ist: er reicht ihr mit spitzen Fingern zwei große Geldscheine mit der Erläuterung „Ich will Ihnen zu einem neuen Leben verhelfen". Damit geht er, dauernd unangenehm berührt, wieder fort. Sie vertrinkt das Geld und stirbt. Im letzten Augenblick hat sich aber ihr Vater an ihr Bett gefunden und offenbart sich ihr. Sie aber sagte: „Du hast also meine Mutter unglücklich gemacht und bist auch schuld an meinem ganzen Unglück", — und starb. Erschüttert geht nun der Kommerzienrat (immer im Gehrock mit Seidenaufschlägen und Zylinderhut) zur

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hinterlassenen Geliebten seines Sohnes, versichert, er wolle nicht schuld an ihrem Unglück sein, und bittet um „Vergebung" für alles, was er ihr angetan.

Soll man ernstlich über diesen Film und seine Wirkung Worte verlieren? Alles, was da geschildert wird, mag ja wahr, d. h. alltäglich sein, aber so pantomimisch auf dürre Grundzüge zurückgeführt, aller vermenschlichenden Einzelheiten und „Motive" beraubt, durch schiefe und rührselige Worttitel ins Schundromanhafte aufgepeitscht, tritt das in den Vordergrund, was daran unwahr ist: die geistige „Auffassung" des Falls und seiner Einzelheiten durch die Veranstalter. Das Schicksal verführter und verlassener Mädchen und ihrer Kinder, die Aufgaben und Fragen des Mutterschutzes sind sicher eine ernste Sache, an der jeder Denkende tiefen Anteil nimmt. Das Gefühl, daß hier neue Regelungen, neue Umwertungen unserer Begriffe im Zuge der allgemeinen Wandlung unserer Erkenntnisse notwendig sind, ist allgemein. Der Name „Bund für Mutterschutz" wirkt werbend, weil er bei allen Hörern den willigen Glauben erweckt, dort würden diesen Fragen und Aufgaben der Ernst, die Zeit und die Opfer gewidmet, die jeder Einzelne nicht in jeder Lage erübrigen kann. Gern sucht man die Gelegenheit, von dieser Tätigkeit des Bundes einen Eindruck zu bekommen; man beobachtet ihn also an der Arbeit, weiteren Kreisen, besonders auch solchen, die als „Gegenstand" seiner Hilfe besonders in Betracht kommen, etwas von dem neuen Fühlen und Denken, neuer Verantwortlichkeit und Sittlichkeit, vom neuen erläuterten und erstarkten Pflichtgefühl zu vermitteln. Die Wirkung soll uns dabei zunächst nicht beirren; sie könnte ja beim besten Wollen verfehlt sein. Was aber ist die Meinung? Als solche, die man nach den Umständen durchaus als die vom Bunde gepflegte, mindestens geduldete, ansehen muß, stellt sich ein rührselig-oberflächliches Spiel mit Schlagworten heraus, eine Beantwortung von Entgleisungen und Oberflächlichkeiten der herrschenden Sittlichkeit durch Entgleisungen und Oberflächlichkeiten vom selben Werte nach der andern Seite hin. Man muß ja immer bedenken, daß sich beim Anblick eines Films so ziemlich alles denken läßt, er besagt ja an sich gar nichts; erst die Worttitel leiten zu der gewollten Auffassung. Die Verfasserin und ihre Freundinnen können sich also wohl die erhabensten Dinge dabei „gedacht", die wertvollsten Gefühle dabei gehegt haben — wir wissen nichts davon, als was wir sehen und lesen. Und das ist nichts als eine Gesinnung der spießbürgerlichen Art, die wir aus schlechten Zeitungsromanen kennen. Von allen tiefernsten sittlichen Erziehungs- und Organisationsfragen bleibt nichts übrig als die Frage, ob er sie heiratet oder wenigstens bezahlt, und die Ursache am Unglück der vorgeführten Mädchen und ihrer Kinder ist im wesentlichen nur ein verlorener und ein fehlender Brief. Der Eindruck des Ganzen auf den Gebildeten, der selber im Lager oder doch auf der Fronthöhe der Mutterschutzbewegung steht, ist peinlich-abstoßend; der gute „Name" des Bundes verliert seinen Strahlenkreis, und die starke Strömung gegen alles „gemeinnützige" Vereins- und „Bewegungs"-Wesen wird bestärkt. Das ist die — nicht beabsichtigte — Wirkung eines solchen Werbemittels auf Denkende.

Und auf die Masse? Ich muß feststellen, daß ich in dem doch wohl für einen größeren Bezirk bezeichnenden Bremen eine Kinobesucherschaft beobachtet habe, wie noch sonst nirgends — und ich habe ziemlich ausgedehnte Studien machen können. Etwas mögen die Kriegsverhältnisse mitbewirken. Die Theater sind überfüllt von einer meist kleinen Bürgerkreisen angehörenden und aus Frauen und Mädchen, aber auch Greisen mit weißen Bärten zusammengesetzten Menge, die dem sich Abspielenden mit beispiellos urwüchsiger Anteilnahme folgt. Von der Überlegenheit, die ich doch sonst ausnahmslos feststellen konnte, keine Spur; ebensowenig aber auch von irgendeines Gedankens Blässe. Mit äußerst heiterm

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kreischen wird das vermeintlich Lustige, mit lauter Entrüstung das Schlechte, mit allen Zeichen der Seelenangst vom gepreßten Seufzer bis zum Tränenstrom das „Rührende" aufgenommen; zahlreiche unwillkürlich hervorgestoßene Bemerkungen erläutern der Nachbarin die Zusammenhänge. So ging denn auch hier das „Publikum" nach Hause, völlig bestärkt in seiner Überzeugung von der Berechtigung der Liebe, der Schlechtigkeit besonders der Gutgekleideten (das Verhalten der Klatschweiber aus dem Volke wirkte sichtlich befremdend) und der segensreichen Wirksamkeit des Bundes für Mutterschutz. Daß in irgendeinem dieser Leute irgendein neuer Gedanke, ein neues Empfinden, eine Spur von Selbstkritik, ja nur eine praktische Anregung in irgendeinem Sinne erzeugt worden wäre, halte ich für ausgeschlossen.

Der Fehler liegt meines Erachtens nicht in dem Wollen des Bundes für Mutterschutz — über dessen herrschenden Geist ich mich aber zu sehr vorsichtigem Denken zurückgeführt fühle —, sondern darin, daß das Rollbild überhaupt ganz unfähig ist, in seiner jetzigen Anwendungsform irgendeine geistige Wirkung, außer dem Nachlassen geistiger Selbstüberwachung überhaupt, auszuüben. Es hat nicht die Mittel dazu. Es entwöhnt nur die Massen von höheren Ansprüchen an sich selbst und von der Ehrfurcht vor geistiger Reinlichkeit und Selbstzucht. Es macht, wenn es sich an „Kultur-" und „Aufklärungs-" oder „Gesinnungs-" Aufgaben wagt, zu einem albernen Spiel, was eine Sache heiliger Stunden sein sollte.

Hermann Häfker.

Briefe an eine Mutter.

4.

Sehr geehrte gnädige Frau!

Ja, Sie haben mich ganz richtig verstanden, darauf kommt es zuerst an, daß das Kind zu allem, was es sieht und hört, innerlich Stellung nimmt, mit Interesse aufnimmt und dann das Aufgenommene energisch verarbeitet. Aber dann erst kommt das Wichtigste: Es muß seine Beobachtungen und Erfahrungen in eigener, mehr oder weniger selbständiger Arbeit, in einer frei schaffenden Tätigkeit verwenden. Die Erlebnisse sollen sein Tun befruchten. Das kann das Kind zunächst nur spielend. Seine Spiele sollen sich beleben, die Spiellust soll durch Erfahrungen und Beobachtungen immer neue Anregungen erhalten.

Es gibt Kinder, die gar nicht spielen können, die stets erst der Kameraden bedürfen, um in Schwung zu kommen, und die sich doch sehnen nach schaffender Tätigkeit durch das Spiel. Es gibt aber auch Kinder, die keine Spielgefährten brauchen, die schon in frühem Alter gelernt haben, die toten Dinge ihrer Umgebung zu beseelen und aus dem Schatze ihrer Erinnerungen eine eigne Welt zu bauen versuchen.

Ach, über das Spiel wäre noch viel zu sagen!

Heute noch beobachtete ich heimlich ein fünfjähriges Mädchen, das mit einer Handvoll Knöpfen spielte. Die Knöpfe waren „Kinder" (!). Jedes hatte einen Namen, und das Kind unterhielt sich eine volle halbe Stunde mit den Knöpfen. Es fragte und legte ihnen die Antwort in den Mund, es erzählte und wies sie zurecht. Reizend war es anzuhören, wie das Kind die Eigentümlichkeiten in der Ausdrucksweise (wahrscheinlich seiner Mutter) im Spiel anwandte oder sich selbst kopierte in den Gegenreden.

Dann war es des Spieles satt, d. h. seine Phantasie erlahmte. Hätte ich mich zu ihm gesetzt und etwa gesprochen: „Jetzt laß uns einmal mit den Knöpfen Ge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

burtstag spielen" oder: „Nun wollen wir mal mit den Kindern in die Stadt gehen und Schaufenster besehen", ich bezweifle gar nicht, daß das Kind wieder eine lange Zeit mit Freude auf diese karge Anregung eingegangen wäre.

Doch es kramte nun einen kleinen Kastenwagen aus seinem Schranke, legte die Knöpfe in zwei Reihen darauf und spielte „verreisen". Wahrscheinlich wurde ihm der Holzwagen zur Eisenbahn, und die Knöpfe waren eine Familie, die in die Ferien fuhr.

Sehen Sie, gnädige Frau, darauf kommt es an, daß das Kind auch die scheinbar nebensächlichsten Erlebnisse und Beobachtungen anwenden lernt, zunächst im Spiel, daß alle alten Vorstellungen zur Befruchtung der Phantasie dienen. Durch diese wird der Mensch zuerst und am ungezwungensten produktiv, indem das Kind seine Erfahrungen individuell gefärbt, spielend verarbeitet.

Es ist oft ganz überraschend aus solcher freien Spieltätigkeit zu erkennen, was alles und wie scharf das Kind beobachtet hat, wie genau es Personen und ihre Eigentümlichkeiten z. B. in Gang und Sprache kopiert, welch scharfen Blick es schon für das Allzumenschliche hat, wie es auch Geräusche und Bewegungen der toten Dinge treffend nachahmt usw.

Je unbekümmerter und stärker sich dieser Spieltrieb äußert, je mehr das Kind die Dinge seiner Umgebung beseelen lernt, desto unabhängiger wird es auch von Spielkameraden und — was schließlich das Wichtigste ist! — desto schärfer sieht, beobachtet und durchdenkt das Kind neue kleine Erlebnisse und Erfahrungen.

Es ist ein allgemeines Gesetz der geistigen Entwicklung, ein Gesetz, das sich der Erzieher gar nicht eindringlich genug klar machen kann, daß nämlich durch nichts der Mensch so sehr zum scharfen Beobachten und zum Durchdenken seiner Beobachtungen angeregt wird, wie durch den Schaffenstrieb.

Dieses Gesetz gilt schon für das spielende Kind; es gilt aber in noch viel höherem Maße auch für das lernende, schulpflichtige, und auch für den gereiften Menschen.

Wann prägt sich mir die Form eines Gegenstandes am schärfsten ein? Wenn ich ihn zeichne! Wann achte ich am genauesten auf sprachlichen Ausdruck? Wenn ich die betreffenden Menschen darstellen will. Wann würde mich der Bau z. B. einer Lokomotive am stärksten interessieren? Wenn mir eine Idee zu einer Verbesserung an ihr käme.

Das Schaffen bildet wie nichts anderes, das Schaffenwollen spannt sämtliche anderen geistigen Kräfte am stärksten mit an.

An mir selber habe ich das so oft schon erfahren. Hat mich die Idee zu einer neuen Jugenderzählung gepackt, daß mir Kopf und Herz heiß geworden sind, was steigen dann alles für Einzelheiten, die ich an Menschen oder Dingen vielleicht vor langen Jahren einmal beobachtet habe, wieder in der Erinnerung auf. Wie scharf muß der Dichter die Menschen, die er darstellen will, innerlich sehen. Aber auch wie viele neue Studien sind erst noch nötig! Die Örtlichkeiten der Handlung müssen bis in die internsten Wohnungseinrichtungen hineingeschaut sein, die Menschen in allen ihren Eigenheiten und ihre Vorgeschichten müssen feststehen, Natur- und Wetterbeobachtungen bis ins Einzelne kommen hinzu usw. Eine Erzählung, deren Aufbau im Material endlich fertig vorliegt, ist dann auch schon so gut wie geschrieben. — Alle solche zahllosen Einzelbeobachtungen aber würden mich ja gar nicht interessieren, ich würde nie zu ihnen kommen, wenn ich nicht durch meine produktive Aufgabe einfach dazu gezwungen würde.

Wie es aber so dem Schriftsteller und jedem anderen Künstler ergeht, so ergeht es auch dem Forscher, dem Organisator, kurz jedem, der auf irgendeinem Gebiete schöpferisch tätig ist.

Diese allgemein menschliche Erfahrung muß für die Erziehung viel mehr

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ausgenutzt werden, als es bisher geschehen ist. Ich glaube sogar, daß sie das Fundament der Zukunftspädagogik werden muß. Auf die Schule angewandt, würde es bedeuten: Stelle das Kind vor eine produktive Aufgabe, für die es sich stark interessiert, d. h. veranlasse es zu erzählen, zu schreiben, dramatisch darzustellen, zu zeichnen usw. — und du hast den Angelpunkt gefunden, von dem aus das Kind auch jede Lerntätigkeit gern und mit Energie ausführen wird.

Während die Schule das Kind nur den Weg vom Lernen zur Anwendung führt, sollte sie den umgekehrten gehen, d. h. durch produktive Aufgaben das Kind zu einer breiteren und vertieften Erfassung des Wissens und Erkennens mühelos nötigen.

Verzeihen Sie diese Abschweifung, gnädige Frau. Die Sache liegt mir so sehr am Herzen, daß Sie mir erlauben müssen, hin und wieder noch einmal darauf zurückzukommen, um die Hauptidee, ihrer fundamentalen Bedeutung entsprechend, schärfer heraus zu stellen.

Doch nun zurück zum Spiel der Kinder.

Wenn Sie mir bis jetzt zustimmen können, werden Sie es auch tun, wenn ich behaupte: die besten Spielsachen, die es überhaupt gibt, sind nicht die fertigen, die in großer Mannigfaltigkeit in den Spielwarengeschäften für teures Geld gekauft werden, sondern die Spiel-Rohstoffe. Spiel m a t e r i a l ist tausendmal besser als Spiel z e u g.

Es ist ja ein wahrer Jammer, welche Unsummen gut gestellte Eltern für Spielsachen ausgeben, die wohl ein paar Minuten erfreuen, solange wie der Reiz der Neuheit daran klebt, die aber achtlos an die Seite geworfen werden, weil das Kind ihrer rasch überdrüssig wird.

Wie erklärt sich dieser schnell auftretende Überdruß? — Jedes fertige Spielzeug ist tyrannisch, es verlangt vom Kinde nämlich einen ganz bestimmten Gebrauch, eine ganz genau vorgeschriebene Art des Spielens. Dadurch aber schränkt es die Phantasie des Kindes ein, statt ihr neue Felder zu erschließen.

Aus meiner Jugend erinnere ich mich ganz genau — und spätere Beobachtungen haben mir diese Erfahrung stets bestätigt —, daß sich mit Trümmern eines Spielzeugs viel schöner spielen läßt als mit noch unverletzten neuen Spielsachen. Aber am allerschönsten kann das Kind mit Materialien spielen. Das idealste Spielzeug ist — der Sandhaufen, mit ihm kann man alles machen. Sand, Wasser, Plastilin, Knöpfe, Schachteln, Holzstückchen, Flicken und Lappen, Garnrollen. Papier, Bälle usw. sind unendlich geduldig und lassen sich zu tausend verschiedenen Spielen gebrauchen. Und das ist es gerade, was das Kind begehrt. Sie tyrannisieren es nicht, sondern lassen sich von ihm geduldig beherrschen. Ein fertiges Spielzeug aus dem Laden aber, etwa ein Wägelchen mit Glöcklein daran oder eine Maschine, die von selbst abschnurrt, wenn man sie aufgezogen hat, wollen vom Kinde immer nur in derselben Weise gebraucht werden. Und das mag das Kind nicht, weil seine Phantasie, d. h. der schaffensfreudige Spieltrieb im Kinde, nicht dabei auf seine Rechnung kommt.

Ich weiß bestimmt, gnädige Frau, Sie haben an Ihren Kindern schon die gleichen Beobachtungen gemacht. Darf ich Sie bitten, mir davon mitzuteilen? Ich weiß ja, daß das Thema noch lange nicht erschöpft ist, aber ich möchte auch nicht gern Ihnen schon Bekanntes breit treten und daher nur auf solche Punkte eingehen, die gerade für Sie von Wichtigkeit sind.

Mit den herzlichsten Grüßen

Ihr ergebenster

H. S c h a r r e l m a n n.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Rund um uns

9. Deutscher Abstinententag. Auf Einladung des Geschäftsführers des Allgemeinen Deutschen Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus, Herrn Sanitätsrat Dr. Strecker, fand am 4. Juni dieses Jahres in Berlin die Zusammenkunft einer Reihe von Vertretern und Vertreterinnen alkoholgegnerischer Vereinigungen statt.

Wie wir dem uns zugegangenen Berichte entnehmen, waren die Hauptgegenstände der Beratungen die Getränkesteuer-Frage, die Förderung des Obstbaues, Schaffung alkoholfreier Gasthäuser und die politischen Beziehungen der Alkoholfrage.

Von besonderer Wichtigkeit ist, daß in dieser Versammlung die Abhaltung eines Abstinententages für den Herbst dieses Jahres beschlossen wurde. Die Tagung soll in Berlin stattfinden. Ein Ausschuß, der die notwendigen Vorbereitungen zu treffen hat, ist sofort eingesetzt worden und hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen.

Vortrupp.

„Rauschgetränke?!" Im Stuttgarter Mimir-Verlag ist jüngst eine Alkoholgegner-Werbeschrift erschienen, deren Titel — er lautet: „Rauschgetränke?! Fragen und Seufzer aus schwerer Zeit" — den wertvollen und neuartigen Inhalt nicht deckt. Es soll also niemand wegen dieses etwas schablonenhaften Titels wähnen, er finde hier nichts Neues. Er würde um den Genuß eines tapferen Bekennerbüchleins gebracht sein.

Es ist keine geschlossene Abhandlung über die Alkoholfrage oder ein Kapitel dieser großen Frage. Der Verfasser — mit dem Decknamen Christlieb Willkrieg nennt er sich und Arzt ist er von Beruf — will auch anscheinend nicht in erster Linie belehren, überzeugen, werben, sondern vielmehr bekennen. (Von ihm aus gedacht, ist's also gar keine Werbeschrift.) Es liegt ihm auch weniger an der Alkoholfrage selbst als an der sittlichen Idee, ohne die ihm diese Frage unlösbar erscheint. Die nur lose miteinander zusammenhängenden Aufsätze des Büchleins sind um ihrer selbst willen, nicht mit Berechnung auf eine große Leserschaft geschrieben, und man muß — ob man will oder nicht — Stellung zu der Person des Verfassers nehmen, der bald als Arzt, bald als Philosoph, gelegentlich sogar als Philologe zu uns spricht, immer aber als ein tief religiös gestimmter Mensch und als eine starke Persönlichkeit.

Das Büchlein zählt zu jenen jetzt immer häufiger auftretenden Arbeiten der neuen Alkoholliteratur, deren gemeinsames Kennzeichen ist, daß sie den Weg trockener Darstellung peinlich meiden und die eigene Persönlichkeit des Verfassers mit ihren besonderen Erfahrungen in den Vordergrund rücken. Das beste Büchlein dieser Art, das mir bisher bekannt war, ist die Schrift „Von Hermanns und Dorotheas Ahnen und Enkeln", Erfahrungen und Erwartungen von Ludwig Kemmer (95 Druckseiten. München 1917, Verlag der Ärztlichen Rundschau Otto Gmelin). Diesem Kemmerschen Buche möchte ich trotz des völlig abweichenden Inhaltes die Schrift Willkriegs an die Seite stellen. In beiden Büchern erörtert ein Mann mit hervorragender Geistes- und Herzensbildung in zwangloser Form, von persönlichen Erfahrungen ausgehend, die Alkoholfrage und eine große Anzahl mit ihr sich berührender Gedanken, und zwar in einer Weise, die von den bisher üblichen Darlegungen zum Teil recht bemerkenswert abweicht.

Über den Inhalt der einzelnen Ab-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schnitte der Willkriegschen Schrift nur so viel: Nach einer kurzen Einleitung, deren Schlußsätze für den Verfasser besonders bezeichnend sind, gibt er zunächst die Geschichte seiner Abkehr von den Rauschgetränken. Dann folgt „Das praktische Leben und die Rauschgetränke". In diesem und den beiden folgenden Abschnitten: „Zur medizinischen Beurteilung" und „Die Epilepsie oder Fallsucht" kommt vorwiegend der Arzt zu Worte. Aber es ist, wie ich schon bemerkte, niemals der Arzt allein, der spricht. Das rein Menschliche tritt stets in den Vordergrund. Ein paar kurze Sätze, die ich diesem Abschnitte entnehme, mögen das beweisen:

„Es gibt . . . Ärzte, die gern und oft vom ‚medizinischen Denken' reden. Ich stehe nicht an, . . . diesen Ausdruck als ungemein töricht zu bekämpfen. Selbständiges Denken ist immer das Vorrecht weniger Menschen gewesen; wo es aber geschieht, hat es sich nach den Regeln der Logik zu vollziehen, und diese ist unabhängig von aller Fachwissenschaft und steht über ihr."

. . . . . .

„Verstandesmäßige Erkenntnis fördert niemals das Gute, das Sittliche in der Welt. Dieses wird nur gefördert durch den ‚sittlichen Willen'. Kraft aber zu solchem sittlichen Willen fließt nicht aus sogenannten naturwissenschaftlichen Laboratorien und aus den Ställen der Versuchskaninchen, sondern dazu bedarf es ganz andrer Quellen."

In dem nächsten Abschnitte „Christentum und Rauschgetränke" verläßt der Verfasser das Feld seiner Fachwissenschaft und behandelt die in der Abstinenzliteratur oft erörterte Frage: Wie stellt sich die Bibel, wie stellt sich Christus zu den Rauschgetränken? Auch die Ausführungen dieses Kapitels sind durchaus eigenartig und durchdringen die alte Frage mit neuen Gedanken.

Mit ein paar kurzen Bemerkungen über die Bedeutung der Alkoholfrage für unser im Felde stehendes Heer schließt der Hauptteil des Buches ab. In Form eines Anhanges fügt dann der Verfasser noch zwei kürzere Aufsätze und ein Gedicht an. Der erste dieser Aufsätze ist eine sehr interessante Charakteristik des Propheten Daniel, der andre behandelt, vom 9. Kapitel des Johannes-Evangeliums (der Heilung des Blindgeborenen) ausgehend, die Krankheit im Lichte des Evangeliums. Das Gedicht stellt die Geschichte eines verschollenen Seemannes dar. Daß der Verfasser dieses Gedicht in sein Büchlein aufgenommen hat, ist, wie aus dem ersten Abschnitte der Schrift hervorgeht, eine Handlung der Pietät. Trotzdem gebietet die Kritikerpflicht, offen den Wunsch auszusprechen, daß der Verfasser in den künftigen Auflagen das Gedicht fortlassen möge. Auf den Fernstehenden kann es nicht so wirken, wie der Verfasser es empfunden hat, und deshalb würde durch das Weglassen des Gedichts die wertvolle Schrift sachlich und auch für Werbezwecke wesentlich gewinnen.

Das äußere Gewand der Schrift (Papier, Umschlag usw.) trägt, wie fast jedes Verlagswerk der jüngsten Zeit, deutliche Spuren des vierten Kriegsjahres. Dementsprechend auch der Preis: M. 1.20 bei einem Umfange von nur 46 Seiten. Es wäre indessen sehr zu wünschen, daß durch diese gegenwärtig nun einmal unvermeidlichen äußeren Umstände die Leser- und Käuferzahl keine Beschränkung erführe.

C. R.

* * *

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 14 2. Juliheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Werdet Führer Eurem Volke!

Einige grundsätzliche Bemerkungen zum Eintritt der Politik in die Gedankenkreise der Freideutschen Jugend.*)

Als die Freideutsche Jugend ein knappes Jahr vorm Hereinbrechen dieser Weltkatastrophe zum ersten Male in weiteren Kreisen von sich reden machte**) und von den ernstesten Kulturbewußten als herrliche Verheißung freudig aufatmend begrüßt wurde, nahm auch die politische Presse in dem ganz richtigen Gefühl Stellung zu ihr, daß sie, wenn sie wirklich eine Bewegung darstellte, auch Einfluß auf das politische Leben Deutschlands gewinnen würde, wenn nicht heute, so doch morgen; Zeitungen und Zeitschriften fast jeder Richtung haben damals der jungen Bewegung politischen Sinn untergelegt, ungeachtet aller entschieden abweisenden Äußerungen unserer damaligen Führer, die sich aus guten Gründen gegen die Einzwängung der Jugend in die engen Rahmen der Parteien, gegen ihre Festlegung auf politische Dogmen zur Wehr setzten. Wer die Meißner-Tage miterlebt hat, wird sich noch des emsigen Bemühens gewisser Kreise erinnern können, die sich nicht scheuten, sogar während der Festtage politische Verhetzung in die Reihen unserer neuen Jugend zu tragen.

Seit jenen denkwürdigen Herbsttagen sind inzwischen fast fünf Jahre verflossen. Fünf Jahre haben manchen Meißner-Eidgenossen zum Manne reifen lassen. Zumal uns der Krieg dazwischen gekommen ist, der die Reife der Hinausgezogenen beschleunigt hat und uns manchen als halbes Kind ins Feld rückenden Freideutschen als ernsten, mit scharfem Blick für alles Wesentliche und Wirkliche begabten, schaffensdurstigen Menschen zurückkehren lassen wird. Heiligen Ernstes voll werden die Freideutschen Verteidiger des Vaterlandes mit dem Willen zur Tat heimkehren, werden sie bemüht sein, über das rein passive Verhältnis zum Vater Staat hinauszukommen, politischen Einfluß auf die Gestaltung unserer deutschen Zukunft zu gewinnen.

---

*) Wir erinnern unsre Leser an die folgenden im Vortrupp veröffentlichten Aufsätze des Verfassers: Des Feldsoldaten Meißner-Wallfahrt (Jahrg. 1916, S. 743 ff.); Freideutsche Gefolgschaften (Jahrg. 1917, S. 244 ff.); Freideutsche Morgenröte (Jahrg. 1917, S. 536 ff.). Vortrupp.

**) Der erste Freideutsche Jugendtag fand im Oktober 1913 auf dem Meißner statt. Vortrupp.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die grundsätzliche Frage, ob die Politik jetzt Einzug halten darf in die weiter gewordenen Gedankenkreise der gereiften Freideutschen Jugend, wird heute nicht anders als mit einem entschiedenen Ja beantwortet werden können. Und es wird Zeit, daß man in die Erörterung der Fragen nach dem Wie eintritt und sich um die geeigneten, unserem Wesen voll entsprechenden Formen, Wege und Ziele bemüht.

* * *

Sollte es nicht gar unsere Pflicht sein, der Politik in unsere Gedankenkreise Einlaß zu gewähren? Ob nicht gar die geschichtliche Aufgabe der verjüngten schwarz-rot-goldenen Bewegung hauptsächlich auf politischem Gebiete liegt?

Die wunderbare Kraftentfaltung in des deutschen Volkes Kämpfen gegen eine ganze Welt von Feinden hat ihm einen großen Zuwachs an äußerer Macht eingebracht. Die Gefahr liegt nahe, daß sich zu dieser neugewonnenen Macht nur langsam jene Werte der Kultur gesellen, die das gewaltige Werk erst beseelen und es zu einer harmonischen Einheit ergänzen müssen. Jahre politischen Niederganges sind oft genug Blütezeiten der Kultur gewesen, während andererseits politischer Aufschwung Hand in Hand mit einem Winterschlafe der Kultur zu gehen pflegt. Mit Rücksicht darauf könnten wir uns versucht fühlen, Abkehr vom politischen Leben zu predigen und uns selber von ihm fernzuhalten. Indessen würde es uns damit weder gelingen, den Gang der Weltgeschichte in unserm Sinne zu beeinflussen, noch würden wir die Zeichen unserer Zeit richtig erkennen und unsere Gegenwartsaufgabe erfüllen. Schritt haltend mit der eilenden Zeit, müssen wir in dem dicht bevorstehenden, mit Sicherheit zu erwartenden Hochgang des politischen Lebens ebenso unseren Mann stehen, wie im Felde vorm Feinde. Es gibt nur zwei Möglichkeiten für uns. Entweder kleinmütig zu verzagen und den Wagen des Geschehens über uns wegrollen zu lassen, oder kräftig mit einzugreifen und mit zu kneten am Werke deutscher Zukunft.

Aber vielleicht sind gerade wir zu gute Deutsche, als daß wir es uns verkneifen könnten, hinter unserer politischen Aufgabe herzuhinken. Deutschland ist nun einmal das Land der Allmählichkeit. Und so ist man eben jetzt in unseren Kreisen emsig dabei, die grundsätzliche Frage, ob uns das öffentliche Leben überhaupt etwas angehen dürfe, mit treudeutscher akademischer Weitschweifigkeit zu erörtern, indessen die lebendige Entwicklung bereits über die Freideutsche Jugend hinwegzugehen droht. Um so eindringlicher muß zu beherztem Jasagen aufgefordert werden, zumal wir auf diesem Wege unsere Bewegung als Ganzes aus dem Chaos befreien und zu einer neuen Blüte führen können.

Nun wir die Teilnahme am öffentlichen Leben als unsere unabweisbare Pflicht erkennen gelernt haben, wollen wir uns darüber klar werden, daß ihr diese politische Betätigung nur zum Segen gereichen kann. Wer an Freideutsche Zukunft glaubte, litt in den letzten zwei bis drei Jahren schmerzlich am unverkennbaren Verfall der Freideutschen Bewegung. Am Mangel ernster Ziele und robusten Rückgrates krankte sie. Wo blieb das weltverjüngende Draufgängertum vom Hohen Meißner? Jene kraftvolle Lebendigkeit vermißte man immer mehr. Und in selbstzufriedener Müdigkeit brachte man es sogar fertig, sich seiner weltfremden Abgeschiedenheit und der spielerischen Selbstkultur zu rühmen und also aus der Not eine Tugend zu machen. So gewissermaßen als das böse Gewissen der Bewegung durfte man nicht müde werden, aus dem traurigen Behagen dieses billigen Weideglücks, aus dem idyllischen Tändeln im Biedermeierstil aufzuschrecken und zu kräftigem, beherzten Zupacken und Jasagen anzuspornen. Aber zu voller Gesundheit kann die reifer gewordene Bewegung nur dadurch genesen, daß wir mit frohem Wirklichkeitsverstande in imponierender Entschlossenheit das Poli-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tische in unsere Gedankenkreise aufnehmen. Eine kraftvoll lebendige Entwicklung des Freideutschtums weist unverkennbar in diese Richtung. Teilnahme am politischen Leben seines Volkes ist Freideutschen Mannes und Freideutschen Weibes Pflicht. Und wir werden einst das Schicksal segnen, daß es uns diese Pflicht erkennen ließ.

* * *

Es kann nicht ernsthaft bestritten werden, daß zwischen den großen Verheißungen, die wir auf dem Meißner weckten, und dem bis jetzt Erreichten ein schreiendes Mißverhältnis besteht. Ich verkenne keineswegs, daß sich die in der Erziehungsgemeinschaft einer Horde erwanderten Werte nicht mit der Elle messen lassen, sie sind so inniger Art, daß sie sich nicht zahlenmäßig erfassen lassen. Indessen hat man darüber hinaus auch noch nicht viel erreicht. Was aus der Meißner-Jugend in diesen fünf Jahren bereits hätte werden können, wer hätte sich darüber nicht schon traurige Gedanken gemacht! Als einzig Handgreifliches erarbeitete sich die Freideutsche Jugend einen ihrer Art entsprechenden Lebensstil und neue Formen der Geselligkeit, des Festefeierns. Indessen hätte man selbst dies nicht ohne die Vorarbeit der sogenannten Altersverbände erreichen können. Und das bereits Errungene wird nun aufs ernstlichste bedroht, alles wird in Frage gestellt, wenn man nicht schleunigst aus sich herausgeht und zu den Absichten vom Hohen Meißner zurückkehrt. Es sei nur an das kommende Reichsjugendwehrgesetz und an die fein durchdachten Anschläge des reaktionären Couleurstudententums erinnert.

Auf dem Hohen Meißner erfüllte uns das beseligende Gefühl, Teil einer kraftvollen Bewegung zu sein. Man vertraute, über kurz oder lang auch das gemeinsame Wollen in einen Begriff kleiden zu können. Aber da hat das Völkchen der geborenen Bahnbrecher leider versagt. Statt zur Erkenntnis gemeinsamer Wege und Ziele zu gelangen, und die neue Jugend zu großen Kulturaufgaben zusammenzuraffen, zersplitterte man seine Kräfte und verwässerte den großen Gedanken immer mehr. Man redete wohl große Töne von Kampf und von Tat, aber man kämpfte gegen Phantome, gegen Teufel und Götzen, die man sich selbst geschaffen hatte, und als Tat begriff man ganz etwas anderes, als man von einer freideutschen Jugend hätte erwarten müssen. In einer von gewaltigen Fragen bewegten Zeit bemühen sich Teile der neuen Jugend mit nur zu berechtigtem Heiterkeitserfolg um die Einführung angeblich deutscher Monatsnamen, streiten sich alles Ernstes darum, welche von annähernd 200 sie wählen sollen, und machen aus dieser „Tat" wirklich eine Haupt- und Staatsaktion. Es wäre noch nicht so schlimm, wenn dieses Gebaren nicht nur eines von vielen verwandten Symptomen darstellte. Die große Linie wird man erst wieder erreichen können, wenn man diese Schrullenhaftigkeit überwunden hat, wenn man über derlei kleinliche, unwesentliche Dinge hinausgekommen ist und alle eitle Spiegelfechterei als solche erkennen und verabscheuen gelernt hat.

* * *

Die Ereignisse der letzten Zeit haben uns die Gefahren allzu starker Absonderung mit schmerzlicher Deutlichkeit zum Bewußtsein gebracht; viel kostbares Menschengut ist uns ihretwegen verloren gegangen. Die Freideutsche Jugend hat sich in ihrem Verkehr zu stark auf Gesinnungsverwandte beschränkt und sich auf das in buntester Mannigfaltigkeit pulsende Leben allzu einseitig eingestellt, so daß mancher davon bittere Enttäuschungen erleben mußte, als er Soldat wurde und damit in eine Gesellschaft hineingeriet, in der es keine Auslese in unserem Sinne gibt. Da hat mancher den Glauben an die Menschheit und damit auch den Glauben an sein Freideutsches Ideal verloren; manche nicht gerade der Schlech-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

testen sind dem Freideutschen Weltbilde untreu geworden. Namentlich waren es solche, die dem schon oft genug gegeißelten rattenfängerischen Wirken berückender Wirrköpfe zum Opfer gefallen waren und nun haltlos von einem Extrem zum anderen pendelten. Es wäre falsch, hiervon zu schweigen, denn es ist dringend nötig, die hier lauernde Gefahr für die Zukunft zu vermeiden. Die Freideutsche Jugend muß mehr aus sich herausgehen, sich mehr auf Kampf einstellen, den Gegner aufsuchen und sich mit seiner Denkart vertraut machen.

Hierzu hat der Krieg allen denen verholfen, die nicht schwächlich umgefallen sind. Denen hat er die Augen geöffnet, denen hat er umfassende Menschenkenntnis beigebracht. Manchen Irrtum mußte man da berichtigen, manches Versäumnis beklagen. Beklagen insbesondere, daß man es unter nichtigem Vorwande („denn wir sind kein Abstinenzverein") verschmäht hatte, seinem alkoholfeindlichen Weltbilde beizeiten Freunde zu werben, die draußen manchem im Kreise nichtverstehender Kameraden trostlos Vereinsamten eine Stütze, Weg- und Kampfgenosse hätten werden können. Denn für einen Alleinstehenden gehörte oft großer Mut dazu, dem Spott des Nichtverstehens offen die Stirne zu bieten. Kein alkoholgegnerisch gesinnter Feldsoldat sieht in der Abstinenz nur mehr eine ihn rein persönlich angehende Magenfrage. Die Wucht der Kriegserfahrungen hat jedem die Augen weit geöffnet für die mannigfachen Beziehungen der Alkoholfrage und die nach unserem Eingreifen schreiende Alkoholnot im Körperlichen, viel mehr aber noch im Geistigen. Der Krieg hat unsern Blick geweitet, ihn nach außen gelenkt über die engen Kreise unseres bisherigen, vorzugsweise auf Gesinnungsfreunde beschränkten Umgangs hinweg. Und dabei ist uns der Vorsatz gereift, nach dem Kriege zu kämpfen und zu werben für unsern neuen Lebensstil, unser Freideutsches Weltbild, die Kräfte zu sammeln, sich zusammenzuschließen und gemeinsam sich durchzusetzen. Auch ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß man nur durch eine straffe Organisation Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen kann.

Die ins Feld gezogenen Freideutschen werden unsere Bewegung nach ihrer Rückkehr mehr und mehr aufs Politische drängen. Sie werden etwas vom Geiste militärischer Disziplin hineintragen und werden nicht ohne Gewinn den Segen einer wunderbar gewaltigen Organisation draußen erlebt haben.

* * *

Das politische Getriebe, wie es sich uns auch heute noch in seiner vollen Häßlichkeit darbietet, ist nach Form und Inhalt geeignet, die Freideutsche Jugend abzuschrecken. Das politische Lied — ein garstiges Lied. Es kostet Überwindung, sich an das politische Tagesgezänk heranzumachen. Indessen haben wir uns mit der als dringend erkannten Notwendigkeit abzufinden, im Politischen mit männlicher Entschlossenheit zuzupacken. Solange es uns noch nicht gelungen ist, neue politische Ausdrucksformen zu schaffen, müssen wir uns wohl oder übel mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden suchen. Damit wir nicht unter die Herrschaft von Parteiphrasen geraten, greifen wir zur Einführung vor allem zu Poperts Meißner-Gruß „Freideutsche Zukunft" (Vortrupp-Flugschrift Nr. 24). Darin werden uns die bestehenden politischen Parteien als das gezeigt, was sie sind: Vertretung bestimmter wirtschaftlicher oder sozialer Interessen, bar nennenswerter ideeller Triebkräfte. Dies „Raufen um die Futterplätze", das unbestrittenerweise einen Teil des politischen Kampfes ausmachen muß, muß gerade uns sehr zuwider sein, die wir durch unser politisches Wirken vorzugsweise unseren Gedanken zum Siege verhelfen wollen. In ähnlich sachlicher, ruhig-vornehmer Weise, wie hier Popert unsere Stellung zu den bestehenden Parteien erörtert, führen uns die Fidelis-Aufsätze des Vortrupps, von

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ethischen Gesichtspunkten aus betrachtend, zum tieferen Verständnis der jüngsten politischen Ereignisse. Wenn wir uns dergestalt auf die Politik eingestellt haben, wenn wir die politischen Parteien betrachten, wie sie uns Popert gezeigt hat, dann wird aus uns heraus die Forderung wachsen und wachsen, unsern Willen zu einer neuen Lebensgestaltung in den Vorsatz zu einem Neubeginnen auch im Politischen ausklingen zu lassen. Vielleicht ist es die geschichtliche Aufgabe der Freideutschen Jugend, den neuen politischen Menschen zu gebären.

* * *

Haben sich nicht viele prächtige Kerls blutenden Herzens von uns losgesagt, weil sie der eitelen Selbstbespiegelung überdrüssig wurden und sich ohnmächtig fühlten gegen das planmäßige Wirken einer gewissen, Freideutschem Wesen gründlich widersprechenden politischen Richtung, die sich, mal offen, mal versteckt, um die Freideutsche Jugend bemühen durfte, ohne Widerspruch aufkommen zu lassen? Ist es erst gelungen, da wieder klaren Tisch zu schaffen, dann wird man viele jener Freideutschen zurückgewinnen können, die sich nicht ohne Grund der Zugehörigkeit zu jenem vergewaltigten Freideutschtum zu schämen begannen.

Neben der Freideutschen Jugend und zum Teil aus ihr hervorgegangen, haben wir heute bereits eine politisch festgelegte Jugendpartei, die sich irreführend allgemein „Jungdeutsch" nennt und auch die noch Freideutschen Organisationen der Jugend zu durchsetzen und zu gewinnen bestrebt ist. Eine tiefe Kluft tut sich zwischen jungen Menschen auf, die zu gemeinsamem Schaffen auf manchem kulturpolitischen Gebiet berufen gewesen wären, infolge politischer Verhetzung aber auseinandergetrieben werden und sich heute bereits so fremd und feind gegenüberstehen, als stammten sie aus verschiedenen Welten. Schon 1913, schon auf dem Hohen Meißner, kündigte sich diese heute schon unabwendbare Scheidung der jugendlichen Geister an. Schon in seiner damaligen Feuerrede mußte Ahlborn auf gewisse Dunkelmänner hinweisen, die auf Kosten unseres guten Rufes Vorteile für ihre Partei zu gewinnen und Verwirrung und Fanatismus in die Reihen der deutschen Jugend zu tragen versucht hätten. Inzwischen sind die damals künstlich genährten Gegensätze zu solcher Größe ausgewachsen, daß man umsonst versuchen wird, sie durch einiges Gemeinsame zu überbrücken und Einigkeit zu halten; die Jugendbewegung würde doch immer wieder auseinanderbrechen, man würde sich in unaufhörlichen inneren Krisen erschöpfen und so zur Unfruchtbarkeit verdammt sein.

Eine zwar nur kleine, aber doch sehr mächtige Gruppe, mächtig, weil sie beinahe unbestritten das Schrifttum namentlich unseres Nachwuchses beherrschte und noch beherrscht, hat die Bewegung planmäßig in ausgesprochen reaktionärkonservative, alldeutsch-antisemitische Bahnen gelenkt. Gleich nach den Meißner-Tagen begann ihre agitatorische Kleinarbeit. Geschickte Werberedner wanderten von einer Freideutschen Gruppe zur anderen und säten dort Haß und häßliche Gefühle, wenn es weitblickenden Führern nicht gelang, die Gruppe ihrem Wirken beizeiten zu entziehen.

Sie warben auf echte rechte Demagogenart, verschmähten kein noch so raffiniertes Mittel, um die zunächst widerstrebende Jugend umzuzwingen und in die Arena haßerfüllter, vorurteilsvoller Kämpfe zu zerren. Sie predigten ein völkisches Gottesgnadentum und opferten damit jenem gefährlichen Hochmute, vor dem uns Avenarius gewarnt hatte. Allgemeine, von Dünkel erfüllte Begriffe wurden von ihnen geprägt und tönende Schlagworte in Umlauf gesetzt. All die vielen Formen unserer deutschen Not wurden schlankweg als jüdisch bezeichnet, aber nur das als deutsch gelten gelassen, was ihren beschränkten Auffassungen entsprach. So riß Begriffsverwirrung und Namens-Falschmünzerei ein.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die Erfahrung hat es mich schon hundertfach gelehrt, daß wir es lediglich mit einer geschickt angelegten Massensuggestion zu tun haben. Es war ein Leichtes, Teile der politisch ungeschulten Jugend auf eine radikale Forderung festzulegen, denn Radikalismus und Radauschlagen gehören zur jugendlichen Art. Unser Vorwurf trifft deshalb nur jene Rattenfänger, die es sich nicht haben verkneifen können, die Jugend in ihre Dogmen einzuschnüren.

In seinem ganzen Auftreten hat sich dieser Flügel der Jugend so unvornehm gezeigt und die selbsterarbeitete Weltauffassung Andersgearteter so unanständig mißachtet, daß man in der Hitze von Wahlkämpfen kaum größere Rüpelhaftigkeit hat entfalten können. Es ist einmal sogar schon so weit gekommen, daß man Zustimmung weigernde Freideutsche mit den hündischsten Mitteln zu bekämpfen beschloß und solche hündischsten Mittel dann auch keineswegs verschmähte. Immer von neuem haben diese Demagogen ihren Gegnern niedrige Beweggründe, Profitsucht und dergleichen „Jüdisches" unterschoben, im sogenannten Sauherdenton allen Widerspruch niedergeschrien und das häßlichste Parteigezänk in unsere Kreise getragen.

Die Tonart jener Jugendpartei, ihr Geist und ihre Absichten sind dem Freideutschen Teil der Jugend so fremd, daß reinliche Scheidung nachgerade zu einer unaufschiebbaren Notwendigkeit geworden ist. Der Riß ist da, klarer Tisch ist Voraussetzung für jedes politische Neubeginnen.

* * *

Wird die Freideutsche Jugend je zu einem politischen Zusammenschluß im Sinne einer besonderen Partei kommen können? Die Frage ist glatt zu verneinen, denn jede Partei vertritt wesentlich, heute sogar fast ausschließlich, wirtschaftliche und soziale Sonderinteressen; diese gemeinsamen Interessen fehlen bei der Freideutschen Jugend. Wie könnte es gelingen, ein so eigenwilliges Volk — Sonderlinge schimpft die Welt sie — unter einen Hut zu bringen? Wir Einspänner lassen uns nie und nimmer in das Schubfach einer Partei bannen. Die lockere Freideutsche Gemeinschaft läßt sich nicht dauerhaft auf ein parteipolitisches Programm festlegen, das Gefüge würde doch immer wieder auseinanderbrechen. Es wäre Kraftvergeudung, sich bei dieser unglücklichen Fragestellung länger aufzuhalten und sich mit dieser unfruchtbaren Frage eingehend zu befassen. Wer ihr nachgehen will, sei auf Poperts schon erwähnte programmatische Veröffentlichung „Freideutsche Zukunft" verwiesen.

Wer sich im politischen Leben sein Freideutschtum zu bewahren weiß, wird sich schnell durch jede Partei hindurchdenken, soweit es ihm nicht gelingt, Führer in der Partei zu werden und eine größere Gemeinde um sich zu sammeln. Durchdringen müssen wir die bestehenden Parteien, unserer Gesinnung innerhalb der Parteien, am besten durch Erringung von Führerämtern, zum Siege verhelfen, bis es uns gelungen ist, ihnen vollends unseren Stempel aufzudrücken. Wir dürfen hoffen, daß auf diesem Wege noch einmal aus der Freideutschen Jugend ein Freideutsches Volk hervorgehen wird.*)

Das ganze Auftreten der sogenannten Deutschen Vaterlandspartei erweckt bei naiven Gemütern den Anschein, als hätten wir es hier mit einer ganz neuen Art von Partei zu tun, getragen lediglich von ideellen Kräften. Friedrich Wilhelm Fulda bezeichnet diese Partei in seiner antisemitischen „Wandervogel-Führerzeitung" als die „Vereinigung der Pflichtbewußten" und fährt fort: „Für sie zu werben, ist wichtiger als alle Wandervogelarbeit." Aus dieser Bemerkung geht deutlich genug hervor, daß das Streben dieser Richtung auf Festlegung hinausläuft und

*) Man vergleiche den in der Fußnote auf S. 261 erwähnten Aufsatz „Freideutsche Gefolgschaften." Vortrupp.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

daß sie mit dem Freideutschtum nur wenig mehr zu tun hat. Die Freideutsche Jugend bemüht sich um Lebensäußerungen, die ihrem Wesen ganz entsprechen. Die sogenannte Deutsche Vaterlandspartei ist ihr wesensfremd. Die Freideutsche Jugend lehnt es ab, der Reaktion Schrittmacherdienste zu leisten und sich lediglich für äußerliche Machtentfaltung einzusetzen. Lähmend wirkt das schrill zischende Dampfablassen unserer Annexionslokomotiven, die auf den Rangierbahnhöfen der Heimat viel Flüssigkeit und reichlichen Heizstoff einnehmen — lähmend wirkt das auf die eigentliche, wahrhafte Deutsche Vaterlandspartei, den im Felde stehenden Kern des Volkes, auf das schweigende Heer, das fast ohne Ausnahme, gestern wie heute, im Wirken der sogenannten Vaterlandspartei ein Verhängnis für Gegenwart und Zukunft erblickt. Das in stiller Pflichterfüllung aushaltende Heer verhält sich zu den hochmütig schreibenden, heldenhaften Wortführern der sogenannten Vaterlandspartei geradeso, wie die Freideutsche Jugend zur parteipolitisch festgelegten.

Ein Wandervogel-Führer hat gegen Fulda prächtige Worte der Entgegnung gefunden: „Für die Vaterlandspartei haben Begriffe wie ‚Größe und Macht' ganz scharf umrissene Bedeutung; wohl streben wir alle danach, Deutschland groß zu machen, wie weit das aber mit äußerer Macht zu tun hat, das ist doch eine sehr umstrittene Frage. Gerade wir Wandervögel sollten doch einsehen, daß es nur auf den inneren Menschen ankommt ... Ob Blut und Wunden umsonst geflossen und erlitten sind, hängt nicht davon ab, ob das politische Deutschland größer ist oder nicht, sondern wie wir, die einzelnen Deutschen, nach dem Kriege handeln, denken und zueinander stehen."

Es würde zu weit führen, von den Absichten der Männer aus Handel und Industrie zu reden, die treibende Kräfte der sogenannten Vaterlandspartei sind. Darüber ist ja sonstwo schon genug gesagt worden. Für uns hat der Krieg wesentlich anderen Sinn, als für die sogenannte Vaterlandspartei. Zum Schutze unserer geliebten Heimat sind wir ins Feld gezogen, für die Eroberungsabsichten der Alldeutschen können wir uns nicht erwärmen; in unserem prächtigen kräftigen Sang vom Kriegsbeginn lautet der Schlachtruf: „Der Feind steht vor den Toren!"

Und wie man beim Freideutschtum nach einem volltönenden politischen Programm vergebens suchen wird, wird man es hoffentlich mit ebensowenig Erfolg versuchen, die Freideutsche Jugend als Mitläufer zu gewinnen und auf ein noch so volltönend und bestrickend klingendes parteipolitisches Programm festzulegen.

* * *

Man wird es mir hoffentlich nicht als Hochverrat deuten, wenn ich auf die englische Gesellschaft der Fabianer aufmerksam mache, in welcher der Schriftsteller Bernard Shaw, dieser lebensreformerisch gesinnte Allerweltskerl, eine führende Rolle spielt. Diese „Fabian Society" sieht ihre Aufgabe darin, die bestehenden Parteien mit dem sozialistischen Gedanken zu durchdringen, geradeso, wie wir sie bei uns mit den Freideutschen Ideen durchdringen müssen. Zu dieser Durchdringung dürfen wir uns aber erst nach gründlicher politischer Schulung berufen fühlen. Mit billiger Aussetzerei, altklugem Allesbesserwissen, mit lauter Begeisterung und tönenden Worten, mit überheblicher Selbstzufriedenheit und Sorglosigkeit ist es da nicht getan. Wollen wir später im politischen Leben etwas gelten, so müssen wir uns eine Führerstelle redlich erarbeiten. Wir sind verpflichtet, uns mit Ernst um die politischen Probleme zu bemühen. Bildung des politischen Urteils setzt politische Schulung und aus ihr hervorgehende politische Reife voraus.

Was sich die Freideutsche Jugend bisher an Werten erarbeitet hat, gründet sich hauptsächlich auf Gefühl, auf Gemüt; mit der harten Wirklichkeit ist sie bis

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zum Kriege nur wenig in Berührung gekommen. Nur so war es möglich, daß sie so leicht hereinzulegen war, als der blutige volkswirtschaftliche Dilettantismus in Gestalt gewisser Apostel mit hirnverbrannten Vorschlägen zur Rettung des deutschen Vaterlandes hausieren ging. Die Erinnerung daran wird jetzt allen leidend Beteiligten eine Scham sein. Aber es mußte daran erinnert werden, um zu zeigen, daß verhängnisvoller politischer Dilettantismus gezüchtet wird, wenn sich die Freideutsche Jugend ungeschult auf die Politik stürzt. Urteilslose Mitläufer und Parteisklaven bleiben die politisch Ungeschulten; wer Führer seinem Volke werden will, muß mit den politischen Problemen in heißer Arbeit ringen. Die aus dem Freideutschtum hervorgehenden Führer des Volkes werden sich das Vertrauen ihres Gefolges erarbeiten, werden nicht mit unhaltbaren Versprechungen um die Gunst der Massen buhlen. Einen neuen Typus des politischen Menschen wollen wir aus unseren Kreisen heraustreten lassen.

Diese strenge Forderung schließt keine gelegentliche politische Stellungnahme aus, wenn sich die Notwendigkeit dazu schon während der politischen Schulungszeit ergibt. Wenn man sich auch um Bewahrung seiner parteipolitischen Neutralität bemüht, kann man doch schon bald allgemeine politische Richtlinien gewinnen, die seinem Wesen entsprechen und die man sich z. B. bei bevorstehenden Wahlen erwerben muß, zumal uns jetzt Wahlpflicht in Aussicht steht. Die Notwendigkeit solchen zeitweiligen Sichbesinnens und Sichklarwerdens bewahrt vor ziellosem Schwanken, vor schwächlichem Zickzackkurs und unaufhörlichem Lavieren.

In dem Ringen um die neue deutsche Kultur, das nach dem Kriege beginnen wird, müssen wir unserem Wesen bereits Geltung verschaffen, sind wir verpflichtet, unsern Willen zur politischen Macht nach Kraft und Können durchzusetzen. Unser Kulturideal unterscheidet sich wesentlich von dem der Kapitalgewaltigen und Maschinenvergötterer. Die Kapitalkraft darf unserer Kultur nicht weiter ausschließlich die Wege weisen. Der neue Staat baut sich auf der mit Waffengewalt errungenen, auch mit unserm Blut erkauften Macht auf. Die Zeit der Ernte darf uns nicht müßig sehen; beim Werke des Wiederaufbaus dürfen wir nicht abseits stehen.

Wenn wir zurückgreifen auf die Urburschenschaft und uns als Fortsetzer der alten schwarz-rot-goldenen Bewegung fühlen, müssen wir sorgen, daß der Geist jener Zeit über uns kommt, indem wir uns mit den Anfängen der Burschenschaftsbewegung und ihren Einflüssen auf das innenpolitische Leben Deutschlands vertraut machen. Wenn wir uns um eine Freideutschem Wesen gemäße politische Einstellung auf jenes Neubeginnen bemühen, müssen wir ferner auf die Lehren der Geschichte achten: Nach den Befreiungskriegen kam die Reaktion wieder auf, riß eine Polizeiherrschaft schlimmster Art ein. Und dem Kriege von 70/71 folgten die Gründerjahre, verschärften sich die Klassengegensätze, entwickelten sich jene üblen Charaktereigenschaften, die den Deutschen zum Gespött des Auslandes werden ließ und ihm Feinde über Feinde schuf. Erkennt die Freideutsche Jugend ihre vorläufige politische Aufgabe darin, diesen Gefahren nach Kräften zu begegnen, so muß sie auch zur klaren Erkenntnis dessen gelangen, daß es verhängnisvoll sein würde, dem ihr wesensfremden alldeutsch-antisemitischen Komplex Schrittmacherdienste zu leisten.

Die Freideutsche Jugend wird mit zunehmender politischer Reife ihre politischen Kreise weiter und weiter ziehen und sich immer stärker politisch auswirken dürfen. Gewaltmenschen der Kultur werden aus ihr heraustreten, die das deutsche Volk gewinnen und mit sich fortreißen werden im Dienste Freideutscher Gedanken, nicht im Dienste des Mammons und der Verhetzung.

Befindet sich die Freideutsche Jugend erst einmal auf politischen Wegen, dann wird sie auch bald auszudrücken wissen, was sie auf der Casseler Kuppe

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

als Gemeinsames empfunden hat. Vielleicht war damals gerade der Wille zur Macht eine Haupttriebfeder, der Wille auch zur politischen Macht. Dann wird man später vielleicht ohne Spott und ohne Kopfschütteln vom Ereignis des Hohen Meißners als von einem geschichtlichen Wendepunkt sprechen. Es gilt, alle Unschlüssigen anzuspornen zu einer würdigen Tat: Durchdringung der Politik mit der Kraft unserer Freideutschen Seele, Geburt des neuen politischen Menschen. Werdet Freideutsche Führer einem Freideutschen Volke! Aber hütet euch vor den politischen Wegen, auf die viele von euch infolge planmäßig angewandter Überredungskunst geraten sind; diese politische Richtung widerspricht eurem Wesen inhaltlich, noch vielmehr aber in ihren bevorzugten Ausdrucksformen.

Ich schließe mit Poperts mahnenden Worten: „Freideutsche Jugend! Es ziehen dir nicht zu kühn, vor aller Öffentlichkeit dich zu vergleichen mit der alten, echten Burschenschaft. Du kannst zeigen, daß das mehr war, als Prahlerei."

Walter Hammer.

Teuerung.

Es geht ein Raunen durch die Lande von schönen, längst vergangnen Tagen.

Ja, damals, als jeder noch mit knappem Gelde sein beschauliches Auskommen fand, als das Pfund und das Kilo — als dies und jenes —

Preise umschwirren den andächtig Lauschenden, und ein Seufzer ringt sich aus mancher Brust. Nicht nur draußen im Felde schlägt eisern die Zeit, auch über die Heimat ziehen ehern, wuchtend die Wochen und Monde, und ein graues Gespenst reckt sich empor, wächst riesenhaft sich dehnend — und dieses Gespenst heißt Teuerung.

Teuerung! — wir alle fühlen täglich und stündlich die schwer wiegende Bedeutung dieses Begriffes, und doch nur den wenigsten sind die tieferen Ursachen einer Erscheinung klar, die revolutionierend wie selten etwas in unser Wirtschaftsleben eingegriffen hat.

Was bezeichnen wir als Teuerung?

Teuerung soll heißen ein Preisstand in ausgedehntestem Sinne, der sich mehr oder minder stark über die durchschnittliche Preisebene der Friedenszeit erhebt.

Wie ist er entstanden?

Der bekannte Geldtheoretiker Otto Heyn sieht in der tatsächlichen Geldvermehrung und dem „abnehmenden Vertrauen der Bevölkerung zu dem staatlichen Gelde" die Hauptursachen der beginnenden Teuerung. Er begründet seine Behauptung so: der Staat verkaufe gewissermaßen sein Geld, und je mehr Zahlungsmittel er herstelle, um so weniger werden sie geschätzt, um so mehr müsse zunächst er selbst bei seinen Einkäufen davon aufwenden, um so mehr später aber auch alle Andern, die es erhalten.

Hat Otto Heyn auch unzweifelhaft darin recht, daß die Geldvermehrung steigende Preise mit begründet, so ist doch seine Erklärung von dem „sinkenden Vertrauen zum staatlichen Gelde", wenigstens was Deutschland anbetrifft, ebenso unzweifelhaft falsch und ungerechtfertigt. Heyn hat nicht folgerichtig weiter gedacht, das ist der Mangel seiner „Definition".

„Die Geldvermehrung wirkt nicht automatisch", sagt der Nationalökonom Robert Liefmann sehr richtig, „so daß von selbst und proportional die Preise steigen, wenn der Staat die Notenpresse in Bewegung setzt, das ist die unsaglich naive mechanische Auffassung der bisherigen technisch quantitativen Wirtschaftstheorie — sondern die Geldvermehrung wirkt dadurch, daß sie die Einkommen

vermehrt, welche die Güter kaufen." Alle jene, deren Einkommen steigt, die gewissermaßen zu Faktoren größerer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit werden, können und werden mehr kaufen. Die Bedürfnisanerziehung, die ja als Folgeerscheinung immer mitspielt, wird ihre Kauflust auf den verschiedensten Gebieten betätigen.

Infolge der vergrößerten Nachfrage aber steigen die Preise der Güter, denen sie sich zuwenden. Je größer die Anzahl dieser Einzelgüter nun ist, um so mehr wird die Preissteigerung einen allgemeinen Charakter annehmen.

Im Beginn des großen Völkerringens, als die Wirtschaft noch gänzlich unvorbereitet den plötzlich an sie herantretenden Aufgaben gegenüberstand und dem Staat an einer schnellen Umwandlung der Friedenswirtschaft in den Kriegszustand liegen mußte, bewilligten die Behörden, und vor allem die Militärverwaltungen, meist recht hohe Preise, um nur so schnell wie möglich in den Besitz der benötigten Güter zu gelangen. So sahen wir, wie einer großen Anzahl von Betrieben die Gelder in geradezu verschwenderischem Maße zuflossen. Der Verbrauch an Zahlungsmitteln, wenn man so sagen darf, nahm einen ungeheuren Aufschwung. Die Notenpresse verlangte ihr Recht. Neue und immer neue Zahlungsmittel mußten geschaffen werden. Daß sie nicht wahllos, als wertlose Fetzen Papiers, wie einst zu Zeiten der französischen Revolution oder wie jetzt während der schlimmsten Epoche der russischen Umwälzung aus der Presse hervorgingen, dafür sorgte eine gesunde, verantwortungsbewußte Geldpolitik des Staates. Das Vertrauen zu unsern papierenen Zahlungsmitteln sank also keinen Augenblick, wurde auch vom neutralen Ausland nie in Zweifel gezogen. Und dennoch stiegen die Preise für eine große Anzahl von Gütern, aus dem einfachen Grunde, weil mit der gewaltigen Einkommensvermehrung zahlreicher Einzelwirtschaften die Nachfrage nach den verschiedensten Bedarfsgütern wuchs, und das Angebot auf sehr vielen Gebieten des Marktes herabgemindert wurde.

Dies war der erste Schritt zur Teuerung. Einen zweiten bedeutete unsere völlige Absperrung von den meisten Weltmärkten. Die im Inlande befindlichen Rohstoffe verminderten sich reißend, und neue Zufuhren fehlten. Nur einige neutrale Länder waren schließlich noch in der Lage, uns mit Produkten ihrer eigenen Volkswirtschaft zu versorgen.

Daß die Einfuhr dieser Waren aber preismindernd hätte wirken können, hieße das gewichtige Valutaproblem vollends verkennen. Im selben Augenblick möchte man fast sagen, in dem bei uns die Preise anzogen, sank auch der Kurs unserer Währungseinheit, der Mark, im Verhältnis zu den Währungseinheiten neutraler Länder.

Eine einfache kleine Tabelle der Währungsentwicklung in der Schweiz möge dies zunächst einmal zeigen.

Im Frieden galt 1 Mark = 123,4 Centimes. Die Entwicklung ging nun folgendermaßen vor sich:

Zeit	Kurs in Centimes
1914	
Ende Januar	123,17
Ende Dezember	114,50
1915	
Ende Januar	110,20
Ende Dezember	98,70
1916	
Ende Januar	95,30
Ende Dezember	84,60

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Zeit	Kurs in Centimes
1917	
Ende Januar	84,60
Ende Oktober	63,75
Ende Dezember	78,75
1918	
Mitte März	79,75
Ende Mai	79,25

Die Entwertung der Mark gegenüber dem Schweizer Franken ist unverkennbar. Welche Momente aber veranlaßten diese Entwertung? In der Hauptursache einmal die starke Entwertung der Mark auf den heimischen Märkten selbst. Eine Mark, die nur etwa einhalb soviel Kaufkraft besitzt wie in Friedenszeiten, ist für den Schweizer auch nur einhalb soviel wert. In demselben Maße aber, in dem die Preise unter der Kriegseinwirkung in Deutschland anstiegen, mußte auch die Einfuhr aus der Schweiz gefördert werden, da ja auch steigender Erlös winkte. Umgekehrt mußte die deutsche Ausfuhr nach der Schweiz sich verringern, da die höheren deutschen Preise für den Schweizer Markt in der Regel zu hoch wurden. Die Nachfrage nach Schweizer Zahlungsmitteln zur Begleichung der eingeführten Waren jedoch mußte mit Naturnotwendigkeit ein Anziehen des Frankenkurses ergeben. So war wiederum ein neues Moment der Teuerung entstanden, das sich auf den verschiedensten Gebieten unserer Volkswirtschaft bemerkbar machte. Nehmen wir noch die schädlichen Wirkungen des preisverteuernden Schleichhandels, der durch die Entente besorgten wirtschaftlichen Blockierung Deutschlands hinzu, die in steigendem Maße auch auf die Neutralen ausfuhrhemmend wirkte und auf unseren Märkten eine ständig sich vermehrende Warenknappheit, d. h. Verminderung des Angebots bei einer Vermehrung der Nachfrage bedang, so haben wir ein ziemlich getreues Bild der Ursachen unserer heutigen Teuerung.

Wie ist nun dieser Teuerung entgegenzuwirken? Selbstverständlich hat der Staat ein großes Interesse daran, die Preise, wie man sagt, möglichst bald, mindestens aber während der Übergangswirtschaft, abzubauen. Dahinzielende Versuche sind unzweifelhaft früh genug unternommen. Es mußte den maßgebenden Faktoren vor allen Dingen darauf ankommen, das Sinken des deutschen Geldes im Auslande hintenanzuhalten, mit andern Worten, nach Möglichkeit die deutsche Valuta zu stützen.

Gegeben schien ihnen hierfür in erster Linie ein möglichst hohes Deckungsverhältnis der im Verkehr befindlichen Banknoten durch Gold. Die Mobilmachung und Thesaurierung der Goldvorräte setzte in weitestem Maße ein. Die Drittelsdeckung, jene Forderung fast aller bekannten Wirtschaftstheoretiker vor dem Kriege, wurde erreicht. Man ging davon aus, daß, wenn dieses Deckungsverhältnis aufrecht erhalten würde, die Valuta nie stark sinken könnte. Das Vertrauen zu unserm Gelde mußte den Markkurs, der zu sinken drohte, immer wieder emporreißen.

Der Goldbestand der Reichsbank wuchs und wuchs, und dennoch sank unsere Valuta.

Diese Erscheinung in unserer Wirtschaftspolitik war zu neu, als daß die verantwortlichen Persönlichkeiten gleich das erforderliche Heilmittel hätten finden können. Erst als Männer wie Dalberg, Liefmann und Bendixen hervortraten und der Entthronung des Goldes das Wort redeten, begann es langsam zu tagen. Immer mehr rang sich die Einsicht Bahn, daß in dem aufgehäuften Golde nicht jene Wunderkraft verborgen lag, von der man sich so große Dinge versprochen hatte. Die Zwecklosigkeit des Goldwahns, von der schon einst

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

W. L. Hausmann gesprochen hatte, wurde offenbar. Welchen Nutzen brachten nun jene aufgehäuften gleißenden Schätze? Stärkten sie etwa das Vertrauen des Auslandes zu unsern Zahlungsmitteln, oder brachten sie dem Deutschen ein beruhigenderes Zutrauen zu den im Umlauf befindlichen Geldsurrogaten, genannt Banknoten?

Beides wohl kaum.

Das Vertrauen des Auslandes beruht nicht auf unsern gemünzten Goldschätzen, es liegt in unserer ganzen, wie es zuversichtlich weiß, gutgeleiteten Wirtschaft begründet, und das Vertrauen des Inländers konnte durch hundertfach andere, billigere Deckungsmöglichkeiten gewonnen werden.

Die Thesaurierung des Goldes war unfruchtbar. Zinslos und starr, der Volkswirtschaft entzogen, lag ein gewaltiger Goldschatz in den Kammern des Zentralinstituts, obgleich er, planmäßig bewegt, weit größere Vorteile hätte erringen können. Seine rechtzeitige, wenn auch nur in einem überwiegenden Teile, erfolgte Verpfändung an das neutrale Ausland, hätte uns sicherlich vor so manchen Valutaschwierigkeiten bewahrt und ein erkleckliches Moment der Teuerung aus unserer Wirtschaft genommen.

Da die Reichsregierung bald genug einsehen mußte, daß der günstige Goldfundus der Reichsbank nicht imstande war, ein weiteres Sinken unserer Valuta zu verhindern, suchte sie andere Bahnen zur Erreichung ihres Zieles. Die im Inlande sich ständig verschärfende Warenknappheit brachte die Importeure, die um jeden Preis Waren hereinzubekommen suchten, zu einer Verschleuderung der Mark im Auslande.

Dem mußte energisch entgegengearbeitet werden. Die Devisenordnung vom 20. Januar 1916 *), der es oblag, den Devisenverkehr bei der Reichsbank zu zentralisieren, arbeitete, wie immer mehr offenbar wurde, mit unzulänglichen Mitteln. Auch die neue Regelung dieses Gegenstandes vom 8. Februar 1917, die 28 Banken als sogenannte Devisenbanken bestellte, die alle Forderungen und Verfügungen, die auf ausländische Währung lauteten, unter die Kontrolle des Reichsbankdirektoriums und die Vermittlung jener 28 Institute stellte, brachte keine durchgreifende Besserung.

Die Anmelde- oder Enteignungs- und Verfügungsvorschriften für in privatem Besitz befindliche ausländische Wertpapiere und Devisen sind weitere Etappen auf dem Wege, unsern Valutastand zu verbessern.

Auch ihnen blieb schließlich die große sichtbare Wirkung verschlossen.

Eine wirkliche Besserung brachte endlich die gewaltige Revolution im Osten und die Friedensschlüsse mit Großrußland und Rumänien.

Die von den Ententemächten gegen Deutschland inszenierte Blockade geriet ins Wanken. Man rechnete mit dem Abbau der hohen Preise im Reiche.

Die Börsen reagierten sofort, die deutsche Valuta stieg, und die Kaufkraft der Mark gewann. Dann trat eine Periode des Stillstandes ein.

Wie lange wird dieser Stillstand anhalten? Werden aus ihr schließlich mächtige, teuerungsbannende Momente erwachsen?

Das hängt unzweifelhaft von der ferneren Entwicklung im Osten ab. Gelingt es uns, auf Grund unserer günstigen Friedensverträge, billige Waren ins Land zu bringen, die das Angebot steigern, so ist gute Aussicht vorhanden. Im großen Maße die Teuerung abzuschwächen, dafür bietet allerdings auch diese Konstellation noch nicht genügende Gewähr. Dafür ist die gesunkene Kaufkraft des Geldes im Inlande ein zu schweres Hemmnis. Diese zu heben, wird deshalb die hervorragendsten Bemühungen der Staatslenker fordern.

---

*) Devisen sind im Ausland zahlbare Wechsel.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Aber wie?

„Zurückschrauben", sagt Dalberg in der Deutschen Wirtschaftszeitung sehr richtig, „läßt sich eine einmal eingetretene Geldentwertung nur sehr schwer. Unternehmungen, deren Kalkulationen auf das hohe Preisniveau gegründet sind, würden unrentabel, Kapitalverluste, Arbeitslosigkeit wäre die Folge, wenn etwa zwangsweise Preisherabsetzungen erfolgten. Wenn versucht würde, die Löhne zu drücken, um die Rentabilität bei niederen Produktenpreisen zu wahren, wären Lohnkämpfe unausbleiblich".

Dieser Weg wäre unzweifelhaft ein sehr dornenreicher. Und dennoch ist es die Pflicht der Verantwortlichen, diese Teuerung, die besonders dadurch schädlich wirkt, daß die Einkommen nicht in allen Berufen und Ständen entsprechend gleichmäßig steigen, daß hier Überfluß, dort bitterer Mangel den verteuerten Lebensbedingungen gegenüberstehen — ist es die Pflicht des Staates, sagen wir, diese Teuerung allmählich zu beseitigen.

Welcher Weg zur Erreichung dieses Zieles aber ist gangbar? Die Kriegsgewinne, das heißt jene übermäßig angestiegenen Einkommen, müssen erfaßt und herabgemindert werden, damit zugleich der gesteigerte Zahlungsmittelumlauf seinem Abbau entgegengeht. Zwar haben wir schon eine Anzahl dahinzielender Kriegssteuern, doch sie sind noch alle viel zu niedrig bemessen, um durchgreifend wirken zu können.

Liefmann *) schlägt eine Vermögenssteuer vor, die mit 1 Prozent bei 5000 Mark Vermögen beginnt, bei 100 000 Mark 7 1/2 Prozent, bei einer Million 15 Prozent, bei 10 Millionen 20 Prozent und darüber hinaus etwa 30 Prozent beträgt. Als Vermögen dürfen hierbei natürlich nicht nur Geld und leicht realisierbarer Geldeswert in Betracht kommen, sondern auch Landbesitz, Luxuseigentum, alles im weitesten Sinne, müßte miterfaßt werden.

Das neue Steuerbouquett ist vielleicht die erste Etappe auf dieser Bahn. Außerdem aber wären alle im Kriege gestiegenen Vermögen und Einkommen noch einmal und besonders kräftig zu erfassen. Auch die Erbschaftssteuer (außer auf Deszendenten und Ehegatten) wäre besonders auszudehnen. Dann würde schließlich der umgekehrte Vorgang eintreten, wie wir ihn anfangs beschrieben haben. Die Einkommen und Vermögen werden vermindert (wenn auch künstlich) — das Geld gewinnt größere Kaufkraft — die Valuta steigt — die Teuerung geht ihrem mählichen Abbau entgegen.

Eine solche Vermögensabgabe, die natürlich nicht rigoros, unternehmungshemmend gehandhabt werden dürfte, die z. B. durch Eintragen von Renten auf Liegenschaften usw. ebensogut erhoben werden könnte, wäre aber zugleich auch das beste Mittel, ein starkes Sinken der Kriegsanleihen nach dem Kriege zu verhindern, das sonst infolge des gesteigerten Kapitalbedürfnisses der Einzelwirtschaften unfehlbar eintreten würde. Der Staat wäre nun in der Lage, den Erwerbswirtschaften aus jenen neuerschlossenen Quellen Kapital zur Verfügung zu stellen. Das hieße wahrhaft Mittelstandspolitik treiben.

So würde hoffentlich jenes hellseherische Wort Dalbergs zu schanden:

„Daher scheint es ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit, oder vielleicht für immer, die Mark die alte Kaufkraft wiedererlangt."

Teuerung!

Wie lange noch?

Mögen schließlich unserm geliebten Vaterlande noch einmal die Segnungen der alten Friedenswirtschaft beschieden sein!

H. Prehn-Dewitz.

*) „Die Geldvermehrung im Weltkriege."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die Zukunft der deutschen Webe-Industrie.

Wie fühlbar der Mangel an Textilfaser ist, verspüren wir ja in einer Zeit, in der man uns nicht nur Neuanschaffungen nach Möglichkeit verbietet, sondern uns auch — unter Anwendung moralischen Zwanges — einen Teil unserer gebrauchten Sachen fortnimmt, täglich am eigenen Leibe!

Wollten wir uns nun für unsere Textilindustrie lediglich auf den Bezug der Rohstoffe verlassen, die wir vor dem Kriege gewohnt waren, so bestände wenig Hoffnung, daß wir in absehbarer Zeit besser mit Ober- und Unterkleidung versehen werden könnten, als augenblicklich. Nicht nur Frachtraummangel und Valutasorgen werden nach dem Kriege die Einfuhr unseres gebräuchlichsten Textil-Rohstoffes, der Baumwolle, sehr erschweren, sondern vor allem die bislang noch gar nicht genug gewürdigte Tatsache, daß unser bisheriger Haupt-Baumwollieferant, Amerika, gar nicht mehr in der Lage ist, Baumwolle in dem bisherigen Umfange auszuführen, weil die Erzeugung außerordentlich zurückgegangen ist und gleichzeitig die Textilindustrie in Amerika sich riesig ausgedehnt hat.

Wir müssen uns also rechtzeitig nach einem Ersatz umsehen, soll der Mangel an Kleidungsstoffen sich nicht ins Ungeheuerliche steigern und sollen Hunderttausende von Arbeitern, die in der Textilindustrie bisher ihren Lebensunterhalt verdienten, nicht brotlos werden. Der bislang gefundene vollwertigste Ersatz ist die Nesselfaser, die es nicht nur ermöglicht, die bislang auf die Verarbeitung von Baumwolle eingestellten Maschinen in den Spinnereien und Webereien völlig unverändert weiter zu benutzen, sondern die auch ein wirklich brauchbares Erzeugnis liefert. Übrigens hat man sich in England, das doch zweifellos unter den modernen Staaten die älteste Kultur auf dem Gebiete der Web-, Wirk- und Strickwaren aufzuweisen hat, nach einem mir vorliegenden Bericht der Wool-Records vom 31. Januar 1918 Proben deutscher Nesselstoffe zu verschaffen vermocht und sie genau untersucht, um hinter die Geheimnisse der Fabrikation zu kommen. Englische Fachmänner haben dann die Gewinnung von Gespinststoffen aus Brennesseln dringend empfohlen, um die Baumwolleinfuhr herabzumindern und dadurch an Frachtraum zu sparen.

Es handelt sich also hier um keinen Ersatz im üblen Sinne des Wortes, den es in der Kriegszeit angenommen hat, sondern um einen Rohstoff, auf den sich auch eine durchaus leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie aufbauen kann, eine Industrie, die vor allem jetzt fieberhaft arbeiten muß, um unseren tapferen Soldaten die erforderliche Unterkleidung liefern zu können!

Dazu bedarf es aber der Unterstützung des ganzen deutschen Volkes, damit die vorhandenen Bestände an wildwachsender Brennessel voll erfaßt werden. Vor allem muß die großstädtische Bevölkerung, besonders die Jugend, in den vor der Tür stehenden großen Ferien mitarbeiten, sammeln und einbringen, denn infolge des sehr stark fühlbaren Mangels an ländlichen Arbeitern ist die deutsche Dorfjugend von früh bis spät auf den Feldern beschäftigt und hat keine Zeit, sich um das Sammeln von wildwachsenden Brennesseln zu kümmern.

Da in diesem Jahre aus weiter unten darzulegenden Gründen auch der Same der Brennessel gesammelt werden muß, ist die beste Sammelzeit der Monat Juli, also der Hauptferienmonat, doch können die Nesselstengel bis weit in den Herbst hinein, bis zu der ersten Frostperiode, eingebracht werden; wichtig ist, daß die Nesselstengel mindestens 60 Zentimeter hoch sein müssen und auf keinen Fall geknickt werden dürfen! Jeder geknickte Stengel ist für die weitere Verarbeitung völlig wertlos.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Um nun den Samen sammeln zu können, werden die Brennesselpflanzen mit der umwickelten oder behandschuhten Hand von unten nach oben abgestreift, wobei mit dem Samen auch gleichzeitig die Blätter abfallen, die getrocknet ein sehr wertvolles Viehfutter ergeben. Blätter und Samen werden in irgendeinen Behälter aufgefangen und nach dem Trocknen voneinander geschieden. Bei dem Abstreifen muß sorgfältig darauf geachtet werden, daß keine Stengel zertreten werden; denn diese sind immer noch der wertvollste Teil der Pflanze, der eigentliche Träger des Fasermaterials; die Stengel werden nach dem Entlauben abgeschnitten, gebündelt und sorgfältig getrocknet. Die Ablieferung der Samen, Blätter und Stengel erfolgt bei den Vertrauensleuten der Nesselanbau-Gesellschaft, Berlin SW., Krausenstr. 17/18. Solcher Vertrauensleute, die auch bereitwilligst Ratschläge über das Sammeln erteilen, gibt es im Reiche über 20 000. Ihre Anschriften sind entweder bei den Verwaltungsbehörden oder bei der genannten Gesellschaft zu erfragen.

Ich bin überzeugt, jeder deutsche Junge wird es als eine Ehrenpflicht betrachten, dazu beizutragen, daß der deutsche Soldat gute Unterkleidung erhält. Zwei Kilogramm trockene Stengel geben das Material für ein Militärhemd. Übrigens wird das Sammelgut recht anständig bezahlt. Außerdem erhält jeder Sammler für je 10 Kilogramm trockener Stengel kostenlos und ohne Bezugschein ein Wickelchen schwarzes oder weißes Brennesselmisch-Nähgarn von vorzüglicher Eigenschaft.

Wie oben dargelegt ist, muß sich die Textilindustrie darauf einrichten, auch in der Friedenswirtschaft einheimische Fasern, wenn vielleicht auch nicht ausschließlich, so doch in hohem Maße, zu verarbeiten. Nun würde es allen wirtschaftlichen Gesetzen widersprechen, wollte man eine mächtige Industrie auf den an Menge und Güte rein zufallsmäßigen Produkten einer „wilden" Ernte aufbauen, man muß also an den kulturellen Anbau der Nessel denken, um so mehr, als man sie nur durch planmäßige Zucht so veredeln kann, daß der Fasergehalt systematisch vergrößert wird. Schon in diesem Jahre befinden sich weite Nesselfelder in Kultur; sie sollen noch eine starke Vermehrung erfahren, nachdem die Lebensbedingungen der Nessel von der Nesselanbau-Gesellschaft, die — nebenbei gesagt — ein rein gemeinnütziges Unternehmen ist, mit der Aufgabe, Spinnfasern für die Militärverwaltung sicherzustellen, wissenschaftlich und praktisch genau erforscht sind. Ein großer Teil des deutschen Volkes kann sich hier ebenfalls betätigen, um den Volksgenossen die erforderliche Kleidung zu liefern — die deutschen Landwirte, indem sie geeignetes Land zur Verfügung stellen, die deutschen Soldaten als Pioniere deutscher Kultur in den besetzten Gebieten, indem sie Land, über das die Heeresverwaltung verfügen kann, für den Nesselanbau herrichten.

Die Nessel ist zwar keineswegs, wie man von einer Pflanze annehmen sollte, die man bislang als „Unkraut" zu bezeichnen gewohnt war, eine bescheidene; sie braucht vielmehr guten, stickstoffhaltigen und kalkreichen Boden. Aber sie kommt den augenblicklichen volkswirtschaftlichen Nöten, dem Mangel an Arbeitskräften, insofern entgegen, als sie einen Boden bevorzugt, den man für den Anbau von Nährpflanzen gegenwärtig kaum herrichten kann, den unserer Niederungsmoore. Wollte man diese für die Kultur von Körnerfrüchten und Kartoffeln meliorisieren, müßte der Wasserstand auf 60—80 Zentimeter gesenkt werden, während sich die Nessel mit einer Senkung von 15—25 Zentimeter nicht nur begnügt, sondern geradezu verlangt, daß der Wasserstand nicht weiter herabgesetzt wird; sie beansprucht nämlich eine dauernde Feuchtigkeit des Bodens, eine Forderung, die der Boden der Niederungsmoore ohne weiteres erfüllt. Es liegt auf der Hand, daß die Senkung des Wasserspiegels auf 25 Zentimeter

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ungleich einfacher und billiger ist als die auf 80 Zentimeter. Selbst unter Berücksichtigung der Arbeitskräfte, die uns in den Gefangenen zur Verfügung stehen, wäre es unmöglich gewesen, Flächen bedeutenderen Umfanges so weit zu entwässern, daß sie für die Aussaat von Nährpflanzen in Betracht kommen. Die Nessel hat es also ermöglicht, daß mehr Unland in Kultur genommen werden konnte, als von vornherein möglich erschien. Im übrigen bereitet die Nessel sehr gut die spätere Kultur von Nährpflanzen vor, denn sie vernichtet alles Unkraut. Sie selbst kann später, wenn ein bisher mit Brennesseln bestandenes Ackerstück Getreide oder Kartoffeln aufnehmen soll, dadurch zerstört werden, daß man die Wurzeln emporpflügt und sie den Winter hindurch dem zerstörenden Einflusse des Frostes aussetzt.

Die Kultur der Nessel erfolgte bislang dadurch, daß man die Wurzelstecklinge der wilden Pflanze auf den Kulturboden verpflanzte. Jetzt sollen auch umfangreiche Felder durch Aussaat angelegt werden. Zu diesem Zwecke ist es erforderlich, Nesselsamen in größten Mengen einzusammeln.

Sammeln und Anbau der Nessel ist nicht die Angelegenheit einer wirtschaftlichen Interessengruppe, sondern der deutschen Allgemeinheit, die ordnungsmäßig und hygienisch einwandfrei bekleidet werden soll. Sie wird sich hoffentlich eifrigst daran beteiligen, dieses Ziel zu erreichen!

Dr. E. R. Uderstädt.

Rund um uns

Peter Rosegger †. In Krieglach, wo er am 31. Juli 1843 geboren, hat Peter Rosegger sein an Mühsal und Arbeit, aber auch an Ruhm und Liebe reiches Leben beschlossen. Tiefe Trauer werden die Unzähligen empfinden, die er sich durch seine Werke zu Freunden gewann, und die sich schon rüsteten, den 75. Geburtstag Roseggers festlich zu begehen. Nun klingt statt der erwarteten Jubelweisen dumpf das Lied von Sterben und Vergehen und erstickt alle lauten Freudenkundgebungen im stillen starken Schmerze. Denn das Grab wölbt sich nicht nur über einem bedeutenden Dichter, sondern auch über einem liebenswerten, edlen, in sich selber fest ruhenden, dabei unendlich bescheidenen Menschen.

Er hätte das größte Recht gehabt, stolz auf sein Leben zurückzublicken, das schon rein äußerlich einen staunenswerten Aufstieg bedeutet. Vom armen Waldbauernbuben zum Mitgliede des Herrenhauses, zum vielberühmten, mit äußeren Ehren überschütteten Dichter, der mit den Großen der Erde als Gleichberechtigter verkehren darf — es klingt wie ein Märchen, und das Schönste daran ist, daß Rosegger selber immer der Gleiche blieb, der Gleiche in seinem Auftreten und Wesen, der Gleiche in seinen Büchern.

Er, der als Knabe seiner Schwächlichkeit wegen nicht den Bauernberuf seiner Vorfahren ergreifen durfte, hat bewiesen, was mit dem strengen Willen zur Tat und zur Selbstzucht zu erreichen ist. Während er als Lehrbub mit einem Wanderschneider von Gehöft zu Gehöft zog, sparte er sich jeden Groschen, um dafür seine Weiterbildung fördernde Bücher zu kaufen. Schließlich versuchte er sich in kleinen Skizzen und Gedichten, die er an den Schriftleiter der „Grazer Tagespost" sandte. Der erkannte sofort

den wertvollen Kern in dem jungen Dichter und vermittelte die Aufnahme des Zweiundzwanzigjährigen in die Grazer Handelsakademie. Unter Mühen aller Art, mit Hilfe von Stipendien, setzte Rosegger seine Studien fort, zäh und unbeirrbar in echt bäuerischer Hartnäckigkeit den steilen steinigen Weg zur Höhe erklimmend. Freundschaft mit Hamerling, der 1869 das Erstlingswerk Roseggers „Zither und Hackbrett" (Gedichte in obersteirischer Mundart) in die Literatur einführte, förderte ihn innerlich in hohem Maße. 1876 fand er mit der Herausgabe der Zeitschrift „Der Heimgarten" festen Grund unter den Füßen. Bis in die letzten Lebenstage hat er als „Heimgärtner" die Zeitereignisse mit liebendem Blick, sorgendem Mahnen oder lächelndem Humor verfolgt, er fand auch für den bitteren, großen Krieg tiefe bis auf den Grund des Geschehens gehende Worte.

Selbst im hohen Alter zeigte sich bei dem Dichter keine Abnahme der Kräfte in seinen Werken. Frisch sprudelte noch immer die schier unerschöpfliche Erfindungsgabe, sicher und fest zeigte sich die formende Hand. Unübersehbar fast sind seine, immer tiefen Einfluß übenden, Werke, aus denen nur hervorgehoben seien „Die Alpler" (1872), „Waldheimat" (1873), „Die Schriften des Waldschulmeisters" (1875), „Dorfsünden" (1883), „Bergpredigten" (1885), „Alles um Liebe" (1910) und die großen Romane „Der Gottsucher" (1883), „Jakob der Letzte" (1888), „Weltgift" (1905). Man müßte diese nie versiegende Erfindungsgabe für schier unbegreiflich halten, wenn man sie nicht mit dem Erdverwachsensein des Dichters zu erklären vermöchte, denn er schien aus dem Boden seiner Heimat immer neue Kräfte zu ziehen. Mit echt bäuerischer Stiernackigkeit hing er an der Scholle seiner Väter, die Städte als Seuchenherde der Kultur betrachtend. Gesundheit war seine Losung, Kraft das Banner, mit dem er in den Kampf zog, in einen Kampf der Liebe zu allen Menschen. „Es war, deucht mich, ein fünfzigjährig Lieben in fünfzig Bänden", sagte er mit vollem Rechte von seinem Schaffen. In großer Liebe hing er an seinem Volke, sein Herz blutete, wenn er es auf falschen Bahnen sah, und er setzte alles daran, um es zum Guten zurückzuführen. „Wenn einer seinen Menschenbruder auf dem Irrwege sieht, und er weist ihn nicht auf den richtigen Weg — das ist ja lieblos, das ist ja schlecht!" Dies gibt seinen Büchern einen Zug zur Tendenz, ohne daß er doch ins Moralisieren oder ins Grämliche verfällt.

Seine Gestalten sind keine blassen Puppen, sondern sie sprühen von heißem, ursprünglichem Leben. Und da das Leben keine Engel schafft und duldet, so sind auch Roseggers Helden oft bedenklich mit menschlichen Schwächen behaftet. Dies aber macht sie gerade so überaus liebenswert. Derb und kantig, wie Holzschnittbilder treten sie vor unser Auge, alle umwittert vom goldnen Humor. Wie lebensecht in der knappen, sparsamsten, just dadurch meisterlich wahren Zeichnung erscheinen sie in buntem, wirbelndem Reigen: Der Pfarrer und die Hebmutter, Komödiespieler und Schulmeister, Viehhändler und Wildschütz, das ledige Kind und der Richter, Bettelweib und Wurzelgraber, und wie sie alle heißen.

Mit diesen kurzen Skizzen steht Rosegger auf der vollen Höhe der Meisterschaft, während seine Romane zu oft in kleine, wenn auch noch so fein gezeichnete Bilder zerfallen, wodurch sie die einheitliche große Linie verlieren. Und immer und immer wieder kehrte der Dichter zu den Bauern seiner geliebten steirischen Heimat zurück, die keiner wie er zu schildern verstand, über die er den ganzen Zauber seiner tiefen gütigen Menschenliebe ausgoß. Auch durch sein 1892 mit Erfolg von der „Freien Bühne" in Berlin aufgeführtes Drama „Am Tage des Gerichts" lodert diese heiße ringende Menschlichkeit.

Seine Sprache ist voll kerniger Kraft und überraschender Bildhaftigkeit. Ob

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sie schwer dahinstürmend, wie ein Gebirgswasser, alles mit sich fortreißt, oder sanft wie ein munteres Bächlein, durch blumige Auen fließend, sich sinnend in Kleinmalerei verliert, immer ist sie echt, immer lauter und wahr. Auch der steirische Dichter ist — wie Keller, Hesse und Ludwig — ein Beweis, daß durch den Dialekt der Wortschatz ungemein bereichert wird, daß die Berührung mit der Muttererde immer wieder neues Leben verleiht. Denn ohne seine Heimat ist Rosegger nicht zu denken, er mag als Muster dienen, wie man treu der Muttererde sein, fest am Vaterlande hängen kann, und doch nicht im engen Nationalismus befangen zu sein braucht. Zwar seine Feinde machten es ihm zum heftigen Vorwurf, daß er, sein Deutschtum verteidigend, deutsche Schulen gründete und so seine geliebte Steiermark vor der Verfremdung bewahrte. Dem Wühlen dieser Gegner gelang es, Rosegger den schon fast sicheren Nobelpreis zu entwinden, eine Rache, für deren Kleinlichkeit der Dichter nur ein mildes, sonniges, ein wenig wehes Lächeln gehabt haben mag.

Humor ist ja der Grundzug seines Wesens. Der Schmerz artet bei ihm fast nie in heftige Zornesausbrüche aus, lieber straft und bessert er durch ein Lächeln. Wenn er aber einmal in Unmut heftig dreingeschlagen hat, wie an manchen Stellen der „Bergpredigten", da sucht er es hinterher durch verdoppelte Liebe wieder gut zu machen.

Millionen und Abermillionen werden aus Roseggers Büchern Kraft und Segen gewinnen und in Dankbarkeit sein Gedächtnis ehrend bewahren. Dem Dichter, der Liebe säte, ist der köstlichste Lohn, auch über das Grab hinaus, gewiß: Tausendfältige Liebe!

Martin Platzer.

Die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung. Die schon vor langem gegen die Schundliteratur gerichteten Verfügungen mehrerer Generalkommandos haben im ganzen bisher doch wohl nicht den erwünschten Erfolg gezeitigt. Selbst die erst später einsetzende und immer stärker werdende Papierknappheit ist in allzu sachlich-gleichmäßiger Weise für Freund und Feind guten Schrifttums nachteilig gewesen. Darum muß alles Verfügbare an guten Büchern und Schriften hinaus an die Front, zum Kampf gegen die literarische Verblödung und Geschmacksverrohung, die den weitesten Kreisen unseres Volkes nach wie vor droht. Getreu dem Moltkeschen Kernspruch erweist sich auch in solchem Kampf der Geister „der Angriff als die beste Verteidigung".

Von diesem obersten Gesichtspunkt geleitet, hat es sich die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung zur Aufgabe gemacht, im besonderen unsere Krieger mit edlem Lesestoff zu versehen. Ihre Kriegsbuchabteilung verteilte von August 1914 bis Juli 1917 unentgeltlich weit über eine halbe Million Bücher zumeist an Truppenteile und Lazarette, an deutsche Kriegsgefangene und Wachtkommandos. Wie manches der 80 000 Bücher, die zu Weihnachten 1915 und 1916 als Spende für alleinstehende und unbemittelte Soldaten ins Feld wanderte, mag die allerherzlichste Aufnahme und dauernde Dankbarkeit bei seinem feldgrauen Empfänger gefunden haben! Bekannt sind nachgerade die den jeweiligen Verhältnissen unserer Krieger angepaßten Sammlungen, von der „Schützengrabenbücherei" angefangen, über die „Lazarettbücherei", die „Frontbücherei Heimatdank" und die „Tragbare Feldbücherei" hin zur „Kriegsgefangenenbücherei". Zu Weihnachten 1917 wurden wiederum 60 000 Bücher unentgeltlich zu gleichem Zweck verteilt.

Gegenüber diesen trefflichen Leistungen in Kriegszeiten tritt für den Augenblick beinahe zurück, was in den Friedensjahren seit der Gründung, 1901, von der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung zugunsten der Versorgung weitester Volkskreise mit guten Schriften geschah. Mögen große und kleine Blätter der Tages- wie der Zeit-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schriftenpresse anerkannten Dichtern und Schriftstellern mit wohlgefeilten Beiträgen vor aller Öffentlichkeit auf den Glockenschlag zum Geburtstag gratulieren: die stille, zielbewußte Arbeit unserer Stiftung nimmt bei derartigen Gelegenheiten Anlaß zu tätiger Dichterehrung, sei es durch Ankauf, sei es durch Druck eines ihrer Werke, oder durch eine größere gemeinsame Bücherspende an Volksbüchereien, Truppenteile u. a. m. Eine Vorstellung von dem Umfange, den die Friedenstätigkeit der Stiftung in den Jahren 1901 bis 1917 erreichte, mögen folgende Zahlen geben: an ländliche Volksbüchereien wurden 761 900 Bücher im Ladenpreiswert von 831 484,98 Mk. verteilt; in demselben Zeitraum stellte die Verlagsabteilung 4 059 000 gute billige Bücher her.

Unmittelbarer und oft sehr viel eindringlicher als das Buch wirkt das gesprochene Wort. Klangvolle Namen locken die großstädtische Menge, namentlich der Hochgebildeten, in überfüllte Säle, wenn dieser oder jener „moderne" Literat vorgetragen wird. Das platte Land, vielfach auch die kleineren Städte, erfahren von den Segnungen solcher künstlerischen Aussaat in der Regel wenig oder nichts. Darum widmet auch die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung gerade dieser vernachlässigten Seite unseres geistigen Volkslebens ihre besondere Aufmerksamkeit, indem sie für die Veranstaltung von Dichterabenden in kleineren Gemeinden sorgt. Mit gutem Recht darf hier von einem beginnenden Austausch geistiger und sittlicher Werte zwischen Stadt und Land gesprochen werden: so sicher die Gegenwart die einst beliebte Verhimmlung des Stadtlebens abzulegen und die Vorzüge des platten Landes zu schätzen wieder beginnt, so bestimmt darf auch der Landbewohner erwarten, daß der Pulsschlag der Zeitgedanken, wie er in den Städten am lebhaftesten sich kundgibt, auch ihm zum Fühlen und Nacherleben nahegebracht werde.

Gute Literatur ist, wie gesagt, an sich schon eine Waffe gegen den Schund in Wort und Bild. Darüber hinaus hat unsere Stiftung den Kampf eröffnet durch eine Ausstellung gegen die Schundliteratur, die bereits wenige Monate nach ihrer Entstehung durch 61 Städte wanderte und fast überall eine alle Erwartungen weit übertreffende Beachtung fand.

So ist die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung im besten Wortsinne eine Volkssache. Keiner politischen oder religiösen Partei dienstbar, hielt sie sich gleicherweise fern von der einseitigen Berücksichtigung literarischer Sonderbewegungen. Zu ihren Mitgliedern zählt sie darum auch schlechthin alle Kreise des deutschen Volkes.

Es bedarf angesichts der angedeuteten umfangreichen Gebiete ihrer Betätigung keines weiteren Beweises dafür, daß die Aufgaben, die die verhältnismäßig junge Stiftung namentlich in der Kriegszeit zu erfüllen hatte, an ihre geldliche Leistungsfähigkeit hohe Anforderungen stellten. Denn über größere Einzelstiftungen, aus deren Zinsen sie die laufenden Ausgaben bestreiten könnte, verfügt sie bisher nicht. Als Tatsache sehr beachtenswert sind zwar die Beiträge, die ihr während des Krieges mehrfach von höchsten Reichs- und Staatsbehörden sowie von seiten einzelner Städte zuteil wurden. Naturgemäß aber werden in der heutigen Zeit und auf lange hinaus gerade derartige amtliche Stellen von den verschiedensten anderen Seiten zu „besten Zwecken" außergewöhnlich stark in Anspruch genommen. Es ergeht darum der Ruf an die Wohltätigkeit der Einzelnen, die sich Herz und Sinn für die geistigen Güter bewahrt haben: Helft der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung! Mitglied kann jeder werden*). Wer aber im

*) Jährlicher Mindestbeitrag 2 Mk. Jedes Mitglied kann dafür ein Exemplar der Festschrift, einen Einzelband der Hausbücherei oder ein Heft der Volksbücher beanspruchen. Zahlungen werden an „Die Deutsche Dichter-Ge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Sinne eines vor dem Feind Gebliebenen und zu seinem dauernden Gedächtnis handeln möchte, wo fände er eine edlere Form als die einer Sonderstiftung in unserem Sinn?! Über Denkmäler von Erz und Stein — so lehren die Friedensjahre 1871 bis 1914 — eilen Zeit und Menschen bald hinweg. Wieviel lebensvoller wirkt ein Name in Verbindung mit einer Stiftung wie der unsrigen!

So spende jeder nach seinem Vermögen, eingedenk des Wortes von Uhland, das ganz sicher in den kommenden Friedensjahren zu neuer Bedeutung, zu Ehren und Ansehen gelangen wird:

Man rettet gern aus trüber Gegenwart
sich in das heitere Gebiet der Kunst,
und für die Kränkungen der Wirklichkeit
sucht man sich Heilung in des Dichters Träumen.

Hans Offe.

Helmut Harringa. Kurz vor Abschluß dieses Vortruppheftes erhielten wir die Nachricht, daß von Hermann Poperts „Helmut Harringa" nunmehr das 200. Tausend erschienen ist. Das 201.—210. Tausend soll Ende dieses Monats zur Ausgabe gelangen. Wir geben diese Nachricht an unsere Leser weiter, weil wir wissen, daß unter ihnen die Freude über den bedeutenden Erfolg des Harringabuches besonders groß ist.

Vortrupp.

Druckfehlerberichtigung. In dem Aufsatze „Erd-Öl" unseres Berliner politischen Mitarbeiters in Nr. 11 (erstes Juniheft) muß es auf Seite 207, letzter Absatz, Zeile 4 nicht heißen „teils im Elsaß, teils in Nordschleswig", sondern vielmehr „teils im Elsaß, teils in Norddeutschland".

Vortrupp.

---

dächtnis-Stiftung, Hamburg-Großborstel" erbeten oder an die Deutsche Bank, Depositen-Kasse H oder an Postscheckkonto Hamburg 737.

Neue Bücher und Schriften

An dieser Stelle werden nur solche Werke aufgezählt, die der Schriftleitung nach der einen oder andern Richtung hin besonders empfehlenswert erscheinen.

Silex, Prof. Dr. P. und **Hirsch, Betty:** Die Blinden-Lazarettschule des Vereinslazaretts St. Maria Viktoria-Heilanstalt zu Berlin.

Cordes, J. G.: Briefe in die Front. Vierte Reihe. 25 Pf. P. Eger, Leipzig.

Coprian, Heinrich und **Boeger, Johann:** Lehrgang für den Kurzschriftunterricht nach Stolze-Schrey in Volks- und Mittelschulen.
Teil I: Grundlehrgang.
Teil II: Fortbildungslehrgang.

Coprian, Heinrich: Lesebuch zum Lehrgang für den Kurzschriftunterricht nach Stolze-Schrey in Volks- und Bürgerschulen. Trowitzsch & Sohn, Berlin.

Nelson, Leonard: Die Reformation der Gesinnung. Geh. M. 6.—. Der Neue Geist-Verlag, Leipzig.

Behrens, Peter und **Fried, H. de:** Vom sparsamen Bauen. Ein Beitrag zur Siedlungsfrage. Mit einem Vorwort von Staatssekretär a. D. Wirkl. Geh. Rat Dr Dernburg. M. 2.80. Verlag der Bauwelt, Berlin.

Schmidkunz, Walter: Der Kampf über den Gletschern. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.—. Bonsels & Co. Nachf., München.

Die Eiche. Vierteljahrsschrift für Freundschaftsarbeit der Kirchen. Ein Organ für soziale und internationale Ethik. Herausgeg. v. Friedr. Siegm. Schultze. 5. Jg. Nr. 2—4, 6. Jg. Nr. 1. M. 3.—. Verlagsbuchhdl. Fr. Zillessen, Berlin.

(Für unaufgefordert eingesandte Bücher übernimmt die Schriftleitung d. „Vortrupp" keine Verantwortung.)

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Jansen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 15 1. Augustheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Graf Hertlings Außenprogramm.

Berlin, den 27. Juli 1918.

Die Leser meiner politischen Aufsätze im „Vortrupp" wissen, daß diese Aufsätze durchaus auf dem Boden derjenigen politischen Auffassung stehen, deren Vertreter unter Andern Herr v. Kühlmann ist. Ich verweise zum Beispiel auf die beiden Aufsätze „Drei Reden" in Nr. 21 von 1917 und „Erdöl" in Nr. 11 von 1918. Die Leser meiner Aufsätze wissen weiter, daß ich es für unser Vaterland für schlechthin verhängnisvoll halten würde, wenn Kühlmanns Rücktritt bedeutete, daß an Stelle seiner politischen Auffassungen nunmehr die Auffassungen seiner wilden Gegner — der Alldeutschen und ihrer Verwandten, insbesondere der im wirklichen Leben von den Alldeutschen häufig kaum zu unterscheidenden „Vaterlandspartei" — entscheidenden Einfluß auf die Politik des Deutschen Reiches erlangt hätten: Wie es oft in meinen Aufsätzen ausgeführt und belegt worden ist (man liest vielleicht besonders meinen Aufsatz „Luftreinigung" in Nr. 6 von 1918 noch einmal nach), würde dadurch die deutsche Kriegspolitik zu einem politischen Hasardspiel mit furchtbarem Einsatz und kaum vorhandener Gewinnaussicht werden. Dieses Hasardspiel müßte gegen den Willen des größten Teiles des deutschen Volkes gespielt werden, wofür die ganz ungewohnten Weiterungen, die sich am 9. Juli im Reichstage hinsichtlich der Kriegskredite ergeben haben, ein neuer Beweis sind. Dieses Hasardspiel müßte dazu auch noch ohne unsre Bundesgenossen gespielt werden. Jeder Nüchterne weiß Das längst, aber auch wer in diesen Dingen bisher noch nicht nüchtern war, könnte es jetzt möglicherweise doch werden, wenn er liest, was Graf Czernin soeben, am 18. Juli, im Herrenhause zu Wien gesagt hat. Graf Czernin, der frühere Minister des Äußern, hat da eine Rede gehalten, die nicht nur das Bündnis mit dem Deutschen Reiche, sondern dazu auch noch den deutschen Kurs in Österreich selbst in denkbar schärfster Weise fordert. Um so bezeichnender ist es, wenn gerade diese Rede die Sätze enthält:

„Natürlich wenn wir die deutschen Interessen ebenso behandeln sollen wie die unsrigen, wenn wir für sie kämpfen sollen wie für die unsrigen, und ich wünsche, daß dies so sei, dann müssen wir wissen, welches die Kriegsziele sind, für die wir den Krieg weiterführen sollen. Ich stelle keine Anfrage an den Ministerpräsidenten. Ich verlange auch gar nicht, daß man uns die deutschen Kriegsziele mitteilen möge. Ich hoffe nur von ganzem Herzen, daß der Minister des Äußern die Kriegsziele

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Deutschlands kennt, daß sie nach wie vor rein defensiver Natur sind und daß der Charakter des Verteidigungskrieges unversehrt aufrecht erhalten geblieben ist. Niemals würden es die Völker Österreichs verstehen, daß wir diesen schrecklichen Krieg für Eroberungswünsche eines fremden Staates verlängern sollten. Die Zumutung allein wäre imstande, das Bündnis zu gefährden."

Jenes Hasardspiel würde jede Hoffnung, daß wir in irgendwie absehbarer Zeit zu einem Frieden kommen können, vernichten. Und wenn solches Hasardspiel dann schließlich, nach unabsehbaren Jahren weiteren Krieges, wider alle Wahrscheinlichkeit, zu einem „Gewinn" führen sollte, dann würde dieser „Gewinn" für uns praktisch doch nichts andres bedeuten als Dies: Festes Zusammenschweißen der feindlichen Koalition (die bei einer nicht alldeutschen Politik, nach allen Erfahrungen der Geschichte, den Krieg nicht überdauern wird), erneutes furchtbares Wettrüsten, endlose Revanchekriege.

Als ausgeschlossen kann die Gefahr, daß die Alldeutschen und ihre Verwandten starken Einfluß auf die Reichspolitik gewinnen könnten — mit allen den eben genannten verhängnisvollen Folgen — niemals gelten, solange der Krieg dauert: Wohl machen sie alle zusammen nur einen verschwindend kleinen Teil der deutschen Bevölkerung aus, und in den Parlamenten haben sie zwar die Unterstützung der Hochkonservativen und des schwerindustriellen Teils der Nationalliberalen, jedoch auch so keinen entscheidenden Einfluß. Aber etliche ihrer Mitglieder haben anderweitig sehr einflußreiche Beziehungen.

Ob aber gegenwärtig jene Gefahr besteht, das kann nachgeprüft werden an den beiden Reden, die der Reichskanzler Graf Hertling am 11. und 12. Juli im Hauptausschusse des Reichstages gehalten hat.

Graf Hertling stellt fest, daß im Deutschen Reiche nur der Reichskanzler für die Politik verantwortlich sei, daß dementsprechend allein der Reichskanzler die Politik des Deutschen Reiches mache. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes habe also nicht seine eigene Politik zu führen, sondern ausschließlich die des Reichskanzlers; der Staatssekretär handle lediglich in des Reichskanzlers Auftrage und immer unter dessen Verantwortlichkeit.

Schon hieraus folgt, daß die Politik Kühlmanns die Politik Hertlings war, und daß sie bleibt, da Hertling bleibt. Der Reichskanzler hat die Richtigkeit dieses Schlusses außerdem noch besonders bestätigt durch die Feststellung, daß es keine sachlichen Gründe seien, die Herrn v. Kühlmann veranlaßt hätten, um Enthebung von seinem Amte zu bitten. Der Reichskanzler hat ferner wörtlich ausgesprochen: „Der Wechsel im Staatssekretariat bedeutet keinen Wechsel des politischen Kurses" und: „Also an der Richtung der Politik wird nichts geändert." Daß der neue Staatssekretär vollkommen davon durchdrungen sei, daß die Dinge so und nicht anders zu leiten seien, hat der Kanzler ausdrücklich hinzugefügt (womit denn alles Gerede der Alldeutschen und der Vaterlandsparteiler, die diesen Herrn seit einem Jahre für sich in Anspruch zu nehmen suchen, hinfällig wird).

„Kühlmanns Politik" war also die Politik des verantwortlichen Reichskanzlers; bei den Alldeutschen und ihren Verwandten aber war „politischer Schädling" noch eine der milderen Bezeichnungen für Herrn v. Kühlmann.

Graf Hertling bekennt: „Der Krieg ist für uns, wie ich auch am 29. November sagte, von Anfang an ein Verteidigungskrieg gewesen und kein Eroberungskrieg." Sowie: „Wir führen den Krieg als Verteidigungs-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

krieg, und weil wir ihn als Verteidigungskrieg führen und weil uns von Anfang an jede auf Weltherrschaft gerichtete Tendenz fern lag, darum werden auch unsre Friedensziele dem entsprechen." Als diese Friedensziele bezeichnet dann Graf Hertling: „Die Unversehrtheit unsres Territoriums und freie Luft für die Entwickelung unsres Volkes, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete." Das fällt durchaus zusammen mit dem Friedensziel der Reichstagsmehrheit und des Volksbundes für „Freiheit und Vaterland", das ich hier in Nr. 6 von 1918 so wiedergab: „Das Deutsche Reich muß unversehrt bleiben in Europa und über See, außerdem muß unsre Welthandelsstellung gesichert werden und unser Anteil an der Weltwirtschaft in Rohstoffbezug und Handelsabsatz." Graf Hertling fügt noch hinzu, daß unser Friedensziel „natürlich auch eine notwendige Sicherung für künftige schwierige Verhältnisse" umfasse. — Zum Wesen des Verteidigungskrieges gehört es selbstverständlich, solange er nötig ist, die Verteidigung auch mit aller Tatkraft zu führen; das klar und scharf hervorzuheben hat Graf Hertling nicht versäumt: „Solange der Vernichtungswille der Feinde besteht, müssen wir durchhalten." „Ich bin auch überzeugt, ich weiß es, daß in den weitesten Kreisen unsres Volkes dazu der ernste Wille besteht."

Die Alldeutschen dahingegen stehen zum „Verteidigungskrieg" so, daß sie ihn für ein „geradezu albernes Schlagwort" halten — , daß ihnen die, die sich zu ihm bekennen, „Auch-Deutsche" sind, „Auch-Deutsche" mit einer „weißen Fahne"; so verkündet es ihr verbandsamtliches Organ, die „Alldeutschen Blätter", am 28. Juli 1917.

Graf Hertling stellt fest, daß „an unsrer Bereitschaft, zu einem ehrenvollen Frieden die Hand zu reichen, seit Jahren gar nicht gezweifelt werden kann"; aber die „Deutsche Tageszeitung", die nächste Verwandte der Alldeutschen und jetzt eine der Hauptstützen der „Vaterlandspartei", hat schon am 31. Juli 1917 wegwerfend gesagt: „Die deutschen Phrasen ... vom ‚Verständigungs'frieden, vom ‚ehrenvollen' Frieden."

Schon in seiner Reichstagsrede vom 29. November 1917 hatte Graf Hertling erklärt, er stehe in der Auswärtigen Politik auf dem Standpunkte der deutschen Antwort auf die Friedensnote des Papstes. Das unterstreicht er jetzt nochmals ganz ausdrücklich:

„Was die auswärtige Politik betrifft, so habe ich meinen Standpunkt gleichfalls damals am 29. November deutlich markiert. Ich habe den Herren gesagt, ich stehe auf dem Standpunkt der kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August vorigen Jahres. Die friedensbereite Gesinnung, die diese Antwort beseelt hat, beseelt auch mich*)."

*) Graf Hertling hat am 29. November 1917 hinzugefügt: „Aber diese Antwort auf die Papstnote darf von den Ententemächten nicht als ein Freibrief angesehen werden, den frevelhaften Krieg ins Ungemessene fortzusetzen." Und auch diese Hinzufügung hat er jetzt aufs neue unterstrichen. — Ich bin der Meinung, daß die deutsche Antwortnote an den Papst, ebenso wie die Friedenskundgebung des deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917 oder die Deutsche Tat vom 12. Dezember 1916, den Ententemächten einen solchen Freibrief nicht nur nicht geben darf, sondern ihrem Wesen nach auch gar nicht geben kann. Die Begründung hierfür habe ich in dem Aufsatze „Der Ostfriede" in Nr. 7 von 1918 eingehend gegeben: Aus derartigen Kundgebungen erwachsen den feindlichen Staaten selbstverständlich überhaupt keine Rechte. Denn wie könnten Rechte

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Was will Das besagen?

Die deutsche Antwort auf die Papstnote hat deren „führenden Gedanken", den Gedanken nämlich, daß „künftig an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechts treten muß" mit „besondrer Sympathie begrüßt". Und hat hinzugefügt: „Auch wir sind davon durchdrungen, daß der kranke Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechtes gesunden kann." Das bedeutet praktisch, daß die deutsche Regierung in Übereinstimmung mit dem Papste anerkannt hat, daß eine hinreichende Wahrung der Interessen der Völker (auch unsres Volkes) künftig nur gewährleistet ist, wenn die bisher herrschende Anarchie zwischen den Staaten aufhört und durch eine zwischenstaatliche Rechtsorganisation ersetzt wird. Wenn mit andern Worten Das eintritt, was etwas später die bulgarische Antwortnote an den Papst so gezeichnet hat: es werden dann die Staaten der Erde die gleiche obligatorische Rechtsordnung unter sich anerkannt haben, die heute schon die privaten Beziehungen der Untertanen jedes einzelnen Staates beherrscht. — In meinen politischen Aufsätzen im „Vortrupp" habe ich immer wieder die Auffassung vertreten, daß das Durchdringen zu diesem Ziele, das Durchdringen trotz aller entgegenstehenden Hemmnisse, Dornen und Schwierigkeiten, die Sache unsrer Zeit sei. Daß den Menschen unsrer Zeit hier eine Aufgabe gestellt sei, die sie nach dem Ende dieses Krieges lösen müssen, wenn nicht für Europa und für jedes Volk europäischen Stammes das Ende kommen soll. Der Vertretung dieser meiner Auffassung dienen ganz besonders meine drei Aufsätze „Der Lohn der Opfer" in Nr. 23 von 1916, „Haag" in Nr. 20 von 1917 und „Zum ewigen Frieden" in Nr. 5 von 1918*). Es ist das weltgeschichtliche Verdienst und gleichzeitig das beneidenswerte Los Bethmann Hollwegs gewesen, daß er durch seine große Reichstagsrede vom 9. November 1916 das erste große amtliche deutsche Bekenntnis zu dieser Auffassung abgelegt hat. Bethmann Hollweg, der „unver-

---

erworben werden gegenüber Dem, mit dem man sich im Kriegszustande, also im Zustande der Aufhebung aller Rechtsbeziehungen, befindet? Und davon ganz abgesehen, seit wann erwachsen Rechte aus Erklärungen, die nicht in angemessener Frist angenommen worden sind? Diese Erklärungen waren für die feindlichen Staaten lediglich eine Gelegenheit, Rechte zu erwerben, eine Gelegenheit, die sie nicht benutzt haben. Ein Recht erworben hat aus diesen Kundgebungen lediglich das deutsche Volk selbst: Ein Recht darauf, daß für das von den Alldeutschen und ihren Verwandten gewollte Hasardspiel um Annexionen und Kriegsentschädigung in diesem Kriege kein deutsches Blut geopfert werde, und daß um solcher alldeutschen Kriegsziele willen keine künftigen Revanchekriege heraufbeschworen werden sollen. Ein Recht ferner darauf, daß jeder Friede mit einem unsrer Feinde so abgeschlossen werde, daß er sich brauchen läßt als Teil der Grundlage einer zwischenstaatlichen Organisation. — Daß es — bei einer gewissen Art der Entwicklung der Kriegslage — einen für unsre Feinde sehr schmerzlichen Unterschied machen kann, daß nicht sie, sondern das deutsche Volk die Rechtserwerber aus jenen Kundgebungen sind, das ist in dem Aufsatze „Der Ostfriede" betont. — — Politisch ist es nützlich, daß diese Sachlage und Rechtslage unsern Feinden gelegentlich energisch vorgehalten wird, wie Graf Hertling das also am 29. November 1917 und am 11. Juli 1918 getan hat.

D. Verf.

*) Diese drei Aufsätze unsres politischen Mitarbeiters sind auch als Sonderdrucke im Buchhandel zu haben, in Gestalt der Vortrupp-Flugschriften Nr. 39, 46, 48. Der Vortrupp-Verlag.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gessene erste Kanzler des Krieges", wie Friedrich Naumann ihn mit Recht in der letzten Nummer seiner „Hilfe" nennt, ist da, wie so oft, der schicksalbestimmte Künder des Besten und Zukunftsreichsten im deutschen Leben und im deutschen Volke gewesen. Er hat da einen Markstein in die Weltgeschichte gesetzt, an dem kein Geschichtsforscher der Zukunft wird vorübergehen können, hat große Fehler, die vor seiner Zeit die deutsche Politik in dieser Frage sehr zu Deutschlands Schaden begangen hat, wieder ausgemerzt, hat die Grundquadern legen helfen für eine zwischenstaatliche Rechtsordnung. Für uns Deutsche gilt es jetzt nicht etwa nur, Alles daranzusetzen, daß dieser durch Bethmann Hollweg zuerst eingeschlagene Kurs beibehalten werde — denn beibehalten werden muß er ohnehin unweigerlich, dazu zwingt der Weltwille, der jedes Volk, das in unsrer Zeit von diesem Kurse abweichen wollte, erbarmungslos unter die Räder stoßen würde. Sondern darum handelt es sich für uns Deutsche, daß dieser Kurs vom Deutschen Reiche mit aller Kraft betont, daß er „offensiv benutzt" werde, und daß der Welt gezeigt werde, daß es sich hier, gerade hier, um ureigenstes deutsches Geistesgut handelt*) — — davon, daß das geschieht, hängt unendlich viel für Deutschlands Zukunft und für Deutschlands Weltstellung ab.

Es ist bezeichnend, daß sogar in der hochkonservativen „Kreuz-Zeitung", in einem der vielbesprochenen „L. H.-Aufsätze", kürzlich gefordert wurde, unsre Reichspolitik solle diese Gedanken noch viel mehr als bisher „ohne Scheu vor alten ehrbaren Ansichten zu Hilfe nehmen und offensiver benutzen". Das ist in der Tat um so nötiger, als es immer noch eine der moralischen Hauptwaffen unsrer Feinde ist, ihren Völkern und den Neutralen zu erzählen, Deutschland, das in Wahrheit die eigentliche Mutter dieser welterlösenden Gedanken ist*), sei deren tödlicher Feind; wobei denn unsre Gegner leider dadurch unterstützt werden, daß jene „alten ehrbaren Ansichten" an manchen einflußreichen Stellen bei uns noch recht festsitzen. Um so größer ist das Verdienst des Grafen Hertling, daß er sich durch sein erneutes Bekenntnis zu der deutschen Antwortnote an den Papst auch zu diesen neuen notwendigen Gedanken bekennt und damit einen tüchtigen Hammerschlag gegen jene „alten ehrbaren Ansichten" geführt hat.

Ferner hat ja dann diese auf die Papstnote erteilte deutsche Antwort, auf deren Boden Graf Hertling steht, genau wie die Papstnote selbst, die allseitige Rüstungsbeschränkung und die verbindliche (obligatorische) Schiedsgerichtsbarkeit in ihr Programm aufgenommen, als Folgen der Einführung einer zwischenstaatlichen Rechtsordnung. Es ist wichtig, hervorzuheben, daß die Papstnote, und die deutsche Antwort darauf, richtig erkennen, was da Ursache und was Folge sein muß: Das wilde Wettrüsten und der Mangel eines geordneten Rechtsganges unter den Völkern sind nicht etwa die Krankheit selbst, an der, wie die deutsche Antwort es ausdrückt, „der kranke Körper der menschlichen Gesellschaft" leidet; beides sind vielmehr nur die Symptome. Die Krankheit selbst ist die Anarchie zwischen den Völkern, der Mangel der Rechtsordnung. Wird die geheilt, zieht, um wiederum mit der deutschen Antwortnote zu sprechen, „der neue Geist" ein, „der künftig im Verhältnis der Staaten zueinander herrschen soll", dann ergeben sich die verbindliche Schiedsgerichtsbarkeit und auch die Abrüstung von selbst. Solange aber die Krankheit nicht geheilt ist, werden auch die Symptome fortdauern oder jedenfalls immer wieder auftreten. Diese Erkenntnis scheint mir wichtig, damit nicht etwa der Irrglaube entstehe, es handle sich bloß

---

*) Siehe darüber meinen Aufsatz „Zum ewigen Frieden" in Nr. 5 von 1918. D. Verf.

Vortrupp-Flugschrift Nr. 48.

Der Vortrupp-Verlag.

darum, eine Abrüstung herbeizuführen, dann sei alles in Ordnung. Auf der andern Seite will ich nicht verkennen, daß gerade der Wunsch, zunächst auch nur einmal das Symptom des Rüstungsdruckes los zu werden, nach diesem Kriege bei allen an ihm beteiligten Staaten, wenigstens Europas, schon an sich selbst eine ganz überwältigend starke Macht sein wird. Nämlich aus dem Grunde, den Graf Czernin, der die Politik unsres größten Bundesgenossen solange ruhmvoll und erfolgreich geleitet hat, in seiner Rede an den Wiener Gemeinderat vom 2. April 1917 so gefaßt hat:

> „Ich nehme den Bleistift zur Hand und rechne nach, mit welch furchtbaren Lasten die Staaten der Erde aus diesem Kriege hervorgehen werden, und ich frage mich vergebens, wie sie bei weiterer freier Rüstungskonkurrenz die militärischen Auslagen werden decken können. Ich glaube nicht, daß irgendein Staat in der Lage sein wird, nach diesem Kriege jährlich mehrere Milliarden für die durch den Krieg so bedeutend erhöhten militärischen Bedürfnisse auszugeben. Ich glaube vielmehr, daß die finanzielle **vis major** die Welt zu einem internationalen Kompromiß über die Herabsetzung der Rüstungen zwingen wird. Meine Hoffnung ist weder idealistisch noch phantastisch — sie ist realpolitisch in des Wortes wahrster Bedeutung. Ich hielte es für ein großes Unglück, wenn es nicht schließlich gelingen sollte, zu allgemeinen Vereinbarungen über die Verminderung der militärischen Rüstungen zu gelangen."

Und es mag wohl sein, daß die Notwendigkeit, dieses Symptom los zu werden, sich als die stärkste Triebfeder erweisen wird, die Krankheit selbst zu bekämpfen: Wenn nach diesem Kriege dem Widerstreben gegen weiteres Wettrüsten, einem Widerstreben, das, wie Graf Czernin richtig erkennt, in allen am Kriege beteiligten Staaten die notwendige Folge schon ganz allein der Finanzverhältnisse sein wird, — wenn diesem Widerstreben dann entgegengehalten werden wird, der Rechtszustand unter den Völkern sei aber noch nicht derartig, daß man sich ein Nachlassen im Wettrüsten leisten könne, dann wird sich ganz naturgemäß in allen Staaten der Schrei erheben: „Ja, wollen wir denn unsre Kräfte und unser Geld nicht vor allem einmal für die Arbeit an dem Versuche verwenden, eine haltbare Rechtsordnung zwischen den Völkern herzustellen?" — — Daß, was dann insbesondere die verbindliche internationale Schiedsgerichtsbarkeit angeht, der übliche Einwand der Unwissenden: „Dabei läuft aber Deutschland immer Gefahr, majorisiert zu werden" selbst schon angesichts Dessen, was die Haager Abkommen bereits vor dem Kriege geschaffen hatten, eben nur ein Einwand Derer ist, die von diesen Dingen gar nichts verstehen, aber leider immer darüber mitreden — das habe ich bereits in Nr. 20 von 1917 in meinem Aufsatze „Haag"*) gezeigt, und zwar, wie dort nachgewiesen, in Übereinstimmung mit Deutschlands amtlichem Vertreter auf der ersten Haager Friedenskonferenz, dem hervorragendsten deutschen Völkerrechtslehrer, Professor Philipp Zorn.

Die auf die Papstnote erteilte deutsche Antwort, auf deren Boden sich Graf Hertling stellt, bekennt sich endlich ausdrücklich zum Einklang mit der Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli 1917. Diese Kundgebung (deren Wortlaut die Leser meiner Aufsätze am Anfange der Nr. 17 von 1917 finden), will ebenfalls „die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern", also der Anarchie zwischen den Völkern entgegenarbeiten. In Übereinstimmung mit diesem Ziele will die Kundgebung, daß der Friede, der diesen Krieg beendigen wird, ein „Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker" sei, ein Frieden, ohne „erzwungene Gebietserwerbungen und poli-

*) Vortrupp-Flugschrift Nr. 46.

tische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen". Ein Friede allerdings, der auch unsre Welthandelsstellung sichert und unsern Anteil an der Weltherrschaft in Rohstoffbezug und Handelsabsatz. (Das Letztere folgt aus dem dritten Absatze der Kundgebung.) Zu der Mehrheit des Reichstages, die hinter dieser Friedenskundgebung steht, und die bisher, allen Sprengungsversuchen der Alldeutschen und ihrer Verwandten zum Trotz, glücklicherweise zusammengehalten hat, hat sich Graf Hertling am 11. Juli dann auch noch besonders bekannt durch den Satz: „Der Kurs, mit dem sich die große Mehrheit des Reichstages im November des vergangenen Jahres einverstanden erklärte, wird weitergeführt."

Wie dagegen die Alldeutschen und ihre Verwandten zu all diesen Dingen stehen, die von der deutschen Antwort auf die Papstnote und von Graf Hertlings Bekenntnis zu dieser Antwort umschlossen werden, ist ja nicht ganz unbekannt: Alle Arbeit gegen die Anarchie zwischen den Völkern und für eine Rechtsordnung zwischen den Völkern verfolgen sie je nach Laune mit Hohn oder mit Haß. Wem es nötig erscheinen sollte, das erst durch Zitate zu belegen, den darf ich, um aus der schier unendlichen Fülle nur eines herauszugreifen, verweisen auf den „Überblick über die Aufgaben des Alldeutschen Verbandes nach dem Kriege", den der Hauptgeschäftsführer auf dem alldeutschen Verbandstage zu Kassel erstattet hat; die „Alldeutschen Blätter" vom 13. Oktober 1917 berichten darüber. Der genannte Herr sagte von den in Rede stehenden Gedanken, sie seien „mehr als eine Utopie, die man mit einem freundlichen Lächeln abtun könnte, sie bedeuten eine schwerste Gefahr für das deutsche Volk". — Anlangend aber die Friedenskundgebung des Deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917 und die hinter ihr stehende Reichstagsmehrheit, so ist es bekanntlich keine Übertreibung, wenn man sagt, daß es überhaupt keine Schmähung gibt, mit der die Alldeutschen und ihre Verwandten sie nicht beworfen hätten. Kleine, aber durchaus unvollständige, Zusammenstellungen davon finden sich in meinen Aufsätzen „Landesverräter" in Nr. 17 von 1917 und „Kritik" in Nr. 22 von 1917. Es ist vielleicht ganz lehrreich, sie einmal wieder nachzulesen. Hier seien nur herausgehoben: das schöne Wort vom „Schlag ins Gesicht jedes ehr- und vaterlandsliebenden Deutschen" aus den „Alldeutschen Blättern" vom 18. August 1917 und der volltönende Spruch des Generallandschaftsdirektors Meyer-Rottmannsdorf auf der Gründungsversammlung des westpreußischen Landesvereins der „Vaterlandspartei": „Als ich damals die Friedenskundgebung des Reichstages gelesen habe, habe ich geglaubt, nicht im Deutschen Reich zu sein, sondern in einer Idiotenanstalt." — — Weshalb denn auch die ganze deutsche Antwortnote an den Papst bei den Alldeutschen wenig Gnade findet, was in einem eigenen Aufsatz der „Alldeutschen Blätter" vom 29. September 1917 zum Ausdruck kommt: Daß die deutsche Antwort hervorhebt, bei ihrer Bearbeitung habe sich die Kaiserliche Regierung „in engster Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes" befunden, und daß die deutsche Antwort ihren Einklang mit der Friedenskundgebung des Reichstages betont, das findet das verbandsamtliche Organ der Alldeutschen sogar „geradezu unbegreiflich würdelos".

Graf Hertling gibt eine Erklärung über Belgien ab. Genauer: er gibt zwei Erklärungen darüber ab, die erste am 11. Juli und die zweite am 12., wobei es naturgemäß das Wesen der zweiten Erklärung ist, daß sie die erste Erklärung maßgebend erläutert und nötigenfalls verdeutlicht. (Eigenartigerweise ist die zweite Erklärung vor der ersten veröffentlicht worden, so daß es dem durchschnittlichen Zeitungsleser nicht ganz leicht geworden sein dürfte, das Verhältnis der beiden Erklärungen zueinander zu erkennen.)

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

In beiden Erklärungen hat der Kanzler gesagt, die „Okkupation" und der gegenwärtige Besitz Belgiens bedeute nur, daß wir ein Faustpfand für die künftigen Verhandlungen haben. Das Faustpfand soll nach der ersten Rede einer Sicherung gegen gewisse Gefahren dienen, die man dadurch fernhält, daß man dieses Faustpfand in der Hand hat; man gibt es nur heraus, wenn diese Gefahren beseitigt sind. Die zweite Rede unterstreicht dazu scharf, daß man das Faustpfand nicht behalten will, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen. Über eine der Gefahren, deren Beseitigung durch die Friedensverhandlungen das Faustpfand Belgien uns sichern soll, spricht Graf Hertling in der ersten Rede ausführlicher; diese Gefahr kommt aus Belgien selbst: Belgien darf nicht Vormarschgebiet für unsre Feinde werden, was nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich zu verstehen ist; Belgien könnte nämlich, wenn wir in den Friedensverhandlungen keine genügende Sicherung dagegen durchsetzen könnten, von England und Frankreich benutzt werden, um uns nach dem Kriege wirtschaftlich abzuschnüren. Die dagegen in den Friedensverträgen zu treffenden Sicherungen, die wir, vermöge des Faustpfandbesitzes an Belgien, erzwingen können, sollen aber, das betont der Kanzler schon in seiner ersten Rede, so gestaltet sein, wie es auch ganz und gar im Interesse Belgiens selbst liegt: sie sollen darin bestehen, daß wir wirtschaftlich enge Beziehungen mit Belgien herstellen, und daß wir uns mit Belgien über diejenigen politischen Fragen verständigen, die die lebenswichtigen Interessen Deutschlands berühren. — — Eine der weiteren Gefahren, deren Beseitigung durch die Friedensverträge uns der Faustpfandbesitz Belgiens erzwingen soll, dürfte die Gefahr sein, daß England unsre jetzt von ihm besetzten Kolonien zu behalten suchen wird. Der Kanzler hat davon zwar in keiner der beiden Reden ausdrücklich gesprochen; dafür aber, daß er gerade hieran als an einen Hauptpunkt gedacht hat, spricht die folgende Tatsache: Unmittelbar nach seinen beiden Reden meldete die dänische Zeitung „Politiken", ihrem Berliner Berichterstatter sei in Berlin von „wohlunterrichteter autoritativer politischer Seite" mitgeteilt worden, gerade Dies sei Hertlings Meinung. Und diese Auslandsstimme wurde dann von Wolffs Telegraphenbureau sofort an die deutschen Zeitungen weiter gemeldet, was, wie die „Deutsche Tageszeitung" (die selbstverständlich traurig ist) zutreffend festgestellt, nicht möglich gewesen ist, ohne daß das Telegramm durch „mindestens zwei Zensuren gegangen ist". — Ist das des Kanzlers Meinung, so würde sich mit ihr decken die hier stets vertretene Auffassung, die unter anderm in Nr. 6 von 1918 so gefaßt worden ist: „Wohl ist ja Belgien unser wichtigstes Faustpfand, ein Faustpfand, das wir dringend brauchen, vor allem um in irgendwie absehbarer Zeit Das wieder einlösen zu können, was unsre Gegner von uns in Händen haben: Nämlich unsre Kolonien, unsern freien Außenhandel, und überhaupt unsre wirtschaftliche Freiheit." (Ich habe dort noch hinzugefügt: „sowie den größten Teil des asiatischen Reiches unsres türkischen Bundesgenossen".)

Über das, was mit dem Faustpfand geschehen soll, nachdem es seinen Dienst geleistet hat, hat sich Graf Hertling sehr unzweideutig ausgesprochen. Schon am 11. Juli hat er erklärt, „daß wir nicht daran denken, Belgien dauernd in Besitz zu nehmen" und hat hinzugefügt, Das sei schon von Anfang des Krieges an unser Standpunkt gewesen. In der zweiten Rede aber hat er das Gleiche noch schärfer ausgedrückt durch die Sätze:

> „Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgendeiner Form zu behalten. — Ich wünsche genau so, wie ich schon am 24. Februar sagte, daß das nach dem Kriege wiedererstandene Belgien als selbständiges Staatswesen keinem als Vasall unterworfen sei und mit uns in guten, freundschaftlichen Verhältnissen lebe. Das ist der Standpunkt, den ich zu

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dem belgischen Problem von Anfang an einnahm und auch heute noch einnehme."

Es versteht sich, daß von dem hier stets vertretenen Standpunkte aus diesen Worten des Grafen Hertling die klarste und schärfste Zustimmung zu zollen ist. Die Begründung dafür ergibt sich aus Dem, was hier unter anderm in Nr. 6 von 1918 gesagt wurde:

„Wer, wie die ‚Vaterlandspartei', aus Belgien mehr machen will als ein beim Ende des Krieges auszutauschendes Faustpfand, nämlich ein auch nach dem Kriege der deutschen ‚Schutzmacht' unterworfenes Land, der predigt einen Krieg von noch vielen Jahren. Denn nicht oft genug kann es wiederholt werden: Genau so, wie Elsaß-Lothringen der eine Punkt ist, über den Deutschland nicht verhandeln wird, solange es nicht so zerschmettert wäre, daß die Feinde ebensogut seine Auflösung von ihm erzwingen könnten, genau so gut ist umgekehrt die völlige Unabhängigkeit Belgiens vom Deutschen Reiche der eine Punkt, über den England nicht verhandeln wird, solange es nicht so zerschmettert wäre, daß man ebensogut die Abtretung Indiens und die Auflösung des britischen Weltreiches von ihm verlangen könnte In jener Frage gibt es in Deutschland eine einheitliche Front, die von Heydebrand bis zu Haase reicht, in dieser Frage besteht in England eine gleiche Einigkeit von Carson bis Macdonald."

Ich freue mich jener Worte des Grafen Hertling ganz besonders auch wegen der guten Wirkung, die sie bei unsern Bundesgenossen haben müssen. Diese Wirkung ist sofort eingetreten, wie die folgenden Sätze aus der Rede des Grafen Czernin vom 18. Juli zeigen, die sich den oben (Seite 281/82) angeführten Sätzen aus dieser Rede unmittelbar anschließen:

„Ich habe mit großer Befriedigung die letzten Ausführungen des Reichskanzlers betreffend Belgien vernommen, und ich glaube sicher hoffen zu können, daß der abgeklärte Geist des hervorragenden Staatsmannes die Bürgschaft dafür auch in Deutschland bietet, daß der Krieg in dem Augenblick sein Ende erreicht haben wird, wo der Feind auf seine utopischen Eroberungsabsichten verzichtet haben wird."

Die Alldeutschen und ihre Verwandten nehmen den denkbar schärfsten gegenteiligen Standpunkt ein: Wie das eben bereits berührt ist, steht die „Vaterlandspartei" auf dem Standpunkte, es dürfe nicht Friede werden, bevor Deutschland Belgiens „Schutzmacht" sei; das ist gleich auf ihrer ersten Tagung am 24. September 1917 programmatisch ausgesprochen worden. Und auch jetzt hat sie unmittelbar nach Hertlings Reden eine „Entschließung" des Inhalts versandt, für sie sei Belgien nicht nur ein Faustpfand. — Der bekannte Schaefersche annexionistische Ausschuß sodann verlangt, daß Belgien „militärisch, wirtschaftlich und politisch in deutsche Hand zu liegen komme"; eben das aber würde ja — wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in anderm Zusammenhange am 19. Juli sehr richtig ausgeführt hat — bedeuten, daß Belgien Deutschlands Vasall würde, also das Gegenteil Dessen, was der Kanzler will. — Die „verbandsamtlichen" alldeutschen Kriegsziele drittens fordern: Deutschland soll Belgien in der Hand behalten. Dabei dürfen dann aber die Bewohner Belgiens keinen Einfluß auf die politischen Geschicke des Deutschen Reiches haben. Und der „französischgesinnten und verwelschten Oberschicht" Belgiens sollen die Unternehmungen und Besitzungen, die ihr die Beherrschung des Landes ermöglichen, durch Überführung in die deutsche Hand entzogen werden. — Der Abgeordnete Fuhrmann endlich, ein Mächtiger unter den Alldeutschen, in der „Vaterlandspartei" und im Schaeferschen Ausschusse, hat bereits am 21. Februar 1917

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

als Herold der Weltgeschichte erklärt, was Alles ein deutscher Staatsmann in diesem Kriege annektieren müsse, wenn er vermeiden wolle, daß ihn „die Geschichte" „den Totengräber deutscher Macht nenne". Der „Staatsmann" darf — sagt Kühlmann — wenn er diesen Titel nicht haben will, unter anderm aus diesem Kriege nicht zurückkommen „ohne daß Belgien in unsrer Hand bleibt".

Graf Hertling hat endlich mit äußerster Bestimmtheit erklärt, sobald sich bei unsern Feinden irgendwo ernsthafte Regungen für die Anbahnung des Friedens, oder auch nur die ersten Schritte zu dieser Anbahnung zeigen würden, dann würden wir solchen ernstgemeinten Anregungen (die natürlich ausgehen müßten von berufenen und ausdrücklich autorisierten Vertretern der feindlichen Mächte) sofort mit allem Ernste nachgehen.

Für die ganze Richtung der Alldeutschen und ihrer Verwandten ist der schlechthin gegenteilige Standpunkt eines der auffallendsten Kennzeichen. Noch am 12. Oktober 1917 (nach mehr als drei vollen Kriegsjahren!) forderte ein hochoffizieller Aufruf der „Vaterlandspartei" wörtlich: „Gegen englische Friedensfühler müssen wir hart sein." Die Lehmannsche Broschüre ferner, vom „Alldeutschen Verbande" in riesigen Massen verbreitet, warnte ausdrücklich davor, das Friedensangebot der Feinde, von dem sie, am 20. März 1917, verkündete, es könne „über Nacht kommen", anzunehmen; erst müsse England auf „die Knie niedergerungen" sein und sich Lehmanns Frieden diktieren lassen — ein Ereignis, dessen Eintritt Lehmann unter Berufung auf den Mann, der jetzt der erste Vorsitzende der „Vaterlandspartei" ist, auf den 31. Juli 1917 festsetzte*).

Und Graf Reventlow, der allem, was alldeutsch oder vaterlandsparteiisch oder dergleichen ist, besonders nahe steht, hat ja schon am 2. Februar 1917 in der Philharmonie in Berlin das Folgende verkündet: Wenn nun vielleicht nach einiger Zeit aus England Verständigungsstimmen kommen sollten, dann dürfe das deutsche Volk sich „nicht scheidemännern lassen", dann müsse Deutschland vielmehr sagen: „Nein, du oder ich!" In diesem Kriege komme es nicht auf Verständigung an, sondern darauf, welche Mächtegruppe ruiniert werde. — Eine Offenbarung, die darum so besonders bemerkenswert ist, weil sie zeigt, daß diese ganze Richtung sich durchaus bewußt ist, daß die von ihr so heftig geforderte Politik des Hasardspiels, die den richtigen Augenblick für einen Verhandlungsfrieden verpassen und einem Diktierfrieden nachjagen will, möglicherweise auch dazu führen kann, daß wir und unsre Bundesgenossen „ruiniert werden".

Nach alledem darf die Frage, die den Gegenstand meiner heutigen Untersuchung gebildet hat, dahin beantwortet werden, daß gegenwärtig keine Gefahr besteht, daß die Alldeutschen und ihre Verwandten die nach Graf Hertlings Zeugnis vom deutschen Reichskanzler allein verantwortlich geführte Politik des Deutschen Reiches entscheidend beeinflussen könnten. Und da Graf Hertling ausdrücklich erklärt hat, an seiner Politik werde sich nichts ändern „solange er an dieser Stelle stehe", so erscheint jene Gefahr überhaupt ausgeschlossen, solange Graf Hertling an der Macht ist.

Die Alldeutschen haben wohl auch von vornherein geahnt, daß Graf Hertling sich ihrem Joche nicht beugen werde: Wenigstens haben sie ihn gleich zu Beginn seiner Kanzlerschaft entsprechend gegrüßt; ihr verbandsamtliches Organ, die „Alldeutschen Blätter", schrieben in dem schönen Aufsatze „Politischer Heren-

*) Näheres siehe in dem Aufsatze „Lehmanns Kriegsziele" in Nr. 13 von 1917. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sabbat" in ihrer Nummer vom 10. November 1917 (die sie auch ins Ausland verbreiteten) über ihn — in Sperrdruck — also:

„Schuldbeladen, wie vor ihm kein Kanzler, nähert er sich der Wilhelmstraße ... und den Einzug erkauft er sich mit einer politischen Todsünde, die ihn zu trauriger Erinnerung unsterblich machen wird."

Nach sorgfältiger Prüfung und Erkundigung kann ich feststellen, daß selbst das Lexikon alldeutscher Schmähungen gegen Bethmann Hollweg*) nur ganz wenige Nummern enthält, die noch schöner sind.

Fidelis.

Das kommende Wohnungselend.

Nun reiben sich die Hausbesitzer die Hände. Wird es kommen, das große niegekannte Wohnungselend? Wird endlich auch ihr Weizen blühen?

Alle Anzeichen sprechen dafür. Die Wohnungsnot ist im Anzuge — wird vielleicht, noch ehe dieser Krieg endet, akut, und die Übergangswirtschaft steht vor den allerschwierigsten Verhältnissen.

Vor 47 Jahren erlebten wir ein Beispiel. Am 10. Mai 1871 war Friedensschluß. Am 25. August schon wußte man in Berlin, daß zum 1. Oktober mit 10600 obdachlosen Familien in der neuen Reichshauptstadt zu rechnen sein würde, darunter genug recht ordentliche Leute, pünktliche Mietezahler, Familien von Kriegsteilnehmern. Und der Juli des Jahres 1872 sah als bittersten Ausdruck dieser Wohnungsnot in Berlin Barrikadenkämpfe, Schutzmann- und Militäraufgebot, mehrere hundert Verwundete**).

Solche Vorgänge dürfen sich auf keinen Fall wiederholen. Erkennen wir die Ursachen der steigenden Wohnungsnot, so werden wir auch aus ihnen heraus die Mittel zu ihrer Beseitigung finden. Diese Mittel dann richtig anzuwenden, muß Ziel und Aufgabe staatlicher Fürsorge sein; ihr allein kann es gelingen, Angebot und Nachfrage in richtige Bahnen zu lenken und der Not schließlich jenes Höchstmaß zu nehmen, das zum Elend führt.

Wie ist die jetzige Wohnungsnot entstanden, und wie weit dehnt sie sich?

In den Jahren 1910 und 1911 verzeichneten die Wohnungsstatistiken einen befriedigenden Markt. Das Angebot an großen und kleinen Wohnstätten war in den meisten großen Städten reichlich und genügte der Nachfrage vollauf. Dann kam kurz vor dem Kriege jene ständig sich steigernde Krise, die durch wilde Boden- und Grundstücksspekulationen bedungen wurde. Der Wohnungsmarkt bekam ein gänzlich verändertes und ungesundes Aussehen. Kleine Wohnungen wurden nicht mehr gebaut, weil es sich bei den steigenden Bodenpreisen nicht lohnte. Dafür entstand das Massenmiethaus. Hof-, Keller- und Dachwohnungen wurden zu Unterkunftsstätten des überwiegenden Teils der großstädtischen Bevölkerung, während die modernen Luxuswohnungen im Vorderhause mit ihren häufig künstlich hochgeschraubten Mietepreisen mehr und mehr leerstanden. Dadurch kam schon vor dem Kriege der Hausbesitzerstand in eine schwierige und wirtschaftlich immer unhaltbarere Lage. Die Gewohnheit, große Objekte in 10% des Kaufpreises zu erwerben, züchtete zwar eine spekulative, doch kapitalschwache Art von Hauseigentümern heran, die in Wirklichkeit nur dem Namen nach „Eigentümer",

*) Ein (aber nur ganz kleiner) Auszug daraus findet sich in meinem Aufsatze „Unbillige Anklage" in Nr. 5 von 1917. D. Verf.

**) Kraft zit. bei Fuchs, Wohnungsfrage S. 160.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tatsächlich aber nichts anderes als Hypothekenverwalter dieser modernen Mietskasernen waren. Kein Wunder, daß sich bei einer solchen Lage das Vertrauen des Kapitals vom Hypothekenmarkt immer weiter zurückzog, und die Frage der sogenannten zweiten Hypotheken noch vor dem Kriege zu Krisenerscheinungen führte, die sich gleichsam lähmend der Bautätigkeit entgegenstellten. So versagte schon in den letzten Friedensjahren die Bautätigkeit immer mehr, und es gab nur allzubald steigende Wohnungsnot. Statistiker wie Kuczynski hielten schon für die damalige Zeit eine Katastrophe für unabwendbar. Da kam der Krieg.

Das plötzlich und vom Grunde auf veränderte Wirtschaftsbild zwang zahlreiche Wohnungsinhaber zur Aufgabe ihrer eigenen Heimstätte. Die Folge war eine erhebliche Zunahme leerer Wohnungen. Allerdings war diese nicht überall gleich. Große und mittelgroße Wohnungen fand man verhältnismäßig häufiger leer stehen als die kleineren Heime. Die Abwanderung aus den kostspieligen Quartieren in billigere kam überall zur Geltung. Der Hausbesitzerstand sah sich Aufgaben gegenüber, denen er keineswegs gewachsen war. Der Staat mußte ihm notgedrungen Pflichten auferlegen, die ihn bis an den Rand des Ruins brachten. Wie nie zuvor rächte sich jetzt die wirtschaftliche Schwäche jener spekulativen „Eigentümer", die in der Regel nur weitgehendste öffentliche Hilfe in ihrem Besitze zu erhalten vermochte.

Allmählich erst trat ein Umschwung ein. Im Winter 1916/17 sehen wir eine erhebliche Abnahme der leeren Wohnungen gegen das Vorjahr. In 40 Städten, für die Angaben vorliegen, ging ihre Zahl von 96828 auf 85708 zurück*). Die Ursache ist klar. Die Begründung neuer Hausstände durch zahlreiche aus dem Heeresdienst Entlassene, dazu die immer weiter fortschreitende Abnahme der Bautätigkeit, gaben den Hauptanlaß. Zwar konnte man 1916 noch nicht von einer eigentlichen Wohnungsnot sprechen, von einer Wohnungsknappheit aber entschieden. Diese trat namentlich in den Industriestädten mit erschreckender Deutlichkeit zutage. Wieder waren es namentlich die kleinen Wohnungen, an denen Mangel herrschte, während ein hoher Prozentsatz der größeren und großen Quartiere noch vom Kriegsanfang her leerstand. Damals sagte Kuczynski: „Endet der Krieg noch in diesem Jahre, so wird eine eigentliche Wohnungsnot vor Friedensschluß nur in einer Minderheit von Städten herrschen; dauert er länger, so verwandelt sich die Minderheit in eine Mehrheit, und diese Mehrheit wird in bedrohlicher Weise wachsen*)."

Er sollte recht behalten. Kaum zwei Jahre später wird in den meisten deutschen Großstädten der Wohnungsmangel allgemein fühlbar. Alle Quartiere werden davon betroffen — die kleinsten am schärfsten — weniger scharf die großen. Als erste öffentliche Anzeichen dieser Not erscheinen in süd- und mitteldeutschen Städten Anzeigen, die geldliche Belohnung auf den Nachweis von Wohnungen setzen. Sie werden von den Generalkommandos verboten.

In Berlin erwägt man ernstlich den Plan von Zwangseinquartierungen in größeren und Luxuswohnungen.

Eine allgemeine Wohnungszählung in den Mittel- und Großstädten soll Klarheit bringen. Sie wird im Mai dieses Jahres durchgeführt. Ihr Resultat kann nicht überraschen und wird endlich allen jenen, die mit dem Hinweis darauf, daß die Sterbefälle jetzt die Geburten übersteigen, eine verstärkte Nachfrage nach Wohnungen bestritten haben, die Augen öffnen. Denn nicht Sterbefälle und Geburten regulieren den Wohnungsmarkt, der zunehmende Wohnungsbedarf hängt einzig und allein von der Zunahme der Haushaltungen ab. So wird auch die

*) Kuczynski, Wohnungsnot bei Friedensschluß?

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bevölkerung der meisten Städte nach dem Kriege kaum größer sein als vorher. Aber mit dieser Bevölkerung ist unterdessen eine Wandlung vorgegangen. Wohl wird die einzelne Haushaltung infolge der zahlreichen Kriegssterbefälle und des Rückganges der Geburten kleiner sein. Aber das Zurückfluten der Millionen unserer Krieger, die Gründungen neuer Haushaltungen, deren Errichtung der Krieg zunächst unmöglich machte oder auch nur verzögerte, wird ein starkes Mehr verfügbaren Wohnungsraumes erfordern. Selbst bei fast gleicher Einwohnerzahl wird eine Stadt nach dem Kriege weit mehr Wohnungen brauchen als früher. Hinzu kommt natürlich noch, daß in Ortschaften mit erhöhtem Arbeitsangebot (in den Industriegebieten) auch die Einwohnerzahl sich vermehren wird und an diesen Orten, die den ersten und stärksten Zustrom zu erwarten haben werden, das Wohnungselend ein geradezu gefährliches Ausmaß anzunehmen vermag.

Wie ist nun dieser, unsern gesamten Volkskörper gleich schädigenden Schwierigkeit zu begegnen?

Neubauten sind während der letzten Jahre in so verschwindend geringer Anzahl entstanden, daß ihre Berücksichtigung für die Massenanforderung nach dem Kriege so gut wie belanglos ist. Die Errichtung massiver Wohnstätten aber sofort nach Einstellung der Feindseligkeiten wird bei der herrschenden und beständig sich verschärfenden unnormalen Lage des Baumarkts für die private Bautätigkeit zunächst kein Geschäft sein, so daß auch dieser Faktor nicht hinreichend in Betracht kommt*).

Was bleibt übrig? Einzig und allein eine Bautätigkeit, die, frei von spekulativen Absichten, ohne Gewinn arbeitet. Solche ist zu fordern, oder wird ausgeübt: erstens von den größeren Arbeitgebern industrieller Werke, zweitens von gemeinnützigen Bauvereinen, Gartenstadtgesellschaften und anderen auf bodenreformerischer Grundlage ruhenden Vereinigungen; endlich von den Behörden selbst. Im Frieden hat die Bautätigkeit dieser gemeinnützigen Körperschaften allerdings nur einen so geringen Prozentsatz in der Gesamtwohnungsherstellung ausgemacht, daß mit ihm kaum zu rechnen war. Für die Übergangszeit jedoch muß sie in hohem Maße gefordert werden. Es wird Ziel und Streben der staatlichen Organisationen sein, diese mit allen Mitteln anzuregen. Den gemeinnützigen Bauvereinen zu diesem Zwecke weitgehende Kredite einzuräumen und das Kleinsiedlungswesen auf dem platten Lande durch Aufteilung größerer Liegenschaften tatkräftig zu fördern, liegt wohl schon jetzt in der Absicht der Behörden.

„Von den Arbeitgebern, insbesondere den Kriegsgewinnern aber ist", wie Stadtbaurat Hans Strobel sagt, „zu verlangen, daß sie sich nach Kräften an der Wohnungsbeschaffung für ihre Arbeiter und Hilfskräfte beteiligen. Eine unzulässige Verquickung von Werk- und Mietsvertrag ist dabei zu vermeiden. Für ganz kleine Betriebe muß die Rückkehr zu der guten alten Sitte gefordert werden, daß der ledige Geselle und der Lehrling beim Meister wohnen, denn dies bedeutet eine Entlastung der Kleinwohnungen vom Schlafstellenwesen**)."

Leider aber werden alle diese Maßnahmen nur einen geringen Teil der Wohnungsnot zu lindern vermögen. Das private Bauunternehmertum muß trotz allem so schnell wie möglich wieder eingeschaltet werden. In der Hauptsache wären zunächst einmal die vielerorts vorhandenen angefangenen oder halbausgeführten Wohnungsbauten zu vollenden. Ihre Fertigstellung wäre möglichst noch während des Krieges zu fordern. Bauarbeiter und Baustoffe müßten von

*) Durch die private Bauunternehmung wurden in Friedenszeiten etwa 95% aller Wohnhäuser hergestellt.

**) Strobel, Notwohnungen (Schriften des deutschen Vereins für Wohnungsreform).

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der Heeresverwaltung freigegeben werden. Dazu wäre von den Gemeinden ausreichende finanzielle Hilfe zu gewähren, die etwa in Form von unverzinslichen Darlehnshypotheken, die auf längere Zeit festgemacht würden, an die Bauunternehmer zu leisten wäre.

Haben wir so weit die Möglichkeiten für die Neuerstellung massiver Wohnungsbauten besprochen, so käme in zweiter Linie die Frage nach Ausnutzung der vorhandenen Bestände. Die schon in Berlin besprochene Zwangseinquartierung obdachloser Familien in großen Miethäusern mit ihren vielzimmrigen, meist nur teilweise voll ausgenutzten Räumen, gäbe eine Möglichkeit der Unterkunftsbesorgung. Daß der Staat im Notfalle zu dieser Maßregel schreiten wird, erscheint nach den gepflogenen Besprechungen unzweifelhaft. Dadurch würde die Zerlegung größerer Wohnungen in kleine, ein Verfahren, das in der Regel den Interessen der Hausbesitzer zuwiderläuft (man vergegenwärtige sich nur die mit ihr verbundene stärkere Abnutzung des Hauses, die notwendig werdenden Umbauten, die Entwertung durch das Fernbleiben kapitalkräftiger Mieter), in engen Grenzen gehalten werden können. Ebenso würde diese Art der Notunterbringung vielleicht die aus volksgesundheitlichen Gründen nicht ratsame Benutzung von Dach- und Kellergeschossen zu Wohnungszwecken, wenn nicht ausschließen, so doch hintanhalten.

Doch selbst die Benutzung aller dieser verfügbaren Räumlichkeiten würde den eintretenden Wohnungsmangel wahrscheinlich noch keineswegs zu beheben vermögen. Die Bereitstellung leerstehender oder mangelhaft ausgenutzter öffentlicher Gebäude, die Verwendung von Läden, Lagerhallen, Fabriken, Militärbauten, Gefangenenbaracken, die im wahrsten Sinne als Notquartiere zu dienen hätten, schon im Anfang der Übergangswirtschaft, wäre eine notwendige und schnellste Erledigung heischende Forderung.

Wir sehen, daß ein gewaltiger, neu zu schaffender Apparat nötig wird, um der Masse der rückflutenden Krieger Heim und Unterkunft zu bieten. Es wäre aber grundfalsch, diesen in seiner Entwicklung und Arbeit sich selbst zu überlassen. Dazu bedarf er der geschulten behördlichen Leitung. In jeder größeren Gemeinde müßte der Wohnungsnachweis streng zentralisiert werden. Jeder Hausbesitzer wäre zur Anmeldung der freistehenden Gelasse an diese Zentrale zu zwingen. So würde die Behörde das Material für eine Wohnungsrationierung in die Hand bekommen, das sie in jeder Richtung, im äußersten Falle selbst bis zur Enteignung nutzlos leerstehender Wohnungen gebrauchen könnte. Dann wäre sie auch gleichzeitig über die geforderten Mieten unterrichtet und in der Lage, übermäßige Steigerungen nach dem Gesetze des Höchstpreises (ein System, das hier vielleicht am wenigsten Fiasko machen dürfte) zu unterdrücken.

Bliebe schließlich noch das Problem der Geldbeschaffung — eine der schwierigsten Fragen. Das Privatkapital, einstmals zu 4 und $4^1/_2$% hergeliehen, wird sich schwerlich unter $5^1/_2$% herbeilassen, und nicht viel anders wird es mit den Sparkassen, den Hypothekenbanken und anderen Instituten, die ihre Gelder in Hypotheken anzulegen pflegten, gehen. Der hohe Zinsfuß aber würde die Wohnungsmieten von vornherein verteuern.

Was wäre dagegen zu tun?

Landesrat Dr. Mewes schlägt vor: „Die Beschaffung der notwendigen Mittel erfolgt in der Weise, daß das Reich bei Ausgabe der nächsten Kriegsanleihen von vornherein einen Gesamtbetrag von 1 Milliarde Mark für die Gewährung niedrig verzinslicher Darlehen für Wohnungsbauten bestimmt. Der Reichswohnungsfürsorgefonds würde zweckmäßig eingerichtete Neubauten bis zu 80% beleihen

und so unter besonderer Bevorzugung des Kleinwohnungsbaues den ersten Grundstein zu reger Neubautätigkeit legen*)."

Wir gehen schweren Zeiten in der Wohnungsfrage entgegen. Unsere Krieger sollen nicht, wenn sie heimkommen, obdachlos dastehen, und vor allen Dingen — sie dürfen nicht von gewissenlosen Hausbesitzern ausgebeutet werden. Unsere Verantwortlichen haben die Pflicht, vorzusorgen, oder besser — zu handeln, — und zwar schnell zu handeln. Das ist die Aufgabe des Tages.

H. Prehn-Dewitz.

Rund um uns

Zum Brennesselanbau. Im „Vortrupp" Nr. 14, S. 274ff., ist ein Aufsatz enthalten: Uderstädt, „Die Zukunft der deutschen Webeindustrie", der, so bedeutsam im Einzelnen er auch ist, doch geeignet sein könnte, ein falsches Bild von dem eigentlichen Problem zu geben. Es ist richtig, daß Brennesseln brauchbare Fasern liefern. Für den Ausfall an Wolle, Baumwolle und Jute, den wir für die Zeit nach dem Krieg erwarten müssen, können aber der Menge nach weder Torffaser, noch Schilfrohr, noch Fichten- und Kiefernnadeln, noch gar Brennessel einen Ersatz liefern. Kultivierung der Niedermoore zum Zweck des Brennesselanbaus ist sicherlich billiger als Kultivierung zum Getreidebau; immerhin wäre aber auch die so gewonnene Nesselfaser noch außerordentlich teuer; außerdem aber sind unsre Niedermoore der Fläche nach beschränkt. In Preußen gab es (Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, Jahrgang 12, S. 80) i. J. 1912: 6940 ha noch nicht kultiviertes Moorland. Ein beträchtlicher Teil davon ist Hochmoor, ein andrer seither schon kultiviert; andrerseits sind die andern Bundesstaaten auch im Besitz unkultivierter Niedermoore. Man wird daher Herrn U. nicht unrecht tun, wenn man 7000 ha als das Höchstmaß von Land annimmt, das nach seinen Ausführungen für den Brennesselanbau überhaupt in Frage kommt. Mit der Fläche von sieben ostpreußischen Fideikommissen aber kann man der Webwarennot Deutschlands nicht aufhelfen.

Das muß betont werden, weil durch diese Brennessel- usw. Propaganda ein falscher Gesichtspunkt eingenommen wird. Natürlich ist es richtig, während des Krieges die verschiedenen Bestände an den genannten Fasern zu verarbeiten; da muß alles heran, helfe, was helfen kann. Nach dem Krieg aber ist das Problem: Beschaffung allergrößter Massen tragbarer Ersatzgarne zu erschwinglichen Preisen. Die Lösung des Problems der Masse nach liegt einfach in der Holzfaser, deren Verarbeitung zu tragbaren Garnen freilich noch nicht vollkommen gelungen ist, aber wohl als erreichbar bezeichnet werden darf; die Preisfrage wäre dabei in erster Linie eine der auswärtigen Handelspolitik (Preis des eingeführten Holzes), in zweiter Linie der Sozialpolitik (Beseitigung des Papiergarnwuchers aller Spielarten, dauernde Webwarenrationierung usw.). Das ist das Problem, das in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestellt werden sollte.

Herman Kranold.

*) Mewes, Geldbeschaffung in der Übergangszeit (Schriften des deutschen Vereins für Wohnungsreform).

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Deutscher Reichstag, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/18. Wir erhielten vom Bureau des Reichstages die Mitteilung, daß der Reichstag in seiner Plenarsitzung vom 20. Juni den vom Ausschuß für Petitionen in dem nachstehenden Berichte gestellten Antrag angenommen hat:

Nr. 1503. 89. Bericht.

Berichterstatter:

Abgeordneter Sir (Amberg). Tgb. II. Nr. 1912.

Der deutsche Vortruppbund (Geschäftsstelle Hamburg) hat an den Reichstag eine Bittschrift mit 4578 Unterschriften um Schaffung eines Gesetzes zur Verhinderung des Kinderhandels eingereicht.

Die Gesuchsteller bitten, der Reichstag wolle auf Schaffung eines Gesetzes dringen, welches verbietet

1. daß jemand ein eheliches oder uneheliches Kind ohne Wissen und Genehmigung des Vormundschaftsgerichts mit oder ohne Entgeld, Abfindung oder dergleichen an andere Personen abgibt;
2. daß in der Presse irgendwelcher Art die Anpreisung von Gelegenheit zu „diskreter Geburt" erscheine;
3. daß in der Presse irgendwelcher Art Adoptionsanzeigen erscheinen.

Diesem Gesetze müßte als Ergänzung ein anderes dienen, das

1. die Schaffung von Entbindungshäusern vorsieht, die unter Aufsicht der Behörden stehen und in denen die Frauen und Mädchen, die sich in den Schutz dieser Häuser begeben, auf keine Weise bloßgestellt werden (standesamtliche Meldungen seien natürlich nicht zu versäumen); und das
2. private Adoptionsvermittlung verbietet und die Einrichtung amtlicher Vermittlungsstellen fordert.

Begründet ist diese Petition damit, daß, wie öfters aus Zeitungen zu erfahren ist, Kinder von ihren gesetzlichen Vertretern in leichtfertigster Weise anderen Personen überlassen werden und dadurch verwahrlosen oder ganz verkommen.

Aus diesen Mitteilungen lasse sich nicht immer erkennen, ob für die Überlassung oder Annahme der Kinder Geld gezahlt werde, also im eigentlichen Sinne des Wortes „Kinderhandel" stattfindet.

Doch lägen hier schwere Mißstände vor, die besonders in unserer Zeit erhöhter Kinderfürsorge unseres Volkes unwürdig seien.

Dieses Vergeben von Kindern werde durch die sich immer mehr häufenden Hebammen- und Adoptionsanzeigen in den Tageszeitungen und Zeitschriften gefördert. Es solle nicht geleugnet werden, daß manche dieser Anzeigen einwandfrei sein mögen, doch stehe fest, daß das in den meisten Fällen nicht der Fall sei.

Auf Antrag der beiden Berichterstatter beschloß der Ausschuß in seiner Sitzung vom 11. Mai 1917, dem Reichstag zu empfehlen, diese Petition dem Herrn Reichskanzler als Material zu übergeben.

Der Ausschuß beantragt daher:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Petition Tgb. II. Nr. 1912, betreffend Verhinderung des Kinderhandels, dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen.

Berlin, 25. April 1918.

Der Ausschuß für die Petitionen.

Schwabach, Vorsitzender, Sir (Amberg), Berichterstatter, Dr Graf v. Bernstorff-Wehningen, Dr Blunck, Bohtz, Bolz, Brey, Chrysant, Fischer (Hannover), Gunsser, Herzog, Horn (Sachsen). Hubrich (Oberbarnim), König, Koßmann, Krahmer, Dr Macour, Pospiech, Reck (Lyck), Sachse, Scheef, Schwartz (Lübeck), Schwarz (Schweinfurt), Spiegel, Starck, Thiele, Thumann (Gebweiler), Trittel.

Eine deutsche Esperantotagung. Daß erfreulicherweise auch jetzt während des Krieges noch eine größere Anzahl eifriger Kulturfreunde für ein brauchbares Mittel zur Beseitigung des Spra-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

chenwirrwarrs und zur Ermöglichung sprachlicher Verständigung zwischen Menschen beliebiger Abstammung eintreten, zeigt die Tagung deutscher Esperantisten vom 7. bis 9. April 1918 in Leipzig.

Die Tagung war von dem Leiter des Sächsischen Esperanto-Instituts, Prof. Dr Dietterle, unter Mithilfe von Alfred Petzold in Leipzig, sorgfältig vorbereitet worden.

Zum ersten Male fanden sich über 100 deutsche Esperantisten der verschiedensten politischen und religiösen Richtungen, wie der verschiedensten gesellschaftlichen Kreise zusammen, um über eine gemeinsame Werbetätigkeit und gegenseitige Unterstützung zu beraten, ohne daß eine Verschmelzung der einzelnen Verbände stattfinden oder deren Selbständigkeit beschränkt werden sollte.

Besprochen wurden hauptsächlich die Beschaffung von zahlenmäßigen Zusammenstellungen und Namenlisten für Werbezwecke, wissenschaftliche Arbeiten, die Ausbreitung des Nachrichtendienstes, die gegenseitige Aushilfe bei Unterrichtskursen und Gründung neuer Gruppen, die Einführung von Esperanto in Schulen, die Schaffung einer möglichst vollständigen Bücherei, die Bekämpfung der Gegner, die Wiederaufnahme der Beziehungen zum Auslande usw.

Nach längerem Meinungsaustausch fand der Antrag einstimmige Annahme: Die Versammlung spricht ihre Zustimmung dazu aus, daß die verschiedenen Esperantisten-Verbände zu teilweisem Zusammenarbeiten in gegenseitige Verbindung treten. Das Nähere dieses Zusammenarbeitens festzulegen, wird den einzelnen Verbänden überlassen.

Hierauf erfolgte die Wahl eines Ausschusses für die gemeinschaftlichen Arbeiten unter dem Namen: Deutsche Zentralstelle für Esperanto, die von Prof. Dr Dietterle in Leipzig geleitet werden wird, sowie die Wahl eines Ausschusses für die Versuche, Esperanto in die Schulen einzuführen, und eines solchen zur Beschaffung von Lehr- und Lesestoff für riegsgefangene Esperantisten.

Ausführlichere Berichte über die Tagung sind in der Zeitschrift Germana Esperantisto (Dresden) Ausgabe A vom 1. 5 und 1. 6. 1918 erschienen. —

Franz Salzbrenner.

Fünfundzwanzig Jahre praktischer Bodenreform-Arbeit. Ein Beispiel erfolgreichen praktischen Wirkens im Sinne der Bodenreform bietet die auch in Vortrupp-Kreisen gut bekannte Obstbau-Kolonie Eden bei Oranienburg, die am 28. Mai dieses Jahres auf 25 Jahre ihres Bestehens zurückblicken konnte.

Die Begründer waren 18 Lebensreformer, die 1893 westlich von Oranienburg 160 Morgen geringwertiges Land, zumeist Ödland, für 36 000 Mark erworben hatten und davon 20 000 Mark schuldig bleiben mußten. Nach Überwindung verschiedener großer Schwierigkeiten, die durch Fehler und Irrtümer des Anfangs, durch Geldmangel, innere und äußere Reibungen, Wetterschäden usw. entstanden, ist die Siedlung zu ihrer jetzigen Blüte gelangt und durch ihre tadellosen Erzeugnisse im ganzen Reiche vorteilhaft bekannt geworden. Durch kluge Geschäftsführung wurden alle Schwierigkeiten überwunden; und wer heute einmal, vor allem zur Zeit der Obstblüte und der Obstreife, die ausgedehnte Siedlung durchwandert, der erkennt, daß tatsächlich weitschauende Menschen hier ein Stück Eden sich zu schaffen verstanden haben.

Die Ausbaumittel wurden durch eine von Genossen und Freunden gegründete Siedlungsbank, die Oranienburger Bau- und Kreditgesellschaft m. b. H., nach und nach aus den Kreisen der Reformer geworben. Die Bank nimmt Spargelder an und gibt 4% auslösbare Schuldverschreibungen unter guten Sicherheiten heraus. Wer in diese durchaus sichere Sparkasse sein Geld zur Verzinsung gab, unterstützte dabei gleichzeitig das große bodenreformerische Unternehmen. Der Grund und Boden Edens ist eben Gemeinbesitz. Das ist der Grund- und Eckstein der Edener Siedlung. Dem treuen Festhalten daran hat die Obst-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bau-Kolonie ihren sicheren Entwicklungsgang zu danken, und sie wird für ähnliche Reformunternehmungen immer das beste Vorbild bleiben. Die Heimstätten sind in Erbbaurecht gegeben; Baugeld gibt im Bedarfsfalle als unkündbare Tilgungshypothek die Siedlungsbank unter Bürgschaft der Genossenschaft.

Heute wohnen bereits in 120 Einfamilienheimen ebensoviele Familien, froh und glücklich in Luft und Sonne, die Erträge ihrer Scholle in der gegenwärtigen Zeit doppelt schätzend. Da seit 25 Jahren die Edener Grundrente nicht für privaten Nutzen gesteigert worden ist, so haben die Ansiedler als Bodenabgabe an ihre Genossenschaftskasse nur etwa den zehnten Teil dessen zu zahlen, was z. B. Laubenlandpächter in weniger guten Verhältnissen Großberlins entrichten müssen.

Die Heimstätten liefern schon recht ansehnliche Erträge, die eine eigene gut geleitete Verkaufsstelle auch der Allgemeinheit zur Verfügung stellt, soweit sie nicht in der Siedlung selbst gebraucht werden. Aus der Edener Obstbau-Kolonie ist Schlachtviehhaltung, Erzeugung und Verkauf von Tabak und Alkohol verbannt. Ein reges Bildungswesen ist ausgestaltet worden, und die Pflege vornehmer Geselligkeit im lebensreformerischen Sinne gibt dem geistigen Leben in der Kolonie sein eigenes anziehendes Gepräge.

Wie gesund sich die Siedlung entwickelt hat, zeigt die letzte Bilanz, die mit 1¼ Millionen Werten abschließt; dazu treten noch ¾ Millionen private Bauwerte der Erbbau-Anwärter. Wenn jetzt die Edener auf möglichst reinem „Freiland" (vgl. Otto Jackischs Aufsatz „Zur Siedelungs- und Heimstättenfrage" in Nr. 11 des „Vortrupp") weitere Siedlungen vorbereiten, um noch offensichtlicher den sozialen Wert solcher Bodenrechts-Gestaltung darzutun, so wird auch diesen neuen Unternehmungen gewiß der Erfolg nicht fehlen, wenn mit der gleichen Umsicht und Tatkraft die Arbeiten geführt werden, wie in der Mutterstedlung. F. H.

„Zuchthäusler."

I.

Zu Herrn Dr. Potthoffs Worten in Nr. 8 unseres Vortrupps, betitelt: „Zuchthäusler", möchte ich folgende kleine Randbemerkungen zu machen mir erlauben. In dem, was Herr Dr. Potthoff beabsichtigt, sind wir wohl alle einig. Beim wiederholten Lesen seiner Worte wird man auch das anfänglich vielleicht aufsteigende Gefühl verlieren, als mangele Herrn Dr. Potthoff der richtige Blick für die Verhältnisse auf dem Lande oder als wolle er die eine Schicht unseres Volkes gegen die andere ausspielen.

Nun würde sich vielleicht Herr Dr. Potthoff seine Aufgabe leichter gemacht und seine Absicht, den beschriebenen Schäden Einhalt zu tun, wirkungsvoller gemacht haben, wenn er mit noch stärkerem Nachdruck unterschieden hätte zwischen der durch die Not bedingten Schleichversorgung der mit ihrer zugewiesenen Ration nicht auskommenden Menschen ausschließlich zu eigenem Verbrauch, und dem gewerblichen Schleichhandel, der es den Kommunalverbänden oft geradezu unmöglich macht, die gesetzlichen Rationen aufzubringen. Natürlich hat Herr Dr. Potthoff sachlich diesen Unterschied gestreift (vgl. S. 153, vom untersten Abschnitt an). Aber es sollte noch schärfer der von mir gemachte Unterschied beachtet werden. Ob er sich überall, vor allem vor Gericht aufrecht erhalten ließe, müßte eben im einzelnen Fall entschieden werden. Wo aber die zuchthausreife Tat des unzweifelhaften Schleichhandels vorliegt, da müßte — da hat Herr Dr. Potthoff vollauf recht — unnachsichtlich zugegriffen werden!

Ferner würde sich Herr Dr. Potthoff selber mehr Nachdruck verschafft haben, hätte er auf die „rednerische Übertreibung" verzichtet, deren er sich in dem einen Satz doch etwas zu sehr bedient haben dürfte, der also lautet:

„Man vergesse dabei nicht, daß den Erzeugern eine Selbstversorgung

zugebilligt ist, die das den Städtern gewährte Quantum etwa um das Doppelte übertrifft, daß auf dem Lande die Leute wie im Frieden leben, in Fett, Fleisch, Eiern und Mehl schwimmen" usw.

In Wirklichkeit wird auch Herr Dr. Potthoff keine solchen Schwimmfeste gesehen haben, vielmehr bloß die freilich unbestreitbare Tatsache, daß man auf dem Lande nicht hungert, sondern noch immer den Bibelspruch beherzigt, der 2. Tim. 2. Kap. Vers 6 nachgesehen werden möge! Hier wird nun allerdings der auf dem Lande lebende und die Seele des Landmannes kennende Mensch auch einige „mildernde Umstände" anzuführen imstande sein. Gerade hierauf hätte der Artikel zum eigenen Vorteil eingehen sollen. Es hätte vielleicht davon gesprochen werden dürfen, daß die Arbeitszeit des Bauern eine weit längere ist, als die des Städters, der freilich bei der Ungesundheit seiner mannigfachen Arbeit oft gar nicht so lange arbeiten kann, daß aber dem Bauern dadurch doch wenig Ruhe möglich und entsprechende Nahrung nötig ist. Es hätte davon geredet werden können, daß der Bauer seinem geschichtlichen Werden und seinem innern Wesen entsprechend noch nicht zur rechten Erkenntnis seiner „allgemeinen Nährpflicht" gekommen ist, daß hier eben auch nicht in wenigen Kriegsjahren erreicht werden kann, was ganze Jahrzehnte im Frieden versäumt haben. Es wäre zu betonen gewesen, daß an manchen Stellen der Landmann beinahe schlechter daran ist, als der Städter. Denn man setzt seinen Erzeugnissen oft unzureichende Höchstpreise, die bei Strafe nicht überschritten werden dürfen; dem aber, was sich der Landmann zur Aufrechterhaltung seines Betriebes anschaffen muß, werden keine Höchstpreise gesetzt, vielleicht weil man den Industrieerzeugnissen keine solchen setzen kann. Aber der Landmann spürt nur die Ungerechtigkeit, wie in so vielem andern, wo er nur die Wirkungen der Sache, nicht aber die inneren Zusammenhänge erkennen kann. Dies und vieles andere hätte Dr. Potthoff, selbst auf die Gefahr hin, zu ausführlich zu werden, erwähnen sollen. Denn je gerechter man den Bauer behandelt, desto leichter läßt er sich auch sein Unrecht vorhalten, und daß auch der Bauer nicht frei davon ist, wird auch der größte Freund des Bauernstandes zugeben.

Zum Schluß: Die Sache selber ist so wichtig, daß sie nimmer zur Ruhe kommen darf. Denn schon lange leben wir alle unter dem Eindruck: werden die Kriegsgesetze nicht mehr gehalten oder gar als nicht ernst zu nehmende Gesetze angesehen, wie wird es dann mit den Friedensgesetzen gehen, die teils schon vor dem Krieg bestanden oder nach dem Krieg in nicht geringer Anzahl entstehen werden? Wie will man die jetzt zermürbte „Loyalität" später wieder festigen? Hier steht wirklich mehr auf dem Spiel, als wenn ein „beschmißter Staatsanwalt" gegen die studentischen Mensuren wettert!

B. Goldschmit.

II.

Dem ersten Teile der vorstehenden Ausführungen kann ich zustimmen, habe ich doch selbst wiederholt hervorgehoben, daß die neuen Strafdrohungen sich nur gegen den gewerbsmäßigen Schleichhandel richten. Weder der Hersteller, noch der Verbraucher werden davon betroffen, doch kann aber ohne deren Hilfe das Übel nicht ausgerottet werden.

Meine Behauptung über die gute Versorgung des platten Landes aber erhalte ich aufrecht. Die amtlich zugebilligte Selbstversorgung ist unendlich besser als die in vielen Großstädten und Industrieorten. Und der tatsächliche Verbrauch geht bei den Selbstversorgern über den amtlich zugelassenen hinaus — wie auch in den Städten. Ich habe das einfach als Tatsache festgestellt, und Tatsache ist es.

Dr. Heinz Potthoff.

Das Läutewerk. Aus der Sommerfrische schreiben uns drei Lehrerinnen: Vierzehn Tage lang haben wir es minde-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

stens zweimal täglich gelesen, jedesmal wenn wir zum Baden gingen und vom Baden kamen und den Bahndamm überschreiten mußten: „Halt, wenn das Läutewerk der Lokomotive ertönt oder die Annäherung des Zuges anderweitig erkennbar wird."

Die deutschen Eisenbahnverwaltungen haben sich, ebenso wie die Reichspost, in hohem Maße um die Bereicherung der deutschen Sprache verdient gemacht. Das muß man dankbar anerkennen. Es kann aber, wie uns scheint, auch des Guten zu viel sein. Und das „Läutewerk" ist entschieden zu viel.

Daß es wirklich ein Fachausdruck der Eisenbahn ist, darf wohl mit Sicherheit angenommen werden. Wir haben das Wort in anderm Zusammenhange nie gehört. Was ist gemeint? Nach unsrer Beobachtung eine Glocke, die sich auf der Lokomotive befindet und von Zeit zu Zeit ihr Warnungszeichen ertönen läßt. Oder auch die Dampfpfeife? Unmöglich: eine Pfeife läutet nicht. Unsres Wissens ist das Läuten lediglich eine Eigentümlichkeit der Glocken.

Warum also Läutewerk? Ist den Eisenbahnverwaltungen die „Glocke" zu einfach oder nicht einfach genug?

Das Trachten nach Bereicherung unsrer Muttersprache in Ehren. Aber das Läutewerk lehnen wir ab. Wir möchten doch nicht, daß uns ein Gefühlvoller einmal deklamiert: „Schön die Abendläutewerke klangen!" Oder gar: „Das Läutewerk von Friedrich v. Schiller. Festgemauert in der Erden usw."

E. M. G.

Der neue Volkstanz. Alle, die erkannt haben, daß uns eine Erneuerung des Volkstanzes nottut, bitte ich, sich über den alten Volkstanz zu äußern. Wir wissen, daß die alten deutschen, schwedischen und dänischen Volkstänze befreiend auf unser Innenleben wirkten. Dennoch hat jeder Augenblicke erlebt, wo zwischen dem überlieferten Tanz und dem Menschen, der da tanzte, eine Kluft sich auftat. Er empfand, daß der Tanz eine Lüge, zum mindesten eine Oberflächlichkeit offenbarte. Diese Erscheinung ist nur so zu erklären, daß die alten Tänze Äußerungen eines wesentlich andern Menschentypus waren, als wir ihn zu formen hoffen. Indem wir diesen Zwiespalt erkennen und uns seiner bewußt werden, können wir den Weg zu einem neuen, zu unserm Volkstanz finden.

Ich bitte also: Wer solche Augenblicke erlebt hat, teile mir seine Erfahrungen mit.

Einer kann Vielen zur Klarheit ihres Erlebnisses verhelfen.

Max Tepp,
Hamburg 26, Stöckhardtstr. 5.

Nachdruck dieser Mitteilung erwünscht.

Neue Bücher und Schriften

An dieser Stelle werden nur solche Werke aufgezählt, die der Schriftleitung nach der einen oder andern Richtung hin besonders empfehlenswert erscheinen.

Avenarius, Ferdinand: Das Bild als Narr. Die Karikatur in der Völkerverhetzung, was sie aussagt — und was sie verrät. Georg D. W. Callwey, München.

Natorp, Paul: Die Weltalter des Geistes. Erstes Buch. Eugen Diederichs, Jena.

— Die Seele des Deutschen. Zweites Buch. Eugen Diederichs, Jena.

Vonhof, Dr. R.: Die niedersächsische Volkshochschule. 4 Aufsätze. Sonderdruck aus der Halbmonatsschrift Niedersachsen, Bremen. M. 1.—. Niedersachsen-Verlag C. Schünemann, Bremen.

(Für unaufgefordert eingesandte Bücher übernimmt die Schriftleitung d. „Vortrupp" keine Verantwortung.)

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Jansen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 16 2. Augustheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Wiederaufbau und Frauenfrage.

Nach dem Krieg — wir denken daran mit einem Vorgefühl frohen, neuen Zufassens in den heute abwartend gebundenen Händen; aber wir denken auch daran im Vorgefühl der schweren Fragen, die diese Zeit uns zu lösen geben wird. Werden die erneuernden Kräfte, in einem Gefühl unsagbarer Erleichterung emporquellend, alle Schwierigkeiten im Sturm nehmen, oder wird der Druck unerfüllbarer Hoffnungen, nun erst ganz bewußter äußerer und innerer Verluste, die aus mancherlei Versagen aufkeimende Skepsis die Oberhand gewinnen? Wird ein Zusammenraffen zu neuer Einheit unser Dank für das endlich errungene Ende sein, oder wird das traurige Zerbröckeln dieser Einheit weiter gehen?

Unter der Decke des Abwartens, der immer noch nicht ablaufenden Flut der Kriegsbegebenheiten steigen leise die geistigen Kräfte neuer Gestaltung auf. Noch sehen wir ihre Richtung nicht. Aber wir fühlen das Regen in dem noch gestaltlosen unruhigen Idealismus der Jugend; wir fühlen über dem Gifthauch und dem blutigen Dunst der Schlachtfelder den Atem neuen frischen Geistes, suchender Seelen. Welche Ziele sich dieser Geist setzen wird, wenn er die schwere Vergangenheit hinter sich lassen kann, ist im Einzelnen noch nicht zu sagen. Zweierlei nur scheint als gewiß gegeben: ein Inneres und ein Äußeres. Das Innere: wir bedürfen eines ganz starken, ganz unbekümmerten, grenzenlos tapferen Idealismus, um aller Belastung die Spitze zu bieten, die wir aus dem Kriege mitnehmen: der Kriegsgewinnler-Gesinnung, der millionenfachen Sorge, der nie dagewesenen tatsächlichen Abhängigkeit von materiellen Bedingungen. Das Äußere: auch nach dem Kriege ist der Charakter unseres politischen Daseins Verteidigung. Vielleicht nicht im militärischen Sinn (wir wissen es nicht). Jedenfalls aber im Sinne jener Zusammenballung aller Kräfte der Einzelnen zur nationalen Gesamtleistung. Unser Leben nach dem Kriege wird stärker staatlich und sozial gebunden sein, weil Wiederaufbau nur als Gesamtleistung, als planvolle Gemeinsamkeitsarbeit möglich ist. Auch die Betrachtungsweise, die der Verteidigungskampf in uns gefestigt hat, weist auf dies Zusammenstehen, die Zugehörigkeit jedes Einzelnen zum Ganzen als Kraftzuwachs oder als Bresche. Jedenfalls als Teil eines Körpers, als Organ gemeinsamer Wohlfahrt.

Diese Beziehung jedes Einzellebens auf das Ganze, die Betrachtung jeder Kraft als eines Gutes der Nation und jeder Verkümmerung als eines ihr zuge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

fügten Schadens kann eine bureaukratisierende, starr machende Verstaatlichungswirkung haben, sie kann aber auch höchste sittliche Kräfte heben und eine verfeinerte Schätzung des Menschen, eine sorgsamere, lebensvollere Durchführung aller sozialen Aufgaben bringen. Es muß dafür gesorgt werden, daß diese lebendige, wahrhaft soziale Auffassung der kommenden Gemeinsamkeitsaufgaben sich überall durchsetzt. Dazu bedarf der soziale Körper der Zukunft der Seele eines starken, tatkräftigen Idealismus.

* * *

Auf die Frauenfrage gewinnt heute schon diese grundsätzlich soziale Betrachtungsweise den entscheidenden Einfluß. Sie hängt zu eng mit der Frage der Volkskraft als solcher zusammen, mit Bevölkerungspolitik und Rassenhygiene, um nicht vom Gesichtspunkt des Ganzen aus betrachtet zu werden. Darin liegt auch für sie zugleich ein Vorzug und eine Gefahr. Die Gefahr erkennt man schon heute an der materialistischen Auffassung der Bevölkerungsfrage, jener peinlich äußerlichen Bevölkerungspolitik, die eine öffentliche Propaganda für Kinder organisiert und mit Prämien jeder Art den ungenügenden inneren, persönlichen Motiven abhelfen will. So selbstverständlich es eine Aufgabe der Sozialreform ist, die Spannung zwischen steigender Lebensteuerung und Besoldung in einem Sinne auszugleichen, daß jedem die Erhaltung einer normalen Familie möglich wird, so abstoßend sind doch alle die Vorschläge, die einen „Anreiz" zur Geburtensteigerung enthalten sollen. Abstoßend und entwürdigend vor allem für die Mütter, denen zugemutet wird, an die Stelle einer innersten Bestimmung und eines persönlichsten Glücks die äußere Staatsnotwendigkeit und die Prämie zu setzen. Man darf nicht auf diese Art Mittel und Zweck verkehren. Lebendiges Leben kann immer nur Selbstzweck sein, nicht politisches Mittel, und die Frage der Fortsetzung des eigenen Daseins im andern darf nie anders als aus persönlichster Verantwortung heraus beantwortet werden. Es ist sehr die Frage, ob die Veräußerlichung der Elternpflicht in dieser rohen Propaganda der Zahl, auch „bevölkerungspolitisch" angesehen, richtig ist. Ob nicht die Verletzung der Ehrfurcht vor dem Leben, die sie in sich beschließt, der Regenerationskraft viel mehr inneren Schaden zufügt, als äußere Steigerung.

Andererseits ist zuzugeben, daß die Betrachtung der Kinder als eines nationalen Gutes und der Mutter als nationaler Kraftquelle einer Lösung der Frauenfrage wertvolle und vor allem wirksame Motive zuführt. Es kann nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß die Zukunft die Problematik des Frauenlebens verschärfen wird. Der eigentliche Kern aller sozialen Frauenfragen ist die Doppelbestimmung der Frau in der gegenwärtigen Lebensökonomie der Gesellschaft. Sie wird berufstätig in die Gütererzeugung eingestellt und sie soll zugleich frei sein zur Lebensaufgabe der Mutter. Dies Nebeneinander wird sie nach dem Krieg noch stärker bedrängen. Denn es ist keine Frage, daß mit ihrer Arbeitskraft um so mehr gerechnet werden muß, je größer die wirtschaftlichen Ausbreitungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Deutschland nach dem Kriege sein werden. Wie soll der Lebens- und Kräfteverlust des Krieges gedeckt werden, wenn nicht zuerst aus dem Reservoir des weiblichen Kapitals? Und doch muß, indem man dieser zwingenden Notwendigkeit sich anpaßt, zugleich dafür gesorgt werden, daß sie keine dauernde wird. Der Schutz der Mutterschaftsleistung der Frau ist nicht nur eine Sache von Arbeiterinnenschutz und Mutterschaftsversicherung, sondern kann nur erfolgen im Rahmen einer gesunden sozialen Lebensgestaltung, die der Familie ihre Aufgabe um so viel wieder erleichtert, wie die Großstadtentwicklung sie ihr einst erschwert hat: Wohnungsverbesserung — oder richtiger: -erneuerung, Erholungsfürsorge usw. Die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

„Frauenfrage" ist so tief verstrickt in alle Ungesundheiten des modernen sozialen Lebens, daß ihre Lösungen nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Gesundung gefunden werden können.

Maß- und richtunggebend ist für alle Lösungen das möglichst vollkommene Ineinssetzen von individueller Lebensförderung und sozialem Zweck. Im letzten Grunde fallen diese beiden Ziele zusammen. Denn der individuell vollentfaltete Mensch ist zugleich das wertvollste Organ der Gesamtheit. Auch in der Frauenfrage kann im tiefsten Sinne kein unlösbarer Widerspruch beider Ziele bestehen. Wenn die Frauenkraft in der nationalen Gütererzeugung benutzt werden muß, so kann es auch im Sinne der Gesamtheit nur richtig sein, daß sie voll ausgewertet wird, d. h. daß die Arbeit, die sie zu tun hat, nicht unterhalb ihrer Anlagen bleibt. Das zeitgemäße Programm: Aufstieg der Tüchtigen heißt, vom Standpunkt der Gesamtheit formuliert: restlose Verwertung des nationalen Fähigkeitsschatzes. Es muß um so mehr auch auf die Frauenfrage angewendet werden, als sich unter diesem Gesichtspunkt — und nur durch seine Anwendung — auch die sinngemäße Arbeitsteilung unter den Geschlechtern vollziehen kann, die wir alle suchen. Bisher haben teils die im Frauenleben als solchem liegenden Gründe — der Charakter des Berufs als Übergangsstadium und Teil statt Inhalt des Lebens —, teils aber auch äußerer Druck es zu dieser Arbeitsteilung noch wenig kommen lassen. Die Frauen bleiben in den unteren Schichten ungelernter und halbgelernter Arbeit — einer Arbeit, die zum großen Teil ihnen durchaus nicht unter dem Gesichtspunkt der Eignung zugefallen ist, sondern nur als der unbegehrte Rest einer Arbeit, die auch in keiner Weise für sie unter dem Gesichtspunkt der Mutterschaftsschonung gefunden wurde, sondern im Gegenteil durch Maß und Art ihrer Anforderungen vielfach körperlich und seelisch schädigend ist. Hier sollte eine bewußte Sozialpolitik einsetzen und alle Mittel anwenden, alle Motive verstärken, die zu einer naturgemäßen weiblichen Berufsrekrutierung führen: Berufsberatung, Förderung der Berufsbildung, sorgsame Arbeitsvermittlung, Aufstiegsregelung. Der Bund deutscher Frauenvereine hat mit dem ständigen Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinneninteressen gemeinsam soeben eine umfangreiche Denkschrift herausgegeben, in der die Wichtigkeit aller dieser Aufgaben für die entscheidungsvolle Zeit der Übergangswirtschaft ausgeführt ist*). Es muß immer wieder betont werden, daß es gerade die ungelernten, niederen Arbeiten sind, die der Mutterschaft gefährlich werden, Arbeiten, die auf der bloßen Kraft oder der bloßen — Fähigkeit zum Stumpfsinn beruhen. Hier die Frauen herauszuholen, hieße die Bevölkerungspolitik an einem der bedeutsamsten Punkte einsetzen.

* * *

Auf eines kommt es bei alledem an: bei den Frauen selbst die Sicherheit und die Kraft zu beleben, die gegen äußeren Druck die Forderungen der Natur zu verteidigen vermag. Wenn die Frauen — ausgeschlossen von jeder Mitverantwortung für die Lebensformen der Gesamtheit — in so klippenreicher Entwicklung sich einfach treiben lassen, ohne selbst nach selbsterkannter innerer Bestimmung Richtung zu suchen und zu geben, so ist es unvermeidlich, daß wir weiter noch als bisher vom Natürlichen und Gesunden abirren. Die Frauen müssen sich selbst zu verteidigen, einen Kulturwillen ihres Geschlechts zu bilden und zu vertreten lernen. Beim Wiederaufbau eines physisch und seelisch millionenfach verwundeten Volkes, in der Gestaltung einer Zukunft, die Leben, Kraft und

*) Probleme der Frauenarbeit in der Übergangswirtschaft. Verlag Bensheimer, Mannheim.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Glauben erneuern soll, steht im Mittelpunkt die Pflege des Menschen, nicht die Politik der Güter. Dies aber durchzusetzen: mitten im Druck äußerer sachlicher Notwendigkeiten, diese innere lebendige Aufgabe zu verwirklichen, dazu bedarf es auch starker lebendiger Kräfte. Die natürlichen Trägerinnen dieser Anschauung sind die Frauen, denen das Leben bis zur Reife in die Hand gegeben ist. In dem Maße als sie selbst und ihre Bestimmung durch eine einseitig wirtschaftspolitisch bedingte Entwicklung bedroht werden, müßte man ihnen die Möglichkeit der Mitgestaltung unserer sozialen und politischen Lebensordnungen geben. Haben wir nicht auf vielen Gebieten verhängnisvolle Wege beschritten, weil die Rücksicht auf den Menschen, das Leben, die Seele sich nicht durchzusetzen vermochte in der Einseitigkeit der Güterwirtschaft? Also füge man — um das Bild Fichtes zu brauchen — der Zeit ein neues Glied ein. Setze man eine neue Kraft ein für Ziele, die heute bedeutsamer und notwendiger sind als je — die Kraft der Frau, der man die Mitverantwortung gibt, weil sie — zum Selbstbewußtsein geweckt — die lebendigste Trägerin eines Kulturwillens sein kann, dessen Durchsetzung Bedingung des Wiederaufbaues ist.

Gertrud Bäumer.

Briefe an eine Mutter.

5.

Sehr geehrte gnädige Frau!

Nun stimmen auch Sie das alte Klagelied an, daß die Jugend von heute nicht mehr zu spielen wisse und daß wir in unserer Jugend viel ungebundener und freier in unseren Spielen waren. Ich bin fest überzeugt, daß Sie sich da doch täuschen. Das Kind von heute ist nicht anders, als das Kind von ehemals. Es muß nur erst das Spielen wirklich gelernt haben, d. h. es muß bei irgendeiner Gelegenheit seine Phantasie so stark geweckt sein, daß ein nachhaltiger Eindruck bleibt, dann wird es überall und mit allem spielen können und die Hilfe seines besten und treuesten Kameraden — eben der Spielphantasie — dauernd in Anspruch nehmen.

Wie oft habe ich Klagen ganz ähnlicher Art, wie Sie sie in Ihrem Briefe laut werden lassen, schon gehört. Und besonders die Kinder in der Großstadt sollen durch das immer engerwerdende Korsett polizeilicher Vorschriften in ihrer Spielfreude mehr und mehr verkümmert werden. Derartige Klagen sind von jeher mit sehr viel Unrecht laut geworden.

Gott sei Dank ist aber das Kind viel zu souverän, um sich dauernd bedrückt zu fühlen von Vorschriften und Verordnungen. Seine Phantasie läßt sich nicht knebeln. Wenn sie erst in Tätigkeit getreten ist, verliert der Arm des Gesetzes bald gänzlich seine Kraft. Das Kind muß das Spielenkönnen nur erst richtig entdeckt haben. Solange das nicht geschehen ist, wird es freilich immer über einen Mangel an Kameraden, Spielgelegenheit und Spielzeug klagen. Und solange es das tut, wird seine Klage zu einer Mahnung für die Mutter, die Spielphantasie anzuregen, um es mehr und mehr unabhängig zu machen von allen äußeren Verhältnissen.

Solche Anregung kann in verschiedenster Weise erfolgen, Bedingung aber ist immer eine ernsthafte Vertiefung und völlige Hingabe an das Spiel auch von seiten der Erwachsenen. „Mutter, es ist so langweilig, wir haben nichts zu spielen!" klagen unselbständige Kinder und stehen anregungshungrig vor ihr. „Was habt ihr denn eben gespielt?" „Ich habe meine Puppe angezogen, und Willy hat mit seinem Baukasten gespielt und dann alles wieder umgestoßen und auf meine

Puppe getreten und ihr weh getan." „Ach, das arme Kind, dann ist sie ja krank geworden! Dann mußt du schnell zum Doktor telephonieren. Sie wird wohl ins Krankenhaus müssen." Ein glücklicher Schein huscht über die Gesichter der Kinder, sie sehen schon die neue Spielmöglichkeit, die anspruchslos und unauffällig gegeben wurde. Und das ist gewiß ihr Hauptvorzug, daß ihr alles Gewollte, Absichtliche fehlt. Die neue Anregung will ja nichts als eine natürliche Fortsetzung des begonnenen und so rasch erlahmten Spieles der beiden Kinder. „O ja!" ruft das Mädchen, „Willy, du mußt der Doktor sein, und dein Wagen soll der Krankenwagen sein, der sie nach dem Krankenhause bringt." „Gewiß," hilft die Mutter nach, „und vorher baust du ihr ein Bett aus deinen Bauhölzern. Darin muß sie liegen, bis sie wieder besser ist; und ich bin die Krankenschwester, ich muß sie pflegen und das Fieber messen und ihr Umschläge machen." Welch helleuchtende Freude über diese Ergänzung der Spielidee und die Aussicht auf eine ganz echte Kopie des Lebens!

Das Spiel setzt ein. Zunächst die nötigen Vorbereitungen: Es wird bestimmt, wo in der Stube das Krankenhaus sein soll, wo der Doktor wohnt, wo das Bett stehen soll, usw. Und nun erst beginnt das eigentliche Spiel, d. h. eine lebenstreue Nachahmung des Transportes der Kranken und ihre Aufnahme in das Krankenhaus.

Doch da beginnen auch die Schwierigkeiten. Wenn die Mutter jetzt schon die Lust verliert oder bereits genug getan zu haben glaubt, verläuft die glückliche Anregung schnell wieder im Sande und die Spielfreude versiegt. Bleibt sie aber konsequent im Bilde, mimt sie mit demselben feierlichen Ernste und mit möglichster Echtheit die Krankenschwester in Benehmen und Worten, versucht sie ganz wie ein Kind in dem Spiele aufzugehen, wie jedes Kind es wünscht und erwartet, weil ihm das Spiel das Leben bedeutet, dann wird die Stunde unvergessen bleiben und den Kindern überzeugend klarmachen, daß Spielen ein freies aus dem Inneren Gestalten ist.

Ausharren im Spiel muß die Mutter können, ernst, ganz ernst muß sie es nehmen und Rede und Gegenrede, Miene und Bewegung ganz echt gestalten, so daß das Kind meint, der Mutter bedeute das Spiel dasselbe wie dem Kinde.

Dann verlieren auch die Kinder schnell und gänzlich die Befangenheit, sie versuchen selbst die Personen lebenswahr in Wort und Bewegung zu kopieren. Das Spiel der Kinder wird echt und so zu einem Mittel, eigne Erlebnisse in der Erinnerung wieder aufzufrischen. Das Kind lernt im Spiel zu produzieren.

Kinder, die derartig angeregt wurden, klagen bald nicht mehr: „Wir haben nichts zu spielen!"

Das darstellende Spiel ist das eigentliche Spiel, es ist das anregendste und wertvollste und steht turmhoch über dem schlichten Beschäftigungsspiel, denn es weckt die Gestaltungskraft, die schöpferische Kraft im Kinde.

Ich bin froh, gnädige Frau, daß Sie in Ihrem letzten Briefe auch das Bilderbuch erwähnen. Auch das Bilderbesehen muß ein Anlaß zur Weckung der produktiven Kraft im Kinde werden, wenn es nicht rasch seinen Reiz verlieren soll.

Beobachten Sie nur einmal ein Kind vor einem neuen Bilderbuche. Wie rasch ist es damit fertig, wie schnell ist das teure Buch erledigt. Ein hastiges Umblättern, ein flüchtiges Betrachten hier und da und — das Buch wird zugeklappt; das Kind hat „ja schon alles gesehen". Nimmt es das neue Buch am folgenden Tage wieder einmal vor, wiederholt sich der Vorgang meist in derselben Weise. Schnell fertig ist die Jugend nicht nur mit dem Wort, sondern auch mit dem Bilde, sobald dieses den Reiz der Neuheit verloren hat.

Haben Sie nicht auch schon ähnliche Erfahrungen gemacht, gnädige Frau?

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Auch das Bilderbuch muß erst vom Kinde entdeckt werden, d. h. das Kind muß dahinter gekommen sein, daß das Bild ein Kapitel aus einem langen, interessanten Geschehen ist, daß ein Stück reiches Leben in den bunten Farben und den Formen steckt. Das Kind muß es lernen, das Dargestellte vielfach zu durchdenken, mit Handlung füllen, um so das Bild zu beseelen. Erst wenn das Bilderbuch anfängt, dem Kinde lange Geschichten zu erzählen, wird es ihm zu einer Quelle der Anregung. Auch da liegt eine Aufgabe für die Mutter, den ersten Anstoß zu geben.

Den schier unglaublichen Erfolg des „Struwwelpeter" führe ich hauptsächlich darauf zurück, daß er dem Kinde Handlungen im Bilde gibt. Seine Bilder sind ja nichts anderes als Illustrationen der Geschichtlein, die in leicht faßbaren Versen daneben stehen.

So kommt es zunächst nicht auf das Bild als solches an, sondern darauf, was dieses dem Kinde zu erzählen vermag. Jedes Bild eines Buches soll dem Kinde zu einem Romankapitel, jede Figur zu einem Schicksal werden.

Der Weg dahin ist gar nicht so schwierig zu finden. Die Mutter muß nur wieder im Beseelen ernsthaft vorangehen. Lange Geschichten muß sie fabulieren können, die sich eng an die Einzelheiten des Bildes anschließen.

Dann aber ist auch mit jedem Bilde, und sei es sonst auch noch so unzweckmäßig, etwas anzufangen. Zufällig liegt gerade neben mir auf meinem Schreibtische eine Nummer von „Der Baumeister, Monatshefte für Architektur und Baupraxis". Sie enthält sehr hübsche und für den Fachmann gewiß außerordentlich interessante Abbildungen moderner Bauten. Für Kinder sind die Illustrationen natürlich unglaublich langweilig. Wie kann es sich auch für moderne Fassaden, Treppenaufgänge, öde Hallen und endlose Korridore interessieren! Und doch, ich brauche diese Bilder nur zum Schauplatz einer Geschichte zu machen, brauche meinem Töchterchen z. B. nur von einem Kinde zu erzählen, das sich verlaufen hat und in diesen fremden Gebäuden herumirrt und dann endlich wieder nach Hause findet — ein gewiß simpler und anspruchsloser Stoff — und es wird die Bilder mit demselben Interesse betrachten, wie die von Max und Moritz und vom Struwwelpeter.

Freilich, ein ideales Bilderbuch ist ja solch ein Monatsheft wirklich nicht. Ich möchte Ihnen an diesem Beispiele auch nur klar machen, daß ein nicht phantasieloser Mensch für das Kind Anregung auch aus den langweiligsten Bildern schöpfen kann.

Damit das Kind produktiv wird, Spiel und Bilderbuch beseelen lernt, muß natürlich zuerst die Mutter die Fähigkeit der Beseelung haben. Freilich gibt es auch phantasiearme Kinder, die dauernd auf Anregung angewiesen bleiben, aber sie sind doch viel seltener, als man meint, und meist regt sich die Lust, aus dem eigenen Erleben zu gestalten, auffallend rasch nach erfolgter Anregung.

Was nun freilich die künstlerische und kindertümliche Seite des Bilderbuches betrifft, so gelten da wieder besondere Gesetze; denn die Ästhetik des Kindes geht andere Wege als die der Erwachsenen. Vor einigen Jahren konnte ich an meinem damals 5jährigen Töchterchen die Wirkung einer ganzen Anzahl verschiedener Bilderbücher beobachten und kam so zu folgenden Grundsätzen vom Standpunkt des Kindes aus:

1. Das Bilderbuch kann nicht bunt genug sein. Aber die sieben Grundfarben reichen für diese ideale Buntheit auch völlig aus. Je krasser die Gegensätze, desto schöner. Farbenübergänge sieht das Kind kaum, jedenfalls genießt es sie nicht. Ein volles Blau neben einem schreienden Rot ruft unbedingt ästhetischen Genuß hervor, Mischfarben aber beeinträchtigen nur den Genuß.

2. Schattierungen rufen nur Unklarheiten im Bilde hervor. Der Künstler soll nicht schattieren.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

3. Sichere, feste Konturen sind das einzig Wahre! — Es geht eben nichts über Deutlichkeit im Bilde. Zarte, verschwommene Linien bleiben wirkungslos.

4. Auch Lebenswahrheit und Naturtreue in der Linienführung sind Unsinn. Dreieck, Quadrat, Rechteck und Kreis — also die geometrischen Grundformen der Dinge — müssen bei aller Freiheit in der Behandlung doch immer deutlich zu erkennen sein.

5. Perspektive ist Aberglauben, Tiefe im Bilde darzustellen ist völlig überflüssig.

6. Es liegt eigentlich kein vernünftiger Grund vor, auf einem Bilde einzelne Gegenstände halb oder zu drei Vierteln durch andere zu verdecken. Alles hübsch n e b e n einander sollen die Maler malen. Nur wo es gar nicht anders geht, darf man mal im Bilde etwas halb verdecken.

7. Aber voll muß ein Bild sein! — Freier Raum ist Platzverschwendung und zeugt nur von einem bedauerlichen Mangel an Phantasie im Künstler. Ludwig Richter z. B., der auch im kleinsten Winkel noch etwas zu erzählen weiß, der h a t t e Phantasie!

8. Es liegt gar kein Grund vor, nicht auf demselben Blatte und in demselben Rahmen zeitliche Aufeinanderfolge des Geschehens darzustellen.

9. Das Bilderbuch soll gefälligst von dem erzählen, was das Kind bereits kennt. Bilder aus einer fremden Welt gehören ins Märchenbuch, aber nicht in ein richtiggehendes Bilderbuch.

10. Der Maler soll überhaupt nicht dem Kinde so oft mit unbekannten Dingen vor die Brust springen. Hin und wieder einmal etwas Unbekanntes schadet allerdings nicht viel.

11. Ach, das Leben kann so schön und so lustig sein! Der Maler vermeide daher alle Sentimentalität.

12. Trauriges erlebt man sowieso schon alle Tage, Fröhlichkeit und Lust können daher nicht stark genug im Bilderbuch dargestellt werden.

13. Ein Bilderbuch soll erzählen, aber nicht belehren oder erziehen wollen! — Was man als Kind tun und lassen muß, weiß man schon von selber.

Das, gnädige Frau, wären die Hauptpunkte aus einer Ästhetik meiner Fünfjährigen. Ein geistig gesundes Kind entwickelt sich allerdings oft rasch und sprunghaft. Daher werden manche Regeln, die heute noch volle Gültigkeit haben, schon nach einem Vierteljahre „ein überwundener Standpunkt" für das Kind sein; also muß auch die Theorie des Bilderbuches ständigen Veränderungen unterworfen bleiben. Aber was mir bisher an modernen Bilderbüchern in die Hände gekommen ist, entspricht im günstigsten Falle immer nur der einen oder anderen Forderung, die das Kind an sein Buch stellt.

Ach, daß uns doch bald ein ideales Bilderbuch geschenkt würde! Ein Buch, das nicht nur besehen sein will, das auch erzählt und vom Kinde immer neu mit Inhalt gefüllt werden kann und — — — das auch die eigene Schaffenskraft nachdrücklich anregt. Was aber dieses letztere betrifft, so muß man schon sagen, daß die meisten Bilderbücher das Kind entmutigen, sie sind zu gut, zu künstlerisch, zu hoch für ihr Publikum, als daß sie wirklich anregend wirken können.

Ihr ergebenster

H. Scharrelmann.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Buchkritik

Die „Buchkritik" des „Vortrupp" steht ein für allemal unter den Grundsätzen des gleichnamigen Aufsatzes von Hermann Popert in Nr. 20 des Jahrganges 1916. Wir besprechen hier nur solche Bücher, von denen wir den Vortrupplesern mit gutem Gewissen raten können, sie sich anzuschaffen.

Vortrupp.

Walther Rathenau. — Von kommenden Dingen.

(S. Fischer, Verlag, Berlin.)

Inhaltsangabe.

„Dies Buch handelt von materiellen Dingen, jedoch um des Geistes willen." So beginnt Walther Rathenau, der scharfsinnige Gesellschaftskritiker und Leiter eines der größten deutschen gewerblichen Unternehmen, sein Buch von den „kommenden Dingen". Dieser Anfang sowohl wie der Titel müssen einen Vortruppfreund aufhorchen machen. Denn auch der „Vortrupp" will ja schließlich nichts anderes als eine Umgestaltung so mancher äußerer Dinge „um des Geistes willen". Hören wir also, was Rathenau uns zu sagen hat.

Rathenaus Buch handelt von der Mehrzahl der großen Fragen, die ja den die Zukunft seines Volkes mit Sorge erwägenden Deutschen in den Jahren vor dem Kriege bewegt haben. Aber es handelt von ihnen nicht im Sinne der Tagespolitik und Tagesliteratur. Höher hinaus steht des Verfassers Sinn. Ein gewaltiges Ziel will er uns vor Augen stellen und Wege dazu aufweisen. Ob die Kleingläubigen lächeln und „Schwierigkeiten finden", kümmert ihn nicht. Denn dieses Ziel ist kein willkürlich erfundenes, sondern es ist bestimmt durch innerste Notwendigkeit.

Welches ist dieses Ziel und welches sind diese Wege?

Wir stehen, so meint Rathenau, am Ende einer Entwicklungsepoche der Menschheit, er nennt sie die der Mechanisierung. Worin deren Wesen besteht, läßt sich schwer in wenigen Worten sagen. Ihre Wurzeln hat sie in zwei Dingen: dem ungeheuren zahlenmäßigen Wachstum aller in unserem Kulturkreis liegenden Völker und in der neuen Ordnung der Wirtschaft und des Lebens, die sie sich geschaffen haben, sich schaffen mußten, um ihr Dasein fristen zu können. Nicht nur das Wirtschaftsleben im engeren Sinne, nein auch Kunst, Staat, Wissenschaft und Religion wurden „mechanisiert". Das will sagen: der Kampf ums Dasein, die eherne Notwendigkeit hat den Menschen dazu gezwungen, alle seine Geisteskräfte an die Beherrschung der Natur, an die zweckvollste Regelung menschlicher Wirtschaft und menschlichen Gemeinlebens zu setzen. So enstand auch das, was wir moderne Wissenschaft nennen, das weltoffene, voraussetzungslose, nüchterne Beobachten der Außenwelt, das nichts erstrebt, als Erkenntnis der äußeren Dinge und deren Beherrschung, und diese Stimmung eines zweckbewußten Verstandes beeinflußte naturgemäß auch alle anderen Lebensäußerungen menschlichen Geistes.

Aber, einmal müssen wir doch hier an einer Grenze stehen. Wir haben sie zwar im einzelnen noch nicht erreicht, aber wir können sie schon ermessen und abschätzen. Wir sind bald so weit, daß wir sagen können: „Kein Gebiet der Erde

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ist unerschließbar, keine materielle Aufgabe undurchführbar, jedes Erdengut erschwinglich, kein Gedanke bleibt verheimlicht, jedes Unternehmen kann Prüfung und Verwirklichung fordern." Was aber dann?

Leise flüstern schon hier und da die Stimmen der Unzufriedenen, derer, die die geistige Not erkannt haben, in die das moderne Leben mit seiner den Geist tötenden Arbeitsteilung, mit seiner ungerechten Verteilung materieller Güter, mit seiner die Seele mordenden Jagd nach Besitz, Macht und Erfolg die Menschheit gebracht hat. Größer und größer wird die Schar derer, die die Götterdämmerung der mechanistischen Epoche hereinbrechen sehen. Was wird das Wesen der neuen Zeit ausmachen? Eins nur kann es sein: die Herrschaft der Seele, die Wiedererweckung der Innenwelt, die in dem Schaffens- und Wissensdrang der hinter uns liegenden Zeiten zum Schweigen verdammt war.

Aber nur dann kann die Seele sich stark und mächtig regen, wenn ihr die Freiheit dazu gegeben wird. Freiheit der Seele, das muß der Wahlspruch und die Aufgabe der kommenden Jahrhunderte sein.

Eine doppelte Aufgabe. Einmal muß die Seele selbst frei werden von allem, was an Einflüssen der bisherigen mechanistischen Denkweise noch hemmend auf ihr liegt. Dann aber muß der einzelne Mensch, und zwar jeder, auch der schlichteste und geringste, so weit frei werden von äußerer Not und äußerem Zwang, daß er seiner Seele den Aufstieg gönnen kann, zu Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Dies letztere aber ist eine Aufgabe der Gesamtheit. Und von dieser redet im weiteren Rathenaus Buch.

Scharf wendet sich der Verfasser gegen die orthodox-sozialistische Lehre. Nicht von dorther kann das Heil der Welt und die Freiheit der Seele kommen. Nicht schematische Gleichheit ist das Erstrebenswerte, sondern Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Daß diese Güter heute für den größten Teil unserer Volksgenossen unerreichbare Nebelbilder sind, legt Rathenau in ergreifender Weise dar. Die Sklaverei haben wir abgeschafft, gewiß, aber wo ist trotz allen Geredes vom „Aufstieg der Begabten" — die praktische Möglichkeit, daß ein Lohnarbeiter, ein unterer oder mittlerer Angestellter, ja auch nur der Sohn eines solchen zu leitender Stellung emporsteigt? Zu frei schaffender Tätigkeit ist Bildung erforderlich, zur Bildung Besitz und der Besitz ist erblich.

Schon hieraus folgt, daß der letztere nicht reine „Privatsache" sein darf. Es folgt auch aus anderen Gründen mehr volkswirtschaftlicher Natur. Besitz gibt die Macht, andere für sich arbeiten zu lassen. Die Art, wie die besitzenden Klassen ihr Vermögen anwenden, wofür sie ihr Geld ausgeben, bestimmt die Art der Tätigkeit eines großen Teiles der arbeitenden Klassen. Das Belieben der Besitzenden entscheidet darüber, ob die handarbeitenden Schichten Überflüssiges oder Nützliches, Schönes oder Geschmackloses herstellen müssen. Unvermeidbar ist es, daß es Leute gibt — Unternehmer genannt —, die aus der Arbeit ihrer Volksgenossen eine Rente beziehen, die Frage ist nur, ob sie das Recht haben sollen, diese in beliebiger Weise zum Schaden der Gesamtheit zu vergeuden. Im Verbrauche liegt die Frage nach einem gerechten Ausgleich der Glücksgüter verborgen. Nichts ist verfehlter als die Scheinwahrheit der hinter uns liegenden Epoche: „Luxus nützt, denn er bringt Geld unter die Leute." Nein, „Arbeitstage und -jahre, vergeudet für den Endzweck kurzen Glanzes oder Genusses, sind unersetzlich". Sie sind ein Raub am Volksvermögen. Luxus aber ist jeder Verbrauch an Geld oder Arbeitskraft zu einem nicht unbedingt nötigen Zweck, solange Volksgenossen am Nötigsten darben müssen. Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt den gegenwärtigen Zustand unserer Volkswirtschaft, so muß uns ein Grauen ergreifen ob all des überflüssigen Tandes, der da mit großem Aufwand produziert, angepriesen, verkauft, verbraucht und wieder von neuem verlangt

wird. Als Erziehungsmaßregel gegen diese Unkultur schlägt Rathenau eine Luxussteuer vor, eine scharfe Besteuerung alles unnötigen Aufwandes. Nicht darauf kommt es an, daß diese Steuer hohe Erträge bringt, im Gegenteil, abschreckend soll sie wirken, erzieherisch. Ihre Segnungen werden sich bald auf indirektem Wege geltend machen: als eine Ersparung am Volksvermögen, als eine Überführung von Arbeitskräften aus nutzlosen Berufen in schaffende. Man komme nicht mit dem alten Einwand, daß man so auch alle künstlerische Schönheit, alle Pracht, allen sinnenfreudigen Schmuck des Lebens ertöte. Diese erfordern nicht immer großen Aufwand, sofern sie es aber tun, ist ihre Pflege Sache der Gemeinschaft. Wenn einer einen moralischen Anspruch auf schrankenlosen Reichtum hat, dann ist es der Staat. Ist es nicht ein seltsamer Zustand: die Staaten unserer Tage sind tiefverschuldete Bettler, die mächtigsten Gebilde, die es auf Erden gibt, stoßen sich auf Schritt und Tritt an der Frage: was kostet es?! Tausende von Anforderungen und Aufgaben treten an den modernen Staat heran, Aufgaben von höchster kultureller und sittlicher Bedeutung, und fast stets lautet die Antwort: es ist kein Geld da. Umgekehrt müßte es sein: der Staat in seinen Mitteln unbeschränkt, der Bürger beschränkt: Was der Reiche zuviel hat, ist das, was dem Staate fehlt. Die Grundlagen aber alles ungerechten, d. h. nicht durch besondere Leistungen für die Allgemeinheit gerechtfertigten Reichtums sind Monopol und Erbgang. Beide sind daher nach Möglichkeit einzuschränken. Alles was im Namen der Pietät gegen eine Einschränkung des Erbrechts vorgebracht wird, ist irrig und paßt nicht mehr in die Gegenwart. Auf diesem Wege wird der Staat unermeßlich reich: er kann alle brennende Not befriedigen, und er kann darüber hinaus den Kulturträgern, den Künstlern und Gelehrten ein würdiges Dasein verschaffen, ohne Rücksicht darauf, ob sie durch den Zufall der Geburt mit Glücksgütern gesegnet sind oder nicht. Mit dem Augenblick, wo dies erreicht ist, bricht die heutige abgrundtiefe Spaltung des Volkes in Besitzende und Besitzlose zusammen: jeder kann das leisten und werden, wohin ihn seine Fähigkeiten weisen. Dann erst heißt es wirklich: Freie Bahn dem Tüchtigen!

Dies ist der äußere Weg zur neuen Ordnung der Dinge, der „Weg der Wirtschaft". Begleitet und ermöglicht muß er natürlich werden von einer inneren Umwandlung der Gesinnung. Hier wird des näheren ausgeführt, was in der Einleitung schon angedeutet ist. Befreiung der Menschenseele von allen äußeren Abhängigkeiten, von allen Scheinwertungen einer oberflächlichen Zivilisation, das ist die Riesenaufgabe der neuen Zeit. Nicht mehr darf unser Wahlspruch lauten: „Ich will haben und scheinen", sondern unser Gelübde muß werden: „Ich will schaffen und sein". Die Machtgier, die sinnlose Freude am Besitz toter Dinge ist unser aller Krankheit. Sie gilt es auszurotten. Und diese Reinigung der Seele wird und kann gelingen, wenn anders man an Welt und Menschheit verzweifeln müßte. Ist erst in einer Anzahl zarter Gewissen die Einsicht von der Nichtigkeit käuflicher, unreiner Freuden erwacht, so wird die allgemeine Stimmung folgen. Eine besondere Schuld und Aufgabe fällt hier den Frauen zu; sie haben sich im allgemeinen bisher der auf ihnen ruhenden Verantwortung nicht voll gewachsen gezeigt: als Käuferinnen haben sie nicht Wertvolles vom Wertlosen zu scheiden gewußt und verderblichen Luxus nach Kräften gefördert.

Alle diese Umwandlungen äußerer und innerer Natur haben zur Folge eine gewaltige Steigerung der Macht des Staates. Diese ist aber nur dann erträglich, wenn der Klassenstaat, den wir tatsächlich heute noch haben, sich zum Volksstaat wandelt. Dies ist nicht gleichbedeutend mit der Forderung nach „Volksregierung". Regieren können immer nur wenige. Nur darauf kommt es an, daß diese wenigen das Vertrauen und den Willen der Gesamtheit hinter sich haben. Zu dieser Um-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wandlung bedarf es überhaupt nicht in erster Linie großer Reformen und Verfassungsänderungen, sondern wiederum einer Wandlung der Gesinnung und des Willens. Mit treffender Schärfe weist Rathenau an einzelnen Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens nach, wie sehr uns diese Wandlung noch not tut, wie tief wir noch im Klassenstaate stecken. Die Kluft zwischen dem Monarchen und breiten Schichten des Volkes, die Vorherrschaft aristokratischen Geistes in Armee und Verwaltung, subalterne Gesinnung und Interesselosigkeit des Bürgers gegenüber dem Staate, vor allem aber die geradezu sträfliche Vernachlässigung der Fragen des öffentlichen Lebens durch die nach Bildung und Besitz zur Führung berufene Schicht des Großbürgertums, dem in der jagenden Hast des Erwerbes Politik gleichbedeutend mit Zeitverlust war. — Diese Dinge gilt es zu überwinden. Zu einem Teil werden die Wirkungen des Krieges dazu beitragen. Er hat das Staatsbewußtsein der Massen geweckt. Er ist auch notwendigerweise der Beginn einer neuen Wirtschaftsära, in der der Staat dauernd mit regelnder Hand in das Wirtschatsleben eingreift. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die nach dem Kriege voraussichtlich fortdauernde Absperrung der Staaten gegeneinander, die zu äußerster Ausnutzung der eigenen Kraftquellen zwingt. Der Wille zum Volksstaat muß aber auch natürlich auf unsere öffentlichen Einrichtungen veredelnd wirken. Auch hier stellt Rathenau praktische Ziele auf, bemerkt aber ausdrücklich, daß sie ihm nicht wesentlich sind: auf die politische Atmosphäre, auf die Gesinnung allein komme es an. Auch im politischen Leben ist der freie Aufstieg der Tüchtigen zu Ämtern und Einfluß alles; wo er gewährt ist, kommt es auf Verfassungsparagraphen wenig an. Eine hervorragende Rolle wird hier das Parlament, die Volksvertretung spielen. In dem Augenblicke, wo es die Durchgangsstation zu leitenden Staatsämtern wird, wird es zur hohen Schule des Politikers. Dann wird es aus seiner jetzigen schiefen, nörgelnden, kritisierenden Stellung heraustreten, dann werden auch viele unserer besten Köpfe, die sich jetzt geflissentlich vom politischen Leben fernhalten, weil es ihnen nichts zu bieten vermag, ihre Haltung ändern. Mit diesem Augenblick werden auch die politischen Parteien bis in ihre untersten Verzweigungen zu neuem Leben erwachen und zu Brennpunkten und Sammelstellen des öffentlichen Interesses werden. Das wird unserer Politik die Richtkraft und Stetigkeit geben, deren Mangel unser größtes Elend war.

Beurteilungsgrundsätze.

1. Sieht Rathenau die heutige Lage der Kulturmenschheit richtig?
2. Sind die von ihm aufgestellten Ziele künftiger Entwicklung erstrebenswert?
3. Welcher Art ist die äußere Form seiner Abhandlung?

Urteil.

1. Daß Rathenau ein richtiges Bild von der inneren Verfassung der Kulturmenschheit gibt, kann von niemand, der auf der Seite des „Vortrupp" steht, bezweifelt werden. War es doch die Sehnsucht der Seele nach innerer Freiheit, die Angst vor einer immer mehr anschwellenden, sich immer feiner verästelnden Sachkultur, die um die Jahrhundertwende allmählich in einzelnen Geistern und Herzen den Glauben erweckten: eine neue Zeit, eine ganz andere Lebensrichtung muß kommen, wenn die Menschheit nicht an ihrem besten Teil Schaden nehmen soll; was vor allem die deutsche Jugend ergriff, als sie sich entschlossen abwandte von den trügerischen Genüssen einer Überzivilisation zu einer neuen, innerlich freien und frohen Lebensweise. Aber selten hat jemand — abgesehen vielleicht von Rudolf Eucken — diesem Gedanken eine so scharfe, so weitausholende und treffende Fassung gegeben wie Rathenau. Erst unter seiner Führung lernen

wir so ganz ermessen, an welch gewaltiger innerer Weltenwende wir stehen. Und es ist nötig, daß wir uns das immer wieder klar machen. Die verwirrenden Eindrücke des Krieges und der unruhigen Zeit, die auf ihn folgen wird, werden oftmals unseren Blick für die große Linie der inneren Entwicklung trüben. Gerade in der Zeit nach dem Kriege, wo die Elementarfragen des menschlichen Lebens, die Sorge um Brot und Haus, um Lohn und Erwerb eine alles beherrschende Rolle spielen werden, ist es bitter nötig, daß die „Freiheit der Seele" erkämpft und gewahrt werde. Könnte es sich doch sonst gar leicht ereignen, daß die zarten Keime einer neuen Kulturentwicklung, die sich im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege allenthalben zeigten, verdorrten, daß wir — mag der Krieg nach außen ausgehen wie er will — innerlich einen trostlosen Niedergang erlebten.

Und auch damit hat Rathenau recht: Freiheit der Seele ist eine Forderung, die gewiß von jedem einzelnen von innen heraus erfüllt werden muß, aber die Vorbedingung dazu ist, daß der einzelne überhaupt in die Lage versetzt werde, sich auf sich selbst besinnen zu können. Auch dies begann die deutsche Lebensreformbewegung, die ja zunächst individualistisch, in kleinen Kreisen, eingesetzt hatte, bald zu erfassen. Sie sah ein, daß alle wahre Reform, alle auf Verinnerlichung abzielende Strebung notwendig s o z i a l werden müsse. Es ist ein Unding, ein verinnerlichtes Leben von Menschen zu erwarten, denen der Kampf ums Dasein, die Frage nach dem täglichen Brot für sich und ihre Nächsten, keine sorgenlose Minute läßt. Und ebenso schwer ist es, die zu gewinnen, die wohl die Mittel hätten, um wahre Lebensgüter zu pflegen, die aber ihr mühsam erworbenes Geld vergeuden für zweifelhafte Genüsse, die ihnen von einer mit allen Mitteln arbeitenden Industrie als lebensnotwendig dargestellt und angepriesen werden.

2. Dieser letzte Punkt führt uns schon zu den von Rathenau empfohlenen notwendigen äußeren Hilfsmitteln auf dem Wege zur Verinnerlichung. Und auch hier muß hervorgehoben werden, daß — in einer wichtigen Frage wenigstens — die Lebensreform instinktiv das Richtige getroffen hat: die Abstinenzbewegung hat erkannt, daß im Verbrauch, in der Stellung des einzelnen „Konsumenten" der einzige sichere Ansatzpunkt für eine wirksame Umgestaltung unserer Kulturverhältnisse gegeben ist. So wird die Abstinenzbewegung zu einem Wegweiser für alle, die mit der heutigen Gestaltung unseres Volkslebens unzufrieden geworden sind. Auf diesem Wegweiser aber steht die Zauberformel: Zusammenschluß der Verbraucher! So nüchtern und trocken diese auch klingt, sie allein kann uns besseren Zeiten entgegenführen.

Mag es das Alkoholproblem, die Wohnungsfrage, die Kleidermode, die Ernährungsfrage oder die Schundliteratur sein: allüberall dasselbe Bild. Eine skrupellose, mit allen Mitteln arbeitende Übermacht auf der einen Seite und eine unaufgeklärte, in ihrer Zerstreutheit hilflose Menge auf der anderen. Nichts hat dies deutlicher gezeigt als der Krieg. Was hat z. B. unserer Ernährungswirtschaft bitter gefehlt? Eine geschlossene, gutgeleitete Organisation der Verbraucher. Diesen Zusammenschluß allenthalben in die Wege zu leiten, wird eine der allerwichtigsten Aufgaben nach dem Kriege sein. Sofern es sich nicht um unmittelbare Lebensfragen wie Nahrung und Wohnung handelt, werden natürlich stets nur wenige eine entschiedene Stellung einnehmen. Da ist nun die Frage, was soll geschehen, um bei den anderen die sinnlose, nach dem Kriege doppelt gefährliche Vergeudung von Volksvermögen zu „Luxuszwecken" zu unterbinden? Da erscheint die von Rathenau vorgeschlagene „Erziehungssteuer" auf den Luxus ein begehrenswertes Mittel. Es liegt freilich die Gefahr darin, daß der Staat über den willkommenen Erträgnissen dieser Steuer ihren eigentlichen Zweck vergißt und für sich die Erhaltung der Luxusindustrie einsetzt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wichtig vor allem aber ist der zweite Vorschlag. Beschränkung des Erbrechts. Hier muß endlich ohne Sentimentalität klar und deutlich gesprochen werden! Künftige Zeiten werden es als eine himmelschreiende Barbarei bezeichnen, daß es heute Menschen gibt, die ohne die geringste Leistung durch den bloßen Zufall der Geburt Millionen besitzen und über den Arbeitsertrag von Generationen nach freiem Belieben verfügen können. Daß man bei der Zertrümmerung des mittelalterlichen Ständestaats den wirtschaftlichen Wettbewerb zwar freigab, dabei aber das überkommene Familienerbrecht beibehielt, das ist — wie schon Friedrich Naumann gezeigt hat — die Ursache davon, daß wir heute einen Klassengegensatz und eine Verbitterung der unteren Volksschichten haben wie nie zuvor. Darum, wenn wirklich „freie Bahn" geschaffen werden soll: sofortige Beseitigung des Verwandtenerbrechts und scharfe Besteuerung des Kindeserbes, sobald es eine gewisse Grenze übersteigt. Das ist eine der dringendsten sittlichen Forderungen der Gegenwart!

Von großer Wichtigkeit als grundlegendes Prinzip erscheint mir auch Rathenaus Satz, daß dem Staate und der Gemeinde vor allem Reichtum und Besitz zukomme, dann erst dem einzelnen. Dieser tiefethische Gedanke, der der Antike selbstverständlich war (man denke z.B. an das griechische Theater!) ist uns leider bei der Entwicklung über den Ständestaat zum Parlamentarismus, bei der die Finanzfragen das A und O waren, vollständig verloren gegangen. Ihn gilt es wieder zu beleben, wenn wir an die kommenden Zeiten, die unerhörte finanzielle Bedürfnisse des Staates bringen werden, im rechten Geiste herantreten wollen.

Der so bereicherte Staat soll dann nach Rathenau dafür sorgen, daß keiner seiner Bürger, wenn er arbeitslos oder unfähig ist, am Nötigsten darben soll. Das sind Gedanken, die sich mit den im „Vortrupp" in letzter Zeit oft erörterten, der Verbürgung des „Existenzminimums" und des Kinderzuschusses berühren.

Was Rathenau über die Schuld der Frauen an dem Überhandnehmen des Luxus und der Unkultur sagt, ist scharf. Aber wer unsere Großstädte kennt, weiß, daß es begründet ist. Und darum wird eine der edelsten und dringendsten Aufgaben der Frauenbewegung darin bestehen, nicht nur eine Staatsbürgerin aus der Frau zu machen, sondern sie auch über die sittlichen Pflichten aufzuklären, die sie gegenüber dem Wirtschaftsleben ihres Volkes hat — und zwar sie, als die vor allem „kaufende" Hälfte der Bevölkerung in ganz besonderem Maße.

Was Rathenau über die äußere Umgestaltung unseres Staatslebens sagt, führt ja nun in vielumstrittene Fragen der Tagespolitik hinein. Doch auch hier können wir — denke ich — mit ihm gehen. Ist es ihm doch nicht um Parteischlagworte, sondern um die Menschen- und Volksseele zu tun. Und wieder legt er den Finger in eine brennende Wunde, wenn er die erbärmliche Versumpfung und Verblödung unseres organisierten Parteilebens geißelt. Und doch könnte der politischen Partei eine hohe und herrliche Aufgabe zufallen. Ist sie doch das Bindeglied zwischen dem Wähler und der Volksvertretung. Nur einmal in fünf Jahren wird im Deutschen Reiche der gemeine Mann politisch tätig. In der langen Zwischenzeit muß ihm seine Partei die Stätte sein, die sein politisches Interesse wach erhält und wo er sich politisch tummeln kann, immer in enger Berührung mit den vom Volke zur Mitwirkung an der leitenden Stelle des Staates erwählten Vertretern. Erst so wird der Wahlberechtigte zum wirklichen Staatsbürger, erhält das verfassungsmäßige Recht der Stimmabgabe einen sittlichen Gehalt.

5. Die kurze Auslese, die ich aus der Überfülle der Gedanken und Anregungen, die das Buch von den kommenden Dingen bietet, nur geben konnte, wird, so hoffe ich, manchen veranlassen, sich mit dem Werke selbst zu beschäftigen. Hier liegt allerdings eine gewisse Schwierigkeit, die ich nicht verschweigen will. Das Buch ist in einer schwer lesbaren, eigenwilligen, oft auch mit Kunst- und Fachaus-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

drücken stark durchsetzten Sprache geschrieben, die zwar von eigenartiger, herber Schönheit ist, aber doch vielleicht der Verbreitung des Buches in weitere, weniger geschulte Kreise hindernd im Wege steht. Dem aber, der sich die Mühe nicht verdrießen läßt, den Rathenauschen Gedankengängen zu folgen, winkt reicher Lohn. Der buchhändlerische Erfolg des Werkes war denn auch schon ein gewaltiger. Ob das ein Zeichen dafür ist, daß der vom Verfasser ersehnte „neue Geist" am Erwachen ist? Wir wollen es hoffen!

Dr. jur. H. Vorwerk.

Rund um uns

Alkoholische Legendenbildung. Unter den zahlreichen Luthererinnerungen, die das Reformationsjubiläum des vorigen Jahres an die Öffentlichkeit gebracht hat, tragen, wie nicht verwunderlich, manche legendenhaften Charakter, der als solcher allerdings selbst dem kritischen Blicke nicht ohne weiteres erkennbar ist. Daß z. B. der schöne Reim „Wer nicht liebt Wein, Weib, Gesang, der bleibt ein Narr sein Leben lang", der wohl manchem nach dieser Richtung Ausschlagenden als Gewissensnarkotikum gedient hat, nicht von Luther stammt, wissen wir längst. Aber das Bestreben der Menschen, ihre Neigungen und Schwächen unter den schützenden Mantel ähnlich gearteter Gewohnheiten von Berühmtheiten zu flüchten, macht es erklärlich, daß auch diese Legende trotz ihrer Entlarvung ihren Platz mit größter Hartnäckigkeit weiter behauptet, und daß sich ihr noch andere von gleichem Werte beigesellen können. So die von Dr. med. Weiß in die Welt gesetzte Behauptung, Luther sei im Gasthause zum Schwarzen Adler in Wittenberg regelmäßiger Stammgast gewesen; allabendlich sei er zu der nämlichen Stunde dort eingekehrt und habe seine Audienzen gehalten. Diese Erzählung, die ihren Weg in verschiedenen Gestalten durch die deutsche Presse genommen hat, mag wohl dem Durchschnittsdeutschen ganz glaubhaft erscheinen: Luther als Typus des behäbigen Stammtischlers — für den Bierfreund eine durchaus sympathische Erscheinung. Und doch gehört auch sie in das Reich der Legende, wie erst jüngst wieder der Berliner Lutherforscher Prof. Kawerau nachdrücklich erklärt hat: „Luther sitzt in Wirklichkeit des Abends still daheim, hat Freunde bei sich, musiziert mit der Jugend in seinem Hause, aber geht nicht ins Wirtshaus."

Auch Dr. Stubbe, der Verfasser der kleinen lesenswerten Schrift „Luther und der Trunk", weiß nichts von einer Stammtischgewohnheit des Reformators*). Und doch wäre ihm bei seinen offenbar sorgfältigen Quellenstudien eine so markante Gepflogenheit sicher nicht entgangen. Gewiß, Luther war nicht enthaltsam. Er liebte einen mäßigen Trunk daheim, trank auch zuweilen mit den Wittenberger Bürgern zusammen im Ratskeller eine Kanne Bier, ja er schätzte sogar das Bier als bestes Mittel gegen seine Steinbeschwerden. Er war eben auch darin ein echtes Kind seiner Zeit, die selbst den Branntwein noch unter die Lebenselixiere einreihte. Aber ihn deswegen zu einem Patron des Alkohols machen zu wollen, ist durchaus verkehrt. Wer das versucht, der weiß nicht oder vergißt ganz, daß Luther gegen das Bier im Hinblick auf die von ihm der All-

*) P. Dr. Chr. Stubbe, Kiel 1917. Neuland-Verlag, Hamburg 30. 20 S. 40 Pf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gemeinheit drohenden Gefahren kräftige Worte gefunden hat, von denen Stubbe eine Anzahl anführt, z. B. „Wer erstlich Bier gebraut hat, ille fuit pestis Germaniae" — „Ich habe zu Gott geflehet, daß er die ganze Bierbrauerei verderben möchte." — „Ich habe den ersten Bierbrauer oft verwünscht." Solche Äußerungen scheinen zwar zu seinem Handeln schlecht zu stimmen und einen Widerspruch aufzuzeigen, der es den Anhängern entgegengesetzter Richtungen ermöglicht, Luther für sich in Anspruch zu nehmen. Liest man aber Stubbes lehrreiche Schrift, dann erschließt sich die scheinbare Dissonanz dem Verständnis sofort.

Daß sich die Legende des längst Vergangenen bemächtigt, ist weit weniger bemerkenswert, als daß sie sich auch an Ereignisse heranwagt, die sich im vollen Lichte der Gegenwart abspielen. Und zwar tut sie das mit um so größerem Erfolge, je enger sie sich mit den Interessen einflußreicher Kreise verknüpft, und je günstiger der Nährboden ist, den die allgemeine Stimmung bietet. Ein Wahrheitskern ist natürlich auch hier in der Regel vorhanden, aber er wird von Lüge und Irrtum derart überwuchert, daß er nur noch für wenige erkennbar ist.

Ein günstiges Objekt der Legendenbildung sind Länder, die den Kampf gegen den Alkohol mit besonders kräftigen Mitteln führen und sich dadurch auch in besonderem Maße die Ungnade der Alkoholfreunde zugezogen haben. So waren es lange vor dem Kriege die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die mit ihrer unverstandenen und daher gewöhnlich als Ausfluß von Muckertum und Heuchelei angesprochenen Prohibitionsbewegung eine unerschöpfliche Quelle von Alkohollegenden bildeten, und während des Krieges ist an ihre Seite Rußland mit seinem Alkoholverbot getreten, dessen Bedeutung der hastende Lauf der kriegerischen und politischen Ereignisse der verdienten Würdigung bisher entzogen hat. Da ein Erfolg dieser einschneidenden Neuerung seine Wirkung auf alle anderen Kulturländer nicht verfehlen könnte, so ist es begreiflich, daß von seiten derer, für die die Beibehaltung des bestehenden Zustandes eine Lebensfrage ist, alles getan wird, um das Verbot nicht nur als einen Schlag ins Wasser, sondern noch mehr als ein Hemmnis für die kulturelle Entwicklung Rußlands hinzustellen. Da tauchen dieselben Märchen in der Presse auf, die dem naiven Leser ein gelindes Gruseln vor der amerikanischen Nüchternheitsbewegung beigebracht haben; Vergiftungen durch den Genuß von Brennspiritus, Möbellack, Kölnischem Wasser usw., sowie die Zunahme der geheimen Brennereien spielen eine große Rolle.

Nun ist ja ohne weiteres zuzugeben, daß die Entziehung eines zum Bedürfnis gewordenen Genusses in Menschen mit ungeschultem Willen einen fast krankhaften Drang nach häufig minderwertigem Ersatz weckt. Es ist also recht wohl glaublich, daß solche Verirrungen in Rußland nicht selten vorgekommen sind. Aber ihre geflissentliche Betonung ist in Verbindung mit der Verschweigung der wohltätigen Folgen des Verbots nichts weiter als eine Verschleierung der Wahrheit.

Ein lehrreiches Beispiel einer solchen Verschleierung liefert ein kleiner Aufsatz des oben erwähnten Dr. Weiß in der „Abwehr" über die Folgen des russischen Alkoholverbots. Wie er schreibt, führt ein Kriegsberichterstatter die Lebensmittelnot in den russischen Städten weniger auf Wucher und Transportschwierigkeiten als auf das Schnapsverbot zurück. Diese verblüffende Behauptung begründet er folgendermaßen. Der träge russische Bauer, der früher nur gearbeitet habe, um Geld für Schnaps zu erhalten, habe durch das Schnapsverbot alles Interesse an Ersparnissen verloren und verzehre nunmehr den Ertrag seines Besitzes mit seiner Familie selbst. (Daß an diese Erzählung ein Angriff auf die deutsche alkoholfreie Mobilmachung und andere alkoholgegnerische Maßnahmen geknüpft wird, sei nebenbei erwähnt.)

Nun sind wir aber in der glücklichen Lage, diese Auffassung glaubwürdig zu

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

berichtigen, und zwar durch Zeugnisse kaum anfechtbarer Art: durch die Erhebungen der Semstwos in verschiedenen Bezirken und die wissenschaftlichen Untersuchungen russischer Soziologen*). Danach stellt sich das Bild ganz anders dar. Die Klagen der Städter über schlechte Lieferung mögen berechtigt sein. Aber in demselben Maße, wie sich ihre Lage verschlechtert hat (ein Übelstand, dem sich bei Eintritt geordneter Verhältnisse unschwer abhelfen läßt), hat sich die der über vier Fünftel des russischen Volkes betragenden Landbevölkerung in jeder Hinsicht verbessert, eben deshalb, weil der Bauer kein Geld für Schnaps mehr braucht und sich daher auch nicht veranlaßt sieht, seine Erzeugnisse um jeden Preis zu verkaufen. Was jene Zeugnisse also über die wohltätigen Folgen der zunächst erzwungenen Nüchternheit berichten, machen es durchaus glaubhaft, daß die überwiegende Mehrheit der befragten Bauern sich für die Aufrechterhaltung des Alkoholverbots auch nach dem Kriege ausgesprochen hat.

So sieht die Wahrheit aus. Aber es wird ihr gehen wie in der Luthergeschichte und auch anderwärts: es wird ihr nichts nützen, daß sie entschleiert wird. Wenigstens zunächst nicht. Noch lange wird sie niedrigem Eigennutz erliegen, und an ihrer Stelle wird triumphierend die skrupellose Legende sitzen.

Dr. Richard Ponickau.

Freilandbriefe, ein festgefügter Weg zu sofortiger und weiterhin dauernder Freilandschaffung. Dieser Tage fiel mir ein sogenannter „Freilandbrief" in die Hand. Ich sah ihn durch und legte ihn dann zunächst beruhigt beiseite: „Nun ja, ein Freilandbrief." Indessen war mir noch dies und jenes unklar geblieben, und ich erkundigte mich des näheren danach und studierte daraufhin den Freilandbrief noch einmal recht genau durch. Da entdeckte ich denn, daß in diesen kurzen Bestimmungen sich mir nach und nach etwas ganz Großes offenbarte: Eine Summierung volkswirtschaftlicher Erkenntnis und siedlungs- und finanztechnischer Erfahrung, die durch Generationen erkämpft ist.

Sicherlich wird es vielen nicht möglich sein, auf den ersten Blick die ganze Tragweite dieses gelungenen Schrittes deutscher Erneuerungsarbeit zu ermessen. Es soll darum etwas näher auf diese Freilandbriefsache eingegangen werden.

Der Grundgedanke der Bodenreform ist bekanntlich der, daß das Recht, Boden zu besitzen, nicht einer Privatperson, sondern allein der sozialen Gemeinschaft, die den höheren Wert des Bodens bedingt, zustehen soll, also von Rechts wegen dem Volke, in der Form des Staates, Kreises oder der Gemeinde. Die Durchführung der Bodenreform bedeutet nichts anderes als die Beseitigung der Sklavenkette des Kapitalismus in bezug auf den Boden. Das ist aber ein außerordentlich wichtiger Teil, denn ohne Boden kann überhaupt kein Mensch auskommen, da er weder der Wohnung, noch der Arbeitsstätte, noch des Nahrungsquelles entbehren kann. Es gibt also nichts Bequemeres für den, der andere ausbeuten will, als den Nichtkapitalisten bei der Bodennot zu packen und aus ihm herauszupressen, was er leisten kann. Denn da der Boden, obwohl er ein eigenartiges Sondergut ist, wie alle anderen gewöhnlichen Güter verkäuflich ist, so kann sich ohne weiteres Kapital in Boden umwandeln, und der Boden ist somit jeglicher Spekulation ausgesetzt. Bodenreform ist also Entziehung des Sondergutes Boden aus dem Bereich, in dem die Lebensgesetze des internationalen Kapitalismus gültig sind.

Das kann entweder im großen geschehen durch einen Akt der Gesetzgebung, oder im kleinen durch Selbsthilfe, indem man kleine Inseln im Meer des Privatbodenbesitzes freikauft und unter die nötigen Sonderbedingungen stellt.

Diesen Weg geht auch das Verfahren

*) Dr Hercod im „Jahrbuch des Alkoholgegners" 1917. Vgl. auch den Aufsatz M. Hartmanns „Das russische Branntweinverbot" im „Vortrupp" 1916, Nr. 22.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

der Freilandbriefe. Es kann aber bei der Größe der Aufgabe nicht genügen, einzelne Inseln zu schaffen und diese dann gewissermaßen tot liegen zu lassen, sondern es muß zugleich ein Mittel gefunden werden, daß solche Inseln sich gewissermaßen selbsttätig und gesetzmäßig, also zwangsläufig fortpflanzen.

Es genügt nicht, das Gute zu schaffen, sondern es muß so beschaffen sein, daß es fortzeugend Gutes muß gebären. Da das Verfahren der Freilandbriefe diese Aufgabe erfüllt, halte ich sie für einen so gelungenen und bedeutungsvollen Griff des unternehmenden Reformerkreises.

Die Freilandbriefe werden herausgegeben durch den „Deutschen Verein Freiland e. V." (Sitz in der Obstbausiedlung Eden bei Oranienburg). Es sind besondersartige Schuldverschreibungen in Stücken zu 100 Mk. und 50 Mk. Sie sind unkündbar und werden nicht verzinst. Rückzahlung erfolgt satzungsgemäß durch Auslosung.

Das durch den Verkauf von Freilandbriefen erhaltene Geld dient zum Ankauf von Siedlungsland bei voller Auszahlung des Kaufpreises unter Löschung aller Hypotheken und Belastungen. Das also erworbene „Freiland" bleibt Eigentum des Vereins Freiland und darf nie wieder mit Hypotheken oder sonstigen Schulden belastet werden. Die Sicherung dieser Bestimmung wird durch die Satzungen des Vereins Freiland gewährleistet. Diese sind so gestaltet, daß der Verein nie in die Lage kommen kann, Schulden zu machen, so daß das ihm gehörige Land also nie belangt werden kann. Die Aufgabe des Vereins ist es lediglich, Freiland zu vermitteln.

Das gekaufte Land wird nun unter folgenden Bedingungen an Siedlungsgenossenschaften oder Einzelsiedler zur Nutzung verliehen: der Freilandnehmer hat zunächst eine Bodenabgabe von 5 v. H. zu leisten. Davon werden $^4/_5$ zur Rückzahlung der Freilandbriefe (Auslosung) und $^1/_5$ zu Werbung und Unkostendeckung des Vereins Freiland und seiner Bankstelle verwendet. Nach 25 Jahren ist also das für den Landkauf verwendete Geld an den Verein Freiland voll zurückgezahlt; dieser aber ist ebenfalls in der Lage, dann den letzten Freilandbrief zurückzuzahlen. Nach diesen 25 Jahren hat der Freilandnehmer weiterhin eine jährliche Landabgabe von 2 v. H. der ursprünglichen Landerwerbssumme an den Verein Freiland zu zahlen. Dieses Geld ist der oben besprochene „Zuwachs", d. h. es wird immer wieder zum Freikauf von Land unter denselben Bedingungen verwendet.

Auf diese Weise hat zunächst die Freilandbewegung einen ewig fließenden Quell für ihre Ausbreitung. Denken wir uns diese „Zuwachsgelder" aufgesummt, so wird nach 40 Jahren die gleiche Summe wieder zur Verfügung stehen, wie zu dem ersten Freilandkauf benötigt wurde. Denken wir uns nun wieder eine Periode (rund 40 Jahre) weiter, so sind inzwischen aus zwei Quellpunkten diese Zuwachsgelder geflossen, es steht also dann die doppelte Summe zur Verfügung, es könnten davon z. B. zwei neue Freilandinseln geschaffen werden. Es sind dann vier vorhanden, und das nächste Mal könnten vier neue gekauft werden usw. Das Zuwachsgesetz der Freilandbewegung durch die Freilandbriefe drückt sich also in folgenden Zahlen aus:

1, 2, 4, 8, 16, 32, ...

Recht interessant ist nun die Rolle, die diese 2%ige Landabgabe eigentlich spielt. Man könnte sie zunächst als Zins auffassen, es wären dann 2 v. H. Zinsen, die der Freilandnehmer zahlt. Es ist ein ganz absonderlicher Zins. Denn er wird ja dazu verwendet, Privatgrundbesitz in Freiland umzuwandeln, d. h. den Zins von einem bestimmten Stück Land von 4 v. H. in 2 v. H. umzuwandeln (Entziehung des Bodens aus den Klauen des Kapitalismus). Die Aufgabe und Bestimmung der 2 v. H. ist also zinsgegnerisch. Auch diese 2 v. H. fallen fort in dem Augenblicke, wo das Ziel der Freilandbewegung erreicht ist, d. h. entweder das gesamte deutsche Land Freiland geworden ist, oder durch einen Akt der Gesetzgebung Volksland

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

geworden ist. Beides kommt letzten Endes auf dasselbe hinaus, da hier wie da die Grundrente der Volksgesamtheit, die sie schafft, zufließt.

Der Wert der Freilandbriefeinrichtung besteht also darin, daß sie zunächst einmal tatsächlich Freilandbeispiele schafft, darüber hinaus aber selbsttätig weiter wirkt zu dauernder Weiterausbreitung des Freilandwesens als einer tatsächlichen Erfüllung des Urgedankens der Bodenreform.

Für den Freilandnehmer sind natürlich über den Rahmen des bodenreformerischen Gedankens hinaus die Bedingungen der Landnutzung weit günstiger, falls er kein Spekulant ist — als bei Privatgrundbesitz. Wirtschaftlich ist er folgendermaßen gestellt: Er hat zunächst überhaupt kein Anlagekapital für Landerwerb zu zahlen. Sodann hat er 25 Jahre hindurch 4 v. H. des ursprünglichen Bodenerwerbspreises zu zahlen; das ist aber kein Zins, sondern Rückzahlung unverzinsten Geldes. Ferner in diesen 25 Jahren 1 v. H. des Bodenerwerbspreises für Werbung und Unkostendeckung des Vereins Freiland.

Nach Verlauf von 25 Jahren hat er 2 v. H. des ursprünglichen Bodenerwerbspreises zu zahlen. Dabei ist zu bemerken, daß diese 2 v. H. kein Privatkapitalzins sind, sondern im Gegenteil, wie wir sehen, zinsgegnerisch und freilandschaffend verwendet werden und wirken. Er ist also sehr günstig gestellt, da er nur während 25 Jahren 1 v. H. und später 2 v. H. des ursprünglichen Bodenerwerbspreises zu verzinsen hat und noch dazu mit zinsgegnerischer Wirkungsweise.

Bei näherem Durchdenken der im vorstehenden nur kurz gestreiften Gedanken wird man hoffentlich immer mehr zu der allerdings nicht ganz leichten Erkenntnis kommen, daß sich hier uns ein überaus klug ersonnener, nach allen Seiten wohl durchdachter und durch viele Vorerfahrung gestützter und fester Weg auftut zu dem heute schon überall leise sich regenden Ziel: „Freiland!" Jedenfalls kann man die Gewißheit haben, daß das, was hier an Mitteln aufgebracht wird, mit unfehlbarer Sicherheit sich in Freiland umwandeln und so lange in diesem Sinne weiterwirken muß, bis das ganze Vaterland wirklich dem Volk und nicht mehr den Kapitalmächten gehört.

Carl Rußwurm, Eden,
z. Z. Treignes b. Mariembourg,
Belgien.

Volkserziehung im Lazarett. Das Kriegswucheramt leitete kürzlich gegen eine Berliner Buchhandlung, die den Preis von Büchern aus bekannten Verlagen urplötzlich von 3 Mark auf 4,50 M. erhöht hatte, ein Strafverfahren ein. Auf das Gutachten eines Reichsgerichtsrates erfolgte jedoch ein freisprechendes Urteil, in dessen Begründung es hieß, daß Bücher, abgesehen von Schulbüchern, als Gegenstände des täglichen Bedarfes nicht anzusehen seien. Der Geist, der aus diesem Urteil spricht, ist leider an vielen maßgebenden Stellen zu finden. „Bücher sind Luxus!"

Gerade der Krieg hätte uns darüber eines Besseren belehren sollen. Was bedeutet das Buch allein unseren Soldaten! Wie viele von ihnen haben draußen an der Front den „Lesehunger" kennen gelernt, der ja dort nicht immer und nicht aus den besten Quellen gestillt wird. Und wer im Schützengraben noch nicht von ihm befallen worden war, der lernte ihn sicher im Lazarett kennen, wo er ersprießlich befriedigt werden kann, aber leider bei der geringen Aufmerksamkeit, die diesem so wichtigen Gebiet bisher meist geschenkt wird, noch in viel, viel bessere Bahnen gelenkt werden könnte.

Wenn man sich überlegt, was für einen Grad von Aufnahmefähigkeit in dieser Zeit des Stilliegens, der Langeweile und Schmerzen die Leute zumeist haben, was man durch den ständigen Verkehr mit ihnen an Vertrauen und Einwirkungsmöglichkeiten gewinnt, dann wird man die Rolle, die ein bücherkundiger, mit Takt, Menschenkenntnis und pädagogischer Begabung ausgerüsteter Vermittler zwischen Mensch und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Buch spielt, wohl zu würdigen wissen. Oft ist ausgezeichnetes Büchermaterial vorhanden, aber was die Leute, besonders von den Frontlazaretten von seiner Ausgabe erzählen (die z. B. nach Nummern von irgendeiner Ordonnanz besorgt wird!) grenzt an das Unglaubliche.

Bei Neuanschaffungen oder Neuzusammenstellungen von Büchereien, die ja im allgemeinen durch das Entgegenkommen vieler Büchersammelstellen (so der Berliner Kgl. Bibliothek, der Münchner Verwundetenbücherei, der Dichtergedächtnisstiftung usw.) sehr erleichtert sind, haben ihre Verwalter — am besten möchte für das Amt wohl eine gebildete Schwester geeignet sein — daran zu denken, aus welch verschiedenen Schichten die Leser stammen. Die wenigsten wissen, was sie wollen und brauchen. Wie oft hörte ich auf meine Frage: Was soll's denn sein? „Ach ganz gleich, wenns nur was zum Lesen ist!" oder: „Geben Sie mir halt irgendwas, daß die Zeit besser rum geht!"

Was bietet sich einem da für eine dankbare, aber auch verantwortungsvolle Aufgabe! Denn zugänglich sind sie dem Guten ebenso wie dem Schlechten, — wenigstens die allermeisten, die ein unbeschriebenes Blatt sind. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß auch hier wie überall — ich erinnere nur an Mode, Kino usw. — nicht die Nachfrage das Angebot bestimmt, wie gewissenlose Verleger ja immer behaupten, sondern das Vorhandensein erst das Bedürfnis danach schafft. Sind keine Ullsteinbücher da, so lesen die Leute ebenso gern und bald lieber etwas anderes, wenn es nur ihrem Bedürfnis nach Loslösung von der Wirklichkeit und Versetzung in eine andere, buntere Welt entgegenkommt. Daß man den Übergang nicht gleich mit Storm, Keller, Raabe — der überhaupt im allgemeinen nur den Norddeutschen verständlich ist — usw. machen kann, liegt auf der Hand — ebenso sollte man sich meiner Ansicht nach aber auch nicht aus falscher Pietät scheuen, wenn einer eine schöne Liebesgeschichte verlangt, den Faust, und wenn er einen Kriminalroman will, den Michael Kohlhaas herzugeben. Wenn den Leuten das Buch gefallen hat, greifen sie gern wieder nach etwas anderem von demselben Verfasser, und wer auf diese Weise einmal an den Besten unseres Volkes Gefallen gefunden hat, über den haben die Zehnpfennig-Schundheftchen von Krieg und Liebe usw. selten mehr Gewalt. Sie werden bald verschwinden, wenn die Bücherei gut geleitet wird, wenn man für richtige schnelle Zirkulation der Bücher sorgt, was bei den Bettlägrigen durch persönliches Hinbringen, Wählenlassen und Entgegennahme der Wünsche geschehen sollte.

Durch eine ständige persönliche Fühlungnahme gewinnt man überhaupt das Vertrauen der Leute am besten. Sie kamen mit Fragen und Gedanken über das gelesene Buch, Bitten um Bücherangaben für bestimmte Gebiete, die in unserer Bücherei leider oft schwach vertreten waren. Dieser Mangel an Fachliteratur, der in fast allen Lazaretten bestehen wird, hat mich oft wünschen lassen, es möchte sich eine Einrichtung auftun, die allen unseren Feldgrauen Werke, die immer nur eine große Bibliothek besitzen kann, während ihrer Lazarettzeit irgendwie zugänglich macht, ähnlich wie es der deutsche Studentendienst durch Vermittlung seiner Mitglieder bei den in den Berliner Lazaretten liegenden Akademikern tut. Die Frage nach „belehrenden Büchern" ist überhaupt groß, besonders naturwissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen. Damaschkes Bodenreform, die ich leider nicht sofort binden lassen konnte, war innerhalb kurzer Zeit „aufgelesen"!

Politische Schriften finden auch bei denen Anklang, die vom Krieg nichts hören möchten, d. h. den meisten, die draußen gewesen sind. Verlangt einer eine Kriegsgeschichte, so ist es sicher ein junges Bürschlein aus der Garnison.

Interessant und bezeichnend ist wohl die Vorliebe des Großstädters, auch des Norddeutschen, für süddeutsches Wesen („ländliche", „Bauern"-, „Alpen"-Geschichten!). Bei den Süddeutschen, muß ich leider gestehen, macht sich der Parti-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kularismus viel mehr breit. Selten verlangt ein Bayer oder Schwabe einmal ein Buch eines norddeutschen Verfassers oder erwärmt sich besonders dafür, wenn er es gelesen hat.

Am liebsten haben sie ja alle etwas Heimatliches, das ihnen schon einen Vorgeschmack von Langentbehrtem, Schönstem gibt! Was ich oft in Gesprächen über dies und anderes an Tiefe, Gesundheit und Feinheit der Empfindung bei den einfachen Leuten fand, das hat mir festen Glauben gegeben an die Zukunft unseres Volkes.

Rose Aichberger.

„Zivilcourage". An der Straßburger Universität haben unlängst für Angehörige der Heeresgruppe Herzog Albrecht Hochschullehrgänge stattgefunden. Die Vorträge dieser Lehrgänge sind jetzt unter dem Titel „Deutscher Staat und deutsche Kultur" bei K. J. Trübner in Straßburg im Druck erschienen. Einer dieser Vorträge („Der Geist des deutschen Heeres im Spiegel der Weltkriegsleistung" von Franz Carl Endres) enthält sehr bemerkenswerte Schlußsätze, die hier Platz finden mögen.

(S. 24.) „Und die Kriegstapferkeit, die den Tod nicht fürchtete, diese herrliche Frucht des Geistes des deutschen Heeres, soll eine Friedenstapferkeit werden — soll Mut vor Menschen werden. Der fehlt uns! Hoffentlich hat ihn der Krieg erweckt.

Wir Deutschen können sterben, aber nicht leben. Wir haben noch viel Lakaienhaftes an uns. Das Bücken, das Kriechen, das Speichellecken — all das muß weg! — Die Zukunft braucht Persönlichkeiten.

Persönlichkeit aber heißt, aus sich selbst heraus sein und sein eigener Richter sein, nicht fremde Menschen über sich Richter sein lassen, und niemals mit Rücksicht auf die Ansicht anderer etwas gegen seine Überzeugung tun oder lassen.

Persönlichkeit ist etwas Einsames. Und der Mut zur Einsamkeit, der fehlt uns.

Möge der Geist des deutschen Heeres der Heimat Persönlichkeiten schenken. Dann wird er den großen Sieg im Frieden erringen. Denn Persönlichkeiten allein gewährleisten die nach oben gerichtete Kurve der Entwicklung eines Volkes."

Goldene Worte — — das Gold dem Vaterlande — — also vaterländische Worte tönen aus der heißumstrittenen Westmark zu uns. Uns Lebensreformern längst in Fleisch und Blut übergegangen, im Frieden geübt und jetzt im Kriege manchmal heftig verteidigt.

Mögen diese „goldenen vaterländischen" Worte nicht ungehört verhallen und zur Tat werden, insbesondere bei jenen, die noch nicht gelernt haben, fürs Vaterland zu leben. „Schön und ehrenvoll ist es, fürs Vaterland zu sterben!" Jawohl, aber fürs Vaterland zu leben, ist vielfach bitter und ohne äußere Auszeichnung.

Dazu gehört nun eben . . ., wie Bismarck sagt, Zivilcourage!

G. Feldstab.

Druckfehlerberichtigung. In dem Aufsatze „Graf Hertlings Außenprogramm" unseres Berliner politischen Mitarbeiters in Nr. 15 (erstes Augustheft) findet sich auf Seite 290, erster Absatz, Zeile 4, leider ein völlig sinnstörender Druckfehler: es muß dort natürlich nicht heißen „sagt Kühlmann", sondern vielmehr „sagt Fuhrmann".

Vortrupp.

Neue Bücher und Schriften

v. Delius, Rudolf: Schöpfertum. Die Welt als Erlebnis. M. 2.—. Eugen Diederichs, Jena.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 17 1. Septemberheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügungen über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Schriftleitung und Verlag des „Vortrupp".

Aus der „Eiche".

Berlin, den 24. August 1918.

Die „Eiche" ist eine Vierteljahrsschrift. Sie erscheint hier in Berlin, nunmehr im sechsten Jahrgange. Ihr Herausgeber ist Lic. Friedrich Siegmund-Schultze, ihr Verleger die Verlagsbuchhandlung Fr. Zillessen in Berlin. Ihr Wesen ergibt sich aus den beiden Untertiteln: „Vierteljahrsschrift für Freundschaftsarbeit der Kirchen" und „Ein Organ für soziale und internationale Ethik". Veranlassung, mich hier näher mit ihr zu beschäftigen, gibt mir ihr im März 1918 erschienenes „Amerika-Heft", das übrigens kein „Heft" ist, sondern eine, mehr als 240 große Druckseiten starke, Zusammenfassung von vier Nummern der Zeitschrift.

Das „Amerika-Heft" der „Eiche" will eine objektive Darstellung davon geben, welche Stellung der nordamerikanische Protestantismus zum Weltkriege einnimmt. (Der gleichen Arbeit unterzieht sich die „Eiche" in andern Heften auch hinsichtlich Frankreichs, Rußlands, Englands, der Schweiz und der skandinavischen Länder.) Zu diesem Zwecke legt das „Amerika-Heft" der „Eiche" eine große Reihe kirchlicher Stimmen aus der nordamerikanischen Union — in deutscher Übersetzung dieser amerikanischen Urkunden — vor. Diese Arbeit ist vom deutschen Standpunkte aus ungemein verdienstlich. Für die Gegenwart vor Allem aus dem Grunde, den ich schon an den Anfang meines Aufsatzes „Die Brille Amerikas" im zweiten Juniheft gesetzt habe: „Klare Erkenntnis der Geistesbeschaffenheit eines feindlichen Volkes befähigt zur richtigen militärischen und diplomatischen Behandlung dieses Volkes und ist daher ein Kriegsmittel." Und für die Erkenntnis der Geistesbeschaffenheit der Nordamerikaner ist gerade diese von der „Eiche" bewirkte Sammlung von Urkunden um so bedeutungsvoller, als jeder Kenner der Verhältnisse drüben immer wieder bestätigt, wie stark die Macht der kirchlichen Ideen im öffentlichen Leben der Union ist — unendlich viel stärker, als bei uns, trotzdem oder vielleicht gerade weil drüben Staat und Kirche völlig getrennt sind.

Um den ganzen Inhalt des „Amerika-Heftes" der „Eiche" in sich aufzunehmen, bedarf man eines Studiums von mehreren Tagen. Hier soll nur von einem beschränkten, in sich geschlossenen Teile, allerdings dem sachlich weitaus wichtigsten Teile der Arbeit, die Rede sein. Es handelt sich dabei um die Urkunden, die die Stellung des „Federal Council of the Churches of Christ in America" (zu deutsch: „Bundesversammlung der Kirchen Christi in Amerika") dartun. Diese Bundesversammlung entspricht etwa der Generalsynode in Preußen. Sie umfaßt 30 pro-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

testantische Religionsgemeinschaften mit 18 Millionen Mitgliedern, und stellt damit unter den Verhältnissen der Union, wo die Kirchenorganisationen sehr zersplittert sind, eine sehr starke Zusammenfassung geistiger Macht dar. Sie kann in Fragen allgemeinen Interesses für die Gesamtheit der größeren evangelischen Kirchen der Vereinigten Staaten sprechen. Die von der „Eiche" vorgelegten Urkunden reichen bis zum Beginne des Weltkrieges hinauf, wo — seltsame Fügung! — Anfang August 1914 eine Reihe amtlicher Vertreter der Bundesversammlung im deutschen Konstanz eingetroffen waren, um dort mit Vertretern deutscher, englischer, französischer und andrer europäischer Protestanten eine kirchliche Friedenskonferenz abzuhalten. (Die tagte am Sonntag, den 2. August 1914, und als dann der Kriegszustand zwang, die Tagung abzubrechen, erfolgte die Abreise der nichtdeutschen Vertreter aus Deutschland unter dem besonderen Schutze unsers Kaisers.)

Das Wesentlichste, was diese Urkunden enthalten, will mein heutiger Aufsatz systematisch darzustellen sich bemühen; er wird also eine Ergänzung sein zu meinem, heute bereits erwähnten, Aufsatze „Die Brille Amerikas" im zweiten Juniheft. — Am Schlusse meines heutigen Aufsatzes will ich dann versuchen, aus dem heute Dargestellten einige Folgerungen zu ziehen.

Das Christentum der in der Bundesversammlung vereinigten Kirchen will ein schlechthin praktisches Christentum sein. Das Christentum hat nach Auffassung dieser Kirchen die Pflicht, allen menschlichen Nöten abzuhelfen; es ist nach dieser Auffassung auch die einzige Macht auf der Erde, die das kann: Alle Systeme und Weltanschauungen, die sich auf andern Grundlagen erbauten, als auf Jesus Christus, seien hoffnungslos fehlgeschlagen. Aber auch innerhalb des Christentums selbst habe es verschiedene Arten gegeben, die sich nicht bewährt hätten, das seien nämlich „alle nicht jesushaften" Arten des Christentums. Gemeint sind damit: eine alttestamentliche Ausprägung des Christentums, ferner eine oberflächliche, eine gefühlsselige und eine, die in erregten Verzückungen schwelgt; ebenso die Art Christentum, die in erster Linie theologisch ist, und die Art, die sich im Zeremoniellen erschöpft. Alle diese Arten von Christentum haben sich nach Auffassung jener Kirchen als unzulänglich erwiesen, weil mit ihnen allen Haß und Bitterkeit vereinbar seien. Die einzige Art von Christentum, so lehren jene Kirchen, die möglich und praktisch wirksam sei, sei das ursprüngliche Christentum Jesu selbst, das vollständig frei sei von Haß und Bitterkeit und von aller Anmaßung.

Diese Grundsätze, auf das Staatsleben angewendet, ergeben für die in der Bundesversammlung zusammengeschlossenen Kirchen das Folgende: Wie die Gesetze, wie Kultur und Erziehung, wie Handel und Gewerbe, so müsse auch — so lehren jene Kirchen — die Vaterlandsliebe von dem Geiste Christi durchdrungen sein. Es gelte nicht etwa, den Geist des Patriotismus zu verkleinern, nein, es gelte, ihn zu christianisieren. Es sei nicht angängig, eine Religion zu predigen, bei der an die Stelle Christi der Staat trete — eine Religion, die eine andre Moral für die Völker kenne, als für die einzelnen Menschen. Die von Christus gegebenen Gebote der Liebe und der Demut seien auch für die Völker verbindlich. Das Kreuz sei das Zeichen und Symbol nicht nur der brüderlichen Liebe unter den einzelnen Menschen, sondern auch der internationalen Liebe unter den Völkern.

Die von andern Gesichtspunkten ausgehende Diplomatie Europas, wie sie während der letzten fünfzig Jahre getrieben worden sei, eine Diplomatie, aufgebaut auf gegenseitigem Mißtrauen, habe sich, wie der Erfolg jetzt zeige, als völlig verkehrt erwiesen. Das Gleiche gelte von der undemokratischen, im Ge-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

heimen sich abspielenden, Politik der europäischen Völker. (Bei denen es übrigens keineswegs so liege, daß die Entente rein die Sache der Demokratie verträte und die Mittelmächte rein die Sache der Autokratie verträten.)

Angesichts dieses Versagens einer Politik und einer Diplomatie, die nicht vom Geiste Christi durchdrungen gewesen seien, ergebe sich auf den Gebieten, wo jene versagt hätten, eine große Aufgabe für die Vertreter der Kirchen. Erschwert sei diese Aufgabe allerdings dadurch, daß, weil auch innerhalb der Christenheit selbst der menschliche Geist über den heiligen Geist das Übergewicht erlangt gehabt habe, der Weltkrieg auch die Christenheit als solche habe spalten können. Darum sei allerdings das Erste, an den Wiederaufbau der christlichen Kirche selbst zu denken, wobei gegenseitiges Verstehen und gegenseitiges volles Vertrauen die Grundvoraussetzungen seien. Eine, als solche wieder einige, Christenheit aber könne es erreichen, daß auch die ganze Welt „aufs Neue im Glauben zu Gott komme", so daß dann, in Erfüllung des Bibelspruches, es erreicht werde, daß „die Erde voll sei der Herrlichkeit des Herrn".

Insbesondere für die Stellung der in der Bundesversammlung zusammengeschlossenen Kirchen zu der Erscheinung „Krieg" ergibt sich hieraus Dies:

Jene Kirchen lehren, daß alle, die den Namen des „Friedensfürsten" Christus tragen, Friedensstifter sein sollten. Jene Kirchen arbeiten deshalb grundsätzlich „für den Frieden der Welt und die Christianisierung der Menschheit". Das Evangelium Christi sei, so lehren jene Kirchen, ein Evangelium des Friedens und der Nächstenliebe, und es binde die Völker nicht weniger, als die einzelnen Menschen. Das Friedensprogramm, das durch die Verkündung des Gottesreiches aufgestellt werde, enthalte auch die goldenen Regeln für die internationalen Beziehungen. Auch diese internationalen Beziehungen seien also den Gesetzen der christlichen Moral unterworfen. Der Krieg stelle, so lehren jene Kirchen weiter, einen Ungehorsam gegen Christi Mahnung zur Vollkommenheit dar; der Krieg, der die brutalsten Leidenschaften der Menschen wecke, habe eine teuflische Natur.

Die Christenheit müsse also dahin arbeiten, daß die Zeit kommen möge, wo die Streitigkeiten zwischen den Völkern nicht durch den Ruf zu den Waffen entschieden, sondern im Geiste des Evangeliums Christi geschlichtet würden. Also dahin, daß von den verschiedenen Arten der Schlichtung internationaler Fragen diejenige Art, die der Krieg darstelle, ausgeschaltet werde. Genau wie (in Amerika und England) das Duell bereits unterdrückt sei. Es sei also ein Zustand zu erstreben, wo an Stelle des kriegerischen Angriffs der „Angriff christlich geläuterter Vernunft" getreten sei. Ein Zustand, wie er zwischen Privatpersonen, die sich, bei Spannungen unter sich, heutzutage ja auch nicht mehr kriegerisch angreifen könnten, sondern solche Spannungen durch Anträge an die Gerichte zum Ausgleich bringen müßten, dem Grundsatze nach bereits heute bestehe. Unter die Kontrolle der Vernunft und des Christentums seien dabei insbesondere auch die Kräfte zu bringen, die die Wissenschaft den Menschen zur Verfügung gestellt habe, da ja die Hilfe dieser Kräfte den modernen Krieg erst ermögliche. Es müsse erreicht werden, daß dieselbe ethische Macht der öffentlichen Meinung, die heute hinter der Gewalt der Landespolizei stehe, sich auch hinter eine internationale Polizei stelle und diese dadurch möglich mache. — Die in der Bundesversammlung zusammengeschlossenen Kirchen treten demnach sehr entschieden für die Beseitigung der zwischenstaatlichen Anarchie ein, sie lehren dementsprechend auch den Völkerbund und eine (wie hinzugefügt wird: voraussichtlich allmähliche) Begrenzung der Rüstungen. Für diese Gedanken, zu deren Durchführung sie auch Einzelvorschläge machen, treten jene Kirchen mit allen ihren zahlreichen und weitreichenden Mitteln ein: Unter Anderm durch programmatische Erklärungen der Bundes-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

versammlung und ihrer Organe, durch Predigten der Geistlichen vor ihren Gemeinden, durch Hineintragen dieser Fragen in die Sonntags- und Bibelschulen sowie in alle möglichen den Kirchen unterstehenden Vereinigungen von Erwachsenen und Jugendlichen, durch Schaffung und planmäßige Verwendung von Bibliotheken. — Die der Bundesversammlung angeschlossenen Kirchen betonen, daß mit der Beseitigung der zwischenstaatlichen Anarchie allerdings ein höherer Zustand erreicht sein werde, aber nicht etwa ein feiger Zustand der Bequemlichkeit und des Behagens: Auch auf dieser höheren Stufe werde es für das Christentum noch Arbeit genug geben. Denn auch in der über den Zustand blutiger Kriege hinaus fortgeschrittenen Menschheit würden sehr viele Spannungen vorhanden sein, deren richtige Beeinflussung und Lösung dann Sache des Christentums sein werde: so die Spannung zwischen Ehetrieb und Geschlechtstrieb, zwischen Autorität und Freiheit, zwischen Erwerbssinn und Verschwendung, zwischen dem Grundsatze „Jedem das Seine" und dem natürlichen Triebe nach Vermögensanhäufung. Ganz besonders mit dieser letztgenannten Spannung werde in einer solchen, höher entwickelten Welt das Christentum zu tun haben, also mit der Lösung sozialer und industrieller Fragen, mit der Dämpfung der industriellen Kämpfe innerhalb der dann bestehenden Weltfamilie.

Daß auch die internationalen Beziehungen den Gesetzen der christlichen Moral unterworfen seien, das müsse nun vor Allem Denen zum Bewußtsein gebracht werden, die für die internationale Politik verantwortlich seien. Und Das zu erreichen sei eben die Aufgabe der christlichen Kirchen: Die christlichen Kirchen müßten den Führern der Völker klar machen, daß es die Pflicht dieser Führer sei, sich, ungeschadet der gewissenhaften Vertretung der Interessen ihrer Völker in einem Völkerstreite, doch *über* den Streit zu stellen und so in eine höhere geistige Atmosphäre zu gelangen. Außer den christlichen Kirchen sei keine Macht der Erde imstande, dieses Werk zu tun. *Sie* allein vermöchten die öffentliche Meinung zu schaffen, aus der dieses Werk geboren werden könne. *Sie* allein seien befähigt, aber *sie* seien daher auch auf das Tiefste verpflichtet, diese ihre eigentliche geistliche Aufgabe zu erfüllen: „die Erlösung der Welt durch die Versöhnung der Menschen untereinander in Jesus Christus". Bisher hätten sich die christlichen Kirchen dieser Aufgabe keineswegs genügend gewidmet. Sie hätten es versäumt, sich über die Stürme der Zerstörung zu erheben; deshalb hätten sie die ihnen bestimmte geistige Sendung aus den Augen verloren und hätten sich in die brodelnden Wirbel, von denen jetzt die Zivilisation der Welt erfaßt worden sei, mit hinabziehen lassen. Das rühre unter Anderm davon her, daß die christlichen Kirchen ihre Kraft in gegenseitigen Zänkereien vertan hätten. Damit sei gründlich Schluß zu machen; die Bundesversammlung weist darauf hin, daß zum Beispiel es für sie eine ihrer Aufgaben sei, als zwischenkirchliche Organisation die Einigkeit unter den ihr angeschlossenen Kirchen zu schaffen und zu erhalten; *so* werde sie für diese Kirchen auch eine gute Vorschule für die Arbeit an der internationalen Politik.

Darüber, wie der Weg gehen werde, der aus der zwischenstaatlichen Anarchie herausführen soll, bestehen in jenen Kirchen die folgenden Gedanken:

Gott bereitet nach ihrer Auffassung den Weg zur Abschaffung der Kriege durch das wirtschaftliche Leben der Menschen. Die Abschaffung der Kriege werde, so lehren sie, durch die Natur des modernen Wirtschaftslebens eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Und dieser, auf die Dauer unvermeidlichen, wirtschaftlichen Vereinigung der Völker und diesem Wirtschaftsfrieden gebe dann Christus die Heiligung und mache daraus eine Gottesfamilie und einen Gottesfrieden. Der Weg Christi sei hier ganz der gleiche, auf dem überhaupt jeder Fortschritt der

Menschheit geschehe: nämlich die Veränderung der äußeren Bedingungen der Menschheit, eine Veränderung, die im allgemeinen ganz allmählich vor sich gehe (deren Ergebnisse aber beim Eintritt gewisser Umstände, wie zum Beispiel vieler Erscheinungen des jetzigen Weltkrieges, mit einem Male als sehr weit gefördert zu Tage träten). Daß sich die Natur des Menschen selbst nur wenig ändre, sei richtig, es handle sich hier auch nicht darum, daß die menschliche Natur r e v o lutioniert werde, sondern darum, daß sie e v o lutioniert werde, und auch dies nicht durch einen Wechsel in ihrem eigenen inneren Wesen, sondern durch Veränderungen in den äußeren Bedingungen, unter denen die Menschheit lebt. Es sei eine Entwicklung entsprechend der Entwicklung der Raupe zum Schmetterling. Man habe ja zum Beispiel früher stets behauptet, der Mensch könne nicht fliegen, aber heutzutage fliege er eben doch, und dennoch habe sich weder die Natur des Menschen noch auch ein einziges Naturgesetz verändert; es hätten sich eben vielmehr lediglich durch den Fortschritt der Zivilisation und besonders der Naturwissenschaften die äußeren Verhältnisse der Menschheit darin gewandelt, daß den Menschen eine größere Beherrschung einiger Naturgesetze möglich geworden sei.

Der Fortschritt der Zivilisation und besonders der Naturwissenschaften sei es auch, der die äußeren Verhältnisse der Menschheit s o wandle, daß sich die Stellung des Menschen zum Kriege notgedrungen verändern müsse: Infolge dieses Fortschrittes werde nämlich der Krieg, der vom Standpunkte der Vervollkommnungslehre Christi von vornherein zu verwerfen sei, auch für den Gesichtspunkt des Weltmenschen unfruchtbar, weil unwirtschaftlich. Schon einmal habe eine Veränderung äußerer Verhältnisse das Wesen des Krieges sehr entscheidend beeinflußt: Das sei die Einführung der Feuerwaffen gewesen; die hätte es erwirkt, daß die Anforderungen an die Eigenschaften der Führer im Kriege und damit die Auswahl dieser Führer ganz andre geworden seien, als vorher. Was sich nun in unsrer Zeit an äußeren Bedingungen für den Krieg so völlig verändert habe, das sei vor Allem auch das ungeheure Einschrumpfen der Entfernungen durch die modernen Verkehrsmittel: Im Jahre 1914 habe eine Reise von Chicago nach St. Petersburg nicht mehr Zeit gekostet, als in den Tagen der Gründung der nordamerikanischen Union die Reise von deren Westgrenze bis zur Ostgrenze. Deshalb sei heute keine Isolierung kämpfender Völker von der übrigen Welmehr möglich. Vielmehr seien heute rein räumlich die internationalen Beziehungen zwischen allen Staaten der Erde so eng, daß ein Krieg zwischen zwe. Völkern so ziemlich alle andern Völker mit hineinziehe. Das erlebe man ja eben jetzt. Mit andern Worten: Die veränderten äußeren Bedingungen der Welt ließen nationale Kriege nicht mehr zu, jeder Krieg werde mit Naturnotwendigkeit international. Jede Nation, die von jetzt an noch Krieg führe, müsse also stets damit rechnen, außer ihrem ersten Gegner noch mindestens einen großen Teil der übrigen Welt gegen sich zu haben; dabei aber könne kein kriegführender Staat mehr auf seine Rechnung kommen, gefährde vielmehr jedesmal sein Dasein. Damit sei jedem Volke die Antwort auf die Frage, wie es sich künftig verhalten solle, ob national oder international, durch Naturnotwendigkeit aufgezwungen: es müsse sich nämlich, um seine Nationalität zu erhalten, auf die Internationalität einrichten. — Für die der Bundesversammlung angeschlossenen Kirchen liefert der Weltkrieg mithin den Beweis, daß infolge der völligen Veränderung der internationalen Verhältnisse der Krieg hinfort sinnlos und veraltet sei: Künftig noch Krieg führen, das würde für jeden Kriegführenden bedeuten, die Henne töten, die ihm goldene Eier lege; jeder künftige Krieg würde für jeden Kriegführenden mindestens den wirtschaftlichen Ruin setzen an Stelle des Geschäfts. Es sei vom Schlusse des Weltkrieges ab eine unumstößliche Lehre der Volkswirtschaft, daß die Welt für derartige Dinge wie Kriege jetzt zu eng geworden

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sei. Sämtliche Völker der Erde würden gezwungen sein, den Krieg zu verbannen, einfach damit sie als Völker leben können und nicht sterben müssen. Die technische und volkswirtschaftliche Entwicklung habe also jetzt Verhältnisse geschaffen, die künftig den Krieg zwischen den Staaten ausschließen würden, wie er heute schon zwischen zivilisierten Städten ausgeschlossen sei. Dieselbe Zivilisation, deren Entwicklung zunächst viel mehr Stoff, Ursachen und Veranlassungen für Kriege aufgehäuft habe, als der Zustand der Wildheit das jemals vermocht habe, dieselbe Zivilisation, die einen so weltumfassenden Krieg wie den jetzigen erst möglich gemacht habe — eben dieselbe Zivilisation habe nunmehr ihre technische und volkswirtschaftliche Entwicklung bis zu einem Punkte getrieben, wo jene Wirkung in ihr Gegenteil umschlage und den Krieg für künftig verbanne. Wohl habe St. Paulus gelehrt, daß die Liebe zum Gelde die Wurzel alles Übels sei, aber trotzdem schaffe für die künftigen Zeiten die für alle Völker bestehende Notwendigkeit, Geld zu verdienen, wenn sie leben wollen — und sie können nicht Geld verdienen, wenn sie moderne Kriege führen — einen Grund, auf dem Jesus Christus bauen werde. Schon gehe die Entwicklung, gezwungen durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, für alle Staaten der Erde in der Richtung auf einen internationalen Schiedsgerichtshof und auf eine internationale Polizei. Trotz aller Tüfteleien darüber, ob nicht diese und jene theoretischen Erwägungen am Ende doch gegen die Möglichkeit eines Völkerbundes sprächen, werde die unerbittliche wirtschaftliche Notwendigkeit dazu zwingen, sich auch hier auf den Standpunkt zu stellen, mit dem einst George Washington ähnliche Tüfteleien gegen die Möglichkeit der Gründung der nordamerikanischen Union niedergeschlagen habe — zu dem Standpunkte seiner Worte: „Versucht es doch!".

Die christlichen Hoffnungen der der Bundesversammlung angeschlossenen Kirchen auf den Weltfrieden ruhen deshalb, so erklären jene Kirchen, auf dem festen Grunde der wirtschaftlichen Wirklichkeit.

Aus diesen Überzeugungen jener Kirchen folgt, daß der Ausbruch des Weltkrieges sie zwar menschlich schwer erschüttert, aber keineswegs hoffnungslos gemacht hat. Ganz im Gegenteil, sie erklären ausdrücklich: Dieser Krieg, weit davon entfernt, die Zwecklosigkeit ihrer Pläne und Bemühungen oder die Torheit des christlichen Idealismus zu beweisen, tue vielmehr (aus den eben dargelegten Gründen) gerade dar, daß die Methoden brutaler Gewalt und des rücksichtslosen Egoismus (das gemahnt uns zum Beispiel an den „sacro egoismo" der italienischen Kriegsschürer) nicht nur unchristlich, sondern heutzutage auch unklug und unwirksam seien. Das Unchristliche an unsrer Zivilisation sei allerdings durch den Weltkrieg als haltlos erwiesen worden, aber auch nur dieses. Wohl offenbare sich diesmal, deutlicher als jemals sonst im Laufe der Menschheitsgeschichte, der Krieg als Sünde, aber gerade diesmal sei auch die Hilfe, die von Gott allein kommen könne, notwendiger und dementsprechend auch wirksamer als jemals zuvor:

Gerade weil wir, so lehren jene Kirchen, in einer Zeit leben, wie die Welt sie noch nicht gesehen hat, ergehe an die Kirchen der Christenheit der göttliche Ruf, etwas ganz Großes zu tun, etwas, was ihres Herrn und Meisters würdig sei. Gerade jetzt heiße es: „Das Reich Gottes will kommen". Wir stünden eben an der Schwelle einer großen Weltenwende, stünden deshalb allerdings auch an einem Abgrunde, an einem Abgrunde, über den nur Christus hinwegführen könne, Christus aber lasse keinen fallen, der treu zu ihm halte. Wir stünden am Abend einer weltgeschichtlichen Epoche; wenn erst einmal angesichts der blutgetränkten Schlachtfelder Europas alle Völker erschüttert dastehen würden, dann werde die Stunde des Christentums gekommen sein, nicht um irgendwelche Wunder

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vorzuschlagen, sondern um die augenfälligen Tatsachen, und die aus denen sich ergebenden natürlichen Schlußfolgerungen, auszunutzen. Die unendlich schweren Erfahrungen, die die Menschheit jetzt durchmache, würden alle zusammen eine tiefere Treue gegen den Geist der Wahrheit bringen. Alles in Allem: Die Kirchen seien jetzt mehr denn je dazu berufen, im Geiste Christi auf den Weltfrieden hinzuarbeiten. Nichts dürfe ihren hellen Blick trüben oder sie hindern, diese Gelegenheit zu ergreifen, die Gott ihnen gebe, seinen Willen in der Welt zu tun.

Diesen ihren Gesinnungen entsprechend, haben die der Bundesversammlung angeschlossenen Kirchen seit Beginn des Weltkrieges auch praktisch gehandelt: Sie haben die vollständige und absolute Neutralität der Vereinigten Staaten verlangt. Ja, sie haben mehr verlangt, als „die bloß negative Stellungnahme der ‚Neutralität'", nämlich einen „Zustand der ‚Versöhnlichkeit'", der klarer und schneller als die zögernde politische Diplomatie einen gemeinsamen Boden zwischen den Streitenden finden könne. Nordamerika sei, so haben sie ausgeführt, hierfür in der besonders günstigen Lage, daß es nicht nötig habe, Bündnisse zu schließen, und daß es ferner außerhalb der Überlieferungen stehe, die Europas Erbteil geworden seien. So daß die Amerikaner Dinge sagen und tun könnten, die zu sagen oder zu tun den Europäern nicht möglich sei.

Die der Bundesversammlung angeschlossenen Kirchen haben dementsprechend dagegen gearbeitet, daß amerikanische Geldleute an europäische Mächte Kriegsdarlehen gäben; ebenso entschieden haben sie sich gegen die Munitionslieferungen an die Entente erklärt. Sie haben — gemäß ihrer Lehre von der Wirkung des Gebetes und besonders der Gebetsgemeinschaft — Gebetstage und Gebetswochen für die Wiederherstellung des Friedens veranstaltet. Und sie haben endlich eine gewaltige Hilfsbewegung zur Unterstützung der Opfer des Krieges in allen kriegführenden Ländern Europas und Asiens ins Leben gerufen*).

Es ist naturgemäß von besonderm Interesse, wie sich diese Kirchen mit der Tatsache abgefunden haben, daß schließlich dann auch noch die nordamerikanische Union in den Krieg mit dem Deutschen Reiche geraten ist:

Auch da noch erklärt die Bundesversammlung: „Als Bürger einer friedliebenden Nation verabscheuen wir den Krieg". Aber es ist den amerikanischen Kriegsinteressenten nunmehr doch gelungen, auch diesen Kirchen den Wahn zu

---

*) Die Schriftleitung des „Vortrupp" möchte diese Ausführungen des Verfassers über die praktische Tätigkeit der Bundesversammlung während des Krieges noch um einen Punkt ergänzen, der zwar nicht in dem von unserm politischen Mitarbeiter behandelten Zusammenhange, wohl aber in sich selbst von erheblicher Bedeutung ist:

Die Bundesversammlung steht auf einem sehr scharf alkoholgegnerischen Standpunkte: Schon im Dezember 1914 hat sie ein umfangreiches Vorgehen gegen die Veröffentlichung von Anzeigen alkoholischer Getränke in den Zeitungen unternommen. Und, nachdem auch für die Vereinigten Staaten der Kriegszustand eingetreten war, hat die Bundesversammlung auf ihrer Kriegstagung das „sofortige Verbot des Handels mit alkoholischen Getränken" gefordert. Denn das sei „eine der wesentlichsten Kriegsmaßnahmen". Es bestehe infolge des Krieges eine „nationale Notwendigkeit, alle Menschenkraft und jedes bißchen Nahrung zu erhalten". Beides werde aber „verschwendet" in dem Handel mit alkoholischen Getränken, „dessen zerstörende Wirkungen im nationalen Leben und seiner Wohlfahrt klar zutage lägen". Dr. Kraut.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

suggerieren, dieses sei ein Krieg, in dem Amerika gegenüber dem Deutschen Reiche die heilige Sache der Menschheit verteidige. So daß die Bundesversammlung auch erklärt: „Wir sind dankbar, daß es schließlich zu solchen Ergebnissen kam, wie wir sie vertreten können" und „Die Meisten unter uns glauben, daß die Liebe zu allen Menschen, die Christus befiehlt, gerade erfordert, daß wir mit aller uns zu Gebote stehenden Macht die heiligen Rechte der Menschheit verteidigen".

Als Werkzeug für diese Suggestion ist dabei von den amerikanischen Kriegsinteressenten offenbar vor allen Dingen Belgien benutzt worden. Auch hier findet man die volle Bestätigung Dessen, was ich in dem Aufsatze „Die Brille Amerikas" im zweiten Juniheft ausgeführt habe*) mit dem Ergebnis: „Die naive Auffassung der Masse des amerikanischen Volkes in der belgischen Sache ist es gewesen, die Amerikas Beziehungen zu uns seit Beginn des Weltkrieges vergiftet hat." Auch die der Bundesversammlung angeschlossenen Kirchen glauben daher, Amerika verteidige in diesem Kriege die zwischenvölkische Gerechtigkeit und die zwischenvölkische Unverletzlichkeit des Vertrauens, sowie nicht minder das Recht aller Völker, auch der kleinen, ihr Leben in Freiheit und Frieden zu führen. — Benutzt haben die amerikanischen Kriegsinteressenten für diese Suggestion aber zweitens auch die gefährlichste moralische Waffe unsrer Feinde, die die sich aus Deutschlands (längst verjährter und klar und öffentlich aufgegebener!) Haltung auf der zweiten Haager Friedenskonferenz geschmiedet haben. Mit diesem Werkzeuge haben die amerikanischen Kriegsinteressenten es fertig gebracht, den der Bundesversammlung angeschlossenen Kirchen das Deutsche Reich schließlich darzustellen als eine „Macht, die es verhindern will, daß sich die Nationen der Erde zu einer, dem gleichen Ideal nachstrebenden, Gesamtheit aller freien Völker einigen"; mit andern Worten: als eine Macht, die eine Todfeindin eben des praktischen Hauptziels jener Kirchen sei. — Benutzt haben die amerikanischen Kriegsinteressenten für die Suggestion nicht minder die Dinge, auf deren gefährliche Wirkung in Nordamerika Baumgarten so eingehend hingewiesen hat**), dabei ganz besonders auch die von ihnen als deutsch ausgegebene Staats- und Kriegs-Philosophie der Bernhardi und Genossen.

Trotz der suggestiven Wirkung, die die amerikanischen Kriegsinteressenten mit diesen Werkzeugen auch auf die Bundesversammlung und die ihr angeschlossenen Kirchen erzielt haben, ist es ihnen doch nicht gelungen, bei denen eine Kriegspsychose zu erzeugen: Die Bundesversammlung und die ihr angeschlossenen Kirchen verwerfen, auch nach Eintritt des Kriegszustandes mit dem Deutschen Reiche, noch „Haß oder Verbitterung gegen Diejenigen, mit denen wir zu kämpfen haben", sie wollen keinen Krieg „zum Zwecke privaten oder nationalen Gewinnes". Noch nach Eintritt des Kriegszustandes mit dem Deutschen Reiche bekennen sie sich ganz ausdrücklich zu der Gemeinschaft mit den Deutschen Reformatoren des 16. Jahrhunderts: „Die", so ruft die Bundesversammlung auch jetzt noch aus, „waren doch unsre ersten großen demokratischen Führer". Auch jetzt noch wird programmatisch erklärt: „Wir müssen nicht nur über die Feinde siegen, sondern auch über uns selbst. Wir dürfen weder Haß noch Groll hegen. Sonst gibt es keinen endgültigen Frieden." Auch jetzt noch erklären jene Kirchen es programmatisch für ihre Pflicht „den Mitchristen der andern Länder, besonders aber denen, denen wir zurzeit entfremdet sind, unser Bewußtsein von der ungestörten Verbundenheit in Christo zu bezeugen" und „in einer Arbeitsgemeinschaft eine große Zahl derer zu vereinigen, die ihre Feinde lieben und bereit sind, sobald der Friede kommt, mit ihnen zusammen die Verwüstungen wieder gut zu machen".

*) Daselbst Seite 224, Absatz 2 und Seite 225, Absatz 1. D. Verf.
**) Vergl. meinen Aufsatz im „Vortrupp" Nr. 9 vom 1. Mai 1917. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Auch jetzt noch erklären jene Kirchen es ausdrücklich für ihre Aufgabe, gegen jeden Versuch zu arbeiten, Rachsucht und ungerechten Verdacht gegen diejenigen Bewohner der Vereinigten Staaten zu erregen, „die fremden Ursprungs sind oder andre Sympathien haben". Und auch jetzt noch schließt eine amtliche Botschaft der Bundesversammlung an die christlichen Kirchen in Amerika mit den Worten:

„In der Hoffnung aber reichen wir allen Menschen, die für Verständigung eintreten, welches Landes und welcher Rasse sie auch sein mögen, die Hand — in der Hoffnung nämlich, daß wir auf dieser kriegzerrütteten und verwüsteten Erde ein Reich der Menschlichkeit wieder aufbauen, in dem sich die Königreiche der Welt in ein Königreich Christi verwandeln".

Und in Übereinstimmung damit klingt ein Aufsatz, in dem den christlichen Studenten Nordamerikas von einem ihrer Führer ihre „sozialen Pflichten zur Kriegszeit" dargelegt werden, in den Sätzen aus:

„Sind wir stark genug, um den Inhalt des Wortes Jesu ‚Liebet eure Feinde' zu erschöpfen? Er sagt, wir könnten unsre Gaben nicht zum Altar bringen, so lange Haß zwischen uns und unsern Brüdern bestünde. Wie sollen wir diese Probe zur Kriegszeit bestehen? Können wir in der wahrsten Bedeutung des Wortes beten ‚Our Father' und zugleich an jene Brüder denken, die beten ‚Unser Vater'? Das ist die Probe, bei der wir erkennen werden, wie viel oder wie wenig wir von Gott in unserm Leben haben."

Nun meine Folgerungen aus diesen Dingen:

Haben sich also auch die Bundesversammlung und die ihr angeschlossenen Kirchen, auch nach dem Eintritte des Kriegszustandes zwischen der Union und dem Deutschen Reiche, von aller Kriegspsychose frei gehalten, so stehen wir doch vor der Tatsache, daß es den amerikanischen Kriegsinteressenten gelungen ist, auch den christlichen Idealismus der in der Bundesversammlung vereinigten Kirchen vor ihren Wagen zu spannen.

Das ändert aber nichts an der andern Tatsache, daß dieser christliche Idealismus als solcher im nordamerikanischen Volksleben vorhanden, und daß er sogar eine ungemein wirksame Macht im nordamerikanischen Volksleben ist. Es geht einfach nicht an, etwa auch hier von Heuchelei oder „Cant" zu sprechen; angesichts der Urkunden, die die „Eiche" uns vorlegt, müßte jeder, der Das versuchen wollte, sich selbst kindlich vorkommen. Es ist eben einfach so, daß es nicht nur das Amerika der kriegschürenden Kriegsinteressenten gibt: der Geldfürsten der Wallstreet und der Munitionsfabrikanten, sondern auch dieses Amerika des ausgeprägtesten Idealismus christlicher Herkunft. Es kann nicht die Aufgabe von uns Deutschen sein, diese offenkundige Tatsache zu leugnen und uns mit den bei uns vielfach hergebrachten Phrasen von dem „allgemeinen Materialismus der Nordamerikaner" über die wirkliche Sachlage zu täuschen. Sondern das ist unsre Aufgabe, auch diese Tatsache klar zu erkennen und sie dann in rechter Art für das Deutsche Reich zu nutzen:

Auf der einen Seite dürfen und wollen wir nicht die Augen davor schließen, daß Nordamerika als Feind stärker dadurch wird, daß — vermöge der beschriebenen Suggestionen — es gelungen ist, zurzeit auch diesen ehrlichen und sehr einflußreichen Idealismus in den Dienst des nordamerikanischen Kriegswillens zu stellen. Andrerseits aber: Eine Prophezeiung über den Ausgang dieses Krieges ist sicher richtig: Bei seinem Schlusse wird die nordamerikanische Union genau so wenig zerschmettert sein, wie das Deutsche Reich. Mit der Union also werden wir ganz sicher einen „Verständigungsfrieden" schließen; diese — äußerst einflußreichen — Kräfte in Amerika aber, die Kräfte der Bundesversammlung und

der ihr angeschlossenen Kirchen, werden naturgemäß die Träger der Verständigung mit uns werden.

Und noch Eins: Es ist nicht nur traurig, daß diese Kreise zur Zeit auch innerlich an der Seite des Schlächters Clémenceau und der allfranzösischen Eroberungsfanatiker stehn, sondern das ist auch in sich so unsinnig. Denn alles das, was die der Bundesversammlung angeschlossenen amerikanischen Kirchen für die Menschheit erstreben, das sind ja Ziele, die, was gar nicht oft genug gesagt werden kann, ureigenstes deutsches Geistesgut sind: Immanuel Kant, der deutscheste aller Philosophen, hat das Alles vor einhundertundzwanzig Jahren in allen wesentlichen Punkten schon ebenso gedacht. (In meinem Aufsatze „Zum ewigen Frieden" im ersten Märzheft des „Vortrupp" von 1918*) habe ich versucht, Kants Gedanken hierüber gemeinverständlich darzustellen.) Bis in die Einzelheiten geht die Gleichheit der Gedanken hinein: Auch Kant sieht zum Beispiel den Weg, den die Menschheit zu ihrer Einigung gehen muß, von volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten gebahnt.

Schwerlich wäre es den amerikanischen Kriegsinteressenten möglich gewesen, den in der Bundesversammlung vereinigten amerikanischen Kirchen mit Erfolg vorzureden, daß ausgerechnet Deutschland die Macht sei, die ihren menschheitlichen Idealen entgegenstehe, wenn diese Kirchen den Inhalt von Kants Schrift „Zum ewigen Frieden", und wenn sie Bethmann Hollwegs große Rede vom 9. November 1916 gekannt hätten.

So zeigt sich auch hier wieder, wie wichtig die Mahnung ist, die einer der bekannten „L. H.-Aufsätze" (und sogar in der hochkonservativen „Kreuzzeitung"!) an unsre Reichsregierung gerichtet hat: Nämlich gerade diese Gedanken noch viel mehr als bisher „ohne Scheu vor alten ehrbaren Ansichten zu Hilfe zu nehmen und offensiver zu benutzen". Das ist in der Tat der notwendigste Teil unsrer notwendigen politischen Offensive, denn nur so können wir den Kriegsinteressenten in den feindlichen Ländern die schärfste Geißel aus der Hand schlagen, mit der sie ihre Völker immer wieder zum Kampfe gegen uns aufpeitschen können und darum sind die Reden des Staatssekretärs Dr. Solf vom 20. August und des Prinzen Max von Baden vom 22. August 1918 so ungemein nützliche politische Ereignisse.

Fidelis.

Arbeitsreform nach dem Kriege.

Der Krieg hat unsere gesamte Volkswirtschaft in tiefgreifender Weise beeinflußt. Und dieser Einfluß wird mit dem Friedensschluß nicht vorüber sein, sondern noch lange anhalten. Ja, in vieler Beziehung wird der Krieg bleibende Veränderungen unserer Gütererzeugung, und zwar gewaltige Fortschritte erzwingen. Das ist die Überzeugung, die sich immer mehr Bahn bricht. So wird der Krieg wahrscheinlich auch einer neuen Arbeitsmethode zum Siege verhelfen, die schon vor dem Kriege in den Vereinigten Staaten sich ausbreitete, bei uns aber zunächst wenig Anklang und viel Widerspruch fand: das ist das „Taylor-System" oder, wie der Amerikaner Taylor selbst sich ausdrückte, die „wissenschaftliche Betriebsführung".

Von den Gefahren des Taylor-Systems ist bereits im „Vortrupp" vom 16. Dezember 1913 die Rede gewesen. Daß man mit diesem System die Gütererzeugung außerordentlich steigern kann, wurde dort ausdrücklich anerkannt. Aber die kritische Betrachtung kam zu dem Ergebnis: Dieser Gewinn wird allzu

*) Vortrupp-Flugschrift Nr. 48. Vortrupp.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

teuer erkauft mit einer schweren Schädigung der Arbeiterseele. Das Taylor-System ist „Seelenmord".

Diesen Eindruck kann man in der Tat bekommen, wenn man sieht, daß das System Taylors auf einer rücksichtslosen Scheidung von körperlicher und geistiger Arbeit beruht. Der Arbeiter braucht nicht zu denken. Die Betriebsleitung denkt für ihn. Im Arbeitsverteilungsbureau wird jede Arbeitsleistung vorher in ihre kleinsten Einzelbewegungen zerlegt, studiert, ihre praktischste Ausführung ermittelt, und ihre Zeitdauer bis auf den Bruchteil einer Sekunde genau gemessen. Das alles wird auf der Anleitungskarte verzeichnet, und der Arbeiter hat weiter nichts zu tun, als diese Bewegungen so automatisch als möglich einzuüben und in der vorgeschriebenen Zeit auszuführen. Lernt er das nicht, so taugt er nicht für diese Arbeit. Vermag er noch schneller zu arbeiten, so wird er durch besondere Vergütung belohnt.

Hier scheint allerdings der Mensch vollkommen zur Maschine zu werden, die willen- und gedankenlos vorher berechnete Bewegungen ausführt. Hier droht die Gefahr einer Verkümmerung zahlloser Menschenseelen um äußeren Gewinnes willen, überhaupt einer unerhörten Ausbeutung der Arbeitskraft.

Doch schon in dem genannten kritischen Aufsatz ist zugegeben, daß Taylor selbst jede Schädigung des Arbeiters durchaus verhüten will. Jede Überanstrengung soll durch vorherige genaue Versuche vermieden werden, weil sie die Leistung vermindert und also auch den Unternehmer schädigt. So ließ z. B. Taylor in einem Eisenwerk Schwerstarbeiter in genau bestimmten Pausen mehr als die Hälfte der Arbeitszeit ausruhen und erreichte dadurch eine Steigerung der Leistungen auf das Vierfache. Das war ein großer Gewinn für den Unternehmer, der diese kostspieligen Versuche anstellte; aber auch ein Gewinn für die Arbeiter, deren Lohn um 60 Prozent erhöht wurde. So führt das Taylor-System auch bei sorgsamer Schonung der Arbeitskraft durchweg zu einer Lohnerhöhung um 30—100 Prozent. Ferner ermöglicht, ja erzwingt es eine Verkürzung der Arbeitszeit. Denn bei Einführung dieser Betriebsmethode zeigt sich mit unwiderleglicher Klarheit, daß zu lange Arbeitszeit nicht nur den Arbeiter, sondern auch den Unternehmer schädigt. Bei Durchführung des Taylor-Systems würde der Achtstundentag von selbst kommen. Würde sich zu ihm und zu allgemeiner Lohnerhöhung noch die bereits vielfach eingeführte, auch im „Vortrupp" (1916 Nr. 3, S. 81) geforderte durchgehende Arbeitszeit gesellen, so wäre ein gewaltiger Fortschritt erreicht. Dann würde sich auch die Wohnungsfrage, insbesondere die Heimstättenfrage für den Arbeiter viel leichter lösen lassen. Erholung in der Natur, Beschäftigung mit Garten- und Obstbau, Teilnahme an vernünftigem Sport, sowie geistige Fortbildung würden nun erst in größerem Maßstabe möglich. Die ganze Lebenshaltung des Arbeiters würde sich heben, äußerlich und sicher auch innerlich. Auch das Familienleben und die Staatsgesinnung würden nur gewinnen. Letztere nicht nur deshalb, weil der Arbeiter vielfach zu einem eigenen Heim kommen würde, sondern auch, weil er nicht mehr so hoffnungslos in die Zukunft zu schauen brauchte. Bisher hatte der Arbeiter mit 20 Jahren meist seinen Höchstlohn erreicht; jede Möglichkeit, es irgendwie weiter zu bringen, war abgeschnitten. Eher drohte mit zunehmendem Alter eine Minderung des Einkommens. Die wenigen Meisterstellen in den Fabriken konnten daran nicht viel ändern. Das Taylor-System dagegen vermehrt die Zahl der Meister oder Beamten ungemein. In manchen Betrieben kommt auf 3 Arbeiter ein Beamter. Wer sich auszeichnet durch ungewöhnliche Leistungen oder durch Verbesserungen der Arbeitsmethode, hat Aussicht, aufzurücken. Das wäre ein weiterer Vorzug der wissenschaftlichen Betriebsführung.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Alle diese Vorzüge beruhen freilich in der Hauptsache auf einer Voraussetzung, darauf nämlich, daß das System wirklich im Sinne Taylors gehandhabt wird. Denn es ließe sich natürlich auch zu einer ungeheuren Ausbeutung der Arbeiterschaft benutzen. Aus diesem Grunde haben die Gewerkschaften dem Taylor-System früher sehr mißtrauisch gegenübergestanden (vgl. das Korrespondenzblatt der Generalkommission 1913 Nr. 19, 23, 27—31, 44; 1914 Nr. 3, 9, 13, 22 und 30). Neuerdings ist die Stimmung etwas freundlicher geworden (vgl. Winnig, „Neuorientierung der Gewerkschaften?" in der Zeitschrift „Die Glocke" 1917, Nr. 35). In der Tat ist ihrer Forderung zuzustimmen, daß die Arbeitervertretung bei der Durchführung dieser Betriebsreform im Interesse der Arbeiterschaft mitwirken müsse. Ebenso wäre natürlich auch der staatliche Arbeiterschutz auf die neue Betriebsmethode auszudehnen. Unter diesen beiden Voraussetzungen aber könnten die Vorzüge des Taylor-Systems voll wirksam werden zum Besten der Arbeiter wie der Unternehmer und zum größten Gewinn für unsere ganze Volkswirtschaft, die jetzt solch einer besonderen Förderung dringend bedarf.

Denn mit Recht hat der bekannte Wirtschaftsphilosoph Walther Rathenau („Die neue Wirtschaft." Fischer, Berlin 1918) darauf hingewiesen, daß die schwierige Lage unserer Industrie nach dem Kriege eine weitgehende Rationalisierung und Mechanisierung unserer Volkswirtschaft gebieterisch fordert. Der Wert unserer Gütererzeugung betrug vor dem Kriege etwa 45 Milliarden. Infolge des Verlustes zahlreicher tüchtiger Arbeitskräfte würden wir diese Höhe der Gütererzeugung bei der alten Wirtschaftsmethode gar nicht wieder erreichen können. Gleichzeitig aber würden die Kriegsschulden, die Kriegsrenten und Teuerungszulagen unsere Wirtschaft mit etwa 15 Milliarden jährlich mehr belasten. Unsere Produkte würden sich also um mehr als ein Drittel verteuern. Das bedeutete eine Verminderung des Absatzes im Inland und Ausland und damit eine weitere Einschränkung der Gütererzeugung. Soll der Zusammenbruch unserer Industrie verhindert werden, so müssen wir trotz der hohen Belastung billig produzieren. Das ist aber nur möglich, wenn es uns gelingt, unsere Gütererzeugung gegen früher mindestens zu verdoppeln. „Was 40 Milliarden Gütererzeugung nicht tragen und erschwingen, das leisten 80." Diese unbedingt nötige Vermehrung unserer Produktion läßt sich nur erreichen durch Umwandlung unserer zügellosen Wirtschaft in eine planvoll geleitete.

Es gilt, sämtliche Einzelbetriebe nach dem neusten Stande der Technik musterhaft einzurichten und sie an den zweckmäßigsten Ort (Ausnutzung aller Wasserkräfte, Nähe der Kohlen- und Rohstofflager usw.) zu verlegen. Es gilt weiter, die übergroße Mannigfaltigkeit der Produkte einzuschränken und jeder Fabrik bestimmte Spezialartikel zuzuweisen, die sie in Massen herstellen und für die sie die vollkommensten Einrichtungen schaffen und einen Stab auserlesener Spezialisten halten kann. Es gilt endlich den Handel mit Zwischenprodukten und fertigen Waren planmäßig zu regeln, um unnötigen Transport zu vermeiden und zahllose Kräfte für die Gütererzeugung frei zu machen. Durch solche Neuordnung unseres Wirtschaftslebens würden wir Unmengen von Kohlen und Rohstoffen sparen, mit den vorhandenen Arbeitskräften unsere Gütererzeugung vervielfachen und damit so verbilligen können, daß wir jeder Konkurrenz gewachsen wären. Gleichzeitig wäre damit auch ein bedeutsamer innerer Fortschritt erzielt: eine Durchdringung der Privatwirtschaft vom Gemeinschaftswillen von Sittlichkeit und Verantwortung.

Nur einen Teil dieser großzügigen Rationalisierung und Mechanisierung unserer Wirtschaft bedeutete dann die von Rathenau nicht besonders erwähnte Durchführung des Taylor-Systems. Und die ganze Reform würde nicht nur

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der Volkswirtschaft im großen, sondern auch dem einzelnen Unternehmer und Arbeiter zugute kommen.

Allerdings eine Not des Arbeiters würde sie nicht beseitigen, sondern ungemein verschärfen: die Eintönigkeit und Geistlosigkeit seiner Beschäftigung. Es bleibt also die Gefahr, daß der Arbeiter völlig zur Maschine gemacht wird.

Doch wir dürfen hier nicht bloß nach dem ersten Eindruck und nach unserem Gefühl urteilen. Wir müssen auch hier wissenschaftlich vorgehen, d. h. wir müssen die Tatsachen unvoreingenommen erforschen und dann erst unser Urteil abgeben. Hier haben uns nun die Arbeiten zweier Forscher große Dienste geleistet: Adolf Levensteins und Hugo Münsterbergs.

Levenstein hat in seiner „Arbeiterfrage" (München 1912) auf Grund von 5040 Fragebogen und 4846 Briefen uns wichtige Einblicke in das Seelenleben des Arbeiters erschlossen. Was die Berufsfreude des Arbeiters anlangt, so entrollt sich uns hier allerdings ein erschreckendes Bild. Die Freude an der Berufsarbeit fehlt offenbar 83—93 Prozent der befragten Arbeiter. Aber das liegt nicht nur an der Eintönigkeit der Beschäftigung. Denn über diese klagt nicht ganz der vierte Teil. Weit mehr geben als Grund an: zu geringen Lohn, Nachteile für die Gesundheit, drückende Abhängigkeit und lästige Antreiberei. Hier würde die Wirtschaftsreform und gerade auch das Taylor-System vieles bessern und damit die Freude am Berufe erhöhen. Und die zunehmende Mechanisierung der Arbeit würde diese günstigen Einflüsse sicherlich nicht wieder aufheben. Denn die Arbeit Levensteins zeigt uns in überraschender Weise, daß Eintönigkeit der Beschäftigung gerade geistig regen Menschen vielfach willkommen ist, weil sie den Geist nicht bindet. Nur knapp ein Viertel der befragten Arbeiter erklären, daß sie bei der Arbeit garnicht denken; etwas weniger als die Hälfte hat die Gedanken bei der Berufsarbeit oder beim Verdienst; ein Drittel aber beschäftigt sich mit außerberuflichen Dingen: mit der Familie, mit Politik oder mit wissenschaftlichen Fragen. Nur ein armer Geist verkümmert bei mechanischer Arbeit; ein reicher Geist findet stets die Möglichkeit, sich zu betätigen. Darum aber braucht gerade der mechanische Arbeiter nicht wenig, sondern viel geistige Bildung. Wollen wir dem Arbeiter mehr Berufsfreude verschaffen, so müssen wir für erhöhte Arbeiterbildung eintreten. Solche Bildung macht die eintönige Arbeit nicht bloß dadurch erträglicher, daß sie dem Geiste interessante Abschweifungen ermöglicht. Sie findet auch am Arbeitsort oder an den Arbeitsmitteln wie am Arbeitsstoff allerhand, was den Geist beschäftigt. So kann geologische Bildung, wie Levensteins Buch zeigt, dem Bergarbeiter viel Freude machen. Ja, schließlich kann man sagen: Durch eingehende Kenntnisse wird alles interessant. Und damit kommen wir zu Münsterbergs bedeutsamer Arbeit „Psychologie und Wirtschaftsleben" (Leipzig 1916). Mit Recht hebt er hier (S. 115 ff.) hervor, daß der Außenstehende gar nicht beurteilen kann, ob eine Arbeit interessant oder langweilig ist, weil er die Einzelheiten und Feinheiten nicht wahrzunehmen vermag. Uns erscheint eine Schafherde als eine eintönige Masse; dem Schäfer besteht sie aus lauter eigenartigen Einzelwesen. Wir finden einen kahlen Steinbruch wohl öde und langweilig; dem Geologen ist er äußerst interessant. So sieht auch der Arbeiter an den kleinen Maschinenteilchen, die er vielleicht seit Jahren immer neu herstellen muß, viel mehr als wir. Für sein Auge gleicht keins dem anderen; vor allem geraten sie immer verschieden, bald besser, bald schlechter, bald gar nicht. Sie brauchen auch verschiedene Zeit zu ihrer Herstellung. Und das hat wieder Einfluß auf den Lohn, der den Arbeiter sehr interessiert. Wenn sich's um Stücklohn handelt, dann stört die Eintönigkeit der Beschäftigung den Arbeiter gewöhnlich gar nicht. Im

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gegenteil, dann ist ihm die fortschreitende Mechanisierung, die möglichste Gleichförmigkeit der Arbeitsbewegungen in der Regel nur erwünscht, weil sie die Schnelligkeit und damit den Verdienst steigert.

So kommt es, daß nach Levenstein doch wenigstens 7,1 Prozent der Textilarbeiter, 15,2 Prozent der Bergarbeiter und 17 Prozent der Metallarbeiter Vergnügen an ihrer Tätigkeit fanden. Ihre Zahl würde sich stark erhöhen, wenn sich die Mißstimmung über unbefriedigende persönliche und soziale Verhältnisse beseitigen ließe. Allgemein würde die Freude an der Berufsarbeit freilich auch bei der günstigsten Gestaltung der sozialen Verhältnisse in der Arbeiterschaft nicht werden. Denn die Arbeitsfreude ist nirgends allgemein, nicht einmal in den geistig am höchsten stehenden Berufen. Selbst unter Geistlichen, Lehrern, Richtern usw. finden sich Leute, die über Eintönigkeit der Berufsarbeit klagen. Und umgekehrt gibt es Leute, die an den mechanischsten immer wiederholten Handgriffen noch Interesse haben. Münsterberg hat versucht, auf experimental-psychologischem Wege den Grund dieser Verschiedenheit zu ermitteln. Es ergab sich, daß hier offenbar die Veranlagung eine große Rolle spielt. Die einen sind mehr für Aufnahme gleichförmiger, die anderen mehr für Aufnahme verschiedenartiger Eindrücke veranlagt. Den ersten macht auch die Wiederholung im Leben und in der Arbeit Vergnügen. Bei den anderen stellen sich Unlustgefühle ein, wenn sie gezwungen werden, ständig wiederholte Eindrücke genau aufzufassen. Ist für die Wirkung eintöniger Arbeit aber die Naturanlage entscheidend, so läßt sich in einem gewissen Umfange Abhilfe schaffen. Es gibt Beschäftigungen, die einen raschen Wechsel der Tätigkeit erfordern, und andere, die immer gleichmäßig verlaufen. Das gilt auch für die Industriearbeit. Man gebe also jedem Arbeiter nach Möglichkeit eine Beschäftigung, die seiner Naturanlage entspricht. Das wird für Arbeiter und Unternehmer gleich vorteilhaft sein. Und damit kommen wir zu einem weiteren Fortschritt, den Taylors System bedeutet. Taylor ist der erste, der den Grundsatz durchführt, jedem die Arbeit zu geben, für die er sich am besten eignet. Bei der genauen Kontrolle der Leistungen trat ja die günstige oder ungünstige Anlage deutlich hervor. Es empfahl sich nun ganz von selbst, möglichst schon vor dem Anlernen zu ermitteln, ob der Arbeiter sich für die betreffende Tätigkeit eignen würde oder nicht. Und so gelangte man zur Anwendung der Experimentalpsychologie auf das Wirtschaftsleben, wie sie Münsterberg nach amerikanischem Vorbild bei uns eingeführt hat. Hier haben wir vielleicht den praktisch wichtigsten Zweig dieser jungen Wissenschaft vor uns. Es wäre von ungeheurer Bedeutung, wenn es gelänge, jeden an den Platz zu stellen, für den er sich am besten eignet. Damit würde eine Fülle äußerer und innerer Not beseitigt, Befriedigung und Zufriedenheit würden in ungeahnter Weise zunehmen, und zugleich würden die Leistungen gewaltig steigen. Erst auf diesem Wege könnte die Volkskraft voll erschlossen werden. In den Vereinigten Staaten haben der Verein für Berufsberatung und Taylors wissenschaftliche Betriebsführung schon mancherlei auf diesem Gebiete geleistet. Bei uns steht alles noch in den ersten Anfängen. Welch schöne Ausblicke ergeben sich hier für die Berufsarbeit der Zukunft.

Allerdings, darüber dürfen wir uns nicht täuschen: alle Arbeitsnot wird sich auf diese Weise nicht beseitigen lassen. Die Arbeit wird nie zum Spiel, zu lauter Vergnügen werden. Das Eintönige, Stumpfmachende, Ermüdende wird nie ganz aus ihr verschwinden. Sie wird nie bloß auf dem Interesse, sondern immer auch auf dem Pflichtgefühl beruhen. Gediegene Arbeit entspringt nie bloß der Lust, sondern stets auch der Selbstüberwindung. Darin wird auch

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

der Zukunftsstaat nichts ändern trotz aller Phantasiebilder von technischen Verbesserungen und kurzer Arbeitszeit.

Darum muß die Erziehung und Bildung jedes Menschen, der arbeiten soll — und davon darf sich in Zukunft niemand mehr freisprechen —, nicht bloß den Verstand, sondern zugleich und vor allem den Willen erfassen; sie darf nicht bloß intellektuell, sondern sie muß sittlich sein. Es gilt, wie Johannes Wendland in seinem „Handbuch der Sozialethik" (S. 66 ff.) ausführt, jedem Menschen „einige starke erhebende Gedanken als Gegengewicht gegen die lastende Mühe der Arbeit in die Seele zu pflanzen". Solche sind: 1. „Jede Arbeit gewährt mir und den Meinen den notwendigen Lebensunterhalt, ermöglicht uns auch hin und wieder, uns einige kleine Freuden des Lebens zu gestatten, die nach ernster Arbeit um so heiterer stimmen." 2. „Jede Arbeit erzieht den Menschen zur Pünktlichkeit, Gewissenhaftigkeit, zur Treue im kleinen Sie schult den Charakter. Von jedem einzelnen Handgriff hängt vieles ab." 3. „Ich fülle mit meiner Arbeit eine notwendige Stelle in der Welt aus. Ich diene damit irgendwie, direkt oder indirekt meinen Mitmenschen und werde durch diese Tätigkeit selbst zur sittlichen Persönlichkeit." 4. „Zuletzt und zuhöchst diene ich mit meiner Arbeit Gott, der mich an den Platz gestellt hat, an dem ich stehe."

In schöner Weise tritt uns solche sittliche Bewertung der Arbeit und solch ernstes Pflichtgefühl auch in einzelnen Antworten entgegen, die Levenstein in seiner schon mehrfach erwähnten Arbeit mitteilt. Ihre festeste Grundlage findet solche sittliche Auffassung der Arbeit dann in der Religion, im Bewußtsein der Verantwortlichkeit gegenüber einem allwissenden Richter und im Gefühl unendlicher Dankesschuld gegenüber einem himmlischen Vater, der die Erde zu einem Reiche Gottes und die Menschheit zu einer großen Familie machen will.

Je mehr diese sittliche Auffassung der Arbeit alle Glieder unseres Volkes durchdringt, Regierende und Regierte, Arbeitgeber und Arbeiter, desto mehr wird auch die notwendige Spezialisierung und Mechanisierung der menschlichen Berufstätigkeit nicht zum Fluch, sondern zum Segen werden.

Otto Dost.

Familienbeihilfen für die Gesamtbevölkerung.

Manche Leser werden sich der Ausführungen erinnern, mit denen ich ihnen meinen Plan einer Familienbeihilfenordnung vorgetragen habe*). Immer ernster und dringlicher wird die Forderung einer wirtschaftlichen Stärkung der Familie. So hat auf der diesjährigen in München abgehaltenen Tagung zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft die Forderung von Familienbeihilfen eine der Grundlagen der Verhandlung gebildet. In Bayern aber scheint geradezu eine wenn auch bloße Teilverwirklichung des Gedankens in greifbarer Nähe zu sein: in einer großzügigen, die gesamte Staatsbeamtenschaft umfassenden Kinderzulagenversicherung, einer Einrichtung, deren Jahresaufwand sich auf ungefähr vierzehn Millionen Mark belaufen soll.

Die Beschränkung von Familienbeihilfen auf einzelne Volkskreise leidet an einem grundsätzlichen Mangel, und im besondern die Beschränkung auf die Beamtenschaft bleibt sehr weit entfernt von einer volkumfassenden Maßnahme, wie wir sie als Ziel ins Auge fassen müssen. Aber aller Anfang ist schwer, und so verdient der Plan der bayerischen Regierung die rückhaltlose Förderung aller Beteiligten; nur daß sich jeder bewußt bleibe, daß es sich dabei um ein unvollständiges, des späteren Ausbaues bedürftiges Werk handle.

*) Vgl. Vortrupp Jg. 1917, Nr. 9 und 15.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Von andrer Seite wird nun gegen den Gedanken einer allumfassenden Durchführung des Beihilfenplanes geltend gemacht, daß hierin eine unzulässige Verallgemeinerung liege, da die Beihilfenordnung ihre Begründung nur in den Sonderverhältnissen der Beamtenschaft und der städtischen Bevölkerung habe. Weite Kreise der erwerbtätigen Volksgenossen hätten durchaus kein Verlangen danach; insbesondere die Landbevölkerung müsse sich die „Segnungen" einer allgemeinen Beihilfenordnung verbitten, wie so manchen andern Volksbeglückungsplan, der ihr ungebeten von der Stadt aus an den Kopf geworfen werde. Noch sei die Seuche der Kinderscheu wenig aufs Land gedrungen, noch sei das Kind dem Landmann nicht wie dem Städter nur eine unliebsame Quelle von Ausgaben, sondern nach einer nicht zu lange dauernden Zeit der Aufzucht eine Quelle langjährigen wirtschaftlichen Nutzens. Niemand auf dem Lande habe eine Sehnsucht und fühle ein Bedürfnis nach Beihilfen und so solle man den Landmann mit solchen Dingen verschonen.

Allerdings, die Gefahr liegt nahe, daß die städtisch gerichtete Auffassung des Beamten und Städters die Neigung trage zu einer unangebrachten Verallgemeinerung dessen, was der Stadt und dem Beamtentum not tut und was ihm zu frommen scheint; und es ziemt sich wohl, daß man sich der besseren Einsicht gründlicher Kenner der ländlichen Verhältnisse beuge. Indessen so ganz ohne Unterlagen aus der Wirklichkeit war meine Forderung einer allumfassenden Beihilfenordnung, mit einer Geltung also auch für die Landbevölkerung, doch nicht. Wenn ich selbst auch die Verhältnisse, allerdings nur von beschränkten Teilen des deutschen Vaterlandes kenne, so habe ich doch aus dem, was mir bekannt geworden ist, den Einblick gewonnen, daß auch auf dem Lande die Geburtenbeschränkung schon recht bemerkliche und bedrohliche Fortschritte gemacht hat. Soweit sich meine Kenntnisse erstrecken, ist die Zahl der Familien mit sechs und acht Kindern auch auf dem Lande heute weit geringer als noch vor fünfzig und dreißig Jahren; und die Überlegung, daß es seine Annehmlichkeiten habe, es beim dritten oder vierten — oder gar bei zweien bewenden zu lassen, ist nicht mehr nur das zweifelhafte Vorrecht des Städters. Mag, was ich selbst wahrnehmen konnte, noch ausgedehnten ländlichen Bezirken unseres Vaterlandes fremd sein, so ist doch nach dem Gange aller Dinge mit der großen Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß sich nicht die frommen alten Sitten des unbeschränkten Kinderkriegens rückläufig verbreiten, sondern daß die Beschränkung ihren Siegeslauf fortsetze bis in die letzten Dörfer. Eben erst, als ich diese Zeilen schreibe, erhalte ich eine Zuschrift vom Lande aus einer norddeutschen Gegend, die davon spricht, wie willig die Landbevölkerung dem übeln Beispiele der Städter in der Geburtenbeschränkung folge. Wer weiß, ob der Verlauf dieser Entwicklung nicht rascher sein wird als die volle Verwirklichung unseres Beihilfenplanes für das Gesamtvolk! Darum scheint es mir trotz allem schon jetzt angezeigt, für eine wohl unerfreulich nahe Zeit die Notwendigkeit seiner völligen Verwirklichung ins Auge zu fassen. Wenn ich also das tue, so mag dabei der Vorbehalt gelten, daß vielleicht, gegen meine bestimmte Erwartung zwar, die völlige Verwirklichung nicht notwendig werden möchte. Und überhaupt setzt die Durchführung des Gedankens von vornherein nicht mit Wesensnotwendigkeit voraus, daß die Verwirklichung auf einen Schlag in seinem ganzen Umfang geschehe. Wenn nichts im Wege steht, ihn für die gesamte Beamtenschaft eines Bundesstaats oder des Reiches durchzuführen, so besteht ebensowenig ein Hindernis, ihn für die Städte, etwa bis herab zum Städtchen mit 5000 Einwohnern, zu bestimmen. Greift man aber zu dieser Beschränkung, dann müßte dennoch weiter, um den großen Verschiedenheiten der Verhältnisse Rechnung zu tragen, angeordnet werden, daß auch über jenen engeren Kreis hinaus der Anschluß an die Einrich-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tung freistehe; etwa in der Weise, daß jede Gemeinde auf Grund eines mit erhöhter Stimmenmehrheit der Vertretungsberechtigten gefaßten Beschlusses für ihre Angehörigen den Anschluß erklären könnte, und ferner stände nichts im Wege, vorzusehen, daß jeder einzelne, der nicht auf Grund einer Zugehörigkeit zu den ohnehin schon erfaßten Volkskreisen Teilnehmer wäre, berechtigt sein müßte, nach seinem freien Willen sich anzuschließen. Indessen müßte hier selbstverständlich vorgesehen werden, daß jeder Einzelne, der einmal aus irgendwelchem Verhältnisse an der Beihilfenordnung teilgenommen hat, auf Lebensdauer der Einrichtung angeschlossen zu bleiben hätte, also ohne die Möglichkeit, sich später wieder freizumachen. Eine Einschränkung solcher Art ist notwendig um deswillen, weil sonst der Einzelne es für vorteilhaft finden könnte, die Beihilfenbeträge einzuheimsen, solange (während der Aufzucht der Kinder oder bei der Ausheiratung einer Tochter!) die Beihilfen die Deckungsumlage überstiegen, dann aber sich bescheiden und vornehm zurückzuziehen, wenn die Kinder von der Schüssel sind und die Beihilfenordnung ihm die Kehrseite der Medaille zeigen würde. Aus ähnlichen Gründen wäre zu erwägen, ob zur Teilnahme nicht auch solche Personen, für die die Eltern Beihilfen bezogen haben, verpflichtet sein sollten, sofern sie als selbständige Einkommenbezieher in Frage kommen.

Ungefähr in dieser Richtung scheint sich der Weg zu eröffnen, auf dem mit möglichster Anpassungsfähigkeit der nach Ort und Zeit bunten Verschiedenheit der Verhältnisse Rechnung zu tragen wäre. Diese Möglichkeit, die zunächst auf einen Teil des Volkes beschränkte Maßnahme erst nach Bedarf auf weitere Kreise und — vielleicht — schließlich auf die Gesamtheit auszudehnen, mag den Plan auch demjenigen genießbar machen, der ihn nach der Kenntnis seiner eigenen näheren Lebenskreise und nach seiner Auffassung von ihren wirtschaftlichen und sittlichen Lebensbedingungen zurzeit und vielleicht überhaupt für jene Kreise nicht brauchbar findet. Der Auffassung aber, daß die Einrichtung von Familienbeihilfen nach dem heutigen Stande der Dinge für einen schon sehr erheblichen Teil des Gesamtvolkes wirtschaftlich unumgänglich geboten ist, daß sie hier aber zugleich auch — eine Forderung der innern gesellschaftlichen Gerechtigkeit — den Ausgleich der starken wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegensätze des Unverehelichten, der kinderlosen Ehe und der kinderreichen Familie dienen würde und daß ihr Bestehen einen segensreichen Damm gegen eine schädliche Überhöhung der Lebenshaltung bei den von Familienlasten freien oder mit ihnen wenig beschwerten Genossen jeder einzelnen Enikommenstufe bilden würde — der Auffassung werden wohl nur verschwindend wenige Stimmen entgegentreten wollen, sie müßten denn selbst zu den Leidtragenden zählen.

Es ist eine hochgesinnte Lebensauffassung, die von einem Neuaufbau unseres innern Lebens alles Heil erwartet. Eine Stimme dieser Richtung — Herr von Hedemann-Heespen in der Kieler Zeitung — ruft mir zu meinem Plane einer allgemeinen Beihilfenordnung die Worte zu: „Greller kann man den Bankrott des Idealismus im Leben der Geschlechter nicht zum Grundsatz ausrufen. Gut, daß es bisher nur eine betriebsame Stimme ist, die solcher Gesinnung öffentlich Ausdruck gibt." Ich habe das Recht, zu sagen, daß ich bei weitem nicht der einzige bin, der eine wirtschaftliche Stärkung der Familie verlangt als eine Grundlage, auf der ein Aufblühen des „Willens zum Kinde" erst wieder möglich werden soll. Und ich befinde mich in guter Gesellschaft. Aber wäre ich der einzige, so weiß ich mich dennoch frei davon, den Hochsinn im Leben der Geschlechter zu unterschätzen. Ich verzweifle nur an der Möglichkeit, des verheerenden Niederganges der Geburtenzahl mit inneren Mitteln allein Herr zu werden. Alle Mahnungen zur Abkehr von einem hohlen Genußleben, alle sittliche Hebung des Volkes, alle hochgesinnten Vorbilder werden sich als zu schwach und zu lang-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sam wirkend erweisen im Kampf gegen das Umsichgreifen des Genußlebens. Und das ist noch das wenigste. Denn ich glaube, mitnichten die stärkste Ursache des Geburtenrückgangs liegt in einer Ausbreitung der Sucht „sich auszuleben". Einen (wie ich zur Ehre unseres Gesamtvolkes annehme) weit überwiegenden Anteil am Geburtenrückgang hat vielmehr eine gegen ehedem veränderte Auffassung der Elternpflicht gegenüber den Kindern. Mag diese Auffassung dem Gemeinwohl abträglich sein, mag sie einer höheren Lebensrichtung zuwiderlaufen, sie kann doch in ihrem Wesen nicht unedel, nicht unsittlich genannt werden. Diese Auffassung aber besteht, mit einer offensichtlichen Neigung sich zu verbreiten, und hat ihre Grundlage in der Erkenntnis, daß es der Familie nicht möglich oder daß es ihr wenigstens sehr erschwert ist, eine Kinderschar von einigermaßen größerer Zahl auf der Höhe der jeweiligen gesellschaftlichen Schicht aufzuziehen oder gar — entsprechend einem sittlich wertvollen Streben — etwas über die eigene Schicht hinauszuheben. Diese Erkenntnis liegt auf dem Boden der Wirtschaft. Ihr und der daraus entspringenden Stellung der Familie zur Kinderfrage werden wir also mit sittlichen Mitteln nur in den wenigsten Fällen und nur mit Aussicht auf Erfolge, die gegenüber der Wucht der Gesamterscheinung verschwindend klein sein würden, entgegentreten können.

Die Lebenshaltungshöhe des Unverheirateten, der kinderlosen und der kinderarmen Ehe muß mit Bewußtsein am Höhenfluge gehindert werden. Denn diese Genossen jeder Einkommenschicht geben den Ton der Lebenshaltung für sie an und machen es den andern Genossen der Schicht zur gesellschaftlichen Unmöglichkeit, eine größere Kinderzahl aufzuziehen. Nicht nur also, daß jenen Volksgenossen, die von größeren Familienlasten unbeschwert sind, genommen werden muß, weil sonst den kinderreichen Familien nicht gegeben werden könnte; nein, die Beschneidung der Einkommenshöhe jener Unbelasteten oder Schwachbelasteten muß vielmehr geradezu für sich selbst als ein unentbehrliches Mittel erkannt werden, das Ziel einer gesellschaftlich wertvollen Neuordnung herbeizuführen.

Liegt also die Hauptursache des Geburtenrückgangs auf diesem Boden des Wirtschaftslebens, so kann auch nur hier der Hebel wirksam angesetzt werden. Daß ich nicht „Geburtsprämien" will, d. h. wahre Geldbelohnungen für Zeugung und Aufzucht von Nachwuchs, daß ich auch beileibe nicht die wirtschaftliche Last der Aufzucht ganz von der Familie nehmen will, das habe ich klar genug schon anderwärts hervorgehoben. Und daß ich alle Bemühungen preise, die auf geistigem, sittlichem Wege auf dasselbe Ziel hinarbeiten, das brauche ich wiederum nicht erst zu versichern. Wir wollen Hand in Hand arbeiten. Die Arbeit jener Hochgesinnten — die, sofern sie nur die eigene Auffassung gelten lassen wollen, zu sehr in den Wolken zu schweben scheinen — wird nicht gestört, sondern selbst wieder wirksam gefördert, wenn der wirtschaftliche Boden, auf dem sich nun einmal alle Vorgänge dieses Erdenlebens abspielen müssen, und auf dem auch die sittliche Arbeit der Volkshebung ihre Früchte tragen soll, verbessert wird, um das Samenkorn der guten Lehren und des anfeuernden Beispiels aufkeimen und zur Frucht reifen zu lassen.

Staatsanwalt A. Zeiler.

* * *

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Was andre sagen

Die Umschau. Herausgeber Prof. Dr. Bechhold, Frankfurt a. M. Nr. 15 vom 6. April 1918.

Geh. Med.-Rat Prof. Emil Abderhalden schreibt über den Aufstieg der Tüchtigen u. a.:

„Um den Aufstieg begabter Schüler zu erleichtern, ist unbedingt anzustreben, daß alle Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen in allen Fächern abrüsten ... Würde man den Stoff ganz wesentlich herabsetzen und dafür die wichtigen Grundtatsachen in den einzelnen Fächern auf eine breite Grundlage stellen, dann würde es auch für den Universitätslehrer leichter sein, weiterzubauen. Auf der Universität kann jeder Student das seinen Anlagen entsprechende Fach auswählen. Er wird sich dann sehr rasch einarbeiten." ...

„Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß das, was in der Schule an Zuviel geboten ist, für den Schüler einen Gewinn bedeutet. ... Die Schule hat dann ihr Bestes getan, wenn sie Schüler mit gutem, wirklich verarbeitetem Wissen, offenen Augen, Wissensdrang und gewahrter Beobachtungsgabe entläßt." ...

„Ferner müßte viel mehr, als es heute der Fall ist, in weiten Kreisen der außerordentlich große Wert des Volksschullehrers anerkannt werden. .... In der Tat ist es leichter, in einem bestimmten Fach Schüler zu unterrichten, die bereits eine gewisse Vorbildung hinter sich haben, als mit den Kleinen zu beginnen." ...

„Abrüstung in den einzelnen Fächern. Jeder Schüler erhält in jedem Fach eine solide Grundlage. Der Stoff ist einer guten Begabung, aber nicht der Höchstbegabung anzupassen."

Rund um uns

Naturschutz an Eisenbahndämmen. Kahl und ohne besondere Pflege und Obhut der Eisenbahnverwaltung ziehen sich die Eisenbahndämme endlos durch die Lande. Gelangweilt schweift der Blick des Reisenden über die kahlen Hänge der endlosen Dämme. Und doch, wie schön wären sie zu gestalten, wenn die Naturschutzpflege sich ihrer annehmen, sie in Naturschutzstreifen umbilden würde. Immer verschieden nach Landschaft, Klima und Volkssitte.

Erst neuerdings schenkt die Eisenbahnverwaltung der Pflege und dem Schmuck der Dämme ihre Aufmerksamkeit. Die Imker haben schon öfter angeregt, auf Eisenbahndämmen honigtragende Blumen anzupflanzen, da bei der zunehmenden Kultivierung des Landes die wildwachsenden Honigblumen, vor allem die Heide, immer mehr zurückgehen.

Die Eisenbahnverwaltung zu Köln hat zuerst die Bestimmung getroffen, die Bahndämme zu bepflanzen, um dadurch das Landschaftsbild zu verschönern. Andre Eisenbahndirektionen sind ihr auf diesem Wege gefolgt, und immer mehr bemerkt man, daß die Bahndämme sich eines schönen Blumenschmuckes erfreuen. Auch Gehölze sind wohl vereinzelt auf den

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hängen ins Leben gerufen. Dann empfiehlt es sich, durch Lichten der Bestände in gewissen Zwischenräumen und an geeigneten Stellen einen Fernblick zu schaffen, damit der im Zuge sitzende Reisende nicht ununterbrochen dasselbe Bild in sich aufnimmt.

Die Eisenbahnverwaltung bestimmt weiter, daß alles Unkraut auf den Bahndämmen auszurotten sei. Eine verständige Verfügung! Auf manchen Eisenbahndämmen hat das wuchernde Unkraut die Herrschaft an sich gerissen, und der Bahnkörper bietet in diesem Zustande kein anmutiges Bild. Außerdem ist immer die Gefahr vorhanden, daß das an den Bahndämmen stehende Unkraut auch angrenzende Äcker verunreinigt. Die Vertilgung des Unkrautes sollte aber von Sachverständigen beaufsichtigt werden, denn sonst läuft man Gefahr, daß bei der Vernichtungsarbeit auch schöne, immer seltener werdende Wildlinge unserer Pflanzenwelt, die durch ihre zarte und liebliche Schönheit uns erfreuen, zerstört werden. Gerade die der Landschaft eigentümlichen Wildpflanzen, die durch die Kultur immer mehr zurückgedrängt werden, können auf den Böschungen vor Ausrottung bewahrt werden. Sie aus Unverstand mit dem Unkraut auszureißen, wäre ein unverzeihlicher, nie gut zu machender Fehler.

Je nach Klima und Bodenbeschaffenheit sind die Eisenbahnhänge sehr verschieden mit Wildpflanzen bestanden. Ganze Dämme sind öfter in das Rosenrot des blühenden Weidenröschens getaucht, an den Schienen steht in goldenem Gelb die Nachtkerze, an anderen Stellen umspinnt das weiße Labkraut den Hang mit duftigen Blütenschleiern, auch das echte Labkraut zeigt sich uns in seiner goldgelben, duftenden Pracht. In ihrem lichten Blau erfreut uns die Wegwarte, und auf feuchtem Boden stehen die flackernden roten Blütenkerzen des Sumpfziests und die weißen Flaken der Spierstaude. — In Heidegegenden kommt es öfter vor, daß der ganze Hang mit blühendem Ginster bedeckt ist: flüssiges Gold fließt den Damm herab. Echte Naturkinder in reinem, leuchtendem Farbenschmelz, vollkommen in den unzerstörbaren Formen der einzelnen Blüten. Durch Vögel und Wind werden Bäume auf den Hängen gepflanzt; sie erhöhen das schöne Bild des Bahndammes. Allerlei Gestrüpp, Brombeeren, verkrüppelte Eichen, Schlehe, Wacholder, Zwergbirken, Feldähren, Weiden, Weißbuche, Weißdorn, Wildrosen, Hartriegel, Eberesche u. a. finden sich in reicher Auswahl zusammen.

Die Bahndämme müssen Naturschutzanlagen werden, die als grüne Naturschutzgürtel sich durch das Land ziehen. Immer wird das Bild der Schmuckanlagen wechseln, und von dem Reisenden, der mit offenen Augen und empfänglichem Sinn durch die Lande fährt, werden die Beschwerden der langen Reise leichter getragen.

Auch die an den Bahnkörper anstoßenden ungenutzten Landstreifen können sich in dieses anmutige Landschaftsbild einfügen.

Je nach den Gegenden werden die Bahndämme einen verschiedenen Charakter aufweisen. — Die Bahndämme der Lüneburger Heide werden ein anderes Bild zeigen als z. B. die des Harzes. Eines freilich ist für alle Gegenden zu fordern, nämlich daß an den bepflanzten Bahnkörpern die Reklameschilder profitwütiger Geschäftsleute ganz verschwinden*).

Georg Thies.

---

*) Wir möchten im Anschluß an diesen Aufsatz an einen Vorschlag erinnern, der schon wiederholt in der Öffentlichkeit erörtert worden ist: die Bahndämme mit Obstbäumen zu bepflanzen. Auch das könnte ein Stück Naturschutzarbeit werden. Und es würde das Schöne mit dem Nützlichen, dem Notwendigen, verbunden sein.

Vortrupp.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 18 2. Septemberheft

Der nächste Aufsatz unsres Berliner politischen Mitarbeiters Fidelis wird in Nr. 20, dem zweiten Oktoberhefte des „Vortrupp" erscheinen. Vortrupp.

Wirtschaftskrieg.

Im Vortruppheft Nr. 11 d. J. hat Fidelis darauf hingewiesen, daß das Hauptgewicht des Friedensvertrages von Bukarest für uns in seinen wirtschaftlichen Bestimmungen liegt und hat zur Beleuchtung dessen die Vorteile dargelegt, die das Petroleum-Abkommen mit Rumänien für uns bietet. Noch immer finden sich auch bei uns Eroberungspolitiker, die da glauben, der Sieg in diesem Kriege müsse sich dereinst in Ländererwerb oder mindestens in einer Kriegsentschädigung ausdrücken, und die laut verkünden, das deutsche Volk werde alle Opfer an Gut und Blut umsonst gebracht haben, wenn der Frieden ihm weder das eine noch das andere bringe. Diejenige Seite des Krieges und des Friedens, die für Deutschlands Zukunft die wichtigste ist, nämlich die wirtschaftliche Seite, wird von weiten Volkskreisen noch immer völlig übersehen oder doch als nebensächlich behandelt. Und das rührt daher, daß in diesen Kreisen, zu denen auch ein großer Teil der sogenannten Gebildeten gehört, von jeher nur sehr wenig Verständnis für die großen wirtschaftlichen Fragen vorhanden gewesen ist. Gewiß, die üblichen Schlagwörter des Krieges kennt jetzt jeder. Man spricht davon, daß der Handelsneid des englischen Krämervolkes die eigentliche Ursache des Krieges sei, daß England unsern Welthandel vernichten möchte und für die Kriegszeit vernichtet hat. Man weiß, daß es uns deshalb an „Rohstoffen" fehlt, und man fühlt am eigenen Leibe, daß dieser Zustand höchst unbehaglich ist. Neuerdings macht man sich auch einsichtig darauf gefaßt, daß es nach diesem Kriege eine ganze Weile, vielleicht sogar ein paar Jahre, dauern wird, bis „wieder Alles beim Alten sein wird".

Daß es die große Frage des Krieges ist, ob jemals bei uns Alles, oder auch nur das Meiste, wieder „beim Alten sein wird", daß es gerade darum geht, ob wir unseren alten Wohlstand wiedergewinnen oder ob wir für immer, mindestens auf Generationen hinaus, ein Leben in Armut und Teuerung führen werden, das haben Unzählige bei uns überhaupt noch nicht erfaßt. Gewiß, so denken viele, für unseren Handel, unsere Industrie steht viel auf dem Spiele; aber wenn unsere Großkaufleute und unsere Großindustriellen später etwas weniger verdienen — und darum, meinen viele, handelt es sich im Grunde nur —, so wäre das schließlich nicht so furchtbar schlimm, wenn wir nur den „Krieg gewinnen". Daß wir den Krieg unter allen Umständen verloren haben, wenn es unserem Handel, unserer Industrie nicht gelingt, wenigstens annähernd ihre frühere Stellung wiederzugewinnen, von dieser Erkenntnis sind die meisten noch ziemlich weit entfernt.

Um es einmal so auszudrücken: es wäre möglich, daß ein allgemeiner Frieden uns Elsaß-Lothringen und unsere Kolonien beließe und uns Belgien mit den

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kanalhäfen, das vielgenannte Erzbecken von Briey, die russischen Ostseeprovinzen, eine Kriegsentschädigung von Milliarden und noch einiges mehr brächte, und daß wir den Krieg doch verloren hätten. Nämlich dann, wenn wir unsere frühere wirtschaftliche Stärke dauernd einbüßten.

Hierauf werden diejenigen, die Erwerb von Land und Kriegsentschädigung als Kriegsziel verkünden, sicherlich erwidern: Haben wir den Krieg erst militärisch gewonnen, so wird uns alles andere von selbst wieder zufallen; daß Deutschland nach dem Kriege mindestens seine f r ü h e r e wirtschaftliche Stellung wieder erhalten muß, ist so selbstverständlich, daß es gar nicht nötig ist, davon als von einem besonderen Kriegsziel zu sprechen.

Aber hierin tritt eben der grundlegende Irrtum zutage. Daß es sich hier nicht um Selbstverständliches handelt, geht schon daraus hervor, daß eine Reihe von Männern — und zwar bemerkenswerterweise der verschiedensten Parteirichtungen —, die zu unseren tüchtigsten Wirtschaftspolitikern gehören, der Ansicht sind, daß wir auch im Falle eines militärischen Sieges gar nicht imstande sein werden, unsere frühere Wirtschaft wieder aufzunehmen, daß manche von ihnen deshalb ernstlich davon abraten, auch nur einen Versuch in dieser Richtung zu unternehmen, vielmehr fordern, daß wir nach dem Kriege eine von der bisherigen völlig abweichende deutsche Wirtschaft aufbauen, und verlangen, daß wir nach diesem einen Ziel unser gesamtes politisches und militärisches Handeln schon jetzt im Kriege und später bei den Friedensverhandlungen einrichten. Wir werden uns mit dieser Auffassung hier noch näher zu beschäftigen haben. Wenn es richtig ist, daß eine starke wirtschaftliche Stellung Deutschlands nach dem Kriege dasjenige ist, was wir als grundlegende Lebensbedingung für unser Volk erstreben müssen, dann wird derjenige, der einige Einsicht in wirtschaftliche Dinge hat, sich folgerichtigerweise zunächst fragen, wie sich diese wirtschaftliche Stellung aufbauen müßte, was im Friedensvertrage festzusetzen wäre, um den Aufbau und die Erhaltung dieser Stellung zu sichern, und er wird dann weiter diesem als wichtigsten erkannten Zweck alle anderen Kriegsziele unterordnen. Der umgekehrte Weg, erst politische und militärische Ziele an der Hand der Kriegskarte aufzustellen und erst dann an die wirtschaftlichen Ziele zu denken oder gar unsere wirtschaftliche Stärke als selbstverständliches Ergebnis militärischer Erfolge zu behandeln, ist für denjenigen nicht gangbar, der erkannt hat, daß Deutschland die ungeheure Kraft, die es im Weltkrieg an den Tag gelegt hat, in erster Linie seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verdankt.

Zu Beginn des Krieges schien es noch, als ob politische Forderungen den eigentlichen und ausschließlichen Gegenstand dieses Völkerringens bildeten. Politische Zwistigkeiten Österreich-Ungarns mit Serbien hatten den äußeren Anlaß gegeben. Man hatte sie bald beinahe vergessen, an ihre Stelle trat dann der politische Streit um Belgien und Elsaß-Lothringen. Noch immer lassen sich viele durch den Lärm, der hier ertönt, zu dem Glauben verleiten, hier sei der eigentliche Brennpunkt dieses ganzen Weltkampfes. Aber im stillen wächst hüben und drüben die Erkenntnis dafür, daß Sieg oder Niederlage des einzelnen Staates in erster Linie davon abhängig sein wird, wie die wirtschaftliche Folge dieses Krieges für ihn sein wird. Ein englischer Politiker, Lord Buckmaster, hat vor einiger Zeit in einer öffentlichen Versammlung einem amerikanischen Redner, der alles Heil für die Verbündeten von der Absetzung der Hohenzollern-Dynastie erwartete, erwidert, solche Ziele hätten mit dem Siege wenig zu tun; erst in 10 oder 20 Jahren, so erklärte der Lord, werde sich zeigen, wer der wahre Sieger in diesem Kriege sei. Es werde die Nation sein, die der wachsenden Unzufriedenheit der Massen, der drohenden Hungersnot und den furchtbaren Folgen des allgemeinen Bankerotts, dem Europa mit wachsender Geschwindigkeit zusteuere,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

am besten zu begegnen wisse. Unsere Presse hat von dieser Äußerung des Lords als von einer dem amerikanischen Hetzredner erteilten „glänzenden Abfuhr" Notiz genommen. In der Tat können wir dem, was der Lord gesagt hat, nur vollinhaltlich beipflichten. Es lohnt sich deshalb wahrlich, sich darüber klar zu werden, welche Aussichten sich für die deutsche Wirtschaft bieten und dann weiter, wie der Friede beschaffen sein müßte, der uns nach Möglichkeit vor diesen drohenden wirtschaftlichen Nachteilen bewahren könnte. Werfen wir zunächst einen Blick auf unsere Wirtschaft, wie sie vor dem Kriege war.

Deutschland hat bekanntlich in den letzten $4^1/_2$ Jahrzehnten vor dem Kriege die Wandlung vom Agrarstaat, d. h. dem Staat, dessen Bevölkerung vorwiegend von der Landwirtschaft lebt, zum Industriestaat vollzogen. Die deutsche Landwirtschaft deckte vor dem Kriege nicht mehr entfernt den Verbrauch der deutschen Bevölkerung an Nahrungsmitteln. So brauchte Deutschland allein an Getreide aus dem Ausland einen jährlichen Zuschuß im Werte von etwa $1^1/_2$ Milliarden Mark, dazu kam noch eine Einfuhr von anderen Nahrungs- und von Genußmitteln, insbesondere von sogenannten Kolonialwaren, im Werte von 1 Milliarde. Auch unsere Landwirtschaft bezog aus dem Ausland Erzeugnisse im Werte von etwa 1 Milliarde, auf deren Verwendung zum wesentlichen Teile ihre ausgezeichneten Erfolge zurückgeführt werden, so vor allen Dingen Kraftfuttermittel, chemische Düngemittel (Phosphate) und Zuchtvieh, so daß also auch insofern unsere Volksernährung sich aufs Ausland stützte.

Auch die Rohstoffe, welche unsere Industrie brauchte, mußten wir, wie jetzt jeder weiß, zu einem erheblichen Teil aus dem Ausland beziehen. Als die nach Menge und Wert bedeutsamsten seien hier nur Kupfer, Öle und Fette, Gummi und vor allen Dingen Wolle und Baumwolle genannt. Wir standen also zum Ausland in Wechselbeziehung derart, daß wir für unsere Volksernährung Nahrungsmittel und für unsere Industrie Rohstoffe einführten und dafür unsere Industrieerzeugnisse ausführten. Diese letzteren waren das Austausch- oder Zahlungsmittel, mit dem wir Nahrungsmittel und Rohstoffe bezahlten. Im Welthandel wird nämlich nicht etwa Ware mit Geld bezahlt — dazu würden die Geldbestände der Welt übrigens gar nicht ausreichen —, sondern Ware wird mit Ware bezahlt. Natürlich braucht nicht der einzelne Einfuhr-Kaufmann seinem ausländischen Lieferanten Waren in Tausch zu liefern, sondern er bezahlt in der Regel mit sogenannten Devisen, d. h. an einem Handelsplatz zahlbaren Wechseln. Vermöge gewisser Einrichtungen im Handels- und Bankverkehr, die zu erörtern hier kein Raum ist, kommt es in der Sache darauf hinaus, daß einerseits die für Einfuhr, anderseits die für Ausfuhr gegebenen Devisen sich gleichsam aufheben, soweit der Wert von Einfuhr und Ausfuhr sich deckt, daß insoweit also eine Barzahlung überhaupt nicht erfolgt. Man bezeichnet den Gesamtwert der Waren, die ein Land ausführt, als seine aktive, den Gesamtwert seiner Einfuhrwaren als seine passive Handelsbilanz. Den Überschuß der einen Bilanz über die andere müßte an sich das betreffende Land, je nachdem er passiv oder aktiv ist, zahlen oder sich zahlen lassen. Es bestehen aber von Land zu Land noch andere Zahlungsverpflichtungen, z. B. für Frachten, Agenten- und Maklergebühren, Zinsen von Papieren u. dgl. Die Berücksichtigung aller dieser Forderungen, einschließlich der Handelsbilanz, ergibt erst die Zahlungsbilanz, die aktiv oder passiv genannt wird je nachdem, ob für das betreffende Land ein Überschuß oder ein Fehlbetrag herauskommt. Deutschland hat vor dem Kriege stets eine aktive Zahlungsbilanz gehabt, hatte also nichts zu zahlen, sondern nur zu fordern. Eine passive Zahlungsbilanz kann im allgemeinen nur dadurch ausgeglichen werden, daß das schuldende Land den Fehlbetrag in Gold bezahlt. Eine Milliardeneinfuhr wie die deutsche vor dem Kriege — 1913 über

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

10 Milliarden Mark — kann auf die Dauer nur aufrecht erhalten werden, wenn ihr eine entsprechende Ausfuhr gegenübersteht.

Unsere deutsche Wirtschaft, so wie sie vor dem Kriege bestanden und eine günstige Zahlungsbilanz ergeben hat, war also in mehrfacher Beziehung auf das Ausland angewiesen; einmal insofern sie für den eigenen Bedarf Nahrungsmittel und Rohstoffe nötig hatte, dann aber auch insofern sie mit den ausländischen Rohstoffen die Waren herstellte, vermittels deren sie die Gesamteinfuhr bezahlte. Endlich aber stand ihr für diese ihre Ausfuhr auch das nötige ausländische Absatzgebiet zur Verfügung. Fehlt es uns in Zukunft an ausländischen Rohstoffen oder an ausländischem Absatzgebiet, so ist die Aufrechterhaltung unserer bisherigen Wirtschaft nicht möglich.

Das alles sind heutzutage ziemlich bekannte und unstreitige Dinge. Es kommt aber darauf an, welche Schlußfolgerungen man daraus für unsere Lage zu ziehen hat. Wir bezogen bekanntlich den größten Teil unserer Einfuhr aus den uns jetzt feindlichen Ländern, insbesondere aus den englischen Kolonien. Man hatte früher ganz überwiegend die Auffassung vertreten, bei dieser engen wirtschaftlichen Verknüpfung unserer Industrie und unseres Handels mit England sei es für Deutschland und England gleich schädlich diese Verbindung zu stören oder gar völlig zu lösen. Wir waren die besten Abnehmer Englands, und dieses schnitt sich also — so folgerte man — ins eigene Fleisch, wenn es uns wirtschaftlich erdrosseln und so uns die Kaufkraft nehmen wollte. Diese Auffassung, die früher auch bei unseren Feinden vorherrschte, spukt auch heute bei uns noch in vielen Köpfen; sie können sich nicht von der Vorstellung frei machen, daß Engländer und Amerikaner im Grunde ihres Herzens den Tag ersehnen, wo sie wieder die alten Handelsbeziehungen mit uns aufnehmen können. Aber bei unseren Gegnern findet sich von diesem Wunsche zurzeit nur sehr wenig. Eine ganz andere Auffassung der Dinge hat dort Platz gegriffen. Man sagt sich jetzt in England: der Deutsche ist reich geworden von dem, was auf unserem Acker gewachsen ist. Wir haben ihm die Rohstoffe geliefert, die es seiner Industrie, seinem Handel ermöglicht haben, sich den Weltmarkt zu erobern und Deutschland so stark und reich zu machen, daß es jetzt einer Welt Trotz zu bieten und an den Grundfesten unserer Weltherrschaft zu rütteln vermag. Wären wir nicht Narren, wenn wir diesen Zustand wieder aufkommen ließen? Wir sind die Herren über unsere Rohstoffe, und niemand kann uns zwingen, sie jemandem zu liefern, dem wir sie nicht liefern wollen. Weshalb sollen wir nicht in Zukunft selbst das Geschäft machen, das bisher die Deutschen mit unseren Rohstoffen gemacht haben?

Dieser Gedankengang ist so einfach und überzeugend, daß er jedem unserer Feinde einleuchtet. Die einfache Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, zu der ihr Haß gegen uns nur weiter anspornend hinzukommt, scheint ihnen, die in erster Linie Geschäftsleute sind, geradezu zu gebieten, die Ausnutzung der Rohstoffe ihres Weltreiches selbst in die Hand zu nehmen. Und diese Absicht ist auch durchaus nicht völkerrechtswidrig. Zwar hat ihr verblendeter Haß unsere Feinde veranlaßt, in zahlreichen Fällen auch völkerrechtswidrig gegen unseren Handel durch Zerstörung deutscher Handelsniederlassungen und sonstige gewaltsame Eingriffe in völkerrechtlich geschützte Privatrechte vorzugehen. Aber es hätte dieser Akte sinnloser Wut und moralischer Skrupellosigkeit gar nicht bedurft, um das Ziel zu erreichen. Nach anerkanntem Völkerrecht hat jeder Staat das Recht, seine Rohstoffe so zu verwenden, wie es ihm am vorteilhaftesten erscheint. Er kann, um der Verwendung die von ihm gewünschte Richtung zu geben, nicht nur Ausfuhrzölle in jeder Höhe erheben, sondern auch Ausfuhrverbote erlassen und diese nach Belieben auf bestimmte Länder erstrecken oder beschränken. Er kann ferner durch Einfuhrzölle, sogenannte Schutzzölle, oder auch Einfuhr-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

verbote, einem anderen Staate es unmöglich machen, seine Industrieerzeugnisse abzusetzen.

Es ist auch unangebracht, sich über solche Pläne unserer Feinde moralisch groß zu entrüsten. Wenn ich Ländereien besitze, auf denen sich guter Ziegellehm findet, darf mir niemand Vorwürfe machen, wenn ich selbst auf meinem Grund und Boden eine Ziegelei errichte, um das Bodenerzeugnis auszunützen, anstatt daß ich es meinem Nachbarn liefere und ihm das Geschäft überlasse. Im Völkerrecht gilt dasselbe. Es liegt nun die Frage nahe: wenn es England möglich war, im Wege völkerrechtlich zulässiger Maßnahmen uns von unserem erworbenen Anteil an der Weltwirtschaft auszuschließen, weshalb hat es dann nicht schon längst im Frieden diese Maßnahmen getroffen? Darauf ist zu erwidern, daß in England schon von jeher Strömungen bestanden haben, die das Beschreiten dieses Weges verlangten. Der Minister Joe Chamberlain, einer der bedeutendsten Staatsmänner, die England gehabt hat, verfolgte u. a. schon den großzügig durchdachten Plan, England mit allen seinen Kolonien zu einem einheitlichen, durch Zollschranken nach außen geschützten Wirtschaftsgebiet zusammenzufassen, dessen Ausnutzung unter Ausschluß des Auslandes allein dem Engländer möglich sein sollte. Chamberlain hat seinen Gedanken nicht durchzuführen vermocht. Er hatte dabei gegen die liberale Partei in England zu kämpfen, zu deren geheiligten Überlieferungen nun einmal der Freihandel gehört. Und geschäftliche Interessen weiter englischer Kreise waren mit dem bisherigen Stand der Dinge zu eng verknüpft, als daß diese Kreise sich nicht mit allen Kräften gegen jede Änderung gesträubt hätten. Der Krieg hat die Sachlage in vielfacher Beziehung geändert. Die liberale Partei ist diejenige, unter deren Herrschaft der Weltkrieg entfacht ist, und die im allgemeinen an Deutschenhaß keiner anderen Partei etwas nachgibt. Und die Mehrzahl der führenden Männer dieser Partei hat sich schon jetzt für die Durchführung des Chamberlainschen Planes ausgesprochen. Freilich ist auch Widerspruch gegen die Aufgabe des von der Partei einst so hochgehaltenen Grundsatzes des Freihandels laut geworden, und man darf die Kraft dieses Widerstandes nicht unterschätzen. Aber der Krieg hat überall die Erscheinung gezeitigt, daß die Widerstände einzelner auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete rücksichtslos von der herrschenden Clique hinweggefegt werden, wo sie ihren Zielen im Wege stehen. Ein Volk wie das englische, das durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht seine bisherige politische Grundauffassung so sehr verleugnet hat, wird sich auch nicht scheuen, den Gedanken des Freihandels aufzugeben, wenn es damit den verhaßten Feind treffen und seinen eigenen Interessen dienen zu können glaubt.

Es kommt natürlich hinzu, daß im Anschluß an den Krieg die Ausführung eines Planes, wie des Chamberlainschen, viel leichter ist als während des Friedens, weil nach dem Kriege auch in England doch unter allen Umständen wirtschaftlich gleichsam wieder von vorn angefangen werden muß. Im Frieden wäre eine solche Umgestaltung nur mit schweren Erschütterungen des englischen Welthandels möglich gewesen, auf dessen ruhigen Fluß der Engländer so viel Wert legte. Und vor dem Kriege hätte England bei Ausführung solcher Maßnahmen die ganze Welt gegen sich gehabt; jetzt weiß England die in gemeinsamem Haß gegen uns ihm verbündeten Länder auch noch dadurch seinen Zielen dienstbar zu machen, daß es ihnen besondere wirtschaftliche Vorteile zusichert, von denen Deutschland ausgeschlossen sein soll.

Bekanntlich haben die Ententeländer 1916 in Paris besondere sogenannte Wirtschaftskonferenzen abgehalten, auf denen grundsätzlich der „Wirtschaftskrieg nach dem Kriege" beschlossen worden ist. Die Vereinigten Staaten sind diesen Beschlüssen offiziell nicht beigetreten. Daß sie aber die englischen Pläne zum Schei-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tern bringen sollten, ist schon deshalb ausgeschlossen, weil die Vereinigten Staaten selbst schon vor dem Kriege zu einer Hochschutzzollpolitik übergegangen waren, welche sich gegen die Einfuhr fremder Industriewaren richtete. Die Vereinigten Staaten sind in der glücklichen Lage, alle Rohstoffe, die ihre Industrie braucht, im eigenen Lande gewinnen zu können, so daß sie von englischen Rohstofflieferungen nicht abhängig sind. Im übrigen hat England für alle Fälle auch Vorbereitungen getroffen, um nötigenfalls unabhängig von seinen Verbündeten seine Pläne durchzuführen. Es hat schon im Jahre 1916 Ausschüsse von Sachverständigen eingesetzt, die für die verschiedenen Handelszweige Vorschläge über die zu treffenden Maßnahmen machen sollen. Die Vorschläge dieser Kommissionen, die das britische Handelsamt vor einigen Monaten veröffentlicht hat, zielen u. a. dahin, daß die Rohstoffzufuhr nach dem Gebiet der Mittelmächte auf mindestens ein Jahr nach dem Kriege und „wenn es sich als wünschenswert herausstellen sollte" für längere Zeit zu verbieten, ferner die Einfuhr von fertigen und halbfertigen Fabrikaten aus den Ländern der Mittelmächte mindestens für die Übergangszeit zu sperren, endlich den englischen Handelsschiffen jeden Transport von Rohstoffen, die für die Mittelmächte bestimmt sind, sowie von Fabrikwaren, die dorther stammen, zu untersagen sei. England hat ferner höchstwahrscheinlich in aller Stille die bedeutendsten Rohstofflager der Welt, die nach Friedensschluß dem Welthandel zur Verfügung stehen würden, angekauft oder auf sonstige Weise dem allgemeinen Handel entzogen. Mit welcher Gründlichkeit es zu Werke geht, mag daraus ersehen werden, daß es einen besonderen wirtschaftlichen Generalstab von 738 Beamten, das Oversea-Trade-Departement, gegründet hat, der im wesentlichen die Aufgabe hat, zu untersuchen, in welcher Weise die bisherigen Handelsmethoden anderer Staaten — gemeint ist Deutschland — für die englische Wirtschaft in Zukunft nutzbar gemacht werden können. England betreibt unsere Verdrängung aus unserer Weltwirtschaftsstellung also geradezu wissenschaftlich.

Nach allen diesen Vorbereitungen ist nun im Juli d. J. der förmliche Beschluß des englischen Kriegskabinetts, der gegenwärtigen höchsten Regierungsinstanz in England, bekannt gegeben, wonach England den Grundsatz des Freihandels aufgeben und zwecks Herstellung eines einheitlichen großbritischen Wirtschaftsgebietes zum Schutzzoll übergehen soll, d. h. also, wonach der Chamberlainsche Plan jetzt ausgeführt werden soll.

Nach alledem handelt es sich nicht etwa darum, daß England nur für die Übergangszeit Maßnahmen plant, die unserer Wirtschaft gefährlich werden müssen, sondern es handelt sich um den grundsätzlichen Übergang zu einer Handelspolitik, die uns von den Rohstoffen des englischen Weltreichs ausschließen und uns den Absatz unserer Industrieerzeugnisse in diesem Gebiet unmöglich machen soll. Schon soweit die mitgeteilten Vorschläge nur die Übergangszeit betreffen, sind sie so, daß sie nach dem Kriege den Wiederaufbau unserer Industrie so gut wie unmöglich machen. Denn unsere während des Krieges völlig erschöpften Rohstofflager bedürfen dann selbstverständlich der Auffüllung, und zwar unverzüglich. Gelingt es unseren Feinden, uns auch nur so lange die Rohstoffzufuhr zu sperren, bis sich ihre eigene Industrie den Weltmarkt gesichert hat, so würde das für sie einen derartigen Vorsprung bedeuten, daß er von uns selbst dann auf Jahrzehnte hinaus nicht wieder eingeholt werden könnte, wenn England nach der Übergangszeit zum unbeschränkten Freihandel zurückkehren sollte, was nach dem Gesagten höchst unwahrscheinlich ist. Ohne Rohstoffe kann unsere Industrie nicht die Ausfuhrwaren erzeugen, die, wie dargelegt, für uns nötig sind, um die für unsere Volksernährung nötigen Nahrungsmittel und die einzuführenden Industrierohstoffe zu bezahlen. Und selbst, soweit wir etwa aus eigenen Rohstoffen Ausfuhrwaren herstellen können, ist uns damit nicht gedient,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wenn uns der hauptsächlichste Absatzmarkt gesperrt ist. Die Folge davon würde nach dem, was eben gesagt ist, sein, daß wir eine passive Zahlungsbilanz bekommen und unsere Einfuhr statt mit Ausfuhrwaren mit Gold bezahlen müßten. Nun hat allerdings unsere Reichsleitung einen Goldbestand von $2^1/_2$ Milliarden Mark angesammelt, der neben anderen Aufgaben nach richtiger Auffassung auch den Zweck hat, uns gerade in solchem Falle über die ersten Verlegenheiten hinwegzuhelfen. Bedenkt man aber, daß unsere Rohstoffeinfuhr allein 1913 einen Wert von über 6 Milliarden hatte und berücksichtigt man unsere jetzige völlige Entblößung von allen Beständen, sowie den ungeheuren Bedarf, der nach Friedensschluß bei uns auftreten muß (man denke z. B. nur an die Neuausrüstung unseres ganzen Millionenvolkes mit Kleidung und Schuhwerk), so ist klar, daß diese $2^1/_2$ Milliarden Gold, selbst wenn man von ihrer Aufgabe, als Deckung des deutschen Papiergeldes zu dienen, ganz absehen wollte, nur einen vorübergehenden Notbehelf darstellen können, nicht aber ausreichend sein werden, den ungeheuren deutschen Bedarf an Rohstoffen nach Friedensschluß zu bezahlen. Es kommt hinzu, daß die normale Kaufkraft des Goldes nach dem Kriege höchstwahrscheinlich gemindert sein wird, weil die Rohstoff erzeugenden Länder kein Bedürfnis nach Gold, sondern nach Waren haben werden, eine Erscheinung, die sich schon während des Krieges bemerkbar gemacht hat. Wir werden für die Einfuhr, wenn wir sie dringend nötig haben und sie deshalb überall her zu nehmen gezwungen sind, wo sie angeboten wird, sehr viel mehr zu bezahlen haben, wenn wir nicht mehr, wie früher, allgemeinbegehrte Ausfuhrwaren im Austausch zu liefern imstande sind. Welche Unsummen haben wir in diesem Kriege den neutralen Ländern für die wenigen Waren, die sie uns lieferten, bezahlen müssen! Solange wir nach dem Kriege nicht imstande sind, unserer Einfuhr eine genügende Ausfuhr gegenüberzustellen, wird dieser Zustand bleiben, auf ein Nachlassen der Teuerung ist dann nicht zu rechnen.

Aber damit sind die Gefahren für unser wirtschaftliches Leben nicht erschöpft. Jetzt ist unsere auf den Krieg eingestellte Industrie in der Lage, sehr hohe Löhne zu bezahlen, weil sie selbst vom Staate sehr gut bezahlt wird. Auf diese Weise besteht für die arbeitende Klasse ein gewisser Ausgleich gegenüber der herrschenden Teuerung. Nach Friedensschluß richtet sich die Höhe der Löhne, welche die Industrie zahlen kann, nach ihrem Verdienst auf dem allgemeinen Markt. Je teurer sie die Rohstoffe dem Ausland bezahlen muß, desto höher sind ihre Erzeugungskosten, desto geringer ist ihr Verdienst, und desto weniger kann sie für Löhne ausgeben. Wollte sie höhere Löhne weiter bezahlen und dafür ihre Verkaufspreise erhöhen, so würde sie noch weniger die Möglichkeit haben im Wettbewerb mit solchen anderer Länder auf dem Weltmarkt zu bestehen, die eben Rohstoffe billiger einkaufen können oder niedrigere Zölle als unsere Industrie zu zahlen haben. Stillegung zahlreicher industrieller Unternehmungen, oder doch Beschränkung ihrer Erzeugung, Entlassung von Arbeitern, Arbeitslosigkeit und teure Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse würden also die Folge sein, wenn unsere Industrie notleidet. Die ungeheuren, mit jedem Kriegstage steigenden Kriegsausgaben, die auf Menschenleben hinaus schwer auf unserem Volke lastende Steuern im Gefolge haben, werden den wirtschaftlichen Druck noch empfindlich vermehren. Welche moralischen und politischen Wirkungen die Unzufriedenheit der großen Massen, die unausbleiblich wäre, auf unser Volks- und Staatsleben ausüben würde, leuchtet wohl jedem ein, und es bestätigt sich also bei näherer Betrachtung, wie treffend die oben wiedergegebene Äußerung des englischen Lords Buckmaster ist.

Die Folge des Rückganges unserer Industrie würde auf die Dauer die sein, daß wir gezwungen wären, vom Industrievolk uns rückwärts zur Landwirtschaft

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zurück zu entwickeln, um nach Möglichkeit wenigstens unser täglich Brot unabhängig vom Ausland erzeugen zu können. Und unsere Feinde haben es mehr als einmal ausgesprochen, daß wir mindestens „auf den Stand des Jahres 1880", da unsere Industrie noch in den Anfängen lag, zurückgeschraubt werden sollen. Gewisse Kreise werden vielleicht eine solche Entwicklung, wenn sie ihnen keinen finanziellen Schaden bringt, gar nicht so ungern kommen sehen. Allein diese Umgestaltung, namentlich wenn sie unter solchem Druck als vom Feinde gewollte Kriegsfolge erfolgt, würde so schwere Erschütterungen für das Volksganze mit sich bringen, daß kein einsichtiger Vaterlandsfreund sie wünschen kann. Und auch darüber muß sich jeder klar sein, daß, wer unseren Welthandel und unsere Industrie preisgibt, damit endgültig auf eine Weltmachtstellung Deutschlands verzichtet. Dieser Krieg hat gezeigt, daß ein Staat, der keine starke Industrie besitzt, wirtschaftlich starken Feinden gegenüber so gut wie wehrlos ist. Niemals hätten wir in diesem Materialkrieg bestehen können, besäßen wir nicht unsere so leistungsfähige Industrie. Ohne solche Industrie müßten wir in Zukunft uns allen angelsächsischen Wünschen einfach fügen.

Wie sollen wir nun den wirtschaftlichen Plänen unserer Feinde begegnen? In der Tagespresse und in sonstigen Schriften sind natürlich zahlreiche Stimmen zu dieser Frage laut geworden. Diese Äußerungen greifen meist nur einzelne Fragen oder einen begrenzten Kreis der sich erhebenden Fragen heraus, die sie zu lösen suchen. Wir wollen die verschiedenen bekannt gewordenen Meinungen unter drei Gruppen zusammenfassen.

1. Durch scharfe Erfassung der wirtschaftlichen Lage und Folgerichtigkeit ihrer Vorschläge zeichnen sich die (oben bereits erwähnten) Stimmen der Wirtschaftspolitiker aus, welche die bewußte Lossagung vom angelsächsischen Rohstoffgebiet als die richtige Antwort auf die feindlichen Pläne und den gegebenen Ausweg aus den uns drohenden wirtschaftlichen Gefahren ansehen. Sie sagen: So lange wir unsere gesamte Wirtschaft auf die Einfuhr angelsächsischer Rohstoffe aufbauen, wird England nie aufhören, in uns Leute zu sehen, die mit fremdem Kalbe pflügen. England wird, mag es auch in diesem Kriege sein Ziel noch nicht erreichen, doch immer wieder versuchen, unsere Wirtschaft zu sprengen, sei es durch seine Handelspolitik im Frieden, sei es durch neue Kriege. Es gilt für alle Zukunft die Lehren dieses Krieges zu ziehen, den innern Kriegsgrund zu beseitigen und unser Wirtschaftsleben vor der ständig drohenden Vernichtung dauernd sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist es nötig, daß wir in Zukunft unsere Rohstoffe aus Ländern beziehen, die von der angelsächsischen Herrschaft unabhängig sind, und von denen uns England durch seine Flotte nicht absperren kann. Und ein solches Wirtschaftsgebiet glauben die Verfechter dieses Gedankens in einem stark erweiterten „Mitteleuropa" finden zu können, das außer Deutschland und Österreich-Ungarn den Balkan mitsamt der asiatischen Türkei, insbesondere aber auch das gesamte frühere Rußland nebst Sibirien, also jetzt die Ukraine, Polen, Litauen, die Ostseeprovinzen und Großrußland zu umfassen hätte.

Man ist sich darüber ziemlich einig, daß alle diese Gebiete zusammengenommen nach dem Stande ihrer Erzeugung vor dem Kriege unseren Rohstoffbedarf kaum zur Hälfte zu decken imstande wären, doch kann in großen Gebietsteilen, insbesondere des früheren Rußlands und der asiatischen Türkei, zweifellos die Erzeugung ganz bedeutend gesteigert werden. Ob dies in absehbarer Zeit so weit geschehen könnte, daß uns dieses erweiterte Mitteleuropa das angelsächsische Rohstoffgebiet auch nur einigermaßen ersetzen könnte, gilt für mehr als zweifelhaft. Nur so viel ist sicher, daß unser Getreidebedarf, der schon vor dem Kriege zum größten Teil von Rußland gedeckt wurde, aus diesem Gebiete völlig gedeckt werden könnte. Dasselbe gilt aber keineswegs für die von uns benötigten Industrierohstoffe.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bei einer planmäßigen und sorgfältigen Bewirtschaftung dieser Gebiete ließe sich zweifellos sehr viel aus ihnen herausholen. Aber eine solche Bewirtschaftung und ihre volle Nutzbarmachung für uns wäre nur bei einer engen politischen und wirtschaftlichen Annäherung aller dieser Länder an Deutschland zu erzielen. Und damit wären, wenn man in diesem „Mitteleuropa" den Ausweg für unsere wirtschaftliche Entwicklung erblickt, ganz bestimmte Kriegsziele in den Vordergrund unserer Politik gerückt. Es gilt dann, alles daran zu setzen, diese gesamten Gebiete unter unseren wirtschaftlichen Einfluß zu bringen. Bislang hat nur der Friedensvertrag mit Rumänien einer solchen „östlichen Orientierung" unserer Politik im stärkeren Maße Rechnung getragen, im geringeren Maße der Friedensvertrag mit der Ukraine. Die Erfahrungen, die wir mit diesem Lande bisher gemacht haben, sind alles andere als ermutigend. Vor allen Dingen aber ist Großrußland, das die wichtigsten Rohstoffgebiete aufzuweisen hat, bei seinen gegenwärtigen chaotischen Verhältnissen ein Land, mit dem man zurzeit überhaupt nicht rechnen kann. Die Versuche der Entente, in Rußland militärisch und wirtschaftlich festen Fuß zu fassen, erfahren übrigens in diesem Zusammenhang eine besondere Beleuchtung.

Wir sehen also, so durchgreifend der Plan eines „Mitteleuropa" gedacht ist, so wenig Wahrscheinlichkeit ist vorhanden, daß dieses Gebiet uns tatsächlich in absehbarer Zeit unsere bisherigen Rohstoffbezugsgebiete einigermaßen ersetzen kann. Abgesehen davon wären mit der völligen Umstellung unseres Handels ungeheure Verluste für unser Nationalvermögen verbunden und auf Jahrzehnte Unsicherheit in unsere gesamte Wirtschaft gebracht. Man denke, um nur eins zu erwähnen, z. B. daran, welche Wirkungen solcher Umschwung auf den bisherigen Überseehandel unserer Hansestädte ausüben würde.

Eine Lösung, die uns voll befriedigt, ist dieses „Mitteleuropa" jedenfalls nicht. Aber unsere Lage zwingt uns, die darin enthaltenen Gedanken nicht völlig außer acht zu lassen und Vorbereitungen zu treffen, sie uns nötigenfalls nutzbar zu machen. So ist denn auch z. B. vor einiger Zeit in Breslau das „Wirtschaftsinstitut Ost" gegründet, das die wissenschaftlichen Grundlagen für eine wirtschaftliche Durchdringung der östlichen Länder schaffen soll.

2. Andere vertreten ein weniger scharf umrissenes Programm. Man will nicht grundsätzlich das angelsächsische Rohstoffgebiet aufgeben. Aber man verhehlt sich nicht, daß die Maßnahmen unserer Gegner nach dem Kriege, möge er enden wie er wolle, es uns wahrscheinlich unmöglich machen werden, unsere Wirtschaft in dem früheren Umfange und der früheren Gestalt fortzusetzen. Demgemäß sinnt man auf Mittel, uns ohne fremde Rohstoffe nach Möglichkeit zu behelfen. Mehr oder weniger große Hoffnungen werden auf die im Kriege erfundenen und noch zu erfindenden Ersatzstoffe gesetzt. Gesetzt z. B. den Fall, es gelänge wirklich, die Papiergarnherstellung so zu vervollkommnen (vor allen Dingen so zu verbilligen!), daß wir in Zukunft auf die 2 Milliarden ausländische Textilwaren, die wir bisher jährlich eingeführt haben, verzichten könnten, so wäre damit in einer noch gar nicht abzusehenden Weise die Sachlage zu unseren Gunsten und zum Nachteil unserer Feinde verschoben. Aber in diesem Augenblick steht noch keineswegs fest, daß es unserer Industrie gelingen wird, einen wirklich vollwertigen Ersatz für Wolle und Baumwolle zu schaffen, und es wäre leichtfertig, schon jetzt einfach anzunehmen, daß wir nach Friedensschluß auf die Einfuhr von Wolle und Baumwolle verzichten können.

Eine weitere Hilfe gegen die unserer Wirtschaft drohenden Gefahren erwartet man von gesetzlichen Maßnahmen, durch die unser Handel und unsere Industrie so zu regeln wären, daß wir mit beschränkten Rohstoffmengen auskommen könnten, ohne daß die wichtigsten Volksbedürfnisse darunter zu leiden hätten. Hier sind

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vor allem die Vorschläge zu erwähnen, die der bekannte Berliner Großindustrielle Walther Rathenau in seinem sehr lesenswerten Buche „Von kommenden Dingen" (Berlin, S. Fischers Verlag 1917) gemacht hat und die er in seiner Schrift „Die neue Wirtschaft" näher ausgeführt hat. Rathenau weist in sehr anschaulicher und eindringlicher Weise darauf hin, daß unsere Friedenswirtschaft große Mengen von Rohstoffen und Arbeitskraft auf die Herstellung und den inländischen Vertrieb von Waren verwendet hat, die in einer auf Einschränkung angewiesenen Wirtschaft entbehrt werden können und müssen — auch vom Standpunkt einer höheren Sittlichkeit aus. Der oft gehörten Auffassung, Luxus bringe Geld unter die Leute und nütze daher der Wirtschaft, stellt Rathenau den Satz gegenüber: „Wer Arbeit, Arbeitszeit und Arbeitsmittel vergeudet, beraubt die Gemeinschaft." Für unsere rohstoffarme Zukunft fordert er, daß nicht nur durch Einfuhrzölle oder Einfuhrverbote die Einfuhr von Luxuswaren, die unsere Handelsbilanz verschlechtert, ohne der Allgemeinheit zu nützen, verhütet wird, sondern daß auch unsere heimische Industrie nötigenfalls durch gesetzliche Maßnahmen gehindert wird, überflüssige Waren zu erzeugen*). Rathenau macht eingehende Vorschläge darüber, wie durch Zusammenschluß von Erzeugern, Händlern und Verbrauchern unter staatlicher Mitwirkung Körperschaften gebildet werden sollen, die durch ihre Ausschüsse die Erzeugung des Notwendigen unter Ausschluß des Überflüssigen und ihren Vertrieb

---

*) Rathenau sagt: „Überflüssiges, Nichtiges, Schädliches, Verächtliches wird in unseren Magazinen gehäuft, unnützer Modetand, der wenige Tage lang falschen Glanz spenden soll, Mittel für Rausch, Reiz und Betäubung, widerliche Duftstoffe, haltlose und mißverstandene Nachahmungen künstlerischer und kunstgewerblicher Vorbilder, Gerätschaften, die nicht dem Gebrauch, sondern der Blendung dienen, Albernheiten, die als Scheidemünze eines erzwungenen Geschenkverkehrs umlaufen; alle diese Nichtsnutzigkeiten füllen Läden und Speicher in vierteljährlicher Erneuerung. Ihre Herstellung, ihr Transport und Verschleiß erfordert die Arbeit von Millionen Händen, fordert Rohstoffe, Kohlen, Maschinen, Fabrikanlagen und hält annähernd den dritten Teil der Weltindustrie und des Welthandels in Atem."

— — — „Wesentlich aber im Gemeinschaftsinteresse ist es, daß nicht Hunderttausende von Händen und Köpfen mißbraucht werden, um durch Warten, Anpreisen, Sortieren, Reisen, Überlisten und Überreden den Gang der Ware zu begleiten; daß nicht in ungezählten Groß- und Klein- und Zwischenlägern Milliarden des Nationalvermögens sich zinslos und nutzlos stauen. Vielleicht würde etwas weniger Tabak verbrannt, wenn nicht an jeder Straßenecke zwei schwach beschäftigte Beamte in zinsfressenden Lägern und Ladeneinrichtungen auf einem Boden, der vom Mietpreis jährlich mit Silber neu gepflastert werden könnte, auf Käufer warten; vielleicht würde weniger Seife und Schreibpapier verkauft, wenn der Kunde zweihundert Schritt weiter zu laufen hätte; vielleicht würde der Kleinhandel in Wirkwaren anstrengender sein, wenn die Besitzerin zweimal im Jahr ein Sammellager aufsuchen müßte, statt zweimal in der Woche von einem beredten Reisenden begrüßt zu werden. Es ist möglich, daß Damen es beklagen würden, wenn jährlich einige Zehntausende neuer Stoffmuster weniger auf dem Markt erschienen, von denen die Hälfte, vom Publikum abgelehnt, verschleudert werden muß und den normalen Konsum mit ihren Kosten belasten. Es ist möglich, daß der organisierte Reklamewettkampf völlig gleichwertiger Verbrauchsartikel die Millionenaufwände durch eine mäßige Absatzsteigerung lohnt: doch alle diese Fragen betreffen die Interessen einzelner, nicht der Gesamtheit. Für sie kommt allein die Rettung und Ersparnis nationaler Arbeitskräfte und Kapitalien in Betracht."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in der Weise regeln sollen, daß unnütze Lageransammlungen, Warenverderb und sonstige Verteuerung der Wirtschaft vermieden werden*).

Daß nach dem Kriege gesetzlich die Warenerzeugung beschränkt werden wird, um die preiswerte Herstellung der wichtigsten Bedarfsgegenstände für die Bevölkerung sicherzustellen, erscheint ganz unvermeidlich. In diesem Sinne hat sich auch bereits der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamte Dr. Göppert geäußert, der amtlich mit der Vorbereitung solcher Maßnahmen befaßt ist. „Die Arbeiterhose, erklärt Dr. Göppert ganz im Sinne Rathenaus, wird uns wichtiger sein als der leichte Damenstrumpf, und die Mullgardine weniger wichtig als das grobe Hemd, und solange das Leder nicht ausreicht, uns mit Schuhwerk zu versorgen und ausreichende Geschirre für Lastfuhrwerke herzustellen, werden wir wohl auf die Fabrikation von leichten englischen Rennsätteln und eleganten Lederkoffern kein Gewicht legen dürfen. So wird der Grundsatz der gleichmäßigen Beschäftigung aller Betriebe möglicherweise eine Einschränkung erfahren müssen."

In welchem Umfange solche Einschränkungen nötig sein werden, ob sie nur in der sogenannten Übergangszeit oder auch darüber hinaus Geltung haben werden, das wird im wesentlichen davon abhängen, wie sich in der Zukunft unsere Rohstoffbeschaffung gestalten wird.

3. Neuerdings dringt immer mehr die Erkenntnis durch, daß, wenn nicht unsere Wirtschaft auch nach Friedensschluß völlig aufs Ungewisse gestellt sein soll, der Bezug von gewissen Rohstoffmengen für uns im Friedensvertrage durch ins einzelne gehende Bestimmungen geregelt und sichergestellt werden muß. Vor allen Dingen gilt dies für die erste Zeit nach Friedensschluß, wo der Bedarf am dringendsten bei uns auftreten wird. Hier kann uns auch ein Wirtschaftsgebiet Mitteleuropa nichts helfen; denn es weist keine sofort greifbaren Vorräte auf. Solche werden sich in größeren Mengen im wesentlichen nur im angelsächsischen Rohstoffgebiet befinden, und zwar im Machtbereich oder doch, wie der Minister Bonar Law sich kürzlich ausdrückte, „kontrolliert" von den feindlichen Regierungen. Es ist völlig ausgeschlossen, daß der freie Handel entgegen solchen feindlichen Maßnahmen und trotz der unsern Feinden leicht möglichen Schikanen aller Art und trotz dem noch frischen Haß der gesamten angelsächsischen Handelswelt imstande sein sollte, der deutschen Wirtschaft unmittelbar nach Friedensschluß die nötigen Rohstoffmengen zuzuführen. Es ist deshalb für uns wünschenswert, daß im Friedensvertrage sich die betreffenden feindlichen Regierungen verpflichten, uns ganz bestimmte Mengen von den in ihrem Machtbereich befindlichen Rohstoffvorräten zukommen zu lassen. Und wir werden uns auch kaum mit einer solchen einmaligen Aufteilung der bei Friedensschluß vorhandenen Rohstoffvorräte der Welt begnügen können, sondern werden erstreben müssen, daß uns für eine gewisse Übergangszeit von mehreren Jahren jährlich bestimmte Rohstoffmengen zugesichert werden. Nur so können wir uns die Möglichkeit sichern, nach dem Kriege unsere frühere Wirtschaft wieder aufzubauen. Daß die ganz überwiegende Mehrzahl des deutschen Volkes den Wunsch hat, wenn irgend möglich

*) Natürlich werden gegen diese Anregungen schon jetzt Proteste, zum Teil sehr erregte, laut. Zahlreiche sogenannte Interessenten hören nur so viel aus allen diesen eingehend begründeten Vorschlägen heraus, daß es ihnen verwehrt sein soll, nach Friedensschluß in derselben Weise Gewinne zu machen, wie vor dem Kriege, und das genügt bei vielen, um einen Sturm der Entrüstung unter ihnen zu entfesseln. Gegenvorschläge, wie Deutschland es anfangen soll, nach dem Kriege ebensoviel Rohstoffe zur Verfügung zu haben, wie früher, oder mit einem Bruchteil der früheren Menge ebensoviel Waren zu erzeugen wie früher, werden von denjenigen, deren Entrüstungsrufe am lautesten erschallen, nicht gemacht.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und sobald wie möglich nach dem Kriege unser früheres wirtschaftliches Leben wieder hergestellt zu sehen, daran kann nach allen gerade in letzter Zeit laut gewordenen Stimmen nicht der geringste Zweifel bestehen. Nach vier Kriegsjahren voll Entbehrungen sehnt sich unser Volk nach dem früheren wirtschaftlichen Zustande, in dem wir uns wohl fühlten, und möchte nicht auf Jahre hinaus auf ungewisse Verhältnisse, die weitere Entbehrungen und Einschränkungen mit sich bringen, angewiesen sein. Aber wird es nach allem, was hier dargelegt ist, für uns überhaupt möglich sein, diesen alten und wohlbekannten guten und gesunden Zustand unserer Wirtschaft jemals wieder herbeizuführen? Werden wir imstande sein, von unseren Feinden im Friedensvertrage Bedingungen zu erreichen, wie sie hier kurz angedeutet sind?

Diese Frage zu erörtern muß einem späteren Aufsatz überlassen bleiben.

Ludwig Grote.

Die Zukunftsaufgaben der Volksbildung im Heere.

Kein Krieg ist so zum Lehrmeister geworden wie dieser Weltkrieg. Selbstverständlich zunächst auf militärischem und strategischem Gebiet, aber auch auf politischem und sozialem, in ethischen wie in religiösen Fragen. Auch die Bedürfnisse des Heeres und des einzelnen Soldaten sind ganz andere geworden. Wir wissen jetzt, daß es für den Erfolg des Kampfes notwendig ist, die Soldaten nicht nur gut zu verpflegen, sondern auch ausreichend mit geistiger Kost zu versorgen. Das Buch allein, das schon 1870—71 eine willkommene Gabe im Heere war — der Zentralausschuß für innere Mission, der damals hauptsächlich die geistige Versorgung der Feldtruppen durchführte, hat 364 Bibliotheken und 118 873 Bücher hinausgeschickt —, genügt nicht mehr, um den Soldaten über das an Geist und Seele Zehrende des Krieges hinweg zu helfen. Wenn ihm auch jetzt noch der Hauptanteil an der geistigen Versorgung der Krieger zufällt, so hat es doch die Heeresverwaltung dabei nicht mehr bewenden lassen. Sie hat vielmehr schon lange die gesamte geistige Versorgung der Truppen in ihr Programm aufgenommen. Die Theatervorstellungen, Kinovorführungen, Vorträge, die den Soldaten im Felde in reicher Abwechselung fortwährend geboten werden, gehen schon in die Tausende und werden in der Geschichte des Krieges einst ein besonders umfangreiches Kapitel beanspruchen. Wenn irgendeine Einrichtung, die im Kriege geboren worden ist, verdient, auch in die Friedenszeit mit hinüber genommen zu werden, so ist es die geistige Fürsorge, die jetzt fürs Heer aufgewendet wird. Hierüber werden kaum Meinungsverschiedenheiten bestehen, weder bei unseren Kriegern noch bei den Daheimgebliebenen. Kein Beruf bedarf so dringend eines Ausgleichs nach der seelischen Seite hin, wie der militärische. Nachdem der Anfang im Kriege gemacht worden ist, wäre es jammerschade, diese wichtige Sache im Frieden wieder verkümmern zu lassen.

Daß man bereits vor dem Kriege das Empfinden gehabt hat, daß für die Soldaten etwas geschehen müsse, beweisen die, namentlich in den kleinen Garnisonen errichteten, Soldatenheime. Sie sind aber durchaus unzureichend, sowohl in der Einrichtung, wie in dem, was sie bieten. Das ist auch weiter kein Wunder, weil es bislang für solche Einrichtungen an Mitteln fehlte. Was nach dem Kriege auf kulturellem Gebiete im Soldatenleben geschehen muß, muß auf ganz neuen Grundlagen aufgebaut werden. Vor allen Dingen wird es notwendig sein, dem Lesebedürfnis der Mannschaften dadurch Rechnung zu tragen, daß Mann-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schaftsbibliotheken eingerichtet werden. Für die freie Zeit, besonders aber für die Sonntagnachmittage, muß der Soldat ein gutes Buch zur Hand haben, so daß er nicht genötigt ist, Kneipen aufzusuchen oder zweifelhaften Vergnügungen nachzugehen. Freilich gehört zur Bücherei auch ein leidlich behaglicher Raum, in dem das Buch mit Ruhe und Genuß gelesen werden kann; in den alten Kasernen werden sich solche Räume mit einigem guten Willen wohl überall schaffen lassen; in den neuen müßten sie von vornherein vorgesehen werden. Notwendig ist ferner, daß aus den Mannschaften oder aus den Unteroffizieren Bücherwarte herangebildet werden, die den Lesern mit Rat und Tat zur Seite stehen können.

Daneben müßten aber für die Sonntagnachmittage, besonders im Winter, noch andere Einrichtungen für Bildung und Unterhaltung geschaffen werden. In erster Linie denken wir dabei ans Theater. In den größeren und mittleren Garnisonstädten sind überall Theater vorhanden, und für die kleinen könnten die Städtebundtheater gute Dienste leisten. Ihre Einrichtung ist vielfach daran gescheitert, daß sie die notwendige finanzielle Grundlage nicht schaffen konnten; wenn ihnen in Zukunft die Versorgung der Soldaten mit dramatischer Kost übertragen würde, wäre vielleicht beiden Teilen geholfen. Die Städtebundtheater könnten, was recht wünschenswert ist, vermehrt werden, und die Soldaten bekämen ihr Theater. Wo aber auch diese Lösung nicht möglich ist, ließen sich vielleicht aus den Mannschaften kleine dramatische Vereinigungen zusammenstellen, um den Kameraden Unterhaltung zu bieten. Der Geburtstag des Landesherrn zeigt ja oft genug, welche Kräfte auf diesem Gebiet in den Kompagnien im Verborgenen schlummern.

Weiter müßten Vorträge aller Art, soweit es zweckdienlich und angängig ist, die jungen Vaterlandsverteidiger in die verschiedensten Gebiete des Wissens einführen. Dabei darf natürlich nicht willkürlich, sondern es muß nach einem bestimmten Plan gearbeitet werden. Zu lange Vortragsreihen würden zu vermeiden sein; drei Vorträge über einen Gegenstand würden meistens genügen. Begonnen könnte mit der geschichtlichen Entwicklung des Deutschen Reiches werden, weiter wäre seine Verfassung und Verwaltung und die der Bundesstaaten, einschließlich des Militärwesens, zu schildern, ferner unsere umfangreiche Sozialversicherung, die Entstehung und Entwicklung des Arbeiterschutzes, die einfachen Rechtsverhältnisse, die wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung der Industrie und Handelszweige, die im Garnisonort und seiner Umgebung eine Rolle spielen, gesundheitliche Fragen usw. Soweit es sich machen läßt, sollten mit den Vorträgen Führungen durch bemerkenswerte industrielle Betriebe verbunden werden; auch Besuche landwirtschaftlicher Musterwirtschaften könnten veranstaltet werden. Es wäre ein großer Gewinn, wenn der städtische und ländliche Arbeiter etwas mehr von den Lebensbedingungen, unter denen sie zu arbeiten haben, sehen und aus eigener Anschauung kennen lernten. Der ländliche Arbeiter würde erkennen, daß in der Stadt auch nicht alles Gold ist, was glänzt, und der städtische, namentlich der großstädtische, der das Tier nur noch als Wurst oder Fleisch kennt, würde durch eigene Anschauungsweise von der Bedeutung der Landwirtschaft wohl doch etwas andere Begriffe bekommen, als er sie jetzt hat. Empfehlen würde es sich, die Vorträge vielleicht noch mit einigen musikalischen oder deklamatorischen Darbietungen zu umgeben. Nachher noch ein zwangloses Zusammensein, bei dem das Gehörte besprochen und die Meinungen ausgetauscht werden können. Letzteres ist besonders wichtig; die Soldaten sollen zum Fragen und auch zum Nachdenken über das Gehörte erzogen werden. Das gestaltet den Vortrag erst anregend, und bei der Erörterung kann am besten festgestellt werden, wie weit er in Fleisch und Blut übergegangen ist und wo für die Folge etwa noch weitere Aufklärung notwendig ist.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Paul Baumann hat im „Vortrupp"*) die Instruktionsstunde als Volksbildungsmittel empfohlen; er schildert einige Kriegsinstruktionsstunden, die unter dem Eindruck des Kampfes einen ganz anderen Verlauf genommen haben, als die sonst üblichen. An die Stelle der militärischen Dinge sind Aussprachen über die verschiedenen Berufe getreten, ferner über die Anziehungskraft der Erde über die Kriegsanleihen, über Papiergeld, Wechsel und Wertpapiere, über Fortbildungsschulen u. a. m. Ob die Beibehaltung so gearteter Instruktionsstunden auch im Frieden möglich sein wird, will Baumann abwarten.

Der Baumannsche Vorschlag zeigt, wie verbreitet das Empfinden und der Wunsch ist, die Volksbildungsbestrebungen im Heere in die Friedenszeit hinüberzuretten. Daß Instruktionsstunden, wie sie geschildert sind, ein wertvoller Bestandteil der geistigen Versorgung der Soldaten sein könnten, bedarf wohl keiner besonderen Begründung.

Auch das modernste Mittel für den Anschauungsunterricht, das Lichtspieltheater, möchten wir bei der Verbreitung der Volksbildung im Heere nicht vermissen. Natürlich nicht mit Detektivromanen und anderen Schauergeschichten, sondern mit Darstellungen aus dem Leben, aus der Natur, aus dem Kriege u. a. m. Zu empfehlen sind auch Führungen durch die Museen und Bildergalerien unter sachkundiger Leitung.

* * *

Der Leser, der uns bis hierher gefolgt ist, wird vielleicht mit leichter Ironie fragen: mehr nicht? Wir antworten: Gewiß, das, was wir hier als wünschenswert bezeichnet haben, ist, an den bisherigen Verhältnissen gemessen, ganz ungewöhnlich und außerordentlich. Wir haben aber nichts vorgeschlagen, was nicht im Kriege bereits in einer Form erprobt oder angewendet worden wäre, und was dem Soldaten im Kriege recht ist, sollte für ihn im Frieden mehr als billig sein. Auch militärische Kreise, mit denen wir unsere Gedanken besprochen haben, sind durchaus von deren Durchführbarkeit und der Notwendigkeit der Durchführung überzeugt, wenn sie allerdings auch der Meinung sind, daß — was wir für selbstverständlich halten — im ganzen Dienstplan auf die verschiedenen Veranstaltungen wird Rücksicht genommen werden müssen. Wenn die Militärbehörden ihr grundsätzliches Einverständnis dazu ausgesprochen haben, daß die Volksbildung auch im Heere gepflegt werden soll, wird sich darüber weiter reden lassen. Wichtiger ist und vorher besprochen werden muß die Kostenfrage und wer Veranstalter sein soll. Da denken wir zunächst an das Reich, als den Träger unseres Heerwesens. Otto Reichl**) wünscht eine „Reichsstelle zur Pflege des geistigen Lebens in Heer und Marine". Er ist, wie wir, der Meinung, daß aus einer so umfassenden und tiefgreifenden Wirkung der Wehrpflicht sich neue gewaltige Aufgaben für den Staat ergeben, unter denen die Pflege des geistigen Lebens in Heer und Marine an erster Stelle steht. Reichl verlangt eine Organisation, die zwar zunächst den dringendsten Bedürfnissen der Stunde gerecht wird, die aber auch über den Krieg hinaus ein notwendiger Bestandteil der Heeresorganisation bleiben sollte.

So sehr wir mit Reichl übereinstimmen, in seiner Forderung nach einer Reichsstelle vermögen wir ihm indessen nicht zu folgen. Die geistige Pflege der Soldaten zu Wasser und zu Lande dem Reich zu überweisen, heißt, sie bis zum Nimmermehrstag zu verschieben. Das Reich wird nach dem Kriege soviel Sorgen, nicht zuletzt auch finanzieller Natur haben, daß es sich um diese Dinge nicht wird

*) Heft 6, S. 171 ff. Jahrgang 1916.
**) In der „Tat" (Diederichs, Jena), Heft 10, S. 899 ff., 1916.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kümmern können. Außerdem ist nach unserer Meinung die geistige Fürsorge durch das Reich oder, richtiger gesagt, durch die Militärverwaltung lieber abzulehnen, weil gerade dabei, wenn die Sache gedeihen soll, das Dienstliche, an dem beim Militär ohnehin kein Mangel ist, besser in den Hintergrund tritt. In Betracht kommen könnte ein Kostenbeitrag des Reichs, der wohl später auch zu haben sein würde, wenn die Militärverwaltung sieht, daß etwas Brauchbares geschaffen wird. Die Gesamtkosten schon jetzt zu ermitteln, ist natürlich unmöglich, da sich die einzelnen Unternehmungen nicht überall gleichartig gestalten werden. Für die Mannschaftsbüchereien möchten wir vorschlagen, daß sie von den Garnisonsstädten gestiftet werden, obwohl wir wissen, daß die Gemeinden schon jetzt und nach dem Kriege erst recht, nicht auf Rosen gebettet sind. Wir lassen uns dabei von dem Gedanken leiten, daß die neuen Garnisonen, die nach dem Kriege entstehen werden, ihren militärischen Mitbürgern ein Willkommensgeschenk stiften werden; ebenso werden die alten Garnisonen ihre siegreich heimkehrenden Truppen gern mit einem Angebinde erfreuen wollen. Was gäbe es hierfür für eine bessere Gabe, als eine gut ausgestattete Mannschaftsbücherei?

Die Kosten für die Theatervorstellungen werden sich danach richten, wie oft solche Vorstellungen stattfinden sollen und wie die Theaterverhältnisse bestimmt sind. In den größeren und mittleren Städten, die ein Stadttheater ihr eigen nennen, werden sie erschwinglich sein; ebenso dürfen die Veranstaltungen der Städtebundtheater, die die kleinen Garnisonen gelegentlich mit dramatischer Kunst zu versorgen hätten, wohl nicht allzu teuer werden. Wir denken, daß wenigstens monatlich einmal in der Zeit von Oktober bis April eine Vorstellung für Soldaten stattfindet. In den ganz großen Garnisonen würden es auch 2—3 sein können; dort kämen gegebenenfalls ja auch mehrere Theater dafür in Betracht. Umsonst sollen die Vorstellungen nicht geboten werden, weil das kostenlos Gebotene gewöhnlich nicht so beachtet wird; jeder Soldat soll ruhig sein kleines Eintrittsgeld zahlen und dadurch das Gefühl haben, daß er damit zum Gelingen des Ganzen beiträgt. Für die Vortragsveranstaltungen würden, soweit in den Kasernen noch keine geeigneten Räume zur Verfügung stehen, und das wird ja meist der Fall sein, entweder die Aulen städtischer Schulen oder öffentliche Säle in Betracht kommen; je nachdem das eine oder andere gewählt wird, werden sich die Kosten stellen. Als Lehrkräfte kämen am besten geeignete Fortbildungsschullehrer in Betracht, die natürlich auch zu bezahlen sein würden, sonst aber auch jeder andere, der etwas zu sagen hat und zu sagen weiß. In Großstädten also z. B. noch Schriftsteller, Zeitungsleute, höhere Beamte, Kaufleute, Ärzte usw. Für die musikalische Ausgestaltung der Vortragsabende kämen hauptsächlich die Regimentskapellen oder Teile von ihnen in Betracht, die nach unserer Meinung überhaupt mehr als bisher für die geistige Pflege der Mannschaften herangezogen werden könnten. Warum sollen die Regimentsmusiken nicht hin und wieder z. B. volkstümliche Symphoniekonzerte für die Mannschaften veranstalten? Selbstverständlich müßte dabei auf ihre sonstigen geschäftlichen Beziehungen und Verpflichtungen Rücksicht genommen werden. Neben den Militärmusikern würde es aber auch Künstler, begabte Dilettanten, Männerchöre geben, die ihre Kräfte in den Dienst dieser Sache stellen werden, so daß sowohl für die Vortragsabende oder auch für die musikalisch-deklamatorischen Darbietungen gewiß immer recht abwechselungsreiche Programme zusammengestellt werden könnten. Je nachdem könnte vielleicht auch ein kleines Eintrittsgeld erhoben werden, so daß die Kosten dadurch gedeckt würden.

Wer soll nun diese Aufgaben durchführen? Bei der Beantwortung dieser Frage zeigen sich uns zwei Wege. Der eine führt zur Gründung einer neuen Organisation, der andere zur Ausgestaltung vorhandener Einrichtungen. Der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Krieg hat, gerade auch auf dem Gebiet der Wohltätigkeit und Gemeinnützigkeit, so viel neue Organisationen geschaffen, daß es auf eine mehr wohl nicht ankäme. Wir brauchten keine Sorge zu haben, daß ein Unternehmen, das die Volksbildung im Heer fördern will, nicht genügend Unterstützung fände; aber wenn eine vorhandene Vereinigung nutzbar gemacht werden könnte, wäre es doch wohl besser; schon um die langwierigen Vorarbeiten und die Kosten hierfür vermeiden zu können. Da lenken sich unsere Blicke auf das Rote Kreuz. Im Beginn des Krieges hat es mancherlei Anfechtungen erfahren müssen, weil nicht alles so glatt ging, wie erwartet wurde. Aber das war nicht zu vermeiden; ebensowenig wie alle Reichs- und Staatsbehörden, war auch das Rote Kreuz auf einen so riesenhafte Anforderungen stellenden Krieg vorbereitet. Während des Feldzuges ist es ja so arg belastet, daß es neue Aufgaben kaum übernehmen kann; aber nachher werden ja viele Kräfte frei, die die Durchführung unserer Wünsche übernehmen könnten. Freilich müßte von vornherein die Gewähr gegeben sein, daß sich das Rote Kreuz nicht in bestimmte Richtungen abdrängen läßt. Das könnte vermieden werden, wenn sich alle Kreise, die an der Volksbildung interessiert sind, zur gemeinsamen Arbeit vereinigten. Zunächst würde also ein Zentralausschuß, ähnlich dem für die Bücherverteilung ins Feld, zu bilden sein, bei dem vor allen Dingen die verschiedenen Volksbildungsvereine entscheidenden Einfluß haben müßten. Dann wären hinzuzuziehen die Goethebünde, die Bildungsvereinigungen der Berufsverbände, unter denen wir auch die sozialdemokratischen nicht missen möchten, und die Vereine ehemaliger Angehöriger der verschiedenen Truppenteile. Gerade letztere werden, wenn die Millionen aus dem Felde zurückströmen werden, riesig wachsen. Bisher waren sie nur Geselligkeits- und Unterstützungsvereine; durch ihre Beteiligung an der Bildungsarbeit erhielten sie ein neues Ziel und eine ganz andere Richtung. In ständiger Fühlungnahme mit ihren im Militärdienst stehenden Kameraden, könnten sie diesen sonst noch manche guten Dienste leisten und brauchten um Nachwuchs nicht mehr bange zu sein. Die „Vereine ehemaliger" könnten vielmehr ein recht wichtiges Bindeglied zwischen unserem Heer in des Königs Rock und im Bürgerkleide werden.

Ähnlich wie im Hauptausschuß müßten in allen Garnisonorten entsprechende Ortsausschüsse gebildet werden, mit Unterausschüssen z. B. für die Theatervorstellungen, die Vorträge, die Führungen. Haupt- und Ortsausschüsse hätten die Aufgabe, die nötigen Mittel flüssig zu machen und an die Zentrale abzuführen, damit kleinere Garnisonen, die weniger gut gestellt sind, aus der allgemeinen Kasse mit Mitteln versehen werden könnten. Wenn wir auch auf das Reich als Träger des Unternehmens verzichten wollen, so sollte und könnte es doch, wenigstens später, immerhin einen entsprechenden Kostenanteil leisten. Selbstverständlich ist es, daß Hauptausschuß wie Ortsausschüsse in engster Fühlungnahme mit den militärischen Behörden, also mit den Kriegsministerien oder mit den Kommandeuren der Truppenteile, arbeiten müssen und daß die praktische Mitarbeit der Offiziere geradezu erwünscht ist. Soweit als möglich soll natürlich auch die Marine einbezogen werden; in den Marinegarnisonen wird dies ohnehin geschehen. Für die Schiffe müßten überall, wo es noch nicht geschehen ist, wenigstens gute Mannschaftsbüchereien beschafft werden, wie sie vereinzelt von den Patenstädten den kleinen Kreuzern der „Städteklasse" bereits gestiftet worden sind.

Wenn, was wir hoffen und wünschen, die Volksbildungsarbeit auch im Frieden im Heere fortgesetzt wird, so muß vor allen Dingen natürlich jede politische oder religiöse Beeinflussung unterbleiben; ebenso müßte aber alles vermieden werden, was den einzelnen Veranstaltungen etwa einen dienstlich-mili-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tärischen Anstrich geben würde. Die Teilnahme müßte völlig in das Belieben jedes Einzelnen gestellt sein und niemand dazu kommandiert oder befohlen werden. Die Anwesenheit der Vorgesetzten aller Grade wäre nicht nur erwünscht, sondern notwendig. Die Offiziere und Unteroffiziere sollen freilich an dieser Stelle nicht nur Vorgesetzte sein wollen. Die Disziplin brauchte unter diesem Zusammensein nicht zu leiden, wohl aber könnten Beziehungen von Mensch zu Mensch angeknüpft werden, die für unsere innere Entwicklung von größtem Einfluß werden müßten. Manches harte Wort, das bei der militärischen Erziehung unvermeidlich ist, würde schnell vergessen, manche scheinbar allzustrenge Anordnung in milderem Lichte erscheinen, wenn es für die Angehörigen des Heeres Stätten gäbe, in denen nicht nur das soldatische, sondern auch das Verhältnis der Menschen zueinander zur Geltung käme, Stätten, in denen der Gedanke des Volksheeres erst seinen besten Ausdruck fände. Wenn neben die körperliche Ertüchtigung, die der Heeresdienst mit sich bringt, auch noch die geistige treten wird, wie sie jetzt im Kriege vorhanden ist, dann erst wird der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht erfüllt sein. Das Heer wird dann nicht nur eine Schule für den Krieg sein, sondern eine für den Frieden und damit für das Wohl des Staates und die Gesittung der Völker werden*)!

Georg Müller.

Briefe an eine Mutter.

6.

Sehr geehrte gnädige Frau!

Ihre Einteilung der Spiele des Kindes in Darstellungs- und Bewegungsspiele halte ich — wenn sie auch nicht erschöpfend ist und die Grenzen beider Arten stark ineinander übergehen — für ganz glücklich. Das darstellende Spiel steht hoch über dem bloßen Bewegungsspiele, wie Kriegen (Haschen), Verstecken, Bäumchen wechseln, Blindekuh usw., weil es das Seelenleben viel stärker auslöst und nicht allein den Körper in Bewegung bringt. Und das ist es eben, was das Kind von einem „schönen" Spiele verlangt. Daher spielt es auch lieber „Räuber und Gendarmen" oder „Indianer und Weiße" als einfach „Kriegen" oder „Verstecken". Jene Spiele gehören eben schon mehr in das Reich der darstellenden.

Ein Bilderbuch, das nur darstellt, d. h. Menschen und Dinge in mehr oder weniger naturgetreuer Zeichnung vor Augen führt, ist sehr wenig anregend. Es kommt dabei auch wenig oder nichts auf die technische Ausführung an. Nicht Abbildungen von Dingen schlechthin verlangt das Kind; mit ihnen ist es sofort fertig, wenn es festgestellt hat, dies ist ein Esel, das ist eine Fußbank und das eine Uhr usw., es möchte ja vor allem durch das Bild in seiner Phantasie angeregt werden, es will mit leiden, mit fühlen, mit jauchzen und mit erleben in den Bildern. Was sein Buch ihm tatsächlich, gegenständlich zeigt, ist dem Kinde nicht genug, es muß ihm auch Rätsel aufgeben. Nur Ausschnitte aus einem reichen, empfindungsvollen Erleben, die seine Phantasie gestalten und zu Ende denken kann, haben dauernd Wert.

---

*) Der Aufsatz ist schon vor längerer Zeit geschrieben worden. Inzwischen ist im Heere der vaterländische Unterricht eingeführt, der wohl auch im Frieden beibehalten werden wird. Grundsätzliche Einwendungen gegen die Ausgestaltung der geistigen Versorgung der Soldaten werden also nicht mehr erhoben werden können. Der Verfasser.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Aber noch eine andere wichtige Aufgabe hat das Bilderbuch: Es soll auch die eigene Zeichenlust im Kinde anregen. Ein gutes Bild darf nicht nur eine lange Geschichte erzählen, es soll auch reizen selbst den Bleistift in die Hand zu nehmen, um ähnliche Bilder zu schaffen. Das bedingt natürlich eine außerordentlich einfache Technik, eine Technik, die das Kind nicht entmutigt, sondern die seiner Darstellungskraft entspricht.

Man hat mir freilich schon entgegnet, beide Aufgaben könne das Bilderbuch nicht gleichzeitig lösen. Das Kind brauche daher ein erzählendes, auf die Phantasie wirkendes und daneben ein anderes, das die eigene Zeichenlust in ihm reizt und Mut macht, selbst zu malen. Man darf wohl keine Katheder-frage daraus machen, freuen wir uns jedes Bilderbuches, das der einen o d e r anderen Aufgabe dient, aber Tatsache ist, daß wir einerseits eine große Anzahl künstlerisch wertvoller Bilderbücher besitzen, die zu fein und zu hoch für das Kind sind, die es nicht voll ausschöpfen und genießen kann, und andererseits besitzen wir eine Unzahl minderwertiger, nur darstellender Bilderbücher, die die Phantasie gänzlich leer lassen und trotz der einfachen Technik doch nicht die Produktionskraft im Kinde wecken. Aus Erfahrung aber weiß ich, daß starke Wirkungen nur von solchen Bildern ausgehen, die Kopf und Hand gleichzeitig anregen.

Doch lassen wir die Frage und wenden uns wieder der Hauptsache zu! Das Zeichnen muß dem Kinde vom 5. oder 6. Lebensjahre an zu einem Ausdrucksmittel werden wie Sprache und Schrift, das dem Erwachsenen zeigt, wie es sich schon in der Welt umgesehen hat, was es beobachtete, was starken Eindruck auf das Kind gemacht und was es in Form und Farbe richtig aufgefaßt hat.

Wenn aber die Bilderbücher, die Ihre Kinder besitzen, noch nicht zu solchen Anregern geworden sind, dann, gnädige Frau, müssen Sie selbst einspringen und den Kindern mit gutem Beispiele im Zeichnen vorangehen. Vielleicht sehen Sie mich jetzt erstaunt ob solcher Zumutung an und seufzen: Leider kann ich nicht besonders gut zeichnen. — Ja, gnädige Frau, auf das Zeichnenkönnen im künstlerischen oder Schulsinne kommt es mir auch nicht an, große Zeichengeschicklichkeit haben ja Kinder auch noch nicht. Würden Sie in dieser ihre Kinder weit überragen, würden Sie gerade das Entgegengesetzte erreichen: Sie würden die Kleinen mutlos machen, anstatt sie anzuregen. Das zeichnende Kind soll und darf seine Ungeschicklichkeit garnicht kennen, nicht einmal ahnen, wenn es nicht unsicher werden soll. Darum darf man ihm nicht Muster vorführen, die es doch nicht erreichen kann. Je kindlicher (also ungenügend im Schulsinne!) Ihre eigene Zeichenfertigkeit ist, um so stärker werden Sie die Produktionskraft der Kinder anregen können, wenn Sie — nur den Mut haben, ebenso naiv darzustellen, wie es das Kind tut.

Und auf diesen Mut kommt es zuerst an. Er darf auch dann nicht in die Brüche gehen, gnädige Frau, wenn Ihre Versuche gänzlich mißlingen und ein fröhliches Gelächter über die mütterliche Ungeschicklichkeit auslösen sollten. Ach, daß sich doch alle Väter und Mütter zu diesem Mute aufraffen könnten, welch entzückende Stunden könnten sie den Kindern bereiten!

Seien Sie ganz unbekümmert darüber, ob das, was Sie selbst zeichnen, auch vor den Augen der Erwachsenen bestehen kann oder nicht. Daß Ihr Kleeblatt erkennt, Mutter w i l l zeichnen und v e r s u c h t ehrlich, das darzustellen, was wir dargestellt sehen möchten, darauf kommt es an. Sollte aber Ihre Zeichengeschicklichkeit wirklich so gering sein, daß selbst die Kinder stutzen und lächeln, Ihr mütterlich Herz dürfte doch nicht erschrecken. Der Erwachsene blamiert sich nie vor dem Kinde, wenn dieses nur einen ehrlichen Willen sieht. Seien Sie also unbesorgt und versuchen Sie mit wenigen Strichen recht und schlecht das darzustellen, was Ihre Kinder dargestellt zu sehen wünschen. Gelingt eine Zeichnung einmal gänzlich vorbei, erklären Sie ruhig Ihr Unvermögen und fordern die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kinder auf, selbst mit Hand anzulegen und zu verbessern. Nichts hemmt bekanntlich rascher törichte Tadelsucht als die Aufforderung, es selbst besser zu machen. Legen aber die Kinder erst mit Hand an, dann ist ja die Anregung zum eignen Tun gegeben, dann entwickelt sich ein gemeinsames Arbeiten von solcher Stärke, wie es nicht schöner und segensreicher gedacht werden kann.

Darf ich Ihnen ein Beispiel geben?

Meine Jüngste hat zu Weihnachten ihren ersten Tuschkasten bekommen. Die Freude war natürlich groß, sie wuchs aber ins Riesenhafte, als das Kind entdeckte, wie famos man mit den bunten Farben schmieren kann. So dick wie möglich trug sie auf und fertigte eine Unmenge ganz oberflächlicher Zeichnungen an, um so rasch wie möglich wieder beim Kolorieren in Farben schwelgen zu können.

Nach einer Woche endlich hatte Inge sich satt getuscht und die Farben halb verbraucht. Der Kasten lag unbeachtet zwischen den übrigen Spielsachen. Da setzte ich mich eines Abends zu ihr und begann zu zeichnen. Ein Wohnhaus mit ganz einfachen Strichen, rechts und links ein paar Bäume, die über eine Holzplanke emporragen, und vorn die Straße mit einigen Leuten. Alles möglichst in der Art, wie das Kind selbst auch zeichnet, nur etwas reicher und ausführlicher im einzelnen. Ich vergaß nicht die Wetterfahne auf dem Dache, nicht das Nest im Baume und nicht die Rosen am Hute einer Frau, die gerade vom Trottoir herunterstrat, um über die Straße zu gehen. Rechts in die Ecke setzte ich ein altes Mütterchen, das sich zur Erde bückte, um ein Portemonnaie aufzunehmen.

Als die Zeichnung fertig war, rief die Kleine: „O Vater, das ist ja die alte Frau, die das Portemonnaie gefunden hat, und in diesem Hause wohnt Otto Weber, der es verloren hat. Weißt du nicht mehr die Geschichte, die du mir neulich erzählt hast?" „Ja," erwiderte ich, „das ist richtig. Zu der Geschichte kann man noch viele Bilder malen. Darf ich wohl deinen Tuschkasten haben und das Bild bunt machen?"

Freudig trug sie die Farben und eine Untertasse mit Wasser herzu, und ich machte mich an die Arbeit. Das Kind sah aufmerksam zu, welche Farben ich wählte und wie ich sie mischte und auftrug. Es sah auch, wie man zu reichlich aufgetragene Farbe mit einem trockenen Pinsel wieder fort nimmt. Hin und wieder fuhr ich beim Tuschen absichtlich über den Rand und ließ an anderer Stelle ein Fleckchen weiß. Als die Arbeit getan war, konnte man wohl schwerlich entscheiden, ob ein Erwachsener oder ein Kind das Bild gemalt hatte. Inge aber war so erfreut über mein Werk, daß sie sich gleich a.. die Arbeit machte, um noch ein Bild zu derselben Geschichte zu malen. Es ließ sich auch garnicht dabei von mir helfen, nur einige kleine Winke gab ich ihr, was sie alles mitzeichnen und was auf dem neuen Bilde alles zu sehen sein müsse.

Auch ich wählte wieder eine Situation aus der Geschichte von dem verlorenen Portemonnaie und illustrierte sie. So haben wir stundenlang gesessen, und immer neue Bilder fielen uns ein, die auch noch gemalt werden mußten. Nach einigen Tagen waren 18 Bilder fertig, von denen 7 auf mein Konto kamen. An Inges Bilderserie aber konnte ich deutlich feststellen, daß das elfte technisch schon etwas besser geworden war als das erste. Das technische Können vervollkommnet sich ja durch die Übung ganz von selbst.

Wie anders aber wäre die ganze Sache verlaufen, gnädige Frau, wenn ich sie etwa in der Art des Zeichenlehrers angefaßt hätte. Hätte ich beim ersten Bilde meine ganze Zeichengeschicklichkeit, die ich als Erwachsener habe, spielen lassen, das Bild wäre wohl ein wenig hübscher geworden und hätte bei meinem Töchterchen wohl noch mehr Freude und Bewunderung hervorgerufen, aber es hätte dafür auch das Kind um so weniger gereizt, selbst wieder den Pinsel in die Hand zu nehmen. Im Gegenteil! Inge hätte mich nur gequält, immer neue Bilder allein anzufertigen, und die Darstellungskraft des Kindes wäre nicht geweckt worden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Was meinen Sie, gnädige Frau, sehe ich die Sache richtig? — Doch nach diesem Beispiele werden Sie es auch verstehen, wenn ich sage: Mißlungene Versuche im Zeichnen Ihrerseits fürchte ich nicht so sehr, wie den umgekehrten Fall. Am schwierigsten ist es immer, das Kind zu eigener Tätigkeit anzuregen, wenn man ihm im Können so überlegen ist, daß es sofort den großen Unterschied erkennt, daß es wohl die Leistung des Erwachsenen bewundert, aber durch sie auch mutlos die eigene Hand sinken läßt. Darauf aber kommt es an, daß das Kind selbst schaffen lernt. Wir wollen ja unsere Kinder nicht zeichnen und tuschen lassen, um sie zu Künstlern auszubilden! Was sie lernen sollen, ist vielmehr, den Mut zu erlangen, alles das im Bilde darzustellen, was sie schon von der Welt gesehen und behalten haben. Unbekümmert um alle technische Fragen soll das Kind uns im Bilde erzählen, was in ihm lebt an Beobachtungen und Erfahrungen. Ein siebenjähriges Kind darf vor keiner Malaufgabe mehr zurückschrecken, es muß alles darzustellen wagen und darstellen können auf seine naive Weise. Das Ungenügende seiner Technik darf es, wie gesagt, nicht einmal ahnen. Um so besser, wenn es recht naiv und ungezwungen zeichnet.

Technisch hebt sich die Kinderzeichnung ja einmal schon durch die häufigere Übung von Hand und Auge ganz von selbst, zweitens durch die Schulung des zeichnerischen Gedächtnisses, das durch das Zeichnenwollen gezwungen wird, sich so mancher Einzelheit, die schon in das Meer der Vergessenheit sinken wollte, zu erinnern.

Man kann aber auch einen ganz einfachen Weg planmäßiger Vervollkommnung der zeichnerischen Fertigkeit gehen, wie ich ihn z. B. ausführlich in meinem Buche „Das Malen und Zeichnen zur Belebung des Elementarunterrichts“*) dargestellt habe. — Ich bitte Sie freundlich, gelegentlich Einsicht in das Büchlein zu nehmen, es wird Ihnen hoffentlich manche besondere Anregung geben.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

H. Scharrelmann.

Rund um uns

Der 9. Deutsche Abstinententag soll — nach einem Beschluß des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus — vom 30. September bis 3. Oktober d. J. im Landeshause der Provinz Brandenburg zu Berlin (Mathäiskirchstraße 20/21) abgehalten werden. Der Teilnehmerbeitrag beträgt 3 Mark. Als Hauptverhandlungsgegenstände sind festgesetzt worden: 1. Die Forderungen der deutschen Abstinenten für die Gastwirtschaftsgesetzgebung und die Gasthausreform; 2. Jugendarbeit der Alkoholgegner in Aufklärung und Organisation; 3. Eingliederung der Enthaltsamkeitsbewegung in die allgemeinen Bewegungen der Volkswohlfahrt und Volkserziehung, namentlich der Bevölkerungspolitik; 4. Organisation, Arbeitsweise und Arbeitsaufgaben des Allgemeinen Deutschen Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus und sein Verhältnis zu den ihm angeschlossenen Verbänden.

Eine Übersicht über die Verhandlungen des Abstinententages werden wir unsern Lesern voraussichtlich im zweiten Oktoberheft des „Vortrupp“ geben können.

Vortrupp.

*) Verlag von George Westermann, Braunschweig.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 19 1. Oktoberheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügung über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Vortrupp.

Wirtschaftsfrieden.

In dem Aufsatz „Wirtschaftskrieg" (im vorigen Heft des Vortrupp) haben wir die Pläne unserer Feinde erörtert, die dahin zielen, der Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft, die uns vor dem Kriege in wenigen Jahrzehnten aus einem armen Volke zu einem reichen gemacht hat, ein für allemal ein Ende zu bereiten, und haben dargelegt, daß diese Pläne durchaus ernst zu nehmen sind. Es hat bei uns im Kriege leider von jeher sehr viele Leute gegeben, die alle von unseren Gegnern gegen uns aufgestellten Pläne, soweit sie etwas Neues, nie Dagewesenes in Aussicht stellten, ohne weiteres als unausführbar betrachteten und als lächerliche Phantasterei hinstellten. So ist über den Plan der Engländer, ein Heer von 5 Millionen, die sogenannte Kitchener-Armee, auszuheben, auszubilden und auszurüsten, bei uns im ersten Kriegsjahr bis weit in das zweite hinein viel gelächelt worden. Man hielt es für unmöglich, daß ein Volk, das bei Ausbruch des Krieges weder die allgemeine Wehrpflicht kannte, noch eine nennenswerte Waffen- und Munitionsindustrie besaß, noch in diesem Kriege ein Heer von größerer Stärke werde in die Wagschale werfen können; bis die Sommeschlacht des Jahres 1916 uns plötzlich vor die Tatsache stellte, daß die Engländer ihren Plan im wesentlichen bereits ausgeführt und namentlich in bezug auf Kriegsmaterial einen Vorsprung gewonnen hatten, den wir erst im Laufe vieler Monate durch Ausführung des sogenannten Hindenburg-Programms einigermaßen wieder ausgleichen konnten. Und fast genau dasselbe wiederholte sich gegenüber dem Plane der Amerikaner, auf Frankreichs Boden mit einem starken Heer zu erscheinen. Die Unausführbarkeit dieses Planes galt sehr Vielen bei uns mit Rücksicht auf unsere U-Boote als unumstößliche Gewißheit. Und nun? Die Zahl der schon jetzt in Frankreich befindlichen Amerikaner wird auf über eine Million geschätzt; ihre militärische Tätigkeit ist für unser Heer bereits sehr fühlbar, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß sie in der Folge noch fühlbarer werden wird.

Diese Unterschätzung der Hilfsquellen und Möglichkeiten unserer Gegner, die manchen Deutschen begegnet ist, hätte kein besonderes Interesse, wenn sie nicht gerade in solchen Kreisen sehr verbreitet gewesen wäre, die einen starken Einfluß auf unsere militärischen und politischen Maßnahmen ausübten. Die Geschichte des Weltkrieges wird sich einst eingehend mit diesen Irrtümern und ihrem Einfluß auf den Gang der Kriegsereignisse zu beschäftigen haben. Schon jetzt werden wir aber gut tun, für die Folgezeit des Krieges die Lehre zu ziehen, daß wir uns selbst schaden, wenn wir die Geschicklichkeit und Zähigkeit unserer Gegner

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

oder den Umfang ihrer Hilfsmittel unterschätzen, und ferner, daß diejenigen, die auf höchst zweifelhafte und dabei ungeheuer wichtige Lebensfragen des deutschen Volkes am lautesten und bestimmtesten eine Antwort, angeblich die allein richtige, geben, in Wahrheit nicht immer die besten Beurteiler der Sachlage sind.

Auch die wirtschaftlichen Pläne unserer Gegner sind lange Zeit bei uns nach jenem Rezept einfach als „Bluff" gewertet, mit dem man uns einschüchtern wolle. Nur wer den im Grunde sehr einfachen Gedankengang der Engländer, wie er im Aufsatz „Wirtschaftskrieg" dargelegt ist, sich nicht klar gemacht und richtig gewürdigt hatte, konnte solchem Irrtum verfallen. Der vielangefochtene Reichstagsbeschluß vom 19. Juli 1917 hat sich bereits ernstlich über den von unseren Feinden geplanten Wirtschaftskrieg nach dem Kriege ausgesprochen. Und die Reichsregierung hat in der Reichstagssitzung vom 17. Mai 1918 durch den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Frhn. von Stein ausdrücklich erklärt, daß sie die wirtschaftlichen Pläne unserer Feinde ernst nehme und sich damit beschäftige, wie ihnen zu begegnen sei. Die Erörterungen, die im Laufe dieses Sommers in England über das Thema stattgefunden haben, und die im Aufsatz des vorigen Vortrupphefte angeführten Beschlüsse des britischen Kriegskabinetts vom Juli d. J. haben endlich wohl jedem, der in wirtschaftspolitischen Dingen ein Urteil besitzt, die letzten Zweifel über den Ernst und die Gefährlichkeit der Absichten unserer Gegner genommen.

Es ist durchaus notwendig, daß das deutsche Volk in allen seinen Teilen die wirtschaftlichen Pläne unserer Gegner versteht und ihre Bedeutung für uns würdigt. Man glaube nicht etwa, daß eine eingehende öffentliche Erörterung der Schwierigkeiten, die uns bei Verwirklichung dieser Pläne drohen, den Engländern erst klar machen werde, welche Waffe sie gegen uns in der Hand haben. Der Engländer ist viel zu sehr Kenner in Handel und Wirtschaft, um nicht genau zu wissen, daß „militärische Macht furchtbar, wirtschaftliche Macht aber auch furchtbar ist", wie Balfour es einmal ausdrückte. Dagegen ist die Aufklärung unseres Volkes über die wirtschaftlichen Ziele unserer Gegner notwendig aus den verschiedensten Gründen, die hier kurz erörtert seien. Sie ist in mehrfacher Beziehung geradezu ein Mittel, um den Absichten der Feinde am wirksamsten zu begegnen.

1. Die Ereignisse der letzten beiden Monate haben die großen Hoffnungen, mit denen ein Teil des deutschen Volkes auf den westlichen Kriegsschauplatz blickte, erschüttert. Wir hatten alle einmal gehofft, daß unsere Kriegführung, nachdem sie unsere östlichen Gegner erledigt, auch unseren Feinden im Westen in einer fortgesetzten Offensive Schläge solcher Art versetzen werde, daß ihr Kriegswille in absehbarer Zeit gebrochen sein werde. Und bei Vielen von uns hatte sich diese Hoffnung — wiederum auf Grund von Voraussagen eben solcher, die gewohnheitsmäßig und unbelehrbar die Kraft unserer Feinde unterschätzen — zu der völligen Gewißheit verdichtet, daß unsere militärische Lage es uns in nicht ferner Zeit gestatten werde, dem Feinde im Friedensvertrag unsern Willen einfach aufzuzwingen. Daher die ungeheure Entrüstung, als der damalige Staatssekretär des Auswärtigen v. Kühlmann am 24. Juni d. J. vor dem Reichstag in wenig glücklicher Form, aber in der Sache richtig, erklärte, daß der Feind niemals mit Waffengewalt allein zu Boden zu werfen sei.

Die militärischen Vorgänge der letzten Zeit haben nun wohl jedem, der es noch nicht wußte, gezeigt, daß wir einen Gegner von ungeheurer militärischer Stärke und Geschicklichkeit zu bekämpfen haben.

Es wäre ein Unrecht gegen das deutsche Volk und es hieße auf seine Enttäuschung hinarbeiten, wollte man ihm immer wieder den Wunderglauben einflößen, daß es auch diese sich ständig noch mehrende Übermacht zu zerschmet-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tern imstande sei. Das deutsche Volk ist reif und imstande, die Wahrheit zu ertragen. Und es ist ein Unrecht gegen unser Heer und seine Führer, wenn man deshalb, weil sie bisher schon mit Anspannung aller Kräfte das Höchste geleistet haben, was Tapferkeit und militärische Klugheit leisten konnten, auch noch erwartet, daß sie etwas vollbringen, was nun einmal nach unverrückbaren Grenzen des Möglichen und Unmöglichen zu vollbringen ausgeschlossen ist. Wir müssen uns klar machen, daß dieser Krieg, wie er von allem Anfang an politisch für uns ein Verteidigungskrieg war, jetzt auch militärisch ein solcher geworden ist, und daß wir zur Verteidigung gegen den übermächtigen Feind alle Volkskraft zusammenzuraffen haben werden.

Ist da nicht die Gefahr des Kleinmuts gegeben bei den Vielen, denen diese Erkenntnis überraschend kommt? Möchte da nicht vielleicht mancher, der bislang noch immer geglaubt hatte, der Feind stehe dicht vor dem Zusammenbruch*), jetzt die Flinte mutlos ins Korn werfen? Die feindliche Propaganda arbeitet mit Flugblättern, die von Fliegern abgeworfen werden, mit ihren Agenten und ihrer Presse und mit den Reden von Staatsmännern dahin, um diese Stimmung bei uns in Front und Heimat zu erzeugen. Wir sehen aus dem Aufruf, den Hindenburg am 2. September d. J. an das deutsche Heer und die deutsche Heimat erlassen hat, welche Bedeutung er der Gefahr beimißt, die hier der Stimmung des deutschen Volkes droht.

Nichts ist geeigneter, die Widerstandskraft unseres Volkes zu stärken, desjenigen Volksteiles, der nun wieder in den alten Verteidigungsstellungen liegt und Tag und Nacht dem Trommelfeuer der Geschütze, giftigen Gasen, Fliegerbomben, Tanks und Maschinengewehrfeuer trotzen muß, und desjenigen, der zu Hause alle die Entbehrungen dieses Krieges weiter leiden muß, als die klare Erkenntnis der wirtschaftlichen Absichten unserer Feinde. Es wäre denkbar, daß die Mehrheit unseres Volkes nicht gesonnen wäre, unter den Verhältnissen, unter denen wir jetzt den Kampf fortführen, auf unabsehbare Dauer hinaus um eine Mehrung der politischen Macht des Deutschen Reiches zu kämpfen. Aber die Überzeugung, daß der Frieden, wie ihn unsere Feinde sich denken, Teuerung und Armut bei uns verewigen würde, ohne Hoffnung auf einen Aufschwung, daß jeder Einzelne ohne Ausnahme am eigenen Leibe die Wirkungen zu spüren haben, daß Millionen der Unsrigen dauernd Not leiden würden, wie dies im Aufsatz „Wirtschaftskrieg" dargelegt ist, diese Überzeugung ist geeignet, auch den letzten Mann und das letzte Weib aus dem Volke die Zähne zusammenbeißen und ausharren zu lassen bis zum Äußersten. Der Mensch ist nun einmal geneigt, von zwei Übeln, unter denen er die Wahl hat, gleichsam automatisch dasjenige zu wählen, das ihm als das kleinere erscheint. Und das weitere Ertragen des

---

*) Daß dieser Glaube an den bevorstehenden Zusammenbruch des Feindes bei Leuten, die eine etwas humoristisch anmutende Prophetengabe besitzen, noch immer besteht und von ihnen ins Volk getragen wird, dafür als Beispiel nur ein Zitat aus einer kürzlich erschienenen (nach der Vorrede Ende Juni d. J. abgeschlossenen) Schrift von Dr. Albrecht Wirth und Emil Zimmermann über die kolonialen Kriegsziele Deutschlands. Es heißt da: — — „Nur nicht nachlassen! Nur nicht schwachmütig und auch nicht edelmütig werden! Schon mehren sich die Zeichen, daß die Gegner einzulenken wünschen, daß sie jetzt, in letzter Stunde, einen noch für sie günstigen Frieden herauszuschlagen sich bemühen. Das soll ihnen nicht gelingen! Die Anmaßung der Feinde ist nur Spiegelfechterei. Ihr Mark ist schon zermürbt, ihr Haus unterwühlt. Wir könnten fordern, was wir wollten, sie müßten es bewilligen."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Kriegszustandes, auch auf Jahre hinaus, wird der Mehrzahl des deutschen Volkes als das kleinere Übel erscheinen gegenüber einem Frieden, der die wirtschaftlichen Nöte dieses Krieges, seine Entbehrungen und Unbequemlichkeiten im wesentlichen nicht beseitigt, sondern sie zum Dauerzustand macht.

Die genaue Aufklärung unseres Volkes über die wirtschaftlichen Pläne des Feindes und die Folgen für unsere künftige Lebensführung, wenn sie verwirklicht werden, ist also ein hervorragendes Mittel, den Willen zum Durchhalten bei uns zu stärken. — Das Durchhalten kann freilich nicht Selbstzweck sein. Ein Durchhalten ohne Aussicht auf einen Frieden, der eine Besserung bringt, wäre sinnlos. Ein solcher Frieden aber kann, wie wir noch sehen werden, erzielt werden.

2. Die Aufklärung über die mit dem Kriege und den feindlichen Plänen zusammenhängenden großen wirtschaftlichen Fragen ist aber auch deshalb nötig, damit alle deutschen Volkskreise den Beschränkungen in Handel und Gewerbe, die, wie wir dargelegt haben, zum mindesten für die Übergangszeit, je nach Ausfall der Friedensbedingungen, aber auch für längere Zeit, unausbleiblich sein werden, mit dem nötigen Verständnis gegenüberstehen. Wir haben kurz ausgeführt, aus welchen Gründen es eine Lebensfrage für unsere Wirtschaft sein wird, nach dem Kriege die aktive und die passive Seite unserer Handelsbilanz im Gleichgewicht zu halten — die sogenannte Valutafrage hängt hiermit aufs engste zusammen —, und daß wir deshalb gegenüber einer voraussichtlich zufolge Rohstoffmangels beschränkten Ausfuhr unbedingt auch unsere Einfuhr in engen Grenzen werden halten müssen, wobei sich das schwierige Problem erhebt, trotz möglichster Freiheit im Handel und Gewerbe die Deckung der wichtigsten Volksbedürfnisse sicher zu stellen. Erschwerend wird voraussichtlich noch der Mangel an Schiffsraum hinzukommen. Gegen alle das freie Gewerbe einschränkenden Maßnahmen wird schon jetzt von Interessenten vielfach stürmischer Widerspruch erhoben, dessen Begründung beweist, daß er nicht überall einfach auf Selbstsucht, sondern häufig lediglich auf Unwissenheit über die wichtigsten wirtschaftlichen Zusammenhänge beruht. Man spricht dann von fortschreitendem Staatssozialismus und Bureaukratisierung des Wirtschaftslebens und stellt es so dar, als beabsichtige die Regierung, aus reiner Lust am Reglementieren künstlich die Leiden des Krieges zu verlängern, während es sich in Wahrheit um die Erfüllung der ehernen Pflicht des Staates handelt, nach Möglichkeit den furchtbaren wirtschaftlichen Folgen des Krieges für die deutsche Allgemeinheit zu begegnen. Hier droht eine Quelle der Unzufriedenheit und des inneren Unfriedens sich zu erschließen für eine Zeit, in der mehr denn je der innere Zusammenschluß uns nottun wird. Nur weitgehende Aufklärung kann hier helfen.

3. Vor allen Dingen aber ist wirtschaftspolitisches Verständnis für unser Volk deshalb notwendig, damit es einsieht, daß die Wiederherstellung unserer früheren wirtschaftlichen Stärke nicht nur e i n Kriegsziel, sondern, wie im ersten Aufsatz dargelegt, neben der Unversehrtheit des deutschen Reichsgebiets d a s oberste Kriegsziel für uns sein muß, und damit es die Friedensfrage in Zukunft nach diesem Gesichtspunkt wertet. Vielleicht wird Mancher diesen Standpunkt, der Deutschlands Wirtschaftsstärke in den Vordergrund aller Wünsche stellt, als „materialistisch" ansehen und sagen, daß es für ein Volk „idealere Güter" gebe, als seine wirtschaftliche Stellung. Dies würde aber nur wieder die bereits beklagte Vernachlässigung aller wirtschaftlichen Gesichtspunkte in dem Denken mancher Kreise bestätigen, das zum großen Teil schon auf den Geschichtsunterricht zurückzuführen ist, der meist einfach eine äußerliche Zusammenstellung von Daten über die wichtigsten militärischen und kabinettspolitischen Ereignisse der Geschichte ist, ohne daß die großen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Kultur und äußerer Politik der Völker der Jugend genügend vor Augen geführt werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wir erstreben Deutschlands wirtschaftliche Wohlhabenheit nicht als Endzweck um ihrer selbst willen, sondern weil wir wissen, daß nur ein Staat, dem die nötigen Mittel zur Verfügung stehen, seine kulturellen Aufgaben voll erfüllen kann. Diese bestehen nicht allein darin, geistige Höchstleistungen Einzelner, die bevorzugten Schichten angehören oder vom Glück begünstigte Genies sind, zu erzielen; es verschlägt also nicht, wenn man uns entgegenhält, daß auch das arme Deutschland vergangener Jahrhunderte geistige Größen hervorgebracht hat. Sondern es gilt, die geistige Kultur der Gesamtheit zu heben, und das kann in größerem Maßstabe nur in einem wohlhabenden Volk geschehen. Der Weltkrieg hat aber ferner auch gezeigt, daß nur ein industriell starkes Volk imstande ist, seine Volksehre im modernen Kriege, der so sehr Materialkrieg ist, zu verteidigen. Ohne unsere starke Industrie lägen wir in diesem Völkerringen längst am Boden.

Wir sind innerhalb von $4^1/_2$ Jahrzehnten in einer sich rasch und fast überstürzt vollziehenden Entwicklung vom Ackerbauvolk ein Industriestaat geworden, der mit seinem Handel die Welt umspannte. Mit dieser Entwicklung hatte das Verständnis für die Änderung unserer Lage und unserer wirtschaftlichen Lebensbedingungen durchaus nicht gleichen Schritt gehalten. Gerade diejenigen Kreise Preußen-Deutschlands, die vermöge einer nicht verfassungsmäßig vorgeschriebenen, aber tatsächlichen Übung ganz überwiegend dem Deutschen Reiche seine Diplomaten und sonstigen Beamten der auswärtigen Politik lieferten, nämlich die aristokratisch-agrarischen Kreise des östlichen Deutschlands, waren persönlich am wenigsten von dem Umschwung der Verhältnisse berührt und standen der Entwicklung zur Industrie teilweise nicht nur mit Gleichgültigkeit, sondern mit Unbehagen gegenüber. Kein Wunder also, daß diese Staatsmänner von vornherein nicht besonders geeignet und geneigt waren, der neuen weltwirtschaftlichen Stellung Deutschlands in ihrer Politik eine entscheidende Bedeutung zukommen zu lassen. Aufgewachsen in einem Staate, der noch keine Weltmacht, fast noch ein Kleinstaat war, dessen Politik bis dahin jedenfalls nur eine kontinentale sein konnte, der also seine Hauptaufgabe in der Pflege günstiger Beziehungen mit den nächsten Nachbarn zu erblicken hatte, waren sich diese deutschen Diplomaten kaum dessen klar bewußt geworden, daß mit der vollzogenen Entwicklung Deutschlands zum Handelsstaat mit der zweitgrößten Handelsbilanz der Welt eine grundlegende Änderung in der Außenpolitik notwendig geworden war. Auf dem Gebiete der Innenpolitik, die nicht geheim sein kann und der öffentlichen Kritik unterliegt, wurde rechtzeitig der Wandel vollzogen: Deutschland ging — trotz des Widerstandes eben jener Kreise — rechtzeitig zu der Sozialpolitik über, die für das Reich als Industriestaat Lebensbedürfnis war, und wandte damit die stärksten Gefahren für seinen inneren Halt glücklich ab. Auf dem Gebiete der äußeren Politik setzten unsere Diplomaten einfach die frühere kontinentale Politik fort. So kam es, daß, wie wir erst kürzlich von Otto Hamann, dem früheren Pressedezernenten des Auswärtigen Amtes, aus dessen Buch „Der neue Kurs" erfahren haben, die Lenker unserer Außenpolitik in erster Linie Wert auf ein gutes Verhältnis zu Rußland legten und diesen Gesichtspunkt selbst dann noch in den Vordergrund ihrer Politik stellten, als Rußland sich offenbar längst an Frankreich zu einem Zusammengehen verschrieben hatte, das seine Spitze nur gegen Deutschland richten konnte. Als im Jahre 1901 England mit einem Bündnisangebot an Deutschland herantrat, ließen sich unsere Staatsmänner die Gelegenheit entgehen, mit der stärksten Seemacht in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten*). Wie Hamann sich aus-

*) Vgl. dazu den Aufsatz „Vorgeschichte" von Fidelis im ersten Juliheft des Vortrupp. Dort ist auch bereits darauf hingewiesen, daß Bismarck, auch insofern andere deutsche Staatsmänner an politischem Weitblick übertreffend, durchaus ein enges Zusammengehen Deutschlands mit England wünschte.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

drückt, beherrschte sie „ein übertriebener Respekt vor der die ganze westliche Welt täuschenden russischen Fassade". „Sonst", so sagt Hamann, „wären die Verhandlungen wohl nicht im Sande verlaufen." Die Leiter unserer auswärtigen Politik übersahen also, daß unsere mächtig gewachsenen überseeischen Interessen in erster Linie erforderten, mit demjenigen Staate in guten Beziehungen zu bleiben, dessen Feindschaft dem Lebensnerv unserer Wirtschaft, die mit allen Fasern im Überseehandel wurzelte, unter allen Umständen nachteilig sein mußte. Sie übersahen auch weiter, daß, wenn das Anwachsen unseres Überseehandels den Ausbau unserer Kriegsflotte erforderlich machte, wie man in Deutschland allgemein annahm, dieser Ausbau von einem befreundeten England ohne Mißtrauen betrachtet werden konnte, daß er aber ein ständiger Anlaß zu Reibungen mit einem England sein mußte, dessen Annäherungsversuchen wir mit Kälte und schließlicher Ablehnung begegnet waren. Aber diese Gesichtspunkte, die angesichts unserer neugeschaffenen Stellung als Handels- und Industriestaat mit den wichtigsten überseeischen Beziehungen bei allen politischen Entschließungen hätten in den Vordergrund gerückt werden müssen, existierten für die Vertreter des Deutschen Reiches damals so wenig, daß sie es vorzogen, der schon damals höchst unsicheren Freundschaft des absolutistischen, von Frankreich finanzierten Zarenreichs weiter nachzujagen und sich auf diese Weise schließlich „zwischen zwei Stühle zu setzen".

So hat der Mangel an Verständnis für unsere neu gewonnene Stellung in der Weltwirtschaft schon vor dem Kriege eine Rolle in unserer Politik gespielt. Wohl wurde von den Männern der Industrie und des Handels schon vor dem Kriege die Klage erhoben, daß es unseren Diplomaten an solchem Verständnis fehle. Aber diese Klagen konnten nur mit gewissen nebensächlichen Erscheinungen, die allerdings Symptome waren, begründet werden. Denn die Fäden der Diplomatie waren bekanntlich geheim, und niemand konnte ahnen, wie weit die Nichtberücksichtigung unserer wirtschaftlichen Interessen ging und welche folgenschweren Entscheidungen ihr entsprangen.

Der Friedensschluß wird uns von neuem vor einen Wendepunkt in unserer Geschichte stellen. Es wird sich, wie wir im vorigen Aufsatz ausgeführt haben, darum handeln, ob wir unsere frühere für uns so günstige Wirtschaft wieder aufnehmen können und so die Möglichkeit haben werden, die schweren Schäden, die der Krieg unserem Volkswohlstand zugefügt hat, verhältnismäßig bald wieder auszugleichen, oder ob wir zu all den Dauerlasten, die der Krieg uns aufbürden wird, auch noch die Gewißheit hinnehmen sollen, niemals oder doch auf Generationen hinaus unser ehemals so blühendes Erwerbsleben sich wieder entfalten zu sehen. Daß jeder im Volke weiß, worum es geht, ist auch deshalb geboten, damit der ausgesprochene Wille der Volksmehrheit denen, die Deutschland in der entscheidenden Stunde zu vertreten haben werden, die Richtlinien vorzuschreiben vermag. Unser Volk wird, wenn es weiß, worum es geht, bis zum Äußersten durchhalten. Aber es wird eben auch unter keinen Umständen dulden, daß Leute, die noch immer Deutschlands Lebensnotwendigkeiten verkennen, an die Stelle des wichtigsten Kriegsziels andere Ziele unterschieben, die den Lieblingswünschen einer veralteten politischen Schule entsprechen und mit Deutschlands Lebensnotwendigkeiten nichts zu tun haben. Wir sind vor dem Kriege auch bei unserem damaligen Besitzstande reich und stark gewesen und hatten bei einer unserer Lage entsprechenden Politik eine glückliche Zukunft vor uns. Und wir werden schon innerhalb unseres jetzigen Staatsgebiets nach dem Kriege eine solche Fülle von Aufgaben zu lösen haben, die unsere Volkskraft und unser Volksvermögen in Anspruch nehmen werden, daß wir schon allein deshalb es uns überlegen sollten, uns alle die Schwierigkeiten aufzubürden, welche die Angliederung weiterer

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

von einer deutschfeindlich gesinnten Bevölkerung bewohnter Gebiete mit sich bringen würde.

Wir haben gesehen, daß für unsere wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege zwei Möglichkeiten in Betracht kommen: einmal die bewußte Abkehr von unserer auf überseeischen Rohstoffbezug beruhenden früheren Wirtschaft und Beschränkung auf ein kontinentales Wirtschaftsgebiet, das Mittel- und Osteuropa nebst den angrenzenden asiatischen Gebieten umfassen würde. Aber wir haben auch bereits dargelegt, daß dieses Rohstoffgebiet uns keineswegs die Möglichkeit verbürgt, unsere Industrie und unseren Handel auch nur annähernd in seinem bisherigen Umfange aufrecht zu erhalten. Die Verfechter des sogenannten „Mitteleuropa" übersehen vor allen Dingen, daß es völlig ungewiß ist, ob es uns gelingen würde, nach dem Kriege — trotz Gegenwirkung unserer jetzigen Feinde — politisch in ein solches Verhältnis zu allen diesen Gebieten zu kommen, das uns die Ausnutzung ihrer Rohstoffe und den Absatz unserer Waren gewährleisten würde. So wird dieser Ausweg nur dann als ein *Versuch* in Betracht kommen, wenn es uns nicht gelingen sollte, im Friedensschluß die Wiederherstellung unserer früheren Wirtschaftsart sicherzustellen. Wir haben gesehen, daß zu einer solchen Sicherstellung Friedensbedingungen notwendig sind, die unseren Feinden außerordentlich weitgehende Verpflichtungen auferlegen würden. Es handelt sich nicht nur darum, daß sie sich verpflichten sollen, unseren Handel in ihren Machtgebieten in derselben Weise wie vor dem Kriege zuzulassen und ihren wirtschaftlichen Zukunftsplänen für die Zukunft zu entsagen, obwohl das Völkerrecht jedem Staate hierin die Freiheit der Entschließung gibt, sondern noch darum, daß sie uns für die Zeiten unmittelbar nach dem Kriege, und zwar voraussichtlich auf Jahre hinaus, den Bezug bestimmter Rohstoffmengen aus ihren Gebieten gewährleisten sollen. Das erinnert an den Inhalt unserer Friedensverträge mit der Ukraine und mit Rumänien; beide Länder haben sich ja verpflichtet, uns im weiten Umfange die Überschüsse ihrer Bodenerzeugnisse unter ganz bestimmten, genau festgesetzten Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Nun haben wir mit der Ukraine als solcher niemals Krieg geführt, unser Friedensvertrag mit ihr war mehr ein Freundschaftsvertrag mit dem neugegründeten Staate, den wir damit gleichsam aus der Taufe hoben. Rumänien aber war nach dem Zusammenbruch der russischen Ostfront uns gegenüber ohnmächtig geworden und darauf angewiesen, unsere Bedingungen anzunehmen. Können wir erwarten, daß die Ententemächte, vor allen Dingen England, das in erster Linie in Betracht kommt, auf solche Bedingungen, wie sie wohl noch niemals einer Großmacht gestellt worden sind, jemals eingehen werden? Es gibt jetzt in Deutschland wohl nicht mehr sehr viele Menschen, die damit rechnen, Deutschland werde dereinst seinen Feinden im allgemeinen Frieden einfach nur seine Bedingungen zu diktieren haben*). Wäre allein ein solcher Gewaltfrieden imstande, uns die Erfüllung unserer wirtschaftlichen Forderungen zu bringen, so wäre allerdings die Aussicht, jemals unsere frühere Wirtschaft wieder aufbauen zu können, eine äußerst geringe. Denn im Rahmen eines gewaltsam aufgezwungenen Friedens wären jene Bedingungen als demütigende anzusehen, da sie den betroffenen Großmächten geradezu einen Teil ihrer wirtschaftlichen Selbstbestimmung nehmen und ihnen umfangreiche Rohstofflieferungen auferlegen würden, die, auch wenn sie von uns bezahlt würden, doch an den Tribut erinnern, wie man ihn bislang nur dem unterworfenen Gegner auferlegen konnte. Auf *demütigende* Bedingungen aber werden sich unsere Feinde, solange sie nicht völlig niedergerungen sind, so wenig einlassen, wie wir dies tun werden.

*) Vgl. aber die Fußnote auf S. 363.

Aber das deutsche Volk erstrebt ja bekanntlich keinen Gewaltfrieden, sondern einen Frieden der Verständigung. Es steht, wie hier in diesen Blättern früher überzeugend ausgeführt ist*), in seiner überwältigenden Mehrheit hinter dem Reichstagsbeschluß vom 19. Juli 1917, in dem es heißt:

„Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten."

Und in der Antwort der deutschen Reichsregierung auf die Papstnote vom 17. September 1917 ist gesagt:

„Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf einen friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernen Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr Anlaß als das deutsche, zu wünschen, daß an der Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein versöhnlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt."

Im Reichstagsbeschluß ist also schon zum Ausdruck gebracht, daß der erstrebte „Wirtschaftsfrieden" nicht nur auf territorialem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet allen Vertragschließenden den früheren Besitzstand verbürgen soll. Es liegt somit im Wesen dieses Verständigungsfriedens, daß er allen denjenigen Bestimmungen Raum geben soll, die nötig sind, um jeden einzelnen Teilnehmer in den früheren wirtschaftlichen Zustand wieder einzusetzen; keine noch so ungewöhnliche Forderung, die dieses Ziel verfolgt, kann im Rahmen solchen Wirtschafts- und Verständigungsfriedens für den Vertragsgegner etwas Demütigendes haben, und die für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft als notwendig erkannten Forderungen haben also alle Aussicht, in einen solchen Friedensvertrag aufgenommen zu werden, vorausgesetzt, daß sie den notwendigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen anderer Staaten nicht entgegenstehen. Letzteres ist aber bei unseren Forderungen nicht der Fall. Wir erstreben ja nur die Wiederherstellung von solchen wirtschaftlichen Beziehungen, wie sie sich vor dem Kriege gleichermaßen für uns wie für die Andern, insbesondere auch für England, als segensreich erwiesen haben; jeder der beiden Teile fand dabei sein gutes Auskommen, und so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ein wahrer „Wirtschaftsfrieden" nur auf die völlige Wiederherstellung dieser Beziehungen gegründet werden kann**). Haben wir uns also mit dem Feinde einmal grund-

---

*) S. den Aufsatz „Landesverräter" von Fidelis 1917, Heft 17 des Vortrupp.

**) Eine Kundgebung besonderer Art für die Wiederherstellung dieser früheren Beziehungen veranstaltete die Hamburger Großkaufmannschaft bei Gelegenheit des Besuchs der Reichstagsabgeordneten im Juni d. J. Die vorsichtigen Kaufleute unterließen es, durch ausdrückliche Forderung der „Verständigung" die Entrüstung hervorzurufen, die damals noch ein solches ausdrückliches Eintreten bei einem Teil ihrer Gäste hervorgerufen haben würde. Natürlich wissen die Vertreter des Großhandels und der Großschiffahrt sehr wohl, daß die erste Voraussetzung für alle die Dinge, die sie besprachen, insbesondere für die Wieder-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sätzlich darüber geeinigt, daß ein „Wirtschaftsfrieden" abgeschlossen werden soll, so sind damit unsere Wünsche, die wir als das Mindestmaß unserer wirtschaftlichen Forderungen bezeichnet haben, ohne weiteres unter Dach und Fach gebracht.

Aber werden sich unsere Gegner jemals auf einen Verständigungsfrieden mit uns einlassen?

Es war einmal so, daß vielleicht manche Leute in Deutschland hofften, es bedürfe nur unseres deutlichen Angebots, um die Feinde auf einen Verständigungsfrieden sofort eingehen zu lassen, und daß jedenfalls Andere dies fürchteten, weil sie glaubten, der Feind werde sich auf diese Weise — und nur auf diese Weise — der bevorstehenden Zerschmetterung entziehen und so uns, wie sie es nannten, „um die Früchte des Sieges" bringen können. Der Lauf der Zeit hat aber darüber volle Klarheit gebracht: Die feindlichen Regierungen w o l l e n sich nicht auf einen Verständigungsfrieden mit uns einlassen, und sie wollen es in diesem Augenblick weniger als je.*) Sie wollen es ganz einfach deshalb nicht, weil sie immer noch hoffen, uns völlig zu Boden schmettern und dann uns ihre Bedingungen diktieren zu können, die auf unsere politische und wirtschaftliche Vernichtung gerichtet sind. Ihre Hoffnung ist jetzt, nach den Erfolgen der Fochschen Offensive, vielleicht so stark wie noch nie zuvor. Deshalb stellen sich die feindlichen Staatsmänner gegenüber allen unseren Versicherungen, daß wir einen Frieden der Verständigung wünschen, einfach schwerhörig oder lehnen unter den bekannten Ausflüchten jede Verhandlung mit uns ab.

Ist nun der Gedanke des Verständigungsfriedens deshalb verfehlt? Besteht keine Aussicht auf seine Verwirklichung?

Der Verständigungsgedanke ist fast gleichzeitig im Schoße aller sich jetzt noch gegenseitig zerfleischenden Völker aufgekommen. Völkerhaß, Verleumdung und politische Machtgier haben nicht verhindern können, daß er Wurzel geschlagen hat und sich ständig ausbreitet. Wenn seine Fortschritte bei uns a n s c h e i n e n d bis jetzt stärker gewesen sind, als bei unseren Feinden, so beruht das wohl kaum auf einer Verschiedenheit der politischen oder moralischen Grundauffassung der Völker. Von drüben erschallen zwar noch immer maßlose Beschimpfungen alles dessen, was deutsch ist, ein Gebaren, das uns Deutschen gegen unsere Natur ist; mit schamloser Offenheit verkünden nach wie vor die angesehensten Staatsmänner der Entente, während sie gleichzeitig vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sprechen, ihr Ziel, ein großes Kulturvolk, das der Menschheit unschätzbare geistige Werte geschenkt hat, zu zerschmettern und politisch zu entmannen. Wir müßten am Verständigungsgedanken und an der ganzen Menschheit verzweifeln, käme in solchen Kundgebungen das wahre Wesen unserer Feinde, die ja der Zahl nach die Mehrheit der Kulturmenschheit darstellen, zum Ausdruck. Aber mit Recht sagt Prinz Max von Baden in seiner echt deutschen Rede vom 22. August d. J.:

> „Wir kennen unsere Feinde, wie sie uns nicht kennen und kennen wollen. Wir vermögen zu unterscheiden. Darum ist es unsere Pflicht, gerecht zu urteilen und nicht zu überhören, wenn gegen Äußerungen niedriger und roher

---

aufnahme des „freien" Handels, der Verständigungsfrieden ist. Sie wurden denn auch bald von einem gewissen Teile der Presse als „wirtschaftliche Pazifisten" gekennzeichnet.

*) Bei Abschluß dieses Aufsatzes (9. September) war die Burianische Anregung zu Friedensbesprechungen noch nicht erfolgt.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gesinnung bei unseren Feinden aus der Tiefe ihrer Völker selbst zornige Abwehr aufsteigt."

Vor allen Dingen aber dürfen wir, um die Sachlage richtig zu beurteilen, eines nicht außer acht lassen: wenn der feindliche Staatsbürger das Deutschtum haßt, so haßt er damit dasjenige Volkswesen, das — nach seiner Vorstellung — der Feind aller Völkerverständigung ist. Er sieht ja in Deutschland das Land, das sich an keine Völkerverträge bindet, das den Krieg seit Jahren gewollt hat, das rücksichtslos die belgische Neutralität gebrochen hat, unter allerlei Vorwänden, in Wahrheit aber um das Land einfach zu annektieren. Und die feindlichen Machthaber bemühen sich bekanntlich mit Erfolg, diese Vorstellung vom Wesen des Deutschtums, die sie durch Lüge und Entstellung hervorgerufen haben, in ihren Ländern wach zu halten. Sie wissen, daß in dem Augenblick, wo ihren Mitbürgern die Augen aufgehen, ihre Rolle ausgespielt ist und die Bahn frei ist für die allgemeine Verständigung, nach der sich im Grunde die ganze Welt sehnt. Es liegt eine unendliche Tragik und zugleich die größte Diabolik der feindlichen Kriegshetzer darin, daß in dem Kreuzzug, den sie gegen Deutschland predigen, Millionen ihr Leben lassen müssen für ein Ideal, das dem deutschen Volke mindestens ebenso hoch steht, wie den irregeführten Massen, die dafür zu Felde ziehen.

Was können wir dagegen tun? Wie sollen wir über diesen Wall von Irrtum, Lüge und bösem Willen hinweg den Weg zur Verständigung frei machen? Zweierlei ist vonnöten. Einmal gilt es, den Kampf gegen die Verleumdung, daß das deutsche Volk ein Hindernis der Völkerversöhnung und des dauernden Völkerfriedens sei, endlich mit tauglichen Mitteln aufzunehmen. Dazu ist nötig, daß bei uns nichts geschieht, was den Verleumdern drüben ihre Arbeit erleichtert. Wer es so darstellt, als wolle das deutsche Volk nichts von einer dauernden Versöhnung der Völker wissen, als stehe es n i c h t hinter dem Reichstagsbeschluß vom 19. Juli 1917, sondern gehe auf Eroberungen und Demütigung seiner Feinde aus, der arbeitet in gedankenloser Weise der feindlichen Propaganda in die Hände und versündigt sich am deutschen Volke, insbesondere am deutschen Heere. Denn der Wahn, den allgemeinen Friedensstörer und „Feind der Menschheit" vor sich zu haben, ist es, der allen diesen Männern aus den fernsten Ländern zu immer neuen Stürmen gegen unsere Fronten den Mut und die Begeisterung gibt: diesen Wahn unterstützen, heißt also, die Kraft der feindlichen Angriffe stärken. Solches Gebaren sollte nicht allein von Presse und Parlament, sondern es sollte auch von den leitenden deutschen Staatsmännern öffentlich gebrandmarkt werden, woran sie es bislang — aus Rücksicht auf gewisse Kreise — zu unserem Schaden haben fehlen lassen. Programmatische Reden unserer leitenden Staatsmänner sind die einzigen deutschen Kundgebungen, deren Bekanntwerden in den Ententeländern nur schwer verhindert werden kann.

Was in dieser Beziehung bis dahin bei uns versäumt worden und jetzt sehr viel schwerer wieder einzubringen ist, das hat so recht die vortreffliche, klare und rückhaltslose Rede gezeigt, die am 20. August d. J. der Staatssekretär des Reichskolonialamts **Dr.** Solf gehalten hat.

Aber es wäre ein leichtfertiger und unverantwortlicher Optimismus, wollten wir uns darauf verlassen, a l l e i n mit den Mitteln der Aufklärung unsere Feinde in absehbarer Zeit der Verständigung geneigt zu machen. Mit rein geistigen Waffen kann man — beim Feinde wie bei uns — nur langsam, und auf viele Menschen überhaupt nicht einwirken. Es ist unbedingt nötig, daß wir a l l e maßgebenden Teile der feindlichen Völker, auch die jetzt herrschenden Cliquen, die für keine idealen Gesichtspunkte zugänglich sind, aber sich stets an die Politik des Erreichbaren halten werden, davon überzeugen, daß sie ihr Ziel der Zer-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schmetterung Deutschlands nicht erreichen können. Der Eintritt dieser Überzeugung wird ohne weiteres den Sieg des Verständigungsgedankens auf der ganzen Linie bedeuten. Es gilt durchzuhalten bis zu diesem Ziele. Es ist erreichbar, wenn wir in innerer Geschlossenheit zusammenstehen. Auf unser Heer und unsere großen Führer können wir uns nach wie vor verlassen. Mögen die Kämpfe dieses Sommers gezeigt haben, daß der Feind militärisch zu stark ist, als daß wir ihn in einer fortgesetzten Offensive zu Boden ringen könnten; sie haben aber auch bewiesen, falls es dieses Beweises noch bedurfte, daß noch weniger der Feind uns militärisch niederzuwerfen vermag. Die Kämpfe des Bewegungskrieges, wie sie sich abgespielt haben, werden bei ausgeglichenem Kräfteverhältnis, gute Führung auf beiden Seiten vorausgesetzt, stets bald dem einen, bald dem anderen Teil Erfolge bringen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir die Gelegenheit zu solchen Bewegungskämpfen im offenen Gelände erst freiwillig gegeben hatten, indem wir aus unseren Verteidigungsstellungen hervorbrachen; wir warfen dabei den Feind aus seinen stark ausgebauten Stellungen und trieben ihn eine Strecke weit vor uns her, hatten aber den Nachteil, daß sein unausbleiblicher strategischer Gegenstoß uns in unausgebauten Stellungen traf, denen alle die großen Vorteile einer geplanten und vorbereiteten Verteidigung fehlten. Will der Feind uns entscheidend schlagen, so wird er in Zukunft gegen unser bewährtes System mächtig ausgebauter Verteidigungsstellungen anzurennen haben. Er wird es tun; Rücksicht auf Menschenleben kennt er ja nicht. Und seine Angriffe werden vielleicht von nie dagewesener Wucht sein. Aber die Überzeugung, daß ein Nachlassen nicht nur unseren politischen, sondern auch unseren wirtschaftlichen Untergang bedeuten würde, wird das deutsche Volk an der Front und in der Heimat ausharren lassen; auch diese Anstürme der Feinde werden vergeblich sein. Und wir können gewiß sein, daß die feindlichen Machthaber in nicht zu ferner Zeit selbst einsehen und jedenfalls ihre Völker nicht länger werden darüber hinwegtäuschen können, daß Deutschland nicht in die Knie zu zwingen ist. Und dann wird die Bahn frei sein für den „Wirtschaftsfrieden".

Ludwig Grote.

Das Schicksal und du selbst!*)

Leitspruch:
Seine Gedanken folgerichtig bis zu Ende zu denken,
ist die größte Obliegenheit eines Philosophen.
Nach Kant
(Kritik der praktischen Vernunft (A 44—45).

Die Grundgedanken der vorliegenden Schrift wurden im Verlaufe dreier Kriegsjahre gesammelt und einheitlich verarbeitet, dann zum ersten Male am 30. Mai 1917 in Danzig auf der 6. Generalversammlung der Schopenhauergesellschaft vorgetragen unter dem Titel „Pflicht und Schick-

*) Der Verfasser, Herr Oberlehrer Reinhart Biernatzki aus Hamburg, wird unter dieser Überschrift im „Vortrupp" mehrere Aufsätze veröffentlichen. Einem Vorworte und einer kurzen Einleitung folgt im vorliegenden Hefte der erste Abschnitt: „Naturwissenschaftliche Betrachtung" (Naturnotwendigkeit und Unfreiheit. Schicksalsglaube und Vorherbestimmung). Die nächsten Hefte werden die andern Abschnitte bringen: „Philosophische Grundlegung" (Bedeutung des Ursachengesetzes. Wesen der sittlichen Forderung), „Religiöser Aufbau" (Brahman gleich Atman. Gott und Jesus wie Vater und Sohn) und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

falsglaube". Der von vielen Seiten geäußerte Wunsch, die Ausführungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bewog mich, den Vortrag in erweiterter Form herauszugeben. Namentlich der erkenntniswissenschaftliche Teil erforderte eine umfassende Begründung. Nun dies geschehen, ist zugleich ein Wegweiser entstanden zur Einführung in die Kantische Gedankenwelt. Ich habe mich bemüht, Naturwissenschaft, Philosophie und Religion in ihren Rechtsbefugnissen gegeneinander abzugrenzen und dadurch diese drei „feindlichen Brüder" miteinander zu versöhnen.

Darüber haben die zahlreichen Beobachtungen und Erlebnisse mir keinen Zweifel gelassen, daß die weitesten Kreise des deutschen Volkes sich sehnen nach Klarheit in Weltanschauungsfragen. Insbesondere gilt es, das religiöse Denken folgerichtig aufzubauen und wieder hineinzustellen in das lebendige Leben! Ich schreibe für Suchende und Vorwärtsstrebende, um Richtlinien vorzuzeichnen, für Zweifler und ganz Ungläubige, um neue Grundlagen zu schaffen. Aber ich wende mich ebensosehr an Ernstgläubige, denen es doch von unschätzbarem Werte sein muß, wenn sie für ihren Glauben einen wissenschaftlichen Unterbau erhalten. Ich hege die Hoffnung, daß Geistliche und Religionslehrer, welcher Richtung sie auch immer angehören, einige Anregungen empfangen und ihre Überzeugungen klären werden. Doch nicht nur Fachleuten, sondern der Allgemeinheit will ich verständlich sein. Daher mache ich von der philosophischen Kunstsprache keinen Gebrauch zugunsten deutscher Ausdrucksweise. Die Vertreter der Wissenschaft haben zu urteilen, inwieweit ich mit meinem ersten Versuch den richtigen Weg gegangen bin. Jedenfalls ist es an der Zeit, daß wir uns in Weltanschauungsfragen nicht mehr hinter Haufen von ungebräuchlichen und den Meisten völlig dunklen Wortgebilden verschanzen, sondern wir haben dafür zu sorgen, daß die bedeutsamen Gedanken der Weisesten aller Zeiten so einfach und klar ausgesprochen werden, daß jeder denkfreudige Mensch sie verstehen muß! Wer sollte dann nicht auch erfaßt werden von neuer Begeisterung!

Einleitung.

Krieg führen und Philosophie treiben? Das paßt ja zueinander wie die Faust aufs Auge! „Nur nicht denken, sondern handeln!" So lautet die Forderung des Tages. — Gewiß, wer wollte das bestreiten? Dennoch ist unter den Menschen
Metaphysik. die Sehnsucht nach dem Übernatürlichen gerade durch den Krieg bedeutend gewachsen. Überall taucht die quälende Frage auf: „Wozu das alles?" und heischt eine zufriedenstellende Antwort. Daher die innige Teilnahme an Philosophie und Religion. Ja, ich wage die Behauptung: „Zu kaum einer anderen Zeit wurde so allgemein philosophiert wie gerade jetzt im Kriege." Ein kleines Erlebnis möge zeigen, wie — bewußt oder unbewußt — jedermann in seiner Weise mit dem Weltenlauf sich auseinandersetzt und schon dadurch auch zu Gott Stellung nimmt.

Da sehen wir es. Zwei wackere Soldaten haben einander beim Wickel. „Ach was," erklärt ein Pionier, „wenn's mich treffen soll, dann trifft's mich doch; ich geh' hier oben längs und nicht durch den dreckigen Graben!" Was hier aber behauptet wird, gerade das macht ein zweiter von Grund aus streitig: „Das hab'

---

endlich das „Schlußergebnis" (Vorherbestimmung durch Gott und Selbstbestimmung des Menschen vereinbar).

Diese Aufsätze werden später voraussichtlich zu einer Flugschrift zusammengefaßt werden. Vortrupp.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ich schon zu jedem gesagt, der mir das gesagt hat, das ist doch Unsinn! So darfst du gar nicht denken. Du mußt vorsichtig sein und nicht leichtsinnig, das sage ich dir!"

Wer hat wohl recht? Eine Wahrheit gibt es doch nur, und die erstreben wir doch alle. Der erste verläßt sich auf die ewigen Naturgesetze und deren unabänderliche Notwendigkeiten, welche alle womöglich fest in der Hand des Schicksals ruhen oder gar von Gott genau vorherbestimmt sind — gut! Mit welchem Rechte aber nimmt dann der zweite sich heraus, dem Kameraden gegenüber Vorwürfe zu erheben und von ihm zu verlangen, daß er anders denken solle, als es eben seinem Wesen entspricht, und auch anders handeln, ja sogar anders sein solle, als er nun einmal von Natur aus ist? Und in der Tat machen wir für seine Handlungen den Menschen selbst verantwortlich.

Also einerseits der Glaube an die unumstößliche Bestimmung durch eine Schicksalsmacht, anderseits das nicht zu erschütternde Bewußtsein von der Kraft der eigenen sittlichen Persönlichkeit! Wie aber lassen sich diese zwei Gegensätze, die sich derartig ausschließen, miteinander in Einklang bringen? Hauptfrage.

Die Gemüter der Menschen daheim wie draußen vorm Feinde werden vom Schicksalsglauben geradezu beherrscht. Diese Anschauung von Welt und Leben wollen wir an einem Beispiel prüfen. Da ist ein junger Pionier, Fischer von Beruf, seiner Eltern Stolz. Als treu und gewissenhaft erhält er oft Vertrauensposten, wird Gefreiter, verdient sich das Eiserne Kreuz und eine Hanseatenauszeichnung. Dann, nach fast zwei vollen Kriegsjahren, in der Riesenschlacht an der Somme, an einem der schlimmsten Tage, bleibt neben vielen Kameraden auch unser Freund auf dem Felde der Ehre. Alle Erdenhoffnungen seiner Eltern sind vernichtet. Seit 1565 war der stattliche Besitz auf Kind und Kindeskinder fortgeerbt. Jetzt ist durch den Tod des einzigen Sohnes jählings alles vorbei.

Wie verstehen wir nun ein solches Ereignis?

I.

Naturwissenschaftliche Betrachtung. Physik.

Naturnotwendigkeit und Unfreiheit.

„Es kommt alles, wie es kommen muß" — so sagen die einen, und im Schützengraben hört man es jeden Tag. Kausalität.

Gewiß mußte jene Kugel treffen. Der Franzmann schoß sie ab mit einer gewissen Anfangsgeschwindigkeit in der bestimmten Richtung, als er die vorgehenden Schützen erblickte. Durch Widerstand von Luft und Wind gezwungen, mußte sie gerade diese Flugbahn zurücklegen und dem Tapferen Brust und Herz durchbohren.

Aber mußte denn der Mann selbst auch so handeln und darum auf diese Weise untergehen? Ohne Zweifel; er hatte ganz bestimmte Beweggründe — den Befehl des Zugführers, sich dort einzureihen, und den Zuruf seines Gruppenführers, augenblicklich mit vorwärtszustürmen —, denen er als pflichttreuer Soldat ohne Besinnen folgen mußte, so daß er in jenem verhängnisvollen Zeitpunkt, nicht früher und nicht später, genau an der bestimmten Stelle eintraf, wo ihn das todbringende Geschoß erreichte und zu Boden riß. Wie hätte dieses alles nur irgend anders sein können! Nur dann, wenn die Umstände andere gewesen wären oder der Handelnde selbst es mit seiner Pflicht weniger genau genommen hätte. Aber unter diesen ganz bestimmten Umständen und bei dieser bestimmt ausgeprägten Persönlichkeit mußte es gerade nur so und nicht anders kommen.

Das ist die materialistisch-naturwissenschaftliche Auffassung, an der als er-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

fahrungsmäßiger Weltanschauung gar nicht irgendwie zu rütteln ist. Jedes Ereignis in der Natur und im Menschenleben, das größte und das kleinste, in aller Vergangenheit, heute und für alle Zukunft, wird irgendwie verursacht, folgt gesetzmäßig aus einem gegebenen Grunde und, sobald nur die ursächlichen Bedingungen vollständig beieinander sind, wird es mit Notwendigkeit geschehen und ist insofern eben bestimmt. Daher kommt denn alles, wenn es nur geschieht, so wie es kommen muß. Das sagt das unerbittliche Ursachengesetz.

Zweifellos richtig. Aber kann man sich für unsern Fall bei einer solchen naturwissenschaftlichen Erklärung beruhigen? Sie ist doch wohl gar zu nüchtern!

Schicksalsglaube und Vorherbestimmung.

Oft genug hören wir denn auch aus den Reihen der Feldgrauen und nicht weniger sehen wir aus den Briefen der Daheimgebliebenen an ihre Lieben vorm Feinde, daß die Menschen noch vieles mehr in jenen Spruch hineingelegt wissen möchten. Nicht allein, daß jene Kugel aus natürlichen Ursachen treffen mußte, sondern daß sie treffen sollte, weil das Schicksal, glaubt man, längst so beschlossen hatte und dieses unabänderlich herbeigeführt.

Fatum. „Seinem Schicksal kann kein Mensch entrinnen" — habe ich oft aus Soldatenmund gehört. Das ist die zweite Form des Schützengrabenspruches, die wir näher zu erklären haben. Denn was ist eigentlich „das Schicksal"? Ist es eine greifbare Größe, die mit zur natürlichen Weltordnung gehört? Es soll ja nicht nur jedem Menschen seinen Lebensweg vorzeichnen, sondern überhaupt die gesamte Natur beherrschen und insbesondere den Gang der Weltgeschichte. Ein Herrscher aber steht über seinen Untertanen, und so schwebt auch das Schicksal über dem Geschehen, welches es beherrscht als eine übernatürliche Gewalt. Nur hat die Sache einen bedenklichen Haken. Das Schicksal ist bekanntlich blind. Blind zeigt es diesem seine Gunst, jenem wird es zum Verhängnis. Darum war es des bösen Schicksals Laune, die uns den treuen Sohn hinwegriß. So könnte man allenfalls sagen, und als dichterische Wendung mag es durchgehen. Auch wird „das blinde Schicksal" schnell vorgeschoben, um weitere unbequeme Gedanken sich vom Leibe zu halten. Nur fragt es sich gerade bei einem so einschneidenden Ereignis wie beim Tod des Hoffnungsvollsten, ob da eine solche Einschläferung durch den Glauben an ein dunkles Schicksal uns gelingen will.

Tatsächlich sind nicht wenig Menschen mit der Bezeichnung „Schicksal" im höchsten Grade unzufrieden. Es scheint auch ein rechter Verlegenheitsausdruck zu sein. Jemand wollte einmal so verbessern und statt Schicksal „Schickung" sagen. Auf solche Weise möchte er — sei es Glück oder Unglück — das trostlos Verhängnisvolle, diesen sogenannten „Zufall" ausgeschaltet wissen und betonen: Die Schicksalslenkung kann nicht blind sein, sondern sie ist sehend, überlegend! Ein über die Welt erhabener Geist, der da Gott genannt wird, er lenkt mit starken Händen die Geschicke der gesamten Menschheit und die Naturbegebenheiten überall.

Die Kugel flog nicht nur auf Grund von allerhand Naturgesetzen durch die Luft, auch ward sie nicht von einem blinden Schicksal fortgetrieben, sondern Gott zeigte ihr die ganz bestimmte Bahn, und so hieß er sie auch unsern Freund verGott. bluten lassen. Was immer da geschieht: „Es ist bestimmt in Gottes Rat."

So lautet die dritte Form des Schützengrabenspruches. — Ja, diese Denkweise und Gemütsverfassung bildet zugleich die besondere Form der neu erwachten,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wie es heißt, „alttestamentlich gerichteten" Kriegsfrömmigkeit. Nun wohlan! Wenn das die Wahrheit ist, daß Gott den Verlauf der Erscheinungen bestimmt, dann Ernst damit und für die göttliche Bestimmung keine lächerlichen Schranken durch die kleinen, oft nichtswürdigen Menschen, sondern dann gilt eine allgemeine, unwiderstehliche, nicht bloß natürliche, sondern sogar göttliche Notwendigkeit! Dann fällt ohne Gottes Willen kein Sperling vom Dache, dann kann ich nichts tun, es sei gut oder böse, wenn Gott mir nicht die Kraft dazu verleiht, dann kann mir nichts geschehen, als was Gott ausersehen. Dann also bestimmt auch kein anderer über Anfang und Ende des Krieges als Gott, ja dann dürfen wir selbst vor der ungeheuer schwerwiegenden Erklärung nicht zurückschrecken: „Diesen Krieg, Gott hat ihn längst vorhergesehen und nicht gehindert, Gott hat ihn zugelassen und somit auch gewollt — trotz all des Bösen, mit all dem Bösen, so wie er ist, so wollte ihn Gott."

Das ist die biblische Auffassung folgerichtig zu Ende gedacht: Vorherbestimmung des inneren sowohl wie des äußeren Schicksals der Menschen durch Gott.

Bedenken.

Aber, aber — jetzt werden doch Bedenken laut gegen einen solchen „Glauben". Wenn nämlich alles Geschehen in der Welt, das Handeln des Menschen nicht ausgeschlossen, nur auf Geheiß eines Höheren geschieht, sei es Schicksal oder Gott, wo bleibt da des Menschen sittliche Freiheit und selbständige Persönlichkeit, wo bleibt die Forderung der Pflichterfüllung? Dieses alles ist doch um so weniger zu entbehren, als es sich beim Glauben handelt um des Menschen ureigenstes, tiefstes Wesen!

Die Betrachtung an Hand des Ursachengesetzes schien bereits gefährlich genug und konnte uns stutzig machen, als ob auf solche Weise eine sittliche Weltauffassung bereits verloren sei; aber ein Zurück ist dort unmöglich. Seien wir darüber im Klaren: die Beweggründe, die den Menschen in Bewegung gesetzt und als Ursachen die Handlung bewirkt haben, müssen der Zeit nach vorhergegangen sein, und folglich gehören sie im Augenblick des Handelns bereits der Vergangenheit an und sind dann also auf keine Weise mehr in meiner Gewalt. Daher auch ist jede überhaupt mögliche Handlung aus Willensrichtung und Beweggründen unweigerlich bestimmt. Das eben besagt das Gesetz von der Unfreiheit aller Willensäußerungen, die naturwissenschaftlich vollkommen berechtigte Auffassung, der Gipfel des Materialismus. Weil wir uns dabei aber einseitig an die naturwissenschaftliche Betrachtungsweise gehalten haben, so bleibt doch wenigstens die Möglichkeit offen, den Menschen außer als Naturwesen noch von einem ganz anderen Gesichtspunkte aus einzuschätzen, sagen wir etwa wie Paulus als „Geisteswesen" oder mit Kant als „Ding an sich", das hieße dann als selbständige Größe oder sittlich-freie Persönlichkeit.

Determinismus.

Diese Befreiung verheißende Aussicht wurde jedoch sofort wieder verbaut dadurch, daß mit dem Menschen ein allgewaltiges Schicksal schaltet. Da wäre der Mensch nicht allein von natürlichen Ursachen bestimmt, sondern außerdem noch von übernatürlichen — und in der Tat nichts weiter als ein Spielball der Laune des Schicksals. Für einen eigenen und freien Willen wäre auf solche Weise kein Platz, weder in der Natur: da herrscht Bestimmung durch Ursachen, noch über der Natur: da soll das Schicksal bestimmen! Wahrlich ein trauriges Zeugnis für den Wert des ganzen Schicksalsglaubens.

Fatalismus.

Sagen wir nun statt des blinden Schicksals „Schickung" und meinen damit Gott, nach dessen Vorsehung und Fügung sich das Weltgeschehen abspielt, haben

wir dann nicht für das dunkle Schicksalsrätsel eine klare Lösung? Ich muß sagen: nein! Es mag zwar etwas berauschend Großes haben, rückhaltlos Gott die Ehre zu geben und zu verkündigen: „Das Schicksal des Menschen" — das äußere und das innere —, „es steht allein in Gottes Hand." Erst damit ist der Macht des Allerhöchsten Genüge geleistet. Blicken wir aber gleichzeitig auf den Menschen, dann haben wir ein nicht weniger beklagenswertes Bild. Angesichts einer göttlichen Notwendigkeit kann es eine menschliche Freiheit, die schon der naturwissenschaftliche Standpunkt ausschließt, nun erst recht nicht geben, und das Gebot der Pflichterfüllung hätte für uns keinen Sinn. Der Mensch, sein Wille, seine Seele wäre im tiefsten Lebensnerv getroffen. Und jetzt haben wir das Schlußergebnis, welches noch einen weiteren und zugleich wohl letzten Tiefstand bedeutet. Wir können jener Lehre, die alle persönliche Sittlichkeit völlig untergräbt, gar nicht mehr entgehen, daß nämlich alles und jedes im Menschenleben bis in die kleinsten Einzelheiten hinein vorherbestimmt ist durch eine ebenso wie das Schicksal übernatürliche Gewalt, die außerdem noch das Ganze überblickt. Darauf zielt die Lehre von der Vorherbestimmung der Menschenschicksale durch den allmächtigen Gott. Und zwar bestimmt Gott die einen, wenn auch ohne eigenes Verdienst und oft erst auf mancherlei krausen Umwegen, hindurch durch Leiden oder Freuden, aus Gnaden zum Guten; und folgerichtig auch die anderen, ebenso durch Glück oder Unglück hindurch, zum Bösen; ja, nach strenger Auffassung sogar jene endlich zur ewigen Seligkeit und diese zur immerwährenden Verdammnis.

Praedestination.

Solch grauenhaftes Schreckgespenst schlummert und lauert hinter der christlichen Welt- und Lebensanschauung, soweit sie aufgebaut ist auf alttestamentlicher Schöpfungslehre, welche Gott und die Natur allzu eng aneinander bindet — und diesem Ungeheuer segeln wir mit Sicherheit in den Rachen, wenn wir nur den Mut haben, unsere Gedanken scharf bis zu Ende durchzudenken!

Hier können wir unmöglich stehen bleiben, sondern rufen nach einer Erklärung. Wir stellen die bitterernste Frage, mit welchem sittlichen Rechte jemand dazu kommt, von Gott zu behaupten, daß er einzelne Menschen maßlos bevorzuge, ihnen gut und glücklich durchs Leben helfe und, trotz ihrer zahllosen Mängel und Sünden, treu und unermüdlich an diesen arbeite, damit sie dermaleinst selig würden; daß er dagegen andere, und wohl die allermeisten, in ganz unerhörter Weise vernachlässige, um sie dem Teufel und der Hölle für ewig zu überlassen? Und mit welcher Antwort sollen wir da abgefunden werden? „Hier waltet der weise, aber unerforschliche Ratschluß der Gottheit". Das nämlich ist der notwendige Schlußstein, der das Gebäude der schauerlichen Vorherbestimmungslehre stützen muß, sonst bricht es doch in sich zusammen: diese mit Recht berüchtigte „Zufluchtsstätte der Unwissenheit", der unerforschliche und — wohl gemerkt — dabei völlig bestimmte Ratschluß Gottes. Bäumt sich dagegen nicht des Menschen Innerstes auf? Ich dächte: was da bestimmt ist, sogar von Ewigkeit her durch Gott selbst vorherbestimmt, was also fest steht als ewige Wahrheit, das gerade müßte ich zu erforschen streben! Aber nein, es bleibt dabei:

Asylum ignorantiae.

„Und der Mensch versuche die Götter nicht
Und begehre nimmer und nimmer zu schauen,
Was sie gnädig bedecken mit Nacht und Grauen."

Verwegen soll jeder Sterbliche sich gebärden, der so vermessen ist, in die göttlichen Geheimnisse eindringen zu wollen, um sie näher zu erforschen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Aber in dem Augenblicke auszuweichen, wenn wir in der größten Verlegenheit stecken, wenn die Frage sich zugespitzt hat bis zum Äußersten, so daß eigentlich alles auf dem Spiele steht, dann mit der Miene, als ob man eine Erklärung beibringe, sich zurückzuziehen auf den völlig unerforschlichen Ratschluß der Gottheit, das ist wahrlich nichts weiter als feige Flucht.

Daher enthält auch auf die Frage: „Wie verstehen wir den allzu frühen Soldatentod jenes vor Anderen pflichttreuen Jünglings?" die Antwort: „Es ist bestimmt in Gottes Rat" — gar keine Aufklärung. Oder meint man etwa für den Gefallenen als Strafe? Oder vielleicht seinen Angehörigen zur Prüfung? — Peinliche Fragen! Darum lieber Schluß. Begreifen kann und darf das ohnehin kein Mensch. Hier herrscht eben der unerforschliche Wille Gottes. Endämonismus.

So sehen wir, woran wir Anstoß nahmen im Schicksalsglauben, am Blind-Zufälligen und Willkürlichen, darum Unverständlichen und Sinnlosen, welches wir dann auszuschalten hofften, indem wir Gott für den Schicksalslenker erklärten, eben dasselbe stellt sich uns hier in schrecklich vergrößertem Maßstabe wieder ein. Statt in die unergründliche Tiefe eines blinden Schicksals verlieren wir uns jetzt in den noch geheimnisvolleren Schoß einer ganz unerforschlichen Gottheit! Solch wirklich verhängnisvolles Endergebnis, aber sei ein Wahrzeichen, das uns in den Weg getreten, mit der Warnung: „Bis hieher und nicht weiter! Zum letzten Male ein Zurück!" In der Tat, eine solche Gottesvorstellung kann nicht in Ordnung sein. Irgendwo muß ein grober Entwicklungsfehler vorliegen. Jene Antwort mit dem Hinweis auf die gänzliche Unerforschlichkeit des göttlichen Wesens ist ein sicherer Beweis dafür, daß wir uns gründlich festgerannt haben und tief hineingesunken sind in einen bodenlosen Abgrund, in dem wir völlig zu versinken drohen, wenn wir nicht in letzter Stunde noch uns gesinnen und zur Umkehr uns entschließen.

Wir wollen es. Aber wie kommen wir nur wieder auf die rechte Bahn? Nun, ein Heldenführer steht für alle Zeiten uns bereit, es ist Immanuel Kant, der Weltweise von Königsberg.

Reinhart Biernatzki.

Rund um uns

Von der Bewertung der Menschen. Erst lange hinterher ist mir klar geworden, wie unglaublich ungerecht und verächtlich alle diejenigen meiner Kameraden von den Lehrern behandelt wurden, die von dem Urbild des Idealschülers nach der einen oder anderen Richtung abwichen und „berechtigten" Schulforderungen nicht entsprachen. Unsere Fachlehrer sowohl wie unsere Klassenlehrer waren sich darin gleich. Wer von uns in einzelnen Fächern nicht das leistete, was er leisten sollte, oder wessen Wesen oder Gemütsart zu Außerordentlichem neigte, war bald bei ihnen unten durch. Von ironischen Bemerkungen bis zu offenkundiger Verachtung und Demütigung hatten solche Unglücklichen die niederdrückendste Behandlung zu erdulden.

Damit erhebe ich sicher keinen besonderen Vorwurf gegen jene Erzieher, die zufällig meine Kameraden und mich in der Hand hatten. Wer hätte nicht in seinen Schülerjahren ähnliche schlimme Erfahrungen gemacht!

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Da war zunächst eine ganz ungerechtfertigte und unverantwortliche Bewertung des „positiven" Wissens durch die Lehrer an der Tagesordnung. Lücken im Wissen gelten ja auch heute wohl noch als Hauptverbrechen? Damals mag es noch schlimmer gewesen sein. Ich erinnere mich wenigstens eines Lehrers, der so stolz auf seine Kenntnisse und die sichere Beherrschung des Unterrichtsstoffes war, den er uns aus einer ganzen Bibliothek gewissenhafter Ausarbeitungen auf Flaschen gezogen und fertig zum Gebrauch vortrug, daß mir nachträglich das Gehabe dieses Schulmeisters als gradezu unleidlich erschien. Damals freilich war ich noch zu sehr im Banne der Schule, um solch hohlen Schein durchschauen zu können. Ein anderer wieder trug, wo er ging und stand, eine widerliche Unfehlbarkeit in allen Fragen der Ethik und Lebensführung zur Schau. Seine Auffassung von dem, was sich gehörte, sollte für uns als unantastbar und über alle Kritik erhaben gelten. Er wollte uns glauben machen, daß er nie auch nur einen Finger breit von dem Wege der Wohlerzogenheit und Sittlichkeit abgewichen sei. Und eines Fachlehrers erinnere ich mich, der sein kleines Gebiet so hoch einschätzte, daß er seine Schüler nur nach dem zufälligen Interesse und der Begabung für sein Steckenpferd beurteilte.

Solche engen Maßstäbe waren allgemein, und jeder wurde an ihnen gemessen. Ach, die Armsten! Sie wußten nicht oder wollten nicht wissen, daß das Leben so unendlich viel reicher ist als ihre Schulweisheit begriff, sie wollten oder konnten nicht einsehen, daß ihre Maßstäbe gänzlich unzulänglich waren für die Beurteilung der verschiedenen jungen Menschen, die man ihnen anvertraut hatte.

So manches Kameraden erinnere ich mich, der unter der engen, pedantischen Beurteilung von damals innerlich schwer litt, und anderer wieder, denen jene Schulmaßstäbe so in Fleisch und Blut übergingen, daß sie sie ihr Leben lang nicht wieder los werden konnten und noch heute Menschen und Dinge mit ihren alten Schüleraugen bewerten. Aber das Leben ist so unendlich weit und vielgestaltig und so reich an Entwicklungsmöglichkeiten! Eine große Anzahl gerade derjenigen, die damals in unserer Anstalt nach irgendeiner Richtung hin versagten und jämmerlich abschnitten, die oft mit Hohn und Spott übergossen wurden und von denen sich niemand etwas versprach, gerade sie haben vielfach im Leben später reiche Arbeitsgebiete gefunden und solch segensreiche Tätigkeit entfaltet, daß es staunenswert ist. Und umgekehrt: so mancher Musterschüler von damals ist ein Pedant geblieben, der nicht mehr leistet als sein eng umgrenzter Pflichtenkreis von ihm fordert.

Auffällig oft konnte ich das gerade in den Kriegsjahren beobachten, die ja so ungeheure Ansprüche an die Leistungsfähigkeit des Einzelnen stellen und eine so strenge Sichtung unter den Menschen vorgenommen haben. Der Krieg kann uns vor allem die Augen darüber öffnen, wie ungenügend die herkömmliche Bewertung unserer Nebenmenschen im Grunde ist.

Man braucht sich ja auch nur vorzustellen, daß unser Leben hier auf Erden nicht mehr als einen Tag in dem gesamten Dasein bedeutet, und unsere Weise, andere einzuschätzen, wird geradezu lächerlich. Heimlich bin ich fest überzeugt, daß in jedem Menschen, ausnahmslos in j e d e m, eine nur anders sich ausprägende Form der Vollkommenheit schlummert, die nur ihre Stunde und ihr Feld zu finden braucht — ob in diesem Leben oder in einem anderen, kommt hier nicht in Betracht! —, um Unerhörtes zu leisten für die Gesamtheit.

Wer aber das Leben von solchem Ewigkeitsstandpunkte anschaut, dem wird tatsächlich unser Sein auf dieser Erde nur zu einem Tage unter vielen anderen, und er muß zu weitherzigeren Maßstäben als den allgemein üblichen der „Schulmeisterei" kommen. Erst wer göttliche Vollkommenheit, unentwickelt

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und ungeweckt, in jedem seiner Mitmenschen auch nur zu ahnen vermag, der wird still und bescheiden, wenn er hier auf Erden den einen einmal versagen und den anderen Ungeheures leisten sieht. Für jeden wird der Tag kommen, wo sich sein Inneres in ganzer Herrlichkeit offenbart, wo sich klar zeigt, was Gott durch ihn hat ausdrücken und wirken wollen zum Segen aller seiner Kinder.

Heinrich Scharrelmann.

Vom Arbeitsfelde der Alkoholgegner. Die schlimme Zeit vor Beginn der neuen Ernte hatte uns wieder eine Verkleinerung des Brotanteils gebracht, die in diesem Jahre um so fühlbarer war, als die gleichzeitig einsetzende Knappheit an Kartoffeln und die Unmöglichkeit, an Stelle des ausfallenden Brotes wie im vorigen Jahre Fleisch zu verteilen, einen befriedigenden Ausgleich ausschloß. Es hatte sich gerächt, daß die Gerstelieferung an die Brauereien erst dann eingestellt worden war, als sie schon weit über die Hälfte des ihnen zugebilligten Kontingents erhalten hatten, eine Menge, die genügt hätte, uns über die kritische Zeit des Übergangs hinwegzubringen.

Zufälligerweise fiel gerade in die Zeit des größten Tiefstandes in der Herstellung alkoholfreier Getränke die Bewilligung der Getränkesteuern, über die bereits im 2. Junihefte des „Vortrupp" eingehend berichtet worden ist. Sie sind im großen und ganzen so ausgefallen, wie es die Regierung vorgeschlagen hatte, d. h. sie besitzen eine Höhe, die nur bei den früheren einigermaßen ähnlichen Verhältnissen in die Erscheinung treten kann. Zwar der von den Ernährungsschwierigkeiten wenig berührte Wein mag den an ihn gestellten Forderungen noch am ehesten nachkommen können, und schon deshalb wäre es vom steuerpolitischen Standpunkt aus ganz verkehrt gewesen, wenn es bei der vom Ausschuß zunächst beschlossenen Herabsetzung der von der Regierung beantragten 20 v. H. des Werts auf die Hälfte geblieben wäre. Aber die Hunderte von Millionen, die das Bier und der monopolisierte Branntwein aufbringen sollen, gehören natürlich erst der Zukunft an.

Es sind gewaltige Summen, die aus den alkoholischen Getränken herausgeschlagen werden sollen, und ein so energisches Anziehen der Steuerschraube wird aller Voraussicht nach zunächst die Herstellungs- und Verbrauchsmenge beeinflussen. Damit hat natürlich auch die Regierung bei der Ansetzung des Steuerertrags schon gerechnet. Ob aber die Ansicht richtig ist, daß die nach dem Kriege mehr als jetzt nötige Sparsamkeit eine weitere Zurückdämmung des zum Leben nicht unbedingt Erforderlichen zur Folge haben werde, mag füglich bezweifelt werden. Denn die Erfahrung lehrt, daß die Menschen oft geradezu unglaubliche Opfer bringen, um sich altgewohnte Genüsse zu verschaffen.

Um nun die veranschlagten Steuererträgnisse möglichst zu sichern, wollte die Regierung zu dem nach der eigenen Erklärung des Staatssekretärs selbst vom Braukapital empfohlenen Mittel greifen, die Konkurrenz der alkoholfreien Getränke zu beschränken. Und damit der Riegel, der der Abwanderung zu den alkoholfreien Getränken vorgeschoben werden soll, auch wirklich recht kräftig sei, war für sie eine Steuer vorgesehen, die doppelt und dreifach so hoch war wie die für das Bier, so daß tatsächlich der Schein erweckt werden mußte, als sehe die Regierung dem drohenden Rückgang des Alkoholverbrauchs nicht nur mit einem, sondern mit zwei nassen Augen entgegen.

Nun hat ja der Reichstag die vorgeschlagenen Sätze etwas ermäßigt, so daß sie nunmehr zum Teil ein wenig niedriger sind als die für die Biere. Aber auf den Gedanken, daß alkoholfreie Getränke überhaupt steuerfrei bleiben sollten, ist er nicht gekommen, was bei der bedauerlichen Verständnislosigkeit, mit der sehr viele seiner Mitglieder der Alkoholfrage gegenüberstehen, ja auch nicht weiter wunderbar ist. Und der

Gedanke liegt doch so nahe! Gewiß, das Reich braucht viel Geld, und es werden noch weit mehr und ergiebigere Steuerquellen erschlossen werden müssen, um seinen Riesenbedarf nach dem Kriege zu decken. Aber man scheint gerade hier vergessen zu haben, daß eine Befriedigung des Reichsbedarfs nicht nur durch eine Vermehrung der Einnahmen, sondern auch durch eine Verminderung der Ausgaben möglich ist, im vorliegenden Falle durch eine Verringerung derer, die auf die Rechnung des Alkoholismus zu setzen sind und auf viele Hunderte von Millionen Mark geschätzt werden, sowie durch Maßnahmen zur Erhöhung des Volksvermögens und der Volksgesundheit. In andern Ländern hat man das längst begriffen und handelt danach. Erst unlängst las man, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika ein völliges Alkoholverbot zunächst für die Kriegszeit planen.

Bei der Zurückhaltung, die die maßgebenden Stellen der Alkoholfrage gegenüber üben, ist für absehbare Zeit keine Aussicht auf wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen den Alkoholismus vorhanden. Zwar hat der Reichstag mit knapper Mehrheit auf Antrag von D. Mumm 4 Mill. Mark von den Einnahmen aus dem Schnapsmonopol bewilligt. Aber obwohl der Kampf gegen den Alkoholismus durchaus auf der Linie einer gesunden Bevölkerungspolitik liegt, also Sache des Reichs wäre, scheint es doch, als solle der Hauptanteil an diesem Kampfe wieder den alkoholgegnerischen Verbänden überlassen bleiben.

Diese werden es freilich auch nicht an sich fehlen lassen. Schon rüsten sie sich, um zur rechten Zeit zur Stelle zu sein. Ihre nächstliegende Arbeit ist es, darauf hinzuwirken, daß in der alkoholfreien Truppenentlassung ein würdiges Gegenstück zur alkoholfreien Mobilmachung geschaffen werde, und an der Verwirklichung dieses Gedankens wird schon seit langem gearbeitet. In die eigentliche Friedenszeit hinein zielt eine Eingabe des Deutschen Bundes abstinenter Frauen an 200 Stadtverwaltungen, worin darum ersucht wird, die während des Krieges geschlossenen Gastwirtschaften nicht wieder zu öffnen, Konzessionen für Ausschank alkoholischer Getränke in den nächsten 5 Jahren nicht mehr zu erteilen und die Errichtung alkoholfreier Volkshäuser und Gastwirtschaften zu unterstützen. Auch der Allgemeine Deutsche Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus hat in seiner am 4. Juni in Berlin abgehaltenen Sitzung Stellung zu verschiedenen wichtigen Fragen genommen, die mittlerweile zum Teil ihre Erledigung durch die Verabschiedung der Getränkesteuervorlage gefunden haben, zum Teil auf dem gerade in diesen Tagen in Berlin stattfindenden Abstinententage besprochen und geregelt werden. Darunter befinden sich auch einige für die Zukunft des Verbandes sehr wichtige Organisationsfragen. Ein gewisses Wagnis ist eine solche Tagung im 5. Kriegsjahre immerhin, und, was äußere Gestaltung und Teilnehmerzahl angeht, wird sie hinter ihren Friedensvorgängerinnen sicherlich zurückstehen. Aber die Einmütigkeit, mit der sie beschlossen worden ist, läßt erkennen, wie stark das Bedürfnis ist, zu größerer Klarheit und zu strafferer Zusammenfassung der Kräfte zu kommen.

Die Friedensvorarbeiten, die der „Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke" unter dem Titel „Welche alkoholgegnerischen Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen sind für die Zukunft erforderlich?" im 1. Heft 1918 der Vierteljahrsschrift „Die Alkoholfrage" bekannt gibt, sollen, da sie z. T. besondere praktische Bedeutung haben und den Anspruch auf weitgehende Beachtung erheben können, noch einer eingehenden Besprechung unterzogen werden.

Dr. R. Ponickau.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 20 2. Oktoberheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügung über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Vortrupp.

Auf dem rechten Wege.

Berlin, den 5. Oktober 1918.

Ich schreibe Dies v o r dem Zusammentritt des Reichstages.

Der Verfasser dieser Aufsätze glaubt, bei deren Lesern auf Gehör rechnen zu dürfen, wenn er zur Z u v e r s i c h t mahnt. Denn keiner von den Lesern meiner Aufsätze wird mich für einen gewissenlosen Schönfärber halten. Meine Leser wissen vielmehr, daß ich mich stets ferngehalten habe von dem leichtfertigen, ja oftmals geradezu ruchlosen, Optimismus, der während des Krieges bei der Masse der politisch Urteilslosen so lange als Kennzeichen echter vaterländischer Gesinnung gegolten hat — jener politisch Urteilslosen, die leider besonders in unserm Bürgertum und unter unsern Gebildeten eine so große Rolle spielen. Nahezu alle politischen Aufsätze, die ich nun seit September 1916 für den „Vortrupp" schreibe, waren dem Kampfe gegen diese politische Urteilslosigkeit gewidmet. — Wie jeder weiß, der diese Aufsätze gelesen hat, habe ich von Anfang an die Meinung bekämpft, dieser Krieg werde mit einem deutschen Diktierfrieden enden. Ich habe es auch stets für einen Irrtum gehalten, daß ein Kriegsende erreichbar sei, das uns Belgien „militärisch, politisch und wirtschaftlich" in die Hand gebe, oder uns eine Kriegsentschädigung bringe. Ich habe hier stets den fürchterlichen Leichtsinn der gefährlichen politischen Kinder bekämpft, die in der Kriegserklärung Nordamerikas ein gleichgültiges, oder gar ein erfreuliches Ereignis erblickten, habe vielmehr hier stets betont, daß die Kriegserklärung Nordamerikas meiner Meinung nach das ernsteste Ereignis sei, das uns seit Englands Eintritt in den Krieg betroffen hat. Ich habe die Prophezeiungen, die uns verkündeten, vermöge unserer Kriegsmaßnahme vom 31. Januar 1917 werde England in sechs oder gar in drei Monaten auf die Knie gezwungen sein, stets für den gefährlichen Unsinn gehalten, der sie waren. — Ich habe auch, wie ich noch hinzufügen möchte, niemals den Frühjahrsrausch von 1918 mitgemacht, habe vielmehr, bei allergrößter Bewunderung des damaligen gewaltigen Vorwärtsstürmens unserer Heere und der einzigartigen geistigen Leistung ihrer Führer, stets bezweifelt, ob uns diese Erfolge wirklich nach Paris und Calais führen würden; und ich habe übrigens selbst für diesen Fall nicht geglaubt, daß Das dann der vernichtende oder auch nur entscheidende Sieg auch über die Angelsachsen sei. Ich habe endlich niemals die Augen zugemacht vor den Schwierigkeiten, die ein Koalitionskrieg a u c h g e g e n ü b e r d e n e i g e n e n B u n-

desgenossen in sich trägt, und habe Das, soweit es erlaubt war, auch angedeutet. Ich bin also einer der — leider nicht ganz Zahlreichen — die von Anfang an (und ohne jedes Schwanken, auch im Frühjahr 1918!) jeder Scharfmacherei und jeder Rosafärberei nach Kräften — das will sagen innerhalb der engen Grenzen, in denen es infolge der bekannten Verhältnisse leider nur möglich war — entgegengetreten bin. Ebenso habe ich seit Beginn meiner politischen Aufsätze im „Vortrupp" mit aller Kraft, die anzuwenden erlaubt war, für die Beseitigung der Anarchie zwischen den Völkern gearbeitet, habe nie verschwiegen, daß ich lediglich in einem Völkerbunde eine genügende Sicherung für Deutschlands Zukunft sehe, und habe hier schon am 1. Dezember 1916 ausgesprochen:

„Die Opfer dieses Krieges sind nur dann nicht umsonst gebracht, und unsre toten Feldgrauen sind nur dann nicht umsonst gestorben, wenn dieser Krieg zu Zuständen führt, die einen neuen Krieg — mindestens unter Europäern und ihren Abkömmlingen, und mindestens für jede absehbare Zeit — unmöglich machen."

Aber aus genau den gleichen Gründen und mit genau der gleichen Berechtigung, mit der ich jene Scharfmacherei und jene Rosafärberei bekämpft habe, wende ich mich jetzt gegen die „tiefgehende Verstimmung", die, wie Graf Hertling in seiner letzten Rede im Hauptausschuß — leider mit Recht — festgestellt hat, sich nunmehr weiter Kreise der Bevölkerung bemächtigt hat. Denn diese Verstimmung ist so, wie sie vielfach auftritt, ein Kind genau der gleichen Urteilslosigkeit, aus der jene Scharfmacherei und jene Rosafärberei entsprangen:

Der Chef unseres Stellvertretenden Generalstabes, Herr v. Freytag-Loringhoven, hat in dem Vortrage, den er am 7. September hier gehalten hat, und der in den hiesigen Tageszeitungen veröffentlicht worden ist, sehr dankenswerter Weise unter Anderm den folgenden Satz öffentlich ausgesprochen:

„Die eigenen technischen Kampfmittel vermögen immer nur zeitweilig die Oberhand zu gewinnen, auch dem mächtigsten Angriff gebietet die feindliche Waffenwirkung früher oder später Halt."

Was hier, im Munde des berufensten Sachverständigen, ohne Weiteres als schlichte Wahrheit anmutet, Das in so nackter Klarheit auszusprechen, wäre für den militärischen Laien vielleicht nicht wohl ratsam gewesen. Daß es sich aber so und nicht anders verhalte, Das mußte sich meines Erachtens jedem nüchternen Beobachter schon seit dem November 1914 aufdrängen. Dementsprechend habe ich bereits den ersten politischen Aufsatz, den ich im September 1916 für den „Vortrupp" schrieb, unter das Zeichen des Wortes des Professors Troeltsch gestellt:

„Wie man uns nicht zerschmettern kann, so können wir die Andern nicht zerschmettern. Daraus müssen irgendwann einmal die Folgen gezogen werden im allgemeinen Bewußtsein."

Ich habe dieses Wort von Troeltsch in meinen Aufsätzen dann mehrfach wiederholt, und sein Inhalt ist durch sie alle als einer der Leitgedanken hindurchgegangen. Ich habe es deshalb selbstverständlich auch mit besonderer Freude begrüßt, als am 3. September der deutsche Kronprinz in seiner Unterredung mit dem Berliner Berichterstatter des „Neuen Wiener Journals" unter Anderm ausgesprochen hat:

„Ich habe diesen Krieg niemals für ein leichtes Manöver gehalten und bin niemals der Ansicht gewesen, daß wir die Feinde zerschmettern würden" (übrigens mit der vortrefflichen Hinzufügung:

„Ich halte es auch nicht für wünschenswert, daß die Feinde vernichtet werden, weil auf dieser Welt Platz genug für alle Nationen ist").

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dementsprechend habe ich auch nicht nur Kühlmanns Politik im Allgemeinen für richtig gehalten, sondern ich habe auch ganz besonders das viel angefeindete Wort von ganzem Herzen unterschrieben, das Kühlmann am 24. Juni aussprach:

„Und ohne solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ohne diplomatische Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können."

Ich finde, daß selbst Ludwig Grote, mit dessen beiden Aufsätzen im zweiten Septemberheft und im ersten Oktoberheft des „Vortrupp" ich sonst Satz für Satz übereinstimme, diesem Worte Kühlmanns noch nicht völlig gerecht wird, wenn er es zwar „in der Sache richtig" nennt, aber doch eine „wenig glückliche Form" daran ausstellt. Nein, auch die Form des Kühlmannschen Wortes, die doch ungemein maßvoll ist, scheint mir vortrefflich. Jenes Wort Kühlmanns wurde auch gerade im richtigen Augenblick gesprochen, wie er das selbst sehr zutreffend mit den Worten kennzeichnete: „Unsre Stellung, unsre ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, an Entschlossenheit im Innern, gestatten es uns, diese Sprache zu führen." Gerade damals, wo wir so entschieden im Siege waren, war Kühlmanns Wort geeignet, im feindlichen Auslande eine ausgezeichnete, friedenfördernde Wirkung zu erzielen. Es hätte sie meiner Meinung nach auch gehabt, wenn es nicht durch Kühlmanns Sturz, der eines der schlimmsten Ereignisse in der politischen Geschichte dieses Krieges und der politischen Geschichte Deutschlands überhaupt ist, um seine Wirkung gebracht worden wäre.

Diese Wahrheiten, furchtbar einfache Wahrheiten, die klar auszusprechen aber eben nicht immer möglich war: im Juni 1918 konnte das ja selbst der Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes noch nicht ungestraft tun — gelten auf der einen Seite zu unsern Lasten. Und deshalb war alle jene Scharfmacherei und Rosafärberei, die von einem „In-die-Knie-Zwingen" der Feinde träumte und auf solchen Träumen Kriegsziele aufbaute, von vornherein rettungslos zum Bankerott verdammt. Aber — und darauf kommt es jetzt an — ebensogut und ebenso restlos gelten jene Wahrheiten auch zu unseren Gunsten: Können wir unsrerseits die eherne Tatsache nicht umstoßen, die sich aus dem Wesen dieses Krieges ergibt und die Freytag-Loringhoven in die Worte gefaßt hat, die ich oben angeführt habe, unsre Gegner können es ebensowenig. Auch die Amerikaner können es nicht. Und es ist unseren Gegnern auch nicht möglich nach den Ereignissen in Bulgarien. — Dies wäre selbst dann wahr, wenn wir nicht so geniale militärische Führer hätten, wie wir sie tatsächlich haben. Ich weiß mich frei von aller Menschenvergötterung, in der bei uns reichlich viel geleistet wird: Aber es wäre nicht nur, wie Graf Hertling am 24. September im Hauptausschuß mit Recht betont hat, „unmännlicher Kleinmut und schnöder Undank", es wäre auch unbeschreiblich dumm, wenn wir angesichts dessen, was unsre beiden großen Feldherren militärisch bisher geschaffen haben, auch nur einen Augenblick vergäßen, daß die militärische Seite unserer Sache von ihren Händen so gut geleitet wird, wie menschliche Dinge überhaupt geleitet werden können. Ganz besonders wollen wir doch daran denken, daß die Rückzüge, die Hindenburg in diesem Kriege befohlen hat, sich stets als seine militärischen Meisterwerke herausgestellt haben. Das wird auch einmal, dessen dürfen wir nach allen bisherigen Erfahrungen sicher sein, von dem Rückzuge in die Siegfriedstellung gelten. Am 16. September 1916 schrieb die Schriftleitung des „Vortrupp":

„Hindenburg — Chef des Generalstabes. Ein freudiges Aufatmen geht durch das ganze deutsche Volk. — Endlich!"

Das war so, ist so und bleibt so.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Das oben genannte Wort von Troeltsch bleibt, wie jede Gleichung, auch dann richtig, wenn man es umgekehrt liest. Dann lautet es so:

„Wie wir die Feinde nicht zerschmettern können, so kann man uns auch nicht zerschmettern."

Und *so herum* sollen wir das Wort jetzt lesen. Philipp Scheidemann (den die Ereignisse, ebenso wie den greulich verleumdeten Erzberger, jetzt auf den Platz gehoben haben, den er kraft seiner Tüchtigkeit und Vaterlandsliebe verdient) hat einmal im Laufe dieses Krieges den Satz gesprochen: „Ein Narr, wer in diesem Kriege an einen Sieg solchen Umfanges glaubt, daß man dem Gegner seinen Frieden diktieren kann." Die Wahrheit dieses Wortes, das Verleumder dahin umfälschten, „Ein Narr, wer noch an den Sieg glaubt", werden auch Clemenceau und Lloyd George erfahren, wenn sie es darauf ankommen lassen: Als reiner Verteidigungskrieg ist der Krieg für unser Vaterland unverlierbar, und wenn es ganz allein stünde.

Wie wird nun Friede werden und wann? Dann — erst dann, aber dann auch sicher — wenn auf beiden kriegführenden Parteien an allen maßgebenden Stellen die Überzeugung durchgebrochen sein wird, daß es unmöglich ist, die Gegenpartei militärisch zu zerschmettern, daß daher Verhandlung und Verständigung der einzige mögliche Weg sind, um aus diesem Kriege überhaupt herauszukommen.

Da sich jede Wahrheit auf die Dauer durchsetzt, so ist mit völliger Sicherheit zu erwarten, daß auch bei unsern Gegnern jener Zeitpunkt einmal eintreten wird, der Zeitpunkt, wo sie, wie der deutsche Kronprinz es in jener Unterredung vom 3. September gefaßt hat:

„einsehen werden, daß der kolossale Einsatz dem Gewinn nicht gleichwertig ist, daß sie nicht so viel gewinnen können, als sie dabei verlieren müssen". Es kommt — und auch das habe ich schon in meinem ersten politischen Aufsatz im „Vortrupp", am 1. September 1916 betont — darauf an, daß in dem Augenblick, wo bei unsern Gegnern dieser Durchbruch der Vernunft erfolgt, die rechte Erkenntnis auch bei uns an der Macht ist. Vorgeherrscht hat sie bei uns ja immer: es genügt die Namen Bethmann Hollweg und Kühlmann zu nennen, und an die Deutsche Tat vom 12. Dezember 1916 und an die Friedensentschließung des Deutschen Reichstages vom 19. Juli 1917 zu erinnern. Aber — das ist ein offenes Geheimnis — bisher konnte die bei uns herrschende politische Vernunft von sehr mächtigen im Geheimen wirkenden Einflüssen stets wieder gekreuzt werden. Weshalb wir denn alle Augenblicke solche Dinge erlebten, wie den Sturz Bethmann Hollwegs und die Beseitigung Kühlmanns, höchst schädliche, besonders auch in ihrer Wirkung auf das feindliche Ausland und auf die Friedensmöglichkeiten höchst schädliche Ereignisse. Darin, daß, im Gegensatze zu der bei uns amtlich getriebenen Friedenspolitik, dergleichen Dinge immer noch möglich waren, sehe ich einen der Hauptgründe, weshalb auch bei den Friedensfreunden im Auslande immer wieder das Mißtrauen gegen uns aufflammte, und Dinge, wie die Deutsche Tat vom 12. Dezember 1916 und die Friedensentschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917, im Auslande nicht die Werbekraft entfaltet haben, die sie verdienten.

Daß solche und ähnliche Durchquerungen unsers amtlichen politischen Willens nun ein für allemal unmöglich geworden sind, das ist die ungeheure Bedeutung der Wandlung von Anfang Oktober 1918: Bürgschaft dafür ist uns die Bildung der neuen Regierung, in der das deutsche Volk, das in seiner überwältigenden Mehrheit stets hinter der auswärtigen Politik Bethmann Hollwegs, Kühlmanns und der Reichstagsmehrheit gestanden hat, nunmehr entscheidenden Einfluß gewonnen hat. Und Bürgschaft dafür sind uns nicht minder

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Prinz Max von Baden als Reichskanzler und Solf als Staatssekretär des Auswärtigen.

Die Gewähr, die Prinz Max und Solf uns bieten, liegt darin, daß sie nicht erst umzulernen brauchen: Keiner dieser beiden Männer gehört zu denen, für die das Bekenntnis zum Verständigungsfrieden erst eine Einräumung wäre an eine weniger günstige äußere Lage. Oder die sich auf das, was alle Welt als Hauptfrucht des Verständigungsfriedens ersehnt: die Ausrottung der zwischenstaatlichen Anarchie, den Völkerbund, erst mühsam und ganz oder halb widerwillig einstellen müßten. Beiden — das weiß das deutsche Volk, und das weiß die Welt — waren der Verständigungsfriede und der Völkerbund von jeher Herzenssache. Die Leser meiner politischen Aufsätze sind darüber besonders genau unterrichtet; ich bitte sie, die beiden Aufsätze „Prinz Max" und „Solf" im zweiten Januarheft und im zweiten Maiheft dieses Jahres jetzt nochmals lesen zu wollen, und dann die Reden hinzuzunehmen, die Solf am 20. August und Prinz Max am 22. August gehalten haben:

Solf am 20. August 1918:

„Meine Herren, hüben und drüben gibt es Chauvinisten und Jingos. Hüben und drüben gibt es Leute, die das Ewig-Gestrige anbeten und mit Angst und Unverstand den herannahenden Morgen einer neuen Zeit erwarten."

— —

„Der Wiederherstellung Belgiens steht nichts im Wege, als der Kriegswille unserer Feinde!"

— —

„Der Brest-Litowsker Frieden ist ein Rahmen; das Bild, das darin entstehen wird, ist erst in seinen ersten Anfängen entworfen. Die deutsche Regierung ist entschlossen, den erbetenen und gegebenen Schutz nicht zu einer gewaltsamen Annexion zu mißbrauchen, sondern den bisher unterdrückten Völkern den Weg zur Freiheit, Ordnung und gegenseitigen Duldung zu öffnen."

— —

„Ich bin aber der festen Überzeugung, daß vor Kriegsende überall eine geistige Auflehnung gegen diese Knock-out-Gesinnung kommen muß und kommen wird."

— —

„Irgendwann muß doch einmal zwischen Volk und Volk etwas aufkeimen wie eine Regung von Vertrauen. Irgendwann muß sich die vergewaltigte menschliche Natur aufbäumen gegen jene Irrlehre des Hasses, die in ihr die tiefinnerste Gemeinsamkeit der Menschen zu ersticken droht."

— —

„Meine Herren, in allen Ländern gibt es heute Gruppen und Menschen, die man als Zentren des europäischen Gewissens bezeichnen kann.... In diesen Zentren regt sich so etwas wie eine Erkenntnis, daß der Weg ins Freie nur gefunden werden kann, wenn die kriegführenden Nationen zu dem Bewußtsein ihrer gemeinsamen Aufgaben zurückerwachen."

— —

„Gerade unter den Kämpfern, unter denen, die gefallen sind in allen Ländern, unter denen, die Kraft, Gesundheit oder Lebensfreude verloren haben, hat es Tausende gegeben, denen das Opfer leicht fiel, weil sie den Glauben nicht verloren hatten, daß aus dem angesammelten Leid, aus all der Not und Qual eine bessere Welt erstehen würde, die ihren Kindern und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Enkeln Ruhe und Sicherheit, den Völkern aber untereinander den guten Willen verbürgte. Meine Herren, der Siegeszug dieser gemeinsamen Ziele ist sicher."

Prinz Max am 22. August 1918:

„Schlimm stünde es um die Nationen, die glaubten, die Fackel der christlichen Gesinnung während des Krieges senken zu dürfen in der Hoffnung, sie nach dem Frieden noch lebendig und stolz wieder erheben zu können. Ein solches Land hätte seinen Posten als Fackelträger der Gesittung verloren.

In jedem Lande gibt es Demagogen, die diese Sorge wenig kümmert."

— —

„Wahrlich das wäre ein schlechter Berater der deutschen Nation, der uns aufforderte, uns ein Beispiel an Clemenceau und Lloyd George und ihrem neuen Heidentum zu nehmen."

— —

„Die Schlichtung der inneren staatlichen und religiösen Gegensätze in Deutschland ist im Kleinen eine geistige Vorbereitung für eine Zusammenarbeit der Völker geworden."

Prinz Max im Dezember 1917.:

„Macht allein kann uns die Stellung in der Welt nicht sichern, die uns nach unsrer Auffassung gebührt. Das Schwert kann die moralischen Widerstände nicht niederreißen, die sich gegen uns erhoben haben. Soll die Welt sich mit der Größe unsrer Macht versöhnen, so muß sie fühlen, daß hinter unsrer Kraft ein Weltgewissen steht. Um dieser Forderung zu genügen, brauchen wir nur die Pforte unsres innersten Wesens aufzutun, denn durch die ganze deutsche Geistesgeschichte leuchtet das Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit."

Diesen Worten hat Prinz Max dann damals noch hinzugefügt:

„Dieses Zeichen soll Deutschland getrost auf seine Fahnen schreiben. In diesem Zeichen werden wir siegen."

Mit diesen Gedanken und mit diesen Männern sind wir auf dem rechten Wege. Die heutige Reichstagssitzung wird, des bin ich sicher, Das bestätigen.

* * *

Berlin, den 7. Oktober 1918.

Sie hat es bestätigt:

Nach der Rede des Prinzen Max und den Mitteilungen, die er gemacht hat, geht wieder das gleiche freudige Aufatmen durch das deutsche Volk, wie damals, als Hindenburg Chef des Generalstabes wurde. Überall hört man es aussprechen: Gott sei Dank, wir haben jetzt einen Führer. Einen politischen Führer, der unsern großen militärischen Führern gleichwertig ist. Der daher auch fähig ist, eine große Politik zu machen und der Politik den Rang unter den Werkzeugen des Staates wiederzugeben, der ihr gebührt: das ist den unbedingt obersten Rang, kraft dessen alle andern Werkzeuge des Staates, auch die Kriegführung, der Politik zu dienen haben. Überall herrscht dies befreite und befreiende Gefühl — abgesehn natürlich von den Gruppen, die entweder aus der Anbetung des Ewig-Gestrigen nun einmal nicht herauszubringen sind, oder aber die Wirklichkeit grundsätzlich nicht sehen wollen, wie sie — mag uns das lieb oder unlieb sein nun einmal ist. Daß zum Beispiel die „Vaterlandspartei", nachdem sie nun über ein Jahr lang die politischen Wirklichkeiten falsch gesehen und für dieses ihr falsches Bild der Wirklichkeit in folgenschwerster Weise geworben hat, sich auch jetzt sofort mit einem Protest meldet, und so, was sie immer getan hat, die deutsche Einigkeit stört, ist selbstverständlich, aber heute auch, Gott sei Dank, gleichgültig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Zu den folgenden Punkten der Rede und der Mitteilung des Prinzen Max sind noch die folgenden kurzen Bemerkungen zu machen:

Die Note an Wilson: Als taktische Maßnahme betrachtet, zieht sie die notwendigen Folgerungen aus Dem, was ist; es ist eine der wichtigsten Aufgaben des Politikers, rechtzeitig zu erkennen, wenn eine Stellung unhaltbar geworden ist, und sie dann entschlossen aufzugeben. Taktisch betrachtet wird deshalb diese Note an Wilson dem Geschichtschreiber ebenso als politisches Meisterstück erscheinen, wie militärisch der Rückzug Hindenburgs und Ludendorffs in die Siegfriedstellung ein Meisterstück war. Und inhaltlich stellt diese deutsche Note an Wilson — zumal in Verbindung damit, daß Prinz Max sich in seiner Rede erneut mit der größten Schärfe zum Rechtsfrieden, zur deutschen Antwort auf die Papstnote und zur Friedensentschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917 bekannt hat — eine große Tat der ethischen Politik dar, gleichwertig der Deutschen Tat vom 12. Dezember 1916. Daß dabei, wie die Dinge heute liegen, „zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtgeboten keinerlei Unterschied" mehr besteht, hat Prinz Max mit Recht hervorgehoben.

Klarste Anerkennung, daß die Klagen über die Handhabung des Belagerungszustandes berechtigt sind und klare Ankündigung sofortiger Maßregeln, die da helfen werden: Prinz Max erklärt offen, daß jene Klagen „sich durch die ganze Kriegszeit hindurchzogen" und daß sie „die Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit gehemmt" haben. Es handelt sich da vor allem auch um die bisherige Handhabung der Zensur. Jeder, dessen Arbeit ihn mit diesen Dingen in Berührung gebracht hat, weiß, wie sehr dem neuen Kanzler hier beizustimmen ist. Es genügt vorläufig, Das zu unterstreichen, was er gesagt hat; die gegenwärtige Lage unsers Vaterlandes macht es noch nicht wünschenswert, das ganze Maß von Bitterkeit auszugießen, womit schon der bloße Gedanke an diese Dinge jetzt alle Die erfüllt, deren Arbeit und deren Aufgabe es war, zum deutschen Volke über die Wirklichkeiten der Dinge des Krieges und der Kriegspolitik zu sprechen. Das aber darf auch heute schon gesagt werden: Ohne jene Dinge stünde es um die heutige Wirklichkeit wahrscheinlich wesentlich besser.

Völlige Wiederherstellung Belgiens, insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfanges. In meinen politischen Aufsätzen im „Vortrupp" ist von jeher die Auffassung vertreten worden, daß jeder andre Versuch, die belgische Frage zu lösen, in Ansehung der tatsächlichen Machtverhältnisse ein Hirngespinst sei und den Krieg endlos verlängern müsse. Und wenn Prinz Max hinzugefügt hat: „Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden", so ist damit endlich von der höchsten amtlichen deutschen Stelle etwas ausgesprochen worden, was in der Presse auszusprechen aus den bekannten Gründen bisher leider niemandem zu raten war, was aber, wie die Machtverhältnisse einmal liegen, jedem Nachdenkenden von jeher ebenfalls als eine der Vorbedingung jeder Friedensmöglichkeit erscheinen mußte: Die, denen das ruhige Nachdenken über solche Dinge als eine vaterlandsfeindliche Betätigung zu erscheinen pflegt, haben jeden vernünftigen Gedanken über diesen Punkt stets zu ersticken gesucht, mit der Suggestion, es verletze die Ehre des Deutschen Reiches, wenn es an Belgien eine Entschädigung bezahle. Die Freiheit der Meinungsäußerung, die wir nunmehr wieder zu genießen anfangen, macht es möglich, jetzt endlich auszusprechen, daß das ein grober Unsinn ist. Die einzig richtige Auffassung unseres Einmarsches in Belgien ist, wie das hier stets vertreten worden ist, die in Bethmann Hollwegs „Kanzlerwort über Belgien" niedergelegte: der deutsche Einmarsch in Belgien war gerechtfertigt als Notstandshandlung, aber auch nur als solche. Wenn ich nun im bürger-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

lichen Leben eine Notstandshandlung begehe, wenn ich zum Beispiel, weil Brandstifter mein Haus in Flammen gesetzt haben, Teile des Nachbarhauses auch gegen den Willen von dessen Eigentümer zertrümmere, um mir einen Ausweg zu bahnen, so ist das nach unsern deutschen Reichsgesetzen*), weil eben Notstandshandlung, weder strafbar noch überhaupt verboten; aber ich muß, das sagt unser deutsches Reichsgesetz ganz ausdrücklich, dann den Eigentümer entschädigen. Entehrt mich das etwa, wenn ich dieser Verpflichtung nachkomme? Und wieso liegt die Rechtsfrage und Ehrenfrage in solchem Falle zwischen Völkern anders als zwischen Privatpersonen?

Die bisher geschlossenen Friedensverträge dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß sein: Die letzten Monate, Wochen und Tage haben es immer deutlicher gemacht, daß Rußland den Frieden zu Brest-Litowsk nur unwillig erträgt. Ebenso kann niemand mehr daran zweifeln, daß die mit uns heute noch im Kriege befindlichen Mächte jenen Frieden, so wie er vorliegt, niemals freiwillig anerkennen werden. Es ist also für jeden, der Augen hat und es nicht ablehnt, sie zu gebrauchen, klar, daß ohne eine Nachprüfung und ohne eine mindestens teilweise Abänderung des Friedens zu Brest-Litowsk ein allgemeiner Frieden nicht wird geschlossen werden können. Dieser unausweichlichen Notwendigkeit trägt das Programm des neuen Kanzlers Rechnung. Es verspricht ferner, daß Kurland, Livland und Estland, nebst Litauen und Polen ihre Verfassungen und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern selbständig regeln sollen. Und daß diese Länder Volksvertretungen auf breiter Grundlage bilden sollen. Damit sind zwei Forderungen erfüllt, die unter anderm hier in dem Aufsatze der „Ostfriede**) als ganz dringlich in Deutschlands Interesse liegend bezeichnet worden sind: Einmal nämlich, daß Deutschland aus jenen Gebieten unter keinen Umständen erzwungene Gebietserwerbungen machen dürfe, weder offen, noch versteckt, und ganz besonders auch nicht etwa um dynastischer Interessen willen. Und daß wir ferner Beschlüsse der kleinen deutschen Oberschicht in Kurland, Livland und Estland, so lieb uns diese Oberschicht und ihre Wünsche sind, nicht für Beschlüsse der Völker jener Länder nehmen dürfen, wenn wir nicht ein höchst übles Erwachen aus sehr gefährlichen Träumen erleben wollen.

Auch Elsaß-Lothringen soll ein genau so selbständiger Bundesstaat des Deutschen Reiches werden, wie jeder andre: Eine Maßregel, von der ich niemals begriffen habe, warum sie nicht bereits am ersten Tage des Krieges (spätestens) getroffen worden ist; wäre das geschehen, so wäre in Elsaß-Lothringen eine andre Stimmung als heute. Immerhin: Besser spät, als gar nicht. — Hinsichtlich Elsaß-Lothringens ist hier übrigens noch das Folgende hinzuzufügen: Die deutsche Friedensnote an Wilson nimmt für die Friedensverhandlungen die Programme an, die Wilson in verschiedenen Kundgebungen aufgestellt hat, worunter seine Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 hervorgehoben wird. Deren achter Punkt sieht aber eine Nachprüfung auch der internationalen Stellung Elsaß-Lothringens vor.

Die Botschaft des Königs von Preußen, die das demokratische Wahlrecht versprach, soll schnell und restlos erfüllt werden, denn die preußische Wahlrechtsfrage ist eine deutsche Frage. Der Widerstand der preußischen Konservativen, die schlechthin nicht sehen wollen, was die Zeit gebieterisch verlangt, wird also gebrochen werden. Es hätte eher geschehen sollen; das Wohl des Reiches hätte

*) Strafgesetzbuch § 54 und Bürgerliches Gesetzbuch § 904.

**) Im ersten Aprilheft 1918. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

es verlangt. Eine Bemerkung dazu: Ich kann nicht einsehen, warum ein Wahlrecht mit Zusatzstimmen für höheres Lebensalter der Wähler aller Stände, ein Wahlrecht, wie das Preußische Herrenhaus es jetzt einführen will, undemokratisch sein soll; und in der Sache halte ich solche Zusatzstimmen, die den Erfahrenen aller Stände ein Übergewicht gegenüber den Unerfahrenen verleihen, für eine Verbesserung des Wahlrechts. Aber ich fürchte, der Unverstand der preußischen Konservativen hat es fertiggebracht, daß die furchtbare Erbitterung über das durch sie verschuldete Hinauszögern des Notwendigen diese Möglichkeit eines besseren demokratischen Wahlrechts wegschwemmen wird.

Die deutsche Regierung machte es zu ihrem Programmpunkte, daß beim Friedensschlusse alle vertragsschließenden Länder die Grundsätze der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung übernehmen und entsprechende Gesetze bei sich einführen. Ein Programmpunkt, geeignet die menschliche Gesittung in der ganzen Welt zu fördern. Gleichzeitig aber ein politischer Schachzug allergeschicktester Art, der die Gefühle der Arbeiterschaft aller Länder der Welt für das neue Deutschland und seine Regierung gewinnen kann.

Wie es nun auch weiter kommen mag, wir haben einen Führer, der — für gute oder böse Tage — die überwältigende Masse des deutschen Volkes auch deshalb hinter sich sammeln konnte, weil er sich zur ethischen Politik bekannt hat. Versäumen wir nicht, dabei des Mannes zu gedenken, der der Bahnbrecher der ethischen Politik im Deutschen Reiche geworden ist: des fünften Kanzlers Bethmann Hollweg.

Fidelis.

Das Schicksal und du selbst!

II.*)

Philosophische Grundlegung.

Metaphysik.

Wer heute teilnehmen will an Erörterungen über die Grundgesetze der Natur, oder wer Beweise bespricht, die ewigen Wahrheiten der Philosophie betreffend, endlich auch jeder, der da rechnet mit der Möglichkeit einer Religion, der ist verpflichtet, Stellung zu nehmen zu Kant. So sehr stehen die Kantischen Untersuchungen im Mittelpunkte, sind entscheidend und geben den rechten Prüfstein in die Hand, Wahrheit zu sondern von Scheinwissen. Die Grundlage für alles bildet die Erkenntnislehre. Haben wir dieses aber erst verstanden, dann werden uns die Augen aufgehen betreffs einer Lehre vom Übernatürlichen, die sich von aller früheren in Philosophie und Religion dadurch unterscheidet, daß sie allein aufgebaut ist auf Wissenschaft.

Erkenntnistheorie und Metaphysik.

Die Bedeutung des Ursachengesetzes im Zusammenhang der Kantischen Erkenntniswissenschaft.

Die erste Frage, die Kant in seinem tiefgründigen Buche, der „Kritik der reinen Vernunft", sich vorlegt, zielt ab auf den Ursprung unserer Erkenntnisse. Ohne Zweifel ist Erfahrung das erste Erzeugnis unseres Verstandes. Aber wie kommt Erfahrung, d. h. Wahrnehmung der uns umgebenden Welt, überhaupt zustande? — Kant sagt Kr. d. r. V. 2. Ausgabe (B) 1—2: „Wenn aber gleich alle unsere Erkenntnis mit der Erfahrung anhebt, so entspringt sie darum doch nicht eben alle aus der Erfahrung." Erfahrungserkenntnis ist nämlich ein Zusammengesetztes aus dem, was wir durch Eindrücke emp-

*) Vgl. das erste Oktoberheft des „Vortrupp" S. 371 ff.

a posteriori d. h. nachher. a priori d. h. von vornherein.

fangen als Empfindungen unserer Sinne — Kant nennt das den „Stoff" — und zweitens aus dem, was unser eigener Verstand aus sich selbst hergibt — dieses letzte nennt Kant die „Form"; und dieses Ursprüngliche unseres Erkenntnisvermögens wollte Kant in erster Linie durch seine Untersuchungen in der „reinen" — d. h. von aller Erfahrung gereinigten — Vernunft ermitteln. Dabei zeigte sich, daß gewisse Grundbestandteile, ohne welche dasjenige, was wir Natur nennen, gar nicht bestehen könnte, nun nicht, wie man bis dahin glaubte, ewige in den Dingen selbst liegende Bestimmungen sind, sondern als die ständigen Bedingungen des Erkennens überhaupt zum menschlichen Bewußtsein gehören; und zwar handelt es sich um den Raum, die Zeit und die Ursächlichkeit. Alle drei haben letzten Endes ihren Ursprung im erkennenden Ich.

Apriorität oder Subjektivität.

Beweis e necessitate.

Kant hat verschiedene Beweise dafür aufgefunden, aber ein besonders augenfälliges Merkmal einer uns ursprünglich eigenen Erkenntnis beigebracht: es ist das der strengen Allgemeinheit und Notwendigkeit. Auf ihm beruht die ganze Wucht und Beweiskraft der Kantischen Philosophie. Gleich in der Einleitung spricht Kant diesen Gedanken kurz und bündig aus in dem berühmten Satze Kr. d. r. V. 1. Ausg. (A) 1—2: „Sie [Erfahrung] sagt uns zwar, was da sei, aber nicht, daß es nothwendiger Weise, so und nicht anders, sein müsse." Ich sage z. B.: „Diese Rose ist rot" — ich habe nämlich die Wahrnehmung gemacht, daß sie tatsächlich solche Farbe hat, aber die Rose muß nicht unter allen Umständen rot sein; offenbar könnte sie auch gelb sein oder weiß; Erfahrung belehrt mich jedesmal darüber, aber kann mir nie und nimmer etwas sagen von einem Muß. Darum, finde ich nun in meinen Erkenntnissen solche mit dem Merkmal der inneren, für jedermann gültigen Notwendigkeit, so weiß ich ganz bestimmt, daß sie nicht aus der Erfahrung gewonnen sein können, sondern nur ganz unabhängig von aller Erfahrung, d. h. diese Erkenntnisse liegen ursprünglich vor aller Erfahrung in meinem Bewußtsein.

Kausalitätsgesetz.

Alle Aussagen über Raum und Zeit treten demnach auf mit dem Anspruch unumstößlicher Gewißheit. Dafür legt jeder Satz aus der Raum- und Zahlenlehre ein offenes Zeugnis ab. Der kürzeste Weg zwischen zwei Punkten muß stets die gerade Linie sein. 7+5 gibt notwendigerweise 12. Jede davon abweichende Behauptung, selbst wenn Erfahrung sie scheinbar stützte, ist eine Unmöglichkeit. Das dritte, welches ebenso wie Raum und Zeit ausnahmslos die ganze Natur beherrscht, ist nun eine so grundlegende Gesetzmäßigkeit, daß sie dem unbefangenen wie dem geschulten Verstande unmittelbar einleuchtet. Jede Veränderung ist eine Wirkung und hat ihre Ursache, und sobald die ursächlichen Bedingungen vollständig beieinander sind, muß die Wirkung allemal erfolgen. Ein Erfahrungssatz könnte nur für so viele Fälle Geltung beanspruchen, wie wir sie beobachtet haben, aber nie für alle überhaupt möglichen. Darum, so schließt Kant, kann jenes Gesetz niemals von der Erfahrung erborgt sein. Wir selber zwingen jede Erfahrung, sich dieser Gesetzmäßigkeit einzuordnen, und deshalb liegt das Ursachengesetz als die von vornherein angeborene Form des Verstandes im Ich — ein feiner, echt Kantischer Schluß.

a priori und subjektiv.

Ontologie wird Noetik.

Diese Tatsache, daß das Ursachengesetz als notwendiger Bestandteil dem menschlichen Bewußtsein angehört, ist von ungeheurer Tragweite und Bedeutung. Hier schon sehen wir die Grundwahrheit des Kantischen Idealismus klar vor Augen gestellt. Kant verlegt die Grundbestimmungen der ganzen wahrnehmbaren Welt in das Ich, und dadurch verwandelt sich die Lehre vom Dasein der Natur in die Wissenschaft vom mensch-

lichen Verstande. Für uns ist die Welt ein fortwährend sich erzeugendes Gebilde aus den Empfindungen und den Erkenntnisformen. Diese allen gemeinsame Welt, beherrscht von den Gesetzen des Raumes, der das Nebeneinander, den Gesetzen der Zeit, die das Nacheinander, und den Gesetzen der Ursächlichkeit, die das Durcheinander der Dinge ordnet, sie ist nach dem allen nur Erscheinung (im Bewußtsein schlechthin!) und nicht Ding an sich (vom Ich unabhängig!). Das beweist uns die Kantische Erkenntnislehre.

Nachdem Kant auf solche Weise Klarheit geschaffen über den Ursprung unserer Erkenntnisse, folgt nunmehr die Frage nach dem Umfang derselben. Es gilt durch Grenzbestimmung festzulegen, wo überhaupt und wie weit die uns eigenen Erkenntnisformen Gültigkeit besitzen. Weil die Grenzen der Erkenntnismöglichkeit unbefugterweise so oft überschritten werden, liegt gerade hier eine besonders wichtige Aufgabe vor. Wie der Raum und die Zeit, so kann auch die gesetzmäßige Verknüpfung von Ursache und Wirkung nirgend sonst Anwendung finden als innerhalb des Bereiches der Erfahrung. Darin besteht ja das Wesen der Ursächlichkeit, die von vornherein feststehende Bedingung aller überhaupt möglichen Erfahrung zu sein! Als eine dem menschlichen Verstande ursprünglich anhaftende Erkenntnisform ist das Ursachengesetz lediglich dazu da, Wahrnehmungen zu buchstabieren und zu ordnen, Erscheinungen zu deuten und in ihrem Zusammenhang als Ursachen und Wirkungen zu verstehen. Ausdrücklich warnt Kant davor — allerdings vornehmlich in dem durch seine Dunkelheit berühmten Abschnitt von der Ableitung der Stammbegriffe, insbesondere von der Gültigkeit des Ursachengesetzes, aber doch auch sonst oft genug —, ja nicht die Rechtsbefugnisse dieser uns angeborenen Erkenntnisformen als die Grundlagen der Erfahrungswelt unbedachterweise zu überschreiten. Auf keinen Fall wäre es etwa erlaubt, vom Ursachengesetz überschwenglichen Gebrauch zu machen. Denn keine Hoffnung ist vorhanden, daß man jemals mit dessen Hilfe zum Wesen der Dinge gelange, zum „Ding an sich". Dieses recht einzusehen, bezeichnet Kant in humorvoller Weise als einen unmittelbaren Vorteil, der selbst dem schwierigsten und unlustigsten Lehrlinge solcher „transzendentalen" Nachforschungen begreiflich gemacht werden könne und der ihm zugleich wertvoll erscheinen müsse; dazu nämlich waren Kants tiefe Untersuchungen nötig, daß der Verstand sich selbst die Grenzen seines Gebrauchs bestimme. Wenn aber trotzalledem ein auf Entdeckungsreisen ausfahrender Forscher mit seinen Erkenntnisformen als Richtkompaß die Erfahrungswelt überfliegt und dort umherschweift, wo das Reich des Übernatürlichen ist, wo jene Erkenntnisformen alle Gültigkeit verloren haben, dann wird er sich verflechten in lauter heillose und dunkle Abenteuer — so verkündet uns Kant. Und wahrlich, ein solches war eben jene furchtbare Vorherbestimmungslehre verbunden mit der leeren Behauptung von Gottes Unerforschlichkeit!

Deduktion der Kategorien.

Fassen wir die erste Folgerung der Kantischen Erkenntnislehre nur scharf ins Auge, so klärt sich uns mit einem Male auf, warum wir so tief sinken mußten. Jetzt sehen wir die schweren Fehler an das hellste Licht gezogen, welche beschlossen liegen im ersten Teile unserer gegenwärtigen Betrachtung, die ja streng naturwissenschaftlich sein sollte. Wir waren ihr anfangs mit Absicht und Berechtigung gefolgt, setzten sie dann aber in ihrer ganzen Einseitigkeit fort unbekümmert um das Schicksal und um Gott. Statt bei der rechtmäßigen Anwendung des Ursachengesetzes zu bleiben, machten wir von ihm einen falschen Gebrauch. Die gesetzmäßige Verknüpfung von Ursachen und Wirkungen kann nur Gültigkeit besitzen innerhalb der naturwissenschaftlich erkennbaren Erfahrungswelt. Wir aber spannen unsere Gedanken weiter

und weiter hinein in ein übernatürliches Reich, in welchem dieses ganze Ursachengesetz sofort seine Bedeutung verliert und darum jede Erkenntnis für uns aufhören muß. Daher denn jener sinnlose Schicksalsglaube, daher die alle Sittlichkeit vernichtende Vorherbestimmungslehre und der infolgedessen als unerforschlich ausgegebene Ratschluß solcher geheimnis- und verhängnisvollen Gottheit!

Kausalitätsgebrauch immanent, nie transzendent.

Wer aber allen Kantischen Wahrheiten und Warnungen zum Trotz betreffend den begrenzten Gebrauch des Verstandes noch immer nicht von dem Gedanken loskommen kann, daß es eine blinde Schicksalsmacht gäbe, welche über der Welt schwebt und auf ihrem Wolkenthron vielleicht auf Heil sinnt, doch mehr Verderben brütet, und welche nun aus solchem Nirgendwo in unsere nach Ursachen und Wirkungen schön geregelte Welt hineinplatzt und dadurch auch meinem ebenso geordneten Lebenspfad willkürlich ihre Richtung gibt, ihn vielleicht einmal mit Rosen und Vergißmeinnicht bestreut, doch mehr noch mit Pech und Schwefel begießt — wer so etwas für möglich hält oder gar wirklich glaubt, der lebt in dem hirnverbrannten Wahn, eine übernatürliche Gewalt, von mir unabhängig, mit einer nur dem Menschen eigentümlichen Gesetzmäßigkeit, die in jenem Reiche weder zu finden ist, noch von dort aus zu handhaben wäre, eine solche übernatürliche Schicksalsmacht könne hier in der natürlichen Welt dies befördern, jenes hindern!

Erhob denn Kant seine gewichtige Stimme umsonst? Hören wir doch auf Kants Warnung und bescheiden uns zum eigenen Heil mit dem berechtigten Gebrauch des Ursachengesetzes. Wenden wir es an innerhalb der Welt|: da führt es zur Wahrheit, aber nie außerhalb: gleich treibt es in Lügengewebe und Scheinwissen.

Kategorischer Imperativ und Metaphysik.

Das Wesen der sittlichen Forderung im Zusammenhang der Kantischen Übernaturlehre.

Zwar setzte Kant für alle Zeiten dem menschlichen Erkenntnisvermögen scharfe, unüberschreitbare Grenzen; aber wir dürfen trotz alledem an diesem Punkte, dem wichtigen, doch nein-sagenden Ergebnis der „Kritik der reinen Vernunft" nicht stehen bleiben. Nunmehr gilt es, herauszuarbeiten, inwiefern Kant mit eben diesen zum Teil trocknen, erkenntniswissenschaftlichen Untersuchungen zugleich den festesten Grund legt für die Übernaturlehre als Wissenschaft, mit der Grundwahrheit seiner und aller Philosophie durch die Unterscheidung der

„Welt als Erscheinung und als Ding an sich."

Von zwei Seiten ist alles in der Welt zu betrachten. Naturwissenschaftlich vorzugehen, ist grundsätzlich richtig, bleibt aber einseitig, und allein genügt es daher nicht. Zu dieser ersten Betrachtung, von außen, muß hinzukommen die zweite, die von innen, zum Naturwissenschaftlichen das Philosophische, zur Auffassung der Welt als Erscheinungsform diejenige dem Wesen nach.

Was nun dieses letzte, das geheimnisvolle „Ding an sich", eigentlich ist, sei für einen Augenblick dahingestellt. Bezeichnen wir es ruhig einmal, wie auch Kant an vielen Stellen seiner Kritik, als das große X. Nur so viel ist sogleich gewiß: X ist nicht gleich Null! Wenn jemand in seiner Kurzsichtigkeit sich unterfängt, eine Übernaturlehre schlechthin abzuleugnen, so hieße das nach Kants eigenen Worten in der Vorrede zur 2. Ausg. (B) 25—26, „daß Erscheinung ohne etwas wäre, was da erscheint", eine Erscheinung also ohne ein Erscheinendes — wirklich eine große Ungereimtheit! Darum ist auch seit Kant Übernaturlehre nicht mehr ein bloßes Hirngespinst, sondern ist so fest gegründet, wie nur irgend etwas. Dieses Allgemeine leuchtet schon ein. Nur haben wir genauer Rechenschaft zu geben über die Kernfrage in den Kantischen Beweisführungen: „Was

ist jenes rätselhafte Wesen, was ist das Ding an sich?" Einerseits müssen wir uns eingestehen, daß wir alles in der Welt nur von außen, mit Hilfe unseres Verstandes, wahrnehmen können. Erkennen kann ich nur die Erscheinungswelt, da erkennen gar nichts anderes heißt als: einstellen in unsere Erkenntnisformen des Raumes, der Zeit und der Ursächlichkeit. Aber um in das Innere der Natur einzudringen, sollten wir doch einmal den Versuch machen, aus einer ganz anderen Richtung zu kommen. Betrachten wir uns von außen, sehen wir den Leib. Wenden wir uns nun dem eigenen Innenleben zu. Hier liegt der einzige Punkt, an welchem das Wesen der Natur sich uns zugleich von der andern Seite fühlbar macht. Hier in mir selber weiß ich nämlich ganz genau, was das „Ding an sich" im Grunde ist: dasjenige, was ich von außen wahrnehme als Bewegung meiner Glieder in der sichtbaren Handlung, diese Erscheinung von innen betrachtet ist Wille. Die Handlung ist Willensäußerung, und das Ding an sich, dasjenige, was sich da äußert, hier liegt es zutage, ich fühle es als Willen. Bei Kant ist der Weg zu dieser großen Wahrheit klar genug gewiesen. Schopenhauer hat sie mit Nachdruck verkündet und aller Welt die Augen geöffnet:

„Der Wille ist das Ding an sich!"

Schopenhauers „Wille".

Jetzt stehen wir plötzlich vor der glücklichen Auflösung der einander widersprechend erscheinenden Gegensätze, insofern es trotz Naturnotwendigkeit gibt und geben muß eine Freiheit, die naturwissenschaftlich unmöglich — im Reiche der Natur herrscht Gesetzmäßigkeit — allein vom übernatürlichen Standpunkte aus denkbar und durch Kant bewiesen als Freiheit meines an sich seienden Wesens, welches Wille ist. Kant gibt zu in der Kritik der praktischen Vernunft" 1. Auflage (A) 177—178: „Wenn es für uns möglich wäre, in eines Menschen Denkungsart, so wie sie sich durch innere sowol als äußere Handlungen zeigt, so tiefe Einsicht zu haben, daß jede, auch die mindeste Triebfeder dazu uns bekannt würde, imgleichen alle auf diesen wirkende äußere Veranlassungen, man eines Menschen Verhalten auf die Zukunft mit Gewißheit, so wie eine Mond- oder Sonnenfinsternis, ausrechnen könnte." Damit würdigt Kant in vollem Umfange den naturwissenschaftlichen Standpunkt, ein gar nicht hoch genug anzuschlagender Vorzug seiner Philosophie. Als Erscheinung, d. h. als Naturwesen bin ich tatsächlich in das Netz der Verknüpfung von Ursachen und Wirkungen eingespannt und in meinen Handlungen, überhaupt in allen meinen Lebensäußerungen wie jedes andere Naturgeschehen auch, bin ich durch Naturnotwendigkeit bestimmt. Und dennoch behauptet Kant, daß der Mensch frei sei, nämlich als Ding an sich selbst, als Wille, als sittliche Persönlichkeit, in dem Sinne als Seele. Sobald es sich nur handelt um mein an sich seiendes Wesen, bin ich selbstverständlich von aller Naturgebundenheit frei. In der trefflichen Vorrede zur 2. Ausgabe der Kritik der reinen Vernunft (B) 27—28 faßt Kant das wichtige Ergebnis seiner ganzen Forschungen in einen Satz zusammen, mit Worten, die schon ganz nach Schopenhauer klingen: „Wenn aber die Kritik nicht geirrt hat, da sie das Objekt in zweierlei Bedeutung nehmen lehrt, nämlich als Erscheinung, oder als Ding an sich selbst; wenn die Deduktion ihrer Verstandesbegriffe richtig ist, mithin auch der Grundsatz der Kausalität nur auf Dinge im ersten Sinne genommen, nämlich sofern sie Gegenstände der Erfahrung sind, geht, eben dieselben [Dinge]*) aber nach der zweiten Bedeutung [als Dinge an sich selbst] ihm [dem Grundsatz des Bestimmtwerdens durch Ursachen] nicht unterworfen sind, so wird ebenderselbe Wille in der Erscheinung (den sichtbaren Handlungen) als dem Naturgesetze nothwendig gemäß und sofern nicht frei [gedacht], und doch andererseits, als einem

Kant als Determinist.

Kant als Indeterminist.

*) [ ] Zusätze des Verfassers.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dinge an sich selbst angehörig, jenem [Naturgesetze] nicht unterworfen, mithin als frei gedacht, ohne daß hierbei ein Widerspruch vorgeht." Gesetzt, wir wären nicht durch Kant in dieser Weise beraten, so dürfte doch wohl niemand vom menschlichen Willen erstens zu behaupten wagen: er sei nicht frei, und zweitens: er sei doch frei! Wenn er nämlich das Wort Willen für beide Sätze in derselben Bedeutung gebraucht, und ohne Kant könnte er gar nicht anders, so wäre das ein offenkundiger Widerspruch. Wer aber nach Prüfung der Beweise die Kantische Unterscheidung vom Dinge an sich anerkennt, der begreift, daß Naturnotwendigkeit und Freiheit zusammen bestehen in einer und derselben Handlung, je nachdem wir sie betrachten von außen oder von innen. Das eben ist der aufbauende Inhalt der Kritik, daß die Lehre der Sittlichkeit ihren Platz behauptet und die Naturlehre auch den ihrigen. Nebeneinander haben beide ihre Gültigkeit. Dieses Ergebnis aber darf der sonst so bescheidene Kant mit Recht in stolzer Freude als einen unschätzbaren Vorteil bezeichnen, der unmittelbar aus seiner auf peinlich pünktlicher Wissenschaft aufgebauten Prüfung der Philosophie überhaupt entsprungen ist: daß man nun allen Einwürfen wider Sittlichkeit und Religion für alle künftige Zeit ein Ende machen könne auf Sokratische Art, nämlich durch den klarsten Beweis der Unwissenheit der Gegner!

Darum sind auch, wenn wir mit Kant im Bunde sind, alle Befürchtungen wegen etwaiger Übergriffe einer naturwissenschaftlichen Weltanschauung mit der eisernen Notwendigkeit alles Geschehens für uns völlig eitel. So gewiß alles in meinem Leben bestimmt ist, erstens beim Handeln nach dem Gesetz des Getriebenwerdens durch Beweggründe, zweitens auch beim Denken, wo die Verknüpfungen der Vorstellungen untereinander durchaus gesetzmäßig stattfinden, und drittens selbst beim Wollen, bei den Willensregungen, die nichts anderes sind als der in der Form der Zeit auseinander gezogene Wille und somit zur Erscheinungswelt gehören, so gewiß also diese gar nicht wegzuleugnende strengste Unfreiheit des Menschen zu Recht besteht, so gewiß bleibt die sittliche Forderung oder die Gewissensstimme, die mir befiehlt, unbedingt meine Pflichten zu erfüllen, weil ich als Ding an sich ein freier Wille bin. Mein Leben hat allerdings in seiner Erscheinungsform teuflisch-verhängnisvolles Aussehen; mein ganzer Lebenslauf scheint mir genau vorgezeichnet zu sein, so daß ich dem Geschick auf keine Weise mehr entrinnen kann. Gerade das war ja das letzte, aber auch ganz armselige Ergebnis einer zu Ende geführten naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise, daß alles in meinem Leben in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bis in die kleinsten Kleinigkeiten hinein festgelegt und vorherbestimmt ist. Hier gilt es nun, mit Kant einzusehen, daß diese Außenseite des menschlichen Daseins als solche in ihrer mir zum Bewußtsein kommenden Notwendigkeit oder Unfreiheit uns noch gar nichts lehrt über des Menschen eigentliches, inneres Wesen. Gewiß können im Durcheinander der vielen verschiedenen ursächlich verknüpften Ereignisreihen für meine besonderen Absichten und Pläne verhängnisvolle Zusammenhänge und Verwicklungen auftreten, die abzuwenden meine schwache menschliche Kraft nicht ausreicht. Wer hier schon von „Schicksal" sprechen will, der mag es tun; sofern er dabei nur naturwissenschaftlich denkt, d. h. in der Erscheinungswelt Vorhandenes im Auge hat, ist nichts dagegen einzuwenden. Dann aber genügt vollkommen die Bezeichnung „Zufall". Nenne er ihn noch entweder für sich unglücklich oder vielleicht auch einmal glückbringend. Dabei wäre nun an Folgendes zu erinnern. Wie „notwendig sein" nichts anderes heißt als aus einem gegebenen Grunde folgen, so bedeutet „zufällig" nur aus einem gegebenen Grunde nicht folgen. Und weiter: jeder sogenannte Zufall verwandelt sich unter unseren Händen mit

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

zunehmender Erkenntnis der Dinge und wachsendem Verständnis für die Erscheinungen in einen notwendigen Zufall. Denn jedes Ereignis, selbst das zufälligste, in einer Beziehung ist es doch wiederum bedingt und notwendig. Wir müssen nur erst dahinter kommen, welche Ursachen im Grunde es herbeiführten. Damit haben wir alles übernatürliche Aussehen abgestoßen und die natürlichen Vorgänge durch natürliche Ursachen erklärt ohne Schicksal und auch ohne Gott, so wie es sich für den Naturforscher geziemt. Darum aber kann uns auch kein finsterer Schicksalsglaube irgend etwas anhaben, weil der sich notwendigerweise auf die Natur beschränken muß, dagegen gar nichts gilt, sobald es sich um mein wahres Wesen handelt oder gar um Gott. Das folgt unmittelbar aus der richtig verstandenen und verwerteten Kantischen Philosophie: Das Ursachengesetz gilt lediglich für die Erscheinungswelt, daher denn mein Leben mir nur naturnotwendig oder gar durch eine Schicksalsmacht bestimmt erscheint! Aber solche Auffassung kann keinerlei Gültigkeit beanspruchen, sobald die Rede ist von meinem Wesen und Willen, von meiner Seele. Somit ist alles Verhängnisvolle am Verhängnisglauben in sich zusammengebrochen und bedeutungslos für denjenigen, der die Dinge nicht nur als Erscheinung betrachtet, naturwissenschaftlich einschätzt, sondern bedenkt, was sie an sich selbst sein mögen und sie darnach wertet, ihrem Wesen nach.

Doch wir müssen gleich noch tiefer graben. Wenn auch die Gesetze der Erscheinungswelt in keiner Weise gelten für das Ding an sich, so gibt es nichtsdestoweniger zwischen beiden Reichen einen wundersamen Berührungspunkt, und der bin ich selbst, allerdings nur in einem ganz bestimmten Sinne.

„In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne!" So heißt es im Wallenstein.

„Ein Verhängnis gibt es nicht" — sagt unser Ludendorff. Der Mensch muß eben sein Schicksal höchst persönlich in die Hand nehmen! Das verlangen wir von ihm.

Im letzten Grunde liegt daher des Menschen Schicksal — allerdings im höheren Sinne: als das, was wirklich aus mir wird, und was ich meinem Wesen nach bin — beschlossen im eigenen Herzen, in der tiefsten Seele. Ja, hier in meinem innersten Innern, da trage ich das letzte geheimnisvolle Wesen der Welt in mir, deshalb steht es mir in jedem Augenblicke frei, mich auf diese meine wahre Wesenheit zu besinnen. Ich müßte mich gleichsam herausziehen aus dieser ganzen Erscheinungswelt mit ihren ständigen Formen wie Raum, Zeit und Ursächlichkeit, in welche mein Leib und Leben von Natur wegen eingespannt sind, um mich nun über mein beschränktes Einzeldasein zu erheben dadurch, daß ich der göttlichen Stimme in mir Gehör schenke, die tief in mein Herz sich eingegraben hat als das Sittengesetz. Gott hat mit Naturbedingtheit und Vorherbestimmung als solcher nichts zu tun — dieses sind gerade menschliche Bestimmungen! Mit Gott bezeichnen wir vielmehr die Kraft, die mich über die Natur erhebt. „Wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit!!" (2. Kor. 3, 17.) So habe ich dieses Pauluswort verstehen gelernt. Denn alles, was irgendwie zusammenhängt mit dem Sittengesetz: Verantwortlichkeit, Zurechnungsfähigkeit, Gewissen, Pflichtgefühl und Gott, läßt sich schlechterdings nur denken unter Ausschluß jedes Schicksalsgedankens auf der Grundlage der Freiheit. Wenn daher der Jakobusbrief 1, 25 Gottes Sittengebot „das vollkommene Gesetz der Freiheit" nennt, so trifft er den Kern der Sache ganz genau. Freiheit von allen Fesseln der Naturgebundenheit, Unabhängigkeit vom ganzen Triebwerke der Natur — wie aber ist derartiges nur möglich? Bei der Gewissensstimme stehen wir vor dem eigentlichen und einzigen völligen Wunder, einer Verbindung (ein naturwissenschaftlicher und darum hier bildlicher Ausdruck) zwischen Ding

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

an sich und Erscheinungswelt, zwischen Gott und dem Menschen. Hier in uns liegt der Berührungspunkt zweier Welten, von Natur (wenn man es noch so nennen darf) und Gottesreich. Hier in der Gewissensstimme schließen sich Gott und Mensch zur Einheit zusammen.

Kategorischer Imperativ.

Diese höchste Wahrheit hat Kant in seiner Weise auf einen kurzen, schlagenden Ausdruck gebracht. Woher doch die sittliche Forderung, diese rätselhafte Stimme, die mich auffordert, unbedingt das Gute zu tun und das Böse zu meiden, vor der alle mir natürlichen Neigungen verstummen und jeder eigensüchtige Wunsch nichts gilt, die mir ohne Rücksicht auf alle äußeren Verhältnisse befiehlt, meine Pflicht und Schuldigkeit zu tun, woher nur diese Stimme? Aus der natürlichen Weltordnung niemals — mein natürliches Dasein, mein Leben, muß unter Umständen hingeopfert werden! Auch ist es nicht, wie Kant sagt, ein donnernder Jahwe auf Sinai, der dem Menschen ein ihm fremdartiges Gesetz aufdrängt, sondern:

„Es ist der Mensch als Ding an sich"

(oder was dasselbe sagt: der Mensch als Gott!),

„welcher dem Menschen als Erscheinung das Gesetz gibt". [Nach der Kr. d. pr. V. 1. Aufl. (A) 154—155.]

Heteronomie.

Das aber will heißen: Was uns der sittlichen Vollkommenheit näher bringt und uns bestimmt zum Guten — dem allein Wichtigen in unserm wenn auch noch so verhängnisvollen Geschick — ist weder ein blindes Schicksal, eine Annahme, die jeden klaren Sinnes bar, daher vollendeter Unsinn ist; noch ist es ein mir gegenüberstehender und darum fremder Gott, eine Auslegung, die nur dann der Wahrheit entspräche, wenn der Mensch nichts weiter als nur böse wäre — und das ist er doch nicht; aber noch viel weniger ist es mein kleines, menschliches, selbstsüchtig-sündiges Ich, die Seite meiner Natur steht ja mit der Gewissensforderung gerade im schärfsten Widerspruch; dennoch muß ich es selbst sein, ohne Selbstbestimmung könnte das Gute für mich keinerlei Bedeutung haben. Darum ist das, was in der Forderung der Pflichterfüllung sich unbedingte Achtung verschafft, nichts anderes als meine eigene, meine bessere, übernatürliche göttliche Wesenheit, wir dürften auch sagen: meine mit dem Willen der höchsten Gottheit sich eins wissende Seele. Das heißt der Mensch als Ding an sich, das ist der Mensch als Gott!

Autonomie.

Greifen wir jetzt wiederum zurück auf das anfangs geschilderte Beispiel. Wir lassen der verhängnisvollen Naturnotwendigkeit alles Geschehens ihr gutes Recht; aber wir sagen uns, so wie jener Pionier und Vaterlandsverteidiger: „Ich trete an zum Sturm treu meinem Fahneneid, dann mag da kommen, was da wolle, wenn es mich nur trifft als sittlichen Menschen bei gewissenhafter Pflichterfüllung — das allein fällt für mich ins Gewicht. Ob mein Leib dabei weiterlebt oder durch den Tod dahingerissen wird, das ist ganz gleichgültig für mein wahres, sittliches Wesen. Durch nichts Äußerliches kann dieses irgendwie geschädigt werden und durch kein Naturereignis läßt dieses sich zerstören; in seiner Reinheit bleibt es, was es in Wahrheit ist."

Daher bekennen wir mit dem Apostel Paulus (1. Kor. 15, 55) in gleicher Überzeugung: „Der Tod ist verschlungen in den Sieg! Tod, wo ist dein Stachel? Hölle, wo ist dein Sieg?" Und wahrlich, nicht darauf kann es ankommen, wie lange ich gelebt habe, sondern wie ich lebe und als was. Ich brauche nur die eine Gewißheit (nach Röm. 8, 35—39): Weder Hohes noch Niedriges, weder Trübsal noch Fährlichkeit, nicht Verfolgung, nicht Schwert, kann mich scheiden von der Liebe Gottes — der Liebe meiner Seele zu Gott oder dem

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Guten überhaupt, zugleich aber zu verstehen als Liebe Gottes zu mir, da er ja einen Absenker seines guten Wesens in mein Herz und meine Seele sandte. So gelangen wir geradeswegs zur Begründung der „Unsterblichkeit der Seele" oder, genauer gesagt, der „Unzerstörbarkeit unseres Wesens an sich". In diesem Sinne dürfen wir sogar sagen: „Unsterblich ist unsere sittliche Persönlichkeit!" Und das ist zugleich der einzige, aber auch herrlichste Trostgedanke, den es gibt in dieser schweren Zeit und den jeder im Gebet ergreifen und durch die Tat beweisen kann, sobald er nur will.

Reinhart Biernatzki.

Rund um uns

Weltgeschichte. Melanie Ebhardt hat eine historische Novelle geschrieben, betitelt „Der Mönch". Ich will keine Besprechung des Buches geben; die Vortrupplesr kennen Melanie Ebhardt und ihre feine, dichterische Art, und wissen, daß ihre Werke immer einen Genuß bereiten und der Seele Gewinn bringen. An dieser neuen Novelle werden ihre Freunde ganz besondere Freude haben; in einem wundervoll gleitenden, wortsicheren Stil geschrieben, knapp und packend in der Darstellung, baut sich die lebensvolle, tragische Handlung auf. Frei von jeder Tendenzabsicht, ist hier ein reines, klar und fest in sich abgeschlossenes Kunstwerk geschaffen.

Ein Anderes drängte sich mir zwingend auf, als ich das Gelesene noch einmal überdachte:

Die Handlung spielt in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, Hexenverbrennungen, Judenverfolgungen, das grausame „heilige Gericht" haben eine Bedeutung darin. Noch sind nicht 400 Jahre seitdem verflossen, kaum sechs bis acht Generationen rückwärts liegen Ereignisse, die uns in ihrer geistigen Verirrung heute so weltenfern dünken, uns so wesensfremd sind, daß wir die Kunde davon nur mit Schauder und Entsetzen vernehmen, uns in den Geist, der solches gebar, nie mehr hineindenken können.

Welche Umwandlung hat sich seither vollzogen! Welche ungeheure Entwicklung hat der menschliche Geist in diesen Jahrhunderten erfahren!

Drängt sich uns bei solchen Gedanken nicht unwiderstehlich die Frage auf, was die nächsten Jahrhunderte bringen werden?

Wenn uns heute Lebenden dieser Geist des 16. Jahrhunderts so unsagbar fremd ist, als habe er nie zu deutschem Wesen gehört, wie sollte da nicht die Anarchie zwischen den Staaten, das feindselige Gegeneinanderarbeiten der Völker, das immer die Gefahr des Krieges in sich birgt, überwunden werden? Da schon heute unter den Völkern der ganzen Erde es nicht die Toren und Schwachen sind, die den blutigen Kampf, den Macht- und Gewaltkrieg, als Wahnsinn empfinden und verdammen? Da der nüchterne Verstand die unabweisbare Logik erkennt, mit der der moderne Krieg, wie wir ihn heute erleben, dem Selbstmord der Völker gleichkommt?

Wer darf es wagen, den Gedanken der Völkerverbrüderung, den Gedanken, daß der Krieg an sich selber sterben wird, als Hirngespinst lächerlicher Toren zu verspotten?

Die Weltgeschichte geht vorwärts, mag sie den Menschen, die nur dem Augenblick leben, auch manchmal als

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Stillstand oder gar Rückschritt erscheinen: alles dient der Entwicklung; höher und höher geht der Weg, und unbarmherzig und unwiderstehlich geht die Zeit über den hinweg, der sich ihr entgegenstellt. Wir leben nicht uns selbst zu Nutz und Frommen, nicht für die kurze Dauer unseres eigenen Daseins, sondern für die Zukunft. Dem Aufstieg zu dienen, ist unsere Aufgabe; nicht nach Jahrzehnten, nach Jahrhunderten müssen wir rechnen in der Weltgeschichte, die keine Zeit kennt.

Das ist der Wert des Geschichtsstudiums, daß wir den weiten Blick über die inneren Zusammenhänge alles Geschehens gewinnen, daß wir über der Erkenntnis der Belanglosigkeit einer kleinen Zeitspanne ihren Wert im Rahmen des Weltgeschehens nicht vergessen und darnach handeln!

Grete Battmer.

Die Kriegstagung der deutschen Abstinenten, lange erwartet, aber durch die Ungunst der Verhältnisse immer wieder aufgeschoben, hat nun in der ersten Oktoberwoche (vom 29. September bis 5. Oktober) als IX. deutscher Abstinententag unter der umsichtigen Leitung von Professor Dr. med. Delbrück aus Bremen im Festsaale des preußischen Abgeordnetenhauses zu Berlin stattgefunden.

Etwa dreihundert Frauen und Männer waren als Vertreter der deutschen Nüchternheitsbewegung aus allen Gauen Deutschlands trotz der vielen Verkehrsschwierigkeiten nach Berlin geeilt, und, von der alten Begeisterung für die große Volkssache durchglüht, haben sie vielstündige Beratungen gepflogen und Beschlüsse gefaßt, die für eine gedeihliche Entwicklung der deutschen Enthaltsamkeitsbewegung nicht ohne Bedeutung bleiben können.

Der „Allgemeine deutsche Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus", der Veranstalter der Abstinententage, ist nach den weitschauenden Vorschlägen von Dr. R. Burckhardt, dem Vorsitzenden des Berliner Ortsausschusses, auf eine neue Satzung gestellt worden, damit dem Zentralverbande als Zusammenfassung fast aller deutschen Nüchternheitsvereine ein erfolgreicheres Wirken gesichert werde. Je eher es ihm gelingt, bei den verschiedenen alkoholgegnerischen Vereinigungen manche bestehende Gegensätze in der Auffassung der verschiedenen Fragen der „Abstinenzpolitik" und der notwendigen Volksaufklärungsformen zu gegenseitiger Achtung und Wertschätzung zu führen, um so mehr wird sein Einfluß wachsen, um so stärker wird auch die Enthaltsamkeitsbewegung sich überall da eingliedern, wo volksaufartende Kräfte im Sinne des „Vortrupp" helfen wollen, unser Volk in den vor uns liegenden ernsten Zeiten widerstandsfähig und stark zu machen.

In markigen Worten zeigte der Ehrenvorsitzende des Abstinententages, unser Mitarbeiter Geheimer Konsistorialrat D. Mahling aus Berlin, wie die deutsche Enthaltsamkeitsbewegung zu einer großen nationalen, sozialen, idealistischen und zielbewußten Bewegung herangewachsen ist, wie des Vaterlandes Wohl unseres Herzens Handeln ist und wie wir mit glühender Seele unermüdlich danach streben, unser Volk glücklich, frei und froh zu machen. Von dieser Überzeugung waren auch alle Vorträge und die sich ihnen anschließenden Verhandlungen durchdrungen, die manche erfreuliche Vertiefung oft behandelter Fragen und reiche Anregungen geboten haben.

Dazu gehörten vor allem die sachkundigen Ausführungen von F. Goesch, dem Geschäftsführer des Deutschen Gutemplerordens (J.O.G.T.) und die des Reichstagsabgeordneten G. Davidsohn, über die für die Gastwirtschaftsgesetzgebung und die Gasthausreform zu erhebenden Forderungen. Sie fanden einmütige Zustimmung, nur wurde bei der Aussprache von vielen Seiten gewünscht, daß auch die Forderung des Gemeindebestimmungsrechtes für die Regelung des Ausschanks und der Herstellung alkoholischer Getränke stärker betont werden möge.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Um die Arbeit für das Gemeindebestimmungsrecht auf eine breitere Grundlage stellen zu können, war schon am Tage vor der Eröffnung des Abstinententages die bisherige „Propagandazentrale für das Gemeindebestimmungsrecht" zum „Deutschen Bunde für Gemeindebestimmungsrecht (GBR.) — Geschäftsstelle: Berlin W 57, Bülowstr. 5 — ausgestaltet worden. Dieser Bund soll überall die Überzeugung verbreiten helfen, daß nur dann die Ausschankgesetzgebung von Erfolg sein kann, wenn Männer und Frauen mit gleichen Pflichten und Rechten in ihr sich betätigen können.

Sehr wertvolle Vorträge hielten ferner Pfarrer J. Zauleck aus Bochum über „Unsere Jugendarbeit in Aufklärung und Organisation", Studienrat Dr. C. Neumann aus Neiße über die katholische Quickborn-Jugendbewegung und die unermüdlich für die Aufklärung der Jugend wirkende Wilhelmine Lohmann über den „Deutschen Jugenddank" von 1915, dem es bereits gelungen ist, über 12000 Jugendliche aus eigener Entschließung zu dem Versprechen zu führen, während des Krieges — und meist darüber hinaus — keine alkoholischen Getränke zu genießen, um nicht die Vernichtung der so unentbehrlichen Nahrungsmittel zu unterstützen.

Für die Werbetätigkeit in der Zukunft gaben treffliche Fingerzeige die Vorträge des Pater praefectus F. Syring und der Frau Joh. Friese-Schmidt über die Eingliederung der Enthaltsamkeitsbewegung in die allgemeinen Bewegungen der Volkswohlfahrt und Volkserziehung, namentlich der Bevölkerungspolitik.

Neben den Hauptversammlungen des Abstinententages fanden eine Reihe Sonder- und Jahresversammlungen der verschiedenen alkoholgegnerischen Vereinigungen statt, so daß die Besucher dieser Kriegstagung mit Recht von einer reichen Arbeitswoche sprechen konnten. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr allzu fern, wo manche der im Festsaale des preußischen Abgeordnetenhauses gestellten Forderungen auch in seinem Sitzungssaale kraftvoll vertreten werden, wo in allen deutschen Parlamenten Abgeordnete der deutschen Nüchternheitsbewegung die Zusammenhänge zeigen, die die Alkoholfrage mit fast allen Fragen des öffentlichen Lebens hat, und nachweisen werden, daß ihre Lösung durch alle gesetzgebenden Körperschaften notwendig mit herbeigeführt werden muß.

Franziskus Hähnel.

Die Fragen der Bodenreform haben in den letzten Jahren eine steigende Beachtung bei allen gefunden, die nur in ihrer energischen Lösung eine Verhinderung der immer drohender werdenden Wohnungsnot erkennen. Infolge der durch den Krieg veränderten Währung haben sich für Verkäufer und Käufer von Land die früheren Verhältnisse sehr verschoben, und man empfindet auch in den Kreisen der Bodenreformer, daß sowohl Zuwachssteuer wie Rückkaufsrecht zu einem offenkundigen Unrecht werden können, wenn der in Geld ausgedrückte Wertzuwachs nur eine Verschlechterung der Währung ist. Diese Erkenntnis verlangt von der Bodenreformbewegung, daß sie sich auf ihre Grundforderungen besinne: Rückgewinnung der ganzen Grundrente für die Allgemeinheit oder noch richtiger, Rückgewinnung des ganzen Bodens für die Allgemeinheit.

Nach dieser Richtung hin übte Dr. Th. Christen durch seinen in der Ortsgruppe München des Bundes Deutscher Bodenreformer gehaltenen Vortrag „Die Strategie der Bodenreform" (Verlag des Deutschen Vereins „Freiland" e. V. Eden bei Oranienburg) eine sehr beachtenswerte, durchaus sachlich gehaltene Kritik an den Hauptaufgaben Deutscher Bodenreformer, wie sie von Damaschke und anderen aufgestellt worden sind. Manche der gegenwärtigen Forderungen der Bodenreform sind Halbheiten, und verschiedene der von ihren Vertretern

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vorgeschlagenen sozialen Reformen ziehen offensichtliche Ungerechtigkeiten nach sich, auf die Dr. Th. Christen mit besonderem Nachdruck hinweist. F. H.

Unsere Muttersprache.*)

I.

Das Gewand der deutschen Sprache weist zwei Sorten unschöner Flicken auf; das sind die durch Zusammensetzung zustande gekommenen Wortungeheuer (Stadtverordnetensitzungssaal, Staatshaushaltsausschuß) und die große Zahl der durchaus entbehrlichen Fremdwörter.

Eine besondere Gattung der zusammengesetzten Wörter bilden die, die aus einem Fremdwort und aus einem Worte deutscher Abstammung bestehen. Diese Zusammensetzung klingt einem feineren Ohre auch dann schlecht, wenn das neugebildete Wort nicht übermäßig lang ist**)

Wie gut klingt Reichskanzler, wie kläglich Vizekanzler! Ich würde selbst die weit umständlichere Bildung „Kanzler-Stellvertreter" vorziehen, ebenso lieber „leitender Arzt" als Chefarzt sagen. Daß „Küchenmeister" besser klingt als Küchenchef (daneben auch schon Chefköchin!), sollte eigentlich jeder hören können; fast möchte ich dem „Küchenchef" noch Chef de cuisine vorziehen — wenn schon, denn schon! Das Wort „Chef", das leider eine große Verbreitung gefunden hat, ist an sich schon keine erfreuliche Bereicherung der deutschen Sprache; seine Zusammensetzung mit einem deutschen Worte gibt meines Erachtens aber immer einen Mißklang, den ich eben bei allen Wörtern dieser Gattung empfinde. Von denen, die mir in letzter Zeit in Zeitungen und Zeitschriften begegnet sind, nenne ich: Neuorientierung, Präsentationskörper, Wohnungs- und Straßenhygiene, Produktivkräfte, Demobilmachung (dann lieber: Demobilisation, aber warum nicht „Abrüstung" oder „Truppenentlassung"?), Dampftrawler, Kontrahierstellung, Eisentrust, Mißkredit („diskreditieren" klingt besser!), Konträrempfindung, Proporzwahl — selbst hier empfindet man den Mißklang, obgleich in „Proporz" schon ein Versuch gemacht ist, das Fremdwort (Proportion, proportional) einzudeutschen — warum nicht „Verhältniswahl"?

Was von den zusammengesetzten Dingwörtern gilt, gilt natürlich auch von anderen zusammengesetzten Wörtern unserer Sprache:

„Superklug" ist ein — superkluges Wort; „investierungslustig" ist schrecklich. „Interfraktionell", ein Wort, das den Berichterstattern unentbehrlich erscheint, könnte sehr gut durch „zwischenparteilich" wiedergegeben werden; doch hat es Stil und Klang im Vergleich zu den Zwittern „interparteilich" und „interstaatlich". Aus demselben Grunde ist „ordnungsgemäß" besser als „etatsmäßig".

Bei Tätigkeitswörtern bringt für empfindlichere Ohren selbst schon die deutsche Vorsilbe den Mißton hervor: aufoktroyieren — wieviel besser klingt „aufzwingen", obendrein empfindet man das „auf", als schon in „oktroyieren" liegend, als überflüssig, verauktionieren, verklausulieren — von der schönen Endung „ieren" dabei ganz abgesehen.

E. Weber.

*) Wir wollen unter dieser Überschrift von Zeit zu Zeit kurze Betrachtungen über Fragen des Sprachgebrauchs bringen. Vortrupp.

**) Den Gipfel hat ein Zeitungsschreiber in „Reichshaushaltsetat" erreicht: also erst wird „Etat" durch ein schwerfälliges deutsches Wort ohne Rhythmus: Reichshaushaltsplan ersetzt und dann doch nicht auf das Fremdwort verzichtet, so daß sich nun beide Mängel: Wortungeheuer und Fremdwort, in einem Worte vereinigt finden!

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 21 1. Novemberheft

Kriegsmaßregel. Durch die Verfügung über die Einschränkung des Papierverbrauches sind wir, wie alle anderen Zeitschriften, gezwungen, den Umfang zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir den „Vortrupp" jetzt in kleinerem Druck erscheinen.

Vortrupp.

Erzbergers Grundgedanken.

Berlin, den 26. Oktober 1918.

In den politischen Aufsätzen, die ich nun seit mehr als zwei Jahren für den „Vortrupp" schreibe, habe ich von Anfang an den Gedanken vertreten, den ich am 1. Dezember 1916 in dem Aufsatze „Der Lohn der Opfer"*) so gefaßt habe:

„Die Opfer dieses Krieges sind nur dann nicht umsonst gebracht, und unsre toten Feldgrauen sind nur dann nicht umsonst gestorben, wenn dieser Krieg zu Zuständen führt, die einen neuen Krieg — mindestens unter Europäern und ihren Abkömmlingen, und mindestens für jede absehbare Zeit — unmöglich machen."

(Gerade gegenwärtig scheint es mir angemessen, zu betonen, daß wenn der Krieg zu solchen Zuständen führt, die in ihm gebrachten Opfer unter keinen Umständen umsonst gebracht sind.)

Einer von denen, die den gleichen Gedanken seit Jahren im Deutschen Reiche mit der größten Entschiedenheit und mit dem größten Mute vertreten haben, ist Matthias Erzberger, Mitglied des Reichstages, jetzt auch Staatssekretär und Mitglied des Kriegskabinetts. Auch mit dem größten Mute: Denn gegen ihn, wie gegen alle die, die in diesem Punkte, wie in andern Punkten, die Dinge richtig sahen und im Interesse des Vaterlandes die richtigen Folgerungen daraus zogen, wurde von den bekannten Zentralen aus der in solchen Fällen übliche Feldzug geführt. Und zwar ist dabei gerade gegen Matthias Erzberger das Wildeste an Schimpf und an Verleumdung geschleudert worden, was von jener Seite überhaupt geleistet worden ist. Immer nach der Methode, daß dabei auf die Dummen, auf Die spekuliert wurde, die das Nachdenken für eine vaterlandsfeindliche Betätigung halten: Las man all die wüsten Angriffe gegen Erzberger genau, die in den, den betreffenden Zentralen zugänglichen Preßorganen gleichzeitig und rudelweise aufzutreten pflegten, so blieb niemals etwas übrig, was man überhaupt fassen und wobei man sich etwas Bestimmtes denken konnte; es zerlief einem in der Hand, so wie eine Qualle, die man ergreift, zu übelm Schleim wird. Aber die Aufmachung, und namentlich die Überschriften, waren immer so beschaffen, daß sie bei den politisch Urteilslosen (die ja überhaupt vielfach nur die fettgedruckten Überschriften lesen) vortreffliche Wirkung

*) Vortrupp-Flugschrift Nr. 39.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

taten. Es ist Erzberger hoch anzurechnen, daß er dieses immer wieder einsetzende Trommelfeuer von Dreck ruhig abgeschüttelt hat und seinen Weg weitergegangen ist.

In Verfolg des Kampfes, den Erzberger insbesondre gegen die zwischenstaatliche Anarchie führt, hat er jetzt im Verlage von Reimar Hobbing in Berlin ein Buch erscheinen lassen, das den Titel trägt: „Der Völkerbund" und den Untertitel „Der Weg zum Weltfrieden". Die Bedeutung des Buches liegt unter Anderm darin, daß es in einem Schlußkapitel einen formulierten Entwurf der Verfassung des Völkerbundes bringt. Über diesen Entwurf sagt der Verfasser selbst: „Es herrscht gar kein Zweifel, daß dieser Entwurf — es sind mir nur ganz wenige andre bekannt — nicht in allen Teilen die endgültige Verfassung sein wird; er wird ergänzt und verbessert werden können, aber seine wesentlichen Vorschläge werden sich in der endgültigen Verfassung finden." Das halte ich für zutreffend. — Die wichtigsten Punkte, die der Entwurf enthält, sind diese: Obligatorisches Schiedsgericht; Abrüstung; Freiheit der Meere und des Weltverkehrs; „Offene Tür", das will sagen: Möglichkeit für alle Völker zur Rohstoffbeschaffung und zum Absatz ihrer Produkte; gemeinsame Aufschließung Afrikas. Was insbesondre den erstgenannten dieser Punkte angeht, der der Angelpunkt für alles Übrige ist, so hat Erzberger dabei Das, was auf diesem Gebiete in den Haager Friedenskonferenzen bereits vor dem Kriege geschaffen war, gewissenhaft benutzt und noch ausgebaut. Ich empfehle, das, was Erzbergers Entwurf hierüber bringt (es bildet da das dritte Kapitel des zweiten Titels), durchzulesen und damit dann Das zu vergleichen, was mein Aufsatz „Haag" in Nr. 20 des „Vortrupp" von 1917*) über das im Haag bereits Erreichte berichtet. Von besonderm Interesse sind die, von Erzberger neu hinzugefügten, Vorschläge über die „Exekutive" des Völkerbundes, das will sagen: über die Mittel und die Art, mit denen der Völkerbund den Gehorsam gegen die Entscheidungen seines Schiedsgerichts nötigenfalls erzwingen soll.

Was ich heute hier darstellen will, sind die Grundgedanken, von denen aus Erzberger zu seiner Gesamtanschauung über alle diese Dinge kommt; die Grundgedanken Erzbergers, wie sie sich mir bei genauem Durcharbeiten seines Buches ergeben haben:

Um was geht es bei dem Streben nach dem Völkerbunde?

Es geht darum, ob wir die Wiedererrichtung der Menschheit wollen oder ihren Untergang. Denn ein Krieg der Zukunft wird alles Das, was selbst in dem gegenwärtigen Kriege das Fürchterlichste war, noch bei weitem hinter sich lassen. Er wäre der Untergang der Zivilisation und würde der Menschheit den letzten Rest versetzen. Und das nicht nur wegen der Kriegsmittel, die sich inzwischen zum Allerungeheuerlichsten emporgeschraubt haben würden, sondern auch darum, weil sich dann in noch verstärktem Maße der Beweis dafür wiederholen würde, was Kant schon im Jahre 1797 gelehrt hat, daß nämlich der Krieg „das größte Hindernis des Moralischen" ist. Wir haben ja schon jetzt genugsam erlebt, wie die Wirklichkeit eines modernen Krieges all den Aberglauben erbarmungslos totgeschlagen hat, der von dem Kriege als einem sittlichen „Stahlbad" träumte. Wir haben vielmehr gesehn, wie sehr ein moderner Krieg Rechtsbewußtsein und Sittlichkeit in allen Ländern erschüttert, wie er das Empfinden für Mein und Dein immer mehr ertötet, wie er überhaupt die Achtung vor dem Gesetze untergräbt und die Straftaten überall erschreckend anschwellen läßt.

---

*) Vortrupp-Flugschrift Nr 46.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Aber ist nicht das ganze Streben nach Beseitigung des Krieges trotzdem utopisch?

Nein, das ist es nicht. Der Aberglaube, daß es das sei, wird besonders gepredigt von den „Romantikern des Krieges", das sind die, die den Krieg als etwas Heiliges, die Menschheit Beglückendes anpreisen. Ja, die ihn als ein „Element der göttlichen Weltordnung" bezeichnen. Erzberger stellt mit Recht fest, daß bei uns namentlich die Alldeutschen mit derartigen Vorstellungen arbeiten. Er meint, und auch darin hat er recht, daß es selbst jetzt zweifelhaft sei, ob die Alldeutschen nun kuriert seien, trotzdem die Abrechnung des Krieges bis zum März 1918 schon 11 Millionen Tote, 19 Millionen Kriegsbeschädigte und den Verlust von mehr als einem Fünftel des Wertes der ganzen Welt zeige. Aber Erzberger zweifelt auch nicht daran, daß, wenn bei Friedensschluß die Soldaten von den Feldern des Grauens zurückkehren werden, daß sie sich dann Verherrlichungen des Krieges zu verbitten wissen werden. Und daß, wer sich nach den Erfahrungen dieser mehr als vier Kriegsjahre noch unterstehen würde, Gotteslästerungen der erwähnten Art — denn es sind Gotteslästerungen — in einer Volksversammlung auszusprechen, wohl nicht mehr heil aus dem Saale herauskommen würde. Also dieser gotteslästerliche Aberglaube wird jetzt tot sein.

Und auch das trifft nicht zu, daß der Krieg etwa ein unabänderliches Schicksal der Menschheit wäre. Vor Allem ist er nach Erzbergers Auffassung kein Naturereignis, sondern Menschenwerk. Wäre er übrigens ein Naturereignis, so wäre es ebensowenig aussichtslos, ihn zu bekämpfen, wie es doch auch nicht aussichtslos ist, gegen das Naturereignis „Gewitter" Blitzableiter zu errichten und gegen das Naturereignis „Krankheit" die Heilkunde und den Seuchenschutz aufzubauen. Weil der Krieg aber sogar nicht einmal Naturereignis sondern nur Menschenwerk ist, so würde sich die Menschheit ein trauriges Zeugnis ausstellen, wenn sie sich dauernd nicht für befähigt erachtete, durch Menschen geschlungene Knoten auch durch die Vernunft von Menschen zu entwirren. Was dafür bisher gefehlt hat, ist das Vertrauen der Völker zueinander gewesen, außerdem aber auch bei jedem Volke das Vertrauen in die eigenen organisatorischen Fähigkeiten. Dieser Krieg aber hat jedes einzelne Volk gelehrt, daß es, wenn es nicht zugrunde gehen will, beide Arten von Vertrauen entwickeln muß; und darum wird nach diesem Kriege die internationale Haßwelle von einer weltumspannenden Verständigungsbewegung abgelöst werden.

Übrigens wäre es völlig kindisch, sich von dem Beschreiten dieses notwendigen Weges etwa durch den Gedanken abhalten zu lassen, daß irgendwelche Waffengänge voraussichtlich immer in der Welt bleiben werden: weil nämlich auch der Völkerbund gegen einen etwaigen Rebellen unter Umständen zur Gewalt als zum letzten Mittel greifen müßte: Es hält doch auch kein zurechnungsfähiger Mensch die Gesetze, die Gerichte und die Vollstreckungsorgane eines einzelnen Staates deshalb für überflüssig, weil sie zweifellos die Straftaten und selbst den Mord nicht völlig unmöglich machen. Wenn sie nämlich, so möchte ich hinzufügen, nicht da wären, so herrschte der Mord, der jetzt nur eine von dem Staatsgewissen verurteilte Ausnahmeerscheinung ist.

Gibt es kein andres Mittel, als den Völkerbund?

Nein, jedenfalls haben die beiden Mittel, die man bisher sonst versucht hat, versagt:

Vielen hat bisher als ein Evangelium der bekannte lateinische Spruch gegolten: „Si vis pacem, para bellum", zu deutsch: „Wenn du den Frieden willst,

so rüste den Krieg." Das ist immer ein leichtsinniges Wort gewesen. Und besonders dieser Krieg hat den in jenem Worte formulierten Glauben, daß ein bewaffneter Friede der bestgesicherte Friede sei, gründlichst widerlegt. Die Vorgeschichte dieses Krieges zeigt deutlich, daß das europäische Wettrüsten kein Mittel zum Frieden, sondern im Gegenteil eine Quelle des Krieges gewesen ist: Gewalt schafft und schützt keine Gemeinschaft dauernd; das wissen jetzt die Denkenden in allen kriegführenden Ländern. Wären übrigens die Rüstungen — was sie also nicht sind — an sich ein Mittel, den Frieden zu bewahren, wie sollte es nach dem kommenden Friedensschlusse für irgendeinen Staat noch möglich sein, sich eine ausreichende Rüstung zu beschaffen? Erzberger sagt mit Recht, daß nach der Entwicklung, die die Waffentechnik in diesem Kriege und durch diesen Krieg genommen hat, bei Fortdauer des Wettrüstens Alles, was bisher Rüstung hieß, ein Kinderspiel sein wird gegenüber Dem, was man dann künftig so nennen wird. Ich möchte hinzufügen, daß nach dem Urteile Mancher, die es wissen können, allein eine wirklich ausreichende Luftrüstung nach diesem Kriege so viel kosten würde, wie vor dem Kriege die ganze Wehrmacht.

Ungangbar ist aber auch der Weg über ein „Universalreich", ein „Weltimperium". Wohl ist etwas Ähnliches ein einziges Mal in der Weltgeschichte annähernd gelungen: nämlich den Römern, die, ungefähr während der ersten vier Jahrhunderte unsrer Zeitrechnung, der damaligen Kulturwelt Europas, Vorderasiens und Nordafrikas so etwas wie einen dauernd gesicherten Frieden, die „Pax Romana" gegeben hatten. Aber — ganz abgesehen davon, daß der zu jener Zeit durch die römische Universal-Monarchie befriedete Kreis von Völkern doch nur verschwindend klein ist gegenüber all den Völkern, um die es sich heute handeln würde — es hat auch seit dem Untergange des römischen Reiches die Geschichte gezeigt, daß selbst in dem Umfange, wie es den Römern gelungen war, ein Weltimperium nicht mehr möglich ist. Alle solchen Versuche, mögen sie ausgegangen sein von der französischen Revolution, von Napoleon I., von Rußland oder von Napoleon III., haben immer nur neue Blutmeere geschaffen.

Es gibt eben keinen andern Weg, als den Völkerbund.

Was ist nun der Völkerbund?

Der Völkerbund wird darauf beruhen, daß die Völker der Erde erkannt haben, daß es eine durchaus unzweckmäßige Art dafür ist, internationale Streitigkeiten zur Entscheidung zu bringen, wenn sie zu diesem Zwecke mit der Blüte ihrer männlichen Welt aufeinander loswüten. Die Grundlage des Völkerbundes wird es demnach sein, daß die Völker es als zweckmäßiger erkennen, wenn sie zur Austragung ihrer Streitigkeiten — die als solche zwischen ihnen immer vorkommen werden, genau so, wie sie zwischen einzelnen Menschen immer vorkommen — auf die Gewalt verzichten und den Rechtsweg wählen. Der Völkerbund wird demnach ein Bund der ihm angeschlossenen Staaten sein, der diese Staaten, die „Bundstaaten" (wie Erzberger sie nennt) auf der einen Seite verpflichtet, alle zwischen ihnen entstehenden Streitigkeiten dem Schiedsgerichte des Völkerbundes zu unterbreiten, dafür aber andrerseits den Bundstaaten ihre politische und territoriale Hoheit gegen jeden Angriff eines Bundstaates oder eines außenstehenden Staates mit der gesamten Macht des Völkerbundes gewährleistet. Er beruht auf dem Grundsatze, daß sämtliche ihm angeschlossenen Staaten völlig gleichberechtigt und denselben Bedingungen unterworfen sind. Jedes Volk, das sich ihm anschließt, sagt damit allen Vorherrschaftsgelüsten ab. Nach Erzbergers Meinung müssen sich, damit der Völkerbund als zustandegekommen gelten könne,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

unter den Bundstaaten jedenfalls die folgenden befinden: Deutsches Reich, England, Frankreich, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Rußland.

Das wichtigste Werkzeug des Völkerbundes ist das Schiedsgericht, und zwar spricht Erzberger mit dankenswerter Deutlichkeit aus, daß dabei Halbheiten nicht genügen. Das bedeutet aber zweierlei: Zum Ersten, es muß ein entscheidender Schritt über Das hinaus getan werden, was auf den Haager Friedenskonferenzen bisher erreicht worden ist: die Schiedsgerichtsbarkeit muß aus einer unverbindlichen zu einer verbindlichen werden. Die dem Völkerbunde angeschlossenen Staaten müssen sich verpflichten, bei Streitigkeiten untereinander unter keinen Umständen zu den Waffen zu greifen. Damit fällt, wie Erzberger mit Recht scharf betont, auch die sogenannte „Ehrenklausel". Es soll also kein dem Völkerbunde angeschlossener Staat mehr behaupten können, eine bestimmte Streitigkeit sei nicht geeignet, schiedsgerichtlich entschieden zu werden, unter dem Vorwande, sie berühre seine „Ehre oder seine Lebensinteressen". Denn „wenn", sagt Erzberger, „es den Staaten überlassen bleibt, zu entscheiden, ob ein Streitfall geeignet ist, schiedsgerichtlich entschieden zu werden oder nicht, so bleiben die Völker unter dem Joch chronischer Kriegsgefahr, zumal der Kriegswille einer Partei auch die andre Partei zu den Waffen zwingen würde."

Verstößt nicht das Eingehen einer solchen Abmachung gegen die Souveränität des Staates?

Selbstverständlich tut es das: wer auf die Gewalt verzichtet, verzichtet natürlich auf die letzte Konsequenz seiner Souveränität. Aber, daß bisher kein Staat auf diese letzte Folgerung aus seiner Souveränität verzichten wollte, Das, eben Das, ist ja gerade das Wesen der bisher herrschenden zwischenstaatlichen Anarchie, die, wie dieser Weltkrieg bewiesen hat, für jedes einzelne Volk unerträglich geworden ist und im Interesse jedes einzelnen Volkes beseitigt werden muß. Das Pochen auf diese letzte Folgerung aus der Souveränität hat ja eben dem Kriege die herrschende Rolle im Völkerleben gegeben, eine Rolle, von der der Krieg herunter muß, wenn die Völker weiterleben wollen. Gewiß, diese letzte Folgerung aus der Souveränität, dieses „Recht" der Gewalt, durch das Recht des Rechtes zu ersetzen, das ist ja der Zweck der ganzen Arbeit für den Völkerbund. Ohne den staatlichen Egoismus jedes einzelnen Staates insoweit preis zu geben, ist eben die Gemeinschaft der Staaten, die heute eintreten muß, wenn nicht jeder einzelne Staat zugrunde gehen soll, gar nicht möglich. Dem Staate, der in eine höhere Rechtsgemeinschaft eintritt, geht es dabei selbstverständlich genau so, wie dem einer Rechtsgemeinschaft angehörenden Einzelmenschen, der, eben weil er der Rechtsgemeinschaft angehört, auch auf allerlei „verzichten" muß, wonach ihn etwa gelüsten oder dessen er sogar bedürfen könnte; zum Beispiel darauf, sich am Eigentum seines Nachbarn zu bereichern. Nur geht es dabei dem Staate auch andersherum so, wie jenem Einzelmenschen: Der ist nämlich durch diesen „Verzicht" und erst durch diesen „Verzicht" nun auch seinerseits davor geschützt, daß Andre sich an seinem Eigentum vergreifen. Und genau so erhält ja der Staat für seinen Verzicht auf die letzte Folgerung aus seiner Souveränität einen Gegenwert, der ihm mehr einbringt, als der Verzicht ihn gekostet hat: er erwirbt den gleichen Verzicht seitens aller andern dem Völkerbunde angehörigen Staaten, und damit endlich eine wirkliche Sicherung seines Besitzstandes und seiner Freiheit. Beides kann ihm bei Fortdauer des anarchischen Zustandes zwischen den Staaten heutzutage die Machtpolitik nicht mehr gewährleisten, weil sich heute

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

auch gegenüber dem stärksten Einzelstaate jeden Augenblick eine Machthäufung Mehrerer zusammenballen kann, der er nicht gewachsen ist. „Das kleine Opfer," sagt Erzberger, „das die Völker sich gegenseitig bringen, wenn sie auf die Gewalt verzichten, steht in keinem Verhältnis zu den unmeßbaren Verlusten an Gut und Blut, die ein Krieg mit sich bringt."

Besteht nicht die Gefahr einer „Majorisierung" oder eines Fehlurteils?

Die Vorstellung von der „Majorisierung" ist bekanntlich einer der gebräuchlichsten „Beweisgründe", womit Unwissende, Bösgläubige oder Wirrköpfe gegen den Gedanken des Schiedsgerichts und damit des Völkerbundes arbeiten. Schon in dem Aufsatz „Haag" habe ich mich mit dieser Vorstellung auseinandergesetzt; Erzberger, der, wie schon gesagt, selbstverständlich auf den Haager Errungenschaften weiter baut, kann natürlich für Den, der überhaupt sehen und denken will, die Verkehrtheit jenes Gedankens ebenfalls sehr schnell und ganz unwiderleglich nachweisen: Es soll sich bei dem Schiedsgerichte des Völkerbundes ja nicht, wie Quertreiber den Toren immer wieder vorspiegeln, darum handeln, daß etwa die Bundstaaten zusammenträten und eine, womöglich ganz willkürliche, Mehrheitsentscheidung fällten; sondern es ist die Rede von Sprüchen eines Gerichts, dessen Mitglieder von den streitenden Parteien zu gleichen Teilen selbst gewählt werden (nach Erzbergers neuem, sehr zweckmäßigem, Vorschlage unter Zustimmung der Volksvertretungen der streitenden Staaten). Und wobei die Schiedsrichter dann wieder gemeinsam einen Obmann bestimmen.

Nun aber die Möglichzeit eines Fehlurteils? Daß mit bewußter Parteilichkeit nicht zu rechnen ist, die Gewähr dafür liegt einmal in der eben beschriebenen Art, wie das Schiedsgericht aufgebaut wird, dann aber auch noch außerdem darin, daß nur solche Personen dazu gelangen können, Schiedsrichter oder Obmänner zu werden, die persönlich und wissenschaftlich einen Weltruf zu verlieren haben. Erzberger hält es mit Recht für eine ganz unsinnige Idee, daß solche Männer vor den Augen Europas ein parteiisches Urteil fällen würden. — Aber trotz größter Unparteilichkeit könnte ein Spruch des Schiedsgerichts (und sogar der Berufungsinstanz, die Erzberger unter dem Namen „Oberschiedsgericht" vorsieht) immerhin doch ein Fehlspruch werden? Sicherlich; genau so, wie auch unser Reichsgericht sich einmal irren kann. Aber wer kann Erzberger widersprechen, wenn er dazu sagt:

> „Jedenfalls hat das Schiedsgericht mindestens ebensoviel Aussicht Recht zu schaffen, wie ein Krieg ... Hat das Volk, das zu den Waffen greift, um sein Recht zu erhalten und durchzusetzen, mit seiner Kriegserklärung auch die Garantie in der Tasche, daß der Ausgang des Krieges es instand setzen wird, das Recht zu schaffen? ... Es gibt beim Schiedsgerichtssystem keine Möglichkeit mehr für furchtbare Überraschungen, wie sie der Krieg für die Völker oft darstellt. ... Ein Fehlurteil wäre immer noch billiger, als ein verlorener Krieg."

Mir scheint, die Tage, die wir jetzt durchleben, geben uns Deutschen Veranlassung, diese Sätze Erzbergers, ganz besonders aber den dritten Satz, zweimal zu lesen: Ob es heute wohl unter Deutschen, Österreichern und Ungarn noch einen gewissenhaften Menschen gibt, der bezweifelte, daß es besser gewesen wäre, wenn Österreich-Ungarn seine Streitigkeit mit Serbien vor den ständigen Schiedshof im Haag gebracht hätte, anstatt das Ultimatum zu stellen und dann noch wegen der Nicht-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

annahme zweier Punkte des Ultimatums den Krieg zu erklären? (Nach den Haager Bestimmungen wäre ja bei dem Streite zwischen Österreich und Serbien nicht ein internationales Schiedsgericht, sondern eine internationale Untersuchungskommission tätig geworden; das Nähere darüber findet man in meinem oben schon mehrfach angeführten Aufsatze „Haag".)

Ist das Alles nicht allzusehr „ohne Beispiel in der Weltgeschichte"?

Nein, ganz im Gegenteil: Die Nordamerikanische Union, die Schweiz und vor Allem gerade unser Deutsches Reich selbst sind Staatsformen, deren unmittelbare Weiterbildung der Völkerbund sein wird. Auch bei diesen bereits bestehenden Staatsformen genießen die einzelnen Glieder volle Freiheit und Unabhängigkeit in den Fragen ihres innerstaatlichen Lebens; der ihnen übergeordnete Bund hat sich nur bestimmte Dinge vorbehalten, die das Interesse aller Glieder berühren. Und zu diesen Dingen gehört auch hier die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den einzelnen Gliedern. Es ist noch keineswegs so sehr lange her, daß die Gliedstaaten der nordamerikanischen Union, der Schweiz und auch des Deutschen Reiches ihre Streitigkeiten noch durch Kriege glaubten entscheiden zu müssen; in Deutschland geschah das noch vor weniger als 55 Jahren! Ferner aber ist die Anarchie, die zwischen den Staaten der Erde bisher grundsätzlich noch herrschte, doch auch schon vor dem Weltkriege durch alle möglichen zwischenstaatlichen Abmachungen eingeschränkt gewesen. Die betrafen zum Beispiel das Zollwesen und das Handelswesen, den Verkehr, besonders den Eisenbahnverkehr, die Post, die Telegraphenlinien und die Kabel, sogar eine Reihe von Dingen des Kriegswesens. Ja, auch für die Schiedsgerichtsbarkeit selbst liegen bereits sehr kräftige Ansätze vor, teils durch Schiedsverträge zwischen den einzelnen Staaten, teils durch die Haager Bestimmungen. — Das alles sind Anfänge eben des weltgeschichtlichen Vorganges, der unausweichlich zum Völkerbunde führt und in ihm seinen Abschluß finden wird.

Wie steht zu diesen Gedanken das Deutschtum?

Diese Gedanken sind (wie ich auch in meinen politischen Aufsätzen im „Vortrupp" immer wieder betont habe) ureigenstes deutsches Geistesgut. Ihre Grundlagen wurzeln unter Anderm in der Geschichte gerade des deutschen Staatsrechts. Daß Streitigkeiten schiedsgerichtlich beigelegt werden, ist eine Tatsache, die ein Wesenszug schon der ältesten Zeiten der deutschen Geschichte ist: Das gründet sich in dem ausgebildeten Hang zur Genossenschaftsbildung, der schon den alten Deutschen eigentümlich war. Dieser Zug geht dann durch die ganze Staatsgeschichte des deutschen Mittelalters; er findet sich im Frankenreiche ebensogut wie in der Hansa, die bereits feste Formen für Schiedsgerichte besaß. Streitende deutsche Fürsten pflegten sich zu einigen im Wege des „Austrägalverfahrens"; das bedeutet: ein dritter Fürst brachte ihren Streit durch einen Schiedsspruch zum „Austrag". So gelang es, der Anarchie zwischen den einzelnen deutschen Staatsgebilden, der Anarchie, die damals innerhalb des Deutschen Reiches im Wesentlichen ebenso herrschte, wie heute unter den Staaten der Erde, mehr und mehr Abbruch zu tun; es bildeten sich die verschiedenen Landfriedensbünde. Und schließlich gelang es Kaiser Maximilian I., für das ganze Reich den „Ewigen Landfrieden" aufzurichten und im Reichskammergericht eine

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Einrichtung zu schaffen, die den Zweck und die Fähigkeit hatte, der Anarchie zwischen den Staatsgebilden des damaligen Deutschen Reiches ebenso zu steuern, wie das obligatorische Schiedsgericht des Völkerbundes berufen sein wird, das gleiche zwischen den Staaten der Erde zu wirken. In späteren staatlichen Ausprägungen des deutschen Lebens, nämlich im „Deutschen Bunde", im „Norddeutschen Bunde" und schließlich im neuen Deutschen Reiche sind ganz entsprechende Grundsätze für die Schlichtung von Streitigkeiten der Gliedstaaten festgehalten worden.

Deutschlands größtem Philosophen aber, dem Manne, der anerkannt ist als der deutscheste unter den Denkern der Welt: Immanuel Kant, war es vorbehalten, auszusprechen, daß der ewige Friede unter den Völkern der Erde ein sittliches Pflichtgebot ist. In Nr. 5 des „Vortrupp" von 1918, in dem Aufsatze „Zum ewigen Frieden"*) habe ich Kants Lehre hierüber ja eingehend dargelegt. Niemand kann leugnen, daß Erzbergers Vorschläge voll auf dem Grunde stehen, den Kant bereitet hat. Wir Deutschen aber wollen nicht vergessen, daß alles Das, was heute in angelsächsischen Ländern, besonders auch von Wilson, an Völkerbundsgedanken gefördert und gefordert wird, eben grunddeutsch ist und schon vor mehr als hundert Jahren von unserm größten Philosophen der Welt verkündet worden ist. Grunddeutsch war deshalb auch Bethmann Hollwegs Novemberrede von 1916, das erste große amtliche deutsche Bekenntnis gegen die Anarchie zwischen den Völkern, und grunddeutsch war die Friedensentschließung des Reichstages vom 19. Juli 1917.

Wie steht zu diesen Gedanken das Christentum?

Es lehrt sie seit beinahe zwei Jahrtausenden. Das Christentum hat die Idee der Zusammengehörigkeit aller Menschen, eine Idee, die tief im menschlichen Bewußtsein ruht, gerettet. Im Gegensatz zu der antiken Auffassung bekennt sich daher das Christentum grundsätzlich zu dem Friedensgedanken; Erzberger hat zehnmal recht, wenn er leugnet, daß die berüchtigten „Kriegstheologen" auf dem Boden des Christentums stehen. Gerade nach Dem, was die Welt jetzt erlebt hat, geht der christliche Völkergemeinschaftsgedanke wieder durch die Welt und mahnt die Völker zur Einkehr, zur Gewissenserforschung.

Erzberger hebt besonders hervor, daß diese Gedanken im Papsttume stets eine sehr starke Stütze gehabt haben. Ich, als Protestant, füge hinzu: auch der Protestant kann das nicht leugnen und darf das nicht leugnen. Ich erinnre mich, in einer Vorrede zu einer Ausgabe von Machiavellis Buch „Der Fürst" eine Bemerkung gelesen zu haben, deren Treffsicherheit mir auffiel: Eine wie große Sache es für die geplagte Menschheit des Mittelalters gewesen sei, daß, zwischen all den streitsüchtigen und ländergierigen Kaisern, Königen und Fürsten jener Zeit, in der Person des Papstes stets ein Mensch gelebt habe, den jene Alle ehrfürchtig behandeln mußten, wollten sie sich nicht auch bei ihresgleichen schwer ins Unrecht setzen, ja geradezu unmöglich machen; das habe damals oft Frieden in die Welt gebracht. Daß jetzt während des Weltkrieges der Papst von Anfang bis zu Ende den ehrlichen Versuch gemacht hat, im Sinne dieser Überlieferung seines Amtes zu wirken, kann kein Ehrlicher leugnen; ebensowenig, daß sich unter der dem Papste untergebenen Geistlichkeit, wenigstens in Deutschland, kaum „Kriegstheologen" befunden haben. — Und daß Beides dem Papste und dem Papsttume auch unter den Protestanten viel Sympathie erworben hat.

---

*) Vortrupp-Flugschrift Nr. 48.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ja.

Und zwar vor Allem um deswillen, weil der Völkerbund eine sittliche Idee verkörpert, die jetzt in der Welt zum Siege kommt, und die nicht wieder verschwinden wird. Unter dem furchtbaren Erleben des Weltkrieges haben sich, so möchte ich es auffassen, in den Seelen der Menschen neue „innere Hemmungen" gebildet, die nicht mehr zu beseitigen sind.

Dann aber auch darum, weil die Völker ein schlechthin überwältigendes Interesse daran haben, daß der Völkerbund bestehe und daure: Ein jedes Volk wird hinein wollen, denn wer außerhalb bleibt, hat den Schaden davon. Ein Staat, der draußen bleiben würde, gliche einem nicht organisierten Arbeiter, der sich freiwillig aller Vorteile begeben würde, die die organisierte Arbeiterschaft ihren Mitgliedern bietet. Besonders werden die Rüstungslasten im Völkerbunde verschwindend gering sein gegenüber den Rüstungslasten eines Staates, der draußen bleiben wollte. Es wird sich demnach kein Volk von seiner Regierung gefallen lassen, außerhalb des Völkerbundes gehalten zu werden, um sich dann mit großen Rüstungslasten abzuschleppen. Zumal die doch nie etwas daran ändern könnten, daß der Völkerbund mit seinen vervielfachten Hilfsmitteln dem Draußenstehenden, wenn der es darauf ankommen ließe, militärisch weit überlegen wäre. Daß aber ein Volk seiner Regierung gestatten sollte, den Völkerbund wieder zu verlassen, dadurch also auf alle Vorteile des Völkerbundes zu verzichten, und sich außerdem die (für diesen Fall vorgesehene) Bundesexekution auf den Hals zu ziehn — eine Exekution, gegen die Widerstand aussichtslos wäre, weil der Völkerbund seiner Natur nach viel stärker ist, als jeder Rebellenstaat — dafür liegt keinerlei psychologische Möglichkeit vor. Erzberger betont, daß der Weltkrieg außer allen Zweifel gestellt hat, daß militärische Unternehmungen, sogar größten Stils, mit Heeren und Flotten möglich sind, die aus den Abteilungen verschiedener Völker bestehn, ja, die sogar gemischte Stäbe besitzen; Erzberger folgert daraus mit Recht, daß ein Zweifel daran, daß der Völkerbund Bundesexekutionen mit Erfolg vornehmen könne, nicht mehr gestattet sei.

Übrigens gibt es Möglichkeiten, den schon seiner Natur nach starken Zusammenhang des Völkerbundes noch zu festigen: Erzberger kommt dazu auf seinen auch sonst bekannt gewordenen Vorschlag zurück, die Bundstaaten gegenseitig an ihrer Volkswirtschaft zu interessieren. Er denkt daran, daß etwa die großen Schiffahrtsunternehmungen der Bundstaaten ihre Aktien bis zu 49 Prozent austauschen sollten, daß ein Bundstaat an einem Zweige seiner Erzeugung oder seiner Ausfuhr, in dem er besonders stark ist, einen andern Bundstaat beteiligen sollte gegen gleiche Behandlung durch diesen. Erzberger stellt mit Recht den Satz auf, daß bei solchem Vorgehn selbst solche Mächte, die miteinander im wirtschaftlichen Wettbewerb stehn, ein sehr lebhaftes Interesse daran haben müssen, daß es beiden gut gehe. Er fügt hinzu: „So unmöglich kleinen Geistern des Alltags der Gedanke unter den jetzigen Verhältnissen erscheinen mag, so hat er doch nichts Absurdes an sich." Und diese Auffassung begründet Erzberger auch mit dem Hinweise auf die Tatsache, daß Derartiges schon vor dem Kriege angestrebt wurde, und zwar gerade zwischen Deutschland und England, die zum Beispiel eine gemeinsame Erschließung der Petroleumfelder in Mesopotamien planten. Erzberger hält dafür, daß sich ein solches Zusammengehen mehrerer Bundstaaten ganz besonders empfiehlt für die Erschließung der Kolonien, er berührt sich da mit Gedanken, die auch Solf ausgesprochen hat. (Vgl. S. 184 u. 185 meines Leitaufsatzes „Solf" im „Vortrupp" Nr. 10 von 1918.)*) Als

*) Vortrupp-Flugschrift Nr. 50.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Gegenstück dazu fordert Erzberger, daß die Bundstaaten den Arbeiterschutz, das Arbeiterrecht und die Arbeiterversicherung gemeinsam regeln sollen; diese Forderung hat ja Prinz Max in seiner Kanzlerrede vom 5. Oktober 1918 bereits zu einem Programmpunkte der deutschen Regierung für den Friedensschluß gemacht.

Selbstverständlich werden die Chauvinisten aller Länder das gute Verhältnis der Bundstaaten zu einander zu stören und so den Völkerbund zu erschüttern suchen. Die Chauvinisten, von denen Erzberger grob, aber ungemein zutreffend sagt:

> „Der Chauvinist ist ein internationaler Schädling, er lebt von der Verhetzung, er ist ein Parasit des Zwistes. Wie oft verbergen sich nicht hinter der nationalen Maske brutale kapitalistische Interessen?"

Erzberger erkennt, daß es vor Allem darauf ankommt, diesen internationalen Schädlingen ihre Hauptwaffe aus der Hand zu schlagen, nämlich die internationale Hetzpresse (die sich selbst in jedem Lande die „nationalistische Presse" nennt). Das soll dadurch erreicht werden, daß in jedem Bundstaat Beleidigungen und Verhetzungen gegen andre Völker oder Staaten unter Strafe gestellt werden, wenn sie in der Presse oder in andern Druckschriften erfolgen; daß weiter jeder Bundstaat das Recht erhält, Falschmeldungen oder Tendenzmeldungen, die in der Presse eines andern Bundstaates auftreten, im Wege eines Berichtigungszwanges unschädlich zu machen.

Eine besonders starke Befestigung des Völkerbundes erwartet Erzberger von den Frauen und Müttern:

> „Wie sie", so sagt er, „im Kriege die stille Pflicht des Entsagens und Verzichtens ausgeübt haben, werden sie durch ihren erfahrungsreichen Einfluß und ihre durch Leid geläuterte Erziehung ein Geschlecht schaffen, das mit allen Fasern an der aus der tiefsten Not des Weltkrieges geborenen ewigen Idee von der Solidarität der Menschheit hängen wird*)."

Benutzt die Entente den Völkerbundsgedanken nicht bloß als Maske für imperialistische Ziele?

Zweifellos gibt es innerhalb der Entente Kreise, die Das tun: es sind das die Eroberungspolitiker drüben. Aber daß der Gedanke des Völkerbundes, wie jeder Lichtgedanke, mißbraucht und verfälscht werden kann, Das ändert nichts daran, daß der echte Gedanke wahr ist und eine Weltnotwendigkeit bedeutet. Uns Deutschen legt solcher Mißbrauch nur die Pflicht auf, den Gedanken des Völkerbundes der Welt immer wieder so darzustellen, wie er in seiner Echtheit und Reinheit aussieht. Übrigens handelt es sich bei Denen im Feindeslager, die solchen Mißbrauch und solche Verfälschung treiben, eben immer nur um bestimmte Kreise; auch drüben gibt es genug, die den Gedanken des Völkerbundes echt und ehrlich fassen: einer der Wichtigsten davon ist der (von den Unwissenden bei uns für eine Art kriegstoller Bestie gehaltene) Sir Edward Grey in England.

Wer sind die Feinde des Völkerbundgedankens?

Es sind — in allen Ländern — diese: Zum Ersten alle Die, die kraft ihrer Natur verdammt sind, am Alten zu hängen, am „bewährten" Alten wie sie es nennen, am Alten, das in Wahrheit — auch wir Deutschen haben es jetzt mit Schmerzen

*) Unter Anderm deshalb sind wir auch stets für das Frauenstimmrecht eingetreten.

Vortrupp.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

lernen müssen — nichtbewährt ist. Die „Ewig-Gestrigen", wie Solf sie getauft hat.

Dann die Zagen, die sich fürchten vor den praktischen Schwierigkeiten, die die Durchführung mit sich bringt, wie jedes Werk auf Erden.

Endlich die, die überhaupt in jedem Ideal eine Gefahr sehen.

Wobei es jedem überlassen bleibt, selbst zu bestimmen, in welche dieser drei Gruppen er unsre — auch jetzt noch unbelehrbaren — Gewaltpolitiker und Kriegsromantiker einreihen will. Deren Weltbild, wie ich noch berichten möchte, am 19. Oktober 1918 wieder einmal in den „Alldeutschen Blättern" festgelegt wird in dem folgenden, in dem dort üblichen Unfehlbarkeitstone den Einfältigen verkündeten Dogma:

„Ewiger Völkerfriede, Völkerbund, Versöhnung und Gleichberechtigung sind Wahngebilde, denen ein Kind oder Fieberkranker nachhängt."

Seien wir also mit Stolz „Kinder" und „Fieberkranke", wie Immanuel Kant ein „Kind" und ein „Fieberkranker" war!

* * *

Das Vorstehende gibt natürlich wirklich nur die Grundgedanken wieder aus Erzbergers nahezu 200 Druckseiten starkem Buch. Ich empfehle, zu dem Buche selbst zu greifen.

Fidelis.

Das Schicksal und du selbst!

III.

Religiöser Aufbau.

Theologie.

Die Kantische Unterscheidung von Erscheinung und Ding an sich, im Verein mit der Grundlegung des Sittengesetzes als vom Menschen als Ding an sich gegeben dem Menschen als Erscheinung, gab schon das rechte Mittel an die Hand, die naturwissenschaftliche Auffassung von einer Schicksalsbestimmung augenblicklich zu zertrümmern, sobald sie es wagt, ihre Befugnisse zu überschreiten, und sich am Reich der Sittlichkeit vergreift. Wenn wir jetzt noch einmal ausholen zum letzten Schlage in dieser Richtung gegen einen auf die Spitze getriebenen Schicksalsglauben, gegen die Lehre von der Vorherbestimmung durch Gott, so finden wir einen trefflichen Bundesgenossen, der den bereits errungenen Sieg noch in besonderer und geradezu großartiger Weise veranschaulicht, und das ist die Upanischad-Weisheit des Weda.

Brahman gleich Atman.

Wedanta oder Weda-Ende.

Weda heißt Wissen, heiliges Wissen, und ist der Name für die Bibel der Inder. Die Upanischaden bilden den letzten Teil und enthalten die Geheimlehre, wie sie von den indischen Priestern vorgetragen wurde, den Brahmanen. Diese Geheimlehre nun beleuchtet in feierlichen und farbenprächtigen Bildern aus der schönen tropischen Natur immer wieder die eine große Wahrheit, daß der Träger dieser ganzen Welt, das höchste Brahman, im letzten Grunde ebendasselbe ist wie mein Atman, mein Selbst. Alles, was geeignet ist, mich von dieser Wahrheit abzubringen, beruht kurzerhand auf Täuschung, ist „Maya", sagen die Inder. Alle Vielheit (in Raum und Zeit) wie alle Veränderung (nach dem Ursachengesetz) gehören mit zu dem großen Weltentrugbild, welches uns durch das Spiel der Sinne vorgegaukelt wird. In Wahrheit gibt es nur ein Wesen, ein wahrhaft Seiendes, das ist das große, weltdurchdringende Brahman. Eben dieses geheimnisvolle Brahman aber wohnt in meinem eigenen Innern

als Atman, als mein Selbst — gemeint ist dasjenige, was von mir übrig bleibt, wenn ich absehe von allem Äußerlichen und von jeder Sünde geläutert und rein dastehe, dann habe ich mein göttliches Selbst. Brahmangleich Atman oder in biblischer Ausdrucksweise: Gottgleich Seele, das ist die Grundwahrheit der indischen Geheimlehre. Wer durchdrungen ist von dieser Erkenntnis: „Der höchste Gott, der ist deine Seele", und wer vom Wesen aller Wesen der Inder „Großes Wort" bekennt: „Tat tvam asi — Das bist Du", dem wird Erlösung zuteil. So lautet die Verheißung des Weda.

Gott und Jesus wie Vater und Sohn.

Jetzt sind wir recht vorbereitet, mit dieser Leuchte indischer Weisheit einzutreten in den hehren Dom des Christentums (der uns von früher Jugend an bekannt ist, aber wegen mancher Dunkelheiten doch nicht recht vertraut!), um ihn nun erstrahlen zu sehen in hellster Pracht. Allerdings haben wir uns auch weiterhin stets gegenwärtig zu halten, daß das Innerste der Heiligtümer uns nur aufgeschlossen werden kann mit dem Schlüssel der Kantischen Philosophie.

Wir werden verstehen lernen, wie das Christentum in seiner ewigen Wahrheit sich einen Weg gebrochen hat durch die krause Schale des Judentums, kraus, sofern dieses einseitig fußte auf der überkommenen Lehre der alten Hebräer. Wir werden unterscheiden lernen von dieser brüchig gewordenen Schale den gesunden Kern, wenn wir einmal die Lehre des Alten Bundes und die des Neuen über das Verhältnis von Gott und Mensch einander gegenüberstellen.

Altes Testament.

Nach dem Alten Bunde im Anschluß an den Mosaischen Schöpfungsbericht stehen Gott und Mensch sich gegenüber wie zwei einander ausschließende Wesenheiten. Dort oben Gott, der Ewige und der Allmächtige, der Schöpfer Himmels und der Erden, der Heilige und der Herr, hier unten der Mensch, der Vergängliche und Ohnmächtige, ein Machwerk aus Nichts, der Sündige und der Unecht. Gott legt dem Menschen Gesetze auf, die dessen Natur zuwiderlaufen; daher dräuet Gott zu strafen alle die, welche seine Gesetze übertreten, und andererseits tut er allen denen wohl, welche seine Gebote halten. Auf solche Weise sucht er Gehorsam zu erzwingen.

Neues Testament.

Nach der Lehre des Neuen Bundes dagegen, auf Grund der Frohen Botschaft Jesu, hat sich eine ganz andere Auffassung Bahn gebrochen. Jesus selbst fühlt sich keinesfalls Gott gegenüber als ein furchtsam oder klug unterwürfiger Knecht, welcher durch Furcht vor Strafe sich schrecken oder durch Hoffnung auf Lohn sich locken ließe. Nein, dieses Sklavenverhältnis des Menschen zu Gott ist aufgehoben. Jesus tut das Gute nur um des Guten willen, ist freiwillig Gott gehorsam allein aus Liebe. Dabei fühlte er sich schon in diesem Leben dem höchsten Gott so nahe stehend, im Innersten seiner Seele ihm so verwandt, daß er diese Wesensgemeinschaft von Gott und sich selbst in Worte fassen mußte. Und er konnte doch wohl kein treffenderes und zugleich schöneres Bild und Gleichnis finden als das von Vater und Sohn! Als der ureigenste Sohn Gottes, so fühlte sich Jesus. Und was legte er alles hinein, wenn er betete und sprach: „Mein Vater!". Das Johannes-Evangelium läßt Jesus von sich sagen: „Wer mich siehet, der siehet den Vater"; ja, Jesus durfte erklären: „Ich und der Vater sind eins."

Was aber Jesus von Nazareth wirklich war als höchstes Vorbild, er, der Christus, ebendasselbe soll und wird jeder von uns werden — wenn auch erst in einer langsam aufsteigenden Annäherung. Von Natur aus sind wir alle „Adam", d. h. große Ichlinge und Sünder; aber wir alle sollen Christum an-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ziehen, ihn in uns Gestalt gewinnen lassen (Gal. 4. 19), so daß wir alle „Christus" werden bis zur höchsten Vollkommenheit, so vollkommen wie der Vater im Himmel! (nach Matthäus 5, 48). Außer unserem Meister selbst hat kein Geringerer als Paulus diese gewaltige Forderung der Christenheit ans Herz gelegt, und zwar in einer Schärfe und Deutlichkeit, die nichts mehr zu wünschen übrig läßt, durch seine Lehre vom alten Menschen und vom neuen Menschen. Nicht ist das Heil zu erwarten dadurch, daß man hier und da versucht, an den äußerlichen Handlungen, an den sogenannten „Werken" etwas zu ändern und zu bessern — sie sind zudem alle, sie seien gut oder böse, wegen der allgemeinen Gültigkeit des Ursachengesetzes völlig bestimmt und gehen aus der Natur des Menschen mit Notwendigkeit hervor! Rettung ist allein möglich durch eine vollständige Umwandlung meines Wesens, des natürlichen, fleischlichen Menschen in den geistigen Menschen, des ichsüchtigen und sündigen in den uneigennützigen und sündlosen dadurch, daß der alte Adam in uns vernichtet wird und Gott uns reinigt und selig macht durch „das Bad der Wiedergeburt" (Titus 3, 5). Das ist die Hauptlehre des ganzen Christentums. Der alte Mensch ist von der Erde und irdisch, d. h. mein natürliches Dasein ist verderbt und mit Sünde behaftet. „Denn ich weiß, das in mir, das ist, in meinem Fleische wohnet nichts Gutes" (Römer 7, 18). Der neue Mensch aber, der von Christus ergriffen ist, in dem Gottes Gnade mächtig ward, der ist ein von Grund aus neues Wesen. „Das Alte ist vergangen, siehe, es ist Alles neu geworden" (2. Korinther 5, 17). Ja, und was ist nun dieser neue, wiedergeborene, geistige Mensch? — Wie wenn Paulus mit einem gewaltigen Anlauf untertaucht in die tiefsten Tiefen indischer Weisheit, um die köstlichste Perle ans Licht zu fördern und diese seiner Gemeinde (1. Korinther 15, 47) nun darzureichen: Es ist

„der Herr vom Himmel!"

„ὁ Κύριος ἐξ οὐρανοῦ"

Der sittlich erneuerte Mensch ist seinem Wesen nach völlig verwandelt. Aus der Bejahung des Willens zum Leben wurde Verneinung (Schopenhauer); aus der Ichsucht Ichverleugnung (Jesus, nach Matthäus 16, 24: Will mir jemand nachfolgen, der verleugne sich selbst!), aus der Eigenliebe Nächsten- und Gottesliebe. Und der auf solche Weise neugeborene Mensch ist mit der Gottheit vollkommen eins. Gott und des sittlich guten Menschen Seele bilden eben eine ewige unzertrennbare Einheit.

Der Mensch wäre also gleich Gott? Nie und nimmermehr! Wir wissen nur zu genau, wieviel Ichsucht und Sünde uns noch anhängt, wie sehr wir „des Ruhms mangeln, den wir an Gott haben sollten" (Römer 3, 23); aber das lassen wir uns nicht streitig machen: Sofern wir das Böse im eigenen Innern überwinden, haben wir teil an Gottes Wesen; sofern es uns gelingt, sittlich gut zu sein, nähern wir uns dem Wesen Gottes; fällt doch unser Wille mit dem göttlichen zusammen, und insofern sind wir mit Gott eins. Fassen wir nur den Begriff der „Seele" in seiner ganzen Tiefe nach Art der Geheimlehre des Weda in der Brahmanenbibel als mein wahres Wesen, befreit von allem Äußerlichen und gereinigt von allem Bösen, nun, dann ist kein Anspruch zu hoch für das, was meine Seele ist, kein Wort zu kühn und zu verwegen, nur eine Gleichung drückt die Wahrheit aus:

Seele gleich Gott.

Evangelium.

Das ist die Frohe Botschaft des Neuen Bundes.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

IV.

Schlußergebnis.

Mit unseren Auseinandersetzungen sind wir am Ende. Ziehen wir kurz die Summe und halten die letzte Ernte!

Kriegsfatalismus.

Das ist das allgemeine Kriegserlebnis, dem wir auf Schritt und Tritt begegnen bei den Menschen, ein Zug zum Schicksalsglauben hin. Daher habe ich vom Schützengrabenspruch geredet und dann drei Formen unterschieden. Wenn ein Soldat von der Kugel getroffen niedersinkt, da heißt es wohl:

„So mußte es kommen" — das ist Naturnotwendigkeit, oder:
„Es sollte so kommen" — das ist Schicksalsglaube selber, oder endlich:
„Gott hat's bestimmt" — das ist Vorherbestimmung.

So richtig und unbestreitbar das erste, so sinnlos und bedenklich das zweite und so schrecklich in seinen Folgegedanken das dritte, merkwürdig bleibt in allen drei Fällen, daß trotz dieses Hanges zum Schicksalsglauben in eben diesen Menschen das Verantwortungsgefühl keinesfalls dadurch aufgehoben ist, wie man folgerichtig denken sollte. Vielmehr verkörpern unzählige von ihnen, zumal in den gefahrvollen Stunden vorm Feinde und nicht weniger bei den Sorgen und Nöten der Heimat, durch einen aufs herrlichste ausgeprägten Heldenmut das Urgesetz der Pflichterfüllung, welches sie sich selbst als Richtschnur bestimmen und, was das Beste ist, als ganz selbstverständliche Voraussetzung, worüber man kein Wort verliert. Wer aber so denkt und handelt, der hat den erstgenannten Schicksalsglauben tatsächlich überwunden; denn was bedeutet demjenigen noch Schicksal, der dem Schicksal seinem Wesen gegenüber keinerlei Befugnisse einräumt und dadurch dessen Macht gebrochen hat, der das Geschickte nur benutzt, um nun seine eigene Persönlichkeit kraftvoll durchzusetzen, und sollte seine Erscheinung als Person, sein Leib und Leben, dabei untergehen, um dann gerade darin doch seine sittliche Persönlichkeit unerschüttert zu behaupten! Das aber ist das ergreifendste und wahrhaft größte Kriegserlebnis, solch siegesbewußter Heldenwille. So ist für den Tatmenschen das Schicksal herabgesunken zu einem bedeutungslosen Rahmen, in den der mannigfaltige Inhalt des Weltgeschehens eingebaut ist. Aber nun gilt es, auch für die Wissenschaft einen Weg zu finden, Schicksalsglauben und Forderung der Pflicht miteinander auszugleichen. Nehmen wir den Schicksalsgedanken in seiner schärfsten Form als Vorherbestimmung durch Gott. Wenn wir es nur recht zu deuten wissen, ist alles Grauenhafte abgeschüttelt. Gott bestimmt ja nicht dies und das, den Natur- und Weltenlauf, so wie er wirklich ist, sondern Gott bestimmt, wie nach Luther schon der Name sagt, allein das Gute. Gott will nicht bloß im allgemeinen Frieden, heute und morgen aber Krieg. Solche Art überlassen wir dem Teufel oder dem Urgrund des Bösen und sofern dieser sich verkörpert in bestimmten Menschen. Gottes Wille ist und bleibt der schönste Friede in sittlicher Vollkommenheit und himmlischem Glück. Gott will, daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen. Und daß wir alle danach handeln, das ist Gottes heiliger Wille.

Kategorischer Imperativ.

Gott als Prinzip der Moralität oder der Verneinung.

„Gott ist die Liebe",

heißt es in so sinniger Weise im 1. Johannesbrief 4, 16; ja, Gott ist so sehr und ganz allein

„die Macht der Liebe",

daß er mit allem Lieblosen und Bösen nichts zu schaffen hat.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Weder hat das Böse Gott zum Urheber — solche Annahme ist in sich selbst widersprechend, noch wird, wie man wohl meint, das Böse bloß von Gott zugelassen — auch das wäre Sünde für den, der da weiß Gutes zu tun und tut es nicht; noch etwa wird das Böse gar von Gott benutzt, um es nachträglich für seine höheren Pläne zum Guten zu wenden — der gute Zweck heiligt nie das böse Mittel! Alles falsch, traurige Halbheiten und Ausflüchte! Ebensowenig kann Gott irgend etwas gemein haben mit einem Kriege, sofern dieser unsittlich ist und fluchwürdig, sofern Ichsucht schlimmster Art durch ihn und in ihm zur Erscheinung kommt. Und: „Der Krieg ist darin schlimm, daß er mehr böse Leute macht, als er deren wegnimmt" — ein beherzigenswerter Ausspruch, den Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden", S. 31 anführt für alle diejenigen, welche allzusehr das Lob des Krieges singen als von Gott geschickt! Aber, das läßt sich andererseits nicht leugnen, inwiefern gleich zu Beginn des Weltenbrandes und noch heute im Riesenkampf der Völker unter uns im Großen und im Kleinen — „Alle für einen und einer für alle" — doch wiederum auch glänzende Taten der Nächstenliebe und Kameradschaft, der Treue und der Pflichterfüllung, der Ichverleugnung und des Heldenmuts als helle Sterne hervorleuchten aus dem dunklen Himmel, ja inwiefern dieses alles sich in vielen Fällen vielleicht deutlicher offenbart als in einem träge dahinfließenden Frieden, insofern hat doch Gott mit diesem gegenwärtigen Krieg etwas zu tun. Das ist wohl das größte Zugeständnis, welches zugunsten des Krieges gemacht werden kann. Da wir Deutsche von allen Seiten angegriffen und unserem wiederholt ausgesprochenen Friedenswillen zum Trotz immer von neuem angegriffen worden sind, haben wir das unbestreitbare Recht, uns mit allen Mitteln zu verteidigen. So offenbar ist dieses Recht, Krieg zu führen, auf unserer Seite, daß jeder einzelne Mann von dieser Überzeugung getragen kämpft und kämpfen darf. Aber ob ein Krieg zugleich auch sittlich gut ist, d. h. Gottes Wille, ob etwa Jesus sich Gott gegenüber verpflichtet gefühlt hätte, ein Gewehr in die Hand zu nehmen, um seinen Bruder niederzuschießen — das ist eine Frage, die schwerlich mit „ja" beantwortet werden kann. Dennoch bleibt inmitten der Schrecken des Krieges trotz allem Widergöttlichen so viel von sittlich höchstem Werte übrig, daß wir keinen Grund haben, irgend zu verzweifeln.

Legalität.

Moralität.

„Und wenn die Welt voll Teufel wär'
Und wollt' uns gar verschlingen,
So fürchten wir uns nicht so sehr,
Es muß uns doch gelingen!"

Diese unerschütterliche Überzeugung nun, daß den finsteren Mächten der Lüge und der Gemeinheit, der rohen Gewalt und der Unmenschlichkeit um uns her, daß bei einem festen Willen ihnen allen zum Trotz das Gute selbst in unserem Herzen und Gewissen und darum auch in der Welt nicht unterliege — das ist Glauben! Vertrauen auf den Sieg des Guten in uns — das ist Gottvertrauen. Und ein Mensch mit Gott, mit sittlich reinem Willen, der kann sein Schicksal wenden und die Welt bewegen.

Gott — der Gute, Urgrund der Sittlichkeit, das ist das eine; und wenn wir nun noch das andere recht bedenken, was nämlich unter Gott im letzten Grunde zu verstehen ist, dann fällt es uns wie Schuppen von den Augen, indem wir nun die Endergebnisse unserer ganzen Betrachtungen zusammenrollen und begreifen:

Die Vorherbestimmung durch Gott — so schrecklich es für den Uneingeweihten klingen mag, dem Gott und Mensch als Zweiheit auseinanderfallen — ist in der Tat vereinbar mit der freien sittlichen Selbstbestim-

Prädestination.

Autonomie. mung des Menschen, wenn wir nur auf dem Wege bleiben wollten, den Kant uns gewiesen hat durch seine wissenschaftliche Festlegung des Sittengesetzes im Übernatürlichen! Wer ist es denn, der im Gewissen die sittliche Forderung schlechthin aufstellt und der sie umsetzt in die Tat? Kein anderer als „der Mensch als Ding an sich, welcher dem Menschen als Erscheinung das Gesetz gibt".

Wenn wir weiter nur imstande sind, ebendasselbe auch da wiederzuerkennen, wo es uns in anderem Gewande entgegentritt, so verstehen wir, daß diese Lösung in ihrer Art schon längst vorhanden gewesen ist in der ehrwürdigen Geheimlehre des Weda. Und um unser teures Christentum vor dem Abgrund der Vorherbestimmungslehre zu bewahren, müssen wir endlich Ernst machen mit der Verwertung dieser großen Wahrheit. Dasjenige nämlich, was mich bestimmt zum Guten, das höchste Brahman, der allmächtige Gott, der mich von Ewigkeit her „vorherbestimmt", jedenfalls im Augenblick der Pflichterfüllung, da ich der Stimme des Gewissens Gehör schenke, ist mir durchaus kein Fremder mehr und kann überhaupt gar nicht irgend etwas von mir Verschiedenes sein, es ist vielmehr ganz allein „mein ureigenstes, mein besseres, übernatürliches, göttliches Selbst, mein Atman, so spricht der Weda; es ist der göttliche in mir neu geborene Christus oder meine mit dem Willen des höchsten Gottes sich eins fühlende Seele, das predigt die Bibel.

Damit ist jeder Widerspruch zwischen „Schicksal und Selbstbestimmung" aufgehoben.

Seit Kant: Metaphysik als Wissenschaft. So sehen wir, angeregt, ja aufgeweckt durch das Kriegserlebnis mit seinen dunklen Schattenseiten, aber auch mit seinem hellen Licht, daß von einem Schicksalsglauben nur noch Naturnotwendigkeit vor der Wissenschaft sich halten und beweisen läßt, daß jedoch solch naturwissenschaftlicher Materialismus allein für die Erscheinungswelt Gültigkeit besitzt, daß aber in gleicher Weise Übernaturlehre als Wissenschaft ihr gutes Recht verlangt, sobald von Pflicht die Rede ist, und daß dann in der Lehre von der Freiheit und von Gott

„Versöhnung aller Gegensätze" (Deussen). Kantische Philosophie, Weda-Weisheit und der Bibel Frohe Botschaft zur ewigen Wahrheit sich zusammenschließen, um unser wissenschaftliches Denken auszusöhnen mit dem Christentum.

„Gott gleich Mensch als Ding an sich — gleich Atman — gleich Seele",

das ist der Leitsatz, dessen tiefsten Inhalt wir in uns aufzunehmen haben als kostbares Mittel zur Läuterung der eigenen Weltanschauung, die unter uns Europäern und allen Westasiaten seit mehr als zwei Jahrtausenden in einer unerhörten Einseitigkeit sich entwickelt hat, und in der wir bis auf den heutigen Tag fast allgemein befangen geblieben sind. Der schwere Druck, der dadurch auf uns lastet, ist heute schon für die allermeisten so unerträglich geworden, daß eine Befreiung dringend not tut, welche sich für unsere ganze abendländische Geistespflege auswirken wird zu der gewaltigsten

„Erneuerung an Haupt und Gliedern",

die es jemals gegeben hat.

Philosophie und Religion. Es glaube niemand, daß die Herzen sich erkälten, indem die Köpfe aufgehellt werden — vielmehr stimmt das gerade Gegenteil. Alle echte Weltweisheit verfolgt zusammen mit allem tiefen Gottverbundensein dieses eine höchste Ziel,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

daß die Menschen der einen ewigen Gotteswahrheit leben und ihr je länger um so mehr entgegenstreben bei aufgeklärtester Vernunft und darum mit uneingeschränkter freudiger Begeisterung!

Reinhart Biernatzki.

Briefe an eine Mutter.

7.

Sehr geehrte gnädige Frau!

Also doch! — Sie haben es gewagt und haben sehr schmerzliche Versuche mit dem „Malen" gemacht? Mein herzlichstes Beileid, gnädige Frau, aber auch meinen besten Dank für Ihr bereitwilliges Eingehen auf meine Anregungen und Vorschläge! Sie haben, wie Sie mir schreiben, auf Wunsch der Kinder eine Damengesellschaft am Kaffeetisch zeichnen müssen. Sie Ärmste! Daß die unbekümmerte Jugend auch gleich Ihre mütterliche Gutmütigkeit auf eine solch harte Probe stellte! Das war unbarmherzig, nein mehr: es war geradezu grausam. Doch trösten Sie sich, gnädige Frau, ähnliche Reinfälle erlebt ja jeder, denn kein Kind weiß, was der Erwachsene wirklich zeichnen kann und was nicht; und wenn es das auch wüßte, es würde sich ganz einfach nicht daran kehren.

Schade, daß Sie mir das Bildchen nicht mitgesandt haben und es statt dessen nur beschreiben. Bitte, holen Sie es doch gelegentlich nach, ich glaube Ihnen dann genauere Winke geben zu können. Nun sind Sie etwas empört über die rücksichtslose Kritik Ihrer Kinder. Ihre Älteste hat behauptet, Sie hätten sämtlichen Damen Elefantennasen gemalt, und alle hätten ganz unmögliche Kleider an, Kleider, die „es gar nicht gibt". Sechs Damen hätten Sie zeichnen sollen, und fünf seien nur „hingegangen". Wirklich eine peinliche Lage!

Doch Sie haben sich ja großartig aus der Klemme gezogen, indem Sie Ihr erbarmungslos kritisierendes Kleeblatt ganz einfach aufforderten, das Bild selbst zu verbessern. Durch diese Aufforderung haben Sie auch offenbar Segen gestiftet, denn, wie Sie mir schreiben, sind die von Ihren beiden Ältesten gezeichneten Bilder ganz nett geworden, und — was das Wichtigste ist! — die Kinder haben in neu angeregter Schaffenslust dann noch einige andere ähnliche Bildchen gezeichnet.

Diese letzte Tatsache ist jedenfalls die erfreulichste. Sie wollten ja auch nichts anderes, als Ihre Kinder anregen, und das ist Ihnen zweifellos gut gelungen. Also vergessen Sie getrost die Blamage und fahren Sie unbekümmert in Ihren Anregungen fort. Versuchen Sie, auf Wunsch alles und jedes, so gut oder wenig gut es Ihnen auch gelingen mag, zu zeichnen, und lassen Sie ruhig auch ferner die Kinder kritisieren und verbessern.

Aber bitte sammeln Sie doch auch alles irgendwie Interessante unter diesen Kinderzeichnungen, numerieren Sie die Blätter und notieren Sie gewissenhaft Datum und besondere Veranlassung bei jedem Bildchen. Sie und die Kinder werden später an dieser Sammlung noch große Freude haben.

Darf ich Sie bei dieser Gelegenheit noch auf ein anderes vorzügliches Mittel, die Darstellungskraft im Kinde anzuregen, aufmerksam machen? Schenken Sie doch Ihren Kleinen bei einem passenden Anlaß Plastilina und richten Sie den Kindern einen „Klüterkasten" ein. Trotz der Kriegszeit werden Sie sicher noch irgendwo Knetmasse auftreiben können oder einen brauchbaren Ersatz, im schlimmsten Falle lassen Sie sich etwas Töpferton besorgen.

Unser Nesthäkchen bekam vor vier Jahren von einer einsichtigen Tante eine große Schachtel mit sechs verschiedenen Plastilinawürfeln, Modellierhölzern,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Vorlagen, Unterlagen usw. zu Weihnachten geschenkt. Wie legten aber aus guten Gründen nur die sechs verschieden gefärbten Plastilinawürfel ohne alles Zubehör auf den Weihnachtstisch. Den Kasten mit den Nebenutensilien bekam das Kind überhaupt nicht zu Gesicht.

Am Weihnachtsabend sah es mit Verwunderung zuletzt auch die Würfel und wußte natürlich nichts Gescheites damit anzufangen. Auf seine Frage, was das sei, zuckten meine Frau und ich nur die Achseln. Unsere Kleine sollte ja die Sache selbst entdecken. Diese Absicht schien zunächst vorbei gelungen. Das Kind wußte mit der Masse nichts anzufangen. Erst einige Tage nach dem Fest, als der Glanz der übrigen Geschenke schon zu verblassen begann, sah ich, wie unsere Inge die Würfel nachdenklich betrachtete und dann mit den Fingern ein wenig von der Masse abbrach, um einmal zu probieren, ob man das Zeug wohl essen könne. Da aber Plastilina sehr wenig angenehm schmeckt, wurde bald darauf einer der Würfel als Ball benutzt. Doch der Stoff ist nicht elastisch genug, wo er hinfällt, bleibt er auch liegen. Die Kleine schien ganz ratlos zu sein und warf den Klumpen schließlich empört gegen die Zimmertür. Da blieb er hängen, denn er war inzwischen reichlich weich geworden und hatte seine ursprüngliche Form schon gänzlich verloren. Inge löste den Klumpen wieder ab, betrachtete ihn aufmerksam und die kleinen Hände griffen ärgerlich in die Masse hinein. „Vater, ist das Kitt?" Ich zuckte wieder die Achsel, damit es selbst hinter das Rätsel komme. Da setzte sie sich kurz entschlossen an den Tisch und begann den Klumpen zu bearbeiten. Sie bohrte mit dem Finger ein Loch hinein und drückte es dann wieder zu, brach ein Stücklein ab und drückte es auf der Tischplatte flach. Da entstand rein zufällig eine Form, die dem Kinde wie ein moderner Damenhut vorkommen mochte. „Guck mal, jetzt habe ich einen Hut gemacht!" Ich nickte vergnügt und meinte: „Er ist aber noch nicht fertig, die Garnitur fehlt ja noch." Da fielen unserer Kleinen die anders gefärbten Würfel ein. Sie holte sie herbei und nahm von dem roten Plastilina ein wenig und formte daraus einen Streifen, der als Band um den Modellhut gelegt wurde. Dann kniff sie von der blauen Plastilinamasse ein wenig ab und formte daraus Kügelchen, die sie als Blumen auf den Hut setzte. Nach fünf Minuten war der Damenhut fertig.

Jubelnd wurde das Machwerk der Mutter gezeigt und dann der Puppe aufprobiert. Die Mutter meinte: „Du kannst ja ein Hutgeschäft anfangen, wenn du noch mehr solche Puppenhüte machst. Dann kauf ich dir auch einen neuen Hut ab."

Welch glücklicher Gedanke! Hüte, Hüte, Hüte, in immer neuen Aufmachungen und Formen formte die Kleine, und stundenlang war sie angeregt beschäftigt. Und als sie erst entdeckt hatte, wie fügsam und biegsam Plastilina ist und wie willig es sich kneten und bearbeiten läßt, da begann das Kind auch Taschentücher und Schürzen, Kleider und Mäntel und endlich ganze Figuren aus Plastilina zu formen. Später versuchte es, Tische und Stühle, Schinken und Wurst und andere aufreizende Dinge zu formen. Aber auch Eisenbahnen und elektrische Bahnen wurden versucht.

Inge hat auch ihren Klüterkasten, das ist eine größere Holzschachtel. Darin verwahrt sie nicht nur ihr Plastilin, sondern auch abgebrochene Stricknadeln, leere Streichholzschachteln, Zeugrestchen, ein paar Bauhölzer, Bindfaden, leere Garnrollen, Schere und Taschenspiegel und wer weiß, was sonst noch für schöne und gelegentlich sehr brauchbare Dinge. Ab und zu wird dann von diesen Dingen verwendet, was sich bei ihren Modellierarbeiten verwenden läßt. Und sie ist schon sehr erfinderisch in der Anwendung aller dieser Gegenstände im Zusammenhang mit Plastilin.

Auch solche erfinderische Anwendung verschiedensten Materials regt die pro-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

duktive Kraft im Kinde außerordentlich an und hilft ganz wesentlich dazu, daß das Formen zu einem wirklich echten Ausdrucksmittel für das Kind wird.

Bitte, gnädige Frau, machen Sie doch auch nach dieser Richtung hin einmal Versuche bei Ihrem Kleeblatt!

Mit den freundlichsten Grüßen an Sie und die Kleinen

Ihr ergebenster

Heinrich Scharrelmann.

Was andre sagen

Leipziger Tageblatt. Nr. 263, 1918. Sonntagsgedanken. „. . . . . Woher soll die Vernunft wieder in die Welt kommen? Nur die Vernünftigen können sie ihr wiedergeben. Vernünftige Menschen, die trotz aller Kriegsleidenschaft die Besinnung für das, was recht und nützlich ist, nicht ganz verloren haben, vernünftige Völker . . . . . .

Es wird in der Weltgeschichte sicherlich immer zu Deutschlands Ruhmestaten zählen, daß es gegenüber allen Chauvinisten und bloßen Gewaltpolitikern doch den Gedanken an einen vernünftigen Frieden, an ein erneutes besonnenes Zusammenleben der Völker, an einen Wiederaufbau des zerbrochenen Rechtes hochgehalten hat. Und so handelt gerade derjenige am besten deutsch, der sich von dem zwecklosen, übertriebenen Geschelte nach Möglichkeit zurückhält. Mit Schimpfen verdunkelt man nur sich selber den Ausblick auf die Wahrheit. Sieger aber ist immer nur der, der mit der Wahrheit geht. Gerade die überlegene Ruhe panzert uns am besten gegen das Geschimpf der Feinde. Wir prüfen nüchtern selbst ihre Verleumdungen und finden um so lächerlicher die Verzerrungen und Übertreibungen, mit denen sie unsere wirklichen Fehler hinstellen. Vor uns selbst verbergen wollen wir diese Fehler gar nicht. Und selbst vom Feinde zu lernen, kann Gewinn bringen. So bleibt man innerlich frei gegenüber aller Wut der Feinde und gegenüber auch der eigenen bedenklichen Leidenschaft. Besonnenheit macht stark, und nur ein starkes besonnenes Volk kann auch der kranken Welt die Besonnenheit wiedergeben, wonach sie lechzt."

Rund um uns

Laß Zeit hingehen!. Sie hatten sich gründlich erzürnt. Keiner wollte mehr vom anderen etwas wissen. Und doch waren sie Brüder, leibliche Brüder. Natürlich würde sie das Leben der kleinen Stadt noch oft wieder in Berührung bringen, und so war es durchaus praktisch, daß kein Dritter von ihrem Zwist erfuhr. Sie waren ja auch beide zu gut erzogen, um die notwendigen Anstandsformen außer acht zu lassen.

Da sie ihre Rollen ziemlich geschickt

spielten, merkte auch sonst niemand etwas von ihrem Zerwürfnis.

Lange Jahre hatten sie sich gut verstanden. Wie aber so oft, lag nichts weiter als ein dummes Mißverständnis vor. Eine Äußerung des Einen war von dem Anderen falsch aufgefaßt worden, und ein Wort von diesem wieder falsch von jenem.

Schließlich war der ganze Streit doch eine große Kinderei, über die die beiden sonst so vernünftigen Menschen leicht hätten hinwegkommen sollen. Aber — wie es so geht — keiner wollte nachgeben, und keiner war auch wohl innerlich höher stehend als der andere.

Nun war der Zwist mit einem Male da, und es fehlte jede Brücke. Auch die Frauen wurden sich fremd und zuletzt die Kinder ebenfalls. Die wußten natürlich nichts, aber sie fühlten instinktiv, daß zwischen den großen Leuten irgend etwas nicht mehr stimmte, und so hielten natürlich die Kleinen zu ihren Eltern.

Die Zeit ging hin, die wundervoll ausgleichende Zeit. Als die Ursache des Zwistes schon ein halbes Jahr zurücklag, begann die Zeit langsam aber mit unfehlbarer Sicherheit ihr Vergoldungswerk. Nach einem Jahre hätte keiner der beiden noch klipp und klar sagen können, weshalb sie sich eigentlich feindlich geworden waren. Man erinnerte sich dessen hüben und drüben bereits nicht mehr so ganz genau, und nur ein unbehagliches Gefühl war zurückgeblieben.

Und dann kam der Tag, wo in jedem die Mißstimmung gegen den Anderen gänzlich geschwunden war. Jeder glaubte nur den Andern noch verstimmt und verärgert, fühlte aber selber keinen Zorn und Haß mehr.

Da führte der Zufall, dieser geniale Humorist, die feindlichen Brüder einmal wieder zusammen. Vor einer Anschlagsäule prallten sie fast mit ihren Köpfen zusammen. Jeder lachte den Anderen an und schüttelte ihm kräftig die Hand, als sei er nach langer Zeit einem alten, lieben Freunde wieder begegnet. Sie gingen ein paar Schritte miteinander, und jeder fühlte, daß er seinem Bruder Unrecht getan. Dieses Gefühl machte sie ganz glücklich, wie Kinder am Geburtstagsmorgen; und als erst der Eine dem Anderen einen neuen Witz erzählt, war auch nicht eine Spur des Zerwürfnisses mehr in ihren Herzen zu finden. Keiner begriff mehr, daß man sich überhaupt hatte verfeinden können.

Nun tauten auch die Familien wieder auf. Vorsichtig umkreisten sich zunächst die Frauen, zaghaft und etwas unsicher ahmten dann die Kinder die Erwachsenen nach.

Nach acht Tagen aber saß man wieder einträchtig auf dem Sofa beieinander und hatte sich Berge von Neuigkeiten zu erzählen. — — — —

Ja, ja, die Zeit, die gute, versöhnende Zeit, die alles so angenehm mildert und mit dem Märchenschimmer der Vergangenheit überzieht! — Sie heilt schließlich alle Wunden, selbst die blutigsten, die das harte Leben uns schlägt.

Aber wenn man nun zur Versöhnung keine Zeit mehr hat? — Wenn der Gegner gar darüber hinweg stirbt und wir keine Gelegenheit mehr finden, uns mit ihm zu versöhnen?

„Der andere aber geht und klagt." — — — — Ein furchtbarer Gedanke, wenn man ihn zu Ende denkt. Darum mahnt die Bibel auch wohl: „Laß die Sonne nicht untergehen über deinen Zorn" und „Soviel an euch ist, haltet Frieden mit jedermann."

Glücklich derjenige, der mehr Seelengröße aufweist als sein Feind. Glücklich, wer schon dann die versöhnende Hand auszustrecken vermag, wenn die Zeit die Wunde noch nicht wieder vernarbt hat.

Findest du aber diesen Mut zur sofortigen Versöhnung nicht, dann bitte Gott wenigstens, daß er dir und deinem Feinde Zeit geben möge, damit du in ihrem Lichte deinen Zwist milder ansehen lernst, auf daß du dann die Kraft in dir findest, deine Hand dem Feinde zuerst wieder entgegenzustrecken.

Heinrich Scharrelmann.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 22 2. Novemberheft

An unsre Leser.

Die Papierknappheit zwingt uns noch eine kurze Zeit, den Umfang des „Vortrupp" zu beschränken. Damit wir den Inhalt nicht wesentlich zu kürzen brauchen, lassen wir unsre Zeitschrift so lange noch in kleinerem Druck erscheinen.

Das Erscheinen dieses Vortruppheftes hat sich infolge der Verkehrsbehinderungen um eine volle Woche verzögert.

Vortrupp.

Justitia fundamentum regnorum.

Berlin, den 4. November 1918.

Das heißt zu deutsch: Die Gerechtigkeit ist die Grundmauer des Staates.

Es besteht Gefahr, daß gegen diese Wahrheit bei uns folgenschwer gesündigt werde:

Mitte Oktober hat in München der Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns die folgende Entschließung angenommen:

> „Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns fordert vom Reichstag die Einsetzung und Wahl eines Staatsgerichtshofes zur Feststellung und Aburteilung aller Schuldigen, die frühere Friedensaktionen zum Scheitern brachten und damit die Verantwortung tragen für den unglücklichen Kriegsausgang und für die Lasten und Opfer, die wir während und nach dem Kriege zu tragen haben. Diese Untersuchung hat vor keiner auch noch so hochstehenden Person haltzumachen."

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich diese Forderung zu eigen gemacht, indem am 24. Oktober ihr damaliger Sprecher, der Abgeordnete Noske, ausgesprochen hat:

> „Mit Recht haben die bayerischen Sozialdemokraten einen Staatsgerichtshof zur Prüfung der Schuldfrage verlangt. Dieser wird sich auch eingehend mit der Art der Verhandlungen zu beschäftigen haben, die vor zwei Jahren zwischen dem Grafen Bernstorff und Wilson geführt wurden."

Der „Vorwärts", das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hat bereits am 15. Oktober zu dem bayrischen Beschlusse erklärt:

> „Die Forderung nach der Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zur Aburteilung aller Schuldigen findet unsern vollen Beifall. Zweifelhaft sein könnte nur, ob jetzt schon, solange der Frieden noch nicht unter Dach und Fach ist, der geeignete Zeitpunkt hierfür gegeben ist. Aber spätestens eine Woche nach Friedensschluß muß dieser Ausschuß in Funktion treten, und dann sollte er seine Untersuchungen über die gesamte Kriegsdauer wie auch die Vorzeit des Krieges erstrecken."

Auch außerhalb der Sozialdemokratie wird diese Forderung aufgenommen, so hat Maximilian Harden sie sich zu eigen gemacht.

Diese Dinge richten sich ganz zweifellos zunächst gegen eine Politik, und gegen die Träger einer Politik, die ich hier seit dem September 1916 bekämpfe.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Richten sich gegen Personen, die ich für das Unheil unsres Vaterlandes halte, und ohne deren verhängnisvolle Tätigkeit, das ist meine Überzeugung, allerdings längst Friede wäre, und ein sehr viel besserer Friede, als wir ihn jetzt bekommen. Daß das fragliche Vorgehen als gegen diese Personen gerichtet gedacht ist, liegt ganz offensichtlich in der Natur der Sache; außerdem geht es deutlich hervor aus den Worten des Abgeordneten Noske, die seinen bereits angeführten Sätzen unmittelbar vorangingen:

„Graf Westarp rief, die Stunde der Abrechnung werde kommen. Die Konservativen und die Alldeutschen haben sie wahrlich nicht zu fordern, sie wird aber von ihnen gefordert werden."

Die politische Richtung der Forderung deckt sich also durchaus mit meiner eigenen Richtung. Und dennoch warne ich vor dem Wege, auf den die Forderung uns drängen will, warne davor mit der größten Entschiedenheit. Denn was hier verlangt wird, wäre nicht Recht, sondern Gewalt. Und zwar Gewalt in ihrer schlimmsten und unerträglichsten Gestalt: in der Maske des Rechts.

Zunächst ist klarzustellen, wie die Forderung nicht gemeint sein kann: Sie will zweifellos nicht solche Personen treffen, die etwa durch ihre friedensfeindliche Politik das Deutsche Reich vorsätzlich geschädigt hätten. Denn solche Personen wären einfach nach § 89 des Strafgesetzbuches wegen vorsätzlichen Landesverrates zu bestrafen, und zwar gemäß § 136, Ziffer 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom Reichsgericht. Zu ihrer Aburteilung bedürfte es keines neuen Reichstagsbeschlusses und keines durch ihn neuzuschaffenden Staatsgerichtshofes. Übrigens werden auch die, die den Reichstagsbeschluß und den Staatsgerichtshof fordern, mit mir darin einig sein, daß es Personen der soeben erwähnten Art gar nicht gibt: Auch die wildesten Alldeutschen oder Vaterlandsparteiler haben niemals mit dem Vorsatze gehandelt, das Deutsche Reich zu schädigen. Sie haben immer die Absicht gehabt, dem Vaterlande zu dienen — natürlich dem Vaterlande, „wie sie es auffassen". (Wobei es allerdings nötig ist, Dies festzustellen: Wir, denen der deutsche Mensch nicht bloß eine leichtersetzliche Figur in einem Hasardspiel politischen Ehrgeizes ist, haben mit dem Vaterlandsbegriffe zum Beispiel des Vorsitzenden des „Alldeutschen Verbandes", der am 3. Februar 1917 öffentlich die entsetzlichen Worte sprach: „Wir können Gott auf den Knien danken, daß unser Friedensangebot zurückgewiesen ist", ebensowenig Gemeinschaft, wie mit dem Moloch der Phönizier.)

Vielmehr wollen die, die den Reichstagsbeschluß und den Staatsgerichtshof fordern, damit offenbar einen Tatbestand treffen, den unsre bestehenden Gesetze nicht unter Strafe stellen. Zur Erfüllung dieses Tatbestandes soll es nach der bayrischen Entschließung also genügen, daß jemand — nach dem Vorstehenden ohne den Vorsatz, das Deutsche Reich zu schädigen — eine „Friedensaktion zum Scheitern gebracht" hat. Nun kann man natürlich nicht von vornherein wissen, wie das Ergebnis einer Untersuchung sein würde, die gegen jemanden geführt werden würde unter der Anklage, sich dieses Tatbestandes schuldig gemacht zu haben. Ich will hier einmal darlegen, wie sich das Ergebnis nach meiner ungefähren Kenntnis der Vorgänge voraussichtlich gestalten würde. Ich bezweifle, ob sich in irgendeinem Falle etwas ergeben würde, was dem in München formulierten Tatbestand genau entspräche ich meine vielmehr, man würde in solchen Fällen lediglich das folgende, nicht so scharf umrissene, Bild erhalten:

Eine nüchterne Betrachtung unsrer Lage während des Krieges mußte von Anfang an ergeben, daß unsre Kriegführung trotz aller glänzenden Erfolge eine durchaus brüchige Stelle hatte: Diese brüchige Stelle ist kurz zu bezeichnen

durch das Wort „Koalitionskrieg". Zumal Österreich-Ungarn und die Türkei, unzweifelhaft von vornherein politisch halbbankerotte Staaten, waren (wobei sich in Österreich-Ungarn außerdem sehr wichtige Teile der Bevölkerung als geborne Feinde des Deutschtums fühlen mußten), Bulgarien aber ganz offensichtlich stets nur danach fragte, welche der beiden Parteien des Weltkrieges ihm die größere Bereicherungsaussicht biete. Diese Sachlage begründete von Anfang an für jeden Nüchternen die Besorgnis, daß jeder irgendwie erhebliche Rückschlag in den deutschen Kriegserfolgen Bulgarien zum Abspringen bringen, Österreich-Ungarn aber und die Türkei so schwer erschüttern werde, daß auch sie uns nicht mehr Stütze sein könnten und wollten. Die Zensurverhältnisse, unter denen wir vom Kriegsbeginn bis zum 2. November 1918 gelitten haben, machten es unmöglich, diese stets bestehende Gefahr offen bei ihrem Namen zu nennen; die Andeutungen, die möglich waren, habe ich in meinen Aufsätzen für den „Vortrupp" des öfteren gemacht. So war unsre, die deutsche, Macht stets in Gefahr, ganz plötzlich ungeheuer vermindert zu werden. Auf der Seite unsrer Feinde dagegen bestand, wie der Augenschein täglich lehrte, eine ähnliche Gefahr keineswegs; vielmehr ward die feindliche Koalition nicht nur in sich selbst immer fester, sondern es gelang ihr nach und nach sogar, sich nahezu über die ganze Welt zu erweitern. Und sie drohte, das sah jeder, der einen klaren Blick hatte, völlig übermächtig zu werden, sobald ihr noch die Vereinigten Staaten von Nordamerika beiträten; insbesondre auf die letztere Gefahr haben Männer wie Admiral v. Truppel, Geheimrat Wach, Professor Goetz das deutsche Volk mit allem Ernste hingewiesen. — Bei diesen Kräfteverhältnissen auf beiden Seiten zeigte eine einfache Anwendung der Vernunft, daß ein Kriegsende, das uns zwar kein Landgebiet und keine Geldentschädigung bringen, aber auch keins von beiden kosten würde — also der Friede der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917, der sogenannte „Scheidemann-Erzberger-Friede" — ein vortrefflicher, noch durchaus nicht ohne weiteres zu erwartender, Abschluß des Krieges für uns sein würde. Vernunft und Gewissen geboten daher, nicht nur eine jede Gelegenheit zu ergreifen, wo etwa ein solcher Friede erlangbar war, sondern auch Alles zu tun, um eine solche Gelegenheit herbeizuführen; vor Allem auch, Alles zu vermeiden, was die nordamerikanische Union auf die Seite unsrer Feinde führen würde.

Die „Deutsch"konservativen und die Rechts-Nationalliberalen (das ist die Gefolgschaft Bassermanns und Stresemanns), sowie die mit Beiden oft in den Personen zusammenfallenden „Alldeutschen" (nebst ihrem schwächer gefärbten späteren Abklatsch, der „Vaterlandspartei") vermochten aber infolge ihrer Gehirnkonstruktion diese, im Übrigen einem jeden Kinde erkennbaren, Zusammenhänge und Bedingtheiten nicht geistig zu erfassen. Sie hegten den naiven Gedanken, daß unsre Bundesgenossen ihnen so weit nachlaufen würden, wie sie befehlen würden, und hatten, da ihr Gesichtskreis zu beschränkt war, um sie über die Reichsgrenzen und nun gar über Europa hinaussehn zu lassen, von der Kraft der Angelsachsen, besonders auch der Amerikaner, keine Ahnung; verkannten auch dazu noch die geistigen und sittlichen Triebkräfte in diesen Völkern, die sie in ihrer Beschränktheit als „Krämervölker" abzutun gewöhnt waren. Urbildlich für die grauenhafte Naivität, womit diese Art Geister die entsetzlichste Gefahr für das Deutsche Reich zu begucken pflegten, war ein Vorfall, der sich am 15. Oktober 1916 auf einer Tagung einer ihrer verderblichsten Organisationen, des sogenannten „Unabhängigen Ausschusses" des Professor Dietrich Schäfer, zutrug: Eines der Mitglieder dieser Körperschaft, ein Pastor aus Plötzensee, erklärte ja dort:

> Für sein persönliches Empfinden, und er glaube, daß es von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes geteilt werde, würde es nichts

Erfreulicheres geben, als einen offenen Anschluß Amerikas an unsre Feinde*).

Außerdem lebte diese Menschenart in den veralteten Gedankengängen, die ihr die nackte Gewalt als die einzige Verkehrsform zwischen den Völkern, besonders auch gewaltsame Gebietseroberungen als eine Kraftquelle der Staaten, und jede ethische Politik als eine Verrücktheit erscheinen ließen. Und deshalb verlangte diese Menschenart, daß kein Friede werden dürfe, bevor nicht in Ost und West gewaltige Eroberungen gelungen seien, bevor uns nicht eine mächtige Kriegsentschädigung gesichert sei; ja, die Alldeutschen insbesondre stellten sogar ihre ganze verbandsamtliche Kraft in den Dienst des Gedankens, daß erst Friede werden dürfe, wenn solche Verrücktheiten, wie „Lehmanns Kriegsziele"**) uns zugefallen seien.

Und die „Deutsch"konservativen, die Rechts-Nationalliberalen, vor Allem aber die „Alldeutschen" und die „Vaterlandsparteiler" waren nun tatsächlich in der Lage, den Dingen in Deutschland ihren Stempel aufzudrücken und damit gleichzeitig jeden Keim eines rechtzeitigen, vernünftigen Friedens zu zerdrücken. Und zwar vermochten sie Das, trotzdem die amtliche deutsche Politik die Sachlage von vornherein richtig erkannt hatte und dementsprechend völlig entgegengesetzt lief. Wie war das nur möglich, wo doch die „Deutsch"konservativen und die Rechts-Nationalliberalen, auch zusammen, nirgends eine Mehrheit in deutschen Parlamenten hatten, und wo „Alldeutsche" und „Vaterlandsparteiler" im Grunde nur kleine Gruppen waren?

Sie vermochten es im Wesentlichen aus zwei Gründen: Einmal waren insbesondre die „Alldeutschen" und die „Vaterlandspartei" in der Lage, sich große Teile der bürgerlichen Presse gefügig zu machen, weil große Teile der Schwerindustrie es richtig gefunden hatten, ihre teilweise riesigen Kriegsgewinne in sehr erheblichem Umfange zur Förderung der politischen Ziele der „Alldeutschen" und der „Vaterlandspartei" zu verwenden***); damit wurden teils Zeitungen und

---

*) Vgl. Vortrupp Nr. 22 von 1916, Seite 683. D. Verf.

**) Siehe meinen gleichnamigen Aufsatz im „Vortrupp" Nr. 13 vom 1. Juli 1917. D. Verf.

***) Sobald diese Tatsachen, von denen der freikonservative Dr. Adolf Grabowsky in seiner Zeitschrift „Das neue Deutschland" einmal gesagt hat, „daß die Spatzen sie von den Dächern pfeifen", öffentlich berührt werden, bemächtigt sich der „Alldeutschen" eine maßlose Wut: mir liegt zum Beispiel gerade ihre Anrempelei gegen Dr. Grabowsky in Nr. 24 der „Alldeutschen Blätter" vom 9. Juni 1917 vor. Mit schöner Entrüstung wehrt man sich dann immer gegen eine Behauptung, die nie jemand aufgestellt hat, nämlich dagegen, daß die alldeutschen Führer mit dem Gelde der Schwerindustrie bezahlt seien und also für Geld etwas verträten, was sie nicht glaubten. Das hat aber niemals jemand behauptet; diese Leute sind vielmehr eben in ihren Gehirnen so konstruiert, daß sie wirklich die Verkehrtheiten glauben, die sie vertreten, daß sie sogar an „Lehmanns Kriegsziele" wirklich geglaubt haben. Was behauptet wird, und was allgemein bekannt ist, ist eben nur Dies, daß große Teile der Schwerindustrie es in ihrem Interesse liegend gefunden haben, die Torheiten der „Alldeutschen" mit ihrem Gelde zu unterstützen, und sie erst dadurch so gefährlich, ja, wie sich jetzt ja leider gezeigt hat, so schwer verderblich, für unser Vaterland zu machen. — Wer übrigens meinen sollte, daß die gegenwärtigen Zeitverhältnisse es nötig machten, den inneren Kampf selbst gegen die „Alldeutschen" zu unterbrechen, dem sei gesagt, daß man um deswillen auch jetzt nicht aufhören kann, die verderblichen alldeutschen Lehren und Machtquellen zu bekämpfen, weil sie selbst jetzt, und gerade jetzt, den Kampf gegen Deutschlands

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Zeitschriften aufgekauft oder neu gegründet, die dann im Sinne der alldeutschen Kriegsziele schrieben, teils erhielten Zeitungen so zahlreiche und gewaltige Inserate, daß es demgegenüber eine selbständige politische Überzeugung in den betreffenden redaktionellen Teilen nicht mehr gab. Auch das blödeste Auge konnte insbesondre diesen letzteren Zusammenhang klar erkennen, als die „Vaterlandspartei" ihren Feldzug damit begann, daß sie große Teile der bürgerlichen Presse mit einer Flut von Inseraten, meist Rieseninseraten, überschwemmte und jeden Widerstand im redaktionellen Teile damit wegschwemmte.

Dann konnten insbesondre die Alldeutschen auch deshalb wirken, weil es ihnen, durch die einflußreichen Beziehungen etlicher ihrer Mitglieder, gelungen war, ihre Hand auf den militärpolitischen Apparat zu legen, der bis zum Anfang Oktober 1918 unser deutsches öffentliches Leben tatsächlich diktatorisch beherrscht hat, und der leider stärker war und im Inlande wie auf das Ausland stärker wirkte, als die amtliche deutsche Politik. Einzelheiten hierüber öffentlich zu sagen, scheint mir, obwohl die Zensur es seit dem 2. November nicht mehr hindert, heute noch nicht im Interesse des Vaterlandes zu sein; wer die Tageszeitungen der letzten Zeit, besonders die vom 27. Oktober an, aufmerksam liest, kann sich selbst ein ungefähres Bild machen: Es ist eine furchtbare Wahrheit, vielleicht die furchtbarste für den Gang des Krieges, daß das Arbeiten der „Alldeutschen" nach dem „Modell Adlon"*) tatsächlich Erfolg gehabt und die alldeutschen Agitatoren zu den mittelbaren Beherrschern unsres öffentlichen Lebens gemacht hatte. Zu den Beherrschern auch der Organe, die bestimmten, was öffentlich gesagt oder geschrieben werden durfte, und was nicht; wodurch es zum Beispiel unmöglich wurde, das deutsche Volk über die schweren Bedenken gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg aufzuklären, oder in den Frühjahrsrausch von 1918 rechtzeitig ein heilsames, ernüchterndes Wort zu werfen.

Und mit diesen beiden Werkzeugen haben dann die „Alldeutschen" sowie später die „Vaterlandspartei" (und im Bunde mit ihnen, oder auch mit ihnen in den gleichen Personen zusammenfallend, die „Deutsch"konservativen und die Rechts-Nationalliberalen) jede Meinung und auch jede Person, die gegen ihre friedensfeindlichen Ideen stand, totgemacht: Wenn das erste Werkzeug nicht genügte, um den Gegner niederzubrüllen, dann konnte man ihn mit der zweiten Waffe buchstäblich niederknüppeln. (Es gibt für die Art, wie das gehandhabt wurde, keinen andern Ausdruck.) Selbst wenn der Friedensfreundliche ein Reichskanzler war, wie Bethmann Hollweg, oder ein Staatssekretär des Auswärtigen, wie Herr v. Kühlmann — falls das Geheul der von den „Alldeutschen" und ihren Verbündeten abhängigen Presse nicht genügte, um ihn tot zu schreien,

---

innere Einheit ganz offiziell führen. In Nr. 43 der „Alldeutschen Blätter" vom 26. Oktober 1918 heißt es auf Seite 342, Spalte 2 wörtlich:

„Die Prinz Max von Baden, Scheidemann, Erzberger, Gröber, Payer usw. gehören genau so zu dem verderblichen System wie Bethmann Hollweg, Zimmermann, Kühlmann, Jagow usw., und es kann nicht eher anders und besser werden in unserem Vaterlande, als bis in offenem Kampfe mit allen Trägern dieses Systems Schluß gemacht worden ist. Deshalb, allein deshalb führen wir auch heute diesen Kampf trotz der äußeren Not! Und wir lassen uns darin auch nicht irre machen von dem neuen Schlagwort der „inneren Einheitsfront", das nach unsern politischen Begriffen vielleicht nicht die Absicht verfolgt, aber jedenfalls die Wirkung hat, zur Regierung untaugliche Leute länger im Amt zu halten, als es dem Wohle des Vaterlandes, zumal in solcher Zeit, entspricht."

*) Vgl. Vortrupp Nr. 6 vom 16. März 1917, Seite 169. D. Verf.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

so wirkte doch der militärpolitische Apparat, dessen Handgriff fest in den Händen der „Alldeutschen" lag, und beseitigte den Unbequemen. Auch gab der Apparat, sobald die Alldeutschen an dem Griffe zogen, friedensfeindliche Töne von sich, die im feindlichen Auslande viel lauteren Widerhall fanden, als die ehrlichen Friedenskundgebungen der amtlichen deutschen Politik oder der Volksvertretung. So bekamen die Kriegshetzer im feindlichen Auslande stets wieder Mittel in die Hand, um zu verhindern, daß in ihren Ländern die Friedensfreunde unter Benutzung der amtlichen deutschen Friedenskundgebungen zur Macht kämen.

Ist dieses Gesamtbild richtig, so ist es gar nicht dazu gekommen, und brauchte es gar nicht dazu zu kommen, daß die Alldeutschen, ihre Ableger oder ihre Verbündeten, eine bestimmte „Friedensaktion zum Scheitern brachten"; sie haben einfach eine Atmosphäre geschaffen, in der kein Friedenskeim gedeihn konnte. Aber, mögen sie nun bloß diese Atmosphäre geschaffen oder wirklich bewußt eine einzelne Friedensaktion oder mehrere gekreuzt haben — sie haben, wie schon gesagt, Beides zweifellos niemals mit dem Vorsatze getan, das Deutsche Reich zu schädigen. Und haben sich daher niemals nach irgendeinem Paragraphen eines deutschen Gesetzes, das jetzt besteht, oder zur Zeit ihres Vorgehens bestand, strafbar gemacht. Denen, die den Reichstagsbeschluß und den Staatsgerichtshof fordern, schwebt offenbar der Gedanke vor, daß so etwas wie fahrlässiger Landesverrat vorliege; den aber kennt unser Strafgesetz nicht.

Nun ist aber einer der Grundpfeiler des deutschen Rechts der § 2 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich, der lautet:

„Eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn diese Strafe gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde."

Diesen Grundpfeiler des deutschen Rechtes — das ist ganz klar — wollen die, die den Reichstagsbeschluß und den Staatsgerichtshof fordern, beseitigen zuungunsten der „alldeutschen", „vaterlandsparteilichen", „deutsch"konservativen und rechts-nationalliberalen Führer und Agitatoren, deren Tätigkeit wir, so oder so, dem verspäteten und dadurch ungünstigen Friedensschluß verdanken; man will sie richten auf Grund eines Gesetzes, das erst nachträglich gemacht, eigens auf sie zugeschnitten und mit rückwirkender Kraft versehen wird.

So etwas ist zwar nicht ganz ohne Beispiel in der Geschichte. Aber es ist nicht Deutschland, sondern England, das dieses Beispiel liefert: In den Beginn der Kämpfe zwischen dem englischen Parlament und dem Stuart-König Carl I. fällt der Prozeß Strafford; Strafford, der Statthalter des Königs für Irland, war im Jahre 1641 vom Unterhause, das politisch im Gegensatz zum König stand, vor dem Oberhause, dem Hause der Lords, wegen Hochverrats angeklagt worden, mit der Begründung, er habe versucht, die Grundgesetze von England umzustürzen und eine Regierung der Willkür einzuführen. Die Beweisaufnahme e gab jedoch, daß dem Angeklagten keine Handlungen nachgewiesen werden konnten, die nach den bestehenden Gesetzen den Tatbestand des Hochverrats erfüllten. Da kam das Unterhaus auf den Gedanken, man solle nachträglich ein Gesetz mit rückwirkender Kraft schaffen, eine sogenannte „Bill of attainder", wodurch Das, was dem Angeklagten nachzuweisen war (oder was man wenigstens als nachgewiesen ansehen wollte) für Hochverrat erklärt wurde. Nach manchen Widerständen wurde dieses, also ein besonders auf Strafford zugeschnittenes, Gesetz, das ihn, an Stelle eines Urteils, für des Hochverrats schuldig erklärte und ihn deswegen zum Tode verurteilte, vom Unterhause und dann auch vom Oberhause angenommen, und nachdem, gegen sein Gewissen, der König zugestimmt hatte, wurde Strafford hingerichtet.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Was jetzt bei uns von denen, die den Reichstagsbeschluß und den Staatsgerichtshof fordern, geplant wird, ist im Wesen ganz dasselbe, wenn sich auch die geplante deutsche Neuauflage der „Bill of attainder" von der im Falle Strafford benutzten dadurch unterscheiden soll, daß sie sich nicht gleich im Einzelfalle an Stelle eines Urteils setzen, sondern zwischen sich und die Strafe erst noch einen Staatsgerichtshof schieben soll. Das Wesentliche ist beiden Fällen doch gleich: der Kernsatz jedes ordentlichen Strafrechts, daß niemand bestraft werden darf wegen einer Handlung, die straflos war, als er sie beging, soll zum Nachteil politischer Gegner umgestoßen werden.

Gegen solches Vorhaben aber muß aus aller Kraft und mit allem Ernst protestiert werden. Denn, was so zustande käme, das wäre, genau wie in dem englischen Falle Strafford, nicht Recht, sondern nur eine, unter der Maske des Rechts besonders gehässig einherschreitende, Gewalt. Gewiß, wenn so etwas von den gesetzgebenden Gewalten im Deutschen Reiche beschlossen und ordnungsmäßig verkündigt würde, dann hätte es formell die Geltung eines „Gesetzes". Aber sachlich „Recht" wäre ein solches „Gesetz" niemals und würde von dem unbestechlichen Rechtsempfinden des Volkes, besonders wenn das erst wieder zur Ruhe gekommen sein wird, niemals als Recht empfunden werden: Denn wie kann zu Recht werden ein „Gesetz", dessen Inhalt dem eigentlichen Zwecke des ganzen Rechtes widerstrebt: dem Zwecke nämlich, innerhalb der Rechtsgemeinschaft Rechtssicherheit zu schaffen? Was würde man etwa halten von einem formell noch so richtig angenommenen, ausgefertigten und verkündigten Reichsgesetze, das Vermögenskonfiskation für Einzelne festsetzte? Wäre das „Recht" und wenn es zehnmal „Gesetz" wäre? Und doch schädigte selbst so etwas die Rechtssicherheit nicht mehr, als das ein Umsturz des § 2 unseres Strafgesetzbuches tun würde, ein Umsturz eben desjenigen Paragraphen, der allein die Voraussetzung schafft, unter der Strafrechtspflege überhaupt erträglich ist. Die Rechtssprüche des fraglichen Staatsgerichtshofes wären mithin unerträglich, selbst ganz abgesehen davon, daß ein lediglich aus Parlamentariern bestehender „Gerichtshof" (und so scheint er gedacht zu sein) niemals unparteiisch sein kann; denn Unparteilichkeit will in langer Übung gelernt sein, der Parlamentarier aller Parteien aber lernt von Berufs wegen das Gegenteil. Selbst wenn wir annehmen, daß es diesem Gerichtshofe, gegen seine Natur und alle Erfahrung mit ähnlichen Gerichtshöfen, gelänge, unparteiisch zu sein, so könnte seinen Spruch doch jeder Angeklagte schelten mit Maria Stuarts Worten:

„Ich zweifle nicht, daß ein Gesetz, ausdrücklich
Auf mich gemacht, verfaßt, mich zu verderben,
Sich gegen mich wird brauchen lassen."

Eine Verurteilung auf Grund eines solchen „Gesetzes" wird tatsächlich als Justizmord empfunden werden, auch wenn es sich dabei nur um Freiheits- oder Geldstrafe handeln soll. Um so mehr, als die Tatbestände die ein solches Gesetz mit rückwirkender Kraft erfassen wird, sich höchstwahrscheinlich nur wenig scharf formulieren lassen werden, so daß man aller Voraussicht nach zu allem Übrigen noch mit einem neuen Falle der berüchtigten „Kautschukparagraphen" zu tun haben wird.

Ist der Grundpfeiler des § 2 unsres Strafgesetzbuches nicht mehr unverletzlich, so kann überhaupt niemand mehr wissen, ob nicht irgendeine Tätigkeit, die er heute in gutem Glauben begeht, und von der er weiß, daß sie gegen kein Strafgesetz verstößt, morgen durch ein „Gesetz" mit rückwirkender Kraft plötzlich zum Verbrechen gestempelt wird. Dann fühlt sich niemand mehr sicher, dann sind Gesetz und Gesetzgebung nicht mehr der allgemeine Schutz, sondern der allgemeine Feind.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Ist diese Bahn erst einmal beschritten, dann gibt es auf ihr kein Halten mehr. Dann trifft es heute diesen und morgen jenen. Was würden wir denn sagen, wenn nun die „Alldeutschen" und die „Vaterlandsparteiler" obenauf gekommen wären, und etwa ein Gesetz machten, wonach jeder strafbar wäre, der Gegner ihrer Kriegsziele oder des uneingeschränkten U-Bootskrieges gewesen ist? Wenn sie ein solches Gesetz machten, vielleicht unter dem Vorwande, der Krieg wäre längst zu Ende, wenn das ganze Volk hinter ihre Gewaltpolitik getreten wäre? Und wie, wenn nun der Reichstagsbeschluß und der Staatsgerichtshof so kommen, wie es jetzt gewünscht wird — und wenn später aus irgendeiner Veranlassung die Gewaltpolitiker wieder in die Höhe kommen sollten, und dann ihrerseits wieder ein entsprechendes „Gesetz" mit rückwirkender Kraft machten, ein „Gesetz", womit sie dann etwa jeden verurteilen könnten, der jemals Mitglied des Staatsgerichtshofes gewesen ist? Ähnlich so ist es ja zu den bereits berührten Zeiten in England tatsächlich gegangen: Die Richter, die Carl I. von so ähnlichem Rechtsgrunde aus zum Tode verurteilt haben, sind dann später, als die Partei des hingerichteten Königs wieder zur Macht gekommen war, von dieser Partei ebenso „gesetzlich" — oder ungesetzlich — zu Tode befördert worden; und am Anfang all dieser schönen Dinge stand der Prozeß Strafford. Mit andern Worten: Solche Gesetzmacherei ist in Wirklichkeit kein Akt der Gesetzgebung mehr, sondern reine Gewalt, die alle wirklichen Rechtsgrundlagen erschüttert; sie kann daher sehr wohl die Einleitung zu Bürgerkriegen sein, wie der Fall Strafford das tatsächlich gewesen ist.

Wenn aber auch solche äußersten Folgen nicht eintreten, so wird zum wenigsten eine allgemeine Erbitterung erzeugt: Gertrud Bäumer hat durchaus recht, wenn sie in der „Hilfe" vom 24. Oktober ausspricht, die Forderung nach dem Reichstagsbeschluß und nach dem Staatsgerichtshof könne einem „als Symptom angst machen": „Wenn nun", so sagt sie weiter, „die ‚Abrechnungen' im Innern losgehen sollen, gibt es keinen Neubeginn, und wir schleppen uns an der moralischen Kriegslast zu Tode." — Es ist seltsam, daß der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Bayerns in der gleichen Entschließung, die den Reichstagsbeschluß und den Staatsgerichtshof fordert, und zwar schon in dem unmittelbar anschließenden Satze, ein weiteres Gesetz verlangt, das für alle politischen Straftaten die Strafaussetzung und die Untersuchungseinstellung bestimmen soll. Da fühlt also der Parteitag selbst ganz deutlich, daß es mit der Anwendung des Strafgesetzes auf politische Handlungen nunmehr ein Ende haben muß, wenn wir ein gesundes neues Leben anfangen wollen. Wie ist denn aber mit dieser zweiten Forderung die unmittelbar vorhergehende erste, die Forderung nach dem Reichstagsbeschlusse und dem Staatsgerichtshof, überhaupt auch nur logisch vereinbar?

Dazu noch Eins: Es ist dringend nötig, daß im Bewußtsein unsres Volkes für Jahrhunderte das Wissen davon verankert bleibe, was bei einer auswärtigen Politik herauskommt, wie die „Deutsch"konservativen, die Rechts-Nationalliberalen, die „Alldeutschen" und die „Vaterlandsparteiler" sie uns aufgezwungen hatten. Das Wissen, daß jedes Volk sein Dasein aufs Spiel setzt, wenn es sich solchen Führern überläßt — daß insbesondre auch jedes Volk scheitert, wenn es vergißt, daß die Kriegführung die Dienerin der Politik zu sein hat und nicht umgekehrt. Solche nützliche und notwendige Erkenntnis aber wird verdunkelt, wenn das starke Rechtsgefühl des deutschen Volkes die Vertreter jener verderblichen politischen Anschauungen als Märtyrer bedauern wird, als Opfer von Prozessen, bei denen das Recht zur Magd der Politik wurde. Wenn ich irgend etwas für die Zukunft unsres deutschen Volkes für hervorragend nützlich halte, so ist es Dies, daß die auswärtige Politik der „Deutsch"konservativen, der Rechts-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Nationalliberalen der „Alldeutschen" und der „Vaterlandsparteiler" für alle Zeiten das Brandmal tragen möge, daß sie unser Volk in das schwerste Unglück gestürzt hat. Wir dürfen nicht das Gegenteil erwirken, indem wir Vertretern jener auswärtigen Politik zum Heiligenschein des Unrechtleidens verhelfen.

* * *

Berlin, den 14. November 1918.

Unter den völlig veränderten politischen Machtverhältnissen in Deutschland, die inzwischen eingetreten sind, erscheint es mir doppelt notwendig, daß die vorstehenden Gedanken ausgesprochen und beherzigt werden. Denn die Wahrheit, daß die Gerechtigkeit die Grundmauer des Staates ist, ist wahr für jede Staatsordnung. Und in einer Staatsordnung, die noch unerprobt und ganz unbekannten Stürmen ausgesetzt ist, muß die Grundmauer besonders fest sein.

Fidelis.

Einigung und Einheit der Lebensreformbestrebungen.

Es kann für weite Kreise als sichere und unbestreitbare Erkenntnis gelten, daß die verschiedenen Bestrebungen der Lebensreform in innigem Zusammenhang stehen. So ist eine erfolgreiche Bekämpfung des Alkoholismus bedingt durch Wohnungs- und Bodenreform, die den Mangel eines gemütlichen Heims und dadurch einen wesentlichen Antrieb zum Wirtshausbesuch beseitigt. Eine Ausrottung des Alkoholismus ist Voraussetzung für erfolgreiche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Ausgestaltung des Schul- und Erziehungswesens unerläßlich für jede Lebensreformbestrebung, die nachhaltigen Einfluß gewinnen will. Diese Beispiele ließen sich leicht vermehren.

Man muß sich nun die Frage vorlegen, ob diese Zusammenhänge zufälliger Art oder wesentlich und notwendig sind. Von zufälligen Zusammenhängen würde man nur reden, wenn man sich auf die Beobachtung einzelner Beziehungen beschränkt und einfach feststellt, daß einzelne Bestrebungen nebenbei auch andern zustatten kommen, möglicherweise auch eine gegenseitige Förderung stattfindet, ohne daß man sich den Grund solcher Beziehungen überlegt.

Wer aber über diese Zusammenhänge weiter nachdenkt, wird finden, daß über diese hier nur angedeutete Wechselwirkung hinaus das Gemeinsame bei zahlreichen Reformbestrebungen darin besteht, daß sie ein und dasselbe Ziel haben, dem sie auf verschiedenen Wegen, aber sich gegenseitig fördernd, zustreben. Dies Ziel, das sie alle letzten Endes erstreben, ist der Fortschritt der Kultur.

Nun ist Kultur das Leben der Gesamtheit, wie es sich aus der Schaffenstätigkeit der Einzelnen ergibt. Alle Förderung der Kultur muß daher auf die freie Entwicklung leistungsfähiger Einzelmenschen gerichtet sein. Dieses gemeinsame Ziel faßt alle Bestrebungen der Lebensreform zu einer Einheit zusammen. Eine Kulturforderung ist also die Erfüllung aller gesundheitlichen, erzieherischen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen, die das Heranwachsen eines gesunden, tatenfrohen, leistungsfähigen Geschlechts ermöglichen. Hindernisse einer gesunden körperlichen und geistigen Entwicklung dagegen müssen bekämpft werden.

Solche Hindernisse sind: die ungesunde Lebensweise im allgemeinen, besonders die Verwendung des Alkohols als Genußmittel, ferner das verkehrte Bodenrecht, ein fehlerhaftes Schul- und Erziehungssystem, die ständige Bedro-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hung des Friedens u. a. m.*). Jedes dieser Kulturhindernisse stört in irgendwelchen Beziehungen den allgemeinen Fortschritt, hindert daher auch jede andere Kulturbewegung. Alles also, was dazu beiträgt, eins dieser Kulturhindernisse aufzuheben, kommt den anderen Kulturbewegungen nicht zufällig, sondern naturnotwendig zugute.

Die Einheit des Ziels verbietet planlose Zersplitterung in den Mitteln. Bevor ich jedoch diese Folgerung weiter entwickle, sei neben dem natürlichen Zusammenhang der Kulturbestrebungen die doppelte Möglichkeit ihrer psychologischen Verknüpfung dargelegt.

Es gibt Menschen, die zäh am Gegebenen haften und allem Neuen mißtrauisch gegenüberstehen. Andere wieder haben für die Mängel des Bestehenden einen schärferen Blick und glauben, daß der Kulturfortschritt dringendes Erfordernis ist. Nur von diesen Fortschrittlich-Gesinnten will ich reden.

Der Einzelne kann nun entweder von der Mangelhaftigkeit des Bestehenden im allgemeinen ausgehen, oder von einem bestimmten Mangel im besonderen. Wer das Bestehende im allgemeinen für verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig hält, wird jedem Vorschlag, der wirklich einen Fortschritt bringen kann, von vornherein wohlwollend gegenüberstehen, auch wenn er seine Tätigkeit vielleicht aus Gründen der Arbeitsteilung oder persönlicher Neigung auf ein Gebiet beschränkt. Seiner Gesinnung nach ist er Lebensreformer in weitestem Sinn. Seine Erwägungen führten ihn vom allgemeinen Inhalt seiner Gesinnung zum besonderen einer bestimmten Aufgabe.

Auch der umgekehrte Weg ist möglich. Durch besondere Umstände, sei es Erfahrung, sei es persönliche Veranlagung, oder beides, wird mancher auf einen einzelnen Mißstand besonders aufmerksam und erkennt allmählich erst die allgemeinen Zusammenhänge. Wer, beispielsweise, jetzt in den Zeitungen regelmäßig von Wohnungsmangel liest und über die Mittel nachdenkt, der drohenden Wohnungsnot nach Möglichkeit vorzubeugen, wird bald einsehen, daß eine zweckmäßige Umgestaltung des geltenden Bodenrechts dringend erforderlich ist. Mancher, der auf diese Weise Bodenreformer wird, sich aber nicht mit wohlwollender Zustimmung begnügen, sondern selbst tatkräftig helfen will, wird sofort ein lästiges Hindernis jeder Aufklärungsarbeit finden: die Verständnislosigkeit, mit der selbst Gebildete wirtschaftspolitischen Fragen gegenüberstehen. Nun, dagegen scheint sich bald ein Mittel zu zeigen: Staatsbürgerliche Erziehung! Schon auf den Schulen muß die Einsicht in wirtschaftliche Vorgänge begründet und planmäßig gefördert werden. — Aber da tönt dieser Forderung der entrüstete Einwand entgegen: Noch mehr Unterricht?! Unsere Kinder sind doch wahrlich schon überlastet genug! — Man wird nun leicht bei gründlicher Prüfung dieses Einwandes finden, daß die Schulkinder eigentlich mit recht viel überflüssigen Dingen geplagt werden. So könnte der Sprachunterricht recht erheblich eingeschränkt werden. Die ganze logische Schulung, die durch das Erlernen einer fremden Sprache gewonnen werden kann, wird durch eine künstliche, wirklich logisch aufgebaute Sprache erheblich besser erzielt, als durch eine historisch gewordene Sprache, die mit ihren verschiedenen unlogischen Unregelmäßigkeiten nur das Gedächtnis belastet, ohne gewöhnlich die Möglichkeit einer fließenden Verständigung zu gewähren. Die große Zeit- und Kraftersparnis, die etwa durch Einführung des leicht und schnell erlernbaren Esperanto in den Schulen gewonnen

*) Alles, was diesen Kulturschädlingen gegenüber an Gesundem in unserm Land und Volk wächst, hat der Herausgeber dieser Zeitschrift unter dem Begriff der Rassenhygiene zusammengefaßt. Vgl. Vortrupp 2. Jahrg. Nr. 19; Vortrupp-Flugschrift Nr. 24 „Freideutsche Zukunft".

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

würde, könnte wichtigeren Gegenständen zugute kommen. — So gelangen nachdenkliche und gründliche Bodenreformer leicht über Schulreform zum Esperantismus. Aber schon zeigt sich jeder tatkräftigen Arbeit ein neues Hindernis: die Gleichgültigkeit der großen Masse gegenüber allen sozialen Fragen. Es erscheint daher als notwendig, das Volk aus seiner betäubenden Genußsucht aufzurütteln und daher gerade die Genußmittel zu bekämpfen, die diese abstumpfende Wirkung haben: die Rauch- und Rauschgifte! Besorgt über die Fülle der Aufgaben werden unsere Bodenreformer sich wohl nach Hilfskräften umsehen, und gerade im Kampf gegen Alkohol und Tabak stellen sich die Frauen als natürliche Helfer ein. Zweckmäßig wird man daher als Bodenreformer auch für Erweiterung der Frauenrechte eintreten. Kurz, es ist einleuchtend, daß das Erforschen dieser Zusammenhänge von der Betätigung auf einem lebensreformerischen Gebiete zur richtigen Würdigung der anderen führen kann.

Da nun zwischen den einzelnen Reformaufgaben ein innerer Zusammenhang besteht, da Fortschritte auf einem Gebiet ihre Wirkung auf die anderen ausstrahlen, so ist es wünschenswert und erforderlich, daß ein gemeinsames Vorgehen nach einheitlichem Plane erfolgt, d. h. daß die Gemeinsamkeit der Interessen in einer Arbeitsgemeinschaft ihren Ausdruck findet. Es handelt sich hierbei darum, an der Hand der Erfahrung die richtige Verbindung von Zusammenfassung der Kräfte und Arbeitsteilung zu schaffen. Dies wäre die organisatorische Forderung, die sich aus der Wechselwirkung der Bewegungen ergibt.

Die psychologische Verknüpfung der verschiedenen Lebensreformbestrebungen andererseits findet ihre Verwertung in einer geeigneten Werbetätigkeit, die sich den Gedankengängen der Einzelnen anzupassen versteht und nicht eigene Gedankengänge aufzwingen will. Bei allgemein fortschrittlicher Gesinnung ist leicht das Verständnis für fast alle Einzelfragen zu wecken; doch wird häufig Beschränkung auf besondere Gebiete zweckmäßig und erwünscht sein. Dann darf der Werbende nicht, wenn der andere sich für Bodenreform entscheidet oder dafür leichter zu gewinnen ist, die Abstinenz in den Vordergrund stellen und sich darauf versteifen. Stets ist die Verschiedenheit der Menschen zu berücksichtigen. Unzweckmäßig ist es, stets gerade den Zweig der Lebensreform als den wichtigsten zu betonen, den man selbst dafür hält. Zurückhaltung ist geboten. Die rechte Gesinnung kann nicht auf einen Menschen aufgepfropft werden, sie muß sich selbst aus seiner Natur entfalten. Keime, die richtig gepflegt werden, kommen zur Blüte und reifen zur Frucht.

Wenn wir nun versuchen, die organisatorischen und propagandistischen Forderungen, die sich aus der Natur der Sache ergeben, miteinander zu verbinden, so gelangen wir zur Forderung einer Arbeitsgemeinschaft auf dem Gebiete der Werbetätigkeit. Gerade auf diesem Gebiete herrscht eine bedauerliche Zersplitterung, die zur Vergeudung von Geld und Kräften führt. Hier tut Zusammenfassung not. Diese Erkenntnis muß weiteste Verbreitung finden! Dann werden sich auch die Mittel zeigen, sie zur Tat werden zu lassen. Auf Einzelheiten einzugehen, ist jetzt nicht angebracht. Nur so viel sei gesagt: die Form einer solchen Arbeitsgemeinschaft wäre eine Zentralstelle, ein „Hauptwerbeamt für Lebenserneuerung". Dies würde die Einheit der Lebensreform nach außen sichtbar erscheinen lassen und würde im Innern ein Mittel zur Einigung sein, ein Weg zu Einheit und Macht.

Dr. jur. Theodor Tichauer.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Das Schicksal und du selbst!*)

V.

Rückblick und Ausblick.

5 Leitsätze.

Die Hauptfrage lautet: Wie ist es möglich, Naturnotwendigkeit, Verhängnisglauben und göttliche Vorherbestimmung, mit einem Worte den Schicksalsgedanken, der in der Heimat wie im Felde die Gemüter so sehr bewegt, in Einklang zu bringen mit dem nicht weniger ausgeprägten Streben nach Pflichterfüllung, dem Verantwortungsgefühl und der sittlichen Selbstbestimmung, d. h. mit des Menschen freier Persönlichkeit?

Ausgangspunkt bildet die Naturwissenschaft.

1. Die naturwissenschaftliche Betrachtungsweise führt uns zur Anschauung von der Naturnotwendigkeit alles Geschehens (Jede Veränderung in der Welt heißt Wirkung, die mit Notwendigkeit aus der Ursache folgt) und von der Unfreiheit der menschlichen Handlungen. (Aus Willensrichtung und Beweggründen ließe sich jede menschliche Handlung mit Gewißheit vorausberechnen wie eine Sonnen- oder Mondfinsternis.)

2. Aber diese naturwissenschaftliche Betrachtung kann uns auch leicht verführen zum Glauben an ein Verhängnis oder gar an eine Vorherbestimmung durch Gott. (Auf Grund einer überschwenglichen Anwendung des Ursachengesetzes käme nicht bloß von Natur wegen alles, wie es kommen muß — das ist selbstverständlich; sondern auch von Schicksals oder Gottes wegen.)

Schwerwiegende Bedenken werden laut. (Um eine selbständige Persönlichkeit wäre es geschehen.) Daher suchen wir

Hilfe in der Philosophie.

3. Kant leitet uns mit seiner philosophischen Auffassung zum rechten Gebrauch der uns angeborenen Erkenntnisformen, wodurch „Naturnotwendigkeit und Unfreiheit" bestätigt wird. (Im Reiche der Natur gilt das Ursachengesetz. Auch der Tod des Hoffnungsvollsten mußte mit Notwendigkeit erfolgen.) „Verhängnisglaube und göttliche Vorherbestimmung wird dagegen widerlegt. (Im übernatürlichen Reiche ist das Ursachengesetz ungültig. Möge alles Äußerliche noch so verhängnisvoll aussehen und vom naturwissenschaftlichen Standpunkte aus sich tatsächlich als vorherbestimmt erweisen, es hat keinerlei Bedeutung für mein wahres, an sich seiendes Wesen.)

4. Kant legt weiter den Grund zur Übernaturlehre als Wissenschaft. (Die sittliche Forderung, unbedingt seine Pflicht zu tun, ist zu verstehen als die Stimme unserer eigenen, besseren, göttlichen Natur.) So gewinnen wir zugleich durch Kant die

Möglichkeit, die Religion aufzubauen auf wissenschaftlicher Grundlage.

5. Unter dem Lichte indischer Weisheit und mit dem Schlüssel der Kantischen Philosophie eröffnet sich ein Zugang zur ewigen Wahrheit des Christentums. (Durch die Erkenntnis, daß Brahman und Atman, d. h. Gott und Seele, eine Einheit bilden, und durch die Frohe Botschaft, daß Gott und der sittlich gute Mensch als Vater und Sohn wesensgleich sind und daher eins.)

---

*) Vgl. das erste und zweite Oktoberheft, sowie das erste Novemberheft des „Vortrupp" S. 371 ff.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schlußergebnis: So läßt sich in der Tat begreiflich machen, wie der Schicksalsgedanke aller Art und selbst in seiner ausgeprägtesten Form als Vorherbestimmung durch Gott sehr wohl vereinbar ist mit der freien sittlichen Selbstbestimmung des Menschen, da ja im Augenblick der Pflichterfüllung, wo ich der Stimme des Gewissens Gehör schenke und die sittliche Forderung in die Tat umsetze, mich kein anderer und Fremder bestimmt zum Guten, sondern nach Kants Ausdrucksweise: der Mensch als Ding an sich, nach indischer Weisheit: mein ureigenstes, übernatürliches, göttliches Selbst, mein Atman, oder in Worten der Bibel: meine (mit dem Willen des höchsten Gottes sich eins fühlende) Seele. Damit ist jeder

Widerspruch zwischen Schicksalsbestimmung und freier Persönlichkeit aufgehoben.

* * *

Gedanken über einen Volksbund für Weltanschauung und Lebensgestaltung.

Wir stehen wiederum inmitten eines großen philosophischen Zeitalters.

Infolge ihres gewaltigen Aufschwungs haben bereits alle Einzelwissenschaften, vornehmlich auch die Naturwissenschaften, für unser Weltverständnis im höchsten Grade wertvolle Beiträge geliefert. Schon nehmen die weitesten Kreise unseres fortgeschrittenen Volkes regen Anteil an den letzten, tiefsten Weltanschauungsfragen.

Davon zeugt insbesondere die Entwicklung derjenigen Gesellschaften, welche sich die Pflege philosophischen Denkens zur Aufgabe machen. An erster Stelle ist zu nennen die Kant-Gesellschaft. Ihre ständig wachsende Mitgliederzahl, die im Jahre 1909 noch rund 250 betrug, hat seit Herbst 1918 das erste Tausend erheblich überschritten. Wer die nötige wissenschaftliche Vorbildung und philosophische Schulung besitzt, möge seinen Beitritt zur Kant-Gesellschaft in Erwägung ziehen.*)

Ihre jüngere Schwester ist die Schopenhauer-Gesellschaft, die sich ebenfalls innerhalb der wenigen Jahre ihres Bestehens schon bis zu einer ansehnlichen Mitgliederzahl entwickelt hat. Der Begründer, Paul Deußen, wendet sich u. a. mit folgendem Leitgedanken an alle Gebildeten unserer Zeit: „. . . . . Solange hinter jedem Leben der Tod . . . lauert, werden für jeden Menschen, der nicht ganz in den Tag hineinlebt, keine Fragen so wichtig sein wie diese: Was ist die Welt? Was bin ich selbst? Wo komme ich her und wo gehe ich hin? und Wie habe ich mich in der kurzen Spanne Zeit, die mir vergönnt ist, zu verhalten, um getrost und mit gutem Gewissen dem Schicksal entgegenzugehen, welches mir, wie jedem anderen, bevorsteht? . . . . . Wenn wir nun Kant und Schopenhauer als unsere Lehrer verehren, so geschieht es nicht in dem Sinne, daß wir ihnen blindlings folgen, sondern darum, weil sie den von Natur über

---

*) Auf Wunsch wird der stellvertretende Geschäftsführer, Dr. Arthur Liebert in Berlin W. 15, Fasanenstr. 48, Aufklärungsschriften bereitwillig zusenden. Für den Jahresbeitrag von 20 Mark versorgt die Kant-Gesellschaft ihre Mitglieder in ausgiebiger Weise mit Veröffentlichungen aus der Feder führender Vertreter der verschiedenen philosophischen Richtungen der Gegenwart.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

unseren Augen liegenden Schleier weggenommen und uns gelehrt haben, die Dinge so zu sehen, wie sie in Wirklichkeit sind ....." *)

Diese beiden großen verdienstvollen Gesellschaften arbeiten nun in der Weise, daß sie durch ihre Veröffentlichungen und Zusammenkünfte in den Ortsgruppen ihren Mitgliedern Gelegenheit bieten, sich mit Gleichgesinnten auszusprechen über die Fragen, welche jedem Menschen als solchem die wichtigsten sein müssen. Für die geschulten und vorgebildeten Köpfe sind somit Sammelpunkte vorhanden. Aber die philosophische Bewegung unserer Tage schlägt immer breitere Wellen. Heute gilt es, für alle denkfreudigen Deutschen einen Mittelpunkt zu schaffen, der zugleich sammelt und Kraft ausstrahlt: Ein

Volksbund für Weltanschauung und Lebensgestaltung

wird sich zusammenschließen. So weit muß der Kreis gezogen werden!

Heute ist es durchaus nicht mehr angängig, vom Reich des Wissens willkürlich ein Gebiet des Glaubens abzusondern. Seitdem ein Kant gelebt hat, haben wir unsren Glauben nicht etwa preiszugeben, sondern eben den uns heiligen Glaubensinhalt durch klare Begriffe auszudrücken: Das, was einer im tiefsten Innern glaubt oder was ihm als Glaubensoffenbarung und Religion dargeboten wird, das muß und will er auch begründet sehen, ins Reich des Wissens erheben können und erst dadurch sich zur Gewißheit machen! Das ist der letzte Sinn der Kantischen, auf strengster Wissenschaft aufgebauten Weltanschauungslehre, und es ist nunmehr an der Zeit, deren herrliche Früchte für jeden denkfrohen Menschen zu verwerten.

Diese Forderung läßt sich heute um so leichter erfüllen, als wir bereits ganz hervorragende Lehrwerke besitzen. Sie sind dem aufgeweckten deutschen Volk verständlich zu machen. Viel edles Gold ist da; wir haben es nur in wertvolle Münze umzuprägen und allerorten in Umlauf zu bringen. Möchten andererseits die Vertreter der philosophischen Wissenschaft recht oft, wenn auch nur vorübergehend, von ihrer Warte herabsteigen, um den Zusammenhang mit den geistigen Bedürfnissen unseres Volkes zu wahren und auch für sich selbst vom lebendigen Leben aus neue Antriebe und Kräfte zu gewinnen. So also bleiben wir in der Volksbundarbeit diesem Grundsatz treu: „Wissenschaft und Leben müssen gegenseitig sich befruchten!"

Aber welche Wege wird nun unser Volksbund im einzelnen zu gehen haben? Zwei stehen zunächst offen: Aufklärung durch Schriften und durch Vorträge mit Aussprachen.**)

Als auf ein Beispiel verweisen wir auf die Schrift des Unterzeichneten „Das Schicksal und du selbst!", mit welcher der erste Weg betreten wurde**), sowie auf die beiden „Philosophischen Kreise Lille und Tournai", wo der zweite Weg sich bereits als gangbar erwiesen hat. Und die weiteren Schritte lassen sich nicht mehr aufhalten. Als im Sommer 1918 in Tournai

---

*) Prof. Deußen in Kiel, Beseler Allee 39, ist gern bereit, Aufklärungsschriften der Schopenhauer-Gesellschaft kostenlos zu senden. Für den Jahresbeitrag von 10 Mark wird den Mitgliedern ein schön ausgestattetes und reichhaltiges Jahrbuch zugestellt.

**) Vgl. die Ausführungen im „Vortrupp" 1918, Nr. 19 bis 21. Vollständige Wiedergabe außerdem als „Vortrupp-Flugschrift Nr. 51/52 (Preis 60 Pfg.); zu beziehen vom Verfasser oder vom Verlag Alfred Jansen, Hamburg, Spitalerstr. 12.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und in Lille Freunde von Weltanschauungsfragen auf meinen Ruf hin sich zusammenfanden, wurden aus den anfangs 12 und 20 Teilnehmern innerhalb weniger Wochen 250 und 300, außer zahlreichen Akademikern: von den Generalstabsoffizieren des Armee-Oberkommandos bis zu den Mannschaften aus fast allen Ständen und Berufen! Schon wurden die neu erweckten Bestrebungen von der angesehensten Presse in Berlin und München, in Hamburg und Frankfurt a. M., in Altona und Kiel beachtet und gewürdigt. Wahrlich, überall im deutschen Volke ist die Sehnsucht nach Klarheit und Wahrheit in Weltanschauungsfragen vorhanden und fordert heute, gerade heute, dringender denn je Befriedigung! Daher ist der „Volksbund für Weltanschauung und Lebensgestaltung" Notwendigkeit. Wohlan! Unser Führer ist da. Wer folgt im Vortrupp unter dem Zeichen Kants?*)

Reinhart Biernatzki.

Rund um uns

Schon auf Morgenröten grüßt die neue Zeit. Von Göttingen aus gehe ich die Landstraße entlang, die über Geismar führt. Zu beiden Seiten stehen Obstbäume. Auf den Hügeln, auf dem bunten Laub der Bäume, auf den weiten nach Erde duftenden Feldern liegt die Nachmittagssonne. Grell he-

*) Für die Weiterarbeit ist es erforderlich, zu erfahren, in welchen Kreisen durch die Schrift „Das Schicksal und du selbst!" unsere Anregungen Widerhall gefunden haben. Darum bitte ich jeden, der den Trieb verspürt, sich in die großen Weltanschauungsfragen hineinzudenken und sein Leben sinnvoll zu gestalten, mir Namen, Beruf und Anschrift mitzuteilen und womöglich noch ein kurzes Wort der Stellungnahme hinzuzufügen. Allein dadurch würde jeder Einzelne zum Gelingen der großen und schönen Aufgabe selbsttätig beitragen.

Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß durch Namensnennung keinerlei Verpflichtungen eingegangen werden. Unser Volksbund will gerade auch diejenigen sammeln, welche nicht ohne weiteres größere Summen zur Verfügung stellen können, wohl aber den Wunsch nach anregenden Vorträgen und nach unzweifelhaft guten Schriften haben.

Dagegen sind freiwillige Stiftungen willkommen in jeder beliebigen Höhe unter dem Vermerk „Dem Volksbund für Weltanschauung und Lebensgestaltung". Denn sobald die weiteren Aufklärungsarbeiten in Angriff genommen werden sollen, müßte eine größere Geldunterlage zur Verfügung stehen.

Noch eins: mit diesen „Gedanken über einen Volksbund" soll nicht der Gründung eines neuen Vereins das Wort geredet werden, sondern nach Vortrupp-Grundsatz und -Arbeitsweise nur ein Mittelpunkt geschaffen werden für die Vielheit der vorhandenen Bestrebungen gleicher Art, die nicht selten nebeneinanderherlaufen. Auf das Gemeinsame wollen wir uns besinnen und dadurch uns neu beleben lassen!

Oberlehrer Reinhart Biernatzki, Hamburg 36, Pilatuspool 7.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ben sich die gelben Birkenblätter von dem dunklen Tannenhintergrunde ab. Auf dem Felde wird gearbeitet. Rüben werden auf Wagen geladen. Anderswo ist man schon beim Bearbeiten des Bodens. Alles wie im vergangenen Jahre.

Und doch ist es anders heute. — Während des ganzen Krieges war in mir ein Druck, der mich nicht aufatmen ließ. Selbst in Augenblicken, in denen ich froh und sorglos schien, kam plötzlich ein Erschrecken über mich. Und ich wußte, ich durfte nicht sorglos sein, denn das Seelenheil der Menschheit war in Gefahr. — Ist es denn heute anders? Ist das Leid der Millionen denn gewichen? — Nein, die Last, die der Krieg uns aufbürdete, liegt noch schwer auf uns allen. — Aber während ich so dahinschreite, werde ich die Worte aus der Antigone nicht los: „Schon auf Morgenröten grüßt die neue Zeit."

Die Erlebnisse der letzten Wochen müssen Manchem die Augen geöffnet haben. Steht unser Volk nicht vor einem Abgrund? Handelt es sich jetzt nicht um Sein oder Nichtsein? Das ist die Frucht der jahrelangen Täuschung. Dafür ging Deutschlands geistige Blüte dahin. Dessen wollen wir uns klar sein. — Aber die Schuld liegt nicht bei den Führern dieser Zeit allein. — Lange Jahre hindurch wurde dies Unheil genährt; es begann lange vor dem Kriege von 1870. — Und wir alle, alle tragen Schuld daran. Warum litten wir es, daß der Militarismus eine solche Macht bekam? Gewiß, Viele von uns sagten sich los von diesem System schon vor dem Kriege. Überall regte sich die Sehnsucht nach Innerlichkeit, nach Wahrheit, nach einfacher Lebensform. Das Recht sollte herrschen und nicht die Macht. — Aber die materialistische Strömung war zu stark. Die Katastrophe kam; das furchtbare Leid kam über uns alle. Und nun — nach vier leidvollen Jahren hat sich unser Volk hindurchgerungen. Jetzt nimmt es selbst die Verantwortlichkeit auf sich, jetzt beugt es sich demütig und doch stolz der traurigen Tatsache, daß es einem anderen Volke Rede und Antwort stehen muß. — —

Ein weiter Teil von Mitteldeutschland liegt in seiner Herbheit und Lieblichkeit vor mir. Und während ich darüber hinsehe, denke ich an all die Edlen, die dies Land hervorgebracht. Und mit heißer Inbrunst hoffe ich, daß nun die deutsche Seele wieder aufleben wird, nachdem der jahrzehntelange Druck von ihr genommen. Doch schon zeigt sich bei uns ein anderer böser Feind. Kaum haben wir uns vom Chauvinismus freigemacht, so fallen Viele in den anderen schlimmen Fehler und erwarten alles Heil vom Auslande. — Können wir uns denn nur in diesen beiden Gegensätzen bewegen? An unsere Aufgabe müssen wir jetzt denken. Wir müssen unser Deutschtum retten. Selbstverständlich ist nicht deutsch mit gut gleichzusetzen. Aber klar sollen wir uns darüber sein, daß in unserer Art viel liegt, was gut ist. Und dieses Gute sollen wir heben und stärken. Nicht deshalb, um die Welt zu erobern, um Einfluß zu gewinnen. Nein, nur deshalb, weil es gut ist, weil ein Gebot in unserer Brust sagt, daß wir das Gute um des Guten willen tun sollen. — Arbeiten wollen wir auf den Universitäten und in den Schulen, unermüdlich nach Wahrheit streben in der Wissenschaft, voll froher Zuversicht. Dafür einstehen wollen wir, daß die Wissenschaft nicht wieder zu politischen Werbezwecken mißbraucht wird. Die Kinder wollen wir zu aufrechten freien Menschen erziehen, sie nicht verhetzen zu Parteizwecken; den Geist der Liebe wollen wir säen, der Demut. Die verstörten, leidbeladenen Gemüter wollen wir stärken, die Freundschaft heilig halten. — Eng wollen wir die Reihen schließen und unentwegt kämpfen für Freiheit und Recht, damit aus dieser Zeit des Leidens ein tapferes freies Volk hervorgeht, das einig ist in der Liebe zum Guten.

Sophie Johannsen.

„Die menschliche Fortpflanzung, ihre Gesundung und Veredelung." Wenn

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

das Sexualproblem, das angesichts des schon in weitem Umfange statistisch erkennbaren Geburtenrückganges einen immer ernsteren Charakter annimmt, jetzt bereits in der Tagespresse auftritt, so darf ein Buch wie das vor kurzem von dem Schweizer Arzte Dr Christen über „Die menschliche Fortpflanzung, ihre Gesundung und Veredelung" (Bern, Wagnersche Verlagsanstalt) veröffentlichte, auf die besondere Beachtung aller Lebensreformer Anspruch erheben. Der Verfasser behandelt die Frage vom naturwissenschaftlichen, gesundheitlichen, erzieherischen und dazu, in einem längeren Abschnitte, auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus.

Die erstgenannten Abschnitte werden bei den Vortrupplesern zweifellos uneingeschränkte und an vielen Stellen gewiß begeisterte Zustimmung finden, schon wegen des überall sichtbaren tiefen sittlichen Ernstes, mit dem der Verfasser seine wissenschaftlichen Überzeugungen vorträgt. Was er über die Menschwerdung, die Mutterpflicht des Stillens, die Vererbung, die inneren Sekrete zu sagen weiß, wird nicht nur die hier niedergelegten Ergebnisse der neueren Forschung zum Allgemeingut der Gebildeten machen helfen, sondern es wird gewiß auch auf zahlreiche junge Leser, die im Stillen schon an das Lebensproblem einer künftigen Eheschließung denken, richtunggebend und willensbestimmend einwirken und so manches werdende Menschenschicksal im Sinne der Veredelung beeinflussen. Der Verfasser hat ganz recht, wenn er verlangt, daß schon das Denken der heranreifenden Jugend auf die hohe Bedeutung der künftigen Gattenwahl hingelenkt und zum Pflichtbewußtsein gegenüber dem kommenden Geschlechte erzogen werde. Wenn die alte Erziehung so vielfach versagt hat, so ist nicht die letzte Ursache davon die Nichtbeachtung der gewaltigen Hebelkraft, die in diesem neuen Pflichtbegriffe ruht. Er lag ja schon verborgen in dem uralten Bibelworte von den Sünden der Väter, die an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied heimgesucht werden, aber erst die neuere naturwissenschaftliche Erkenntnis hat die Zusammenhänge bloßgelegt, aus denen dieser Pflichtbegriff herauswächst.

Schon im naturwissenschaftlichen Abschnitt kommt der Verfasser auf den Alkoholgenuß als auf eine der vermeidbaren Schädigungen der Rasse zu sprechen, noch mehr aber im gesundheitlichen Teile, und hier weist er ihn zwar nicht als die einzige Entartungsursache nach, aber doch als die allerwichtigste und vor allem als diejenige, die wir sofort beseitigen können, wenn wir nur wollen. Nicht ganz so hoch bewertet der Verfasser die Schädlichkeit des Tabaks, stellt aber doch hier fest, daß die Zahl der Tabakkrankheiten viel größer ist als man gemeiniglich denkt, und namentlich hebt er hier hervor, daß das Nikotin imstande ist, auch eine krankhafte Veränderung der Keimdrüsen herbeizuführen. Das allein schon muß genügen, um die Rauchgewohnheit für jeden bewußten Lebensreformer als unvereinbar mit der Höherentwicklung der Rasse erscheinen zu lassen.

Daß Dr Christen auch die Geschlechtskrankheiten mit ihrem Hauptnährboden der Prostitution eingehend würdigt, bedarf wohl kaum der Hervorhebung. Großen Nachdruck, mit vollem Recht, legt er auf die volkswirtschaftliche Seite der Sexualfrage, und hier dürfte er den meisten Lesern Neues bieten.

Einig wird man gewiß allgemein mit dem Verfasser darin sein, wenn er es im Interesse einer Veredelung der Fortpflanzung beklagt, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse so viele Geldheiraten herbeiführen, und andererseits so manche tüchtige Menschen beider Geschlechter zur Ehelosigkeit verurteilen, wie auch weiterhin die Tatsache der Geburtenbeschränkung innerhalb der Ehe als ein beunruhigendes Symptom anerkannt werden muß. Davon ausgehend, hält Dr Christen die Herbeiführung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse für eine ganz dringliche Aufgabe und kommt im Anschluß an die Gedankengänge Silvio Gesells zu

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

folgender Aufstellung: Da die Bodenrente nur da steigt, wo eine Vermehrung der Bevölkerung eintritt, so gehört sie, nach Maßgabe der jeweiligen Kinderzahl, von Gottes und Rechts wegen den Müttern, als denjenigen, die am unmittelbarsten zu der Vermehrung mitwirken und die größte Last dabei zu tragen haben. Diese das Übel zweifellos an der Wurzel packende Forderung will aber der Verfasser nicht auf dem Wege einer gewaltsamen Enteignung verwirklichen, sondern unter einer gerecht zu bemessenden Entschädigung der bisherigen Grundrentner. Daß die jetzige Zinswirtschaft sowohl auf die Empfänger wie die Entrichter im entartenden Sinne wirkt und die natürliche Zunahme der Bevölkerung erschwert, das läßt sich kaum bestreiten. Es ist gewiß kein Zufall, daß Frankreich zugleich das Land der Rentner und das des Zweikindersystems ist. Leider ist hier die Darlegung des Verfassers insofern nicht durchsichtig und daher für die Allgemeinheit der Leser nicht überzeugend, als er es unterläßt, eine einwandfreie Klarstellung des Begriffes „Freigeld" zu geben, das er als ein besonders wichtiges Mittel der von ihm angestrebten Reform ansieht. Sicher ist so viel, daß bei Wegfall der Zinsleistung auch das Los der arbeitenden Frauen eine erhebliche Verbesserung erfahren würde und daß damit zugleich eine Hauptquelle der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten verstopft wäre.

Der Verfasser ist ein zukunftsfreudiger Optimist, der auch vor den durchgreifendsten Lösungen nicht zurückschreckt, wenn es die Erreichung hoher Ziele gilt. So begnügt er sich nicht mit der bloßen Bekämpfung des Alkoholismus, sondern verlangt nichts weniger als seine Ausrottung und schlägt daher vor, das ganze Alkoholgewerbe nach einem gerechten Ansatze, das ist bezeichnend für den Verfasser, von Staats wegen auszukaufen, ähnlich dem in der Schweiz bei dem Absinthverbot eingeschlagenen Verfahren. So verlangt er nicht bloß die Festsetzung, sondern auch die Unschädlichmachung sozialfeindlicher Elemente durch Sterilisierung, in Anlehnung an die hierzu in den Vereinigten Staaten von Amerika vorliegenden Anfänge. So will er auch mit Verwertung des großzügigen, von Prof. v. Bunge aufgestellten Planes und nach dem Grundsatze, daß jeder Arbeiter seines Lohnes wert ist, den Ärztestand an der Ausrottung der chronischen Krankheiten finanziell interessieren, und die zur Verwirklichung dieser und ähnlicher Reformen notwendigen Geldmittel findet er in der Einführung einer natürlichen Wirtschaftsordnung, in der Mann und Frau die gleichen Rechte und Pflichten haben und in der die Gesetze von einer Doppelmoral nichts wissen.

Aus allen diesen Vorschlägen spricht ein starker Glaube, ein kühnes Denken, ein heißer Drang nach Gerechtigkeit, ein auf das Höchste gerichteter Idealismus. Zu ihrer Durchführung würde zweifellos eine völlige Umbildung des Denkens der heutigen Menschheit erforderlich sein, wozu die Voraussetzungen zunächst nur bei einer kleinen Minderheit gegeben sein dürften. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Gedanken des Verfassers Utopien sind. So manches ist ursprünglich als Utopie verspottet worden, was sich schließlich doch durch die innere Kraft seiner Wahrheit durchgesetzt hat und jetzt allgemein anerkannt ist. Ob und wann die dem Verfasser vorschwebenden Reformen einmal Wirklichkeit werden, das vermag niemand zu sagen, aber schon das Ringen nach großen Zielen ist ein bedeutsamer Fortschritt, und in diesem Sinne jedenfalls wird das aus echter Menschenliebe geborene Buch Dr Christens sicher befruchtend und anfeuernd auf die Weiterentwicklung wirken.

A. A. Martin Hartmann.

Mutterschaft. Klara Eberts Buch. „Mutterschaft, Werden, Geburt, Pflege und Erziehung des Kindes"*) erlebte in diesem Jahre seine zweite Auflage, und es ist heute noch viel wichtiger, auf das Buch hinzuweisen,

*) Verlegt von Strecker u. Schröder, Stuttgart. Preis brosch. 4.50 M.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

als vor dem Kriege, denn noch nie hat das Mutterschaftsproblem mit seinen vielen Nebengebieten so brennend im Mittelpunkt der Interessen gestanden, wie nach den furchtbaren Verheerungen dieses Krieges.

Durchweg aber wird heute nur die materielle Seite der Frage in den Vordergrund gerückt: Wohl wird im ganzen Reiche, von den höchsten Behörden bis zu privaten Vereinigungen, von der zwingenden Notwendigkeit des Geburtenzuwachses geschrieben, gesprochen, werden praktische Vorschläge gemacht, wo aber hörten wir bisher von den Anforderungen an die körperliche und sittliche Gesundheit der Nachkommenschaft und ihrer Erzeuger, ohne die der Nachwuchs kein Segen für das Volk werden kann? Wo werden die Frauen und Männer auf die ungeheure Verantwortung hingewiesen, die auf ihnen, den Trägern der künftigen Generationen, ruht? Mit banger Sorge sieht mancher von den Besten unseres Volkes in eine Zukunft, in der die ethische und ideelle Seite der Vermehrung noch weniger beachtet werden soll, als vor dem Kriege.

Klara Ebert endlich weist mit aller Eindringlichkeit auf die riesige Gefahr hin, die in einer Werbung für unbedingten Geburtenzuwachs liegt: „Die Mission der Mutterschaft ist eine weit höhere, als dem Kinde bloß das körperliche Leben zu geben"; nur gesunde Menschen haben das Recht, Kindern das Leben zu geben; es gilt, ein starkes, kräftiges, körperlich und sittlich gesundes Geschlecht zu schaffen und die menschliche Gesellschaft vor der Belastung und Vergiftung durch kranke und minderwertige Geschöpfe zu schützen. Mit allen Mitteln muß deshalb die Aufklärung über die Ursachen der Entartung in alle Volksschichten getragen werden, müssen Gesetze geschaffen werden, die der Reinigung unseres Volkskörpers von schädigenden Elementen dienen.

Zu solcher Aufklärung kann das Buch von Klara Ebert helfen, die ganz auf dem Boden der Ideen steht, wie sie der „Vortrupp" vertritt. Klar bewußt werden die Forderungen der gesamten Erziehung zur Mutterschaft mit ihren Unterfragen, der naturgemäßen Ernährung, Kleidung, Körperpflege, der sozialen Tätigkeit, unter den Gesichtspunkt der Rassenhygiene gestellt, und unter diesem Gesichtspunkt wird besonders dem Zusammenhang zwischen Alkohol und Entartung ein erfreulich breiter Raum gewährt. Anerkannte Autoritäten auf diesem Gebiete wie Laitinen und Bunge erhalten das Wort, um durch die Ergebnisse ernsthaftesten Forschens Zweifelnde zu überzeugen und Überzeugten zuverlässiges Material zur Verbreitung und Verteidigung der Tatsachen zu geben.

Natürlich ist der Alkohol nicht der einzige Feind einer ungehemmten Aufwärtsentwicklung. Auch die ungesunden sozialen Verhältnisse spielen eine verhängnisvolle Rolle; wir brauchen nur an die schlechten Wohnungen, die unzureichende Ernährung zu denken, und an die Millionen Proletarierfrauen, die nicht die Zeit haben, ihre Kinder selbst zu stillen, weil sie zum Erwerb des notwendigsten Lebensunterhaltes beizutragen gezwungen sind. Die Statistiken beweisen für Deutschland und Österreich-Ungarn die größte Säuglingssterblichkeit: war das nicht erschreckend schon vor dem Kriege? Und muß nicht jetzt noch mehr mit allen Mitteln dahin gearbeitet werden, daß eine Besserung eintritt? Eine wirklich durchgreifende Bekämpfung der Kindersterblichkeit in ihren Ursachen ist wichtiger als die vielfach rein äußerlichen Bemühungen um die Hebung der Geburtenzahl; zur erfolgreichen Bekämpfung aber gehört in erster Linie eine gründliche, systematische Aufklärung, gehört vor allen Dingen eine gründliche Vorbereitung der Mädchen auf ihren natürlichen Beruf.

Es ist Zeit, mit dem Märchen aufzuräumen, daß sich die richtige Ausübung der Mutterpflichten als etwas ganz Selbstverständliches mit dem Mutterwerden einstelle! Die Vorbereitung auf den künftigen Mutterberuf muß schon beim Kinde einsetzen: die ganze Lebensweise, die Ernährung, die körper-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

liche und geistige Erziehung, alles das muß schon unter dem Zeichen der künftigen Würde stehen. Das muß natürlich erlernt werden!*) Der staatliche Volksunterricht in Gesundheitspflege und Mutterschaftsfragen ist eine Notwendigkeit, der sich heute niemand mehr verschließen darf; ein Einjährigfreiwilligenjahr für Mädchen, „während dessen sie, entsprechend dem Militärdienstjahr des Mannes, in Kranken- und Waisenhäusern, Wöchnerinnenasylen und Säuglingskrippen im Dienste der Menschheit all das lernen würden, was sie dereinst für die eigene Familie so notwendig brauchten", ist zwar heute noch ein „kühner Traum", ließe sich aber bei gutem Willen, nach richtiger Erkenntnis der Notwendigkeit, ebenso gut als Zwang einrichten, wie es heute das militärische Dienstjahr für die jungen Männer ist.

Der Staat m u ß erkennen, wie sehr die Unterstützung und Förderung derartiger Pläne und Reformen für ihn Lebensnotwendigkeit ist. Gesetze, aus diesem Geiste geschaffen, müssen helfen, die neuen Forderungen zu verwirklichen, bis das ganze Volk, wenn der neue Geist sein Eigentum geworden, sie als Naturgesetze erfüllt.

Ich denke dabei besonders an die staatliche Eheerlaubnis, die erst nach Vorlegung eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses erteilt werden dürfte und nach Möglichkeit der Zeugung einer kranken, erblich belasteten Nachkommenschaft vorzubeugen die Aufgabe hätte. Gerade ein solches Gesetz dürfte natürlich nur den Übergang zur eigenen Verantwortlichkeit darstellen, denn was nützen die besten Gesundheitszeugnisse, wenn durch Alkoholgenuß in der Hochzeitsnacht die Keimzellen vergiftet werden, das neue Leben also d o c h minderwertig wird? Wenn durch die Aufregungen der Hochzeitsreise die Mutterschaftsorgane der Frau geschwächt oder verdorben werden?

Die reiche Gedankenfülle des Werkes gibt außerordentlich wertvolle Aufklärung und Anregung; es bleibt wohl kein Gebiet unberührt, das mit der Mutterschaftsfrage irgendwie in Berührung steht: beginnend mit der „Vorbereitung zur Mutterschaft", führt uns Klara Ebert über „Entstehung und Geburt des Menschen, Säuglingspflege, Pflege und Gesunderhaltung des heranwachsenden Kindes, Kinderkrankheiten und Pflege des kranken Kindes" hin zur „natürlichen Erziehung": „das Ziel der Erziehung ist, einen sittlichen Charakter zu bilden, der einst im Dienste alles Wahren, Guten, Schönen steht. Aber sie hat außer dieser das Einzelwesen betreffenden Hauptaufgabe noch eine zweite, die soziale, die Erziehung für die Gemeinschaft".

Aus dem Buche spricht eine Frau zu uns, die das Mutterschaftsproblem in seiner ganzen Tiefe, seiner wundervollen Schönheit empfindet, und die durch ihre Aufklärung helfen will, daß allen Frauen der Begriff der wahren Mutterschaft in seiner ganzen Würde und Heiligkeit wieder offenbar werde, daß Frauen u n d Männer sich der ungeheuren Verantwortung bewußt werden, die sie für die Zukunft der Rasse, der Menschheit, tragen. Der neue Geist muß in Staat, Schule und Familie einziehen, der Geist der Reinheit und der Wahrheit, der allein imstande ist, den „neuen Adel", freie Menschen zu schaffen.

Grete Battmer.

*) Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß für jeden Beruf eine gründliche Vorbildung und ein Befähigungsnachweis verlangt werden, nur nicht für den wichtigsten und verantwortungsvollsten aller Frauenberufe, den der Mutter!

An unsre Freunde.

Da zurzeit die Feldpostsendung des „Vortrupp" nicht mehr ausführbar ist, bitten wir alle unsre Bezieher und Freunde, uns, wenn irgend möglich, eiligst die Heimanschriften der bisher im Felde befindlichen Bezieher mitteilen zu wollen.

Vortrupp.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 23 1. Dezemberheft

Fidelis.

Hamburg, den 23. November 1918.

Bei Kriegsbeginn nahm mir der Eintritt in den Heeresdienst die — erst jetzt wiedergewonnene — Möglichkeit, unter meinem Namen öffentlich zu schreiben. Zwei Jahre lang nahm mich außerdem militärische Arbeit so in Anspruch, daß ich mich um die Leitung des „Vortrupp" überhaupt nicht kümmern konnte, und daß sich meine schriftstellerische Mitarbeit am „Vortrupp" auf ganz vereinzelte kleine Gelegenheitsarbeiten beschränken mußte*). Im August 1916 gewann ich die Möglichkeit zurück, in größerem Umfange für den „Vortrupp" zu arbeiten. Ich schrieb dann (von Berlin aus) die Aufsätze, die die Unterschrift „Fidelis" tragen, und deren erster hier am 1. September 1916 erschien. Die Richtung der Fidelis-Aufsätze ruht auf den folgenden grundsätzlichen Gedanken:

Der „Vortrupp" ist vom ersten Tage seines Bestehens an ein ausgesprochen politisches Organ gewesen; wie denn ja auch gleich seine erste Nummer (vom 1. Januar 1912) mit meinem scharf politischen Programmaufsatz „Realpolitik"**) eingeleitet wurde. Auch alle meine andern großen programmatischen Aufsätze im „Vortrupp" sind scharf politisch gewesen; sie alle sind ausnahmslos auf den Zweckgedanken abgestellt gewesen, wie man für die Ziele des „Vortrupp" die „Gesetz-

*) Es sind dies die folgenden kleinen Arbeiten, die sämtlich die Unterschrift „Vortrupp" tragen:
„Wir und die andern", Jg. 1915, Nr. 3, S. 70.
„Realpolitik", Jg. 1915, Nr. 12, S. 233.
„Ein deutsches Wort für Invalide", Jg. 1916, Nr. 6, S. 188.
„Die europäische Kriegsschuldengemeinschaft", Jg. 1916, Nr. 13, S. 314.
„Unser Kanzler", Jg. 1916, Nr. 12, S. 353.
„Lehrgänge für Kriegsgefangene", Jg. 1916, Nr. 14, S. 417.
„Hindenburg, Chef des Generalstabes", Jg. 1916, Nr. 18, S. 573.

**) Denselben Titel habe ich dann auch dem, in der vorangehenden Fußnote bereits erwähnten, kleinen Aufsatz in Nr. 12 von 1915 gegeben, der eine einzelne Nutzanwendung aus dem programmatischen Leitaufsatze in der ersten Vortruppnummer zog.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gebung erobern" könne*). Alle nebelhaften Bestrebungen von Träumern, die jenseits des öffentlichen Lebens etwa eine „unsichtbare Kirche" gründen wollten, hat der „Vortrupp" immer scharf abgelehnt; darum durfte ich am Schlusse des soeben in der letzten Fußnote genannten Aufsatzes „Freideutsche Zukunft" über unsre Arbeit zusammenfassend sagen: „Schärfstes Eintreten ins öffentliche Leben ist hier gelehrt worden." Wir haben dabei, wie auch der Aufsatz „Freideutsche Zukunft" Das ausdrücklich feststellt, den ausgesprochen politischen Charakter des „Vortrupp" stets dahin verstanden, daß ein „politischer Gedanke" eben jeder Gedanke sei, der zeige, daß er stark genug sei, das öffentliche Leben zu beeinflussen; wir haben es dagegen abgelehnt, uns auf irgendeine der vor dem Kriege bestehenden politischen Parteien festzulegen, von denen, wenigstens damals, keine uns ganz Das bot, was wir brauchen. Dabei stand jedoch Das, was wir wollten, nicht nur in seinen Einzelheiten, sondern auch — und gerade vor Allem — in seiner Grundrichtung fest; die war eben von vornherein festgelegt durch meinen Programmaufsatz „Realpolitik" in der ersten Nummer des „Vortrupp". Denn ich war mir stets dessen bewußt gewesen, daß die erste Staffel, die auf unserm politischen Wege erreicht werden müsse, die Verdrängung der sogenannten „realpolitischen" Auffassung aus unserm öffentlichen Leben sein müsse; das ist die Verdrängung der Auffassung, in der in den Jahren vor dem Kriege die, damals bei uns politisch allmächtigen, kleinen Affen des großen Bismarck unser ganzes öffentliches Leben gefangen hielten. Selbstverständlich wäre es mir nie eingefallen, die „Realpolitik" zu bekämpfen, wenn Das, was man im politischen Leben darunter verstand, der eigentlichen Bedeutung des Wortes entsprochen hätte. Denn „Realpolitik" bedeutet ja, wörtlich übersetzt, nichts Andres, als einfach dies: eine Staatskunst, die sich auf die Wirklichkeit der Dinge aufbaut. Und darüber, daß jede Staatskunst, daß überhaupt jedes menschliche Tun, d a s soll, darüber werden kaum zwei Menschen verschiedener Meinung sein; und daß der „Vortrupp" d i e s e „Realpolitik" nicht bekämpft, sondern nach Kräften stützt, ist ja selbstverständlich. Aber an diese Auffassung denkt niemand, wenn man von „Realpolitik" (in Anführungsstrichen) spricht, und diese Auffassung haben besonders auch die nicht,

*) Ich denke dabei an meine folgenden Aufsätze:
„Wahl", Jg. 1912, Nr. 2.
„Der Fall Schifferer", Jg. 1912, Nr. 4.
„Bischof und Konsistorium", Jg. 1912, Nr. 10.
„Die's am schwersten drückt", Jg. 1912, Nr. 14.
„Der ‚Vortrupp' und die Frauenbewegung", Jg. 1912, Nr. 18.
„Ein ‚Deutscher Volksrat'", Jg. 1912, Nr. 22.
„Freideutsche Zukunft", Jg. 1913, Nr. 19.
„Wie schaffen wir etwas, was oben bleibt?", Jg. 1914, Nr. 12.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die sich selbst (vor dem Kriege taten sie's mit Stolz) „Realpolitiker" nennen. Auch sie wollen natürlich „Realpolitik" übersetzen als „Staatskunst des Wirklichen", aber sie bilden sich ein — und sie haben ihre Politik immer nach dieser Einbildung eingestellt —, daß die „Wirklichkeit" nur ganz grob Materielles enthalte. Also insbesondre Geld, Kanonen und Gewehre; von dem Nichtmateriellen aber nur noch die tierischen Triebe im Menschen: Hunger, Gier, Nationalhaß und dergleichen. Jeden, der sich die einfache Beobachtung nicht ausreden lassen wollte, daß diese Sorte „Wirklichkeit" von der wirklichen Wirklichkeit noch nicht einmal die Hälfte umfaßt, daß die bei weitem stärkste Macht in der wirklichen Wirklichkeit vielmehr der Gedanke ist, den brachten die „Realpolitiker" um mit dem, in dem Deutschland vor dem Kriege tödlichsten, Schlagworte „Ideologe". Ich glaube, daß ich in jenem ersten Leitaufsatze des „Vortrupp" den tiefsten Glauben der „Realpolitiker" durchaus richtig gekennzeichnet habe mit den Worten:

> „Wo in der Welt das Gemeine gegen das Edle steht, der Stoff gegen den Gedanken, das Raubtier gegen den Menschen, das Gestern gegen das Morgen, da siegen unabänderlich die Gemeinheit und der Stoff und das Gestern und das Raubtier; und wer in der Welt handeln muß, der hat zu handeln nach dieser Erkenntnis, dann ist die Wirklichkeit der Dinge mit ihm und der Sieg."

Man kann Das, wie ich in einem der Fidelis-Aufsätze schon einmal hervorgehoben habe, auch ausdrücken mit den Worten, die Conrad Ferdinand Meyer im „Heiligen" den König Heinrich II. von England zu Thomas Becket sprechen läßt: „Das hochheilige Evangelienbuch gehört auf eine perlengestickte Altardecke und hat nichts zu tun mit dem Weltwesen und der Wirklichkeit der Dinge." Den „Realpolitikern" ist jeder ein Narr, der, wie wir vom „Vortrupp" dies tun, dafür hält, daß die Ethik, und zwar ganz besonders die christliche Ethik, in der Politik ebensogut zur Herrschaft kommen muß, wie auf jedem andern menschlichen Gebiet, wenn die Welt aufhören soll, ein Schlachthaus und gleichzeitig ein Narrenhaus zu sein. Ich habe den Eindruck, daß die ausgeprägtesten Vertreter der „realpolitischen" Auffassung bei uns in Deutschland noch nicht einmal so sehr die „Deutsch"konservativen sind, wie die Rechts-Nationalliberalen, die Interessenvertreter der Schwerindustrie; jedenfalls führt mich die nächste Gedankenverbindung von dem Worte „Realpolitik" (in Anführungsstrichen) immer zu dem Namen Stresemann. Und jedenfalls bin ich der Überzeugung, daß es diese „realpolitische" Auffassung gewesen ist, die uns den Krieg hat verlieren lassen, weil sie einfach unfähig war, die Macht der geistigen Kräfte bei unsern Gegnern, namentlich bei den Angelsachsen*),

*) Vgl. dazu besonders den Fidelis-Aufsatz „Aus der ‚Eiche'" in Nr. 11 von 1918.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

richtig zu erkennen und in ihre politische Rechnung einzusetzen. Weil sie ferner in einem ganz kindlichen Glauben an die Allmacht der „Gewalt" befangen war, und jeden als Ketzer verbrennen wollte, dem seine gesunden Augen zeigten, daß die Macht der Idee jederzeit imstande ist, gegen die Gewalt eine größere Gewaltanhäufung zusammenzuballen — und daß wir eine derartige gegen uns wirkende Weltidee zum Beispiel durch den uneingeschränkten U-Boots-Krieg schufen.

Es war selbstverständlich, daß sich die Fidelis-Aufsätze in der Bahn dieser politischen Grundgedanken des „Vortrupp" zu bewegen hatten. Welches war aber der Punkt in dieser Bahn, wo sie ganz besonders anzusetzen hatten, wenn sie da nützen wollten, wo die „Forderung des Tages" es verlangte? Das war dieser Punkt:

In jenem ersten, grundlegenden, politischen Leitaufsatze des „Vortrupp" war gesagt worden:

> „Daß die Völker der Erde Raubtiere sind, in deren Beziehungen zueinander zügellose Anarchie herrschen muß bis ans Ende der Dinge, das ist im Katechismus der ‚Realpolitiker' der höchste und tiefste Artikel. Dagegen ist ihnen kein Kraut gewachsen, da hilft kein Recht und kein Vertrag; was unter zwei Menschen, und wären sie Australneger, Schuftigkeit wäre oder Straßenraub oder Betrug, unter zwei Völkern heißt es ‚gesunde Realpolitik'; — und das wird nie anders."

Aus diesem „höchsten und tiefsten" Glaubensartikel der „Realpolitiker" (aller Länder), aus diesem Glaubensartikel, der, was insbesondre Deutschland angeht, die Quelle gewesen war unsrer unglückseligen Haltung auf den Haager Friedenskonferenzen — aus diesem finstern Glaubensartikel war letzten Endes jene Stimmung entstanden, die Europa in den Weltkrieg hatte taumeln lassen, als sei der ein unabwendbares Verhängnis. Nüchterne sahen von Anfang an, daß er das keineswegs gewesen war, daß er sehr wohl zu vermeiden gewesen wäre. Wenn nämlich Österreich-Ungarn, oder auf Deutsch: die unselige Dynastie Habsburg, anstatt das völlig unverantwortliche Ultimatum an Serbien zu stellen (worin Österreich-Ungarn in einer Sache, in der es Partei war, gleichzeitig Ankläger, Richter und Vollstrecker sein wollte), und anstatt dann in noch unglaublicherer Weise, nachdem Serbien dieses Ultimatum zu 90% angenommen hatte, doch noch den Krieg zu erklären, — wenn die Staatsmänner der Dynastie Habsburg anstatt diese Tollheiten zu begehen, den durch die Haager Abmachungen längst gangbar gemachten Weg gegangen wären, den Streit mit Serbien vor eine internationale Untersuchungskommission zu bringen*). Nach der Aussage eines seiner damals leitenden

*) Ich weiß sehr wohl, daß die Zaren- und Großfürsten-Regierung in Rußland schon Anfang 1914 in aller Förmlichkeit beschlossen hatte, um des Besitzes von Konstantinopel willen einen Weltkrieg bei erster Gelegenheit zu entfesseln, und

Staatsmänner war es die „Nationalehre" gewesen, die Österreich-Ungarn daran gehindert hatte, diesen durch Vernunft und Gewissen gleichmäßig gebotenen Weg zu gehn; später hat diese „Nationalehre" es aber nicht gehindert, seinen Bundesgenossen Deutschland, den es an dessen Treueverpflichtung mit sich in den Blutsumpf hineingeschleift hatte, im gefährlichsten Augenblick im Stiche zu lassen. Die Nüchternen erkannten gleichzeitig schon nach wenigen Wochen des Krieges, daß ein moderner Krieg, ganz gleichgültig, ob er zu „Sieg" oder „Niederlage" führe, für jeden, längere Zeit an ihm teilnehmenden, Staat eine völlig irrsinnige Selbstbeschädigung sei (was sich jetzt zum Beispiel auch für Frankreich erweisen wird, auch wenn ihm sein „Sieg" ein paar Fetzen Landes einbringt). Auch war nicht schwer zu erkennen, daß wenn, nach Schluß dieses Krieges, Derartiges sich noch einmal wiederholen sollte, Das bei der dann inzwischen noch viel riesenhafter gesteigerten Technik der Kriegsmittel das Ende mindestens Europas und jedes einzelnen europäischen Volkes sein würde. Wozu dann noch in allen kriegführenden Ländern in jedem Menschen, der sich einen Rest von Persönlichkeitsgefühl und Freiheitsgefühl bewahrt hatte, glühende Empörung darüber trat, daß ein Zwang, der viel tyrannischer und viel grausamer war, als irgendeine orientalische Despotie ihn je gekannt hatte, nämlich der Zwang der ins Äußerste getriebenen allgemeinen Wehrpflicht, allmählich die ganze Jugend und Mannheit aller weißen Völker in den Rachen dieses Unsinns warf, als sei der weiße Mensch bloß wertlose Spreu. Daß der Mensch (und gerade der weiße Mensch!), anstatt, wie Kant es gefordert hatte, stets als Zweck gewürdigt zu werden, hier, in Zahl von vielen Millionen, herabgewürdigt wurde zum reinen Mittel, und zwar zu einem als ganz wertlos behandelten Mittel, für den Interessenkampf der „Staaten". Der Staaten, die ja in Wirklichkeit garnichts andres waren, als Formen, die eben diese einzelnen Menschen sich geschaffen hatten, um darin möglichst sicher und möglichst glücklich zusammenzuleben; die aber nun von blutdürstig gewordenen Professoren (leider besonders von deutschen Professoren) zu mystischen „Überindividuen" befördert wurden, die für ihre Zwecke (obwohl die, wie gesagt, dadurch garnicht einmal gefördert wurden) ihre eigenen Menschen fressen durften, wie Moloch und Vitzliputzli.

Mit andern Worten: Der Krieg bewies, spätestens nach wenigen Wochen, die Richtigkeit und die Notwendigkeit des „Pazifismus".

Der Pazifismus*) ist nichts Andres als die Lehre, daß die bisher

daß mithin diese Zaren- und Großfürstenregierung die eigentliche Veranlasserin des Weltkrieges ist; sie brauchte aber eben die „Gelegenheit", und die hat ihnen der Dynastie Habsburg unsagbares Verhalten bei dem Streitfalle mit Serbien geliefert.

*) Manche behaupten, das Wort Pazifismus sei falsch gebildet, sprachlich richtig müsse es entweder „Pazifizismus" (von pacem facere) oder einfach „Pa-

herrschende Anarchie zwischen den Staaten und die Folgeerscheinung dieser Anarchie: der Krieg, einer Rechtsordnung zwischen den Staaten weichen muß, genau wie das Faustrecht zwischen den Einzelnen, den Sippen, den kleinen Stammesgruppen und Städten heute schon einer Rechtsordnung gewichen ist. Der Pazifismus ist ferner die politische Betätigung zur Herbeiführung dieser Rechtsordnung. Der „Pazifismus" ist die Lehre von der Notwendigkeit des Völkerbundes und die Arbeit für die Herbeiführung des Völkerbundes.

Heute, wo der Pazifismus erfreulicherweise auch in Deutschland Mode geworden ist, darf der „Vortrupp" und darf sein Herausgeber mit berechtigtem Stolze darauf hinweisen, daß wir bereits Pazifisten waren, als der Pazifist noch allen „realpolitischen" Philistern ein „schlechter Patriot" oder mindestens ein bedauernswerter Narr war. Bereits vor dem Weltkriege, am 5. Juni 1914, habe ich auf dem ersten deutschen Vortrupp-Tage zu Leipzig meinen Glauben daran ausgesprochen, „daß es einmal eine gemeinsame Organisation der Menschheit geben wird". Und durch die Erfahrungen schon beim Beginn des Weltkrieges wurden der „Vortrupp" und ich pazifistisch bis auf die Knochen. Das bekannte der „Vortrupp" bereits öffentlich, am 1. Februar 1915, in meinem*) kleinen Aufsatze „Wir und die andern" in Nr. 3 von 1915, wo es unter Anderm heißt:

> „Daß es, wenn dieser Krieg einmal ausgekämpft sein wird, eine der nächsten und höchsten Pflichten aller anständigen Menschen aller europäischen Völker sein wird, ernsthaft und sachlich die Frage zu prüfen: ‚Gibt es vielleicht doch Mittel, uns davor zu sichern, daß so ungeheures Unheil sich wiederhole?', daran zweifeln wir allerdings nicht."

Die Fidelis-Aufsätze traten dann völlig in den Dienst unter Anderm dieser Aufgabe; in ihrer Propaganda für den Pazifismus erblicke ich selbst den Kern der ganzen Fidelis-Arbeit. Ich glaube, daß diese Propaganda aus jedem einzelnen Fidelis-Aufsatze irgendwo hervorleuchtet; ganz ausschließlich aber dienen dem Zwecke der Propaganda für den Pazifismus die fünf folgenden Fidelis-Aufsätze:

„Der Lohn der Opfer", Jg. 1916, Nr. 23, Vortrupp-Flugschrift Nr. 39,
„Haag", Jg. 1917, Nr. 20, Vortrupp-Flugschrift Nr. 46,
„Zum ewigen Frieden", Jg. 1918, Nr. 5, Vortrupp-Flugschrift Nr. 48,
„Aus der ‚Eiche'", Jg. 1918, Nr. 17,
„Erzbergers Grundgedanken", Jg. 1918, Nr. 21.

---

zismus" (von pax, Genitiv pacis) lauten. Ich sehe aber keinen Grund, von der einmal in der ganzen Welt eingeführten Form „Pazifismus" abzuweichen, die man sich als von einem, sprachlich mindestens möglichen, gedachten, lateinischen Wort „pacifere" abgeleitet denken kann.

*) Vgl. die Fußnote auf S. 441.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die pazifistische Fidelis-Arbeit ist sehr erfolgreich gewesen; sie drang in alle möglichen Kreise, auch ins Ausland, wo zum Beispiel in Schweden Organe der Tagespresse den „Lohn der Opfer" übersetzten, und damit gerade dem germanischen Auslande, wo diese Gedanken schon seit Langem weit verbreitet sind, einen Beweis dafür gaben, daß sie auch in Deutschland im Vormarsche waren.

Damit aber dieser Teil der Fidelis-Arbeit erfolgreich sein könne, ja, damit er überhaupt getan werden könne, mußte eine ganz besondre Methode befolgt und auf das peinlichste genau eingehalten werden. Das lag in den Verhältnissen begründet, die dem ganzen politischen Leben Deutschlands während des Krieges ihren Stempel aufdrückten: Daß die Lehre des Pazifismus nicht nur nötig sei, sondern daß gerade für Deutschland mit seiner ringsumschlossenen Lage nur eine pazifistische Politik auf die Dauer die Blüte und selbst das Dasein gewährleisten könne — daß, wie Fr. W. Foerster es ausgedrückt hat, gerade Deutschland angesichts seiner geographischen Lage „nach Recht schreien müsse, anstatt nach Gewalt", — Das hat meiner Meinung nach die amtliche deutsche Politik während des Krieges erkannt. So hielt Bethmann Hollweg seine wundervolle Rede vom 9. November 1916, die Rede, die das erste große, amtliche deutsche Bekenntnis gegen die Anarchie zwischen den Völkern ist, die Rede, durch die Bethmann Hollweg die Grundquadern hat legen helfen für eine zwischenstaatliche Rechtsordnung. Daß Prinz Max aus tiefster Überzeugung auf dem gleichen Boden stand, braucht nicht erst betont zu werden; aber auch Graf Hertling hat sich durchaus zum Gedanken des Völkerbundes bekannt, und selbst Michaelis hat keinen andern Standpunkt eingenommen. Die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes, v. Jagow, Zimmermann, v. Kühlmann, Solf, standen genau so, auch v. Hintze hat niemals zu erkennen gegeben, daß er etwa anders denke; Kühlmann und Solf insbesondre haben wir sogar sehr warme öffentliche Bekenntnisse zu dieser Lehre zu verdanken. Aber das Charakteristische unsrer Zustände war ja, daß wir neben der amtlichen Reichsregierung eine militärpolitische Nebenregierung hatten, ja, ehrlich gesprochen, eine militärpolitische Diktatur, ein Machtzentrum, das, infolge unsrer fehlerhaften Verfassungszustände bis einschließlich September 1918, stärker war, als die amtliche Reichsregierung. Diese Diktatur lag in der Hand Ludendorffs*), eines Mannes, dessen Feldherrneigenschaften nie genug gepriesen werden können, der sogar, ebenso wie Hindenburg, mindestens um ein Jahr zu spät auf die überragende militärische Stelle gestellt worden ist, wo

*) Auch Prinz Max von Baden nennt in seiner kürzlichen Veröffentlichung in den „Preußischen Jahrbüchern" den Zustand, der bis zum 3. Oktober 1918 bestanden hat, die „Diktatur Ludendorff". — Es war nicht etwa eine „Diktatur Hindenburg".

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

er hingehörte. Der sich aber unglücklicherweise auch für einen großen Politiker hielt, während er in Wirklichkeit politisch ein völliger Dilettant war, der politisch einer Gruppe alldeutscher und schwerindustrieller Drahtzieher hilflos ausgeliefert war. Das Gleiche gilt insbesondere von dem Kriegsminister v. Stein, sicherlich einem sehr tapferen und tüchtigen Soldaten, aber einem Politiker von Gottes Zorn. Das Dasein dieser militärischen Nebenregierung, die zeitweise machen konnte, was sie wollte, die Bethmann Hollweg stürzte und Kühlmann wegbiß, als er in einem Augenblicke, wo es gerade noch helfen konnte, die Lage dem deutschen Volke richtig schilderte, hat uns (trotz aller unvergeßlichen militärischen Verdienste ihrer Träger) den Krieg verlieren lassen, indem sie verhindert hat, daß er rechtzeitig endigte; die vielbegeiferte Warnung des Abgeordneten Heine, das Schwert möge nicht verderben, was die Feder gut gemacht habe, ist wirklich prophetisch gewesen.

Mit das Schlimmste, was diese geheime Militärdiktatur uns gebracht hat, ist ihre Stellung zu den pazifistischen Gedanken gewesen, zu den Gedanken, die, wenn sie, wie es die amtliche Reichsregierung meiner Meinung nach erkannt hatte, rechtzeitig bei uns durchdrangen, Deutschland retten konnten. Läge nicht der Geheimerlaß des Kriegsministers v. Stein, Nr. 4678. 18 g. A. C., vom 8. Juli 1918 der Öffentlichkeit jetzt wörtlich vor, dann würde man es nicht für möglich halten, daß im Deutschen Reiche die militärische Nebenregierung derartig gegen die amtliche Reichsregierung anregiert hat: Während sich die amtliche Reichsregierung ausdrücklich, und immer wiederholt, auf den Boden der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 stellte, verhinderte v. Stein Versammlungen, die für einen Verständigungsfrieden im Sinne dieser Reichstagsentschließung eintreten sollten. Und während, wie soeben dargelegt, die amtliche deutsche Reichsregierung seit Bethmann Hollwegs Novemberrede von 1916 in der unzweideutigsten Form pazifistische Ziele verfolgte, sprach v. Stein jetzt noch — am 8. Juli 1918! — von einer „unerwünschten Propaganda für den internationalen Pazifismus". Und da nun die militärische Nebenregierung über den ganzen Apparat verfügte, der tatsächlich die Macht war, so hatten wir den tollen Zustand, daß die Arbeit für den Pazifismus, die Deutschlands Rettung geworden wäre, mit den schärfsten Mitteln unterdrückt wurde, obwohl sie durchaus im Sinne der öffentlich vertretenen Politik der amtlichen deutschen Reichsregierung lief: Das Wort „Zensur" braucht in diesem Zusammenhange nur genannt zu werden, damit jeder Bescheid weiß; auf diesem Gebiete zeichnete sie sich besonders auch dadurch aus, daß sie äußerst nützliche und nötige Bücher führender Pazifisten nicht an die Öffentlichkeit ließ. Aber es gab noch ein schärferes Mittel, das war die Praxis

der militärischen Einziehung und Beurlaubung. Dafür ein besonders bezeichnendes Beispiel: Herr Röttcher, der Sekretär der „Deutschen Friedensgesellschaft", wurde Anfang August 1917 zum Heere einberufen. Seine ärztliche Untersuchung ergab, daß er „garnisondienstverwendungsfähig in der Heimat" war. Nun war es bekanntlich allgemein üblich, garnisondienstverwendungsfähige Soldaten, die im öffentlichen Leben standen, falls sie für dessen Zwecke reklamiert wurden, zurückzustellen oder doch zu beurlauben. Ganz besonders trat diese, sehr richtige, Praxis ein, wenn es sich dabei um den Pressedienst handelte. Sehr rühmenswerter Weise haben die Militärbehörden dabei selbst gegenüber den Schriftleitern solcher Preßorgane, die, wie die „Leipziger Volkszeitung", „unabhängig-sozialdemokratisch" waren und also im allerschärfsten politischen Gegensatze zu den Militärbehörden standen, keine Ausnahme gemacht. Nur der Pazifismus — also, wie zu wiederholen ist, eine politische Richtung, in deren Linie die Politik der amtlichen Reichsregierung lief — wurde anders behandelt: Als die „Deutsche Friedensgesellschaft" Herrn Röttcher reklamierte, und zwar mit der Begründung, daß er bereits vor Ausbruch des Krieges als Redaktionssekretär ihrer Zeitschrift „Der Völkerfriede" tätig gewesen sei, wurde das Reklamationsgesuch abgelehnt. Und zwar, obwohl sich der frühere Kabinettschef des Königs von Württemberg, Exzellenz v. Soden, ferner das bekannte Reichstagsmitglied (später Staatssekretär) Dr. Conrad Haußmann und endlich der Oberkirchenrat Dr. Kroner für Zurückstellung des Herrn Röttcher verwendet hatten; fast gleichzeitig aber wurde von demselben, dem Stuttgarter, Generalkommando der Geschäftsführer der „Schwäbischen Tagwacht" — an sich natürlich mit vollem Rechte und sehr dankenswerter Weise — auf drei Monate beurlaubt. Nachdem nun Herr Röttcher vier Monate lang garnisondienstfähiger Landsturmmann gewesen war, also Anfang Dezember 1917, hielt die „Deutsche Friedensgesellschaft" ihre Generalversammlung in Erfurt. Sie bat, Herrn Röttcher zu beurlauben, damit er, der ja ihr Sekretär war, die Arbeiten für die Generalversammlung machen, und besonders auf der Generalversammlung den Geschäftsbericht erstatten könne. Dies Urlaubsgesuch wurde abgeschlagen. Dagegen konnten, als wenige Tage später der, wild annexionistische, sogenannte „Unabhängige Ausschuß", des Kriegstreibers Professor Dietrich Schäfer in Berlin, seine Tagung abhielt, ein Admiral und mehrere Offiziere dafür Urlaub erhalten (wogegen, wie ich betonen möchte, an sich ebenfalls nichts einzuwenden ist). Mitte Dezember 1917 wurde dann Herrn Röttcher eine Verfügung seines Generalkommandos eröffnet, durch die ihm während der Dauer seiner Einberufung jede schriftstellerische, politische und pazifistische Betätigung verboten wurde; zu derselben Zeit, und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

überhaupt während des ganzen Krieges, strotzte die konservative, rechtsnationalliberale, alldeutsche und „vaterlandsparteiliche" Presse von Artikeln, die, wie die Artikel selbst sagten, von Militärpersonen, namentlich Offizieren, herrührten. Daß alle Dem völlig wilde Vorstellungen der Herrn Röttcher vorgesetzten militärischen Stellen darüber, was Pazifismus eigentlich sei, zugrunde lagen, beweist noch die inzwischen bekanntgewordene Verfügung Nr. 1479 des Stuttgarter Generalkommandos, dem Herr Röttcher unterstand. Sie war „streng vertraulich" und „nur durch Offiziere zu behandeln"; sie bestimmte, daß alle Dinge, die Herrn Röttcher angingen, vom Generalkommando selbst zu entscheiden seien. Irgendwelche militärdienstlichen Gründe für das ganze Vorgehn gegen Herrn Röttcher, für die ganze benachteiligende Sonderstellung, die man ihm anwies, lagen nicht vor; es handelte sich ganz offensichtlich bloß darum, daß Herr Röttcher mißliebig war und verdächtig erschien als Vertreter einer politischen Auffassung, die der Politik der amtlichen Reichsregierung durchaus entsprach, die aber von der militärischen Nebenregierung nicht verstanden wurde. — Ganz toll war sodann die Behandlung, die der pazifistische „Bund neues Vaterland", dem ein Teil der anerkannt besten Geister Deutschlands angehörte, erfuhr: Schon im Jahre 1915 wurden seine Führer mit einem gänzlich sinnlosen Verfahren wegen Hochverrats drangsaliert. Seine Sekretärin wurde in Schutzhaft genommen. Und das, das mit Recht — sagen wir: vielgenannte, Generalkommando in Stettin stellte schon den bloßen Besitz aller erschienenen oder künftig noch erscheinenden (!) Flugschriften des Bundes unter eine Strafe bis zu einem Jahre Gefängnis. — Der pazifistischen „Zentralstelle Völkerrecht", ebenso wie der bereits genannten „Deutschen Friedensgesellschaft", wurde durch den erwähnten Erlaß des Herrn v. Stein jedes öffentliche Wirken unmöglich gemacht. — Schlimmer noch, fast alle pazifistischen Führer, auch wenn sie Zivilpersonen waren, standen unter ganz unerhörten Maßregeln persönlicher Beschränkung und Überwachung. Sie konnten nicht einmal untereinander ungehemmt verkehren oder korrespondieren; wer ihnen schrieb, der mußte wissen, daß sein Brief sehr oft von unberufenen Augen gelesen wurde. Kurz, die pazifistische Bewegung, die beste Unterstützung der amtlichen, unter den gegebenen Verhältnissen unbedingt notwendigen, Reichspolitik wurde von der militärischen Nebenregierung geknebelt bis zur völligen Stummheit.

Wollte der „Vortrupp", wollten insbesondre die Fidelis-Aufsätze diesem Knebel entgehen, so ergab sich von selbst die Notwendigkeit einer ganz besondern Methode. Die beruhte auf der Beobachtung, daß die betreffenden Stellen der Nebenregierung durchweg keine Ahnung hatten, um was es sich bei dem Pazifismus sachlich handle; sondern daß sie nur immer wie ein Stier auf das rote Tuch losfuhren,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sobald irgendwo das Wort „Pazifismus" fiel oder sobald sie eine Verbindung mit Personen oder mit Organen witterten, die bei ihnen als „pazifistisch" abgestempelt waren. Man könnte es drastisch so ausdrücken: Hätte ein Preßorgan geschrieben: „Wir dürfen keinen Frieden machen, der uns nicht das Deutsche Reich in Europa und übersee völlig unversehrt läßt; außerdem aber brauchen wir einen Völkerbund — es lebe der Pazifismus!" dieses Organ wäre ziemlich sicher verboten worden. Hätte sich dagegen jemand etwa so geäußert: „Wie durch die Schuld der verfluchten Flaumacher die Lage einmal geworden ist, müssen wir Frieden machen um jeden Preis, müssen das ganze linke Rheinufer abtreten und dazu noch alle Kolonien — aber nieder mit dem Pazifismus!", so ein Mann hätte den Zensurbehörden usw. als besonders „gesinnungstüchtig" gegolten.

Daher war es geboten, daß in den Fidelis-Aufsätzen, die, wie gesagt, so ziemlich das Schärfste an Pazifismus brachten, was während des Krieges in Deutschland überhaupt geschrieben worden ist, das Wort „Pazifismus" überhaupt nicht vorkam. Daß wir so taten, als seien uns die großen Namen des Pazifismus, als seien uns Alfred Th. Fried, Quidde, Umfried, Schücking, v. Gerlach, und wie diese verehrungswürdigen Männer alle heißen, völlig unbekannt! Als ob wir vollends an Professor Fr. W. Foerster — meiner Überzeugung nach, einer der besten, vaterlandsliebendsten und weitblickendsten Männer, die unser Volk überhaupt hervorgebracht hat — garnicht einmal zu denken wagten. — Es ist gelungen: Während alle andern pazifistischen Zeitschriften und Personen bis aufs Blut schikaniert, verboten, unter Briefkontrolle gestellt und mundtot gemacht wurden, konnte der „Vortrupp", der in der Form zwar äußerst verbindlich, in der Sache aber schärfer schrieb, als irgendein andres Organ, seine pazifistischen Aufsätze ungehindert auch als Flugschriften überall verbreiten, konnte er diese Zeugnisse vernünftiger deutscher Weltanschauung besonders auch im Auslande bekannt machen und Deutschlands Ansehn dadurch heben helfen. Wir dürfen dabei ruhig aussprechen, daß wir unter dem Zwange der Verhältnisse zwar „klug wie die Schlangen", aber auch „ohne Falsch wie die Tauben" gewesen sind: Nie haben wir ein irreführendes Wort gesprochen, niemals eine falsche Flagge aufgezogen; jeder, der überhaupt wußte, was Pazifismus ist, konnte sehen, daß wir pazifistisch bis ins Mark waren, wenn er auch nur einen einzigen Fidelis-Aufsatz las; nur das Wort „Pazifismus" haben wir nicht gebraucht, und die Namen pazifistischer Führer nicht genannt. Bei alledem: Oft brannte mir das Herz vor Verlangen, Männern wie Alfred Th. Fried, wie Quidde, Röttcher und Umfried die Hand zu drücken, mich öffentlich auch zu ihrer Person zu bekennen; oft hat es in mir gezuckt und gewühlt, wenn man nichts

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dazu tun konnte, die namenlos gemeinen Angriffe und Verleumdungen gegen Professor Foerster abzuwehren. Aber die Sache erlaubte es nicht: Das ungehinderte Wirken für den Pazifismus, für den Gedanken der Rechtsordnung zwischen den Völkern, für den Völkerbund war Das, worauf es für unser bedrohtes Vaterland, das nur noch in der Durchführung dieser Gedanken Rettung finden konnte, ankam. Pazifistisch wirken konnte, solange die militärische Nebenregierung herrschte, nur, wer sich davor hütete, von dieser Nebenregierung mit der pazifistischen Etikette beklebt zu werden. Sich Dem auszusetzen wäre, unter den gegebenen Umständen, wo man gegen die absolute Übermacht der Nebenregierung stand, die ja selbst einen Reichskanzler und einen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wegblasen konnte wie Strohhalme, nicht etwa moralische Tapferkeit gewesen, sondern einfache Dummheit. Sich zum Märtyrer machen, kann Sinn haben, wo man dadurch ein großes Beispiel geben kann; hier aber lag es so, daß, wer sich jener absoluten Übermacht mißliebig oder verdächtig machte — Preßorgan oder Person —, einfach ungesehen und stillschweigend verschwand in der Briefkontrolle, in Schutzhaft, usw.: er war aus der Reihe der Wirkenden gestrichen, das war Alles*). Ich freue mich von Herzen eines Gesprächs, das ich im letzten September über diese Dinge mit Professor Foerster hatte, als ich ihn — endlich — in München von Angesicht zu Angesicht sah: Er meinte, der „Vortrupp" sei doch eigentlich die einzige deutsche Zeitschrift allgemeinen Inhalts gewesen, die sich während des Krieges rückhaltlos auf den Boden dieser Ideen gestellt habe. Oft habe er sich gewundert, wie wir unter den bestehenden Verhältnissen so scharf pazifistisch hätten schreiben können, wie wir es getan haben. Ich antwortete: „Das, Herr Professor, ist unter Anderm dadurch möglich geworden, daß wir niemals Ihren Namen genannt haben", worauf Professor Foerster entgegnete: „Das war sehr richtig."

Eine zweite wesentliche Aufgabe der Fidelis-Aufsätze war diese: Von Anfang des Krieges an habe ich mit Entsetzen und mit schwerster Sorge für unser Vaterland das Treiben unsrer Kriegszielfanatiker verfolgt. Das Treiben der „Deutsch"konservativen (Graf Westarp, Graf Reventlow und Genossen), der Rechts-Nationalliberalen (Bassermann, Stresemann, Fuhrmann, Bacmeister und Genossen), der „Sechs Wirtschaftsverbände", der „Alldeutschen" und später ihres schwächer gefärbten Abklatsches: der „Vaterlandspartei". Selbst wenn ich die Eroberungs- und Entschädigungsziele dieser Leute für militärisch er-

*) Alle diese Dinge waren in Frankreich noch viel, viel schlimmer. Das soll ganz gewiß nicht verschwiegen werden. Aber Das half dem armen Deutschland nichts. (In England war es nicht entfernt so schlimm.)

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

reichbar gehalten hätte, hätte ich sie entschieden abgelehnt, weil auch dann ihr Erreichen Jahre der Kriegsverlängerung und unendlich viel mehr deutsches Blut gekostet hätte, als der Verständigungsfriede, wie ihn die Reichstagsmehrheit wollte. Außerdem aber habe ich jene Ziele auch stets für militärisch nicht erreichbar gehalten. Zwar, das darf ich sagen, an einen solchen Kriegsausgang, wie wir ihn jetzt erleben, habe ich allerdings nicht geglaubt; aber ich bin auch heute noch der Meinung, daß wir den Verständigungsfrieden der Reichstagsmehrheit, den auch die amtliche deutsche Reichsregierung erstrebte, hätten haben können, wenn nicht die militärische Nebenregierung in ihrer kindlichen politischen Ahnungslosigkeit jeden Keim rechtzeitigen Friedens erstickt hätte (zuletzt noch durch die Riesendummheit, Kühlmann wegzubeißen und damit den Friedenswillen der amtlichen deutschen Regierung vor der ganzen Welt als ohnmächtig hinzustellen). Aber mehr als eben einen Verständigungsfrieden, als den sogenannten „Scheidemann-Erzberger Frieden", habe ich allerdings niemals für militärisch erreichbar gehalten. Besonders habe ich auch niemals begriffen, wie uns ein etwaiges Gelingen der Frühjahrsoffensive von 1918 mehr hätte bringen sollen, da auch ein solches Gelingen England kaum und Nordamerika garnicht beeinflußt hätte.

In den Fidelis-Aufsätzen habe ich mich daher von Anfang an auch aus diesem Grunde mit aller, nach den gegebenen Verhältnissen möglichen, Kraft für den Verständigungsfrieden und gegen die Kriegszielfanatiker eingesetzt. Das ergab die Pflicht schärfsten Eintretens für Bethmann Hollweg: Von ihm hat Professor Troeltsch mit Recht gesagt, er verkörpere in Deutschland den „Geist grundsätzlicher Maßhaltung und Nüchternheit", ohne den „es niemals auf absehbare Zeit einen Frieden geben werde"; vollständig zu Ende gedacht hätte dieses Wort Troeltschs fortgesetzt werden müssen: „außer einem Frieden der deutschen Niederlage", wie wir ihn denn jetzt tatsächlich bekommen, weil unsre militärische Nebenregierung den „Geist grundsätzlicher Maßhaltung und Nüchternheit" eben unterdrückt hat zuletzt noch durch das Wegbeißen Kühlmanns. Wie stünde Deutschland heute da, wenn es den Alldeutschen nicht durch ihre Arbeit nach dem Modell Adlon*) gelungen wäre, Ludendorff zu veranlassen durch die Drohung mit seinem Rücktritt (die damals noch eine unfehlbare Waffe war) Bethmann Hollweg zu stürzen. Auch sonst, besonders auch rein menschlich, fühlte ich mich immer enger an Bethmann Hollweg gebunden, wenn ich auch, solange er an der Macht war, niemals einen Versuch machte, ihn persönlich kennen zu lernen. Er ist der Bahnbrecher der ethischen Politik in Deutschland, er hat das „Kanzlerwort über Belgien" ge-

*) Vgl. „Vortrupp" 1917, Nr. 6, S. 169.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sprochen, das trotz allen Geschreies der Alldeutschen und Genossen unser Verhältnis zu Belgien in der einzig richtigen Weise darstellt, und im Auslande nicht, wie unsinnigerweise behauptet wurde, geschadet, sondern vielmehr genützt hat*), und das in unsrer jetzigen Lage der Welt gegenüber von dem allergrößten Werte für uns ist. Er hat durch seine Rede vom 9. November 1916, die all die Verkehrtheiten der deutschen Politik auf den Haager Friedenskonferenzen wieder ausglich, einen Markstein in die Geschichte gesetzt. Und hat durch diese Rede — obwohl ich nicht weiß, ob er sich selbst einen „Pazifisten" nennen würde — den welterlösenden Gedanken des Pazifismus um viele Jahrzehnte gefördert. Wenn noch etwas gefehlt hätte, um mich dem Kanzler Bethmann Hollweg innerlich unlösbar zu verbinden, so hätten die namenlos gemeinen Angriffe der Alldeutschen auf ihn die Lücke ausgefüllt: Wer die las, für den konnte es, wenn er ein anständiger Kerl war, nur das eine Gefühl geben: „Du gehörst an die Seite dieses Mannes." Das Lebenswerk des unvergeßlichen fünften Kanzlers des Deutschen Reiches habe ich in einem Gesamtbilde zu würdigen gesucht in dem Aufsatze „Bethmann Hollweg" in Nr. 15 von 1917 (Vortrupp-Flugschrift Nr. 44). — Daß ich dann später in der Volksregierung des Prinzen Max die Erfüllung alles Dessen begrüßt habe, was ich als Deutscher und für Deutschland wünschen konnte, ist meinen Lesern bekannt.

Auch dieser Teil der Fidelis-Tätigkeit war — vor dem Oktober 1918 — nicht etwa leicht. Auch hier hatte man mit einer teils törichten, teils direkt bösartigen Gegenwirkung der militärischen Nebenregierung zu tun, die sich hier namentlich in der Handhabung der Zensur äußerte. Vor Allem war es in der dafür kritischen Zeit einfach unmöglich, irgendein vernünftiges Wort über die furchtbaren politischen Gefahren des geplanten uneingeschränkten U-Boots-Krieges zu bringen. Jeder Artikel, in dem das Wort „U-Boot" auch nur vorkam, war ja im ganzen Deutschen Reiche vorzensurpflichtig; und kein derartiger Aufsatz wurde durchgelassen, wenn er nicht die kritikloseste Hurrastimmung atmete. Kein mittelalterlicher Aberglaube ist von den Inquisitoren Philipps II. von Spanien brutaler geschützt worden, als der Köhlerglaube an die politische Wunderwirkung des uneingeschränkten U-Boots-Krieges von unsrer militärischen Nebenregierung und ihren Zensoren geschützt wurde. Heute, wo wohl kein urteilsfähiger Mensch in Deutschland mehr daran zweifelt, daß wir Anfang 1917 einen guten Frieden hätten haben können, wenn die unglückseligen Befürworter des uneingeschränkten U-Boots-Krieges nicht durchgedrungen wären, ist es ein entsetzliches Gefühl, zu wissen, daß wir das ganze Unheil der Nieder-

*) Vgl. „Vortrupp" 1916, Nr. 21, S. 641.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

lage im Wesentlichen dem ungeheuerlichen Zensurzwange verdanken, dem wir wehrlos ausgeliefert waren. Wie wehrlos, das zeigt ein Vorfall, der uns selbst betraf: Bekanntlich haben die Alldeutschen und ihre Verwandten schon lange vor dem tatsächlichen Beginn des uneingeschränkten U-Boots-Krieges darauf gedrängt, ihn anzufangen, was dann nach Lage der Sache die Katastrophe vermutlich noch schneller und noch fürchterlicher herbeigeführt hätte. Gegen dieses Drängen wehrte sich Bethmann Hollweg und die ganze amtliche Reichsregierung mit aller Kraft und zunächst erfolgreich. Die Alldeutschen und ihre Verwandten suchten nun andauernd die Namen Hindenburg und Ludendorff zu gebrauchen, um diesen Widerstand der Reichsregierung zu überwältigen, um überhaupt die ganze gewissenhafte und vernünftige Politik der Reichsregierung dem Volke als schlapp und unwürdig vorzuführen. Ihre ganze Presse war voll von solchen Ausführungen und Anspielungen, unter ihren Zeitschriften tat sich besonders der kriegshetzerische „Türmer" hervor; das Schlimmste leistete selbstverständlich ihr verbandsamtliches Organ „Die alldeutschen Blätter". Genaue (nachträgliche) Zitate aus diesem Treiben habe ich gegeben in der Fußnote auf Seite 170 in Nr. 6 des „Vortrupp" vom 16. März 1917, in dem Aufsatze „Nüchternheit und Maßhaltung". Tatsächlich erfolgte diese Berufung der Alldeutschen auf unsre beiden großen Heerführer zu Unrecht; auch Ludendorff stand (damals noch) in diesen Fragen der Kriegführung durchaus auf Bethmann Hollwegs Seite, und hielt genau so wie dieser den uneingeschränkten U-Boots-Krieg jedenfalls damals für verfrüht. Auf diese Tatsachen wiesen nun unsre beiden Fidelis-Aufsätze „Krankheit und Arznei" und „Die Vernunft und ihre zwei Bundesgenossen" vom 16. Oktober und 16. November 1916 (Nr. 20 und 22) hin; wie jeder, der diese Aufsätze liest, noch jetzt feststellen kann, in dem ganz ruhigen Tone, in dem die Fidelis-Aufsätze sämtlich geschrieben sind. Das paßte aber natürlich den Alldeutschen, die ja an der Verhetzung zwischen Reichsregierung und Oberster Heeresleitung arbeiteten, und die Oberste Heeresleitung als Sturmbock gegen die Reichsleitung verwenden wollten, nicht in ihren Kram. Zunächst wurde deshalb die Altonaer Zensurbehörde gegen uns mobil gemacht, die uns völlig sinnloserweise mitteilte, unsre Fidelis-Aufsätze seien „schwere Burgfriedensbrüche". Gegen die wüsten Schimpfereien der Alldeutschen und ihrer Verwandten auf ihre Gegner und auf den Reichskanzler einzuschreiten, fiel den Zensurbehörden durchweg nicht ein*). Die Altonaer Zensurbehörde erhielt von uns für ihr unglaubliches Vorgehn eine der schärfsten Antworten, die wohl eine Zensurbehörde während des Krieges jemals hat einstecken müssen, die Höf-

*) Siehe den Fidelis-Aufsatz „Unbillige Anklage" in Nr. 5 von 1917.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

lichkeit unsres Tons machte den sachlichen Inhalt unsrer Antwort noch schärfer, — und war still. Nun aber begab sich der folgende ganz unglaubliche Vorgang: Am 29. Dezember 1916 wurde der Pressekonferenz in Berlin das Folgende amtlich eröffnet:

> „Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff haben erst am 27. 12. 17 Kenntnis bekommen von Aufsätzen in der Zeitschrift „Der Vortrupp", die „Fidelis" gezeichnet sind und in denen die Oberste Heeresleitung in den Streit der politischen Meinungen hineingezogen wird. Der Generalfeldmarschall und General Ludendorff sind hierdurch im höchsten Maße peinlich überrascht. Es ergeht daher heute folgende Zensurverfügung:
>
> Die Oberste Heeresleitung hat den dringenden Wunsch, nach jeder Richtung hin aus dem Parteigetriebe und dem Streite der politischen Meinung ferngehalten zu werden. Andernfalls werden grundlegende Interessen der Kriegführung verletzt. Aufsätze, die dem zuwiderlaufen, werden deshalb verboten."

Warum diese Verfügung, deren zweiten Absatz ja jeder nur billigen konnte (solange die Oberste Heeresleitung selbst keine Politik trieb), gerade mit einer Spitze gegen den „Vortrupp" und gegen die Fidelis-Aufsätze erlassen wurde, das konnte eben nur jemand verstehen, der die politischen Gesamtverhältnisse kannte. Denn nicht wir hatten ja die beiden großen Feldherren in „den Streit der politischen Meinungen" hineingezogen. Sondern wir hatten nur, nachdem dieses Hineinziehen durch die Alldeutschen mindestens seit Monaten zur Bekämpfung der Reichsregierung, unter unwahrer Darstellung der Sachlage und des Standpunktes der Obersten Heeresleitung, geschehen war, Tatsachen richtig gestellt. Aber die alldeutsch-schwerindustrielle Clique, die leider um Ludendorff herumsaß, und der unsre beiden großen Feldherren, deren Gebiet die Politik nun nicht war, politisch leider ausgeliefert waren, hatte es eben auch in diesem Falle (den ich übrigens nur insofern für bedeutungsvoll halte, als er typisch ist, und als ich hier alle Einzelheiten genau kenne) fertig gebracht, den beiden großen Männern ein gänzlich falsches Bild der Sachlage zu geben. Beiden ist es möglicherweise verschwiegen worden, daß die alldeutsche Presse sie schon mindestens seit Monaten in ihren Spalten politisch herumzog, und jedenfalls ist, wie ich von einem Ohrenzeugen weiß, der ehrwürdige Hindenburg von der Clique über den Inhalt unsrer beiden Aufsätze folgendermaßen angelogen worden: Es habe darin gestanden, man müsse schlappe Kriegsziele haben, und wer die nicht habe, müsse aufgehängt werden. Wir haben uns dieser Verfügung aus Ehrfurcht vor Hindenburg ohne weiteres gefügt, so ungerecht die gegen uns gerichtete Spitze der Verfügung war. Wir standen eben auf dem Standpunkte, den wir heute noch haben, daß wenn Hindenburg etwas für militärisch wünschenswert erklärt, der Deutsche Das zu tun hat. Den Alldeutschen allerdings fiel es meist gar nicht ein, sich um die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Verfügung zu kümmern; sie mißbrauchten die Namen der beiden großen Feldherrn munter weiter zur Hetze gegen die Reichsregierung — und die Zensurbehörden sahen in der Regel schmunzelnd zu. — Ein weiteres Zensurstück, das zeigt, wie sehr sich die Zensur als Vertreterin einer gegen die Friedenspolitik der amtlichen Reichsregierung arbeitenden militärischen Nebenregierung fühlte, erlebten wir gelegentlich meines Aufsatzes „Kritik" in Nr. 22 von 1917. Diese, wie jeder Leser feststellen kann, fast übersachlich gehaltene Beurteilung der „Vaterlandspartei", wollte die Altonaer Zensurbehörde zunächst nicht für das Ausland freigeben, weil, wie sie dem Vortruppverlage durch den Fernsprecher mitteilte, dadurch — — militärische Interessen gefährdet würden. Jeder, der diesen Aufsatz liest und diese Geschichte dazu hört, muß wirklich glauben, daß wir damals in Deutschland, oder wenigstens in Hamburg-Altona, in einem Tollhause gelebt haben; der ganze Aufsatz enthält ersichtlichermaßen überhaupt kein Wort, das auch nur im entferntesten in irgendeine militärische Beziehung gebracht werden kann. In diesem Falle sah die Berliner Zentralstelle ein, daß der Versuch aus Altona gar zu sinnlos war, und erteilte die Ausfuhrerlaubnis; immerhin konnte aber die Nummer erst mit einer Verspätung von einer Woche erscheinen. Alles, was für einen Verständigungsfrieden und gegen Kriegsverlängerung auftrat, traf eben auf den erbitterten Widerstand der völlig alldeutsch eingefärbten militärischen Zensurbehörden. — Diese Machtverhältnisse im Innern des Deutschen Reiches haben es auch bewirkt, daß der entsetzliche Tirpitz (ohne dessen großmannssüchtige Flottenpolitik wir einen Krieg mit England nie bekommen hätten, und ohne dessen Fanatismus wir den Weltkrieg nicht verloren hätten) dem deutschen Volke jahrelang als Nationalheld vorgeführt werden konnte: Dank der Zensurverhältnisse war es eben nicht möglich, die unheilvolle Politik, die Tirpitz vor dem Kriege getrieben hatte und während des Krieges trieb, beim rechten Namen zu nennen. Und das letzte kriegsverlängernde Unheil, das wir Tirpitz verdanken, die „Vaterlandspartei", beherrschte, mit dem ihr massenhaft zur Verfügung stehenden Kriegsgewinngelde großer Teile der Schwerindustrie, den Annoncenteil und damit naturgemäß dann auch den redaktionellen Teil großer Teile der bürgerlichen Presse. Auf Verbeugungen vor Tirpitz hielten die „Alldeutschen" und die „Vaterlandsparteiler", und was sonst dahingehörte, mit der gleichen Schärfe, mit der der selige Landvogt Geßler die Reverenz vor seinem Hute gefordert hatte, oder mit der die altrömischen Kaiser verlangt hatten, daß man vor ihren Standbildern den Verehrungszoll des Weihrauchs entrichte. Wer sich weigerte, Tirpitz göttlich zu verehren, der wurde zwar nicht gerade in einen finstern Kerker geworfen, wie zu Geßlers Tagen, oder vor die wilden Tiere, wie im alten Rom. Beides paßte nicht mehr ganz

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

in die Zeit. Aber daß er aus Amt und Brot geworfen wurde, das konnte ihm passieren: dahin gehört der scheußliche Fall der Amtsentsetzung des Professors Veit Valentin in Freiburg im Breisgau, wofür gewisse Ungeschicklichkeiten oder was es sonst war, die Professor Valentin begangen haben mag, einen willkommenen Vorwand bildeten, deren wirklicher Grund aber zweifellos „Tirpitzbeleidigung" oder vielleicht noch besser ausgedrückt „Ketzerei gegen Tirpitz" war.

Die Arbeit für den Pazifismus, das ist für die Beseitigung der Anarchie zwischen den Völkern, und dann die Arbeit für einen Verständigungsfrieden und gegen Kriegsverlängerung — das waren die beiden großen positiven Ziele meiner Fidelis-Arbeit im „Vortrupp". Die Arbeit für diese positiven Ziele hat gelegentlich auch einen Kampf gegen die Feinde dieser Ziele, gegen die „Alldeutschen", die „Vaterlandsparteiler" und alles was dahingehörte, nötig gemacht. Diese negative Seite der Fidelis-Arbeit hat für mich Bedeutung nur insofern gehabt, als sie nötig war, um für die positive Arbeit die Bahn frei zu machen. Für Gezänk als solches habe ich kein Interesse, und bin daher auf Anrempelungen in den „Alldeutschen Blättern" usw. nie eingegangen. Der „Vortrupp" hat wohl Anfragen erhalten, warum die Tonart der Fidelis-Aufsätze nicht schärfer sei, warum zum Beispiel der Aufsatz „Lehmanns Kriegsziele" (in Nr. 13 von 1917) den dort vorgelegten unglaublichen Tatbestand nicht schonungsloser gegeißelt habe. Die Antwort darauf geht im Wesentlichen dahin, daß, da ich nicht die Möglichkeit hatte, unter meinem eigenen Namen zu schreiben, es mir Ehrensache schien, eine in der Form milde Tonart zu wählen. Das wäre für mich auch dann bestimmend gewesen, wenn wir nicht mit einer Zensur gesegnet gewesen wären, die instinktiv die Kriegshetzer schützte und die Friedensfreunde beschränkte. — Bei der Auswahl der Dinge, über die ich schrieb, habe ich mich, getreu den Grundsätzen meines Aufsatzes „Aktualität" in Nr. 17 von 1916, bemüht, „nur Das zu behandeln, was sechs Monate, nachdem es geschehen ist, noch wert ist, behandelt zu werden."

Ich beabsichtige, die sämtlichen Fidelis-Aufsätze in einem Buche vereinigt herauszugeben, das mit einem ausführlichen Sachregister versehen werden soll.

Außerdem will ich mein politisches Tagebuch veröffentlichen, das von 1914 bis 1918 geht, und alles Das an politischen Beobachtungen und Gedanken enthält, was ehrlich auszusprechen unsre Zensurzustände mich verhinderten.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Die Fidelis-Aufsätze betreffen selbstverständlich nur einen Teil dessen, was mir als Vortrupp-Arbeit erscheint und worüber ich ebenso wie über meine Stellung zu der deutschen Revolution im nächsten Heft programmatisch sprechen will. Aber immerhin den Teil, der nicht nur während des Krieges durch die Ereignisse in den Vordergrund geschoben war, sondern der dauernd der bei weitem wichtigste bleibt. Der wichtigste darum, weil alle andern Reformbestrebungen sinnlos sind, wenn wir befürchten müssen, daß eine solche Katastrophe uns zum zweitenmal betreffen könnte, um dann, gewaffnet mit noch viel fürchterlicheren Kriegsmitteln, ein Ende zu machen mit Europa und jedem europäischen Volke. Wir wissen jetzt, daß kein einzelnes Volk — auch das stärkste nicht, denn das waren, wie der Krieg tausendfach gezeigt hat, wir — mehr die Gewähr seines Daseins hat, außer in der befriedeten Rechtsordnung der gesamten Völker der Erde, zum mindesten der weißen Völker. Die Völker der Erde sind heute in der gleichen Lage, wie die deutschen Stämme nach dem Kriege von 1866; sie müssen sich zu einem größeren Verbande zusammenschließen, wenn sie leben wollen. Genau wie eine Familie nur dann Daseinssicherheit hat, wenn der größere Verband des Staates sie ihr gewährt, so ist heute ein Volkstum nur noch daseinsfähig unter dem Schutze des größeren Verbandes der Menschheit.

Um diese Erkenntnis auch in der Vortrupp-Arbeit zum Ausdruck zu bringen, lautet der Untertitel des „Vortrupp" von dieser Nummer an:

„Deutsche Zeitschrift
für das Menschentum unsrer Zeit".

Hermann Popert.

An Deutschlands Jugend!

Deutsche Jugend, deine Stunde hat geschlagen!

Der Geist, der 1848 die deutschen Lande durchwehte, hat sich in jähem Durchbruch den Weg ins Freie gebahnt. Ein Sturmwind hat das alte Gebäude mit samt seinen Grundmauern davongetragen. Wir streiten nicht, was gut, was schlecht an ihm war.

Ein neues Haus gilt es zu bauen. Dazu taugen die alten Parteien nicht mehr, tut euch zusammen, stoßt sie um oder zwingt sie, sich zu erneuern. Die gesamtdeutsche Nationalversammlung soll in der Paulskirche den großdeutschen Volksstaat errichten. Die Bismarcksche Lösung der deutschen Frage war nie eine endgültige. Mit Monarchie und Konstitutionalismus sind die Pfeiler der Verfassung, Bundesrat und Präsidialmacht, gefallen. Es gilt, die deutschen Stämme neu zusammenzufassen, geistlosen Zentralismus wie partikularen Eigensinn zu verhindern. Es gilt ein gesamtdeutsches Volkshaus hoch über allen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Parlamenten der Einzelstaaten zu errichten und ein Staatenhaus ihm an die Seite zu stellen, das die Einzelstaaten zu vertreten hat. Nach außen gilt es, die Gesinnung der Gewalt für ewig zu bannen. Nicht laute Machtgebärden, sondern zäher Kampf um unser Recht mit den Mitteln des Rechts!

Im Innern fallen alle Einrichtungen, die einzelnen Klassen eine wirtschaftliche, soziale und politische Vorherrschaft sichern. Dies ist das Problem der Zeit. Auch die vielfach mißbrauchte Machtstellung der Besitzer der großen, in privater Hand monopolisierten Produktionsmittel muß durch Vergesellschaftung gebrochen werden. Andere große Aufgaben sind zu bewältigen. Sie sind lösbar nur unter einer Bedingung: Gestaltet den Geist um, in dem die Politik geführt ward, und erhebt sie wieder zur Sache selber. Erweckt das Bürgertum, zwingt die Alten, sich zu verjüngen, auf daß das deutsche Volk, „das ursprüngliche, in keiner willkürlichen Satzung erstarrte", in seiner größten Not ewig unerschöpflich sich erneuere.

Georg Ahrens, Richard v. Below, Graf Albrecht Bernstorff, Hans Jürgen v. Bornstedt, Karl Brinkmann, Bernhard W. v. Bülow, Alexander Fuehr, Alexander v. Grunelius, Albert Haas, Wolfgang Huck, Kurt v. Kamphövener, Graf Harry Keßler, Herbert Kraus, Richard Langen, Franz zur Nedden, Karl Pistor, Friedrich von Prittwitz und Gaffron, Mario Passarge, Kurt Riezler, Walter Schotte, Felix Somary, Ferdinand v. Stumm, Oskar Trautmann, Fritz Wichert.*)

Landwirtschaftslehre für Stadtkinder.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung wird jetzt nach dem Kriege zu den wichtigsten Aufgaben des deutschen Volkes gehören. Es muß eine landwirtschaftliche Produktionspolitik getrieben werden, die den heimischen Boden so vollkommen wie möglich für die Volkswirtschaft nutzbar zu machen sucht.

Den Boden besser ausnutzen heißt in erster Linie mehr Arbeit und zweckmäßigere Arbeit in ihn hineinstecken. Es ist also in erster Linie eine Frage der Zahl und der Beschaffenheit der Arbeitskräfte. In dieser Hinsicht aber werden wir zunächst schlechter dastehen als vor dem Kriege. Hunderttausende von Landwirten und landwirtschaftlichen Arbeitern sind gefallen oder verstümmelt. Auch die Zahl der ausländischen Wanderarbeiter wird voraussichtlich längst nicht so groß sein wie vor dem Kriege. Die nach jahrelangem Kriegsdienst zurückkehrenden Landwirte haben eine bedeutende Einbuße an landwirtschaftlichen Erfahrungen erlitten. Den jungen Leuten ist vielfach die Möglichkeit des Besuchs landwirtschaftlicher Schulen entgangen. Alle müssen sich erst wieder einleben, nach-

*) Die Unterzeichner des Aufrufes gehörten bisher sämtlich dem Reichsdienst, besonders dem Auswärtigen Amte, an. Die meisten sind auch jetzt noch auf ihren Posten tätig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

lernen. Wie sich die Geburtenziffer auf dem Lande gestalten wird, ist noch nicht zu übersehen, aber aus verschiedenen Gründen muß man auch hierin mit der Möglichkeit von beträchtlichen Verlusten rechnen.

Um so dringender wird die Frage, ob sich nicht endlich Mittel und Wege finden lassen, um einen Teil des städtischen Nachwuchses auf das Land hinaus und in die Landwirtschaft hineinzubringen. Gewiß sind die städtischen Volksteile durch die Kriegsverluste nicht minder betroffen worden als die ländlichen. Aber der Ersatz der städtischen Verluste ist nicht so dringlich wie der der ländlichen. Einmal werden wir jetzt weniger für den bloßen Luxus arbeiten dürfen, als es früher geschah. Zweitens müssen wir darauf gefaßt sein, daß unsere Ausfuhr sich nur langsam erholt, nachdem wir jahrelang von allen überseeischen Märkten abgeschnitten waren. Es ist somit eine Forderung vorbeugender Sozialpolitik, den städtischen Arbeitsmarkt nach Möglichkeit zu entlasten, indem man versucht, einen Teil der Arbeitskräfte von der Stadt aufs Land hinauszulenken, wo es sicher mehr als je an Arbeitskräften fehlen wird.

Hierzu aber treten Erwägungen allgemein kulturpolitischer Art, die bereits vor dem Kriege bestanden, und die unter den jetzigen Verhältnissen besonderes Gewicht bekommen haben. Schon seit Jahren haben verständige Volksfreunde und Volkswirte, Pädagogen und Reformer darauf hingewiesen, daß es für die Erhaltung unserer Volkskraft und für die Gesundheit unseres sozialen Körpers außerordentlich wertvoll wäre, wenn es gelänge, der Landentfremdung unserer Großstädter erfolgreich entgegenzuwirken. Was wird nicht alles getan und noch mehr geplant und gefordert, um den Großstädtern zu Eigenheim, Gartenstück und Landluft zu verhelfen! Dazu kommen die Versuche — vom ersten Landerziehungsheim bis zu den kriegsmäßigen Massenverschickungen von Großstadtkindern aufs Land —, der städtischen Jugend den Zugang zur Natur wenigstens zeitweilig und teilweise zu öffnen. Hinter dem allen steckt doch ausgesprochen oder unausgesprochen, gewußt, geahnt oder gefühlt, die Anerkennung der gesundheitlichen und seelischen Werte des Landlebens und des Naturgenusses.

Aber für eine volle und dauernde Einwurzelung Stadtgeborener ins Land ist bei alledem noch so gut wie nichts geschehen, teils vielleicht aus dem Grunde, weil bis zum Kriege die Aussichten des Lebens und Fortkommens in der Stadt doch immer noch günstiger und verlockender erschienen als die Aussichten des Landlebens mit seiner scheinbaren Einförmigkeit, vielfachen Entlegenheit und seiner „groben" Arbeit, teils aber auch darum, weil es tatsächlich an geeigneten Zugängen zur Landwirtschaft und zur Selbständigkeit in der Landwirtschaft für die Schichten des unteren Mittelstandes, des Handwerks und der Arbeiterschaft bisher fehlt. Man müßte schon ein ganz leidenschaftlicher Naturfreund sein, um sich den „Weg für immer" aufs Land hinaus zu erkämpfen.

Dieser Absperrung des Städters vom Lande und von der Landwirtschaft muß ein Ende gemacht werden. Das ist eine der wichtigsten Forderungen im Interesse der Volkswohlfahrt, die es jetzt gibt. Als geeignetes Mittel dazu empfiehlt Rudolf von Roschützki die Einführung der „Handwerksmäßigen Lehre im Landbau" (vergleiche Vossische Zeitung, Nr. 383, Abendausgabe vom 29. Juli 1918). Roschützki weist mit Recht darauf hin, daß die handwerkliche Lehre nur deshalb bisher in der Landwirtschaft nicht vorhanden ist, weil die Mehrzahl des Volkes bis vor kurzem in den landwirtschaftlichen Beruf hineingeboren wurde und ihn gleichsam von selbst — ähnlich wie die Muttersprache — erlernte. Aber einmal ist die Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten immer komplizierter geworden, so daß selbst für die geborenen Landwirte eine Ergänzung des unwillkürlichen Lernens durch eine planmäßige Unterweisung in Fortbildungs- und Winterschulen immer notwendiger wird. Dann aber vor allem hat die fortschreitende

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Industrialisierung einen ständig wachsenden Teil unseres Volkes und seines Nachwuchses so völlig vom Landbau getrennt, daß für ihn dieses unwillkürliche Erlernen der Landwirtschaft überhaupt nicht mehr in Frage kommt. Diesem Übelstand will Koschützki durch die Einführung der „handwerksmäßigen Lehre im Landbau" begegnen.

Der Gedanke ist so wertvoll, daß ihm von Allen, denen unser Volkswohl am Herzen liegt, nachgegangen werden sollte. Man stelle sich einmal vor, was es für die Entlastung des städtischen Arbeitsmarktes, für die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften, für die persönlichen Wechselbeziehungen von Stadt- und Landbevölkerung, für die Volksgesundheit, für den sozialen Frieden bedeuten würde, wenn es gelänge, alljährlich Zehntausende von schulentlassenen Knaben und Mädchen aus unseren Großstädten mittels der Landwirtschaftslehre aufs Land zu verpflanzen! Den Strom der „Landflucht" durch einen Gegenstrom der „Stadtflucht" zu ergänzen und dadurch eine gesunde Blutzirkulation im Volkskörper herzustellen! Gerade jetzt wäre die Zeit für die Einführung dieser Neuerung besonders günstig. In den Städten hat man während der Kriegsnöte gelernt, die wirtschaftlichen Vorteile des Landlebens zu schätzen. Tausende von Schulkindern haben bereits vorübergehend das Landleben kennen gelernt, so daß es ihnen wie ihren Angehörigen kein ganz fremder Gedanke mehr wäre, den Kriegssommerferien auf dem Lande mit der landwirtschaftlichen Lehre nach der Schulentlassung den zunächst mehrjährigen, schließlich dauernden Landaufenthalt folgen zu lassen. Im Kriegsheer haben Städter und Landbewohner jahrelang gemeinsame Last getragen, stehen sich daher als soziale Klassen nicht mehr fremd gegenüber. So darf man wirklich sagen, daß es kaum eine günstigere Gelegenheit für die Einführung dieser Neuerung geben kann. Ein Jammer, wenn sie verpaßt würde!

Aber so einfach der Gedanke ist, seine Durchführung ist an verschiedene Voraussetzungen gebunden, die durch Gesetzgebung und Verwaltung geschaffen werden müssen. Rudolf von Koschützki läßt sich in dem erwähnten Artikel über diese Voraussetzungen nicht weiter aus. Nur den einen wichtigen Gesichtspunkt hebt er hervor, daß die landwirtschaftliche Lehre natürlich nicht dazu dienen soll, „Knechte" und „Mägde" zu schaffen, denn das allerdings wollen die Städter nicht sein und ihre Kinder nicht werden lassen. Damit ist im Wesen schon alles gesagt, worauf es in dieser Sache ankommt. In deutlichen Worten ausgesprochen bedeutet das nämlich: Erstens, die Lehrlinge dürfen nicht als eine Art jugendliches Dienstpersonal angesehen werden, sondern müssen — bei der Eigenart der ländlichen Verhältnisse — wie Kinder im Hause gehalten werden. Zweitens, die Lehrlinge sollen nicht nur zu einigen wenigen Arbeitsleistungen abgerichtet, sondern zu wirklichen Landwirten herangebildet werden. Dies setzt eine Lehrordnung und Lehrkontrolle voraus, die den für die Handwerkslehre heute geltenden Methoden ebenbürtig ist. Drittens: Auch das Fortbildungsschulwesen bedarf auf dem Lande eines Ausbaues, der es den heutigen städtischen Fortbildungsschulgelegenheiten nicht nachstehen läßt. Vielleicht würde es sich empfehlen, das Recht zur Annahme von Lehrlingen auf die Landwirte von Gemeinden zu beschränken, in denen die Fortbildungsschulen eine angemessene Leistungsfähigkeit besitzen. Andererseits wäre es gerechtfertigt, Gemeinden, deren Landwirte durch die Einstellung von Lehrlingen den Städten gewissermaßen einen Teil der Erziehungspflichten abnehmen, aus staatlichen Mitteln (die ja zum überwiegenden Teil der städtischen Steuerkraft entstammen) Beihilfen zum Ausbau ihrer Fortbildungseinrichtungen zu gewähren. Ein solcher Lastenausgleich würde gewiß manche ländliche Gemeinde zu größeren Leistungen auf diesem Gebiet anspornen, und das würde wiederum der geborenen Landjugend mit zugute kommen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Mit der geordneten Lehrlingsausbildung allein ist aber noch keineswegs alles getan, was getan werden muß, um städtischen Nachwuchs in größerer Zahl aufs Land hinaus zu locken. Auch das spätere Arbeitsverhältnis bedarf grundsätzlich einer Regelung, die den heutigen städtischen Anschauungen entspricht. Sollen aus den Lehrlingen nicht „Knechte" und „Mägde" werden, sondern zunächst etwa „Landwirtschaftsgehilfen", dann versteht es sich von selbst, daß eine dem (reichsgesetzlich geregelten) Gewerberecht entsprechende Regelung ihrer Rechtsbeziehungen geschaffen werden muß. Natürlich steht dem nichts im Wege, es wäre vielmehr nur zu begrüßen und von vornherein zu erstreben, daß diese reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses auch auf die landgeborenen Angestellten gleicher Ausbildungsart Anwendung findet. Endlich müßte auch die Versicherungsgesetzgebung den „Landwirtschaftsgehilfen", wie wir die neue Gattung nennen wollen, für die Fälle von Krankheit, Invalidität und Alter eine Versorgung gewährleisten, die den städtischen Anschauungen entspricht.

Die Frage der Sozialversicherung bedarf allerdings noch einer besonderen Behandlung. Die gewerbliche Versicherung ist geschaffen worden, weil der gewerbliche Gehilfe vielfach, der gewerbliche Arbeiter meistens nicht die Möglichkeit hat, selbständig zu werden. Sie haben mit dauernder Abhängigkeit und dauernder Vermögenslosigkeit zu rechnen. In der Landwirtschaft dagegen haben sich Klein- und Mittelbetrieb als so lebensfähig erwiesen, daß der werdende Landwirt mit Recht von vornherein auf das Ziel der späteren Selbständigkeit losteuern kann und soll. Gerade die Aussicht auf spätere Selbständigkeit wird nicht wenig dazu beitragen, der Landwirtschaft städtischen Nachwuchs zuzuführen. Eine Versicherung der Landwirtschaftsgehilfen für die Fälle von Invalidität und Alter wird daher von vornherein den Charakter einer Aushilfe tragen müssen: Sie soll nur in Wirksamkeit treten, wenn das Ziel der Selbständigkeit tatsächlich nicht erreicht wird, was ja bei unselbständigen Charakteren und Pechvögeln immer wieder vorkommen wird. Dies sollte also gleichsam eine Nebenaufgabe der landwirtschaftlichen Sozialversicherung bilden. Ihr Hauptzweck sollte von vornherein darauf gerichtet sein, eine ausreichende finanzielle Beisteuer zur späteren Verselbständigung bereitzustellen. Versicherungstechnisch wird sich diese Gabelung des Versicherungszweckes um so leichter durchführen lassen, je planmäßiger die Versicherungsanstalten dazu übergehen, die von ihnen verwalteten Kapitalien grundsätzlich den Siedelungsbestrebungen dienstbar zu machen. Die Versicherungspraxis würde dann in vielen Fällen darauf hinauslaufen, den versicherten Landwirtschaftsgehilfen Grund und Boden, sowie Immobilien verzinslich oder gegen Rente zu beschaffen und ihnen gleichzeitig als eigentliche Versicherungsleistung den Betrag einer den Verhältnissen entsprechenden Anzahlung gutzuschreiben oder das erste Einrichtungs- und Betriebskapital zur Verfügung zu stellen.

(Als seinen grundsätzlichen Standpunkt möchte der Verfasser hier allerdings im Vorbeigehen die Auffassung andeuten, daß eine wirksame Lösung der bei zunehmender Siedelungsdichtigkeit ewig neuen Landfrage nur möglich ist, wenn der Staat jedem seiner Bürger soviel „Freiland" zur Verfügung stellt, wie sich im Familienbetrieb erstklassig ausnutzen läßt. Aber solange die Menschen für diese Radikallösung nicht reif sind, laufen selbst „bodenreformerische" Lösungen immer darauf hinaus, Grund und Boden unter „gemeinnützigen" Gesichtspunkten so teuer zu bezahlen, wie es eben dem Gesetz von Angebot und Nachfrage dieser „Ware" entspricht. So wird denn auch die Ansiedelung der Landwirtschaftsgehilfen nur um den Preis des jeweiligen Marktwertes von Grund und Boden stattfinden können, wobei ja manche erprobten Maßnahmen möglich wären, die weitere spekulative Ausnutzung dieser Ansiedelungsgüter einzudämmen oder zu verhindern.)

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Man sieht, es handelt sich bei der Einführung der Landwirtschaftslehre nicht nur um die einfache Ausführung eines einfachen aber praktischen Gedankens, sondern um eine Neuerung, die nur erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn Gesetzgebung und Verwaltung die nötigen Vorbedingungen schaffen. Um so notwendiger ist es, daß sich das allgemeine öffentliche Interesse alsbald dieser großen sozialpolitischen Aufgabe zuwendet. Gerade die Umständlichkeit der nötigen Vorbereitungen kann dazu führen, daß von vornherein eine großzügige Lösung gesucht und gefunden wird, die an sich wieder werbekräftig genug ist, um alsbald Tausende und Abertausende von Bauern zu veranlassen, sich nach städtischen Landwirtschaftslehrlingen umzusehen, und Zehntausende von städtischen Eltern, ihre schulentlassenen Kinder in die Landwirtschaftslehre hineinzuschicken. Auch brauchen die Vorbereitungen ja nicht unbedingt schon auf einmal bis zur letzten Regelung der späteren Ansiedelungsbedingungen in Kraft gesetzt zu werden. Es genügt zunächst die Regelung des eigentlichen Lehrverhältnisses und die gesetzliche Sicherung der späteren Anstellbarkeit außerhalb der Gesindeordnung, wenn nur von vornherein kein Zweifel darüber gelassen wird, daß alle beteiligten Faktoren, namentlich auch Gesetzgebung und Verwaltung, entschlossen sind, den weiteren Ausbau des neuen Angestelltenrechts bis in alle Konsequenzen hinein so zu regeln, daß sich dem städtischen Nachwuchs eine aussichtsreiche landwirtschaftliche Laufbahn eröffnet. Die praktische gesetzgeberische Verwirklichung kann dann ruhig auf mehrere parlamentarische Sessionen verteilt, der Ausbau der Versicherung also etwa um ein oder zwei Jahre hinausgeschoben werden.

Gerhard Hildebrand.

Rund um uns

Th. Gläß: Zur Neubelebung des Fichteschen Erziehungsgedankens — und man könnte gleich hinzufügen: der Weg zu einem wahren Leben. Denn einen solchen Weg eröffnet in der Tat diese kleine Schrift von 48 Seiten aus dem Neuland-Verlag (Hamburg 30, Eppendorfer Weg 211. Preis 1 M.)

Ausgangspunkt bildet eine Schilderung von den Zuständen der Zeit, so wie sie Fichte richtig sah: wo für die einzige Tugend gehalten wird, wenn jemand seinen eigenen Nutzen befördert, und als einziges Laster gilt, seines Vorteiles zu verfehlen! Demgegenüber wird nun das Musterbild der Menschheit gezeichnet, so wie ein Fichte sie fordert. Sittlich soll der Mensch sein, und nur aus Sittlichkeit heraus soll er handeln im Bewußtsein der Einheit mit dem Guten und Göttlichen. Zu diesem Ziele wird dann Fichtes neuer Erziehungsplan entwickelt.

Bis hierher berichtet der Verfasser treu nach den Quellen in einfachem, lebendigem Stil und erfreulicherweise auch in einem fast fremdwortfreien Deutsch. Höchstens ein paar Kunstausdrücke aus der Fachsprache unserer heutigen „Reformpädagogik" haben sich noch gehalten. Oder ließe es sich in der „Praxis" (S. 18 und 39) nicht ermöglichen, wenn es ein „Problem" (S. 26) zu lösen gilt, ohne „formale Prinzipien" (S. 37) dabei auszukommen? Doch das sind Kleinigkeiten im Verhältnis zu den hier verarbeiteten kraftvollen Worten aus Fichtes Art, die jede Halbheit verabscheut: Die Selbstsucht droht das Gute

zu ersticken; für beide ist kein Platz im Menschen. Einer muß weichen! Das Gute und die Selbstsucht sind gleichsam Leben und Tod, und Tod und Leben schließen einander schlechthin aus. . . . Es hängt von euch ab, ob ihr das Ende sein wollt und die letzten eines nicht achtungswürdigen Geschlechts . . . oder der Anfang und der Entwicklungspunkt einer neuen, über alle Vorstellungen herrlichen Zeit. . . . Ein Mensch, welcher der Entwicklung der Menschheit vorauseilt, ihr Ziel in sich verkörpert, widerlegt eine Welt von Schwarzsehern . . . Erwarte niemand einen Umschwung durch irgendeinen Anstoß, der von außen kommt. Im Menschen allein liegt die Kraft, die Menschheit vorwärts zu bringen; und jedes neue Geschlecht ist die Möglichkeit zur Schaffung einer neuen Welt.

Die bisherige Erziehung aber, die sich damit begnügte, Kenntnisse dem Kinde zu übermitteln, um es auf das Leben vorzubereiten, ließ die Gesinnung, das Beste im Menschen, unberührt. Darum fordert Fichte zur Erreichung des höchsten Zieles, daß die Umwelt als Miterzieherin ausgeschaltet werde. Kein anderer Umgang sei den Kindern gewährt als mit ihresgleichen und den Lehrern. Erst mit gefestigter Lebensanschauung, d. h. mit den allgemeinen grundlegenden Gesetzen darüber, wie die Welt sein soll, treten sie hinaus in die Wirklichkeit; und dann kann es nicht mehr geschehen, wie heute, daß die Menschen durch die Umwelt geformt und nur allzuoft durch sie verdorben werden, sondern durch die sittlichen Persönlichkeiten wird als Gegenstand der Pflichtbetätigung die Welt umgeformt und von innen heraus erneuert werden müssen.

Das ist Fichtes Erziehungsplan. Läßt er sich heute verwirklichen oder doch neu beleben? Dem Zufall bei der Erziehung auch nur das Geringste zu überlassen, ist letzten Endes Feigheit. Wollen wir mit Fichte zielbewußte Erziehung zur Sittlichkeit schlechthin, so müssen wir im Menschen das Verantwortungsgefühl wecken seiner Umwelt und seiner Nachwelt gegenüber. Nun sind die Jahre der Entscheidung das 14. und 15. Lebensjahr. In dieser Entscheidungszeit müssen wir daher den jungen Menschen zu Handlungen anleiten, die dem Nächsten zugute kommen. Gibt es aber solche Handlungen, die schlechthin aus Nächstenliebe begangen werden? So fragt der Verfasser und entwickelt nun eine zwingende Beweisführung: Die einfachste Regung des menschlichen Herzens, die aus der Nächstenliebe entspringt, ist das Mitleid. Bringen wir also dem Jugendlichen eine Not nahe, eine Volksnot! Wenn es nur gelingt, Mitleid zu erwecken und dann zur Abhilfe den Weg zu zeigen, so wird dieser von der Jugend auch mit Begeisterung beschritten werden. Und da gibt es für unsere Zeit kaum ein besseres Beispiel als die Alkoholnot, die größte Volksnot. Ursache ist die Trinksitte. Gerade hier kann schon der junge Mann mithelfen, wenn er für seine Person mit diesem Althergebrachten bricht und auf den Alkoholgenuß verzichtet. Wer sich aber zur Enthaltsamkeit bekennt und im Leben behauptet, der begeht eine Handlung, zu der, ihm selbst vielleicht unbewußt, das Gute allein ihn getrieben hat. Er muß sich verteidigen gegen die selbstsüchtige Masse, der er diesen vermeintlichen Genuß rauben will. Fort und fort muß er sich zur Enthaltsamkeit bekennen und wird also gezwungen, immer wieder im Sinne des Guten zu handeln. Er wird das alles auch gern tun; denn es wird ihn trotz aller Unannehmlichkeiten befriedigen und beglücken, da er seinem sittlichen Grundtriebe folgt, der Nächstenliebe, der Liebe zum Guten, da er seinen Willen als mit dem göttlichen Willen in ihm eins geworden fühlt.

Damit hat der Verfasser die Voraussetzung geschaffen, um die Bedeutung der Wehrlogen des Guttemplerordens recht zu würdigen. Gerade den Jugendlichen im Alter von 14 bis 20 Jahren wollen sie dienen. Selbst der Abschluß von der Umwelt, den Fichte fordert, wird hier in gewissem Sinne dadurch

erreicht, daß der junge Mensch in eine Gemeinschaft tritt, die viel von ihm verlangt, die ihn ganz verlangt. Im übrigen heißt es: „Die Wehrloge ist eine Gemeinschaft zur Bekämpfung der Alkoholnot mit dem Grundgedanken, ihre Mitglieder durch diese Bekämpfung in gemeinsamer Arbeit zu sittlichen Menschen zu erziehen."

Aus Fichtes Geist findet auch die gemeinsame Erziehung der Geschlechter eine grundlegende Beleuchtung. Mann und Frau sind durch das Geschlechtliche verschieden, durch die göttliche Liebe, das Gute im Menschen, aber gleich. Da nun allein die Sittlichkeit das Ziel der Erziehung sein kann, nämlich das Gute im Menschen zur Herrschaft zu bringen, gibt es folglich für beide Geschlechter auch nur eine Erziehung.

Wirkungsvoll schließt die Schrift mit einem Wort über das Gewissen. Das Gewissen hält uns stets die Frage vor: Wie wirkt das, was du tun willst, auf deinen Mitmenschen? Jeder Einzelne kann helfen, muß helfen, daß das Gute auf Erden sich ausbreite, und von jedem Einzelnen hängt dabei sehr viel — ja eigentlich alles ab. Das Gewissen ist göttlichen Ursprungs; darum kann es uns der höchste Richter sein; darum müssen wir uns von ihm allein im Leben leiten lassen. Ja, das heißt im tiefsten Sinne „leben": das Ewige in sich fühlen, der Stimme seines Innern verantwortlich, seinem Gewissen gemäß handeln und voll Begeisterung im bewußten Kampf alles in sich und Andern vernichten, was unedel ist. Der Verkünder dieses neuen Lebens war Fichte. Er zeigte die Schwächen der alten Welt. Er stellte groß vor uns hin das neue Ziel: den sittlichen Menschen. Er zeigte auch den Weg. Die Enthaltsamkeit aber ist ein Mittel, im Sinne Fichtes dem Leben die völlig neue Richtung zu geben. Und weil die Forderung der Enthaltsamkeit sich so ausschließlich an das Sittliche in uns wendet, finden wir von hier aus auch den Weg zu einem glücklichen, wahren Leben.

So hält dieses kleine wertvolle Heft von Th. Gläß, was der Titel verspricht. Der Umschlag der Schrift trägt nach einem Entwurf von Karl Bauer ein ansprechendes Fichte-Bildnis, so daß sie sich auch dadurch uns als gefälliges Geschenk darbietet.

Reinhart Biernatzki.

An alle Leser des „Vortrupp".

Das Bestehen und das Gedeihen einer Zeitschrift von der Art des „Vortrupp" wird von ihren Lesern, jedenfalls von ihren weitaus meisten Lesern, als ihre eigene Angelegenheit empfunden und behandelt. Ich bitte unsre Leser daher, das Folgende mit Aufmerksamkeit lesen zu wollen:

I.

Seit dem 1. Januar 1916 beträgt der Preis des „Vortrupp" zwei Mark für das Vierteljahr. Die in diesen drei Jahren eingetretene, jedem Mitlebenden persönlich fühlbar gewordene, ungeheuerliche Steigerung aller Preise hat den „Vortrupp" folgendermaßen betroffen:

Das Textpapier kostet uns jetzt mehr als das Dreifache	wie am 1. Januar 1916
Das Umschlagpapier kostet uns jetzt mehr als das Vierfache	
Das Drucken und Heften kostet uns jetzt fast genau das Doppelte	
Das Porto kostet uns jetzt um ein Drittel mehr	

Die allgemeinen Unkosten, darunter besonders die Gehälter, sind entsprechend gestiegen.

Im Endergebnis hat Das für den „Vortrupp" bedeutet, daß er in stufenweiser Steigerung

für das Jahr 1916 einen Zuschuß von 5000 Mark
„ „ „ 1917 „ „ „ über 8000 „
„ „ „ 1918 „ „ „ 20000 „

erfordert hat (auch die Teurung stieg ja stufenweise bis zu ihrer jetzigen Höhe an).

Wir hätten diese Verluste durch öfters wiederholte stufenweise Erhöhung des Bezugspreises ausgleichen können, haben aber eine solche andauernde Beunruhigung unsrer Leserschaft (ein Vorgehen, zu dem sich viele andre Zeitschriften unter dem Drucke der gleichen Notlage entschlossen haben) vermeiden wollen. Nunmehr jedoch sind wir gezwungen, eine Preiserhöhung durchzuführen, die den Preisen für Material und Arbeit, die wir selbst zahlen müssen, wenigstens einigermaßen (immer noch nicht ganz!) entspricht. Der Preis des „Vortrupp" beträgt daher vom 1. Januar 1919 an vier Mark im Vierteljahre. Der „Vortrupp" wird von diesem Zeitpunkte an allerdings auch wieder im Umfange von 32 Seiten Text erscheinen und kann dann dementsprechend auch wieder in der früheren schönen Schrift gedruckt werden — schon die vorliegende Nummer bietet wieder annähernd dieses Bild.

Jeder unsrer Leser wird uns darin zustimmen, daß der Herausgeber und der Verleger des „Vortrupp" ihrer moralischen Pflicht gegen den Vortruppgedanken voll gerecht geworden sind, wenn sie die Zeitschrift drei Kriegsjahre lang (und übrigens während des ganzen Krieges) unter den Herstellungskosten abgegeben haben; daß sie aber nicht dauernd Summen von der angegebenen Höhe zuschießen können, und daß sie daher dem „Vortrupp" jetzt den Preis geben müssen, der, bei den jetzigen Herstellungskosten, einer solchen Zeitschrift mindestens zukommt. Und jeder unsrer Leser, der den „Vortrupp" als ein Unternehmen deutscher und gleichzeitig menschheitlicher Kultur liebt — jeder, der unsern kulturpolitischen Weg im Herzen mitgegangen ist, und auch jeder, der unsern politischen Kampf gegen die Kriegstreiber und Kriegsverlängerer, die unser Land jetzt glücklich in den Abgrund hineingewirtschaftet haben, im Herzen mitgekämpft hat, — jeder von diesen wird, des bin ich sicher, jetzt gern den kleinen Anteil an der Erhaltung des „Vortrupp" auf sich nehmen. Möge jeder, der im Herzen mit uns ist, bedenken, daß — wenn auch Teurung und Steuern den Meisten unter uns Einschränkungen auferlegen —, das Gewissen gebietet, die nicht bei Kulturarbeiten anfangen zu lassen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

II.

Das Gebot für den „Vortrupp" lautet aber nicht nur „Bestehen", sondern auch „Vorwärts kommen". Und darum richte ich an unsre Leser die folgenden weiteren Bitten:

Zum Ersten: Wir bitten jeden Einzelnen, dem wir den „Vortrupp" bisher umsonst zugestellt haben, wenn er, wie wir hoffen, die Zeitschrift lieb gewonnen hat, Bezieher zu werden. (Er kann bestellen bei jeder Buchhandlung, bei allen Postanstalten und auch unmittelbar beim Vortrupp-Verlage, Hamburg 1, Spitalerstraße 12.)

Sodann: Wir bitten jeden, alten oder neuen, Bezieher des „Vortrupp", wenn er das leisten kann und mag, für das Wiederaufbaujahr 1919 noch einen besonderen Beitrag unmittelbar an den Verlag einzusenden.

Zum Dritten: Wir bitten jeden einzelnen Leser des „Vortrupp", es sich zur Aufgabe zu machen, uns im Jahre 1919 mindestens vier neue Bezieher unsrer Zeitschrift zu werben. Die Arbeit ist nicht schwer; denn es leben Zehntausende im Deutschen Reiche und allen Ländern des deutschen Sprachgebietes — auch Deutsche im Auslande —, die nach einer Zeitschrift gerade dieser Richtung und gerade dieser Tonart ein Bedürfnis haben. Besonders leicht wird das für Euch unter unsern Beziehern sein, die Ihr jetzt aus dem Felde zurückkehrt. Wie oft haben Eure Feldpostbriefe unsrer Schriftleitung verkündet, daß jede Vortruppnummer, die zu Euch ins Feld ging, — und namentlich der politische Aufsatz — in der ganzen Kompanie, Batterie, Schwadron usw., oft auch im ganzen Offizierskasino, von Hand zu Hand gegangen und mit tiefer Zustimmung gelesen worden ist. Sagt und schreibt nun Euren Feldkameraden, daß der „Vortrupp", der ihnen im Felde etwas war, nun auch sie als Bezieher braucht, um kräftig für die Gedanken zu wirken, deretwegen sie ihn liebgewonnen haben. Wer uns einen neuen Bezieher geworben hat, der wolle auch selber es uns freundlichst mitteilen, damit wir ihm — in einer Form, die wir noch gestalten wollen — auch persönlich danken können.

Und ebenso bitten wir alle unsre Leser: Werbt Anzeigen für uns, werbt uns die, soviel Ihr vermögt. Der Anzeigenteil ist die wirtschaftliche Grundlage jedes Presse-Unternehmens, Zeitung oder Zeitschrift.

Der Herausgeber des „Vortrupp".

Hermann Popert.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Der Vortrupp

7. Jahrg. 1918 Nr. 24 2. Dezemberheft

Unsre Ziele und Wege.

Hamburg, den 7. Dezember 1918.

In den Mittelpunkt aller Vortrupp-Arbeit stelle ich als Bekenntnis Goethes Worte:

„Volk und Knecht und Überwinder,
Sie gestehn zu jeder Zeit:
Höchstes Glück der Erdenkinder
Sei nur die Persönlichkeit.

Jedes Leben sei zu führen,
Wenn man sich nicht selbst vermißt;
Alles könne man verlieren,
Wenn man bliebe was man ist."

Das, worauf es ankommt, das, was schließlich das Ziel aller öffentlichen Arbeit ist, Das ist, meiner tiefsten Überzeugung nach, der einzelne lebendige Mensch und seine Glückseligkeit. Für uns also zunächst der einzelne lebendige Deutsche und seine Glückseligkeit.

Unter all dem Unbeschreiblichen, was in allen kriegführenden Ländern der erste Kriegswahn hervorgebracht hat, war mit das Schlimmste das Buch „Händler- und Heldengeist" von Professor Werner Sombart. Es war eine wirkliche Girlande von Unglaublichkeiten; bezeichnenderweise konnte der Verfasser dieses Dinges einige Zeit nachher Rektor der Universität Berlin werden. Sombart, der es in diesem Buche unter Anderm dem englischen Soldaten zum schweren Vorwurf macht, daß er sich auch im Felde rasiere, (der also offenbar von der grundsätzlichen Reinlichkeit und Körperpflege gerade des deutschen Soldaten keine Ahnung hat), erklärt in diesem wunderbaren Werke die Lehre, daß der Zweck des Staates das größtmögliche Glück der möglichst Vielen sei, für „hundsföttisch". Zu dieser „hundsföttischen" Lehre will ich mich hierdurch mit aller mir möglichen Entschiedenheit bekannt haben. Über die Gegnerschaft des Herrn Professor Sombart tröstet mich dabei die Übereinstimmung mit Kant, der es in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden" für die eigentliche Aufgabe der „Politik" erklärt, dem Wunsche der Menschen nach

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Glückseligkeit gerecht zu werden. Nicht minder Schillers Verkündigung, daß der Mensch nicht dazu geschaffen sei, über irgendetwas in der Welt sich selber zu vergessen. Und endlich das Wort des griechischen Weisen: „Der Mensch ist das Maß aller Dinge."

Glückseligkeit setzt Dasein voraus und ist nur denkbar, wenn dieses Dasein sich entfalten und aufwärts wachsen kann. So haben wir d a f ü r zu arbeiten: Zum Ersten, daß dem Menschen, für uns zunächst dem Deutschen, sein Dasein gewährleistet sei. Zum Zweiten dafür, daß sein Dasein sich frei entfalten und aufwärts wachsen könne.

D a ß d a s D a s e i n g e w ä h r l e i s t e t s e i. Wie das zu bewirken ist, das ist, seit den Tagen, wo der Sieg des Menschen über die Tiere der Erde endgültig feststand, im Wesentlichen die Frage danach, wie sich der Mensch mit den mitlebenden Menschen einigt; wie sich das Glückseligkeitsstreben der Vielen untereinander ausgleicht. Es ist die Frage danach, in welcher Form Menschen zusammenleben und sich gegenseitig das Dasein gewährleisten. Seit zwei- bis dreihundert Jahren tun die weißen Völker (und neuerdings auch die Japaner) Das in der verhältnismäßig hohen Form des modernen Staates mit seiner ausgebildeten Rechtsordnung. Diese Form ist tatsächlich verhältnismäßig hoch; andre, niederere Formen — so die Horde, der Sippenverband, der mittelalterliche Staat — sind ihr vorangegangen. Das Zusammenleben in der Form des modernen Staates sichert im Allgemeinen einer viel größeren Zahl Menschen das Dasein, und dazu noch ein viel menschenwürdigeres Dasein, als das Zusammenleben in jenen niedereren Formen Das vermocht hat. Nun hat sich aber gezeigt, daß beim Eintritt besondrer Verhältnisse, die wir „Krieg", und zwar den „modernen Krieg" nennen, auch das Zusammenleben der Menschen in der Form des modernen Staates nicht entfernt zureicht, um ihnen das Dasein zu gewährleisten. Daß vielmehr beim Eintritt dieser Verhältnisse die Daseinsbedrohung für die Menschen, die in der Form des modernen Staates zusammenleben, noch viel größer wird, und daß dann noch unendlich viel mehr Dasein von Menschen vernichtet wird, als das bei Eintritt ähnlicher Verhältnisse in den früheren niedereren Formen des menschlichen Zusammenlebens der Fall war. Genau, wie ein Unglücksfall auf der modernen Eisenbahn viel mehr an menschlichem Dasein zerstört, als das bei einem Verunglücken auf einer altmodischen Postkutsche geschah. Wir haben auch gesehen, daß es h i e r f ü r so gut wie gleichgültig ist, ob „Sieg" oder „Niederlage" eintritt; der (übrigens nur als ein Geschenk der mithelfenden Engländer, Amerikaner und Neger erworbene) „Sieg" des französischen Staates hat für mehr als anderthalb Millionen von den Menschen, die in der Form des französischen Staates zusammenlebten, ebensowenig das Dasein

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gewährleisten können, wie die „Niederlage" des deutschen Staates Das für eine ungefähr gleiche Anzahl von Deutschen gekonnt hat. Von den weiteren Millionen der Verstümmelten und sonst Verwundeten in allen kriegführenden Staaten gar nicht zu reden. Um dem Menschen auch nur das Dasein zu gewährleisten — um es insbesondre dem deutschen Menschen zu gewährleisten —, muß also eine neue Form menschlichen Zusammenlebens gesucht werden, die derartige riesige Gefährdungen menschlichen Daseins besser ausschließt, als die Zusammenlebensform des modernen Staates Das ersichtlichermaßen vermag. Es ist selbstverständlich, daß dabei an die bereits bestehende Form des Zusammenlebens, also an den modernen Staat selber, anzuknüpfen ist. Es handelt sich darum, den wesentlichen Zug dieser Form, nämlich die Rechtsordnung, weiter auszudehnen, als bisher: So daß die Menschengruppe, die bisher in der Form des einen Staates, zum Beispiel des Deutschen Reiches, zusammengelebt und sich gegenseitig das Dasein gewährleistet hat, diese Gewährleistung nun auch für die Menschengruppe mit übernimmt, die bisher in der Form eines andern Staates, zum Beispiel Englands, zusammengelebt hat — und dafür die gleiche Gewährleistung dann auch von ihr empfängt. Ob diese zu fordernde Entwicklung dann schließlich zum Aufgehen der bisher bestehenden einzelnen Zusammenlebensformen in eine höhere Form führen wird, oder ob diese einzelnen Formen zwar selbständig erhalten bleiben, aber die Anarchie, die heute zwischen ihnen herrscht, mit einer rechtlichen Ordnung vertauschen — ob mit andern Worten das Endergebnis die „Vereinigten Staaten der Erde" (vielleicht zunächst auch nur Europas) sein werden, oder aber nur ein „Völkerbund", das ist eine Frage, die heute noch nicht beantwortet werden kann. Das Entscheidende, was so oder so erreicht werden muß, ist die Ausdehnung der Rechtsordnung über die bisher bestehenden Einzelformen menschlichen Zusammenlebens, über die „Staaten", hinaus. Die Erkenntnis hiervon und die Arbeit hierfür ist der Pazifismus, der, wie ich schon in dem Leitaufsatze „Fidelis" in der letzten Nummer ausgesprochen habe, gegenwärtig wichtigste Teil jeder öffentlichen Arbeit, die auf den Namen „Vortruppsarbeit" Anspruch machen will.

In dem Vorstehenden liegt eine Absage, die ich möglichst scharf zu unterstreichen wünsche. Die Absage an einen Aberglauben, der leider namentlich von deutschen Professoren genährt wird, und, wie ich meine, zuerst von Hegel in die Welt gesetzt ist. Dieser Aberglaube macht aus dem „Staate", der in Wahrheit eben nichts ist als ein Wort, das eine bestimmte (und zwar unzweifelhaft die bisher erreichte höchste) Art bezeichnet, wie Menschen zusammenleben — also aus einer Bezeichnung für ein bestimmtes Verhalten von Menschen — eine Gottheit. Macht

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

daraus ein „Überindividuum" (so heißt das heilige Professorenwort), für das der Mensch überhaupt erst da sei, in dem der Mensch überhaupt erst die Rechtfertigung für sein Dasein finde. Das daher für seine eigenen Zwecke seine eigenen Menschen fressen dürfe, wie Haferkörner. Dessen „Interessen" (oder „Belange", wie es auf alldeutsch heißt) überhaupt das Höchste in der Welt seien, denen gegenüber Menschenleben und Menschenglück ebensowenig zu bedeuten und mitzusprechen hätten, wie Religion oder Ethik. Das heilige „Überindividuum" ist also ein ins Moderne übersetzter Moloch. — Diese Auffassung würdigt den lebenden Menschen herab zum Teile eines Tierstocks, zum Korallentier, das allerdings noch den besondren Fluch zu tragen hat, daß es, anders als die echte Koralle, seine Herabwürdigung mit dem ganzen ausgebildeten menschlichen Bewußtsein zu fühlen hat. Dem Menschen wird von dieser Lehre ein Fetischdienst zugemutet, gleich dem, der in ebenfalls „heiligem" Wahnsinn rasende Inder sich unter die Räder des „heiligen Wagens" von Jaggernauh werfen läßt. Weil diese Lehre jeden einzelnen Staat von jeder ethischen Bindung frei macht, so bedeutet sie den ewigen Raubtierzustand zwischen den Staaten. Und müßte deshalb, wenn man sie ungehemmt wirken ließe, die Weltgeschichte den Weg führen, den ein bekanntes Dichterwort so zeichnet:

Der Weg der neuen Bildung geht
Von Humanität
Durch Nationalität
Zur Bestialität.

Im Weltkriege mit seinen Luftangriffen auf offene Städte und den tötenden Gasen haben wir schon ein ziemliches Stück dieser Bestialität verwirklicht gesehen.

Daß diese Lehre vom Staat als Überindividuum in Wirklichkeit einfacher Unsinn ist, daß „Staat" wirklich nur ein Wort für die Form ist, in der Menschen zusammenleben, Das müßte eigentlich auch der blindeste Professor aus dem erkennen, was wir jetzt durchleben, aus der deutschen Revolution: Wenn eine genügend große Zahl von Menschen vorhanden ist, für deren Glückseligkeitsstreben die Form, in der sie mit andern Menschen zusammenleben, nicht mehr genügt, dann schichtet sich diese Form eben um, und, wenn sie dazu zu spröde ist, dann bricht sie wie Glas; von einem „Überindividuum" ist da verflucht wenig zu merken. — Daß jene verkehrte Professorenlehre bei uns in Deutschland leider herrschend war, hat mit dazu beigetragen, uns den Krieg verlieren zu lassen: die Angst vor dieser Lehre hat nämlich dazu mitgeholfen, die Nordamerikaner, die sich in dergleichen so wenig hineindenken können, wie die alten Germanen das gekonnt hätten, mit dem Fana-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tismus eines Kreuzzuges für die Freiheit der Welt zu erfüllen*). Ich glaube, keine Ungerechtigkeit zu begehen, wenn ich — zwar nicht die Erfindung, denn die dürfte Hegel zu beanspruchen haben, wohl aber — die Verbreitung dieser menschenknechtenden Lehre vor allem Treitschke zuschreibe. Und wie ich überhaupt über jede fruchtbringende deutsche Politik der Zukunft mit großen Buchstaben das Wort schreiben möchte „Los von Treitschke!", so gilt das ganz besonders auch an diesem Punkte. Soll es ein menschenwürdiges Leben auf der Erde, und besonders in Deutschland geben, so muß auch von den Professoren wieder erkannt werden, daß der Mensch das Maß aller Dinge ist, also ganz gewiß auch das Maß einer bloßen Form, wie der „Staat" eine ist. In dieser Sache sind wir sicher berechtigt, das Jesus-Wort vom Sabbat dahin umzuformen: „Der Mensch ist nicht um des Staates willen geschaffen, sondern der Staat um des Menschen willen". Und als Ausdruck meines tiefsten und ursprünglichsten Empfindens, das jenen Hegel-Treitschkeschen Molochdienst in jeder Faser ablehnt, will ich ein Dichterwort anführen, das mit Abänderung eines Wortes so lautet:

„Ich fühle mich kein Rad
Im blinden Staatsgetriebe;
Und unterbringen kann
Ich nirgends meine Liebe."

Unsre Auffassung, das ist dabei scharf zu betonen, gibt zwar dem lebendigen Menschen sein Königskleid wieder, das Professorenwahn ihm geraubt und einem Schemen angezogen hatte, aber sie macht den „Staat" durchaus nicht zu etwas Nebensächlichem; sie gibt dem „Staate" durchaus, was wirklich „des Staates" ist: Wenn wir auch den „Staat" nicht für ein „Überwesen", ja überhaupt für kein „Wesen" halten, sondern für eine Form des Zusammenlebens, die sich Menschen als eine Zweckmäßigkeitseinrichtung geschaffen haben, so bleibt er dabei immer eine der bei weitem wichtigsten Zweckmäßigkeitseinrichtungen: ist er doch dafür da, denen, die in seiner Form zusammenleben, das Dasein zu gewährleisten und ihnen möglichst große Glückseligkeit zu verschaffen. Vor Allem ist es klar, daß, wer an den Vorteilen einer Zweckmäßigkeitseinrichtung teilnehmen will, Entsprechendes für diese Einrichtung leisten muß; wie Gustav Frenssen in „Peter Moors Fahrt nach Südwest" sagt: „Man nimmt niemanden in eine Brüderschaft auf, er habe denn sein Eintrittsgeld bezahlt." Wer im „Staate" mitleben will, muß also auch nach unsrer Auffassung Das leisten, was nötig ist, um die Zweckmäßigkeitseinrichtung „Staat" richtig arbeiten zu lassen:

*) Vgl. S. 31 in Professor Bonns Buch „Amerika als Feind", das ich in dem Fidelis-Aufsatz im „Vortrupp" Nr. 12 von 1918 behandelt habe.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

er muß Steuern bezahlen, und — solange die gegenwärtigen anarchistischen Zustände zwischen den verschiedenen Staaten noch bestehen — nötigenfalls auch Wehrdienste leisten. Die grundlegenden Unterschiede aber, die sich bei den Folgerungen aus unsrer Auffassung gegenüber der Auffassung vom Staat als „Überwesen" ergeben, sind hauptsächlich diese: Was der Staatsangehörige für den Staat leisten muß, das leistet er nach unsrer Auffassung nicht als Opfer an ein molochartiges höheres Wesen, vor dem er in Kadavergehorsam auf den Knien liegt und dem (oder sogar dessen „Ruhm") gegenüber, er seine eigene Existenz als „bettelarm" empfindet, wie ein greuliches, von Sombart mit Begeisterung übernommenes, Wort Treitschkes es behauptet. Sondern er leistet es im eigenen Interesse, um die Zweckmäßigkeitseinrichtung aufrecht erhalten zu helfen, die auch sein eigenes Dasein und seine eigene Glückseligkeit gewährleistet. Und zweitens: Nach unsrer Auffassung sind die Menschen auch dann, wenn sie als in der Form „Staat" Zusammengeschlossene handeln, an Religion und Ethik gebunden, während nach der Molochauffassung in solchen Fällen eben gar nicht mehr die Menschen, sondern das „Überindividuum" Staat handelt, für das es weder Religion noch Ethik gibt. Und endlich drittens: Nach unsrer Auffassung sind an der Zweckmäßigkeitseinrichtung „Staat" die nötigen Verbesserungen oder Umformungen vorzunehmen, sobald sie für ihren Zweck, nämlich Dasein und Glückseligkeit der in ihr zusammenlebenden Menschen zu gewährleisten, nicht mehr so weit genügt, wie es nach dem jeweiligen Entwicklungsstande der Menschheit möglich ist. Während nach der Molochauffassung das „Überindividuum" Staat sich einfach so, wie es ist, erhalten darf (ja sogar erhalten s o l l), ohne jede Rücksicht auf Dasein oder Glückseligkeit der unter ihm lebenden — richtiger würde man vom Boden dieser Auffassung aus sagen: der unter ihm versklavten — Menschen. Welche Umformung nun jeder einzelne der Staaten Europas gegenwärtig braucht, um seinen Zweck, nämlich Dasein und Glückseligkeit der in seiner Form zusammenlebenden Menschen zu gewährleisten, besser zu erfüllen, als bisher, das ist bereits gesagt: Er muß zusammen mit den andern Staaten unter eine gemeinsame Rechtsordnung gestellt werden. Dabei folgt aus dem schon bisher Gesagten, soll aber noch ganz ausdrücklich betont werden: Auch der deutsche Staat wird, wie die Geschichte der Jahre 1914—18 uns handgreiflich bewiesen hat, ohne eine Ergänzung durch eine solche zwischenstaatliche Rechtsordnung seinem Zwecke, Dasein und Glückseligkeit der Deutschen zu gewährleisten, nicht mehr gerecht. Daß der deutsche Staat pazifistische Politik treibe, das ist nicht etwa ein Opfer, das von den Deutschen gefordert wird, sondern es ist das erste und elementarste R e c h t der Deutschen von heute. Weil sie, wie übrigens auch jedes andre europäische Volk, nur bei Durch-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dringen der pazifistischen Politik vor einem neuen europäischen Kriege geschützt sind, der sich zu dem Weltkriege 1914/18 so verhalten würde, wie dieser zu dem Kriege von 1870/71, und der daher aller Voraussicht nach mit sämtlichen Völkern Europas, auch mit dem deutschen, ein Ende machen würde.

Darin eben sehe ich auch die Gewähr für den Sieg der pazifistischen Idee: Die ist nicht nur, wie Kant das in seiner „Rechtslehre" zeigt, eine Forderung des „moralischen Gesetzes in uns selbst", deren Nichtanerkennung den Menschen zum Tiere stempele. Sie ist auch eine elementare Forderung des berechtigten menschlichen Egoismus, die die gewaltige Mehrzahl aller Menschen ganz naturgemäß erhebt, sobald ihre Augen so nebelfrei geworden sind, daß sie erkennen, wo ihre wirklichen Interessen liegen. Ich war stets der Meinung, und das, was wir in diesen Tagen erleben, bestärkt sie mir, daß am meisten derartige Nebel noch bei den Franzosen vorhanden sind. Wenn aber, und so weit scheint es mir jetzt zu sein, die sämtlichen germanischen Völker, insbesondre die Deutschen und die Angelsachsen, in ihrer großen Masse von diesen Nebeln frei geworden sind, so werden sich auch die Franzosen auf die Dauer fügen müssen. Es steht nicht etwa so, wie die „Deutsche Tageszeitung", die zu der Minderzahl in Deutchland gehört, die immer noch im Nebel tappt, im ersten Beiblatt der Abendausgabe vom 27. November 1918 sagt, daß „der kommende Völkerbund jedem Raub an Deutschland seinen ewigen Segen geben" wird. Sondern, sollte der kommende Friedensschluß unter dem Einflusse des kriegstollen Clémenceau wirklich „Raub" an uns begehen, so wird dann für uns Das gelten — aber es wird, und zwar gerade im „Völkerbunde", auch Das für uns möglich sein — was der Aufruf „An Deutschlands Jugend" in Nr. 23 des „Vortrupp" fordert: Nämlich „Zäher Kampf um unser Recht mit den Mitteln des Rechts".

Die Arbeit für die Durchsetzung des Pazifismus ist der drängendste Teil der Vortrupparbeit, weil es vom Erfolge dieser Arbeit abhängt, ob irgendeine andre Arbeit für die Öffentlichkeit überhaupt noch einen Sinn behält: die hätte nämlich keinen Sinn, wenn durch einen weiteren europäischen Krieg die weißen Menschen, und besonders die deutschen Menschen, ohnehin zum Untergange verurteilt würden.

Als wesentliche Unterstützung dieser Arbeit werden wir unser Wirken für die zwischen staatliche Hilfssprache „Esperanto" fortsetzen.

Gelingt die Arbeit für den Pazifismus — und, wie gesagt, ich glaube, daß sie gelingt — dann hat es Sinn, weiter dafür zu arbeiten, daß sich das Dasein der Menschen, für uns zunächst der Deutschen, frei entfalte und aufwärts wachse. Der „Vortrupp" wird sich an dieser

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Arbeit auch dadurch beteiligen, daß er für eine freie, und gleichzeitig den deutschen Verhältnissen angemessene, Form des Zusammenlebens der Deutschen eintritt. In diesen Tagen bedeutet das vor allem: Schärfstes Eintreten für die Nationalversammlung und für die Einheit des Reiches einschließlich Deutsch-Österreichs — weil diese Form des Zusammenlebens die einzige für uns Deutsche zweckmäßige ist. Und gegen den Bolschewismus und die versuchte Tyrannei der Spartakusleute, gegen Liebknecht, gegen Rosa Luxemburg, und auch gegen den völlig wild gewordenen Kurt Eisner. Solange die Nationalversammlung noch nicht über die Verfassung Deutschlands entschieden hat, kann es für jeden, der Freiheit und Ordnung in Deutschland will, nur einen Wahlspruch geben: „Hinter die bestehende Regierung Ebert-Haase! Und für schnellste Einberufung der Nationalversammlung".*)

Zu der Arbeit für das freie Entfalten und das Aufwärtswachsen der Deutschen gehört weiter alles Das, was der „Vortrupp" vor dem Kriege**) unter der Bezeichnung „Rassenhygiene" als das damalige Gesamtziel seiner Arbeit bezeichnet hat. Ich betone ausdrücklich, daß unsre rassenhygienischen Ziele***) als solche unverändert bestehen geblieben sind. Aber geändert hat sich Das, daß uns diese Zielsetzung als einzige heute zu eng wäre. Einmal würde ich, wie schon gesagt, diese ganze Arbeit für sinnlos halten, wenn nicht zunächst einmal das bloße Dasein der deutschen Menschen, denen sie zugute kommen soll, auf dem einzigen heute noch möglichen Wege, nämlich durch eine erfolgreiche Arbeit für den Pazifismus, gewährleistet wird. Außerdem aber erscheint mir auch die, so gesicherte, Rassenhygiene selber zwar noch ungeheuer wichtig, aber nicht mehr als Endziel, sondern als Dienerin der ganzen, namentlich auch der ethischen, Entwicklung der Menschheit. — Um was es sich bei diesem, in seiner Rangordnung also jetzt neu bestimmten, Teile unsrer Arbeit handelt, das zeigen meiner Meinung nach immer noch zutreffend die folgenden Sätze aus meinem Aufsatze „Freideutsche Zukunft" in Nr. 19 des „Vortrupp" vom 1. Oktober 1913. Dort ist gefragt worden, welcher Parlamentskandidat die Gewähr biete, „daß er in den Fragen der Rassenhygiene nicht versagen wird". Und

*) Ich wiederhole hiermit die Bitte, die ich in der Beilage zu Nr. 23 ausgesprochen habe, daß die Vortruppleser ausnahmslos der Anregung folgen möchten, als Zeichen des Bekenntnisses zur Nationalversammlung eine schwarz-rot-goldene Kokarde oder Schleife möglichst sichtbar zu tragen, und das allgemeine Tragen dieses Abzeichens organisieren zu helfen. — An einer ausführlicheren programmatischen Stellungnahme zur Revolution, als sie im Texte geschehen ist, hindert mich heute Platzmangel.

**) Ganz besonders in meinem Programmaufsatze "Wahl" in Nr. 2 von 1912 und „Freideutsche Zukunft" in Nr. 19 von 1913.

***) Rassenhygiene hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Einiges Nähere darüber steht in meinem heutigen ersten Beitrage zu der Rubrik „Rund um uns".

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

das ist dann dahin beantwortet worden, daß er diese Gewähr dann biete, wenn er das Folgende mit „Ja" beantworten könne:

> „Sieht er ein, daß „Handel und Verkehr" ein nützlicher Diener ist, aber kein allmächtiger Götze, der das Recht hätte, Menschen zu fressen? Begreift er die vernichtenden Wirkungen der Großstadt, und ist er bereit, für Bodenreform einzutreten und für die Förderung der Gartenstädte? Wird er der Arbeitshetze steuern durch Eintreten für einen Normalarbeitstag und für eine vollkommene Sonntagsruhe? Ist ihm die Erkenntnis aufgegangen, daß Frauen und Kinder vor der Zerdrückung durch den Sachgüterkultus unbedingt geschirmt werden müssen? Begreift er, daß die Schule dazu da ist, starke Menschen heranzubilden, die etwas wollen und etwas können — und nicht schmalbrüstige Brillenträger mit einem Haufen von Vokabeln und Geschichtszahlen im armen, mißhandelten Kopfe? Ist er zu haben für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft und dafür, daß unsre Heimaterde nicht der Industrie zuliebe ganz und gar häßlich und unwohnlich gemacht werde? Ist er der Mann dazu, der Überschwemmung Deutschlands mit den Kulturgiften entgegenzutreten, unbekümmert, ob er sich dadurch die Todfeindschaft des Millionenkapitals der Giftgewerbe zuzieht? Hat er den Schneid, in diesen Dingen nötigenfalls auch gegen seine eigene Partei zu stimmen?"

Was dabei die Bodenreform angeht, so ist für die jetzt durch die Arbeit für die „Kriegerheimstätten" eine besondre Aufgabe erwachsen. — Der Gedanke der „Kriegerheimstätten" ist im Jahre 1915 von unsrer Mitarbeiterin Melanie Ebhardt mit geschaffen worden, und besonders sie hat seitdem im „Vortrupp" andauernd dafür gearbeitet.

Anlangend sodann insbesondre den Kampf gegen die Kulturgifte, so weiß jeder Vortruppleser, daß dieser Kampf, und zwar ganz besonders der Kampf gegen das Kulturgift Alkohol, eine der ganz stark hervortretenden Aufgaben des „Vortrupp" ist*).

Im Anschluß an diese Dinge und in dem gleichen Geiste fördert der „Vortrupp" auch die aufstrebende Jugendbewegung. Übrigens in der klaren Erkenntnis, daß Verstiegenheiten und Unklarheiten hier besonders leicht gedeihen, aber auch besonders energisch bekämpft werden müssen. — Daß wir jedem Versuche, die Jugendbewegung zur Förderung friedensfeindlicher oder sonst rückschrittlicher Bestrebungen zu mißbrauchen, besonders scharf entgegentreten werden, versteht sich gemäß unsrer Gesamthaltung von selbst; Herausgeber und Schriftleitung des „Vortrupp" stehen zum Beispiel durchaus auf dem Boden des Aufsatzes von Walter Hammer in Nr. 14 dieses Jahrganges „Werdet Führer Eurem Volke". Ganz entschieden widersetzt würden wir uns auch dem Versuche haben, durch ein Reichs-Jugendwehr-Gesetz Halbwüchsige bereits unter militärischen Drill zu bringen.

Einen mächtigen Hebel für all die Dinge, für die wir eintreten,

*) Hierauf bezieht sich mein heutiger zweiter Beitrag zu der Rubrik „Rund um uns".

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

erblicken wir in dem jetzt zur Herrschaft gekommenen Frauen-Stimmrecht. Zu einer Zeit, wo die „Realpolitiker" (in Anführungsstrichen), in ihrer bekannten genialen Urteilsfähigkeit über die wirkliche Wirklichkeit, noch jeden für einen Narren erklärten, der die Bewegung für das Frauenstimmrecht ernst nahm, im Jahre 1912, hat der „Vortrupp" in meinem Programmaufsatze „Der Vortrupp und die Frauenbewegung"*) bereits mit aller Klarheit das Frauenstimmrecht gefordert. Nach einer längeren Untersuchung waren wir dabei zu dem folgenden Ergebnis gekommen:

> „Vergegenwärtigen wir uns, was wir gesehen haben. Nicht theoretische Erwägungen, nicht vorgefaßte Meinungen, auch nicht Gefühle der Zuneigung oder Abneigung, sondern harte Tatsachen haben uns erkennen lassen: Alle Erfahrungen, die bisher gemacht sind, sprechen eindeutig dafür, daß sich rassenhygienische Forderungen in der Öffentlichkeit nur durchsetzen lassen, wo Frauen in den Parlamenten und in der Staatsverwaltung mitwirken. Vor allem gilt das bei der rassenhygienischen Regelung des Frauenerwerbes: Der Frauenerwerb als Massenerscheinung ist eine Tatsache, die kein frommer Wunsch — und auch kein Haß und kein Geschrei über „Unweiblichkeit" — heute aus der Welt schaffen kann. Aber er läßt sich so regeln, daß er der Mutterschaftsaufgabe der Frau nicht mehr so feindlich ist, wie er das zum Beispiel heute in Deutschland unleugbar ist; Frauenstimmrechtsstaaten haben solche besseren rassenhygienischen Verhältnisse für den Frauenerwerb geschaffen, andre Staaten nicht. Und ebensowenig kann — das lehrt wiederum ganz eindeutig alle Erfahrung — die Mitarbeit der Frau in Gesetzgebung und Verwaltung entbehrt werden, wenn man die andern großen Rassenschädigungen, vor allem die Schädigung der Rasse durch den Alkohol, ernsthaft beseitigen will.
>
> . . . . . .
>
> Die heutige Frauenstimmrechtsbewegung, und überhaupt die ganze heutige Frauenbewegung, ist letzten Endes eine Bewegung für das Recht der Mütter des Volkes, kraft ihrer Erfahrungen und ihrer rassenhygienischen Instinkte das Geschick ihrer Kinder mitzubestimmen. Und ebenso ist sie umgekehrt auch eine Bewegung für das Recht des Volkes darauf, daß ihm bei der Leitung seiner Geschicke die Erfahrungen und die rassenhygienischen Instinkte seiner Mütter mit zugute kommen.
>
> Die heutige Frauenbewegung ist die Vorstufe zu einer großen Mütterbewegung; in diesem Sinne möchte auch der „Vortrupp" ihr Organ sein."

Dies gibt auch heute noch unsern Standpunkt in der Sache wieder. Nur dann, wenn das jetzt so plötzlich eroberte Frauenstimmrecht von den Frauen in diesem Sinne gebraucht wird, haben wir recht gehabt, und nur dann war es richtig, es einzuführen. Mit andern Worten nur dann, wenn die Frauen durch ihr Stimmrecht und ihre Wahlfähigkeit ihre besonderen Frauenfähigkeiten zur Geltung bringen, Das, worin sie anders als die Männer sind. Denn daran, daß sich durch die Teilnahme der Frauen bloß die Wählerzahl für die politischen Parteien verdoppelt, hat kein Mensch ein Inter-

*) Nr. 18 vom 16. September 1912, Vortrupp-Flugschrift Nr. 7.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

esse. — Ich hoffe, daß der Erfolg zeigen wird, daß unsre Auffassung vom Wesen des Frauenstimmrechts richtig war*). Besondre Schwierigkeiten sind jetzt allerdings dadurch gegeben, daß es den Frauen etwas gar zu plötzlich in den Schoß fällt; es wäre vielleicht besser gewesen, wenn erst noch ein längerer Kampf um das Stimmrecht und ein stufenweises Erreichen des Zieles die Frauen politisch geschult hätte. Außerdem sind Menschen von 20 Jahren (Frauen sowohl wie Männer) meiner festen Überzeugung nach für eine vernünftige Ausübung des Stimmrechts fast immer viel zu jung: weil eines festen eignen Urteils ermangelnd und durchschnittlich jeder beliebigen Beeinflussung (heute dieser und morgen jener) unterworfen. Ich hoffe, daß die Nationalversammlung die Altersgrenze wieder auf 25 Jahre hinaufsetzen wird. Außerdem bin ich, wie ich in den Fidelis-Aufsätzen mehrfach ausgesprochen habe, ein Anhänger einer Zusatzstimme für die Lebenserfahrenen, mag man nun die Vermutung durchschnittlich größerer Lebenserfahrung an ein bestimmtes höheres Alter oder an das Verheiratetsein oder an den Besitz von Kindern knüpfen.

Auf jeden Fall begrüßen wir aber die siegreiche Frauenstimmrechtsbewegung auch als mächtige Gefährtin in derjenigen Arbeit, deren Erfolg, wie immer wieder hervorzuheben ist, heute die Voraussetzung ist für alles Andre: in der Arbeit für die Rechtsordnung zwischen den Völkern, für den Pazifismus. Ich denke, wir dürfen darauf vertrauen, daß die Frauen ihre neue politische Macht dazu gebrauchen werden, um sich in ihrer Eigenschaft als Kindergebärerinnen von dem Fluche zu erlösen, Kanonenfutter in die Welt zu setzen (denn weiter sind Truppen in modernen Kriegen nichts) oder Schachfiguren zu gebären, mit denen die blutige Internationale, die Clémenceau, Northcliffe, Nikolajewitsch, d'Annunzio, Tirpitz**), ihr ehrgeiziges Spiel spielt. Möge Erzberger recht behalten, wenn er in seinem Buche vom „Völkerbunde"***) von den Frauen Dies erwartet:

---

*) Eine gewisse Stichprobe dafür können die Frauen in einer anscheinenden Kleinigkeit schon jetzt geben. Wenn sie nämlich allgemein verlangten, daß in den Versammlungen und Sitzungen, zu denen die politischen Parteien sie einladen, das Rauchen unterbleibe. Der dichte, stinkige Tabaksqualm, der heute über allen politischen Versammlungen und auch Fraktionssitzungen liegt und noch am nächsten Morgen aus den Haaren, Kleidern und Unterkleidern der Teilnehmer herausstinkt, macht für einen Menschen, der auch nur auf körperliche Reinlichkeit hält, die Teilnahme geradezu körperlich ekelhaft; von der Hygiene ganz zu schweigen.

**) Unter dem von mir geprägten Begriff „Blutige Internationale" verstehe ich die nationalistischen, kriegstreibenden Politiker aller Länder zusammengenommen. Diese Politiker wirken tatsächlich als eine einheitliche tötende Masse, also eben als eine „Internationale", und zwar als eine „blutige", auf die Menschen aller Länder; wenn auch, soweit sie Mitglieder einander feindlicher Staaten sind, dieses Zusammenwirken kein gewolltes ist.

***) Vgl. meinen Fidelis-Aufsatz in Nr. 21 von 1918.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

„Wie sie im Kriege die stille Pflicht des Entsagens und Verzichtens ausgeübt haben, werden sie durch ihren erfahrungsreichen Einfluß und ihre durch Leid geläuterte Erziehung ein Geschlecht schaffen, das mit allen Fasern an der aus der tiefsten Not des Weltkrieges geborenen ewigen Idee von der Solidarität der Menschheit hängen wird."

Jedenfalls wird der „Vortrupp" mit aller Kraft denjenigen Geist in der Frauenbewegung zu stützen suchen, der sich zum Beispiel in der Schrift „Geschlechtspsychologie und Krieg" von Dr. phil. Helene Stöcker*) ausspricht, deren Schlußworte ich hierher setzen möchte:

„Gerade wir in unsrer Bewegung, die wir die Mutterschaft, das werdende Leben, die neue Generation besonders schützen und fördern wollen, wir sind uns darüber klar, daß die Mutterschaft mit der Funktion der Geburt und der Säuglingspflege nicht zu Ende ist. Aus dieser physiologischen Funktion soll der Geist der Mütterlichkeit herauswachsen, der nicht nur das Wohl der eigenen Kinder, sondern das Wohl aller Kinder erstrebt, der diesen Geist der Mütterlichkeit auf die Fürsorge der Menschen für einander, ihr hilfreiches Zusammenwirken auszudehnen bestrebt ist. Es ist eine der edelsten Aufgaben unseres Kampfes für den Schutz des Lebens, mitzuhelfen, daß die Kinder, deren Väter jetzt in diesem großen Kampfe fallen, ihren Kindern einmal nicht wieder dasselbe furchtbare Erbe des alten Kainfluches hinterlassen müssen. Solange ‚Krieg' in Form von Massentötung, von Zerstörung unwiederbringlichen einmaligen Lebens, durch Menschenhand auf der Erde herrschen darf, ist der Fluch nicht von der Erde genommen. Allein das ‚Liebet einander' bringt die Erlösung der Welt.

Wer die gewaltigen Erschütterungen dieser Zeit mit klarem Geiste und warmem Herzen durchlebt, der weiß, daß es nur noch die eine Aufgabe geben kann, der alle andern untergeordnet sind: diesem Geist der Liebe und Einsicht die Bahn zu bereiten. Es gibt keine notwendigere, keine unabweisbarere Aufgabe, keine, die fruchtbarer wäre für jedes einzelne Volk wie für das ganze menschliche Geschlecht."

Angesichts des Trümmerfeldes, in das der Weltkrieg, der unter der reinen Männerherrschaft in Europa ausgebrochen ist, gewaltige Teile Europas verwandelt hat, dürfen wir der siegenden Frauenbewegung jetzt zurufen: „Die reine Männerherrschaft hat sich als ganz verzweifelt unfähig erwiesen, das Leben Europas und jedes einzelnen Landes in Europa zu ordnen. Schlechter kann es nicht gemacht werden. Nun, ihr Frauen, zeigt, daß es mit eurer Hilfe besser gemacht werden kann."

* * *

Arbeit für alle Mächte, die Leben schaffen, Kampf gegen Alles, was das Leben hemmt. Das ist darnach die Losung, mit der der „Vortrupp" in den Frieden schreitet.

Hermann Popert.

---

*) Verlag von Gesterheld u. Co., Berlin 1915.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Häusliche Feste und Feiern.

Ein Wort zur Verinnerlichung des Lebens.

Ist es nicht unangebracht, heute von Festen und Feiern zu sprechen? Heute, wo bei allem Vertrauen zu unserer guten Sache doch ein tiefer Ernst alle Gemüter erfüllt, wo das Lachen verstummt ist und heiterer Frohsinn sich kaum zu zeigen wagt. Freilich, die rauschenden, ausgelassenen Feste, in denen ein überreiztes Geschlecht sich durch Sinnengenuß und öden Lärm über die innere Leere hinwegzutäuschen suchte, die liegen weit hinter uns und werden hoffentlich nicht wiederkehren. Aber Feste und Feiern werden und müssen wir trotzdem noch haben. Denn Freude und innere Heiterkeit braucht der Mensch; ja, die wahre, stille Feier der Seele ist das einzige, was ihn in den Stunden, die nicht der Arbeit gewidmet sind, aufrecht zu halten vermag.

Aber kennen wir denn solches Feiern überhaupt noch? Es schien fast, als ob die Mehrzahl der Menschen den Festtag nur noch entweder als schlaffe Ruhe von der Überanstrengung des Werktags oder als geräuschvolle Zerstreuung kannten, ganz abgesehen von den Armseligen, denen er nichts als Langeweile bedeutete. Es ist wahr: wir haben keinen richtigen Sonntag mehr, keinen wahren Feiertag, an dem in uns die Sonne scheint, mag es auch draußen regnen und stürmen. „Nicht bloß unser Wochentag ist grau, unser Sonntag ist es noch viel mehr, und wenn wir uns den Schweiß überhaupt noch abtrocknen und die Feierkleider anziehen, so geschieht es weniger, um einmal aufzujubeln wie ehemals, als um uns von der Arbeit auszuruhen oder wohl gar nur, weil der Kalender und der alte Brauch es vorschreiben." So schrieb Hebbel vor sechzig Jahren. Wieviel mehr noch gelten seine Worte für die Gegenwart!

Was uns fehlt, ist die Fähigkeit, eine echte Festesstimmung zu haben. Wir haben kein Gefühl mehr für die feierliche Stille des Sonntags. Worin besteht eigentlich die Feierstimmung? Hauptsächlich darin, daß wir unsere Gedanken von den Zwecken des Alltags ablenken, sofern sie auf Erwerb, Lebenserhaltung und praktische Bedürfnisse gerichtet sind. Wohl ist die Arbeit ein Segen, ja mehr als das: eine Lebensnotwendigkeit. Aber sie kann auch, wenn sie ganz vom Leben Besitz nimmt, die Seelen knechten. Von moderner Sklavenarbeit spricht man nicht ohne Grund. Über dem Adel der Arbeit sollte man nicht den Adel des Menschen vergessen. Nur in den Stunden der Muße erleben wir den inneren Wert unseres Menschendaseins. Die meisten Arbeiten, die ein höherer Kulturzustand erfordert, erniedrigen den Menschen zum bloßen Werkzeuge und Glied größerer Organisationen. Um wahrhaft Mensch zu sein, muß er das Zweckbewußtsein wenigstens zeitweise unterdrücken und sich auf seine höhere Würde und Bestimmung besinnen. Dem modernen Zweckmenschen fehlen die großen Lebensziele. Begnügten sich frühere Geschlechter damit, für ihre unmittelbaren Lebensbedürfnisse zu sorgen, so treibt uns der Stachel des Mammonismus zu immer weiterem Ringen nach Erwerb, und dieser Stachel quält uns auch in den Stunden der Erholung. Nur wenigen Auserwählten ist es vergönnt, daß harmonischer Feierklang ihr ganzes Leben durchtönt, wie es etwa bei glücklichen, künstlerisch veranlagten Naturen der Fall sein mag. Für die meisten besteht eine scharfe Trennung zwischen Erholung und Arbeit, zwischen Werk- und Feiertag. Da kommt es darauf an, daß uns das Niederdrückende, Einengende, das aller Berufstätigkeit anhaftet, nicht auch den Sonntag verdüstert und die Stunden der Erholung dumpf und unfroh macht; daß wir den Staub des Alltags nicht nur von unseren Möbeln, sondern auch von unseren Seelen wegwischen.

Die Erholungs- und Festideale der Völker und Menschen sind natürlich sehr verschieden. Eigentliche Volksfeste sind in nördlichen Ländern niemals so ver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

breitet gewesen wie im Süden. Schon der Schweizer und Süddeutsche versteht sich besser darauf als der Norddeutsche. Leider aber ist der immerhin reiche Schatz unserer Volks- und Festbräuche mehr und mehr verarmt. Durch das Anwachsen der Städte und das Zusammendrängen großer Bevölkerungsmassen arten sie leicht aus, und Polizeiverbote sorgen dafür, daß mit den Ausschreitungen auch manche schöne, alte Sitte unterdrückt wird. Es sind erfreuliche Versuche gemacht worden, manches wieder neu zu beleben. Wahre Volksfeste aber können erst dann wieder entstehen, wenn wir wieder ein „Volk" als einheitliches soziales Ganze haben. Wir befinden uns heute in einem Übergangszustand: wir haben auf der einen Seite das sogenannte „gebildete Publikum" (das übrigens selbst wieder aller Einheitlichkeit entbehrt) und auf der anderen die Masse, die erst nach dem Gleichgewichtszustande des Bürgertums strebt. Treitschke schreibt einmal: „Sie ist nicht tot, nicht für immer entschwunden, die Herrlichkeit des alten deutschen Bürgertums, das einst in farbenreichem, wogenden Gewimmel durch die geschmückten Straßen türmestolzer Städte sich drängte . . . Weil wir ohne phantastische Sehnsucht mit klarer, bewußter Bewunderung auf die Tage Pirckheimers und Peter Vischers schauen, ebendeshalb ist die Hoffnung unverloren, daß Pracht und Lust der alten Bürgerfeste der deutschen Zukunft nicht gänzlich fehlen wird." Hoffen wir, daß Treitschke recht hat. Für uns aber gilt es, zunächst die Festfeier der engeren Kreise, also besonders der Familie, zu neuem Leben zu erwecken.

Da haben wir nun zuerst gegen ein Vorurteil zu kämpfen, das auf einer vererbten Unsitte der germanischen Völker beruht; ich meine das Vorurteil, daß bei jeder Feier reichliches Essen und Trinken die Hauptsache sei. Damit hängt es zusammen, daß sehr vielen Menschen der Wirtshausbesuch als die beste Weise erscheint, ihre Mußestunden zuzubringen. Bei einer Rundfrage unter Metallarbeitern nach ihrer Erholungsstätte nannten 45,3 Prozent die Familie, 51,1 Prozent das Wirtshaus. (Vgl. Ruttmann, Berufswahl. Leipzig, Teubner 1916, S. 48.) Dabei wäre es doch für den Fabrikarbeiter, der den größten Teil der Werktage außer dem Hause zubringt, am natürlichsten, die freien Stunden ganz der Familie zu widmen. Daß Essen und Trinken auch in den höheren Lebenskreisen bei den Festlichkeiten die Hauptrolle spielt, ist bekannt. Die musikalischen Darbietungen und sonstigen Vorträge stehen gewöhnlich auf einer sehr niedrigen Stufe; und die Unterhaltung ist zunächst gezwungen und steif, bis der Wein die Zunge löst. Wie uns der Sinn für die Feierstunde fehlt, so auch der für edlere Geselligkeit.

Gerade aber durch die Geselligkeit befreit sich der Mensch am leichtesten von den Fesseln zweckhafter Gebundenheit und den beengenden Sorgen des Alltagslebens. Es herrscht in ihr eine gewisse Gleichstellung der Menschen, indem sowohl das Persönlichste und Eigenste, das eben nur dem Einzelnen gehört, wie auch die amtliche und berufsmäßige Stellung zurücktritt. Der Mensch wird hier gewissermaßen Selbstzweck. Die Geselligkeit ist ein freies Spiel von Formen, in mancher Hinsicht vergleichbar den Schöpfungen der Kunst, weshalb auch einerseits das Spiel im engeren Sinne wie andererseits die gesellschaftlichen Formen eine solche Bedeutung erhalten. Wo freilich die Geselligkeit verknöchert und seelenlos ist, da werden die Formen bald wieder als lästiger Zwang empfunden.

Alle echte Geselligkeit aber muß ihren Nährboden in der Familie und im engeren Familienverkehr haben. „Je weiter sich der gesellige Kreis von der Familie entfernt, um so bedeutungsloser wird er, und um so sicherer kann man auf den Verfall der Familie selbst schließen." (Riehl.) Und so gehört es zweifellos auch zu den Aufgaben einer guten Seelenerziehung, in den Kindern frühzeitig den Sinn für wahre Sonntagsstimmung und edle Festfeier zu erwecken.

Am Sonntage muß es zunächst a n d e r s sein als an Werktagen. In dieser

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Hinsicht hat der sonntägliche Kirchenbesuch selbst da, wo er als bloße Gewohnheit oder rein mechanische Pflichterfüllung des tieferen religiösen Wertes entbehrt, noch seine Bedeutung. Auch als äußerliche Handlung ist er immerhin etwas Sonntägliches, religiöse Muße gegenüber der Schaffensunruhe des Wochentages. Sonst aber läßt sich das „Andersein" des Festtages auf die mannigfachste Weise bewirken. Bekanntlich bildet für sehr viele Menschen die Zeitung die regelmäßige Einleitung des Tages; und doch wird wohl durch nichts die frische, heilige Morgenstimmung so sicher verscheucht wie durch die verwirrende Fülle von Zeitungsnachrichten, die uns mit einem Schlage wieder in den Strudel des teils verflachenden, teils aufregenden Alltagstreibens hineinwerfen. Sollten wir da nicht in der Sonntagsfrühe lieber zu etwas anderem greifen, was den Geist mehr erhebt als hinabzieht, die Gedanken mehr sammelt als zerstreut, mehr selige Ruhe als kleinliche Unruhe schafft? Den Kindern gebe man an Sonntagen Bilder- und Geschichtenbücher sowie Spiele, die ihnen an Werktagen entzogen sind. Es prägt sich dann frühzeitig der Sinn für das Besondere des Sonntags ein. Was Vorlesen, poetische Vorträge, Gesang und andere musikalische Darbietungen alles zur Verschönerung der Erholungsstunden beitragen können, mag hier nur angedeutet werden. Insbesondere sollte alles, was die Kinder in der Schule an Gedichten und Liedern gelernt haben, im häuslichen Kreise nutzbar gemacht werden, wodurch auch eine engere Verbindung von Schule und Haus angebahnt würde. Was die Musik angeht, so gibt es wohl kein Land, in dem so viel und so gut Klavier gespielt wird wie bei uns, vielleicht aber auch keines, wo so viel schlechte Musik gemacht wird, so daß man in manchen Häusern von einer wahren Klavierplage sprechen kann. Wo aber auch nur bescheidener Kunstsinn herrscht, können die schönsten Familienfeiern veranstaltet werden. Und wieviel Genuß kann das Betrachten der Meisterwerke unserer deutschen Maler verschaffen! Erst neuerdings ist es Manchen zum Bewußtsein gekommen, daß neben einer Auswahl wertvoller Bücher auch eine kleine Sammlung von Bildern in jede Familie gehört. Zwar Bilder besehen — was die kleinen Kinder fast alle recht gut verstehen — müssen die meisten Erwachsenen erst wieder lernen. Alle derartigen Beschäftigungen geben dem Sonntagsleben einen edleren Inhalt und heben damit auch die Unterhaltung auf eine höhere Stufe. Auch die Gesellschaftsspiele, besonders diejenigen, die nicht bloße Berechnung erfordern, sondern die Phantasie anregen, sollten nicht in Vergessenheit geraten.

Endlich der festliche Schmuck. Daß die Häuser außen geschmückt werden, ist etwas, was man nur noch in kleineren Städten und Dörfern findet. In der Stadtwohnung, selbst in der öden Mietskaserne, läßt sich wenigstens das Innere schmücken. Glücklicherweise ist die Liebe zu den Blumen und ihre Pflege bei uns im Wachsen. Aber die Kunst, aus Feldblumen geschmackvolle Sträuße zu binden, ist fast verloren gegangen, und Kränze winden erscheint uns als altmodisch. Wozu haben wir denn den Blumenladen? Und doch bedarf es nicht der üppigen Erzeugnisse der Gartenkunst. Einfache Feldblumen, die wir selbst gesammelt haben, das frische Grün des Waldes oder zur Weihnachtszeit Tannenzweige vermögen das Alltagszimmer in einen Festraum umzuwandeln. Schmücken aber ist selbst schon Feier. Wo Bilder und Wechselrahmen vorhanden sind, können zu festlichen Gelegenheiten passende Bilder aufgehängt werden. Ja, die Zeichen- und Malkunst der Jugend mag herangezogen werden, um in bescheidener Weise zum Schmucke beizutragen.

An Veranlassungen zu festlicher Erhebung fehlt es ja nicht. Neben den Sonntagen sind es zunächst die allgemeinen Feiertage, deren religiös-symbolischen Sinn wir viel tiefer miterleben sollten. Daß er uns so gleichgültig geworden ist, bleibt jedenfalls eine geistige Verarmung. Am meisten lebt noch der religiöse

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und menschliche Gehalt des Christfestes im Gemüte des Volkes wegen seiner nahen Beziehung zum Familien- und Kinderleben. Die Bedeutung der anderen Feste ist, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, die sich nicht nur innerhalb der kirchlichen Kreise finden, stark verblaßt. Hören wir aber, wie ein so freier und hochgestimmter Geist wie Wilhelm von Humboldt das Pfingstfest auffaßte. „Mir ist es eigentlich das liebste unter den großen Festen. Seine heilige Bedeutung, das Herabsteigen göttlicher Kraft auf menschliche Wesen, hat etwas zugleich Tröstendes und Erhebendes, und das doch nicht über der Fassungskraft unseres Geistes liegt, da man wohl zu begreifen vermag, wie sich geistig Göttliches und Menschliches mischt. Irdisch genommen aber ist es ein gar liebliches Fest, weil es den Winter recht eigentlich beschließt und man nun dem heiteren Sommer entgegengeht."

Über den mannigfachen Familienfesten, die den Lebenden gewidmet sind, sollte man nicht die Gedenkfeier für diejenigen vergessen, die nicht mehr unter uns weilen. Ihre Zahl ist ja durch den Krieg so schmerzlich vermehrt. Begnügen wir uns nicht mit dem flüchtigen, leeren Augenblickserinnern! Wahre Liebe und Dankbarkeit muß sich irgendwie äußern, will sie sich selbst genugtun. Natürlich kann es sich da nur um die stille Feier der Seele handeln. Aber schon der bescheidene Schmuck des Bildnisses mit Blumen oder Kränzen gibt uns das befriedigende Gefühl pietätvoller Handlung. Wenn wir Erinnerungen an den Verstorbenen an seinem Gedenktage hervorholen, in seinen Lieblingsbüchern lesen, ein Musikstück spielen, das ihm besonders wert war, oder auch Stätten aufsuchen, an denen wir einst mit ihm geweilt haben, so erleben wir eine Stunde geistiger Gemeinschaft mit ihm, die uns auf eine kurze Spanne aus dem drängenden Alltagsleben, das seiner Natur nach pietätlos ist, in den Bereich des Ewigkeitsfühlens emporhebt.

Und solcher Erhebung bedürfen wir. Wie auch die Zukunft sich gestalten mag, eine schwere, ernste Zeit steht uns bevor, eine Zeit, die stahlharte Naturen, kräftige Arme, mutige Herzen und rastlose Arbeit verlangt. Wir sind auf sie gefaßt; denn durchzuhalten haben wir gelernt. Aber retten wir aus dem erbarmungslosen Kampfe ums Dasein das Tiefste und Edelste, was wir besitzen, das innere Glück und die Heiterkeit der Seele. Und diese erblühen am reinsten aus den stillen Feierstunden des Daseins und den Freuden edler Geselligkeit.

Paul Sickel.

Paul Ernst.

Wenn ein Mensch unserer Zeit aus sozialen Gründen zum Dichter wird, so ist das doppelt bemerkenswert, erstens, weil man heute noch ziemlich allgemein annimmt, die Begabung allein mache den Dichter, und zweitens, weil gewisse Zeichen der Zeit eine soziale Begründung der Dichterschaft geradezu zu fordern scheinen. Bekanntlich hat Tolstoj mit steigendem Alter immer mehr den Künstler in sich verneint; er ist aus einem Dichter zum Sozialethiker geworden. Den umgekehrten Weg schritt in den letzten zwei Jahrzehnten Paul Ernst; in der ersten Abhandlung seiner kunsttheoretischen Schrift: „Der Weg zur Form" erzählt er, wie er vom praktischen und theoretischen Sozialismus zur Kunst geführt wurde, zu einer Kunst, die naturgemäß die umgekleidete Fortsetzung des bisherigen Strebens bilden mußte.

Paul Ernst, der im März 1866 in Elbingerode am Unterharz als Sohn eines Grubensteigers geboren wurde, studierte zunächst Theologie, wandte sich aber bald der Philosophie, vor allem dem Neukantianismus zu. In Berlin mit den Lehren der Sozialdemokratie bekannt geworden, bekam er Schriften Tolstojs in die Hand; er schreibt, einen tieferen Eindruck als von Tolstoj habe er wahr-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

scheinlich nie in seinem Leben empfangen. Er warf sich, mit bewußter Unterdrückung aller persönlichen Neigung zur Kunst, auf das Studium der Nationalökonomie, hielt Vorträge vor Arbeitern und schrieb für sozialdemokratische Blätter. Später wurde ihm klar, daß das Ausschlaggebende im Wirtschaftlichen auch heute noch die Landwirtschaft sei, und er praktizierte anderthalb Jahre auf zwei Gütern. Fortgesetzte Studien, besonders auch historischer Art, leiteten nun aber einen Umschwung seiner Denkart ein. Mehrmals erkrankt, in wechselnden äußeren Verhältnissen, gelangte er allmählich zu einschneidender Kritik an der Sozialdemokratie, endlich zu ihrer Ablehnung; der letzte Grund war eine tiefere Erfassung des wirklichen Lebens der Menschen aus dem Sittlichen gegenüber leerer Abstraktion, wie er schreibt. Er war jetzt dreißig Jahre alt, an seinem Glauben verzweifelt, ohne Lebenszweck. Da trat die Kunst wieder an ihn heran, und diesmal widerstrebte er nicht. Neben dramatischen Arbeiten entstanden Erzählungen; die Schwierigkeiten der dramatischen Form, seiner unbefriedigten Überlegung immer deutlicher werdend, führten ihn zur Novelle, zum Roman. Aber bald kehrte er wieder zum Drama, seinem eigentlichen Gebiet, zurück.

Diese Andeutungen mögen genügen, um den mindestens nicht gewöhnlichen Entwicklungsgang eines gegenwärtigen Dichters zu kennzeichnen. Es zeigt sich hierbei, daß Paul Ernst die Sozialdemokratie verließ, weil sie ihm nicht sozial genug war, daß er den Sozialismus verließ, weil er ihm nicht sittlich genug war. Paul Ernst sieht die Grundlage des Sozialismus im Sittlichen, wenn nicht noch tiefer, nämlich im Religiösen, und deshalb mußte er sich vom landläufigen Sozialismus, der im großen ganzen auf irgendwelchen Gemeinschaftstheorien begründet ist, abwenden. Das Sittliche läßt sich an die Menschen nicht so leicht heranbringen wie das einfach Soziale; es stellt derartige Forderungen an die Menschen, daß die meisten es unmittelbar weder hören noch sehen können, ohne es sofort zu verhöhnen oder zu bekämpfen. Kein Wunder also, daß und wie dieser Dichter zur Kunst kam: Er wollte den Menschen das Sittliche durch die Kunst so nahe als möglich bringen. Ob er damit an und für sich das Richtige traf, wollen wir nicht entscheiden; ein Mann wie Tolstoj wäre an seiner Stelle vielleicht Wanderprediger geworden.

Seinem unaufhörlich weiterdringenden und konsequenten Denken gemäß mußte Paul Ernst zum Drama als der ihm entsprechendsten Dichtungsform gelangen, er mußte nach Abschweifungen immer wieder zu ihm zurückkehren, er mußte sich immer tiefer in das Problem des Dramas versenken. Damit entfernte er sich aber mehr und mehr von der breiten Öffentlichkeit; denn das Problem des Dramas ist durchaus keines, das mit ein paar Gemeinplätzen und entsprechender dramatischer Produktion erledigt wäre. Es ist daher nicht leicht und ebensowenig gut, viel von Ernsts Dramen zu reden, deren er bis jetzt ungefähr zwanzig geschrieben. Man kann einige von ihnen ohne weiteres zum Lesen empfehlen, z. B. das Lustspiel „Der Hulla", das Trauerspiel „Canossa"; aber schon das Trauerspiel „Brunhild", das Lustspiel „Der heilige Crispin" werden nicht jedem zugänglich sein, von solchen Dramen wie „Ariadne auf Naxos" abgesehen. Weit näher kommt und bleibt uns Ernst als Erzähler, und es ist daher angebracht, hauptsächlich seine Romane und Novellen zu würdigen, was bisher ohnehin noch wenig geschehen ist.

Der erste Roman, benannt „Der schmale Weg zum Glück", stellt den typischen Entwicklungsgang eines begabten jungen Mannes in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts dar. Man wird mit der Vermutung nicht fehlgreifen, daß er manches aus dem eignen Entwicklungsgang des Verfassers enthält. Wie dieser junge Mensch als Försterskind im Wald aufwächst, in die Schule, später auf die Hochschule kommt, wie er zunächst Theologie studieren will, dann

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vor allem mit dem Sozialismus bekannt wird und schließlich nach allerlei Wirrsalen seelischer und gesellschaftlicher Art zur Klärung und Sicherung seiner Lebensverhältnisse gelangt, das haben viele damals mitgemacht, und einen guten Teil davon machen viele auch jetzt noch mit. Es ist nur schade, daß der Roman gegen den Schluß hin zusehr in Einzelerzählungen auseinanderfällt, wodurch die Wirkung etwas beeinträchtigt wird. Die Art des Vortrags ist sonst wundervoll; es gibt nicht leicht ein Werk in der modernen Literatur, das ein ähnliches Maß von zugleich vornehmer und echter Menschenfreundlichkeit verriete. Im zweiten Roman „Saat auf Hoffnung" zeigt sich dieselbe Gesinnung, allerdings mehr in dem sorgenvollen Ringen einzelner Gestalten dieser Erzählung um die Zukunft ihrer Mitmenschen, seien es Angehörige, seien es Untergebene, als in der Wärme des Vortrags. Der Stil ist, wie überhaupt in den späteren Werken Paul Ernsts, härter geworden; es wird oft und zuweilen etwas unvermittelt von Gott und Güte gesprochen. Die soziale Frage spielt auch hier stark herein; denn es handelt sich um die Schicksale eines Grubenbesitzers, seiner Familie, seiner Standesgenossen, seiner Untergebenen. Die versuchte Lösung wird nicht von jedem Leser gutgeheißen werden; auch mag die Stellungnahme zu sittlichen Fragen Widerspruch erregen. Indessen ist zu bedenken, daß es Ernst in „Saat auf Hoffnung" offensichtlich darauf ankommt zu zeigen, wie und inwiefern jede wirklich durchgreifende Änderung und Besserung des menschlichen Gemeinschaftslebens auf Religion zurückgehen muß. Saat auf Hoffnung säen heißt eben gute Werke tun im Vertrauen auf den guten Geist, der uns alle hält, nicht nur in Sicherheit sozialwissenschaftlicher Feststellungen, nicht nur aus der Gewißheit sittlicher Forderungen heraus. Die Erzählung „Die selige Insel", von Ernst zu Unrecht Roman genannt, da sie vielmehr ein episches Gedicht in Prosa, diese Erzählung bringt ebenfalls einen sittlichen Konflikt zur Lösung, und zwar auf eine Weise, die unter Menschen nicht häufig gefunden wird. Die selige Insel liegt fast unbekannt in einem südlichen Meer, und so fremd wie sie den übrigen Ländern auf der Erde ist, so fremd sind die Menschen, die sich auf ihr finden, den Menschen im allgemeinen; womit nicht gesagt sein soll, daß sie nicht in mehr als einer Hinsicht vorbildlich wären.

Wendet man sich von den Romanen Ernsts seinen Novellen zu, so kann man bemerken, daß sie inhaltlich großenteils der Zeit und vor allem dem Volk, dem sie durch die Sprache angehören, weniger verwandt sind als die Romane; auch die Erzählung „Die selige Insel" ist ja ein rechtes deutsches Träumerwerk. Den Stoffen nach zeigt sich das mehr in den früheren Novellen, den Ideen nach besonders im letzten Novellenband „Die Taufe". Nicht zufällig trägt ein früherer Band die Überschrift „Die Prinzessin des Ostens", und nicht zufällig ist die Heldin der Geschichte, von der dieser Titel genommen, eine kleinasiatische Prinzessin. Wie schon erwähnt, bildete die Novelle für Paul Ernst eine Art Notbehelf, vielleicht auch eine Erholung von den Schwierigkeiten der dramatischen Produktion, wie er sie fassen und fordern mußte. Die Novelle erlaubte ihm unbekümmerte Abenteuerfahrten in ferne Länder, erlaubte bunte Schildereien aus Nord und Süd; sie zwang ihn aber auch zu unbeirrter, zielsicherer Führung der Handlung, zwang ihn in Spannungen, Überraschungen hinein. Er mußte erzählen können, nicht nur schildern oder reden oder singen, wie es bei den Novellisten der Gegenwart fast ausnahmslos der Brauch; er mußte wissen, was eine Novelle eigentlich ist. Dabei konnte er freilich nur lernen an altitalienischen Novellen, von denen er zwei Bände übersetzt und herausgegeben hat; aber er brauchte deshalb ebensowenig ein bloßer Nachahmer zu werden wie Dürer, der auch in italienischen Werkstätten arbeitete. Fast möchte man wünschen, er wäre den Italienern treuer geblieben, als er ihnen im Lauf seiner Entwicklung tat-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sächlich geblieben ist; die schöne Rundung der Form, die Einfachheit und schlichte Notwendigkeit der Ideen, wie man sie so unübertrefflich etwa bei Boccaccio trifft, verliert sich mehr und mehr. Er wird herber und härter in Ausdruck wie Gedanken, er wird — leider — problematischer. Noch im Vergleich der beiden letzten Novellenbücher „Die Hochzeit" und „Die Taufe" kann man das sehen. Beides sind Rahmenerzählungen; gelegentlich einer Hochzeit und einer Taufe, die durch allerhand lustige Zufälle begleitet oder aufgehalten werden, erzählt man sich zum Zeitvertreib Geschichten. Bei der Taufe sind es der Zeitlage nach meist Geschichten aus dem Weltkrieg und sie sind daher von vornherein auf einen andern Ton gestimmt als die bei der Hochzeit. Aber dieser Umstand allein unterscheidet sie nicht von früheren, sondern vor allem die Art, wie in ihnen die Ethik in Frage gestellt wird. Ein deutliches Beispiel dafür bietet die Novelle „Die Frau des Bahnwärters". Man kann nur sagen, wenn alle Menschen so dächten und handelten wie diese Frau, dann gäbe es bald weder Familie noch Gemeinschaft mehr. Hier kann man Ernst nicht folgen; schon allein die Lebensverhältnisse sind wenigstens in unseren Breiten nicht derart, daß die althergebrachten Bindungen von Bauern, Bürgern, Arbeitern ebenso leichtfertig gelöst werden könnten wie etwa von gewissen Herrschaften in München-Schwabing. Die Novellistik Paul Ernsts mündet hier in die Wege seiner hohen Dramatik, nicht jedermann kann und darf ihr mehr Aufmerksamkeit schenken. Der Wunsch drängt sich auf, dieser wirkliche Dichter, einer der wenigen, die wir heute haben, möchte in künftigen Werken seinem Volk und dem, was sein Volk braucht, wieder näher kommen.

H. Tiefenbrunner.

Alt und Neu

Unter „Alt und Neu" geben wir zu geeigneter Zeit Stücke aus den Werken alter und neuer Dichter und Schriftsteller. Wir bevorzugen dabei selbstverständlich solche Werke, die nicht nur künstlerischen oder literarischen Wert haben, sondern von denen auch ihr Inhalt erweist, daß sie zu dem Gesunden gehören, was in unserm Land und Volk (oder anderswo) wächst und wird. **Vortrupp.**

Der weiße Rosenbusch.

Von Paul Ernst.

Wir verweisen unsre Leser auf den vorhergehenden Aufsatz von H. Tiefenbrunner. Die Geschichte „Der weiße Rosenbusch" ist dem Novellenbuche „Die Hochzeit" entnommen. Vortrupp.

Das Schlachtfeld von Jena ist eine Hochebene von mehreren Stunden Umfang, in welcher verstreut eine Anzahl runde Vertiefungen liegen, wohl in Urzeiten durch strudelnde Wasser entstanden. In diesen Vertiefungen sind meistens die Dörfer und einzelnen Gehöfte gebaut, so daß die Bewohner mit einem begrenzten Blick aufwachsen, indessen der Wanderer, der oben auf der Ebene geht, von Häusern und Menschen nicht eher etwas sieht, bis er dicht vor einer solchen Vertiefung angekommen ist.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Am Vorabend der Schlacht, als der deutsche Heerführer die unheilvolle Bewegung vom Rande der Ebene rückwärts machte, ritt ein preußischer Leutnant mit seinem Burschen in eine dieser Vertiefungen hinab, in welcher ein einsames Bauerngehöft lag, versteckt unter düstern alten Kastanienbäumen. Um den Weg abzukürzen, der sich langsam wand, lenkten sie die Pferde quer über den Acker. Ein noch junger Mann, der hinter dem Pfluge ging, wickelte die Zügel um den Pflugsterz und trat ihnen entgegen, indem er grob ausrief, über seinen Acker gehe kein öffentlicher Weg. Der Offizier fragte: „Ihr seid der Bauer?", und wie der andere bejahend antwortete, fuhr er fort: „Es gefällt mir, daß Ihr auf Eurem Recht besteht. Ihr werdet ein ordentlicher Mann sein. Führt uns zu Eurem Haus." Der Bauer faßte in den Zügel des Pferdes, lenkte es auf die Straße, und indem der Bursche folgte, kamen die drei auf den Hof. Der Offizier stieg ab und trat vorauf in das Haus; der Bauer hinter ihm; nach einer Weile kam der Soldat, der die beiden Pferde am Ring der Torfahrt festgebunden hatte.

Nachdem der Bauer noch seine Frau hatte rufen müssen, welche eintrat, indem sie die Hände an der blauen Schürze abtrocknete, begann der Offizier:

„Morgen ist die Schlacht, und es kann keiner wissen, wie es für ihn ausgeht. Durch einen Zufall habe ich mein Vermögen bei mir, tausend Louisdor in bar" — er setzte einen leinenen Sack auf den Tisch — „und wenn ich falle oder gefangen werde, so geht das Geld für meine Familie verloren. Ich habe Vertrauen zu euch, daß ihr nicht die Hinterbliebenen eines Deutschen, der auch für euch kämpft, um ihr bißchen Armut betrügen werdet. Hebt mir das Geld auf, so gut ihr könnt. Bleibe ich am Leben, so hole ich es selber wieder ab, falle ich, so könnt ihr es meinem Burschen übergeben; kommt auch mein Bursche nicht, so bringt ihr es mit diesem Briefe nach Görlitz zu meiner Frau, sobald die Straßen wieder sicher sind."

Nach diesen Worten schüttelte der Offizier dem jungen Bauern die Hand, grüßte artig gegen die Frau und verließ mit dem Burschen das Zimmer.

Der Bauer ging mit seiner Frau in den Keller, nahm von dem größten Sauerkrauttopf den Stein und die Brettchen herunter, mit denen der eingelegte Kohl beschwert war, schüttete den in einen leeren Topf, der für das Salzfleisch beim Schweineschlachten gebraucht wurde, verbarg den Beutel mit dem Gold unten in dem Sauerkrauttopf und füllte den Kohl wieder auf. Nachdem er die Brettchen und den Stein wieder an ihre Stelle gelegt hatte, wies er die Frau an, den übrigen Sauerkohl mit in die Küche zu nehmen, und ging nach oben.

In der Nacht, während Napoleon seine Artillerie den steilen Hohlweg auf die Hochebene schaffte und Davoust seine Kolonnen von der anderen Seite nach oben führte, wachte der Bauer aus schweren Träumen um das Geld auf. Er faßte neben sich und fand das Lager seiner Frau leer. Langsam erhob er sich und zog sich an, dann ging er in den Keller hinunter. Da saß die Frau gekauert vor dem geleerten Topf und zählte die Goldstücke in ihren Schoß. Erschreckt schlug sie die Schürze über den Schatz, als der Mann hinter sie trat. Er sagte nichts. Nach langem Schweigen sprach sie: „Ein schönes Stück Geld, wir könnten jedem Jungen einen Hof hinterlassen." Er erwiderte: „Tu das Geld in den Topf. Wenn du als zweites ein Mädchen gehabt hättest, dann brauchtest du nicht solche Gedanken zu haben." Sie wischte sich mit dem Handrücken eine Träne aus den Augen, denn ihre Hände waren von dem Krautsaft besudelt, dann brachte sie alles wieder an seine Stelle.

Kanonendonner kam, Gewehrfeuer, Fliehende und Verfolger; der Hafer wurde zertreten; Tote und Verwundete lagen; die Verwundeten wurden aufgehoben; in der Nacht streiften viele auf dem Schlachtfelde umher, um den Toten die Kleider auszuziehen, auch nach Geld und Taschenuhren und Ringen zu suchen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Am Abend des anderen Tages kam der Bursche, erschöpft und elend. Der Bauer setzte ihm ein Stück Speck, Brot und eine Flasche Schnaps vor. Der Soldat verlangte einen Arbeitsanzug des Bauern, er wollte das Geld nach Görlitz bringen. Der Bauer schüttelte den Kopf. Der Soldat, welcher ihn falsch verstand, sagte: „Es ist nicht Fahnenflucht; behalte ich die Uniform, so werde ich nur gefangen. Wenn ich das Geld abgeliefert habe, suche ich mein Regiment wieder auf. Ich bin ein ordentlicher Kerl, ich muß jetzt Unteroffizier werden." Der Bauer erwiderte ruhig: „Ich bin für das Geld verantwortlich; die Wege sind mir jetzt nicht sicher genug; ich bringe das Geld selber nach Görlitz, wenn es mir an der Zeit scheint." Der Soldat fluchte und trat auf den Bauern zu: „Hältst du mich für einen Spitzbuben?" Der Bauer zuckte nur die Achseln und sagte: „Ich bin verantwortlich." „Du Hund willst mir zu verstehen geben, ich will die Witwe meines Leutnants bestehlen?" schrie der Soldat und schlug ihm mit der geballten Faust ins Gesicht. Eine Spitzhacke stand dem Bauern zur Hand; er hatte einen neuen Stiel aus Hornbaumholz hineingefaßt statt des alten rotbuchenen, der gesprungen war. Er ergriff die Hacke und schlug den Soldaten auf den Kopf. Der Mann fiel um, ohne einen Laut zu sagen. Er kniete nieder, nahm seinen Kopf in die Hand. In der Tür stand die Frau, lautlos die Hände über sich zusammenschlagend. „Faß an!" rief er ihr zu. Sie trug den Toten an den Füßen, er an der Brust; er wendete sich zu dem alten Brunnen, der nicht mehr gebraucht wurde, weil die Eltern durch den Genuß des Wassers erkrankt und gestorben waren, während er als Knecht auf einem anderen Hof gedient hatte. Er schob den Leichnam vornüber auf den Rand und stürzte ihn hinunter. Vom Bau im vorigen Jahre lagen noch Steine und Sand in der Hofecke; bis nach Mitternacht karrte er davon herbei und stürzte nach; indessen hatte die Frau, weinend und leise für sich mit zitternder Stimme ihre Unschuld beteuernd, die Blutspuren in der Stube aufgescheuert.

In den folgenden Jahren kamen häufige Mißernten, so daß trotz der hohen Preise viele größere und kleinere Landwirte schlecht standen. Nach den Befreiungskriegen folgten dann die Jahre der niedrigen Preise, und mit ihnen eine schwere Notlage der Gutsbesitzer und auch der Bauern. In dieser ganzen Zeit, welche etwa ein Menschenalter währte, mußte mancher Besitzer um billigen Preis verkaufen und mit dem weißen Stabe von seiner Väter Hofe ziehen, und mancher schlaue Mann wurde reich, wenn er gerade bares Geld zur Verfügung hatte. Unser Bauer kaufte langsam Feld um Feld, Weide um Weide, wie sich die Gelegenheit bot; er kaufte auch um ein Billiges einen ganzen Hof; und als er starb, etwa in der zweiten Hälfte der Fünfzig, da besaß er mehr als ein mittelmäßiger Rittergutsbesitzer. Er hinterließ seine Witwe und die beiden Söhne, welche nun im Anfang der Dreißig standen. Kurz nach seinem Tode verlobten sie sich mit zwei Erbtöchtern, deren Väter in derselben Gegend begütert waren.

Es war ein neuer Pastor in die Gemeinde gekommen, in welche unser Hof eingepfarrt war. Als er mit seiner Frau die Witwe besuchte, da lud diese die Pastorin für den nächsten Sonntag zu einer Lustfahrt in ihrem leichten zweisitzigen Wägelchen ein. Der älteste Sohn kutschierte und zeigte mit der Peitsche die Äcker, Felder, Weiden und Wiesen, welche ihnen selber gehörten oder ihren Schwiegereltern. Mehrere Stunden fuhren sie so, und der Frau wurde zum ersten Male die Größe ihres Besitzes klar. Sie rühmte ihren Reichtum gegen die Pastorin und sprach von ihrem verstorbenen Mann, wie er ein fleißiger Kirchengänger gewesen sei, und wie ihn die Regierung eigentlich hätte zum Amtsvorsteher wählen müssen, und da sprach sie vom Segen des Himmels; aber wie sie das Wort sprach, da tauchte die halbvergessene Erinnerung an das Verbrechen ihres Mannes in ihr auf, und sie verstummte plötzlich. Dann seufzte sie nach einer Weile und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sagte, der älteste Sohn sei jähzornig, er gleiche ganz seinem Vater, und zuweilen habe sie Angst, daß Gott sie durch ihn strafen werde; dabei weinte sie einige Tränen. Der Sohn drehte sich um und gab ihr einen groben Verweis; verlegen lächelnd sprach sie zu den Pastorsleuten: „Er ist gut zu mir, er meint es nicht so böse, wie es klingt." Der Sohn gab den Pferden einen Peitschenschlag, daß sie plötzlich stark anzogen.

Nun wurde in dieser Zeit ein alter Schäfer bettlägerig, der seit langem für die Gemeinde gehütet hatte. Wie er merkte, daß es an das Letzte ging, ließ er den Pastor rufen, um ihm ein Geständnis zu machen und sein Gewissen zu erleichtern.

Damals, nach der Schlacht, als die Heere sich entfernt, hatte er seine Schafe, so viele ihm geblieben waren, auf die zerstampften Haferfelder geführt, wie auch die Gänse in den Hafer geschickt wurden, damit von der zerstörten Frucht, die oftmals selbst mit der Sichel nicht mehr geerntet werden konnte, wenigstens noch etwas genutzt wurde. An einem mit Schlehdorn bewachsenen Rain, mitten in den Dörnern, hatte er die Leiche eines preußischen Leutnants gefunden, welche in ihrem Versteck übersehen sein mochte. Von Habgier getrieben, untersuchte er die Kleider des Toten, aber er fand nur eine Brieftasche mit Briefen und Aufzeichnungen. Einen goldenen Trauring wagte er nicht abzuziehen, denn die Hände waren schon etwas angeschwollen. In seiner Angst ging er die folgende Nacht mit Hacke und Schaufel an die Stelle und begrub den Leichnam; dann betete er über dem Grabe. In seinem Garten hatte er einen großen weißen Rosenbusch; von diesem hackte er einen kräftigen Trieb heraus und pflanzte ihn in die lockere Erde des Grabes, nachdem er in der Umgebung die Schlehen vernichtet hatte.

Die Brieftasche legte er zu Hause ins Schapp; und obwohl sie ihm gar nichts nützen konnte, lieferte er sie doch nicht beim Amtsvorsteher ab; er erzählte auch niemandem von der Geschichte, weil er wohl wußte, daß er eine verbrecherische Absicht gehabt hatte bei der Durchsuchung des Gefallenen. So waren die Jahre vergangen, und er hatte die in Papier gewickelte Brieftasche immer an ihrer Stelle liegen lassen. Nun, auf dem Totenbette, wurde die Angst seines Gewissens größer als die Furcht vor einer Strafe oder Beschämung, und er erzählte dem jungen Pastor alles, indem er ihm die Brieftasche übergab. Sie war aus violettem Leder, trug auf silbernem Schild ein Wappen und wurde durch ein nunmehr verrostetes stählernes Schloß zusammengehalten, das nicht durch einen Schlüssel zu öffnen war, sondern durch das Verschieben eines kleinen Stiftes, welcher als Dorn des Schlüsselloches erschien. Der Pastor übergab die Tasche nebst einer Darstellung der Erzählung dem Amtsgericht; hier stellte man Nachforschungen an und fand bald die überlebende Witwe des vor dreißig Jahren Gefallenen; sie bewohnte zwei kleine Zimmer in demselben Hause in Görlitz, wo sie mit ihrem Gatten eine große Wohnung inne gehabt hatte.

Die Frau des Gefallenen hatte damals einen Brief erhalten, der am Tage vor der Schlacht geschrieben war. In diesem drückte der Offizier seine starken Befürchtungen über den Ausgang der Schlacht und des Krieges überhaupt aus. Um seine Familie für den Fall seines Todes sicherzustellen, hatte er einen umstrittenen Erbschaftsanspruch verkauft, den nach seinem Ableben eine alleinstehende Frau schwerlich hätte durchsetzen können, besonders in den schwierigen Zeiten, die er voraussah. Die bare Summe in Gold, welche nach menschlicher Berechnung unter diesen Verhältnissen den Wert seines Vermögens am besten darzustellen schien, hatte er einige Tage vorher erhalten; er mochte sie keinem Bankhaus anvertrauen, scheute sich auch, einen Boten mit ihr in die Heimat zu schicken, und so schrieb er ihr denn, er werde das Geld während der Schlacht einem zuverlässigen Mann zur Aufbewahrung übergeben, der es ihr bringen werde, wenn er selber fallen sollte.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Seit diesem Brief hatte die Frau keine Nachricht wieder von ihrem Gatten erhalten, dem sie kaum fünf Monate vorher angetraut war. Sie saß am Fenster ihres kleinen Stübchens, wo auf der Kommode alte Tassen und gravierte Glasbecher standen, und wo die sorgsam geschonten Stühle aus der guten Stube von den Eltern ihres Gatten an der Wand aufgereiht waren; sie nähte und stickte die Wäsche für das Kind, welches sie erwartete; und als nach der Schlacht alle Nachrichten ausblieben und der Name ihres Gatten unter den Vermißten angegeben war, da zog sie ein schwarzes Kleid an, das sie schon im Schrank hängen hatte, und häufige Tränen verdunkelten ihre Augen, daß sie oft aufhören mußte zu nähen, und mancher Tränentropfen fiel von ihren schönen Wimpern auf die kleinen Hemdchen des Säuglings.

Dann wurde das kleine Mädchen geboren und füllte die stillen Wände mit seinem Geschrei, und die kleinen Sorgen um das Kind verdeckten den großen Kummer; das Kindchen wuchs heran, und die Erhebung gegen die französischen Unterdrücker bereitete sich vor; die arme Mutter gab ihren goldenen Trauring her für das Vaterland und tauschte einen eisernen Ring ein; das war das einzige Stück aus kostbarem Metall gewesen, das sie noch gehabt hatte, alles andere Entbehrliche hatte sie gleich nach der Geburt verkauft, damit der Erlös das kleine Kapital vergrößere, das sie noch besaß; dann schnitt sie ihr schönes blondes Haar ab und verkaufte es und brachte das Geld zu der Sammelstelle; und wie dann die Heere ins Feld zogen und die Schlachten geschlagen wurden, da zupften ihre und des Kindes Hände unermüdlich Charpie, die sonst allerhand feine Stickarbeiten machten für ein mäßiges Geld.

Wie die Tochter zur schlanken Jungfrau heranwuchs und sie selber gebückter wurde, da kam eine neue Heiterkeit in ihr Gesicht und über die feinen Furchen ihrer Stirn. Der Sohn eines alten Regimentskameraden ihres Gatten, ein tüchtiger junger Offizier, reichte dem Mädchen die Hand; bald kamen Kinder, welche lustig und lärmend die Treppe zu dem stillen Stübchen der lächelnden Großmutter hinauftollten; und so verfloß ein Menschenalter nach dem schweren Schlag, welcher die Frau getroffen hatte.

Als sie dann vom Amtsgericht in Jena das Paket erhielt mit dem Geständnis des Schäfers und der alten Brieftasche, welche sie einst als Braut dem Verstorbenen geschenkt, da wurde sie so erschüttert, daß sie tagelang das Bett hüten mußte. Wie sie sich gefaßt hatte, da eröffnete sie alles ihren Kindern und fragte sie um Rat, was sie tun sollte, denn sie fühlte den heißen Wunsch, wenigstens das Grab ihres Gatten zu besuchen, welches in der Aussage des Schäfers genau bezeichnet war. Die Brieftasche enthielt ihre fünf letzten Briefe, eine Locke ihres Haares und zwei eingeheftete Pergamentblätter, auf welche man damals flüchtige Aufzeichnungen mit Bleistift machte, die man mit Brotrinde leicht abwischen konnte, wenn man sie nicht mehr brauchte. Die meisten Aufzeichnungen, welche ja nur das Gedächtnis des Besitzers entlasten sollten, bestanden aus unverständlich abgekürzten Worten und aus Zahlen; die letzte Niederschrift war eine Adresse — die Adresse des Bauern, welchem der Leutnant das Geld übergeben hatte; unter dem Namen stand vermerkt in Zahlen: tausend, und dahinter das damals übliche Zeichen für Louisdor.

Nachdem der Sohn diese Niederschrift lange betrachtet, erklärte er der alten Dame, er werde sie auf ihrer Reise, welche er durchaus natürlich und gerechtfertigt finde, ohnehin begleiten; und dabei wolle er mit ihr Nachforschungen nach dem Mann anstellen, dessen Namen hier aufgeschrieben sei; denn er halte es nicht für unmöglich, daß der Verstorbene damals diesem sein Vermögen anvertraut habe.

Wie die Dame sich erholt und der Offizier Urlaub erhalten hatte, reisten

dergestalt die beiden nach Jena und zogen auf dem Amtsgericht alle Erkundigungen ein. Der Schäfer war inzwischen gestorben, indessen hätte er auch Wesentliches nicht mehr bekunden können. Der Amtsrichter, dem der Offizier seine weitere Vermutung mitteilte, erkannte sofort die aufgezeichnete Adresse, denn der Name des wohlhabenden Bauern war durch allerhand Kaufhandlungen dem Gerichte vertraut; und er wußte gleich zu berichten, daß allerdings allgemein aufgefallen war, wie der Mann ohne sichtbare Ursachen zu so großem Wohlstand gelangt sei. Die Angelegenheit bewegte ihn so, daß er die beiden bat, ihn und seinen Sekretär mitzunehmen, und zuerst die Witwe aufzusuchen, ehe sie zu dem Grabe führen, damit man vielleicht aus der Überraschten eher ein Geständnis ziehe; gesetzlich sei freilich wegen der Verjährung nichts mehr zu machen.

So nahmen sie also einen Wagen in ihrem Gasthof; der Sekretär stieg zu dem Kutscher auf den Bock, der Amtsrichter setzte sich zu den Herrschaften, und in kaum zwei Stunden fuhr man in den Bauernhof ein.

Die Witwe wie die beiden Söhne waren auf dem Hof. Der älteste Bruder hatte eben Gras eingefahren; die Sense steckte noch in der Fuhre fest, die Pferde waren schon abgeschirrt; der jüngere Bruder war auf dem Boden und maß Korn ab. Die Witwe führte die Fremden in die Stube, die Brüder folgten, gespannt auf die Ursache des Besuches.

Der Amtsrichter fragte die Frau, nachdem der Sekretär sich mit Aktenpapier und Schreibzeug am Tische niedergelassen hatte: „Ist der Bursche des preußischen Leutnants, der Ihnen die tausend Louisdor zur Aufbewahrung übergab, nach der Schlacht wieder bei Ihnen gewesen?"

Der Frau schwindelte vor Schreck, und unbesonnen erwiderte sie, was sie in ihrer Angst während der ersten Jahre immer leise vor sich hingesagt hatte: „Es kann ihn niemand haben kommen sehen."

„Ihr habt ihn im Keller begraben?"

„Im Brunnen", sagte sie, noch immer bestürzt.

„Was, Ihr habt also doch einen Menschen gemordet?" schrie der jüngere Bruder; denn der plötzliche Reichtum des Vaters hatte seinerzeit allerhand Gerüchte erzeugt, und wie das so geht, waren die nicht weit von der Wahrheit entfernt, und von Kindheit an hatten sie den Brüdern in die Ohren geklungen.

Die Frau erhob sich. „Ja, was ist denn das? Was wollen denn die Herrschaften?" kam es über ihre bebenden Lippen, die vergeblich Festigkeit zu zeigen suchten.

„Schwatze nicht, Mutter, wenn du etwas weißt," sagte finster der ältere Sohn.

„Schweigen Sie!" donnerte ihn der Amtsrichter an.

„Die Alte ist halb blödsinnig, sie hätte schon längst unter Kuratel gemußt", antwortete der Sohn.

Der Amtsrichter wies die beiden aus dem Zimmer, um die zusammengesunkene Frau unbeeinflußt verhören zu können.

Draußen auf dem Hof standen sich die Brüder gegenüber.

„Ich will nichts von dem Sündengeld", sagte der Jüngere.

„Willst du vielleicht Knecht bei mir spielen?", antwortete der andere.

„Ich gehe nach Amerika, wo mich keiner kennt."

Rasend vor Wut ergriff der andere die Sense und hieb auf den Jüngeren ein; mit einem furchtbaren Aufschrei stürzte der zu Boden. Der andere ließ die Sense fallen und wischte sich über die Stirn; der Bruder verdrehte die Augen; er hatte ihn ermordet.

Die Knechte waren auf dem Felde. Nur die Kuhmagd stürzte aus dem Stall; aus dem Haus kamen die Fremden, die zitternde Mutter geführt von dem Amtsrichter. Wie sie vor dem Lebenden stand und ihn verständnislos ansah, sagte

der: „Da wird das Blut bezahlt." Dann ging er ruhig durch die starr stehenden Menschen zur Stalltür und schritt mit festen Tritten die Bodentreppe hinauf; als man sich über alles klar wurde und ihm nachfolgte, war es zu spät; er hatte sich an einer Dachlatte erhängt.

Die Mutter erlangte ihre Besinnung nicht wieder.

Nach den Erinnerungen alter Leute fand man später im Hofe die Stelle, wo der Brunnen gestanden hatte; man räumte ihn aus und traf unten Knochen, Zeugfetzen, Uniformknöpfe und Schuhe des ermordeten Soldaten.

Die alte Dame war von dem Schrecklichen so mitgenommen, daß sie wieder über eine Woche das Bett hüten mußte; sie wurde von ihrem Schwiegersohn gepflegt. In der Stadt hatte sich das Gerücht von ihrer Geschichte verbreitet und allgemeine Rührung erzeugt; der Bürgermeister ließ vor dem Gasthaus, in dem sie lag, Stroh auf die Straße legen, damit sie nicht durch das Wagengeräusch gestört werde; Blumen und Früchte wurden von Unbekannten geschickt, und viele Bürger erkundigten sich täglich in eigener Person bei dem Wirt nach ihrem Befinden.

Sobald sie sich etwas kräftiger fühlte, verlangte sie, das Grab ihres Gatten endlich zu besuchen. Der Arzt meinte, daß bei der Herzkranken ein Versagen oder Aufschieben ihres Wunsches ebenso gefährlich sein könne, wie seine allzufrühe Befriedigung, und so gab er seine Erlaubnis, daß sie mit ihrem Sohne schon jetzt die Fahrt unternahm.

Jener Schößling der weißen Rose, welche in Thüringen so häufig auf den Kirchhöfen gepflanzt wird, daß man sie auch Kirchhofsrose nennt, hatte sich in den langen Jahren zu einem sehr großen Busch entwickelt von einer solchen Schönheit, daß er in der ganzen Gegend bekannt war. Der Wagen war auf der Landstraße gefahren bis zu der Stelle, wo sich der schmale Feldweg abzweigte, welcher zu dem Raine führte und dann an ihm entlang lief. Das Feld war jetzt mit Gerste bestanden, die eben begann, gelb zu werden; auf dem geringen Boden war sie nicht sehr üppig gekommen; aber Kornblumen und Mohnrosen machten das Feld freundlich und heiter. Der Rosenbusch stand in seiner schönsten Blüte; viele hunderte von kleinen weißen Rosen waren halb oder ganz aufgebrochen an den oberen Enden der langen, gebogenen Ruten; die Dame war müde, der Offizier setzte sie sorgsam auf einen breiten Stein, der gerade unter dem Busche lag. Ein Hänflingsnest mit Jungen war mitten in den dornigen Zweigen; der alte Vogel, mit einem Körnchen im Schnabel, saß eine Weile ängstlich wartend wenige Schritte von ihnen auf einem kleinen dürren Stecken; als er sah, daß er sich nicht fürchten mußte, flog er eilig zum Nest, und das Geschrei der bittenden Jungen erscholl.

Unbeweglich und still standen die Gerstenähren, schon leise sich neigend, harrten die Kornblumen und hingen die leuchtenden Mohnrosen. Eine Lerche, welche im Felde nistete, flog wie ein Pfeil schmetternd in die Höhe.

Die Dame sagte ganz leise: „Hier ruht es sich schön"; dann wurde sie plötzlich dem Sohn, welcher sie aufrecht sitzend hielt, schwer im Arm; eine heitere Ruhe war in ihrem gütigen Gesicht; ein Herzschlag hatte sie getroffen.

Man begrub sie unter dem weißen Rosenbusch, neben ihrem Gatten, welcher ihr vor dreißig Jahren vorangegangen war; ein niedriger Stein, welcher zwei verschlungene Hände aufweist, wurde zu beider Erinnerung gesetzt.

Noch heute blüht der Rosenbusch über dem Grabstein; eine verworrene Erinnerung, daß zwei treu Liebende hier begraben liegen, die nach langen Jahren vereinigt wurden, hat sich im Volk erhalten, und es ist ein Glaube der Liebenden geworden, daß sie zu dem Grabe gehen und jeder eine Rose brechen und im Gesangbuch aufheben muß, denn so lange die vertrocknete Rose dauert, so lange dauert auch ihre Liebe.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Rund um uns

Der „Vortrupp" und der Antisemitismus. Unser Eintreten für die „Rassenhygiene" ist gelegentlich dahin gedeutet worden, als stünden wir in irgendeiner Verbindung mit dem Antisemitismus. Professor Natorp zum Beispiel hat das einmal tadelnd getan.

Nun lehnen wir aber im Gegenteil jeden gegen deutsche Staatsbürger gerichteten Antisemitismus auf das Schärfste und Unzweideutigste ab.

Das hat seinen Hauptgrund nicht etwa darin, daß, wie ich schon auf dem Ersten Deutschen Vortrupptage im Juni 1914 festgestellt habe, unter meinen eigenen Ahnen auch Juden waren. (Ich sagte damals und fand Das nachher in der Tagespresse wieder: „Ich habe ebensoviele jüdische Vorfahren wie germanische, und habe Veranlassung, auf beide gleichmäßig stolz zu sein.") Denn eine solche Abstammung schließt ja, wie das Beispiel Max Bewers zeigt, nicht die Möglichkeit aus, ein von den Antisemiten voll anerkannter antisemitischer Schriftsteller und Agitator zu sein (eine Zusammenstellung, die allerdings meiner persönlichen Auffassung von Dem, was geschmackvoll ist, nicht entsprechen würde).

Sondern vor Allem lehnt der „Vortrupp" jeden gegen deutsche Staatsbürger gerichteten Antisemitismus um deswillen ab, weil es sich dabei um eine Richtung handelt, die einerseits mit durchaus unklaren Voraussetzungen über den Begriff „Rasse" arbeitet, und die sich andrerseits als völlig zwecklos erwiesen hat: Sie hat nichts Andres erzielt, als daß sie deutsche Staatsbürger gegeneinander verhetzt und allenfalls noch das Vaterlandsgefühl bei jüdischen Deutschen geschwächt oder ertötet hat. Manchem anständigen jüdischen Deutschen hat sie das Leben vergiftet, hat dagegen einen unanständigen, und daher dickfelligen, jüdischen Deutschen noch nie an irgend etwas Tadelnswertem gehindert. Außerdem hat sie ein häufiges, sehr komisch wirkendes, wechselseitiges Untersuchen der Antisemiten auf etwaiges jüdisches Blut erzeugt, das nur vor sozusagen eingetragenen Antisemiten, wie dem bereits genannten Max Bewer, halt macht. Die Konfusion über den Begriff „Rasse", und die noch größere Konfusion über das Verhältnis von „Rasse" zu „Volk", mit der diese Richtung sehr häufig verbunden ist, führt ferner innerhalb des deutschen, rassisch sehr stark gemischten, Volkes nicht selten zu dem ebenso komischen Ergebnis, daß Menschen, die sich durch ihr bloßes Aussehn bereits ganz unzweideutig als der Rasse nach im Wesentlichen slawisch, mongolisch, finnisch, romanisch, und häufig übrigens auch jüdisch, ausweisen, von ihrer „rein deutschen" oder gar „rein germanischen" Abstammung reden.*) —

*) Die Konfusion über das Verhältnis von „Rasse" zu „Volk" zeigt sich zum Beispiel sehr deutlich in dem mir vorliegenden Formular eines sogenannten „Blutsbekenntnisses", das man ablegen muß, um Mitglied eines antisemitischen „Hohen Deutschen Ordens" (in Lichterfelde) zu werden. Der Kandidat muß da „an Eides Statt" versichern, nicht nur, daß er „seines besten Wissens von jüdischem und farbigem Blutseinschlage frei" sei, sondern auch daß er „deutscher, das ist germanischer Abkunft" sei. Nun, etwas Konfuseres, als dieses „deutsch, das ist germanisch", kann man sich kaum vorstellen: Es gibt große Massen Menschen, besonders zum Beispiel im Königreich Sachsen, in Ostdeutschland, in Südwestdeutschland,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Oder daß umgekehrt, wie Das einer der Führer in diesen Dingen kürzlich getan hat, inmitten all der ungeheuerlichen Kraftleistungen des deutschen Volkes in den letzten Jahren, von diesem ganzen deutschen Volke in Bausch und Bogen als von einem „erlösungsbedürftigen Mischling" gesprochen wird.

Und mit solchen Unklarheiten und Verstiegenheiten will der „Vortrupp" schlechterdings nichts zu tun haben. Sofern es aber noch eines weiteren Grundes bedürfte, um zwischen uns und allen gegen deutsche Staatsbürger gerichteten antisemitischen Bestrebungen einen möglichst dicken Trennungsstrich zu ziehen, so wäre der Umstand genügend, daß das antisemitische Gebiet jetzt von den „Alldeutschen" zu ihrem besonderen Tummelplatz erkoren worden ist: Seit etwa anderthalb Jahren rempeln sie jeden, ganz gleichgültig, welcher Abstammung, der die von ihnen betriebene Reise unsres Vaterlandes in den Abgrund nicht mit empfehlen wollte, der das Dankgebet ihres Vorsitzenden Claß, daß unser Friedensangebot nicht angenommen sei, nicht mitbeten konnte, der für einen rechtzeitigen Friedensschluß und für eine Rechtsordnung unter den Völkern eintrat, als „alljüdisch" an. Und suchen so, genau nach dem Vorbilde ihrer geistigen Verwandten, der „echt russischen Leute", den Volkszorn über die von ihnen erzwungene verfehlte Politik in eine Pogromstimmung abzulenken.

Der „Vortrupp" legt dementsprechend auch Wert darauf, festzustellen, daß wir mit den antisemitischen Bestrebungen, die unter der Bezeichnung „deutschvölkisch" in einigen Teilen der Jugendbewegung und des „Wandervogels" umgehn, keinerlei Gemeinschaft haben oder wünschen, zumal sich auch diese Bestrebungen teilweise in den Dienst „alldeutscher" Kriegspolitik haben ziehen lassen, und somit durch Mitwirkung an der Verhinderung rechtzeitigen Friedenschlusses Mitveranlasser von Deutschlands Unglück geworden sind.

Der "Vortrupp" stellt sich nach alledem auf den praktisch einzig möglichen Standpunkt, daß ein „Deutscher" jeder deutsche (oder deutschösterreichische) Staatsbürger ist, der deutsch sein will — wobei wir selbstverständlich hinzufügen, daß es außerdem auch Deutsche, zum Beispiel Balten gibt, die solches Staatsbürgerrecht nicht besitzen. In dem zusammengesetzten Worte „Rassenhygiene" (das wir übrigens durch das Wort „Volksaufartung" zu verdeutschen suchen), verstehen wir also das Teilwort „Rasse" als das im deutschen Staate tatsächlich gegebene Menschenmaterial, ohne Rücksicht auf die Abstammung des einzelnen Volksgenossen.

Diese Ablehnung des gegen deutsche Staatsbürger gerichteten Antisemitismus hindert uns natürlich nicht, Dinge bei jüdischen Deutschen, die wir für bekämpfenswert halten, genau so scharf anzugreifen wie bei jedem andern Deutschen. Eines solchen Falles erinnre ich mich zum Beispiel gelegentlich eines von solcher Seite ausgehenden wahrheitswidrigen Angriffes auf die Kunstwartleitung (vgl. „Vortrupp" von 1912, Nr. 20, Seite 639). Und sollte, wie es scheint, der gefährliche politische Phantast Kurt Eisner Jude sein, so wäre das kein Grund, ihn weniger kräftig als Das zu bezeichnen, was er ist, und weniger energisch vor ihm zu warnen. — Es gibt jüdische Deutsche, die in solchen Fällen über Antisemitismus klagen; das ist eine ganz schlimme Verkehrtheit, auf die wir nie Rücksicht nehmen würden.

---

die sicher nicht einen einzigen germanischen Vorfahren, sondern ausschließlich slawische, romanische, allenfalls auch keltische Ahnen haben, denen aber kein Mensch abstreiten kann, daß diese Ahnen von sich und andern stets — und mit Recht — als „Deutsche" betrachtet worden sind. „Deutsch" ist eben ein Volksbegriff, dessen Herausbildung ein Werk geschichtlicher Geschehnisse ist; Rassenbegriffe, wie „germanisch", decken sich mit denen niemals.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Und völlig freie Hand behalten wir uns vor in der Frage der Einwanderung und Einbürgerung nichtdeutscher, namentlich östlicher Juden, einer Frage, die, soweit ich sie bis jetzt beurteilen kann, ebenso schwerwiegend wie schwierig ist.

Und alles Das hat selbstverständlich gar nichts damit zu tun, daß ich selbst und der „Vortrupp" auf dem Boden positiv germanischer Ideen stehe und eine sehr starke Vorliebe für germanische Menschentypen, germanisches Wesen, Recht, Leben und germanische Freiheit haben. Das weiß ja jeder, der meinen „Harringa" und auch den „Vortrupp" selbst gelesen hat. Aber als ehrlicher Mensch kann ich es nicht mitmachen, wenn man diese herrlichen germanischen Züge nur bei uns Deutschen sehen will und sich zum Beispiel künstlich blind macht gegen die gleichen Züge bei Angelsachsen. Oder wenn man auf diesem Boden zu stehen behauptet und dabei die haarsträubende Politik des verflossenen Köller gegen den dänisch gesinnten Teil der Germanen in Nordschleswig billigte.

Die vorstehenden Bemerkungen mögen vorläufig den großen Aufsatz zur Rassenfrage ersetzen, den ich im Juni 1914 auf dem Ersten Deutschen Vortrupptage ankündigte. Die umfangreichen Vorarbeiten dafür waren größtenteils schon vor dem Kriege fertiggestellt. Aber es gibt jetzt auf lange hinaus so viel wesentlich Wichtigeres zu tun, daß ich nicht weiß, wann ich dazu kommen werde, jenen Aufsatz zu schreiben. Unsre Stellung zum Antisemitismus ist nun ja aber auch wohl so klar.

Hermann Popert.

Randbemerkungen zur Alkoholfrage. Es ist kein Geheimnis, daß trotz der alkoholfreien Mobilmachung keinerlei Veranlassung besteht, mit der Rolle, die die deutsche Abstinenzbewegung während des Krieges gespielt hat, irgendwie zufrieden zu sein. Die Schriftleitung des „Vortrupp" hat sich darüber schon einmal geäußert, und zwar in Nr. 24 von 1916 auf Seite 766/68. In jenem Artikel schildert unser Schriftleiter Dr. Kraut den tatsächlichen Zustand so:

"Wäre die Abstinenzbewegung schon heute eine [politische] Macht, wären die Alkoholgegner — wie die Alkoholinteressenten — Leute, auf deren Stimmung die Maßgebenden Rücksicht nehmen müßten, so dürften nicht immer noch — nach mehr als zwei Kriegsjahren — täglich 210 Eisenbahnwagen voll feinster Gerste (42 000 Zentner!) zu Bier verbraut, anstatt zu dem uns so notwendigen Brot verbacken werden; es wäre undenkbar, daß diejenigen, die glauben machen wollen, Bier sei flüssiges Brot, dieses vermeintliche Brot anders als gegen Brotkarte verabfolgen oder auf Brotkarte erhalten könnten; es würden nicht 170 000 Doppelzentner Zucker den Hausfrauen, die wegen Zuckermangels einen großen Teil der reichen Obsternte ungenutzt lassen mußten, entzogen, damit die Weinfabrikanten den sauren 1916er trinkbar machen können; es wäre dann möglich, den Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes über das vielleicht wichtigste Gebiet der sozialen Frage, die Alkoholfrage, systematisch und richtig zu informieren, anstatt daß er jetzt die große abstinente Volksbewegung gegen den Alkohol offenbar lediglich nach den Disziplin- und Taktlosigkeiten beurteilt, die einige unverantwortliche Schafsköpfe durch verrückte Zuschriften ihm gegenüber sich haben zu schulden kommen lassen."

Hinzuzufügen ist etwa noch Dies: Es wäre dann auch nicht möglich gewesen, daß die militärischen Zensurbehörden mit dem gleichen Instinkte, mit dem sie die Kriegsverlängerer schützten und die Freunde eines rechtzeitigen Friedens bekämpften, auch das Alkoholkapital schützten und die Alkoholgegner bekämpften. Sollte es jemand für möglich halten, daß die — ja allerdings vielleicht besonders erfreuliche — Zensurbehörde in Altona Professor Ponickaus Aufsatz: „Die Feuerprobe der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Enthaltsamkeit" („Vortrupp" 1916, Nr. 20, Seite 633 ff.) nicht hat erlauben wollen, obwohl dieser Aufsatz nichts enthielt, als eine Abwehr gegen Angriffe der Alkoholinteressenten, die von keiner Zensurbehörde gehindert worden waren? — Wir haben den Aufsatz dann schließlich gebracht, ohne uns um die Zensurbehörde zu Altona zu kümmern.

Den Grund für diese Zustände hat jener Aufsatz Dr. Krauts in dem Folgenden gesehen:

„Die deutsche Abstinenzbewegung ist keine politische Macht, und wird es auch nicht, solange der Wille zur Macht fehlt, solange alles auseinander strebt und die Sinne nur auf das Eigene, Kleine und Kleinliche gerichtet sind, wenn es um das Große, Gemeinsame gehen sollte. Was nützen alle Hingabe, alle Uneigennützigkeit, alle Opfer an Zeit, Kraft und Geld, wenn all das Blut in tausend Adern und Aderchen ungezählter Organisationen zwecklos verrinnt und nicht zum Herzquell zurückkehrt, um das Ganze tatkräftig zu erhalten und vorwärts zu treiben? Einstweilen glaubt noch die deutsche Abstinenzbewegung, sich mindestens drei verschiedene Guttemplerorganisationen leisten zu müssen. Ebenso viele Blaukreuzverbände gibt es; gar nicht zu reden von den vielen Jugendorganisationen und der Unzahl mehr oder minder zusammenhangloser Vereine und Vereinchen, die zum Teil weder leben noch sterben können. Wenn alle die Kraft, die im Laufe der Jahre auf den Kampf vereinzelter Vereinigungen gegeneinander verschwendet worden ist, der gemeinsamen Bewegung gedient hätte, würden wir heute in Deutschland das Gemeindebestimmungsrecht oder ähnliche die Alkoholflut wirksam eindämmende Gesetze haben."

Anknüpfend an die letzten Worte möchte ich jetzt noch das Folgende sagen: Nachdem ich die Sache nun mehr als 11 Jahre lang mit angesehn habe, spreche ich es als meine Überzeugung aus, daß ich recht gehabt habe, wenn ich im Jahre 1907 in meinem Flensburger Vortrage „Ein Schritt auf dem Wege zur Macht" (als Druckschrift erschienen im Verlage von Gustav Fischer in Jena) die deutsche Abstinenzbewegung aufgerufen habe, sich entschlossen mit einer der werdenden Großmächte unsrer Zeit, nämlich der Frauenstimmrechtsbewegung, zu verbinden, zunächst zum Kampfe für das „Gemeindebestimmungsrecht". Wäre Das geschehen, so wäre in dem inzwischen verflossenen Jahrzehnt die deutsche Abstinenzbewegung zur kraftvollen politischen Bewegung ausgereift. Sie hätte während des Krieges dem deutschen Volke, besonders in der Sicherstellung seiner Ernährung, nämlich in der Verteidigung seines Korns und seines Zuckers gegen deren Verschwendung zugunsten der Alkoholinteressenten, ganz anders helfen können, als sie es so gekonnt hat. Und sie würde jetzt am Siege der Frauenstimmrechtsbewegung mit teilnehmen. Gescheitert ist mein damaliger Versuch, oder wenigstens ein durchschlagender Erfolg meines Versuches, an einer meines Erachtens irrigen Grundauffassung einiger in der deutschen Abstinenzbewegung führender Männer, die mir liebe und verehrte Freunde sind, die aber den, meinem Urteile nach, irrigen Instinkt hatten, die Abstinenzbewegung konservativ orientieren zu wollen. Sie haben meiner Meinung nach verkannt, daß eine Bewegung wie die Abstinenzbewegung, deren Wesen ja darin liegt, daß sie die Macht veralteter Anschauungen und gefährlicher, aber in der Macht befindlicher, Gewerbe brechen will, diesem ihrem Wesen nach revolutionär ist und sich daher nicht mit altersschwachen konservativen, sondern mit jugendfrischen neuaufstrebenden Kräften verbinden muß. — Das Versäumte ist, wie mir scheint, jetzt schleunigst nachzuholen.

Und ferner gilt es für die deutsche Abstinenzbewegung jetzt, einen andern Anschluß nicht auch wieder zu verpassen: den Anschluß an den Pazifis-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

mus. So sicher die Frauenstimmrechtsbewegung bereits gesiegt hat, so sicher ist der Pazifismus auf dem Wege zum Siege, mag auch das gegenwärtige Verhalten Frankreichs diesen Weg erschweren und verlängern. Möge doch nun auch die deutsche Abstinenzbewegung endlich begreifen, daß es kein Zufall ist, wenn überall in den skandinavischen und angelsächsischen Ländern die Abstinenzbewegung, der Pazifismus und die Frauenbewegung eine große gemeinsame Front der lebenfördernden Kräfte bilden: Wie die Frauenstimmrechtsbewegung und die Abstinenzbewegung, so sind auch der Pazifismus und die Abstinenzbewegung natürliche Bundesgenossen. Denn der Pazifismus schafft, wie ich auch in meinem heutigen Leitaufsatze dargelegt habe, überhaupt erst die Voraussetzungen, unter denen es in unsern Zeiten Sinn hat, für die Aufartung eines Volkes zu arbeiten. Und die Abstinenzbewegung schafft ihrerseits für den Pazifismus wesentlich erleichterte Bedingungen seines Wirkens, weil verbierte oder sonst alkoholisierte Massen in allen Ländern, infolge des Alkoholnebels vor ihren Augen, ihre eigenen Interessen nicht erkennen können und daher immer wieder auf kriegshetzerische Phrasen hineinfallen. Also soll auch die deutsche Abstinenzbewegung diesen natürlichen Zusammenhang erkennen und sich von allem Chauvinismus, von aller Kriegshetzerei, chemisch frei machen. — Besonders leicht ist der deutschen Abstinenzbewegung diese Haltung dadurch gemacht, daß ihre meisten Organisationen, und besonders auch ihre wichtigsten Organisationen, die Guttemplerorden, zugleich international sind. Schon während des Krieges hat diese Internationalität — vielleicht als einzige — allen aus der Kriegspsychose erwachsenen Nationalhaß überstrahlt; ich brauche nur an die Fürsorge des englischen Guttemplerführers Malins für die in England kriegsgefangenen deutschen Guttempler zu erinnern, oder an die Arbeit des dänischen Guttemplerführers Larsen-Ledet für die Ermittlung von Vermißten aller kriegführenden Völker.

Möge sich die deutsche Abstinenzbewegung um Gotteswillen dieses Erstgeburtsrecht für die kommende friedliche Welt nicht nehmen lassen. Möge die Abstinenzbewegung der ganzen Erde es als ihr Recht in Anspruch nehmen, die erste geistige Bewegung zu sein, die wieder einen internationalen Kongreß veranstaltet. Und möge die deutsche Abstinenzbewegung den Anstoß dazu geben.

Hermann Popert.

Bei drohender Hungersnot. Die „Kölnische Zeitung" schreibt in Nr. 1009 vom 29. Oktober 1918, unter „Handel, Gewerbe und Verkehr":

„Berlin. Zur Errichtung einer Gerstenbaugesellschaft m. b. H. in Berlin wird jetzt ein vom Geh. Kommerzienrat Georg Haase, Breslau, unterzeichnetes Rundschreiben versandt, in welchem der Zweck der Gründung obiger Gesellschaft dargelegt wird. Die Gründer sind der Ansicht, daß eine Besserung in den Verhältnissen des Braugewerbes nur erzielt werden kann, wenn die Rohstoffversorgung entsprechend sichergestellt wird. Das bedeutet die Notwendigkeit, den Gerstenbau in Deutschland so zu entwickeln, daß die Anbaufläche vergrößert und die Ernte vom Hektar bei gleichzeitiger Erhöhung des Extraktgehaltes der zu erntenden Gerste vermehrt wird. Man ist ferner der Auffassung, daß die Erreichung dieses Zieles, und zwar schon mit Wirkung für das Jahr 1919, angebahnt werden kann, wenn eine Gerstenbaugesellschaft errichtet wird und dieser große Mittel für ihre Arbeiten zur Verfügung gestellt werden. Die Form der Gesellschaft soll eine G. m. b. H. sein mit einem Kapital von 3 Mill. Mark einschließlich des vom Deutschen Brauerbund zur Verfügung gestellten Kapitals von 1 Mill. Mark. Im ganzen stehen bisher einschließlich der Zeich-

nungen verschiedener Brauereien 1460000 Mk. zur Verfügung."

Das war im Oktober dieses Jahres. Es wäre wertvoll, zu erfahren, ob noch heute, wo die Hungersnot an unsre Türen pocht, die Gründung einer Gesellschaft geplant wird, die dem deutschen Volke die für die Brotbeschaffung so notwendige Getreideanbaufläche schmälern will. **Vortrupp.**

Die Landsiedlung von Kriegerwitwen. Die Wohnungsnot in den Großstädten trifft unsere Kriegerwitwen am härtesten; sie können meist keine 50—75 Prozent Erhöhung des Mietpreises bezahlen und sind darum am ehesten der Kündigung und Obdachlosigkeit ausgesetzt. — Diejenigen Witwen, die vom Lande stammen oder früher in einer kleinen Stadt gewohnt haben, wünschen jetzt wohl in ihrer Mehrheit, wieder auf dem Lande zu wohnen. Und diesen Wunsch müssen wir mit allen Mitteln zu stärken und zu fördern suchen; wir müssen helfen, daß er bald in Erfüllung geht, damit die Witwe draußen auf dem Lande wieder bodenständig wird. Die engen und schlechten Großstadtquartiere, die gar oft monatliche Kündigungsfrist haben, sind keine Heimat für Menschen, die ein Leid im Herzen tragen. —

Natürlich kann nicht jede Kriegerwitwe aufs Land, in eine bessere und gesündere Umgebung, verpflanzt werden, aber gar manche unter ihnen eignet sich sehr wohl dazu, etwa 3 bis 5 Morgen Land selbständig gärtnerisch zu bewirtschaften. Andere wieder würden mit einem kleinen Haus und $^1/_4$ bis $^1/_2$ Morgen Garten dazu, glücklich und zufrieden werden. Die Garten- und Landarbeit allein wird freilich die letzteren nicht ausreichend ernähren. Es ist notwendig, daß sie Näharbeit oder eine sonstige Beschäftigung daneben treiben. Auf diese Weise wird eine strebsame Frau mit ihren Kindern ihr Auskommen finden, wenn sie das Häuschen an einem kleinen Wohnort für 6—8000 Mark erwerben kann. Das Kapitalabfindungsgesetz vom 3. Juli 1916 gestattet den Kriegerwitwen bis zu ihrem 55. Lebensjahr, zum Zweck der Seßhaftmachung, also zum Erwerb eines Grundstückes, die Hälfte ihrer Witwenrente kapitalisieren zu lassen. Die Abfindung erfolgt auf Grund einer Tabelle, die sich nach dem Lebensalter der Witwe und dem Dienstgrad des verstorbenen Ehemannes richtet. Die 25jährige Witwe eines Gemeinen kann z. B. 3500, die eines Unteroffiziers 4375 Mark und die eines Feldwebels 5250 Mark Kapitalabfindung erhalten, die dreißigjährige entweder 3250 Mark oder 4000 Mark oder 4800 Mark usw. Am 26. Juli 1918 ist das Kapitalabfindungsgesetz auch auf versorgungsberechtigte Witwen von Offizieren und oberen Beamten ausgedehnt worden. Die Anträge auf Kapitalabfindung, die allerdings nur dann berücksichtigt werden, wenn für eine nützliche Verwendung des Geldes Gewähr besteht, sind, wie alle anderen Anträge, von der Witwe bei der örtlichen Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene zu stellen oder, wo keine amtliche Fürsorgestelle ist, bei der Polizei des Wohnsitzes.

Mit Hilfe dieser Kapitalabfindung erhalten unsere Kriegerwitwen die geldliche Grundlage, sich ein neues Leben aufzubauen; ein Leben in Freiheit und Sonne. Das eigne kleine Heim erweckt neue Hoffnungen und bedeutet ein neues Lebens- und Arbeitsziel.

Leider ist zurzeit an kleinen Landstellen, die sich für Witwen eignen, großer Mangel. Die allgemeine Selbstsucht der Menschen hat in der großen Nachfrage und dem kleinen Angebot sofort ihren Vorteil erkannt und die Preise für Grundbesitz ins Riesenhafte geschraubt. Da aber eine Kriegerwitwe weder Luxus- noch Wucherpreise zahlen kann und auch nicht zahlen soll, ist es hohe Zeit, daß dem Bodenwucher wirksam entgegengetreten wird und daß Körperschaften, Stadt- oder Kreisverwaltungen sich ernstlich mit der Landsiedlungsfrage beschäftigen. Durch Ankauf größerer Güter, die sie baldmöglichst in viele kleine Stellen aufteilen, sollten Stadt- und Kreisverwaltungen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ihre Hilfsbereitschaft beweisen, damit die Siedlungsbedürftigen schon bald ihr neues Arbeitsfeld vor Augen sehen und der Wille zu einem neuen schaffensfrohen Leben nicht durch eine lange Wartezeit gefährdet wird.

M. Friedel Schneider.

„An Deutschlands Jugend". Die Unterzeichner des so überschriebenen Aufrufes in Nr. 23 bitten uns, unsern Lesern mitzuteilen, daß Zustimmungserklärungen zu dem Aufrufe erbeten werden an

Herrn Konsul Karl Pistor,
Wilmersdorf, Paulsbornerstr. 21.

Wir bitten, solche Zustimmungserklärungen recht zahlreich zu schicken (Postkarte genügt) und der Unterschrift das Wort „Vortruppleser" hinzuzufügen.

Vortrupp.

Neue Bücher und Schriften

An dieser Stelle werden nur solche Werke aufgezählt, die der Schriftleitung nach der einen oder andern Richtung hin besonders empfehlenswert erscheinen.

Schumacher, Fritz: Die Reform der kunsttechnischen Erziehung. Geh. M. 2.40; geb. M. 3.20. Quelle und Meyer, Leipzig.

Jentsch, Carl: Volkswirtschaftslehre. Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirtschaft. M. 4.80; geb. M. 6.50. Fr. Wilh. Grunow, Leipzig.

Ebhardt, Melanie: Der Mönch. Eine historische Novelle. M. 1.65. Gotthold Rödel, Chemnitz.

v. Molo, Walter: Der Schiller-Roman. Volksausgabe in 2 Bänden, je geh. M. 6.—, geb. M. 9.—. Albert Langen, München.

Schücking, Walter: Internationale Rechtsgarantien, Ausbau und Sicherung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Broschek & Co., Hamburg.

— Die völkerrechtliche Lehre des Weltkrieges. Veit & Comp., Leipzig.

Schweizer Komitee für Vorbereitung des Völkerbundes, Bern: Vor-Entwurf mit Erläuterung für eine Verfassung des Welt-Völkerbundes. Verlag Paul Haupt, akadem. Buchhandlung, vorm. Max Drechsel, Bern, Erlachstr. 23.

Mönckeberg, Carl: Bürgermeister Mönckeberg. Eine Auswahl seiner Briefe und Aufzeichnungen. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart u. Berlin.

Pauli, Gustav: Philipp Otto Runge, Bilder und Bekenntnisse. M. 4.—. Furche-Verlag, Berlin.

(Für unaufgefordert eingesandte Bücher übernimmt die Schriftleitung d. „Vortrupp" keine Verantwortung.)

An alle Leser des „Vortrupp".

Es ist mir von größter Wichtigkeit, daß jeder Vortruppleser die Nr. 23 von 1918 (erstes Dezemberheft) erhalte und lese, insbesondre meinen darin enthaltenen Leitaufsatz „Fidelis". Jeden Vortruppleser, der etwa infolge der bestehenden Verkehrsschwierigkeiten die Nummer 23 nicht erhalten haben sollte, bitte ich freundlichst, sie sich unbedingt noch verschaffen zu wollen, nötigenfalls durch Ersuchen unmittelbar an den Verlag Hamburg 1, Spitalerstraße 12.

Hermann Popert.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg, Spitalerstraße 12.
Verlag von Alfred Janssen, Hamburg. — Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

7. Jahrgang Nr. 5 — Der Vortrupp — 1. März 1918

Herausgegeben von Dr. Hermann M. Popert, Hamburg. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg.

Mitteilungen
des Deutschen Vortrupp-Bundes

In zwangloser Reihenfolge einmal vierteljährlich
als Beilage zum „Vortrupp" für die Vortrupp-Gruppen und Vortrupp-Freunde
herausgegeben von der
Geschäftsführung des „Deutschen Vortrupp-Bundes"

Nr. 1 — 1918

Wollen und Wirken.

Ein Mahnruf.

Aus zahlreichen Zuschriften unserer Freunde leuchtet oft sehr stark der Wunsch hervor, daß der „Vortrupp" auf verantwortliche Kreise unseres Vaterlandes immer stärker Einfluß gewinnen möge. „Vortruppgeist ist's, was wir brauchen, um so manche beklagenswerten Erscheinungen unseres Volkslebens beseitigen zu können", so schrieb unlängst ein alter begeisterter Anhänger unserer Bestrebungen. Wir freuen uns herzlich solcher Zuschriften. Wir können auch feststellen, daß „Der Vortrupp" in vielen Volkskreisen wachsender Beachtung sich erfreut. Soll aber der im Eingangssatze wiedergegebene Wunsch sich erfüllen, dann müssen alle unsere Freunde uns helfen und nicht ermüden im Werben. In dem Maße, wie die Bezieherzahl des „Vortrupp" steigt, wächst auch sein Einfluß. Jeder neu gewonnene Freund trägt dazu bei.

Bei der Erkämpfung der Vortruppideale handelt es sich hauptsächlich um einen Wandel der Anschauungen. Er kann nicht erzielt werden, wenn nicht jeder von uns unablässig in seinen Bekanntenkreisen von dem begeistert spricht, was seine Seele durchglüht. Je näher wir dem langersehnten Frieden kommen, desto notwendiger ist es, unseren Freundeskreis zu erweitern. Das sind wir den zahlreichen Gesinnungsgenossen, die im Felde treu zu uns gestanden haben, schuldig. Ja, wir wollen, ihrem Wunsche entsprechend, Einfluß gewinnen. Da sei unser Wirken ständig vom rechten Vortruppgeiste getragen. Dazu gehört auch unablässiges Werben. Auskunftsblätter werden gern für diesen Zweck durch den Vortrupp-Verlag übersandt. Sollte damit nicht jeder Bezieher unserer Halbmonatsschrift mindestens einen neuen Bezieher für den laufenden Jahrgang gewinnen können? Wollen und Wirken! Glück auf zu fröhlicher, unermüdlicher Werbung! F. H.

Aus der Vortrupp-Arbeit

Vortrupp Breslau. Nicht aus eigenem Miterleben kann ich über den Vortrupp Breslau im letzten Jahre berichten. Nur was ich aus Feldbriefen und Erzählungen weiß, will ich sagen. Vielleicht hat diese Art des Berichtens den Vorzug, daß sie Unwesentliches meidet! Trotz Krieg und Leid gelang es der kleinen Schar, die zurückgeblieben war, ob es auch von Monat zu Monat lichter wurde in ihren Reihen, den Arbeitsplan für Sommer 1917 glatt durchzuführen; ja man konnte sogar einen ähnlich reichhaltigen für den Winter 17/18 aufstellen und befolgen und ist jetzt wieder daran, die Veranstaltungen für den Sommer 1918 festzulegen. Wenn nichts, so gab uns Soldaten draußen schon dieses Äußerliche Kunde von dem fortwirkenden Leben daheim. Etwa 25 Wanderfahrten gaben den alten und den neuen Vortruppmenschen Gelegenheit, sich kennen zu lernen und ausgiebig über Vortruppfragen zu plaudern. Daneben wurde das 1916 mit soviel Geschick und Freude aufgenommene Volksjugendwandern eifrig weitergepflegt. Es wurde im Sommer nur deshalb unterbrochen, weil die Stadt die meisten der Kinder für Wochen aufs Land schickte. — Ein unvergeßlicher Tag muß die Sonnenwendfeier am 24. Juni gewesen sein, die die Vortruppjugend mit unserm lieben Hans Claußen beging. Ein Hauch von Weihe und Sonnenschein lag über all den Briefen, die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

mir darüber ins Feld flatterten. — Aus seinen reichen Erfahrungen als Vorsitzender einer Heimstättengenossenschaft und über seine Guttemplerarbeit in Schmiedeberg im Riesengebirge erzählte Freund Werkmeister. In weiterer Öffentlichkeit wurden folgende Vorträge gehalten: Prof. Dr. Rosenfeld: „Bringt die Kriegsernährung Nutzen oder Schaden?", Vally Nagel: „Glück oder Leben", „Die Menschen verwechseln das Kleine, das ‚Glück' heißt, sehr oft mit dem viel Größeren, Wesentlicheren, das ‚Leben' heißt." Rektor Rich. Möller: „Eine kunstgeschichtliche Wanderung durch die Straßen Breslaus." Im Herbst behandelte Vally Nagel mit tiefer Ergriffenheit die Frage „Wie erkennen wir Gott?", und es gelang ihr wie im Frühjahr die Vortruppmenschen bedingungslos zu fesseln und mit sich fortzureißen. Beide Male hatte ich das Glück, zur selben Stunde, wo sie in der Heimat sprach, ihre Worte in meiner versteckten Waldhütte vor Reims mitlesen zu können. Noch einmal sprach Prof. Dr. Rosenfeld über „Rassenhygienische Fragen", und im Januar 1918 hielt Pastor Lic. Moehring in seinem Vortrage „Der Durchbruch eines neuen Lebensstils" der jungen Breslauer Vortruppbewegung den Spiegel vor. Zwar gab's Widerspruch, doch auch tiefen Dank für dies wertvolle Urteil eines Außenstehenden und doch sich im Innersten zu uns zählenden Mannes. Im Februar wird uns Herr P. O. Rüppel-Berlin über die „Erfolge und Erfahrungen der Kriegerheimstättenbewegung" berichten und Herr Pastor Schüßler von der „Sozialen Arbeit der Stadtmission". Als letzten Redner im Winterarbeitsplan werden wir Assessor Dr. Ollendorf hören über „Neue Ziele und Wege der Kleinkinder- und Schulkinderpflege".

Nach mehrfachem Wechsel unseres Heims stellte uns eine Freundin, Frau Möller, in schönster Lage ein prächtiges, gewärmtes und erleuchtetes Zimmer ihrer eigenen Wohnung zur Verfügung. Damit sind wir glücklich aus allen Schwierigkeiten des bisherigen Vagantentums heraus. — Größere Vorträge werden im Schulmuseum gehalten. — Gutes hören wir von der kleinen Zweiggruppe in Gls, die unter Niedergesäß' hingebender Pflege gedeiht und wächst. Unser Freund Andrezewski in Schonau a. d. Katzbach sucht Freunde im Dober-Katzbach-Bezirk und im Riesengebirge. — Die Sammlung „Krieg und Alkohol" wird weitergeführt. — Vortruppheim: Zwingerplatz 2 bei Frau Möller.

Eberhard Giese.

*

Vortrupp Düsseldorf. Trotz aller Schwierigkeiten sind wir bestrebt, die Vortruppler und Gesinnungsfreunde aus unserer Stadt und der Umgegend in regelmäßigen Zusammenkünften einander näher zu bringen. Dies ist uns zeitweise gelungen, und wir dürfen wohl hoffen, daß sich unser Kreis im kommenden Jahr beträchtlich vergrößern wird, wenn uns alle Anhänger treu bleiben und unsere Sache — soweit es in ihren Kräften steht — fördern helfen. Erhebend ist es, die Briefe und Nachrichten unserer Freunde aus dem Felde zu lesen, die unsere Arbeit überaus rege verfolgen und ausnahmslos von dem sehnlichen Verlangen beseelt sind, nach ihrer Heimkehr in eine möglichst große Schar Gleichgesinnter als Mitkämpfer eintreten zu können. Wir bitten alle, die den „Vortrupp" und seine Sache kennen oder noch kennen zu lernen wünschen, um rege Teilnahme an unseren Abenden, die auch im kommenden Jahre allmonatlich einmal, an jedem ersten Mittwoch, abends 8½ Uhr, im vegetarischen Speisehaus „Ceres", Königsallee 100 I stattfinden. Anschriften und Anfragen wolle man an Emil Frauenhof, Düsseldorf, Graf Adolfstraße 89 II senden, der auch zu jeder weiteren Auskunft — soweit es ihm möglich ist — bereit sein wird.

*

Vortrupp Ohligs. In unserem großen, industriereichen Kreise Solingen war bisher für die Ausbreitung von Vortruppgedanken noch wenig geschehen. Dennoch war von vornherein zu vermuten, daß in solch einem großen Gebiete doch manch ein Lebensreformer sich finden müsse; es galt nur, sie aufzufinden und zusammenzufassen. Einen Versuch dazu machte Schriftleiter L. Cristensen in Ohligs im Frühjahr vorigen Jahres, und es gelang ihm, eine Anzahl meist jüngerer Leute zur Förderung von Vortruppbestrebungen um sich zu vereinen. Auch in Opladen hatten sich bereits einige Gesinnungsgenossen zusammengefunden. Als wir von der Ohligser Gruppe hörten, war es uns klar, daß wir zusammen arbeiten mußten; wir traten miteinander in Fühlung, und so kam am 12. Juni die endgültige Gründung der Vortruppgruppe Ohligs zustande.

Die Versammlungsabende wurden ausgefüllt mit Vorlesung und Besprechung von Lebensreformbüchern und -schriften. Wyneken's „Schule und Jugendkultur" haben wir eingehend in mehreren Sitzungen behandelt; außerdem wurden Aufsätze aus dem „Vortrupp" vorgelesen und besprochen. Ferner wurde die freideutsche Jugendbewegung an Hand des Vortrags von Knud Ahlborn auf der 9. Konferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt erörtert und auch dem westdeutschen Jugendtage auf der Loreley, an dem fast alle Mitglieder unserer Gruppe teilgenommen haben, ein Abend gewidmet. Die Mitglieder unserer Gruppe stehen durchweg in irgendeiner Lebensreformbewegung; in erster Linie in der Enthaltsamkeits- und Bodenreformbewegung. Die Vortruppabende sollen nun hauptsächlich dazu dienen, jedem der Teilnehmer neue Anregungen und neue Schaffensfreudigkeit zu geben.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Da die Zugverbindungen immer schlechter wurden, war es für uns Opladener nicht mehr möglich, an den Sitzungen in Ohligs teilzunehmen. Wir dachten aber auch nicht daran, die Sache aufzugeben, sondern beschlossen, eine eigene Gruppe in Opladen zu gründen, die mit der Ohligser stets in enger Fühlung bleiben soll. Wir wollen auch fernerhin unsere Angelegenheiten gemeinsam verwalten, nur die Sitzungen sollen getrennt sein. In Ohligs wird L. Christensen die Gruppe neu begründen, in Opladen haben wir bereits eine lebensfähige Gruppe geschaffen. Die Trennung war für uns durchaus nicht unvorteilhaft. Denn wir können hier noch manche heranziehen, die wir zum Mitgehen nach Ohligs nicht bewegen konnten. Außerdem kommen Teilnehmer aus den umliegenden Orten in Betracht. In unserer ersten Sitzung in Opladen lasen wir aus Koschützkis „Quelle der Kraft". So können wir wohl hoffen, daß unsere Bewegung hier vorwärts geht, wenn auch langsam, so doch stetig. Heil!

Friedrich Hager, Obmann.

*

Vortrupp Nürnberg. Am 5. Oktober v. J. konnten wir durch gütige Unterstützung des hiesigen Herrn Professor Dr. Rée zugunsten der Kriegerheimstättensache der Öffentlichkeit einen Vortrag mit Lichtbildern bieten, dessen Bezeichnung „Die deutsche Heimat in der Kunst" lautete. Es war ein herrlicher Abend, den wir da erleben durften; denn der kunstsinnige Redner hat es verstanden, die zahlreichen prächtigen Bilder vortrefflich zu erklären, den Wert und die Entwicklung der deutschen Kunst, sowie die Schönheit der deutschen Heimat zu zeigen. Trotz großer Schwierigkeiten hinsichtlich Beschaffung alles Nötigen für diese Veranstaltung und trotz hoher Auslagen unter den gegenwärtigen Verhältnissen, konnten wir doch für den erwähnten Zweck 218 Mk. zurücklegen. — In Kürze werden wir uns in einem der hiesigen Kinderasyle durch Märchenlesen betätigen können, wovon wir uns eine segensreiche Wirkung versprechen. — Wegen der Einschränkungen in bezug auf Heizung und Beleuchtung mußte leider die Schaffung eines eigenen Heims vorläufig zurückgestellt werden. Dagegen finden wir im vegetarischen Speisehaus „Gesundheit" durch das Entgegenkommen des betr. Besitzers freundliche Aufnahme, so daß dort alle 2 Wochen unsere Besprechungsabende und ab und zu am Sonntag zwanglose Zusammenkünfte möglich sind. — Sonst sind wir stets bestrebt, im Andenken an unsere gefallenen Freunde um so tatkräftiger im Vortruppsinne zu arbeiten und die sich stets neu hervordrängenden Hemmnisse zu überwinden. Heil! H. Weinlein, dzt. Obmann.

*

Vortrupp München. Wenn sich die eigentlichen Veranstaltungen unserer Ortsgruppe auch wie bisher auf die geselligen Abendzusammenkünfte im „Ethos" und auf unsere Sonntagsausflüge beschränkten und sich unser kleiner Kreis in den letzten Monaten nur wenig erweiterte, glauben wir doch von einem Fortschritt sprechen zu können. Denn wir sind einander näher gekommen und haben die Dinge, die uns am Herzen liegen und unter denen insbesondere die Bodenrechtsfrage hervorgehoben sei, oft in eifrigen Gesprächen erörtert. Ferner haben wir zu unserer Freude mit der Freideutschen Jugend Fühlung gewonnen und aus dem Besuch ihrer Donnerstagabende manche neue Anregung erfahren. Den Höhepunkt bildete ein gemeinsamer Ausflug beider Verbände, der uns durch eitel Sonnenglanz an den Starnberger See und abends im Mondscheinzauber durchs Isartal führte. Wir freuen uns, daß wir durch frischfröhliches Zusammengehen das Gemeinsame so nahverwandter Richtungen betonen können und sind gewillt, auf diesem Wege fortzufahren, wenn das Sommersemester der Hochschulen die freideutschen Studierenden wieder zusammenführt. Unser Wunsch, ein eigenes Vortruppheim zu besitzen, ist seiner Erfüllung leider noch nicht näher gekommen. W. R.

*

Über das Schöne im Volkslied bietet unser z. Z. im Felde stehender Freund Hanns Altermann, Mitglied des Vortrupp Düsseldorf, in Heft 7 des XIV. Bandes der von R. A. Giesecke in Dresden herausgegebenen vornehmen Zeitschrift „Die Schönheit" eine vortreffliche Plauderei unter dem Titel „...Ist ein heimlich, heimisch Läuten". Die recht im Vortruppsinne gehaltenen Ausführungen werden gewiß allen Mitgliedern unseres Bundes gefallen. Das Heft, das zudem mit wunderlieblichen Bildern von Ludwig Richter geschmückt ist, da es als Richterheft ausgestaltet wurde, ist zum Preise von 1 Mk. durch den Verlag der Schönheit, Dresden-A. 24, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

*

Von den unter der verantwortlichen Leitung von Ernst Joël von freien Studenten herausgegebenen „Flugblättern an die Deutsche Jugend", die Betrachtungen und Forderungen unserer Meister als erinnerungsvolle und ermutigende Grüße aus der Heimat unseren Soldaten überbringen sollen, erscheint nunmehr die 4. Reihe. Sie besteht aus folgenden Zehnpfennigheften: Fr. Hölderlin, Der Archipelagus; Fr. Schiller, Über das Erhabene; M. Stirner, Das unwahre Prinzip unserer Erziehung; M. Maeterlinck, Vom tiefen Leben; Fr. Nietzsche, Das griechische Weib und L. Rödiger, Wartburgrede.

Die neuen Flugblätter, deren Herausgabe durch Stiftungen aus der Jugend selbst

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und aus dem Kreise ihrer Freunde ermöglicht wird, sollten gleich den früheren, recht zahlreich ins Feld, in die Lazarette und Kasernen gesandt werden. Bei Bestellungen auf mindestens 50 Stück nach Wahl nur 4 Mk. (auch die früheren Blätter sind noch erhältlich) bei Sanitätssoldat Erich Mohr, Königsberg i. Pr., Hoffmannstr. 19.

*

Als körperschaftliches Mitglied hat sich die **„Esperanto Lese-Runde"** (Esperanto Lega Rondo-E.L.R.) dem Deutschen Vortrupp-Bunde angeschlossen. Sie wird durch 4 Mitglieder im V.D.B. vertreten. Zuschriften sind zu richten an Herrn Hans Meier, Regensburg, Stahlzwingerweg 10 I.

*

Eine **Vortrupp-Schriftwechsel-Vereinigung** für Anhänger der Stolze-Schrey-Kurzschrift hat sich unter der Leitung von Gerhard Stensch, Wittstock (Dosse) gebildet. Die Mitglieder dieser Vereinigung führen miteinander Briefwechsel über die verschiedenen Vortrupp-Aufgaben, über die beste Art und Weise, den „Vortrupp" zu verbreiten, über Kriegerheimstätten usw. Alle Vortrupp-Bezieher und Mitglieder des Deutschen Vortrupp-Bundes, die sich ihr anschließen wollen, werden gebeten, sich in vereinfachter Stenographie (Stolze-Schrey) an den oben genannten Obmann zu wenden.

*

Der „Volksbund für Freiheit und Vaterland" (Geschäftsstelle Berlin W 62, Kleiststr. 36) hat im Verlage Friedrich Andreas Perthes A.-G., Gotha, soeben seine erste Veröffentlichung **„Um Freiheit und Vaterland"** herausgegeben. Sie enthält ein Geleitwort des Vorsitzenden, Prof. Dr. E. Francke, sowie die bedeutungsvollen Reden der Reichstagsabgeordneten Giesbert und Bauer und des bekannten Historikers Prof. Dr. Friedrich Meinecke. Wir machen auf diese Veröffentlichung besonders aufmerksam und weisen gleichzeitig auf den Leitaufsatz in Nr. 3 des „Vortrupp" hin. Wir bitten, die oben genannte Schrift sowie einen „Aufruf" mit Satzung von der oben genannten Geschäftsstelle des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland" zu fordern und im zustimmenden Falle den Volksbund durch persönlichen Anschluß weiter zu kräftigen.

*

Aus Feldzuschriften.

O. G., Leutn. d. Res., XII. A.-K. . . . Als Pastor seit Dezember 1914 kriegsfreiwillig im Felde, habe ich mich in allen Feldgottesdiensten, die zu halten ich erfreulicherweise recht oft Gelegenheit hatte, meinen Leuten Licht, Sonne, Wahrheit zu bringen mich bemüht, die wir ja allein bei eifrigstem Studium des Volkslebens, seiner Schäden, seiner Feinde und des Weges, der hier bessern und helfen kann, finden: Der Gottschöpfergedanke, der dem Menschen die Erde mit allen ihren Kräften gab, daß er sie sich dienstbar mache. So reiche ich Ihnen in freudiger Bewegung Hand und Herz zu dem Harringa-Fahneneid, im Heere des Lichtes mitzukämpfen. Groß wird die Aufgabe und schwer die Arbeit des „Vortrupp" sein, wenn wir aus diesem Krieg zur Friedensarbeit wiederkehren! Aber, wie mein verehrter Lehrer, Prof. D. theol. Gregory gesagt hat, der als 70jähriger kriegsfreiwillig im Felde steht!*) „Ja, es ist schwer, aber es ist auszuhalten! Es ist schwer, ich weiß es, aber das Vaterland ist es wert." . . . Und wenn ich starke Menschen finde, die es vermögen, die will ich für die schöne, edle Sache Ihres Bundes werben! . . .

Gefr. B. V., stud. theol., Deutsche Feldpost . . . Mit großer Freude las ich die Aufsätze und, nachdem ich Wichtiges durch Unterstreichen und Bemerkungen hervorgehoben, gab ich sie zum Lesen an Kameraden weiter. Ausgezeichnet finde ich die Betrachtungen „Ehrfurcht" und besonders „Zwei Stufen", worin ich viel aus meiner eigenen Gedankenwelt wiederfand. Ich bin wieder um einige wertvolle, weil zum Guten anregende, Gedanken reicher geworden. . . .

Musketier St., vom westlichen Kriegsschauplatze: . . Lese nun schon über ein Jahr die vornehme Zeitschrift „Der Vortrupp". Ich habe bis jetzt auch noch keine andre kennen gelernt, die ich ihr würdig zur Seite stellen könnte. Bringt und pflegt sie doch das Deutschtum wahr und getreu in seiner schönsten und lautersten Art. Das zeigen besonders die in den Kriegsnummern enthaltenen politischen Aufsätze, die gerade im Schützengraben alle Leser mit Hoffnung und Zuversicht beleben, und die Flamme des Idealismus, den Kernpunkt des deutschen Wesens, schüren. So kam es, daß meine Vortrupphefte von einer Kompanie zur andern wanderten . . .

Musketier H. N. in L., b. Krankenhaus. . . Um meine „Vortrupp"-Hefte möglichst gut ausnutzen zu können, lasse ich jedes Heft so umlaufen, wie die anliegend zurückkommende Nummer es zeigt. Dieses Heft hat soeben seine Rundreise Lüttich — Meseritz — Westfront — Italien — Serbien — Lüttich beendet. Vielleicht wäre es praktisch, wenn davon recht viele Kameraden erfahren würden. . . . (Wir halten diese Anregung für sehr nachahmenswert und empfehlen, außerdem noch ein weißes Blatt anzufügen, damit die einzelnen Leser darauf ihre Eindrücke und Grüße vermerken können. Der Geschäftsführer des „D.V.B.")

*) Leider ist dieser sehr verehrte Vortruppfreund inzwischen gefallen. Die Schriftl.

Für den Inhalt verantwortlich: Franziskus Hähnel, Hamburg. Verlag von Alfred Jansen, Hamburg.
Druck von Breitkopf & Härtel, Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

7. Jahrgang Nr. 10 — Der Vortrupp — 16. Mai 1918

Herausgegeben von Dr. Hermann M. Popert, Hamburg. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg.

Mitteilungen des Deutschen Vortrupp-Bundes

In zwangloser Reihenfolge einmal vierteljährlich als Beilage zum „Vortrupp" für die Vortrupp-Gruppen und Vortrupp-Freunde herausgegeben von der Geschäftsführung des „Deutschen Vortrupp-Bundes"

Nr. 2 — 1918

Was tut ihr daheim?

Wenn wir mehr für das Vaterland leben würden, wäre es vielleicht seltener notwendig, fürs Vaterland zu sterben.
Rosegger.

Immer wieder wird diese Frage in den Briefen unserer zahlreichen im Felde stehenden Freunde wiederholt. Unter dem Donner der Kanonen und unter den trüben Eindrücken der gewaltigen Zerstörungen, die der Krieg den Ländern unserer Gegner bringt, gedenken sie der von ihnen beschützten Heimat. Starke Wünsche für das Wohlergehen derselben hatten ihr Herz vor dem Ausbruch des Krieges erfüllt. Ein heiliges Wollen durchglühte ihre Brust, mitzuhelfen, allem Guten die Bahn frei zu machen und alle dunkeln Mächte zu besiegen, die daran sie hindern würden. Und dieses Wünschen und Wollen hat sie begleitet zu allen Stunden im Feindeslande diese Jahre hindurch. Unsere feldgrauen Kampfgenossen waren mit ihren Sinnen immer daheim. So schrieb noch ein lieber Freund vor einigen Tagen: „Ich muß immer daran denken, was werden wird, wenn dieser entsetzliche Krieg zu Ende ist. Werden wir in der Heimat Kräfte genug besitzen, um im Sinne des ‚Vortrupp' erfolgreich wirken zu können? Was tut ihr daheim, damit neue Kräfte gewonnen werden? Ist unsere Jugend sich der Aufgaben bewußt, die sie für die Zukunft unseres Vaterlandes zu lösen hat? Sind alle unsere Gesinnungsgenossen von starkem Verantwortlichkeitsgefühl erfüllt? O, ich habe noch so viel zu fragen."

Auf solche Fragen soll man nur mit der Tat antworten. Was tut ihr daheim? Wir wissen, Ungezählte unserer Volksgenossen sind trotz der Schwere der Zeit und trotz der blutigen, herzerschütternden Bilder von den Schlachtfeldern innerer Gleichgültigkeit und Genußsucht verfallen, die für unser Volk das Schlimmste befürchten ließen, wenn sie nicht doch eben nur die betrüblichen Ausnahmen in unserm Volksleben bedeuteten. Aber um so mehr gilt es, für alle im Sinne der Volksaufartung tätigen Volksfreunde, für alle vom Vortruppgeiste beseelten Frauen und Männer, ohne Rücksicht auf Alter und Stand, mit ganzen Kräften sich einzusetzen, daß unsere Gedanken die Menge in ihren Bann zwingen, und es gilt ferner, immer neue Mitstreiter zu gewinnen, die mit flammender Begeisterung dafür eintreten, unsere Ideale Wirklichkeit werden zu lassen. Dann wird der Erfolg nicht fehlen. Dann wird unsere Gefolgschaft wachsen, und wenn unsere Freunde aus dem Felde zur friedlichen Arbeit für deutsche Kultur und deutschen Aufstieg zurückkehren, dann werden sie leuchtenden Auges sehen, daß ihre bange Frage „Was tut ihr daheim?" eine tatfrohe Bejahung gefunden hat. Vortrupp voran!

F. H.

Aus der Vortrupp-Arbeit

Vortrupp Groß-Berlin. An offenen Abenden haben wir im verflossenen Winterhalbjahr einen Vortrag über das Friedensproblem gehabt, vier aufeinander folgende Freitage waren einer Vortragsfolge „Soziologie des Krieges und des Friedens" gewidmet, und ein andermal bildete die Gegenüberstellung der Gesellschen Freiland- und Freigeldlehre und der Damaschkeschen Bodenreform den Inhalt des Abends. Der letzte Vortrag in größerem Kreise war über „Soziale Probleme in Indien". Alle Abende waren gut besucht, haben viel Anregung gegeben und

hatten eine lebhafte Aussprache zur Folge. An den übrigen Freitagabenden waren in kleinerem Kreise zwanglose Aussprachen. Es wurde u. a. aus Werken von Stegemann, Emil Gött, der Droste-Hülshoff, Leonhard Frank, Göring usw. sowie auch mancher bedeutungsvolle Zeitungs- und Zeitschriften-Aufsatz vorgelesen. Zurzeit haben wir Studienabende eingerichtet, um uns gründlicher mit der Gesellschen Freiland- und Freigeldlehre zu beschäftigen. T. S.

*

Vortrupp Hamburg. Eine Kundgebung zum Friedensaufbau hatten wir in den Einladungen die Versammlung bezeichnet, die von unserer Ortsgruppe zum 4. März nach dem Gewerbehause einberufen worden war. Sie erfreute sich eines guten Besuches. Nach einer Eröffnungsansprache über die Bedeutung des Abends brachte unser Obmann Franziskus Hähnel einige soziale Dichtungen von Melanie Ebhardt, Cäsar Flaischlen, Paul Matzdorf und Hermann Claudius zur Darstellung. Dann hielt der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe des Bundes deutscher Bodenreformer Rudolf Wiesener seinen Vortrag über „Sittliche und unsittliche Volkswirtschaft". An den Vortrag schloß sich eine längere Aussprache, und von Prof. Dr. W. Köppen wurde die folgende Entschließung der Versammlung vorgelegt:

„Der Wucher der letzten Kriegsjahre hat viel Feindschaft gegen die Freiheit des Wirtschaftslebens erzeugt. Die staatliche Zwangsregelung weiter Wirtschaftsgebiete hat andererseits die Unternehmer zu entschlossenem Kampf um die Wirtschaftsfreiheit zusammengeführt.

Die Versammlung stimmt den Ausführungen des Herrn Wiesener zu, daß Warenherstellung und Warenhandel größte Freiheit brauchen, damit der Wettbewerb die Leistungen steigert und kein staatlicher Zwang den Wagemut lähmt. Wo es sich aber um beschränkt vorhandene Güter handelt, welche den darüber verfügenden Menschen die wirtschaftliche Überlegenheit sichern, da ist jede durchdachte staatliche Regelung zu begrüßen, die dem Wirtschaftsleben Wege weist, auf denen Einzelvorteil und Gesamtwohl Hand in Hand gehen können.

Solche gesetzliche Regelung ist dringend nötig auf dem Gebiete des Bodenrechtes. Bauschwindel und Hypothekenunrecht haben schon in Friedenszeiten die Betroffenen an der Sittlichkeit unseres Wirtschaftslebens zweifeln lassen. Die Gesetze müssen den richtigen Gebrauch des Bodens fördern, seinen Mißbrauch verhindern. Als erster Schritt dazu, der zugleich dringendsten Kriegsnotwendigkeiten entspricht, betrachtet die Versammlung die Schaffung eines Kriegerheimstättengesetzes, und sie sieht in dessen Verzögerung seitens der Reichsregierung eine ernste Gefahr." Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Auch der Aussprache-Abend, der am 25. April im Nest der Vortruppjugend stattfand, erfreute sich eines guten Besuchs. Hugo Stehn bot Bedeutsames über „Religion und Leben". An der Aussprache beteiligte sich auch Herr Pastor Heidorn, der zum Teil einen vom Redner abweichenden Standpunkt vertrat. — Die Vortragsveranstaltungen im kommenden Sommerhalbjahre finden auf den geplanten Fahrten statt und werden im Anzeigenteil des „Vortrupp" bekannt gegeben werden.

*

Ortsgruppe München. Ein unerwarteter Tod hat uns am 9. April Dr. Georg Bender entrissen, der seit einer Reihe von Jahren unser Obmann gewesen ist. In ihm verlieren wir und mit uns die Enthaltsamkeitsbewegung und die Sprachreinigungsbewegung einen tapferen und tatkräftigen Streiter, dem es heiliges Bedürfnis war, auf diesen wie auf manchen anderen Gebieten entschiedener Lebenserneuerung das für richtig Erkannte in die Tat umzusetzen und andere für gleiche Hochziele zu gewinnen. Für uns war und bleibt es Ansporn und Genugtuung, daß die Leitung unserer Ortsgruppe in den Händen eines so vorbildlichen und angesehenen Mannes lag.

Seit Ostern haben wir neben unseren geselligen Zusammenkünften im Ethos (jeden zweiten Dienstag abend; siehe unsere Anzeige!) und unseren Sonntagsausflügen öffentliche Besprechungsabende im Arbeiter-Museum (jeden Mittwoch, 7½ Uhr) eingerichtet, an denen wir „Zukunftsfragen der Menschheit" unter Anlehnung an das vortreffliche Buch von Dr. med. et phil. Christen, „Die menschliche Fortpflanzung, ihre Gesundung und ihre Veredelung" (Verlag Ernst Reinhardt, München) behandeln. Der erste dieser Vorträge mit anschließender freier Aussprache war der Naturgeschichte des Menschen gewidmet, wobei auch die Erscheinungen zur Erörterung kamen, die Dr. Landmann in seinem vom „Vortrupp" empfohlenen Buch „Grundfragen der Lebensreform" untersucht. Am zweiten Abend besprachen wir die Anzeichen der Entartung, während die nächstfolgenden sich mit den Ursachen der Entartung befassen sollen. An dieser Veranstaltung nehmen außer uns auch Mitglieder des Bundes abstinenter Frauen, der Guttemplerlogen, des Bundes Deutscher Bodenreformer, der Freideutschen Jugend und verwandter Kreise teil. Wir versprechen uns von solcher Vortrupparbeit ernsthafte Förderung; und der bisherige Verlauf gibt unseren Erwartungen durchaus recht. W. R.

*

Vortrupp Nürnberg. Das Winterhalbjahr 1917/18 brachte uns reges Leben hinsichtlich organisatorischer Tätigkeit. Verschie-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

dene Vorträge und Aussprachen lieber Freunde zeigten neue Wege und weckten zu tatkräftiger Arbeit auch einzelne, die noch abwartend beiseite standen. Auf Anregung unserer Ortsgruppe hat auch die bodenreformerische Tätigkeit in Nürnberg einen neuen Anstoß bekommen, so daß nach dieser Richtung hin in allernächster Zeit sich reges Leben bemerkbar machen wird, da sich ernste und einflußreiche Männer den bevorstehenden großzügigen Arbeiten widmen. Um die Kriegerheimstättensache wieder ein Stück vorwärts zu bringen und unseren bereits gesammelten Grundstock für Heimstätten zu mehren, hatten wir Herrn Pfarrer Dr. Stählin für einen Vortrag gewonnen. Dieser war bezeichnet: „Der neue Lebensstil" (Ideale deutscher Jugend). In groß angelegter, klarer Zusammenfassung gab der Redner einen Einblick in das Walten und Gestalten der grundlegenden Kräfte, die in der Freideutschen Jugend zu neuen Lebensformen geführt haben, der von innen heraus gewonnene neue Lebensstil wird schlicht und ohne Aufdringlichkeit im Leben dargeboten. Man fühlt sich zu einer größeren Aufrichtigkeit in gesellschaftlichen und im geselligen Leben verpflichtet. Dem religiösen Innen- und Außenleben prägt sich eine neue, selbstempfundene, nicht anempfundene Frömmigkeit ein. Das Sittenleben wird durch den Drang nach Reinheit zu höherem Sein gehoben. Der Wert der Führer und Leser liegt nicht mehr in deren Autorität und Macht, sondern in dem Feingefühl für Jugendlichkeit. Alles von außen Aufgedrängte, Wesensfremde wird aus der Sicherheit unverfälschten, jugendlichen Gefühls abgelehnt. Auch im wirtschaftlichen Denken zeigt sich eine Wandlung. Die Pflege idealer Güter gewährt erst wirkliche Lebensfreude. Man benötigt deshalb weder Alkohol noch Nikotin. Auch in der Kleidung entwickelt sich ein neuer Stil, der als Ausdruck des inneren Wesens zum Ausdruck kommt. So kann die neue Jugend auch das Kino mit seiner Unwahrheit und seinem Nervenreiz nicht mehr fesseln, dagegen verwächst man wieder aufs innigste mit der Heimat und ihrer Schönheit. Aus dem Erleben der Heimat und dem Erkennen des Volkstums ist dann der Begriff Vaterland neu erstanden, höher und schöner, zugleich auch menschlicher und verständlicher, geläutert von den Schlacken des Eigennutzes und der Selbstüberhebung. Daraus erwächst dann auch die Stellung zum Gesamtleben unseres Staates und unseres Volkes von selbst. Nicht der Pflichtbefehl an sich, sondern Selbstverpflichtung gegen Vaterland und Menschheit zugleich bestimmen Tun und Tätigkeit. Der feinsinnige Vortrag wurde von den zahlreichen Zuhörern mit großer Wärme aufgenommen. — Der Reinertrag aus dieser Veranstaltung war M. 493,90. Wir haben jetzt insgesamt einen Grundstock von M. 1022,64.

Wie wir schon aus den früheren „Mitteilungen" ersehen durften, haben auch unsere Freunde in anderen Städten mit der Heimfrage zu kämpfen. Bis jetzt hat uns in seltener Treue und Opferfreudigkeit unsere verehrte Freundin, Frau Else Eckart, Knauerstr. 10, in ihrem gemütlichen Heim aufgenommen, das uns schon bei verschiedenen Gelegenheiten einte, wo rechter deutscher Geist und wahres Menschentum uns zusammenführte.

Wir fühlen uns eins mit allen ringenden, strebenden Menschen unserer Sache und bitten sie, auch ferner um so treuer mit uns an unseren herrlichen Aufgaben zu arbeiten. — Heil!

Heinrich Weinlein, dzt. Obmann.

*

Eine alkoholgegnerische Leserunde (A. L. R.) trat im Januar dieses Jahres in Wirksamkeit. Gegen einen Beitrag von 25 Pf. monatlich (für Einzelmitglieder) versendet die A. L. R. leihweise Lesestoff, gibt Zeitschriften in Umlauf usw. Ihre Arbeit soll von dem Gedanken geleitet sein, daß die Nüchternheitsbewegung in innigem Zusammenhang mit allen Bestrebungen steht, die auf eine Förderung der Kultur abzielen, daß namentlich ein solcher Zusammenhang mit der Bodenreform besteht, die durch Bekämpfung des schädlichen Bodenrechts und Besserung der Wohnverhältnisse an der sittlichen und geistigen Hebung des Volkes und dadurch auch an der Beseitigung des Alkoholelends wirksamen Anteil hat. Gemäß diesem Leitgedanken arbeitet die A. L. R. besonders auf dem Gebiete organisatorischer Zusammenfassung der Lebensreformbestrebungen. Einzelne Lebensreformer, sowie Mitglieder anderer Kulturvereinigungen können beitragsfreie Mitarbeiter werden. Die A. L. R. ist als körperschaftliches Mitglied dem deutschen Vortrupp-Bund angeschlossen.

Anschrift der Geschäftsstelle: Frau Dr. E. Tichauer, Charlottenburg, Schlüterstraße 25.

Dr. jur. Th. Tichauer, z. Z. im Felde.

*

Da der Leiter der „Vortrupp-Schriftwechselvereinigung" nach Stolze-Schrey (siehe Seite 4 der Mitteilungen des Deutschen Vortruppbundes) z. Z. im Felde ist, sind Zuschriften bis auf weiteres zu richten an die Geschäftsstelle des „Deutschen Vortruppbundes", Hamburg, Spitalerstraße 12. — Anmeldungen werden dahin erbeten. Das erste Rundheft ist bereits versandt worden.

*

Wie diene ich am besten unserer Heimat? Diese Frage wird jetzt oft an uns gerichtet. Da möchten wir nicht versäumen, auf ein gutes und praktisches Schriftchen aufmerksam zu machen, das zum Preise von 50 Pf. soeben im Verlage von Max Helmert, Schwarzenberg in Sa., erschienen ist und vielen die gewünschte Antwort geben wird. Es lautet: Im Dienste des Heimatortes von Hermann Uhlig, Schuldirektor.

*

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Den Heldentod für unser Vaterland fanden die nachstehend genannten Vortruppfreunde. (Zum Teil verspätet gemeldet.) Wir werden ihrer in Treue gedenken.

Kurt Ritter aus Grabow. (Gefallen 1917.)

Fr. Bleckwedel, Volksschullehrer, aus Havekesch b. Beverstedt, Bez. Bremen, Leutnant d. L. (Gefallen am 30. April 1917.)

G. Drißler, Leutnant d. Res. (Gefallen am 24. September 1917.)

Hermann Auth, Gerichtsaktuar, aus Düsseldorf, Unteroffizier. (Gefallen im Oktober 1917.)

Karl Haug, Lehrer, aus Geislingen a. St., Unteroffizier. (Gefallen im Oktober 1917.)

Paul Riegger, Unteroffizier aus Karlsruhe. (Gefallen am 13. Oktober 1917.)

Ulrich Kathers aus Hamburg, Musketier. (Gefallen im November 1917.)

Paul Schüßler, Pastor aus Trebitz, Post Lieberose. (Gefallen 1917.)

Leutnant Tigör, Inf.-Reg. . . . (Gefallen im November 1917.)

Jos. Kaufhold, Unteroffizier. (Gefallen im Dezember 1917.)

Adalbert Voelter aus Wildberg, Unteroffizier. (Gefallen im Dezember 1917.)

Dr. Friedrich Wagner aus Leipzig-Gohlis. (Gefallen am 6. Dezember 1917.)

Hans Herzog, Staatsbeamter aus Hamburg, Leutnant u. Komp.-Führer. (Gefallen im März 1918.)

Richard Werner, aus Frankfurt a. O., Fahrer. (Gefallen im März 1918.)

Herbert Grünberg aus Glauchau i. Sa. (Gefallen im März 1918.)

Wilhelm Pohl aus Düsseldorf, Kriegsfreiwilliger. (An einer tückischen Krankheit gestorben.)

Detmering aus Schwerin, Vizewachtmeister. (Gefallen 1918.)

Adolf Lutzeier, Vizefeldwebel. (Gefallen im März 1918.)

E. Volkmar, Maschinenbauer, aus Sommerfeld, Füsilier. (Gefallen im März 1918.)

Helmut Schneider, Leutnant d. Res., Referendar aus Berlin-Südende. (Gefallen im April 1918.)

Ernst Urich, Leutnant d. Res., aus Ulm a. D. (Gefallen am 30. März 1918.)

Aus Feldzuschriften.

Leutn. H. Inf.-Rgt. Nr. . . . Mitten in der großen Angriffsschlacht erhalte ich Ihr Schreiben der vorigen Woche. Ich werde den Vortrupp weiter lesen; ist er mir doch gerade im Feld ein lieber Freund geworden. Schon lange bin ich bestrebt, unter meinen prachtvollen Leuten im Sinne eines freien Deutschtums zu wirken. Gerade die Gedanken der so sachlichen und vornehmen politischen Aufsätze bieten mir willkommenen Anlaß, unsern Soldaten ihre Soldatenpflichten im edelsten Lichte zu zeigen. Wir können unsern Führer-Einfluß nicht genug auch auf geistigem Gebiete anwenden.

Unteroffz. E. T., 2. Westpr. Fußart.-R. 17. . . . Ganz besonderen Dank für die Aufnahme der großartigen Fidelis-Aufsätze, die hier bei meinen Kameraden allgemeine Anerkennung finden. Gerade durch diese Aufsätze politischen Inhalts werden viele auf den „Vortrupp" aufmerksam gemacht. Ich habe öfters Gelegenheit gehabt, mit meinen Kameraden über die Fidelis-Aufsätze zu sprechen, und ungezwungen kamen wir dann in eine Unterhaltung über die Bestrebungen des „Vortrupp" auf dem Gebiete der Lebensreformen. Ich glaube, daß ich schon viele für unsere große edle Aufgabe gewonnen habe. . . .

Unteroffz. R. W. . . . Ich möchte Ihnen nur sagen, daß ich und viele verständige Feldgraue diese (Fidelis-)Artikel mit großer Freude und innerer Zustimmung lesen. Man empfindet hier draußen den Krieg nicht nur als deutsche Not, sondern als Menschheitsnot. Und es wäre in der Tat der schönste Lohn der Opfer, wenn die Menschheit vor solch furchtbaren Schicksalsschlägen behütet werden könnte. Alle guten Geister müssen an dieser Reich-Gottes-Arbeit mithelfen. „Der Vortrupp" hat meinen vollen Beifall! . . .

Gefr. R. . . . Inf.-Rgt. . . . . Dem „Vortrupp" herzlichen Dank für manche Anregung und für das frohe Bewußtsein, es sind Kameraden da in der Heimat, die den Kampf weiterführen, wenn wir fort müssen, den großen Kampf, der auch im Frieden weitergeht und der auch um unser Leben geht . . .

*

Bei allen Zuschriften an die Schriftleitung des „Vortrupp", an den Verlag und an die Geschäftsstelle des Deutschen Vortrupp-Bundes sollte die gute Sitte beherzigt werden, auch am Kopfe oder Schluß des Briefes die genaue Anschrift des Absenders zu wiederholen. Die Angabe auf dem Briefumschlage dient in erster Linie der Post für etwaige Rücksendungen.

*

Für den Inhalt verantwortlich: Franziskus Hähnel, Hamburg. Verlag von Alfred Jansen, Hamburg.
Druck von Breitkopf & Härtel, Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

7. Jahrgang Nr. 14 — Der Vortrupp — 16. Juli 1918

Herausgegeben von Dr. Hermann M. Popert, Hamburg. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg.

Mitteilungen des Deutschen Vortrupp-Bundes

In zwangloser Reihenfolge einmal vierteljährlich
als Beilage zum „Vortrupp" für die Vortrupp-Gruppen und Vortrupp-Freunde
herausgegeben von der
Geschäftsführung des „Deutschen Vortrupp-Bundes"

Nr. 3 — 1918

Aus der Vortrupp-Arbeit

Vortrupp Bautzen. Das alte Jahr sollte nicht dahingehen, ohne daß Theodor Storms gedacht worden wäre. Dies geschah am 27. Oktober 1917. Verschiedene Mitglieder hatten sich vereinigt, um durch Angaben über Leben und Schicksale des Dichters, durch Betrachtung seines Schaffens und durch Darbietungen aus den Werken selbst ein klares Bild zu zeichnen. — Am 16. März 1918 kam ein Märchen- und Liederabend zur Ausführung, um dessen gutes Gelingen sich Fräulein Sauer und Fräulein v. Tennecker verdient machten. Es konnte nicht anders sein, als daß durch die alten, innigen und schalkhaften Grimmschen Volksmärchen und Lieder aus dem Zupfgeigenhansl der Wunsch entstand, auch künftig manchmal Ähnliches erwarten zu können.

Mit ganzer Gewalt hat uns die Frage der Boden- und Bodenrechtsreform erfaßt, kein Wunder, da, abgesehen von der Notwendigkeit, den Krieg zu gewinnen, hier Deutschland vor der Entscheidung steht, seine Zukunft durch Recht und Gerechtigkeit zu sichern oder durchs Gegenteil den Weg des Niedergangs zu beschreiten. Daher bot Herr Schwappe am 24. November 1917 einen Vortrag über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung, wobei auch der Bewegung für Kriegerheimstätten gedacht wurde; dazu erzählte uns Herr Sanitätsunteroffizier Lantzsch am 15. Dezember, wie er es, um als Bodenreformer ebenso nach seiner Überzeugung leben zu können wie als strenger Alkoholgegner, durchsetzte, eine Wirtschaftsheimstätte als Eigentum zu erwerben. Die ganze Bodenfrage wird uns auch künftig noch beschäftigen.

Da sich die Fidelis-Aufsätze Aufmerksamkeit erzwangen und u. a. mancherlei Zweifel, Bedenken und Fragen laut werden ließen, so fühlten wir das Bedürfnis, uns auch einmal „politisch" zu betätigen. Die außerordentlich anregende Aussprache läßt uns hoffen, daß auch ein zweiter politischer Abend uns reichen Gewinn bieten wird.

Am 23. Februar machte uns Fräulein Stengel mit dem Buch: „Auf Fichtes Bahnen" bekannt mit dem Hauptergebnis, daß alle das Buch fleißig lesen und überdenken sollen. — Noch manch Verdienstliches sonst kam zum Vorschein, über das nicht alles an dieser Stelle berichtet werden kann. R. Hübsch.

*

Vortrupp Bad Sachsa. Die Vortruppmitglieder der Ortsgruppe Bad Sachsa haben im Winter 1917/18 ziemlich regelmäßig alle 14 Tage ihre Zusammenkünfte gehalten, die gut besucht waren, und an denen auch häufig Gäste teilnahmen. Die Zahl der Mitglieder hat sich erfreulich erhöht.

Unsere Versammlungsabende werden meistens mit einem belehrenden oder sozialen Vortrag oder einer Vorlesung begonnen, an die sich eine Besprechung anschließt, und enden mit einem unterhaltenden Teile. Über folgende Themata wurde gesprochen: Vaterlandsliebe, Wesen und Aufgaben des Vortrupp, Kindererziehung mit besonderer Betonung der Erziehung zum Willen, Kriegerheimstätten, Schundliteratur und ihre Bekämpfung, Aus der Arbeit der Fabrikpflegerin. Eine Dame, die zu Beginn des Krieges in Südwest-Afrika wohnte, erzählte sehr anschaulich von der Zeit ihrer Gefangennahme, dem Transport nach England, Belgien und Frankreich und ihrer endlichen, glücklichen Heimkehr durch die Schweiz nach Deutschland.

Die Mitglieder haben beschlossen, auch während der Sommermonate einige Zusammenkünfte zu halten und planen eine Naturtheater-Aufführung mit den jüngeren Mitgliedern. Am 22. Juni versuchten wir

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

es, unsere Bestrebungen einmal weiten Kreisen unserer Stadt nahe zu bringen, und zwar dadurch, daß wir jedermann zu einer Sonnwendfeier einluden. Leider mußte wegen allzu ungünstiger Witterung diese Feier in letzter Stunde in den großen Saal des Schützenhauses im Kurpark verlegt werden, aber wir hatten doch die Freude, nicht nur einen gefüllten Saal zu erhalten, sondern auch die führenden Persönlichkeiten der Stadt als unsere Gäste begrüßen zu können. Unsere Jugend verschönte den Abend durch vorzüglich dargebotene Volkstänze, und alle Gäste stimmten recht freudig in unsere Lieder ein. Die Sonnwendrede hielt der Geschäftsführer unseres Bundes, Franziskus Hähnel, über Hermann Claudius' Wort „Licht muß wieder werden nach diesen dunklen Tagen". Er legte in seinen Ausführungen dar, wie die im „Vortrupp" niedergelegten Gedanken, vor allem, wenn recht viele dazu beitragen, sie zur Tat werden zu lassen, besonders geeignet sind, so manche trübe Erscheinungen in unserm Volksleben, wie die Wohnungsnot, die Säuglingssterblichkeit, den Alkoholismus usw. überwinden zu helfen. Es gelte vor allem, bei recht vielen Menschen das Verantwortlichkeitsgefühl für unser Volk zu entwickeln. Der Redner zeigte an mancherlei Beispielen, daß die Schar derer, die im Goetheschen Sinne bemüht sind, nach dem Lichte zu streben, ständig zunehme. Am folgenden Tage hatten wir dann eine von fast allen Mitgliedern besuchte Vortrupp-Versammlung, in der die Werbearbeit für die nächsten Monate eingehend besprochen und zum Teil festgelegt wurde.

*

Vortrupp Breslau. Unser im „Vortrupp" bekannt gegebener Sommer-Arbeitsplan, der uns zu so manchen anziehenden Wanderungen ruft, erfreut sich allgemeiner Beliebtheit. Von den in jüngster Zeit gehaltenen Vorträgen war besonders anziehend wieder derjenige von Vally Nagel über „Wahrhaftigkeit als Lebensmacht", da er eine Vortruppfrage von großer Bedeutung behandelte. Ausgehend von den Bestrebungen des Dürerbundes, die auch vom „Vortrupp" und seinen Freunden kräftig unterstützt werden, zeigte die Rednerin, daß ein starkes Streben nach Wahrhaftigkeit durch unsere Zeit gehe. Das zeige sich einmal in der Rückkehr zur Natürlichkeit und zum andern darin, daß eine neue, edle und innige Geselligkeit auf deutschem Boden aufblühe und in Einfachheit, Traulichkeit und Harmonie wieder Mensch zum Menschen strebe. Wer ein wahrhaftiges Leben führen wolle, müsse zunächst eine wahrhaftige Seele zu erwerben trachten. Der Entschluß zu einem Leben in steter Wahrhaftigkeit erfordere allerdings Mut und bedeute eine Kampfansage gegen alle Feigheit und Trägheit in uns und um uns. Rücksichtslose Ehrlichkeit gegen uns selbst muß der Anfang dieses Kampfes sein. Mit dem Kampf gegen die Lüge hat sich der Kampf gegen die Heimlichkeit zu verbinden. Wahrhaftigkeit ist die größte Ehre, die ein Mensch dem andern antun kann. Zur Wahrhaftigkeit des Wortes hat sich die Wahrhaftigkeit des Ausdruckes zu gesellen. Es fehlt unserer Ausdrucksform so oft an Genauigkeit und Schlichtheit. Die Phrase haben wir als eine Sinnfälschung der deutschen Sprache zu vermeiden. Gar oft wird im rücksichtslosen Aburteilen über andere gegen die Wahrhaftigkeit gesündigt. Über Abwesende sollte nur in einer Weise gesprochen werden, die sie nicht verletzen würde, wenn sie unsichtbar zuhören könnten. Das Zusammenfassen der Menschen in politische oder kirchliche oder soziale Parteien hat uns so oft zu einem rein schematischen Urteile über den Menschen geführt. Wir sollten vielmehr zu einem persönlichen Urteile über den einzelnen Menschen zu kommen suchen und unsere Mitmenschen nach der Frage beurteilen: Was ist die Persönlichkeit, die vor dir steht, als Mensch wert? Wer um die Erkenntnis der Wirklichkeit zu ringen sich bemüht, der wird auch von der heißen Sehnsucht erfaßt werden, die Wirklichkeit Gottes als Urgrund alles Seins und Lebens zu erfassen. Das Ringen nach Wahrhaftigkeit auf religiösem Gebiete ist die kostbarste und wichtigste Kraftäußerung der Menschenseele. So ist der Schwur zur Wahrhaftigkeit ein Stahlbad der Gesundung für den ganzen Menschen.

*

Vortrupp Leipzig. Am 9. Juni veranstaltete unsere Ortsgruppe auf der bekannten Stätte des ersten Deutschen Vortrupp-Tages, im Oberholze, nach einer schönen gemeinsamen Wanderung eine Versammlung, die von Mitgliedern und Freunden recht gut besucht wurde. Das war um so erfreulicher, da so viele unserer Freunde zur Zeit im Felde stehen. Wir hatten die große Freude, einmal wieder den Geschäftsführer des Deutschen Vortrupp-Bundes unter uns zu sehen, der im Walde zu uns über „Die Aufgaben der Vortrupp-Gruppen nach dem Kriege" sprach. An der viele Anregungen bietenden Aussprache beteiligten sich außer unserm Obmann Hugo Aurig die Herren Hauptschriftleiter Herricht und Walter Kluge. Während der erstere den „Vortrupp" als das Sammelbecken aller Volksaufartungsbestrebungen bezeichnete und Anregungen gab, wie in dieser Beziehung weite Volkskreise und besonders die Kreise der Jugend erfaßt werden könnten, gab der letztere in seinen Ausführungen dem Wunsche Ausdruck, daß der „Vortrupp" nach dem Kriege wieder ein echter Stoßtrupp werden möchte. Der Vortragende bemerkte in seinen Schlußausführungen, daß die Vortrupp-Freunde in dieser Beziehung gewiß nach Beseitigung der jetzt bestehenden Hindernisse ganz befriedigt sein werden. Die Versammlung im Oberholze wird dazu bei-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

tragen, uns mit neuem Mute zu erfüllen, um diese schwere, ernste Zeit auch für unsere Ortsgruppe zu überwinden und wird uns anfeuern, neue Freunde dem „Vortrupp" zuzuführen.

*

Vortrupp Oldenburg. Es ist eigentlich etwas anmaßend, wenn wir hier uns unter den heutigen Verhältnissen Vortrupp nennen. Alles ist bei uns auf den Krieg, seine Folge- und Nebenerscheinungen eingestellt. Jedes Mitglied arbeitet im Beruf, im vaterländischen Hilfsdienst oder wohin es sonst die Pflicht ruft, „bis zum letzten Hauch von Mann und Roß", und weitaus die meisten suchen ihre „Erholung" auf dem Kleingartenlande, das der vorzüglich geleitete Kleingartenverein unserer Landeshauptstadt als bunte Musterkarte der Arbeitslust wie Leistungsfähigkeit seiner männlichen und weiblichen Mitglieder in immer wachsender Ausdehnung an den Stadtgrenzen zu erwerben oder zu pachten wußte. Da bleibt für die Teilnahme an Versammlungen und Vorträgen blutwenig Zeit und Kraft, und der Besuch der wenigen Tagungen ermutigte den Vorstand auch nicht zu dem Versuch, sie zu vermehren. Nur durchhalten und auf bessere Zeiten hoffen! Das war Wunsch und Trost.

Unsere Wintertagungen begannen mit einer würdigen öffentlichen Gedenkfeier für den am Orte leider halb vergessenen Heimatdichter Julius Mosen an dessem 50. Todestage, dem 10. Oktober v. J. Ein Schülerchor sang die volkstümlichsten Mosenlieder. Seminar-Oberlehrer Emil Pleitner entrollte vor seiner andächtigen zahlreichen Zuhörerschaft ein meisterhaftes Bild des Lebens, Wirkens und Leidens seines wackeren Dichterkollegen, und drei junge Mädchen sangen unter Klavierbegleitung einer vierten Genossin einige der schönsten und tiefsten Lieder Mosens.

Kurz vor dem Christfeste veranstaltete die Ortsgruppe eine Weihnachtsvorfeier mit Liedern und einem gehaltvollen Vortrage unseres rührigen Mitgliedes G. Behrens über „Meister Eckehart und das Weltbild der Mystik." Endlich im Februar sprach Frieda Lübsen über „die Kleinwohnungsverhältnisse Oldenburgs", ein Thema, das uns nach dem Kriege noch weiter beschäftigen wird.

Wenn ich nun noch nachfüge, daß der Ortsgruppenvorstand im Verfolg der vorjährigen Verhandlungen über die Mädchenfortbildung eine Eingabe mit einer von Emilie Oltmanns verfaßten Denkschrift*) über „die Erziehung unserer schulentlassenen weiblichen Jugend für den hausmütterlichen und staatsbürgerlichen Beruf" an die Regierung und den Landtag richtete, die letzterer der Regierung als Material zur Berücksichtigung bei einer in Aussicht stehenden Neuordnung des Schulwesens überwies, so ist damit das Wesentliche über unsere letztjährige Vortrupparbeit berichtet. Doch sei noch erwähnt, daß einige unserer jüngsten Vortrupplerinnen selbständig einen rhythmisch-gymnastischen Kursus eingerichtet haben, der über den Kreis des Vortrupps hinaus große Beteiligung findet. H. Schütte.

*) Die Denkschrift kann von dem unterzeichneten Vorsitzenden zum Selbstkostenpreis von 50 Pfg. bezogen werden.

*

Vortrupp Straßburg i. E. Unsere junge Gruppe versuchte am 15. April das Wagnis eines öffentlichen Vortrags. Wir hatten Stadtpfarrer E. Kreuzer aus Freiburg i. B. gebeten, über „Kriegerheimstätten" zu sprechen. Leider war der Besuch ein schwacher trotz unsrer Werbetätigkeit; die aber den Vortrag gehört haben, haben einen tiefen Eindruck mit heimgenommen, und mancher hat sich für die Bodenreform gewinnen lassen.

Für uns hatte der Vortrag einen innerlichen Gewinn zur Folge. Wir haben uns entschlossen, unsern Freunden durch eine Reihe von Vorträgen, zu denen wir auf den einzelnen Gebieten gut unterrichtete Personen gewinnen wollen, einen Einblick zu gewähren in all die Fragen, die uns beschäftigen, wenn wir von Lebensreformen sprechen. Wir denken also an Lehrgänge über Bodenreform, Heimatschutz, Dürerbund, Körperkultur, Kleiderreform, Ernährungsreform, Sittlichkeitsfrage, Alkoholfrage, Tabakfrage, Erziehung und Unterricht, Jugendbewegung und Jugendpflege, Armenpflege, Arbeiterfürsorge und soziale Gesetzgebung, Frauenfrage, Esperanto, Friedensbewegung und was sonst noch in Betracht kommen könnte. Freilich verhehlen wir uns die Schwierigkeit gerade in der jetzigen Zeit nicht. Aber wir wollen trotzdem den Versuch wagen. P. Bruns.

*

(Einige Berichte u. a. über Düsseldorf, Hamburg, Stettin mußten noch zurückgestellt werden.)

*

Die Leitung der **Vortrupp-Schriftwechsel-Vereinigung Stolze-Schrey** hat jetzt für den im Felde stehenden Begründer Georg Stensch bis auf weiteres Berthold Wittig, Wormsfelde, Post Stolzenberg (Neumark), übernommen. An ihn sind alle Zuschriften hinfort zu richten.

*

Der Leitaufsatz der gegenwärtigen „Vortrupp"-Ausgabe „Werdet Führer Eurem Volke!" erscheint gleichzeitig als Vortrupp-Flugschrift Nr. 49 (Preis 30 Pf., 100 Stück 20 Mark). Wir bitten um rege Verbreitung. Über die notwendig gewordene Preiserhöhung der Vortrupp-Flugschriften bitten wir die betr. Anzeige zu beachten.

*

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Den Heldentod für unser Vaterland fanden die nachstehend genannten Vortruppfreunde. Wir werden ihrer in Treue gedenken.

G. A. Perlberg aus Finkenthal, Post Gnoien, Leutnant d. L. (Gefallen Ende März 1918.)

Ernst Riedel, Stud. d. höh. Maschinenbaufachs aus Wiesbaden, Leutnant. (Gefallen im März oder April 1918.)

M. Schober, Leutnant d. Ref. (Gefallen im April 1918.)

Ch. Schneehagen, wiss. Lehrer aus Oberhambach, Leutnant d. Ref. (Gefallen im April 1918.)

A. Peter, Leutnant d. Ref. (Gefallen im Mai 1918.)

Ernst Weyland, Kaufm. Angestellter aus Lüdenscheid, Vizefeldwebel. (Gefallen im Mai 1918.)

Wagner, Leutnant d. Ref., aus Comburg, Post Steinbach. (Gefallen im Mai 1918.)

Für stille Stunden.

Mehrfach ist der Geschäftsführer gebeten worden, für stille Stunden im Nest und auf den Wanderungen, in denen die tiefsten, das Herz bewegenden religiösen Fragen besprochen werden, in denen zuweilen auch mancherlei inneres Kämpfen und Ringen zum Ausdruck gelangt, einige geeignete Bücher zu nennen, die besonders auch mit Rücksicht auf die dabei beteiligte Vortrupp-Jugend zum fruchtbaren Versenken und zur Vertiefung der Anschauungen wegweisend herangezogen werden könnten. Ich nenne heute einige solcher, in ihrer Wesensart ganz verschiedene Bücher:

Deutsche Frömmigkeit. Ein Sammelband, der von der gesamten deutschen Mystik von Meister Eckehardt bis zu Arthur Bonus in der Gegenwart durch Auswahl größerer Stücke die Entwicklungslinie zieht. Jena, Verlag von Eugen Diederichs.

Im Strome von Zeit und Ewigkeit. Ein Buch der Andacht für moderne Menschen von Emil Felden. Leipzig, Verlag Uneſma G. m. b. H.

Das Bilderbuch Gottes. Von Hermann Kutter. Basel, Verlag von Kober, E. F. Spittlers Nachfolger. (Siehe auch die Ausführungen von Melanie Ebhardt auf S. 177 in Nr. 9 des „Vortrupp" von diesem Jahre.)

Vom Suchen und Erleben Gottes. 165 Andachten und Betrachtungen von W. Roßmann, Vorsteher des Erziehungsheims Hartmannshof bei Bremen. Gustav Winters Buchhandlung, Franz Quelle Nachf., Bremen.

Das Buch der Stunde. Eine Erbauung für jeden Tag des Jahres gesammelt aus allen Religionen und aus der Dichtung von Paul Eberhardt. Gotha, Verlag von Fr. Andr. Perthes A.-G.

Gedanken über Gott, die Welt und ich. Von R. Hildebrand. Jena, Verlag von Eugen Diederichs.

*

Anregung. Was geschieht mit den gelesenen „Vortrupp"-Heften? Könnte die Wirkung des „Vortrupp" nicht verzehnfacht werden, wenn die Leser die Nummern, die sie nicht mehr brauchen, ins Feld oder an ein Lazarett, eine Lesehalle, eine Pfarre oder sonst an Bekannte senden wollten? Die beizufügenden Auskunftsblätter übersendet bereitwillig die Geschäftsstelle des „Deutschen Vortrupp-Bundes", Hamburg, Spitalerstr 12.

Aus Feldzuschriften.

Ltn. H., Inf.-Regt. ..., 2. Komp. ... Mitten in der großen Angriffsschlacht erhalte ich Ihr Schreiben der vorigen Woche. Ich werde den Vortrupp auch im nächsten Vierteljahr lesen, ist er mir doch gerade im Feld ein lieber Freund geworden. Schon lange bin ich bestrebt, unter meinen prachtvollen Leuten im Sinne eines freien Deutschtums zu wirken. Gerade die Gedanken der so sachlichen und vornehmen politischen Aufsätze bieten mir willkommenen Anlaß, unsern Soldaten ihre Soldatenpflichten im edelsten Lichte zu zeigen. Wir können unsern Führereinfluß nicht genug auch auf dem geistigen Gebiete anwenden. ...

Gefr. W., Gren.-Reg. Nr. ... Stab. Die politischen Aufsätze von Fidelis sind wahre Heilbäder für Menschenseelen, die jahrelang durch den Schmutz und das Geschmeiß der Zeitungsflut waten mußten. In ihnen ruht — ruht, sage ich; denn so innig und natürlich, so selbstverständlich und ungesucht tritt es zutage — eine seltene Führergabe und Unbeirrbarkeit, der man sich gern hingeben mag! Sag ihm unsern Dank! Er soll nur werden! Und Du „Vortrupp", mit allen Deinen Brüdern und Schwestern, Ihr sollt, Ihr dürft nicht müde werden! Nimmermehr! Bald kommen und helfen wir auch! Bald kommt die Zeit, die so viel wachsen läßt. . .

Funker F. ... A./2. ... In unserem „Fähnlein Neu-Ruppin" (Freundeskreis der Lebensreformer beim Funkenkommando) werden die Hefte, die ich sofort weitergebe, stets gern gelesen. ...

Für den Inhalt verantwortlich: Franziskus Hähnel, Hamburg. Verlag von Alfred Janssen, Hamburg.
Druck von Breitkopf & Härtel, Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

7. Jahrgang Nr. 20 — Der Vortrupp — 16. Oktober 1918

Herausgegeben von Dr. Hermann M. Popert, Hamburg. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg.

Mitteilungen des Deutschen Vortrupp-Bundes

In zwangloser Reihenfolge einmal vierteljährlich
als Beilage zum „Vortrupp" für die Vortrupp-Gruppen und Vortrupp-Freunde
herausgegeben von der
Geschäftsführung des „Deutschen Vortrupp-Bundes"

Nr. 4 — 1918

Mein Vortrupp-Erlebnis.

Seit den letzten 20 Jahren kann man vielfach das Wort „Erlebnis" hören und lesen, besonders wenn es sich um religiöse Dinge handelt. Was bedeutet dieses Wort eigentlich, was hat es für einen Inhalt? Während noch vor etwa 25 Jahren Albert Roderich dichtete:

Glaubt nicht, daß Erfahrung sich webt
Aus einer Reihe von Jahren!
Nicht alle, die vieles erlebt,
Haben zugleich auch vieles erfahren" —,

während also der Dichter mit diesen Worten der Erfahrung eine höhere Stufe zuweist als dem bloßen Erleben, verfährt unser heutiger Sprachgebrauch umgekehrt. Von einem „Erlebnis" spricht jemand, wenn irgendein Ereignis einen tiefen und nachhaltigen Eindruck auf ihn macht, wenn es umgestaltend, erneuernd, befruchtend auf sein inneres Leben und unter Umständen auch richtunggebend auf sein äußeres Leben eingewirkt hat, wenn es seinen Blick geweitet, seine Erkenntnis in irgendeiner Beziehung vertieft oder geklärt hat, wenn — kurz gesagt! — dieses Ereignis zu einem wichtigen und wesentlichen Baustein seines Ichs geworden ist.

Wie ein solches Erlebnis hat auf mich das erste Erscheinen des „Vortrupp" gewirkt, und mancher Bundesbruder im Vortruppbund wird vielleicht verwandte Stimmungen und Gedanken in sich angeregt fühlen, wenn ich im folgenden mein Vortrupp-Erlebnis mitzuteilen versuche.

Am Sonnabend, den 13. Januar 1912 hatte ich in meiner Tertia gerade die Geschichte Heinrichs I. besprochen und dabei hervorheben müssen, daß dieser Mann neben Ludwig dem Deutschen die Bezeichnung eines Gründers des Deutschen Reiches besonders auch deshalb verdiene, weil er die Lotharinger den übrigen deutschen Stämmen anzugliedern verstanden hat. Die Zwischenfrage eines Schülers zwang mich, von dem in der Stunde vorschriftsmäßig zu erledigenden „Pensum" etwas abzuschweifen und in umfassender Weise einen ganz kurzen Ausblick auf die späteren Geschicke dieses durch die geschichtlichen Verhältnisse bald nach Osten, bald nach Westen gerissenen deutschen Grenzgebietes zu geben, um endlich mit der Bedeutung des Jahres 1870/71 abzuschließen, indem ich mit sinngemäßer Änderung das Wort des römischen Dichters anführte: Tantae molis erat Germanam condere gentem*). Ich selbst war bei dieser ganzen Darlegung warm geworden, und diese Stimmung hielt auch noch nach, als ich meinen gewohnten, einsamen Nachmittagspaziergang machte. Aber meine Vormittagsgedanken spannen sich bei diesem Gange weiter aus und machten allmählich trüben Erwägungen Platz, wie sie sich schon seit meiner Universitätszeit immer eingestellt hatten, wenn ich auf das blickte, was man die deutsche Kultur zu nennen pflegte. Politisch waren wir ja ein Volk geworden und damit groß unter den übrigen Völkern; wirtschaftlich hatten wir einen fast beängstigend raschen, gewaltigen Aufschwung genommen und damit Achtung und — Eifersucht, Neid und Haß bei anderen Völkern geweckt. Aber damit konnte doch die weltgeschichtliche Aufgabe des deutschen Volkes kaum erledigt sein, dieses Volkes, an dessen Wesen nach Geibels stolzem Wort noch einmal die Welt genesen soll! „Genesen" — wovon? Wie heißt das ewig wuchernde Krebsgeschwür am Körper der Menschheit? Wie heißt der Weltfeind, der damit natürlich auch der Feind des deutschen Volkes ist?

*) So gewaltige Arbeit kostete es, ein deutsches Volk zu schaffen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dieser Feind aller Kulturentwicklung, d. h. aller geistig-sittlichen Veredlung der Menschheit, ist der Materialismus in allen seinen Auswirkungen und Erscheinungsformen, wie sie auch heißen mögen. Aber wird denn dieser Feind nicht bei uns schon kräftig bekämpft? O doch, Gottlob! Sehr viele Einzelne und eine stattliche Zahl von Vereinigungen sind ehrlich bemüht, diesen Geist des Materialismus und Mammonismus zu bannen und unschädlich zu machen. Aber der Erfolg — ach, wie gering! Und auf die Frage: „Woher kommt dieser geringe Erfolg?" konnte ich mir immer und immer wieder nur die trostlose Antwort geben: Die Überlegenheit des Sondergeistes über das Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl, die zähe Abneigung gegen jeden Verzicht auf die Sonderart zugunsten eines Gemeinsamen, Bindenden —: sie war es, die uns Deutsche nach außen hin, auf politisch-wirtschaftlichem Gebiet, so lange nicht an den Platz in der Völkerrunde kommen ließ, der uns von Gottes und Rechts wegen gebührt, sie ist es auch, die heute noch innerhalb der Volksgemeinschaft auf kulturellem Gebiet das Kämpfen und Streben der klarsten Gehirne, der heißesten Herzen nicht zu einem vollen Erfolg kommen läßt! Politisch haben wir einen Einiger gefunden: Bismarck; wann aber — so war immer der wehmütige Schluß meiner Erwägungen —, wann wird uns ein kultureller Bismarck beschieden sein, der die vielen für Veredlung und Verinnerlichung unseres Volkstums arbeitenden einzelnen Verbände und Verbändchen eint zu gemeinsamen Wirken, zu einmütigem Kampf gegen den Riesenfeind: Materialismus —? Wird in der „ernsten Geisterschlacht", zu der schon vor 100 Jahren Schenkendorf seine Deutschen warnend aufrief, nicht vielleicht dieser Materialismus Sieger bleiben über die verzettelten Trüpplein —?

In dieser trüben Stimmung war ich nach Hause gekommen. Auf meinem Arbeitstisch fand ich ein vom Buchhändler gesandtes Paket. Beim Öffnen fiel mir neben dem Kunstwart, der Bodenreform u. a. auch eine neue Zeitschrift ins Auge. „Der Vortrupp" stand mit großen, braunen Lettern auf schwarzem Grunde zu lesen; und darunter: „Halbmonatsschrift für das Deutschtum unserer Zeit." Was heißt das? Zeigt uns die Zeitschrift das Deutschtum wie es ist oder: wie es sein soll? Oder beides? Wahrscheinlich „Auch Einer" neben vielen anderen wackeren Rufern und Mahnern, die es alle ernst und grundehrlich meinen, von denen aber jeder sein eigen Sträßlein geht und dies Sträßlein für das allein richtige, allein zum echten nationalen Glück, zur geistig-sittlichen Gesundung des Volkes führende hält. — So dachte ich seufzend in meiner verdüsterten Stimmung, wollte aber gleichwohl das Heft nicht ungelesen den Weg alles Papiers in den Papierkorb hinab gehen lassen und blätterte — jedoch ohne tiefere Teilnahme — drin herum, um wenigstens zu entdecken, welches von den verschiedenen lebensreformerischen Gebieten die neue Zeitschrift zu pflegen sich vorgenommen habe. Am ersten Aufsatz, „Realpolitik" überschrieben, ging ich vorbei; ich konnte zunächst mit diesem Titel trotz der Anführungszeichen nicht viel anfangen. Von den folgenden Aufsätzen bekämpfte einer den Raubbau mit den Naturgaben in unseren Kolonien („— gut!"), ein anderer behandelte die Wichtigkeit der Frage des Auslanddeutschtums („— nicht übel!"), ein dritter die Ernährungsreform („— bravo!"), weitere Aufsätze und Besprechungen betrafen die Frauenfrage, das Freistudententum („alle Achtung!") und in besonders entschiedener Weise die Alkoholfrage. Ich wurde stutzig! Da war ja nicht nur, wie ich vorhin gemeint hatte, irgendeine einzelne Seite des deutschen Kulturlebens und -strebens besonders oder ausschließlich betont, sondern mehrere fanden hier gleichwertige Beachtung und Erörterung. Da durchzuckte mich mit einem Male der Gedanke: Sollte hier eine Zeitschrift ins Leben gerufen sein, welche allen in unserem Volke sich regenden Wachsen und Werden auf kulturellem Gebiet dienen will—? welche alle Schädlinge bekämpfen und ausrotten will, die diesem zukunftskräftigen Keimen feindlich sind —? Nun nahm ich noch den zuerst überschlagenen Leitaufsatz „Realpolitik" her, las und las und las— und als ich fertig war, hätte ich jubeln mögen: „Hier haben wir ja das, was ich alle die Jahre her so schmerzlich vermißte, was ich noch heute als „kulturellen Bismarck" ersehnte! Hier hat der neudeutsche Idealismus sein führendes Organ gefunden! Hier finden alle vereinzelt sich abmühenden Kulturarbeiter im deutschen Volk ihre Zusammenfassung!"

Da fällt mein Blick auf das Titelbild der ersten Umschlagseite, und sofort ist mir dessen symbolische Bedeutung klar. Ich weiß, wie ich euch nennen muß, euch sechs oder sieben jungen Männer! Dich vordersten begrüße ich als den Bodenreformer, du mit dem weisenden Finger bist mir der unerbittliche Feind des gewissenlosen Alkoholkapitals; hinter dir steht etwa der Mann, der den geschmackverseuchenden und moralzersetzenden Schund in

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Wort und Bild bekämpfen will, neben dir der Jüngling mit dem kühnen, freien Blick ist der Jungdeutsche, der frischen Geist in die Versammlungshallen unserer Studentenschaft bringen will, wo der Suff und das einen hohlen und äußerlichen Ehrbegriff züchtende Couleurgigerltum leider immer noch eine unberechtigt maßgebende Rolle spielen; und ihr andern heißt mir Wandervogel oder Siedler oder Schulreformer o. ä.; denn hinter euch kann man sich wohl noch einige heranschreitend denken —: jeder ein Vertreter irgendeiner von den in unserem Volke bereits bestehenden Aufartungsbestrebungen; aber nicht mehr getrennt von den anderen geht jeder seinen Weg, sondern auf einer Straße zieht ihr dahin, eng aneinander geschlossen und den Blick fest auf den Feind gerichtet, den ihr als den gemeinsamen erkannt habt. Wie es vor 1870 Badenser, Bayern, Preußen, Sachsen usw. gab, während jetzt alle, ohne jedoch ihre besondere Stammeseigenschaft aufzugeben, dem höheren, bindenden Begriff „Deutsche" sich willig untergeordnet und dadurch erst wirkliche Macht und Weltgeltung erlangt haben, so bildet ihr, welches einzelne Feld ihr auch bebauen mögt, in eurer Gesamtheit den Vortrupp, der bahnbrechend und wegweisend dem ganzen Volk in eine schönere Zukunft hinein voranzieht!

Und nicht etwa weichliche Ästheten sehe ich, die fern dem Brausen und Wogen des Alltags da draußen, fern dem Marktgewühl, dem Hasten und Raffen des Erwerbslebens, in arkadischer Schwärmerei eine Glückseligkeitsinsel suchen oder schaffen wollen —: dieser Genießeregoismus ist euch Sieben sicher fremd! Auch sehe ich euch nicht etwa sitzend über schwere Lebensprobleme grübeln oder sinnend auf einen Stab gelehnt hineinschauen in die Zeit und in das Leben, um dann das scharfsinnig Gefundene und klug Ersonnene anderen zu geistiger Verarbeitung und Aneignung mitzuteilen —: auch damit, mit dem bloßen Theoretisieren, seht ihr eure Lebensaufgabe nicht getan! Nein, hier sehe ich Männer der Tat, Kämpfer! Die Fäuste sind geballt oder um die Waffe gekrampft, alle Muskeln gespannt, die Beine verraten kräftiges Vorwärtsschreiten, die geschlossenen Lippen beharrliches Wollen, und die Augen sind auf ein Ziel gerichtet, auf das einer von euch mit energisch gestrecktem Arme hinweist. Und dieses Ziel — wir sehen es auf dem Bild nicht — kann nur sein: eine Heimat, in der ein geistig wie körperlich gesundes, sittlich reines, schaffensfrohes Volk von Brüdern wohnt, von Brüdern, die sich nicht, wie heute, gegenseitig als Ausbeutungsobjekt betrachten, sondern die einander fördern, achten, lieben. Aber eure Waffen, eure ganze Haltung zeigen, daß es auf dem Wege zum erstrebten Ziel zähe und schwere Kämpfe zu bestehen gilt. Und euer gemeinsamer Feind heißt Materialismus. Mit diesem Worte nennen wir ihn, mag er auch mehr Köpfe haben als die bekannte Hydra, mag er auch Namen und Gestalt wechseln können wie Proteus!

Wenn ich euch Sieben so betrachte, kommt mir das Gleichnis von den sieben Stäben in den Sinn, die — vereinzelt! — leicht zerbrochen wurden, aber, zu einem Bündel zusammengefaßt, unzerbrechlich waren. So rannte ihr bis jetzt einzeln mit eurer mehr oder weniger dünnen Eisenstange gegen den riesigen Turm heran, in dem der Materialismus und der Mammonismus mit allen ihren freiwilligen und unfreiwilligen, bewußten und unbewußten Helfern sitzen und den Weg zum schöneren, freieren, glücklicheren Deutschland sperren. Sie spotteten bisher eurer ohnmächtigen Eisenstänglein, die einzeln an verschiedenen Stellen des Turmes anrannten und kaum den Bewurf abbröckeln machten. Aber jetzt sind eure Eisenstäbe zu einem starken Mauerbrecher zusammengeschlossen, der, von euren kräftigen Armen geführt, wuchtige Stöße gegen jenen Turm richtet. Und das Eisenband, das eure Einzelstäbe zusammenschließt, soll und will der Vortrupp sein! Werdet nicht müde im treuen Zusammenstehen, führt immer wieder eure Stöße, bis jener Turm wankt und stürzt und der Weg frei wird! — Habe ich euch recht erkannt und benannt, ihr sieben Jungmannen auf dem Titelbild des „Vortrupp"? — —

In dieser Stunde war ich Vortruppler geworden! Im Grunde genommen war ich's ja schon vorher gewesen; nur bewußt war ich mir's geworden, in dieser Stunde, wo meine jahrelange Sehnsucht greifbare Wirklichkeit gefunden hatte. Und wie ich, so mußten sicher in Deutschland noch viele Hunderte, ja: Tausende fühlen; war doch nach meiner Überzeugung der Vortruppgedanke ein mächtiger Magnet, hineingeworfen ins deutsche Volk: wie die Eisenspäne dem Magnet, so mußten auch von allen Seiten die vielen Einzelnen, die schon vorher von Vortruppgeist erfüllt waren, dieser neuen Zeitschrift zufliegen. —

Am selben Abend sprach ich im Kreis der Freunde und Bekannten von der neuen Zeitschrift und ihrer Bedeutung; es gab — auch in der Folgezeit noch! — angeregte, vielleicht

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

auch erregte Erörterungen für und gegen meine Forderung eines „kulturellen Bismarck". Und wie vollends die zweite Nummer des „Vortrupp" eintraf und auf der ersten Seite den führenden Satz, das Leitmotiv des Vortrupp-Programms brachte: „Das Deutschtum unserer Zeit ist das Deutschtum der Werdenden. Wer diesem Deutschtum dienen will, muß dem Werdenden dienen: allem Gesunden, was in unserem Volk und Land wächst und wird" —, da wußte ich, daß ich den „Vortrupp", sein Wesen und sein Wollen, schon in der ersten Stunde seines Erscheinens richtig erkannt hatte; das Wort „allem" bestätigte es. Dieser große Einigungsgedanke war es, der mich zum Vortruppler machte, und ich weiß, daß nichts mich vom Vortrupp abbringen kann, nichts und niemand als — der „Vortrupp" selbst, wenn er je seinem von Anfang an verkündeten und vertretenen Einigungsgedanken untreu werden sollte. Aber das wird er nie; denn auf ihn allein gründet sich ja seine Existenzberechtigung. —

Warum nun, liebe Vortruppfreunde im weiten deutschen Vaterland, warum habe ich euch dieses mein Vortrupp-Erlebnis mitgeteilt?

Es ist mehr als wahrscheinlich, daß der „Vortrupp", durch die furchtbar-ernsten Zeitverhältnisse gedrängt, auch zu allen den Tagesfragen Stellung nehmen wird, die man mit dem Wort „Politik" zusammenfaßt, also auf ein Gebiet sich begeben wird, das nach der Meinung vieler mit eigentlicher Kulturarbeit im engeren Sinne nur schwer vereinbar ist. Für diese Zeit von Kämpfen und Arbeiten, die manchem neuartig erscheinen mögen, braucht der „Vortrupp" neben klarsehenden und entschlossenen Führern auch willige Gefolgsmannen. Da ist wohl die Mahnung angebracht, daß jeder einzelne Vortruppler sich prüfe, ob er auch weiterhin treue Gefolgschaft dem „Vortrupp" zu leisten bereit ist. Aber um zu dieser Bereitschaft zu gelangen, kann man nicht an der Frage vorbeikommen: „Was hat mich denn in den Vortruppbund geführt? Was habe ich in ihm gesucht und was hat er mir gegeben?" Was dich nun auch in die Reihen des Vortrupp geführt haben mag, das werbende Wort des Freundes, der sich bereits dem Vortrupp angeschlossen hatte, oder das Verlangen nach einer veredelten Geselligkeit im Kreise gleichgesinnter und gleichgestimmter Genossen, mag dein Vortrupp-Erlebnis dem meinigen verwandt oder anders geartet gewesen sein, — ich frage dich: „Hat dein Verweilen in den Reihen des Vortrupps dir den Vortruppglauben geweckt, gefördert, gefestigt?" Vortruppglauben aber nenne ich den Glauben, daß aus dieser „schweren Not der Zeit und Zeit der schweren Not" ein ernstes und reines, freies und frohes, gesundes deutsches Volkstum hervorgehen muß und hervorgehen wird, wenn wir „alle brüderlich mit Herz und Hand danach streben".

Hast du diesen Glauben?

Wollen wir doch, liebe Freunde, die biblische Mahnung beherzigen, daß ein jeder seines Glaubens gewiß sein soll!

K. M. (Vortrupp Nürnberg.)

Aus der Vortrupp-Arbeit

Vortrupp Bautzen. Am 27. April sprach Frl. Gustel v. Blücher aus Dresden überzeugend und klar über die Alkoholfrage, der die Frauenbewegung ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden müsse, vor allem auch dem von ihr gegründeten „Jugenddank", der die Jugendlichen, die ihm beitreten, verpflichtet, bis zum Kriegsende mit Einschluß der Friedensfeier Enthaltsamkeit von geistigen Getränken zu üben. Da Mitglieder der Guttempler-Wehrloge Spreetal anwesend waren, bot sich mit ihnen gleich ein Stamm für den „Jugenddank" in Bautzen.

Am 8. Juni berichteten Frl. Sauer und Frl. Reichardt in anregender Weise über Schulkinderfürsorge, veranlaßt durch den diesbezüglichen Kursus, der einige Zeit vorher in Dresden stattgefunden hatte. R. H.

*

Vortrupp Hannover. Unsere Ortsgruppe ist seit dem 13. Juni wieder am Leben. Wir widmeten uns zunächst äußerer, dann innerer Persönlichkeitsbildung als zielstarke Grundlage aller Lebenserneuerung. Zu diesem Zwecke wurden Vorträge gehalten über Wollen und Wirken des Vortrupps, Anredeform, Kleiderfragen, Ernährungsfragen, Körperpflege, Körperbildung und über Gesundheit an Leib und Seele. Im Anschluß an die gehaltenen Vorträge sprachen wir über das Gehörte. Mit den dann folgenden zwei Vorträgen über altgermanische Götterverehrung und deutschgermanischen Glauben eröffnen wir eine Reihe von Vorträgen, die nur dem religiösen Leben gewidmet sind. — Zur

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

sozialen Betätigung fanden wir bislang noch keine Gelegenheit. Unser Bemühen, zu gemeinsamer Arbeit mit gleichartigen Bestrebungen, von denen wir ein Sammelverzeichnis aufstellen, Fühlung zu gewinnen, scheiterte bislang an der hier sehr stark ausgebildeten Eigenbrödelei. Aber wir hoffen, daß die Kräfte des Guten sich finden werden. — Wir sind fleißig auf der Suche nach einem gemütlichen eigenen Heim. — Als Neuerung führten wir einen regen Schriftenaustausch ein, über dessen Einrichtung hier wegen Raummangel näheres nicht mitgeteilt werden kann. Wir geben aber anderen Ortsgruppen gern nähere Auskunft.

Franz Hagel, Im Moore 23, I.

*

Vortrupp München. Unsere Besprechungsabende über „Zukunftsfragen der Menschheit" im Arbeitermuseum erfreuten sich weiterhin reger Beteiligung, so daß wir sie bis in den Sommer hinein fortsetzten. Unter den „Ursachen der Entartung" behandelte unser Obmann Dr. Th. Christen, an der Hand seines Buches über „Die menschliche Fortpflanzung, ihre Gesundung und ihre Veredelung", von dem schon die 3. Auflage vorliegt, eingehender den Alkoholismus und die Geschlechtskrankheiten. Mehrere Abende hindurch beschäftigte uns sodann die volkswirtschaftliche Seite der Fortpflanzungsfrage, insbesondere das Verhältnis der Frau zum Bodenrecht und die Überwindung des Kapitalismus. Hier wies uns die Freiland- und Freigeldlehre Silvio Gesells den gangbaren und erlösenden Ausweg, empor zu einer freien, gerechten und natürlichen Wirtschaftsordnung.

Als ein gutes Mittel zu gegenseitigem Bekanntwerden erwies sich unsere Einrichtung, daß je ein anwesender Vertreter Wesen und Ziele seiner Vereinigung darlegte. So kamen neben dem Deutschen Vortrupp-Bunde zu Wort: der Bund deutscher Bodenreformer, der Deutsche Verein Freiland, dem unsere Ortsgruppe daraufhin als körperschaftliches Mitglied beigetreten ist, der neutrale Guttemplerorden, der Bund abstinenter Frauen und der Frauenverein gegen Alkoholismus, die Gesellschaft für Rassenhygiene, der Kreuzbündnis-Verein abstinenter Katholiken, die Esperanto-Leserunde, die Loge zum aufsteigenden Leben (Nacktkultur), der Bayerische Wehrkraftverein und der Pfadfinderbund und die Freideutsche Jugend.

Zahlreiche Zeit- und Werbeschriften wurden verteilt oder verkauft, z. T. auch im engeren Kreis in Rundlauf gesetzt. Wir sammelten auch Unterschriften für die Eingabe der „Deutschen Warte" an den Reichstag (Bodenbesteuerung anstatt Steuern und Zölle auf alkoholfreie Getränke).

Einen würdigen Abschluß unserer Veranstaltungen bildete ein Vortrag von Amtsrichter a. D. Dr. Otto Bauer über das Pollard-System (Trinkerbewährung).

Die folgenden Sommerwochen hindurch sind wir jeden Dienstag zwanglos im „Ethos" zusammengekommen. Will Richter.

*

Vortrupp Nürnberg. 2. (Sommer-) Bericht 1918. Seit unserem in Nr. 2 der „Mitteilungen" erschienenen Bericht hatten wir wieder ein reiches Maß Arbeit abzuwickeln, da zu unserer Freude sich unsere in den vorhergegangenen Jahren verrichtete Säearbeit und das Fragen nach unserer Ortsgruppe, nach ihren Zielen und nach ihrem Wirken immer mehr bemerkbar machen. Wir durften auch in diesem Sommer wieder manchen neuen Freund sich uns anschließen sehen, so daß wir darin bestärkt werden, auf dem richtigen Wege zu sein und uns lediglich zu bemühen haben, tapfer weiter zu arbeiten, trotz schwacher Kraft und kärglicher Freizeit.

Unsere Wandergruppe hat sich inzwischen innerlich gefestigt und auch nach außen hin insofern einen Fortschritt zu verzeichnen, als sie ein schön gelegenes Bauernhaus auf längere Zeit als Landheim erwerben konnte. Unsere Wanderungen finden nun allwöchentlich statt und erfreuen sich ebenso wie die Singabende reger Teilnahme, obwohl schon wieder einige Jungen zum Militärdienst einrücken mußten und uns außerdem der Krieg drei liebe Freunde raubte, deren wir in Treue gedenken werden.

Im Juni begannen wir durch einen Einführungsvortrag des Herrn Direktor Weiskopf, Fürth-Sonnenblick, mit unseren Bodenreform-Leseabenden. Sie erfreuen sich reger Teilnahme. Es wurden bereits einige neue Freunde für die Bodenreform gewonnen darunter auch ein lebenslängliches Mitglied.

In letzter Zeit stand die Alkoholfrage im Mittelpunkt unserer Arbeitsabende, und das Ergebnis war, daß sich fünf unserer Besten den Guttemplern angeschlossen haben, nachdem unser Freund R. Wappler durch einige Vorträge in vorzüglicher Weise die Schäden des Alkohols dargelegt hatte. Die sich daran anschließenden Aussprachen zeigten, daß die meisten unserer Freunde bereit sind, vollständig enthaltsam zu leben. Es darf auch hier unsere Ortsgruppe für sich in Anspruch nehmen, die während dieses Krieges in Nürnberg leider schlafende Guttemplerarbeit zu neuem Leben erweckt zu haben. Wir versprechen uns auch weiterhin gute Erfolge davon. Aus diesem Anlaß wurde eine Wehrloge bereits neu gegründet, die die Vortruppleute aufnahm.

Anfang Juli wurde uns durch die Freundlichkeit des Herrn Taubstummenlehrers Meister ein anziehender, sehr wertvoller Vortrag über die Ausbildung der Taubstummen geboten. Der Vortragende verstand es, uns einen Einblick in das Leben unserer taubstummen Mitmenschen tun zu lassen, und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

erschreckend kam uns auch hier zum Bewußtsein, daß der Alkohol mit an erster Stelle steht, solche Schäden herbeizuführen Wir wollen es nicht vergessen, daß uns der Redner darauf aufmerksam machte, daß diese Kinder gerade seitens der Eltern oft am wenigsten Fürsorge genießen, obwohl sie doch von ihnen am ehesten auf Verständnis rechnen dürften. Es ist auch hier ein weites Feld, manchen unserer Volksgenossen helfend zur Seite zu stehen.

Herr Prof. Dr. Rée hat freundlicherweise unserer Gruppe gestattet, sich an den in gewissen Abständen stattfindenden Gängen durch Kirchen und Kapellen zu beteiligen, um die diesen Baulichkeiten eigenen Kunstwerte kennen zu lernen. Auch diese Einrichtung erfreut sich reger Beteiligung.

Die Einrichtung unserer Bücherei schreitet rüstig vorwärts. Wir erhielten bis jetzt reichliche Zuweisungen lieber Freunde. Dem Verein für deutsche Frauenkleidung danken wir an dieser Stelle auch für Gewährung des so zweckmäßigen Raumes zur Aufstellung unseres Bücherschrankes.

Für die kommenden Monate haben wir Herrn Landesgerichtsdirektor Lauchert für einen Vortrag „Bosnien und die Herzegowina" mit Lichtbildern gewonnen. Der Reinertrag aus dieser Veranstaltung wird wieder unserem Grundstock für Kriegerheimstätten zugeführt werden. Außerdem wird unser Freund Herr Röder in drei öffentlichen Vorträgen über das „Soziale Problem" sprechen, und ferner wird unser Freund Herr Walter Maisch im Verein mit einigen Kunstgenossen uns einen öffentlichen musikalischen Abend bieten, dessen Reinertrag für unser Landheim Verwendung finden soll..

Wir haben inzwischen innerhalb Bayerns mit verschiedenen Gruppen und einflußreichen Freunden Fühlung gesucht und gefunden, um die Vortruppbewegung in unserem Land zu fördern, Anregungen zu geben und zu empfangen, Fragen zu behandeln, zu deren Lösung durch gemeinsames Vorgehen bessere Aussicht bestehen dürfte.

So wollen wir nun auch weiterwirken, damit unsere Treuen, die draußen im wogenden Kampf stehen, uns nicht müßig wähnen, sondern sich freuen, wenn sie nach ihrer Rückkehr ein tüchtiges Stück Weges geschaffen sehen. Heinrich Weinlein, Obmann.

*

Vortrupp Offenbach. In Offenbach a. Main wurde soeben eine Ortsgruppe des Deutschen Vortrupp-Bundes mit einer guten Zahl von begeisterten Mitgliedern begründet, die es sich zur Aufgabe gesetzt haben, den Vortrupp-Idealen neuen breiten Boden zu gewinnen. Die Geschäftsstelle befindet sich Offenbach, Karlstr. 10. Dahin wollen sich alle Freunde wenden, die dem „Vortrupp" Offenbach sich anschließen wollen.

*

Vortrupp Oldenburg. Im Anschluß an unserm letzten Bericht in Nr. 2 der „Mitteilungen" d. J. ist noch nachzutragen, daß am 2. Pfingsttage unsere Vortruppgruppe sich an der hiesigen Tagung der Guttemplerlogen beteiligte. Der Unterzeichnete sprach als zweiter Vortragender nach Johs. Thiken über „Die Nüchternheitsbewegung als Grundlage aller Lebensreformbestrebungen und die Stellung des ‚Vortrupp' zur Alkoholfrage." — Durch ein besonderes Flugblatt über die Erfassung und Verwertung von Wildgemüse und Wildfrucht haben wir uns an alle Schulen im Herzogtum gewendet und hoffen damit ein gut Stück notwendiger Heimarbeit zu leisten. H. Schütte.

*

Vortrupp Riga. Wiederholt ist von den hiesigen Freunden „Der Vortrupp" in den Feldbuchhandlungen verlangt worden. Er konnte aber nicht geliefert werden, da er dort nicht geführt wurde. Auf eine diesbezügliche Eingabe des Vortrupp-Verlages Alfred Janssen erfolgte ein ablehnender Bescheid. Der Vortrupp-Verlag wandte sich dann an seinen Rechtsbeistand mit der Bitte, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden. Für die Freunde und Bezieher des „Vortrupp" in Riga und Umgegend teilen wir nachstehend die unserem Rechtsbeistande unter dem 5. Juli 1918 gewordene Antwort mit:

Presseabteilung
beim Oberbefehlshaber Ost
General beim Stabe
Tgb.-Nr. I/3697.

Hauptquartier Ost, den 5. Juli 1918.

Ew. Hochwohlgeboren

sind von dem Verlag des „Vortrupp" nicht ausreichend unterrichtet worden*). Die Zeitschrift „Der Vortrupp" kann von allen Heeresangehörigen und Landeseinwohnern des Gebietes Ob. Ost im Einzelbezug durch die Feld- bzw. Reichspost selbstverständlich ohne weiteres gehalten werden. Ein Massenvertrieb in den Feldbuchhandlungen kann aber augenblicklich nicht zugelassen werden. Die Presseabteilung ist sehr wohl über die Richtung des „Vortrupp" orientiert. Es kann aber aus Gründen der postalischen Überwachung, die augenblicklich unbedingt erforderlich ist, nur eine beschränkte Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften für den Massenbezug zugelassen werden. Eine Auswahl ist erfolgt. Der Oberbefehlshaber Ost kann aus Gründen der Gerechtigkeit zugunsten einer einzelnen Zeitschrift eine Ausnahme nicht machen. Ew. Hochwohlgeboren wollen

*) Darin irrt die Presseabteilung. Wir hatten unserm Rechtsbeistande mitgeteilt, was wir wußten und wissen konnten.
Vortrupp-Verlag.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gerade daraus, daß diese, wie Ew. Hochwohlgeboren selbst sagen, wertvolle und verdienstreiche Zeitschrift nicht für den Massenbezug gestattet wird, ersehen, mit welcher Objektivität die Presseabteilung Ob. Ost ihrer Aufgabe gerecht zu werden versucht. J. V.

gez. Wenzel.

*

Wirtschaftsreformerische Lese-Runde (W. L. R.). Um die Freunde volkswirtschaftlicher Erneuerungsbestrebungen innerhalb des Deutschen Vortrupp-Bundes in engere Fühlung miteinander zu bringen, die „Wirtschaftsreformerischen Lese-Runde" (W. L. R.) nach dem Vorbild der Alkoholgegnerischen Leserunde (A. L. R.) und der Esperanto Lega Rondo (E. L. R.) eingerichtet werden. Insbesondere soll die W. L. R. Fragen der Bodenrechts- und Währungsreformen durch Rundbriefe und Schriftenaustausch behandeln. Ortsgruppen und Vortruppfreunde, die sich der W. L. R. anzuschließen oder Näheres über sie zu erfahren wünschen, werden gebeten, sich zu wenden an

Unteroffizier Will Richter,
München, Pettenkoferstraße 40.

*

Esperanto-Leserunde (E. L. R.). Zuschriften sind fortab zu richten nach Regensburg (Bayern), Spiegelgasse 3, I. Aufklärende Schriften kostenlos.

Auf Veranlassung der E. L. R. wurden der Geschäftsstelle des „Deutschen Vortrupp-Bundes" von der „Deutschen Esperanto-Zentrale" in Dresden eine Anzahl Aufklärungsschriften zur Weiterverbreitung überwiesen.

*

Arbeit in der Gegenwart für die Zukunft. Der schwere Kampf der Lebensreformer erfordert Zusammenfassung aller aufwärts strebenden Kräfte; die Eigenart der Einzelziele erfordert Arbeitsteilung. Die richtige Verbindung von Zusammenfassung und Arbeitsteilung zu finden, ist Aufgabe der Organisation. Der Vortrupp-Bund umfaßt die Gesamtheit aller lebensreformerischen Ziele; doch eine Gliederung nach Sachgebieten fehlte ihm bisher. Allmählich müssen die geeigneten Formen gefunden werden, diesem Mangel abzuhelfen. Die Kriegsverhältnisse, die sonst jede Arbeit erschweren, erleichtern die Vorarbeiten auf diesem Gebiet. Einen Ansatz zu sachlicher Gliederung innerhalb des D. V.-B. bieten drei Kriegsschöpfungen, nämlich die dem D. V.-B als körperschaftliche Mitglieder angeschlossenen Leserunden, die Alkoholgegnerische Leserunde (Vorsitzender Dr. jur. Tichauer Geschäftsstelle: Charlottenburg, Schlüterstr. 25), die Esperanto-Leserunde (Vorsitzender Hans Meier; Geschäftsführer J. Köstner, Regensburg, Bay., Spiegelgasse 3, I) und die Wirtschaftsreformerische Leserunde (W. L. R.) (Geschäftsführer: Unteroff. Will Richter, München, Pettenkoferstr. 40). Die Gründung weiterer Leserunden, namentlich für Bodenreform, ist empfehlenswert. Die Runden können mehr leisten als ihr Name vermuten läßt, wie die Erfahrung zeigt. Die Leiter der z. Z. arbeitenden örtlichen Vortrupp-Gruppen werden gut tun, mit den genannten Leserunden Verbindung zu suchen und aufrecht zu erhalten. Dr. T.

*

Den Heldentod für unser Vaterland fanden die nachstehend genannten Vortruppfreunde. (Zum Teil verspätet gemeldet.) Wir werden ihrer in Treue gedenken.

Henkel aus Ziegenrück, Leutnant d. R. (Gefallen August 1917.)

P. Cronacher, Student der Fachwissenschaft aus Effelder, Leutnant d. R. (Gefallen 1918.)

Detmering, Vizewachtmeister. (Gefallen 1918.)

Hermann Weinläder, Lehrer aus Dornstetten, Musketier. (Gefallen am 5. April 1918.)

Karl Wende aus Berlin. (Gefallen am 27. Mai 1918.)

Wilhelm Kettling, Leutnant und Komp.-Führer. (Gefallen Juli 1918.)

Friedr. Schaumburg aus Berlin, Offz.-Stellvertreter. (Gefallen Juli 1918.)

Franz Wrenger, Werkzeugschlosser aus Bielefeld, Sergeant. (Gefallen Juli 1918.)

August Barkemeyer, Lehrer aus Osternburg. (Gefallen August 1918.)

Heinz Behrens aus Bremen, Sergeant. (Gefallen August 1918.)

Hinz, Missionsarbeiter aus Neuvorwerk, Gefreiter. (Gefallen August 1918.)

Wolf Hofmann, Leutnant und Komp.-Führer. (Gefallen August 1918.)

Georg Kiefer, Kunsttischler aus Gelsenkirchen, Funker. (Gefallen August 1918.)

Albrecht Lange, Leutnant d. R. (Gefallen August 1918.)

Dr. Oehlckers aus Lesum b. Bremen, Leutnant. (Gefall. August 1918.)

Wilh. Schäder, Eis.-Unterassistent aus Düsseldorf, Fahrer. (Gefallen August 1918.)

Georg Schultz-Ipsen, Gefreiter, Handlungsgehilfe aus Hamburg. (Gefallen September 1918.)

Paul Krönlein, Torpedomaschinistenmaat. (Mit seinem Boot auf See geblieben am 3. Oktober.)

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Aus Feldzuschriften.

R. Gr., In Stellung i. W. 20. V., Mitternacht. . . . Mehr und mehr komme ich zu der Erkenntnis, daß ich Vortruppler war, ehe ich ihn kannte. Meine Beschäftigung mit den Wandervogel-Bewegungen, der Abstinenz, dem Dürerbund, J. O. G. T., Kunstwart usw. führten mich allerdings dahin. Und „Helmut Harringa" zeigte mir dann, welchen Weg ich gehen sollte. Die Einseitigkeit, die einigen von den eben erwähnten Organisationen anhaftet, die fehlt dem Vortruppbunde Gott sei Dank. Alles was die anderen einzeln für sich erstreben wollen, zusammengefaßt, einiges Überspannte abgezogen, ist Vortrupp-Ziel. Durch eine harte Schule, die ich gehabt habe, die nach außen mich abschließen ließ (aus eigenem Willen), kam ich dazu, selbst an mir zu arbeiten. . . . Glücklicherweise hatten meine Eltern rechtes Verständnis für meine besonderen Neigungen und ließen mir freie Bahn. Jetzt wollte ich in meiner Schule sein, bei meinen Buben, jetzt weiß ich, was ich will. Rechnet mich zu euch, ich bin Vortruppler und werde mich auch äußerlich dem Bunde anschließen. . . .

Tel. W. B., im Felde. . . . Das erste Oktoberheft ist mir wegen der ganz vorzüglichen Beiträge besonders lieb. Ihrer Schrift bringe ich schon seit Jahren Interesse entgegen und möchte ihr die weiteste Verbreitung wünschen.

W., Mar. J. O. „. . . Ganz besonders interessierten mich die Vortruppflugblätter und der „Vortrupp". Für die regelmäßige Zusendung des letzteren bin ich sehr dankbar. Der überzeugende, klare Inhalt fesselt mich ungemein. In dieser Vortruppbewegung steckt eine Lebenskraft, die einen mit sich reißt, ob man will oder nicht. Wenigstens geht es mir so . . ."

Leutnant H., Res.-Inf.-Rgt. 245. . . Zur Verbreitung des „Vortrupp" möchte ich bei dieser Gelegenheit Ihnen noch folgenden Hinweis geben: Ich frage beim Besuch fremder Städte in Reformwirtschaften regelmäßig nach dem „Vortrupp", gelegentlich auch in öffentlichen Lesesälen. Man nimmt in ersteren allerdings aber oft nur auf Gesundheitsphilister Rücksicht und beschränkt sich auf rein vegetarische und auf Naturheilzeitschriften und hat für höhere Gesichtspunkte, wie „Der Vortrupp" sie bietet, kein Verständnis. (Leider nur zu oft zutreffend. Doch kann durch persönliche unermüdliche Einwirkung viel geändert werden, zum großen Vorteil dann auch der betr. Besitzer. Die Schriftleitung.) In Wirtschaften wie in Lesesälen könnten einheimische Vortrupp-Freunde für Anschaffung der Zeitschrift sorgen, vielleicht auch einen Jahrgang schenken . . . .

M B., Ers.-Btl. XII/13. . . . „Der Vortrupp" ist mir hier so ans Herz gewachsen, daß ich ihn nicht mehr missen möchte. Ganz besonders wohltuend und erfrischend zwischen all dem Geschreibsel unserer übernationalen Blätter ist seine Stellung zum Kriege, bzw. dem Kriegsende. . . .

R. St., 2. bay. Geb.M.Gew.K., P. . . . Für die regelmäßige Zustellung des „Vortrupp" besten Dank. Er wird auch hier in Italien von manchem hungrigen Geiste gelesen. Ganz besonders finden die politischen Studien von Fidelis unsern Beifall. . . .

Vizewachtmstr. **M. L.** in B. . . . Ich habe den „Vortrupp" stets mit großem Interesse gelesen und möchte ihn nicht missen.

Aus der Heimat.

Heinrich Mann, der bekannte Dichter, schreibt: „Ihre mir gütigst übersandten Aufsätze ‚Lohn der Opfer' und ‚Haag' habe ich gern gelesen und wünsche, daß recht viele durch Sie überzeugt werden. . . ."

Werbemittel

Preise unter Voreinsendung des Betrages oder unter Nachnahme mit Anrechnung der halben Zustellungsgebühren.

Wir bitten, die durch die Erhöhung der Papier- und Druckpreise notwendig gewordenen Preisänderungen zu beachten.

(Die früheren Preise sind damit aufgehoben.)

Vortrupp-Briefbogen und Umschläge für den persönlichen Briefwechsel sind zur Zeit vergriffen.

100	Verschlußmarken . .	M. 0.50
200	„ . .	M. 1.—
500	„ . .	M. 2.25
1000	„ . .	M. 4.—
500	Büchereizeichen mit eigenem Namen	M. 10.—
250	Büchereizeichen usw.	M. 8.—
125	Büchereizeichen usw.	M. 6.50
250	Büchereizeichen in Zweifarbendruck	M. 20.—
125	Büchereizeichen in Zweifarbendruck	M. 16.—

Sämtliche Bestellungen sind

An die Geschäftsstelle des Deutschen Vortrupp-Bundes

Hamburg, Spitalerstr. 12,

zu richten, sämtliche Zahlungen jedoch auf Postscheckkonto Nr. 1852, Alfred Jansen, Hamburg zu leisten.

Für den Inhalt verantwortlich: Franziskus Hähnel, Hamburg. Verlag von Alfred Jansen, Hamburg.
Druck von Breitkopf & Härtel, Leipzig.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

:: Verlag von Ernst Reinhardt in München ::

Soeben erschien:

Politische Ethik und Politische Pädagogik

Mit besonderer Berücksichtigung der kommenden deutschen Aufgaben

Dritte stark erweiterte Auflage der „Staatsbürgerlichen Erziehung"

von

Fr. W. Foerster

o. Professor der Philosophie und Pädagogik
an der Universität München

544 Seiten. Preis brosch. M. 12.—, geb. M. 14.40

Man mag sich zu Foersters Ansichten stellen, wie man will, sicher ist das eine, daß die Entwicklung der Dinge ihnen recht gegeben hat und daß die kommende Zeit sich mit ihnen auseinandersetzen muß, ob sie will oder nicht.

In diesem grundlegenden Werke setzt er sich von einer hohen Warte mit den Grundlagen des bisherigen politischen Systems auseinander. Der Leser wird darin alles finden, was unsere Zeit bewegt und manches wird ihm in neuem Lichte erscheinen, so daß der richtige Titel des Buches eigentlich wäre: Die politischen Grundlagen des 20. Jahrhunderts.

Er schreibt im Vorwort u. a.: „Ich bin natürlich nicht im Unklaren darüber, daß eine ganze Reihe von Kapiteln des vorliegenden Buches mir die lebhaftesten Angriffe zuziehen werden erstens von seiten vieler Leute, deren Reden und Schreiben unverkennbar mitschuldig ist an dem gegenwärtigen Weltunheil, dann aber auch von seiten vieler der Besten unseres Volkes, die ihre Überzeugung nach bestem Wissen und Gewissen und in ehrlichster Auseinandersetzung mit dem, was ihnen als Lebenswirklichkeit erschien, errungen haben und die nun aus den Irrgängen der Machtphilosophie nicht mehr herauszufinden wissen: ihnen Schmerzen zufügen zu müssen, ist mir selber ein aufrichtiger Schmerz. Darüber kann mich nur das unerschütterliche Bewußtsein hinwegheben, daß mein Buch vielleicht ein wenig dazu beitragen kann, daß in einem Augenblick, wo eine Anschauung als Irrtum erkannt wird, die die deutsche Seele jahrzehntelang leidenschaftlich erfüllt hat, dem deutschen Volke ein hoffnungsvoller Ausblick gegeben wird, wie es ein neues Verhältnis zur umgebenden Welt gewinnen und doch seiner tiefsten Eigenart die Treue bewahren könne: ja wie es auf diesem neuen Wege allein den wahren deutschen Weltberuf zu erfassen vermöge, in dem sich alle tiefsten Kräfte des deutschen Herzens, die jahrzehntelang durch falsche Idole irregelenkt und erdrückt waren, nunmehr zum Segen des Vaterlandes und der ganzen Welt naturgemäß und bestimmungsgemäß entfalten werden."

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

211.-220. Tausend

Fürs deutsche Volk



herausgegeben vom Dürerbund:

211.-220. Tausend

Helmut Harringa

Eine Geschichte aus unsrer Zeit

von

Hermann Popert,

Herausgeber der deutschen Zeitschrift für das Menschentum unsrer Zeit „Der Vortrupp"

Ein Buch, das Begeisterung weckt und den Willen zur Tat auslöst

Gebunden einschl. Teuerungszuschlag M. 3.50, mit Porto M. 3.70

Das 201.–210. Tausend

war bereits 4 Wochen nach Ausgabe vergriffen

Das 211.–220. Tausend gelangte soeben zur Ausgabe.

Hunderte begeisterter Besprechungen. U. a. schrieb Roseggers „Heimgarten":

...Es ist ein herbes, gewaltiges, fast gewalttätiges Buch, es zwingt uns... Das Buch tut dem Deutschen so not, wie dem irrenden Schiffe der Leuchtturm. Wer die Wiedergesundung des deutschen Volkes wünscht, der helfe mit, daß Helmut Harringa überall gelesen werde; soviel am Worte ist zu wirken, hier geschieht es...

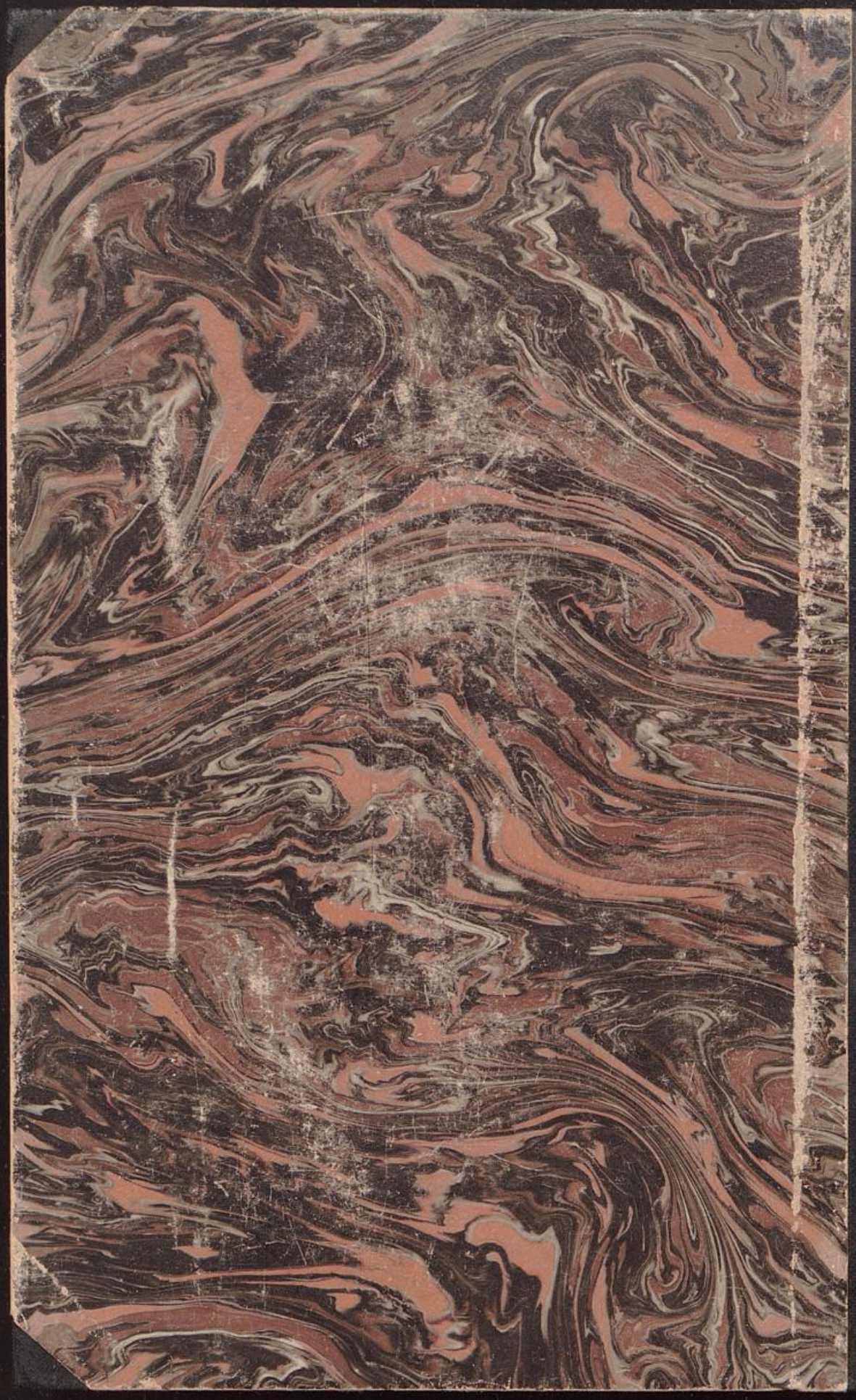
Die Dauerfortsetzung dieses Buches ist „Der Vortrupp"

211.–220. Tausend.

Dresden, Verlag von Alexander Köhler

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Gerhard Düdden
Buchbinderei
BREMEN, Cecilienstr. 38.



Staats- und
Universitätsbibliothek Bremen
DFG

Der
Vortrupp

7.
1918

F e
4123

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG